This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ger 45.3.30

№ 2890

Zeitschrift

des

historischen Vereins

für

Niedersachsen.

Herausgegeben unter Leitung des Vereins-Ausschusses.

Jahrgang 1855.

(Mit Abbildungen.)

Hannover 1857.

In der Hahn'schen Hofbuchhandlung.

Ger 45.3.30
~~Ger 45.3.1.5~~

HARVARD COLLEGE LIBRARY
JUL 18 1904
HOHENZOLLERN COLLECTION
GIFT OF A. C. COOLIDGE

Redactionscommiſſion:

Archivar Dr. Schaumann und
Archivſecretair Dr. Grotefend.

Inhalt.

Seite

I. Gab es Abſtufungen oder erhebliche Verſchiedenheiten unter den Miniſterialen des Mittelalters? insbeſondere 1) edle und freie und 2) nicht ritterbürtige Miniſterialen? Erörtert von Eduard Freiherrn von Schele 1

II. Ueber die grangia Caldenhusen. Vom Cammerrath Hübner in Roßla 93

III. Der Proceß des Hildesheimer Bürgermeiſters von Mollem. Vom Amtsrichter Fiedeler 120

IV. Das Nekrolog und die Verzeichniſſe der Pröbſte und Aebtiſſinnen des Kloſters Wienhauſen. Nach den Originalquellen bearbeitet von H. Böttger 183

V. Die Freidingsgenoſſen zu Eilenſen und deren Verdehmung. Vom Amtsrichter Fiedeler 260

VI. Des Weyl. Herrn Premier-Miniſters und Cammer-Praesidenten Herrn Gerlach Adolph von Münchhauſen hinterlaßener Unterricht von der Verfaßung des Churfürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Geheimten Rath und Cammer-Collegii 269

VII. Unterſuchung eines Leichenhügels im Catlenburger Forſtreviere. Mitgetheilt von C. Einfeld 341

VIII. Die Güter Heinrichs von Bodwede bei Ebſtorf. Vom Staatsminiſter a. D. Freiherrn von Hammerſtein 355

IX. Miscellen.

1) Ein germaniſches Haus. (Mit 2 Abbildungen.) Mitgetheilt vom Amtsaſſeſſor C. Einfeld 363

2) Das Steindenkmal in Steinbeck Amt Moisburg. Von C. Einfeld 368

3) Nachträgliche Bemerkungen zu dem Aufſatze über die Miniſterialen des Mittelalters. Von Eduard Freiherrn von Schele 370

Seite

4) Zum Nekrolog des Kloſters Wienhauſen. Von E. F. Mooyer 371

5) Die marca argenti usualis. Von C. L. Grotefend.. 374

6) Verordnung des Erzbiſchofs Chriſtoph von Bremen in Betreff des Stifts Bardowiek, vom 1. Juli 1533. Mitgetheilt vom Reichsfreiherrn Grote zu Schauen 377

7) Auszüge aus einem Protocollbuche des Stifts Bardowiek, geführt von Chriſtian Herbers und von Bartold Laffert in den Jahren 1569 bis 1608. Mittheilung des Reichsfreiherrn Grote zu Schauen 377

8) Beſchreibung eines alten Käſtchens mit bildlichen Darſtellungen und Inſchriften. (Im Beſitze des Herrn Profeſſors Oeſterley in Hannover.) Mittheilung des Cammer-Baumeiſters Mithoff..... 381

9) Preisaufgaben der Wedekindſchen Preisſtiftung für deutſche Geſchichte 382

10) Aufforderung. Vom General-Major und General-Adjudanten v. Tſchirſchnitz 387

11) Berichtigungen..... 388

I.

Gab es Abstufungen oder erhebliche Verschiedenheiten unter den Ministerialen des Mittelalters? insbesondere 1) edle und freie und 2) nicht ritterbürtige Ministerialen?

Erörtert von Eduard Freiherrn von Schele.

Die Ministerialen des Mittelalters sind so oft schon Gegenstand gründlicher und scharfsinniger Forschung gewesen, daß es überflüssig erscheinen möchte, erneuerte Erörterungen darüber zu veranlassen. Da jedoch Freiherr von Fürth, der Verfasser des bedeutendsten über diese Materie bisher erschienenen Werks [1]), einen Standpunkt eingenommen hat, welcher durch Befestigung des früher völlig schwankenden Begriffs der Ministerialität deren Grenzen enger zieht, als sie, meines Erachtens, in Wirklichkeit gezogen waren, und viele neuere Schriftsteller ihm hierin gefolgt sind, so habe ich geglaubt, durch nähere Darlegung der gegen die Fürth'sche Auffassung bei mir angeregten Zweifel den Anlaß zu weiterer Forschung und Ermittelung der Wahrheit geben zu dürfen.

Einleitende Bemerkungen.

Die Grenzen einer Erörterung über die Verschiedenheit der Ministerialen des Mittelalters würden durch eine umständliche Darlegung der Verschiedenheit der Stände und eine erschöpfende Entwickelung des ganzen Instituts der Ministerialen

[1]) „Die Ministerialen." Cöln 1836.

überschritten werden. Eine gedrängte Darstellung der Beziehungen dieses Standes zu den übrigen Bestandtheilen des Volks und eine Erörterung ihrer hauptsächlichsten Verschiedenheiten wird dagegen nicht vermieden werden können.

Der Hauptunterschied, welcher bei deutschen Stämmen von Alters her sich zeigt, wird durch Freiheit und Unfreiheit gebildet [1]).

Die Freien (Bevorrechteten) spalten sich wieder in nobiles (Edle, edhelingi, adalingi) und ingenui oder liberi, Freigeborne.

Die Unfreien sind Leibeigene oder Hörige (servi oder liti, lati, lazzi), je nachdem eine härtere Knechtschaft oder eine mildere, meistens durch Schutz bedingte Abhängigkeit in Betracht kommt. Schon Tacitus deutet in Capitel 25. der Germania einen Unterschied in der Knechtschaft an. Die Ausdrücke „leibeigen“ und „hörig“ stammen aus dem spätern Mittelalter, bezeichnen aber richtig den Unterschied zwischen eigentlichen Knechten und Laten.

Schon Tacitus kennt bei den Germanen einen Geschlechtsadel. Seine nobilitas bedeutet mehr als bloßes persönliches Ansehen; sie bezieht sich auf einen besonderen Stand [2]).

---

[1]) Sachsenspiegel 3, 42. und Glosse zum Ssp. 3, 54: Alle leut sind an ihrem stand anders nicht denn zweierlei, entweder sind sie eigen oder frei. Dieses aus dem Mittelalter stammende Zeugniß läßt auch auf frühere Verhältnisse zurückschließen. Obschon die Unfreiheit in späterer Zeit durch die verschiedensten Gründe erzeugt worden ist, so sucht man doch nicht mit Unrecht ihre erste Entstehung in Kriegsgefangenschaft. Caesar, de bello Gallico I, cap. 36. (Ariovist): jus esse belli, ut qui vicissent, iis quos vicissent, quemadmodum vellent, imperarent. Ssp. 3, 42: da man das recht von allererst satzte, da waren alle leute frey, nach rechter wahrheit hat eigenschaft anfang von gezwang, von gefängnus, und unrechter gewalt. Vergl. Grimm's deutsche Rechtsalterthümer S. 320. und Hillebrand's Staats- u. Rechtsgeschichte §. 20. S. 39.

[2]) Vergl. v. Savigny, Beitrag zur Rechtsgeschichte des Adels. Die bei Tacitus, Germ. cap. 25. vorkommende Eintheilung in nobiles, ingenui und servi — denn die außerdem noch genannten liberti bilden keinen eigenen Stand — zusammengehalten mit cap. 7 und 13:

Allein auch den Sachſen, welche weit ſpäter erſt hervortreten, iſt ein Geſchlechtsadel nicht unbekannt. Die lex Saxonum beſtimmt für den Edlen das höchſte Wehrgeld (oder die Schätzung, den Preis des Lebens) zu 1440 sol. Die Zeugniſſe des Nithard, Hucbald Vita s. Lebuini und Adam von Bremen laſſen übereinſtimmend einen Stand der Edlen hervortreten [1]).

Auch den meiſten übrigen Völkergeſetzen aus jener Zeit iſt ein namentlich im Wehrgelde bevorzugter Stand der Edlen nicht fremd [2]).

Die erſte Entſtehung des germaniſchen Adels läßt ſich mit Sicherheit nicht ermitteln. Wahrſcheinlich hat das Anſehen beſonders verdienſtvoller Männer einen gewiſſen Vorrang begründet und aus dem factiſchen Zuſtande nach und nach ein rechtlicher ſich gebildet [3]). Bezeichnend iſt Tacitus in Capitel 13. der Germania: Insignis nobilitas aut magna patrum merita principis dignationem etiam adolescentulis adsignant.

Die billige Rückſicht, welche bei der Wahl des Princeps auf hohes Verdienſt der Väter genommen wurde, mußte bei mächtigen edlen Geſchlechtern bald die Anſicht eines rechtlichen Anſpruchs erzeugen. Das Anſehen des verdienſtvollen Mannes mußte beſonders bei dem als obrigkeitliche Perſon im Volke Ausgezeichneten zur Geltung kommen. Heerführer, Prieſter und Richter ſind hierher zu zählen; ihre perſönliche Würde führte allmählich zu höherer Stellung ihres Geſchlechts. Schon zu Tacitus Zeiten ſcheint der Dienſt bei Königen — welche nur aus dem Adel gewählt werden konnten — zu Standes-

---

reges ex nobilitate sumunt; insignis nobilitas aut magna patrum merita principis dignationem etiam adolescentulis adsignant — muß jeden Zweifel beſeitigen.

[1]) Nithardus, Hist. Franc. I, 4: Gens Saxonum omnis in tribus ordinibus divisa; sunt enim inter illos Edlingi, Frilingi, Lazzi, latine: nobiles, ingenui, servi. Vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. S. 51. Note d.

[2]) Vergl. v. Savigny a. a. O.

[3]) Vergl. Hillebrand a. a. O. S. 31.

erhöhungen geführt zu haben [1]). Unter den fränkiſchen Königen war Dienſt am Hofe wie im Felde (in truste vel in hoste) eine reiche Entſtehungsquelle des Adels.

Als charakteriſtiſch tritt bei deutſchen Stämmen das Gefolgweſen ſchon in früheſter Zeit hervor. Tacitus ertheilt cap. 13 und 14 Germ. umſtändlich darüber Auskunft: haec dignitas, hae vires, magno semper electorum globo juvenum circumdari, in pace decus, in bello praesidium. Drang nach Beſchäftigung während des Friedens und Ausſicht auf Beute veranlaßten junge Edle und Freie einem Führer (Princeps) ſich anzuſchließen. Dieſer gab ihnen Pferd und Waffen; das durch Ehre und Kriegsluſt geknüpfte Band beruhte auf freiem Willen; der Dienſt war kein erheblicher [2]).

In der fränkiſchen Monarchie treten die Gefolge des Königs und der Großen des Reichs ebenfalls hervor. Jedoch hat ſich ſchon die Gewohnheit gebildet, feſte Belohnungen (Lehen) für geleiſtete Dienſte zu geben, wodurch ein neues Band der Abhängigkeit geknüpft wird.

Da die Gefolge nicht immer aus Edlen und Freien zu bilden ſind, ſo werden auch Unfreie bewaffnet. Der Dienſt des Königs hebt auch den Niedriggebornen empor. Beweis hierfür iſt die Rangordnung der Salfranken nach dem Wehrgelde in ſieben Claſſen: 1) ingenuus in truste, 2) litus in truste, 3) ingenuus in hoste, 4) litus in hoste, 5) ingenuus, 6) litus, 7) servus in hoste. Der litus in truste vel in hoste — der am Hofe oder im Felde dienende Hörige — gilt mehr als der nicht dienende ingenuus!

Es bildet ſich eine eigene Claſſe Getreuer des Königs — Antruſtionen. Zu beſonderer Treue verpflichtet, ſind ſie des Königs nächſte Umgebung im Frieden wie im Kriege. Dafür wird ihnen vorzüglicher Schutz und ein ausgezeichnetes Wehrgeld mit dem Princip der Verdreifachung zu Theil [3]).

---

[1]) Tacitus, Germ. cap. 25: liberti non multum super servos sunt, exceptis duntaxat iis gentibus, quae regnantur, ibi enim et super ingenuos et super nobiles ascendunt.

[2]) Vergl. v. Savigny a. a. O. S. 4.

[3]) Vergl. Hillebrand a. a. O. S. 107. Bei dem Adel verliert

Der König konnte durch Beförderung zu hohen Aemtern, Schenkungen u. dgl. in eine ſolche äußere Lage verſetzen, wie ſie der Adel durch Geburt erwarb. Auch Freigelaſſene ſchwangen ſich zu höhern Staatsämtern empor und wurden durch beſondere königliche Gnade pueri regis. Gregor von Tours erzählt von einem dieſer Begünſtigten, quem ille per diversa loca dirigens, locum praebuit militandi. Et hoc quasi honoratus habitus etc. [1])

Was von den Franken, als dem herrſchenden und am meiſten begünſtigten Volke, galt, darf im fränkiſchen Reiche gewiß auch bei andern deutſchen Völkern als das Verhältniß des Adels vorausgeſetzt werden.

Neben den alten Edlen bildet ſich ein Dienſtadel, welcher in der nachcarolingiſchen Zeit, nachdem das Herzogs- und Grafenamt erblich geworden, mit jenem nur einen Stand ausmacht; die Mitglieder dieſes Standes erſcheinen in den Urkunden des 12. und 13. Jahrhunderts regelmäßig als nobiles, erlangen zum Theil die Landeshoheit, Reichsunmittelbarkeit und Reichsſtandſchaft und begründen den hohen Reichsadel, während Andere untergehen oder als Landſaſſen ſich verlieren. Das älteſte und weſentlichſte Vorrecht des deutſchen Adels beruht im höhern Wehrgelde.

Häufig wird hinzugerechnet die Fähigkeit ein Dienſtgefolge zu halten, zu hohen Staatsämtern zu gelangen, und Unfreie zu ſchützen [2]). Inzwiſchen mögen dieſe Vorzüge — etwa mit Ausnahme der Fähigkeit ein Dienſtgefolge zu halten — wohl

---

ſich allmählich der Name „Antruſtionen“; ſie heißen ſpäter „optimates, majores, seniores“; wenn ſie in ſtrengere Dienſtpflicht eingetreten ſind, für die ein beneficium gegeben wurde, ſo heißen ſie „vassi fortiores“, wenn ſie ein Hof- oder Reichsamt haben, „ministeriales regni“. Vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. §. 167. S. 178. Note b.

[1]) Vergl. Eichhorn a. a. O. I. §. 47. Note k. Auch wird in leg. Salica Tit. 56. (57.) und l. Ripuar. Tit. 53. eines Sachbaron (Sacebaron) und Grafen gedacht, der ſich aus dem Stande eines puer regius oder tabularius (ein in der Kirche Freigelaſſener) zu dieſem Amte erhoben hatte. Eichhorn a. a. O. §. 49. Note m.

[2]) Vergl. Eichhorn a. a. O. §. 47. S. 128.

nur eine Wirkung der durch Reichthum und meiſtens durch großen Grundbeſitz gehobenen Stellung des Adels geweſen ſein.

Zwiſchen Edlen und Freien war die Ehe in älteſter Zeit nicht verboten [1]).

Im Mittelalter prägten ſich die Abſtufungen ſchon feiner aus. Das Schwäbiſche Landrecht beſtimmt Art. 50: Es ist Niemand semperfrey, wann des Vater und Mutter semperfrey waren, wogegen der Ssp. 3, 72 allgemein den Grundſatz noch anerkennt, daß das ehelich und frei geborne Kind ſeines Vaters Heerſchild behält, und 3, 45 Fürſten, Freiherren und ſchöffenbarfreien Leuten gleiche Buße und Wehrgeld zubilligt, ein deutlicher Beweis, daß die Standesungleichheit anfangs nicht groß geweſen ſein kann.

Das urſprüngliche Verhältniß des Adels zu den Freien iſt von Grimm in den deutſchen Rechtsalterthümern, meines Erachtens, durchaus zutreffend aufgefaßt, und kann ich dem Ausſpruche dieſes eben ſo gründlichen, wie ſcharfſinnigen Gelehrten dahin nur beipflichten: „Die Rechte des Adels ruhen auf derſelben Grundlage mit denen der Freien und haben nur perſönliche Erhöhung erlangt“.

Der Adel iſt nach Grimm aus dem Stande der Freien hervorgegangen. Der Freie und der Edle haben alle weſentlichen Rechte mit einander gemein und ſtehen darin gleich, der Edle iſt aber mit Vorrechten verſehen, welche dem Freien fehlen.

Jeder Edle war zugleich ein Freier, nicht aber jeder Freie auch ein Edler.

Treffend drückt Grimm dies ſo aus: „Der Edle, ſelbſt auch der Fürſt, iſt zugleich ein Freier und heißt ſo.“ Dafür laſſen ſich unzählige Beweiſe noch aus dem Mittelalter anführen. Walterus de Lommersheim vir nobilis et ex antiqua prosapia in utraque parte liber (Grimm a. a. O. S. 270.), oder nobiles seu liberi dipl. a. 1150. bei Hüllmann, Geſchichte des Urſprungs der Stände S. 404; ferner

---

[1]) Vergl. Grimm a. a. O. S. 438. In keinem der alten Völkergeſetze findet ſich ein ſolches Verbot. Gründe der Wahrſcheinlichkeit ſprechen mehr gegen als für daſſelbe.

dipl. a. 1130. bei Gudenus, Codex diplomaticus, I. p. 83: liberi: Rutpertus comes et frater ejus Arnoldus de Lurenburck, Gerlaus Ysenburck, Henricus de Kazenelenbogen, Sigefridus comes de Nuringes, Gerardus de Scowenburck, Conradus de Walresten; dipl. ap. Gud. l. c. p. 87: liberi: Gerlachus comes Feldenzun, Rutbertus et Arnoldus de Lurenburc, Henricus de Kazenelenbogen, Bertholdus comes et frater ejus Sygefridus; dipl. a. 1131. ap. Gud. l. c. p. 100: liberi: Bertolfus et frater ejus Sigfridus comes de Nuringes, Gerlacus de Veldence, Emicko comes de Liningen; auch liberi homines [1]): comes Sigefridus, comes Hermannus, comes Ludewicus. ministeriales: Embrico comes Reni, Meingotus (ap. Gud. l. c. p. 133); liberi [2]): Henricus comes Hassie, comes Retherus etc. (dipl. a. 1149. ap. Gud. l. c. p. 188); endlich dipl. a. 1353 bei Kindlinger, Samml. merkw. Urkunden S. 100, 101: si quicunque vir nobilis ex utroque parente in libertate genitus ab uno seu pluribus dominis feudalia aut ministerialia bona suscepit, et de consuetis servitiis juxta approbatam consuetudinem feudalium seu ministerialium bonorum debite correspondet, quod ob hoc talis liber, vel ingenuus in nobilitate nativitatis ipsius, honoribus et dignitatibus inde sequentibus dampnificari vel deteriorari non potest aliquo modo in omnibus juribus etc. etc.

Weit schärfer als gegen Edle war das Verhältniß der Freien gegen Unfreie ausgeprägt.

---

[1]) Hierdurch wird Wigand's Behauptung (vergl. dessen Entstehung der Dienste, S. 33.) widerlegt, daß ein Edler nie homo, sondern vir nobilis heiße.

[2]) Uebrigens werden die Grafen und Edlen den Freien auch wieder entgegengesetzt. Cf. dipl. a. 1133. ap. Gud. l. c. S. 109. Comites: Ernestus. Sizzo. Liberi: Hermannus Wodenesberg. Guncelinus, und dann wieder mit ihnen zusammengestellt als Gegensatz gegen die Ministerialen: Praeterea comes Lampertus, advocatus ejusdem ecclesie, cum fratre suo comite Ernesto, Diethricus comes de Bercka, Ludewicus comes de Lare, cum aliis pluribus liberis. Ministeriales etc. ap. Gud. l. c. I. S. 325 u. 326.

Der Freigelaſſene hat nicht die Rechte des Freien; er gleicht dem Hörigen, hat nur das halbe Wehrgeld des Freien, der lediglich als Vermögensbeſtandtheil, als Sache angeſehene Knecht keins; wiewohl Liten oder Hörige ſchon früh eines Wehrgeldes fähig ſind. Der Freie kann ſeinen Aufenthalt ungehindert nehmen, wo er will; er iſt waffenfähig und ſchildbürtig [1]), hat das Fehderecht oder die Befugniß für ihm angethanen Schaden am Leibe, Ehre und Gut ſich ſelbſt und mit Hülfe der Seinigen zu rächen. Der Schwur des Freien gilt ſo viel als der des Eigenmannes mit 11 Mitſchwörenden. In Abgaben und Laſten und im peinlichen Recht iſt der Freie vor dem Unfreien bevorzugt. Den Freien ſcheidet vom Unfreien ein in älteſter Zeit ſtreng angewandtes Verbot der Ehe; ſpäter wird die dennoch eingegangene Ehe eine ungleiche und die Kinder folgen der ärgern Hand, d. h. ſie werden unfrei, ein Loos, welches mitunter auch den freien Ehegatten trifft.

Der Unfreie iſt ohne Geſchlechtsfolge und, ſofern er in härterer Knechtſchaft ſich befindet, nicht waffenfähig; die eigenmächtig angenommenen Waffen ſollen ihm auf dem Rücken zerſchlagen werden. Er iſt unfähig zum Volksrechte, von Gericht und Volksverſammlung ausgeſchloſſen, keines echten Eigenthums fähig, zu Frohndienſten verpflichtet, ſchuldig alle, auch die niedrigſten Hausdienſte — meiſtens ungemeſſen und unentgeltlich — zu leiſten; er wird zum Hirtenamt, zu dem wenig geachteten Feldbau [2]), zu Jagd- und Waldfolge herangezogen und verrichtet im Kriegsgefolge ſeines Herrn nur knechtiſchen Dienſt. Auf dieſes Verhältniß beziehen ſich die Ausdrücke „servus“, „mancipium“, auch „Schalk“, welches ſo viel als Knecht bedeutet. Später wird der Ausdruck „servus“ (Knecht) auch von famulus, miles, armiger und satelles gebraucht und damit ein ganz anderer Sinn verknüpft [3]). Die Ausdrücke

---

[1]) dat echte kind unde vri behaltet sines vaters schild. Ssp. 3, 45.

[2]) Tacitus, Germ. 14: pigrum quinimo et iners videtur sudore acquirere, quod possis sanguine parare.

[3]) Vergl. Grimm a. a. O. S. 304.

„halseigen“, „bluteigen“, „leibeigen“ ſcheinen erſt im 15. Jahrhundert aufgekommen zu ſein.

Milder hat ſich das der Freiheit näher ſtehende Verhältniß der Laten oder Hörigen geſtaltet. Um die Hörigkeit richtig aufzufaſſen, wird die Aehnlichkeit zwiſchen Stand und Familie nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Grimm ſagt in den Rechtsalterthümern S. 228: „Der Vater iſt der Herr und Freie in ſeinem Geſchlecht, der Sohn in des Vaters Gewalt, wie der Knecht in des Herrn, die Mannmiſſion vergleicht ſich der Emancipation, die Annahme in Schutz und Hörigkeit der Adoption.“ Auch Kindlinger ſieht in den erſten Hörigen nur Glieder einer Hausfamilie, keiner Gemeinde [1]). Daraus folgt, daß das Recht des Familienoberhauptes über Hörige ſich ähnlich dem des Vaters und Dienſtherrn über Hauskinder und Geſinde geſtalten mußte. Der Hörige war hiernach in der Gewalt des Familienoberhauptes und mußte durch dieſes — wie der Minderjährige durch den Vormund — vertreten werden. Hatten die Hörigen aber ihre eigene Wohnung, ſo wurden ſie — wie Kindlinger a. a. O. S. 13. annimmt — gleichwohl zur Familie des Hofes gerechnet, auf deſſen Grund und Boden ihr Haus erbaut war, und durch deſſen Beſitzer ſie vertreten wurden. Sie waren zu Dienſten und zu Abgaben von dem ihnen zur Bewirthſchaftung überlaſſenen Grundeigenthum verpflichtet, wofür ihnen Schutz gewährt wurde.

Die Rechtsverhältniſſe der Hörigen zu ihren Herren und ihren Genoſſen regelte nicht das Volksrecht, ſondern das Hofrecht, welches auf urſprünglicher Verwilligung des Herrn und Gewohnheit beruhete [2]).

Es iſt hier nicht der Ort, in das vielfach verſchiedene Verhältniß der Hörigkeit tiefer einzugehen. Nur auf die ſchon in älteſter Zeit beſonders zahlreiche Claſſe der Schutz- oder Hofhörigen (Laten) mag hingewieſen werden, welche mit ihren Beſitzungen einer curtis, einem Ober- oder Frohnhofe ange-

---

[1]) Vergl. Kindlinger's Geſch. der deutſch. Hörigkeit, §. 5. S. 12.

[2]) Vergl. Eichhorn's Privatrecht, §. 4.

hören. Mag man in dieſen Hörigen diejenigen Bauern erblicken, von denen im Sachſenſpiegel Buch 3. Art. 44. die Rede iſt: und da unser vorfahren her zu land kamen, und da sie auch die Thüringschen herren geschlagen und vertrieben, liessen sie die bauern sitzen ungeschlagen, und bestetigeten ihnen den acker zu solchem rechte, als noch die lassen haben, und davon kommen die lassen, oder die Anſicht von einem ſiegreichen Vordringen der Sachſen in die Landſtriche diesſeit der Elbe verwerfen, ſo iſt doch ſo viel gewiß, daß viele Hörige — wohl die zahlreichſte Claſſe derſelben — von dem zur Bewirthſchaftung oder Benutzung überlaſſenen Grund und Boden (vom Hofe) zu knechtiſchen Dienſten und zu Abgaben verpflichtet waren.

Ein beſchränkter Gebrauch der Waffen iſt ihnen nicht abzuſprechen, indem diejenigen unter ihnen, welche dem Stande der Freien näher treten, ins Heer aufgenommen werden und an der Kriegsführung unmittelbar Theil nehmen. Inzwiſchen haben ſie kein Fehderecht gleich Freien, und das aufkeimende Lehnſyſtem verdrängt ſie aus dem Heere.

Bemerkenswerth erſcheint die Vorſchrift, welche im fränkiſchen Reiche ſchon a. 793 ſich findet, daß mit dem Beſitze eines Ministerium das Recht Waffen zu tragen auch Unfreien eingeräumt war: servi, qui honorati beneficia et ministeria tenent et caballos, arma, scutum, et lanceam, spatam, et senespasium habere possunt [1]).

Uebrigens darf nicht außer Acht gelaſſen werden, daß die Rechtsverhältniſſe der Hörigen außerordentlich verſchieden ſind und daß, wenn auch Kindlinger's Anſicht (Geſchichte der H. S. 32 u. 99.), wonach Hörigkeit nicht eigentlich Unfreiheit, ſondern beſchränkte Freiheit bedeutet, nicht zu billigen ſein mag, und eine nähere Erörterung darüber unnöthig erſcheint, weil ſie nur auf einen nutzloſen Wortſtreit hinausläuft —, die Hörigkeit doch ſowohl nach der Freiheit als nach der härteren Knechtſchaft hin eigenthümliche Uebergänge bildet [2]).

---

[1]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 34. Note 171.

[2]) Vergl. auch Grimm a. a. O., welcher Seite 502 bemerkt, daß

Auf die Hörigkeit beziehen ſich die Ausdrücke gihorig, obediens (oder einem zu Dienſte ſein, auf ſein Geheiß hören, vergl. Grimm a. a. O. S. 311.), hofhörig, hofſchuldig, eigen, Eigenmann, homo proprius, servilis conditionis [1]).

Die Miniſterialen des Mittelalters.

Drei Zeitabſchnitte ſind zu richtiger Würdigung der Miniſterialität wohl zu ſcheiden: die vorcarolingiſche, die Periode unter den Carolingern und die der Miniſterialen des ſpätern Mittelalters.

In Betreff der beiden erſten Perioden glaube ich auf das Fürth'ſche Werk verweiſen zu dürfen. Nur folgende Andeutungen mögen hier Platz greifen: In der vorcarolingiſchen Zeit, in welcher die einzelnen Familien beſonders hervortreten, finden ſich in den von Germanen eroberten Provinzen des römiſchen Reichs von dem Familienoberhaupte abhängige, meiſtens aus der Claſſe der Unfreien gewählte Diener [2]), denen der Name „ministerialis“ beigelegt wird. Sie erſcheinen als Diener im Hauſe um die Perſon des Herrn, als Verwalter und Aufſeher wirthſchaftlicher Einrichtungen, auch wohl als Handwerker, und ſind von niedern knechtiſchen Dienſten befreit.

In der carolingiſchen Periode werden alle Beamte des Königs ohne Rückſicht auf Freiheit oder Unfreiheit „ministeriales“ genannt.

Fürth erklärt dies S. 3. ſeines mehrerwähnten Werks in folgender Weiſe: „Bei der zunehmenden Macht und dem

---

ſich unter den Hofhörigen nicht allein Leibeigene, ſondern auch dem Stande nach wahrhaft Freie befunden haben.

[1]) Unter servilis conditio verſteht Rudlinger a. a. O. S. 93. Note p. nur Dienſtpflicht im Allgemeinen.

[2]) Die Ausdrücke „marescalcus“, „seneschalcus“ deuten ſchon hierauf. Uebrigens gab es bereits zu Anfang des 9. Jahrhunderts auch freie Miniſterialen. Capit. III. a. 811. cap. 4. quod episcopi et abbates sive comites dimittant eorum liberos homines ad casam in nomine ministerialium. Similiter et abbatissae. Hi sunt falconarii, venatores, telonearii, praepositi, decani etc. Eichhorn a. a. O. §. 194. S. 442. Note q.

Ansehen einer Familie (der Königlichen) gelangten auch die zu ihr gehörigen Diener zu stets wachsender Bedeutsamkeit, die Verwaltung des Hauswesens des mächtigen Gefolgherrn, welcher ein ganzes Land durch sein Gefolge erobert hatte, war nicht von der dieses Landes selbst, des zu begründenden Staats, strenge geschieden, daher wurden die wichtigsten Posten den Verwaltern des K. Hauswesens gegeben. Der König selbst aber sah jeden, welcher ein Staatsamt von ihm nachsuchte, für einen Verwalter seines eigenen Vermögens, für seinen ministerialis an, und ertheilte ihm jedesmal bei der Uebernahme eines solchen diesen Namen. Da aber dieser mit so wichtigen Vortheilen, mit den höchsten Staatsämtern verbunden war, so hielten es selbst die edelsten Geschlechter des Landes nicht unter ihrer Würde, sich um denselben zu bewerben. Der Name eines Königlichen Getreuen ward mehr geschätzt, als der eines durchaus Freien.“ Wenn Fürth dann aber weiter annimmt, „daß nicht Dienst im Hause und in der Familie, sondern nur die Abhängigkeit eines Amts, wesentlicher Bestandtheil dieser Ministerialität gewesen“, so scheint er mit sich in Widerspruch zu gerathen, indem er treffend ausgeführt hat, „daß die Verwaltung des Hauswesens des Königs von der des Landes nicht strenge geschieden gewesen.“ Vielmehr ist Haus- und Hofdienst, welcher neben dem Kriegsdienste des bewaffneten Gefolges als Entstehungsgrund der Ministerialität erscheint, von dieser in keiner Periode zu trennen.

Auch die Zahl der Ministerialen war in der carolingischen Zeit sehr groß; es finden sich darunter Leute geringeren Standes, wie Forestarii, Telonearii etc., vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. §. 167. S. 376 u. 377.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Ministerialität der vorcarolingischen und der carolingischen Periode liegt darin, daß die letztere eine bedeutende Ausdehnung und Erweiterung, damit aber auch einen unbestimmteren Charakter erlangt hat. Unrichtig ist es, beide Institute als völlig fremdartige zu scheiden, vielmehr muß eine Fortentwickelung des einen aus dem andern, wenn auch unter verschiedenen Formen und Gestaltungen, angenommen werden.

In der fränkiſchen Monarchie hob — wie oben gezeigt worden — Dienſt im Gefolge des Königs, ſei es am Hofe oder im Felde (in truste vel in hoste), ſelbſt aus niederm Stande empor. Der Adel war im Gefolge des Königs; denn ihm oder Fürſten zu dienen war ehrenhaft und mit der Würde des Adels vereinbar, obgleich die dadurch herbeigeführten Verbindlichkeiten und Nachtheile — wie Grimm a. a. O. S. 250 ſagt — Aehnlichkeit mit der Hörigkeit hatten [1]).

Das durch Belohnungen für geleiſtete Dienſte begründete neue Band der Abhängigkeit erſcheint — nach Grimm — auch in knechtiſchen Namen, die ſich der Edle theils gefallen ließ, z. B. marschalcus, sinescalcus, theils durch Beiſätze veredelte, z. B. adalscalc, Edelknecht.

Dem Beiſpiele des Königs folgten Fürſten und Geiſtlichkeit und ſelbſt der reiche Adel mit dem Unterſchiede, daß ſie ihre Diener aus dem Stande der Freien und ſelbſt der Knechte wählten, während der vornehme Fürſt die ſeinigen aus der Blüthe des Adels, der König oft aus der Reihe der Fürſten nahm [2]).

Durch dieſe Verhältniſſe, welche in der fränkiſchen Monarchie ſich ausgebildet hatten, wurde der Grund zu der ſpätern Miniſterialität des Mittelalters gelegt [3]). In der auf die carolingiſche folgenden Periode wird die Bezeichnung der Beamten als „ministeriales“ ſeltener, ſie beſchränkt ſich mehr und mehr auf die im Hausweſen und auf dem herrſchaftlichen Hofe beſchäftigten Leute [4]). Unter dieſen Haus- oder Hofdienern zeichnen ſich gleich zu Anfang der Periode vier aus, der Kämmerer, Marſchalk, Truchſeß und Schenk; quod ad hujus mundi gloriam pertinet, secundum ritum principum dapiferis, pincernis, marschalcis, militibus, ministeriali-

---

[1]) Zwiſchen dem Könige ſeinen Hofleuten und Kriegern entſprang ein Verhältniß, welches Grimm mit dem zwiſchen Freien und Liten vergleicht.

[2]) Vergl. Grimm a. a. O. S. 250.

[3]) Vergl. Wigand's Schrift über Entſtehung der Dienſte. S. 5. „Die Miniſterialen der fränkiſchen Verfaſſung“.

[4]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 35.

bus nostram (Stederburgensem) ecclesiam gloriosissime decoravit (chart. a. 1000. ap. Leibnit. p. 850, vergl. Fürth a. a. O. S. 37).

In der constitutio imp. Conr. I. de expeditione romana ist den Reichsfürsten förmlich auferlegt, ihre Höfe mit den gewöhnlichen vier Hofämtern zu bestellen: singuli vero principes suos habeant officionarios speciales, marschalcum, dapiferum, pincernam et camerarium.

„Die geistlichen Fürsten und die weltlichen Fürstenamt die seind von ersten gestifft mit vier Fürstenampten, mit einem Kämmerer, mit einem Schenken, mit einem Truchsessen, mit einem Marschall.“ Schwäb. L.-R. cap. 65. §. 1, 2, 4. p. 85.

Der Marschall hat die Sorge für Pferde und Stallung — noch in späterer Zeit führt er bei feierlichen Gelegenheiten das Pferd seines Herrn —. Der Truchseß (vielleicht von truthin oder dominus, vergl. Hillebrand a. a. O. S. 343. Note 19.), auch Seneschall oder wohl Drost genannt, und der Schenk üben Aufsicht über Küche und Keller. Der Truchseß ist besonders einflußreich bei Verwaltung der herrschaftlichen Villen und der damit verbundenen Gerichtsbarkeit. Der Kämmerer — auch palatii custos — hat das Hauswesen, das Innere des Schlosses, die Schätze und Einkünfte der Hofhaltung zu überwachen; er erscheint mit dem Ordnung gebietenden Stabe. Die übrigen Haus- und Hofdiener werden unter eins der vier Haus- (oder Oberhof-) Aemter vertheilt. Ein jeder Dienstmann ist durch seine Geburt in einem dieser vier Aemter zu Diensten verpflichtet, ohne jedoch deshalb nothwendig Vorsteher des Amts, also Kämmerer, Marschall ꝛc. zu sein.

Vor Allem haben die bewaffneten Dienstgefolge den wesentlichsten Einfluß auf die Entwickelung der Ministerialität geübt.

Im 11. Jahrhundert bildete sich die besondere Waffenfähigkeit der Ministerialen aus [1]), zunächst bei kirchlichen Dienstleuten, bis sie allgemeine Regel und wesentliche Eigen-

[1]) Vergl. Hillebrand a. a. O. S. 375. Note 9.

ſchaft der Miniſterialen des Mittelalters wurde. Die Würde, welche ein ministerium verlieh, gab Unfreien ſowohl, wie die Aufnahme unter das Gefolge des Herrn, das Recht, Waffen zu tragen.

Treffend ſchildert Fürth in den §§. 37 u. 38. a. a. O. die Verhältniſſe der Gefolge in nachſtehender Art (wobei ich nur bevorworten muß, daß ich über die Frage, „ob Unfreiheit zum Begriff der Miniſterialität unbedingt erforderlich iſt“, weiter unten mich äußern werde):

„§. 37. Dem Gefolge war eine feſte Verbindung und die größte Vertraulichkeit mit dem Herrn zugeſichert. Der Herr ſtand mit demſelben wie eine abgeſchloſſene Familie da, und die Rechte des Familienoberhauptes ſpiegeln ſich in denjenigen des Herrn ab, wie die der Familiengenoſſen in denjenigen der Mannen. So ſtand der Herr als Schützer und Vertreter ſeiner geachteten Leute da, und an deren Zuſtimmung war er in den meiſten ſeiner Handlungen gebunden. Die Mannen waren ſeine beſtändige Umgebung, ſeine Freunde und Rathgeber, ſeine Unterſtützung, ſelbſt ſeine Richter in einzelnen Fällen. Das Gefolge ſelbſt ſtellte mit dem Herrn die Vorſchriften auf, welche für beide Theile gegen einander Recht ſein ſollten, die Beſtimmungen über die Verbindlichkeiten beider, das Verfahren, welches in einzelnen Fällen ſtattfinden ſollte. Dieſes war der Urſprung eines beſonderen Rechts für die Miniſterialen, eines Hofrechts im Gegenſatze zum Landrechte, als es nicht in der Verſammlung freier Genoſſen anerkannt, ſondern unter dem Vorſitze eines Herrn unter deſſen Leuten feſtgeſetzt war, eines Dienſtrechts im Gegenſatze zum Hofrechte, als es durch das angeſehene unfreie Gefolge und bloß für dieſes als gültiges Recht aufgeſtellt war, während die nicht zum bewaffneten Gefolge gehörigen, niedern Unfreien nach andern, unter dem Vorſitze ihres Herrn, entweder durch dieſen allein, oder mit Zuziehung anderer Unfreier, beſtimmten Regeln beurtheilt wurden. Natürlich war es, daß unter die Vorſchriften für das unfreie Gefolge Regeln für das freie mit aufgenommen wurden, ſo wie jene nicht ohne Einfluß auf dieſe blieben, daher die Verwandtſchaft des Dienſtrechts mit

dem Lehnrechte, und so manche beiden Rechten gemeinsame Bestimmungen. Wie die freien Mannen, wachten auch die unfreien sorgfältig über ihre Rechte, wie diese handhabten sie dieselben. Bei Bestrafungen, bei Rechtsstreitigkeiten sehen wir das Gefolge handelnd auftreten, gewisse Regeln müssen beobachtet werden, keine Willkür darf stattfinden, der Herr hat nur den Vorsitz im Gericht, Genossen finden Recht. Dieses ist ebenfalls eine wesentliche Eigenthümlichkeit der Ministerialität, ein eignes Recht, wodurch sie weder den Freien gleich stehen, noch auch mit den übrigen Unfreien verwechselt werden können."

„§. 38. Das Gefolgwesen hatte nach und nach für die freien Mannen das Lehnrecht hervorgebracht und dadurch waren viele neue Verhältnisse begründet worden. Vor allem war der Dienst im Gefolge von dem Erwerbe eines beneficium abhängig gemacht worden, und, von diesem bedingt, treten alsdann genau bestimmte Verhältnisse ein."

„Auch die unfreien Mannen erlangten frühzeitig ihre Beneficien, die ja schon ehemals unfreien Hausdienern wegen ihrer Dienste gegeben waren; auch sie wurden bloß zu bestimmten Diensten verpflichtet. Indessen konnten sie nicht, wie freie Lehnmannen, ihre Verpflichtung gegen ihren Herrn lediglich von dem Besitze eines beneficium abhängig machen, da sie als unfreie Leute ihres Herrn immer noch besondern Beschränkungen unterworfen blieben. Trotz der Aehnlichkeit, welche zwischen Ministerialen und Vasallen stattfindet, muß man daher dennoch immer beide genau unterscheiden. Dagegen wurde ein sehr wichtiger Grundsatz, welcher sich schon frühzeitig im Lehnrechte entwickelt hatte, auch auf die Ministerialen angewandt; wie nämlich gewöhnlich dem Sohne das beneficium seines Vaters auch zugetheilt ward, und so eine Erblichkeit des Verhältnisses allmählich festgesetzt worden war, so trat auch der Nachkomme des unfreien Mannes an seine Stelle in das Gefolge ein, besonders deshalb, weil diese mit vielen Vortheilen für ihn verbunden war. So ward Erblichkeit der Dienstpflicht wesentliche Eigenschaft, so wie der Eintritt in alle Verhältnisse seiner Vorfahren."

Eine fernere besondere Eigenschaft der Ministerialen war das allgemein durchgeführte Bestreben, eine Genossenschaft zu bilden. Die Ministerialen eines Herrn erscheinen als eine abgeschlossene Familie, die einzelnen Familien sehen sich als Genossen an. Hiedurch und durch das besondere Dienstrecht bildet sich ein eigener Stand, dessen eigenthümliche Verhältnisse hier noch kurz geschildert werden sollen.

Die aus dem Dienstverhältnisse hervorgegangene Abhängigkeit der Ministerialen gegen ihren Herrn war in verschiedenen Beziehungen der Hörigkeit nachgebildet, oder doch ähnlich. Die Verwandtschaft des Dienstrechts mit dem Hofrechte läßt sich in dieser Beziehung nicht verkennen.

Hierher ist zu rechnen:

1) die schon durch Geburt begründete, persönlich erbliche Verpflichtung zu besonderer Treue und zu bestimmten Diensten (d. h. gemessenen und Ehrendiensten) im Hause (am Hofe) des Herrn, so wie bei Fehden und Kriegszügen;
2) die Beschränkung der Verfügung über das Eigenthum, die bloße Gewehre nach Hofrecht und die damit zusammenhängende Vertretung des Dienstmanns durch den Herrn nach außen hin;
3) die Beschränkungen des Eherechts, namentlich die Verpflichtung, nur in dem Kreise der zu einer Genossenschaft gehörenden Ministerialen zu heirathen, ferner die hieraus folgende Theilung der Kinder, deren Eltern verschiedenen Dienstherrn angehörten; nicht minder Unebenbürtigkeit der Ehe zwischen Ministerialen und Edlen [1])

---

[1]) Domina Alheidis, soror domini Ch. comitis de Niwenburch, mater dominae de Potendorf, renunciavit omni hereditati, quam adeptura fuisset de bonis paternis sive maternis, cum nupserit inferiori, videlicet ministeriali. (Chart. a. 1277 bei Fürth a. a. O. S. 30.) Der ferner von Fürth S. 91 angeführte Fall einer Ehe zwischen dem edlen Herrn Reinhard von Hanau und Adelheid von Münzenberg erscheint mindestens zweifelhaft, weil das Diplom des Kaisers Rudolph schwankend abgefaßt ist (ad tollendum hujusmodi dubium .... a te notam originis si qua extitit ....) und

und anfänglich selbst auch Freien, indem die Kinder der ärgern Hand folgen, d. h. wieder Ministerialen werden müssen; endlich die Unfähigkeit über Freie zu Gericht zu sitzen, wenn es diesen an Leib, Ehre oder Vermögen geht [1]);

4) die bei dem Uebergang eines Ministerialen aus einer Genossenschaft in die andere übliche Form des Tausches, der Schenkung und des Verkaufs, welche zwar der Sache nach auf keine Knechtschaft schließen läßt, weil das gewöhnlich nur zum Vortheil des Dienstmannes eingegangene Rechtsgeschäft außer der Uebereinkunft beider Herren die Einwilligung der auszuwechselnden Ministerialen und der betheiligten Genossenschaften voraussetzt [2]), — deren Ursprung aber doch im Hofrecht zu suchen ist.

5) Endlich die Freilassung, wodurch die Ministerialität beendigt wird.

Bildet die eben geschilderte Abhängigkeit des Dienstmannes eine Schranke gegen Edle und Freie, so erscheint der Unterschied zwischen Ministerialen und andern Unfreien oder Hörigen noch weit erheblicher.

Zwar haben die Ministerialen im Hinblick auf jene Abhängigkeit manche Bezeichnungen mit den Unfreien gemein. Sie erhalten den Namen „eigen“; Ssp. 3, 42. §. 3., Schwäb. L.-R. Cap. 54, 10. §. 17. S. 71: alle dinstleute heissen mit recht eigen leut, man ert sy mit diesem Namen, darum das sy des Fürsten seynd. — Uta et Agnes filiae legitimae . . . nobilis de Nidecke, ipsius monasterii pro-

---

Rütter (Unterschied der Stände S. 43.) schon darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Münzenbergische Familie selbst vom Herrenstande gewesen sei. Uebrigens ruhete nur der hohe Adel einer Edlen, welche einen Ministerial geheirathet hatte, während der Ehe, er ging nicht unter.

[1]) Vergl. Ssp. 3, 54. §. 1. Auch der Eid mit der siebenten Hand mag hier erwähnt werden. Vergl. Fürth a. a. O. S. 416.

[2]) Vergl. Kindlinger's Geschichte von Wolmestein, B. 1. S. 65. Note g. und Fürth a. a. O. S. 448.

priae ministeriales; apud ministeriales seu nobiles homines nostros proprios (ap. Schannat Client. Fuld. p. 354. dipl. a. 1287): Uricum filium Friderici de Prentziawe judicis nostri in Aiblingen nos titulo proprietatis respicientem eidem domino Abbati et Ecclesiae (in Tegernse) donavimus et donamus, tradimus, ac pleno jure transtulimus . . . . . tanquam ministerialem suum proprietatis titulo perpetuo possidendum.

Diese mehrfach auch bei Rittern vorkommenden Ausdrücke („Und ist eyn eygen mann ritter" Schwäb. L.-R. Cap. 301, III. §. 9. S. 352, vergl. auch Fürth a. a. O. S. 67 u. 68) deuten ein der Hörigkeit ähnliches Verhältniß an, wobei das Beiwort „edel" vor „eignen Leuten" allerdings seltsam sich ausnimmt.

Die durch Abhängigkeitsverhältnisse, wie die Ministerialität, hervorgebrachte Mischung ganz verschiedener Begriffe, z. B. „Adalschalk", Edelknecht, „nobiles servientes", „nobilis serva", giebt allein eine ausreichende Erklärung für eine Eigenthümlichkeit, auf welche Grimm a. a. O. S. 320 in dem Ausdrucke hingewiesen hat: „so darf selbst eigen von edlen Ministerialen gebraucht werden."

Uebrigens werden selbst freie, oder edle, wenn auch abhängige Menschen mitunter „proprii homines" oder „homines mei" genannt [1]).

Auf der andern Seite werden die Ministerialen in den Urkunden des Mittelalters von den Unfreien immer strenge geschieden: „ministeriales cum universa familia humiliori" chart. a. 1167. ap. Gud. T. I. p. 395; auch von den fiscalinen und Zinsleuten: „den zweierley lude daz sint des riches dinslude unde des richies zinshafte lude". Kaiserrecht III, 6. p. 97.

Sie werden geschildert als frei von aller knechtischen

---

[1]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 101: „suum proprium hominem liberum vel servum." „homines quoque mei nobilis conditionis ad debitum ecclesiae Frisingensis suisque in futurum episcopis servitium, utpote ministeriales se adstrinxerunt." dipl. a. 1245.

Unterwürfigkeit: „soluti omni servili aquistate“. Fürth a. a. O. S. 283. Note 585. (chart. a. 1163); „concedimus et indulgemus omni familiae nostrae utriusque sexus, ministerialibus, sive servilis fuerint conditionis.“ dipl. a. 1233 bei Fürth a. a. O. S. 323 u. 324., Not. 1501; nobilis, ministerialis, rusticus (a. 1156). Otto Frising. de gestis Frid. I. cap. 28. bei Hüllmann, Ursprung der Stände S. 404.

Der wesentlichste Unterschied zwischen Ministerialen und andern Unfreien beruht in dem Kampf- und Fehderecht[1]), der Ritterbürtigkeit und Lehnfähigkeit, Verhältnissen, welche unten umständlicher erörtert werden sollen.

Die Ministerialen haben wieder eigne Leute und zwar nicht bloß die in härterer Knechtschaft stehenden, sondern selbst zinspflichtige, unter denen sich niedere abhängige Freie befinden; vergl. Fürth S. 103 u. 104.

Freilich will das Schwäb. Landrecht den als eigne Leute angesehenen Ministerialen diese Befugniß absprechen und sie nur den vier oben genannten Oberhofbeamten einräumen. Inzwischen ist diese Vorschrift, welche Fürth auf die den Ministerialen nur zustehenden Gewehre nach Hofrecht bezieht, nicht befolgt worden[2]).

Wenigstens wird in dem den Reichsfürsten im Jahre 1231 vom römischen Könige Heinrich ertheilten Privilegio allgemein schon vorausgesetzt, daß Ministerialen „eigne Leute“ besitzen können: „item principum, nobilium, ministerialium, ecclesiarum homines proprii non recipiantur in civitatibus nostris“ (bei Fürth a. a. O. S. 173).

Es ist oben schon darauf hingewiesen, daß die Ministerialen Ehrendienste (Hof- und Kriegesdienste) — nicht niedere knechtische[3]) — und gemessene, zuweilen nur 9 Tage im Jahre, leisten.

---

[1]) Ssp. Buch 2. Art. 3. werden die Ministerialen in Beziehung auf das Kampfrecht den Freien — mit Ausnahme der schöffenbarfreien, welche bevorzugt sind — gleich gestellt.

[2]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 282.

[3]) Vergl. Stüve's Osnabrückische Geschichte S. 53. Wenn hier

Die Dienstpflicht, wenn auch eine persönlich erbliche, erscheint früh schon durch die Verleihung eines Beneficii bedingt, sobald dieselbe über ein Jahr hinaus sich erstrecken soll. Vergl. Conrad. II. dipl. a. 1029: „deinde pro filiis et posteris nostris efflagitamur et illum primum curiam vestram efflagitare nituntur, per praesentem annum propriis bonis suis vobis deserviant, nihil accipientes, expleto autem hoc anno juxta justitiam suam beneficium". Vergl. auch das Cöln. Dienstrecht XII.

Bei Stiftern dienen die Ministerialen nur dem Vorsteher, cf. dipl. a. 1130: „scilicet ut ipsi ministeriales eodem jure preposito serviant, quo prioribus dominis suis ante serviebant; familia autem tota ad fratres omnino pertineat," ap. Gud. Codex dipl. T. I. p. 92.

Sie sind fähig Richter und Zeugen zu sein und können sich mit einem Eide reinigen, wo der unglückliche Laie das glühende Eisen tragen muß (cf. Vita Meinwerci c. 122. p. 863. in Leibn. scr. r. Brunsv. I.). Als Strafe treffen sie meistens nur Vermögensnachtheile.

---

die Kämmerlinge (nach Ansicht des Verfassers ursprünglich Dienstleute des Kammeramts) den Dienstleuten gleich gestellt werden, so vermag ich dieser Auffassung nicht beizupflichten. Die leges feudales Tecklenburgicae geben §. 19. eine genaue Erklärung des Camerlingus: „item si ministerialis servo vel censuali coadormierit, puer, qui ex iis nascitur, camerlingus erit". Es waren mithin Kämmerlinge aus einer Verbindung der Ministerialen mit niedern Unfreien oder Zinspflichtigen entsprungen, welche eine eigne Art von unfreien Dienern bildeten, deren Verhältnisse von denjenigen der andern Unfreien verschieden waren, und die auch ihre besondern Dienstleistungen zu verrichten hatten, ohne deshalb den Dienstleuten gleich erachtet werden zu dürfen. Damit stimmt auch die von Stüve a. a. O. Note 2. erwähnte Urkunde N. 12. in Kindlinger's Geschichte der Hörigkeit vom Jahre 1166 (nicht 1266) überein, indem darin die Kämmerlinge den Dienstleuten entgegengesetzt werden — „quamdiu uxores de sua conditione vel de ministerialibus sibi copulaverint." Hiernach kann es nicht weiter auffallen, daß den Kämmerlingen alle häuslichen, mithin auch niedere Dienste, mit Ausnahme des Kleiderwaschens, zugemuthet werden. Vergl. Fürth a. a. O. S. 304 u. 305.

Anfangs ist der Herr oder ein besonders dazu bestellter advocatus ihr Richter gewesen; durch die genossenschaftliche Verbindung erlangen sie aber den bedeutenden Vorzug, nur von Genossen gerichtet zu werden [1].

Niemand wird zur Strafe Ministerial, wie dies bei andern Unfreien der Fall ist.

Das besondere Dienstrecht der Ministerialen kann nur mit ihrer Zustimmung abgeändert werden. Ihr Rath und ihre Zustimmung ist bei allen wichtigen Handlungen ihres Herrn, bei Kriegserklärungen und Friedensschlüssen, Gebietsabtretungen und Veräußerungen erforderlich. Sie sind die gebornen Räthe ihres Herrn.

Bei Gebietsabtretungen gehen sie wie freie Vasallen zugleich mit dem Lande über, mit welchem sie belehnt sind, und werden, wie auch Edle unter ähnlichen Bedingungen, „pertinentes“ genannt [2].

Sie nehmen Markgenossenschaft mit Freien an, werden Bürger in Städten ohne Auflösung des Dienstverhältnisses und bilden dort nicht selten mit andern Geschlechtern den Rath. Die Regel, wonach ein Unfreier, welcher unangefochten Jahr und Tag in Städten sich aufgehalten, frei wird, kommt bei ihnen nicht zur Anwendung. Obwohl in Urkunden den Freien

---

[1] Vergl. auch Stüve a. a. O. S. 56. „Das Recht aller dieser Dienstmannen stand unter dem Schutze des Mannen-Gerichts, das von sämmtlichen Dienstmannen und dem Capitel unter einem vom Bischof ernannten Richter oder dem Drosten nach dem edlen Brauche, in Folge dessen jede Genossenschaft sich selbst bei ihrem Rechte handhabte, gehegt wurde.“

[2] „quod nobiles fideles, ministeriales, milites, vasalli, ceteriique homines universi ad allodium praedicti monasterii Indensis pertinentes“ (chart. a. 1269), vergl. Fürth a. a. O. S. 175, 455 und 456. Vergl. auch dipl. a. 1291 im Hoyer Urkundenbuch, herausgegeben von v. Hodenberg (Hannover 1855), erste Abthl. S. 21 und 22, Urkunde № 32: „omnia bona . . . . . ac homines utriusque sexus ubicunque locorum fuerint . . . . . sive sint liberi, proprii, vel ministeriales . . . , vendidimus.“

meistens nachgesetzt, gehen sie den Bürgern gewöhnlich vor, wie im Heerschilde den gemeinen Freien [1]).

Vom Kaiser werden den Reichsfürsten Ministerialen beigelegt, in so fern jene nicht das besondere Vorrecht erlangen, niedere Unfreie oder Zinspflichtige in den Stand der Dienstleute zu erheben; letzteres gilt daher auch als Standeserhöhung. Vergl. Kaiserrecht 6. p. 96: »kein fürste en hat die macht nicht von dem ampte daz her dienslude moge gemachin; auch en mag nieman chaine sunderlich fryheit den lüten geben dann der dem all die welt undertänig sein sol, daz ist der kaiser, der mag dienstlütte machen und niemand me.« Vergl. auch die Bestätigungsurkunde der Reichs-Abtei Corvey a. 1147 bei Wigand, Geschichte von Corvey, Buch 3. S. 26. Note 33.: »et de infimo ordine videlicet de litis aut de censuariis facere ministeriales Abbas potestatem habeat,« und eine Urkunde (a. 1106 bis 1128) M. XIX. in Kindlinger's M. B. II. §. 45. S. 140: »Isti sunt homines, quos dimisit Leneco, et quos dominus Abbas Eckenbertus ministeriales constituit« [2]).

Nur der Kaiser und hohe Adel oder Herrenstand, einschließlich der unmittelbaren Stifter und Abteien oder gefürsteten Reichs-Abteien, dürfen Ministerialen halten. Schwäb. L.-R. Art. 54: »Wisset, daß Niemand Dienstmannen haben mag mit Recht wann das Reich und die Fürsten.« (Eine Regel, welche freilich nicht immer beachtet worden ist.)

Den Dienstleuten steht sogar das Recht zu, den Eid der Treue zu verweigern, wenn der Herr nicht vorher ihre Rechte

---

[1]) Vergl. z. B. dipl. a. 1228 in Gud. Syllog. p. 164: de liberis: Everhardus de Huson etc. de ministerialibus: Hartwicus de Hirceberg. de civibus: Ortliebus, Volpertus etc. Wenn mitunter Bürger den Ministerialen wieder vorangestellt werden, so darf das um so weniger überraschen, als bekanntlich viele ritterbürtige Personen, ja selbst Mitglieder des höchsten Adels im Mittelalter Bürger waren. Kaiser Wilhelm, Graf von Holland, war Bürger zu Utrecht, Graf von Sponheim zu Trier, Graf von Catzenelnbogen zu Mainz. Vgl. Nachrichten des Geschlechts der von Schlaffen, S. 54.

[2]) Vergl. Schaumann, Gesch. des niedersächsischen Volks, S. 305. Note 29.

und Privilegien feierlich anerkannt und eidlich bekräftigt hat. „Dum princeps qui pro tempore fuerit a ministerialibus Stiriae fidelitatis exigit juramentum, ipsi ad praestationem hujusmodi sacramenti minime constringantur, donec princeps et dominus corporali suo juramento promittat se praesens privilegium in omnibus et singulis suis articulis servaturum.“ Rudolf. I. dipl. a. 1277 bei Fürth a. a. O. S. 183.

Das Vermögen des Dienstmannes ist verschieden, je nachdem „Eigen“, „Beneficium“, „Hoflehn“ (Hoveleu) oder „Amtsgut“ — wohin insbesondere die mit einem der vier Oberhofämter verknüpften Vortheile gehören — in Frage kommt. Das Amtsgut und Hoflehn fielen anfänglich nach dem Tode des Dienstmannes an den Herrn zurück, wurden aber mit den rechten Lehen der Vasallen zugleich erblich. Das „Eigen“ vererbte dagegen von Anfang an auf die Verwandten des Dienstmanns, wenngleich letzterer daran nur eine Gewehre nach Hofrecht hatte. Auch am Hoflehn hatte der Dienstmann keine rechte Gewehre.

Selbst die Investitur ist bei Vasallen und Ministerialen verschieden; bei jenen erfolgt sie im Lehngerichte vor Lehnmannen, bei diesen in der Versammlung von Dienstgenossen durch den Herrn nach Dienstrecht, wobei der weiße Stab gebraucht wird [1]).

Der Vasall besitzt sein Lehen nach Lehnrecht, um Kriegsdienste davon zu leisten, hat daran eine rechte Gewehre und damit auch Folge an den andern Herrn; er macht seine Gewehre gegen jeden Dritten geltend und verfolgt sie vor dem Landgerichte.

Anders beim Dienstmann: Hier entscheidet das besondere für den Hof seines Herrn gültige Dienstrecht; er empfängt sein Beneficium, um Hof- und Kriegsdienste zu leisten, und darbt der Folge an den andern Herrn; er gilt daher bloß gegen seinen Herrn und gegen seine Genossen als rechter Besitzer; außerhalb der Gewalt seines Herrn muß er

1) Vergl. Fürth a. a. O. S. 275.

durch dieſen vertreten werden. „Wölchs gut dem mann on mannschafft gelihen wird, das heisset nicht recht lehen. Als do ein herr seinem dienstmann gut leihet zu hofreht.“ Schwäb. Lehnr. c. 115. §. 1. p. 119. Sächſ. Lehnr. c. 67. p. 294 u. 295.

In Anſehung des Erbrechts der Dienſtleute gelten im Allgemeinen die Regeln des Landrechts, mit der durch die Gewalt des Herrn gezogenen Schranke. Ssp. B. 3, 81. §. 2. „Dienſtmannen erben, und nemen erb, als freie leut, nach landrecht, denn allein das ſie außer ihrer Herrn Gewalt nicht erben, noch erb nemen.“ Schwäb. L.-R. c. 48. §. 12. p. 64.

Die Familie des erſchlagenen Dienſtmanns nimmt das Wehrgeld in Anſpruch, wobei das Dienſtrecht vom Landrecht anſcheinend nicht abweicht: „si occisus fuerit, recompensatio ejus X librae sunt, quae ad alios non pertinent, nisi ad cognatos occisi.“ Justitia ministerial. Babenberg. p. 102.

Mit Recht ſucht Fürth a. a. O. S. 340 u. 341 hierin einen weſentlichen Unterſchied der Miniſterialen von niedern Unfreien, indem er treffend bemerkt: „Für letztere, welchen die Befugniß, Waffen zu tragen, nicht bewilligt ſei, die mithin nicht wegen der Verletzung eines Verwandten die Fehde hätten übernehmen können und deshalb auch nicht zu der Forderung eines Wehrgeldes ſelbſt berechtigt geweſen wären, habe der Herr, der Vorſteher der großen Familie, zu welcher ſie gehört, Genugthuung für Verletzungen verlangen müſſen, und ihm ſei das Wehrgeld ſeines unfreien Mannes zugebilligt worden.“

Beſonders wichtig erſcheinen noch das Schlachtroß, die Waffen und Rüſtung eines Dienſtmannes, Gegenſtände, welche, wie oben gezeigt worden, ſchon zu Tacitus Zeiten das freie Gefolge von dem Führer erhielt; auch der Dienſtherr gab oder lieh ſie ſeinem Dienſtmanne.

Als Amt und Beneficium noch an den Herrn zurückfielen, hatte er auch das Recht, das Schlachtroß und die Rüſtung des verſtorbenen Dienſtmannes zurückzufordern. Später wurde dem Sohne die Rüſtung ſeines Vaters wohl zurückgegeben, bis endlich bei Eintritt der Erblichkeit der Beneficien ein

nach Oertlichkeit verschiedenes Rechtsverhältniß in Ansehung der Herwede oder des Heergewätes sich ausbildete, wornach Rüstung und Waffen entweder an den Herrn zurückfielen, oder eine bestimmte Geldsumme dafür entrichtet wurde, oder endlich die Schwertmagen des Verstorbenen erbten. Vergl. Fürth a. a. O. S. 366—369.

Die bisherige Darstellung dürfte genügen, um den Stand der Ministerialen als einen besondern zu bezeichnen, welcher weder in den Freien, noch in den Unfreien und Hörigen aufgeht. So wie die Laten in der Mitte zwischen Freien und eigentlichen Knechten stehen, so bilden die Ministerialen eine Mittelstufe zwischen Freien und Laten.

Ihre Verhältnisse haben sich freilich vom 11—14. Jahrhundert bedeutend geändert. Zu Anfang der Periode stehen sie den Laten weit näher, während sie an deren Ende, befreit von der Einwirkung des Hofrechts, zu den Freien hinübertreten, wie auch schon die Glosse zum Sachsenspiegel B. 3. Art. 42. sie ausdrücklich als frei bezeichnet. Inzwischen ist die den Untergang der Ministerialität herbeiführende Verschmelzung der Dienstleute mit den übrigen Bestandtheilen des Volks, namentlich mit den freien Rittern, nicht zu gleicher Zeit erfolgt; selbst im 14. Jahrhundert sind die Spuren der Ministerialität noch keineswegs überall verschwunden. Eine ursprüngliche Gleichheit der Ministerialen und Laten darf übrigens nicht angenommen werden. Zwar scheint aus einigen Urkunden das Gegentheil hergeleitet werden zu können, wiewohl mit Unrecht. In Möser's Osnabr. Gesch. II. S. 101 kommt ein edler oder freier Mann, Namens Wereubrecht vor, welcher in die Dienstmannschaft des Bischofs tritt und sich nach Möser's Ausspruch „hörig“ macht. Der Bischof leiht ihm außer einer wichtigen Summe Zehntgeldes das Recht, jährlich zwei Hirsche zu fangen, und zwei Karren Weins. Es wird dann ferner von ihm gesagt: „ut proprius lito merito debuit, ecclesiae et episcopo fidelitatem juravit“; er leistete ut lito sacramentum.

Diese Ausdrücke erscheinen allerdings schlagend; allein es wird hier nicht unbeachtet bleiben dürfen, was über die Aehn-

lichkeit der Ministerialität mit der Hörigkeit und die Bedeutung des »proprius homo« oben angeführt worden ist. Außerdem scheinen auch die dem Werenbrecht von dem Bischof eingeräumten Vortheile auf eine merkliche Verschiedenheit von den Laten hinzudeuten.

Ferner wird jene ursprüngliche Gleichstellung von einigen neuern Schriftstellern [1]) aus dem Briefe des Bischofs Erpo zu Münster vom Jahre 1086, die Dienstleute des Stifts Freckenhorst betreffend, hergeleitet.

In dieser Urkunde wird Folgendes gesagt: »Igitur domina Adelheit Freckenhorstensis D. g. abbatissa pietatis amore et salute utriusque vitae ministris, qui ad eandem abbatiam pertinebant, jus aliquanto melius et clementius quam prius haberent constituere dispositum habens . . . . . adiit serenitatem nostram, supplicans . . . . ut ministris supra memoratis, quia non melius fere jus, quam liti et qui quotidie ad curtes serviunt habuerant, unde etiam plurimum gravabantur, quale habent, qui ad episcopatum pertinent, quale et dominus meus Fridericus pro sua clementia ministris, qui ad praeposituram pertinent, me rogante et impetrante, jus dederat, concederem, et per omnia illis similes in lege, jure, justitia facerem, quod ego . . . . . atque ad praesens cum plurimi tam de clero, quam militibus meis et ecclesiae ministris adessent, tale jus, legem, justitiam, qualem episcopales et qui ad praeposituram pertinent ministri habere videntur, concessi . . .«

Die Ministerialen des Stifts Freckenhorst haben hiernach ursprünglich den Laten unverkennbar sehr nahe gestanden, obgleich nicht ersichtlich ist, welchen Unterschied das Wort »fere« vor »jus« andeutet.

---

1) z. B. Schaumann in der Geschichte des niedersächsischen Volks, S. 304. Note 27. Vergl. auch Stüve, Osnabrückische Gesch. S. 16. Schaumann will in Sachsen nur in Ansehung des persönlichen Landbaues, wozu der Late verpflichtet war, einen Unterschied gelten lassen. S. 305. Note 28.

Die Verhältniſſe dieſer Miniſterialen laſſen ſich inzwiſchen ſchwerlich mit andern vergleichen, weshalb ein Schluß von jenen auf dieſe nicht zuläſſig iſt. Denn einmal muß es dahin geſtellt bleiben, ob das nicht reichsunmittelbare, ſondern dem Biſchof von Münſter untergeordnete Fräuleinſtift mit Recht Miniſterialen halten durfte — wobei nicht unbeachtet bleiben kann, daß nicht der Kaiſer, ſondern der Biſchof den Stiftsdienſtleuten beſſeres Recht verleiht —, ſodann aber erhellet aus der Stiftungsurkunde des Stifts vom Jahre 851 (bei Kindlinger M. B. Bd. II. Urk. M. II. S. 11 und 13, vergl. auch S. 52 Note c.), daß deſſen erſte Dienſtleute aus der Klaſſe der Hörigen hervorgegangen und dieſen auch, ſelbſt nachdem ihnen der Name „Miniſterial“ beigelegt war, im Weſentlichen gleich geblieben ſind.

Schon die in der Urkunde ihnen angewieſene Stellung iſt eine untergeordnete — „cum utriusque sexus mancipiis, agris, hominibus ministerialibus.“ Die Dienſte, welche ſie zu verrichten, und die Abgaben, welche ſie zu leiſten haben, ſind denen der Hofhörigen ganz gleich: „ministeriales ibidem vaccam unam bonam, haedos octo, cum triginta duobus denariis; tempore messis servitia octo cum curribus et equis praestant, post decem annos quisque pendit equum unum.“ Es iſt mithin eine Art niederer Miniſterialen hier in Frage [1].

Endlich wird aber ein Rechtsverhältniß, welches eine für begründet erkannte Beſchwerde erzeugte, deren Beſeitigung durch Gleichſtellung der Miniſterialen des Stifts mit denen des Biſchofs herbeigeführt wurde, keine Folgerung rückſichtlich anderer Dienſtleute zulaſſen.

---

[1]) Der geringere Unterſchied, welcher urſprünglich zwiſchen Laten und Miniſterialen beſtanden hat, wird vorzüglich in der Art der zu leiſtenden Dienſte geſucht werden müſſen. Die Miniſterialen waren von niedern knechtiſchen Dienſten befreit, nur diejenigen unter ihnen, welche aus dem Stande der Hofhörigen hervorgegangen waren, erſcheinen in ihren Verhältniſſen als Grundbeſitzer von den Laten nicht verſchieden. Vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. S. 234.

Von manchen Schriftstellern, z. B. Fürth, wird angenommen, daß die Ministerialen aus dem Stande der Unfreien hervorgegangen seien. Wäre dies allgemein der Fall gewesen, so würde darin ein erheblicher Grund für die erwähnte ursprüngliche Gleichstellung zu finden sein.

Inzwischen dürfte es schwerlich gelingen, den Ursprung der Ministerialität überall genau zu erforschen. Wahrscheinlich haben die ersten Hausdiener, aus welchen später Ministerialen gebildet sind, zum größten Theil der Klasse der Unfreien angehört, wiewohl die a. 811 als Ministerialen vorkommenden, oben S. 11 in Note 2 erwähnten falconarii, teloneарii und venatores als freie Männer erscheinen. Auch werden edle und freie Männer häufig Bedenken getragen haben, in die Ministerialität einzutreten, so lange die damit verbundene Abhängigkeit eine strenge war. Die geschichtlichen Aufzeichnungen aus dem 11—14. Jahrhunderte ergeben dagegen, daß Edle, Freie und Hörige Ministerialen geworden sind [1]).

Unter den Gründen, welche Freie veranlassen konnten, in Ministerialität sich zu begeben, dürfte der von Schaumann a. a. O. S. 302 hervorgehobene von größter Bedeutung sein: „Manche Freie konnten bei zerfallner Gesammthürgschaft — worin sie ursprünglich standen — neben den größern Gebieten mächtig gewordener keine Sicherheit ihres Eigenthums mehr finden. Die Noth zwang sie, den Schutz Anderer zu suchen, aber dieser Schutz ward theuer erkauft.“ Auch der Glaube für das Seelenheil zu sorgen trieb Viele in den Schutz und die Abhängigkeit der Kirche [2]).

Gab es unter den Ministerialen Abstufungen?

Nachdem die Ministerialen des Mittelalters als besonderer Stand geschildert sind, welcher zwischen Freien und Hörigen

---

[1]) Vergl. Möser's Osnabr. Gesch. Bd. II. S. 101 und Schaumann a. a. O. S. 302 ff., so wie die daselbst in den Noten abgedruckten Urkunden. Die Beweise für das Gesagte würden sich leicht vervielfältigen lassen, wenn es deren überall bedürfen sollte.

[2]) Vergl. Riccius, Vom landsässigen Adel, S. 92 u. 93.

die Mitte hält, wird es an der Zeit sein, zu untersuchen, ob es darin Abstufungen, insbesondere ob es edle und freie Ministerialen gab?

Ich muß diese Frage, welche Freiherr von Fürth verneint, bejahen. Der gedachte ausgezeichnete Schriftsteller hält Unfreiheit der Ministerialen für eine ihrer wesentlichen Eigenschaften [1]). Wird dagegen erwiesen, daß es Ministerialen gab, welche ohne Verlust ihres Adels und ihrer Freiheit dienen konnten, so muß das Fürth'sche System in einer seiner Hauptgrundlagen erschüttert werden, und es dürfte dann nur darauf noch ankommen, eine passende Erklärung für dasjenige aufzufinden, was thatsächlich feststeht. Dieser Beweis wird sich auf dreierlei Verhältnisse zu richten haben:

a. darauf, daß die vier oben genannten Oberhof- oder Hausämter (ursprünglich wahre Ministerialämter) von Mitgliedern des Herrenstandes ohne Verlust des Adels bekleidet worden sind;
b. darauf, daß Mitglieder des Herrenstandes, welche eins der vier Oberhofämter nicht bekleiden, ohne Verlust des Adels als Ministerialen vorkommen;
c. auf das Vorhandensein freier Ministerialen.

Der erste Theil des Beweises wird sich am leichtesten erbringen lassen. Da über die zu beweisende Thatsache selbst kein Streit herrscht, sondern nur über ihre Bedeutung, so will ich mich darauf beschränken, einige Beispiele hier anzuführen.

Die mächtigsten Fürsten dienten dem Kaiser bei feierlichen Gelegenheiten, wie namentlich die Kurfürsten bei der Krönung in den Erzämtern, die Erbbeamten der Fürsten diesen in ähnlicher Weise. Dieses Verhältniß scheint sehr alt gewesen zu sein.

Die vier großen Hofämter sind schon zur Zeit Otto I. (also im 10. Jahrhundert) bei den Herzogen.

Otto wurde in Aachen von den Großen des Reichs gewählt, von den Erzbischöfen zu Mainz und Cöln gesalbt und

1) Vergl. Fürth a. a. O. S. 56 u. 57.

gekrönt, bei der Tafel dienten Herzöge: »sacrificio solemniter celebrato, descendebat rex ad palatium, et ascendens ad mensam marmoream regio apparatu ornatam residit cum pontificibus et omni populo; duces vero ministrabant. Lothariorum dux Isilbertus, ad cujus potestatem locus ille pertinebat, omnia procurabat; Everhardus (Herzog in Franken) mensae praeerat, Herimannus Franco (Herzog in Schwaben) pincernis, Arnulfus (Herzog in Baiern) equestri ordini et eligendis locandisque castris praeerat.«

Vom Kaiser Otto III. wird gesagt: »quatuor ministrabant duces, Henricus ad mensam, Conradus ad cameram, Hezil ad cellariam, Bernhardus equis praefuit.«

Bei der Krönung des ältesten Sohnes Friedrich I., des römischen Königs Heinrich, »administrabant officium dapiferi seu pincernae, camerarii seu mareschalci non nisi reges vel duces aut marchiones.«

Albertinus Argentinensis erzählt in Chron. ad a. 1356: »eodem anno venit Carolus imperator ad civitatem Metensem in adventu Domini, celebrans ibidem natalem Domini; fuerunt ibi principes electores et officiales seu ministeriales imperii, quorum quilibet ministrabat imperatori sedenti in mensa in officio seu ministerio suo proprio; quilibet autem veniebat super equo usque ad mensam« (jedenfalls eine eigenthümliche Art der Bedienung).

Von den Altorfischen Welfen wird bemerkt: »Domum quoque suam regio more ordinabant, ut ita quaeque officia in eis, id est ministeria dapiferi, pincernae, marschalci, camerarii, signiferi, per comites vel aequipollentes regerentur« [1]).

Im Schwäb. L.-R. Art. 31. heißt es: »Der Bischof von Mainz ist Canzler in deutschen Landen, der Pfalzgraf von dem Rein des Reichs Truchsäß, der Herzog von Sachsen des

[1]) Vergl. Köhler's Nachricht von den Erblandhofämtern des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg, S. 2 u. 3.

Reichs Marschalk, der Markgraf von Brandenburg des Reichs Kämmerer, der König von Böhmen des Reichs Schenk."

Kaiser Friedrich II. war Truchseß (dapifer) des Bischofs Eckbert von Bamberg, später der Rheingraf Herzog in Baiern [1]). Der Herzog von Schwaben war Truchseß des Abts von St. Gallen, der Graf von Schaumburg Kämmerer des Stifts Minden, der Graf von Dillingen Marschall in Schwaben, nach dessen Tode kam dieses Amt an Graf Ulrich von Würtemberg. Die Grafen von Luxemburg waren Marschälle des Erzstifts Trier [2]). Der Graf von Veldenz war Truchseß von Mainz [3]) und der Graf von Woldenberg a. 1279 Schenk des Bischofs von Hildesheim [4]). Der Bischof von Bamberg hat den König von Böhmen zum Schenken, die Landgrafen von Hessen sind Marschälle des Erzbischofs von Mainz [5]).

Endlich verdient noch ein Auszug aus dem Register des Bischofs von Utrecht a. 1021 (bei Riccius a. a. O. S. 61) Erwähnung, wonach die vornehmsten der Stiftsvasallen zugleich Ministerialen und Erbbeamte waren: „Dux Brabantiae est liber feudalis ecclesiae Trajectensis, et tenet in feudum et est dapifer, comes Gelriae est etiam liber feudalis ecclesiae Trajectensis, et tenet in feudum et est venator, item comes Cliviensis liber feudalis ecclesiae — et vocatur camerarius episcopi Trajectensis; item comes Hollandiae est liber feudalis et mareschalcus episcopi Trajectensis."

Der zweite Theil des Beweises bezieht sich auf die Thatsache, daß Mitglieder des Herrenstandes, welche eins der vier Oberhofämter nicht bekleiden, ohne Verlust des Adels als Ministerialen vorkommen.

---

1) Vergl. Fürth a. a. O. S. 196.

2) Vergl. Scheidt vom hohen und niedern Adel, S. 103, 166 und 167. Not. k und g.

3) Vergl. Gud. l. c. I. S. 774.

4) Vergl. Origg. Guelf. T. III. S. 685. Der Graf von Woldenberg ist in jener Urkunde unter den Grafen mit dem Beifügen „Pincerna" vor den Reichsministerialen aufgeführt.

5) Vergl. Geschichte deren von Schlieffen. S. 43.

1) In Urkunden des 12. Jahrhunderts erscheinen die Rheingrafen (Emercho, Embricho oder Embrico) als Ministerialen.

a. dipl. a. 1130 (ap. Gud. Codex dipl. I. p. 93): liberi: Emicho comes, Conradus de Walrestein, m. de Sponheim; ministeriales: Wernherus de Bolant, Conradus de Hagene, Heroldus de Aschaffenburg et frater ejus Burchardus, Emercho Ringreve etc.

b. dipl. a. 1131 (ap. Gud. l. c. p. 100): ministeriales: Dudo scultetus, Embrico Ringreve.

c. dipl. a. 1141 (bei Pfeffinger, Gesch. des Br.-Lün. Hauses S. 36): ministeriales: Embricho comes Reni.

d. dipl. a. 1142 (ap. Gud. l. c. p. 133): ministeriales: Embrico comes Reni etc.

e. dipl. a. 1149 (ap. Gud. l. c. p. 189): ministeriales: Embrico Ringravius, Wernherus dapifer, Conradus pincerna.

f. zwei dipl. a. 1151 (ap. Gud. l. c. p. 211 u. 213): ministeriales: Embrico comes Reni.

In diesen Urkunden erscheinen die gedachten Rheingrafen stets gesondert von den Freien (Hochfreien) und nach ihnen.

Dagegen werden in einer andern Urkunde von 1151 (ap. Gud. l. c. p. 202) als Zeugen genannt: Henricus comes Hessie, Godefridus de Hoste, Arnoldus de Hagenowe (edle Herrn von Hanau), Embrico comes Reni, Eckehardus de Erlebe. Conradus. Heroldus. Hartmannus. Meingoz. Dudo frater ejus. ministeriales (Anscheinend sind hiermit die zuletzt erwähnten Personen Conradus und folgende gemeint).

Ferner kommen in einem dipl. a. 1196 (ap. Gud. l. c. p. 332) als Zeugen vor: Walrawerus comes de Nassowe, Henricus comes de Wegebach, Wernerus de Bolant, Wolferamus Ringravius.

In einem dipl. a. 1209 (ap. Gud l. c. p. 418) heißt es: a simili archiepiscopus sepedictus (Mainz) cognatos,

vasallos et ministeriales ipsius: Sigfridum de Runckel, Wernherum et Philippum de Bolandon, Wolferamum Ringravium; dipl. a. 1219 (ap. Gud. l. c. p. 461) erscheinen da laicis Wer. et S. fratres de Bonland, Wernerus Ringravius junior.

In einer Urkunde a. 1239 (ap. Gud. l. c. p. 560 und 561) erscheinen als Bürgen Conradi comitis Silvestris: Gerlacus comes de Veldenz, Fridericus comes de Lininge, Embricho Ringravius, Conradus comes irsutus; und ebendaselbst als Zeugen: Embricho Ringravius, Arnoldus de Turri, Ger. de Ravensburc, Ger. comes de Ditse.

Endlich kommen in einem Diplom bei Gudenus II. S. 58 (a. 122 . . ?) vor: nobiles quoque Gerl. de Eppenstein, Sifridus de Runckel, et alii tam nobiles, quam ministeriales: Fridericus de Kellerauwe, Ringravius, Wernherus de Bolandia.

Die hier genannten Rheingrafen gehören anscheinend nicht zu den Pfalzgrafen, deren unter andern in einem dipl. Conradi II. a. 1145 (bei Mushard, Brem. und Verd. Ritter-Saal S. 15) gedacht wird (Henricus Dux Saxoniae, Henricus palatinus comes de Rheno, Albertus marchio). Dagegen wird das Geschlecht der Rheingrafen von Gudenus l. c. im Index III. Thl. I. den wirklichen oder dynastischen Grafen beigezählt, eine Ansicht, welche auch in einem dipl. a. 1130 (ap. Gud. l. c. I. p. 85) Unterstützung findet, wonach Richolfus comes in Rinegowe, dessen Gattin Dancmunt und Sohn Ludwig, eine curtis und Weinberge dem heiligen Johannes schenken, ohne irgend einer durch Ministerialität erzeugten Abhängigkeit zu gedenken.

Ferner ist eine Urkunde, ohne Angabe der Jahrszahl, wahrscheinlich aus dem 11. Jahrhundert in dem Codex dipl. Rheno-Mosell. von Günther N. 248 S. 502 abgedruckt, welcher zufolge die Rheingrafen W. und Sigfridus dem Nonnenkloster zu Oberwesel eine Zollfreiheit zu Geisenheim ertheilen.

Auch Günther rechnet die Rheingrafen zu den Dynasten, vergl. dessen Register l. c. XI.

Hiernach widerlegt sich Fürth's Andeutung (a. a. O. S. 235), daß Ministerialen, so wie Meier oder Vögte, auch Rheingrafen gewesen wären.

Nicht der Ministerial Emercho oder Embrico wurde Rheingraf (oder etwa mit der Verwaltung des Rheingrafenamts betraut), sondern umgekehrt, die Rheingrafen wurden Ministerialen des Erzbischofs von Mainz, und blieben Rheingrafen oder Dynasten, obgleich sie Ministerialen waren. Die Stellung, welche der Rheingraf Embricho in der Urkunde von 1239 einnimmt, läßt darüber keinen Zweifel.

Die nicht unmittelbaren Vice-Comites, welche nur Vertreter des eigentlichen Grafen waren, und zu denen der von Fürth a. a. O. ebenfalls erwähnte Comes de Huxaria (Stadtgraf von Höxter) anscheinend gehört, konnten allerdings aus der Mitte der Ministerialen eines Reichsfürsten entnommen werden. Die unmittelbaren oder wirklichen Grafen des 12. Jahrhunderts sind dagegen den dynastischen Geschlechtern beizuzählen.

2) In Möser's Osnabrückischer Geschichte IV. (Urkunden; Anhang) S. 325 erscheinen a. 1182: hii nobiles: Ludolfus de Oesethe, Widekinus filius ejus, Willelmus de Holte [1]).

In einer Urkunde von 1187 (bei Schaten, Ann. II S. 881) kommen folgende Personen als ministeriales vor: Conradus camerarius, Johannes dapifer, Witeroldus pincerna, Hermannus marschalcus, Ludolphus frater ejus, Widekindus de Oesede, mithin außer jenem Wittekind nur Oberhofbeamte und ein Bruder des Marschalls. Ao. 1191

---

[1]) Die Edlen von Oesethe (Oesede) und Holte waren Osnabrückische Dynasten, vergl. Stüve's Osnabr. Gesch. S. 17, 18 und 30, auch Lodtmann's Monum. Osnab. S. 89, 93, 94 und 95, wo zugleich angedeutet wird, daß Ludolfus von Oesethe von Osnabrück nach Paderborn gezogen sei. Ao. 1186 erscheint Widekindus de Oesede mit dem Grafen v. Altena (Schaten I. 820): „praesentibus et collaudantibus Arnoldo comite de Altena et Widekindo de Oeseda." Ao. 1186 kommt Letzterer unter Edlen als Zeuge vor; er folgt auf Albert v. Everstein und steht vor dem Grafen Amelung v. Paderborn (Schaten I. 873).

erſcheinen (Schaten I, 892): laici liberi Widekindus de Osede aliique, cum Amelungo comite, et ministeriales, mithin im Gegenſatz zu den übrigen Miniſterialen, und ſo viel wenigſtens die beiden Genannten betrifft, als höchſtfreie, liberi seu nobiles.

Später in einem dipl. a. 1197 (bei Schaten a. a. O. I. S. 911) erſcheint Widekindus de Oesede unter Edlen als Zeuge: nobiles Widekindus de Oesede, B. et T. de Büren, Amelungus comes.

3) In Urkunden von 1197, 1204, 1207 und 1216 kommen comes Amelungus und dapifer Henricus (von Paderborn) bald als Edle, bald als Miniſterialen unter den Zeugen vor[1]). Der Vice-Comes oder Stadtgraf Amelungus iſt in derſelben Zeit wie Widekindus de Oesede Edler und zugleich Miniſterial. Er erſcheint Ao. 1185 (Schaten I, 870) mit ſeinem Bruder Erachto, Heinrich zur Lippe vorgehend, alsdann 1186 in der ſchon erwähnten Urkunde, den Schluß Edler bildend. Ao. 1189 (Schaten I, 885), werden inbeneficiati et ministeriales ecclesiae aufgeführt: nomina inbeneficiatorum qui interfuerunt haec sunt: Everhardus de Brochusen, Amelungus comes, Godescalc de Patheroh, Henricus Longus de Erckte, Henricus Spirinc, Suetherus de Wever. Hier tritt Graf Amelung als Miniſterial (inbeneficiatus) unter Miniſterialen auf; es folgt dies daraus, daß die in dieſer Urkunde vorkommenden inbeneficiati et ministeriales keine Gegenſätze bilden, von freien Lehnleuten keine Rede iſt, und der Ausdruck inbeneficiatus gegen Ende des 12. Jahrhunderts im Zweifel auf Ministeriales bezogen werden muß, wenngleich man ſchon anfing in Urkunden die Begriffe von infeodare und inbeneficiare zu verwechſeln (vergl. Schaumann, Geſch. d. Niederſächſ. Volks S. 518 Note 11), und endlich — ſo viel ich habe ermitteln können — auch die übrigen mit Graf Amelung auftretenden Perſonen Miniſterialen ſind. Gleichwohl erſcheint er 1191 in der ſchon erwähnten Urkunde als laicus liber im Gegenſatz

[1]) Vergl. Schaten's Ann. I. S. 911, 912, 950 u. 959.

zu Ministerialen.“ Ao. 1194 (Schaten I, 901) kommt derselbe unter edlen Zeugen vor, welche viri nominatissimi genannt werden, unter diesen ist er der letzte, es folgen aliique nobiles ac ministeriales. In Urkunden von 1195 und 1197 (Schaten 907, 911 u. 912) wird Graf Amelung unter Edlen, abgesondert von Ministerialen, erwähnt. Ao. 1202 kommen ex ecclesiae fidelibus Herimanus de Lippia, Berholdus de Schonenberg, B. et Ph. de Bueren, Amelungus vicecomes, ex ministerialibus Wernerus de Brakele vor. Ao. 1204 erscheint Graf Amelung mit dem Truchseß Heinrich als Zeuge (Schaten I, 942), und 1207, 1209 und 1216 kommen beide als Ministerialen der Kirche vor (Schaten I, 950, 955 u. 973), während im Jahre 1209 (ib. 955) Graf Amelung zugleich mit Thietmar v. Bueren, Florinus v. Springe, Edlen und nachher Lehnleuten und Ministerialen der Kirche, als Zeuge auftritt, Truchseß Heinrich dagegen in einer Urkunde von 1211 (ib. 959) mit den Grafen von Schowenburg und unter dem Hinzufügen „aliique viri nobiles“ als Zeuge genannt wird.

4) Ao. 1216 erscheint unter den Ministerialen des Bischofs von Paderborn nobilis vir Adolphus de Dasselé (ein bekanntes Grafengeschlecht): ministeriales vero episcopi Everhardus de Ervethe, Henricus dapifer, Hermannus marscalcus, Bernhardus de Vesperthe, nobilis vir Adolphus de Dasselé [1]).

Die von Vesperthe werden von Grupen (Orig. Pyrmontan. p. 205 u. 206) zu den Edlen gerechnet — Ao. 1234 Wittekind, vir nobilis, cognatus des Edelherrn von Büren —, während Seibertz in der diplomatischen Familiengeschichte der Dynasten und Herrn im Herzogthum Westphalen (Arnsberg 1855 S. 368—378) die von Ervethe, welche ich in Schaten's Annalen übrigens nur als Ministerialen gefunden, dem Herrenstande beizählt. Sollte die Ansicht von Grupen und Seibertz richtig sein, so würden in der Urkunde von 1216 wieder drei Mitglieder des Herrenstandes mit zwei

[1]) Vergl. Schaten a. a. O. S. 974.

Oberhofbeamten als Miniſterialen eines geiſtlichen Fürſten zuſammenſtehen. Sodann kommt noch a. 1221 (Schaten I, 988) ein Graf Adolf von Daſſel zwiſchen den Grafen von Arneberg und v. d. Mark als Zeuge vor; ferner bei Gud. Cod. dipl. I. p. 528 dipl. a. 1238 findet ſich mit P. von Pleſſe und H. von Eggenberg A. comes de Dasle, und dipl. a. 1240 (Gud. l. c. p. 565.) comes Conradus de Eberstein, comes Adolfus de Dassla.

Obgleich in Schaten's Annalen noch verſchiedene Mitglieder dieſes edlen Geſchlechtes ohne Angabe darüber, ob dieſelben Grafen geweſen oder nicht, vorkommen, z. B. Ludolfus et Wilbrandus fratres de Dasle zwiſchen edlen Zeugen (Schaten I, 853) und Adolfus de Dassele in der ſchon erwähnten Urkunde von 1194 unter den viris nominatissimis, ſo trage ich doch nicht das mindeſte Bedenken, ſie zu dem Grafengeſchlechte zu zählen. In dieſem erſcheint nach Seibertz a. a. O. S. 491 Adolphus sen. in den Jahren 1180—1224; ſodann Adolphus jun. II. ein Sohn Ludolfs a. 1210—1257, und ein Sohn Adolphs I. gleiches Namens a. 1215—1244. Zugleich darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Abſonderung der übrigen, nicht zum Herrenſtande gehörenden Miniſterialen von den ſonſtigen Ständen des Bisthums Paderborn zu Ende des 12. und Anfangs des 13. Jahrhunderts noch feſtſtand, vgl. z. B. die oben erwähnte Urkunde von 1202 ex fidelibus . . . ex ministerialibus; ferner dipl. de 1203 (Schaten I, 939) exclusis nobilibus et ministerialibus; de 1209 fideles et ministeriales (Schaten I, 955), und de 1226, Lippoldus comes et frater ejus, praeterea milites et ministeriales nostri (Schaten I, 1017).

5) kommen die edlen Herren von Volmeſtein beſonders hier in Betracht.

Im Allgemeinen muß auf Kindlinger's Geſchichte der Familie und Herrſchaft Volmeſtein verwieſen werden. Danach waren (vergl. S. 91) die Edlen von Volmeſtein Miniſterialen des Erzbiſchofs von Cöln, aber edle Miniſterialen, wie Heinrich von Volmeſtein in einer Urkunde von 1216 nobilis advocatus

D. Coloniensis heißt. Bemerkenswerth ist, daß der erste, welcher, so viel bekannt, den Namen dieses dynastischen Geschlechts führt, Heinrich von Volmestein a. 1134 als cölnischer Ministerial vorkommt, und zwar getrennt von den Herzogen, Grafen und freien Edlen. Auch später noch erscheinen Mitglieder dieses Geschlechts als Ministerialen den Edlen nachgesetzt, und in einer Urkunde von 1152 [1]) kommt Jonatas de Volmudestein unter den liberis (hier freie Herren) und unmittelbar hinterher Henricus de Volmudestein unter den Ministerialen vor, ein deutlicher Beweis, daß nicht alle Mitglieder dieses Geschlechts in die Ministerialität getreten waren. Allein schon in einer Urkunde von 1187 [2]) stehen die Brüder Heinrich und Gerhard von Volmestein als Zeugen unter Dynasten — ohne Andeutung einer Ministerialität — und vom Anfange des 13. Jahrhunderts erscheinen die Mitglieder dieser Familie bloß als nobiles, getrennt von den Ministerialen, wie solches eine Urkunde von 1218 näher darlegt [3]).

6) wird auf Möser's Osnabr. Gesch. II. §. 4. S. 10 und 11 hinzuweisen sein. Es wird dort Folgendes erzählt: »Der Bischof (von Osnabrück) belieh (a. 1193) die Gebrüder Heinrich und Hermann von Waldeck als Dienstleute mit Lehen, die ihr Vater und Großvater ebenfalls als Dienstleute empfangen hatten. Auch bedingte er sich von Walderich von Oldenburg, der ebenfalls Dienstmann war, aber eines edlen oder freien Herrn Tochter geheirathet hatte, daß seine beiden Söhne, welche damals noch unmündig waren, Dienstmanns Töchter heirathen, oder des Lehns verlustig sein sollten (a. 1203). Die Herren von Waldeck waren Brüder des paderbornischen Kirchenvogts Widekind von Waldeck, der mit unserm Bischofe Arnold ins gelobte Land gezogen und nicht zurückgekommen war, und vorgedachter Heinrich hat nachher den Stamm der

[1]) Vergl. Kindlinger a. a. O. S. 16 u. 17.

[2]) Vergl. Kindlinger a. a. O. S. 43.

[3]) Nobiles Jonathas de Ardheia, Henricus Niger in Arnsberg, Bertoldus de Buren, Everhardus frater Henrici de Volmensteine, Henricus de Alto Castro, dann ministeriales Knodel: vergl. Kindlinger a. a. O. II. S. 123.

Grafen von Waldeck fortgepflanzt, ohne daß ihm sein damaliger Dienstmannsstand daran geschadet hat.«

Ferner ist in Möser's Osnabr. Gesch. IV. S. 150 eine Urkunde vom Jahre 1204 abgedruckt, worin Ministerialen als Zeugen in nachstehender Art vorkommen: Ministeriales: Albertus Rogghe, Hugo Bere, Joseph de Sledesen, fratres ejus Zwederus, Wezelo, Wigbertus Leythur, Ambrosius Pekenake, Everhardus Udo, Johannes, Bertoldus, Conradus de Harsdorp. Comes de Tekeneborch Hinricus, frater ejus Otto, Theodericus, Wigboldus de Saltesberg fratres. Conradus de Brochterbeke.

Die Stellung, welche die genannten Grafen von Tekeneborch in dieser Urkunde in der Mitte von Ministerialen einnehmen, läßt kaum eine andere Deutung zu, als daß auch sie Ministerialen gewesen sind.

7) Bei Riccius (Land. A. S. 74 Note *) wird aus den monumentis Garstensibus ein Auszug geliefert, worin es heißt: Ottocarus marchio Styriae infeudat bonis in Seufenburg Henricum nobilem virum et ministerialem suum de Polenhain, quae olim pater ejus dominus Weickhardus possederat (a. 1126).

Auch wird an derselben Stelle gesagt: post quem eligitur dominus Gebhard nobilis vir, frater ministerialium de Walse, qui tunc potentes erant in Austria.

Ferner nimmt Riccius a. a. O. S. 71 auf eine Urkunde bei Heda Hist. Ultraj. p. 174 Bezug, worin gesagt wird: Primum itaque multa industria advocato consilio comitum Gelrensium et Clivensium et comitis Ultrajectensis Henrici de Luck et aliorum nobilium ministerialium desudavit nos amice componere.

8) In einer Urkunde von 1130, deren oben schon gedacht worden (ap. Gud. c. d. I. p. 83), kommt unter den liberis — welche anscheinend Hochfreie sind, weil darunter Gerlaus de Ysenburg, Henricus de Katzenelenbogen etc. erwähnt werden — Conradus de Hagene vor, und zwar abgesondert von den Ministerialen.

In einer andern Urkunde aus demselben Jahre [1]) erscheint Conradus de Hagene unter den Ministerialen, nach Wernherus de Bolant.

Ferner wird Conradus de Hagene in einer Urkunde von 1145 (*N.* 139 S. 297 und 298 Cod. dipl. Rhen. Mos. von Günther) genannt. Die Urkunde rührt von Konrad III. her. Der Kaiser sagt: „coram me et multorum nobilium et ministerialium nostrorum probabilibus personis."

Als Zeugen werden erwähnt: Arnoldus Coloniensis archiepiscopus. Henricus Leodiensis episcopus. Arnoldus cancellarius. Henricus comes Namusensis. Comes Otto de Rinekke. Adolfus comes de Stafenberch. Albertus comes Brunensis. Wilhelmus comes de Juliche. Godefridus comes de Arnesberch. Henricus comes de Limpurch. Rupertus comes de Lurenburch. Et alii complures eorum compares adfuerunt. De familia quoque nostra hii testes aderant: Conradus de Hagene. Anselmus et Ruthcros de Duire. Ludewicus de Hammerstein et ceteri complures.

Uebrigens zählt Günther diesen Conradus de Hagene zu den Dynasten; vergl. das Register zum Cod. dipl. VIII.

Die Herren de Bolandia, Boulant oder Bolant erscheinen als Reichs-Ministerialen (dipl. a. 1252 ap. Gudi l. c. II. p. 104: Wern. de Bolandia dapifer reg. Wilhelmi, und dipl. a. 1262 ap. Gud. l. c. I. p. 693: Wernherus de Bolandia imperialis aule camerarius, nach den Grafen von Katzenelenbogen und Schwarzburg aufgeführt), werden aber von Gudenus im Index III. T. I. c. d. eben so wie die Herren von Hagen zu den Dynasten gerechnet, welche den Grafen gleichstehen. Auch Günther zählt im Register zum Cod. dipl. VII. die Boulanden den Dynasten bei. In Urkunden des Mittelalters kommen die Herren de Bolandia bald als Ministerialen [2]), bald unter Dynasten als Zeugen ꝛc.

[1]) ap. Gud. l. c. p. 93.

[2]) Vergl. z. B. die oben erwähnte Urkunde von 1130 ap. Gud. T. I. p. 93.

vor, vergl. z. B. dipl. a. 1166 ap. Gud. Syllog. p. 582. Auch wird Wernherus de Bolandia in einer Urkunde a. 1296 ap. Gud. l. c. I. p. 893 nobilis vir genannt: a veris patronis, videlicet nobilibus viris Wernhero de Bolandia et Philippo de Hohenfels.

In Ansehung des Herrn von Hagen muß aber noch nachgefügt werden, daß dominus Conradus de Hagen et de Arnesburg, vir potens et uxor ejus matrona nobilis, nomine Luitgardis a. 1151 [1]) das Kloster Aldenburg stiftete (quendam libere possessionis suae locum, qui Aldenburg nuncupatur). Gudenus hält, wie der Index III. T. I. (Dynasten) nachweist, die Familien de Hagene et de Arnsburg anscheinend für dieselben.

β) a. Wilhelm Heda ad a. 1021 (bei Hüllmann a. a. O. S. 401): nobiles, beneficio et fide praecipue ecclesiae Trajectensi adstrictos, quos ministeriales sive vassos appellant.

b. Dipl. a. 1148 (bei Hüllmann a. a. O.): consensu et consilio principum et nobilium ministerialium.

c. Godefridi Mon. chron. ad a. 1189 bei Eichhorn St.- u. R.-G. II. S. 304: rex (Henricus VI.) expeditionem Italiam jurare fecit nobiles, maxime eos qui ministeriales imperii essent.

d. Riccius a. a. O. S. 246 (aus Schannat's Trad. Fuld.): Chart. 1128: Notum sit qualiter ego Berthbus de Brunstohen nobilis hujus ecclesiae ministerialis. Chart. a. 1140: quidam clericus, hujus ecclesiae filius ex nobili ministerialium prosapia genitus et altus — nomine Rudolphus. Chart. 1150: Notum sit — qualiter Heccekindus hujus sanctae ecclesiae ministerialis et satis nobilis et ingenuus. — Chart. a. 1150: Notum sit — qualiter quidam miles de Scornesteti in Thüringia ministerialis hujus ecclesiae de nobili progenie oriundus, Bertholdus nomine. Chart. a. 1150: notissimum, qualiter quidam ministerialis hujus ecclesiae nobilis et ingenuus — miles

[1]) ap. Gud. l. c. I. p. 199.

strenuus. Chart. a. 1268 (Riccius l. c. p. 71): ex consilio nobilium ministerialium et burgensium.

e. In Kulemann's Nav. Merk. II. S. 7.: ministeriales alto sanguine propagati.

f. Dipl. a. 1209 ap. Gud. Cod. d. l. p. 417: item vasallos ac ministeriales ipsius archiepiscopi, principes, comites, liberos, inferioresque personas.

g. Conrad. de Ursperg d. a. 1209 (bei Hüllmann a. a. O. S. 400): ministeriales nobiles de Augustensi diocesi.

h. Dipl. a. 1262 bei Fürth a. a. O. S. 452: ministeriales nobiles ecclesiae.

i. In dem Lehnbriefe, welchen Kaiser Karl IV. dem Herzoge von Stettin a. 1357 ausstellte und worin diesem die vier Oberhofbeamten zugeordnet werden, kommen edle Dienstleute vor (Edle Dienst-Leute), vergl. Kuchenbecker, Hessische Erb-Hof-Aemter S. 21.

Erwähnen will ich nur noch, daß in einem dipl. a. 1299 (ap. Gud. C. d. l. p. 915) ein Schenk Heinrich von Apolde »nobilis vir« genannt wird. Der Erzbischof von Magdeburg nennt ihn »ministerialem nostre ecclesie« und schenkt ihn dem Erzbischofe von Mainz, wie hinzugefügt wird, »in ministerialem.« Die Herren von Apolde kommen schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts als Ministerialen in Urkunden vor, werden aber von Gudenus im Index III. zum C. d. l. nicht zu den Dynasten gezählt.

Der dritte Theil des erwähnten Beweises bezieht sich auf freie Ministerialen.

Im Wesentlichen wird dieser Beweis im Obigen schon geführt sein, indem die Mitglieder des Herrenstandes als solche frei sein mußten. Insbesondere darf auf die Urkunden von 1150 verwiesen werden, worin ministeriales nobiles et ingenui vorkommen.

Sodann ist noch einer Urkunde d. a. 1118 zu erwähnen (bei Schannat Trad. Fuld. p. 261 und Fürth a. a. O. S. 264), worin es heißt: Ermenreidus de Sillense hujus ecclesiae ministerialis sat dives et ingenuus. Vor Allem aber kommt chart. a. 1273 in Betracht (vergl. Archiv für

Geschichtskunde d. preuß. Staats von L. v. Ledebur V, 191), worin einer libera ministerialis gedacht wird: Nos Brunsteinus dictus de Weste'm notum facimus . . . . . quod nos cum essemus judex ministeriatium beati Petri ecclesie Coloniensis in judicio Rickelinghusen commorantium, de sano consilio ipsorum, cum concambio dedimus nobilibus dominis comitibus Th. et Jo. suo filio in Limborg, Aleydim, que fuerat libera ministerialis beati Petri ecclesie supradicte, pro libera ministeriali ipsius permanendam, recipientes ab eisdem dominis comitibus Mechtildim filiam Elisabethe sororis Th. de Flam'en in ipso jure permanendam, in quo dicta Aleydis ejus cognata exstiterat. Seite 190 des erwähnten Werks wird auf Harenberg's — nicht in meinem Besitz befindliche — Historia Gand. p. 710 Bezug genommen, wo gleichfalls liberi ministeriales vorkommen.

Auch die Urkunden, deren Fürth a. a. O. S. 114 erwähnt, worin unter den Ministerialen liber quidam dictus de Lapide und liber de Paing genannt werden, vermag ich, da sie mir nicht vorliegen, einer nähern Prüfung nicht zu unterziehen. Dagegen glaube ich auf eine Urkunde von 1293 bei Fürth a. a. O. S. 463 Gewicht legen zu müssen, weil darin gesagt wird: ut sint canonici sacri Romani imperii vel ecclesiae Herbipolensis ministeriales ex utraque linea seu parentela liberi aut alias de sublimiori principum vel magnatum sanguine procreati.

Endlich kommen noch in einer Urkunde von 1424 (N. 163 S. 563 in Kindlinger's Gesch. der Hörigkeit) freie Ministerialen vor; es ist darauf aber, da im 15. Jahrhundert die Ministerialität nur hie und da noch kaum dem Namen nach bestand, kein Gewicht zu legen.

Aus den beigebrachten Beweisen geht hervor, daß die mächtigsten Fürsten dem Kaiser und vor Allem der Kirche und den geistlichen Fürsten in den obersten Hosämtern gedient haben, daß ferner Mitglieder des Herrenstandes ohne Verlust ihres Adels und ihrer Freiheit Ministerialen gewesen sind, und daß es endlich auch freie Ministerialen gegeben hat.

In Anſehung des Hauptbeweiſes, welcher auf die mit dem Adel und der Freiheit des Herrenſtandes verträgliche Miniſterialität gerichtet iſt, ſind die den Edlen Widekindus von Oeſede, Adolph von Daſſel, die Rheingrafen, die Herren von Volmeſtein, die Gebrüder Heinrich und Hermann von Waldeck, ſo wie Walderich von Oldenburg betreffenden Urkunden und desfalls gemachten Mittheilungen völlig ſchlagend.

Es wird nunmehr darauf ankommen, die geeignete Erklärung für die ermittelten Thatſachen aufzufinden. Dies wird nur durch Aufſtellung von Vorausſetzungen und Schlußfolgerungen möglich ſein.

Es iſt oben ſchon bemerkt worden, daß bereits in der vorcarolingiſchen Zeit der Grundſatz im fränkiſchen Reiche Geltung fand; es verletze die Würde des Adels nicht, dem Könige oder Fürſten zu dienen, obgleich Verbindlichkeiten und Nachtheile, ähnlich den Verhältniſſen der Hörigen, dadurch erzeugt wurden. Arme Freie traten in Dienſt der Edlen, ohne dadurch ihren Stand zu verlieren. Grimm a. a. O. S. 277. Knechte und Hörige des Adels bildeten dagegen ein eigenes Gefolge, ähnlich dem Verhältniſſe, worin der Adel ſelbſt zum Könige ſtand. Grimm a. a. O.

Dieſe Grundſätze ſind, namentlich ſo viel den Herrenſtand betrifft, wenngleich unter manchen Abweichungen und Ausnahmen, auch im Mittelalter vorherrſchend geblieben, mochte nun das Dienſtverhältniß das Gepräge des Lehnvertrages oder der Miniſterialität erhalten. Ssp. B. III. 65: Und wirt ein man seines genossen oder ungenossen [1]) man, seine geburt noch sein landrecht hat er damit nicht gekrenket, seinen heerschilt hat er aber geniedert; vergl. auch Schwäb. L.-R. Art. 9.

Der, wenn auch abhängige, jedoch mächtige und reiche Herrenſtand bedurfte keines Schutzes, welcher ihn in die Gewalt

---

1) Die Gloſſe ſpricht nur von Genoſſen. Der Heerſchild ſetzt nach dem Ssp. Lehnfähigkeit voraus; auf lehnfähige Miniſterialen wird aber jene Stelle jedenfalls Anwendung finden müſſen; vergl. auch Eichhorn's St. u. R.-G. II. S. 392. u. 397. Note k. wo dem Ausdruck »man« die Deutung »Dienſtmann« gegeben wird.

eines Andern hätte bringen können. Er schützte sich und Andere und blieb deshalb seinem Stande nach frei.

Anders mußte sich die Sache gestalten, wo ein unfreies Gefolge sich gebildet hatte. Dieses stand in des Herrn Schutz und Gewalt. Die Anwendung des Hofrechts war hiervon die Folge. Die Bewaffnung und der Eintritt freier, selbst edler, durch widrige Umstände dazu gezwungener Personen veredelte auch diese Verhältnisse. An die Stelle des Hofrechts trat ein Dienstrecht, welches schon in vielen Bestimmungen dem Landrechte sich näherte. Das besondere Recht dieses Gefolges erstreckte sich namentlich auf die zur Belohnung ihm verliehenen Güter (die Hoflehen).

Der Besitz solcher Güter, die mit der Verwaltung der Oberhofämter verknüpften Vortheile, der Gedanke, Gott oder doch einem Heiligen durch Eintritt in die Abhängigkeit der Kirche oder geistlicher Fürsten zu dienen, mögen in vielen Mitgliedern des Herrenstandes den Wunsch erzeugt haben, den Weg zu einer die persönliche Freiheit und Selbständigkeit nicht allzusehr beeinträchtigenden Ministerialität zu finden.

Hier scheinen die Oberhofämter die Sache erleichtert zu haben. Zwar bilden diese Aemter ursprünglich den Kern und Mittelpunkt der Ministerialität. Jeder Dienstmann ist durch seine Geburt in einem dieser Aemter zu dienen verpflichtet. Deshalb sind auch die Verwalter derselben ursprünglich wirkliche Ministerialen. Schwäb. L.-R. Cap. 55. §. 1. S. 76: Die vier dienstmann, die dienr buch nennt.

Selbst Rudolph I. setzt noch im dipl. a. 1278 fest, daß diese Beamten innerhalb der Gewalt ihrer Herren heirathen, oder ihre Aemter nicht vererben sollten.

Bekannt ist, daß sie in vielen Urkunden Ministerialen genannt werden [1]). Sie erlangen jedoch — wahrscheinlich durch den bedeutenden Einfluß, welchen die Verwaltung ihrer Aemter in der Nähe und Umgebung ihrer Herren erzeugen mußte — früh schon manche Vorrechte vor andern Dienst-

[1]) Vergl. z. B. die Urkunden a. 1152 und 1193 bei Gud. l. c. I. S. 217 u. 326.

leuten. Sie führen aber diese die Aufsicht und sind ihre Vermittler bei dem Herrn.

Mit dem Truchsessen-, Marschall- und Kämmerer-Amte ist eine nicht unwichtige Gerichtsbarkeit verknüpft. In der const. de expeditione Romana (bei Eichhorn St.- und R.-G. II. S. 316) heißt es: „quia quattuor quanto plus sunt laboraturi, tanto plus in stipendio prae ceteris sunt honorandi.“

Vor Allem verdient aber die Befugniß erwähnt zu werden, über ihr Vermögen, d. h. über „ihr Eigen“ außerhalb der Gewalt ihres Herrn zu verfügen; sie konnten [1]) eigne Leute willkürlich freilassen. Sie scheinen selbst ein bewaffnetes Gefolge mitunter gehalten zu haben [2]).

Diese Aemter waren am Ende des 12. Jahrhunderts bereits erblich (vergl. Henrici VI. dipl. a. 1199 und 1193 bei Fürth a. a. O. S. 191) und wurden im 13. Jahrhundert zu Lehen gegeben [3]). Die Inhaber derselben gelangten zu solcher Macht, daß sie mitunter ihren Herren sehr lästig wurden, wie solches die vom Kaiser geschlichteten Streitigkeiten zwischen dem Abte von Corvey und dessen Schenken und Truchsessen hinlänglich erweisen [4]).

---

[1]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 196.

[2]) Vergl. dipl. a. 1150 bei Schaten, Ann. I. S. 781: solent enim de rebus dominorum suorum propriis familias alere, et milites suos pascere.

[3]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 192.

[4]) In der unter Note 2. erwähnten Urkunde von 1150 wird unter Andern gesagt: „ut videlicet omnia victualia et universam substantiam domus domini sui sub custodia sua teneant et cui placuerit eis inconsulto domino suo eadem bona servanda et passim distribuenda conferant, tantamque potestatem in istis officiis sibi asserere conentur, ut dominis suis palam et quasi de jure suo prohibeant, ne claves et custodiam rerum suarum alicui committant.“ Es kann daher auch nicht überraschen, wenn in chart. a. 1176 (bei Kindlinger, Hörigkeit S. 244) der Prior des Stifts Corvey bittet wird: „ipse prior Henricus petiit, ut privilegio a nobis dato praecaveretur, ne id futuris temporibus in prejudicium juris custodis foret, quod eadem curia a tot militibus administraretur, quia hoc

Es bildete sich die Gewohnheit, die Dienste in den Oberhofämtern auch durch Stellvertreter (besondere Beamte) besorgen zu lassen.

Die vier großen Hofämter des Reichs wurden an bestimmte Territorien gebunden. Die hohen Würdenträger verrichteten die ihnen obliegenden Hofdienste nur ausnahmsweise persönlich; es kamen regelmäßige Stellvertreter auf. Diese erwarben allmählich ihr Amt als ein erbliches Recht, und so erscheint neben dem Erzmarschall, Erzkämmerer, ein Erbmarschall, Erbkämmerer. Hillebrand St.- u. R.-G. §. 101. S. 343.

Den Oberhofbeamten der Fürsten war es untersagt, ohne Einwilligung ihrer Herren Unterbeamte zu bestellen. Dipl. a. 1223 (Frid. II.): nisi de assensu principis fuerit ab ejus libera voluntate nullus talium officiatorum subofficiatum quemquam talem domino suo dare potest.

Die angenommenen Hofbedienten oder Unterbeamten findet man von den geborenen Erbbeamten in den Urkunden des Mittelalters durch eine besondere Bezeichnung, z. B. dipl. a. 1230 bei Fürth a. a. O. S. 192: Giselbertus vicedapifer, oder dadurch unterschieden, daß sie zeitige Truchsessen, Schenken u. s. w., tunc temporis dapifer etc., genannt werden [1]).

Diese Stellvertretung mußte den Mitgliedern des Herrenstandes eine erwünschte Gelegenheit bieten, jene Aemter als Ehrenämter, namentlich bei geistlichen Fürsten zu bekleiden, ohne Verpflichtung zu regelmäßiger Dienstleistung, mithin ohne Beeinträchtigung der persönlichen Selbständigkeit und Freiheit.

Auf diesem Wege bildete sich eine förmliche Regel, welcher zufolge die vier Oberhofämter mit den höchsten Freien oder doch mit Mittelfreien besetzt werden mußten: „die vier

genus hominum raro suis contentum est, sed semper plus sibi commissis usurpare solet." Ja, der Schenk des Abts von Corbey behauptete, wie eine Urkunde von 1190 ergiebt (vergl. Möser's Osnabr. Gesch. II. S. 110 u. 111), der Keller gehöre ihm und nicht dem Abte, eine dem ehrwürdigen Prälaten gewiß sehr empfindliche Anmaßung!

1) Vergl. Gesch. des Geschlechts v. Alvensleben, von Wohlbrück.

müssent von erst rechte, frei leut sein, die mögent mit recht eigen leut haben; diese leut sollent sein die höchsten freien oder mittelfreien.“ Schwäb. L.-R. Cap. 65. §. 2, 4. S. 83.

Mit Recht wird von Kindlinger, Gesch. von Volmestein S. 131 Note c. angenommen, daß die Classe der Edlen die vornehmen Dienstämter gewöhnlich bekleidet habe, womit auch Eichhorn in der St.- u. R.-G. II. S. 317 u. 482, so wie im deutschen Privatrecht §. 52. im Wesentlichen übereinstimmt. Willkürlich ist die Ansicht von Fürth a. a. O. S. 174, welche die gedachte Regel auf freie Leute zurückführt.

Verkannt darf übrigens nicht werden, daß diese Aemter auch den in strengerer Abhängigkeit stehenden Ministerialen, ja selbst solchen übertragen worden sind, welche erst aus einer niedern Classe, z. B. derjenigen der Zinspflichtigen, in die Ministerialität eingetreten waren [1]).

Richtig entwickelt Hüllmann (Unterschied der Stände S. 405 u. 406) die Uebertragung der vier Oberhofämter an Mitglieder des Herrenstandes. Er sagt: „Die geistlichen Fürsten für den Glanz eingenommen, der die weltliche Herrschaft umgiebt, wollten in ihren Stiften, ihren Abteien den Königl. Hofstaat nachbilden. Der König wurde von Herzogen und Grafen bedient, sie wollten es auch. Große Ländereien, ganze Herrschaften räumten sie benachbarten weltlichen Fürsten ein, wofür diese nach der alten Hofverfassung, die sich bei allen Veränderungen der übrigen Verhältnisse in ihren Grundzügen erhielt, außer den Kriegsdiensten, jene vier Hofämter, wenigstens dem Namen nach, übernahmen. Die Fürsten entschlossen sich dazu ohne Bedenken, man diente um zu besitzen, zu herrschen; einen Vornehmen zu bedienen galt für keine Erniedrigung; ja nach der öffentlichen Meinung und der gewöhnlichen Sprache ward die Bedienung eigentlich dem Schutzheiligen des Stifts oder Klosters geleistet. Der Umstand, daß

[1]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 141. Zuweilen bedurfte es kaiserlicher Erlaubniß, wenn geistliche Herren ihren Dienstleuten diese Stellen übertragen wollten; dipl. de a. 1278 bei Fürth a. a. O. S. 195.

dieſe vier Stellen in den Stiftern und Klöſtern, dann auch an den Höfen der Herzoge, Mark-, Pfalz- und Landgrafen mit Perſonen aus dem Adel, ja mit Fürſten beſetzt wurden, bewirkte in dem Dienſtweſen eine merkliche Veränderung. Die perſönliche Ehre jener vier Dienſtmannen ging über auf die vier Aemter; es ward Rechtsgewohnheit, daß dieſelben wenigſtens mit Freien beſetzt ſein mußten, die nicht in der Dienſtbarkeit geboren waren. Daher gehörten dieſe bald nicht mehr zu den eigentlichen Dienſtmannen, ſondern machten unter dem Namen officiales einen beſondern Theil des Hofſtaats aus [1]). Wenn auch einige der alten Dienſtleute den Beamtentitel erhielten, ſo hießen ſie zum Unterſchiede Oberbeamten, perſönlich aber waren ſie ebenfalls bloß bei feierlichen Gelegenheiten anweſend.“

Was bei den Oberhofämtern Rechtsgewohnheit geworden war, mußte auf die Miniſterialität überhaupt zurückwirken.

Konnte man das Amt und Amtsgut ohne Verluſt des Adels und der Freiheit beſitzen, ſo lag es nahe, bei den Beneficien oder Hoflehn das Gleiche zu verſuchen.

Durch die Lehnfähigkeit der Miniſterialen entwickelte ſich der Grundſatz, daß Jemand verſchiedenen Herren als Vaſall und Miniſterial dienen konnte [2]).

---

[1]) Aehnlich den ſpätern Oberhofbeamten.

[2]) Vergl. *M.* 22. Abthl. I. des Hoyer Urkundenbuchs, herausg. von W. v. Hodenberg (Hann. 1855): Nos Hermannus de Hodenhagen et filii nostri praesentibus publice profitemur, quod ob amorem dilecti consanguinei nostri nobilis viri comitis de Hoya .... dictam decimam domino Rodolfo et Thiderico Clenkoc fratribus, Arnoldo Kurlehaken, Heinrico de Stendenne, militibus, ministerialibus dicti comitis et nostris vasallis. In einer Urkunde von 1279 (ap. Gud. C. d. I. p. 774) ſagt der Graf von Veldenz: ego Henricus comes de Veldenze notum facio universis, quod respectu fidelitatis, qua teneor ecclesiae Moguntinae, cujus dapifer et vasallus existo et a qua habeo larga feoda, desiderans in ejusdem ecclesiae devocione et obsequio perpetuo permanere. Hier iſt der Truchſeß vom Vaſallen ausdrücklich geſchieden; die Ausdrücke devotio und obsequium ſind eher auf Miniſterialität als auf Lehnverhältniß zu beziehen. Ebenſo wird von den Grafen von Holland,

Paul Wigand bezeichnet dies in der Geſchichte von Corvey Buch 3. S. 36 alſo: „Durch dieſe verſchieden ſich bildenden Verhältniſſe konnte nun Jemand ein freier Vaſall, ein Edler, ein Miniſterial und Officiat zugleich durch den Erwerb verſchiedener Güter ſein.“

Die auf dieſem Wege gebildete Miniſterialität war von der ältern erheblich verſchieden. Während eine perſönlich erhebliche Dienſtpflicht weſentliche Vorausſetzung der letzteren war, wurde bei erſterer das Band der Abhängigkeit durch den Beſitz eines Guts, ähnlich dem Lehnverhältniſſe geknüpft.

Die Reſutation des Hoflehns wird hier dieſelben Folgen erzeugt haben, wie das Aufgeben des Lehns von Seiten des Vaſallen, wogegen die durch ſtrengere Miniſterialität begründete perſönlich erbliche Dienſtpflicht durch Verzicht auf den Beſitz eines Guts ſelbſtredend nicht aufgehoben werden konnte [1]). Von den hofrechtlichen Schranken, welche die in ſtrengerer Abhängigkeit befindlichen Miniſterialen beim Eherechte und bei Verfügungen über ihr „Eigen“ einengen, habe ich in den Urkunden, welche die einer mildern Abhängigkeit unterworfenen Miniſterialen des Herrenſtandes betreffen, eben ſo wenig etwas aufgefunden, als über eine Vertauſchung und ſonſtige Veräußerung oder Freilaſſung der letzteren [2]). Dieſe befanden ſich nicht in der Gewalt ihrer Herren, waren nicht Mitglieder

---

Brabant, Cleve und Geldern geſagt: est liber feudalis ecclesiae, et tenet in feudum et est dapifer, marschalcus, venator, camerarius episcopi. Dieſe Grafen waren, wie Riccius a. a. O. S. 61 richtig bemerkt, die vornehmſten Stiftsvaſallen, auch zugleich Miniſterialen und Erbbeamte.

[1]) Ueber die Reſutation eines Hoflehns vergl. Fürth a. a. O. S. 278 und Scheidt vom hohen und niedern Adel S. 167 Note g.

[2]) Es iſt oben ſchon bemerkt, daß die Miniſterialen von Apolde nicht zum Herrenſtande gerechnet werden dürfen. Ob die Söhne Walderichs von Oldenburg Dienſtmanns Töchter geheirathet und damit in eine ihre Standesfreiheit beeinträchtigende Abhängigkeit eingetreten ſind, darüber vermag ich keine Auskunft zu ertheilen. Zugegeben muß werden, daß namentlich in älterer Zeit einzelne Mitglieder des Herrenſtandes in die ſtrengere Miniſterialität ſich begeben und damit ihrem Adel entſagt haben.

der Dienſtmannsgenoſſenſchaft und dem Hof- und Dienſtrecht nicht perſönlich, ſondern nur hinſichtlich des in ihrem Beſitze befindlichen Miniſterialguts unterworfen. Von freien Vaſallen waren ſie nur dadurch verſchieden, daß ſie außer den Kriegsdienſten auch Hofdienſte zu leiſten hatten, und ihre aus dem Beſitze des Amtguts und Hoflehns entſpringenden Verbindlichkeiten, nach Hof- und Dienſtrecht und nicht nach Land- und Lehnrecht beurtheilt wurden. Daher war auch für die Entſcheidungen über dieſe Güter nicht das Mannengericht der Vaſallen, ſondern dasjenige der Dienſtleute zuſtändig.

Beſonders lehrreich iſt Kindlinger's Geſchichte von Volmeſtein, um die Lage der in eine mildere Miniſterialität eingetretenen Mitglieder des Herrenſtandes richtig zu würdigen. Kindlinger ſagt S. 87: „Man ſieht die edlen Herren von Volmeſtein mehrentheils im Gefolge des cölniſchen Erzbiſchofs, mit dem ſie in beſonderer Verbindung und auf einem ſehr traulichen Fuße ſcheinen geſtanden zu haben. Sie waren meiſtens bei allen Geſchäften des Erzbiſchofs in Weſtphalen gegenwärtig, hatten Theil an ſeinen Fehden, und wurden ſogar deſſen edle Dienſtmänner. Allem Vermuthen nach hatten ſie demſelben den ruhigen Bau ihrer Burg zu verdanken, und nach Vollendung derſelben ihm in dieſer Rückſicht das Oeffnungsrecht, ja ſogar eigene Burgſitze darin zugeſtanden — eine Begünſtigung, welche in jenen Zeiten äußerſt wichtig, und ein Zeichen einer vorzüglichen Freundſchaft war.“ Sie unterhielten eine eigene anſehnliche Lehn- und Dienſtmannſchaft (S. 102). Ferner S. 104: So wandelte die Familie von Volmeſtein Schritt vor Schritt die große Laufbahn durch, auf der ſie, wie alle übrigen Großen der weſtphäliſchen Nation gegen das Ende des 12. Jahrhunderts ſtanden, um zur Landeshoheit überzutreten. Dieſe haben ſie — obwohl ſie Miniſterialen waren — nach Kindlinger's Zeugniß (S. 114) erlangt, ſpäter ſanken ſie zu Landſaſſen herab.

Aehnlich verhält ſich die Sache mit Heinrich von Waldeck.

Es bedarf keines weitern Beweiſes, daß eine Miniſterialität, welche kein Hinderniß bildet, zur Territorialhoheit hinanzuſteigen, und die geräuſchlos verſchwindet, während die ſtrengere

noch in voller Blüthe ſteht, mit dieſer nicht zuſammengeworfen werden kann.

Inzwiſchen waren die geſchilderten Verhältniſſe geeignet, nach verſchiedenen Seiten hin Verwickelungen zu erzeugen. Die Dienſtherren verſuchten nicht ſelten, die mildere Abhängigkeit in eine ſtrengere zu verwandeln; die Genoſſenſchaft der Dienſtmannen widerſetzte ſich mitunter nicht ohne Erfolg der Verleihung der Dienſtmannsgüter an Edle; deutliche Beweiſe für die Richtigkeit der oben entwickelten Anſicht.

Vor Allem iſt die von Möſer erwähnte Verhandlung des Biſchofs von Osnabrück mit Walderich von Oldenburg bezeichnend. Letzterer war, obwohl Dienſtmann, den Beſchränkungen des Hofrechts hinſichtlich der Wahl ſeiner Gattinn augenfällig nicht unterworfen geweſen, er war ebenbürtig vermählt; allein ſeine Söhne ſollten Dienſtmanns Töchter heirathen oder das Lehen verlieren.

Ganz ähnlich verhält es ſich mit einem Ritter Albert von der Lippe [1]), welcher im Jahre 1197 (vergl. Treuer's Geſchichte der Herren von Münchhauſen, Anh. 7.) curiam in Munichhusen jure officii erhielt, quod vulgo „Amtrecht“ dicitur. Es wird von ihm verlangt, „ut uxor sua ministerialis ecclesiae Corbejensis efficiatur, alioquin officio privabitur.“ Dann wird ferner geſagt: „si Albertus de Lippia sine heredibus forte moriatur, ejus officium uni de filiis sororis ejus vel fratris ipsius, quem amici ad id decreverint, porrigetur ab abbate, ea tamen conditione, ut ad officium hujusmodi praesentatus efficiatur ministerialis ecclesiae Corbejensis, seu per concambium, seu alio modo, alias officio carebit.“

Ja es ſcheint die Erblichkeit der Oberhofämter — ſelbſt zu einer Zeit, wo die Miniſterialen faſt allgemein ſchon lehnfähig waren — mitunter durch den Eintritt der Inhaber derſelben in ſtrengere Abhängigkeit bedingt geweſen zu ſein, indem

---

[1]) Ueber die Abſtammung desſelben liegt etwas Näheres nicht vor. Ich muß es daher dahin geſtellt ſein laſſen, ob er zum Geſchlechte der edlen Herren von der Lippe gehört oder nicht.

in dem oben erwähnten Diplom de a. 1278 Rudolph I. verfügt: „si vero aliquis ex hujusmodi officialibus extra potestatem ecclesiae matrimonium contraxerit, heredes ejusdem idem officium nullatenus hereditabunt, et in hoc casu abbati et conventui antedictis tam officium, quam feodum ipsi officio attinens in alium transferre licebit“ (bei Fürth a. a. O. S. 192).

Allein nicht bloß der Dienstherr, sondern auch die Dienstmannschaft hatte ein Interesse, daß Dienstmannsgut nur nach Dienstmannsrecht, mithin an Dienstmänner verliehen wurde. Es bildete sich der Grundsatz, daß, was einmal Dienstmannsgut gewesen war, nach Hof- oder Dienstrecht wiederum einem Dienstmanne verliehen werden mußte. Jede Abweichung von dieser Regel schmälerte die Aussicht der Dienstmannschaft auf Beneficien. Daher auch die Verpflichtung der osnabrückschen Bischöfe in den Capitulationen, Alles, was sie von bischöflichen oder des Stifts Dienstgütern ohne Rath und Einwilligung der Kirche verpfändet oder von Dienstmannsgut an edle Herren verliehen hätten [1]), in sofern es mit Rath und ihrer Hülfe geschehen könnte, wieder herbeizuschaffen, und widrigenfalls einen Theil der eigenen Tafeleinkünfte, so wie solcher von der Kirche gemeinschaftlich bestimmt werden würde, so lange in die Hände des Capitels und der Dienstmannschaft zu geben, bis Alles wieder ersetzt sein würde, ins künftige aber keine erhebliche Veräußerung ohne deren Zustimmung vorzunehmen. Vergl. Möser's Osnabr. Gesch. III. S. 8 u. 9.

Mitunter scheint beim Eintritt in die Ministerialität das Nähere über die mildere oder strengere Abhängigkeit festgesetzt zu sein, wobei ausdrückliche Verzichte auf Adel und Freiheit vorkommen; dies ist z. B. bei den Gebrüdern von Bramstede im Jahre 1257 der Fall gewesen: Nos Henricus et Otto milites fratres, dicti de Bramstede renunciantes nobilitati et libertati nostrae, spontanea voluntate facti sumus

---

[1]) quae infeudando alienavit in bonis ministerialium, quae in beneficio concessit nobilibus, quae tamen nonnisi ministerialibus concedenda erant. Cf. Möser, Osnabr. Gesch. III. S. 12 Note b.

ministeriales ecclesiae Bremensis (bei Mushard, Brem. und Verd. Ritter-Saal S. 67 u. 68); ein deutlicher Beweis, daß der Verzicht auf Adel und Freiheit aus dem Eintritt in die Miniſterialität nicht allemal ſchon von ſelbſt folgte, daß er aber bei den Miniſterialen der Bremenſchen Kirche noch um die Mitte des 13. Jahrhunderts erfordert wurde.

Die Zweifel, welche durch die mit Annahme von Lehn- und Miniſterialgütern verknüpfte Abhängigkeit beim Herrenſtande immer noch erzeugt werden mochten, haben einen mit Einverſtändniß der Großen und Mannen des Reichs erfolgten Rechtsſpruch des Kaiſers, ſelbſt zu einer Zeit (a. 1353) erwirkt, wo die ſtrenge Miniſterialität bereits untergegangen war. Der Ausſpruch des Kaiſers iſt in verſchiedenen Beziehungen wichtig, er findet ſich in Kindlinger's Sammlung merkwürdiger Urkunden S. 100 u. 101 und geht dahin: „si quicunque vir nobilis ex utroque parente in libertate genitus, ab uno seu pluribus dominis feudalia aut ministerialia bona suscepit, aut suscipit, et eidem domino suo vel dominis de consuetis servitiis juxta approbatam consuetudinem feudalium aut ministerialium bonorum debite correspondet, quod ob hoc talis liber vel ingenuus in nobilitate nativitatis ipsius inde sequentibus dampnificari vel deteriorari non debet seu potest aliquo modo in omnibus juribus, causis et respectibus inde dependentibus.“

Die Scheidung der Lehn- und Miniſterialgüter tritt noch klar hervor, nicht minder der Umſtand, daß man von verſchiedenen Herren Lehn- und Miniſterialgüter beſitzen konnte, und daß die Dienſte auf den Gütern hafteten.

Die Entſcheidung ſelbſt, daß kein Edler durch Annahme von Lehn- und Miniſterialgütern und Leiſtung der darauf haftenden Dienſte ſeinen Adel oder Geburtsſtand beeinträchtigen ſolle, ſcheint auch ein wichtiges Zeugniß über dasjenige zu enthalten, was längſt ſchon als Recht anerkannt [1]), in einzelnen Fällen aber in Zweifel gezogen war.

---

[1]) Dies deuten namentlich die Worte in der Urkunde an: prin-

Die obige Schilderung über das Weſen der mildern Miniſterialität wird durch den Inhalt dieſer Urkunde bedeutend unterſtützt. Nur mit der Annahme einer ſolchen mildern Miniſterialität, in welcher auch Mitglieder des hohen Adels unbeſchadet ihres Standes ſich befinden konnten, ſcheinen die beiden im Folgenden zu erwähnenden Urkunden übereinzuſtimmen. Die erſte findet ſich bei Gudenus C. d. II. S. 54 und 55. Darin ſagt der Comes de Widegiastein a. 1228: „Praeterea ego et mei fratres et nostri successores semper liberi vasalli erimus ad serviendum contra omnem hominem praeter imperium archiepiscopo praedicto et ecclesiae Moguntinae. Et ipse nobis versa vice propicius erit dominus contra omnem hominem praeter imperium et defensor, egoque et fratres mei in familia computabuntur et erimus archiepiscopi Moguntini.“

Die zweite Urkunde iſt bei Scheidt a. a. O. S. 169 abgedruckt (a. 1292). Es heißt darin: „Nos Everhardus comes de Wirtenberch notum facimus .... quod cum pater noster et progenitores nostri, magnifico principi domino nostro Lodewico illustri comiti Palatino Reni, duci Bavariae, et progenitoribus suis ab olim servitio et familiaritate adhaeserint.“ Dann wird das Verſprechen ertheilt gegen Jeden zu dienen, mit Ausnahme der Grafen von Oettingen und Hirzperch, und am Schluſſe hinzugefügt: „et ut nos in servitio suo et ipsorum puerorum suorum exercere utilius valeamus, promisit nobis trecentas triginta marcas“ etc.

Die hier gebrauchten Ausdrücke „familia“, „familiaritas“ ſind auf ein Miniſterial- und nicht ein Lehnverhältniß zu beziehen. Es iſt ſehr gewöhnlich, die Miniſterialen zu der großen Familie des Dienſtherrn zu rechnen — im Cölniſchen Dienſtrecht §. 11. heißen ſie milites de familia —, obſchon

---

cipes, comites etc. animo deliberato unanimi et communi praecedente consilio concordibus votis diffinierunt et sententiaverunt publice etc.

sie dem Theil der Familie, welchen die niedern Unfreien bilden, immer entgegengesetzt werden. Der Ausdruck familia hat aber eine bestimmte Beziehung zu dem häuslichen Kreise des Familienoberhauptes; er paßt nicht zum reinen Lehnverhältnisse. Die Lehnmänner heißen deshalb fideles und die Dienstmänner familiares [1]). Die familiaritas bezeichnet das vertraute Verhältniß, welches zwischen dem Dienstherrn und Dienstmann in allen Beziehungen sich entwickelt hat.

Wenn nun gleich in der zuerst erwähnten Urkunde von 1228 der Graf von Wideginstein sagt, daß er und seine Brüder immer freie Vasallen bleiben würden, so schließt das, dem Obigen nach, nicht aus, daß sie — worauf die Worte »in familia computabuntur« hindeuten — auch edle Ministerialen des Erzbischofs von Mainz gewesen sind. In der zweiten Urkunde ist aber von einem Lehn überall nicht die Rede. Das Versprechen einer für Kriegsdienste einmal zu zahlenden Geldsumme ist selbst mit einem Geldlehn, wobei Zinsengenuß und Sicherstellung des Capitals wesentlich erscheint [2]), nicht zu vereinen. Vielmehr ist nur Sold versprochen worden [3]). Das Verhältniß scheint als eine persönlich erbliche Pflicht zu Kriegsdiensten aufgefaßt werden zu müssen. Es würde übrigens, wie kaum der Bemerkung bedarf, irrig sein, die Ausdrücke »familia«, »familiaritas« [4]) stets auf die strengere Ministerialität zu beziehen. Die angeführten Urkunden liefern den schlagendsten Beweis des Gegentheils, wie denn mitunter auch die familiaritas auf Lehnverhältnisse bezogen wird, z. B. nennen die Edelherren B. und Th. von Bueren einen mit dem Bischofe von Paderborn a. 1195 eingegangenen Lehnsvertrag »contractum familiaritatis et amicitiae« (Schaten I, 906). Auch auf die oben schon erwähnte Urkunde Conr. III. de a. 1145 darf Bezug genommen werden.

---

[1]) Vergl. Möser's Osnabr. Gesch. II. S. 106.

[2]) Vergl. Eichhorn's Deutsch. Privat-Recht §. 197. S. 507.

[3]) Vergl. Scheidt a. a. O. S. 27.

[4]) Ueber die Bedeutung dieser Ausdrücke vergl. noch Scheidt a. a. O. S. 26 u. 27 Not. r u. s und S. 168 u. 169 Note a.

worin Conradus de Hagene und Ludewicus de Hammerstein — welcher wahrſcheinlich zu dem von Gudenus (C. d. II. lit. f.) den Dynaſten beigezählten Burggrafen dieſes Namens gehört — als Zeugen de familia regis erſcheinen.

Fürth verwirft zwar S. 116 u. 117 des oft erwähnten Werks die Eintheilung der Miniſterialität in eine ſtrenge und eine milde, und fügt dann hinzu: „Wenn aber freie Leute oder ſelbſt Fürſten, wie oft bei Kirchen geſchah, ein ſolches Amt (Oberhofamt) übernahmen, ſo galt dieſes keineswegs für einen Eintritt in die Miniſterialität, die alsdann eine milde zu nennen geweſen wäre; ſie konnten Amtleute und Vaſallen werden und dabei doch frei bleiben, Miniſterialität war durchaus mit Unfreiheit verbunden.“ Da Fürth nur eine Miniſterialität, verknüpft mit Unfreiheit kennt, ſo iſt ſein Ausſpruch begreiflich; ſein Standpunkt iſt aber zu eng begrenzt. Dem Leben, welches ſich mannigfach geſtaltet hat, wird der Schriftſteller folgen müſſen, nicht einem ſelbſtgewählten Syſtem.

Eichhorn billigt dagegen §. 52. ſeines deutſchen Privatrechts die Unterſcheidung zwiſchen milder und ſtrenger Miniſterialität völlig und behauptet, die erſtere habe mit der letzteren faſt nur den Namen gemein, und Theil II. S. 490 u. 491 der St.- u. R.-G. wird von ihm hervorgehoben: „Man hat Grund anzunehmen, daß der Adel in keiner ſo ſtrengen Dienſtbarkeit ſtand, und daher einestheils jenen Beſchränkungen des Eigenthumsrechts nicht vollſtändig unterworfen war, anderntheils aber ſeine Beneficien zuerſt in Hoflehn und ſein Recht daran in wahre Gewehre veredelte.“

Nicht begründet ſcheint mir dagegen Hüllmann's Anſicht (Urſprung der Stände S. 402 u. 403), wonach die in einigen Urkunden vorkommenden legales oder legitimi ministri Dienſtmannen mit vorbehaltenem Rechte ſein, eine höhere Stufe einnehmen, und mit Edlen und Freien, die bloß in den Kriegsdienſt getreten, zuſammen eine Ordnung ausmachen ſollen.

Fürth verwirft ferner (S. 115 a. a. O.) die Eintheilung in edle und unedle Miniſterialen und will noch weniger annehmen, daß unter edlen Miniſterialen Dynaſten zu verſtehen

ſein, welche in das Dienſtverhältniß getreten wären. Denn — wird hinzugefügt — edel iſt zu der Zeit, als die Miniſterialen ſo genannt werden, ein auszeichnender Titel der Ritter, ohne daß irgend eine Verbindung derſelben mit dem hohen Adel nöthig wäre. Wegen ihrer Ritterwürde und Ritterbürtigkeit erhalten die Miniſterialen jenen Titel, auf welchen alle gleichmäßig, da ja alle zur Ritterwürde berufen ſind, einen Anſpruch machen können. Wenn aber freie oder edle Leute ſich in das Dienſtverhältniß begaben, und nicht ſtatt deſſen ein Amt oder Lehn annahmen, ſo entſagten ſie dadurch den Vorrechten ihres Standes und wurden durchaus den übrigen Dienſtleuten gleichgeſtellt.

Zugegeben muß werden, daß im 12. und 13. Jahrhundert einzelne Fälle vorkommen, in denen ritterbürtigen Perſonen mit Rückſicht auf ihre ritterliche Würdigkeit das Prädicat „edel“ zu Theil geworden iſt [1]).

Ich muß ferner dahin geſtellt ſein laſſen, ob die von Fürth a. a. O. S. 77 aus den Jahren 1150, 1170, 1189, 1200, 1220, 1230 und 1283 angeführten Beiſpiele edler Miniſterialen ſämmtlich nur auf die Ritterwürde und das perſönliche Anſehen dieſer Dienſtleute, oder auch auf deren Geburtsſtand zu beziehen ſind. Dagegen bleibt ſo viel gewiß, daß Miniſterialen der Regel nach das Prädicat „edel“ in Urkunden des 12. und 13. Jahrhunderts nicht erhalten, daß ſie vielmehr von den Edlen in jener Periode ſorgfältig geſchieden werden, vergl. z. B. dipl. a. 1123: comites, ministeriales; dipl. a. 1124: liberi Eggebertus comes etc., ministeriales; dipl. a. 1145: comites, liberi, ministeriales (bei Gud. C. d. I. p. 59, 66, 67 u. 169).

Auch zu einer Zeit, wo die meiſten Miniſterialen mit den freien Rittern bereits einen Stand bilden, im 14. Jahrhundert, werden die Ritter nach ihrem Geburtsſtande noch geſchieden, z. B. in einer Urkunde de a. 1362 (bei Riccius

[1]) Vergl. z. B. Gud. Syllog. p. 174 und die Note zu der Urkunde a. 1225.

a. a. O. S. 247): „Die Edeln Er (so viel wie Ehrn — ehrenvest — die Bezeichnung des Ritters [1]) Fritsche von Wangenheim, Er Otto von Ebeleybin, und die Gestrengen Er Kirsten von Wizeleibin, Er Dietrich von Honsperg, Er Otto von Stutrinheim, Heinrich von Loucha Ritter und Hartmann von Wola, Knecht.“ In einer andern Urkunde von 1313 (vergl. Urkunde №. 48. S. 36. I. im Hoyer Urkundenbuche) nennen sich zwei edle Herren von Hodenberg noch besonders „Herr“, um ihre ritterliche Würde neben dem Geburtsstande hervorzuheben: Her Hermann unde her Heynric brodere edle Heren von Hodenberg [2]).

Hiernach geht die Behauptung Fürth's zu weit, daß selbst Ritterbürtige, welche nur zur Ritterwürde berufen waren, allgemein und ohne Rücksicht auf ihre Geburt auf den auszeichnenden Titel „edel“ Anspruch hätten machen können. Nicht minder unbegründet erscheinen Fürth's Einwendungen gegen die Annahme freier Ministerialen. Fürth hebt S. 115 a. a. O. hervor: Der zuweilen von Ministerialen gebrauchte Ausdruck „ingenuus“ ist nicht dem Namen „liber“, sondern „nobilis“ gleich zu achten, und gilt für eine Bezeichnung des

---

[1]) vid. Schmidt's Abhandlung über dieses Prädicat in seiner Schrift über den deutschen Adel.

[2]) Daß die edlen Herren von Hodenberg im 13. und zu Anfange des 14. Jahrhunderts noch zum Herrenstande gehörten, kann nicht füglich in Zweifel gezogen werden. Der edle Heinrich von Hodenberg hat, wie die Urkunde von 1291 (im Hoyer Urkundenbuch Abthl. 1. №. 32) ergiebt, eigene Ministerialen gehalten. Eine Urkunde von 1260 (Hoyer Urkundenbuch №. 22) liefert den Beweis, daß Hermann von Hodenhagen (ein Name, den die Herren von Hodenberg früher geführt haben, vergl. den urkundlichen Nachweis der Stammtafel der Grafen von Hoya S. 3 u. 4 im Hoyer Urkundenbuche), ein Blutsverwandter des Grafen von Hoya, Vasallen unter den Ministerialen des Grafen hatte. Dieses edle Geschlecht ist, wie manches andere bei weiterer Ausbildung der Landeshoheit, nach dem Verluste der Herrschaften oder Besitzungen, welche erforderlich waren, um den alten Glanz aufrecht zu erhalten, zur Landsässigkeit herabgesunken. Belehrend ist auch in dieser Hinsicht die Kindlinger'sche Geschichte der edlen Herren von Volmestein.

ritterlichen Adels, zu welchem die Miniſterialen gehören, daher er auch gewöhnlich mit nobilis, dives u. dgl. verbunden iſt. Richtig iſt, daß der Ausdruck „ingenuus“ häufig für eine Bezeichnung des ritterlichen Adels gilt; unrichtig dagegen, daß er ſo gut wie mitunter „nobilis“ nur auf ritterliche Würdigkeit, nicht auf den Geburtsſtand ſich bezieht und deshalb auch auf Unfreie, wofür Fürth die Miniſterialen hält, Anwendung findet, und daß endlich ingenuus und liber nicht gleich zu erachten ſei; ingenuus „freigeboren“ weiſt auf eine ganz beſtimmte, durch Geburt begründete Eigenſchaft hin. Grimm ſagt S. 281 der deutſchen Rechtsalterthümer: „Das Wort „frei“ geht durch alle deutſchen Zungen und drückt ſowohl das lateiniſche ingenuus als liber aus, welche in den lateiniſch verfaßten altdeutſchen Geſetzen und Urkunden gleichbedeutend gebraucht werden, obwohl ingenuus, ſofern es den Freigeborenen bezeichnet, etwas mehr als liber iſt.“ In der Note ** wird hinzugefügt: „tadelhafter Sprachgebrauch iſt es, dem Freigelaſſenen Ingenuität beizulegen.“

Zwar finden ſich in der vorcarolingiſchen Zeit Beiſpiele Freigelaſſener oder unvollkommen Freier, wie denarialis (ein von dem Könige oder im Volksgericht Freigelaſſener) oder tabularius (ein in der Kirche Freigelaſſener), welche ingenui genannt werden [1]); allein einestheils mag jener von Grimm gerügte mangelhafte Sprachgebrauch hierzu veranlaßt haben, anderntheils iſt die begünſtigte Stellung, welche dieſe Freigelaſſenen erhalten, nicht außer Acht zu laſſen [2]).

Im ſpätern Mittelalter werden ſelbſt die höchſten oder Semperfreien ingenui genannt. Schwäb. L.-R. Art. 50: „ingenuus das ſpricht zu Latein der Höchſtfrei.“

Die Urkunden dieſer Periode zeigen, daß Ingenuität Freiheit vorausſetzt. Chart. a. 1036 bei Schaumann a. a. O. S. 304 Note 25: Baldericus giebt die Freiheit ſeiner Kinder

---

1) Vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. §. 48. Note a u. §. 51.

2) Der denarialis bekam mit den vollkommen freien Franken einerlei Wehrgeld und im Ganzen gleiches Recht, die Ehe mit dem Freien war eine gleiche. Vergl. Eichhorn a. a. O. §. 51.

auf; er war pollens libertatis ingenuitate; Chart. a. 1142 bei Scheidt a. a. O. Vorrede S. 22: ego Bertolfus natura liber et ingenuus; Ssp. 3. Art. 19: ingenui atque ministeriales „freie Leut und des R. Dienſtmann"; Chart. a. 1353 (oben ſchon erwähnt): talis liber vel ingenuus in nobilitate nativitatis ipsius etc.

Auch von andern, nicht zum Herrenſtande gehörenden Freien wird der Ausdruck „ingenuus" gebraucht: milites primi, milites gregarii, quin et ingenui omnes, si alicujus momenti sunt, regi fidem faciunt (bei Fürth a. a. O. S. 71); omnes ex ordine equestri juvenes ingenuos (Fürth a. a. O. S. 79).

Bemerkenswerth erſcheint, daß in der Urkunde, welche Kaiſer Rudolph I. hinſichtlich der vom Markgrafen Heinrich dem Erlauchten von Meißen mit Eliſabeth von Maltitz, welche aus einem Miniſterialgeſchlechte ſtammte, eingegangenen Ehe im Jahre 1278 ausſtellte, die gedachte Eliſabeth und deren Kinder von der Dienſtpflicht befreit und dann in den freien Stand erhoben werden. Zugleich wird verfügt, daß die Eliſabeth und ihre Kinder auch — ſo viel die Vergangenheit betrifft — für Freie und Edle geachtet werden ſollen, als wären ſie frei geboren. Die hierbei gebrauchten Ausdrücke laſſen am beſten die wahre Bedeutung des Ausdrucks „ingenuus" erkennen: ipsos ingenuitatis ac liberi partus honore et titulo perpetuo insignimus — volentes, eos sic semper in antea in ingenuorum et nobilium sorte et numero recenseri, ac si de ventre libero nati essent.

Aehnliche Ausdrücke enthalten zwei von demſelben Kaiſer hinſichtlich der Ehe des edlen Herrn von Hanau mit Adelheid von Münzenberg in den Jahren 1273 und 1287 ausgeſtellte Urkunden. Sie ſind in Pütter's Unterſchied der Stände und Mißheirathen ſämmtlich abgedruckt (S. 35, 36, 42 u. 43).

Wenn nun hiernach es eines kaiſerlichen Gnadenacts bedurfte, um die Folgen der Miniſterialität zu heben und Ingenuität beizulegen, wie können dann unfreie Miniſterialen in den Urkunden „ingenui" genannt werden?

Zwar sind namentlich in der carolingischen Zeit die Ausdrücke ingenuus und nobilis vielfach als gleichbedeutend gebraucht worden, indeß war doch der Begriff der vollkommenen Freiheit nach richtigem Sprachgebrauch damit verknüpft; vergl. Zöpfl, über Mißheirathen S. 8, 9 u. 17. Völlig zutreffend macht Zöpfl a. a. O. S. 21 u. 22 darauf aufmerksam, daß die Uebersetzung von „semperfrei“ durch ingenuus und nicht durch nobilis im Schwabenspiegel eine wohl zu beachtende Hindeutung auf den historischen Ursprung dieses Standes aus dem alten Geburtsstande der Vollfreien (ingenui im Sinne der leges Barbarorum) enthalte.

Wenn nun im 12. und 13. Jahrhundert der Ausdruck „ingenuus“ schon auf Ministerialen angewandt wird, ja wenn sie satis nobiles et ingenui genannt und als ex nobili prosapia geniti et aliti oder de nobili progenie oriundi bezeichnet werden, so möchte es doch gewagt sein, diese ihrem Wortsinn nach auf Freiheit bestimmt hinweisenden urkundlichen Zeugnisse mit Unfreiheit deshalb in Verbindung zu bringen, weil diese durch ritterliche Würdigkeit gemildert wird. Nimmt man dagegen eine Classe von Ministerialen an, bei welcher Adel und Freiheit nicht unterging, dann lassen sich jene Zeugnisse, ihrem Wortsinn gemäß, ohne Zwang anwenden.

Ferner muß für den Beweis freier Ministerialen auf die oben angegebene Urkunde von 1273 Gewicht gelegt werden, worin eine freie Ministerialin vorkommt. Auffallend ist dabei, daß gerade diese Ministerialin vertauscht wird, worin wenigstens der Form nach eine Wirkung des Hofrechts nicht zu verkennen ist. Inzwischen wird das urkundliche Zeugniß des freien Standes hiedurch allein um so weniger über den Haufen geworfen werden können, als Fälle der Vertauschung von Dienstleuten noch im 14. Jahrhundert vorkommen, mithin zu einer Zeit, wo durch Verschmelzung mit den freien Rittern die Unfreiheit derselben jedenfalls beseitigt worden war [1]).

Nicht minder wird ein Fall hier Beachtung finden müssen,

---

[1]) Vergl. die Urkunde № 84 (a. 1335) I. S. 56 des Hoyer Urkundenbuchs und Lodtmann's Acta Osnab. II. p. 203—206.

welchen Schaumann a. a. O. S. 356 Note 61 erzählt: Im Jahre 1151 hatte ein Miniſterial Liemar das Kloſter Bocklo gegründet und die Advocatur ſich und ſeinen Söhnen vorbehalten, aber sine jure feodali, ſo daß allemal der älteſte ipso jure advocatus ſein ſollte, damit nicht das Mindeſte bei dieſem Amte erſt precario erlangt zu werden brauche. Hier iſt wenigſtens eine freie Verfügung über das „Eigen“ nicht zu verkennen, welche mit der ſtrengen Miniſterialität nicht übereinſtimmt.

Auch ſprechen nicht unerhebliche Gründe dafür, die meiſten Inhaber der vier Oberhofämter, wenigſtens von dem Zeitpunkte an für frei zu halten, wo ſie der Regel nach aus dem Stande Hoch- oder Mittelfreier entnommen werden mußten. Denn, wenn, wie oben gezeigt worden, dieſe Aemter ſehr oft von Mitgliedern des Herrenſtandes ohne Verluſt ihres Adels und der Freiheit bekleidet wurden, ſo ſcheint auch von Freien, welche damit betrauet waren, das Gleiche um ſo mehr angenommen werden zu müſſen, als das Schwäb. L.-R. mit Rückſicht darauf, daß ihre Vorfahren frei waren, ihnen die Befugniß einräumt, eigne Leute zu haben und ſie frei zu laſſen. Schw. L.-R. Cap. 55. §. 1. S. 76 und Cap. 65. §. 3. S. 83. Daneben iſt es nicht wahrſcheinlich, daß eine Rechtsgewohnheit ſich habe bilden können, wonach jene Aemter mit Edlen oder doch mit Freien regelmäßig zu beſetzen waren, wenn die Uebernahme des Amts nur mit Verluſt der Freiheit erkauft werden mochte [1]).

Endlich muß für den Beweis freier Miniſterialen noch Gewicht auf die oben erwähnte Urkunde von 1293 gelegt werden, weil danach die würzburgiſchen Miniſterialen von freier oder edler Abkunft ſein ſollten (ex utraque linea seu parentela liberi, aut alias de sublimiori principum vel magnatum sanguine procreati).

---

[1]) Vergl. auch eine im Jahre 1734 erſchienene Unterſuchung über die Standesverhältniſſe der Grafen und Herren zu Hanau, worin S. 94 die vier Oberhofbeamten für freie Leute gehalten werden.

Es liegt mir noch ob, einem Einwurfe zu begegnen, welcher gegen die obige Beweisführung leicht erhoben werden kann; dem nämlich, daß die meisten und besten der beigebrachten Beweise einer Periode angehörten, in welcher die Ministerialen durch erlangte Lehnfähigkeit und Ritterbürtigkeit schon frei geworden wären. Allein einestheils wird aus der unten folgenden Darstellung erhellen, daß jene Vorzüge nicht von sämmtlichen Ministerialen, und auch nicht gleichzeitig, sondern nach und nach, meistens am Ende des 12. und im Laufe des 13. Jahrhunderts erreicht wurden, und anderntheils darf nicht unbeachtet bleiben, daß gerade die drückendsten Freiheitsbeschränkungen, namentlich im Eherecht der Ministerialen, noch in ganzer Schärfe im 13. Jahrhundert hervortreten, wie die Urkunden von 1203 bei Möser, Osnabr. Gesch. III. S. 12 „ut ministeriales ecclesiae uxores ducerent“ und dipl. de a. 1278 „si vero aliquis ex hujusmodi officialibus extra potestatem ecclesiae matrimonium contraxerit“ solches genügend erweisen.

Endlich wird auch der gedachte Einwurf durch den a. 1257 erfolgten, oben erwähnten Verzicht der Brüder von Bramstede genügend widerlegt, indem deren Entsagung auf Adel und Freiheit bedeutungslos gewesen wäre, wenn die Freiheit der Ministerialen im 13. Jahrhundert schon als eine feste Regel sich ausgebildet hätte.

Es wird nunmehr die Untersuchung der Frage folgen müssen, ob auch nach unten hin, unter der als Regel zu betrachtenden Ministerialität ritterbürtiger Personen, noch eine Stufe sich gebildet, oder ob es nicht-ritterbürtige Ministerialen gegeben habe?

Vor näherer Erörterung dieser von Fürth verneinten, meines Erachtens aber zu bejahenden Frage wird die Bedeutung und Entwickelung des Ritterthums geprüft werden müssen.

Die carolingische Kriegsverfassung verpflichtete 1) jeden Dienstherrn mit seinen Dienstleuten, und 2) jeden freien Mann im Reichsheere zu dienen. Letzterer mußte unter seinem Senior, oder seinem Grafen und dessen Hauptleuten, den Centenarien, ausziehen, und mit gehöriger Rüstung und

Lebensmitteln auf drei Monate verſehen ſein; vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. §. 166. S. 371.

Da die Koſten der Ausrüſtung beträchtlich waren, ſo wurde die Pflicht zu perſönlichen Dienſten nach dem Vermögen bemeſſen. Nach dem Capitulare Aquense von 807 wurden die Inhaber eines Grundbeſitzes von mindeſtens drei Hufen (mansi) zu perſönlichem Dienſte herangezogen. Das Capitulare de exercitu promovendo (de a. 811 oder 812?) erhöhete die Zahl der Hufen auf vier, und nach Karls des Großen Zeit ſetzte man fünf Hufen als niedrigſte Quote der perſönlichen Dienſtpflicht feſt; vergl. Hillebrand a. a. O. §. 70. S. 196. Die Inhaber kleinerer Güter hatten ſich in der Art zu vereinigen, daß die Geſammtheit ihrer Beſitzungen die erforderliche Größe erhielt; ſie wählten dann den aus, welchen ſie für den Dienſt am tauglichſten erachteten. Freie, welche weder Leibeigene noch Grundeigenthum beſaßen, mußten, in ſofern ihr bewegliches Vermögen wenigſtens fünf solidi am Werth betrug, je fünf einen ſechsten Mann ſtellen. Die Beſitzer von 12 oder mehr Hufen mußten im Harniſch ausrücken (vergl. Capit. 805, II, 6: „omnis homo de duodecim mansis bruniam habeat," bei Hillebrand a. a. O. Sie dienten auch zu Roß.

Bei Beneficien wurde nach dem Capit. von 807 auf Größe des Guts keine Rückſicht genommen, wohl aber nach dem Capit. de exercitu promovendo, worin cap. 1. verordnet wird: „ut omnis liber homo, qui quatuor mansos vestitos de proprio suo, sive de alicujus beneficio habet, ipse se praeparet et ipse in hostem pergat, sive cum seniore suo."

Zur Anführung des Heerbanns einer ganzen Provinz wurde vom Könige ein Herzog ernannt [1]).

Es leuchtet von ſelbſt ein, daß ein alſo gebildetes Heer, welches in ſeinem Kern „den freien Wehren" mehr einer Landwehr, als einem ſtehenden Heere glich, eher zur Abwehr feindlichen Angriffs, als zu Eroberungskriegen geeignet ſein

[1]) Vergl. Eichhorn a. a. O. I. §. 170.

mußte. Der Freie, welcher aus Führung der Waffen kein Gewerbe machte, mußte gegen das bewaffnete Gefolge in Hinſicht auf kriegeriſche Tüchtigkeit zurückſtehen; die Folgen längerer Abweſenheit trafen ihn empfindlich, wie die Koſten der Ausrüſtung. Dazu kam noch, daß im 10. Jahrhundert ſeit den Ungarnkriegen der Reichsdienſt vielfach zu Roß geleiſtet wurde, wodurch die Koſten von Neuem ſich mehrten. Die Großen des Reichs waren ſtets eifrig bemüht, ihre Macht zu erweitern. Sie trachteten danach, weniger bemittelte Freie in ihre Abhängigkeit oder gar Hörigkeit zu ziehen, und vertraten dieſe dafür im Reichsheere durch ihre Dienſtleute. Dieſe bedrängten Freien mußten den drückenden Verhältniſſen ſich fügen; die Fürſten, Grafen und Herren erlangten durch Vertauſchung freier Wehren mit abhängigen Mitgliedern ihres Gefolges eine bedeutende Erweiterung ihrer Macht, und die Kaiſer ließen die Vertretung ungeübter durch geübte Krieger zu, ohne die Folgen zu beachten, welche aus dieſem Syſtem für ſie ſowohl als das deutſche Volk erwachſen würden.

Hierdurch, ſo wie durch die nach und nach eingetretene Erblichkeit der den Fürſten und Grafen verliehenen Aemter, bekam die ganze Kriegsverfaſſung eine völlig veränderte Grundlage. Das Gefolge eines Herrn war wegen eines Lehns oder wegen beſonderer perſönlicher Verhältniſſe zu dienen verbunden (Vaſallen, Miniſterialen). Dieſe bildeten fortan den Kern des Reichsheeres in Verbindung mit denjenigen Freien, welche reich genug und verpflichtet waren von ihrem Grundeigenthume den Reichsdienſt perſönlich zu leiſten.

Freiheit und kriegeriſche Ehre waren — wie Eichhorn in der St.- u. R.-G. I. S. 441 ſagt — ſtets unzertrennliche Begriffe geweſen, wobei er treffend hinzufügt: „Da nun der Gang, welchen die Entwickelung des geſellſchaftlichen Zuſtandes nahm, es immer ſchwerer machte, die Freiheit in dem Umfange zu behaupten, in welchem ſie ſonſt der Freie genoſſen hatte, ſo mußte die kriegeriſche Ehre allein das Kennzeichen der bürgerlichen Ehre werden; die Vollkommenheit oder Unvollkommenheit von jener diente nur dazu, die Abſtufungen unter denen zu beſtimmen, welche überhaupt bürgerliche Ehre

genoſſen. Bürgerliche Ehre hatte daher überhaupt jeder, welcher die Waffen führen durfte, und der unfreie Dienſtmann ſtand in dieſer Beziehung nur eine Stufe unter dem vollkommen Freien, der zwar heerbannpflichtig war, aber nicht wie jener aus der Führung der Waffen ein Gewerbe machte.“

Nur in dieſem Sinne wird auch die vielfach und mit Recht angegriffene Aeußerung Möſer's (Osnabr. Geſch. II. S. 101): „Freiheit war damals kein Vorzug, ſondern eine Schande,“ aufzufaſſen ſein. So wie in älteſter Zeit die Edlen von den Freien ſich abgeſondert hatten, ſo trennten ſich von dieſen jetzt wieder verſchiedene Zweige. Diejenigen unter ihnen, welche den Kriegsdienſt, insbeſondere zu Roß, zu ihrem Beruf wählten, verbanden ſich, nach Brauch des Mittelalters, auch äußerlich zu einer ordensähnlichen Innung, oder den geiſtlichen Brüderſchaften nachgebildeten Genoſſenſchaft. In dieſe (ordo militaris und Schildesamt) trat auch der Herrenſtand ein und es fehlt nicht an Beiſpielen, daß Fürſten und ſelbſt Könige Ritter wurden [1]).

Die Ordensregel brachte es mit ſich, daß die höchſte Würde des Ordens, die Ritterwürde (cingulum militare) nur der erlangen konnte, welcher zuvor die niedern Stufen als Page, Edelknabe, Bube (junior) und Knappe (famulus, armiger) durchlaufen hatte. Der nicht edle Ritter hatte den Vorrang vor dem edlen Knappen.

Freie eheliche Geburt und Wahl einer bloß kriegeriſchen Lebensart ſind die erſten Erforderniſſe der Aufnahme in dieſe Verbindung (vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. II. §. 242). Der Cardinal, welcher den zum Könige erwählten Wilhelm von Holland anredet, bevor ihm der König von Böhmen den Ritterſchlag ertheilt, ſagt: „oportet unumquemque militare volentem esse ingenuum in consanguinitate.“

Die Ertheilung der Ritterwürde erfolgte mit großer Feierlichkeit, ſie erinnert an das alte Wehrhaftmachen, wovon

---

[1]) Vergl. dipl. a. 1247, wonach der zum Könige gewählte Graf Wilhelm von Holland zum Ritter geſchlagen wurde (bei Pertz Mon. Germ. hist. Legg. T. II. p. 363).

Tacitus ſagt: „Arma sumere non ante cuiquam moris, quam civitas suffecturum probaverit; tum in ipso concilio vel principum aliquis, vel pater, vel propinquus scuto frameaque juvenem ornant.“

Der Urſprung dieſes in die Mitte zwiſchen den hohen Adel und Freie tretenden Standes iſt mit Gewißheit nicht anzugeben; er iſt, wie Bluntſchli treffend bemerkt, „das ſtille Werk der Geſchichte, nicht durch einen Staatsact hervorgerufen.“ Die Mitglieder deſſelben werden in den Urkunden des Mittelalters „milites“ genannt, obſchon dieſer Ausdruck ſehr verſchiedene Bedeutungen zuläßt [1]).

Im 11. Jahrhundert kommen bereits Ritter vor. Dipl. a. 1035 Rutgeri militis (bei Riccius a. a. O. S. 246): notum sit qualiter Rutgerus nobili ex genere progenitus liberi juris et arbitrii vir; dipl. a. 1070 № 25 in Möſer's Osnabr. Geſch. III. S. 42, wo milites erſcheinen, welche ein jus militare haben.

Feſte Geſtalt nahm die Verbindung im 12. Jahrhundert an. Damals hatte ſich ſchon die Regel gebildet, daß die Erlangung der Ritterwürde durch Ritterbürtigkeit bedingt ſei. In der Const. Frid. I. de pace tenenda Feud. 2, 27. §. 3. wurde beſtimmt: Si miles adversus militem pro pace violata aut aliqua capitali causa duellum committere voluerit, facultas pugnandi ei non concedatur, nisi probare possit, quod antiquitus ipse cum parentibus suis natione legitimus miles existat. Ferner verordnete derſelbe Kaiſer (Friedrich I.) a. 1187: de filiis quoque sacerdotum, diaconorum, rusticorum (nicht ritterbürtige Landbewohner) statuimus, ne cingulum militare assumant, et qui jam assumpserunt per judicem provinciae a militia pellantur. Inzwiſchen konnte der Kaiſer ſtets Ausnahmen hiervon zulaſſen und nicht ritterbürtige Perſonen zu Rittern erheben.

In einer Verordnung Conrads IV. bei Eichhorn, St.-

[1]) Vergl. Fürth a. a. O. S. 66 und Hüllmann a. a. O. S. 37. S. 452, 453, 454 u. 455.

und R.-G. II. S. 108 wird verfügt: „sibi concedimus potestatem, quod quamquam pater suus miles non fuerit et nostris constitutionibus caveatur, quod milites fieri nequeant, qui de genere militum non nascuntur, ipse tamen de culminis nostri licentia decorari valeat cingulo militari“ [1]).

Das Princip der Ritterbürtigkeit wurde dann bestimmter in dem Erforderniß vier ritterlicher Ahnen „riddersart von vader unde von eldervader“ ausgeprägt; vergl. Sächsisches Lehnrecht 2. §. 1., auch Hillebrand St.- u. R.-G. S. 370 Note 6.

Es ist oben schon bemerkt worden, daß die ritterliche Genossenschaft zunächst aus denjenigen Freien hervorgegangen, von denen ein kriegerischer Lebensberuf gewählt sei. Diese bestanden aus Vasallen und denjenigen Freien, welche von ihrem rechten Eigenthum persönlich den ordentlichen Kriegsdienst zu leisten schuldig waren. Zu ihnen gesellte sich der größte Theil der Ministerialen, in sofern sie — wie solches meistens der Fall war — Lehnfähigkeit erlangt hatten. Gleiche kriegerische Beschäftigung, das gleiche Kampf- und fast gleiche Fehderecht, das gemeinsame Leben an den Höfen der Fürsten und oft bedeutender Grundbesitz brachten die Ministerialen den Vasallen sehr nahe.

Die also gebildete neue Ordnung prägte sich aus in dem Heerschilde, oder der Gliederung der Krieger nach politischer Macht, nach Stand und Lehnsverbindung; Ssp. B. 1. Art. 3. und Schwäb. L.-R. Art. 8.

---

[1]) Hierdurch wird auch Fürth's Ansicht (S. 117 a. a. O.) widerlegt, daß ein eigner Mann, selbst wenn er eines Dienstmanns eigner Mann gewesen, der höchsten kriegerischen Ehre, „des Ritterschlages“, habe theilhaftig werden können. Dies war nur durch besondern kaiserlichen Gnadenact möglich. Die sämmtlichen S. 67 u. 68 von Fürth angeführten Fälle, wo proprii milites vorkommen, sind entweder auf ritterbürtige Ministerialen — welche wegen der Aehnlichkeit mit Hörigen „eigen“ genannt werden — oder auf bewaffnete, nicht ritterliche Personen zu beziehen. Dahin sind die milites zu rechnen, welche der Schenk und Truchseß zu Corvey, wie es in Conr. IV. dipl. a. 1150 heißt, pascere solent.

Der König hat den erſten Heerſchild. Der Biſchof, Aebte und Aebtiſſin, die gefürſtet ſind, den andern. Die Laienfürſten den dritten (ſeit ſie der Biſchof Mann geworden ſind, Sſp.). Die freien Herren den vierten. Die ſchöffenbare Leut und der Freiherren Mann (Schwäb. L.-R. die Mittelfreien) den fünften. Ihre Mann fortan haben den ſechſten (Schwäb. L.-R. Die Dienſtmann den ſechſten). Den ſiebenten Heerſchild hebt ein jeglich mann, der nicht eigen iſt und ein Ehekind iſt.

Der Sſp. ſagt: »Man weiß nicht an dem ſiebenten Schild, ob er Lehn- oder Heerſchildes Recht haben möge. Die Leyenfürſten haben den ſechſten Schild in den ſiebenten bracht, ſeit ſie worden ſind der Biſchof mann, das ehe nicht was.« Die Gloſſe zum Sſp. (1. u. 3.) hebt Folgendes hervor: »In der geborenen ritterlichen Ehrbarkeit iſt der erſte der König von Rom. Die andern die Biſchöff und geiſtliche Fürſten und Churfürſten, und der von Braunſchweig, umb, daß er keins Biſchofs man iſt, die heißen in legibus superillustres, Ueberfürſten. Die dritten heißen Fürſten, die dieſer Fürſten Mann ſind. Den vierten haben die Freiherren, die heißen Edelleut. Den fünften haben die der Freiherren Mann ſind, die heißen achtbare leut. Den ſechſten haben der Freiherren Mann, das heißen einſchiltig leut, um daß ſie einſchiltig ſind am Heerſchilt, das iſt am ritterlichen Adel. Als ſich endet der Adel in dem ſiebenten Schilt, alſo endet ſich auch die Sip in dem ſiebenden Glied.«

Der ganzen Eintheilung lag die Vorſtellung einer kriegeriſchen Genoſſenſchaft zum Grunde, in welcher der König der erſte war. Daneben ſetzt Heerſchilds Recht nach dem Sſp. Lehnfähigkeit voraus. Die Trennung der Freien in Schöffenbarfreie (Mittelfreie) und Gemeinfreie wird ſichtbar; dazwiſchen treten Miniſterialen. Hierin ſcheint auch der Sſp. vom Schwäb. L.-R. nicht abzuweichen, indem die Worte »ihre Mann fortan« mit der Beſtimmung des Schwäb. L.-R. »die Dienſtmann den ſechſten« unter vorausgeſetzter Lehnfähigkeit der Miniſterialen übereinſtimmen; obwohl der lateiniſche Text des Sſp. von Vaſallen und nicht von Miniſterialen redet: ipsorumque ulteriùs vasalli tenent sextum. Eichhorn

(St.- u. R.-G. II. S. 302 u. 307 Note k) bezieht dieſe Beſtimmung auf Vaſallen und Dienſtleute, die ſelbſt keine ritterliche Mannſchaft mehr haben.

Der ſiebente Heerſchild bleibt dagegen nach dem Sſp. dunkel und ungewiß, „man weiß nicht an dem ſiebenten Schild, ob er Lehn- oder Heerſchilds-Recht haben möge.“ [1]).

Die Miniſterialen haben aber Heerſchilds Recht oder Lehnfähigkeit erſt nach und nach und nicht ſämmtlich erlangt. Sie waren urſprünglich von den Vaſallen und übrigen freien Rittern geſchieden. Es beſtand keine Ehegenoſſenſchaft, die Ehe war ungleich. Die Urkunden des 11. und 12. Jahrhunderts, ja ſelbſt noch ſpätere, laſſen jene Scheidung deutlich erkennen.

In dem oben erwähnten Stiftungsbriefe des Kloſters Stedernburg d. a. 1000 kommen milites et ministeriales vor, in der ebenfalls oben ſchon angegebenen Urkunde des Biſchofs Erpo zu Münſter de a. 1086 heißt es: cum plurimi tam de clero, quam militibus meis et ecclesiae ministris adessent; dipl. a. 1106—1128 bei Kindlinger M. B. II. S. 138: praesente abbate Erckenberto (von Corvey) et astantibus liberis militibus abbatis .... et astantibus ministerialibus Godescalco dapifero, Walderico pincerna etc.; dipl. a. 1158 bei Riccius a. a. O. S. 60: sub testimonio militum et servientium; dipl. a. 1204 bei Hüllmann a. a. O. S. 188: omnes ministeriales vel servos, exceptis militibus. Sie werden daher in einer Urkunde d. a. 1073 (bei Hüllmann a. a. O. S. 395) viri militares, nicht milites genannt. Sie heißen ferner milites familiae oder de familia, dipl. a. 1084 und jura min. Col. §. XI. (bei Hüllmann a. a. O. S. 396).

---

1) Die Beſtimmungen des Schwäb. L.-R. über den ſiebenten Heerſchild, „ein jeglich mann, der nicht eigen iſt,“ geben die beſte Erklärung für die oben ſchon erörterten Ausdrücke, „iſt ein Ritter eigen Mann; alle Dienſtleute heißen mit Recht eigen Leut“; denn der wirkliche Hörige (der eigen iſt) wird von der unterſten Stufe des Heerſchildes ausgeſchloſſen; er kann mithin zu einer höhern noch weniger geeignet erſcheinen.

Auch das ritterliche Ehrenzeichen, das „cingulum militiae“, ſcheint in der erſtern Zeit die freien Ritter von den Miniſterialen unterſchieden zu haben, vergl. Schaumann a. a. O. S. 307 Note 37.

Am Ende des 12. und mehr noch im 13. Jahrhundert entwickelte ſich die Verſchmelzung der freien Ritter und Miniſterialen zu einem Stande; ganz wurde ſie wohl erſt im 14. Jahrhundert vollendet.

Ein ſchlagendes Beiſpiel, daß dieſe Verſchmelzung ſelbſt am Ende des 13. Jahrhunderts noch nicht gleichmäßig erfolgt war, erhellet aus einem in Kindlinger's Sammlung merkwürdiger Urkunden S. 122—129 abgedruckten Vertrage, welcher zwiſchen dem edlen Herrn von Loen und dem Grafen von der Marck unter Vermittelung des Biſchofs Eberhard von Münſter in den Jahren 1279—1301 zu Stande gekommen ſein muß, weil — wenn auch das Document die Angabe des Jahres nicht enthält — der Biſchof Eberhard damals lebte (vergl. Kindlinger a. a. O. S. 129 Note d). In dieſer Urkunde wird geſagt: „quod idem Hermannus (de Loen) assumptis sibi trecentis viris, militibus et famulis, bonae nationis.“ Dann werden Vaſallen und Miniſterialen geſchieden (omnes vasallos et ministeriales), ſie ſollen Treue geloben „quod hulden dicitur“, und daneben verpflichtet ſich Hermann von Loen dem Grafen von der Mark als ligius homo (Ledigmann, welcher gegen jeden, mit Ausnahme des Kaiſers, dienen mußte, vergl. Hillebrand a. a. O. S. 378).

Hieraus geht

1) eine Trennung der Vaſallen und Miniſterialen,
2) das Verſprechen des edlen Herrn von Loen als homo ligius, mithin als Miniſterial zu dienen, und
3) die Exiſtenz von 300 Rittern und Knappen bonae nationis (bene nati?)

hervor.

Letztere können keine Miniſterialen geweſen ſein, indem homines bonae nationis und boni homines gleichbedeutend ſind, worunter vollkommen Freie, wie die fränkiſchen Rachin-

burgi, oder Perſonen verſtanden werden, welchen das Geſchäft des Urtheilens im Grafengericht oblag; vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. §. 75. und II. §. 48. Note c. S. 131 u. 132, und Hillebrand St.- u. R.-G. S. 142.

Im 12. Jahrhundert ſchaffte der Erzbiſchof Wichmann von Magdeburg die Ungleichheit der Ehe zwiſchen Miniſterialen und Freien ab.[1]). Das aus demſelben Jahrhundert ſtammende Magdeburger Dienſtrecht läßt eine ſchon gehobene Stellung der Dienſtleute deutlich erkennen: „§. 1. dyt ys dat erste. dat dy dinstlude van Magdeborch gewunnen hebben. dat nemen ordele uppe sy finden en mach. he sy to dem herscilde geboren.“

Fürth bemerkt richtig (a. a. O. S. 402): „Das Dienſtrecht verlangt Ritterbürtigkeit und Lehnsfähigkeit, um über einen Dienſtmann urtheilen zu können.“ Da nur Genoſſen der Dienſtleute Richter ſein konnten, ſo mußten ſie ſelbſt ritterbürtig und lehnfähig ſein. Den Magdeburger Miniſterialen waren aber dieſe Vorzüge früher augenfällig nicht zu Theil geworden, weil das Dienſtrecht ſagt: „dyt ys dat erste dat se gewunnen hebben.“

Die Lehnfähigkeit der Miniſterialen wurde dann weiter ausgedehnt. Eine Uebereinkunft zwiſchen dem Herzoge Heinrich von Braunſchweig, dem Pfalzgrafen und dem Erzbiſchofe von Bremen vom Jahre 1219 beſagt: „bona, quae hactenus tenuerunt jure ministerialitatis in jure feudali receperunt.“ Im dipl. Henrici reg. d. a. 1222: sententiatum est, ibi quod in jure feudali omnis ministerialis feudatarius aeque judicare possit super feudis nobilium et ministerialium, exceptis tamen feudis principum.

Die Gewehre zu Hofrechte, welche die Miniſterialen an ihren Beneficien hatten, wurde nun eine Gewehre zu Lehnrechte, da die Dienſtleute, dem Landrechte nach und nach unterworfen, gleich freien Vaſallen ihre Rechte nach Landrecht

---

1) Episcopus Wichmannus eciam legem illam abrogavit, quod ministeriales ab uxoribus liberis non possent liberos generare filios (bei Wohlbrück, Alvensleben I. S. 91).

behaupteten, und vor dem Lehngerichte in Bezug auf ihre Beneficien beurtheilt wurden [1]).

Die Reichsministerialen und die im Range und Rechte diesen gleichgestellten Dienstleute geistlicher Fürsten werden früher, die der weltlichen Fürsten später die Annäherung und völlige Verschmelzung mit den freien Rittern erlangt haben. Der Kaiser hob auch die zuletzt erwähnten Dienstleute durch einzelne Vergünstigungen, z. B. die Braunschweig-Lüneburgischen im Jahre 1235 durch Gleichstellung mit den Reichsministerialen. Bei denjenigen Ministerialen, welche Lehnfähigkeit und Ritterbürtigkeit erlangt hatten, fielen die Schranken allmählich, welche sie von freien Rittern trennten. Das Hof- und Dienstrecht wich dem Land- und Lehnrechte. Die Ministerialität ging in dem Lehnwesen und freien Ritterthume unter, bis im 15. Jahrhundert auch der Name sich verlor. Hiervon sind jedoch die nicht lehnfähigen und nicht ritterbürtigen Ministerialen zu unterscheiden.

Es hatte sich die Gewohnheit gebildet, diejenigen Lehen, wovon Kriegs- und Ritterdienste zu leisten waren, nur an Ritterbürtige gelangen zu lassen. Sächsisches Lehnr. Art. 2: „Pfaffen, wib, dorfere, kouflüte und alle die rechtes darben, oder unecht geboren sin, un alle die nicht en sin von rittersart von vater und von eldervater die suln lenrecht darben.“ Die Glosse zum Ssp. 2, 58. sagt: „Lehn ist der Ritter Sold“, und: „des wisse, lehenerben das sein söhne, vatter und eltervatter, die von rittersart geboren sein.“

Obgleich seit Einführung des Longobardischen Lehnrechts diese Vorschrift aufgehört hat eine Regel des gemeinen Rechts zu bilden (vergl. Eichhorn's deutsch. Privatr. §. 201. S. 516), so ist doch bei Ritterlehen Freigeborenheit Erforderniß der Lehnfähigkeit geblieben (vergl. Runde's deutsch. Privatr. §. 404. S. 371).

Wenn auch die freien Bürger in den alten Städten (im Gegensatz der bis zum 14. Jahrhundert meistens hörigen

---

1) Vergl. Fürth a. a. O. S. 278.

Handwerker) die Lehnfähigkeit, ſelbſt ohne vorgängige Wahl rittermäßiger Lebensweiſe, mit den Rittern theilten, in ſofern ſie nur kein Gewerbe gewählt hatten, welches dieſelbe ausſchloß (vergl. vetus auctor de beneficiis cap. 1. § 4 u. 6. — rustici, mercatores et jure carentes und Eichhorn's deutſch. Privatr. §. 35. S. 159), ſo geht Stüve (Osnabr. Geſch. S. 50 Note 1) in der Annahme doch zu weit, daß diejenigen, welche den erſten bis fünften Heerſchild geführt, einen Jeden, dem ſie wahres Ritterlehn geliehen, in den ſechſten Heerſchild hätten heben können. Es ſteht dieſer Anſicht die Beſtimmung in Feud. II. 10. §. 3. entgegen: „Ceteri vero, qui ab antiquis temporibus beneficium non tenent, licet noviter a capitaneis seu a valvasoribus acquisierint, plebeji nihilominus sunt.“

Die Lehen, welche Bauern und Hörigen übertragen wurden, waren Schulzen-, Zins- oder Beutellehn (vergl. Eichhorn's deutſch. Privatr. §. 258.). Auch vermochte ein Mitglied des Herrenſtandes durch Hingabe eigner Leute an ein Miniſterialamt ſie nicht in den Stand der Miniſterialen zu heben: „und giebt ein freiherr eigne leut an die fürstenamt, die sint nit dienstmann, sy sind des fürsten eygen“; Schwäb. L.-R. Cap. 65. §. 6. S. 85. Eben ſo wenig konnte ein dem hohen Adel Angehöriger durch Verleihung von Lehen eine Standeserhöhung herbeiführen.

Schon im 12. Jahrhundert bildeten die Ritterbürtigen einen Stand mit erblichen Vorzügen, die nicht auf Güterbeſitz, ſondern auf der Perſon hafteten, vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. II. §. 242. S. 108. Dagegen konnten Freigeborne, insbeſondere Geſchlechter in den Städten, welche mit den meiſten Ritterbürtigen urſprünglich von einem Stande waren, durch Belehnung mit Ritterlehn und Wahl ritterlicher Lebensweiſe in den Ritterſtand aufrücken.

Unter den Miniſterialen befanden ſich manche, welche einer bloß kriegeriſchen Lebensweiſe aus Mangel an Mitteln nicht ſich hingeben konnten, welche daher auch den mit ritterlichen Lebensverhältniſſen verknüpften Aufwand zu beſtreiten nicht im Stande waren. Sie mußten zurückbleiben, als die

übrigen Lehnfähigkeit und Ritterbürtigkeit erlangten. Hierauf bezieht sich Eichhorn in der St.- u. R.-G. I. §. 49. S. 134 und II. §. 339. S. 455. Er sagt: „Der geringere Ministerial wurde mit dem hörigen Hintersassen zu einer Klasse von Personen, die der Ausdruck „Lasse, Landsiedel, Meier, Zinsmann“ in Beziehung auf das besondere dingliche Verhältniß, in welchem sie standen, der Ausdruck „Bauer“ in Beziehung auf ihre Standesrechte bezeichnet.“

Auch Wigand nimmt in der Entstehung der Dienste S. 34 an, daß die geringen Ministerialen sich nach und nach zu den übrigen Hörigen gesellt und darin verloren hätten.

Es scheinen diejenigen Laten hier hauptsächlich in Betracht zu kommen, welche, nachdem sie Ministerialen geworden, doch eine ihrem frühern Stande angemessene Lebensweise fortgesetzt und von ihren Latengütern die herkömmlichen Abgaben und Dienste geleistet haben.

Zunächst möchte ich die Ministerialen des Stifts Freckenhorst bis zum Jahre 1086, wo sie vom Bischof zu Münster gehoben wurden, hierher rechnen.

Ferner kommen einige urkundliche Zeugnisse aus Kindlinger's Hörigkeit in Betracht:

1) Nach einer Urkunde de a. 1251 (№ 27. S. 278 bei Kindlinger) wird ein cölnischer Dienstmann gegen einen dem Kloster Kappenberg angehörigen Mann — quendam dictum Gheyce de Berhusen, ejusdem ecclesiae hominem — zu Recklinghausen ausgetauscht.

2) Eine Urkunde von 1338 (№ 88. bei Kindlinger) bezeugt den Austausch eines Ministerialen zu Recklinghausen gegen einen Hofhörigen (dictus de Oestorpe) des Hofes Rünning, welcher alle Rechte, wie die übrigen zu Recklinghausen wohnenden Ministerialen genießen soll.

3) Einer Urkunde de a. 1424 (№ 163. bei Kindlinger) zufolge, wird ein Dienstmann vom Richter der St. Peters Dienstleute im Feste zu Recklinghausen aus dem Dienstmannsrechte gehoben, und in den Hof Recklinghausen gegeben, um von nun an desselben Hofes vollschuldiger höriger Mann zu sein; dagegen erhielt der Richter aus gedachtem Hofe einen

dahin gehörigen Mann, der nun freier Dienſtmann ſein und Dienſtmannsrechte genießen ſollte.

Hieraus geht hervor, daß

a. die Miniſterialen zu Recklinghauſen, ſelbſt zu einer Zeit, wo die eigentliche Miniſterialität größtentheils ſchon untergegangen war, mit hofhörigen Leuten ſich vertauſchen ließen, ein deutlicher Beweis, daß ihre Beſitz- und Lebensverhältniſſe den Hofhörigen weit näher ſtehen mußten, wie den Ritterbürtigen, und daß

b. die Hofhörigen, welche gleiche Rechte mit den übrigen in Recklinghauſen wohnenden Miniſterialen genießen ſollten, nicht ritterbürtig ſein konnten, da ſie vom Vater und Eltervater her nicht von Ritters-Art waren.

Nicht minder zähle ich zu den geringern Miniſterialen die Scararii, deren das Registrum Prumiense erwähnt. Die Gelehrten ſind über dieſe mindeſtens zweideutigen Miniſterialen verſchiedener Anſicht; ich darf auf Fürth a. a. O. S. 217 bis 219 verweiſen, woſelbſt die einſchlagenden Verhältniſſe am beſten geſchildert ſind.

Im Allgemeinen tritt die Beziehung der Scararii zum Landbau weit mehr in den Vordergrund, als die Eigenſchaft der Krieger. Denn die Stelle in der Urkunde de a. 1084 (bei Fürth a. a. O. S. 218 Note 1116) „hi (scaremanni) enim nobis in curte S. Maximini et ubi opus fuerit, cum ceteris familiae nostrae militibus servire debent“ ſcheint ſich, wie Fürth bemerkt, mehr auf die häuslichen Dienſte der Miniſterialen, welche auch milites familiae genannt werden, als auf Kriegsdienſte zu beziehen. Im Uebrigen weiſen die Dienſte, welche die Scararii zu verrichten haben, auf gemeine Hörigkeit hin. Sie ſind Frohndienſte. Scaram facere [1]) est d. abbati, quando ipse jusserit, servire, et nuncium ejus seu litteras ad locum sibi determinatum deferre; scaram cum pedibus facit; scaram facit cum nave; scaram facit cum suo caballo; colligit foenum et anno-

[1]) Scaram facere wird von Grimm a. a. O. S. 317 auf „fröhnen“, „ſcharwerken“ bezogen.

nam et vindemiam et linum in orto lectum, debent porcos custodire simul cum porcario [1]).

Freilich sind die Dienste der Scararii von denen anderer Unfreien auch wieder verschieden. Das Registrum Prum. sagt: „Est in Hellenbuhc mansus unus, quem tenet Erkenbertus, qui ante servile servitium faciebat, et modo scaram facit“ (bei Fürth S. 225 Note 1155).

Allein hier mag wohl nur der Unterschied in den Verrichtungen der eigentlichen Knechte und Hörigen gemeint sein. Denn ein sonstiger durchgreifender Unterschied zwischen Ehren- und niedern knechtischen Diensten läßt sich sicher nicht begründen, indem selbst das Hüten der Schweine den Scararii in Gemeinschaft mit dem Schweinehirten oblag.

Die Dienstpflicht scheint mit dem Besitze gewisser Hufen verbunden gewesen zu sein: mansus scaram facit. sunt ibi mansa servilia duo; solvit unusquisque pullos duos, ova decem, ducit ligna, facit panem et cerevisiam et wactas; aquam portat, scaram facit et omnia opera servilia (bei Fürth a. a. O. S. 223 u. 224 Note 1143). Wenn gleichwohl die Scararii im Reg. Prum. ministeriales genannt werden, so läßt doch die nachfolgende Stelle darüber keinen Zweifel, daß sie den Ackerbauern angehört haben: „Sciendum est quod omnes homines villas et terminos nostros inhabitantes, tenentur nobis curvadas facere [2]), non solum mansionarii, verum et scararii, id est ministeriales et haistaldi, id est qui non tenent a curia hereditatem, quia communionem habent in pascuis et pratis nostris“ (vergl. Fürth a. a. O. S. 224).

Dagegen haben sie das mit den ritterbürtigen Ministerialen gemein, daß sie nur vor einem Gericht von Genossen Recht nehmen; auch besitzen sie Lehn [3]), jedoch nicht ganze Curien,

---

1) Vergl. Fürth a. a. O. S. 222 und Struben's Nebenstunden IV. S. 396 u. 397.

2) Curvadas facere est ita nobis sicut sibi ipsis arare, quas curvadas vulgariter appellant „Ackerplughe“.

3) Es sind nur s. g. Bauerlehen (vergl. Struben's N.-St. IV. S. 395), wie sie auch Laien besitzen: „Lassi, qui si beneficium ha-

wie ſie die homines nobiles und ministeriales infeodati nach der Liſte am Ende des Reg. Prum. inne hatten, ſondern ſcharpflichtige Hufen oder Bauernhöfe (vergl. Strube a. a. O. S. 398).

Endlich werden ſie in einem dipl. Henr. III. de a. 1056 meliores ecclesiae genannt (per illos judices et ministros, qui scaremanni dicuntur, et qui meliores sunt ecclesiae).

Aus dem Bisherigen erhellet ſo viel, daß die Scararii über den niedern Unfreien ſtehen, daß ſie aber den ritterbürtigen Miniſterialen ſchon deshalb nicht beigezählt werden können, weil ſie gewöhnliche Frohndienſte (von ihren Gütern) zu leiſten verpflichtet ſind. Zu der erwähnten Klaſſe niederer, nicht ritterbürtiger Miniſterialen muß ich noch geringere Hausdiener oder niedere Hofbeamte rechnen, welche im Allgemeinen auch Miniſterialen genannt werden. Dahin gehören die Falconarii, der Mansionarius u. a. m. (vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. I. S. 85 Note m); ferner die Camerarii minores, welche §. 41. im rotulus officiorum Hainoniensium vorkommen. Anſcheinend auch der coquus, pistor hereditarius und custos panis (§. 8, 16 u. 17. des rotul.). Zugleich darf auf §. 49. des rotul. aufmerkſam gemacht werden: si ministri curie majorum ministeriorum milites in curia fuerint, habent procurationem suam cum duobus equis, si vero milites non fuerint, cum solo equo.

Wenn hier auch unter den „milites“ nur ſolche Perſonen verſtanden werden, welche die Ritterwürde erlangt haben, ſo wird doch vorausgeſetzt, daß die letztere lediglich den ministris curie majorum ministeriorum, nicht aber den Inhabern der geringern Miniſterien, zu Theil werden könne. Auf die hier gemachte Unterſcheidung ſcheint ſich auch die bei Kindlinger M. Beitr. B. II. S. 131 u. 132 erſichtliche

---

buerint“; dipl. Conr. II. a. 1035 bei Fürth a. a. O. S. 225 Note 1154. Auf den Bauer-, Schulzen-, Zins- und Beutellehen haftete kein Ritterdienſt, vergl. Eichhorn's deutſch. P.-R. §. 258.

zwiſchen ministeriales majores et minores zu beziehen. Sodann kommt in einer Urkunde de a. 1237 (bei Strube, R.-St. I. S. 315) ein ministerialis miles, burgensis und serviens vor: institutio vero advocati per episcopum fiet de anno in annum, ita tamen quod ministerialem ecclesiae sive militem, sive burgensem, sive servientem instituit, institutus vero tres in anno ..... praesidebit judicio .....

Es war unter Biſchof Konrad I. von Osnabrück beſtimmt, daß ein zeitiger Droſt allemal Dienſtmann der Kirche ſein ſollte, welchen der Biſchof nur auf ein Jahr annehmen und dem Befinden nach entweder beibehalten oder übergehen könnte.

Möſer ſucht in dem ministerialis burgensis einen Burgmann (castrensis), Strube dagegen einen Bürger. Ich möchte der letzteren Anſicht den Vorzug geben, kann aber für die obige Unterſcheidung ritterbürtiger und nicht-ritterbürtiger Miniſterialen aus gedachter Urkunde keine erhebliche Folgerung ziehen, wenn nicht unter dem ministerialis burgensis ein nicht-ritterbürtiger Bürger und unter dem ministerialis serviens kein Knappe, ſondern ein geringerer Miniſterial verſtanden werden ſoll — Vorausſetzungen, welche doch einigermaßen gewagt erſcheinen.

Das hier gewonnene Reſultat wird auch durch eine Beſtimmung des ſchwäbiſchen Landrechts unterſtützt, welcher zufolge nur ein von ritterlicher Art geborner Dienſtmann bei ſeiner Freilaſſung Mittelfreier Recht haben ſoll: „Lasset ein herr eigne leut frei, der behehbet frei landsässen recht ..... und lasset ein layenfürste seinen dienstmann frei, der geboren ist von ritterlicher art, der behebt mittelfreyen recht.“ Schwäb. L.-R. Art. 56.

In dieſer Stelle ſcheint nicht bloß der Gegenſatz zwiſchen eignen Leuten und Miniſterialen, ſondern auch die ritterliche Geburt der letzteren beſonders berückſichtigt zu ſein.

Die bisherige Darſtellung hat den Beweis erheblicher Verſchiedenheiten und Abſtufungen unter den Miniſterialen des Mittelalters, insbeſondere dreier Arten derſelben — der freien Miniſterialen des Herrenſtandes, der ritterbürtigen und

der nicht-ritterbürtigen Dienſtleute — liefern ſollen; das Urtheil darüber, ob er gelungen iſt, muß unbefangener Prüfung überlaſſen bleiben. Wenn aber der Verfaſſer des Sachſenſpiegels, welcher zu einer Zeit lebte, wo die Miniſterialität noch keineswegs abgeſtorben war, Anſtand nahm, eine erſchöpfende Darſtellung davon zu liefern [1]), um wie viel ſchwieriger muß es ſein, ein abgelebtes Inſtitut nach Jahrhunderten zu ergründen, wo veränderte Sitten und Gewohnheiten und andere Anſchauungen das richtige Urtheil oft trüben?

Darf es überraſchen, wenn hochgeſchätzte ältere Schriftſteller in der Miniſterialität etwas Unbegrenztes und Unbeſtimmtes finden? So ſagt z. B. Möſer in der Osnabr. Geſch. II. S. 101 und 102: „Die Dienſtmannſchaft hatte lange Zeit eine perſönliche Hörigkeit zum Grunde. Die Hörigkeit „suitas“ iſt ein Begriff, der, wenn ihn die Philoſophie erſt verarbeitet und verfeinert, unendliche Modificationen leidet. In derſelben kann der Sohn des Königs ſo gut wie der Sohn des geringſten Menſchen ſtehen. Johann K. von England übergab ſich dem heiligen Peter nicht allein jure hominii, als ein freier Lehnmann, ſondern auch als ligius, als ein höriger Mann.“

Eine Zuſammenſtellung des bei Scheidt a. a. O. S. 31 der Vorrede Note z (dipl. de a. 842) vorkommenden Matfredus, welcher vom Kaiſer Lothar „vir illuster, comes et ministerialis noster“ genannt wird, mit den im Stiftungsbriefe des Fräuleinſtifts zu Freckenhorſt de a. 851 erwähnten Miniſterialen — welche acht Dienſte mit Wagen und Pferden leiſten ſollen — wird genügen, um die gedachte Verſchiedenheit klar zu machen.

So ſehr ich das verdienſtvolle Beſtreben des Freiherrn von Fürth anerkenne, das Schwankende des Begriffs der Miniſterialität zu heben, ſo muß ich doch dafür halten, daß

---

1) Ssp. Buch 3. Art. 42: „Nun lasst euch nicht wundern, dass dies buch so wenig sagt von der dienstleute recht, denn es ist so mannigfalt das niemand zum ende kommen kann, noch mag. Denn unter jeglichem bischof und abte und aebtissin haben die dienstleut sonderlich recht, darum so kann ich das nicht alles entscheiden.“

der ausgezeichnete Schriftſteller in Verfolg ſeiner einmal gewählten Aufgabe zu weit gegangen und der thatſächlichen Entwickelung der Verhältniſſe nicht immer treu geblieben iſt.

Vielleicht bleibt es ſpäterer Forſchung vorbehalten, aus bisher unbekannt gebliebenem Material völliges Licht zu ſchöpfen.

Im Zuſammenhange mit dem Obigen wird noch die nachſtehende Frage zu erörtern ſein:

Waren die Ritterbürtigen ſchon vor dem 15. Jahrhundert adelich?

Ich glaube dieſe Frage bejahen zu müſſen. In einigen der ältern Völkergeſetze zeigen ſich bereits Spuren eines zwiſchen den höchſten Edlen und Freien die Mitte haltenden Standes. Nach l. Bajuvar. 2, 20. werden von Grimm a. a. O. S. 273 zwei Stufen des Adels angenommen: primi (Agilolfingi), mediani (Hussi). Die liberi heißen minores. Die lex Alam. addit. 22. kennt einen primus, medianus und minoſſidus. Der primus heißt auch „meliorissimus“, der medianus „medius“ und der minoſſidus „liber“. Das burgundiſche Geſetz 2, 2. hat den nobilis, mediocris und minor (Freie). Auch ſpäterer Sprachgebrauch deutet einen ſolchen Unterſchied an: erant enim non quidem nobilitate sublimes, ingenui tamen. Greg. Tur. vit. patr. cap. 9. Dipl. de a. 1202 bei Fürth a. a. O. S. 451: dominus Abramus de Waldeck omnes suos milites nobiliores tribuit; vergl. auch Struben's Neben-St. III. 21. Abhandl. §. III. S. 495 u. flg. und die daſelbſt gegebenen Erläuterungen über mediocres, mediocriter nobiles, nobiles minores, et inferioris ordinis.

Es muß gleichwohl dahin geſtellt bleiben, ob dieſe medii oder mediocriter nobiles als eine Grundlage unſers ſpätern niedern Adels betrachtet werden können.

Dagegen iſt der Ritterſtand von dem Zeitpunkte an als Adel anzuſehen, wo er als eine große Genoſſenſchaft auftritt und durch beſondere Ebenburt und erbliche Vorrechte von der übrigen Menge ſich ſcheidet. Es iſt oben gezeigt worden, daß

ſchon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts der Grundſatz ſich gebildet hatte, „nur der Ritterbürtige vermöge die Ritterwürde zu erlangen“. Der Stand war ein geſchloſſener, wenn auch des Kaiſers Machtvollkommenheit nicht-ritterbürtige Perſonen dazu erheben konnte.

Die beſondere Ehre, welche der Stand der Krieger ohnehin ſchon genoß, erhielt durch die ritterliche Würde die höchſte Weihe. Kaiſer Friedrich I. ſah einen Mann im Kampfe beſonders ſich auszeichnen, von dem berichtet wird: quem rex ad se vocatum militari cingulo ob tam praeclarum facinus honorandum decrevit; at cum ille se plebejum (ein nicht-ritterlicher Freier) diceret, in eodem ordine velle remanere, sufficere sibi conditionem suam, honeste donatum, ad propria redire permisit contubernia. Der Kaiſer wollte mithin den nicht-ritterlichen tapfern Mann ſeines Verdienſtes wegen in den Ritterſtand erheben, welche Ehre dieſer, mit ſeinem bisherigen Stande und Verhältniſſe zufrieden, ablehnte.

Vor Allem war in den bewegten Zeiten des Mittelalters das Recht der Fehde geeignet, das Anſehen des Ritters zu heben. Im vollen Umfange wurde daſſelbe nur noch dem Herrenſtande und Ritterbürtigen zugeſprochen; vergl. Eichhorn's St.- u. R.-G. II. §. 347. und Fürth a. a. O. S. 74. Es soll auch nyemant anders kemph vechten als der rittermessig ist. Jus antiquiss. Aust. sec. XIII. §. 11 [1]). Dem Hinterſaſſen, welcher nicht in des Reichs Dienſt oder der Landfolge war, wurde das Recht, ritterliche Waffen zu führen, nicht eingeräumt; II. Feud. 27: Si quis rusticus arma vel lanceam portaverit vel gladium, judex, in cujus potestate repertus fuerit, vel arma tollat vel vi-

---

1) Daß auch die Städte als ſolche das Fehderecht beſaßen, darüber waltet kein Zweifel ob; das Waffenrecht der nicht-ritterbürtigen Bürger iſt dagegen nicht immer vollſtändig anerkannt worden; vergl. II. Feud. 27: Mercator negotiandi causa per provinciam transiens, gladium suae sellae alliget vel super vehiculum suum ponat, non ut quem innocentem laedat, sed ut a praedone se defendat; bei Eichhorn a. a. O. S. 505 Note c.

ginti solidos pro ipsis recipiat a rustico; vergl. Eichhorn a. a. O. S. 504 Note b.

Manche Vorrechte wurden den Rittern zu Theil, z. B. die Befreiung von Zöllen: Papen unde riddere unde ir gesinde solen wesen toln vri. Ssp. 2, 27. §. 2.

Hieran reiht sich die Fähigkeit in Ritterorden und Stifter aufgenommen zu werden, an Ritterspielen Theil zu nehmen, Wappen zu führen und Ritterlehen zu vollem Rechte zu erwerben; vergl. Eichhorn a. a. O. §. 341. S. 468.

Die Urkunden des Mittelalters unterscheiden den Ritterstand von den nicht-ritterlichen Freien deutlich; letztere werden plebeji genannt: dipl. a. 1121: utriusque conditionis ministerialibus ac plebejis; dipl. a. 1258: secundum sententiam tam per milites, quam plebejos latam. Hujus rei testes fuere de ministerialibus nostris Baldewinus et alii quam plures, de plebe autem Tyebertus de Lysera et alii multi; cum aliis principibus, comitibus, liberis principumque ministerialibus, cum multitudine vulgi de exercitu (bei Fürth a. a. O. S. 75 u. 113 Note 635).

Die oben schon erwähnte Glosse zum Ssp. (Buch 1. Art. 3.) nimmt einen ritterlichen Adel an; nicht minder das Kaiserrecht: der keyser hat dy gnade gethon alle den den Got beschert hat uff disme ertriche, daz se behildin ritters namen, daz noch erme tode dy kint sint geadelt von dez keysers rechte; Kaiserrecht III. 5. S. 95. Von den ritterlichen Dienstleuten des Reichs wird aber gesagt: Alsus ist uns geschrebin, daz se der keyser edilte glich eme selber; Kaiserrecht III. 1. S. 91 und 92, bei Fürth a. a. O. S. 87.

Diesem Ausspruche liegt der Gedanke einer ritterlichen Genossenschaft, eines großen Vereins der Mannen zum Grunde. Nach unten hin bildeten Ritterbürtigkeit und Lehnfähigkeit eine Schranke; in der ritterlichen Genossenschaft war zwar ein Jeder fähig zur höchsten militairischen Ehre, der Ritterwürde, zu gelangen, nicht aber an Geburtsstande gleich.

Der alte Unterschied zwischen dem Herrenstande und Freien ist auch durch das Ritterthum nicht beseitigt worden;

Ssp. 1, 51: Ein weib mag gewinnen eheliche kinder, edele kinder, eigen kinder. Das schwäbische Landrecht Art. 50. erkennt keine Gleichheit der Ehe zwischen Semperfreien und Mittelfreien an. Abweichend bestimmt der Ssp. 3, 72: „Das ehelich und frei geborne Kind behält seines Vaters Schild". Am wenigsten scheint nach dem Ssp. zwischen Edlen und Schöffenbarfreien — d. h. denen, welche in dem unter Königs Bann gehegten gräflichen Gerichte zu sitzen und zu urtheilen das Recht hatten — die Gleichheit der Ehe bezweifelt werden zu dürfen, indem Fürsten, freie Herren und schöffenbare Leute in Wehrgeld und Buße gleich sind, und die Fürsten und freien Herren nur den unbedeutenden Ehrenvorzug haben, daß ihnen ihre Buße in Goldmünze gezahlt wird; vergl. Zöpfl, über Mißheirathen S. 9. Diese Schöffenbarfreien konnten auch über Jeden, über sie dagegen nur Ebenbürtige Urtheil finden, das an Leib, Ehre oder Erbe ging; Ssp. B. 2, 12. 2.

Daher stand der Dienstmann in letzterer Beziehung dem Schöffenbarfreien nicht gleich. Der Kaiser mußte des Reichs Dienstmannen zuvor der Dienstbarkeit entlassen, wenn ihnen das Schöffenamt übertragen werden sollte; Ssp. 3, 81.

Uebrigens wurden auch bei jenen Schöffenbarfreien vier Ahnen erfordert; Ssp. 3, 29: Kein schöffenbarfreier Mann bedarf sein Handmal beweisen, noch seine vier Ahnen benennen, er spreche denn einen freien Genossen „kempfflich" an. Auch war die Ehe zwischen ihnen und gemeinen Freien oder Landsassen ungleich; Ssp. 3. Art. 73: Niemet ein schöffenbarfrey mann eine bauergültin oder eine landsässin, gewinnet sie kinder bey ihm, die sind ihr nit ebenbürtig an buss, noch an wergelt, denn sie haben ihres vatters recht, und nicht der mutter.

Ueberhaupt sondert der Ssp. die Pfleghaften und Landsassen (Landsaten) als zwei niedrigere Stufen der freien Geburtsstände von den Schöffenbarfreien; Ssp. 1. Art. 2: Freiheit ist aber hieran dreierhand: Schöffenbar leut, pfleghaffte und landsessen.

Mit dieser Schöffenbarfreiheit (im Grafengericht) ist die-

jenige nach Weichbildrecht und in den Voigteien nicht zu verwechseln (vergl. Eichhorn's St.- und R.-G. II. §. 348. S. 508). Vielmehr erforderte die Schöffenbarfreiheit nach Verſchiedenheit der Gerichte einen verſchiedenen Geburtsſtand und bob als ein Amt nicht in einen höhern Stand empor; vergl. die Gloſſe zum Ssp. 3. Art. 29: „Nun möchteſt du auch vielleicht fragen, ob ein ſchöffenbarfrei Mann zum Heerſchilde were geboren? Das antworte ich Dir und ſprich, das ſchöffenbarfreiheit iſt ein Ampt und findet nu das Ampt einen wohlgebornen Mann, es ſchadet im nicht, und ergert in auch nicht. Und findet es aber einen ſchnöden Mann, es adelt in auch nicht. Das merke ein Gleichniß. Die von Metzendorff ſein ſchöffenbarfreie und ſein doch der von Platen Manne, und die ſein auch Dienſtleute [1]). So ſind auch die von Trebul ſchöffenbarfreie, und haben fort ſchöffenbarfreie zu Mannen . . . . auch ſo wiſſe, ob wol ſchöffenbarfreie ſchlechte Bauern weren, darum ſo adelt ſie doch das Amt nicht, noch keinen Mann“ (mithin war damals der Adel ein geſchloſſener Geburtsſtand).

Die Trennung der Schöffenbarfreien von dem Herrenſtande ſucht Zöpfl a. a. O. S. 17 darin, daß die Fürſten und freien Herren anfingen, Lehn zu geben und dadurch Lehnsherren wurden, die Schöffenbarfreien aber Lehn annahmen und dadurch nun eine Stufe unter ihre Lehnsherren zurücktraten.

Zutreffend wird dann weiter von Zöpfl bemerkt: „Unverkennbar iſt auch, daß das Lehnweſen jenen Schöffenbarfreien, welche Vaſallen wurden, mancherlei Auszeichnung und Vortheile und wegen des alsbald mit denſelben in Verbindung tretenden und aus ihm ſich entwickelnden Ritterweſens [2]) eine höhere Stellung geben mußte, als jene Schöffenbarfreien behaupten konnten, welche kein Lehn erwarben, deren Lage und Verhältniſſe alſo von der neuen Einrichtung nicht berührt und in

[1]) Jedenfalls ein eigenthümliches Verhältniß, wenn Ritterbürtige und noch dazu ſchöffenbarfreie eines Dienſtmanns Mannen ſind!

[2]) Schöffenbarfreie mit mindeſtens 3 Hufen Grundbeſitz. Ssp. 3, 81. §. 1.; vielleicht zuſammenhängend mit den freien Grundeigenthümern von mindeſtens 3 mansi der carolingiſchen Zeit.

nichts verbeſſert, vielmehr ſogar eben dadurch, weil ſie von der neuen Entwickelung unberührt blieben, verſchlechtert wurde. So mußte der Schöffenbarfreie, der ein Ritterlehn erwarb, beſonders ſeitdem dieſe Lehen vererblich geworden waren, alsbald für eine Mittelſtufe zwiſchen dem Herrenſtande und dem alten einfachen Schöffenfreien, der lediglich als freier Bauer erſchien, geachtet, und als Mittelfreier [1]) bezeichnet, jener gutsfreie Bauer aber in eine beſondere dritte Gliederung heruntergedrängt werden, wie dies mit den Landſaſſen des Schwabenſpiegels der Fall iſt."

Nach der Verſchmelzung der ritterbürtigen Schöffenfreien mit den freien Vaſallen und beider wieder mit den ritterbürtigen Miniſterialen fand die bei Aufnahme in die ritterliche Genoſſenſchaft allgemein geltende Regel der Ritterbürtigkeit (ridders art von vader unde eldervader) unbeſchränkte Anwendung auf den ganzen alſo gebildeten Stand. Von dieſem Stande zog ſich jedoch der hohe Adel (oder Herrenſtand) nach völliger Ausbildung der Landeshoheit immer mehr zurück. Letzterer behielt im weiten Umfange ſein Autonomierecht. Der ritterliche oder niedere Adel wurde dagegen dem römiſchen Rechte unterworfen. Das römiſche Recht aber ging von dem Satze aus, daß der Rang und Stand des Mannes und Vaters auch der Frau und den Kindern zu Theil werde [2]). Die Anwendung dieſes Satzes hatte die Folge, daß die Ehe einer Perſon des niedern Adels mit einer bürgerlichen gemeinrechtlich für keine Mißheirath gehalten wurde; jedoch konnten particularrechtliche Beſtimmungen oder Statuten entgegenſtehen. In letzteren hat mitunter die beim Ritterſtande früher geltende Regel der vier Ahnen durch weitgreifende Ahnenproben noch beſondere Schärfe erhalten.

Aus dem Bisherigen geht hervor, daß der Ritterſtand als ein beſonderer, mit dem Herrenſtande nicht zuſammenfallender Adel, als ein Stand bevorrechteter Krieger aufgefaßt

---

[1]) mithin Ritterbürtiger.

[2]) Vergl. Zachariä's deutſch. Staats- u. Bundesrecht I. §. 68. S. 321 Note 7 № 2.

werden muß. Der Verfall des Standes iſt kurz und ſcharf in dem deutſchen Staats-Wörterbuche (Stuttgart und Leipzig 1856 erſtes Heft S. 44) von Bluntſchli folgendergeſtalt gezeichnet: „Der letzte Ritter wurde ſchon zu Anfang des 16. Jahrhunderts begraben, die Lehnsverfaſſung aber iſt in den letzten Jahrhunderten wie ein alter Baum allmählich faul und dürr geworden und dann abgeſtorben, die Lehen ſelbſt haben ſich nach und nach in freies Grundeigenthum verwandelt. Vor den Flinten und Kanonen haben Panzer und Schwert nicht beſtehen können; die ritterliche Erziehung hat der fürſtlichen Militairſchule weichen müſſen; die ſtolzen, aber oft ſtörriſchen und eigenwilligen Vaſallenſchaaren ſind durch die folgſamen Soldtruppen und die ſtehenden Heere verdrängt worden. An die Stelle des offenen Lehnshofes, auf welchem ſich die Vaſallen um den Herrn verſammelten, iſt die ſtille Canzlei mit ihren Actenſtößen getreten. Der Grundherr ſaß auch nicht mehr in Perſon zu Gericht über ſeine Bauern. Die Gerichtsbarkeit wurde von einem Angeſtellten — oft bürgerlichen — Patrimonialrichter verwaltet. Die meiſten Burgen wurden zerſtört oder in Landhäuſer umgewandelt. Ueber Ritter und Dienſtleute, als die geborenen Räthe der Fürſten, wurden die frei ernannten Beamten als gekorene Räthe geſetzt; man fing an, die Aemter abzulöſen von der Familie und dem Erbrecht, und die Studirten zu berufen. Die Landſtände, an welchen die Ritterſchaft in frühern Zeiten den lebhafteſten Antheil genommen, wurden nicht mehr verſammelt.“

Es liegt nicht in meiner Abſicht, in die Verhältniſſe des jetzigen niedern Adels, die Urſachen ſeines Verfalls und die Mittel tiefer einzugehen, durch welche die unerläßliche Reform desſelben am beſten herbeizuführen ſein möchte. Allen denen, welche — wie Bluntſchli ſagt — den alten Erbadel mit allen Gebrechen und Mißbräuchen nicht fortvegetiren und untergehen laſſen wollen, kann die ernſte Erwägung des in dem oben bemerkten deutſchen Staats-Wörterbuche enthaltenen Aufſatzes über Adel, insbeſondere Reform des deutſchen Adels, nicht genug empfohlen werden.

Leidenſchaftliche Verblendung auf der einen, wie Adelshaß

auf der anderen Seite wirken unbewußt und bewußt der Reform gleichmäßig entgegen.

Lehrreich ist die Entwickelung des englischen und französischen Adels; jene naturgemäß, diese verderblich.

Ueber den Werth des Erbadels sind die Ansichten bekanntlich sehr getheilt. Von der einen Seite wird er als eine nothwendige Mittelstufe in monarchischen Staaten, von der andern als eine dem Untergange geweihte historische Institution angesehen. Allein auch diejenigen, welche zu dieser Ansicht sich bekennen, sollten bedenken, daß — wie die Geschichte lehrt — die gewaltsame Beseitigung eines seit Jahrhunderten mit und aus dem Volke gebildeten Standes unmöglich ist [1]). Willkürliche Machtsprüche, welche den Stand für aufgehoben erklären, erzeugen nicht selten das gerade Gegentheil der beabsichtigten Wirkung. Ein durch rohe Mittel vernichteter oder in seinen Rechten rücksichtslos und unbillig gekränkter Adel wird stets zu den gefährlichsten Elementen des Staats gehören. Selten werden sich die Fürsten Adelseinflüssen entziehen. Es liegt daher im Interesse aller Staatsangehörigen, zu einer angemessenen Reform des Adels bereitwillig mitzuwirken. Das Wesentliche wird vom Adel selbst ausgehen müssen; die kräftige Unterstützung des Staats kann jedoch nicht entbehrt werden.

Der Adel muß, wie Bluntschli unwiderleglich richtig bemerkt, damit anfangen, „die unheilbaren und todten Bestandtheile aus seinem Körper auszustoßen und gesunde neue Elemente willig in denselben aufzunehmen.“ Er muß daneben aus seiner jetzigen Isolirung hinaustreten und den übrigen Ständen sich nähern. Dies erfordert insbesondere die ganz unhaltbare Stellung des unbegüterten Adels. Er wird seine wahre und wesentlichste Stütze im großen Grundeigenthum zu suchen, letzteres durch eine richtige Erbfolgeordnung — ein nach Aufhebung des Lehnverbandes oft dringendes Erforderniß — und das Gesetz der Untheilbarkeit vor Zersplitterung und dem Wandel feiler Waare zu schützen und von Schulden zu

---

[1]) Weder Dictatur noch Fallbeil haben in Frankreich den Adel vertilgen können.

befreien haben, ohne dem Hange nach raſchem Gewinn in ſchwindelhaften Unternehmungen zu fröhnen. Vor Allem iſt rege Betheiligung an Förderung des öffentlichen Wohls und Abwehr jedes Unrechts — es komme von oben oder von unten — unerläßliche Bedingung einer Vertrauen erweckenden, geachteten Stellung des Adels im Staate. Auf der andern Seite darf nicht vergeſſen werden, daß Adel ohne Auszeichnung vor der großen Menge bedeutungslos iſt.

Wer nicht in eine ſolche Auszeichnung willigen will, muß ihn als weſenlos aufgeben. Es bedarf aus dieſem Grunde Bluntſchli's nachfolgende Bemerkung S. 60 des erwähnten Aufſatzes der reiflichſten Erwägung: „So ſehr wir für eine zeitgemäße Ergänzung des noch beſtehenden Grundadels ſind, und ſo wenig wir die Vorurtheile der Kaſte theilen, ſo wird hier doch nöthig, vor einem bedenklichen Mißgriff zu warnen. Soll der Adel erneuert werden, ſo darf man nicht das perſönliche Princip des Adels aufgeben, und nicht das Princip des großen Grundbeſitzes an ſeine Stelle ſetzen. Grundadel und Grundbeſitz ſind verſchiedene Dinge. Dort iſt die Perſon und die Familie entſcheidend und der Grundbeſitz iſt nur eine Gewähr für die Fortdauer des adelichen Lebens und der großen adelichen Intereſſen; hier iſt das Vermögen als ſolches entſcheidend. Eine Genoſſenſchaft der großen Grundbeſitzer iſt daher etwas ganz anderes, als eine Genoſſenſchaft des Grundadels: Jene kann das Prozententhum, das durch Speculation reich geworden, nicht fern halten, dieſe kann es. In jener iſt zuletzt das Geld, hier die Ehre und der Familiencharakter maßgebend. Alle Gründe, welche für die Ergänzung der adelichen Grundbeſitzer durch neue Aufnahme bisher bürgerlicher Grundbeſitzer in die Genoſſenſchaft ſprechen, haben nur in ſo fern Wahrheit, als ſie zugleich für die Erhebung dieſer Familienhäupter in den Adelſtand ſprechen. Daher darf man nicht die beiden Wirkungen trennen, und ſo in die Genoſſenſchaft einen neuen Zwieſpalt bringen zwiſchen den adelichen und bürgerlichen Genoſſen. Die Genoſſenſchaft muß eine volle werden, ſie darf nicht eine halbe bleiben. Oder will man das nicht, dann erfordert die Conſequenz, daß man nicht

lange von einer Reform des im Princip ganz aufgegebenen Adels spreche, sondern von Gründung einer neuen Institution, der Vereinigung der großen Grundbesitzer« [1]).

Die Standschaft würde — »sobald der Erbadel von den unheilbaren und todten Bestandtheilen sich reinigen und einen wahren Grundadel bilden sollte,« nach Bluntschli's treffenden Ausspruche — »die höchste Adelspflicht und das höchste Adelsrecht sein.«

Groß sind unverkennbar die Schwierigkeiten, welche einer heilsamen Reform des Adels entgegenstehen. Sie lassen sich aber überwinden, wenn nur der Grund des Uebels richtig erkannt und der Wille unerschütterlich ist. Die Zeit hat in gewaltiger Strömung mannigfach Neues gebildet und das Alte überflügelt; auch darin liegt für den Adel eine ernste Mahnung, die große Uebergangsperiode der Gegenwart nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Unzuträglichkeiten und Gefahren umringen stets erhebliche Aenderungen im staatlichen Leben; tiefere Erschütterungen pflegen nur dann fern gehalten zu werden, wenn es gelingt, den Uebergang vom Alten zum Neuen ohne Ueberstürzung und ohne unnatürliche Hemmung zu vermitteln.

Möchte Wigand's Ausspruch (Geschichte von Corvey I. Bd. 3. Buch S. 12 u. 13 Note 10) gehörig beherzigt werden: »Die Geschichte geht immer langsam, aber fest und sicher. Vergebens greift die Angst in die Speichen des bewegten Rades, aber vergebens sucht auch Thorheit sie zu formen in luftigen Gebilden; denn was sie nicht selbst geboren und erzogen, das erkennt sie bald und stößt es hinaus.«

---

[1]) Bei Bildung einer solchen neuen Institution würden allgemeine Gründe der Zweckmäßigkeit und nicht etwa der nach Zeitverhältnissen wandelbare Umstand, ob die Mehrheit der großen Grundbesitzer dem Adel- oder Bürgerstande angehört, maßgebend sein müssen. Eben so wenig würde auf Rittergüter von geringem Umfange, auf welchen landständschaftliche Rechte geruht haben, Rücksicht zu nehmen sein. Sollte in der Corporation der großen Grundbesitzer genossenschaftlicher Sinn kräftig sich entwickeln, so würde nach der fast allen Corporationen eigenen Tendenz, sich abzuschließen, ein neuer Keim des Adels daraus hervorgehen können.

II.

Ueber die grangia Caldenhusen.

Vom Cammerrath Hübner in Roßla.

Unter den älteſten Beſitzungen des Kloſters Walkenried finden wir den Kloſterhof Caldenhuſen (Kaldenhuſen, Chaldenhuſen) erwähnt.

Hinſichtlich desſelben ſind alle mir bekannten Geſchichtsforſcher, die ſich mit dem Kloſter Walkenried und deſſen Beſitzungen beſchäftigt haben, und unter denen ich nur Eckſtorm, Leuckfeld, Werſebe (Niederländiſche Colonien S. 854 bis 923), Stübner (Denkwürdigkeiten des Fürſtenthums Blankenburg und des Stiftsamts Walkenried), Heſſe (Geſchichte der Rothenburg) nennen will, in mannigfache Irrthümer verfallen, die zum Theil in der Unbekanntſchaft mit den nunmehr durch den hiſtoriſchen Verein für Niederſachſen neuerdings herausgegebenen Walkenrieder Urkunden, theils darin ihren Grund haben, daß ſie über die Lage Caldenhuſens von vorne herein irrige Anſichten hegten.

Ich will daher verſuchen, in dem Nachfolgenden dieſe Irrthümer auf Grund der jetzt Jedermann zugänglich gemachten Walkenrieder Urkunden zu berichtigen.

Die erſte Erwähnung der grangia Caldenhusen geſchieht in der Bulle des Pabſtes Innocentius III. de dato Rom, den 8. November 1205, worin er das Kloſter Walkenried in des heiligen Petrus und ſeinen Schutz nimmt und demſelben den Beſitz ſeiner Güter beſtätigt (№ 56 der Urkundenſammlung) mit folgenden Worten:

„grangiam Caldenhusen, cum pratis, nemoribus et omnibus appenditiis suis.“

Der Zusatz cum pratis etc. ist augenscheinlich nicht auf die grangia Caldenhusen, sondern vorzugsweise auf die vorher genannte grangia Bermeslebe zu beziehen.

Zum zweitenmale wird die grangia Caldenhusen in der Urkunde Kaisers Otto IV. d. d. Terni, den 24. December 1209 (№ 70 der Sammlung), in welcher derselbe das Kloster in seinen und des Reiches Schutz nimmt, dessen Besitzungen bestätigt und ihm Abgabenfreiheit in Nordhausen verleihet, mit folgenden Worten erwähnt:

„grangiam, quae vocatur Chaldenhusen in harundineto inferiori.“

Hier treffen wir also auf die erste Andeutung über die Lage Caldenhusens, nämlich als im untern Riethe gelegen.

Wichtiger für die Geschichte Caldenhusens ist die auch schon früher vielfach gedruckte und benutzte Urkunde (№ 71) desselben Kaisers Otto IV. von gleichem Tage, Jahre und Ausstellungsorte mit der kurz vorher erwähnten, und verdient einer nähern Angabe ihres Inhalts. In derselben erwähnt zunächst Kaiser Otto, sein Vorgänger im Reich, Kaiser Friedrich I., besorgt für des Reiches Beste, habe das untere Rieth (arundinetum inferius) durch einen Walkenrieder Mönch mit Namen Jordan der häufigen und starken Ueberschwemmung entziehen und zur Wohnung für Menschen und zum Ackerbau tauglich machen lassen, und zum Dank für die darauf verwandte Mühe und zur bessern Dotirung Walkenrieds dieser Kirche daselbst eine Hofstätte, genannt Caldenhusen, und zwei Hufen mit allem Zins- und Zehntrechte als freies Eigenthum überlassen. Außerdem habe er ihr eine andere Hofstätte behufs Erbauung einer Mühle überlassen, sich dagegen vorbehalten, daß an demselben Wasserlaufe Niemand ohne besondere Bewilligung des Reichs eine Mühle anlegen dürfe.

Aus kaiserlicher Freigebigkeit habe er (Kaiser Friedrich) außerdem der gedachten Kirche 7 andere Hufen geschenkt, sich aber den jährlichen Zins davon, bestehend in 28 Schillingen (solidis), vorbehalten.

Von denselben 7 Hufen würde ferner folgender Zehnten entrichtet: von allen Feldfrüchten der eilfte Theil; von Läm-

mern, Ferkeln und Gänſen das zehnte Stück; von jedem Füllen ein Pfennig (denarius); von jedem Kalbe ein Heller (obolus). Von dieſem Zehntrechte ſeien nur ausgeſchloſſen das auf dem Hofe aufgezogene Geflügel, und was innerhalb der Umzäunung erbauet werde, wie Hanf, Garten- und Baumfrüchte.

„Nachdem nun," fährt Kaiſer Otto fort, „das Reich durch feierliche Krönung an uns gelangt iſt (imperio ad nos canonice devoluto), halten wir es für Pflicht, das, was von unſern Vorgängern, den römiſchen Kaiſern, zu Gunſten der Kirchen verordnet oder ihnen von dem Reichsgute zugewendet worden, unverbrüchlich aufrecht zu halten, und genehmigen nicht allein jene Schenkung der im untern Riethe gelegenen 7 Hufen, ſondern verzichten auch noch in der Hoffnung göttlicher Belohnung und zur Erhaltung der Verfaſſung des Reichs (pro conservando imperii statu) unter Zuſtimmung der Fürſten und unſers Hofes zu Gunſten der Walkenrieder Kirche auf den vorbehaltenen Zins der 28 Schillinge und übergeben ſolche mit aller ihrer Berechtigung als freies Eigenthum in die Hände des Abtes Heinrich."

Die Urkunde veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen.

Zunächſt fällt mir auf, daß Kaiſer Otto die beiden dem Kloſter ſo günſtigen Urkunden nicht ſchon bei ſeiner in dem Mai desſelben Jahres 1209 fallenden perſönlichen Anweſenheit im Kloſter Walkenried, bei welcher er ſich ſogar in die Brüderſchaft des Kloſters hatte aufnehmen laſſen, ausgeſtellt, ſolche vielmehr erſt aus dem fernen Italien erlaſſen hatte. Möglich, daß er damit hatte warten wollen bis nach ſeiner feierlichen Kaiſerkrönung.

Es fällt mir ferner auf, daß Kaiſer Otto die dem Kloſter Walkenried zugedachten Begünſtigungen nicht in einer und derſelben Urkunde zuſammengefaßt hat, was ja ſo natürlich war, da ſchon in der erſten (№ 70) von Caldenhuſen die Rede war. Werſebe in ſeinem angezogenen Werke p. 904 meint, daß die erſte (№ 70) der beiden Urkunden die Rechte und vornehmſten Beſitzungen und Höfe des Kloſters hätte im Allgemeinen beſtätigen, die andere (№ 71) aber einige ſpeciellere Conceſſionen hinzufügen ſollen.

Ich geſtehe, daß mich dieſe Erklärung nicht befriedigt; gleichwohl bin ich außer Stande, eine beſſere zu geben.

Demnächſt wird es darauf ankommen, die Lage Caldenhuſens und des untern Riethe näher zu beſtimmen, und die darüber obwaltenden Irrthümer zu berichtigen.

Leuckfeld in ſeiner Geſchichte des Kloſters Walkenried S. 412 ſagt darüber:

„Kaiſer Otto nennt es Chaldenhuſen mit dem Beiſatz, daß es in arundineto inferiori, in dem untern Riethe, gelegen, ſo vielleicht nicht weit von dem obbemelten Gute Numburg (alſo zwiſchen Kelbra und Auleben) geweſen. Anitzo weiß man von demſelben auch nichts mehr als den Namen.“

In der in der Urkunde des Kaiſers Otto erwähnten Mühle bei Chaldenhuſen vermuthet Leuckfeld die jetzige zwiſchen Auleben und Görsbach gelegene Aumühle und fügt ſpäter hinzu: „Welches Alles die vorige Muthmaßung beſtärket, daß dies Gut Chaldenhuſen unter der ſogenannten güldenen Aumühle hinab nach Berga zu gelegen, wie denn daſige Länderei bis itzo noch meiſt ins Kloſter zinſet.“

Förſtemann in ſeiner urkundlichen Geſchichte der Stadt Nordhauſen S. 24 verlegt die Lage Caldenhuſens unter die zu beiden Seiten der Helme gelegenen Kloſterhöfe Riethof, Beringen, Numburg, Berbisleben, verſetzt alſo auch hierher die Thätigkeit des in der Urkunde 71. erwähnten Mönchs Jordan.

An einer andern Stelle S. 35 Anmerkung, meint auch er, daß unter der Mühle bei Caldenhuſen ohne Zweifel die Aumühle zu verſtehen ſei.

Heſſe in ſeiner Geſchichte des Schloſſes Rothenburg S. 30 Anmerkung 21, ſagt: „Wahrſcheinlich iſt mit dem untern Riethe das jetzt ſo genannte Kuhrieth gemeint, welches ſich von der Numburg herab (oſtwärts) nach Kelbra erſtreckt und über eine halbe Stunde lang iſt.“

Werſebe in ſeiner Geſchichte der niederländiſchen Colonien S. 909 ſagt, als er von den dem Kloſter Walkenried in den Urkunden № 68 und 69. überlaſſenen octo mansi Hollandenses ſpricht: „Nach demjenigen, was in den kaiſer-

lichen Diplomen weiter vorkommt, waren sie ohne Zweifel mit dem daselbst erwähnten im niedern Rieth durch Hemmung der Ueberströmungen angelegten Vorwerke Kaldenhusen benachbart; und auch dieses lag nach Leuckfeld's Bemerkungen an der Südseite der Helme." Und an einer andern Stelle S. 912 Anmerk. 61: „Vielleicht ist Kaldenhusen, dessen seitdem nicht weiter erwähnt wird und von welchem sich keine Spur mehr findet, mit dieser neuesten Anlage (der Numburg) des Klosters zusammengeschmolzen."

Stübner in seinen Denkwürdigkeiten des Fürstenthums Blankenburg und des Stiftsamts Walkenried sagt S. 521: „Kaiser Friedrich I. schenkte dem Kloster in diesem Jahre (1188) eine Kurie mit zwei Hufen Acker zu Kaltenhausen bei Heringen."

Diese Ansichten über die Lage Caldenhusens erschienen mir aus mancherlei Gründen als unwahrscheinlich. Seit langer Zeit damit beschäftigt, Materialien zur Geschichte des Stolbergschen Grafenhauses zu sammeln, hatte ich schon vor Jahren die emsigsten Nachforschungen nach der Lage dieses Klosterhofs angestellt, hatte alle Flurbücher und Flurläufer der zwischen Kelbra und Heringen gelegenen Dorfschaften, alte Grenzzüge und Lehnbriefe, auch die Ackerverzeichnisse der in der dortigen Gegend gelegenen Güter und Höfe durchforscht, aber keine Spur des Hofes Caldenhusen gefunden, während sich daraus doch alle übrigen in dieser Gegend des Rieths gelegenen eingegangenen Dörfer und Höfe ihrer Lage nach nachweisen lassen.

Schon dieser Erfolg meiner Nachforschungen ließ mir die Vermuthungen der oben erwähnten Schriftsteller als irrig erscheinen. Dazu kam die ausdrückliche Bezeichnung Caldenhusens als in arundineto inferiori gelegen. Mit diesem Ausdrucke konnte freilich auch eine kleinere Parzelle des Rieths in irgend einer Dorfflur bezeichnet werden, wie solche einzelne Stücke des Rieths vielfach in den Walkenrieder Urkunden vorkommen z. B. № 8: quaedam paludosa loca juxta villam Gersbeche; № 11: quandam decimationem in palude et in loco, qui dicitur Oh; № 13: paludem quandam in Heringen; № 68: mansi in arundineto

prope Rotenburc jacentes; № 291: octo mansi in villa Langenrieth; № 562: mansi in longo Carecto siti; № 599: septem quartalia sita in Carecto et Palude inter allodium Numburg et oppidum Kelbera u. ſ. w.

Auch heutiges Tages giebt es noch in den Fluren der an der Helme gelegenen Dörfer viele einzelne Riethe mit eignem Namen, z. B. in Roßla einen Riethgraben, einen Riethgarten, ein fernſtes Rieth, ein Gänſerieth, ein oberes Rieth; in Kelbra: ein lindiſches Rieth, ein ramdiſches Rieth, ein Kuhrieth, ein ſpitziges Rieth, ein Oeſterrieth u. ſ. w. War nun das arundinetum inferius der Urkunde № 71, in welchem die area Caldenhuſen gelegen geweſen, die Bezeichnung eines ſolchen Localriethes oder einer Riethparzelle, ſo hatte ich durch meine oben erwähnten Nachforſchungen wenigſtens die Ueberzeugung gewonnen, daß es nicht zwiſchen Kelbra und Heringen zu ſuchen ſei. Aber arundinetum inferius kann auch in weiterer Bedeutung genommen werden.

Mit den Wörtern arundinetum, rieth, palus oder carectum wird nämlich ein ganzer Landesſtrich bezeichnet (wie in der Urkunde № 67: bona quaedam in terminis, qui Rieth nuncupatur), und zwar die ganze Niederung auf beiden Seiten der Helme von Nordhauſen und Heringen abwärts bis Alſtedt und Artern; und denkt man ſich dieſes ganze Rieth in ein oberes und unteres Rieth getheilt, ſo möchte zu jenem die Helmeniederung von Heringen abwärts bis Kelbra oder Brücken (wie in Urkunde № 543: in villa, quae Carectum ex vulgato nomine nuncupatur in terminis Doringiae inter civitatem Nordhausen et castrum Rothenburg situata), zu dieſem aber die Helmeniederung von Brücken bis Alſtedt und Artern zu rechnen ſein.

Heutiges Tages gilt die Bezeichnung „Rieth“ ſchlechtweg und ohne nähern Zuſatz nicht mehr für die ganze Helmeniederung, ſondern nun für den untern Theil des Riethes zwiſchen Brücken, Alſtedt und Artern. Die in dieſem Raume gelegenen Dörfer, heißen heute noch die Riethdörfer, die Bewohner derſelben Riethbauern und die ganze Gegend ſchlechtweg das Rieth, während die Niederung zwiſchen Brücken und

ringen in viele einzelne Localriethe zerfällt, ohne unter dem allgemeinen Namen des Rieths zusammengefaßt zu werden.

Bedeutet demnach arundinetum inferius den untern Theil des ganzen Rieths, so dürfte die area Caldenhusen natürlich nicht in dem obern Theile des Rieths nach Heringen z. sondern mußte nach Alstedt und Artern zu gesucht werden.

Für diese umfassendere Bedeutung der Bezeichnung arundinetum inferius spricht aber Vieles in der Urkunde Kaisers Otto unter № 71. Offenbar lassen solche großartige Entwässerungsanstalten, wie in der Urkunde erwähnt werden (ex aquarum inundatione valida revocavit ad habitationem hominum et culturam agrorum), bei deren Ausführung es sich um den Nutzen des Reichs handelte (de imperii utilitate sollicitus), zu deren Anlage sachkundige Fremde herbeigezogen worden (per quendam fratrem de Walkenrieth Jordanem nomine), für deren technische Leitung (ob gratiam impensi laboris) dem Kloster Walkenried ein nicht unbedeutender Grundbesitz daselbst geschenkt wird, nicht auf Entwässerung eines Localriethes, eines Riethstücks in irgend einer Dorfflur, die ohnehin ohne weitergreifende Anlagen kaum ausführbar gewesen wäre, sondern auf eine Gegend, einen Landstrich, einen größern Theil des ganzen Rieths schließen, wenn nicht die Erwähnung dieser Anlagen in der angegebenen Weise in einer kaiserlichen Urkunde, und die dadurch erzielten Erfolge als große Uebertreibung erscheinen sollen.

Außerdem muß diejenige Strecke des Rieths, in der diese Entwässerungsanstalten ausgeführt worden, zu Kaisers Friedrich I. Zeiten noch zum unmittelbaren Reichsgut gehört haben.

In dem ganzen oben bezeichneten Landstrich, der mit arundinetum bezeichnet wird, finden wir aber nur zwei Stellen, wo ein größerer Complex von Grundstücken zum unmittelbaren Reichsgut gehörte, in der Umgebung von Nordhausen und der von Alstedt. Die übrigen Theile des Rieths waren damals aus dem unmittelbaren Besitz des Reichsfiscus in den mittelbaren des Landgrafen von Thüringen (um Heringen) oder der Erzbischöfe von Mainz (um Kelbra) übergegangen. Der Theil des arundineti in der Umgegend von Nordhausen konnte aber

am allerwenigſten mit dem Ausdrucke arundinetum inferius bezeichnet werden, weil er ja am meiſten nach oben lag. Es bleibt alſo nur die Gegend von Alſtedt, welche ihrer Lage nach mit Recht arundinetum inferius genannt werden konnte.

Endlich erſchien es mir auch mehr als gewagt, Caldenhuſen, wie Stübner gethan, im Hochdeutſchen durch Kaltenhauſen wiederzugeben, denn ſonſt hätte es wohl früher Koldenhuſen heißen müſſen. Vielmehr ſcheinen mir die beiden Sylben „Kalden“ darauf hinzudeuten, daß dieſer Ort gleichwie Caldenborn von dem in und um Sangerhauſen, Alſtedt und Artern reich begütert geweſenen, uralten Adelsgeſchlechte, die „Kalden“ oder „Kahlden“ genannt, die ſich häufig von ihrem Grundbeſitz in Sangerhauſen „von Sangerhauſen“ ſchreiben (cf. Urkunde № 282, 664.), abzuleiten ſein möchte.

Die hier ausgeſprochenen Vermuthungen über die Lage Kaldenhuſens und des arundineti inferioris finden nun in den den Walkenrieder Urkunden als Nachtrag angehängten Urkunden-Regeſten № 73. und 136. ihre volle Beſtätigung. In der erſtern vom 1. Mai 1287 bezeugt nämlich Gieſeler, Abt von Campen, daß der Abt von Sichem für 15 Mark reines Silbers, ſo er von dem Kloſter Walkenried empfangen, eingewilligt habe, daß für die von ihm noch vor dem Pfingſtfeſt abzubrechende Mühle in Hanſeshove Niemand von dem Kloſterhofe „Cordeshove“ abwärts bis Kaldenhuſen eine Mühle, auch kein anderes Gebäude auf der Stätte der zerſtörten Mühle bauen ſolle.

Die grangia Cordeshove muß alſo wohl mit Caldenhuſen an demſelben Waſſer gelegen haben. Cordeshove, ohne Zweifel das heutige Curtgehöven, liegt aber gleich unter Alſtedt an einem Waſſer, das Rönne oder Röhne genannt wird, hinter Alſtedt beginnt und in der Gegend von Heigendorf in die Helme fällt.

Noch deutlicher über die Lage Caldenhuſens ſpricht ſich die Urkunden-Regeſte unter № 136. aus. Burchard und Gebhard Grafen zu Mansfeld bezeugen darin unter dem 19. November 1332 einen Vergleich zwiſchen dem Kloſter Walkenried und den bäuerlichen Wirthen (villanis) von

herendorp und Schapestorp hinsichtlich des Wasserlaufs der Mühle in Kaldenhusen, „Flotrenne“ genannt. Flotrenne ist überlich Flußgerinne, der behufs der Mühle künstlich gemachte Graben. Aus dem Worte Renne ist dann der heutige Name dieses Wassers „Rönne“ oder „Röhne“ geworden. Schapestorp, das heutige Schafsdorf, liegt unterhalb Mönch-Püssels auf der linken Seite der Röhne, auf der rechten aber liegt Heigendorf, was wahrscheinlich mit dem Herendorp der Regeste identisch ist.

Hiernach kann es also wohl nicht mehr zweifelhaft sein, daß Caldenhusen unterhalb Alstedt, entweder an einem Arme der Helme oder an der Röhne in der Nähe der grangia Pesselde gelegen gewesen ist. Letzterer Umstand läßt es erklären, warum der Name Caldenhusen so frühzeitig verschwindet; denn aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser Hof zu der grangia Pesselde geschlagen und hörte damit auf, einen eigenen Namen zu führen und ein selbständiges Ganze zu bilden.

Nachdem so die Lage Caldenhusens über allen Zweifel festgestellt ist, fallen damit auch alle Angaben verschiedener Schriftsteller, welche die Entwässerungsanlagen des Mönchs Jordan in die Gegend zwischen Görsbach und Heringen um die Grangien Beringen und Berbisleben verlegen, über den Haufen.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Walkenrieder Mönche in solcher Weise auch in dieser Gegend ihre nützliche Thätigkeit entfaltet haben; die Spuren davon sieht man ja noch heute; aber die in der Urkunde № 71. erwähnten Anlagen, und in keiner andern wird solcher Erwähnung gethan, müssen in die Gegend unterhalb Alstedt verlegt werden.

Die schon angeführten Urkunden-Regesten sub № 73. und 136. geben auch über deren Beschaffenheit und Ausdehnung einigen Aufschluß. Sowohl das von den Bergen über Alstedt wild und ungezügelt herabfließende Gewässer als die hier eine starke Krümmung machende Helme verbreiteten sich früher über die Niederung, und da sie des Abflusses entbehrte, versumpfte die Gegend und wurde zur Wohnung der Menschen und zur Betreibung des Ackerbaues unbrauchbar. Der Mönch

Jordan zog nun einen tiefen Wassergraben, den wir ohne Zweifel in dem fluxu aquae vel instrumento „flotrenne“ dicto der Regeste №. 136. (flotrenne doch wohl nichts anderes als Fluthgerinne) wieder erkennen, und von dem aller Wahrscheinlichkeit nach der jetzige Name Rönne oder Röhne abgeleitet werden muß. In diesem Graben sammelte der Mönch Jordan eine solche Wassermasse, daß die Fluth derselben mehrere Mühlen (molendinum in Hanseshove Reg. 73., molendinum in Caldenhusen Reg. 136.) treiben konnte.

Noch jetzt existirt dieser Graben; daß es ein künstlich gemachter ist, zeigt schon seine schnurgerade Richtung; auch der Ausdruck instrumentum der Regeste №. 136. spricht dafür.

Zur Abführung des zum Betriebe der Mühlen überflüssigen Wassers wurde dann noch oberhalb der Mühlen ein Abzugsgraben nach der Helme gemacht, der heut zu Tage die wilde Röhne heißt.

Noch muß ich hier auf einen merkwürdigen Irrthum des sonst so vorsichtigen Herrn v. Wersebe (über die niederländischen Colonien S. 908) hinsichtlich der in der Urkunde №. 71. von Kaiser Friedrich I. dem Kloster Walkenried geschenkten septem mansi bei Caldenhusen aufmerksam machen. Er hält sie nämlich für identisch mit den in der Urkunde №. 68. von dem Erzbischof Siegfried von Mainz dem Kloster überlassenen „octo mansi Hollandenses prope Rothenburc jacentes“. Er sagt nämlich S. 908, wo er von den septem mansi der Urkunde 71. spricht: „Ich zweifle demnach nicht daran, daß diese Hufen gerade die von dem Erzbischof Siegfried (№. 68.) dem Kloster Walkenried übertragenen acht Holländer Hufen sind. Daß deren vom Kaiser nur sieben benannt werden, giebt dagegen keinen erheblichen Einwurf ab. Diese sieben waren schon zu Kaisers Friedrich I. Zeiten völlig cultivirt; seitdem kann noch eine achte urbar gemacht, aber eine andere Hufen-Eintheilung geschehen sein. Vielleicht war auch die achte Hufe (wie das bei den Colonisten nicht ungewöhnlich war) von Zins und Zehnten frei und wurde deshalb in der kaiserlichen Urkunde nicht mit erwähnt,

weil vermittelst dieser dem Kloster Walkenried eigentlich nur der Zins, der bis dahin dem Kaiser reservirt gewesen war, zugewandt werden sollte."

Nach Obigem bedarf es wohl keiner weitern Ausführung, wie irrig diese Annahme ist, die auch Hesse in seiner Geschichte der Rothenburg (S. 30) theilt und die nur bei der unthümlichen Bestimmung der Ortslage Caldenhusens, in der beide verdiente Schriftsteller befangen sind, erklärlich ist. Denn die octo mansi Hollandenses der Urkunde № 68. lagen bei Kelbra und jene septem mansi der Urkunde 71. lagen in harundineto inferiori zwischen Alstedt und Artern in der Gegend von Mönchpfiffel.

Bevor ich in der Beleuchtung der Walkenrieder Urkunden, die grangia Caldenhusen betreffend, fortfahre, sei es mir erlaubt, noch einen andern Umstand zur Sprache zu bringen. Die Urkunde Otto's IV. (№ 71.) setzt nämlich eine schon früher vom Kaiser Friedrich I. ausgestellte Urkunde über die ursprüngliche Schenkung Caldenhusens an das Kloster voraus. In der Sammlung der Walkenrieder Urkunden wird sie aber vergebens gesucht, woraus zu schließen ist, daß sie nicht mehr vorhanden. Nun möchte man anzunehmen geneigt sein, daß sie zu denjenigen Urkunden gehört habe, die nach den in der Einleitung zu der Urkundensammlung Heft 1. S. 22 in drei Kisten verpackt von dem Abte Holtegel in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nach Göttingen gesandt und von denen, als sie von dort 1571 wieder abgeholt sind, mehrere Hundert von den im Dringenbergschen Verzeichnisse aufgeführten gefehlt haben; oder zu denjenigen, die bei einem im Archiv zu Rudolstadt ausgebrochenen Brande (Einleitung S. 22) verbrannt sind. Aber dem kann doch nicht so sein: sie muß vielmehr schon früher für das Kloster verloren gegangen sein, denn sonst würde sie in dem Dringenbergschen Verzeichnisse der Kloster-Urkunden im Auszuge aufgeführt sein. Daß sie das aber nicht ist, schließe ich aus dem Umstande, daß die Herren Herausgeber dieser Sammlung diesen Auszug nicht in dem derselben angehängten Nachtrage von Urkunden-Regesten aufgenommen haben, was sie doch unfehlbar der Wichtigkeit

der Urkunde wegen gethan haben würden. Aus demſelben Grunde ſchließe ich, daß ſie auch in dem in der Einleitung erwähnten, bis 1333 reichenden, freilich nicht ganz vollſtändigen Copialbuche des Stifts, ſo wie in dem auf der Königlichen Bibliothek zu Hannover befindlichen Diplomatarium von Walkenried nicht vorhanden iſt. Auch in dem im Rudolſtädtſchen Archiv befindlichen, aus 7 Foliobänden beſtehenden Copialbuche des Stifts, iſt ſie nach Verſicherung des G. A. Heſſe (Geſchichte der Rothenburg S. 30 Note 21.) nicht vorhanden.

Eckſtorm erwähnt ihrer zwar S. 56 ſeines oben angeführten Werks und führt an, daß ſie 1188 zu Marburg ausgeſtellt ſei. Aber aus der Art, wie er ihrer erwähnt, iſt erſichtlich, daß er ſie nicht gekannt hat; denn er vermiſcht den Inhalt derſelben mit dem Inhalte der Urkunde № 16, würfelt überhaupt die drei verſchiedenen Schenkungen Friedrichs I. über Caldenhuſen, über eine halbe Hufe bei Urbach und über die Holzparzelle Bogenthal in eine Urkunde zuſammen. Wir werden überhaupt noch ſpäter ſehen, wie wenig zuverläſſig Eckſtorm in ſeinen Mittheilungen über den Inhalt der Kloſter-Urkunden iſt.

Nach Allem ſcheint mir, wie ich ſchon oben angedeutet habe, daß dieſe Urkunde ſehr frühzeitig aus dem Beſitz des Kloſters Walkenried gekommen iſt. Iſt eine Vermuthung geſtattet, ſo möchte ich anzunehmen geneigt ſein, daß die Friedrichſche Urkunde dem Kaiſer Otto IV. bei Erlaß der Urkunde 71. vorgelegen hat; denn er citirt darin weitläufig den Inhalt derſelben. Möglich, daß ſie von ihm oder ſeinem Canzler dem Stifte nicht zurückgegeben, oder auf der Rückreiſe von Italien verloren gegangen iſt. Iſt ſie im Jahre 1188 ausgeſtellt geweſen, ſo muß ſie nach dem 1. September ausgeſtellt worden ſein. Denn vom 1. September 1188 findet ſich in der Sammlung der Urkunden eine, in welcher Friedrich I. das Kloſter Walkenried in ſeinen Schutz nimmt und deſſen Rechte und Beſitzungen beſtätigt. Da aber unter dieſen Beſitzungen Caldenhuſen noch nicht erwähnt wird, ſo muß wohl angenommen werden, daß die Schenkung Caldenhuſens am 1. September 1188 noch nicht geſchehen war.

Ich komme nun in der Beleuchtung der auf Caldenhuſen bezüglichen Walkenrieder Urkunden auf die unter № 77. enthaltene, um ſpäter nochmals zu der Urkunde Kaiſers Otto IV. (№ 71.) zurückzukommen. Des beſſern Verſtändniſſes wegen möge hier der Inhalt dieſer Urkunde umſtändlicher folgen. In derſelben bezeugt Graf Friedrich von Rothenburg im Jahre 1210, daß ihm der Abt von Walkenried 20 Mark eingehändigt habe, um ſolche dem Grafen Heinrich zu Stolberg unter der Bedingung zu übergeben, daß Letzterer auf alle Gerechtſame über den Kloſterhof Kaldenhuſen an Frohnfuhren (in vecturis), an verſchiedenen Abgaben (in exactionibus diversis) und Dienſten (in servitiis), überhaupt auf alle Leiſtungen, die ihm die Anbauer im Rieth hergebrachtermaßen ſchuldeten, zu Gunſten des Kloſters verzichte. Auch verſpricht der gedachte Graf Friedrich, das Kloſter Walkenried, ſo lange er lebe, wegen dieſer 20 Mark ſchadlos zu halten. Zugleich habe er ſich verpflichtet, daß, wenn der Kaiſer jene Güter zurückkaufe oder mit Gewalt zurücknehme, oder ſonſt auf irgend eine Weiſe ſich aneigne, er innerhalb der nächſten 6 Wochen das empfangene Geld dem Kloſter Walkenried zurückerſtatten wolle; wenn aber der Kaiſer und der Graf Heinrich zu Stolberg vorher verſterben würden (ehe nämlich dieſes Geſchäft zur Ausführung gekommen), er verſprochenermaßen das Kloſter ſchadlos halten wolle. Wenn aber ihn ſelbſt der Tod vorher hinraffe, ſo übernähmen Graf Albrecht von Klettenberg, Graf Heinrich zu Stolberg und einige Andere die Verpflichtung, dem Kloſter Walkenried innerhalb der nächſten 6 Wochen ohne allen Verzug und Widerrede das empfangene Geld zurückzuerſtatten. Und da der Kloſterhof dem Grafen Heinrich zu Stolberg außerdem 5 ſertones jährlich zu zahlen habe, ſo ſolle ſo viel von dem Gelde weniger gezahlt werden, als das Kloſter von dem jährlichen Zinſe innebehalten habe, und daß der gedachte Graf in keiner andern Weiſe, als hier bemerkt ſei, das Geld zurückzuerſtatten ſich verpflichte, noch die Walkenrieder Brüderſchaft ſolches zurückzufordern ermächtigt ſein ſolle.

Der vorſtehende Inhalt dieſer in der Sammlung der Walkenrieder Urkunden, ſo viel mir bekannt, zum erſten Male

mitgetheilten Urkunde, ist von Eckstorm (S.82) und allen denen, die ihn als Quelle gebraucht haben, ganz falsch folgendermaßen angegeben:

„Fridericus comes de Rotenburg dedit monasterio servitia et onera omnia bonorum in Kaldenhusen 20 marcis redimenda, anno Christi 1210.“

Man sieht, daß er den Inhalt dieser Urkunde nur nach einem unvollständigen Auszuge gekannt und ganz irrig wiedergegeben hat. Der Graf Friedrich von Rothenburg macht nur den Vermittler bei diesem beabsichtigten Geschäft und Graf Heinrich zu Stolberg ist's, der verzichten soll.

Kaiser Otto hatte offenbar in dem oben besprochenen, der frühern Schenkung Kaisers Friedrich I. hinzugefügten Verzicht auf den von diesem vorbehaltenen Zins (Urkunde 71.) über etwas verfügt, was durch frühere Kaiser bereits in der Person des Grafen Heinrich zu Stolberg einen andern Besitzer und Eigenthümer erhalten hatte. Wie aber kamen die Grafen zu Stolberg zu diesen mancherlei Berechtigungen über Caldenhusen und das untere Rieth, also in einer Gegend, die von der Grafschaft, nach der sie den Namen tragen, ziemlich entfernt lag? Diplomatische Gewißheit darüber beizubringen bin ich freilich außer Stande; aber Vermuthungen kann ich aussprechen.

Aus anderen Urkunden ist bekannt, daß die Grafen zu Stolberg in der Riethgegend der Unstrut und Helme uralte Besitzungen hatten. So schenkten Graf Heinrich und Graf Ludwig zu Stolberg im Jahre 1322 (cf. Schamelii, histor. Beschreibung von dem berühmten Nonnenkloster zu Roßleben S. 65 u. 66) dem Kloster Roßleben das jetzt unbekannte, sicherlich aber in der Nähe des Klosters gelegene Dorf Goswinsrode (villam dictam Goswinsrode cum omnibus attinentiis in pascuis, in piscationibus, in jurisdictione intus et extra, in venatione, in jure feudali, cum agris cultis et incultis, cum lignis, et montem vulgo dictum Memesberg et campum dictum Bussenroth cum agris lignorum, qui adjacent praedicto monti et praedicto campo Bussenroth, qui se extendunt in longitudine ad agrum

vulgo dictum Nuwelende et in latitudine ad vallem dicti montis et campi, nihil excipiendo), von dem ſie ausdrücklich ſagen, daß es ihr uralter Beſitz ſei (prout ab antiquo habuimus).

Aus der Urkunde 71. erhellt aber, daß zu Friedrichs I. Zeit das arundinetum inferius und das darin gelegene Caldenhuſen noch zum Reichsfiscus gehörte.

Wenn nun die Grafen zu Stolberg ſpäter, und zwar vor 1209, im Beſitz dieſer Oertlichkeit gefunden werden, können ſie dieſelbe nur in der Zwiſchenzeit zwiſchen Friedrichs I. und Otto's IV. Schenkung an das Kloſter Walkenried erworben haben.

Geht nun der uralte Stolbergſche Beſitz in dieſer Gegend, zu dem das Dorf Goswinsrode gehört, über die Zeit Friedrichs I. hinaus, ſo erhellt daraus, daß das arundinetum inferius kein Theil des uralt Stolbergſchen Beſitzthums in dieſer Gegend, ſondern erſt ſpäter, und zwar in der Zwiſchenzeit zwiſchen Friedrich I. und Otto IV., erworben ſein mußte. Die Walkenrieder Urkunden geben vielleicht einen Wink, dieſe Frage zu löſen. Es erhellt nämlich aus denſelben, daß damals die Grafen zu Stolberg auch die in der Gegend von Alſtedt belegene Herrſchaft Voigtſtedt (Vockstedeu) beſaßen. Von des in der Urkunde 77. erwähnten Grafen Heinrich zu Stolberg Söhnen wiſſen wir ſolches aus den Walkenrieder Urkunden mit völliger Gewißheit. Denn der zweitgeborne Sohn jenes Grafen Heinrich, Graf Friedrich zu Stolberg, nennt ſich abwechſelnd Graf zu Stolberg (Urkunde 372, 373, 387, 392, 394, 426.) und Graf von Vocſtède (Urkunde 467, 468.) und daß dieſer Graf Friedrich von Vocſtede Niemand anders als der Graf Friedrich zu Stolberg iſt, ergiebt ſich deutlich aus den Urkunden-Regeſten unter №. 39. u. 40, in denen es wörtlich heißt: Henricus de Stalberch et Fredericus de Voxstede, fratres, comites etc.

Es iſt auch wahrſcheinlich, daß dieſes Grafen Friedrich de Vockstede Vater, der in der Urkunde №. 77. erwähnte Graf Heinrich zu Stolberg, ſchon die Herrſchaft Voigtſtedt beſeſſen hat, wenn anders meine Vermuthung eintrifft, daß der Heinricus de Vocksteden, der 1205 im Gefolge Königs

Philipp vor Weißenſee war und dort als Zeuge die von Erſterem ausgeſtellte Urkunde sub №. 53. unterſchrieb, kein Anderer geweſen, als der in der Urkunde №. 77. genannte Graf Heinrich zu Stolberg. Zwar führt er hierbei den Grafentitel nicht; aber daß dieſer Heinricus de Vocksteden nicht zum niedern Adel zu rechnen, ergiebt ſich ſchon aus dem Umſtande, daß er unter den Zeugen unmittelbar nach dem Grafen von Kefernburg und vor dem, dem Dynaſtenſtande und hohen Adel angehörigen Heinrich von Heldrungen aufgeführt ſteht.

Außerdem iſt kein Dynaſtengeſchlecht, das den Namen nach der Herrſchaft Voigtſtedt geführt, bekannt. Nun liegt wohl die Annahme nahe, daß die Grafen zu Stolberg zugleich mit der Herrſchaft Voigtſtedt die Gerechtſame über das derſelben nahe gelegene arundinetum inferius und die grangia Caldenhusen, in deren Beſitze wir ſie in der Urkunde №. 77. finden, erworben haben. Iſt dieſes, ſo müſſen die Grafen die Herrſchaft Voigtſtedt, wie ſchon oben geſagt, nach der Schenkung Friedrichs I., denn damals war das arundinetum inferius noch unmittelbares Reichseigenthum, aber lange vor 1209, dem Datum der Ottoniſchen Schenkung (№. 71.) erworben haben; denn in der Urkunde 77. wird der Zins der Coloniſten im untern Rieth an den Grafen Heinrich als ein hergebrachter ausgegeben (omnique jure, quod coloni paludis ei [comiti Heinrico de Stalbergh] consueverunt exhibere).

Auch ſehen wir aus der Urkunde 77, daß Graf Heinrich zu Stolberg nicht die in №. 71. erwähnte Schenkung Friedrichs I. im untern Rieth an Walkenried anfocht, Beweis genug, daß Kaiſer Friedrich noch darüber hatte verfügen können, wohl aber den Verzicht Otto's IV. auf den vom Kaiſer Friedrich vorbehaltenen Zins, und das ſpricht dafür, daß dieſer inmittelſt von dem Grafen zu Stolberg erworben war.

Bevor ich in der Beleuchtung der Urkunde №. 77. fortfahre, will ich gleich hier darauf aufmerkſam machen, daß die Gegend, in der Caldenhuſen gelegen, in dieſer und in andern, ſpäter noch zu erwähnenden Urkunden (№. 122, 180.) ab-

weichend von den Urkunden 70. und 71. nicht arundinetum inferius, ſondern palus genannt wird. Palus iſt oft gleichbedeutend mit arundinetum.

Da aber arundinetum inferius nur einen Theil des Rieths bezeichnet, ſo könnte es ſein, daß der Ausdruck in den Urkunden 70. und 71. genauer und beſtimmter iſt, als der in der Urkunde 77, wie es genauer geſprochen iſt, zu ſagen: Caldenhuſen im untern Rieth, als im Rieth.

Aber da jene Bezeichnung arundinetum inferius nur in den Ottoniſchen Urkunden, die fern von Deutſchlands Grenzen ausgeſtellt und von Männern verfaßt waren, die der Gegend nicht ganz kundig zu ſein brauchten, der Ausdruck palus aber in den Urkunden gebraucht wird, die von Localkundigen und in der Nähe Wohnenden ausgeſtellt ſind, ſo dürfte die Annahme mehr für ſich haben, daß palus an dieſer Stelle vielleicht eine noch ſpeciellere Bezeichnung der Gegend, in der Caldenhuſen lag, etwa für eine Unterabtheilung des arundineti inferioris enthält. Für dieſe Annahme dürfte der Umſtand ſprechen, daß die ſämmtlichen coloni in demjenigen Diſtricte, der hier palus genannt wird, dem Grafen Heinrich zu Stolberg zinsbar waren, während ein Gleiches von dem arundinetum inferius, wenigſtens wenn dieſes einen größern Theil des ganzen Rieths bezeichnen ſollte, ſchwerlich behauptet werden kann. Hierbei will ich noch darauf aufmerkſam machen, daß derjenige Theil des Rieths, welcher landgräflich Thüringiſches Lehn war, in der Urkunde № 240. carectum Landgrafii, der, über welchen dem Erzbiſchof von Mainz die Lehnshoheit zuſtand, Biſchofsrieth (Urkunde 65.) genannt worden. Nun liegt die Annahme nahe, daß auch derjenige Theil des Rieths, der zu Friedrichs I. Zeiten noch zum unmittelbaren Reichsgut gehörte, Königsrieth genannt ſei. Dieſe Vermuthung findet ſich beſtätigt in einer Urkunde, die in den Script. rerum Germanicarum ed. Schöttgen et Kreissig T. II. p. 740 aufbewahrt iſt, in welcher derſelbe Graf Heinrich zu Stolberg dem Kloſter Caldenborn den Zins von einer und einer halben Hufe in palude regis ſchenkt:

»Henricus Dei gratia Comes in Stolberg cunctis Christi fidelibus etc. Notum esse volumus omnibus, presentem paginam inspicere volentibus, quod nos in remissionem peccaminum nostrorum ecclesie in Caldenborn sex solidos de manso et dimidio in palude Regis singulis annis persolvendos assignavimus et licentiam edificandi molendinum apud eosdem mansos cum bona voluntate et sine contradictione prestitimus« etc.

Der Umstand, daß der in dieser Urkunde erwähnte palus Regis und der in der Urkunde 77. erwähnte palus in der Person des Grafen Heinrich zu Stolberg einen und denselben Zinsherrn haben, daß auch der Zins gleichförmig ist, nämlich 4 Schillinge vom mansus, läßt vermuthen, daß mit beiden Bezeichnungen eine und dieselbe Gegend des Rieths gemeint ist. Auch die in dieser Caldenborner Urkunde bewilligte Erlaubniß zur Anlage einer Mühle erinnert unwillkürlich an die Worte der Urkunde № 71: Aliam etiam contulit aream ad molendinum construendum, reservato sibi privilegio, ut penes decursum aquae illius nisi de licentia imperii nemo praesumeret molam construere. Diese Erlaubniß konnte der Graf Heinrich zu Stolberg, nachdem des Reichs Gerechtsame über den palus von ihm erworben, dem Kloster Caldenborn ertheilen.

Kehren wir nun zu der Urkunde 77. zurück. Wir haben gesehen, daß der Graf Heinrich zu Stolberg die zu Friedrichs I. Zeiten noch zum Reichsgut gehörigen Gerechtsame über Caldenhusen und Umgegend auf irgend eine Weise vor dem Jahre 1209 erworben haben müsse. Diese Gerechtsame bestanden nach Urkunde 77: in vecturis, in exactionibus diversis et servitiis. Von Caldenhusen wird darin noch besonders angeführt, daß es dem Grafen überdem jährlich quinque fertones zinse. In der Urkunde 122. wird auch der von Friedrich I. dem Reiche ausdrücklich vorbehaltene Zins der 28 solidi als Eigenthum des Grafen Heinrich zu Stolberg erwähnt, ferner die Hoheit über den gedachten Klosterhof und die in palude gelegenen Güter (potestas in ipsa curia vel quibus-

libet bonis in palude), welche ſpäter durch jurisdictio näher erläutert wird. Urkunde 323. fügt dieſen Gerechtſamen auch noch das Zehntrecht über Caldenhuſen hinzu (decimam in Caldenhusen).

Mögen die Grafen nun dieſe Gerechtſame zugleich mit der Herrſchaft Voigtſtedt oder als einen beſondern Beſitz erworben haben, ſo viel erhellt, daß ſie dieſe Erwerbung auf eine Weiſe gemacht haben mußten, daß der Kaiſer Otto ſich für befugt halten konnte, ſie nicht anzuerkennen, ſondern zu ignoriren. Denn ohne den Anſpruch des Grafen Heinrich an den Zins der 28 solidi zu beachten, verſchenkt er ſolchen, wie wir oben geſehen, an das Stift Walkenried. Das läßt auf Umſtände ſchließen, über die vielleicht folgender Paſſus der Urkunde 77: „Compromissum est etiam, ut, si dominus imperator (Otto IV.) bona eadem redemerit, vel violenter abstulerit, seu quoquomodo receperit“, einen Fingerzeig giebt. Was für Beſitzungen können hier unter „bona eadem“ zu verſtehen ſein, die der Herr der Kaiſer zurückkaufen oder gewaltſam ſich aneignen oder ſonſt in irgend einer Weiſe zurücknehmen könnte? Doch nicht die Curie Caldenhuſen und die dazu gehörigen Hufen? Dieſe waren ja den Walkenriedern vom Kaiſer Otto erſt ein Jahr vorher feierlich beſtätigt und ſogar mit dem Zinſe der 28 solidi vermehrt.

Es iſt gar kein Grund denkbar, warum Kaiſer Otto dem Kloſter Walkenried, dem er immer hold und gewogen blieb (cf. Urkunde № 85.), in deſſen Brüderſchaft er ſich erſt ein Jahr zuvor hatte aufnehmen laſſen, die verliehenen Güter bei Caldenhuſen wieder hätte mit Gewalt entziehen ſollen. Sollte ſich das Kloſter Walkenried Otto's Zorn durch Hinneigung zu ſeinem glücklichen Gegner Friedrich II. zugezogen haben, ſo kann doch nicht im Jahre 1210 die Rede davon ſein. Und wie paßt der Ausdruck „redemerit“ zu dieſen Kloſtergütern? Weder Friedrich I. noch er hatten ja dem Kloſter dieſen Hof verkauft, ſondern geſchenkt. Wie konnte alſo von einem Rückkauf die Rede ſein? Man ſieht, daß dieſe Worte nur dann einen richtigen Sinn geben, wenn unter bona eadem nicht der Kloſterhof Caldenhuſen, überhaupt nicht Beſitzungen

der Walkenrieder Mönche im untern Rieth, ſondern diejenigen Güter des Grafen Heinrich zu Stolberg verſtanden werden müſſen, als deren Beſitzer er eben jenen Zins und andere Leiſtungen von dem früher dem Reich unmittelbar unterworfen geweſenen arundinetum inferius und ſeinen Anbauern zu fordern hatte. Er muß ſolche von einem der früheren Fürſten aus dem Hohenſtaufenſchen Hauſe erkauft haben; er kann ſie aber weder von Friedrich I. noch von Heinrich VI. erkauft haben; denn ihnen als rechtmäßigen Kaiſern konnte Otto IV. um ſo weniger das Recht und die Befugniß, rechtsbeſtändig Reichsgut zu verkaufen oder zu verſchenken, abſprechen, als er ſolche für ſich ſelbſt in Anſpruch nahm. Und doch glaubt er ſich berechtigt, darüber anderweit verfügen zu können. Graf Heinrich muß ſie alſo wohl unter Umſtänden erworben haben, die eine gewaltſame Rücknahme Seitens Kaiſers Otto IV. in Ausſicht ſtellten. Das führt von ſelbſt auf die Vermuthung, daß er ſie wahrſcheinlich während des Kampfes Philipps von Schwaben und Otto's um den deutſchen Kaiſerthron, als Anhänger der Hohenſtaufen und Gegner Otto's vom König Philipp unmittelbar, oder vielleicht, worauf Urkunde №. 122. hindeuten könnte, vom Landgrafen Hermann von Thüringen, der ſelbſt ſie von Philipp als Preis für ſeinen Abfall von Otto erhalten, als Afterlehn erworben.

Beſtätigt wird dieſe Annahme dadurch, daß dieſer Graf Heinrich als ein Anhänger des Hohenſtaufen benannt iſt. Auch die Walkenrieder Urkunden deuten darauf hin. Wir finden ihn, wie wir oben geſehen, vermuthlich unter dem Namen Heinricus de Vocksteden 1205 in Philipps Kriegslager bei Weißenſee; ſpäter (Urkunde 103. und 104.) bei Friedrich II., aber niemals bei Otto IV. Heſſe in ſeiner Geſchichte der Rothenburg S. 37 Note 44 führt freilich aus des Nicolaus von Syghen Thüringiſcher Geſchichte an, daß außer dem Grafen Friedrich von Beichlingen auch einer der Grafen zu Stailberg als Anhänger Otto's IV. vom Landgrafen Hermann vor Weißenſee gefangen worden ſei. Daß dieſes aber nicht unſer Graf Heinrich, ſondern ein gleichzeitig mit ihm vorkommender Graf Ludwig zu Stolberg, über deſſen

Verwandtſchaftsgrad zu unſerm Grafen Heinrich noch nichts urkundlich feſtſteht, geweſen iſt, führen ſchon Zeitfuchs in ſeiner Stollbergſchen Kirchen- und Stadt-Chronik S. 20 und Paul Jovius in ſeinem Chronicon Schwarzburgicum p. 161 an.

Bei dieſer Sachlage erhalten nun auch die ſchon oben aus der Ottoniſchen Urkunde (№ 71.) angeführten Worte, mit denen er die Schenkung des Zinſes der 28 solidi an das Kloſter Walkenried motivirt, nämlich pro conservando imperii statu, ihr rechtes Verſtändniß, daß er nämlich zur Aufrechterhaltung der Verfaſſung des Reichs die ſeitens ſeines Gegners Philipps, eines von ihm niemals anerkannten Königs, geſchehene Veräußerung des Reichsguts nicht anerkennen könne, ſondern jetzt, imperio ad nos canonice devoluto, eine andere Verfügung hinſichtlich dieſes Zinſes treffe und ihn dem Kloſter Walkenried als freies Eigenthum überweiſe.

Graf Heinrich zu Stolberg ſcheint aber, wie ſpätere Urkunden (№ 122.) erkennen laſſen, durch Grafen Friedrich von Rothenburg nicht zu vermögen geweſen ſein, in der beabſichtigten Weiſe auf ſeine Rechte an dem Kloſterhof Caldenhuſen zu verzichten. Denn nach wie vor dauerte der Streit darüber zwiſchen ihm und den Walkenriedern.

Mochte er Anfangs zu dieſem Verzichte, als Otto IV. nach Philipps Ermordung als unbeſtrittener Kaiſer über Deutſchland daſtand, geneigt geweſen ſein, ſo mochte ihn doch das bald darauf wieder im Kampfe mit dem neuen Gegenkaiſer Friedrich II. ſinkende Anſehen Otto's und der Schutz, den er ſelbſt bei Friedrich II. fand, wieder andern Sinnes gemacht haben. Zur Beſtätigung dieſer Annahme will ich nur auf die Walkenrieder Urkunden ſelbſt hinweiſen. Denn gleichwie ſich Kaiſer Otto IV., wie wir oben zu Urkunde 71. geſehen haben, berechtigt hielt, dem Kloſter Walkenried Rechte zu übereignen, die vermuthlich Philipp, ſein Gegner, an die Grafen zu Stolberg veräußert hatte, wie er ſelbſt die Gnadenbewilligungen dieſes ſeines Gegners an das Kloſter Walkenried (Urkunde № 53.) völlig ignorirt und thut, als ob es

vor und neben ihm gar keinen König Philipp gegeben habe, wie in der Urkunde № 70, wo er ausdrücklich dem Kloster Walkenried nur omnes libertates et privilegia et donationes ipsi (ecclesiae Walkenried) a praedecessoribus nostris, Romanis imperatoribus, collatas (Philipp war nie imperator gewesen, sondern nur rex) bestätigt, so ignorirte wiederum Friedrich II. den Kaiser Otto unter seinen Vorgängern im Reich (№ 86: quod nos instructi exemplo antecessorum nostrorum, Friderici avi nostri et Heinrici patris, Romanorum imperatorum, et regis Philippi, patrui nostri, monasterium quod dicitur Walkinrith quodam speciali dilectionis respicientes affectu etc.). Die Nichterwähnung des Kaisers Otto ist gleich zu setzen der vom Kaiser Friedrich II. verweigerten Bestätigung aller von demselben an das Kloster Walkenried gemachten Schenkungen, und so mochte sich Graf Heinrich zu Stolberg als Anhänger der Hohenstaufen nach wie vor befugt halten, von dem Klosterhofe Caldenhusen die Entrichtung des Zinses der 28 solidi zu fordern und alle übrigen Rechte darüber zu exerciren; und da sie ihm wahrscheinlich verweigert wurden, nahm er sie mit Gewalt, wozu er von seinem dem Klosterhofe nahe gelegenen Schlosse Voigtstedt die beste Gelegenheit haben mochte. Vielleicht hat Pabst Innocenz III. in Urkunde 93. diese Anfechtungen des Klosters durch Graf Heinrich zu Stolberg vor Augen, wenn er den Erzbischof von Mainz ermahnt, dem Kloster Walkenried gegen alle Unbill und Angriffe sowohl Weltlicher als Geistlicher beizustehen. Denn in der sub № 122. mitgetheilten Urkunde bezeugt Landgraf Ludwig der Heilige von Thüringen, daß dieser Graf Heinrich zu Stolberg (ecclesiae Walkenridensi quandoque gravis existens), um das Kloster Walkenried für zugefügte Unbill schadlos zu halten (eam paene in LX marcas damnificavit), demselben den auf dem Klostergute Caldenhusen haftenden Zins von 28 Schillingen erlassen habe (verum praedictus comes, haec se in animae suae periculum fecisse considerans et iram omnipotentis Dei atque beatae Virginis offensam perpessurum metuens, super hiis poenitentia ductus, cum

claustro indebite gravato credidit componendum sub tali forma, ut curia Caldenhusen, sibi in 28 solidis annuatim censualis, a totius census solutione in perpetuum libera remaneret). Auch andere Rechte über den gedachten Kloſterhof habe er aufgegeben (nihil et deinceps juris seu potestatis in ipsa curia vel quibuslibet bonis in palude ad memoratam ecclesiam pertinentibus sibi vindicaret).

Bemerkenswerth ſind noch zwei andere Punkte in dieſer Urkunde.

Erſtens die Nachricht, daß Graf Heinrich zu Stolberg den beſagten Zins, ſo wie die Gerichtsbarkeit über Caldenhuſen und die übrigen im untern Riethe gelegenen Beſitzungen des Kloſters Walkenried von ihm, dem Landgrafen, zu Lehn trage und daß er ſelbſt damit vom Reiche beliehen ſei (comes praenominatus censum et jurisdictionem, quam a nobis jure feodali in praedictis monachorum bonis in palude habuit, benigne et totaliter in manus nostras resignavit; nos vero in favorem sanctae religionis ecclesiae Walkenridensi jus nostrum, in ipsis bonis de gratia imperii nobis collatum, in animae nostrae remedium volenti animo donamus etc.).

Seit wann dieſes Lehnsverhältniß des Grafen Heinrich zu Stolberg zu dem Landgrafen zu Thüringen in Bezug auf Caldenhuſen datire, ob ein ſolches von Anfang des Stolbergſchen Beſitzes beſtanden oder erſt im Laufe der über denſelben mit Kaiſer Otto und den Walkenrieder Mönchen entſtandenen Streitigkeiten conſtituirt ſei, darüber giebt dieſe Urkunde keine weitere Auskunft. Nach dem Wortlaut derſelben beſtand dieſes Lehnsverhältniß auch nicht in Betreff aller Stolbergſchen Beſitzungen in palude, ſondern nur bezüglich der darin belegenen Walkenrieder Kloſtergüter. Es könnte ſein, daß der König Philipp von Schwaben urſprünglich den Landgrafen Hermann von Thüringen als Lohn für ſeinen Abfall von Otto's Partei mit dieſen Gütern vom Reich beliehen und dieſer ſie dem Grafen Heinrich zu Stolberg als Afterlehn gegeben habe.

Aber die oben näher erläuterte Urkunde № 77. läßt um das Jahr 1210 ein ſolches Lehnsverhältniß des Grafen Heinrich zum Landgrafen von Thüringen nicht erwarten; denn ſonſt würde gewiß die lehnsherrliche Genehmigung des beabſichtigten Verzichts ein Theil des Vertrags geworden oder ſonſt vorbehalten ſein. Auch ſpäter noch ſehen wir (vgl. die oben aus T. II. der Script. rerum Germ. ed. Schöttgen et Kreyssig angeführten Urkunde), daß Graf Heinrich zu Stolberg über Güter in palude ohne lehnsherrliche Genehmigung verfügt, was vorauszuſetzen ſcheint, daß er dieſe Güter als freies Eigenthum oder als ein Reichslehn beſeſſen habe. Denn nur hinſichtlich ſolcher beſaßen die Walkenrieder das Privilegium, ſolche ohne vorherige Genehmigung des Kaiſers (Urk. 14. und 70.) zu erwerben. Es bleibt alſo wahrſcheinlich, daß Graf Heinrich dieſe Rechte über die im untern Rieth belegenen Kloſtergüter urſprünglich als freies Eigenthum oder als unmittelbares Reichslehn beſeſſen, aber im Laufe der darüber mit Otto IV. entſtandenen Streitigkeiten um des beſſern Rückhalts wegen dem Landgrafen zu Thüringen zu Lehn aufgetragen habe.

Bemerkenswerth iſt ferner der Grund, den der Landgraf Ludwig in unſerer Urkunde № 122. für den Verzicht des Grafen Heinrich zu Stolberg und die von ihm dazu ertheilte lehnsherrliche Genehmigung anführt. Er ſagt nämlich, weil er ſich überzeugt, daß die Walkenrieder Mönche durch eine beſondere Gnadenbewilligung der Kaiſer das Vorrecht erlangt hätten, Reichsgüter durch Kauf, Tauſch oder Schenkung zu erwerben, ohne dazu der Genehmigung des Kaiſers zu bedürfen, ſo verzichte Graf Heinrich auf den Zins und die Gerichtsbarkeit über die im untern Rieth gelegenen Kloſtergüter und genehmige er ſelbſt dieſen Verzicht als Lehnsherr (Unde, quoniam fratribus saepius dicti coenobii de speciali ac habundanti imperatorum clementia indultum cognovimus, ut ipsis liceat bona imperii emere et commutare, in elemosinam quoque recipere assensu imperii super hiis non requisito, comes praenominatus censum et jurisdictionem resignavit etc.). Es bedarf wohl keiner weitern

Ausführung, daß dieſer Grund hier gar nicht zutreffend iſt. Beſagtes Privilegium überhob das Kloſter der Verpflichtung, den Conſens des Reichs beim Erwerb von Reichslehen auszubringen, gab aber für den Grafen Heinrich zu Stolberg als Vaſallen keinen Grund zum Verzichte auf dieſe Reichsafterlehne, noch für den Landgrafen zur Beſtätigung dieſes Verzichts.

Aus dem ganzen Inhalte der in Rede ſtehenden Urkunde ergiebt ſich ferner zur Genüge, daß Landgraf Ludwig die Schenkung Kaiſers Otto an das Kloſter (Urk. 71.) für unrechtmäßig, dagegen die Anſprüche des Grafen Heinrich zu Stolberg daran als rechtmäßig anſah.

Die im Original nicht mehr vorhandene Urkunde hat nur aus dem Walkenrieder Diplomatarium mitgetheilt werden können, und zwar ohne Angabe des Datums der Ausſtellung. Die Herren Herausgeber der Walkenrieder Urkunden ſcheinen ſie in das Jahr 1221 oder 1222 ſetzen zu wollen, da ſie dieſelbe zwiſchen dieſe beiden Jahre der Urkundenſammlung eingereihet haben. Aber wahrſcheinlich iſt ihr Datum ſpäter zu ſetzen. Graf Heinrich zu Stolberg ſah ſich nämlich veranlaßt, den Verzicht auf den Zins und ſeine übrigen Gerechtigkeiten an dem Kloſterhofe Caldenhuſen um das Jahr 1232 (Urk. 180.) zu wiederholen und ſagt darin ausdrücklich, daß er zur Zeit ſeines Zugs nach dem gelobten Lande (tempore Ierosolimitanae profectionis, cum terram sanctam essemus adituri) ſich ſelbſt in das Kloſter Walkenried begeben (praedictum coenobium adivimus), dort die Brüderſchaft empfangen (fraternitatem nobis inibi donari postulantes) und zur Sühne der ſeither dem Kloſter zugefügten Unbill den Kloſterhof Caldenhuſen von dem Zins und allen übrigen Gerechtigkeiten (tam in vecturis quam exactionibus indebitis) freigeſprochen habe. Die Zeit ſeiner Abreiſe nach dem gelobten Lande fällt aber auf Johannistag des Jahrs 1227, weshalb auch die unter №. 122. aufgenommene Urkunde in das Jahr 1227 zu fallen ſcheint.

Obgleich nun nach den Urkunden 122. und 180. anzunehmen, daß Graf Heinrich zu Stolberg darin auf alle ihm

über den Kloſterhof Caldenhuſen und die übrigen im untern Rieth belegenen Kloſtergüter verzichtet hat (renunciamus omni juri seu potestati in ipsa curia vel etiam quibuslibet bonis in palude sitis, ad memoratam ecclesiam pertinentibus, nihil juris seu dominii in praefatis bonis deinceps nobis vendicantes), ſo ergiebt ſich doch aus Urkunde №. 323, daß ihm immer noch das ſchon in der Ottoniſchen Urkunde vom Jahre 1209 (№. 71.) erwähnte Zehntrecht über den Kloſterhof Caldenhuſen zuſtand. Denn ſein älterer Sohn gleiches Namens bezeugt darin, daß ſein Bruder Graf Friedrich, dem wahrſcheinlich in der Theilung der väterlichen Hinterlaſſenſchaft die Herrſchaft Vockſtede (Voigtſtedt) und mit ihr dieſes Zehntrecht über Caldenhuſen zugefallen war, weshalb er ſich danach, wie oben angeführt, häufig Graf von Voigtſtedt nannte, von großer Schuldenlaſt erdrückt (gravibus debitis obligatus), das ihm als Erbe zugefallene Zehntrecht über Caldenhuſen dem Kloſter Walkenried verkauft habe (decimam in Caldenhusen jure hereditario ei, pertinentem abbati et conventui etc. vendidit). Zugleich erwähnt er, daß er ſelbſt zugleich mit ſeinem Bruder Friedrich dieſen Zehnten vom Bisthum Halberſtadt zu Lehn getragen habe (quam vero simul cum ipso ab ecclesia Halberstadensi jure feudali tenuerat).

Wir haben ſchon oben aus Urkunde 71. erſehen, daß Kaiſer Friedrich I. ſich bei der Schenkung der 7 bei Caldenhuſen gelegenen Hufen ausdrücklich das Zinsrecht vorbehalten (salvo sibi jure censuali) und dabei zugleich erwähnt hat, daß davon auch der Zehnte gegeben werde (ex quibus etiam hujusmodi solvitur decima). An wen aber dieſer Zehnte gegeben werden müſſe, ſagt er nicht. Nach der natürlichſten Auslegung dieſer Worte ſcheint aber angenommen werden zu müſſen, daß ihm ſelbſt, dem Kaiſer, dieſes Zehntrecht zugeſtanden habe. Aber doch iſt es auch möglich, daß ſolches ſchon damals dem Bisthum Halberſtadt, in deſſen Diöceſe Caldenhuſen lag, gehört habe. Wann und unter welchen Verhältniſſen nun die Grafen zu Stolberg damit von der Halberſtädter Kirche belehnt ſind, iſt nicht bekannt.

Erſt mit der Erwerbung des Zehntrechts ſcheinen die Walkenrieder Mönche alle Anſprüche der Grafen zu Stolberg an Caldenhuſen erworben zu haben.

Im Laufe des 13. oder 14. Jahrhunderts ging die Herrſchaft Voigtſtedt wahrſcheinlich tauſchweiſe gegen andere Beſitzungen von den Grafen zu Stolberg an die Hohnſteiner Grafen über.

III.

Der Proceß des Hildesheimer Bürgermeisters von Mollem.

Vom Amtsrichter Fiedeler.

Während des Druckes des in dieser Zeitschrift, Jahrgang 1854, S. 184 u. fl. befindlichen Aufsatzes „Zur Geschichte der Vehmgerichte in besonderer Beziehung auf die Braunschweig-Lüneburgischen Lande“ fanden sich im Stadtarchive zu Hildesheim noch zwei geheftete Copiarien, bestehend aus gleichzeitigen Abschriften von Protokollen, Gerichtsbriefen, zahlreichen Schreiben u. s. w., welche über den in mehrfacher Hinsicht bemerkenswerthen Rechtsstreit zwischen dem Hildesheimer Stadtrathe und dem Bürgermeister v. Mollem viel Licht verbreiten. Nach Anleitung dieser Copiarien (Manualacten) soll nun in dem Nachfolgenden eine vervollständigte, jedoch auf das Wesentliche sich beschränkende Darstellung des ganzen Verlaufs der Sache, und zwar unter Beifügung der interessanteren Urkunden gegeben werden.

Albert v. Mollem (Moellem) kommt als Bürgermeister zu Hildesheim in den fraglichen Copiarien zuerst im Jahre 1419 vor. Er besaß ein am Markte an der Ecke [1]) der Judenstraße belegenes Wohnhaus, war verheirathet und hatte zwei Söhne, mit Vornamen Dietrich und Bernhard, welche unten noch weiter zu erwähnen sein werden. Mit mehreren Rathsmitgliedern lebte er in Unfrieden, von anderen, zum Theil angesehenen Personen war er wegen Beleidigung zur Verantwortung gezogen, wie er denn überhaupt ein leidenschaftlicher, streitsüchtiger Mann gewesen zu sein scheint.

[1]) „an dem orde.“

Was ſeine dienſtliche Stellung betrifft, ſo beſorgte er ſeine Amtsgeſchäfte keineswegs zur Zufriedenheit des Collegiums und legte in dieſer Beziehung allmählich eine ſolche Nachläſſigkeit an den Tag, daß ihm darüber von Seiten des Stadtraths ernſtliche Vorſtellungen gemacht wurden. Da dieſe nicht fruchteten, ſo kam es endlich am 13. Februar 1422 zwiſchen ihm und dem Rathe zu merkwürdigen Auftritten [1]). In Folge weiterer desfallſiger Verhandlungen erhielt er endlich ſeinen Abſchied, nachdem er zuvor das eidliche Verſprechen gegeben hatte, etwaige Anſprüche an den Stadtrath oder deſſen Bürger ausſchließlich vor dem weltlichen biſchöflichen Gerichte in Steuerwald und beziehungsweiſe vor dem biſchöflichen Gerichte in Hildesheim geltend zu machen [2]).

Ueber dieſe Dienſtentlaſſung nun entſtanden zunächſt fernere Differenzen, indem der Stadtrath unter Hinweiſung auf das Zeugniß der bei den fraglichen Verhandlungen mit Albert v. Mollem anweſend geweſenen Rathsperſonen verſicherte, daß die Verabſchiedung des v. Mollem in Folge ſeines eigenen Anſuchens erfolgt ſei, während v. Mollem entſchieden in Abrede ſtellte, um ſeine Entlaſſung gebeten zu haben. Der Stadtrath ſah ſich hiedurch veranlaßt, von den Städten Dortmund, Göttingen, Goslar, Braunſchweig, Münſter, Soeſt, Paderborn, Hannover und Hameln über dieſe Streitfrage Rechtsbelehrungen einzuholen [3]). Der Rath zu Braunſchweig erklärte ſich darüber zu Gunſten der Fragſteller [4]); in demſelben Sinne äußerten ſich auch die übrigen Städte.

A. v. Mollem ſuchte inzwiſchen die Bürgerſchaft für ſich zu gewinnen und erklärte öffentlich, „er ſei wunderlich aus dem Rathe gekommen und gedrehet“. Nachdem er wegen dieſer Aeußerung eine Zeitlang Hausarreſt [5]) erhalten hatte,

---

1) Anlage 1.

2) Anlage 2. Vergl. auch Zeitſchr. d. hiſt. Ver. 1854, S. 210, 211.

3) Die betreffenden Requiſitionsſchreiben liegen nicht vor.

4) Anlage 3.

5) „Dar let ome de rad seggen: darumme dat he de sage unde unwaren wort ghesecht hedde, so scholde he in sin hus sweren unde dar nicht uth, de rad entlede on daruth.“

begab er sich nach Gronau, woselbst er dem Bischofe Johann von Hildesheim [1]) meldete, daß er vom Stadtrathe „nichts weiter als Recht verlange wegen der großen Gewalt, die man an ihm gethan habe“. Der Bischof erwiederte, des Stadtrathes zu Ehren und zu Rechte mächtig zu sein; v. Mollem aber, anstatt Klage vor Gericht zu erheben, suchte jetzt Beistand bei den städtischen Gilden und erließ an dieselben ein Schreiben, worin er bei seiner bisherigen Erklärung in Betreff seiner Verabschiedung beharrte und zugleich den Stadtrath auf mehrfache Weise anzapfte [2]).

Ein solches Verfahren glaubte der Stadtrath nicht ungeahndet lassen zu dürfen [3]). Noch an demselben Tage, an welchem ihm der Inhalt des an die Gilde der Schmiede erlassenen v. Mollemschen Schreibens bekannt wurde, nämlich am 13. August 1423, ließ er den v. Mollem verfesten, d. h. für friedlos erklären, und zwar nicht allein durch das bischöfliche Gericht „unter der Laube“ zu Hildesheim, welches unter dem Vorsitze des bischöflichen Stadtvogts Tileke v. Hoyersem gehalten wurde, sondern auch durch die Tresekammer, das oberste weltliche Gericht des Bischofs, in welchem damals der Vogt Heinrich v. Boltzem den Vorsitz führte [4]). Daneben wurden von Seiten des Stadtraths sachdienliche Warnungsschreiben an Hilmar von Steinberg, Ludolf und Henning v. Reden zu Reden, Albert Bock und den Stadtrath zu Gronau wegen Beherbergung des v. Mollem erlassen; jedoch erklärte der Stadtrath in einem Schreiben an den Bischof Johann

---

[1]) Bischof Johann III. von Hildesheim, Graf von der Hoya, regierte von 1398 bis zum 12. Mai 1424. Mooyer, Verzeichnisse der deutschen Bischöfe S. 49.

[2]) Anlage 4.

[3]) „Ok begere wij gik wetten“, — schrieb der Rath später an den Freigrafen v. Münnichtorp — „dat A. v. Mollem uns ghestan hefft na unses blekes ewigem vorderve unde hefft gescreven in sinen besegelden breven an de ammechte, dat uns gheit an unse ede, ere unde werdicheit; darumme we one vorwestet hebben unde in ene overtal ghebracht.“

[4]) Anlagen 5, 6, 7.

ausdrücklich seine Bereitwilligkeit, im Gerichte zu Steuerwald Recht zu nehmen.

Mittlerweile bot v. Mollem Alles auf, um sich aus der Verfestung herauszuziehen; allein seine Bemühungen hatten keinen Erfolg. Er wandte sich dieserhalb namentlich an die Gilden, an das Domcapitel, an die beiden bischöflichen Vögte und an den Bischof Magnus von Cammin, indem er die Verfestung, weil solche hinter seinem Rücken und wegen einer übernächtigen, an Hals und Hand nicht gehenden Sache verfügt sei, als eine durchaus unrechtmäßige darstellte und behuf weiterer gerichtlicher Verfolgung seines Rechts um sicheres Geleit nachsuchte [1]).

Von dem Vogte Heinrich v. Boltzem, an welchen er sich als muthmaßlichen Richter im Gerichte unter der Laube gewandt hatte, wurde er mit der laconischen Antwort abgefertigt: er, der Vogt, sei zur Zeit der verfügten Verfestung nicht Richter im genannten Gerichte gewesen; der Bischof Magnus aber

---

[1]) Anlage 8; vergl. auch Anlage 12. — Die Verfestung setzte nach dem Sachsenspiegel I, 68. §. 1; I, 70. §. 3. eine auf Leben oder Hand gehende, nicht übernächtig gewordene Klage voraus. Der Verfestete konnte sich aus der Verfestung herausziehen, indem er vor Gericht erschien und den Beweis führte, daß er mit Unrecht in die Verfestung gebracht sei, wozu ihm der Vogt freies Geleit (velicheit) geben mußte. Sachsenssp. II, 4. §. 1; III, 17. §. 1. u. 2; III, 18. §. 2. Vergl. auch das Rechtserkenntniß in Bruns Beiträgen zu den deutschen Rechten des Mittelalters S. 184 Nr. 15. — Uebrigens wirkte nur die im höchsten Gerichte eines Fürsten ausgesprochene Verfestung auch für alle unteren Gerichte desselben. Sachsenssp. III, 24. §. 1. u. 2. In Uebereinstimmung mit diesem Grundsatze erklärte auch Herzog Wilhelm der Streitbare in seiner Streitsache gegen die Grafen von Hunstorf im Jahre 1444: „We vor unsen hogesten gerichte, nemptlicken uppe dem Bomgarten vor Lauenrode vorfestet unde verachtet is, de is ock verfestet unde verachtet in der go to Selze unde andern gogerichten, so wit alse sick dat fürstendom Brunswick und Lüneborg strecket.“ Grupen, Disceptt. for. p. 557. Ebenso entschied Herzog Rudolf von Sachsen im Jahre 1365 laut einer im Stadtarchive zu Hannover aufbewahrten, bei Grupen a. a. O. S. 558 abgedruckten Urkunde: „Wer in eynem obresten gerichte eynes fursten vervestet wirdet, der ist ouch in den nedresten verfestet, und nicht also des glich herweder.“

erwiederte als nunmehriger Biſchof von Hildesheim am 17. Mai 1424 [1]), er habe anderer Geſchäfte halber mit dem Stadtrathe noch keine Rückſprache nehmen können. Günſtiger lautete allerdings die Antwort des Vogtes T. v. Hoyerſem, welcher zwar die Anträge des v. Mollem als ungehörig bezeichnete, jedoch hinzufügte: „v. Mollem möge ſeine Freunde ſenden vor des Biſchofs Gericht; was dieſe dort mit Urtheil und Recht würden, das ihm, dem Vogte, zu thun gebühre, das wolle er ihm nicht verweigern“. v. Mollem, dieſen Zuſatz beſtens acceptirend, erwiederte dem Vogte unterm 12. Juni 1424, er werde ſeine Freunde zu dem fraglichen Zwecke am 29. Juni vor das Gericht ſenden [2]). Der von v. Mollem bezeichnete Gerichtstag fand jedoch nicht Statt; ſchon drei Tage vorher, nämlich am 26. Juni, hatte der Stadtrath im Gerichte zu Hildesheim von dem Vogte T. v. Hoyerſem einen Gerichtsſchein erwirkt, wonach die Anträge des v. Mollem nicht weiter berückſichtigt werden ſollten [3]).

Der Stadtrath wollte inmittelſt in Erfahrung gebracht haben, daß v. Mollem Willens ſei, wider ihn bei einem Freigerichte im Stifte Cöln oder Paderborn Klage zu erheben, ein Unternehmen, welches jedenfalls hintertrieben werden mußte. Man wandte ſich deshalb rathsſeitig an den Erzbiſchof Dietrich von Cöln [4]) und deſſen Bruder, den Grafen Heinrich von Mörs. Beide zeigten ſich denn auch willfährig, und Erzbiſchof

---

1) „Des middewekens na dem sondage Jubilate.“ Biſchof Johann war am 12. desſelben Monats geſtorben.

2) „Wettet, her voget, alse gi my lest screvet, dat ek myne vrunde vor mynes heren gherichte senden moge, wes de dar mit ordele unde mit rechte werven, wes ju dar to bore to donde, dat gi my des nicht weygeren en willen: des wettet, dat ek myne vrunde aldare vor unses heren gherichte senden wille, alse nu en donnersdage vort over verteyn nacht binnen desser tijd; de schullen myn werff dar vorluden laten. Gescreven des mandages in den pinxsten.“

3) Anlage 9.

4) Erzbiſchof Dietrich II., Graf von Mörs, regierte von 1414 bis 1463. Mooyer a. a. O. S. 29.

Dietrich ließ insbesondere an die nachbenannten Freigrafen, als:

1) Gerhard de Zeyner zu Arnsberg, wohnhaft zu Aldendorpe,
2) Bussemann zu Eversberg, wohnhaft zu Meschede,
3) Hunolt v. Rettberge, Greven zu Ruden, wohnhaft daselbst,
4) Ettis Volkens zu Melderke, wohnhaft zu Olden-Geystede,
5) Johann Grope zu Volkersen,
6) Heinrich Loydewiges zu Holle,
7) Heinrich de Sure zu Soest,

am 29. Mai 1424 den Befehl ergehen, eine etwaige Klage des v. Mollem gegen den Stadtrath vorläufig nicht anzunehmen [1]). Diese Maßregeln genügten dem Stadtrathe jedoch nicht, weil er fürchten mochte, daß es dem v. Mollem dennoch gelingen werde, bei anderen Richtern der rothen Erde Gehör zu finden. Er trat deshalb nunmehr selbst als Kläger gegen v. Mollem auf, und zwar bei dem Freistuhle zur Honebeke [2]), vor welchen v. Mollem sodann durch den Freigrafen Cord Snappe geladen wurde.

A. v. Mollem bemühete sich nun, die Abstellung dieser Ladung zu erwirken, wobei er sowohl von dem Edelherrn Simon von der Lippe [3]), welcher ihn inzwischen zu seinem „Diener und Knechte“ angenommen hatte, als auch von dessen Freigrafen Johann v. Millinchtorp kräftig unterstützt wurde. Der

---

1) Anlage 10. Bürgermeister Johann Wickede zu Dortmund übersandte die desfallsigen Schreiben dem Hildesheimer Rathsherrn Heinrich von Wenden zur Beförderung an die Freigrafen.

2) In der Allg. Encyclopädie der Wissenschaften von Ersch und Gruber, Thl. 8. S. 145 bemerkt Lüntzel irrthümlich, daß der Rath zu Hildesheim die Hülfe der Vehmgerichte wider A. v. Mollem im Jahre 1436 in Anspruch genommen habe. Der eigentliche Grund der Klage ist übrigens weder aus den späteren Urtheilen, noch aus den Acten, worin auch die Snappeschen Ladungsurkunden nicht enthalten sind, ersichtlich.

3) Der Edelherr Simon IV., Sohn Bernhards V., regierte unter Vormundschaft von 1415 bis 1422; er war vermählt mit Margaretha, Tochter des Herzogs Erich zu Braunschweig und Grubenhagen. † 1432. Vergl. Piderit, Chronicon comitat. Lippiae S. 548 u. fl.

genannte Edelherr fand ſogar in der fraglichen Ladung, weil ſolche durch den Bezirk ſeiner Freiſtühle ergangen ſei, einen Eingriff in ſeine Hoheitsrechte und bedrohete die Hildesheimer dieſerhalb durch ſeinen genannten Freigrafen mit einer ſelbſtändigen Vehmklage [1]), von welcher er jedoch Abſtand nahm, weil er von ſeinen Gegnern auf die Fehlſamkeit ſeiner Anſicht aufmerkſam gemacht wurde [2]). Obgleich nun v. Mollem wegen Aufhebung der Snappeſchen Ladung auch an den Biſchof Magnus geſchrieben [3]) und der ſchon oben genannte Albert Bock, Ritter und Freiſchöffe, dem Freigrafen Snappe gegenüber erklärt hatte, daß er des v. Mollem zu Ehren und zu Rechte mächtig ſei, erfolgte dennoch die Zurücknahme der Klage nicht.

Dagegen wurde nun auch der Rath zu Hildesheim mit einem anderweitigen Vehmproceſſe bedroht. Dietrich v. Mollem, Alberts Sohn, welcher damals in Lemgo ſich aufhielt, beſchwerte ſich nämlich in Abweſenheit ſeines Vaters klagend bei dem ſchon genannten Freigrafen v. Millinchtorp über die gegen ſeinen Vater, welcher dem Stadtrathe Ehre und Recht nie geweigert habe, widerrechtlich verfügte Verfeſtung und Vorladung vor den Freiſtuhl zur Honebeke; worauf der Freigraf den Stadtrath am 10. Auguſt 1424 aufforderte [4]), die Sache bis zum 27. ejusd. zu erledigen, widrigenfalls er, der Freigraf, nach Freiſtuhlsrechte werde verfahren müſſen. Nachdem

---

[1]) Anlage 11.

[2]) Die Bevollmächtigten des Stadtraths ſchrieben dieſerhalb am 21. Auguſt 1424 an den Freigrafen Peter Limburg zu Münſter: „Unse junchere van der Lippe menet, dat ome vele to kort darâne gheschen sy, dat A. van Mollem dor sine herschup her gheladen sy, alse wij uns dunken laten, dat he den rad darumme beschuldigen wille. Leve her vrigreve. Wan des nicht wesen en mochte, so duchte dat uns ein grot beswaringe unde nederinge wesen anderer ffursten, heren, rittere unde knapen, de uppe de lantart ok vrigestole hebben, dat men nemede vor ore vrigen stole dor unses juncheren lant her laden en mochte.“

[3]) Anlage 12.

[4]) Anlage 13.

sodann der Stadtrath Ehre und Recht geboten, auch Bischof Magnus unter Hinweisung auf das eidliche Versprechen des A. v. Mollem, nur vor dem Stadtrathe, beziehungsweise vor ihm, dem Bischofe, in Steuerwald Recht zu nehmen [1]), die Sache abgefordert hatte, vereinbarte man sich mit Vorwissen und Genehmigung der beiden Freigrafen Snappe und v. Millinchtorp dahin, daß beide Vehmgerichtssachen bis zu einem näher festgesetzten Zeitpunkte aufgeschoben wurden.

In der Zwischenzeit wandte sich A. v. Mollem an die Städte Braunschweig, Lüneburg und Hannover mit der Bitte, dem Rathe zu Hildesheim Ehre und Recht zu geben; der Rath zu Braunschweig war auch bereit, einen desfallsigen Tag zu legen, indeß zerschlugen sich die weiteren Verhandlungen, weil v. Mollem sich dem Glauben hingab, daß es der Rath zu Hildesheim mit einem gütlichen Abkommen nicht ernstlich meine. Bischof Magnus erbot sich nun wiederholt, die Sache in Steuerwald vorzunehmen; auch Herzog Bernhard von Braunschweig ersuchte den Edelherrn von der Lippe, die Sache vor den Bischof zu weisen [2]).

In Folge dessen erklärten die Parteien sich bereit, an einem vom Bischofe zu legenden Tage in Steuerwald zu erscheinen und zu verhandeln; es wurden auch vom Bischofe mehrere Verhandlungstage anberaumt, jedoch wegen eingetretener Behinderungen wieder abbestellt. Endlich wurde der fragliche Gerichtstag am 1. November 1424 unter Zuziehung von Abgeordneten der Städte Braunschweig und Hannover und in Gegenwart der Parteien und deren Fürsprecher (dem A. v. Mollem assistirten der Capellan Hildebrand Ording und der Freigraf v. Millinchtorp) in Steuerwald vor dem Bischofe abgehalten [3]).

Daselbst versuchte man zunächst, die Sache durch Vergleich zu erledigen; da dieses nicht gelingen wollte, erhob A. v. Mollem

---

[1]) S. oben S. 121 Anmerk. 2.

[2]) Der Brief des Herzogs ist datirt Calenberg, 1424, den 17. August (donnersdages na user leven Vrowen wortemissen).

[3]) Anlage 14.

ſeine Klage wegen der über ihn verhängten Verfeſtung, indem er deren Beſeitigung beantragte; worauf die Parteien ſich damit einverſtanden erklärten, daß die weitere Verhandlung der Sache am folgenden Tage im Gerichte unter der Laube zu Hildesheim, wozu dem A. v. Mollem ſicheres Geleit ertheilt werden ſollte, Statt finde. In dieſem zweiten Termine ſtellte ſich auch der Rath zu Hildesheim, v. Mollem erſchien jedoch weder in Perſon noch durch Bevollmächtigte, weshalb von weiteren Verhandlungen Abſtand genommen wurde.

Sowohl v. Mollem, als auch der Edelherr von der Lippe waren über den Ausgang der Sache ſehr entrüſtet und Letzterer verſuchte nochmals einen Sühnetermin bei dem Biſchofe zu erwirken [1]), was dieſer jedoch ablehnte, weil die Sache durch Urtheil und Recht entſchieden ſei, auch an dem Rathe zu Hildesheim ein „Bruch“ nicht Statt gefunden habe. Hiermit blieb die Sache auf ſich beruhen und insbeſondere war auch von der Klage, welche Dietrich v. Mollem bei dem Freigrafen v. Millinchtorp gegen den Rath zu Hildesheim erhoben hatte, nicht weiter die Rede, nachdem Everd Korf, Cord Snappe, Freigraf zur Honebeke, Johann Kracht, Freigraf der Herrſchaft Steinfurt, Johann v. Eſſen, Freigraf des Junkers v. Volmeſtein, und Peter Limburg, Freigraf zu Münſter, dem Freigrafen v. Millinchtorp gemeldet hatten, daß ſie des Hildesheimer Rathes zu Rechte mächtig ſeien [2]).

Inmittelſt war von dem Freigrafen C. Snappe wegen der Klage des Raths zu Hildesheim anderweiter Verhandlungstermin vor dem Freiſtuhle zur Honebeke auf den 19. Juni 1425

---

[1]) In dem desfallſigen Schreiben heißt es auch: „Dar hevet myn cappellan unde vrigreve my berichtet, dat gi deme rade van Hildensem ein recht segen leiten uppe de vorvestinge, Albert mochte senden an dat gherichte in de stad, dar he vorvestet were; — des Albert unde sine vrunde sek hedden dunken laten, dat he des also in deme rechten nicht plichtich en were, nademe alse sek juwe rad van Hildensem unde Albert sek ores scheles an juwe erwerdicheit vorwillekoret hedden, se mit rechte darumme to vorschedende.

[2]) Anlage 15.

angesetzt worden. Die Frohnboten, welche dem A. v. Mollem die desfallsige Ladungsurkunde insinuirten, hatten einen schlechten Empfang; denn v. Mollem verhöhnte sowohl die Frohnboten, als auch den Freigrafen Snappe und den Rath zu Hildesheim, und während seine anwesenden Freunde Albert Bock, Reineke Holtgreve und Lippold von Rottingen ein Gleiches thaten, entblödete er sich nicht, furchtbare Drohungen gegen die Frohnboten auszustoßen. Diese dankten dann Gott, daß sie davon kamen und nicht erstochen wurden [1]).

Der Rath zu Hildesheim that nun weitere Schritte behuf Betreibung seiner Klage bei dem Freistuhle auf der Honebeke und bevollmächtigte zu diesem Zwecke die Rathsherren Heinrich Galle den Aelteren [2]) und Heinrich v. Wenden [3]), imgleichen des Raths Diener Henning Artus. Letzterer und v. Wenden traten darauf in Begleitung von zwei andern Männern, genannt Marcus und Diderícus, die Reise nach Münster an.

Unterweges wurden sie plötzlich von Rabode von der Horst und Hermann von der Streithorst, Burgmannen des Stifts Osnabrück zur Hunteburg, auf des heiligen Reiches freier Straße, wo sie als Pilger wanderten, überfallen, geplündert und nach der Hudenbeke in das Haus des Johann von Enichlo des Jüngern geschleppt. Die Begleiter des Heinrich

---

[1]) Anlage 16. — Beispiele ähnlicher Vergewaltigungen an Vehmgerichtsboten aus den Jahren 1451, 1473 und 1489 finden sich bei Wigand, Femgericht S. 252, Kindlinger, Münster. Beitr. III. S. 613 und Ufener, die Freigerichte Westphalens S. 259. Uebrigens machten es die westfälischen Freigrafen mitunter selbst nicht anders, wenn ihnen Gerichtsboten zugesandt wurden, deren Botschaft ihnen mangenehm war. Interessante Beispiele dieser Art finden sich aus den Jahren 1450 u. 1479 bei Voigt, die westph. Femgerichte S. 113 u. fl., Wigand, Archiv Bd. 6. S. 367 u. fl., v. Wächter, Beitr. zur deutschen Gesch. S. 205 u. fl., Wigand, Wetzlarsche Beiträge Bd. 1. S. 31 u. fl.

[2]) „de lange tijd unse gesworne mederadman gewest is unde noch is."

[3]) „Luthardes sone, de ok sunderlíken to unsem rade gesworen hefft."

v. Wenden wurden freilich bald wieder auf freien Fuß gesetzt, der v. Wenden dagegen wurde festgehalten.

Sofort nachdem sie von dem fraglichen Landfriedensbruche von Münster aus Kunde erhalten hatten, wandten sich der Rath und der Bischof von Hildesheim an den Bischof Johann von Osnabrück [1]), an den Junker Cord von Diepholz, an die Stadträthe zu Osnabrück und Münster und an den Freigrafen Peter Limburg zu Münster, um die Befreiung der Gefangenen zu erwirken; dessenungeachtet erfolgte die Freilassung des H. v. Wenden keinesweges ohne Weiteres, vielmehr erst dann, als er sich den ihm von Seiten der Burgmänner gestellten Bedingungen unterworfen hatte.

Er mußte nämlich die Verpflichtung übernehmen, bis Ostern 1425 ein Lösegeld von 95 rheinischen Gulden zu bezahlen und dieserhalb zwei tüchtige Bürgen zu stellen; er mußte ferner Urfehde schwören und sowohl für sich selbst, als auch Namens des Rathes und des Bischofs von Hildesheim auf alle etwaigen Ansprüche wegen der fraglichen Gefangennehmung sub clausula obstagiali Verzicht leisten [2]).

Schon am 10. März, also 4 Wochen vor Ostern 1425 übersandte der Rath zu Hildesheim die verlangten 95 Gulden durch die Hildesheimer Minoritenmönche Dietrich Wedderrenner und Ludolf Bernten zur treuen Hand an den Bischof Johann von Osnabrück [3]). Dieser forderte die Burgmänner zur Hunteburg in Folge der von den Hildesheimern erhobenen

---

1) Anlage 17. — Bischof Johann III. von Diepholz regierte von 1424 bis 1437. S. Mooyer a. a. O. S. 79.

2) „Wente se my affgedrungen hebbet," — schrieb H. v. Wenden in dieser Beziehung an den Grafen Moritz von Spiegelberg — „dat ek or nicht schuldigen mot, dat se my mit uneren unde unrechte gedan hebbet."

3) Bezüglich des Schlosses Hunteburg sagt der Bischof: „Rabode van der Horst unde Herman van der Stridhorst sind gereden van des stichtes slote van Osenbruge, alse van der Huntenborch, welkes gestichtes wy ein gekoren here unde vormunde sint, unde se uppe deme ergenanten slote besittere unde unse huldigeden borchmanne sint."

Beschwerde zur Verantwortung auf, indem er denselben zugleich anzeigte, daß er die empfangenen Gelder bis dahin, daß diese Angelegenheit durch Urtheil und Recht ausgetragen sein werde, bei Johann Schele [1]) belegt habe. Die Burgmannen wollten indeß die von den Hildesheimern erhobenen Ansprüche im Hinblick auf die von H. v. Wenden erklärte desfallsige Verzichtleistung nicht gelten lassen, und forderten den Letzteren, wie auch die von ihm gestellten Bürgen, nämlich den Grafen Moritz v. Spiegelberg und Ernst Wrisberg, unter Hinweisung auf die von H. v. Wenden übernommene eventuelle Verpflichtung des in Stadthagen zu haltenden Einlagers, zur baldigen Zahlung des Lösegeldes auf.

Unter solchen Umständen blieb den Hildesheimern nichts Anderes übrig, als anderweitige 95 Gulden, und zwar an die Burgmänner selbst zu übersenden; dagegen ersuchten sie jetzt den Bischof von Osnabrück um Rückgabe der an ihn eingezahlten und bei Johann Schele belegten 95 Gulden. Obgleich sie dieserhalb vielfache Erinnerungsschreiben an den genannten Bischof erließen, und den Rath zu Osnabrück zu wiederholten Malen um desfallsige Verwendung baten, erfolgte dennoch die Rückzahlung nicht; weshalb man endlich im Jahre 1428, des langen Wartens müde, zu Repressalien seine Zuflucht nahm. Als nämlich damals ein bei dem Grafen Otto v. Teklenburg als Knecht in Diensten stehender Osnabrücker Bürger, Namens Gerhard Krumacker, welcher dem Rathe zu Hildesheim überall nicht verpflichtet war, sich in der Stadt Hildesheim blicken ließ, wurden dessen Effecten von Seiten des Rathes mit Beschlag belegt (bekummert), und zwar so lange, bis die Rückzahlung der mehrerwähnten 95 Gulden erfolgt sein werde. In Folge dieses Arrestes scheint denn auch der Rath zu Hildesheim, da diese Sache in den Acten nicht weiter erwähnt wird, wieder in den Besitz seines Geldes gelangt zu sein.

Kehren wir jetzt zu A. v. Mollem zurück. Dieser war in seiner Sache ebenfalls nicht unthätig. Er veranlaßte nicht nur, daß die Hildesheimer Gilden ihm ihren Beistand zusagten,

1) Eine nähere Bezeichnung desselben fehlt in den Acten.

ſondern auch, daß Biſchof Magnus am 20. Februar 1425 unter Zuziehung der Gilden einen gütlichen Tag auf dem Moritzberge vor Hildesheim anſetzte. Bezüglich der dortigen Verhandlungen ergiebt ſich aus den Acten nur, daß die Gilden erſt jetzt den wahren Grund der Sache erfahren haben wollten. Dieſelben überſandten darauf behuf ihrer Legitimation dem A. v. Mollem ein Vollmachtsformular, welches ſowohl von ihm, als auch von dem Edelherrn von der Lippe beſiegelt und ihnen durch den Ueberbringer ihres desfallſigen Schreibens zurückgeſandt werden müßte. Da der Edelherr von der Lippe zur Zeit der Ankunft des Briefes nicht bei der Hand war, ſo konnte das eingeſandte Vollmachtsformular nicht ſofort vollzogen werden; auch ſpäter wurde dasſelbe nicht benutzt, doch wurde eine Vollmacht ganz ähnlichen Inhalts von dem Edelherrn von der Lippe und A. v. Mollem in gehöriger Form ausgefertigt und den Gilden zugeſandt. Dieſe wieſen nunmehr, weil v. Mollem und der Edelherr die fragliche Vollmacht in begehrter Weiſe nicht vollzogen hätten, die ganze Sache von der Hand und erklärten, fortan dem Stadtrathe beiſtehen zu wollen.

Das Verfahren der Gilden wurde ſodann wieder zum Gegenſtande einer Vehmklage gemacht. Alberts v. Mollem Sohn Dietrich beklagte ſich nämlich bei Heinrich Kerſtens, Freigrafen der Herrſchaft von dem Wunnenberge, darüber, daß der Stadtrath ſeinen, Dietrichs, Vater wider Gott, Ehre und Recht vergewaltigen wolle und daß die Gilden wortbrüchig geworden ſeien und dem Stadtrathe Beiſtand leiſten wollten. Der Freigraf erließ demzufolge auch unterm 3. Mai 1425 eine Mahnung [1]) an alle mündigen männlichen Einwohner zu Hildesheim, ſich bis zum 3. Juni mit dem Kläger abzufinden, widrigenfalls er der Klage ihren Lauf laſſen müſſe; da jedoch der Rath und der Biſchof zu Hildesheim ſich dieſerhalb beſchwerend an den genannten Freigrafen und an den Biſchof Heinrich von Münſter wandten, ſo blieb die Sache auf ſich beruhen.

---

[1]) Anlage 18.

Inmittelst stand der Gerichtstag, an welchem über die Klage der Hildesheimer gegen A. v. Mollem in dem Freigerichte auf der Honebeke verhandelt werden sollte, nahe bevor. Um dort ein günstiges Urtheil zu erlangen, sparten die Kläger weder Mühe noch Kosten. Sie baten insbesondere den Rath zu Münster, den dortigen Freigrafen Peter Limburg und mehrere andere einflußreiche Personen um ihren Rath und Beistand, zahlten dem Everd Korf und seinem Freigrafen Cord Snappe an Kosten 33 Gulden und 12 Münstersche Pfennige und ermangelten nicht, dem Freigrafen Limburg und dem Bürgermeister Johann Kerkering zu Münster behuf Füllung ihrer Flaschen 8 rheinische Gulden inter parietes zustecken zu lassen [1]).

Am 19. Juni 1425 wurde der Gerichtstag auf der Honebeke abgehalten, an welchem namentlich auch Everd Korf, Peter Limburg, Johann Kerkering und 2 Münstersche Rathsmitglieder als Gerichtsbeistände anwesend waren. Die Entscheidung war dem Rathe zu Hildesheim günstig, A. v. Mollem wurde vervehmt und verurtheilt [2]).

Da Letzterer gegen dieses Urtheil die Berufung [3]) an den Kaiser Sigismund zur Hand nahm, so wandten sich die Hildesheimer abermals an Limburg und Kerkering, so wie an den Stadtrath zu Dortmund, mit der Bitte, ihnen in Betreff des weiteren Verfahrens gegen A. v. Mollem, auf dessen

---

[1]) Anlage 19.

[2]) S. die Urkunde №. 1. in dieser Zeitschr. 1854. S. 200.

[3]) S. Jahrgang 1854. S. 202 und 207. — „Uns is enkede gesecht," — schrieben die Rathsbevollmächtigten unterm 1. August 1425 an den Bürgermeister Kerkering — „wo dat Albert van Mollem vor enem burgerichte in der herschup van der Lippe geappelleret hebbe alse van dem gerichte, dat over on mit rechte in dem hemelken gerichte gegan sy." Nach einer in den Acten befindlichen Notiz (wonach eigentlich zwei Berufungen, nämlich eine des A. v. Mollem und eine zweite des Bernhard v. Mollem Statt gefunden haben) ist die ursprünglich in den Acten befindlich gewesene desfallsige Urkunde des Bauergerichts schon pendente lite herausgeschnitten.

gänzliche Vernichtung ihr Bestreben gerichtet war [1]), mit Rath und That beizustehen. Nachdem ihnen sodann vom Rathe zu Dortmund ein tüchtiger Anwalt in der Person des Richters Johann Abel zu Geseke [2]) in Vorschlag gebracht worden war, gaben die Hildesheimer den Wunsch zu erkennen, daß die Sache an die kaiserliche Kammer in Dortmund abgegeben werde, und sie wandten sich dieserhalb sowohl an den Rath zu Dortmund, als auch an den Kaiser selbst. Dieser verfügte wie gebeten, indem er im März 1426 den Rath zu Dortmund als kaiserliche Kammer mit Untersuchung und Entscheidung der Sache beauftragte [3]).

Da Bischof Magnus sich im Mai 1426 wegen des damaligen Reichstages in Nürnberg aufhielt [4]), so benutzte er diese Gelegenheit, um für die Sache der Hildesheimer zu wirken; auch A. v. Mollem hatte sich, um seine Sache dem Kaiser persönlich vorzutragen, nach Nürnberg begeben; sie trafen jedoch den Kaiser nicht [5]).

So viel hiernächst die Thätigkeit des Raths zu Dortmund betrifft, so fand zuerst vor ihm selbst ein Gerichtstag am 13. August 1426 und am folgenden Tage ein zweiter vor dem Freistuhle auf dem Königshofe Statt, wozu auch auf den

---

[1]) „Ok hope wij unde wettet vorwar wol," — schrieben sie dem Rathe zu Dortmund — „dat gi unde alle erbare stede dar gerne vorwesen willen unde dat voygen, dat sodan snode, vorgifflich man, de so na vorstoringhe vromer stede arbeidet, genedert, gedelget unde nergen geleden noch gevordert werde."

[2]) „Alse juwe beschedenheit begerende, ifft wij ymande wisten, de jů bequeme were, de des hoves lop des Romesschen koninges sich vorstunde: so is ein ersam man, geheten Johan Abel, richter to Geseke. Wer sake, dat sich de juwer sake annemen wolde, so en wette wij nemendes uppe desse tijd, de jů in den saken nutter were, beide in deme hovesgerichte unde ok hir in dussem lande." — Vergl. über diesen J. Abel auch Thiersch, Hauptstuhl S. 130.

[3]) Anlage 20; vergl. auch Zeitschr. d. hist. Ver. 1854. S. 202.

[4]) Vergl. Windeck, Hist. vitae imp. Sigismundi, bei Mencken, Scriptores rerum Germanicarum Tom. I. p. 1189.

[5]) Anlage 21.

Wunsch der Appellaten [1]) die Freigrafen Snappe, Limburg und Johann v. Essene geladen und erschienen waren. Dort wurde sodann das Urtheil des Freistuhls auf der Homebeke vom 19. Juni 1425 lediglich bestätigt [2]).

Daß A. v. Mollem bezüglich dieser Entscheidung eine weitere Berufung (Beschwerde) zur Hand genommen hat, steht fest; aus den Acten geht jedoch nicht hervor, wann er diesen Schritt gethan hat. Da nun die desfallsige Entscheidung des kaiserlichen Hofgerichts zu Basel erst am 12. April 1434 erfolgt ist, so scheint die Einwendung der Berufung erst lange nach Erlassung des Dortmunder Urtheils Statt gefunden zu haben.

A. v. Mollem war jedoch nicht der Mann, welcher sich ruhig verhalten konnte. Er wandte sich im Jahre 1429 abermals an die Gilden, an den Bischof und an das Domcapitel zu Hildesheim, indem er in seinen desfallsigen Schriften sich bitter über das ihm widerfahrene Unrecht beklagte und dabei namentlich auf vorgekommene Bestechungen [3]) hinwies. Außerdem wußte er den Ritter Johann v. Valkenberg [4]), welcher

---

[1]) „Alse bidde wij gik," — schrieb am 6. August 1426 der Rath zu Hildesheim an den zu Münster — „dat gi uppe de benomede tijd (nämlich Dinstag nach Laurentii) to Dorpmunde senden juwen vrigreven Peter Limborge, der Korve vrigreven Corde Snappen, unde we gik unde den vorscr. vrigreven duchte, de uns unde den unen darto nutte unde bequeme were. Ok hedde wij juwe leve gerne gebeden umme enen juwer borgermestere, dar mit den unen to sendene."

[2]) S. die Urkunde *M.* 2. in dieser Zeitschr. 1854. S. 201 f.

[3]) „Hedden de rad to Dorpmunde, alse one de sake bevolen was van unsem gnedigen heren, dem koninge, in rechte to erkennende, wat geordelt eder vorsegelt, dat hedden se gedan wedder recht, de darup gesat sint, unde wedder dat gerichte, unde en mogen des mit eren unde mit rechte nicht vulstan vor fursten unde heren; dar deme unredelíken, mismoden, vortwivelden rade van Hildensem dat gelt unde klenode nicht to helpen en kan, dat se to Dorpmunde unde to Munster unde in anderen steden vorschenket hebben."

[4]) Derselbe ist wohl identisch mit dem Ritter Johann v. Valkenberg, welcher im Jahre 1442 in Gemeinschaft mit mehreren Rittern

auf dem Krukenberge [1]) wohnte und ihn, v. Mollem, mittlerweile als „Knecht“ angenommen hatte, für seine unglückliche Sache zu interessiren. Dieser ließ sich nämlich für den noch unmündigen Sohn des A. v. Mollem, mit Vornamen Bernhard, als Vormund verpflichten, und erhob in dieser Eigenschaft gegen den Rath zu Hildesheim bei dem Freigrafen Heinrich Fekeler zu Dringenberg eine Klage, zu deren Begründung angeführt wurde, daß der Rath zu Hildesheim Ehre und Recht von A. v. Mollem nicht habe nehmen wollen. In Folge dessen wurde der Rath zu Hildesheim von dem genannten Freigrafen auf den 24. Juni 1429 vor den Freistuhl zum Schonenloy vorgeladen [2]).

Zur Beseitigung dieser Ladung wurden von Seiten des Stadtrathes, des Bischofs Magnus und des Herzogs Wilhelm von Braunschweig unter Hinweisung auf die bisher in der Sache gegen A. v. Mollem ergangenen Entscheidungen die gewöhnlichen Abforderungsschreiben u. s. w. erlassen; auch wandte man sich, um die Niederschlagung der Sache zu erwirken, an den Erzbischof Dietrich von Cöln und unterließ nicht, dem Ritter Johann v. Valkenberg quaestionem status zu machen, weil nicht er, sondern A. v. Mollem seines Sohnes Dietrich „rechter und angeborener“ Vormund sei. Dessenungeachtet wurde der anberaumte Freigerichtstag nicht aufgehoben, sondern nur auf eine spätere Zeit verlegt. In dem desfallsigen Termine erschienen die Beklagten nicht, sie sandten jedoch Schriften ein, und es wurde darauf verfügt, daß unter einstweiliger Einstellung des vehmgerichtlichen Verfahrens zuvörderst ein gütlicher Tag gelegt werden solle [3]).

---

und Städtern den Herzog von Grubenhagen, den Grafen von Spiegelberg, den Ritter Conrad v. Alten und 300 feindliche Ritter, welche das Vieh bei Borgentrich über die Weser getrieben hatten, durch Ueberfall im Sollinger Walde schlug. S. Besse n, Geschichte von Paderborn B. 1. S. 281; Wigand, Archiv B. 5. H. 1. S. 99 u. fl.

[1]) Zwischen Herstelle und Helmershausen. S. Wigand, Archiv B. 7. H. 1. S. 87.

[2]) Anlage 22.

[3]) „Dar mynes gnedigen heren van Coln amptlude, man unde

In jenen anarchischen Zeiten jedoch, wo Alles sich befehdete, war es nicht leicht, einen beiden Parteien zusagenden Ort der Verhandlung ausfindig zu machen. Von Seiten des Klägers wurden dazu nämlich in Vorschlag gebracht die Städte Höxter und Uslar, die indeß beklagtischerseits abgelehnt wurden, theils wegen zu großer Entfernung, theils deshalb, weil man befehdet sei „von der Herrschaft Lippe, von dem Grafen von Pyrmont, von den Everſteinern, von den v. Wetberge, von den v. Hanstein, von den v. Uslar und von manchen anderen Parteien". Dagegen lehnten die Kläger ihrerseits die von den Beklagten vorgeschlagenen Städte Eimbeck und Dassel ab, weil sie, die Kläger, befehdet seien „von den Sassen, Lichen [1]), Hardenbergen und Bodenhausen".

Als man sich endlich über einen zu Dassel abzuhaltenden Tag geeinigt hatte, begehrten die Beklagten am 1. Mai 1430 einen ferneren Aufschub der Sache, weil der Bischof Magnus abwesend sei [2]); da jedoch der Kläger nicht länger zu warten gesonnen war, so compromittirte derselbe jetzt auf den Stadtrath zu Göttingen [3]), welcher auch, nachdem die Beklagten sich hiemit einverstanden erklärt hatten, zu Uebernahme der Sache bereit war, indeß nicht weiter thätig wurde, weil die Parteien gar nicht vor ihm erschienen. Die ganze Sache ruhete nun [4])

---

stede in dem stichte to Paderborn vorvellen unde beden mynen heren van Valkenberge, dat he dat gerichte gutliken stan lete, unvortegen malkes rechten." Auszug aus einem Schreiben des Freigrafen Fekeler an den Rath zu Hildesheim.

1) Gleichen.

2) „Unse gnedige here van Hildensem was binnen landes nicht, wente he was in dem stichte to Halberstad unde tigen unsen heren van Magdeborch."

3) „Des wolde ek" — schreibt v. Valkenberg an den Rath zu Hildesheim — „mine schulde mit jů nach juwem antworde mit jů bringen an den rad to Gottingen, unde on bidden, dat de vorben. rad uns daruver schedede nach deme gemeynen rechte des landes, dar gi, leven vrunde, alse ein rad van Hildensem inne beseten sin."

4) Im Jahre 1432 wurde auch der Rath zu Hildesheim, wie beiläufig erwähnt werden mag, in Folge einer nicht näher in den Acten

bis zu der am 12. April 1434 erfolgten Entscheidung des kaiserlichen Hofgerichts zu Basel, mittelst dessen die Beschwerde des A. v. Mollem über das Dortmunder Erkenntniß als unbegründet zurückgewiesen wurde [1]).

Wenn nun auch A. v. Mollem dieses in letzter Instanz ergangene Urtheil nicht anzufechten wagte, so war er doch keineswegs gemeint, den Rath zu Hildesheim mit weiteren Vexationen zu verschonen. Zunächst erwirkte er nämlich im Jahre 1436 eine in den Acten dem Inhalte nach nicht näher bezeichnete Verfügung des schon oben erwähnten Freigerichts zum Schonenloy, gegen welche der Stadtrath bei dem Freistuhle zu Erste eine, jedoch nicht weiter verfolgte Appellation an den Kaiser zur Hand nahm [2]). Sodann wurde der Rath zu Hildesheim in demselben Jahre durch Johann Spiegel zum Desenberg, Amtmann zu Dringenberg, um deswillen mit vehmgerichtlichen Maßregeln bedrohet, weil A. v. Mollem ihm, dem Amtmann, geklagt habe, daß er von dem Stadtrathe „verwältiget und verunrechtet“ sei [3]). Da indeß der Rath zu Hildesheim dieserhalb bei dem Erzbischof Dietrich von Cöln Beschwerde erhob und der Amtmann Spiegel deshalb nicht weiter zu verfahren wagte, so nahm A. v. Mollem nunmehr, um sein Recht geltend zu machen, wieder zu außergerichtlichen Schritten seine Zuflucht, indem er an Fürsten, Herren, Ritter und Städte „bis an den Rhein“ Zuschriften sandte, worin er den kaiserlichen Hofrichter Johann v. Lupfen, den Freigrafen Cord Snappe und den Rath zu Dortmund der Fällung falscher

---

bezeichneten Klage des Hans v. Haversforde, Dieners und Freundes der Junker Ernst und Hans v. Uslar, durch Johann Bernekotte, Freigrafen Ulrichs und Vollmers v. Brenken (derselbe war auch Freigraf zu Rekeswycke, Urkunde *M.* 3. in dieser Zeitschr. 1854. S. 267), vor den Freistuhl zur Wefelsburg geladen, woselbst man sich über einen in Gandersheim abzuhaltenden gütlichen Termin einigte, dessen Ergebniß jedoch aus den Acten nicht hervorgeht.

[1]) S. die Urk. *M.* 3. in dieser Zeitschr. 1854. S. 208 f.

[2]) S. die vom Originale aus dem Hildesheimer Stadtarchive entnommene Anlage 23.

[3]) Anlage 24.

Urtheile beſchuldigte und maßloſe Verunglimpfungen gegen den Rath zu Hildesheim und andere Perſonen ſich erlaubte [1]).

Um dieſem unſinnigen Treiben des v. Mollem ein Ziel zu ſetzen, erhob der Rath zu Hildesheim Beſchwerde bei dem Kaiſer, welcher ſodann mittelſt Urtheils vom 1. December 1436, unter nochmaliger Beſtätigung der Erkenntniſſe vom 19. Juni 1425, 14. Auguſt 1426 und 12. April 1434, über den v. Mollem wegen der von ihm erhobenen frevelhaften Beſchuldigungen die Oberacht verhängte [2]). Somit war denn dieſe ganze Streitſache für immer als gänzlich beendigt und erledigt zu betrachten.

Dennoch hatte — ſo arg war der Mißbrauch, der mit den Vehmgerichten getrieben wurde — im Jahre 1438 der Freigraf Hermann Loſeken zu Wunnenberg die Frechheit, die Gilden und die ganze Gemeinde zu Hildesheim auf den 8. Mai 1438 vor ſeinen Freiſtuhl zu laden [3]), „weil der Rath zu Hildesheim dem A. v. Mollem Ehre und Recht verweigert habe, auch die Gilden dem Stadtrathe in ſeinem Ungehorſam beiſtändig geweſen ſeien“. Der Rath zu Hildesheim machte darauf dem Freigrafen Loſeken mittelſt Schreibens vom 19. März 1438 über ſein rechtswidriges, unſtatthaftes und gegen die der Stadt Hildesheim von Kirche und Reich ertheilten Exemtionsprivilegien [4]) verſtoßendes Verfahren ernſtliche Vorwürfe;

---

[1]) S. das Schreiben an den Biſchof von Hildesheim in der Anlage 25.

[2]) S. die Urkunde № 4. in dieſer Zeitſchr. 1854. S. 214 f. Bemerkenswerth iſt, daß auch an demſelben Tage (1. December 1436) zu Prag die Beſtätigung des der Stadt Hildesheim im Jahre 1418 ertheilten Exemtionsprivilegs durch den Kaiſer Sigismund erfolgt iſt.

[3]) Anlage 26.

[4]) „Ok de wij gik wetten, dat wij unde de unse mildichliken geprivilegiert unde begnadet sint van der hilgen kerken unde van deme hilgen Roymisschen rike, alse, wanne wij ere unde rechtes plegen willen bynnen unser stad, dat men uns denne vor nein ander uthwendich gerichte mach laden, sunder allene vor de vorhoringe der keyserliken majestaten; so wij dit mit unsen privilegien mit rechte wol bewisen willen.“ Die vorerwähnten Exemtionsprivilegien ſind 1) das vom Kaiſer Sigismund am 26. (nicht 16.)

was den Erfolg hatte, daß die erlaſſene Ladung wieder beſeitigt wurde.

Am Schluſſe mag noch die Bemerkung Platz finden, daß das Haus des v. Mollem in die Hände des braunſchweigiſchen Bürgers Cord v. Hudeſſen gelangte und von dieſem im Jahre 1443 dem Rathe zu Hildesheim überlaſſen wurde; nähere desfallſige Nachrichten ſind in den Acten nicht vorhanden.

Anlagen.

1.

Verhandlung zwiſchen A. v. Mollem und dem Hildesheimer Stadtrathe. 1422, den 13. Februar.

Anno Domini M°CCCC°XXII°, des vrigdages neist vor sunte Valentinus daghe, let de rad Alberde van Mollem vorboden, alse se vore ok manichworve ghedan hadden, dat he jo nicht en quam; doch leten se one dosulves so langhe soken, dat men one vant, umme not unde sake willen, des deme rade der stad unde deme gantzen lande anlighende was.

Also quam he tolest uppe dat hus, dar alle dre rede jegenwordich weren, uppe Bertolde Hanwarden na, de van krancheit weghen dar nicht komen en konde.

Also sede ome de borgermester Hans Lutzeke van drier rade weghen:

September 1418 ertheilte und von demſelben am 1. December 1436 erneuerte und beſtätigte Privileg. (Abgedr. bei Lauenstein, Hist. dipl. episc. Hild. S. 62 u. fl. und in der Druckſchrift Tripartita demonstratio etc. Hild. 1691 S. 168 f.; vergl. auch Zeitſchr. d. hiſt. Ver. 1854. S. 185 und oben S. 139 Anm. 2.) 2) Die Urkunde vom 13. Auguſt 1436, zufolge welcher das privilegium Sigismundinum durch die Kirchenverſammlung zu Baſel beſtätigt wird. Ein Abdruck dieſer im Hildesheimer Stadtarchive aufbewahrten, dem Verfaſſer jedoch erſt jetzt zu Geſicht gekommenen Confirmationsurkunde iſt in der Anlage 27. enthalten.

Leve her borgermester, alle dre rade hetet mek segghen, also gy wol seet, alse id sek maket umme lant unde lude, unde gik de rad to menighen tiiden vorboden let, hir uppe unde dar ave, unde gy jo nicht en komen; des het mek de rad, dat ek gik vraghe, iffi gi ein borgermester eder ein radman wesen willen eder nicht. Des ghat uppe dat welve [1]) unde beradet gik des, unde segghet deme rade des ein antworde wedder.

Dar antworde he to stunt to, er he sek wande: he en wolde des berades nicht nemen; unde bat den rad dor Ghod unde user leven Vruwen willen, dat ome de rad des rades vordreghen wolden, unde sede, he wolde des langhe gerne abe wesen.

Do bered sek de rad unde leten one wedder komen.

Do sede ome de vorscrevene borgermester van drier rade weghen: de rad wolde van ome hebben, wanne on de rad eder de borgermester vorboden lete, id were hir uppe eder dar ave, so scholde he to deme rade komen, alse id sek nu makede umme lant unde lude, id en were, dar id ome echt noed beneme, wente he des vorder vorplichtet were, wen ein ander, darumme dat he ein borgermester were. Unde weret, dat he deme so nicht en dede, dar wolde de rad vorder umme spreken.

Dar antworde he to, he en wolde in deme dwanghe nicht wesen, unde bat den rad aver dorch Ghod unde user leven Vruwen willen unde umme des hilgen blodes willen, dat se one des rades vordreghen; he wolde deme rade like gherne denen mit live unde mit ghude, unde wolde gherne doen, alse syne neybûre boven ome unde benedem ome deden.

Do bereit sek de rad aver unde leten one wedder komen, unde leten om seghen, in deme dwanghe moste we altomale wesen, beyde hir uppe unde darave, unde de saghe unde bede hedde he mogelken ghedan to der tijd, er he den narad swore.

---

[1]) Gewölbe.

Hir nam he manighe achte to, dat on de rad up her ghan heit.

Tolest sede ome de vorscr. borgermester van drier rade wegen, de rad en hedde on mit der vraghe der eede nicht los ghelaten, de he to deme rade ghedan hedde, unde leten on der ok nicht los, unde dat he deme so dede, so ome ghesecht were, dat wolde de rad van ome hebben.

Darmede gink do de rad aff unde hadden dat umme sinen willen vorholden, wente over middendach.

Dosulves na middaghe, alse de clocke twe sloch, do quemen de rad wedder to hope umme not willen, des deme rade unde der stad unde deme gantzen lande anlighende was, alse ok vorgescr. is.

Dar let on de rad uppe desulven tijd by vorboden, dat he darto raden scholde.

Alse he do quam, do gink he uppe de dornsen [1]); also leet on de rad esschen.

Do quam he vor den radstol unde vraghede, wat men ome wolde.

Do heit on de borgermester sitten ghan to sinem rade.

Dar antworde he to, he en were also dar nicht ghekomen, he were also dar ghekomen, alse he des morghens van deme rade ghescheden were; des wolde he eynen ende hebben.

Hirup bereyd sek de rad unde leten on wedder komen, unde de vorbenomede borgermester sede om van drier rade weghen, dar se alle jegenwordich weren, alse vorscr. is: wolde he mit willen to deme rade komen, wen on de rad vorboden lete, unde raden to der stad nut unde not, dat wolde de rad gerne van ome nemen, unde dat he dar ene wande to neme wente uppe den neisten tokomenden mandach, unde des deme rade ein

---

[1]) Dornse, dörnse, dönse, im Allgemeinen ſ. v. a. Stube. Vergl. Scherz's Gloſſar.

antworde sede. Weret, dat he des nicht don en wolde, se wolde eme de rad des rades vorlaten.

Dar antworde he to stunt to, he en wolde dar nene wande to hebben, unde dankede deme rade unde gink darup enwech.

2.

Eid des H. v. Mollem.

1422, den 13. Februar.

Anno Domini millesimo CCCC°XXII°, feria sexta proxima ante Valentini, swor Albert van Mollem dessen eydt: Weret, dat he nu iffte hirna deme rade der stad to Hildensem ichtes to the seghende hedde, dat he noch nemet van siner weghen dat vorder nergen soken noch vorderen en willen, wen mit wertlikem gherichte vor unsem heren van Hildensem to Stůrwolde, unde laten id dare ghan, wů id sek ghebore.

Hedde he ok hire des rades borgheren eder dingplichtighen, unde de one to vordeghedinghende boret, nu iffte hirna, ichtes to tho seghende, dat he noch nemet van siner weghen dat vorder nergen soken noch vorderen en willen, wen mit wertlikem gherichte binnen Hildensem vor unses heren gherichte eder hire vor deme rade, unde laten id dare ghan, wo id sek ghebore; unde dat he deme rade noch nemende, de on to vordeghedinghende bort, nicht to en kere, he en do dat mit deme rechten, alse vorscr. is.

Dessen eid stavede ome Arnoldus Důvel, unser stad scriver.

3.

Schreiben des Stadtraths zu Braunschweig an den zu Hildesheim.

1424, den 17. März.

Den ersamen, wisen mannen, heren borgermeisteren unde rade der stad to Hildensem, unsen leven, bisunderen vrunden, enbede we, de rad to Brunswik, unsen willigen denst.

Alse gi van uns begerende sin, gik to scrivende, in welker wijs we alse de rad tuchnisse don mogen van saken, de vor uns ghehandelt werden, na unser stad rechte unde wonheit, des do we gik witlik:

Weret, dat jenighe lude, de under anderen to sakende hedden, vor uns quemen, dar we in des rades achte to hope weren eder vor twe eder dre eder mer unses rades kumpanen, de to eyner sake van unses, des rades, wegene de to horende unde to handelende ghesant weren, wat also vor uns eder dussen unses rades medekumpanen ghesecht unde ghehandelt worde, des en mochten dejenne, de dat vor on so ghehandelt hedden, darna mid eden nicht vorsaken, efft se de rad eder dusse unses rades kumpan des overtughen wolden.

Weret ok, dat jemet umme rochtes eder anbringinge [1]) willen vor uns, alse we in des rades achte [2]) weren, vorbodet worde umme ervaringe der warheit ener sake eder brokes, unde de dar denne wes bekande, des en mochte he aver nicht vorsoken, effte we, de rad, one des overtughen wolden, wol dat de sake uns, den rad, unde unse stad sulven anlangende were, alle na unser stad rechte unde wonheit.

Dusses to bekantnisse is unser stad secretum ghehenget neden an dessen breff, de gheven is na Christi ghebort verteinhundert jar darna in deme vere unde twintigesten jare, am frigdage allerneist na Invocavit.

4.

Auszug aus einem Schreiben des A. v. Mollem an die sämmtlichen Gilden zu Hildesheim.

(1423.)

Alse de rad van Hildensem hefft ghelesen laten — ene scrifft, dede inneholt, dat ek se ghebeden hebbe, dat se my des rades vorleten: des, so wetet, leve erbare

---

[1]) *Delatio.* Scherz, Glossar. s. h. v.

[2]) Berathung.

vrunde, dat ek deme also nicht ghedan en hebbe; unde ek hebbe an alle ammechte gescreven, dat ek umme vare willen mynes levendes van on kesen moste, alse ek mene, dat sek dat also nicht gheboeret en hedde. —

De rad leten my — in myn hus sweren, alse ek my vorbot, alle ammechte scholden myner mechtich sin to ere unde to rechte, so bin ek van des inlegers wegen to groten vorderfliken schaden gekomen boven recht. —

Darna to dem vastelavende, alse de schel upstund twijsschen den berden [1]) unde my, unde alse de rad Toningese — in der hechte [2]) hadden unde de ore darto gheschicket hadden, dede Tonningese in dem stocke wrakeden [3]), dat ome sin ghemechte breken mochte, dat he van wedage uppe my sede, dat my liff unde ere galt etc. —

Dessen groten overmot unde vorderfliken schaden hebben my de rad toghedreven, alse ek nene schulde en weit, de de rad mit rechte to my hebben, wen dat ek my mit Harlsem unde mit Luceken nicht vordregen en konde unde mit oren vrunden, dar yd der ghemeynen nut ghalt, — darumme dat ek ores vadderenspeles unde orer swegerschup nicht mede volgen en wolde. —

Hirumme bidde ek jů, — dat gi umme Ghodes willen unde umme mynes truwen denstes willen my willen beschuren vor ghewalt des rades van Hildensem. So wolde ek jů berichten alles dinges, wo my de rad alle desse vorscr. artikele mit myner insage, de ek uppe jowelk artikel to segende hebbe, tho ghebracht wedder Ghod unde wedder recht hebben. —

---

[1]) v. Mollem war nämlich von den bischöflichen Mannen Elverd v. Röffing, Hilmer Schenke und Hermann Vreſe beſchuldigt worden, in Gemeinſchaft mit einem gewiſſen Tonnies einige Spottverſe „auf die grauen Bärte“ gemacht zu haben.

[2]) Gefängniß.

[3]) wraken ſ. v. a. rejicere, pellere, trudere. Scherz, Gloss. s. h. v. (Hängt damit das calenbergiſch-plattdeutſche rakkela, reißen zuſammen?)

5.

Verfeſtung des A. v. Mollem durch das biſchöfliche Gericht unter der Laube zu Hildesheim.

1423, den 13. Auguſt.

Copia, wo Albert vor der loven vorvestet wart.

Ek Tileke van Hoyersem [1]), to desser tijd voghet to Hildensem mynes ghenedighen heren bisschup Johans, bekenne openbare in dessem breve under mynem ingesegele:

dat vor mek, dar ek sat in gherichtestad in gheheghedem gherichte [2]), to rechter dingtijd daghes quamen dre rade der stad to Hildensem unde klagheden over Alberte van Mollem, dat he an de ammechte to Hildensem ghescreven hefft in sinen besegelden breven boven den rad, dat deme rade an ore ede, ere unde werdicheit gha.

To dem ersten, dat he scrifft, dat he den rad des nicht ghebeden en hebbe, dat se ome des rades vorleten, unde dat he umme vare willen sines levendes van deme rade kesen moste, darumme dat se sek up one scholden vorplichtet hebben in edestad, unde one mit sodanem vorbunde scholden van sek ghewist hebben, so sine breve inneholden; unde he in densulven breven deme rade schult gifft tigen de ammechte unde manigerleye artikele scrifft, darmede he na nener eindracht en steit, wen na desses bleckes ewighem vorderve, alse he des doch

---

1) Ueber die Hildesheimer Stadtvögte vergl. Beiträge zur Hildesheimſchen Geſchichte Bd. 1. S. 336 u. fl. Der Vogt Tileke van Hoyerſem (Hogerſem) ſoll, wie dort S. 341 angegeben iſt, auch im Jahre 1420 urkundlich vorkommen.

2) Dieſes war, wie aus der folgenden Urkunde hervorgeht, das biſchöfliche Gericht im Rathhauſe „unter der Laube“ in der Altſtadt Hildesheim. — Die Laube, lobium, war der Sitzungsſaal, von deſſen Bogenfenſter aus die ſtädtiſchen Statuten verkündigt wurden. Grupen, Origg. et antt. Hanov. p. 320. Gengler, Deutſche Stadtrechte des Mittelalters S. 553.

mogelken nicht don en scholde, so he deme rade des mit eden vorbunden unde vorplichtet is, alse he to den hilgen ghesworen hefft, dat he den rad unde ore borgere schulle helpen in eindracht holden. Dar he deme rade groten sulffwolt unde unrecht ane deit, alse ome de rad rechtes nu gheweigert en hefft.

Unde vorvesteden unde brochten on in eine overtal umme dessen sulffwolt unde sake mit rechte, also dat he des landes ghemene maket wart mit vingheren unde mit tunghen; unde worven mit ordele unde mit rechte so vorder, dat Albert van Mollem nergen nenen vrede hebben en scholde, wen wůr men on nicht hebben en mochte.

Ok irworven se mit ordele unde mit rechte, alse we Alberde van Mollem husede eder heghede unde on dem kleghere, alse dren raden to Hildensem, to rechtem antworde nicht bestellen en wolde, dat de ghelik Alberde sulff schuldich is.

Unde over desse sake wart dem klegere, alse dren raden to Hildensem, ein vrede ghewracht, alse recht is, dat one hirumme nement nicht to en kere, he en kome dar vor mynes heren gherichte unde late id darumme aldaer ghan, wo id sek ghebore in rechte, so se dat mit ordele unde mit rechte erworven hebben.

Unde hir is allet bighevaren mit vorspreken unde mit dingluden in aller wise, alse ordele unde recht utwisende is.

Unde ek Hinrik Storing de junghere bekenne under mynem ingesegele, dat ek hir ein vorspreke to ghewesen hebbe; unde we, Drevs Stein, Cord van Bevelte, Cordes sone van Bevelte, unde Cord Greve bekennet under usen ingesegelen, dat we hir hebbet dinglude to ghewesen.

Unde is gheschen na Ghodes bort verteinhundert jar darna in deme dreundetwintigesten jare, in sunte Ypolitus daghe.

6.

Verfestung des A. v. Mollem durch die bischöfliche Tresekammer.
1423, den 13. August.

Copia wu Albert vorvestet wart vor der tresekameren.

Ek Hinrik van Boltzem de eldere, to desser tijd voget to Sturwolde by Hildensem des erwerdighen mynes ghnedighen heren, hern Johannes, bisschup to Hildensem, bekenne openbare in dessem breve unde do witlik allen wertliken richteren unde vogheden in des vorscr. mynes heren lande unde ghebede, in steden, in borghen, in wikbelden, in dorperen, wo men de benomen mach:

dat vor mek, dar ek sat in gherichtestad van macht weghen mynes benomden heren in sinem hoghesten gherichte vor siner tresekameren [1]) achter der borch to Hildensem, quamen dre rade der stad to Hildensem, unde clageden over Alberte van Mollem, dat he an de ammechte to Hildensem ghescreven hefft in sinen besegelden breven boven densulven rad, dat deme rade an ore ede, ere unde werdicheit gha.

To dem ersten, dat he scrifft, dat he den rad des nicht ghebeden hebbe, dat se ome des rades vorleten, unde dat he umme vare willen sines levendes van dem rade kesen moste, darumme dat se sek uppe one scholden vorplichtet hebben in edestad unde one mid sodanem vorbunde scholden van sek ghewist hebben, so sine breve inneholden.

Unde he in densulven breven dem vorscr. rade schult giffi tigen de ammechte to Hildensem unde menigerleye artikel scrifft, darmede he na nener endracht en steit,

---

[1]) „Tresekamer“ (dresekamer, trezekamer) bedeutet im Allgemeinen so viel als Schatzkammer, aerarium, und wird auch oft für „Sacristei, sacrarium, chartophylacium ecclesiasticum“ gebraucht. S. Frisch, Explic. voc. Tresekamer in Misc. Berol. T. IV. p. 183. Als Bezeichnung des höchsten Gerichts des Bischofs von Hildesheim kommt der fragliche Ausdruck auch vor in einer, in den „Mittheilungen für das Fürstenthum Hildesheim und die Stadt Goslar“ Bd. I. S. 100 abgedruckten Urkunde von 1395.

wen na desses bleckes ewigem vorderve; alse he des doch mogelken nicht don en scholde, so he demsulven rade des mit eden vorbunden unde vorplichtet is, alse he to den hilgen ghesworen hefft, dat he den benomeden rad unde ore borgere schulle helpen in eindracht holden; dar he deme rade groten sulffwolt unde unrecht ane deit, alse ome de rad rechtes nu gheweygert en hefft.

Umme de sake unde sulffwolt hebbet se Alberde van Mollem mit rechte vorvolghet unde in eine overtal ghebracht so vorder, dat he darumme vorvestet unde vredelos ghelecht is vor des benomeden mynes heren gherichte under der loven in der olden stad to Hildensem.

Unde de rad betugheden vor my in deme benomeden hogesten gherichte de vorscr. vorvestinghe unde overtal mit vorspreken, dingluden, vronenboden unde deme richtere, alse recht unde wonheit is, unde erworven mit ordele unde mit rechte, dat men Alberde van Mollem dar ok des landes ghemene makede unde vredelos ghelecht wart mit vingeren unde mit tungen, alse recht is.

Vortmer so wart dare deme rade mit ordele unde mit rechte toghevunden:

Nach dem male dat Albert van Mollem dare vor mynes heren hogesten gherichte aldus vorwunnen, vorvestet unde vredelos ghelecht is, so is he dorch recht in allen steden, borgen, wikbelden, dorperen unde gherichten ok vredelos unde vorvestet, so wide alse mynes benomeden heren gherichte unde ghebede is [1]).

Ok worven se mit ordele unde mit rechte, dat Albert van Mollem nerghen nenen vrede hebben scholde, wen wür men one nicht hebben en mochte.

Vort worwen se mit ordele unde mit rechte:

Alse we Alberde van Mollem husede unde hegede unde on dem kleghere, alse den dre raden, to rechtem antworde nicht bestellen en wolde, dat de in desser sake ghelik Alberde van Mollem sulff schuldich is.

---

1) Vergl. Anmerk. 1. zu S. 123.

Unde over desse sake wart dem klegere, alse dren raden to Hildensem, ein vrede ghewracht, alse recht is, dat one hirumme nemet nicht to en kere, he en kome dare vor mynes heren gherichte unde late yd darumme aldare ghan, wo yd sek ghebore in rechte, so se dat mit ordele unde mit rechte irworven hebben.

Dit is aldus vor my in deme benomeden hogesten gherichte ghehandelt unde wart byghevaren mit vorspreken unde mit dingluden in aller wise, alse ordel unde recht utwisende is. Hir wetten sek na to richtende alle dejenne, de dessen breff seen eder horen lesen.

Desses to tughe unde openbarer bekantnisse so hebbe ek dessen breff ghevestenet mid des stichtes van Hildensem hoghesten gherichtes ingesegele, des wy Hinricus Bodeker alse ein vorspreke, Arnd van Heinde, Wyneke van Gheseke, Eghert Remensnider unde Tileke Schonehals alse dinglude hir to desser tijd hirmede to ghebruken.

Dit is ghehandelt unde gheschen na Ghodes bort verteinhundert jar darna in deme dreundetwintigesten jare, des vrigdages in sunte Ypolitus daghe.

7.

Zeugniß der Schöffen, betreffend die Verfestung des A. v. Mollem. 1424, den 12. April.

Witlik sy allen ffursten, greven, vrigen, heren, ritteren, knechten, vrigreven, scheppen unde reden der stede, de dessen breff seen eder horen lesen:

dat Albert van Mollem, borgere to Hildensem, mit rechte vorvestet unde ffredelos ghelecht is vor des erwerdigen unses ghnedighen heren van Hildensem, bisschup Johannes, gherichte under der loven to Hildensem, unde is vort ghetoghen, alse recht is, an dessulven unses ghnedighen heren van Hildensem hogeste gherichte, alse vor sine tresekameren, dat he mit sinem vanenlene [1]) van

[1]) Bezüglich der Fahnlehen (feuda vexilli) mag hier an die nachfolgenden Bestimmungen des sächsischen Landrechts erinnert werden. Es

dem hilgen Romeschen rike to lene hefft; dar desulve Albert van Mollem ok vorvestet unde ffredelos gheiecht is.

Unde is allet ghehandelt mit ordele, vorspreken unde dingluden, alse recht is, alse dar ok twene besegelde breve over ghegheven unde ghan sint vor beiden gherichten, der breve ein besegelt is mit deme ingesegele, dat dat hilge Romesche rike darto sunderliken ghegheven hefft mit dem vanenlene unde anders nergen to nener sake en denet, wen to deme vorbenomeden gherichte der tresekameren.

Unde we, Siverd van Rottinge, Herman unde Bertold, brodere, gheheten de Bocke van Northolte, Asschwin van Saldere, hern Borchardes sone, alle ritters, Herman Vrese, Hinrik van Wenden, Luthardes sone, unde Ffrederik van Reden, knapen, alle scheppen, bekennet unde betuget in dessem sulven breve, dat uns desse vorscrevene vestinge unde ffredelosleggінge witlik is unde de vorscrevenen twene besegelden richtersbreve ledegans unde ungeseriget gheseen unde gehort hebben[2]).

---

besagt nämlich 1) Buch III. Art. 52. §. 2: Die kaiser ne mach in allen landen nicht sin unde al ungerichte nicht richten to aller tiet; darumme liet he den vorsten fahnlehen und grafscap; 2) Buch III. Art. 58. §. 2: It n'is nen vanlen, dar die man af moge des rikes vorste wesen, he ne untva't von deme koninge; 3) Buch III. Art. 60. §. 1: Die kaiser liet alle geistlik vorsten len mit deme sceptre, alle weritlike vanlen liet he mit vanen. Vergl. Eichhorn, Deutsche Staats- u. Rechtsgeschichte Bd. 2. §. 290; Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters Bd. 2. S. 191 u. ff. — Unter den im Königl. Archive zu Hannover aufbewahrten Lehnbriefen der Bischöfe zu Hildesheim habe ich nur einen einzigen gefunden, worin der Ausdruck „Fahnlehen" vorkommt. Dieses ist nämlich der Lehnbrief des Kaisers Carl IV. d. d. Nürnberg, den 29. Januar 1362, Inhalts dessen der Bischof Heinrich belehnt wird „de regalibus et feudis ecclesie Hildensemensis et nominatim de dignitate seu jure, quo seu quod vulgariter vanlehen dicitur."

2) Sowohl die vorliegende, als auch die Urkunde Anlage 6, ist auch zufolge einer in den Acten enthaltenen Urkunde vom 24. August 1424 beglaubigt von den Schöffen Heinrich v. Wenden, Heinrich v. Rutenberge, Heinrich v. Paderborne, Heinrich v. Empninge, Hans van dem Wolde, Hermann Fabri und Hans Brandesleve.

Unde we schrivet dat, alse uns dat gheboret; so gik desse jegenwordige breffwisere, Diderik van Upmedem van uns unde van siner wegen desses wol underrichten schal; unde we hebbet desses to bekantnisse use ingesegele witliken an dessen breff henget.

Na Ghodes bort verteinhundert jar darna in deme vereundetwintigesten jare, des middewekens neist vor Palmen.

8.

Schreiben des A. v. Mollem an den Vogt Tilefe v. Hoyerfem.

(1424) den 29. April.

Wettet, leve her voget, dat my van horsegende witlik ghedan is, dat de rad van Hildensem my vor juwem gherichte in ene vestinge ghebracht hebben umme overnechtige schicht, alse ek berichtet bin, dat ek van juwes gherichtes wegen nu vorbodet eder to rechte ghedaget en wart; alse ek juwem gherichte unde dem rechten nu unhorsam en wart, unde ek nene sake en weit, de vestinge wert sy, dar ek my inne vorwracht hebbe.

Unde wes gi vor juwem gherichte deme rade to Hildensem mit klagende hinder my ghestadet hebben buten de wise des rechten, darane is my grot smaheit gheschen unde unrecht.

Mochte aver al sulk handelinge ein rechte vestinge heten, so do ek jů, alse enem richtere, witlik, dat ek in sodaner vestinge nicht lenger wesen en wille, unde wil my darut then mit rechte; unde bidde jů, leve her voget, dat gi my unde minen vrunden enen vrede werken, dat ek unde myne vrunde vor juwem gherichte velich to unde affkomen mogen ane alle gheverde, unde bidde des umme juwe antworde.

Gescreven des sonnavendes na sunte Jorgens dage; to bekantnisse so hebbe ek myn ingesegele ghedrucket neden uppe dessen breff.

Albert van Mollem.

9.

Gerichtsſchein des Vogtes T. v. Hoyerſem.

1424, den 26. Juni.

Dit is des richters breff uppe dat werff, dat Heyneman Struns unde Henneke Otberges worven van Albertes wegen van Mollem in gherichte.

Ek Tileke van Hoyersem, to desser tijd voget to Hildensem mynes gnedighen heren bisschup Magnus, bekenne openbare in dessem breve under mynem ingesegele:

dat vor mek, dar ek sat in gherichtestad in ghehegedem gerichte to rechte to rechter dingtijd dages, leten de rad van Hildensem bidden enen vorspreken.

De vorspreke warff van orer wegen:

wo dat deme rade van Hildensem to wettende gheworden were, we dat Albert van Mollem hedde vor gherichte ghesant unde hedde ein werff gheworven laten, wer dat gherichte unde de dingplichtigen dorch recht ith uthsegen scholden, wo dat werff gheludet hedde, unde we de weren, de dat gheworwen hedden?

Dar wart up ghevunden vor recht:

se scholden dat dorch recht utsegen.

Also seden se uth, wo dar weren ghekomen twene men ute Albertes hus van Mollem; de ene hedde ghesecht sunder vorspreken:

Her richter, Albert van Mollem let gik bidden, dat gi one unde sine vrund veligen, dat se velich komen mogen to unde aff; he en wille nicht lenger in der vestinge wesen unde wil sek daruth theen unde antworden vor liff unde vor ghud.

Dar ek dem manne to antworde, als ein richter:

Leve man, dat en boert sek also nicht; wultu wat werven, so bidde enen vorspreken, wes du denne mit ordele unde mit recht wervest, des en wil ek dy nicht weigeren.

Dar de man to antwordede: ome en were anders nicht bevolen, unde warff dat enewarff, anderwarff, dridde-

warff, unde he sede den luden, dat se des vordechtich weren.

Alse bad ek dat gherichte unde de dingplichtigen, dat se des wolden vordechtich sin, dat he dat so nicht en worve, so he van rechte scholde; unde de men gingen darmede wedder in Alberdes hus van Mollem.

We de menne weren, eder wo se heten, dat were deme gherichte unde dingplichtigen unwitlik.

Dit is aldus ghehandelt in gherichte unde wart bighevaren mit vorspreken unde mit dingluden in aller wise, alse ordel unde recht utwisende is.

Unde ek Hinrik Storing bekenne under mynem inges., dat ek hir ein vorspreke to ghewesen hebbe; unde we Hinrik van Borsem, Herman Bleydorn, Ernst van der Halle unde Lodewich Helmersen bekennet under unsen inges., dat wy hir dinglude to ghewesen hebbet.

Unde is geschen anno Domini M°CCCC°XXIIII°, secunda feria post festum Johannis baptiste.

10.

Schreiben des Erzbischofs Dietrich von Cöln an den Stadtrath zu Hildesheim.

Königsdorf (1424), den 29. Mai.

Ersamen, ghuden vrunde. Alse ir uns nu ghescreven hat, dat eyner, genant Albert van Mollem etc., uch denke to moyen an unsen hemelken gherichten, unde begeret, dat wir bestellen willen an unsen ffrigreven, dat se uch van Albertes wegen nicht en mogen etc.; alse hat uns ouch darvan gheseit unde ghebeden der edele unse leve brodere Hinrik van Morse, den wir unde ok uch to leve bestalt han latzen an unsen ffrigreven, dat se sik der sache tigen jů nicht annemen, se en sin erst vor uns vorvolget.

Darumme, leven vrunde, alse gi uns vornemen werden in unsen landen van Westvalen, so wilt darby schicken; konne wir dan icht ghudes dar entwijsschen ghedegedingen, dat wij jů to leve gerne don.

Datum Koningtorp [1]), nostro sub signeto, feria secunda post dominicam Vocem jocunditatis.

11.

Gütliche Ermahnung des lippischen Freigrafen Johann v. Millinchtorp. 1424, den 10. August.

Ad consules Hildensem.

Minen denst vorscr. Erwerdigen, ghuden vrunde. Ek begere jů wetten, dat myn ghnedige junchere Symon, here to der Lippe, my swarliken hefft klagen laten, wo gi Alberde van Mollem hebben laten laden vor den vrigenstol, gheheten uppe der Honebeke, ghelegen in deme stichte van Munster, dor de gherichte siner vrigenstole [2]), de he hedde van ghnaden unses genedigen heren, des Romesschen koninges unde des hilgen Romesschen rikes; so he dessulven Albertes van Mollem mechtich sy to eren unde to rechte, alse he jů gescreven hebbe.

Wůrumme so see ik gerne, ghuden vrunde, unde affessche jů, des ek na siner klage wegen nicht biwesen en mach, dat gi jů mit mynem ghnedigen juncheren vorbenomed umme desser vorbenomeden klage, unde dar sin ghnade jů umme Albertes van Mollem jů vorder umme to segende hebbet, richtet in vruntschůp effte in rechte

---

1) Königsdorf (Villa regis), in der Nähe von Cöln belegen. Dieser Ort, wo ehemals ein Kloster sich befand, ist bekannt als die Stelle, wo Carl der Große die Messe des frommen Hildebold hörte, welcher später den bischöflichen Stuhl Cölns als erster „Archiepiscopus" bestieg. Vergl. Wigand, Westfälische Beiträge, Bd. 2. S. 114 u. fl. Vergl. auch Binterim u. Mooren, die Erzdiöcese Köln, Thl. 1. S. 82.

2) Der Edelherr von der Lippe selbst hatte sich bereits in einem Schreiben an den Rath zu Hildesheim d. d. Falkenberg, den 24. Juli (in vig. Jacobi ap.) hierüber geäußert: Uns hefft berichtet A. van Mollem, unse dener unde knecht, wo he van juwer wegen gheladet unde besweret werde mit deme hemelken gherichte unses gnedigen heren, des konninges, vor den vrigen stol to den Horkoten Hermans Korvers, dorch unse gherichte her, des wij menden, dat in dem rechten nicht sin en mochte.

in dit unde deme neisten mandage, komende na sunte Bartolomeus dage na giffte desses breves [1]), uppe dat he my nicht vorder en klage; wente klagede men my vorder, so moste ek dar holden, so my van rechte gheborde, ein richte, des ek doch gerne by were unde doch mit beschede nicht weygeren mochte.

Datum anno Domini M°CCCC°XXIIII°, die Laurencii martiris, sub meo sigillo.

Johan van Millinchtorpe, vrigreve der herschup van der Lippe [2]).

12.

Schreiben des A. v. Mollem an den Bischof Magnus zu Hildesheim. 1424, den 26. Juli.

Alse juwe rad to Hildensem juwer werdicheit in mynen saken wedder screven, dat se mit gherichte unde rechte vor juwer gnaden gherichte na juwer stad Hild. wonheit my in ene overtal unde veste gebracht hebben etc.: darane wanet my to dem eristen, dat ek nu van orer wegen to gherichte vorbodet wart, deme richter noch sinem boden nu unhorsam was.

Darumme en konden se my umme nenes unhorsames willen mit rechte in ene vestinge bringen. Se en hebben ok vor ore veste nene hantghedat uppe my nicht ghetuget, de my an hals ichte an hande gha, ichte vestinge wert were; unde mene, welke ordele hinder my unde tigen my ghevunden ichte ghegheven worden, dar ek nicht jegenwordich were unde nicht mit unhorsame van dar were, dat de machtlos unde my nicht bindende sin in dem rechten.

Unde wolde dit gerne setten an juwe ffurstliken ghnade to irkennende. Hedden se de wise unde de schickinge der gherichte myt oren vestingen gheholden,

---

[1]) 27. August.

[2]) Er war auch Beiständer im Freigerichte zu Byst am 23. Mai 1427. S. die Urkunde in dieser Zeitschr. 1854. S. 265 f.

alse recht utwiset unde enen in de vestinge pleget to bringende, dat se des ghneten; were aver des nicht, dat se my wedder darvan entsetten, nu juwe gnade ores rechten mechtich sint, alse se scrivet.

Gnedige vorste. So alse se romen, dat se mek in Westvalen vor dat hemelke gherichte ghetogen hebben etc., juwe ghnade sint myner ere unde rechtes mechtich, unde wil myn recht unde unrecht legen in juwer gnaden schot.

Willen se my dar enboven moygen in Westvalen, mochte ek danne heren unde vrunde unde der gherichte in Westvalen eder anderswur bruken unde myne vrund myn recht dar to ener gantzen utdracht bringen mochten, dat dat tigen juwe ffurstliken ghnade nicht en sy unde juwen hulden des to verner nicht en sy, dat de ersamen heren, de rede der stede Brunswik, Lüneborch unde Honover ere unde recht vor my gheboden hebben bi oren egenen ores rades kumpan, de dat an oren rad bringen wolden, dat is my witlik, den se noch nen antworde wedder darup en boden hebben.

Hirbi juwe gnade wol merken, dat se my vorungnaden unde vorwoldigen willen.

Gnedige ffurste. Mochte ek arme man nit hoger ichte vorder vorbeden, wen alse ek do unde dan hebbe, dar sint juwe gnade myner mechtich to, unde bidde juwe gnade, vor my to biddende ere unde recht deme rade to Hild. vor my bedende, wente ek buten juwe gnade node heren ichte vrunde richtere soken wolde, wan ek des ummeghan moste, unde bidde juwe gnade bescrevene antworde.

Gescreven ipso die Anne, matris Marie.

13.

Gütliche Ermahnung des lippischen Freigrafen Johann v. Millinchtorp. 1424, den 10. August.

Ad consules Hildensem.

Minen denst vorscr. Erwerdighen, ghuden vrunde.

Ek begere jů wetten, dat Diderik van Mollem my swarliken over jů gheklaget hefft, wo dat gi Alberde van Mollem, sinen vader, vorvestet hebben wedder Ghot, ere unde wedder recht, ungheesschet, ungheladen to gherichte, dat nicht recht en sy; unde hebben one darboven laden laten vor den vrigenstol, gheheten uppe der Honebecke, so sin vader jů ere eder rechtes nu gheweygert en hebbe, dar om dat van rechte ghebort hedde.

Ghuden vrunde. So ek des na siner klage nicht weygeren en mach, so affessche ek jů, dat gi jů van der klage unde dar he jů umme sinen vader vorder umme to tho sprekende hefft, richten in vruntschup effte in rechte, in dit unde dem mandage neist komende na sunte Bartolomeus dage [1]), alse dusse breff ghegheven is, uppe dat he my nicht vorder en klage.

Were aver, dat des nicht en schege unde he my vorder klagede, so moste ek dar holden, so my van rechte borede, ein richte, dat ek deger ungerne dede.

Datum Laurencii martiris, anno Domini M^{0}CCCC^{0}XXIIII^{0}, sub meo sigillo.

Johan van Millinchtorpe, vrigreve der herschup van der Lippe.

14.

Gerichtliche Verhandlungen zu Steuerwald und Hildesheim. 1424, den 2. November.

In dem jare, alse men screff na Ghodes bort verteinhundert jar darna in deme vereundetwintigesten jare was enes dages vorramet [2]) in scrifften des erwerdigen in Ghod vader unde heren, hern Magnus, bisschup to Hildensem, unses gnedigen heren, unde des edelen juncheren Symons, heren tor Lippe, twijschen unsem vorscr. juncheren van der Lippe, Alberde van Mollem unde Diderike,

---

[1]) d. i. 27. Auguſt.

[2]) ramen, vorramen, ſ. v. a. anberaumen, beſtimmen. Scherz, Glossar. s. h. v.

sinem sone, uppe ene sijd, unde deme rade van Hildensem uppe ander sijd, alse der vorscr. heren breve to beident sijden utwisen.

De dach vorlenget wart van ener tijd to der anderen wente uppe den mitweken neist na sunte Symonis unde Jude dage [1]) mit beider partie vulborde.

Also quam vor den benomeden unsen gnedigen heren van Hildensem to Sturwolde de rad van Hildensem mit oren vrunden unde Albert van Mollem, unde brachte mit sek hern Hildebrande Ordingh, cappellane, unde Johanne van Millinchtorpe, vrigreve unses juncheren van der Lippe, mit anderen sinen vrunden, unde worden dare des dages ein, also dat men besoken scholde, ifft men wat vruntlikes twijsschen on vynden konde, unde en konde men des nicht, so scholde se use vorscr. here van Hildensem na schulden unde na antworden up beident sijden scheden mit rechte.

De vruntschup wart vorsocht, unde men konde der twijsschen on nicht vinden.

Also schuldigede Albert van Mollem den rad van Hildensem, dat se one in ene vestinge gebracht hedden nicht mit rechte; unde in der vestinge wolde he nicht wesen, unde he wolde sek daruth then mit rechte, unde let bidden, dat men ome darto wolde velicheit bestellen aff unde to.

Dar antwordede de rad van Hildensem to, dat men onne darto velicheit bestellede, alse recht were, dat en were wedder se nicht unde en leyden des nicht by, so vorder alse men dat mit rechte werve.

Dusses bleven se uppe beident sijden bi unsem vorscr. heren van Hildensem to vorschedende mit rechte.

Dar nam desulve unse here van Hildensem to sinen geswornen rad unde truwen man, unde bi namen den rad van Brunswik unde den rad van Honover, unde darto orer beider vrund uthe beiden partien, unde sche-

---

[1]) 1. November.

dede na der aller eindrechtliken rade darup vor recht aldus:

de richter weren plichtich, Alberde van Mollem to veligende vor dat gerichte to Hildensem, dar he vorvestet is, vor unrechter ghewalt, so vorder alse he dat mit rechte werwen lete.

Dat recht let de rad van Hildensem unde Albert van Mollem uppe beident sijden to.

Darup worden se ein, dat Albert van Mollem des anderen dages, alse uppe den donnersdach den mogen [morgen?] neist volgende, sine vrund wolde senden vor dat gerichte to Hildensem, des de rad van Hildensem uppe de tijd dare ok warden wolden, unde laten sek de velicheit dar werwen unde bestellen, alse dare ordele unde recht utwisede na dessulven richters rechte.

Also wart dat gerichte to der tijd openbarliken under der loven to Hildensem geheget to rechter dingtijd dages, des de rad van Hildensem dare uppe de tijd also wardeden, alse men dar affgescheden was.

Unde Albert van Mollem en sande siner vrunt dar vor gerichte nicht, alse he doch vor dem erbenomeden unsem ghnedigen heren van Hildensem dat gewillekoret hadde, des he vor demesulven unsem heren so bekande, dat he sine vrund uppe de tijd dar nicht gesant en hedde; also is des brok geworden an Alberde van Mollem, unde nicht an deme rade van Hildensem.

Also was unse benomede here van Hildensem des rades van Hildensem mechtich to eren unde to rechte, unde is noch, alse he dat uppe densulven donnersdach uppe enem openbaren dage vor se bot unde vaken vor se gebodet hefft unde noch but.

Unde wij Magnus, van Godes gnaden bisschupp to Hildensem, bekennet openbare in dessem breve mit unsem inges., hir angehangen, dat alle desse vorscr. stucke na inholde desses breves vor uns in unser jegenwordicheit uppe openbaren dagen aldus gehandelt sin.

Hir is mede an unde over gewest unse man unde

leven bizunderen, alse by namen her Asschwin van Salder de eldere, her Siverd van Rutenberge, ritters; Herman Vrese, Diderik van Stochusen, Henning van dem Steinberge, Tile Berner, Hinrik van Wenden, Ffrederik van Reden, Hinrik van Rutenberge unde Ernst Wristberg, knapen; unde de ersamen rede der stede Brunswik unde Honover, unde vele andere vromer lude.

Des wij vorben. alle also bekennich sint, unde hebbet desses to bekantnisse unse ingesegele bi des erben. unses gnedigen heren van Hildensem inges. gehenget an dessen breff, de ghegheven is na Godes bort verteinhundert jar darna in deme vereundetwintigesten jare, des donnersdages neist vor [1]) sunte Symonis unde Jude dage.

15.

Rechtserklärung des Everd Korf und mehrerer Freigrafen.

1425, den 16. Januar.

Wette, Johan van Millinctorp, vrigreve der herschup van der Lippe: dat wij Everd Corff, Cord Snappe, unse vrigreve, Johan Kracht, vrigreve der herschup van Steinvorde, Johan van Essene, vrigreve mynes juncheren van Volmestene unde Peter Lymborch, vrigreve der stad Munster, wij jů witlik don unde to rechte bedet de borgermestere unde den rad van Hildensem unde de se myt rechte vordegedingen mogen, unde wilt orer mechtich wesen to rechte.

Weret, dat gy dar enboven jennich ungerichte uppe se vorderden, dat dechte wij jů afftomanende mit rechte; hir wettet jů na to richtende.

To enem tuge der warheyt so hebbe wij semetlike unse ingesegele beneden up spacium desses breves gedrucket.

---

1) Dieſes Datum paßt nicht zu dem Inhalte der Urkunde; wahrſcheinlich hat in der Originalurkunde ſtatt „vor“ geſtanden „na“, und würde danach die Ausſtellung am 2. November 1424 erfolgt ſein.

Datum anno Domini millesimo quadringentesimo vicesimo quinto, up sunte Anthonius avent, des hilgen abbates.

16.

Bericht der Frohnboten über die Insinuation einer Ladung des Freigrafen C. Snappe an A. v. Mollem.

(1425.)

So wi Alberde van Mollem den breff brachten unde seden ome, dat wy ome to segende hadden, do rep he to sek mynen juncheren van Dorstad, hern Alberte Bocke, Reyneken Holtgreven unde Lippolde van Rottingen etc.

Do sprak he to mek: „Dat ek dy nu ein mest inte deme koppe sloge.“

Do sede ek, de hertoge hedde uns dar gheleydet. Do sede he aver: „Wer et anderswûr, ek wolde dek ein mest inte deme koppe slan; du weyst dat wol better, dat weyt ek wol, des wolde ek dy wol underrichten. Ek mene, unser ein scholde des deme anderen nicht don; men du deist dat umme den buk vul brodes.“

Do sprak mester Herman: „Wat wy dot, dat mote wy doen, dat wette ghy wol, alse sek dat gheboret, unde bidde jû darumme, dat gi uns des nicht vorkeren.“

Do sprak Albert wedder: „Mester Herman, ek weit dat wol, wan du des nicht en dedest, so sette me dy in den keller.“

Do sprak he aver to mek: „Du deist id mek, betrede ek dek, wan ek wille id dy affnemen; dar machstu dek vor houden, we du wult, du heffst wol 4 weken uppe mek in deme lande ghereden.“

Do sprak he: „Welk vrigreve hefft dessen breff utghesant?“

Do sede ek: „Doyt den breff up, so vinde gi den namen wol.“

Also dede he den breff up unde en vant beneden in deme breve des namen nicht, unde sprak: „Seyt, dit is ein valsch breff.“

Do sede ek: „Leset den breff, lichte vinde gi den namen wol in dem breve.“

Also vant he den namen unde sprak to hern Alberde Bocke unde to den anderen: „Ed. is der Korver vrigreve“ [1]).

Do sprak her Albert Bok: „Dat is desulve vorhigede [2]) schalk, de ok lesten den breff uthsande.“

Do sprak Albert van Mollem, he hedde sek to rechte geboden, dat en mochte ome nicht helpen; darumme dede de rad hi ome alse vorhigede schelke unde alse neue bederve lude; weren de rad bederve lude, alse se nicht en weren, se leten on to antworde komen; dat moste ek deme rade wol nasegen.

Her Albert Bok sprak: „Sege deme rade, dat ek one dat enbede, se hebben enen vorhigeden schalk to enem richtere, ore vrigreve sy ein vorhiget schalk unde en richte nicht rechte; he hedde ome enen breff ghesant, dat he Alberdes van Mollem mechtich were to rechte; dar enboven gifft he breve over on;“ unde sprak to mek: „Heddestu mek alsulken breff ghebracht, dar en scholdestu nicht hundert ghulden umme nemen.“

Lippolt van Rottingen sprak: „Bringe gi alsulke breve by dage? de plege ek hi nacht to vorende; de alsulke breve bi dage brochte, de scholde me hengen.“

17.

Schreiben des Bischofs Magnus zu Hildesheim an den Bischof Johann von Osnabrück.

1425, den 21. Januar.

Minen vruntliken denst tovore. Erwerdige, leve here unde oem.

Ek begere juwe leve vruntliken wetten, dat my van Munster witlik geworden is, we dat juwe borchmanne

[1]) nämlich Lord Snappe, Freigraf des Stuhles zur Honebeke.

[2]) Der Ausdruck „vorhiget“ ist in den Glossarien von Scherz, Hattaus u. s. w. nicht erwähnt. Es scheint verwandt mit dem Mittelhochd. hiuwen, rufen, also „berufen“.

van der Huntenborch, alsó by namen Rabode van der Horst unde Herman van der Stridhorst, schullen getovet hebben unde gevangen upper vrigen strate Hinrik van Wenden, mynen man, sulff verde, alse se oren tolnslaggelt ghegeven hebben, wůr one dat geborde, unde bizunderen slachgelt ghegeven hebben to der Huntenborch. Unde hebben se gevort to der Hudenbecke, dar se Johan van Enichloe ingenomen hefft, alse se in des hilgen rikes werve uppe des rikes strate unde ok pelegrimen weren, des ek unbesorget ben gewest, unde ek des rode wolde gestadet hebben, de in alsodanem werve unde pelegrimates des rikes unde myne strate bewandert unde gebuwet hedde.

Hirumme bidde ek gik, leve here unde oem, alse dat van den juwen unde van juvem slote gheschen is, dat gi den mynen vorbenomed mit deme orem, dat one genomen is uppe juwes vader vrigen strate, dar ore wech hen vorde, willen los helpen sunder overloffte.

Dat wille ek tigen juwe vruntschup gerne vordenen unde bidde desses juwe vruntlike bescrevene andworde.

Gescreven to Sturwolde under unsem ingesegele in sunte Agneten dage, anno Domini etc. XXV.

Magnus, van Godes gnaden bisschup to Hildensem.

18.

Gütliche Ermahnung des Freigrafen H. Kerstens zu Wunnenberg. 1425, den 3. Mai.

Vruntliken grot tovore, beschedenen manne der ghilde unde gemeynheit to Hildensem.

Ek do jů witlik, dat Diderik van Mollem my swarliken geklaget hefft, wo dat de rad van Hildensem Alberd van Mollem, sinen vader, vorweldigen wedder God, ere unde recht, alse jů dat wol mach witlik wesen, so gi des rades unde mynes vaders vorscr. schulde unde andworde to beident sijden gehort hebben.

Unde alse des genompten Diderikes vader des gensliken bi jů gebleven was ane insage, dat gi wedder affscreven, dat my wol witlik is, unde gi deme rade van Hildensem vorscr. der unrechten gewolt bibestan wilt, so gi van jů gescreven hebbet nach inholde juwes besegelden breves: des essche ek jů na Diderikes klage vorscr. alle dejenne, de binnen Hildensem sin unde mansnamen hebben, de to jaren gekomen sin [1]), dat gi jů mit Diderike vorscr. van der klage richten in vruntschuppe eder in rechte in dit unde achte dage na pinxsten neist to komende [2]).

Were aver, dat deme also nicht en geschege unde he my vorder klagede, so moste ek dat holden, so my dat geborde in rechte, des ek doch vil lever nicht en dede.

Gescr. under mynem inges. des donnersdages neist na Philippi et Jacobi, beatorum apostolorum, anno vicesimo quinto.

Hinrik Kerstens [3]), vrigreve, der herschup van dem Wunnenberge [4]).

---

1) d. h., welche mündig geworden sind.

2) das ist der 3. Juni.

3) Heinrich Kerstian (Kristian) war auch Freigraf der Gogreven zur Norderwa und kommt als solcher urkundlich von in den Jahren 1424, 1435 und 1439 bei Kindlinger, Münsterſche Beitr. B. III. Abth. 2. S. 581 und bei Ufener, Die Frei- und heimlichen Gerichte Westphalens S. 77, 234 u. 238.

4) Dieſes iſt der berühmte Freistuhl zu Wünnenberg zwiſchen den Pforten im Hochſtifte Paderborn, vor welchem ſogar Kaiſer Friedrich III. im Jahre 1470 von den Freigrafen Dietrich Dietmarsheim, Heinrich Smed und Hermann Grote unter der Verwarnung, daß er ſonſt für einen ungehorſamen Kaiſer gehalten werden ſolle, geladen wurde. Näheres über dieſe Ladung findet man bei Kopp, Verf. der heimlichen Gerichte S. 106; Wigand, Das Femgericht Weſtphalens S. 520 u. fl., und v. Wächter, Beiträge zur deutſchen Geſchichte S. 240 u. fl. Von demſelben Freigerichte wurde auch die niederländiſche Stadt Grönigen im Jahre 1456 in die Acht erklärt. Vergl. Anzeiger für Kunde der deutſchen Vorzeit Bd. I. 1854. S. 290 f. (Recenſion von P. Wigand.)

19.

Schreiben des H. v. Wenden und des H. Galle an den Freigrafen R. Limburg zu Münster.

1425, den 12. April.

Unsen vruntliken denst tovorn. Her vrigreve, ghude vrund. Wij biddet jů vruntliken, dat gi unde her Johan Kerkering des rades van Hildensem unde unse beste don tigen de vorsichtigen borgermestere unde rad to Münster, unde de sake vort voren mit Alberde van Mollém unde Diderike, sinem sone, alse id nilkest in deme richte gehandelt wart, unde ifft dar icht ane vorsumet were, alse wij hoppen, dat id nicht en sy, dat were an namen to vorscrivende [1]) eder wůrane dat were, dat gi dat in dat beste vogen willen unde wedder to rechte bringen, so gi vorderst kunnen.

Ok so sendet jů de rád van Hildensem tó leffmode [2]) ver rinsche ghulden unde darbi ver ander rinsche ghulden her Johanne Kerkeringe, deme borgermestere, juwe vlasschen darmede to vallende; unde sint vruntliken begerende, jů de anneme to wesende, unde dat gi dat bi jů twen beholden willen, also dat dar nene wort aff en vallen.

Unde ifft Henninge Artus wes behobich werde, bidde wij gik, dat gi one darane nicht na en laten unde ome darmede to hulpe komen; dat schal jů de rad vruntliken wedder schicken.

Ok, leve her vrigreve, so merke gi sulven wol, dat Henning Artus sek desser sake to grunde nicht en vorsteit; hirumme so dot wol unde seid gi de vorder darane

---

[1]) Bereits in einem Schreiben vom 24. März 1425 hatten v. Wenden und Galle bemerkt: „Ok so hefft sek Albert van Mollem tigen unse scheppen beromet, wo dat gi Artuse in enem breff hebben scriven „Johan", unde in den andern „Henning", dar he sek sere mede messt to behelpende."

[2]) so viel als Vergnügen. Brem.-Nieders. Wörterb. Brinkmeyer, Gloss.

to, unde sijd ome de vorder behulplik, dat dar nein vorsamenisse inne en valle; unde dat gi jo enen klegere krigen tigen Diderike van Mollem, so ek Hinrik van Wenden mit jů dar aff schedede.

Ghude vrunt, latet jů desse arbeid nicht vordreten unde weset mit deme borgermestere, her Johanne Kerkeringe, in desser sake vulherdich [1]; dat wel de rad van Hildensem tigen jů beiden vordenen; juwe leve gebede to uns.

Geser. under mynem, Hinrikes van Wenden, inges., des ek, Hinrik Galle, to desser tijd mit ome hirto bruke, des donnersdages in der paschewekten anno Domini etc. XXV.

Hinrik van Wenden
unde
Hinrik Galle.

20.

Commissorium des Kaisers Sigismund für die Reichskammer in Dortmund.

Wien, 1426 (im März).

Sigismundus, Dei gracia Romanorum rex semper augustus, ac Hungarie, Boemie, Dalmacie, Croacie etc. rex, fidelibus nostris et imperii sacri dilectis consulibus, schabinis et judicibus camere nostre imperialis [2] in Tremonia graciam regiam et omne bonum.

Fideles dilecti. Causam et causas appellacionis et appellacionum, pro parte Alberti de Mollem, civis Hildensemensis, ad nos, ut dicitur, interposite et interpositarum a quadam declaracionis sentencia, per Conradum, frigravium in Warendorpe, ac scabinos et judices sacre sedis uffe der Honebeke in Westvalia, ad instanciam consulum

[1] s. v. a. beständig, ausharrend bis ans Ende; von hard, dauerhaft. Brem.-Niederf. Wörterb.

[2] Reichskammer, kaiserliche Kammer und „der Spiegel“ sind Benennungen des Freistuhls zu Dortmund. Vergl. darüber Wigand's Femgericht S. 135; Thierfch, Hauptstuhl S. 13, 14, 38 u. ff.

dicte civitatis Hildensemensis contra et adversus prelibatum Albertum lata et promulgata, nec non desercionis et negocii principalis ipsarum, communiter et divisim vobis auctoritate regia committimus audiendas, cognoscendas et juxta morem ac jus dicti fori [1] fine debito terminandas, cum emergentibus, incidentibus, dependentibus et connexis, et cum potestate citandi partes, quociens foret oportunum, presencium sub appensione regalis sigilli nostri testimonio literarum.

Datum Wyenne, anno Domini millesimo quadringentesimo vicesimo sexto, regnorum nostrorum anno Ungarie etc. XXXIX°, Romanorum XVI°. et Boemie sexto [2].

Ad mandatum domini regis, domino Johanne, episcopo Zagrabiensi [3], referente, Franciscus [4].

21.

Schreiben des Bischofs Magnus von Hildesheim an den Rath zu Hildesheim.

Nürnberg, 1426. den 15. Mai.

Unsen vruntliken grout tovorn, vorsichtigen, leven getruwen andechtigen.

---

[1] Forum, Markt, s. v. a. Stadt, wie denn auch Marktrecht für Weichbildsrecht vorkommt. Vergl. Gaupp, Deutsche Stadtrechte des Mittelalters Bd. I. S. 17.

[2] Da der Kaiser Sigismund, zufolge der Regesten und des Itinerars bei Aschbach, Geschichte K. Sigism. Bd. III. S. 457 u. 458, sich in Wien (wegen des damaligen Reichstages) nur im Monate März aufhielt, so wird die Ausstellung der vorstehenden Urkunde auch in dem genannten Monate erfolgt sein.

[3] Johann, Bischof von Agram, wurde kaiserlicher Kanzler nach dem im Jahre 1423 erfolgten Tode des Kanzlers Georg, Bischofs von Passau; er befand sich auch unter den Abgeordneten des Kaisers auf dem Reichstage zu Nürnberg im Juni 1426. Vergl. Aschbach a. a. O. Bd. III. S. 243; Bd. IV. S. 446.

[4] sc. praepositus Strigoniensis, (von Gran). Derselbe kommt schon in den Jahren 1422 und 1425 als Vicekanzler vor. Aschbach a. a. O. Bd. IV. S. 446.

Wy begheren ju weten, dat wy van Godes gnaden mit leve overgekomen sint to Nurenberge des sondages na unses Heren himmelvard [1]; dar bevoren dre dage edder vere wy mit dem van Wynsberg in sinem hus to Wikersen legen, de uns gutliken entfeng unde vortan mit uns to Nürenberge red.

Unde alse wy dar quemen, vunde wy Alberte van Mollem unde Waterworste van Emeke, dar der ein jowelk vor sek or sake tigen ju unde de van Alvelde to dem konninge vorderen willen.

Alse wy nu de sake to grunde nicht wol weten unde uns nicht leiff were, dat gi unde de van Alvelde warane vorsnellet edder vorsumet worden, dunket uns nutte sin, unde bidden ju ok, den van Alvelde dat wytlig don, efft se nicht wolden, dat gi denne jo alse gi ersten kunnen juwe enkeden [2] bedrepeliken bodeschup mit der sake to uns schigken to Nurenberge.

Wes wy denne ju to willen der gudes to don kunnen mogen, dar wy unse heren unde vrund, de dar rede sint unde noch komen werden, to gebruken kunnen unde juwes rechten bibestan, dat do wy gerne.

De gi ok dar senden werden, komen noch wol tiid genoch, wente de konning dar noch nicht en is [3]; unde mach sek noch verteyn nacht edder darby vorteyn, eyr he kumpt; unde wes dusse jegenwardige her Ludelf van dersulven sake wegen in vorgerorder wyse wervende wert to ju, des mege gi ome wol geloven lik uns sulves, unde ramet hirynne juwe unde ok wedderumme in anderen saken des stichtes beste.

---

[1] 12. Mai.

[2] bestimmt.

[3] Den auf den 1. Mai 1826 anberaumten, jedoch erst im Anfange des Monats Juni eröffneten Reichstag zu Nürnberg konnte der Kaiser Sigismund bekanntlich nicht besuchen, weil er auf der Reise von Waradin nach Tokes erkrankte und an dem letzteren Orte am 15. Mai — am Tage der Ausfertigung des vorstehenden Briefes — liegen bleiben mußte. Aschbach a. a. O. Bd. III. S. 243 u. 399.

Des gelove wy ju wol to unde wy willet des gerne andechtich sin.

Schreven to Nurenberge, des midwekens vor Pinxsten under unsem ing., anno etc. XXVI°.

22.

Ladung des Freigrafen H. Fekeler zu Dringenberg.

(1429.)

An den rad to Hildensem.

Minen vruntliken grot unde anders mynen vruntliken denst tovore.

Ersamen ghuden vrunde. Wettet, dat her Johan, ritter, kleger Bernides van Molen, over jů geklaget hefft; des legge ek jů ein openbar gerichte tó dem Schonenloy [1] des neisten richtedages na sunte Johannis dage myddensomer [2] neist to komende, dat gi dan dar sin to rechter tijd dages unde vorantworden jů dar tigen schulde unde klage, dede vorben. klegers iffte enis anderen, de de in sine stede gesat worde.

Weret, dat gi des nicht en deden, so mot ek dat gerichte over jů gan laten na des vrigen stoyles rechte, alse sek dat geborde; des ek doch lever unmeginge.

Gescreven under mynem inges.

Hinrik Ffekeler [3], vrigreve mynes gnedigen heren van Koln, wonafftich tom Dringenberge.

---

[1] Der Freistuhl zum Schonenloy (Schoinler, Schoinloh, Schonlohn) lag im Hochstifte Paderborn und zwar im Amte Dringenberg; derselbe wird auch erwähnt in einer Urkunde de 1510 bei Kindlinger, Münst. Beitr. III. S. 661; vergl. auch Wigand, Archiv B. IV. H. 1. S. 123 u. fl.

[2] Johannis dag myddensomer = 24. Juni.

[3] Dieser Freigraf erscheint auch in Urkunden de 1440 und 1454 bei Vogt, Die Westphäl. Femgerichte in Bez. auf Preußen S. 183 u. fl., und bei Wigand, Archiv B. V. H. 3. S. 405 u. fl.

23.

Appellationseinlegung des Raths zu Hildesheim gegen eine Verfügung des Freistuhls zu Erwitte.

1436, den 10. September.

Ich Diderich Levekinck, vrigreve Hinriches van Ense der vriengraschop to Erwitte [1]), bekenne unde do kunt overmitz dussen openen breve, dat Hans van Brandes lewen unde Deitleif van dem Walde, procuratore der stad van Hildensem, vor my komen sint in gerichte to Erwitte, als ich den vrigenstol besetten hadde, als recht is, unde wunnen my aff mit ordele unde rechte, dat se appelleiren mochten van Hinrich Fekeler, vrigreven tom Dringenberge, unde van sinen vrienstole tom Schonenlo van saken, andreppende Hermanne Witteken, procurators Albertes van Mollem oppe ene, unde der stad van Hildensem op de andern siden, vor den allerdorluchtigesten fursten, unsen allerlivesten, genedigesten heren, hern Sigemunde, Romschen keiser, altijt merer des richs, to Ungeren, Behem, Dalmacien, Croacien etc. koninck, unde sine keiserlichen maiesteten, na inheltnisse der appellacien; unde wunnen my vart aff mit rechte unde ordelen, dat ich dem vurg. vrigreven de appellacien unde eyn transsumpt ers rechten als de sake gehandelt is, senden moste; dem ich ok also gedan hebbe unde screif demselven Hinriche Fekeler, vrigreven, dat de appellacio also geschein were unde dat dat transsumpt vor my lesen, dat ich eme sante bij mynen gesworen vronen, geheiten Gosschalk Fricken, dat he sich derna wiste to richtene.

Oppe dat dit, alse vurg. steit, allet war is, so heb ich Diderich Levekinck, vrigreve vurg., to tuge der warheit myn ing. an dussen breif hangen.

Dar waren over unde ane Heynemannus Musoge, vrigreve to Sost [2]), Herman Pelcz, richter darselves,

---

[1]) Im Herzogthum Westfalen. Vergl. Kindlinger, Münsterſche Beitr. Bd. III. Abth. 2. S. 247.

[2]) Vergl. Zeitſchr. d. hiſt. Ver. 1854. S. 214 Anmerk. 1.

mester Bernd Stenworte, Johan van der Widen, Henke Gummekinck, Jacob Beker, Hense Koster, Tonies Sibele, Gosschalk Fricke, Helmich in dem Hove, viller vrierschefen genoch.

Datum anno Domini M°CCCC°XXX° sexto, feria secunda post nativitatem Marie Virginis.

Original auf Pergament, mit dem anhangenden Siegel.

24.

Gütliche Ermahnung des Joh. Spiegel, Amtmanns zu Dringenberg. (1436.)

An den rad to Hildensem.

Minen vruntliken grot tovorn, guden vrunde.

Ek bidde ju wetten, dat Albert van Mollem my geclaget heft, wu dat gi one vorwoldigen unde vorunrechten weder ere unde weder recht, alse he my berichtet heft.

Hirumme so bidde ek ju, dat gi noch van Alberde van Mollem up eyme lechliken vruntliken dage nach juwen schulden unde antworde nemen, des he ju van ere unde van rechtes wegen plichtich were tho donde, unde dat gi Alberde van Mollem desgelik umme sine schulde up demsulven dage weder don.

Were aver, dat gi desset, als vorscr. is, allet utgingen, so moste ek Alberde van Mollem unde sinen vrunden rechtes staden, unde bidde desset umme juwes bescreven antwordes bi dussem boden. Gescreven under mynem ingesegele.

Johan Spegel tom Desenberge,
amechtman tom Dringenberge.

25.

Schreiben des A. v. Mollem an den Bischof Magnus zu Hildesheim. (1436.)

Dem erwerdigen in God vader unde heren, hern Magnus, bisschup to Hildensem screve ek Albert van Mollem mynen underdenigen, vorplitegeden denst.

Alse juwen gnaden witlik is, dat de rad van Hildensem unde ek to schickende hebben in den gerichten, de men hemelik heyt unde dorch unrechten willen, de my de vrigreve dede myt sinen ladebreven getogen hebbe an dat hilge rike myt rechte, unde dat vorscr. rike umme bede willen des rades van Hildensem myne witschup bevolen hefft dem rade van Dorpmunde to rechtverdigende.

Unde de hebben van dessen saken an mynes heren gnade van Kolne gescreven, unde de breff mank anderen worden inneholt, dat se unde er vrunde myt dem vrigreven desse sake twisschen dem rade van Hildensem unde my recht rechtliken geklaret unde utgedragen hedden unde in den saken nagegan nach utwisinge der commissien unde in dem rechten geschreden; unde de breff mer unwarafftige wort inneholt, dede sint wedder dat hilge rike unde sine bescrevenen unde bestedigeden rechte.

Unde, gnedige here, de rad van Dorpmunde en hebbe desse sake nicht gerechtverdiget nach befelinge des hilgen rikes unde sines rechten vorscr., unde nach inholde myner beropinge, de de rad van Dorpmunde in orer jegenwordicheit hadden unde dar gelesen wart; dan de rad van Dorpmunde hebben uppe dusse vorscr. sake ffalsche ordele in orem gerichte gewiset unde to gestadet, de doch in dem rechten kegen my nicht bindende en sint unde schullet dorch recht machtlos wesen.

Dat hebben se gedan wedder des hilgen rikes rechte unde darto wedder or holdinge unde eyde, de de rad van Dorpmunde dem hilgen rike van dessem vorscr. gerichte vorplichtet sint, unde darto wedder oren bescr. breff, an my gesant; se wolden hirinne vortvaren, alse sek dat gebore; des se aver nicht gedan en hebben, alse dat recht secht.

Umme desser vorscr. oveldaet willen wedder ere unde recht hebbe ek gestraffet des rades van Dorpmunde richtschedinge uppe desse sake und uppe den breff, den

se mynes heren gnade van Koln screven, alse vore vortellet is, unde hebbe one ein rechte gescreven in mynes sulves breve, dat neyn richter en schulle, de ay geistlik eder wertlik, neyn ordel gheven over beschuldene ordel, mer he schal dat stan laten an den richter der beropinge, unde alse dat cappittel vorder inneholt, dar de rad van Dorpmunde dat hilge rike unde sin recht inne vorkortet hebben an mynen saken.

Unde alse ek do van orer unrechten gewalt wegen to der tiid in dat gerichte nicht en quam, unde alse ek do dat unrecht mechte gestraffet hebben, also do ek dat noch in aller wise, alse vorgescr. is.

Unde uppe des rades van Dorpmunde unwarhafftigen wort, an mynes heren gnade van Coln gescreven, lechte sine gnade mynen heren unde vrunden unde my des hilgen rikes gerichte nedder, dar ek noch tor tiid to desser vorscr. sake nenes richters bekomen en kan.

Hirumme hadde ek deme rade van Dorpmunde de macht gegeven unde togescreven, dat se my eynen erbaren rad einer stad benompt hedden, dede van dem hilgen rike myt dessem vorscr. gerichte unde rechticheiden begnadet weren unde an den richter, myt en dusse sake vorscr. gebracht myt unsen bescr. sqrifften unde rechticheiden, unde den richter hebben erkant laten na utwisinge des hilgen rikes recht vorscr., de darup gesat sint, my to brukende in dessen saken.

Wen de rad van Dorpmunde desse sake vorscr. gerechtverdiget hedden nach beffelinge des hilgen rikes unde sines rechtes vorscr. unde nach inholde myner beropinge, unde myt welk unserm twijsschen dem rade van Dorpmunde unde my dat bescr. recht to syne rechten gevallet hedde, de scholde desse sake twissohen on unde my gewunnen hebben sunder insage, unde scholde dem anderen in wandel unde bote [1]) ervallen wesen nach

[1]) Wandel und Bote sind zwei alte Gerichtsausdrücke; Scherz, Glossar., erklärt dieselben durch satisfactio, quae alicui debetur ob damnum illatum.

inholde des rechten vorscr. unde sinen schaden to kerende.

Gnedige ffurste. Wan dat recht uppe desse sake vorscr. aldus were gedelet west, so wolde ek je dan nochten dem rade van Hildensem umme ore schulde gedan hebben ere unde recht vor demsulven richter, den my de rad van Dorpmunde dorch recht darto mogeliken benompt hedden, alse ek doch vor desser tiid nach dem rechten dar nicht er to geesschet en bin.

Den de vrigreve sande my valsche ladebreve, dede wedder dyt recht sint; in twen siner breve dar en weren de klegere nicht inne benompt, noch bi eren rechten namen eder by eren tonamen, alse doch dat recht gebit, men schulle eynen isliken redeliken vorboden unde dagen [1]).

Gnedige here. In alle dessen vorscr. artikelen unde rechte, de darup gesat sint, entwoldiget my de rad van Dorpmunde wedder God, wedder ere unde recht, kegen ore huldinge unde eyde vorscr.

Darumme mach ik dit myt rechte over se scriven, bet se my dit myt betteren bescrevenen unde bestedigeden rechten vorscr. dat uffwisen mogen; unde klage juwen ffurstliken gnaden, alse deme overrichter des stichtes van Hildensem, dat de rad van Hildensem myn hus my myt unrechte vordeylet hebben mit siner tobehorende, wedder dat bestedigede recht des landes to Sassen unde darto wedder ore besegelden breve, derover gheven.

God de Here spare juwe ffurstliken gnade to langen tiiden.

Gescreven under mynem inges., unde juwe gnade sint myner kegen den rad van Hildensem mechtich to eren unde to rechte.

Albert van Mollem, den de rad van Hildensem vordreven hebben van erve unde van egen, wedder God,

---

1) Ueber die Erfordernisse einer gültigen Ladung vergl. Berg, Besch. d. Westph. Gerichte S. 309.

wedder ere unde recht des landes to Sassen sunder myne rechten schult etc.

Unde bidde juwe gnade wetten, dat ek deme rade van Munster gescreven hebbe in disser wise myt mer worden, de ek juwen gnaden nicht screve, unde den rad van Munster geesschet unde gemane nach den hulden unde eyden, de se dem hilgen rike van dessen vorscr. gerichte vorplichtet sint, dat se Corde Snappen, richter desser sake, de or medewoner is, richten nach dem rechten, alse ek one gescreven hebbe; unde wür se deme so nicht en deden, so starkeden se den richter in siner oveldaet unde deden wedder ere huldinge unde eyde vorscr.

Hirumme dat Cord Snappe vorscr. myt sinem richtende in desser sake nicht gevaren hefft nach dem rechten vorscr., alse one van eyde wegen to donde borde; unde was dusset van dem rade van Munster ein antwordè begerende alse myn bode darna lach in den dridden dach unde doch nein werden konde.

Unde hebbe desse vorscr. oveldat gescreven myt mer worden dem rade van Dorpmunde unde gilden unde der gemeynheyt darsulves, unde vort an ffursten, heren, riddere unde stedden wente an den Rin; unde dusse vorscr. oveldat wedder ere unde recht hebben bearbeidet Hinrik van Wenden, Henning Lankkopp tigen ore eyde unde ere, de se dem hilgen rike van dessen vorscr. gerichte vorplichtet sint, unde mach dat myt deme rechten over se bewisen; hirumme steyt one dar hoch genoch de stede rente, de one de rad van Hildensem to orem live gifft etc.

26.

Ladung des Freigrafen Hermann Loseken zu Wunnenberg. 1438, den 21. Januar.

Minen grot tovorn. Wettet, borgermestere unde rad, gildemestere unde gantze gemeynheid to Hildensem:

dat vor my to dem Wunnenberge in enem gehegedem gerichte ys gekomen Johan Ungelike, unde hefft my swarliken over jů geklaget van wegen Albertes van Mollem, dat ome de borgermestere unde rad vorscr. sin ere unde rechtes utegeghan, dat he bewisen kan myt einem waren recesse, dat ek geseyn hebbe mit anderen schrifften, unde dat gi, gildemestere, gildebrodere unde gantze gemeynheit jů hebben mede in de sake gheven, indeme alse gi den borgermesteren unde reden sint bistendich in orem unhorsamen, alse dat recess utwiset.

Wurumme legge ek jů eyn openbar gerichte to dem Wunnenberge twijsschen de porten, unde essche jů, dar to sinde myt juwes sulves live, semptliken unde bizunderen, uppe den neisten donnersdach na sunte Wolborge dage scherst komende [1]) to rechter richtetijd dages, unde vorantworden jů dar tigen den vorscr. clegere Johanne Ungeliken, de my dessen breff mit ordelen unde rechte affgewunnen hefft na gebore des rechten, eder tigen enen anderen clegere, de desser sake to donde hedde van Albertes vorscr.

Weret sake, dat gi disses nicht en deden, clagede my dan jemant vorder over jů van Albertes wegen van Mollem: so moste ek vorder richten over jů, alse sek dat gebort; dat ek ungerne dede unde en mochte des doch van eyde wegen nicht laten.

Datum anno Domini M^{0}CCCC^{0}XXXVIII^{0}, des neisten dinsdages vor sunte Pauwels dage conversionis, under mynem inges.

Hermen Loseken [2]), vrigreve tom Wunnenberge etc.

---

[1]) das ist den 8. Mai.

[2]) Hermann Loseken kommt auch als Freigraf der Vogreven zur Korderna in den Jahren 1410 und 1414 urkundlich vor bei Usene a. a. O. S. 28, 37 u. 174.

27.

Bestätigung des der Stadt Hildesheim vom Kaiser Sigismund am 26. September 1418 ertheilten privil. de non evoc. durch das Concil zu Basel.

Basel, 1436, den 13. August.

Sacrosancta generalis sinodus Basiliensis, in spiritu sancto legitime congregata, universalem ecclesiam representans, dilectis ecclesie filiis, proconsulibus, consulibus, habitatoribus, incolis et universitati civitatis Hildensemensis salutem et omnipotentis Dei benedictionem.

Rerum ordine natura progrediens sic mortalibus justitie bonum tribuit, sicque mundum ipsius stabilivit gubernaculo, quo mediante unusquisque se suaque conservando, sicut aliis innoxium non parat, ita ne sibi contingat affugiat (*sic*) decet pro tanto, ut eis, que vobis pro ipsius justitie fomento per Romanorum regum providentiam mature concessa sunt, ne presumta facilius transgressionis materiam inveniant audacia, nostre confirmationis adminiculum impertiri.

Sane nuper nobis pro parte vestra exhibita petitio continebat, quod olim, licet carissimus ecclesie filius, Sigismundus imperator, tunc Romanorum rex existens, non improvide seu per errorem, sed sano et maturo principum, comitum, baronum, procerum et nobilium suorum et sacri imperii fidelium consilio et assensu et ex certa ipsius scientia per suas vobis ne vos per quescunque judices seculares, cujuscunque status, gradus vel conditionis fuerint, per quosvis etiam imperiales et suas literas, quorumcunque tenorum existentes, in quibuscunque causis mere civilibus et etiam criminalibus extra civitatem predictam ad quecunque seu qualiacunque forensia et secularia judicia, publica vel privata, in genere vel in specie, preterquam ad audientiam et judicium ipsius tunc Romanorum regis, trahi seu evocari possetis, literas concessisset atque indulxisset, volens, quod querulantes pro tempore in civitate predicta coram competentibus et non

suspectis judicibus de ipsis de justitia sua experiri deberent, irritando nichilominus processus, si quos per quoscunque in contrarium contingeret haberi, prout in dictis literis, quarum transumptum in cancellaria nostra examinari et presentibus de verbo ad verbum inferius inseri fecimus, plenius continetur; quod tamen nonnulli vos frequenter ad vetida (*sic*) et secreta seu similia judicia non ordine juris neque justitie favore, sed pro temere sue voluntatis audacia contra vim, formam, continentiam atque tenorem earundem literarum conantur evocare, propter quod vobis multe insolentie, captivitates et depredationes, ex quibus justitia non queritur, consequuntur.

Quare pro parte vestra nobis fuit humiliter supplicatum, ut, indempnitati vestre in premissis succurrentes, literas predictas ac in eis contenta absque ecclesiastica libertatis et venerabilis episcopi Hildonsemensis ac ecclesie Hildensemensis eorumque jurisdictionis prejudicio approbare et confirmare ac vobis in hiis oportune providere dignaremur.

Nos itaque, attendentes, quod spiritualis temporali nonnunquam suffragatur mucroni, hujusmodi supplicationibus inclinati, prefatas literas et quecunque inde secuta, sine tamen ecclesiastice libertatis necnon episcopi et ecclesie jurisdictionisque eorundem prejudicio atque damno, auctoritate universalis ecclesie tenore presentium approbamus et confirmamus; et nichilominus dilectis ecclesie filiis, abbati monasterii sancti Godehardi Hildensemensis et sancti Bonifacii Hamelensis ac sancti Alexandri Emecensis, Mindensis et Maguntinensis dioc., ecclesiarum decanis mandamus, quatenus ipsi vel duo aut unus eorum approbationem et confirmationem nostras hujusmodi per censuram ecclesiasticam et alia juris remedia firmiter observare procurent, contradictores per censuram similem, appellatione postposita compescendo, invocato ad hoc, si opus fuerit, auxilio brachii secularis, non obstantibus contrariis quibuscunque.

Tenor vero dictarum literarum [1]) talis est:

„Sigismundus, — Romanorum rex, — notum facimus — universis:

— Sane pro parte — proconsulum, consulum, incolarum — et universitatis civitatis Hildensemensis — nostre celsitudini oblata petitio continebat, quatenus ipsis, ut per quoscunque judices seculares — pro quibuscunque mere civilibus et etiam criminalibus causis, extra dictam civitatem Hildesemensem, ad quecunque forensia et secularia judicia, — salvo ad nostre majestatis curiam et judicium, evocari vel trahi non possint, de speciali nostre majestatis clemencia — indulgere et auctoritate Romana regia concedere graciosius dignaremur.

Nos igitur — eisdem proconsulibus, consulibus, habitatoribus, incolis — et universitati Hildesemensi — principum, comitum, baronum, procerum et nobilium nostrorum — accedente consilio — et auctoritate predicta, ut per quoscunque judices seculares — in quibuscunque causis mere civilibus et etiam criminalibus, extra dictam civitatem Hildesemensem, ad quecunque — forensia et secularia judicia —, salvo ad nostre majestatis audientiam et judicium, trahi seu evocari nequeant, quinimmo ibidem in dicta civitate actores et actrices, si et in quantum eis — justicia manifeste denegata non fuerit, juxta dicte civitatis consuetudines et municipalia jura vel imperialia statuta diffinitioni judicis vel judicum, sibi competentis seu competentium, non suspecti aut suspectorum, stare debeant, pro nobis successoribusque nostris gratiosius indulgemus, et auctoritate predicta ac de plenitudine Romane regie potestatis concedimus per presentes; volumus tamen et eadem auctoritate decernimus, quod unicuique coram eodem seu eisdem judice vel judicibus in eadem civitate justicia, prout equitatis et ordo dictaverit rationis, juxta

1) Es wird genügen, wenn die Urkunde hier nur im Auszuge gegeben wird.

consuetudines ac jura vel statuta predicta ministretur, obstaculis semotis quibuscunque.

Volumus etiam et regio edicto statuimus, quod omnes et singuli processus, quos contra tenorem presentium per quoscunque judices seculares — fieri contingerit, sint irriti et inanes ac nullius efficacie —.

Mandamus igitur universis — principibus —, comitibus, baronibus, nobilibus, militibus et clientibus ac quorumcunque civitatum, opidorum, communitatum rectoribus ceterisque nostris et imperii subditis —, quatenus proconsules — ac universitatem Hildesemensem predictos contra nostras concessionem, gratiam et indultum supradictas, coram quibuscunque judiciis — extra dictam civitatem, ad causam seu litem trahere non presumant, sub pena indignationis nostre gravissime et quinquaginta marcarum auri purissimi, quas ab eo, qui contra fecerit, exigi volumus; — presentium sub nostre majestatis sigillo testimonio literarum.

Datum in Swebisch-Werde [1]), anno Domini millesimo quadringentesimo decimo octavo, vicesima sexta die Septembris [2]), regnorum nostrorum anno Hungarie etc. tricesimo secundo, Romanorum vero nono, ad procurationem magistri Johannis de Azel per dominum G., episcopum Pathaviensem, cancellarium, Paulus de Tost" [3]).

Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostre approbationis et confirmationis infringere vel ei ausu temerario contraire. Siquis autem hoc attemptare presumpserit, indignationem omnipotentis Dei et universalis ecclesie se noverit incursurum.

---

1) Donauwörth.

2) Lauenstein a. a. O. hat „16. Sept."

3) Die Worte: ad procurationem bis Tost fehlen bei Lauenstein; in der Tripart. demonstratio steht: ad Procurationem Magistri Joannis de Arul per Dn. Episcop. Pathaviens. Cancell. Paul de Tost.

Datum Basileæ, idibus Augusti, anno a nativitate Domini millesimo quadringentesimo trioesimo sexto.

Original auf Pergament mit dem anhangenden kleinernen Siegel des Basler Concils, welches die Aufschrift hat: Sacrosancta generalis sinodus Basiliensis.

IV.

Das Nekrolog und die Verzeichnisse der Pröbste und Aebtissinnen des Klosters Wienhausen.

Nach den Originalquellen bearbeitet von H. Böttger.

Unter den Klosterarchiven, welche ich seit zehn Jahren bearbeitet habe, hat keins ein so reiches Material außer den Originalurkunden, als das Archiv zu Wienhausen. Zur Veröffentlichung eignet sich davon vor Allem ein Nekrolog, welches ich zu diesem Zwecke abgeschrieben und mit den nöthigsten Nachweisen versehen habe, nachdem mir der Herr Procurator Wolde in Celle als Consulent die Erlaubniß des Klosters dazu ertheilt hatte. Zu den Nachweisen habe ich die Verzeichnisse der Pröbste und Aebtissinnen hinzugefügt. Wiederholt ist dasselbe von Andern schon aufgestellt; dabei sind aber weder die Originalurkunden, noch das Nekrolog, sondern insbesondere ein Chronikon benutzt worden, welches allerdings vieles Treffliche zur Geschichte des Klosters Wienhausen enthält, jedoch eben der Begründung durch die Originale bedarf.

Das in dickes Schweinsleder eingebundene Nekrolog bestand ursprünglich aus 53 Pergamentblättern in Folio, $12\frac{1}{2}$ Zoll hoch und $9\frac{3}{4}$ Zoll breit, wovon die 5 letzten, mit den Sterbetagen vom dritten bis einunddreißigsten December, herausgeschnitten sind. Dies Nekrolog ist in der Zeit der Reform des Klosters (c. 1470) angelegt. Jede Seite ist oben und unten mit einer Querlinie versehen, durch welche ein Oberrand von 1 Zoll und ein Unterrand von 2 Zoll Breite abgeschieden werden. Durch eine äußere Längenlinie wird ein Rand von $1\frac{1}{4}$ Zoll und durch eine innere ein Rand von 1 Zoll Breite gebildet. Der so umzogene innere Raum ist in vier Columnen abgetheilt: in die erste ($\frac{1}{3}$ Zoll breit) sind die Namen der Monatstage (mit rother Farbe), in die zweite (drei Zoll breit) Namen der Verstorbenen (mit schwarzer Dinte), in die dritte ($1\frac{1}{4}$ Zoll breit) die Sonntags-

buchstaben (davon das A jedesmal in rother Farbe) und in die vierte ($3^5/_6$ Zoll breit) Namen der Verstorbenen (mit schwarzer Dinte) eingetragen. In Betreff der Monatstage (welche nur auf der ersten Seite des ersten Blattes zugleich durch Eintragung der Octaven vertreten sind, wodurch [wie der Abdruck zeigt] die Stelle für ci si o ia verschoben ist) muß noch bemerkt werden, daß dieselben nach einem Sylben-Kalender, dem s. g. Cisio-Janus, eingetragen sind, d. i. nach je zwei Hexametern für jeden der zwölf Monate, welche man damals dem Gedächtnisse einprägte. In diesen Hexametern sind die Namen der unbeweglichen Feste und wichtigsten Heiligen so geordnet, daß jede Sylbe der beiden Verse einen Tag bezeichnet, und der Name selbst mit derjenigen Sylbe beginnt, welche die Tagezählung des Monats erfordert. Die Wörter sind meist ohne Sinn zusammen verbunden, nur die Anfangssylbe (selten den ganzen Namen) der Feste und Heiligen findet man an der rechten Stelle der Verse, die unwichtigen Tage sind theils mit der Bezeichnung des Monats, für welchen je zwei Hexameter gelten, theils mit nichts bedeutenden Wörtern ausgefüllt. Ich verweise zur weitern Belehrung über diese seltsame Weise, einen immerwährenden Kalender im Gedächtnisse mit sich führen zu können, die jedoch auch durch Variationen unterbrochen wurde, auf die vortreffliche Abhandlung unseres verstorbenen Schulraths Grotefend über den Cisio-Janus in der allgem. Encycl. d. Wiss. u. Künste von Ersch und Gruber Bd. XVII. S. 295—300, und will nun versuchen, die beiden Hexameter für den Monat Januar zu deuten:

J a n u a r i u s.

ci si o	ia nus	E piph	si bi	pau li
1. 2. 3.	4. 5.	6. 7.	8. 9.	10. 11.
Circumcisio	Januarius	Epiphania	(ohne Bedeutung)	Pauli

prim	oc	fel	Mau	Mar	an
12.	13.	14.	15.	16.	17.
primi eremitae	octava Epiph.	Felix	Maurus	Marcellus	Antonius

pris ca	fab	ag	vin cen	tym
18. 19.	20.	21.	22. 23.	24.
Prisca	Fabianus	Agnes	Vincentius	Timotheus

pau	po	no bi le	lu men
25.	26.	27. 28. 29.	30. 31.
Pauli conversio	Polycarpus	Carolus	magnus.

Dieſer Sylben-Kalender iſt dem Ungeübten ſo unklar, daß ein Citiren nach den Monatstagen ſchwierig und man genöthigt iſt, durch ein Aufzählen von beſtimmten Punkten aus die meiſten der Daten feſtzuſtellen. Im Abdrucke iſt dieſer Unbequemlichkeit dadurch in Etwas abgeholfen, daß die auf jeder Seite vorkommenden Tage am oberen Rande angegeben ſind. Die Namen der verſtorbenen Conventsmitglieder ſind (mit Ausnahme von 2 Stellen: unter dem 3. Januar und 17. Februar) in die dem Innenrande nächſte Columne und die der übrigen Verſtorbenen in die dem Außenrande nächſte Columne eingetragen. Die Vorderſeite jedes Pergamentblattes iſt für vier (A B C D), die Rückſeite für drei Monatstage (E F G der Sonntagsbuchſtaben) beſtimmt. Auf jeder Seite ſind $^1/_4$ Zoll weite, feine Querlinien, jedoch ſehr verſchieden an der Zahl (je 3 bis 10), für jeden einzelnen Monatstag gezogen.

Die Schriftzüge in dieſem Nekrologe weiſen zehn verſchiedene Schreiber desſelben nach:

1.*) Der erſte hat in einer gedrückten Antiqua-Schrift die Anlage des ganzen Nekrologs gemacht und die erſten Namen der Verſtorbenen, vom 6. Auguſt 1195 an (vergl. Note 121[a]) bis zum 5. October 1473 (vergl. Note 146[b]) in dasſelbe eingetragen. Er muß demnach aus einem ältern Nekrologe geſchöpft haben. Nur zu der Minderzahl der Eintragungen ſind die Familiennamen und zwar mit kleinerer Schrift über die Taufnamen geſchrieben. Alle großen Buchſtaben der Namen ſind mit rother Farbe verziert. Sehr viele Namen von ſeiner Hand ſind wieder wegradirt, als der zweite Schreiber ſeine Arbeit begann. Eine große Anzahl der Raſuren läßt ſich noch leſen. Die wichtigſten ſind entziffert und im nachfolgenden Abdrucke, in Parentheſe eingeſchloſſen, mit aufgenommen.

2. Der zweite Schreiber beſaß eine ſchöne ſchlanke Antiqua-Schrift. Er hat, außer bei einigen Conventsmitglie-

*) Im Abdrucke ſind die verſchiedenen Handſchriften durch arabiſche Ziffern am Schluſſe jedes Satzes angedeutet.

dern, die sämmtlichen Familiennamen und zwar ebenfalls in kleinerer Schrift über die Taufnamen eingeschrieben. Bei den nachfolgenden Schreibern kömmt ein Taufname ohne den Familiennamen nicht mehr vor. Von dem zweiten Schreiber sind die meisten Daten ins Nekrolog eingetragen. Viele davon sind sehr umfassend, so z. B. am 1., 7. und 8. Januar je 8 Zeilen, am 9. Februar 7, am 16. Februar 5, am 17. Februar 14 Zeilen u. s. w. Für jeden Monatstag der Sonntagsbuchstaben A B C und D ist aber nur der Raum von 9, für jeden der Sonntagsbuchstaben E F und G der Raum von 10 Zeilen vorhanden. Um nun für solche Ueberfüllung mehr gesichert zu bleiben, mag es als rathsam erschienen sein, durch eine Menge von Rasuren des von der ersten Hand Eingetragenen Raum zu schaffen. Der zweite Schreiber hat diese Oekonomie sogar dahin ausgedehnt, daß er mehre von ihm selbst eingetragene Zeilen mit wegradirte und das Ganze höher stellte; so z. B. hat er unter dem 8. Januar die beiden ersten Zeilen auf den obern Rand geschrieben und erst die dritte Zeile mit dem Sonntagsbuchstaben in gleiche Linie gestellt, nachdem die sämmtlichen, von ihm selbst schon eingetragenen acht Zeilen wegradirt waren, wodurch nur für zwei Zeilen Raum gewonnen wurde, auf welchen noch die radirten Worte: „memorie Tydericus quondam prepositus noster qui dedit nobis centum et quinquaginta florenos et duas fenestras“ zu erkennen sind. Jetzt heißt die zwei Zeilen höher stehende Memorie: „Dominus Tydericus sacerdos prepositus noster qui dedit — — fenestras.“ Auf gleiche Weise, jedoch ohne daß die ersten Zeilen höher als der Sonntagsbuchstabe gestellt sind, wurde erübrigt: unter dem 13. März der Raum für eine, dem 14. März für drei, dem 2. April für drei, dem 3. April für drei, dem 24. April für zwei, dem 27. April für drei und 29. April für vier Zeilen u. s. w.

Dabei ist wohl zu beachten, daß einerseits (außer unter dem 15. April, 29. Mai, 2. und 6. Juni, 5. August und 16. October) an keiner der vielen radirten Stellen, welche von der ersten Hand beschrieben waren, bei den Namen der Verstorbenen eine oblatio derselben verzeichnet gewesen ist;

andrerseits aber auch (außer unter dem 2. Juni und 29. October) von der ersten Hand kein Name der nicht zum Wienhäuser Convente gehörenden Verstorbenen stehen geblieben ist, bei welchem nicht zugleich eine oblatio eingeschrieben wäre.

Unter dem 30. März, 2. Juni, 29. Juni, 10. August, 11. August, 8. September, 11. September und 22. November, wo die zweite Handschrift vor der ersten steht, hat die zweite Hand durchweg auf radirten Stellen geschrieben, und unter dem 1. Juni hat der vierte Schreiber eine leere Stelle benutzt, welche von dem ersten gelassen war.

Der älteste von dem zweiten Schreiber eingetragene Todestag ist der 28. April 1227 (vergl. Note 81) und der jüngste der 1. April 1514 (vergl. Note 59). Seine Scripturen umfassen also einen Zeitraum von 287 Jahren. Die Sterbetage der verzeichneten Pröbste und aller Aebtissinnen in Wienhausen bis gegen 1514, wie auch die wichtigsten Oblationen sind von seiner Hand eingeschrieben. Die Sterbetage der dritten und neunzehnten Aebtissin sind von ihm, unter dem 30. Mai, in einen Satz zusammengezogen: »Obierunt etc.« Er muß demnach ebenfalls aus einem andern überfüllten Nekrologe das vor seine Zeit fallende Material entnommen haben.

3. Gleichzeitig nach mit ihm hat ein dritter Schreiber c. 1480 begonnen (s. Note 120) und bis c. 1524 (s. Note 128) überhaupt nur dreizehn Sterbefälle eingetragen. Er schrieb eine schlanke Antiqua-Schrift von ungleich hohen, scharfeckigen Buchstaben, denen man es ansieht, daß sie aus keiner geübten Hand geflossen sind.

4. Unmittelbar nach ihm hat ein vierter Schreiber von c. 1524 bis c. 1560 (s. Note 58) dreiundzwanzig Sterbetage in einer festen Antiqua-Schrift eingetragen. Er besitzt die Eigenthümlichkeit, den nach unten gezogenen Ausgang der untern i-Striche gespalten zu schreiben.

5. Neun Sterbetage sind in dem Zeitraume vom 26. Februar 1515 (s. Note 35) bis 1. September 1571 (s. Note 135) von einer fünften Hand vorhanden, welche, unsicher in der Stellung der Buchstaben, die Form des a und *a* in ein und

demſelben Satze gebraucht hat. — Vom dritten, vierten und fünften Schreiber ſind ebenfalls die Familiennamen über die Taufnamen geſchrieben.

6. Feſter ſind die Züge einer ſechsten Handſchrift, welche vom 25. Februar 1533 (ſ. Note 34) bis c. 1560 an ſechszehn Stellen vorkömmt und der vierten Handſchrift ſehr ähnelt, namentlich die Eigenthümlichkeit der geſpaltenen Endſtriche mit ihr gemein hat, aber doch unſicherer erſcheint und durchweg ſchon das abgerundete *a* hat, welches jener noch fremd iſt.

7. Ein ſiebenter Schreiber trug mit ſchlanken, zierlichen, wenig feſten Zügen vom 8. November 1525 (ſ. Note 159) bis c. 1570 achtzehn Sterbetage ein.

8. Ein achter Schreiber hat in einer unſichern Curſiv-Schrift von c. 1560 bis 11. April 1565 (ſ. Note 68) dreizehn Sterbetage eingeſchrieben. — Der ſechste, ſiebente und achte Schreiber haben die Familiennamen theils über, theils neben die Taufnamen geſtellt.

9. Ein neunter Schreiber hat neunundreißig Sterbetage vom 2. Juni 1572 (ſ. Note 100) bis 22. Juli 1622 (ſ. Note 114) eingetragen. Seine unſchöne, hohe Antiqua-Schrift hat ganz den Charakter der gothiſchen Verzierungen verloren; kein Wort iſt mehr in gerader Linie geſchrieben, höhere und niedrigere Buchſtaben ſtehen neben einander; ganz eigenthümlich iſt es dieſer Hand, das runde *a* mit einem Querſtriche zu verſehen.

10. Der 22. Juli 1622 iſt das jüngſte aller Daten im Wienhäuſer Nekrologe; dennoch ſind neun Sterbetage in der Zeit vom 2. Mai 1573 (ſ. Note 83) bis 15. October 1581 (ſ. Note 150) von einem zehnten Schreiber eingetragen, welcher eine jüngere Handſchrift als der vorige Schreiber ſich angeeignet hat, indem er die Buchſtaben b, h, i, m, n, ſſ und s in derſelben Weiſe ſchrieb, wie ſie noch jetzt geſchrieben werden. — Der neunte und zehnte Schreiber haben durchweg die Familien- und Taufnamen neben einander geſetzt.

I. Nekrolog des Klosters Wienhausen.

Januar 1—3*).

KL			Cum accentu proprio est legendum.
Circumcisio domini	Judita de brunswyk. 1 ci Mechtildis böckels conuersa. 2	A	Obiit pie ac felicis memorie † graciosa altigenita Agnes duxissa. illustris principissa de bruns. et luneborch [1**]). fundatrix loci istius: piissima mater nostra. que fecit nobis innumerabilia bona. que plenius reperiuntur in legenda sua. et priuilegiis: cuius anniuersarium solemniter peragetur. perpetuis temporibus. 2 Rodolfus de Hudenberge [2]. miles dedit nobis c. marcas luneborgensis monete pro remedio anime sue. et iiij fenestras. 2
Oct. sanc. stph.	Rickasa. 1 si Alleydis conuersa. 1	B	Harmannus bardewickes et Gertrudis vxor eius dederunt nobis fenestras. 3
Octaua sancti Johannis	Christina conuersa. 1 o	C	Arnoldus arndes sacerdos plebanus in brokelde. qui dedit nobis duas ollas et vackam. 2 Anno domini vj^{c} et ix litera dominicalis fuit A. Obiit pie memorie venerabilis domina katherina de langelen [3] quinta in reformacione. zelatrix sancte religionis: cuius profectum in

*) Die im Originale nicht verzeichneten Ueberschriften der auf jeder Seite verzeichneten Monatstage sind hier zur Erleichterung der Uebersicht mit hinzugefügt.

**) Die Noten selbst folgen erst nach dem Schlusse des Nekrologs, um den Satz desselben nicht zu unterbrechen.

	regularibus (*sic*) et diuinis cultibus promouit. Et tanquam pia mater in bonis temporalibus alimentis et aliis necessariis hactenus sollicitauit: plura edificia intra et extra monasterium edificari et restaurari fecit. Que prope viginti annis et duobus: fideliter die noctuque cenobio prefuit. 9		
Oct.	ia	D	Ditburgis conuersa. 1
in-			
noc.			
nŭs		E	Otgheŭa monacha soror nostra. 1
E-	Alheydis peyne l. que dedit	F	Alheydis Gerthrudis mo-
Epy.	nobis florenum. 2		nache sorores nostre. 1
dom.			Ermegardis wisen[4]. 3
piph.	Obiit pie memorie illustris	G	
†	princeps Otto dux[5] qui fuit iniciator reformacionis nostre. et dedit nobis casulam rubeam et calicem. 2		
	Tydericus prallen l. qui dedit nobis vi marcas. florenum et bouem. 2		
	Anna de stergerde[6] nobilis religiosa in monasterio ribbenitse ordinis sancte clare professa. quondam huic monasterio per tres annos associata. 2		
si	Illustris domina Mechtildis	A	Gerthrudis cruse Mar-
†	duxissa de wenden[7] dedit allodium minus cum tota decima in gakenholte et minutis decimis in hauekorst. in noua indagine et duobus eklagis. ymaginem beate virginis argenteam et alia plura clenodia. 2		gareta Gerthrudis monache sorores nostre. 1
	Dominus Tydericus tytzen[8] sacerdos prepositus noster		

			qui dedit nobis centum et quinquaginta florenos et duas fenestras. 2
bi	Elyzabet Margareta. 1 Alheydis botmer[9] monacha. 2. Menburgis conuersa. 1	B	
pau	Offemia peyne monacha soror nostra. 1 Mechtildis luterdes. 7	C	1602 Anna hubers. 9
li	Elyzabet monacha soror nostra.. 1	D	
prim	Gerthrudis monacha. 1	E	Hennyngus de medingk l. dedit nobis xx marcas. luneborgensis monete. 2 Alheydis weuers dedit nobis lxxx[a] et vij[tem] marcas aliaque plura bona fecit nobis. 4
oc		F	Margareta de warbarghe dedit nobis. v. florenos. 4
fel	(Obiit pie memorie Magnus dux.)	G	
Mau	Alheydis Marneholte monacha. 1	A	
Mar	Hilleburgis monacha soror. 1	B	(Obiit pie memorie Otto[9a] frater domini ducis.)
an	Gerthrudis knif monacha. 1	C	Conradus de marnholte[10] l. qui dedit nobis equum valentem vj florenos. 2 Gherardus emeke et Arnoldus emeke sacerdotes qui dederunt nobis xxx florenos. 2
pris	Mechtildis. 1 Margareta monacha. Gertrudis conuersa. 2	D	
ca	Elyzabeth de marnholte[11]. 2	E	Anna smedes dedit nobis xx florenos. 4
fab	Mechtildis. 1 Katherina klockenberghes[9] conuerse. 2 Elyzabeth luterdes[12] monacha. 2 Alheydis wisen[13]. 6	F	Elyzabeth meyneken l. dedit nobis florenum. 2 Dominus Johannes hessen sacerdos dedit nobis vij libros. 2
eg		G	

vin		A	
cen	Henningus garsman frater noster. dedit nobis ij florenos. 2	B	Helburgis monacha Margareta monacha sorores nostre. 1 Margareta de marnholte monacha. 6 Alheydis visckers [14]. 8
tym	Conradus snor dedit nobis lxx florenos. 7	C	Obiit pie memorie Venerabilis domina Gherburgis [15] sexta abbatissa huius loci Wynhusen: que curam monasterij suo tempore diligenter prosecuta est. 2
pau †	Obiit pie memorie Hennigus de obbernshusen l. qui dedit nobis centum marcas. 1 Conradus langen l. qui dedit nobis vj florenos et fenestram in domo carnium. 2	D	Gerthrudis monacha. 1
po		E	Gerbergis guste [16] monacha. 1 Gerthrudis wyttenberges conuersa. 6
no	Hinricus meiger dedit nobis xx florenos. 7	F	Zacharia monacha. 1 Katherina de gilten [17] Alheydis santmannes [17] conuersa. 6
bi	Hinricus sluter l. qui dedit nobis coclear argenteum. ferrum pro crispis tortis parandis et vllam. 2	G	Alheydis Margareta monache Alheydis conuersa. 1 Gerthrudis wynkelmans [17] conuersa. 6
le		A	
lu		B	
men	Wernerus de obbernshusen l. qui dedit nobis aurifrisium ad casulam et equum. 2	C	95 Magdalena walhorn. 9 1607 Margareta prallen suppriorissa. 9
KL			
bri		D	
pur	(Johannes sacerdos in westercel. Otto [17a] comes.)	E	Jutta monacha Mechtildis puella. 1
bla		F	Wyndelheydis spor monacha Mechtildis mona-

	cha Judita Elyzabet Margareta monache. 1		
sus		G	Jacobus brossem l. qui dedit nobis v Marcas 1 ad fenestras et ad edificium refectorij. 2
a	Judita Ermegardis Rickardis sant monache sorores nostre. 1	A	(Hynricus Georgius .... Gevehardus l. Alheydis l.) 1
ghat	Wycburgis monacha. 1	B	Johannes Bosten l. qui dedit nobis quinquaginta florenos. 2 †
			Venerabilis dominus wulbrandus de oberghe[18] quóndam prouisor monasterii nostri dedit octoginta florenos ad tabulam in choro cyphum argenteum ymaginem beati cristofori quodam dexthrale. nigrum coccineam casulam missale ac alia bona fecit nobis. 7
fe		C	Méchtildis wilkens l. soror nostra que dedit nobis xx florenos. duas cistas et lectum. 2
bru	Venerabilis domina Barbara de hûdenberge[20] priorissa in ebbekestorpe que dedit nobis fenestram super domum versus chorum. 2	D	Tydericus oleman[19] l. qui dedit nobis c. florenos. 2
o	Elyzabet monacha Margareta conuersa. 1	E	Conradus botmer l. qui dedit nobis xx florenos. 2
	Hemburgis remstede. 3		Hennigus visker l. frater noster dedit nobis ducentos florenos ad memoriam. duo torticia in choro. viij aluearia. caldarium valens florenum. ollam. et canteram valentes florenum. craticulam. palam ferream et fossorium. 2
sco	Obiit felicis memorie Religiosa domina Elyzabeth	F	Graciosa domina Elyzabet de euersten ducissa in bruns. et

	luneborch [21] que dedit nobis casulam nigram et calicem. 1		de wenden [22], quarta abbatissa huius monasterij Wynhusen: cuius promocionem suo tempore fideliter adimplevit. 2 Mechtildis volckmers. Mechtildis de obbernshusen. Mechtildis Spaden [22a]. 2
las	Mechtildis euerdes l. que dedit nobis xlv marcas. nouem oues. et togum. 2	G	Judita Ryckaza monache. 1
ti	Obiit Katherina Cammans bagitta que dedit nobis iiij florenos. 2	A	Rickasa monacha. 1
ca	Elyzabeth borckwynkell. que dedit nobis x florenos. 2	B	Johanna monacha. 1
va †	Alheydis de vtze l. que dedit nobis c marcas ad perpetuam memoriam. 2 Tidericus rodewolt l. qui dedit nobis x oues. 4	C	Margareta Mechtildis. 1 Elyzabet haghen vel Adensbecke [23] conuersa. 2 Gertrudis elzen. 3
len	Gertrudis neyndorpe l. dedit nobis casulam de panno rubeo cum cruce. 2 Hinricus vischer frater noster dedit nobis c^{m} quinquaginta sex florenos cum dimidio. 7	D	Mechtildis Wycburgis cappenberge monache sorores nostre. 1 Katerina Detmers. 9 99 Anna abelmans. 9
in		E	Mechtildis monacha. 1
li	1606 Anna hampen conuersa. 9	F	Hebelindis de bothmer [24]. Hillegundis peyne [23]. 2 Anno domini vj^{c} vnd lxxxvij Obiit venerabilis domina anna de langelen [25] quarta in reformacione. Zelatrix sancte religionis cuius profectum in regularibus et diuinis cultibus promouit. et tanquam pia mater in bonis temporalibus alimentis et aliis necessariis hactenus sol-

licitauit: plura edificia intra et extra monasterium edificari et restaurari fecit Que prope viginti et duobus annis fideliter die noctuque cenobio prefuit. 9

con Anno domini MCCCC- lxxiiij Obiit digne recordacionis veneranda domina Katherina de hoya[26] quondam xv^a abbatissa. in prima electione ad quatuor ferme annos extitit. sed post secundam promocionem xx^a effecta abbatissa. monasterium xl^a rexit annis vsque ad reformacionem: capellam sancte Anne in prima fundacione per eam constructam ante reformacionem diuersis clenodiis. ad prefatamque capellam. et ecclesiam nostram plures obtinuit indulgencias et dedit nobis vj casulas iij calices. sepulturam domini. baiulacionem crucis christi et iiij coronas candelabrorum cum certis sanctorum ymaginibus in refectorio estuali pendentes. Aliaque plura de bonis suis. et opere manuali atque parentela adepta. in domino fidelissime subministrauit. 2 G

jūn Mechtildis monacha Hoburgis schulners. 1 Walburgis bûrken[27] conuerse. 2 A 1606 Anna peters. 9

ge	Conradus bunsels l. et Mechtildis vxor illius qui dederunt nobis x florenos. 2	B	Obiit felicis recordacionis Reuerenda domina Elyzabeth de Bruns. et Luneborch[28] quintadecima abbatissa huius cenobij Wynhusen que ipsius regimen viginti octo annis omni cum diligencia peregit. 2
tunc	(Arnoldus sacerdos.) 1	C	
pe		D	Gertrudis euensen[29] monacha. 2
trum †	Obiit pie memorie Mechtildis de hoye[30] cometissa que dedit nobis quatuor florenos tres ad tabetum et vnum ad argenteos appullos. albam et amictam optimam. 1 und 2	E	Jordana Alheydis monache. 1
†	Bertoldus heyde l. qui dedit nobis centum et quinque marcas. 1 Margareta kroghers l. que dedit nobis x florenos et quatuor ollas. 1		
ma †	Obiit pie memorie Rabàdus walen[31] l. qui fuit nobis vt pater et dedit nobis Mille et centum florenos ac centum marcas. calicem. casulam. sartaginem maiorem. aliaque plura bona fecit nobis pro remedio anime sue. 1 und 2.	F	Swenehildis de vtze monacha. 1 Elizabeth nendorp. 8
thi	Hinricus burken l. qui dedit nobis florenum et uackam. Mechtildis visker l. que dedit nobis iiij albas. casulam cum omnibus pertinenciis et ollam. 2 pie memorie Generosus princeps dux Hinricus de Brunsuick et Luneb.[34] dedit nobis vestem coccineam ad orna-	G	Ermendrudis Eylica Johanna. 1 Gertrudis klockenberg[32]. 2 Mechtildis bungers[33]. 3

			tum sanctorum ymaginum in choro et alibi. 6
am	Graciosa ac illustris domina Elisabet de Brunswick et Luneborch abbatissa in Stederborch[35] dedit nobis duo vasa enea pro remedio anime sue. 5	A	
jn	MargaretaMargareta monache nostre. 1	B	(Johannes Mechtildis l.) 1
de	Christina Johanna Ghisla Mechtildis monache sorores nostre. 1 ano 21 Elisabet prallen. 9	C	Joachim wisenhauer et Margareta vxor eius dederunt nobis iij libros. 6
Kl. Mar	Gerthrudis monacha. 1	D	Lubbertus luterdes l. qui dedit nobis crucem argenteam. 2 Otto de obbernshusen l. qui dedit nobis equum et albam. 2
ci	Margareta stapel monacha. 1	E	(Hyllegundis l.) 1
jus	Salome de marnholte[36] monacha. 2 Anna Claws conuersa. 9	F	Anno domini vj^{c} vnd xj Obiit pie memorie magnificus et prepotens Ernestus dux[37] illustris princeps in Brunswick et luneborch. 9
a	Alheydis honemans[38] conuersa. 4	G	(Obiit pie memorie Elena[38a] cometissa). 1
dri	Jutta Hetwygis monache. 1	A	Gertrudis ysense l. que dedit nobis tres florenos. 2 Gertrudis de asse l. que dedit nobis duo licia ad altaria. 2
an		B	(Gerthrudis Johanna l.) 1
per	Margareta Gerthrudis monache Gerthrudis Johana os. 1 Anna drosten[39]. 2 ano 19 Metke Smedes conuersa. 9	C	(Johannes Judita. Johannes Christina Wyndelheydis.) 1

de		D	Judita monacha. 1
co	(Rickardis osen Johannes l.) 1	E	Elyzabet Gerthrudis stymes.[39a] 1 Mechtildis lupken[40] conuersa. 2 Alheydis krauweles[40] Anna lodinges conuerse. 4
ra	Dominus Johannes polden[41] sacerdos confessor noster. qui dedit nobis quinquaginta quinque florenos et duos libros. 2	F	
tur	Ebelyngus lippoldi sacerdos. confessor in derneborch qui dedit nobis librum qui intitulatur formula spiritualium exercitorum. 2	G	Margareta Elyzabet monache. 1 Anna smedes. 6
gre	Katherina cramers l. que dedit nobis tres marcas et vij solidos. 2 Ghertrudis demmes l. que dedit nobis vnum florenum et dimidium. 2	A	Johanna Hilleburgis vischer monache. 1
go	Luderus smet. frater noster dedit nobis xxx florenos. 2	B	Gerthrudis wen monacha. 1
ri	Hinricus emeke sacerdos.	C	Godelindis monacha.
†	plebanus in watlyngen qui dedit nobis c. et viginti florenos. vaccam et tres vitulos. porcum. duo latera carnium et vnum librum. 2		Mechtildis conuersa. 1 Katherina bokels[42]. 8
o	Henricus struckman l. qui dedit nobis vj florenos et talentum. 2 Gherardus quondam custos noster l. qui dedit nobis x florenos. et dimidium ad ymaginem beate virginis. 2	D	Mechtildis Mechtildis bunsels[43]. 1
cir		E	
ger	(Jacobus Alheydis l.) 1	F	Sophia monacha. 1 Margareta luters. 9
drut		G	Judita conuersa. 1

	Gertrudis schaden conuersa. 6		
al		A	Johannes bungenstel l. qui dedit nobis librum teutonicum epistolarum et ewangeliorum per circulum anni. 2 Barbara de Iselberghe l. que dedit nobis vj aureos florenos. 3
ba	Elyzabet monacha Margareta conuersa. 1 Elyzabeth velhouwers[45] monacha. Elyzabeth meyers[46]. 2	B	Rothgerus de gustedde[44] miles qui dedit nobis villam olderdessen cum censu et † omnibus attinentiis. 2 Margareta francken l. que dedit nobis togum valens florenum et linum pro floreno. 2
be	Mechtildis monacha. 1	C	Dominus Johannes hollen[47] sacerdos confessor noster. qui dedit nobis vj libros. et l[a]. florenos ad memoriam. 2 †
ne		D	Gertrudis (plockhorstes) l. dedit nobis x marcas luneborgensis monete. 2
junc	Elyzabeth stropkes[48]. 2	E	(Dytmarus Conradus sac.) 1
ta	Beata monacha. 1	F	Anna de hudenberge[49] l. dedit nobis xxx florenos. 2 Margareta semmelbecker l. dedit nobis fenestras. 3 Anna de alten dedit fenestram. 5 Katarina Bergen. 9
ma	Alheydis schardors[50] conuersa. 6	G	Gertrudis heyde l. que dedit nobis tunicam valentem nouem talenta et crucem argenteam. 2 Margareta ruskers l. dedit nobis viij florenos et ymaginem sancte Gertrudis. 2
ri	Alheydis gottinges[51]. 4 Luckardis wynneken[52].5	A	

a	Gertrudis Arpensen l. que dedit nobis c florenos. 2	B	
	Margareta gottingh l. que dedit nobis florenum vngarum et albam. 2		
ge	Alburgis lachtendorpe l. que	C	Gerthrudis monacha Eddelyndis mel conuersa. 1
†	dedit nobis centum marcas. 1		Alheydis luterdes[53] monacha. 3
	Luderus klockenbergh l. qui dedit nobis xxx florenos ad memoriam et duos ad fenestras. ac pro duobus talentis mel. 2		Elyzabeth gottinges[54]. 6
ni		D	Obiit digne memorie venerabilis domina Margareta de Scheninge[55] octaua abbatissa huius monasterij Wynhusen. quod omni cum fidelitate gubernauit. que altigenite duxisse fundatricis eiusdem cenobij vitam inscribi fecit. aliaque plura sollicite adimpleuit. nec non cum suo preposito domino Tiderico de prome. refectorium hiemale sollicitauit edificari. 2.
tri	Margareta mollers l. que dedit nobis ij toga. 2	E	Rickardis kalmes[56]. 4
†	Johannes rostorpe sacerdos qui dedit nobis xlii florenos. 1		
ce	Hinricus meynerse sacerdos. qui dedit nobis tres marcas. 2	F	Walburgis monacha. 1
			Margareta laters[57]. 6
	Herneydus sacerdos. qui dedit nobis taurum porcum et pullos. 2		
	Elyzabeth de marnholte l. dedit nobis c florenos ad memoriam. albam et xxx oues. 2		
	Alheydis l. dedit nobis florenum. 2.		

Kl.			
a	Elyzabeth hessen[58]. 4	G	Lubbertus luterdes l. qui dedit nobis. v. marcas. 2 Anno domini etc. d° xiiij. † Sabbato palmarum Obiit digne recordacionis Illustris domina Anna de Nassauw duxissa in Bruns. et Luneborch[59] que dedit nobis flaueam coccineam casulam cum cruce. totam bibliam cum postilla diuisam in vj libros pluraque edificia restaurare fecit, dans ad sbatiam ccc°s florenos. ad infirmitorium ducentos florenos. ad refectorium hyemale xl florenos. ad capitolium ac dormitorium ibidem situm xx florenos. decimasque osterlo et borstel quondam a prepositura expositas cc^{tis} et x florenis reemit. atque alia bona in domino pie compleuit. 2
pril	Katherina monacha. 1	A	Luderus ebelyng frater noster. qui dedit nobis ij florenos. 2
jn	Judita monacha. 1 Katherina de gilten[60]. 5	B	Margareta klockenberge l. que dedit nobis florenum ad libros. 2 Gherardus halepaghe sacerdos qui dedit nobis florenum. 2 Margareta de langelen dedit nobis. 9
am	Gerthrudis Alheydis dacht Margareta marnholte[61] monache. 1 97 Katerina Brockelmans. 9	C	Gertrudis vlothuedeltze l. dedit nobis x marcas luneborgensis monete annuatim. 2 (Wyndelheydis l.) 1
bro	Judita. 1 Anna remstede. 2	D	

si †	(Obiit pie memorie Otto[61a] comes de hoye.) 1 Hennygus hantelman qui dedit nobis xxx marcas ad aquam. 1	E	Conenegundis (*sic*) Sophia monache Alheydis conuersa. 1
i	Thymo sperlyng sacerdos plebanus in cellis qui dedit nobis v marcas. 2	F	Ermegardis marschalk monacha. 1 Aldrudis van dem sande[62]. 2 Metke Bolemans conuersa anno 8. 9 anno 22. Engel de Offensen[63] priorissa. 9
tes	Mychael angermeyer frater noster. qui dedit nobis xx florenos. 2	G	Mechtildis conuersa Elyzabet monacha. 1
†	Anno domini M°. d°. xij° In die parasceues Obiit digne memorie Illustris domina Margareta duxissa de stergerde[64]. que annos ferme xiiij in hoc cenobio continuauit. dedit c. florenos pro memoria. lxx[a] pro monasterij sustentacione. viij pro horologij restauracione. rubeam coccineam casulam. tres albas. viij argentea coclearia. v[e] argenteos cyphos. iiij maiora caldaria. et xv[cim] mediocra pro balneo. xxiij[a] stannea vasa. certos pelues. ollas. lebetas. patellas. craticulas. mortarium. omniaque sua bona tam in vestimentis quam in aliis rebus et vtensilibus. fenestram in capitolio et in domo carnium. v[e] libros. vnicuique personarum per duorum annorum circulum vlnam linei panni. singulisque annis amigdalorum quartale sollicitauit. 2		Engel wendes vj[e] et xiiii. 9

tis Johanna monacha Alheydis monacha. 1
Gertrudis bungenstel[65]. 4

o Margareta Walburgis. 1
Alheydis Rodewoldes [66]
Elyzabeth Bunseb'. [66]
Rickardis Dedeken [66] conuersa. 2

uat Walburgis Jutta monache. 1
Rickardis broysem[67] monacha. 2
Anno domini etc. Obiit venerabilis domina dorothea Sporken [68] Tercia abbatissa in reformacione. feruens zelatrix sancte religionis: que ferme quindecim annis fideliter die noctuque cenobium gubernauit. cuius profectum velud feruens sancte religionis zelatrix. in regularitatibus et diuinis cultibus promouendis. et tanquam pia mater in bonis temporalibus. pro alimentis necessariis hactenus sollicitauit. necnon quasdam decimas alienatas solui ac pratas aliaque plura bona conparari: certaque edificia intra et extra edificari et restaurari non destitit. plurimas vexaciones anxietates ab hereticis sustinens tamen vsque in finem persistens. 8

at

A Conegundis hessen l. dedit nobis fenestram. 4

B Johannes plettenberghe canonicus. qui dedit nobis librum intitulatum Jacobus ianuensis. 2

C (Mechtildis marchionissa.) 1

D (Obiit pie memorie Gherardus[68a] episcopus. Otto[68b] Johannes duces. Conradus.) 1

que †	Obiit pie memorie Otto comes de hoye[69] qui dedit nobis v equos. 1	E	Margareta Walburgis volkmers. 1 Lucia wardebom[70]. 2 Katherina benten[71]. 3
ty	Margareta lamberdes l. que dedit nobis ix florenos albam. mensale et antependium in capella omnium sanctorum, 2	F	Mechtildis monacha. 1 Wyndelheydis rodewoldes[71] conuersa. 4
bur †	Obiit pie memorie Hynricus de verden[72] sacerdos quondam prepositus noster qui dedit nobis dimidium corum salis decem marcas annuatim casulam et calicem. 1	G	
ci		A	Obiit felicis recordacionis Venerabilis domina Luthgardis de delmenhorst[73] xij[a] abbatissa huius loci wynhusen. que cenobij profectum xij annis fideliter in domino procurauit. 2
et	(Elyzabet[73a] ducissa. Conradus l.) 1	B	Margareta Hilleburgis monache. 1
va	Anna wedeckesche l. que dedit nobis duos florenos. 2	C	Elyzabet Ryckasa monache. 1
ler	Othrauen de beruelde[74] l. qui dedit nobis duo talenta annuatim. 2 Tylemannus bauenstede sacerdos. prepositus in medingen qui dedit nobis iiij florenos. 2	D	Venerabilis domina Barbara Anthonij abbatissa in ysenhaghen que dedit nobis fenestram in capitolio. 2
sanc		E	Benedicta hamelen monacha. 1
ti		F	Sophia monacha. 1
que †	Boldewinus de gustedde miles qui dedit nobis villam plokhorst. 1	G	Rickardis monacha. 1
ge †	Stacius et Alheydis velhouwers l. qui dederunt nobis lxxx marcas ad memoriam. Insuper ipsa dedit nobis in	A	Alheydis Alheydis. 1 Margareta sporken[75]. 2 Margareta gottinges dedit nobis ante profes-

	sionem suam x florenos et tria candelabra. 8		choro et in capellis super altaria clenodia. 2 Symon reyneken[76] prepositus qui dedit nobis xx florenos. 2 Conradus hessen l. qui dedit nobis fenestram super domum hospitalem. et ij florenos. 2
or	Gertrudis emeke[77]. 2	B	Henningus et Beata volmersbuttel l. dederunt nobis c. et v marcas. 2 Alheydis olemans l. que dedit nobis. c. florenos. 2
mar	Conegundis puel. 1	C	
ci	Mechtildis wen monacha. 1 Margareta suringhes[78] Margareta euensen[79]. 2	D	(Sifridus[77a] episcopus.) 1
que	Gerdrudis hagemans conuersa anno 9. 9	E	Sophia de sculenborch l. que dedit nobis duo monilia valencia xv florenos. 2 †
vi	Obiit pie memorie Religiositatis domina Germodis[80] septima abbatissa huius monasterij Wynhusen. cui sex annis sollicite prefuit. 2 Gerbergis luterdes. 2	F	Obiit pie ac felicis memorie magnificus et prepotens Hinricus dux[81], illustris princeps in brunswiek et luneborch. fundator loci istius. fidelissimus pater noster. 2 Hynricus ququistes frater noster qui dedit nobis tres florenos. 2 † cum accentu
ta	Anna houermans[82]. 8	G	Georgius borstelde l. qui dedit nobis equum et arma sua valencia xl marcas. 1 † Alheydis luterdes l. que dedit nobis tunicam ualentem ix talenta. mappam serico contextam et eciam ad fenestras. 2 Rickardis bungers l. que dedit nobis calicem albam et vij florenos. insuper multociens dedit nobis precium. 2 Hennyngus abbas monasterij

	in marienrode visitator noster. 2		
lis	Dominus Johannes lorbere qui dedit nobis vij fenestras et tres ymagines. 7	A	Luckardis Mechtildis. 1
phi	Tydericus de marnholte l. qui dedit nobis ij florenos. 2	B	Kl.
lip	Hinricus de rutenberge l. dedit nobis florenum. 2	C	Alheydis Judita. 1
	Johannes cocus pro quo dederunt nobis granarium. 2		Elizabeth santmans conuersa. 3
	Elyzabeth bussels l. que dedit nobis x marcas. 2		a° domini lxxiij Elizabeth Bussen[83] conuersa. 10
	Dominus Johannes mestwerte sacerdos dedit nobis v^{c} florenos. 2		
crux †	Karstianus. Fredericus. et Hinricus de langelghen l. qui dederunt nobis calicem et v casulas tapecia duo vasa argentea becharium et alia clenodia ad monstranciam. 2	D	Gerthrudis Alheydis monache. 1
god	Sophia dassels l. que dedit nobis tres florenos et dimidium. et fenestram in abbacia. 2	E	
	Tydericus de obbernshusen l. qui dedit nobis vnum talentum.		
	Harmannus kramer l. qui dedit nobis xx florenos. 2		
god	Katherina de marnholte l. que dedit nobis tunicam valentem duos florenos et duas vaccas. 2	F	Katerina dirsingk anno 22. 9
	Johannes jordens l. qui dedit nobis ollam. 2		
jo han	(Conradus marchio.) 1	G	Sophia monacha. 1
		A	Gerthrudis monacha. 1
la	Rickardis broysem l. que dedit nobis tres puri marcas. 2	B	Sophia monacha Alheydis conuersa. 1
tyn	Johannes semstedde l. qui dedit nobis fenestram in estuario abbacie. 2	C	Mechtildis Dytburgis monache. 1

e	Gerthrudis. 1 Alheydis sluters[84]. 2	D	(Johannes Alheydis.) 1
pi	Gerthrudis monacha. 1	E	Dethmarus lemgaw frater noster dedit nobis x florenos et iiij libros. 7
ne	Gerthrudis monacha. 1 Dorothea de gilten. Que nouem florenos cum dimidio de suis consanguineis susceptos pro claustri edificio ad manum superioris contulit. 3	F	
ser	Gerthrudis monacha Alheydis conuersa. 1	G	(Magnus comes Tydericus.) 1
et	Mechtildis Mechtildis Margareta hamborch[85] siue ossenwerder. 1 Ermegardis de marenholte[86] monacha. 6	A	
rel	Conegundis Mechtildis. 1 Elyzabet holsten[87] Gherbergis broytzem[88]. 2	B	(Helmoldus l. Otto l.). 1
ma	Margareta Gerthrudis. 1 Alheydis de bothmer[89]. 2 Anna Scraders. 9	C	(Wernerus[88a] prepositus.) 1
jus †	Anno domini etc. quingentesimo j° Obiit venerabilis domina Susanna potstock[90], quondam in monasterio derneborch professa, huius cenobij wynhusen xxj abbatissa, sed prima rectrix in reformacione iterum suscepta, olim pre paupertate dimissa; que xxxiij[bus] prope annis fideliter die noctuque cenobium gubernauit. cuius profectum velud feruens sancte religionis zelatrix in regularitatibus et diuinis cultibus promouendis: et tamquam pia mater in	D	(Dimodis Hillebergis l. Willekynus frater noster.) 1

			bonis temporalibus pro alimentis necessariis hactenus modicis. in dies aucmentandis sollicitauit. necnon quasdam decimas alienatas solui. ac pratas aliaque plura bona comparari: certaque edificia intra et extra edificari et restaurari non destitit. 2
in	Dominus Hinricus wetteman[91] sacerdos prepositus qui dedit nobis iiij libros et promtuarium situm in armario. 2	E	Anna de obernshusen. 8 Alheydis hauekost conuersa. 9
hac		F	Margareta monacha. 1
se		G	
ri	Mechtildis ridemans l. dedit nobis ij florenos. 2 Theodericus de monte canonicus et sacerdos. qui dedit nobis florenum et librum qui intitulatur flos theologie. 2	A	Alheydis Alheydis Alheydis Hylleburgis wol monache. 1 Anna santmans[92] conuersa. 8
e	(Johannes Eddelindis l.) 1	B	Margareta monacha. 1
te	(Tylemannus Conradus l.) 1	C	Alheydis monacha. 1 Wyndelheydis Smeddes[93] conuersa. 2
net		D	Mechtildis de obbernshusen[94] monacha. 1
vr	Rickardis tobyng l. que dedit nobis fenestram super abbaciam. 2 Eyleburgis stropkes l. que dedit nobis quinquaginta marcas. duo uasa enea ualencia florenum. coclear argenteum ad calicem et candelabrum ualens florenum. 2	E	Alburgis Alburgis monache Alheydis conuersa. 1
ban		F	Margareta monacha. 1
jn	Tidericus lutterdes sacerdos qui dedit nobis viij solidos ad libros. 2	G	

pe	Sophia zelenstede[95]. 1 Gertrudis Elyzabeth monache. 2	A	Hinricus beghineken l. qui dedit nobis florenum. 2
de	Obiit pie memorie. 1 Venerabilis domina Margareta bock[96] nona abbatissa huius cenobij Wynhusen: cuius curam cum omni sollicitudine in domino pie compleuit. 2	B	
fe	Obierunt felicis recordacionis digna domina Margareta[97] tercia abbatissa. necnon et religiosa domina Gertrudis elzen[98] nonadecima abbatissa huius cenobij Wynhusen: que ipsius profectum fideli promouerunt diligencia. 2	C	(Obiit pie memorie Otto dux. Alheydis ....) 1
can		D	Johannes scheppenstedde l. qui dedit nobis v marcas ad lapides refectorii. 1 Elyzabeth de marnholte l. que dedit nobis florenum ad libros. 2
Kl.			
nic	Mechtildis ernstes monacha. 1 Elyzabeth meyneken[99] conuersa. 4 Gerthrudis Alheydis Ermegardis monache. 1	E	Tydericus de obbernshusen l. qui dedit nobis nobile † frustum viride ad casulam. albam et equum cum armis suis. 2 (Elyzabet l.) 1
Mar	Alheydis werkmesters Dibburgis westerzelle[99a] monache sorores nostre. 1 Katherina dickmans[100] priorissa anno lxxij. 9 Appollonia de langelinge Anno lxxxvj. 9	F	Bernardus deghenardes. 1 Bernhardus. 2 Bernardus l. qui dederunt † nobis terciam partem in dimidio coro salis. 1 Otto dageuorde l. qui dedit nobis c. florenos et albam casulam. 2
cel	Mechtildis monacha. 1 Anna kammans conuersa. 9	G	

li †	Helmoldus bisbyng[101] sacerdos prepositus noster. qui dedit nobis centum et quinquaginta florenos casulam et calicem. 2	A	Alheydis monacha. 1
bo †	Albertus stelter l. qui dedit nobis c florenos. 1	B	Berta Elyzabet Wycburgis monache Gerthrudis monacha Gerthrudis conuersa. 1.
ni	Luderus houemester frater noster. qui dedit nobis ij florenos. 2	C	Ermegardis mor[102] monacha. 1
fa	Tidericus brosem sacerdos. qui dedit nobis vj talenta. Christina de heyde l. que dedit nobis tenacula deaurata ad crucem. 2	D	Eddelyndis scher monacha. 1 Cecilia de obbernshusen[102] monacha. 2 Elizabet Schulten. 9 margreta Stouen. 9
dat		E	Gerthrudis Elyzabet monache. 1
pri	(Otto[102a] dux.) 1	F	Gerthrudis puella. 1
mi	(Mechtildis[102b] ducissa.) 1	G	
ber	Obiit pie memorie Bernardus Dux[103] qui dedit nobis purpuream auro contextam. 1	A	
cy †	Wasmodus kemmen l. pro quo date sunt nobis ccc[e] marce ad edificium noui refectorij. et cuilibet persone tegmen candidum. insuper dedit nobis fenestram in refectorio. casulam cum cruce. et tres puri marcas ad horologium. 1 u. 2	B	Gerthrudis monacha. 1
ri	Gerthrudis jungen l. que dedit nobis mappam serico consutam. 1	C	Anna godtinges. 8
ni	Conradus de quitsau l. dedit nobis xxx florenos equum cum armis suis dresmaticum pannum et monile. 2	D	Gerthrudis Gela monache. 1 Clara hessen[104]. 5
vi	Johannes quondam cocus noster. qui dedit nobis x marcas. 2	E	Johanna monacha. 1

te	Anna Olemans. 10	F	(Oda Reinburgis Ecbertus l.)1
que	Hillegundis Alleydis monache. 1	G	Alheydis velhauuers l. que dedit nobis tunicam cum tenaculis. 2
mar		A	(Everardus sacerdos.) 1
pro	Hillegundis Johanna monache. 1	B	Hogerus brandes sacerdos † qui dedit nobis duos marcas annuatim. 1
tas	Johanna conuersa. 1	C	
al	Mechtildis monacha. 1	D	(Ericus[104a] dux wulferammus laicus.) 1
de	Conegundis Alheydis puelle Alburgis stretze conuersa. 1	E	
cem	Gerthrudis Alheydis monache. 1 Hillegundis lübben conuersa. 9	F	(Mechtildis l.) 1
jo	Alheydis Gerthrudis Mechtildis monache. 1 Elyzabeth hartmans[104] 3	G	(Hynricus l.) 1
han	Mechtildis Margareta monache. 1	A	Dominus Johannes Wenthusen sacerdos qui dedit nobis librum impresum qui intitulatur vitas patrum. 2
jo	Margareta Alheydis monache. 1	B	(Albertus[104b] dux qui dedit nobis ecclesiam brokelde.) 1
dor	Angnes Alheydis monache. 1	C	
le		D	Hinricus Liderman. sacerdos. plebanus in obbernshusen dedit nobis ix florenos. iij libros. peluim valentem florenum. pacificale. annulum argenteum. et manuterium. 2
pe	Gertrudis protzen 97. 9	E	(Otto[104c] episcopus Sophia[104d] ducissa.) 1 Johannes prôuen l. dedit nobis florenum. 2 Elyzabet kale l. que dedit nobis x marcas. 1 Elyzabeth tobynges dedit no-

	bis viij marcas et ij fenestras aliaque plura bona fecit nobis. 4		
pau	Wyndelheydis Surynges l. que dedit nobis x marcas. 1	F	
	Margareta lodeges soror nostra dedit nobis xij florenos et omnia sua. 4		
Kl.			
oc		G	Alheydis olemans[105] monacha. 6
pro	Mechtildis egherdesche que dedit nobis lucernam ante chorum valentem florenum et duas marcas. 1 u. 2	A	Johanna. 1
			Alheydis de obbernshusen[106]. 4
	Johannes wetter et mechtildis vxor sua qui dederunt nobis duos florenos ad restauracionem calicis. 2		
ses	Carstianus de langelinge dedit nobis clauem sancti huberti in singularem curacionis medelam contra nociuum morsum furibundorum canum. 7	B	Mechtildis. 1
			Margareta cramers[107]. 4
o	(Otto [107a] episcopus. Tydericus Johanna Alheydis.) 1	C	Mechtildis monacha. 1
			Margareta offensen[107]. 4
			Gertrudis kleuen[108]. 6
			Katerina hoytseman conuersa. 9
del	Hinricus midderborch l. qui dedit nobis vij florenos. 2	D	Alheydis Margareta monache Mechtildis brotzem Mergardis conuersa. 1
	Elyzabeth de felten l. dedit nobis papilionem et casulam rubeam ac multa alia bona fecit nobis. 2		
oc		E	Hillegundis monacha. 1
wil		F	
ky		G	Elyzabet monacha. 1
			Mechtildis thobinges[109] conuersa. 6
li	Gheba langen l. dedit nobis iiij florenos et fenestram in domo carnium. 4	A	Elyzabet. 1
			Helelindis de ose[110]. 2

fra	Alheydis Gerthrudis monache. 1 Mechtildis Bockes [110]. 6	B	
be	Judita monacha. 1 Fredegundis de Campis [111] priorissa. 7	C	Johannes de obbernshusen miles qui dedit nobis quinquaginta florenos casulam calicem albam et equum pro remedio anime sue. 2 †
ne	Obiit pie memorie Venerabilis domina Margareta puffen abbatissa monasterij meding. a puerilibus annis huic cenobio tradita. usque ad abbaciatus sui officium. 2	D	Conradus woltwisch l. qui dedit nobis talentum. 2
mar	Margareta monacha. 1	E	Luderus wineken l. qui dedit nobis fenestram in estuario abbacie. 2 Elyzabeth wineken vxor illius dedit nobis florenum et duas ymagines in capella sita in infirmitorio. 2
gar	Margareta Gerthrudis monache. 1	F	
a	Elyzabet monacha. 1	G	Margareta de obbernshusen dedit nobis xlvij florenos et casulam brumatica. 2
post	Elyzabet Gerthrudis elsen. 1	A	
al	Elyzabet Ermegardis monache. 1	B	Gerbergis kemmen l. que dedit nobis lx florenos ad perpetuam memoriam. insuper dedit nobis duas marcas. et promptuarium ante chorum. ac fecit nobis multa bona. 1 u. 2 † Anno domini vj^{c} et xiii Obiit johannes kettelhagius confessor noster cuius anima requiescat in pace. 9
ar	Hilleburgis monacha. 1	C	
nol	Heilewygis mans monacha. 1	D	(Johannes l.) 1

			Oda wickenberghes conuersa. 10
fus	Dominus Andreas bothuelt Confessor noster dedit nobis xl^{a} florenos et dimidium. 4	E	Mechtildis ver[112] monacha. Christina conuersa. 1
	Religiosus pater et dominus Tilemannus Speth quondam confessor noster dedit nobis librum qui intitulatur mamotrectus. 7		Anna de obbernshusen[113] monacha. 2
prax	Fredegundis hilsingh l. que dedit nobis duos florenos. 2	F	Sophia Jutta Christina monache. 1
mag	Mechtildis brosem l. que dedit nobis florenum. 2		
	Hubertus Lorberen dedit nobis duos florenos ad tunicam beate virginis in choro. 7	G	Elyzabet Christina monache. 1
			Mechtildis eluessen professa in derneborch que fuit hic transmissa in prima reformacione et per quinque annos fuit nobiscum. 2
			Anno Sponbil conuersa anno 22[114]. 9
ap	Harbertus de rutenberge l. dedit nobis xx florenos. 2	A	Anna de beruelde monacha. 2
cris	Tylemannus broytszem l. dedit nobis v marcas. 4	B	Conegundis de obbernshusen. 5
	Alheydis laters l. dedit nobis iij florenos. 4		
ia	Johannes kremmeling sacerdos qui dedit nobis xxx florenos. 2	C	Mechtildis. 1
†			Alheydis milen[115]. 4
co	Mechtildis milen l. que dedit nobis x oues et porcum. 2	D	Gerthrudis conuersa. 1
	Odelricus oleman l. dedit nobis duas fenestras. 2		Elyzabet brosem. Gertrudis smedes[113] conuersa. 2
			Alheydis sporeken. 7
bus	Johanna empken l. que dedit nobis xiiij puri marcas ad memoriam. caldarium maius et plura alia utensilia pro remedio anime sue. 2	E	Frederundis Conegundis Hillegundis monache. 1

pan		F	Walburgis ghilten l. que dedit nobis florenum. 2
sim	Obiit pie recordacionis Venerabilis ac religiosa domina Eueza[116] prima abbatissa huius loci Wynhusen que cenobij regimen in noua Indagine primo erecti ad annos decem: aliosque vndecim annos fidelissime peregit. 2	G	
ab	Mechtildis Gerthrudis schep monache. 1	A	
don	Obiit digne memorie. reuerenda domina Luthgardis de bruns. et Luneborch[117] quartadecima abbatissa huius cenobij Wynhusen. Cui septem et decem annis fideliter prefuit. et certas indulgencias ad capellam sanctorum martirum Fabiani et Sebastiani suo tempore fundatam a pluribus episcopis adepta est. 2	B	Hinricus borch sacerdos confessor noster dedit nobis librum impressum qui intitulatur discipulus et duas fenestras. 2
Kl.			
pe	Alheydis olemans[118]. 2 Gerthrudis mollen[118]. 7	C	Henningus ebelinges confessor noster. dedit nobis xxxv marcas. 2 Hinricus de dagheuorde[119] l. dedit nobis l^{a} florenos cappam chorialem viridam et equum. 2
steph	Elyzabet monacha. 1	D	(Obiit pie memorie Otto episcopus.) 1
ste	Mechtildis monacha Ermegardis conuersa. 1 Alheydis arendes[120]. 3	E	
pha	Johanna monacha. 1	F	Hinricus bunsels l. qui dedit nobis xl^{a} florenos. 2

	Helmoldus meyneken et vxor eius dederunt nobis v florenos. 7		
os	Conegundis de veltem l. que dedit nobis ij florenos. 2	G	Johanna bros monacha. 2 Walburgis lůders[121] conuersa. 4
six	(Hynricus [121a] dux.) 1	A	
af	Meynardus kocus l. qui dedit nobis x florenos. 2 Hinricus hoyer l. qui dedit nobis ij florenos et tunnam siccorum pissium (*stc*) videlicet rotscher annuatim. 2	B	Margareta conuersa. 1
cir	Hinricus rodenborch[122] l. qui dedit nobis c marcas luneborgensis monete. 2	C	Mergardis Mechtildis monache. 1 Heylewigis de obernshusen. 7
ro	Luderus krauwels l. dedit nobis lxxx florenos. 2	D	
lau	Ludolfus lamberdes sacerdos et monachus dedit nobis x florenos. 2	E	Margareta Katerina. 1 Cecilia de monte[123]. 2 Mechtildis monacha. 1
ty	Anna Sporken dedit nobis crucem argenteam. 8	F	Ghertrudis. 2 Gerthrudis. 1 Anna jungen conuersa anno lxxxv. 9
bur		G	
ip	Rickasa de marnholte l. que dedit nobis xl[a] et quinque florenos et duas albas. 2	A	Alheydis monacha. 1
eu	Dedekynus de brôkelde l. dedit nobis florenum. 2 Conradus de her dedit nobis x florenos ad turrim superius chorum. 8	B	Elyzabet Agnes monache. 1
sump	(Obiit pie memorie Albertus [123a] dux Christina laica.) 1 Helmoldus meyer[125] sacerdos qui dedit nobis quatuor oues pro remedio anime sue. 1	C	Mechtildis monacha. 1 Luckardis Eueredes[124] conuersa. 4
bern	(Rickasa cometissa.) 1	D	Benedicta. 1 Benedicta de beruelde[126] monacha. 2

oc	Obiit felicis recordacionis veneranda domina Judita de Bruns. et Luneborch[127] tercia decima abbatissa huius monasterij Wynhusen. cuius promocionem nouem et decem annis omni cum studio pie sollicitauit. Agnes. 2	E	Tidericus de obbernshusen. sacerdos Wernerus Wernerus idem de obbernshusen. dederunt nobis bona in villa honeborstel de quibus recipimus annuatim x marcas et xiiij solidos. 2	†
a	Judita Sophia Margareta. 1	F		
gap		G	Hinricus arpensen l. qui dedit nobis c florenos. 2	
bern		A	Walburgis sluters l. que dedit nobis xij marcas. 2 Anno domini v^{c} et xcij Obiit pie ac felicis memorie magnificus et prepotens wilhelmus dux illustris princeps in Brunswick et luneborch. 9	
et	Sophia monacha. 1	B	Conradus eyken[128] et Margareta vxor eius dederunt nobis ymaginem sancte Anne stantem in capella sancte Crucis. et ymaginem beati Berwardi stantem in choro. librum vite beati berwardi. peluim maiorem in capella sancte Anne. et Candelabrum. 3	
ty	Helleburgis monacha. 1	C		
ty	Elyzabet Johanna Elyzabet Elyzabet monache. 1	D		
bar	Gerthrudis Berta monache Mechtildis puella. 1	E	Obiit pie memorie henricus episcopus de sale dedit nobis lxxx marcas libros et alia clenodia. 1	†
tho	Berta knifes monacha Gerthrudis conuersa. 1 Alheydis seyndes[129] monacha. 2	F	Hinricus Kakel l. qui dedit nobis calicem et soluit nobis decimam in westerszelle pro ccc^{tis} marcis. 2 Mathias de obbernshusen l. qui dedit nobis equum. 2	†

lo	Wedekindus gos[130] l. qui dedit nobis bona in O ad capellam sancti benedicti. 1 u. 2	G	Elyzabet Conegundis de gustedde monache. 1
†	Godelindis van der wisch l. que dedit nobis centum et viginti marcas. pluraque alia clenodia. 2		
	Alheydis luterdes l. que dedit nobis vj talenta et x solidos. 2		
ruf	Henningus Ernstes sacerdos qui dedit nobis xxvj florenos et tres libros. 2	A	Oda. 1
			Margargareta bardenwerper[131] conuersa. 2
au	Johannes meyneken l. qui dedit nobis florenum. 2	B	Judita Christina Elyzabet monache. 1
col	Illustris princeps Albertus	C	Alheydis verden[132] monacha. 1
†	dux[133] dedit nobis ecclesiam Brôkelde. 2		Alheydis bunsels[134]. 3
			Mechtildis kleuen conuersa. 6
auc	Elyzabeth haghen l. que	D	
†	dedit nobis quinquaginta florenos. 2		
	Johannes sculuer l. qui dedit nobis vij florenos. 2		
ti	Ricmannus wirten l. qui de-	E	Rickardis monacha. 1
†	dit nobis cc[tas] marcas et dimidium plaustrum salis. 1		
Kl.			
e	Hennyngus de ghilten dedit	F	Mechtildis Berta Hilleburgis Alheydis monache. 1
	nobis quatuor florenos et iij fenestras. 2		† Obiit pie memorie venerabilis Domina Sophia de schulenborch[136] abbatissa in derneborch reformatrix nostra que pro sancta reformacione stabilienda necessaria spiritualia et temporalia fideliter imbuit. 2
	Graciosa ac Illustris domicella appollonia[135] nata de brunswyck et luneborch. 5		
			Elyzabeth Osen. 2
gi	Dytburgis dedeken l. que dedit nobis florenum. 2	G	Gerthrudis monacha. Alheydis conuersa. 1

			Alheydis dageuorde[137] l. que dedit nobis sexcentos florenos et omnia sua. 2 †
di		A	(Johannes sac. Euehardus Johannes l.) 1
um	Bya monacha. 1 Ditburgis amedorpes[138]. 2	B	(Conradus Bertoldus conuersus.) 1
sep	Ermegardis Edelindis Alheydis monache. 1	C	Kartianus bergen sacerdos dedit nobis annuatim xi marcas Luneborgensis monete ad memoriam. 2 †
	Margareta monacha. Wicburgis conuersa. 1 Alheydis westercelle[139] monacha. 1 Katherina de knesebecke anno domini lxxxj. 10	D	(Tidericus Otto Sophia Mechtildis Gerthrudis l.) 1
ni	Elyzabet Mechtildis monache. 1 Gertrudis honemans Walburgis laters[140] conuerse. 2	E	Gertrudis benthen l. que dedit nobis c florenos. tunicam cum subductura valentem xv florenos. albam sartaginem valentem l^{a} florenos xj coclearia argentea. xxij^{o} vasa enea. vas argenteum. tres annulos. cyphum argenteum. xiij canteros. tria magna caldaria et v mediocra. ij cruces argenteas. xiij ollas. vij lebetas. et mappam optimam altaris serico consutam. Remburgis broytzem l. dedit nobis casulam et fenestram in estuario abbacie. 2
mar	Hellenburgis monacha. 1 1603 Alheydis wynckelmans conuersa. 9	F	Obiit pie memorie dominus Harmannus eyken[141] prepositus qui soluit nobis decimam in adensbecke pro sexcentis marcis luneborgensis monete et dedit cuilibet persone florenum. 2 † Johannes blomenberch sacerdos qui dedit nobis lxxx^{a}

	marcas ad memoriam iam dictam. 1		
gor	Heylewigis de obbernshusen l. que dedit nobis casulam rubeam et albam. 2	G	Alheydis Mechtildis Beata Elyzabet monache. 1
gon		A	Obiit pie memorie Religiosa domina Luthgardis[142] decima abbatissa huius loci Wynhusen: que suo tempore monasterij facultates diligenter sollicitauit. 2
prot	Johannes riken sacerdos qui dedit nobis faciem christi in choro stantem et tabulam de computacione ebdomadarum post natalem domini. 2	B	Hillegundis Elyzabet. 1 Elyzabeth lutterlo[143]. 2 Wyndelheydis Ermegardis Margareta monache. 1
ia	Hinricus Semmelbecker l. qui dedit ij marcas luneborgensis monete et fenestram in domo carnium. 2	C	Sophia monacha. 1
cruc	Anna laters l. que dedit nobis v florenos et albam. 2	D	Alheydis Jutta Sophia Elyzabet monache. 1 Margareta meyringe monacha. 2
crux	Harmannus crusen l. qui dedit nobis xxv marcas luneborgensis monete. 2 Ghertrudis de dageuorde l. que dedit nobis tunicam cum subductura ualentem xj marcas. et albam. 2	E	Mechtildis Mergardis Christina Margareta Alheydis monache. 1
nic	(Hynricus comes.) 1	F	Elyzabet conuersa. 1
eu	Ermegardis wisen l. dedit nobis albam. 2	G	Alheydis Alheydis monache. 1
lam		A	Katherina plettenberge[144] monacha. 1
ber	(Lambertus Heyso Herwycus l.) 1 (Margareta sporken l. Ghertrudis rodewoldes l.) 2	B	Ermegardis de marnholte. 7 Wyndelheydis hoygers conuersa. 10
te	(JohannesHyllebrandusMechtildis Luderus de seynde l.) 1	C	Mechtildis Ermendrudis Christina monache Ka-

	therina Alheydis conuersa. 1		
que	Elyzabet monacha Elyzabet monacha. 1 Margareta lamberdes conuersa. 2	D	(Mechtildis [144a] cometissa. Johannes Mechtild.) 1
Mat	Hilleburgis monacha. Gerthrudis conuersa. Ermegardis monacha. 1	E	Hinricus engelken sacerdos dedit nobis missale impressum. 2
Mau	Margareta Rickasa puelle. 1	F	Johannes platensleger l. dedit nobis fenestram in ambitu. 2
ri		G	
ci	(Albertus [144b] Johannes duces.) 1	A	(Albertus [144b] dux.) 1
us	Berta conuersa. 1	B	Drewes geffers frater noster dedit nobis quadraginta florenos vnam tunnam mellei et quinque apices. 9
sip	Obiit felicis memorie Religiositatis domina Benigna[145] secunda abbatissa huius monasterij Wynhusen: cuius profectum fideliter in domino prosecuta est. 2	C	(Dythmarus Johannes Gerthrudis l.) 1
cos	Gherbergis van der heyde monacha. 2	D	Johannes retem l. qui dedit † nobis annuatim quatuor marcas ad memoriam. 1
wen	Margareta Margareta monache. 1	E	
Mich	Osterlyndis Alheydis Ghilla monache. 1 Elisabet hauekost conuersa. 9 Elisabet abelmans conuersa 1619. 9	F	Elyzabeth de obbernshusen † l. dedit nobis casulam candidam. albam et tunicam valentem vj marcas ac vaccam. 2 Sergius frater noster dedit nobis c florenos. 2
Ie	1603 Dorothea heysen conuersa. 9	G	
Kl. re	Gerthrudis Ermegardis monache. 1	A	Obiit pie memorie Ermegardis cometissa de defelde[146] †

	que dedit nobis papilionem et alia clenodia. 1		
†	Euehardus euerdes frater noster dedit nobis xx florenos et xj tunnas cereuisie hamborgensis. 2		
le	Luderus elebecke l. qui dedit nobis fenestram in domo carnium. 2	B	1607 Alhedis heysen conuersa. 9
du	(Obiit pie memorie hynricus[146a] dux. Elyzabet l.) 1	C	Mechtildis puella. 1
fran †	Bertoldus sertor frater noster dedit nobis xl[a] marcas et calicem. 2	D	Mechtildis monacha Elyzabet puella. 1
cis	(Dominus hynricus[146b] abbas monasterii sancti Michaelis hildens. visitator ac Reformator noster.) 1	E	Sophia Elyzabet Gerthudis monache. 1
ci	(Hynricus abbas.) 1	F	Elyzabeth remstede. 1
Mar †	Nobilis domina Jutta ducissa de mecklingeborch[147] que dedit nobis sua clenodia pro remedio anime sue. 1	G	Mechtildis Alleydis monache. 1
ci	Dorothea elszen l. dedit ij candebra (*stc*) in capella omnium sanctorum. 2	A	Obiit pie recordacionis Venerabilis domina Mechtildis de saxonia[148]
†	Petrus scutten[149] et Ditburgis vxor sua qui dederunt nobis xxx marcas. 1		sextadecima abbatissa huius cenobij Wynhusen. cuius regimen fideliter sollicitauit tandemque sponte resignasse narratur. 2
di	(Elyzabet[149a] ducissa.) 1	B	Offemia Christina Alheydis Mechtildis monache. 1
ger		C	Sophia monacha Lucia monacha Gerthrudis monacha Mechtildis monacha soror. 1
ar	(Mangnus dux. Jordanis l.) 1	D	Fredegundis walbeyke conuersa. 4
			Anna meldawes conuersa. 10
te	Berterammus prepositus in	E	Mechtildis monacha. 1

			ebbekestorpe qui dedit nobis duo plaustra lapidum ad edificia. 1 u. 2 (Lambertus[149b] prepositus.)1
que cal	Alheydis puella. 1	F G	(Maria[149c] ducissa.) 1
mau	Gerthrudis monacha. 1 Anna Sporken[150] priorissa anno lxxxj. 10	A	Herneydus de marnholte l. dedit nobis equum. 2
Gal	Sophia Mechtildis monache. 1	B	Elyzabeth de vreden. dedit nobis mensam depictam et tabetum. 2
le	Gerthrudis Gerthrudis Hilburgis monache. 1	C	
lu	Semburgis monacha. 1	D	Eylica vurschutte l. dedit nobis c florenos. 2
ia	Berta monacha Mechtildis conuersa. 1	E	(Johannes Johannes Katherina l.) 1
nu	Margareta Elyzabet Elyzabet. 1	F	(Engelbertus Meynardus l.) 1
vn	Mechtildis Gerthrudis monache. 1	G	Henningus eympke l. qui dedit nobis x puri marcas. et florenum. 2 Arnoldus et Engelbertus cappenberch qui dederunt nobis lapidem berillum qui est fabricatus in monstrancia et alia bona dederunt nobis. 1 Margareta filia arnoldi dedit nobis x marcas ad aquam. 1
se	Alheydis monacha. 1	A	(Magnus[150a] comes de hoye.)1
se	Gherdrudis sluters[151] monacha. 2	B	
ue	Mechtildis lut monacha Luckardis conuersa. 1	C	
cris	Hylleburgis monacha. 1	D	
pi	Ryccaza Hilleburgis monache. 1 Alheydis hessen[152]. 8	E	Hinricus warenholte sacerdos dedit nobis xv puri marcas. 2
ni	Rycheydis Alheydis Elyzabet monache. 1 Mechtildis schelen[153]. 8	F	
Si	Wyndelheydis monacha. 1	G	Hinricus tobyng l. qui dedit nobis xxx[a] marcas et

	fenestram in choro. et in domo carnium. 2		
mo	Margareta Conradus l. 1	A	Obiit pie memorie Venerabilis domina Elyzabeth[154] quinta abbatissa huius monasterij Wynhusen: que ipsius gubernacionem omni cum fidelitate in domino compleuit. 2
nis	Altigenita Magdalena duxissa de bruns. et luneb.[155] dedit nobis casulam. 2	B	Anna rodewoldes conuersa. 5
	Gertrudis volckmerrodes l. dedit duas puri marcas. 2		
quin		C	Margareta Margareta puella monacha. 1
			Wyndelheydis lutterlo[156] monacha. 2
Kl.			
om		D	Judita Hillegundis monache Margareta conuersa. 1
eu	Obiit pie memorie Boldewynus episcopus de bremen[157] qui dedit nobis Reliquias beatissimi Allexandri et x florenos. 1	E	Luckardis wol monacha. 1
sta	Euehardus de langelgen l. qui dedit nobis casulam viridem cum cruce. 2	F	
	Dominus Johannes heytdorne sacerdos plebanos in watlyngh. frater noster. qui dedit nobis lxx[a] marcas x libros maiores et quosdam minores. 2		
chi	(Sophia l.) 1	G	
le	Anna de obbernshusen l. que dedit nobis v florenos. viij vasa enea. magnum caldarium. peluim valentem florenum. albam et fenestram super domum hospitalem. 2	A	Mechtildis Judita Alheydis monache. 1
			Vrsula lorber. 8

o	Gerthrudis kup monacha. 1 Dobeke heyneke[158] dedit nobis xxx florenos. 5	B	Anna de offensen. 5
wil		C	(Conradus episcopus Hedwygis cometissa.) 1
clau	Obiit felicis memorie Religiosa domina Margareta[160] vndecima abbatissa huius cenobij Wynhusen: cuius promocionem fideliter in domino compleuit. 2	D	Dominus Johannes lunden[159] prepositus noster qui dedit nobis ccc^{os} florenos quorum vnum ad actionum principum peruenit alia duo in canonia sancti Andree hildensem posita sunt Inde Annuatim x florenos recipientes Duos cyphos argenteos Ollam mediocram Et optimam tunicam pro casula et quinque libros. 7
the	Frederundis monacha. 1 Eliszabeth Meyneken[161]. 8	E	(Tydericus Margareta l.) 1
Mar	Alheydis Gerthrudis. 1	F	Johannes lateren l. dedit nobis fenestram. 2
Mar	Mechtildis hessen[162]. 5	G	Karstianus scrader l. qui dedit nobis xx florenos. et duas fenestras. 2 Gherwinus hamelen l. qui dedit nobis duas fenestras in refectorio estiuali et vnam super domum hospitalem ac librum qui intitulatur racionale diuinorum. 2
li		A	
bric		B	Luderus campman sacerdos dedit nobis librum teutonicum. 2
ci	Conegundis monacha. 1	C	(Tidericus sacerdos.) 1
que	Alheydis eltzen monacha. 1	D	(Johannes sacerdos. Bernardus Johannes l.) 1
oth	Hillegundis. 1	E	Alheydis holdinges l. dedit nobis iiij vasa enea. et fenestram in estuario abbacie. 2
ma	Margareta monacha. 1	F	(Margareta l.) 1
ri		G	(Conradus episcopus.) 1

lis	Almodis de gustede l. que dedit nobis sericam casulam flauij (*sic*) coloris cum cruce eleganciore. lineum pannum et duo tabecia. 2	A	Mechtildis Margareta monache. 1
ber	(Ludolfus. Johanna.) 1	B	Elizabet vam stoue dedit nobis ij florenos aureos manuterium et duas ollas. 5
co	(Hynricus l.) 1	C	
ce †	Obiit pie memorie Hennigus de obbernshusen l. qui dedit nobis casulam et calicem Campanulas deauratas argenteas dependentes ad papilionem et dimidium plaustrum salis. 1	D	Menburgis conuersa. 1 Katherina watlyngk [163] monacha. 2 Wyndelheydis brossem monacha. 1
cle		E	Alheydis laters [164]. 3
cris	(Willehelmus [164a] dux.) 1	F	
k	Hinricus kleynsmet sacerdos. dedit nobis xx florenos. 2	G	Gerthrudis Elyzabet monache. 1
the	(Fredericus l. Eggehardus sacerdos.) 1	A	Elyzabet monacha. 1
ri	Hillegundis de marnholte l. que dedit nobis aurifrisium flauium ad casulam cum cruce. albam et florenum. 2	B	Mechtildis Elyzabet monache. 1
na		C	Hilleburgis. 1
sat		D	Sophia. 1 Margareta jeuersen [165]. 2
an	Conradus werle l. dedit nobis v puri marcas. 2	E	Mechtildis Gerthrudis monache. 1
Kl. de	Gertrudis rodewoldes l. que dedit nobis ix solidos ad fenestram. 2	F	Margareta. 1 Magdalena de marnholte [166] priorissa. 2
cem	Nicolaus remstedde l. qui dedit nobis fenestram in abbacia. 2	G	Alheydis monacha. 1

(Cetera desunt.)

Anmerkungen.

1) Agnes, Tochter des Markgrafen Konrad von Landsberg, 1209 Gemahlin Heinrichs (des Langen), Herzogs von Sachsen und Pfalzgrafen bei Rhein, starb am 1. Januar 1248. Sie stiftete das am 24. April 1233 bestätigte Nonnenkloster zu Wienhausen und 1243 das Mönchskloster zu Isenhagen. Ueber die Zeit der Gründung des Klosters Wienhausen siehe die Noten 81 und 116.

2) Ritter Rudolf von Hodenberg, zweiter Sohn des Marquard II. von Hodenberg und der Heilewig von Klencke, Rath des Herzogs Heinrich von Braunschweig und Lüneburg und Hauptmann zu Rethem, starb am 1. Januar 1514.

3) Die Aebtissin zu Wienhausen Katharine III. von Langeln erscheint in Urkunden vom 18. April 1598 und 2. März 1600. Sie war am 2. März 1587 gewählt und starb am 3. Januar 1609.

4) Ermengard Wiese, Conventualin zu Wienhausen, ist von der Aebtissin Susanne (1470—1501) eingekleidet.

5) Herzog Otto II. (der Siegreiche) von Braunschweig-Lüneburg starb am 7. Januar 1471 zu Celle. Die Reform des Klosters Wienhausen wurde von ihm am 26/28. November 1469 vollzogen. S. über dieselbe Johannes Buschius de reformatione monasteriorum, cap. XXVIII et XXIX: de reformatione Monialium Monasterii in Winhusen, in Leibn. script. rer. Bruns. II., 896—899, und einen Auszug daraus im Neuen hannoverschen Magazin, Jahrg. 1805 S. 442 bis 446 Note *). In einem Manuscript des Klosters mit Notizen der Aebtissinnen Olgard, Katharine I., Susanne, Katharine II. und Dorothee ist Fol. 1 über die Reform mitgetheilt: „Anno domini M°CCCC°lxix sequenti die post festum Illacionis (*sic*) marie van jngeuinge wegen des hilgen gheystes van hetendes wegen vnses Erwerdighen heren heren vnde gheystlyken vaders Erneſti de do to der tyd biſchop waß to hildenſem iß Reformert dut Cloſter winhuſen van deme Jrluchteden ſforſten heren Otten hertogen to brunſwigh vnde luneborg dar ock ouer vnde anne weren de gheyſtlyken prelaten heren hinrik abbet van Sunte michaele to hildenßem heren lipold abbet van ſunte godehardi dar ſulues vnde de gheyſtlyke vnde vorſichtige Sophya ebdiſche to berneborg mater nostra." — In einer Urkunde der „Anna van godeſ gnaden van vyande, dychte vnde brede grauinne van Affouw Hertoghynne to brunßwig vnde luneborch Nagelaten wedewe des Jrluchtigen hochgeboren furſten vnde heren hern Otten to brunßwig vnde luneborch hertogen ſeliger" übernimmt dieselbe am 28. Juni 1471 die Beschützung des Klosters „So alße vnſe ſelige leue here vorgenant ſine vnde vnſe leuen biſundern anbechtigen brude godes des cloſters to wynhuſen, myt hulpe vnde rade der werdigen heren vnde prelaten Hern Hinrikes Abtes to Sunte michaele. Hern lyppoldes Abtes to

Sunte Goderde vnde Hern Johannes prioris tor Sulten bynnen vnde buten Hildenßem belegen vnde der werdigen vruwen Soffigen Abbatiſſen to derneborch vnſer leuen andechtigen vnde biſundern van beuelinge vnde vuller macht wegen Des erwerdigen In god vaders vnde Heren Heren Ernſtes biſchuppes to Hildenßem des anderen dages na Sunte katherinen dage In den Jaren Anno dominj MCCCC° vnde In deme lxixten jare perſonliken ſulues viſitert vnde reformert Alſo dat ſik de erlijken megede godes gudlijken hebben vnderwijſen laten vnde der hilligen obſeruancien angenomen Alſo dat ſe vnde ore nakomen dar to ewigen tijden wijllen bij blyuen" ꝛc. S. überdies unten Note 26.

6) Anna von Stargard, Tochter des Herzogs Heinrich II. von Meklenburg-Stargard und in Wenden, ſtarb am 7. Januar 1498 im Kloſter Ribbenitz. S. über dieſelbe das Vaterl. Archiv, Jahrg. 1823 S. 1—9. (Ueber ihre Mutter Margarete ſ. Note 64.)

7) Mechtild von Wenden, Tochter des Herzogs Johann von Braunſchweig-Lüneburg und Gemahlin des Fürſten Heinrich I. von Werle († 1291), ſtarb am 8. Januar nach 1301 und wurde im Kloſter Wienhauſen beigeſetzt.

8) Probſt Dietrich VII. Titze erſcheint in Urkunden vom 11. September 1470 bis 24. April 1476; er ſoll im Jahre 1478 abgeſetzt und 1479 geſtorben ſein (Chronikon des Kloſters Wienhauſen S. 50 f.).

9) Adelheid von Bothmer, Kellnerin zu Wienhauſen, und die Conventitin Katharine Klockenberg wurden bei der Reform des Kloſters mit der Aebtiſſin Katharine I. von Hoya nach Derneburg gebracht, wo ſie blieben (Chronikon S. 20, 22). Adelheid von Bothmer ſtarb vor dem 17. Mai 1501 (daſ. S. 77) und Katharine Klockenberg am 20. Januar vor 1501 (daſ. S. 78).

9a) Otto, Sohn des Herzogs Otto (des Kindes) und Bruder des Herzogs Johann von Braunſchweig-Lüneburg, ſtarb am 16. Januar 1247 durch einen Sturz aus einem Eisſchlitten.

10) Die Feier eines Jahresgedächtniſſes des Konrad von Marenholtz iſt ihm in einer Urkunde von 1496 zugeſichert.

11) Eliſabeth von Marenholtz iſt von der Aebtiſſin Suſanne (1470—1501) eingekleidet (Notizen d. Aebtiſſ. S. 6 u. 38).

12) Eliſabeth Lüters iſt in einer Urkunde de 1486 genannt.

13) Adelheid Wieſe wurde von der Aebtiſſin Suſanne (1470—1501) eingekleidet (Notizen d. Aebtiſſ. S. 6 u. 38).

14) Adelheid Fiſcher iſt von der Aebtiſſin Katharine II. (1501—1549) eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

15) Gerburg war, nach einer Urkunde vom 1. October 1279, Priorin zu Wienhauſen und ſoll 1286 Aebtiſſin daſelbſt geworden ſein (Chron. S. 8).

16) Gerberg von Gustedt kömmt in einer Urkunde de 1408 vor.

17) Katharine von Gilten wurde von der Aebtissin Susanne (1470—1501) eingekleidet (Notizen d. Aebtiss. S. 6 u. 38); Adelheid Sandmann und Gertrud Winkelmann von der Aebtissin Katharine II. (1501—1549, das. S. 7).

17a) Wohl Otto V. Graf von Oldenburg, Gemahl der Helene, einer Tochter des Herzogs Johann von Braunschweig-Lüneburg.

18) Wulbrand von Oberg, Probst zu Osnabrück, von St. Alexandri in Einbeck, St. Blasii in Braunschweig und St. Moritz zu Hildesheim, erscheint in Urkunden des Klosters Wienhausen als Provisor daselbst vom 25. October 1517 bis 13. December 1521, und als Probst vom 19. December 1521. Er war am 25. October 1517 gewählt: „Anno domini millesimo Quingentesimo Septimo decimo dominica die post vndecim milium virginum videlicet ipso die sanctorum martirum Crispini et Crispiniani suscepimus nouum prepositum dominum wulbrandum“ (Präbendenregister d. des Klosters Wienhausen S. 71). Er entfloh vor seinen Feinden von Wienhausen nach Hildesheim und resignirte daselbst, als sein Nachfolger Heinrich IX. von Cramm (vor 24. August 1522) gewählt war (Chronikon S. 60).

19) Dieterich Ohlmann stiftete seine Memorie am 11. November 1473 (Urk. im Archive zu Wienhausen).

20) Barbara von Hodenberg, Conventualin zu Walsrode 1515, Priorin zu Ebstorf c. 1518.

21) Elisabeth, Tochter des Grafen Hermann III. von Everstein, 1408 Gemahlin des Herzogs Otto I. (von der Haide) von Braunschweig-Lüneburg, starb am 10. Februar nach 1438.

22) Elisabeth I. von Wenden erscheint in Urkunden vom 7. August 1255 bis 3. Januar 1265. In einer Urkunde s. a. wird sie von der Herzogin Mechtild von Braunschweig, der Gemahlin Otto des Kindes, welche am 10. Juni 1261 starb, „Consanguinea sua“ genannt, ein Verhältniß, welches nachzuweisen ich um so weniger vermag, da auch das Großherzogliche Archiv in Schwerin keinen Aufschluß giebt (Briefliche Nachricht des Herrn Archivraths Lisch). Durch die Vermählung des Fürsten Borwin I. von Meklenburg mit Mechtild, einer Tochter Heinrich des Löwen, Herzogs von Sachsen und Baiern, ist der Herzog Otto das Kind consanguineus der Nachkommen Borwin's geworden; diese Blutsverwandtschaft kann aber nicht für Otto's Gemahlin, eine Tochter des Markgrafen Albrecht II. von Brandenburg, in Anspruch genommen werden; letztere würde nur consobrina der Aebtissin Elisabeth von Wenden sein, wenn diese eine Tochter des Fürsten Borwin I. oder Borwin II. von Meklenburg gewesen wäre.

22a) Mechtild Spade von 1412—1437 in Urkunden.

23) Elisabeth Hagen und Hildegunde Peine starben vor 1501 (Chronikon S. 78).

24) Hebelind von Bothmer war 1431 unter den Conventualinnen, welche zum Gusse zweier Glocken für die Kirche in Wienhausen beisteuerten (Notizen d. Aebtiss. S. 23 f.).

25) Anna I. von Langeln war am 13. April 1565 zur Aebtissin gewählt und starb am 17. Februar 1587.

26) Katharine I. von Hoya, Tochter des Grafen Otto III. und der Mechtild, Tochter des Herzogs Magnus II. von Braunschweig-Lüneburg, erscheint in Urkunden des Klosters Wienhausen de 1412 als Klosterjungfrau, vom 3. Februar 1422 bis zum 13. Juli 1434 als Aebtissin, vom 6. April 1437 ohne diese Bezeichnung, und in Urkunden vom 1. November 1442 bis zum 17. September 1469 wieder als Aebtissin; wird dann aber „de olde Ebbessche de van der Hoyge" genannt. Daraus ergiebt sich, daß sie zweimal zur Aebtissin gewählt ist, womit auch das Nekrolog übereinstimmt. Die Angabe der Regierungszeit im Nekrologe ist aber unvereinbar mit den Urkunden. Sie soll „in prima electione ad quatuor ferme annos" Aebtissin in Wienhausen gewesen sein; die Urkunden umfassen aus dieser Zeit ihrer Regierung fast 13 Jahre. Dagegen sind für sie als Aebtissin „post secundam promocionem — usque ad reformacionem," d. i. bis zum 28. November 1469, schlechterdings keine vierzig Jahre zu erübrigen. Denn sollte ihre Nachfolgerin Gertrud Elze nach ihrer Resignation, welche nach dem 13. Juli 1434 stattfand, auch nur bis zum 30. Mai (dem Sterbetage der Gertrud) 1435 Aebtissin gewesen sein; so bleiben vom 30. Mai 1435 bis 28. November 1469 doch nur vierundzwanzig Jahre übrig. — In einer Urkunde vom 6. April 1437 ist sie aber einfach „Katherina de hoya filia comitis ottonis pie memorie", und nicht Aebtissin genannt, ein Beweis, daß ihre Wiederwahl an diesem Tage noch nicht stattgefunden hatte. — Die Gesammtzeit für Katharine von Hoya vom 3. Februar 1422 bis zum 28. November 1469 umfaßt fast 48 Jahre. Sie mag immerhin fast vierundvierzig Jahre lang dem Kloster als Aebtissin vorgestanden haben; die beiden Perioden müssen jedoch anders gefaßt werden, als sie das Nekrolog dargestellt hat. Die letzte Urkunde ihrer Vorgängerin Olgard ist vom 8. December 1420. Das Chronikon setzt (S. 12 f.) die Resignation der Aebtissin Katharine I. ins Jahr 1437 und den Tod ihrer Nachfolgerin Gertrud (S. 13) ins Jahr 1440. Demnach möchte Katharine I. zuerst von 1422 bis 1437 fast sechszehn und nach der zweiten Wahl von 1441 bis 1469 achtundzwanzig, im Ganzen also fast vierundvierzig Jahre lang Aebtissin gewesen sein. Wird

nun aber dieſes Reſultat mit den Angaben des Nekrologs verglichen, ſo dürften die Zahlen in demſelben etwa dahin zu berichtigen ſein, daß „Katherina de hoya — in prima electione ad quatuordecim ferme annos (vor dem 3. Februar 1422 bis gegen das Ende des Jahrs 1435) extitit. sed post secundam promocionem XX^a effecta abbatissa. monasterium XXX^a rexit annis usque ad reformacionem“ (nach dem 30. Mai 1439 bis 28. November 1469). Sie war aber „in prima electione“ nicht „XV^a abbatissa“, als welche das Nekrolog ſelbſt unter dem 20. Februar die „Reuerenda domina Elyzabeth de Bruns. et Luneburch“ verzeichnet hat; ſondern die achtzehnte Aebtiſſin des Kloſters Wienhauſen. Die von ihr gegründete Kapelle St. Annen erhielt am 30. October 1460 vom Cardinale Beſſarion die Befugniß, daß in ihr auch während eines Interdicts Gottesdienſt gehalten werden durfte. Ueber die unter dieſer Aebtiſſin ſtattgefundene Reform des Kloſters Wienhauſen erzählt das Chronikon: Am andern Tage in der letzten Woche vor Advent (27. November) 1469 Nachmittags um 2 Uhr erſchien der Herzog Otto II. (der Siegreiche) von Braunſchweig-Lüneburg mit Johann von Oppershauſen, dem Prediger Johann aus Holm, den Aebten (Heinrich) von St. Michaelis und (Lippold) von St. Godehardi aus Hildesheim, der Aebtiſſin Sophie von Schulenburg aus Derneburg und einigen Kloſterjungfrauen in dem Winterſpeiſeſaale des Kloſters Wienhauſen, und ſuchte die dahin zuſammen berufenen, noch nicht eingekleideten Kloſterjungfrauen für die ihm nothwendig erſcheinende Reform des Kloſters zu beſtimmen. Vergebens. Tags darauf ließ er die Aebtiſſin Katharine I. zu ſich in die Probſtei berufen, die Kapellaninnen, Eliſabeth Velhover und Alrude von dem Sande, aber, welche mit der Aebtiſſin zugleich aus dem Kloſter gekommen waren, in einem andern Hauſe feſt halten. Als ſein Bemühen, die Aebtiſſin zu gewinnen, fruchtlos blieb, nahm er ihr die Schlüſſel und ſetzte ſie ab von ihrem Amte, ließ ſie mit der Kellnerin Adelheid von Bothmer, der er abgeneigt war, auf einem Wagen ohne Zeitverluſt nach Derneburg fahren. Unterwegs blieb ſie, da ſie ihrer Ordensregel nach von keinem Laien Nahrung und Reiſekleidung annehmen durfte, ohne dieſe. Am Andreäabend (29. Novbr.) kam ſie in Derneburg an, fiel daſelbſt in eine ſchwere Krankheit und mußte, ungeachtet ihrer wiederholten Bitten um die Erlaubniß zur Rückkehr, bis auf das Feſt der Kirchweihe, Mariä Himmelfahrt (15. Auguſt), in Derneburg bleiben, da dann der Probſt Helmold ſie nach Wienhauſen zurückfuhr, wo ſie noch 4 Jahr lang lebte, 1474 ſtarb und in der Kapelle Aller-Heiligen begraben wurde. — Nach Abführung der Aebtiſſin mit ihrer Kellnerin nach Derneburg, wurden die beiden Kapellaninnen mit der Krankenwärterin und der Camerarin nach Bokelskamp gebracht, acht Tage hindurch in des Vogts Hauſe gehalten, wo dann letztere beide nach Wienhauſen zurückkehren durften, die beiden

erstern aber nach dem Schlosse Winsen, und drei Tage später nach dem Kloster Marienseе geführt wurden. Elisabeth Velhover durfte einige Zeit darauf zur Aebtissin nach Derneburg sich begeben, mit der sie nach Wienhausen zurückkehrte; der Alrude vom Sande aber wurde erst im Januar 1471 gestattet, nach Wienhausen zu kommen. — Nachdem auf solche Weise diejenigen Klosterjungfrauen, welche bestimmte Aemter im Kloster bedienten, an verschiedene Oerter abgeführt waren, ließen die übrigen sich willig finden, auf Befehl des Abts von St. Michaelis sich aller Baarschaften, aller Kleinodien, alles Schmuckes und alles Geschirres zu entäußern. (Chronikon S. 19—23.)

27) Walburg Burke starb unter der Aebtissin Katharine II. (1501—1549, Chronik. S. 80).

28) Die Aebtissin Elisabeth III., Tochter des Herzogs Otto III. von Braunschweig-Lüneburg, erscheint in Urkunden vom 12. März 1368 bis 11. August 1381. Ihre Vorgängerin Lutgard III. von Oelmenhorst starb am 31. Juli 1359 und ihre Nachfolgerin Mechthild von Sachsen ist in einer Urkunde vom 4. März 1386 zuerst genannt. Sie kann demnach nur 27 Jahre lang Aebtissin gewesen sein und wird am 20. Februar 1386 gestorben sein. Sie ist anderweit durchaus nicht bekannt und erst das Nekrolog des Klosters Wienhausen hat sie, wie ihres Vaters Schwestern Luitgard und Jutta (s. unter dem 16. April und 17. August) in den Stammbaum des Welfenhauses eingeführt.

29) Gertrud von Ebensen ist in einer Urkunde de 1417 genannt, und trug 1431 zum Gusse zweier Glocken für die Klosterkirche bei (Notizen der Aebtiss. ꝛc. S. 23); sie starb nach dem 12. März 1470 (Chronik. S. 78).

30) Mechtild war eine Tochter des Herzogs Magnus II. (mit der Kette) von Braunschweig, 1384 vermählt mit dem Grafen Otto III. von Hoya und Bruchhausen, und starb am 23. Februar 1433.

31) Der Memorie des Rabodo Wale ist in einer Urkunde de 1415 gedacht.

32) Gertrud Klockenberg, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 und 38), starb zwischen dem 6. Juni 1501 und 4. December 1549 (Chronik. S. 79).

33) Mechtild Bungers ist in einer Urkunde de 1491 genannt.

34) Der Herzog Heinrich der Mittlere von Braunschweig-Lüneburg starb am 25. (nach andern Angaben am 19.) Februar 1532 in Wienhausen und ist daselbst beigesetzt. Mit der Einschreibung seines Todestages mag die sechste Hand im Nekrologe begonnen haben.

35) Die Aebtissin Elisabeth zu Steterburg war eine Tochter des Herzogs Heinrich I. (des Quaden) von Braunschweig-Wolfenbüttel; sie starb am 26. Februar 1515. Mit diesem Tage hat der Schreiber der fünften Hand im Nekrologe begonnen.

36) Salome von Marenholtz, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 und 38), ſtarb vor dem 17. Mai 1501 (Chron. S. 78).

37) Herzog Ernſt II. von Braunſchweig-Lüneburg ſtarb am 2. März 1611 zwiſchen 5 und 6 Uhr Nachmittags zu Celle.

38) Adelheid Honemann ſtarb unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 80).

38a) Helene wird eine Tochter des Herzogs Johann von Braunſchweig-Lüneburg und die Gemahlin des Grafen Otto V. von Oldenburg geweſen ſein.

39) Anna Droſte, eingekleidet nach 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 und 38), ſtarb zwiſchen 6. Juni 1501 und 4. December 1549 (Chron. S. 79).

39a) Gertrud Stymes in Urkunden von 1414 bis 1440.

40) Mechtild Lübeke und Adelheid Krauwel ſtarben unter der Aebtiſſin Katharine II. (1501—1549).

41) Die Memorie des Johann Pölde iſt in einer Urkunde vom 29. December 1476 angeordnet.

42) Katharine Bokel iſt von der Aebtiſſin Katharine II. (1501—1549) eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

43) Mechtild Bunſel ſteuert 1431 zum Glockenguſſe bei (Notizen ꝛc. S. 23).

44) Rötger von Guſtedt ſchenkte dem Kloſter das Dorf Oeterſe am 9. April 1309.

45) Eliſabeth Velhover erſcheint als Conventualin in Urkunden de 1434—1464; als Kapellanin wurde ſie bei der Reform des Kloſters (1469) aus demſelben auf einige Zeit entfernt (ſ. oben Note 26).

46) Eliſabeth Meyer erſcheint 1431 bis 1440; ſie ſtarb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

47) Die Memorie des Confeſſors Johann Holle iſt im Jahre 1473 geſtiftet.

48) Eliſabeth von Strobeck iſt in einer Urkunde de 1484 genannt; ſie ſtarb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

49) Anna von Hodenberg iſt in einer Urkunde vom 12. Mai 1441 mit ihrem Gemahle Segeband II. von Hodenberg genannt (Hudemühler Hausarchiv Urk. 243).

50) Adelheid Schrader ſtarb nach 1501 (Chron. S. 39).

51) Adelheid Götting, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38), ſtarb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

52) Luckarde Wyneken, eingekleidet zwischen 12. März 1470 und 17. Mai 1501, starb nach 1516, wo sie in einer Urkunde genannt ist.

53) Adelheid Lüters erscheint in Urkunden von 1474—1488; sie starb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

54) Elisabeth Göttling starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

55) Margarete II. von Schöningen ist in Urkunden vom 18. Januar 1302 bis 17. April 1317 genannt. Die durch ihre Anregung angefertigte Lebensbeschreibung der Herzogin Agnes, Gründerin des Klosters, ist unter den Scripturen und Büchern des Klosters nicht vorhanden.

56) Rickarde Calm ist zwischen 1470 und 1501 eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38).

57) Margarete Laters ist unter der Aebtissin Katharine II. eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

58) Elisabeth von Hessen war 1549 Kapellanin (Chron. S. 76); ihr Name ist wohl der letzte vom Schreiber der vierten Hand des Nekrologs.

59) Anna war eine Tochter des Grafen Johann IV. von Nassau-Dillenburg. Sie vermählte sich am 28. September 1467 mit dem Herzoge Otto II. (dem Siegreichen) von Braunschweig-Lüneburg, und nach dessen Tode mit dem Grafen Philipp (dem Aeltern) von Katzenellenbogen am 30. November 1473. Sie starb am 8. April (Sabbato palmarum) 1514 in dem von ihr gestifteten St. Annen Hospital vor Celle und ist in der Marktkirche zu Celle beigesetzt. Ihr Sterbetag ist der letzte, welcher vom Schreiber der zweiten Hand ins Nekrolog eingetragen wurde.

60) Katharine von Gilten starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

61) Margarete von Marenholtz 1431 (Notizen ꝛc. S. 23).

61a) Graf Otto V., Bruder der Aebtissin Katharine I. von Hoya.

62) Alrude von dem Sande wurde 1469 bei der Reform des Klosters aus demselben bis 1471 entfernt (s. oben Note 26). Sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

63) Engel von Offensen ist als Priorin am 23. August 1615 genannt.

64) Margarete, eine Tochter des Herzogs Friedrich (des Frommen) von Braunschweig-Lüneburg, war mit dem Herzoge Heinrich II. von Mecklenburg-Stargard vermählt. Nach dem Tode desselben nahm sie 1499 Wohnung im Kloster Wienhausen (Chron. S. 99), wo sie am 8. April 1512 starb und Tags darauf in der Kapelle. Aller-

Heiligen daſelbſt beigeſetzt wurde (Chron. S. 33). Vergl. über dieſelbe das Vaterländiſche Archiv, Jahrg. 1823. S. 1—9. Ihr im Archive zu Wienhauſen aufbewahrtes Teſtament vom 15. Juli 1504 lautet alſo: „In dem namen der Hilgen dreuoldicheit des Vaders vnde des ſones vnde des Hilligen geiſtes Wij Margareta gebornne van Brunſwick vnde Inneborch Hertoghynne to Mekelenborch vnde Stargarde ꝛc. wedtwe hebbe mit ſuntheit vnſes liues Vornufft vnſer Synne vnde wol beradem mode betrachtet dat vppe erden nicht wiſſers iß wan de bittere dodt vnde nicht vnwiſſers wen de ſtunde des dodes. Deme nha dat nhu forbath neyne Erringe noch twidracht vnſes nagelaten gudes halven wij nalatende werden irwaſſen dorffe vnde van komen moge Setthen wij Jegenwardigen vnſe vullenkomen Teſtament vnde lateſten willen vnſes nagelaten gudes Of dat wij bij vnſem leuende alrede vorgeuen vnde beſtediget hebben ewichliken to holdende. Int erſte beueien wij na Criſtliker wiſe vnſe armen ſele dem almechtigen ewigen gode vnde allem hymmelſchen here. Dar nha begheren wij vnſen licham alhire Int cloſter to winhuſen na geloffliker vnde landtßetlicker wiſe myt Vigilien vnde Selemiſſen tore erden moge beſtediget werden. Dar nha geuen wij Jegenwardigen glick wij vormals alrede gedan hebben den werdigenne vnde Innigen Junckfrouwen Ebdiſſchen Priorynnen vnde der gantzen Sammelinge alhir to winhuſen vnſen leuen kinderen hundert Rhiniſche gulden Dare vor vnde vanne ſchal men vns Jarlikes van holdenn Dre *ewige* memorien Twe ſcullen de vpgenanten Juncfrouwen bij ſick holden alleyne vppe oreme chore Sunderen de drudden memorien ſcal men holden vppe de Jartijdt alze vns de almechtige god alhir vanne duſſem Jammerdale heſſchende wert mit preſencien vnſen Cappellanen vnde Veir anderen frommeden preſteren de men dar to Jarlikes ſcal vorboden vnde heſſchen laten na landtßetlicker wiſe .... to beghande vnde na ghewonthe des cloſters to winhuſen alzemen alhir der ffurſtynnen memorien plecht to holdende To der ſuluen tiidt ſcalme leſen den Salter In spiritu humilitatis Ock ſcal men dar an geuen vth der Ebdye des ſuluen cloſters den vorgnanten Juncfrouwen vnde Conuerßen to twen tiiden Jarlickes nomptlicken eyns in deme Aduente vnde eyns in der hilgen vaſten Iſliker perſonen eyn verndel mandelen vnde den anderen kinderen dar ſulues de glicken helffte vnde holden twe Selebade vor ore zele vnde to den twen tiiden wen men de twe zelebade holth denne ſo ſcalme leſen eyne etlick Juncfruwe den roſenkrantz marien. Ock hebbe wij vpgnante furſtynne der vorgeſcreuen Ebdiſſche vnd ſammelinge noch forth gedan xl Rhinſche gulden dar vor ſchal men Jarlickes gheuen deme ſuluen Conuente iſliken j brede ellen lennewandes ſick to brukende to ſyner notrofft. Hir en bouen geuen wij vilgnante ffurſtinne den irgedachten Ebdiſſchen Priorinnen vnde der gantzen Sammelinge tho winhuſen vnſen leuen kinderen alle vnſe nalaten gud edt ſye bewechlick edder vmbewechlick groth edder kleyne nichtes dar vanne vth

geſunderth In Redeſchup edder Sculden wo men dat benhomen mach vnde io vnſe Suluerwerck mit deme vnderſchede dat edt vnſe dochter edder ore kindere wedder vmbe vor rede golt edder gheit loßen mogen Jo twe loth vor eynen Rhinſchen gulden to rekende Dar vore ſcullen ſe vnſer vnde vnſer Eruen zele vnde aller anderen dar van wij vnde de van vns gekomen ſin In orem Innigen gebede gedencken vnde flitigen den Almechtigen godt Vor vns bidden. Deſſes to furder orkunde der wiſſenheit vnde ock vnwedderropelich alzo to bliuende wo bouen ſcreuen, hebben wij vnſe Ingeſegel witlicken vppet Spacium duſſes breffes gedrucket hethen Na criſti vnſes Heren geborth Veefteinhundert Jme virden Jare Ame dage Diuiſionis apoſtolorum.“

65) Gertrud Bungenſtengel iſt in einer Urkunde de 1473 genannt. Sie nahm Theil an der Malerei des Chores in der Kirche zu Wienhauſen (Chron. S. 28) und ſtarb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

66) Adelheid Rodewald ſtarb unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 79); Eliſabeth Bunſel und Rickarde Dedeken waren von der Aebtiſſin Suſanne (1470—1501) eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38).

67) Rickarde von Broitzum iſt in Urkunden von 1463—1485 genannt; ſie ſtarb vor dem 17. Mai 1501 (Chron. S. 78).

68) Die Aebtiſſin Dorothee Spörken erſcheint in Urkunden vom 23. März 1556 bis 24. April *) 1565. Sie war gewählt am 8. December 1549 (Chron. S. 76, vergl. Notizen der Aebtiſſinnen ꝛc. S. 20: „Anno domini etc. IX XL Jar kam ik ad officium Abbatisse dorothea sporken“), ſtarb am 11. April *) 1565 und regierte das Kloſter nicht „ferme quindecim“, ſondern faſt 16 Jahre lang (ſ. Aebtiſſinnen 23). Mit ihrem Todestage endet die achte Hand im Nekrologe.

68a) Der Erzbiſchof Gerhard III. zu Bremen, ein Bruder der Aebtiſſin Katharine I. von Hoya, ſtarb im Jahre 1463, nach andern Angaben am 13/14. April.

68b) Otto (der Strenge), Herzog von Braunſchweig-Lüneburg, ſtarb im Jahre 1330, nach andern Angaben am 9/10. April.

69) Graf Otto III. von Hoya ſtarb am 13. April 1428 und wurde in Hoya beigeſetzt. (Ueber ſeine Gemahlin ſ. oben Note 30.)

70) Lucie von Wardböhmen iſt 1408 in einer Urkunde genannt.

71) Katharine Bente und Windelheid Rodewald ſind nach

---

*) Die Urkunde vom 24. April 1565 iſt 13 Tage nach ihrem Tode auf ihren Namen datirt, da ſie die Verhandlung, das „actum“, mit vollzogen hatte.

dem 12. März 1470 eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38) und ſtarben unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 79).

72) Der Probſt Heinrich VI. erſcheint in Urkunden vom 20. Januar 1397 bis 1405 und reſignirt vor dem 14. December 1411, wo ſein Nachfolger, Johann III. von Holthuſen, zuerſt genannt iſt. Er ſtarb nach dem 4. Juli 1412; an dieſem Tage verfügt „Hinrik geheten hellewede van verden ichteswanne proueſt des Cloſters to winhuſen Canonik der kerken ſunte peters vnde pawels to Bardewick“ über Salzgüter in der Saline Lüneburg.

73) Dieſe Aebtiſſin Lutgard II. war keine Gräfin von Delmenhorſt, ſondern eine Tochter des Herzogs Otto II. (des Strengen) von Braunſchweig-Lüneburg. Lutgard von Delmenhorſt erſcheint erſt in den Urkunden vom 2. Februar 1344 bis 21. April 1359 als vierzehnte Aebtiſſin des Kloſters Wienhauſen und iſt im Nekrologe unter dem 31. Juli gegentheils irrthümlich „Luthgardis de' bruns. et Luneborch“ genannt. Dieſe Verwechſelung der Familiennamen iſt dadurch entſtanden, daß in dem vorhandenen Nekrologe die Sterbetage der erſten bis einundzwanzigſten Aebtiſſin nicht gleichzeitig, ſondern erſt nach dem Tode der letztern (21ſten) von ein und demſelben Schreiber eingetragen ſind. Lutgard II. von Braunſchweig-Lüneburg erſcheint in Urkunden vom 26. September 1328 bis 2. Februar 1336; ihre Vorgängerin Margarete IV. bis zum 30. Juli 1328, und ihre Nachfolgerin (und Schweſter) Jutte von Braunſchweig-Lüneburg zuerſt in einer Urkunde vom 5. Auguſt 1338. Sie kann demnach als Aebtiſſin nicht „xij annis“, ſondern höchſtens nur 10 Jahr lang das Beſte des Kloſters gefördert haben, und wird am 16. April 1338 geſtorben ſein.

73a) Eliſabeth mag entweder die Gemahlin des Herzogs Albert I. (des Großen) von Braunſchweig, oder die Gemahlin des Herzogs Otto von Sachſen geweſen ſein; erſtere, eine Tochter des Herzogs Heinrich V. (des Großmüthigen) von Lothringen und Brabant, ſtarb im Jahre 1261; letztere, eine Tochter des Herzogs Wilhelm (mit dem großen Beine) von Braunſchweig-Lüneburg, 1384. Vergl. Note 149a.

74) Die Memorie des Otrave von Berfeld iſt am 2. Februar 1339 geſtiftet.

75) Margarete Spörken ſtarb unter der Aebtiſſin Suſanne (Chron. S. 77 f.).

76) Simon Reineke wurde am 22. Juni 1496 Probſt zu Wienhauſen: „Anno domini XCVI° Suscepimus nouum prepositum in die sanctorum X milium militum“ (Präbendenregiſter a des Kloſters Wienhauſen S. 109, 117). Sein Todestag iſt der 23. April 1502; denn Simon hat am 28. October 1501 noch eine Urkunde ausgeſtellt und ſein Nachfolger Johann IV. iſt am 10. Mai 1502 eingeführt.

77) Gertrud von Eimke ist in einer Urkunde vom 24. April 1477 bedacht, sie starb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

77a) Siegfried II. von Querfurt, Bischof zu Hildesheim, starb am 26/27. April 1310.

78) Margarete Suring, in einer Urkunde de 1468 genannt, starb nach dem 12. April 1470 (Chron. S. 78).

79) Margarete Evensen starb unter der Aebtissin Susanne (Chron. S. 77 f.).

80) Die Aebtissin Germod ist nur in zwei Urkunden vom 17. September 1298 und de 1299 genannt. Die Angaben des Chronikon, welches den Tod ihrer Vorgängerin Gerburg erst ins Jahr 1303 setzt, sind hier nicht zutreffend. Die erste Urkunde, in welcher ihre Nachfolgerin Margarete II. verhandelt, ist vom 18. Januar 1302. Die sechs Jahre ihrer Verwaltung des Klosters dürften in die Jahre 1295—1301 fallen.

81) Heinrich (der Lange) Herzog von Sachsen und Pfalzgraf bei Rhein starb am 28. April 1227 zu Braunschweig, beigesetzt im Dome St. Blasii daselbst. Sein Sterbetag ist der erste, welchen der Schreiber der zweiten Hand ins Nekrolog eingetragen hat. Die Gründung des Klosters Wienhausen, an der er mit seiner zweiten Gemahlin Agnes von Landsberg (s. oben Note 1) Theil nahm (fundator loci istius), muß demnach vor den 28. April 1227 gesetzt werden, obgleich die Bestätigung erst am 24. April 1233 stattfand. Auch der erste Probst in Wienhausen, Werner I., ist in einer Urkunde s. a. als „fundator eiusdem loci (Winhusen)“ bezeichnet, und erscheint in einer Urkunde vom 25. Mai 1229 als „Prepositus in Winhusen“ (vergl. unten Note 116).

82) Anna Hovermann wurde unter der Aebtissin Katharine II. (1501—1549) eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

83) Die Converse Elisabeth Busse ist die erste Klosterjungfrau, deren Todestag der Schreiber der zehnten Hand ins Nekrolog eintrug.

84) Adelheid Schlüter ist in einem Geldregister des Klosters de 1456 (S. 17) genannt; sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

85) Margarete 1431 (Notizen ꝛc. S. 23); sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 77).

86) Ermengard von Marenholtz starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

87) Elisabeth Holst erscheint in Urkunden de 1413 und 1442 und in einem Geldregister de 1456 (S. 17); sie starb nach dem 12. April 1470 (Chron. S. 78).

88) Gerberg von Broitzen ist in Urkunden de 1463 und 1485 genannt; sie starb vor dem 17. Mai 1501 (Chron. S. 78).

88a) Ob Probſt Werner I., welcher c. 1241, oder Werner II., welcher c. 1335 ſtarb, iſt nicht zu ermitteln.

89) Adelheid von Bothmer war 1431 beim erwähnten Glockenguſſe. Bei der Reform des Kloſters wurde ſie als Kellnerin mit nach Derneburg gebracht (ſ. oben Note 26), wo ſie blieb (Chron. S. 22).

90) Suſanne Potſtock war von ihrer Aebtiſſin Sophie von Schulenburg zur Reform des Kloſters aus Derneburg mit nach Wienhauſen genommen und wurde von derſelben zur Priorin daſelbſt beſtgnirt, fühlte ſich aber zu dieſem Amte unter den obwaltenden Verhältniſſen wenig berufen. Sie beſtieg im Stillen den Wagen, auf welchem die abgeſetzte Aebtiſſin Katharine I. (von Hoya) am 28. November 1469 nach Derneburg gebracht wurde, und kehrte ſo dahin zurück. Ihre Aebtiſſin nahm dies Entweichen aber ſo übel auf, daß ſie Suſannen mit Ausſtoßung aus dem Orden bedrohte. Dieſe bat um Verzeihung, und verwaltete das Amt einer Priorin von Neujahr 1470 (bis wohin daſſelbe der Conventualin Kunigunde von Schulenburg interimiſtiſch übertragen war) bis ſie Aebtiſſin wurde, am 12. März 1470. „In deme lxx jare conuocert de gantzen Saminge de do my Suſannen eligerden ad abbatissam des it doch vnwerdich bin vnde se leten my confirmeren a domino nostro gracioso Ernesto Episcopo Dut iſs gheſcheyn In die beati Gregorij pape“ (Notizen der Aebtiſſinnen ꝛc. S. 1, vergl. Chron. S. 23 f.). Im Jahre 1499 führte ſie auf Anſuchen des Biſchofs von Verden die Reform in Medingen ein, wo ſie bei einem Beſuche am 18. Mai 1501 verſtarb, nach Wienhauſen gebracht und daſelbſt am 20. Mai im Gange vor der Kapelle Aller-Heiligen beigeſetzt wurde (Chron. S. 30). Nicht faſt 33, ſondern etwas über 31 Jahr lang hat ſie als Aebtiſſin dem Kloſter vorgeſtanden.

91) Der Probſt Heinrich VII. Wetemann iſt in Urkunden vom 1. April 1482 bis 10. Februar 1490 genannt. Er war 1478 Probſt geworden (Chron. S. 51) und ſtarb am 18. Mai 1490.

92) Anne Santmann iſt von der Aebtiſſin Katharine II. (1501 bis 1549) eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

93) Windelheid Schmedes, eingekleidet unter der Aebtiſſin Suſanne (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38), ſtarb unter deren Nachfolgerin Katharine II. (Chron. S. 80).

94) Mechtild von Oppershauſen erſcheint in Urkunden de 1404 und 1412.

95) Sophie von Sellenſtedt in Urkunden de 1414 und 1431.

96) Margarete Bock iſt in einer Urkunde vom 7. Februar 1313 als Priorin genannt, wurde nach dem 29. März 1318 Aebtiſſin und erſcheint in einer Urkunde vom 9. September 1331 wieder als Con-

bentualin: „domina Margareta cognominata boc, nostra monialis, quondam abbatissa,“ bis 1319 (Chron. S. 8).

97) Margarete I. soll im Jahre 1241 Aebtissin gewesen sein (Chron. S. 8).

98) Gertrud (Gese) Elze, in einer Urkunde vom 18. April 1437 genannt, wird gegen das Ende des Jahrs 1435 Aebtissin geworden und am 30. Mai 1439 gestorben sein (s. oben Note 26). Sie ist im Kreuzgange nächst der Kapelle Aller-Heiligen beigesetzt (Chron. S. 13).

99) Elisabeth Meinecke starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 80).

99a) Ditburg v. Westercelle 1431 (Notizen ꝛc. S. 24), starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

100) Der Sterbetag der Priorin Katharine Dieckmann ist der erste, welchen der Schreiber der neunten Hand des Nekrologs in dasselbe eingetragen hat.

101) Helmold Bisping ist in Urkunden vom 1. November 1442 bis 12. März 1470 genannt, war aber schon am 22. October 1439 Probst in Wienhausen: „am Dage Seueri Anno domini M^{0}CCCC^{0}xxxix^{0} Rekende ik helmoldus Bisping“ ꝛc. (Annotationen ꝛc. der Pröbste Johann ꝛc. S. 91, 94), und starb am 4. Juni 1470; sein Nachfolger Dietrich VII. Titze hat am 11. September 1470 seine erste Urkunde ausgestellt. Helmold Bisping ist in der Kapelle St. Fabiani und Sebastiani beigesetzt (Chron. S. 50).

102) Ermengard von Mörs ist in einer Urkunde de 1420 und Cäcilie von Oppershausen in einer Urkunde vom 24. August 1473 genannt; letztere starb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 79).

102a) Otto I. (das Kind) starb am 7/9. Juni 1252 zu Lüneburg.

102b) Mechtild, Tochter des Markgrafen Albrecht II. von Brandenburg und Gemahlin des Herzogs Otto I. (des Kindes) von Braunschweig und Lüneburg, starb am 10. Juni 1261.

103) Herzog Bernhard I. von Braunschweig-Lüneburg starb am 11. Juni 1434, beigesetzt in der Kirche des Klosters St. Michaelis in Lüneburg.

104) Clara Hesse, genannt am 24. Mai 1517 (in einem Briefe an dieselbe).

104a) Herzog Erich IV. von Sachsen-Lauenburg, Vater der Aebtissin Mechtild zu Wienhausen, starb am 21. Juni 1411.

104b) Vergl. Note 133.

104c) Otto II., Erzbischof zu Bremen, Sohn des Herzogs Magnus II. (mit der Kette) von Braunschweig, starb am 29/30. Juni 1406.

104d) Sophie, Tochter des Herzogs Wratislaus VI. in Pommern und Gemahlin des Herzogs Heinrich II. (des Milden) von Braunschweig-Lüneburg, starb am 29/30. Juni 1406.

105) Elisabeth Hartmann, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 und 38), starb zwischen dem 6. Juni 1501 und 4. December 1549 (Chron. S. 79); Adelheid Oehlmann ist unter der Aebtissin Susanne eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38).

106) Adelheid von Oppershausen, in einer Urkunde vom 24. August 1473 genannt, starb nach dem 6. Juni 1501 (Chron. S. 77).

107) Margarete Cramer und Margarete Offensen starben unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

107a) Otto, Sohn des Herzogs Otto I. (des Kindes), Herzogs von Braunschweig und Lüneburg, war Bischof zu Hildesheim und starb am 4. Juli 1279.

108) Gertrud Kleve, urkundlich c. 1531 und in einem Geldregister de 1543 genannt, starb vor dem 4. December 1549 (Chron. S. 79).

109) Mechtild Töbing ist unter der Aebtissin Susanne eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38).

110) Heselinde von Ofen starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79), und Mechtild Bock ist unter derselben eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

111) Die Priorin Fredegunde von Campe ist in Urkunden von 1516 bis 23. März 1556 genannt.

112) Mechtild von Verden 1431 (Notizen ꝛc. S. 24).

113) Anne von Oppershausen und Gertrud Schmedes starben unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79 f.).

114) Mit dem 22. Juli 1622 endet die neunte Hand im Nekrologe und das Eintragen ins Nekrolog selbst.

115) Adelheid von der Myle, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38), starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

116) Eveza war die erste Aebtissin des Klosters Wienhausen, dessen Gründung, wie oben (Note 81) nachgewiesen ist, vor dem 28. April 1227, dem Sterbetage seines Mitbegründers, des Herzogs Heinrich (des Langen) von Sachsen ꝛc., gesetzt werden muß. Zehn Jahre früher war das Kloster in Nienhagen (einem Kirchdorfe im Amte Eicklingen) errichtet worden, und Eveza daselbst ebenfalls Aebtissin gewesen. Die Gründung des Klosters in Nienhagen muß demnach vor dem 28. April 1217 Statt gefunden haben. Das Chronikon setzt (S. 7 u. 43) irrig 1221 als erstes Jahr der Aebtissin Eveza und des Probstes Werner. Letzterer soll 24½ Jahr, Lambert I. 8 Jahr und Heinrich I. 6 Jahr

lang Probſt geweſen ſein (ſ. Chron. S. 43). Der vierte Probſt Matthias ſtellt am 7. Auguſt 1255 eine Urkunde aus. Von dieſem Datum die Regierungszeiten ſeiner Vorgänger $24\frac{1}{2} + 8 + 6 = 38\frac{1}{2}$ Jahre abgezogen, ergiebt die erſteren Monate des Jahrs 1217 als den ſpäteſten Zeitpunkt, wo Werner I. Probſt in Rienhagen geworden ſein muß. Gleichzeitig mit ihm Edeza Aebtiſſin. Beide mögen etwa von 1216 bis 1226 dem Kloſter in Rienhagen vorgeſtanden haben; Edeza dann noch bis 1237 erſte Aebtiſſin des nach Wienhauſen verlegten Kloſters geweſen ſein.

117) Ueber die Verwechſelung der Familiennamen der zwölften und vierzehnten Aebtiſſin in Wienhauſen Lutgard II. (von Braunſchweig-Lüneburg), welche am 16. April 1338 ſtarb, und Lutgard III. (von Oelmenhorſt) ſ. oben Note 73. — Letztere iſt in Urkunden vom 2. Februar 1344 bis 21. April 1359 genannt. Sie wird im Jahre 1342 (nach dem 17. Auguſt, dem Sterbetage ihrer Vorgängerin Jutte von Braunſchweig-Lüneburg) Aebtiſſin geworden ſein, verwaltete dies Amt „septem et decem annis," und ſtarb demnach am 31. Juli 1359. Ob dieſelbe eine Tochter Johanns III. oder ſeines Bruders Chriſtian VI., Grafen von Oelmenhorſt, geweſen ſei, bleibt zu ermitteln. Urkunden über Indulgentien für die Kapelle „sanctorum martyrum Fabiani et Sebastiani suo tempore fundatae" ſind im Wienhäuſer Archive nicht mehr vorhanden; in einer Urkunde vom 1. Mai 1352 iſt aber geſagt: „de Capellen der Eddelen marteleers Fabianj vnde Sebaſtianj de nigens gebuwet." Sie ſoll erbaut ſein, um durch die Fürbitte und den Schutz dieſer Heiligen die damals graſſirende Peſt vom Kloſter abzuwenden; was auch ſogleich erfolgt ſei (Chron. S. 9).

118) Adelheid Oehlmann iſt unter der Aebtiſſin Suſanne eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38) und Gertrud Moll unter der Aebtiſſin Katharine II. (daſ. S. 7).

119) Die Memorie des Heinrich von Dageförden iſt am 1. April 1482 angeordnet (Urkunde).

120) Adelheid Arend in einer Urkunde vom 1. Mai 1478. Ihr Sterbetag iſt wahrſcheinlich das erſte Datum, welches von der dritten Hand in das Nekrolog geſchrieben iſt.

121) Walburg Lüders ſtarb unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 80).

121a) Heinrich der Löwe, Herzog von Sachſen und Baiern, ſtarb am 6. Auguſt 1195.

122) Heinrich Rodenburg erhält die Zuſicherung ſeiner Memorienfeier am 14. Februar 1506 (Urkunde).

123) Cäcilie von Berg (de Monte) ſtarb unter der Aebtiſſin Suſanne (Chron. S. 77 f.).

123a) Herzog Albrecht I. (der Große) von Braunſchweig ſtarb am 15. Auguſt 1279.

124) Luckarde Evers ſtarb unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 80).

125) Der Pfarrer Helmold Meyer in Groß-Hehlen ſtarb am 15. Auguſt 1473 (Urkunde).

126) Benedicte von Berfeld, in einer Urkunde de 1474 genannt, ſtarb vor dem 17. Mai 1501 (Chron. S. 78).

127) Die Aebtiſſin Jutte war eine Tochter des Herzogs Otto II. (des Strengen) von Braunſchweig-Lüneburg, wurde zwiſchen dem 16. April und 5. Auguſt 1338 gewählt, und ſtarb am 17. Auguſt 1342; war alſo etwas über vier Jahr Vorſteherin des Kloſters.

128) Die Memorie des Konrad Elke und ſeiner Frau wurde am 17. März 1516 angeordnet. Dies Datum im Nekrologe iſt wahrſcheinlich das letzte von der dritten Hand.

129) Adelheid von Sehnde, genannt in einer Urkunde de 1490, ſtarb vor dem 17. Mai 1501 (Chron. S. 78).

130) Der Memorie des Wedekind Gos iſt in einer Urkunde vom 20. December 1331 gedacht.

131) Margarete Bardenwerper iſt unter der Aebtiſſin Suſanne eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 8 u. 38).

132) Adelheid von Verden, 1431 (Notizen ꝛc. S. 23 f.) und in einer Urkunde de 1464 genannt, ſtarb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

133) Der Herzog Albrecht von Sachſen und Lüneburg ſchenkte dem Kloſter Wienhauſen durch eine Urkunde vom 6. December 1378 das Patronat über die Kirche zu Brökel (im A. Ecklingen). Dem am 31. März 1381 angeſtellten Prieſter für die Kirche in Brökel, Johann von Oppershauſen, wurde die Verpflichtung aufgelegt, die Memorie des Herzogs Albrecht und ſeiner Eltern alljährlich zu feiern. Dieſe Feier wird am 29. Auguſt Statt gefunden haben. Das Necrologium monasterii S. Michaelis in Lüneburg ſetzt den Sterbetag des Herzogs Albrecht auf den 28. Juni 1385: „IIII. Kal. Jul. Anno domini M. CCC. LXXXV. Obiit Albertus dux Saxonie et Luneburg“ (Wedekind Noten III, 47). Im Wienhäuſer Nekrologe ſelbſt iſt unter dem 26. Juni wegradirt: „Albertus dux qui dedit nobis ecclesiam brokelde.“ S. Note 104b.

134) Adelheid Bunſel, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38), ſtarb unter der Aebtiſſin Katharine II. (Chron. S. 79).

135) Apollonia, Tochter des Herzogs Heinrich (des Mittlern) von Braunſchweig-Lüneburg, war am 8. März 1499 im Kloſter

Wienhausen geboren, wurde 5 Jahr alt dem Kloster übergeben und 22 Jahr alt eingekleidet, 1525 aber von ihren zur lutherischen Kirche übergetretenen Brüdern Ernst und Franz zurückgenommen. Sie lebte dann in Meißen und nach dem Tode ihrer Mutter Margarete von Sachsen († 7. December 1528) in Celle (Chron. S. 66 f.); sie starb am 1. September 1571 zu Uelzen und wurde in der Stadtkirche daselbst beigesetzt. Ihr Todestag ist der letzte, welchen die fünfte Hand ins Nekrolog eingetragen hat.

136) Die Aebtissin Sophie von Schulenburg aus Derneburg war im Gefolge des Herzogs Otto II. (des Siegreichen) von Braunschweig-Lüneburg, als dieser in Wienhausen am 27. November 1469 zur Reform des Klosters ankam. Sie übernahm Tags darauf die Regierung desselben, als die abgesetzte Aebtissin Katharine I. nach Derneburg abgeführt wurde (vergl. oben Note 26), und leitete die Angelegenheiten, bis die von Derneburg mitgebrachte Priorin Susanne Potstock am 12. März 1470 in das Amt einer Aebtissin des Klosters Wienhausen eingesetzt wurde (vergl. Note 90).

137) Die Memorie der Adelheid von Dagesörde ist in einer Urkunde vom 24. April 1476 festgestellt.

138) Ditburg Amedorf starb unter der Aebtissin Susanne (Chron. S. 77).

139) Adelheid von Westercelle ist 1431 (Notizen ꝛc. S. 24) und 1456 (Geldregister de 1456 S. 17) genannt; sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

140) Walburg Laters starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 80).

141) Probst Hermann II. Eike ist in Urkunden vom 8. December 1420 bis 18. April 1437 genannt. In den Annotationen ꝛc. der Pröbste Johann Holthusen ꝛc., Manuscr. im Archive des Klosters Wienhausen, ist S. 83 verzeichnet: „Anno domini M°CCCC°xxxvij° feria 2da post lucie virginis (15. December) hebbe ik hermen proueſt to winhuſen gherekend“ ꝛc. und daselbst S. 91: „am dage Seueri (22. October) Anno domini M°CCCC°xxxix° Rekende ik helmoldus Bispingk“ ꝛc., der Nachfolger des Probstes Hermann. Dieser muß demnach am 8. September 1439 gestorben sein.

142) Von der Aebtissin Lutgard I. ist nur eine einzige Urkunde vom Jahre 1321 vorhanden; sie starb am 10. September (Nekrolog) 1325 (Chron. S. 8), nachdem sie resignirt hatte.

143) Elisabeth Lutterloh starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

144) Katharine Plettenberg 1431 (Notizen ꝛc. S. 24); sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 77).

144a) Mechtild, Tochter des Herzogs Wilhelm (mit dem großen Beine) von Braunschweig-Lüneburg, wurde am 23. Juni 1355 mit dem Herzoge Ludwig von Braunschweig-Lüneburg und 1368 an den Grafen Otto I. von Holstein und Schaumburg vermählt. Ihr Todesjahr ist nicht bekannt.

144b) Herzog Albrecht II. (der Fette), Herzog von Braunschweig-Göttingen, starb nach andern Angaben am 22. September 1318.

145) Benigna mag im Jahre 1237 Aebtissin geworden sein (vergl. oben Note 116).

146) Ermengard war die Gemahlin des Edelherrn Konrad von Diepholz; sie starb am 25. November 1416 (s. v. Hodenberg, Hoyer Urkundenb. I., Stammtaf. der Grafen von Hoya, Tafel II.).

146a) Heinrich II. (der Milde), Herzog von Braunschweig-Lüneburg, starb nach andern Angaben am 1. October 1416.

146b) Abt Heinrich von St. Michaelis in Hildesheim starb am 5. (7.) October 1473: „Defuncto nuper die septimo mensis Octobris anni Dom. 1473. bone memorie quondam domino Hinrico abbate dicti monasterii Sti Michaelis pastore nostro nouissimo — wurde gewählt religiosus pater Hermannus Polman prior am 14. October desselben Jahrs (Urk. im Königl. Archive zu Hannover). Bis zu diesem Sterbetage reichen die Eintragungen der ersten Hand in das Nekrolog.

147) Jutte, eine Tochter des Grafen Otto III. von Hoya und Bruchhausen, Schwester der Aebtissin Katharine I., vermählte sich am 29. September 1399 mit dem Herzoge Johann III. von Mecklenburg-Schwerin; ihr Todesjahr ist noch nicht bekannt.

148) Mechtild, eine Tochter des Herzogs Erich IV. von Sachsen-Lauenburg und der Sophie von Braunschweig-Lüneburg, erscheint in einer Urkunde vom 9. Februar 1381 als Conventualin und in Urkunden vom 4. März 1386 bis 24. Juni 1405 als Aebtissin des Klosters Wienhausen, nach welcher Zeit sie resignirte (Nekrolog).

149) Der Memorie des Peter Schütte ist in einer Urkunde vom 24. Juni 1461 gedacht.

149a) Vergl. oben Note 73a.

149b) Ob Probst Lambert I., starb c. 1249, oder Lambert II., starb 1271, bleibt unentschieden.

149c) Marie, Tochter des Herzogs Heinrich IV. von Lothringen und Brabant, wurde am 14. Mai 1214 mit dem Kaiser Otto IV. und nach dessen Tode mit dem Grafen Wilhelm I. von Holland vermählt; sie starb am 13. October 1260.

150) Die Priorin Anna Spörken starb am 15. October 1581; dies Datum ist das letzte, welches von der zehnten Hand ins Nekrolog eingetragen ist.

150a) Graf Magnus von Hoya, ein Bruder der Aebtissin Katharine I., erscheint in Urkunden bis 1443.

151) Gertrud Schlüter starb unter der Aebtissin Susanne (Chron. S. 78).

152) Adelheid von Hessen ist 1549 im Chronikon (S. 76) als Kapellanin aufgeführt.

153) Mechtild Schele ist unter der Aebtissin Katharine II. eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 7).

154) Von der Aebtissin Elisabeth II. sind nur 2 Urkunden, vom 1. October 1279 und de 1282 vorhanden; sie starb im Jahre 1286 (Chron. S. 8).

155) Magdalene, eine Tochter des Kurfürsten Friedrich I. von Brandenburg, vermählte sich am 16. September 1430 mit dem Herzoge Friedrich (dem Frommen) von Braunschweig-Lüneburg; sie starb am 27. October 1454 und wurde in der Kirche zu Scharnebeck beigesetzt, nachdem ihr Herz am 28. October in der Kapelle Aller-Heiligen in der Kirche zu Wienhausen besonders niedergelegt war.

156) Windelheid Lutterloh 1431 (Notizen ꝛc. S. 23); sie starb nach dem 12. März 1470 (Chron. S. 78).

157) Das Necrol. Monast. S. Michaelis in Wedekind's Noten III, 51 hat den 8. Juli als Todestag des Erzbischofs Baldewin II. von Bremen, welcher 1441 starb.

158) Dobbeke Heineke ist unter der Aebtissin Dorothee Spörken (8. December 1549 bis 11. April 1565) eingekleidet.

159) Der Probst Johann IV. Lunde ist in Urkunden de 1502 bis 11. Juni 1519 genannt; er war am 10. Mai 1502 eingeführt: „Anno domini etc. xv^{c}ij^{o} des dynxstedages Exaudi ward jnnevorth vnse nige proueſt her Johan Lunde“ (Präbendenregister b. S. 1), und starb am 8. November 1525: „Anno xxv^{o} Obiit pie memorie Dominus Johannes Lunden quondam prepositus noster et dilectissimus pater noster quarta feria ante martini videlicet die quatuor coronatorum“ (Geldregister de 1524—1538 S. 79). Er war 1517 seines Amts entlassen, welches Wulbrand von Oberg erst dann gänzlich verwaltete, als Johann IV. als Domherr nach Braunschweig gegangen war (Chron. S. 59); dies geschahe zwischen 13. und 19. December 1521 (Wulbrand nennt sich bis zum 13. December 1521 Provisor, vom 19. December 1521 an Probst des Klosters Wienhausen). Mit dem 8. November 1525 beginnt die siebente Hand im Nekrologe.

160) Die Aebtissin Margarete IV. hat 2 Urkunden, vom 18. Juni 1325 und 30. Juli 1328, ausgestellt. Sie resignirte vor dem 26. September 1328.

161) Elisabeth Meinecke ist vor dem 4. December 1549 genannt (Chron. S. 76).

162) Mechtild Hesse ist unter der Aebtissin Susanne eingekleidet (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38).

163) Katharine von Wathlingen starb unter der Aebtissin Susanne (Chron. S. 78).

164) Adelheid Laters, eingekleidet nach dem 12. März 1470 (Notizen ꝛc. S. 6 u. 38), starb unter der Aebtissin Katharine II. (Chron. S. 79).

164a) Herzog Wilhelm (mit dem großen Beine) von Braunschweig-Lüneburg starb am 23/24. November 1369.

165) Margarete Jevers 1431 (Notizen ꝛc. S. 24 f.); sie starb nach dem 12. April 1470 (Chron. S. 78).

166) Die Priorin Magdalene II. von Marenholtz ist in Urkunden vom 22. Juli 1488 bis 4. August 1500 genannt, ihre Nachfolgerin Adelheid am 6. Juni 1501; sie ist also am 1. December 1500 gestorben.

II. Verzeichnisse der Pröbste und Aebtissinnen zu Wienhausen.

A. Pröbste (auch Archidiakonen des Bannes Wienhausen)*).

1) Werner I. in Urkunden vom 25. Mai 1229 bis 24. April 1244. Er wird in den ersten Monaten des Jahrs 1217 erster Probst des zuerst in Nienhagen begründeten und zehn Jahre später nach Wienhausen verlegten Klosters geworden und 1241 gestorben sein (s. die Noten 81 und 116).

2) Lambert I. kömmt in den vorhandenen Urkunden nicht vor. Das Chronikon setzt (S. 43) seinen Antritt ins Jahr 1245; zieht man aber seine und seines Nachfolgers

*) Die bisherigen Verzeichnisse sind insbesondere nach einem ungedruckten Chronikon des Klosters (im Archive Wienhausen) S. 42 bis 61 aufgestellt von J. G. Leuckfeld in den Antiquitates Wienhusanae (hinter den Annales Katelnburgenses) p. 121—123, von Pfeffinger, Braunschw.-Lüneb. Hist. I, 81—82, und im Neuen Hannov. Magazin vom Jahre 1803 S. 450—452.

Verwaltungszeit, 8 + 6 = 14 Jahre (s. Chron. S. 43), ab vom 27. August 1255, dem Datum der einzigen Urkunde des vierten Probstes, so ergiebt sich 1241 als sein erstes Jahr. Er starb demnach im Jahre 1249.

3) Heinrich I. in einer Urkunde vom 7. September 1252. Er soll 6 Jahre lang Probst gewesen (Chron. S. 43) und wird c. 1255 (vor dem 7. August) gestorben sein.

4) Matthias in einer Urkunde vom 7. August 1255. Im Chronikon kömmt er nicht vor.

5) Lambert II. in Urkunden vom 17. Mai 1263 bis 6. October 1268. Er war 15 Jahre lang Probst (Chron. S. 44) und wird 1271 gestorben sein.

6) Thegenhard in einer Urkunde vom 5. Juli 1273. Er war 6 Jahre lang Probst (Chron. S. 44) und wird 1277 gestorben sein.

7) Heinrich II. in Urkunden vom 9. December 1277 und 1. October 1279. Er war 3 Jahre lang Probst (Chron. S. 44) und wird 1280 gestorben sein.

8) Ludolf in einer Urkunde von 1282. Er soll 14 Jahre lang Probst gewesen (Chron. S. 44) und demnach 1294 gestorben sein.

9) Heinrich III. ist urkundlich nicht genannt; er war 4 Jahre Probst, aber nicht von 1298 (Chron. S. 45) bis 1303 (Leuckf., Pfeff.); denn vor Nikolaus, welcher am 17. September 1298 eine Urkunde ausstellt, hatte Albert sein Amt schon resignirt: „Albertus quondam prepositus in Winhusen," unter den Zeugen in eben der Urkunde des Probstes Nikolaus vom 17. September 1298. Heinrich III. wird demnach von 1294 bis ins Jahr 1298 Probst gewesen sein.

10) Albert: „Albertus quondam prepositus in Winhusen" resignirt vor dem 17. September 1298 (Urk.). Er kann nur in eben diesem Jahre Probst geworden sein. Der Verfasser des Chronikons hat ihn nicht gekannt.

11) Nikolaus in Urkunden vom 17. September 1298 bis 18. Januar 1302. Er war 4 Jahre Probst (Chron. S. 45) und resignirte vor 1304, lebte aber noch am 28. No-

vember 1318: „Nicolaus quondam ibidem prepositus declarauit.“

12) Dieterich I. in einer Urkunde de 1304. Er ist im Chronikon nicht genannt.

13) Konrad I. von Horn kömmt in den vorhandenen Urkunden nicht vor. Er soll $1\frac{1}{2}$ Jahr lang Probst gewesen sein (Chron. S. 45), welche Zeit in die Jahre 1305 und 1306 fallen würde.

14) Dieterich II. von Prome in Urkunden vom 15. Februar 1309 bis 25. December 1315. Er stand 10 Jahre lang dem Kloster vor (Chron. S. 46) und starb vor dem 29. August 1316 (Urk.).

15) Konrad II. in einer Urkunde vom 12. August 1317. Er ist im Chronikon nicht mit aufgeführt.

16) Dieterich III. in einer Urkunde vom 13. Juni 1321. Er fehlt ebenfalls im Chronikon.

17) Heinrich IV. von Stöcken in Urkunden von 1325 bis 9. September 1331. Er errichtet sein Testament in einer Urkunde vom 24. April 1339, nachdem er zuvor, laut einer Urkunde vom 31. Januar 1339 sein Amt resignirt hatte: „Hinrich von Stockem, hir bevoren eyn provest to winhusen.“ Er war dann noch Pleban in Stöcken gewesen: „Hinricus quondam plebanus in Stockem“ (Urk.).

18) Werner II. ist in den vorhandenen Urkunden nicht genannt, und wird etwa nach dem 9. September 1331 Probst geworden sein.

19) Hermann I. in Urkunden vom 11. Juni 1335 und 1336. Er starb vor dem 5. August 1338: „prepositura vacante.“

20) Lippold von Olsburg in Urkunden vom 31. Januar 1339 bis 2. Februar 1344.

21) Dieterich IV. in Urkunden vom 26. December 1345 bis 28. April 1348. Im Chronikon ist seiner nicht gedacht.

22) Otto in Urkunden vom 5. Juni 1349 bis 29. November 1351, resignirt vor dem 1. Mai 1352 (Urk.). Auf die Tage seines Jahresgedächtnisses und seiner Memorie wird

vom Biſchofe Gerhard zu Hildesheim in einer Urkunde vom 23. Auguſt 1390 ein vierzigtägiger Ablaß erlaſſen.

23) Johann I. in Urkunden vom 1. Mai 1352 und 21. April 1359. Das Chronikon ſetzt (S. 47) den Antritt ſeines Nachfolgers ins Jahr 1363.

24) Dieterich V. in einer Urkunde vom 12. März 1368. Er iſt im Chronikon nicht genannt.

25) Johann II. von Oppershauſen in Urkunden vom 5. Januar 1370 bis 11. März 1375. Er reſignirte vor dem 8. Juni 1378. In einer Urkunde vom 1. Juni 1392 kommen die Worte vor: „Johan von Odbernshauſen de vſe proueſt gheweſen is.“ Im Chronikon iſt er nicht genannt.

26) Heinrich V. in Urkunden vom 8. Juni 1378 bis 11. Auguſt 1381. Im Chronikon wird er mit Heinrich Hellewede von Verden für ein und denſelben Probſt gehalten.

27) Dieterich VI. in Urkunden vom 4. März 1386 bis 24. Februar 1393. Er iſt im Chronikon nicht genannt.

28) Heinrich VI. Hellewede von Verden in Urkunden vom 20. Januar 1397 bis 1405. Er reſignirt vor dem 14. December 1411 (ſ. Note 72) und ſtarb am 15. April (Nekrolog).

29) Johann III. Holthuſen in Urkunden vom 14. December 1411 bis 24. Juni 1420. Er iſt wenigſtens bis ins eilfte Jahr Probſt geweſen: „dat dede ik her Johan holthuſen in dem Elften jare alſe ik erſten was proueſt gheworden“ (Annotationen der Pröbſte Johann Holthuſen, Hermann Eicke und Helmold Biſping, Manuſcr. im Archive zu Wienhauſen, S. 4), muß alſo gegen 1409 gewählt ſein.

30) Konrad III. von Marenholtz war Probſt zwiſchen dem 24. Juni und 8. December 1420. Er ſtarb vor dem 3. Februar 1422: „una cum Venerabili domino preposito Conrado de Marnholte iam in cristo defuncto elargimur“ (Urk.).

31) Hermann III. Eike in Urkunden vom 8. December 1420 bis 18. April 1437. Er ſtarb am 8. September 1439 (ſ. Note 141).

32) Helmold Biſping in Urkunden vom 1. November 1442 bis 12. März 1470. Er war vor dem 22. October 1439 gewählt und ſtarb am 4. Juni 1470 (ſ. Note 101).

33) Dieterich VII. Titze in Urkunden vom 11. September 1470 bis 24. April 1476. Er ſoll 1478 abgeſetzt und 1479 geſtorben ſein (Chron. S. 50 f.). Sein Todestag iſt der 8. Januar (Nekrolog). Er iſt vor dem Altare in der Kirche zu Wienhauſen beigeſetzt (Chron. S. 51).

34) Heinrich VII. Wetemann in Urkunden vom 1. April 1482 bis 10. Februar 1490. Er ſtarb am 18. Mai (Nekrol.) 1490.

35) Heinrich VIII. Schrader in einer Urkunde vom 24. October 1493. Er wurde am 8. Juni 1490 Probſt: „Anno domini etc. xc° des Dinxdages na der hilgen dreuoldicheit entfenge wi vnſen nyen prouefft her hinrick ſcrader“ (Präbendenregiſter a, Manuſcr. im Archive zu Wienhauſen, S. 85 und 87). Er iſt im Jahre 1496 abgeſetzt und ſoll darauf noch 12 Jahre lang gelebt haben (Chron. S. 54 f.).

36) Simon Reineke in Urkunden vom 7. Auguſt 1496 bis 28. October 1501. Er war am 22. Juni 1496 Probſt geworden und ſtarb am 23. April (Nekrol.) 1502 (Note 76); ein Begräbniß erhielt er vor dem Altare in der Kirche zu Wienhauſen (Chron. S. 57).

37) Johann IV. Lunde in Urkunden von 1502 bis 11. Juni 1519. Er wurde am 10. Mai 1502 eingeführt, 1517 ſeines Amts entlaſſen, ging im December 1521 als Domherr nach Braunſchweig und ſtarb am 8. November 1525 (Note 159).

38) Wulbrand von Oberg war am 25. October 1517 gewählt, nannte ſich aber nicht Probſt, ſondern Proviſor, und ließ den entlaſſenen Probſt Johann Lunde an der Regierung des Kloſters theilnehmen, bis dieſer im Monate December 1521 als Domherr nach Braunſchweig abgegangen war (vergl. Chron. S. 59 mit den Urkunden vom 15. und 19. December 1521). In einer Urkunde vom 19. December 1521 iſt Wulbrand von Oberg Probſt genannt. Er entfloh vor ſeinen Feinden nach Hildesheim und reſignirte daſelbſt,

als ſein Nachfolger gewählt war (Chron. S. 60). Er ſtarb am 6. Februar 1523 (ſ. Note 18 u. Zeitſchr. 1851. S. 332).

39) Heinrich IX. von Cramm in Urkunden vom 24. Auguſt 1522 bis 5. April 1526. Er war „utriusque Juris Licentiatus“ und „per districtum archidiaconatus in winhusen et loci Judex ordinarius.“ Er tritt dem Herzoge Ernſt von Braunſchweig und Lüneburg die Probſtei willig ab und wird deſſen Rath am 22. November 1528, und dann am 6. Juli 1529 Amtmann zu Gifhorn.

B. Aebtiſſinnen*).

1) Eveza iſt in den vorhandenen Urkunden nicht genannt. Das Chronikon ſetzt ihren Antritt (S. 7) irrig ins Jahr 1221. Sie iſt 10 Jahr Aebtiſſin in Nienhagen c. 1216 bis 1226, und 11 Jahr in Wienhauſen c. 1226 bis 1237 geweſen und ſtarb am 29. Juli (Nekrolog) c. 1237 (ſ. oben Note 116).

2) Benigna iſt in den Urkunden ebenfalls nicht genannt. Im Chronikon iſt (S. 8) das Jahr 1241 als ihr erſtes Jahr angeſetzt; wohl richtiger iſt das Jahr 1237 anzunehmen. Sie ſtarb am 26. September (Nekrolog).

3) Margarete I. iſt als Aebtiſſin in den Urkunden nicht genannt. Sie und ihre Vorgängerin ſollen 4 Jahre lang das Kloſter regiert haben (Chronikon S. 8). Sie ſtarb am 30. Mai (Nekrol.) c. 1241.

4) Eliſabeth I. von Wenden in Urkunden vom 7. Auguſt 1255 bis 3. Januar 1265. Ueber ihre Blutsverwandtſchaft mit der Herzogin Mechtild von Braunſchweig ſ. Note 21. Sie ſtarb am 10. Februar (Nekrol.) 1265 (Chron. S. 8).

5) Eliſabeth II. in Urkunden vom 1. October 1279 und de 1282. Sie ſtarb am 29. October (Nekrol.) 1286 (Chron. S. 8).

---

*) Die bisherigen Verzeichniſſe befinden ſich im Chronikon S. 7 bis 42 und S. 76 f., in den oben S. 247 Note *) verzeichneten Schriften, im Neuen Hannov. Magazin de 1805 S. 439 ff. und im Vaterländiſchen Archiv, Jahrg. 1820, Bd. III. S. 311 ff.

6) Gerburg ist in den vorhandenen Urkunden nicht genannt, sie war nach der Annahme des Chronikon (S. 8) von 1286 an Aebtissin; als Priorin erscheint sie in einer Urkunde vom 1. October 1279. Sie starb am 24. Januar (Nekrol.).

7) Germod in Urkunden vom 17. September 1298 und de 1299. Sie starb am 28. April (Nekrol.), nachdem sie von c. 1295 bis 1301 Aebtissin gewesen war (s. Note 80).

8) Margarete II. (von Schöningen) in Urkunden vom 18. Januar 1302 bis 17. April 1317. Sie starb am 29. März (Nekrol.).

9) Margarete III. war vor dem 9. September 1331 Aebtissin (nach der Angabe des Chronikon S. 8) bis 1319 (vergl. Note 96). Sie starb am 29. Mai (Nekrol.).

10) Lutgard I. in einer Urkunde de 1321. Sie starb am 10. September 1325 (Chron. S. 8); ihre Nachfolgerin war schon am 18. Juni 1325 Aebtissin (Nekrol.).

11) Margarete IV. in Urkunden vom 18. Juni 1325 und 30. Juli 1328. In einer Urkunde vom 7. Februar 1313 erscheint sie als Priorin. Sie starb am 8. November, nachdem sie ebenfalls zuvor resignirt hatte, wie die Urkunde ihrer Nachfolgerin vom 26. September 1328 beweist.

12) Lutgard II. (eine Tochter des Herzogs Otto II. des Strengen von Braunschweig-Lüneburg) in Urkunden vom 26. September 1328 bis 2. Februar 1336. Sie wird am 16. April (Nekrol.) 1338 gestorben sein, nachdem sie höchstens zehn Jahre lang Aebtissin gewesen war (s. Note 73).

13) Jutte von Braunschweig (eine Schwester der Aebtissin Lutgard II.) in Urkunden vom 5. August 1338 bis 26. März 1342. Sie starb vor dem 2. Februar 1344, an welchem Tage ihre Nachfolgerin Lutgard III. urkundlich eine Handlung mittheilt, welche „temporibus domine Jutte de Brunsw. in abbatissam electe“ Statt gefunden habe. Ihr Todestag ist der 17. August, wohl im Jahre 1342, nachdem sie etwa vier Jahre lang Aebtissin gewesen war.

14) Lutgard III. von Delmenhorst in Urkunden vom 2. Februar 1344 bis 21. April 1359. Sie wird im Jahre

1342 Aebtiſſin geworden ſein, verwaltete dies Amt 17 Jahre lang und ſtarb am 31. Juli (Nekrol.) 1359 (vergl. überdies Note 117).

15) Eliſabeth III. (eine Tochter des Herzogs Otto III. von Braunſchweig-Lüneburg) in Urkunden vom 12. März 1368 bis 11. Auguſt 1381. Sie ſtarb am 20. Februar (Nekrol.) 1386, nachdem ſie 27 Jahre lang Aebtiſſin geweſen war (ſ. Note 28).

16) Mechtild (eine Tochter des Herzogs Erich IV. von Sachſen-Lauenburg und der Sophie von Braunſchweig-Lüneburg) in Urkunden vom 4. März 1386 bis 24. Juni 1405, nach welcher Zeit ſie reſignirte. Sie erſcheint 1381 als Conventualin. Ihr Todestag iſt der 8. October (Nekrol.).

17) Olgard von Marenholtz in Urkunden vom 1. Januar 1409 bis 8. December 1420. In einer Urkunde vom 29. September 1431 wird ihrer gedacht mit den Worten: „vnſe vorvaren ffruwe olghard Ebdeſche.“ Sie wird nach dem 2. December geſtorben ſein, von welchem Tage an die fünf letzten Blätter des Nekrologs ausgeſchnitten ſind.

18) Katharine I. (eine Tochter des Grafen Otto III. von Hoya und Bruchhauſen) in Urkunden vom 3. Februar 1422 bis 13. Juli 1434; reſignirt vor dem 6. April 1437: „Katherina de hoya filia comitis ottonis pie memorie“ (vergl. das Chron. S. 12 f.).

19) Gertrud (Geſe) von Eltze in einer Urkunde vom 18. April 1437. Sie wird gegen das Ende des Jahres 1435 Aebtiſſin geworden ſein und ſtarb am 30. Mai (Nekrol.) 1439. Sie iſt im Kreuzgange nächſt der Kapelle Aller-Heiligen begraben (Chron. S. 13).

Nach Inhalt des Chronikon (S. 13) ſoll Mechtild von Oppershauſen, welche in Urkunden von 1446 bis 17. September 1469 als Priorin erſcheint, im Jahre 1440 zur Aebtiſſin gewählt ſein, aber das Amt vor der Beſtätigung ihrer Wahl reſignirt haben.

20) Katharine I. von Hoya in Urkunden vom 1. November 1442 bis 17. September 1469. Bei der am 26. November 1469 vollzogenen Reform des Kloſters wurde ſie

abgesetzt und nach Derneburg gebracht (Chron. S. 19 f.), kehrte aber bald nach Wienhausen zurück (das. S. 20 f.), wo sie am 18. Februar 1474 starb (s. Note 26). Sie ist in der Kapelle Aller-Heiligen begraben (Chron. S. 21).

21) Susanne Pottstock in Urkunden vom 11. September 1470 bis 4. August 1500. Am 28. November 1469 war sie zur Priorin ernannt, entwich nach Derneburg (Chron. S. 23); kehrte aber bald zurück und verwaltete von Neujahr bis zum 12. März 1470 das Amt einer Priorin. Als Aebtissin stand sie dem Kloster vom 12. März 1470 bis 17/18. Mai 1501 vor (s. Note 90).

22) Katharine II. Remstedt (aus Lüneburg), gewählt am 6. Juni 1501 (Urk., vergl.: „Anno domini millesimo quingentesimo primo die videlicet sancte trinitatis wart ik katharina Remstedden eligeret in abbatissam huius monasterii", Notizen der Aebtissin Olgard ꝛc. Fol. 7). Sie erscheint in Urkunden bis zum Jahre 1542 und außerdem in Briefen von 1543 bis 18. April (Bona quinta feria) 1549. Am 27. Mai 1531 entwich sie von Wienhausen nach dem St. Marie-Magdalenen-Kloster in Hildesheim und kehrte erst am 15. April 1539 nach Wienhausen zurück. Die Anfeindungen ihres Rufs erzählt das Chronikon S. 36 f. Im Jahre 1543 suchte der Herzog Ernst der Bekenner von Braunschweig-Lüneburg das Kloster zur Annahme der Lutherischen Lehre zu drängen, jedoch vergeblich. Katharine II. starb am 4. December 1549: „Anno XLIX. domina nostra Katerina Remstede obiit jn die barbare virginis" (Rechnungsnotizen der Capellanin A Lo de 1539 bis 1552, Manuscr. in Wienhausen, S. 35, vergl. Chron. S. 76).

23) Dorothee Spörken in Urkunden vom 23. März 1556 und 24. April 1565, und in Briefen vom 29. März 1557 bis 4. October 1564. Sie war am Tage der Empfängniß Mariä (8. December) 1549 gewählt (Chron. S. 76, vergl.: „Anno domini etc. IX. XL Jar kam ik ad officium Abbatisse dorothea sporken", Notizen der Aebtissinnen Olgard ꝛc. S. 20). Sie starb am 11/12. April 1565: „Anno domini Millesimo quingentesimo sexagesimo quinto

Obiit venerabilis domina Dorothea sporken 3ª In reformacione quinta feria judica ante tiburcij et valeriani martirum Que nobis ferme sedecim annis in spiritualibus et temporalibus maternaliter et diligenter profuit Et sepulta est Capella omnium sanctorum ad sinistram manum. Deus vero pacis det anime vitam Eternam et Corpori letissimam resurrectionem tribuet" (Notizen der Aebtiſſin Katharine III., Manuſcr. auf einigen Blättern im Wienhäuſer Archive, S. 1, vergl. Nekrolog unter dem 11. April und Chron. S. 80).

24) Anne I. von Langeln in Urkunden vom 7. November 1569 bis 8. April 1572 und in Briefen vom 15. April 1566 bis 10. Auguſt 1570. Sie iſt in einem an ſie gerichteten Briefe vom 1. Mai 1564 Priorin genannt, wurde zur Aebtiſſin gewählt am 13. April 1565: „Anno dominj Millesimo Quingentesimo sexagesimo quinto sexta feria judica (13. April) Electa est nobilis virgo Anna de langelen In abbatissam Et dominica palmarum videlicet jn die tiburcij et valeriani martirum (14/15. April) propalata est coram conuentu Et confirmata est a venerabili domino Johanne lorberen abbate Riddageshusen" (Notizen der Aebtiſſin Katharine III. von Langeln S. 3, vergl. Chron. S. 80). Sie ſtarb am 17. Februar 1587 (Nekrolog): „Anno dominj Millesimo Quingentesimo Octogesimo septimo sexta feria Circumdederunt videlicet altera juliane virginis Obiit venerabilis Et religiosa domina anna de langelen Que nobis viginti duobus annis in spiritualibus et temporalibus debita Cura maternalique amore fidelis prefuit Et post obitum suum stetit jn diem tercium super abbaciam et jpso die videlicet dominica Exsurge post refectorium hora secunda delata est ab abbacia Cum honorificenti processione a conuentu Et Clericorum populo ac consanguineorum et multitudine populi In chorum Et stetit sub sermone ante altare post hoc honorifice sepulta est jn Capella Omnium sanctorum ad dextram partem juxta parietem vbi corpus ipsius tumulatum jn domino feliciter jacet respectans secundam resurrectionem cum

omnibus christi fidelibus vsque ad nouissimum diem“ (Notizen der Aebtiſſin Katharine III. von Langeln S. 1, vergl. Chron. S. 81).

25) Katharine III. von Langeln in Urkunden vom 18. April 1598 und 2. März 1600 und in Briefen vom 28. April 1587 bis 29. Juni 1608. Sie war am 2. März 1587 gewählt: „Anno dominj Millesimo Quingentesimo Octogesimo septimo quinta feria Esto michi videlicet altera albini quae fuit altera Cinerum Quarto decimo die post Obitum venerabilis domine Anne de langelen Illustris princeps Et dux wilhelmus mysit nobis venerabilem dominum Cantzlerum fredericum de weye Et venerabilem ac honorificum dominum Cristoferum visker superjndententem luneburgensis ducatus ad audiendam Electionem nostram et vnaqueque persona elegit secundum deum In choro jn presencia predictorum nomine electricis nominante Et omnis congregacio elegit vnanimiter secundum deum Ex quibus septem et decem elegerunt kathrinam de langelem“ etc. (Notizen der Aebtiſſin Katharine III. S. 4). Sie ſtarb am 3. Januar 1609 (Nekrolog) und wurde in der Kapelle Aller-Heiligen am 7. Januar beigeſetzt (Chron. S. 82).

26) Chriſtine von Havekoſt, in den beiden aus ihrer Zeit vorhandenen Urkunden nicht genannt, wurde nach dem 25. Januar (Pauli Bekehrung) 1609 gewählt, und erſcheint in Briefen vom 9. März 1609 bis 18. Juli 1637. Sie mußte im Jahre 1626 „von dem Mittwochen vor den 1ſten Advent (25. Novbr.) bis 1627 Dingſtages Reminiscere“ (10. März) mit dem Convente wegen Kriegsgefahr Wienhauſen verlaſſen und in Celle ſich aufhalten. Sie ſtarb im Jahre 1644 (Chron. S. 88).

27) Anne II. von Hohnhorſt in einer Urkunde vom 3. März 1653. Sie war 1644 gewählt (Chron. S. 88) und ſtarb am 3. Auguſt („Dom. X. post Trinit.“) 1670 (daſ. S. 90).

Von den Aebtiſſinnen des Kloſters Wienhauſen nach Anne II. liegen mir keine Urkunden vor. In andern Quellen ſind noch genannt:

28) Margarete V. Walter, gewählt am 24. September 1670 (Chron. S. 90), ſtarb im September 1679 (daſ. S. 91).

29) Anne Katharine von Wehlſe, Priorin von 1675 (Chron. S. 91), Aebtiſſin am 19. December 1679 (daſ. S. 91), ſtarb im September 1685 (daſ. S. 92).

30) Anne Engel Marie von Garnſen, gewählt am 6. October 1685 (Chron. S. 92). Im Archive zu Wienhauſen befinden ſich Briefe vom 9. Juli 1690 bis 5. December 1704 an dieſelbe. Sie wurde 1715 durch einen Schlagfluß an der Zunge gelähmt (Chron. S. 103), ſtarb am 14. November 1723 (daſ. S. 104) und wurde in der Kapelle Aller-Heiligen begraben.

31) Agneſe Marie von Hohnhorſt, Priorin 1711 (Chron. S. 98), Coadjutorin am 18. September 1722 (daſ. S. 104), Aebtiſſin am 14. November 1723 (daſ. S. 105); ſie ſtarb am 14. December 1755 und wurde in der Kapelle Aller-Heiligen begraben (daſ. S. 117). Ein einziger Brief von ihr an den Generalſuperintendenten Leyſer d. d. 12. Juni 1725 iſt im Archive zu Wienhauſen vorhanden.

32) Marie Anne Chriſtine von der Wenſe, gewählt am 16. März 1756 (Chron. S. 118), ſtarb am 2. Mai 1767 und wurde in der Kapelle Aller-Heiligen begraben (daſ. S. 120).

33) Sophie Charlotte von Hohnhorſt, gewählt am 17. Juli 1767 (Acten zu Wienhauſen, vergl. Staats-Calender de 1768 S. 124), ſtarb am 3. Februar 1788 (Chron. S. 120, vergl. Staats-Calender de 1789 S. 159), begraben in der Kapelle Aller-Heiligen (Chron. S. 120).

34) Margarete Dorothee von Taube, gewählt am 14. Mai 1788 (Acten zu Wienhauſen, vergl. Staats-Calender de 1789 S. 159), ſtarb am 14. Auguſt 1793, begraben auf dem Kirchhofe zu Wienhauſen (Chron. S. 121).

35) Marie Veronica von Puffendorf, gewählt am 9. November 1793 (Acten zu Wienhauſen, vergl. Staats-Calender de 1794 S. 171), ſtarb am 3. Auguſt 1816 (Acten zu Wienhauſen).

36) Margarete Dorothee Luise von Vogt, gewählt am 1. October 1816 (Klosteracten), starb am 12. December 1820 (desgl.).

37) Justine Friederike Werner, Priorin am 1. November 1819 (Klosteracten, vergl. Staats-Calender de 1820 S. 290), Aebtissin am 4. Mai 1821 (Klosteracten, vergl. Staats-Calender de 1822 S. 296), starb am 23. April 1825 (Klosteracten, vergl. Staats-Calender de 1826 S. 373).

38) Luise Sophie Juliane Eleonore Ritmeier, gewählt am 17. August 1825 (Klosteracten, vergl. Staats-Calender de 1826 S. 373).

V.

Die Freidingsgenoſſen zu Eilenſen und deren Vervehmung*).

Vom Amtsrichter Fiedeler.

Die folgende Urkunde [1]) — ohne Zweifel diejenige, welche H. L. Harland vor Augen gehabt hat, wenn er in ſeiner

*) Es iſt dies, wie der oben S. 120 ff. abgedruckte Aufſatz „Der Proceß des Hildesheimer Bürgermeiſters von Mollem“, eine Vervollſtändigung des Aufſatzes: „Zur Geſchichte der Vehmgerichte in beſonderer Beziehung auf die Braunſchweig-Lüneburgiſchen Lande“ in der Zeitſchr. des hiſt. Vereins für Niederſachſen Jahrg. 1854, S. 184—278, zu dem auch das Folgende einen kleinen Beitrag liefert:

In dem im Vaterl. Archive Jahrg. 1837, S. 272 u. f., und Jahrg. 1838, S. 61 u. f. enthaltenen Aufſatze des verſtorbenen Senators Frieſe zu Northeim: „Andeutungen zur Geſchichte der Stadt Northeim“, finden ſich 2 auf einen vehmgerichtlichen Proceß bezügliche Urkunden, nämlich

1) ein Abforderungsſchreiben des Herzogs Wilhelm von Braunſchweig-Lüneburg vom 25. März 1464, und
2) ein Bannbrief des H. Krebs, Dechanten am heil. Kreuzſtifte zu Nordhauſen vom 24. September 1466

abgedruckt, woraus im Weſentlichen Folgendes hervorgeht:

Ein gewiſſer Heinrich Grotebarteldes, welcher von einigen Northeimer Bürgern auf offener Landſtraße überfallen und verhaftet worden war, klagte dieſerhalb, trotz einer in dieſer Streitſache ergangenen ſchiedsrichterlichen Entſcheidung, gegen den Stadtrath und die Gemeinde zu Northeim bei dem Freigerichte zu Volkmerſen auf dem Ried, vor welches ſodann die Beklagten zu ihrer Verantwortung durch den Freigrafen Heinrich Schmidt geladen wurden.

Die Beklagten leiſteten jedoch der Ladung keine Folge und veranlaßten nicht nur, daß Herzog Wilhelm die Sache abforderte, ſondern

„Geschichte der Stadt Einbeck“ S. 192 bemerklich macht, es seien noch im Jahre 1442 laut einer noch vorhandenen Urkunde mehrere Bewohner der Gegend von Einbeck vor das Vehmgericht zu Aſcheburg (*sic*) geladen worden — enthält ein Urtheil des Münſterſchen Freiſtuhls Aſcheberg vom 15. November 1442, mittelſt deſſen die zum Freidinge Eilenſen in der Hunnesrücker Börde gehörenden Freien einſchließlich ihres Freigrafen Fiſcher, mit Ausnahme jedoch der zu beſagtem Gerichte gleichfalls gehörenden Freien zu Einbeck, in Folge einer gegen dieſelben von einem gewiſſen Cord Roſenhagen wegen widerrechtlicher Aneignung und Vorenthaltung des dieſem gebührenden väterlichen und mütterlichen Erbes erhobenen Klage vernehmt werden.

Die Mittheilung dieſer Urkunde dürfte ſchon deshalb nicht ohne Intereſſe ſein, weil darin ein anſchauliches Bild von dem Statt gehabten Beweisverfahren enthalten iſt.

Bekanntlich galten bei den weſtfäliſchen Freigerichten hinſichtlich des Beweiſes der Anklage gegen einen ausgebliebenen Angeklagten im Allgemeinen ganz dieſelben Grundſätze, wie ſie der Sachſenſpiegel ausſpricht. Der Ankläger hatte den abweſenden Angeklagten bloß zu überſiebenen, d. h. er mußte knieend mit zwei Fingern der rechten Hand auf dem blanken Schwerte ſchwören, der Angeklagte ſei ſchuldig, und wenn dann ſechs echte rechte Freiſchöffen (als Eideshelfer, Conſacramentalen) eidlich bekräftigten, ſie ſeien überzeugt, der Ankläger habe rein und nicht mein geſchworen: ſo wurde die Anklage als völlig erwieſen angenommen und der Angeklagte ſofort vernehmt [2]).

---

auch, daß das geiſtliche Gericht zu Nordhauſen gegen den genannten Freigrafen den Kirchenbann verhängte und die Helfershelfer desſelben, mit Namen Rabe v. Canſtein, Martin Runſt und Winterſtein, falls ſie in ihrer frevelhaften Verbindung mit dem Freigrafen verharren würden, mit gleicher Strafe bedrohete.

[1]) Die Abſchrift derſelben habe ich nach dem im Beſitze des Herrn v. Daſſel zu Hoppenſen befindlichen Originale angefertigt.

[2]) Vergl. v. Wächter, Beiträge zur deutſchen Geſchichte S. 29 und 208.

Ganz in dieſer Weiſe wurde nun auch im vorliegenden Falle verfahren. — Eine beſondere Beachtung verdient unſere Urkunde außerdem im Hinblick auf die Perſönlichkeit der Angeklagten.

Nach Lüntzel's Mittheilungen [1]) waren die Freien im Hildesheimiſchen höchſt gefreiet an Perſon und Gütern; ſie bildeten eine geſchloſſene Genoſſenſchaft und erledigten ihre beſonderen Angelegenheiten, wozu namentlich die Uebertragungen des Freien-Guts gehörten, in dem genoſſenſchaftlichen Freigerichte oder Freidinge.

In dem zu Eilenſen, einem Dorfe [2]) des vormaligen Hildesheimiſchen Amts Hunnesrück, gehegten Freidinge [3]), welches bis zum Jahre 1769 beſtanden hat, wurden insbeſondere die Uebertragungen von Freigut vor Daſſel, Markoldendorf, Ohlendorf, Amelſen, Mackenſen, Verdelſen, Krimmenſen, Eilenſen, Holtenſen und Deiterſen vorgenommen [4]).

Sonſtige, dieſes Freigericht betreffende Nachrichten von Erheblichkeit ſcheinen nicht vorhanden zu ſein. Daß auch Freie, die in der Stadt Einbeck wohnten, zur Eilenſer Freidingsgenoſſenſchaft gehört haben, erfahren wir erſt durch die vorliegende Urkunde.

---

[1]) Vergl. Lüntzel, die bäuerlichen Laſten im Fürſtenth. Hildesheim S. 33 u. f.

[2]) Daſſelbe gehört jetzt zum Amte Erichsburg.

[3]) Freidinge wurden im Hildesheimiſchen außerdem gehegt zu Hohenhameln, Großen-Gießen und zu Adenſtedt und Breinum. Vergl. Lüntzel a. a. O. S. 38 u. f.

[4]) Vergl. Lüntzel a. a. O. S. 40 u. f.; ferner deſſen Buch „Die ältere Diöceſe Hildesheim“ S. 70 u. 71. In der ſchon angeführten „Geſchichte der Stadt Einbeck“ von Harland geſchieht des Eilenſer Freigerichts überall keine Erwähnung, doch wird daſelbſt S. 34 geſagt, es ſei auch „in Eilenſen unter der Linde“ eine geheiligte Gerichts- oder Malſtätte geweſen, woſelbſt, wie es ſcheine, das gemeine Volksgericht (placitum commune) gehalten ſei.

1442, den 15. November.

Ich Wylhelmus Zelter [1]), vrijgreve tho Asscheberge etc., bekenne und betuge vor alle der dorluchtigesten und hogebornesten forsten, dem Romeschen konyncge, allen vrijenbencken, vrijengreven und vrijenscheppen, de dessen breyff mogen seyn off horen lezen, dat ich hebbe besetten und besat des Romeschen konynges stoel in der hemeliken achte des hilligen rijkes in den jaren onses Heren, do men schreff dusent veyrhundert und twe unde veyrtich jaer, des nesten donresdages na sunte Mertens daghe, des hilligen bysschops.

Dar vor my is gekomen Coerd Rozenhagen an de konynclike dinckstad unde vrijenstoel to Asscheberge, belegen in dem stichte van Munstere, unde was dar noch zwerliken klagende vermyts synem gewunnenen vorspreken over Steffen Vysscher, eynen vrijengreven tho Elensen, belegen in der Hundesruggeschen boyrden, und vort over Ernste Schomecker, Huysbroyt, Hennynck Sprenger, Coerd Stuve, Oleman Rengerde, Tyle Wickere, Herman Borchardes, Tyle Grote, Jaen Coerd Gotten, Clawes Beneken, Zels, Hovet, und over alle de vrijen, de in dat vrijegerichte hort tho Elensen, ane uytgesacht [2]) de vrijen, de to Embecke bynnen wonet und in dat vrije gerichte hort to Elensen; welcke klage sich was hoghe ere lijff und eere andreppende na sate unde rechte des hilligen rijkes hemeliken achte, unde veymewrogich gewiset unde erkant wort; unde wan my dar aff myt ordelen unde myt rechte, dusse vorbenomeden gelijck unwettenen luden to eschene, so sich dat geborde.

So hadde ich desse vorbenomeden verbodet an dey konynclike dynckstad und vrijenstoel tho Asscheberge vorg.

---

[1]) Dieſer Freigraf iſt wohl identiſch mit Wilhelm Selter, welcher zufolge einer Urkunde von 1445 bei Wigand, Das Femgericht Weſtphalens S. 564, das Freigrafenamt zu Weſenfort und Lübinghauſen (im Hochſtifte Münſter) bekleidete.

[2]) ſ. v. a. ausgenommen.

vor eyn oppenbar gerichte, nementlike des nesten richtedages na sunte Walburge daghe[1]) nest geleden, dar se nicht en weren off neymandes van erer wegene vulmechtich dar en hadden, er lijf und ere to verantworden.

Und alse se dem hilligen rijke unhorsam und dem kleger vorg. nedervellich sint gewoyrden, so qwam uppe dessen vorg. donresdach Coerd Rosenhagen vermyts synem gewunnenen vorspreken und eschede gerichtes over desse vorgenompten, wente ich doch alreyde[2]) on to twen tijden konynck Karls dach[3]) gegeven hadde unde en dar enbynnen twe daghe gelacht hadde to holdene to Lemegov unde to Bylevelde, dar sey alle nicht aff en heylden unde des hilligen recht versumet unde versmaet hebben, dar ich em to staden moste.

Unde he oppende aldar syne klage over desse ergenanten se to vervorende, dar hey sich to gekneyt unde bereyt hadde, so sich geborlyken is. So sey em to velen tijden unde noch ere unde rechtes verbleven sint, so eschede ich desse vorbenomeden by eren dopelnamen int Oesten, int Westen, int Suden, int Norden, drey werve under eyns by eren halse, kore unde hogesten wedde[4]), dar se dem hilligen rijke, my unde allen vrijengreven unde allen vrijenscheppen in der beklagenden oveldaet nedervellich ane geworden sint, off noch jeymant van erer wegene dar were, en noch ere lijff unde ere to verantworden. Nadem dat de vorbenompten beklageden dar nicht en weren off neymandes van erer wegene in maten vorg., so leyt ich den vorbenomeden kleger darna overmyts synen gewunnenen vorspreken vragen enes

---

[1]) Walpurgis = 1. Mai.

[2]) ſ. d. a. bereits.

[3]) Die letzte Friſt von 6 Wochen und 3 Tagen, die dem Angeklagten noch geſtattet wurde, hieß gewöhnlich Kaiſer Karls Tag. Vergl. Osnabr. Vehmgerichtsordnung bei Mascov, Notitia juris et judicior. Brunsv. Luneb., im Anhange S. 97, 98 u. 109.

[4]) „Hogeste wedde dat is de hals“ heißt es in der Osnabr. Vehmgerichtsordn. S. 96.

rechten ordels under konyngesbanne, wo he syne klage to rechte betugen unde bewarden solde, dat hey synen gehulden scheppeneyden vul dede under konyngesbanne, unde des hilligen rijkes rechte unde de vorbenomeden beklageden nicht en verkortede.

Dar wart up gewiset vor recht:

de kleger vorg. solde sich bereyden blotes hovedes, unde setten sich vor des konynges banck vor my, vrijgreven vorg., an de kney, unde leggen twe vyngere ute syner rechteren hant up dat swert unde den reep [1]).

Dat hey also dede; so stavede ich eme eynen eyd, ludene alsus:

dat de vorbenomeden beklageden umme der oveldaet an eme gedaen, so se eme sin vaderlike unde moderlike erve weder God, ere unde recht genomen unde vorentholden hebbet unde em to velen tijden weren und sint ere unde rechtes verbleven, so sint dey des konynges viand, des hertygen [2]) aller vrijengreven vyand und aller vrijenscheppen vyand, und hebben umme alsulker oveldaet des repes verdenet; dat em God so helpe und hilligen.

Dar na synem ede dusse nabeschreven ses echte rechte vrijescheppen, nementliken Johan unde Gerd de Greven, brodere, Herman van Beycholte, Johan de Wegener, Herman to Wullinck unde Johan Eckolt ock also wardeden und gestavedes edes weren swerende in dusser wijse den eyd, den Coerd Rozenhagen nu nelkest gesworn hevet, dat de sij recht, reyne unde nicht gemeyne, dat God so helpe und hilligen.

---

[1]) Reep ſ. b. a. Strick, Seil. — „De ffreigreve schal up denn ffryen stoll sytten gaen myt eynem swerde vor sick up de banck gelacht“ ſagt die Osnabr. Vehmgerichtsordn. S. 51; ferner daſelbſt S. 64: „De frigreve schal leygen dat swerth myt dem stricke up de banck.“

[2]) Hertyge = Herzog, der erſte, vornehmſte.

Darna eschede my de vorg. kleger vermyts synem gewunnenen vorspreken bij mynen ede, dem konynge gedaen, de lesten sentencien der veyme over de vorg. beklageden oveldeder myt namen Steffen Visscher, vrijgreven vorg., unde vort Ernste Schomecker, Husbroet, Hennynck Sprenger, Coerd Stuve, Oleman Rengerde, Tyle Wyckere, Herman Borchardes, Tyle Grote, Jaen Coerd Gotten, Clawes Beneken, Zels, Hovet und alle de vrijen, de in dat vrijegerichte hort to Elensen vorg., ane uytgesacht de vrijen, de to Embecke bynnen wonet und in dat vrijegerichte hort to Elensen vorg.; dat ich also dede und van myner ede wegene nicht laten en mochte.

Und ich vrijgreve vorg. hebbe vort desse vorgenompten verklageden, vervolgeden unde verwunnenen mysdedigen manne alle verrichtet, verveymet, vervoird unde verwiset, so alse dar vor my myt ordele und myt rechte gevunden und gewiset wart, alse des hilligen rijkes vrijenstoels recht is in der bemeliken achte, unde neme se vort ut allen vreden, rechten unde vrijheiden, de dey pawese und keyzere gemaket, gesatt unde bestediget hebbet, setten unde bestedigen, unde vort vorsten unde heren, rittere unde knapen, scheppen und vrijen gesworn hebben unde beswern, und sette se uyt allen vreden, uyt allen rechten und uyt allen vrijheiden vorg. in des Romeschen konynges ban und wedde, in den hogesten unvrede.

Darsulves gaff ich, vrijgreve vorg., myt mynen vrijenscheppen teken unde schyne der vorg. sentencien der veyme, alse sich dat in dem rechten geborde.

Unde deselve vorspreke des klegers vorg. vragede vorder enes rechten ordels under konyngesbanne:

> Nadem desse vorgenomeden Steffen Vysscher, vrijgreve, unde vort Ernste Schomecker, Huysbroyt, Hennynck Sprenger und alle in maten vorbenomede beklageden, verrichteden, vervoerden unde vervemeden manne under konyngesbanne to rechte verwunnen sint: off dejeynige scheppen an qwe-

men unde de bekrechtigen kunden, wo se myt en vort varen solden, dat se eren eden vul deden, konyngesban to stercken?

Dar wart up gewiset vor recht:

Men solde en stricken enen rep off ene weden umme den hals, und haen de up van der erden an de lucht, so men hogeste mochte.

Vorder so vragede de vorspreke des klegers vorg. enes rechten ordels under konyngesbanne:

Off de vorg. vervemeden jeymant verdedingeden, beschermeden off beschuddeden: wo men myt den vort varen solde?

Dar wart up gewiset vor recht:

De solde men holden unde myt den vort varen gelijck den vervemeden sakewolden[1]).

Do desse vorg. klage, gerichte, ordele und veymynge up data desses breves, tijde unde stede in maten vorg. geschach, dar wern ane und over erbern echten rechten vrijescheppen genoich myt namen de edel juncker Johan van Buren, Hinrich van der Leyten, de oelde Johan van der Leyten, Johan unde Frederich van Lunen, brodere, Johan Snobele, gogreve, Engelbert Peyck, Bernd to Zelhorst, Johan Brochtorp, Johan Sutorp, Hinrick Henctorp, Everd Baggel, Herman van der Lynden und vele mer ander guder manne unde vrijescheppen.

In eyn tuch der warheit alle dusser vorg. punte so hebbe ich Wylhelmus, vrijgreve vorg., mynen segel van gerichtes wegene vorg. an dessen breyff gehangen, und hebbe vort gebeden den edelen junckeren Johanne van Buren, mynen stoelheren[2]), Hinriche van der Leyten, Johanne van der Leyten, Hinrix sone vorg., Frederich van Lunen, Johan Kule geheiten Snobele, gogreven, und Her-

---

[1]) hier s. v. a. Angeklagten.

[2]) Wilhelm v. Büren kaufte den Freistuhl zu Aschеberg im Jahre 1390 von Dieterich v. Volmestein. Vergl. Kindlinger, Münst. Beitr. III, S. 510

manne van der Lynden, dat se umme merer vestenisse unde tuchnisse willen desser vorg. punte ere segele mede an dessen breyff willen hangen; des wij Johan van Buren, Hinrich, Johan, Frederich, Johan unde Herman vorg. enkennen, und hebben umme bede willen des vrijgreven vorg. unse segele mede an dessen breyff gehangen.

Datum anno Domini M°.CCCC°.XLII°, up den nesten donresdach na sunte Mertens daghe in dem wyntere [1]), des hilligen bysschops.

Original auf Pergament. Von den 7 Siegeln ſind 4, nämlich das dritte, vierte, fünfte und ſechſte abgefallen.

---

[1]) Dieſer Tag (11. November) wird in mehreren Urkunden auch Martinus frigidus oder hyemalis genannt, zum Unterſchiede von Martinus aestivalis, wodurch die Translatio Martini (4. Juli) bezeichnet wurde. Vergl. Haltaus, Jahrzeitbuch, deutſche Ausg. von Scheffer, S. 152.

VI.

Des Weyl. Herrn Premier-Ministers und Cammer-Praesidenten Herrn Gerlach Adolph von Münchhausen hinterlaßener Unterricht von der Verfaßung des Churfürstl. Braunschweig-Lüneburgiſchen Geheimten Rath und Cammer-Collegii *).

Verzeichniß
derer Chur-Braunschweig-Lüneburgiſchen Lande.
Selbige beſtehen gegenwärtig

1) Aus dem Fürſtenthum Calenberg, wozu die Schaumburgiſchen Aemter und das Land Göttingen mit gerechnet werden.

2) Dem Fürſtenthum Grubenhagen, wozu der Harz mit gerechnet wird.

---

*) Nach einer von dem Herrn Obergerichtsrath Stromeyer hieſelbſt mir verehrten Handſchrift des vorigen Jahrhunderts auf 252 Folio-Seiten. Vor dem hier abgedruckten Aufſatze finden ſich von derſelben Hand geſchrieben: 1) „Sr. Churfürſtl. Durchl. Herrn Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg Reglement wornach Höchſt Dero Fürſtenthümer und Länder regieret werden ſollen de dato Hannover 1680“, welches beginnt: „Punctatio. Welchergeſtalt Wir Ernſt Auguſtus Biſchof zu Osnabrück und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg die Regierung der angeſtammten Fürſtenthümer und Lande künftig geführt haben wollen d. a. 1680“, deſſen Inhalt mit dem Abdrucke in Spittler's Geſchichte des Fürſtenthums Hannover übereinſtimmt. 2) Das ebenfalls bei Spittler abgedruckte Regierungs-Reglement vom 29. Auguſt 1714. 3) Eine Verfügung des Königs Georg I. vom 30. Auguſt 1714 über Ausfertigung der Lehnbriefe. 4) Eine Verfügung desſelben vom $\frac{\text{26. October}}{\text{6. Novbr.}}$ 1720, die Behandlung der Geſchäfte im Geheimen-Raths-Colleg betreffend. 5) Das Protocoll über die Beeidigung des Geheimen-Raths v. Erffa vom 20. Mai 1738. Letztere drei bisher ungedruckte Urkunden werden als Anlagen zu obigem

3) Dem Fürſtenthum Lüneburg oder Celle.
4) Dem Herzogthum Lauenburg.
5) Dem Herzogthum Bremen.
6) Dem Fürſtenthum Verden.
7) Der Grafſchaft Hoya.
8) Der Grafſchaft Diepholtz.
9) Der Grafſchaft Honstein.
10) Der Grafſchaft Spiegelberge.
11) Dem Amt Steinhorst.
12) Dem Lande Hadeln.

Dabenebſt ſind in des Churhauſes Händen:

a. Die Grafſchaft Sternberg wiederkäuflich.
b. 8 Mecklenburgiſche Aemter, als eine Special-Hypothec (cessiren weil ſie nachmahls relevirt worden).
c. Die Einkünfte der Grafſchaft Mansfeld, des Amts Sangerhausen ꝛc. zur spec. Hypothec.
d. Die Grafſchaft Bentheim-Bentheim als ein Unterpfand auf 30 Jahr.

So ſtehet auch dem Churhauſe zu, das Eigenthum an dem Salz-Werck zu Rothenfelde im Stifte Osnabrück, an dem von Seiner Churfürſtl. Durchl. Ernesto Augusto erbaueten Schloße zu Osnabrück und an dem Hauſe Rhenen, in der Provintz Utrecht gelegen.

Von dem Fürſtenthum Calenberg.

Daßelbe begreift mit in ſich die ſo genannte Schauenburgiſche Aemter und das Land Göttingen, und wird in 3 Quartiere getheilet, nemlich das Hannoverſche, Hämelſche und Göttingenſche Quartier.

Manuſcripte hier im Abdrucke mitgetheilt. — Einer anderen im Beſitze Sr. Excellenz des Herrn Landſchafts-Directors v. Hodenberg befindlichen Handſchrift iſt folgende Bemerkung eingeſchrieben: „Dieſen Unterricht hat der damalige geheime Rath und Cammer-Präſident (nachmaliger Premier-Ministre) Gerlach Adolph v. Münchhauſen für den Reichshofrath und Reichs-Tages-Geſandten, und nachmaligen geheimen Rath und Cammer-Präſidenten Burchard Chriſtian von Behr aufgeſetzt, als derſelbe 1754 zum Miniſter ernannt ward. Letzterer hat ſolchen dem Legations-Rath v. Hinüber mit obiger Anzeige mitgetheilt. Daß dieſelbe in Anno 1754 verfaßet worden, beweiſet auch dieſes, daß die letzte Verordnung vom 10. May 1754 ſich pag. 283 angeführt findet. Indeſſen ſcheinet doch bemeldter Cammer-Präſident v. Münchhauſen, wenn auch ein Theil von ſeiner eigenen Feder iſt, dennoch zu Extrahirung der mancherley Verordnungen ſich dabey einer anderen Feder bedienet zu haben."

Celle, im April 1857. E. v. Lenthe.

In dem Hannoverſchen Quartier ſind

Neun Aemter, nemlich:

Blumenau, Bockelohe, Calenberg, Coldingen, Langenhagen, Neuſtadt am Rübenberge, Ricklingen, Wölpe, Rehburg.

5 Städte, als:

Eldagsen, Hannover, Pattensen, Rehburg, Wunstorff.

2 Stifter, als:

Ein Adelich Frauens-Stift, und ein Manns-Stift zu Wunstorff.

2 Manns-Clöſter, als:

Loccum und Marienrode.

5 Jungfern-Clöſter, als:

Barsinghausen, Mariensee, Marienwerder, Wennigsen, Wülfinghausen.

7 Adeliche Gerichte, als:

Banteln, Bemerode, Bredenbeck, Deensen, Limmer, Linden, Rössing.

In des Fürſtenthums Calenberg 2ten Quartier, nemlich in dem Hämelſchen Quartier, ſind

8 Aemter, nemlich:

Ertzen, Grohnde, Lachem, Lauenau, Lauenstein, Ohsen, Polle, Springe.

4 Städte, als:

Bodenwerder, Hameln, Münder, Springe.

1 Manns-Stift

St. Bonifacii genannt zu Hameln. Keine Manns- und Jungfern-Clöſter.

3 Adeliche Gerichte:

Hämelschenburg, Hastenbeck, Ohr.

In des Fürſtenthums Calenberg 3ten Quartier, nemlich in dem Göttingiſchen Quartier, ſind

14 Aemter, nemlich:

Brackenberg, Brunstein, Erichsburg, Friedland, Hardegsen, Harste, Lauenförde, Moringen, Münden, Niedeck, Nienover, Reinhausen, Uslar, Westerhofe.

8 Städte:

Dransfeld, Göttingen, Hardegsen, Hedemünden, Moringen, Münden, Northeim, Uslar.

1 Secularisirtes Stift

St. Blasii genannt zu Northeim.

6 Secularisirte Clöſter, als:

Bursfelde, Fredelsloh, Hilwartshausen, Mariengarten, Steina, Weende.

12 Adeliche Gerichte, als:

Adelepsen, Altengleichen, Gartendörffer, Geismar, Hardenberg, Imbsen, Imbshausen, Jühnde, Oldershausen, Uessinghausen, Waacke, Wiershausen.

Es ſind alſo, wenn man alle 3 Quartiere zuſammennimmt, in dem Fürſtenthum Calenberg 31 Aemter, 17 Städte, 3 Stifte, 2 Manns-Clöſter, 6 Secularisirte Clöſter, 5 Jungfern-Clöſter und 22 Adeliche Gerichte.

Die zwiſchen denen Landes-Herren und der Calenbergiſchen Landſchaft errichtete Landtages-Abſchiede ſind: 1) Der de dato Gandersheim den 10ten Octobr. 1601. 2) Der de dato Eltze den 19ten Octobr. 1614. 3) Der de dato Eimbeck den 22ten Novembr. 1614. 4) Der de dato Hannover den 3ten April 1639. 5) Der de dato Hannover den 26ten Septbr. 1646. 6) Der de dato Hannover den 11ten Mart. 1650. 7) Der de dato Hannover den 15ten Octobr. 1686.

Von dem Fürſtenthum Grubenhagen.

Zu demſelben wird der Harz mit gerechnet, und ſind 8 Aemter: Catlenburg, Elbingerode, Hertzberg, Osterode, Radolphshausen, Rotenkirchen, Saltzderhelden, Schartzfels.

2 Städte, als:

Eimbeck, Osterode.

2 Stifter:

Beatae Mariae Virginis, und St. Alexandri zu Eimbeck.

Keine Clöſter.

1 Adelich Gericht, als:

Rüdigershausen.

Der zu dem Fürſtenthum Grubenhagen gerechnet werdende Harz wird eingetheilet: In den einſeitigen Harz, und in den Communion Harz. Jener hat

3 Berg-Städte:

Clausthal, St. Andreasberg, Altenau.

Das Berg-Amt, wodurch der Harz administriret wird, befindet ſich zu Clausthal.

Dieſer hat 4 Berg-Städte:

Zellerfeld, allwo das Communion-Berg-Amt iſt, Wildemann, Grund, Lautenthal.

Dieſer Theil des Harzes, wird der Communion-Harz genannt, weil man ihn mit Wolfenbüttel in Communion oder Gemeinſchaft hat; das Churhaus hat $^4/_7$, das Haus Wolfenbüttel $^3/_7$.

Die erſte Berg-Ordnung hat Herzog Ernst Anno 1554 publicirt, und Herzog Wolfgang Anno 1593 verbeßert.

Von dem Fürſtenthum Lüneburg.

Daßelbe hat 28 Aemter:

Ahlden, Bleckede, Bodenteich, Bütlingen, Burgtorff, Clötze, Dannenberg, Ebstorff, Fallersleben, Gartze, Giffhorn, Harburg, Hitzacker, Isenhagen, Knesebeck, Lüchau, Lühne, Medingen, Meinersen,

Moisburg, Oldenstadt, Rethem, Scharnebeck, Schnackenburg, Walsrode, Wilhelmsburg, Winsen an der Luhe, Wustrau.

12 Amts-Voigteyen:

Bergen, Bedenbostel, Bissendorff, Burgwedel, Eicklingen, Essel, Fallingbostel, Hermannsburg, Iiten, Soltau, Winsen an der Aller, die Burgvoigtey Celle.

12 Städte:

Burgdorff, Celle, Dannenberg, Fallersleben, Gifhorn, Harburg, Hitzacker, Lüchau, Lüneburg, Soltau, Ueltzen, Winsen an der Luhe, Wustrau.

3 Stifter:

St. Michaelis in Lüneburg, das Stift Bardowick, das Stift Rammelsloh.

7 Jungfern-Clöster, als:

Ebstorff, Heiligenrode, Isenhagen, Lühne, Medingen, Walsrode, Weyhausen.

2 Geschloßene Adeliche Gerichte:

Gartau und Wathlingen.

Die vornehmsten Landtags-Abschiede sind: der Oldenstädtsche de 1624, der de ao. 1673, und die Landesherrliche Resolution de annis 1682, 1686, 1695.

Von dem Herzogthum Lauenburg.

Daßelbe hat weder Stifter noch Clöster; hingegen

4 Aemter, nemlich:

Lauenburg, Neuhaus, Ratzeburg, Schwartzenbeck.

3 Städte, als:

Lauenburg, Mölln, Ratzeburg.

23 Adeliche Gerichte, als:

Barsthorst, Culpin, Gudau und Weningen, Gültzau, Kogel, Lüdersburg, Marschacht, Müssen, Niendorff am Schallsee, Niendorff an der Stecknitz, Pröten, Schenckenberg, Stintenburg, Turow, Tuschenbeck, Zecher und Seedorff, Lancken, Grinau, Rondshagen, Bliestorff, Castorff, Daldorff.

Der Recess, nach welchem in Ansehung der Ritter- und Landschafftl. Freyheiten und Gerechtsamen verfahren wird, ist anno 1702 zwischen des Herrn Herzogs Georg Wilhelms Durchl. und der Lauenb. Ritter- und Landschaft errichtet.

Von dem Herzogthum Bremen.

Daßelbe hat 17 Aemter, als:

Agathenburg, Altkloster, Bederkesa, Blumenthal, Bremervörde, Hagen, Harsfeld, Himmelpforten, Lilienthal, Neuhauss, Nordholtz, Neukloster, Osterholtz, Ottersberg, Stade, Stotel, Zeven.

10 Besondre Districte, als:

Die Amts-Voigtey Viehland, das Alte Land, das Land Kedingen, Kirchspiel Osten, Voigtey Mulsum, Dorfschaft Aplar, Gericht und Flecken Leese, das Land Wursten, Burgdamm, und Burgdorfschaft Schwachhausen.

2 Städte:

Buxtehude und Stade.

2 Stifter:

Den Dohm zu Bremen, den Dohm zu Hamburg.

1 Jungfern-Closter

zu Neuenwalde.

Verschiedene Adeliche Gerichte, als:

Beverstedt, Blumenthal, Börde Rahde, Delmb, Francop, Horneburg, Hechthausen, Oberochtenhausen, Oese, Ritterhude, und verschiedene andere mehr.

Die Gerechtsame und Freyheiten der Bremischen Unterthanen sind durch das mit der Crone Schweden den 9/20ten Novbr. 1719 errichtete Friedens-Instrument festgestellet.

Von dem Fürstenthum Verden.

Daßelbe hat weder Stifter, Clöster, noch Adeliche Gerichte, aber

2 Aemter, nemlich:

Rothenburg, Verden.

1 Stadt, nemlich:

Verden.

Mit denen Freyheiten und Gerechtsamen der Verdischen Unterthanen ist es eben so bewandt, als in Ansehung derer Bremischen Unterthanen angeführet worden.

Von der Grafschaft Hoya.

Dieselbe hat 13 Aemter, als:

Bahrenburg, Bruchhausen, Diepenau, Ehrenburg, Harpstaedt, Hoya, Liebenau, Nienburg, Siedenburg, Steierberg, Stoltzenau, Sycke, Westen, incl. Thedinghausen.

Der Lage halber wird hinzugesezt, das Amt Wildeshausen.

1 Stadt, nemlich:

Nienburg.

1 Stift, nemlich:

Bassum.

1 Adeliches geschloßenes Gericht.

Die zwischen dem Landes-Herrn und denen Landständen vorhandenen hauptsächlichste Recesse sind de Annis 1616, 1640, 1675 und 1697.

Von der Grafschaft Diepholtz.

Dieselbe hat weder Stifter, Städte, Clöster, noch Adeliche Gerichte, sondern nur

2 Aemter, nemlich:

Diepholtz, Lemförde.

Die Grafschaft ist keiner von denen übrigen Provinzien incorporiret, und hat kein Landschaftlich Collegium.

Von der Grafschaft Hohnstein.

Dieselbe bestehet aus

20 Dörfern und dem Flecken und der Closter-Schule Ilefeld.

Bekanntermaßen tragen die Grafen von Stolberg selbige zu Lehen, Sr. Königl. Majest. exerciren aber darin das Jus Superioritatis territorialis.

Von der Grafschaft Spiegelberg.

Dieselbe bestehet aus

1 Amte, Coppenbrügge genannt,

und dieses Amt hat

1 Flecken und

6 Dörfer.

Das Haus Nassau-Oranien trägt solche Grafschaft zu Lehen und die Familie derer von Danckelmann hat eine Expectanz darauf; Seiner Königl. Majest. excerciren indeßen darinn die Jura Superioritatis territorialis.

Von der Grafschaft Sternberg.

Dieselbe bestehet aus

1 Amte.

Selbige ist den 1ten May 1733 von den Grafen von Lippe-Detmold für 410,000 Rthlr. wiederkäuflich auf 12 Jahre erstanden, dergestalt daß, wenn die Wiederkaufs-Gelder nach Ablauf der stipulirten 12 Jahre nicht bezahlet werden, der Contract ipso Facto von 12 Jahren zu 12 Jahren continuiret.

Von dem Amte Steinhorst.

Daßelbe ist Anno 1739 von dem Geheimten Rath von Wedderkopp gekauft und kömt 400,000 Rthlr. zu stehen; des Königs von Dännemarck Majest. praetendirten ein Recht daran zu haben, als Herzog von Holstein, und weil die Gebrüdere von Wedderkopp in Anno 1719 das Oblatum gethan, daß besagtes Guth und Amt nach Abgang des Wedderkoppschen Manns-Stammes der Crone Dännemarck anfallen solte.

Sr. Königl. Mayest. von Großbritt. Georg der Andere nahmen hingegen das Haus und Amt Steinhorst in Anspruch, theils als Herzog von Lauenburg, und theils vermöge des mit dem Herzoglich Holsteinischen Hause, untern 13ten Jun. 1738 errichteten Vergleichs. Als nun der Kauf-Contract mit denen von Wedderkopp behandelt wurd, fuhr man Königl. Dänischer Seits zu und ließ von dem Hause Stein-

horst durch einen Hauptmann mit 100 Mann Possession nehmen: dieſer aber wurde durch den diesſeitigen damaligen Obriſten Maider delogiret, bey welcher Gelegenheit der Däniſche Hauptmann von Lützen blieb, und auf beyden Seiten einige Mannſchaften getödtet und verwundet wurden. Endlich verglich man ſich den 5ten Mart. 1739 praeliminariter, und den 16ten May 1739 finaliter mit der Crone Dännemarck in Güte dahin, daß ohne einander obbeſagter Aufkünfte halber etwas einzugeſtehen, die Crone Dännemarck zur Abfindung 70,000 Rthlr. Däniſch Geld, und die Zuſage annahm, daß Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien nicht nur wollten geſchehen laßen, daß das Holstein-Glückſtädtſche Reichstägliche Votum unter die 5 alternirende Alt-Fürſtl. Vota in perpetuum aufgenommen würde, und alſo dem Herzogl. Lauenburgiſchen Voto vorträte, ſondern daß auch Sr. Königl. Majest. dazu aller dienſamer Orten nach beſter Möglichkeit mit Dero guten officiis cooperiren, und ſich dahin beſtreben wollten, daß die Sache auf dem Reichstage ad motum und zur Proposition käme, und ein Kayſerl. Commissions-Decret darüber erfolgte, daß folgl. Sr. Majest. die Sache als Dero eigene betreiben laßen wollten.

Dännemarck hat dagegen verſprochen, ſeines Orts ſich dahin zu beſtreben, daß das Lauenburgiſche Votum, wenn zuvor die Reception des Glückſtädtſchen Voti völlig geſchehen, und in Activitaet geſetzet ſeyn werde, eben wol unter beſagte alternirende genommen werden möge. Per articulum separatum iſt stipuliret, daß auf den Fall, daß die Königl. Däniſche Erb-Succession Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien Manns-Stamm überleben, und dieſer vor jener verblühen ſolte, ſodann das Amt und Haus Steinhorst mit allen ſeinen Zubehörungen und cum omni Jure vorermeldeten Königl. Däniſchen Erbfolgern anfallen, und auf dieſelben vererbet werden, jedoch dieſe dahingegen ſchuldig und gehalten ſeyn ſollen, Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien Allodial-Erben, welche inzwiſchen das Jus Retentionis zu exerciren befugt ſeyn ſollen, ſtatt aller Acquisitions- und Meliorations-Koſten, eins vor alles eine Summa von 200/m. Rthlr. Lüneburgiſcher Wehrung, die Marck fein zu 12 Rthlr. ausgemünzet, baar auszuzahlen und zu entrichten.

Von dem Lande Hadeln.

Daßelbe beſtehet außer dem Städtlein Otterndorff in 12 Kirchſpielen, und lieget zwar im Bremiſchen, machet aber einen Theil des Herzogthums Lauenburg aus.

Von denen 8 Mecklenburgiſchen Aemtern.

Dieſelben heißen:

Backendorff, Boitzenburg, Gadebusch, Graevismühlen, Mecklenburg, Rhena, Wittenburg; Zarrenthien.

Dieſe 8 Aemter beſitzen Sr. Königl. Majest. vermöge Kayſerl. Richterlichen Erkenntniſſes, bis die über anderthalb Millionen betragende Koſten wegen der anno 1718 gegen den Herzog Carl Leopold verhängten Execution bezahlet worden.

Nachdem ſolche vom regierenden Herzog Friederich releviret worden, cessiret dieſer Beſitz gänzlich.

Von der Sächſiſchen Hypothec.

Dieſelbe beſtehet
in denen Einkünften der Grafſchaft Mansfeld, des Amts Sangerhausen, und einiger Pertinentien der Grafſchaft Henneberg, und beſitzen Sr. Königl. Majest. ſolche wegen eines an Chur-Sachſen gethanen Geld-Anlehns von viertehalb Millionen.

Die Sächſiſche Special-Hypothec beſtehet namentlich in denen Einkünften:

1) der Grafſchaft Mansfeld,
2) der Stadt, des Amts und Bezirks Sangerhausen,
3) der Grafſchaft Henneberg, nemlich derer 4 Aemter: Schleusingen, Suhla, Kühndorff, Benshausen,
4) des Amts Heldrungen.

Von der Grafſchaft Beutheim-Bentheim.

Dieſe Grafſchaft hat der jetzt regierende Graf Friedrich Carl Sr. Königl. Majest. mit allem Zubehör cum omnimodo Superioritatis Jure, und allen und jeden davon dependirenden Hoheiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten in Secularibus et Ecclesiasticis, Civilibus et Militaribus, gegen Entpfahung eines zu Bezahlung dringender Schulden benöthigten Geld-Vorſchuſſes auf 30 Jahr abgetreten.

Der darüber behandelte Pfandſchafts-Contract iſt den 2ten Junii von denen beiderſeitigen Commissariis vollzogen, und von Sr. Königl. Majestät den 2ten Jul. 1753 zu Kensington, von dem Grafen von Bentheim aber den 10ten Septbr. 1753 zu Paris ratificirt.

Vermöge dieſes Pfandſchafts-Contracts haben Sr. Königl. Majest. ſich anheiſchig gemacht, zu Bezahlung derer zu 179,661 rthlr. 25 St. Holl. specificirten Schulden des Grafen die Gelder gegen 2 Procent Zinſen herzuſchießen; die auf der Grafſchaft haftende Witthums-, Aliment-, und Pensions-Gelder, imgleichen die zu 5425 rthlr. 23 St. 4 Pf. feſtgeſtellte Administrations-Koſten zu ſtehen, und dem Grafen nicht nur bey Vollziehung des Contracts 20,000 rthlr. in Piſtolen gegen 2 Procent vorzuleihen, ſondern auch jährlich eine Auskehr von 20.000 rthlr. zahlen zu laßen.

Sr. Königl. Majest. haben die Bentheimſchen Domanial-Revenuen in Pauſch und Bogen zu 20,125 rthlr. 23 St. 4 Pf. Holl. angenommen; da aber, wenn die zu 5425 rthlr. 23 St. 4 Pf. angeſchlagene

Administrations-Gelder davon abgezogen werden, nur 14,700 rthlr. übrig bleiben, so ist zwischen Sr. Königl. Majest. und denen Grafen verabredet, bey denen Bentheimschen Ständen darauf anzutragen, daß sie an statt des sonsten dem Grafen jährlich bewilligten Subsidii von 11 Tausend und etlichen 100 rthlr. auf die dreyßigjährige Versatz-Zeit ein jährl. Subsidium von 16,800 rthlr. feststellen mögten. Die Stände haben pro annis 1753 und 1754 jährlich 16,800 rthlr., auf die übrige Versatz-Zeit hingegen nur 14,128 rthlr. jährl. verwilligt; man weiß aber schon zum voraus, daß sie die an der Forderung fehlende 2672 rthlr. nachzuschießen sich nicht wiedersetzen werden.

Von dem Schloße zu Osnabrück.

Daßelbe haben Sr. Durchl. der Chur-Fürst Ernst August erbauet.

Sr. Königl. Majest Georg der andre haben dem jetzigen Chur-Fürsten von Cöln, Clemens August, als zeitigen Bischof von Osnabrück, auf sein Ersuchen und gegen Ausstellung eines aller Consequenz vorbauenden Reversus erlaubet, auf besagtem Schloß zu residiren, wenn der Chur-Fürst sich zu Osnabrück befindet.

Dieser hat auch darin einigemahl sein Hoff-Lager gehalten.

Von dem Saltzwerck zu Rothenfelde.

Daßelbe haben des Herrn Herzogs von Yorck Königl. Hoheit Ernst August nebst dazu gehörigen Gradier-, Siede- und Magazin-Häusern auch einer Waßerkunst angeleget, und auf Dero Durchl. Haus vererbet, welches unter der Direction der RentCammer zu Hannover administrirt wird und plus minus jährl. an Ueberschuß 7000 rthlr. thut.

Von etlichen sonstigen einzelnen Osnabr. Stücken.

Der in der Stadt Osnabrück belegene Gast-Hof, der Kayfers-Hof genannt, ist jährl. vor 21 rthlr. verpachtet; die bey Laer belegene so genante Desinger Mühle, thut jährl. 215 rthlr. Pacht.

Das sogenannte Münzhaus bringet nichts ein; der dazu gehörige Garte ist jährlich vor 6 rthlr. verpachtet.

Von dem Hause zu Rhenen in der Provintz Utrecht.

Dieses Haus ist von Weyl. Friedrich den 5ten, König in Böhmen und Chur-Fürsten von der Pfaltz, auf dem Platze 6 erkaufter Bürger-Häuser erbauet, daher auch mit aller denenselben zugehörig gewesenen Bürgerlichen Gerechtigkeiten versehen, dabenebst aber, so lange es nicht in andere Hände komt, von denen Staten der Provintz Utrecht von allen Oneribus befreyet, und vermuthlich aus solcher Ursache die Freyheit von Rhenen genannt.

Es gehören dazu ferner 2) der so genannte Königs-Stall, oder das Wagenhaus, massiv gebauet, 3) ein kleiner LustGarte mit einer

Mauer in der Stadt; außerhalb aber 4) ein annoch größerer Garte von 4 Morgen 152 Ruthen, mit einem Graben, 5) an Weiden und Wiesen-Länderey beynahe 7 Morgen nebſt 6) einem darauf gebaueten kleinen Pachter-Hauſe.

Dieſe 3 letztere Pertinentien ſind allererſt nach dem Schloß-Bau angekauft, und bißhero für 230 Fl. jährlich vermiethet, wovon aber an gewißen darauf haftenden Ungeldern 39 Fl. 14 St. 14 Pf. jedesmahl wieder abgehen.

Außerdem hat auch zu der Aufſicht über dieſes Weſen und zu Beſorgung deßen was dabey nötig iſt, ein beſonderer Administrator gehalten und demſelben für ſeine Bemühung und Koſten 120 Fl. gereichet werden müßen.

Weil ſich aber bey der, durch den OberLandBaumeiſter von Boon ao. 1748 geſchehenen Unterſuchung gefunden, daß dieſer nicht allemahl ſeine Schuldigkeit beobachtet hat, ſo iſt in Vorſchlag gekommen und bewilliget, dem bey Sr. Königl. Majest. Artillerie-Train geſtandenen Lieutenant Kuntze nebſt Beybehaltung obiger 120 Fl., freyer Wohnung und dem Genuß des kleinen Gartens die übrige vorerwehnte Pertinentien in Pacht und die Gebäude in Aufſicht zu geben. Da inmittelſt beregte Gebäude durch die Länge der Zeit in ſolchen baufälligen Stand gerathen waren, daß man ſie von Grund aus repariren laßen müſte, ſo iſt ſolches unterm 11/22ten April 1749 für die Dero Behuef angeſchlagene 262 rthlr. 15 gr. und nach einem bey den Actis befindlichen Riß bewilligt.

Sr. Königl. Majest. wurd auch anheim gegeben, ob HöchſtDieſelben die Behuef Dero Teutſchen Reiſen zu Utrecht bis dahin für 276 Fl. jährl. Miethe geſtandene 18 Wagen zu Rhenen aufſtellen zu laßen befehlen; der Vorſchlag aber iſt nicht genehmigt.

Von dem Geh. Raths-Collegio.

§. 1.

Ueber die Chur Brannſchw. Lande führet in Sr. Königl. Majest. Abweſenheit das Geh. Raths-Collegium, ſonſten auch die Geh. Raths-Stube oder die Geh. Canzeley genannt, die Regierung und leget Dero Behuef zum Grunde: a) das Reglement de ao. 1680, b) das Regierungs-Reglement de 1714, c) die von Zeit zu Zeit eingehende Königl. Special-Befehle, d) die Landes-Verordnungen.

§. 2.

Bekanntermaßen ſind außer der Geh. Raths-Stube zu Hannover 5 Collegia, nemlich die Rent-Cammer, die Krieges-Canzeley, das Conſiſtorium, die Juſtiz-Canzeley und das Hoffgericht, imgleichen das Ober-Hoff-Marchal-Amt, und das General-Krieges-Gericht.

Zu Celle 3 Collegia, nemlich das Ober-Appellations-Gericht, eine Juſtiz-Canzeley, ein Hoff-Gericht, wozu noch kömt, die GroßVoigtey.

3) Dem Fürſtenthum Lüneburg oder Celle.
4) Dem Herzogthum Lauenburg.
5) Dem Herzogthum Bremen.
6) Dem Fürſtenthum Verden.
7) Der Grafſchaft Hoya.
8) Der Grafſchaft Diepholtz.
9) Der Grafſchaft Honstein.
10) Der Grafſchaft Spiegelberge.
11) Dem Amt Steinhorst.
12) Dem Lande Hadeln.

Dabenebſt ſind in des Churhauſes Händen:

a. Die Grafſchaft Sternberg wiederkäuflich.
b. 8 Mecklenburgiſche Aemter, als eine Special-Hypothec (cessiren weil ſie nachmahls relevirt worden).
c. Die Einkünfte der Grafſchaft Mansfeld, des Amts Sangerhausen ꝛc. zur spec. Hypothec.
d. Die Grafſchaft Bentheim-Bentheim als ein Unterpfand auf 30 Jahr.

So ſtehet auch dem Churhauſe zu, das Eigenthum an dem Saltz-Wercke zu Rothenfelde im Stifte Osnabrück, an dem von Seiner Churfürſtl. Durchl. Ernesto Augusto erbaueten Schloße zu Osnabrück und an dem Hauſe Rhenen, in der Provintz Utrecht gelegen.

Von dem Fürſtenthum Calenberg.

Daßelbe begreift mit in ſich die ſo genannte Schauenburgiſche Aemter und das Land Göttingen, und wird in 3 Quartiere getheilet, nemlich das Hannoverſche, Hämelſche und Göttingenſche Quartier.

Manuſcripte hier im Abdrucke mitgetheilt. — Einer anderen im Beſitze Sr. Excellenz des Herrn Landſchafts-Directors v. Hodenberg befindlichen Handſchrift iſt folgende Bemerkung eingeſchrieben: „Dieſen Unterricht hat der damalige geheime Rath und Cammer-Präſident (nachmaliger Premier-Miniſtre) Gerlach Adolph v. Münchhauſen für den Reichshofrath und Reichs-Tages-Geſandten, und nachmaligen geheimen Rath und Cammer-Präſidenten Burchard Chriſtian von Behr aufgeſetzt, als derſelbe 1754 zum Miniſter ernannt ward. Letzterer hat ſolchen dem Legations-Rath v. Hinüber mit obiger Anzeige mitgetheilt. Daß dieſelbe in Anno 1754 verfaßet worden, beweiſet auch dieſes, daß die letzte Verordnung vom 10. May 1754 ſich pag. 283 angeführt findet. Indeſſen ſcheinet doch bemeldter Cammer-Präſident v. Münchhauſen, wenn auch ein Theil von ſeiner eigenen Feder iſt, dennoch zu Extrahirung der mancherley Verordnungen ſich dabey einer anderen Feder bedienet zu haben.“

Celle, im April 1857. E. v. Lenthe.

In dem Hannoverſchen Quartier ſind

Neun Aemter, nemlich:

Blumenau, Bockelohe, Calenberg, Coldingen, Langenhagen, Neustadt am Rübenberge, Ricklingen, Wölpe, Rehburg.

5 Städte, als:

Eldagsen, Hannover, Pattensen, Rehburg, Wunstorff.

2 Stifter, als:

Ein Adelich Frauens-Stift, und ein Manns-Stift zu Wunstorff.

2 Manns-Clöſter, als:

Loccum und Marienrode.

5 Jungfern-Clöſter, als:

Barsinghausen, Mariensee, Marienwerder, Wennigsen, Wülfinghausen.

7 Adeliche Gerichte, als:

Banteln, Bemerode, Bredenbeck, Deensen, Limmer, Linden, Rössing.

In des Fürſtenthums Calenberg 2ten Quartier, nemlich in dem Hämelſchen Quartier, ſind

8 Aemter, nemlich:

Ertzen, Grohnde, Lachem, Lauenau, Lauenstein, Ohsen, Polle, Springe.

4 Städte, als:

Bodenwerder, Hameln, Münder, Springe.

1 Manns-Stift

St. Bonifacii genannt zu Hameln. Keine Manns- und Jungfern-Clöſter.

3 Adeliche Gerichte:

Hämelschenburg, Hastenbeck, Ohr.

In des Fürſtenthums Calenberg 3ten Quartier, nemlich in dem Göttingiſchen Quartier, ſind

14 Aemter, nemlich:

Brackenberg, Brunstein, Erichsburg, Friedland, Hardegsen, Harste, Lauenförde, Moringen, Münden, Niedeck, Nienover, Reinhausen, Uslar, Westerhofe.

8 Städte:

Dransfeld, Göttingen, Hardegsen, Hedemünden, Moringen, Münden, Northeim, Uslar.

1 Secularisirtes Stift

St. Blasii genannt zu Northeim.

6 Secularisirte Clöſter, als:

Bursfelde, Frodelsloh, Hilwartshausen, Mariengarten, Steina, Weende.

12 Adeliche Gerichte, als:

Adelepsen, Altengleichen, Gartendörffer, Geismar, Hardenberg, Imbsen, Imbshausen, Jühnde, Oldershausen, Uessinghausen, Waacke, Wiershausen.

Es ſind alſo, wenn man alle 3 Quartiere zuſammennimmt, in dem Fürſtenthum Calenberg 31 Aemter, 17 Städte, 3 Stifte, 2 Manns-Clöſter, 6 Secularisirte Clöſter, 5 Jungfern-Clöſter und 22 Adeliche Gerichte.

Die zwiſchen denen Landes-Herren und der Calenbergiſchen Landſchaft errichtete Landtages-Abſchiede ſind: 1) Der de dato Gandersheim den 10ten Octobr. 1601. 2) Der de dato Eltze den 19ten Octobr. 1614. 3) Der de dato Eimbeck den 22ten Novembr. 1614. 4) Der de dato Hannover den 3ten April 1639. 5) Der de dato Hannover den 26ten Septbr. 1646. 6) Der de dato Hannover den 11ten Mart. 1650. 7) Der de dato Hannover den 15ten Octobr. 1686.

Von dem Fürſtenthum Grubenhagen.

Zu demſelben wird der Harz mit gerechnet, und ſind 8 Aemter: Catlenburg, Elbingerode, Hertzberg, Osterode, Radolphshausen, Rotenkirchen, Saltzderhelden, Schartzfels.

2 Städte, als:

Eimbeck, Osterode.

2 Stifter:

Beatae Mariae Virginis, und St. Alexandri zu Eimbeck.

Keine Clöſter.

1 Adelich Gericht, als:

Rüdigershausen.

Der zu dem Fürſtenthum Grubenhagen gerechnet werdende Harz wird eingetheilet: In den einſeitigen Harz, und in den Communion Harz. Jener hat

3 Berg-Städte:

Clausthal, St. Andreasberg, Altenau.

Das Berg-Amt, wodurch der Harz administriret wird, befindet ſich zu Clausthal.

Dieſer hat 4 Berg-Städte:

Zellerfeld, allwo das Communion-Berg-Amt iſt, Wildemann, Grund, Lautenthal.

Dieſer Theil des Harzes, wird der Communion-Harz genannt, weil man ihn mit Wolfenbüttel in Communion oder Gemeinſchaft hat; das Churhaus hat $4/7$, das Haus Wolfenbüttel $3/7$.

Die erſte Berg-Ordnung hat Herzog Ernst Anno 1554 publicirt, und Herzog Wolfgang Anno 1593 verbeßert.

Von dem Fürſtenthum Lüneburg.

Daßelbe hat 28 Aemter:

Ahlden, Bleckede, Bodenteich, Bütlingen, Burgtorff, Clötze, Dannenberg, Ebstorff, Fallersleben, Gartze, Giffhorn, Harburg, Hitzacker, Isenhagen, Knesebeck, Lüchau, Lühne, Medingen, Meinersen,

Moisburg, Oldenstadt, Rethem, Scharnebeck, Schnackenburg, Walsrode, Wilhelmsburg, Winsen an der Luhe, Wustrau.

12 Amts-Voigteyen:

Bergen, Bedenbostel, Bissendorff, Burgwedel, Eicklingen, Essel, Fallingbostel, Hermannsburg, Ilten, Soltau, Winsen an der Aller, die Burgvoigtey Celle.

12 Städte:

Burgdorff, Celle, Dannenberg, Fallersleben, Gifhorn, Harburg, Hitzacker, Lüchau, Lüneburg, Soltau, Ueltzen, Winsen an der Luhe, Wustrau.

3 Stifter:

St. Michaelis in Lüneburg, das Stift Bardowick, das Stift Rammelsloh.

7 Jungfern-Clöster, als:

Ebstorff, Heiligenrode, Isenhagen, Lühne, Medingen, Walsrode, Weyhausen.

2 Geschloßene Adeliche Gerichte:

Gartau und Wathlingen.

Die vornehmsten Landtags-Abschiede sind: der Oldenstädtsche de 1624, der de ao. 1673, und die Landesherrliche Resolution de annis 1682, 1686, 1695.

Von dem Herzogthum Lauenburg.

Daßelbe hat weder Stifter noch Clöster; hingegen

4 Aemter, nemlich:

Lauenburg, Neuhaus, Ratzeburg, Schwartzenbeck.

3 Städte, als:

Lauenburg, Mölln, Ratzeburg.

23 Adeliche Gerichte, als:

Barsthorst, Culpin, Gudau und Weningen, Gültzau, Kogel, Lüdersburg, Marschacht, Müssen, Niendorff am Schallsee, Niendorff an der Steckniz, Pröten, Schenckenberg, Stintenburg, Turow, Tuschenbeck, Zecher und Seedorff, Lancken, Grinau, Rondshagen, Bliestorff, Castorff, Daldorff.

Der Recess, nach welchem in Ansehung der Ritter- und Landschafti. Freyheiten und Gerechtsamen verfahren wird, ist anno 1702 zwischen des Herrn Herzogs Georg Wilhelms Durchl. und der Lauenb. Ritter- und Landschaft errichtet.

Von dem Herzogthum Bremen.

Daßelbe hat 17 Aemter, als:

Agathenburg, Altkloster, Bederkesa, Blumenthal, Bremervörde, Hagen, Harsfeld, Himmelpforten, Lilienthal, Neuhauss, Nordholtz, Neukloster, Osterholtz, Ottersberg, Stade, Stotel, Zeven.

10 Besondre Districte, als:

Die Amts-Voigtey Viehland, das Alte Land, das Land Kedingen, Kirchspiel Osten, Voigtey Mulsum, Dorfschaft Aplar, Gericht und Flecken Leese, das Land Wursten, Burgdamm, und Burgdorfschaft Schwachhausen.

2 Städte:

Buxtehude und Stade.

2 Stifter:

Den Dohm zu Bremen, den Dohm zu Hamburg.

1 Jungfern-Closter

zu Neuenwalde.

Verschiedene Adeliche Gerichte, als:

Beverstedt, Blumenthal, Börde Rahde, Delmb, Francop, Horneburg, Hechthausen, Oberochtenhausen, Oese, Ritterhude, und verschiedene andere mehr.

Die Gerechtsame und Freyheiten der Bremischen Unterthanen sind durch das mit der Crone Schweden den 9/20ten Novbr. 1719 errichtete Friedens-Instrument festgestellet.

Von dem Fürstenthum Verden.

Daßelbe hat weder Stifter, Clöster, noch Adeliche Gerichte, aber

2 Aemter, nemlich:

Rothenburg, Verden.

1 Stadt, nemlich:

Verden.

Mit denen Freyheiten und Gerechtsamen der Verdischen Unterthanen ist es eben so bewandt, als in Ansehung derer Bremischen Unterthanen angeführet worden.

Von der Grafschaft Hoya.

Dieselbe hat 13 Aemter, als:

Bahrenburg, Bruchhausen, Diepenau, Ehrenburg, Harpstaedt, Hoya, Liebenau, Nienburg, Siedenburg, Steierberg, Stoltzenau, Sycke, Westen, incl. Thedinghausen.

Der Lage halber wird hinzugesezt, das Amt Wildeshausen.

1 Stadt, nemlich:

Nienburg.

1 Stift, nemlich:

Bassum.

1 Adeliches geschloßenes Gericht.

Die zwischen dem Landes-Herrn und denen Landständen vorhandenen hauptsächlichste Recesse sind de Annis 1616, 1640, 1675 und 1697.

Von der Grafschaft Diepholtz.

Dieselbe hat weder Stifter, Städte, Clöster, noch Adeliche Gerichte, sondern nur

2 Aemter, nemlich:

Diepholtz, Lemförde.

Die Grafschaft ist keiner von denen übrigen Provinzien incorporiret, und hat kein Landschaftlich Collegium.

Von der Grafschaft Hohnstein.

Dieselbe bestehet aus

20 Dörfern und dem Flecken und der Closter-Schule Ilefeld.

Bekanntermaßen tragen die Grafen von Stolberg selbige zu Lehen, Sr. Königl. Majest. exerciren aber darin das Jus Superioritatis territorialis.

Von der Grafschaft Spiegelberg.

Dieselbe bestehet aus

1 Amte, Coppenbrügge genannt,

und dieses Amt hat

1 Flecken und

6 Dörfer.

Das Haus Nassau-Oranien trägt solche Grafschaft zu Lehen und die Familie derer von Danckelmann hat eine Expectanz darauf; Seiner Königl. Majest. excerciren indeßen darinn die Jura Superioritatis territorialis.

Von der Grafschaft Sternberg.

Dieselbe bestehet aus

1 Amte.

Selbige ist den 1ten May 1733 von den Grafen von Lippe-Detmold für 410,000 Rthlr. wiederkäuflich auf 12 Jahre erstanden, dergestalt daß, wenn die Wiederkaufs-Gelder nach Ablauf der stipulirten 12 Jahre nicht bezahlet werden, der Contract ipso Facto von 12 Jahren zu 12 Jahren continuiret.

Von dem Amte Steinhorst.

Daßelbe ist Anno 1739 von dem Geheimten Rath von Wedderkopp gekauft und kömt 400,000 Rthlr. zu stehen; des Königs von Dännemarck Majest. praetendirten ein Recht daran zu haben, als Herzog von Holstein, und weil die Gebrüdere von Wedderkopp in Anno 1719 das Oblatum gethan, daß besagtes Guth und Amt nach Abgang des Wedderkoppschen Manns-Stammes der Crone Dännemarck anfallen solte.

Sr. Königl. Mayest. von Großbritt. Georg der Andere nahmen hingegen das Haus und Amt Steinhorst in Anspruch, theils als Herzog von Lauenburg, und theils vermöge des mit dem Herzoglich Holsteinischen Hause, untern 13ten Jun. 1738 errichteten Vergleichs. Als nun der Kauf-Contract mit denen von Wedderkopp behandelt wurd, fuhr man Königl. Dänischer Seits zu und ließ von dem Hause Stein-

horst durch einen Hauptmann mit 100 Mann Possession nehmen: dieſer aber wurde durch den diesſeitigen damaligen Obriſten Maider delogiret, bey welcher Gelegenheit der Däniſche Hauptmann von Lützen blieb, und auf beyden Seiten einige Mannſchaften getödtet und verwundet wurden. Endlich verglich man ſich den 5ten Mart. 1739 praeliminariter, und den 16ten May 1739 finaliter mit der Crone Dännemarck in Güte dahin, daß ohne einander obbeſagter Auffünfte halber etwas einzugeſtehen, die Crone Dännemarck zur Abfindung 70,000 Rthlr. Däniſch Geld, und die Zuſage annahm, daß Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien nicht nur wollten geſchehen laßen, daß das Holstein-Glückſtädtſche Reichstägliche Votum unter die 5 alternirende Alt-Fürſtl. Vota in perpetuum aufgenommen würde, und alſo dem Herzogl. Lauenburgiſchen Voto vorträte, ſondern daß auch Sr. Königl. Majest. dazu aller dienſamer Orten nach beſter Möglichkeit mit Dero guten officiis cooperiren, und ſich dahin beſtreben wollten, daß die Sache auf dem Reichstage ad motum und zur Proposition käme, und ein Kayſerl. Commissions-Decret darüber erfolgte, daß folgl. Sr. Majest. die Sache als Dero eigene betreiben laßen wollten.

Dännemarck hat dagegen verſprochen, ſeines Orts ſich dahin zu beſtreben, daß das Lauenburgiſche Votum, wenn zuvor die Reception des Glückſtädtſchen Voti völlig geſchehen, und in Activitaet geſetzet ſeyn werde, eben wol unter beſagte alternirende genommen werden möge. Per articulum separatum iſt stipuliret, daß auf den Fall, daß die Königl. Däniſche Erb-Succession Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien Manns-Stamm überleben, und dieſer vor jener verblühen ſolte, ſodann das Amt und Haus Steinhorst mit allen ſeinen Zubehörungen und cum omni Jure vorermeldeten Königl. Däniſchen Erbfolgern anfallen, und auf dieſelben vererbet werden, jedoch dieſe dahingegen ſchuldig und gehalten ſeyn ſollen, Sr. Königl. Majest. von Großbrittannien Allodial-Erben, welche inzwiſchen das Jus Retentionis zu exerciren befugt ſeyn ſollen, ſtatt aller Acquisitions- und Meliorations-Koſten, eins vor alles eine Summa von 200/m. Rthlr. Lüneburgiſcher Wehrung, die Marck fein zu 12 Rthlr. ausgemünzet, baar auszuzahlen und zu entrichten.

Von dem Lande Hadeln.

Daßelbe beſtehet außer dem Städtlein Otterndorff in 12 Kirchſpielen, und lieget zwar im Bremiſchen, machet aber einen Theil des Herzogthums Lauenburg aus.

Von denen 8 Mecklenburgiſchen Aemtern.

Dieſelben heißen:

Backendorff, Boitzenburg, Gadebusch, Graevismühlen, Mecklenburg, Rhena, Wittenburg, Zarrenthien.

Dieſe 8 Aemter beſitzen Sr. Königl. Majest. vermöge Kayſerl. Richterlichen Erkenntniſſes, bis die über anderthalb Millionen betragende Koſten wegen der anno 1718 gegen den Herzog Carl Leopold verhängten Execution bezahlet worden.

Nachdem ſolche vom regierenden Herzog Friederich releviret worden, cessiret dieſer Beſitz gänzlich.

Von der Sächſiſchen Hypothec.

Dieſelbe beſtehet
in denen Einkünften der Grafſchaft Mansfeld, des Amts Sangerhausen, und einiger Pertinentien der Grafſchaft Henneberg, und beſitzen Sr. Königl. Majest. ſolche wegen eines an Chur-Sachſen gethanen Geld-Anlehns von viertehalb Millionen.

Die Sächſiſche Special-Hypothec beſtehet namentlich in denen Einkünften:

1) der Grafſchaft Mansfeld,
2) der Stadt, des Amts und Bezirks Sangerhausen,
3) der Grafſchaft Henneberg, nemlich derer 4 Aemter: Schleusingen, Suhla, Kühndorff, Benshausen,
4) des Amts Heldrungen.

Von der Grafſchaft Beſtheim-Bentheim.

Dieſe Grafſchaft hat der jetzt regierende Graf Friedrich Carl Sr. Königl. Majest. mit allem Zubehör cum omnimodo Superioritatis Jure, und allen und jeden davon dependirenden Hoheiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten in Secularibus et Ecclesiasticis, Civilibus et Militaribus, gegen Entpfahung eines zu Bezahlung dringender Schulden benöthigten Geld-Vorſchuſſes auf 30 Jahr abgetreten.

Der darüber behandelte Pfandſchafts-Contract iſt den 2ten Junii von denen beiderſeitigen Commissariis vollzogen, und von Sr. Königl. Majestät den 2ten Jul. 1753 zu Kensington, von dem Grafen von Bentheim aber den 10ten Septbr. 1753 zu Paris ratificirt.

Vermöge dieſes Pfandſchafts-Contracts haben Sr. Königl. Majest. ſich anheiſchig gemacht, zu Bezahlung derer zu 179,661 rthlr. 25 St. Holl. specificirten Schulden des Grafen die Gelder gegen 2 Procent Zinſen herzuſchießen; die auf der Grafſchaft haftende Witthums-, Aliment-, und Pensions-Gelder, imgleichen die zu 5425 rthlr. 23 St. 4 Pf. feſtgeſtellte Administrations-Koſten zu ſtehen, und dem Grafen nicht nur bey Vollziehung des Contracts 20,000 rthlr. in Piſtolen gegen 2 Procent vorzuleihen, ſondern auch jährlich eine Auskehr von 20.000 rthlr. zahlen zu laßen.

Sr. Königl. Majest. haben die Bentheimſchen Domanial-Revenuen in Pauſch und Bogen zu 20,125 rthlr. 23 St. 4 Pf. Holl. angenommen; da aber, wenn die zu 5425 rthlr. 23 St. 4 Pf. angeſchlagene

Administrations-Gelder davon abgezogen werden, nur 14,700 rthlr. übrig bleiben, so ist zwischen Sr. Königl. Majest. und denen Grafen verabredet, bey denen Bentheimschen Ständen darauf anzutragen, daß sie an statt des sonsten dem Grafen jährlich bewilligten Subsidii von 11 Tausend und etlichen 100 rthlr. auf die dreyßigjährige Versatz-Zeit ein jährl. Subsidium von 16,800 rthlr. feststellen mögten. Die Stände haben pro annis 1753 und 1754 jährlich 16,800 rthlr., auf die übrige Versatz-Zeit hingegen nur 14,128 rthlr. jährl. verwilligt; man weiß aber schon zum voraus, daß sie die an der Forderung fehlende 2672 rthlr. nachzuschießen sich nicht wiedersetzen werden.

Von dem Schloße zu Osnabrück.

Daßelbe haben Sr. Durchl. der Chur-Fürst Ernst August erbauet.

Sr. Königl. Majest Georg der andre haben dem jetzigen Chur-Fürsten von Cöln, Clemens August, als zeitigen Bischof von Osnabrück, auf sein Ersuchen und gegen Ausstellung eines aller Consequenz vorbauenden Reversus erlaubet, auf besagtem Schloß zu residiren, wenn der Chur-Fürst sich zu Osnabrück befindet.

Dieser hat auch darin einigemahl sein Hoff-Lager gehalten.

Von dem Saltzwerck zu Rothenfelde.

Daßelbe haben des Herrn Herzogs von Yorck Königl. Hoheit Ernst August nebst dazu gehörigen Gradier-, Siede- und Magazin-Häusern auch einer Waßerkunst angeleget, und auf Dero Durchl. Haus vererbet, welches unter der Direction der RentCammer zu Hannover administrirt wird und plus minus jährl. an Ueberschuß 7000 rthlr. thut.

Von etlichen sonstigen einzelnen Osnabr. Stücken.

Der in der Stadt Osnabrück belegene Gast-Hof, der Kayserl-Hof genannt, ist jährl. vor 21 rthlr. verpachtet; die bey Laer belegene so genante Desinger Mühle, thut jährl. 215 rthlr. Pacht.

Das sogenannte Münzhaus bringet nichts ein; der dazu gehörige Garte ist jährlich vor 6 rthlr. verpachtet.

Von dem Hause zu Rhenen in der Provintz Utrecht.

Dieses Haus ist von Weyl. Friedrich den 5ten, König in Böhmen und Chur-Fürsten von der Pfaltz, auf dem Platze 6 erkaufter Bürger-Häuser erbauet, daher auch mit aller denenselben zugehörig gewesenen Bürgerlichen Gerechtigkeiten versehen, dabenebst aber, so lange es nicht in andere Hände komt, von denen Staten der Provintz Utrecht von allen Oneribus befreyet, und vermuthlich aus solcher Ursache die Freyheit von Rhenen genannt.

Es gehören dazu ferner 2) der so genannte Königs-Stall, oder das Wagenhaus, massiv gebauet, 3) ein kleiner LustGarte mit einer

Mauer in der Stadt; außerhalb aber 4) ein annoch größerer Garte von 4 Morgen 152 Ruthen, mit einem Graben, 5) an Weiden und Wiesen-Länderey beynahe 7 Morgen nebst 6) einem darauf gebaueten kleinen Pachter-Hause.

Diese 3 leztere Pertinentien sind allererst nach dem Schloß-Bau angekauft, und bislang für 230 Fl. jährlich vermiethet, wovon aber an gewißen darauf haftenden Ungeldern 39 Fl. 14 St. 14 Pf. jedesmahl wieder abgehen.

Außerdem hat auch zu der Aufsicht über dieses Wesen und zu Besorgung deßen was dabey nötig ist, ein besonderer Administrator gehalten und demselben für seine Bemühung und Kosten 120 Fl. gereichet werden müßen.

Weil sich aber bey der, durch den OberLandBaumeister von Bonn ao. 1748 geschehenen Untersuchung gefunden, daß dieser nicht allemahl seine Schuldigkeit beobachtet hat, so ist in Vorschlag gekommen und bewilliget, dem bey Sr. Königl. Majest. Artillerie-Train gestandenen Lieutenant Kuntze nebst Beybehaltung obiger 120 Fl., freyer Wohnung, und dem Genuß des kleinen Gartens die übrige vorerwehnte Pertinentien in Pacht und die Gebäude in Aufsicht zu geben. Da immittelst beregte Gebäude durch die Länge der Zeit in solchen baufälligen Stand gerathen waren, daß man sie von Grund aus repariren laßen müste, so ist solches unterm 11/22ten April 1749 für die Dero Behuef angeschlagene 262 rthlr. 15 gr. und nach einem bey den Actis befindlichen Riß bewilligt.

Sr. Königl. Majest. wurd auch anheim gegeben, ob HöchstDieselben die Behuef Dero Teutschen Reisen zu Utrecht bis dahin für 276 Fl. jährl. Miethe gestandene 18 Wagen zu Rhenen aufstellen zu laßen beföhlen; der Vorschlag aber ist nicht genehmigt.

Von dem Geh. Raths-Collegio.

§. 1.

Ueber die Chur Braunschw. Lande führet in Sr. Königl. Majest. Abwesenheit das Geh. Raths-Collegium, sonsten auch die Geh. Raths-Stube oder die Geh. Canzelley genannt, die Regierung und leget Dero Behuef zum Grunde: a) das Reglement de ao. 1680, b) das Regierungs-Reglement de 1714, c) die von Zeit zu Zeit eingehende Königl. Special-Befehle, d) die Landes-Verordnungen.

§. 2.

Bekanntermaßen sind außer der Geh. Raths-Stube zu Hannover 5 Collegia, nemlich die Rent-Cammer, die Krieges-Canzeley, das Consistorium, die Justiz-Canzeley und das Hoffgericht, imgleichen das Ober-Hoff-Marchal-Amt, und das General-Krieges-Gericht.

Zu Celle 3 Collegia, nemlich das Ober-Appellations-Gericht, eine Justiz-Canzeley, ein Hoff-Gericht, wozu noch kömt, die GroßVoigtey,

als von welcher 12 AmtsVoigteyen respiciret werden. [Anno 1772 ist Jurisdictio der GroßVoigtey gänzlich aufgehoben, obgleich die Person des GroßVoigts noch dauret.

Zu Stade 4 Collegia, eine Regierung, ein Consistorium, eine Justiz-Canzeley, ein Hoffgericht.

Zu Ratzeburg eine Regierung, wobey auch Civil- und Criminal-Sachen tractirt werden, ein Consistorium und ein Hoff-Gericht.

Auf dem Hartz ein Berg-Amt.

Alle jezt gedachte Collegia haben gewiße ihnen anvertraute Sachen nach gewißen Ordnungen und Reglements zu respiciren.

§. 3.

Das Geheimte Raths-Collegium ist aber von allen vorbenannten Collegiis das erste, und hat in gewißer Maße eine Influenz auf jene alle. Nach dem Regierungs-Reglement de ao. 1680. §. 2. gehören vor daßelbe die Publica, Land-, Schatz-, Lehen-, Grenz-, Policey-, Privilegien- und andre Gnaden-Sachen, wie auch die Universitaets-Sachen, und die Administration des von der ausgegangenen Fürstl. Wolffenbüttl. Linie hinterlaßenen Allodii.

Vermöge des ebengedachten Reglements de Ao. 1680 haben auch die Militaria, in sofern selbige der Landesherr seinen Ministris anvertrauet, und sich nicht immediate reservirt gehabt, vor das Geheime Raths-Collegium gehöret, nemlich die Contribution, Magazin ꝛc. Nach der Hand ist aber zu Respicirung derer Militarium ein besondres Collegium, nemlich die Krieges-Canzeley angeordnet worden, mithin nicht nur in dem Regierungs-Reglement de Ao. 1714. §. 1. der Krieges-Canzeley, als eines zu Versehung der Militarium etablirten absonderlichen Collegii gedacht, sondern auch §. 2. statuirt, daß besagtes Krieges-Collegium die Militaria, welche in die Collegia gehören, ferner so, wie bis dahin geschehen, zu respiciren haben solle.

§. 4.

Bey dem Geheimten Raths-Collegio hat ein jeder Geh. Rath gewiße Sachen specialiter zu dirigiren, und z. E. der eine die Consistorialia, Licent-, Contributions- und Landschafftl. Sachen, ein anderer die Policey-, Manufactur-, Commercien- und Closter-Sachen, ein anderer die Lehn-, Gränz-, Justiz-Sachen und so fortan zu seinem Special-Departement.

Nicht alle in solche Special-Departements einschlagende Minuta, und die kein sonderbares bedencken habende Sachen, werden in plenum gebracht, maßen solches nicht allein nicht nöthig ist, sondern auch denen sämtl. Geheimten Räthen zur Ungebühr die Zeit dadurch beenget würde; sondern der dirigirende Geheimte Rath lieset die unter seine Direction gehörige in solchen gemeinen Sachen einkommende Schreiben, Memorialia und Berichte vor sich alleine vor der zum Geh. Rath be-

ſtimmten Zeit, resolvirt die Nothdurft darauf, und läßet durch die dazu verordnete Secretarios und Canzeliſten das resolvirte ausfertigen. Reglem. de ao. 1680. §. 7.

In plenum aber werden gebracht alle in- und ausländiſche Publica, alle Grenz-, Policey- und Schatz-Sachen, Privilegien und deren Interpretationes, wenn es darüber zu einem förmlichen Rechts-Process (welcher ſonſt vor die Canzeley gehöret) nicht komt, oder kommen muß.

Alle neue Concessionen und Gratialia, ſo weit dieſelbige einiger Deliberation oder Ausfertigung bedürfen, die Lehn-Sachen, in welchen etwas importantes, zweifelhaftes oder veränderliches vorfällt, die Cloſter-Sachen, ſo der Clöſter Jura, Verpachtungen, Beſtellungen oder Verwalter, importante neue Baue, der Cloſter-Verwalter Abrechnungen und General-Cloſter-Rechnungen, die Remissiones über 50 Rthlr. in einer Summa, Vergebung der Cloſter-Stellen und Stipendiorum, item das Allodium in ſolchen Fällen, wie von den Clöſtern gemeldet. ib. §. 7.

Wenn es die Schwer und Wichtigkeit der Sache, ſo im geheimten Rath in Consultation zu ſtellen, erfordert, werden von demjenigen Geh. Rath, unter deßen Direction ſie gehöret, gewiße Capita deliberanda abgefaßet, und ſelbige ſamt den Schriften und Acten, woraus die beſagte Nachricht zu nehmen, den übrigen Geheimbten Räthen ſo zeitig zugeſchicket, daß ſie ſich nach Nothdurft informiren, die Sache überlegen, und alſo ihre Vota der Gebühr abzulegen, ſich um ſo beßer gefaßt machen können. Reglem. de 1680. §. 2.

Jeglicher Geheimter Rath proponirt die Sachen, ſo unter ſeine Direction gehören, mit allen zu benöthigter Nachricht dienenden Umſtänden, und votiret darin zuerſt, beſorget nachgehends die Ausfertigungen, und wenn die Concepte auch von denen übrigen Geheimten Räthen signiret worden, ſo ſollen die Originalia, welche nicht in des Landes-Herrn Nahmen ausgehen, sec. §. 14. von ihm, dem Geh. Rath welcher in der Sache die Direction hat, allein unterſchrieben werden; in den neuern Zeiten geſchiehet jedoch die Unterſchrift der Originalien promiscue von demjenigen Geheimten Rath, welcher zuerſt ins Collegium komt, und am beſten Zeit hat.

§. 5.

Wenn ſolche neue Mandata, Edicta und Verordnungen abzulaßen und in das Land zu publiciren ſind, die von dem Landes-Herrn ſelbſt ſonſt ordinarie unterſchrieben worden, ſo müßen dieſelben von demjenigen derer Geheimten Räthe ad Mandatum unterſchrieben werden, in deßen Departement die Sache ſchlägt.

Wenn jedoch ſolche Mandata, Edicta und Verordnungen Sachen von einiger Importantz betreffen, ſo ſollen die Concepte davon dem Landes-Herrn zur Signatur nach Engeland geſchickt werden. Reglem. de 1714. §. 22.

§. 6.

Oben iſt geſagt, daß das Geh. Raths-Collegium eine Influenz in die übrigen Collegia habe.

Solchemnach müßen aus der Cammer in den Geheimten Rath gebracht werden, die General-Cammer-Rechnungen, wenn ſie nicht in des Landes-Herrn Gemach oder deßen Gegenwart aufgenommen werden, importante Berg-Sachen, wöchentliche Berg-Relationes von denen Berg-Rechnungen und was dabey vorgefallen, Assignationes über 50 rthlr. in einer Summa, die vorkommende Beſtellung der Beamten, auch deren Erlaßung und Abſetzung bis auf die Amtſchreiber exclusive: dergleichen Sachen ſollen zwar in der Cammer immediate tractirt, jedoch vor dem völligen Schluß und Expedition in den Geheimten Rath gebracht werden, Reglem. 1680. §. 8. und nach dem Reglem. de 1714. §. 31. ſoll der Vorſitzende des Collegii im Geheimten Rath den Vortrag thun, und wenn davon an den Landes-Herrn referiret werden muß, ſo ſoll dem Landes-Herrn ſolche Relation von denen Geheimten Räthen erſtattet werden.

§. 7.

Aus der Krieges-Canzeley müßen z. E. die Caße-Rechnungen von Licent-, Contribution-, Magazin- und andern Einflüßen in den Geheimten Rath gebracht, und von denen Geh. Räthen eingenommen werden. Dieſe müßen auch davon Relation erſtatten. Reglem. de 1714. §. 13.

Die Geheimten Räthe müßen, ſo viel an ihnen iſt, Aufſicht und Sorge tragen helffen, daß ſo wohl in denen Städten als auf dem Lande von der Militz keine Excesse verübt, noch denen Ordonancen zuwieder denen Unterthanen etwas abgefordert oder abgepreßet werde, ſondern daß allenthalben gute Ordnung und Krieges-Zucht gehalten, auch wenn dawieder gehandelt und es zu ihrer Notitz gebracht werden ſolte, ſolches dem en Cheff Commandirenden General angezeiget werde, damit alle Desordres abgeſchafft und überall gute Ordnung und Justitz erhalten werden und im ſchwange gehen möge. ibid. §. 14.

Wenn die Nothwendigkeit mit ſich bringet, daß über mehr als 50 rthlr. in einer Summe aus der Krieges-Casse wegen extraordinairer, von dem Landes-Herrn vorher bewilligter oder anbefohlner Ausgaben Assignationes zu ertheilen, ſo müßen ſolche Assignationes von denen Geheimten Räthen mit einander unterſchrieben werden. §. 23.

§. 8.

Die Consistorial-Sachen, ſo von ſonderbahrer Importantz ſind, müßen gleichfalls, inſonderheit die Beſtellung der Pfarren, und Superintendenturen, wenn jemand zum Examine zu laßen, und nach dem Examine der befundenen oder nicht befundenen Qualification nach zu beſtellen oder abzuweiſen, im Geh. Rath vorgebracht werden. Reglem. de 1680. §. 10. Von denen Vorſchlägen des Consistorii muß von dem Geh. Raths-Collegio Regi berichtet werden.

§. 9.

Aus denen Justitz-Canzeleyen müßen z. E. in den Geheimten Rath gebracht werden die Criminal-Urthel, wodurch jemand relegiret, oder an seinen Ehren, Leib oder Leben gestraft wird, oder auf die Tortur erkant; die wieder die Beamte oder andere Bediente anstellende Inquisitiones und andre fiscalische Processe, samt wenn in solchen Fällen etwas definitive zu erkennen oder sonsten etwas importantes darin vorfällt; Captivirung oder Arretirung vornehmer Personen, wenn es die Zeit zuläßet. Wenn aber Periculum in mora ist, muß es doch hernach im Geheimten Rathe angezeiget werden.

In vorerwehnten Sachen und Fällen haben zwar nach dem Reglem. de 1714. §. 29. die Justitz-Canzeleyen zu cognosciren, und nach vorhergegangener Deliberation einen Schluß zu faßen, dieser aber muß denen Geheimten Räthen vorgeleget werden.

Sind denn die Geheimten Räthe mit dem Schluß der Justitz-Canzeleyen einig, so wird selbigem Schluß gemäß, die Tortur, Relegation, Leib oder Lebens-Strafe exequirt.

Wenn solche Umstände vorhanden sind, dadurch der Landes-Herr nach Ermeßen der Geheimten Räthe zu einer Begnadigung oder Mitigation der ordinairen Strafe mögte bewogen werden, so haben die Geheimte Räthe davon dem Landes-Herrn zu referiren und deßen Verordnung zu erwarten. Wenn eine vornehme Person delinquirt, ist selbige, daferne genugsame Indicia vorhanden, nicht allein zu arrestiren und zu captiviren, sondern auch gegen eine solche Person der Process vorzunehmen, jedoch dem Landes-Herrn davon Bericht zu erstatten, und will alsdenn der Landes-Herr gehörigen Befehl in der Sache ertheilen, vor deßen Einlangung wieder eine solche vornehme Person nicht peinlich exequirt werden darf. ibid. §. 30.

§. 10.

Das Ober-Hoff-Marschal-Amt muß in verschiedenen Vorfällen mit dem Gehbt. Raths-Collegio communiciren, z. E. wenn Fremde Herrschaften und Gesandten durchreisen, und die Frage entstehet, ob und was für Honneurs denenselben zu erweisen.

Im übrigen richtet sich das Ober-Hoff-Marchal-Amt nach dem Reglement, welches Sr. Königl. Majest. Georg der Andre unterm 1ten Septbr. 1735 volzogen haben.

§. 11.

Der Ober-Cämmerer verschaffet bey Sr. Königl. Majest. wenn Höchst Dieselben im Lande sind, denen auswärtigen Ministris Audienz, und gleichwie diese gemeiniglich ihm Abschrift von ihren Creditifen zustellen, also erwächset daraus eine Gelegenheit mit denen Geheimten Räthen wegen solcher auswärtigen Ministres und deren Creditife in Communication zu treten.

Wegen derer Functionen und Gerechtsame des Ober-Cämmerers ist das jüngste Reglement vom 1ten Septbr. 1735.

§. 12.

Mit dem General-Krieges-Gericht hat die Geheime Raths-Stube fast keine Communication, die Krieges-Canzeley aber desto mehr, da dieses Collegium seit Ao. 1732 unter dem Namen von Krieges-Gerichts-Commission die Justitz in Civil-Sachen zu administriren hat.

§. 13.

Denen Geheimbten Räthen ist Vollmacht gegeben die Deputirten der Landschaften, so ofte es eine oder andere Landes-Angelegenheiten erfordern, zu convociren, und ihnen das nöthige vorzustellen und zu proponiren, jedoch müßen die Geheimte Räthe von solchen jedesmaligen Propositionen und denen darauf ausfallenden Landschaftl. Erklärungen, dem Landes-Herrn referiren. Reglem. de 1714. §. 4.

§. 14.

Die Sachen welche vermöge derer Reg. Reglements de 1680 und 1714 vor die Geheimte Räthe aus andern Collegiis zu bringen seyn, müßen von dem Vorsitzenden selbigen Collegii im Geheimten Rath vorgetragen, und wenn von denen Sachen an den Landes-Herrn zu referiren ist, die Relationes von denen Geheimten Räthen erstattet werden. Regier. Reglem. de 1714. §. 31.

Alle Relationes aber, welche die Geheimte Räthe an den Landes-Herrn erstatten, müßen in ihrer aller Nahmen abgefaßet, auch von ihnen allerseits unterschrieben werden. ibid. §. 32.

§. 15.

Von denen bey den Collegiis vorkommenden Expeditionen hat sich der Landes-Herr zu eigenhändiger Unterschreibung der Originalien reservirt:

1) Die Privilegia und Gnaden-Concessionen von einiger Importanz.

2) Die Obligationes über Gelder welche in des Landes-Herren Nahmen bey der Cammer oder sonsten angeliehen werden.

3) Die Obligationes welche von der Cellischen Landschaft ausgestellet werden. (NB. Wegen derer sub №. 3. bemerckten Obligationen haben Sr. Königl. Majestaet Georg der Andre eine Aendrung gemacht, und zu deren Unterschreibung die Gehbt. Räthe autorisirt.)

4) Alle Bestallungs-Briefe, jedoch so viel die Cammer anbetrift, nur bis auf die Amtmänner incl.

Damit aber die Post nicht zu sehr damit beschwert werde, so können oberwehnte Privilegia, Concessiones und Obligationes bey extraordinairer Gelegenheit, wenn Expresse oder andre gute Leute nach Engeland gehen, zur Unterschreibung überschicket, oder auch, wenn es die Zeit leiden will, sothane Sachen dem Landes-Herrn zur Unter-

schrift praesentiret werden, wenn er in seine Teutsche Lande komt. ibid. §. 33.

Die Originalia, welche der Landes-Herr sonst selbst zu unterschreiben haben würde, müßen von denen sämtlichen Geheimten Räthen ad Mandatum Regis et Electoris proprium unterschrieben werden.

§. 16.

Was die Lehen-Briefe betrift, so ist zu deren Unterschreibung, welche gleichfalls von denen sämtlichen Geheimten Räthen geschiehet, denen Geheimten Räthen eine Special-Vollmacht und Commission ertheilet und verordnet unter die ausfertigende Lehen-Briefe jedesmahl zu setzen: Königl. Großbrittannische zur Churfürstl. Brschw. Lüneb. Regierung verordnete heimgelaßene Geheimte Räthe, Kraft Königl. Special-Vollmacht.

§. 17.

Wenn ein oder ander berechnender Diener eine Fahrläßigkeit oder Unterschleiffe in seiner Bedienung verspüren läßet, wobey Periculum Fugae zu besorgen wäre, so stehet denen Ghbt. Räthen frey, nach Ueberlegung der Sachen Umstände, und gefaßtem Collegial-Schluß, einen solchen berechnenden Diener apprehendiren und bis zu Sr. Königl. Majest. anderweitigen Verordnung arretiren zu laßen. Reglem. de 1714. §. 25.

§. 18.

Wenn eine Vacance, es sey durch Todesfall, Resignirung oder Remotion, in einer solchen Bedienung sich eräugnet, die nicht von denen Collegiis, sondern von dem Landes-Herrn selbst bestellet worden, so soll der Vorsitzende aus dem Collegio, bey welchem der abgehende Bediente gestanden, denen Ghbt. Räthen zu Hannover die Sache vortragen, wovon diese so dann zu Seiner Königl. Majest. Resolution zu berichten, ausgenommen die geringere Amts-Bedienten bis auf die Amtsschreibere incl., welche ohne daß davon an Sr. Königl. Majest. berichtet worden, bestellet werden können. Regier. Reglem. de 29ten August 1714. §. 14.

§. 19.

Da bey Sr. Königl. Majest. Georg des Andern Regierungs-Antritt das Suppliciren um Bedienungen an Sr. Königl. Majest. immediate so gemein geworden, daß es Höchst Deroselben beschwerlich gefallen, so haben Sr. Königl. Majest. unterm 8ten Novbr. 1727 declariret: daß Sie dergleichen Suppliquen hinführo nicht weiter gewärtigen noch annehmen wollten, sondern daß ein jeder der um Bedienung anhalten wolte, sich deswegen bey dem Collegio, bey welchem er emploirt zu werden verlangte, melden, und selbiges alsdann sein Gutachten deshalber an das Geheimte Raths-Collegium erstatten, dieses aber nebst Erstattung des Seinigen Sr. Königl. Majest. davon berichten, die immediate in dergleichen Fällen einlauffende Berichte hingegen ohne Resolution weggeleget werden solten. Tom. Cal. I. pag. 813.

In Justitz- oder Process-Sachen soll gar niemand, so wenig per Memoriale sich nach London wenden, als noch weniger alda etwas zu suchen, selbst herüber gehen, oder einen Gevollmächtigten dahin schicken, sondern lediglich seine Sache bey dem Gerichte, vor welches sie gehöret, in denen Chur-Braunschw. Landen anbringen und verfolgen, und wenn er über den Ausspruch selbigen Gerichts, oder über selbiges Gericht wegen denegirter oder protrahirter Justitz sich zu beschweren zu haben vermeinet, desfalls an das Judicium immediate superius sich wenden, und bey selbigem seine Gravamina denen Gerichts-Ordnungen gemäß einbringen; dafern er aber auch mit dem Verfahren oder dem Ausspruch selbigen Gerichts nicht zufrieden seyn wolte, alsdenn endlich seine Nothdurft an das Ober-Appellations-Gericht gehörig gelangen laßen und mit demjenigen ohne weitere Klage und Ausflucht sich begnügen, was daßelbe in der Sache ordnet und statuiret. Wenn jemand dem zuwieder wegen Process- und Justitz-Sachen Sr. Königl. Majest. oder Dero Teutsche Gehbte Räthe zu London mit Memorialien behelligen, oder selbst dorthin reisen, oder einen Gevollmächtigten überschicken würde, der soll gar nicht alda gehöret, sondern mit seinem Anbringen unverrichteter Sachen lediglich zurückgewiesen, und nach Befinden noch dazu bestraft werden, und wenn er um Reise- oder Zehr-Geld alda zu betteln sich unterstehen würde, soll er nicht allein deßen nicht zu hoffen haben, sondern noch dazu mittelst Setzung in ein dasiges Werckhaus auf gewiße Zeit oder auch auf andere willkührliche Art exemplarisch bestraft werden. Patent sub dato Hannover den 25ten Junii 1718. T. Cal. II. pag. 585.

Obige Verordnung ist bey der Gelegenheit, daß zweene Landes-Unterthanen, Namentlich die Gebrüdere Berckmeyer aus denen Dorfschaften Wahn und Niedeck Amts Nienover, sich zu London eingefunden haben, unterm 12ten Febr. 1725 wiederholet worden, T. Cal. II. pag. 591. Similiter unterm 21ten 7br. 1726 mit dem Anfügen, daß da einfältige Leute von bösen gewinnsüchtigen Advocaten zu dem Laufen nach Engeland und dasigen Suppliciren verführt würden, unter der Versicherung, daß sie alda gute Bescheide erlangen würden, die Advocati und Procuratores sich solches Unfugs gänzlich enthalten, oder gewärtigen solten, daß, wenn sich fünde, daß ein oder ander seine Clienten zu dem Laufen und Suppliciren nach Engeland vorangeführtermaßen gereitzet hätte, selbiger zur Warnung und andern zum Exempel deswegen mit ohnausbleiblicher Strafe angesehen werden solte.

Die Obrigkeiten solten über solche Verordnung halten, und wofern auf einerley Weise dawieder gehandelt würde, solches sofort mit Benennung der Uebertreter zu fernerer Verordnung an das Gbhte Raths-Collegium zu Hannover berichten. T. Cal. II. pag. 59.

Von Sr. Königl. Majest. Georg dem Andern ist sub dato Richmond den 14/25ten May 1734 hinzugefüget, daß der Contravenient

dem Befinden nach mit Leibes-Strafe beleget und der Advocat, Procurator, oder Schriftſteller nachdrücklich beſtraft werden ſolle, nicht nur die, welche die Unterthanen zum Laufen nach England und daſigem Suppliciren angereitzet, ſondern auch die, welche denenſelben Rath und Vorſchub dazu gegeben, oder ſonſt dazu behülflich geweſen. T. Cal. II. pag. 604, 605.

Wer in andern als Process- und Justitz-Sachen etwas zu klagen hat, der ſoll ſolches bey dem Collegio, vor welches die Sache ihrer Eigenſchaft nach gehöret, in denen Chur-Braunſchw. Landen thun, und darauf Beſcheid von ſolchem Collegio erwarten.

Wer mit ſolchem Beſcheide nicht zufrieden ſeyn zu können vermeinet, der kann ſeine Nothdurft zu London ſuchen und zu dem Ende per Memoriale, oder auch wohl in Perſon, oder durch einen Bevollmächtigten ſich alda melden, daferne er oder ſein Bevollmächtigter mit ſo vielem Gelde, wovon ſie hin und zurück reiſen, und bis zu ihrer Wiederkunft subsistiren können, verſehen iſt. Fünde ſichs dann, daß er nicht ohne Urſache ſich dahin gewendet, ſo ſoll ſein Anbringen alda angenommen, und er mit Resolution daſelbſt darauf verſehen werden. Würde ſich aber ergeben, daß ein ſolcher Supplicant ohne Fug ſich beſchweret, oder mit Vorbeygehung des Collegii, vor welches die Sache gehöret, ſich nach London gewendet, ſo ſoll er nicht allein ohne Beſcheid und Resolution an gehörigen Ort von dort zurück gewieſen, ſondern auch noch dazu beſtraft werden. Würde auch ein ſolcher Supplicant oder deßen Bevollmächtigter, ſein Anliegen zu London möge ſtatthaft befunden ſeyn oder nicht, ſich gelüſten laßen, daſelbſt um Reiſe- oder Zehr-Geld zu betteln, ſo ſoll er nicht allein deßen nicht zu hoffen haben, ſondern noch dazu mittelſt Setzung in ein daſiges Zuchthaus oder auf andere willkührliche Art exemplariſch beſtraft werden. Ausſchreiben sub dato Hannover den 25ten Junii 1718. T. Cal. II. pag. 586.

Die bey denen Aemtern ſich aufhaltende Actuarii, Auditores und bey denen Beamten ſich aufhaltende Verwandte und Schreibere ſollen ſo wenig bey dem Amte, worinn ſie ſich aufhalten, noch bey denen Ober-Collegiis für die Unterthanen des Amts Suppliquen und Memorialien verfertigen, oder wenn man, daß ſie dem entgegen handeln, in Erfahrung bringet, willkührliche und respective nachdrückliche Beſtrafung erwarten. Cammer-Ausſchreiben vom 27ten May 1726. T. Cal. II. pag. 595.

Unterm 10ten Junii 1734 iſt ad Mandatum Georgii Secundi Regis die von Weyl. Herzog Johann Friedrich unterm 21ten May 1670 ergangene Verordnung dahin erneuert, daß alle und jede Schriftſteller insgemein von denen in den Städten und auf dem Lande wohnenden Unterthanen, auch andere Ein- und Ausheimiſche für einen jeden Aufſatz einer Supplication mehr nicht als 4 ggr. oder in Fällen

da eine ausführliche Vorſtellung nöthig, 6 bis höchſtens 8 ggr fordern und nehmen, und allemahl der Nahme des Verfaßers unter denen Supplicationen unterzeichnet werden ſolle, bey ohnvermeidlicher willkührlicher Strafe. Alle und jede Memorialien, worinnen etwas wieder eine Magistrats-Perſon in einer Stadt beſchwerend angezeiget oder ſonſt Klage geführet wird, ſollen von demjenigen, in deßen Nahmen es geſchiehet, und wenn ſolches ganze Communen und Zünfte ſind, von denen Vorſtehern derſelben und auch zugleich von denen Concipienten derſelben unterſchrieben werden, in Ermangelung deßen aber haben die Producenten zu gewärtigen, daß ſelbige bey der Geheimten Canzeley nicht angenommen werden, oder ohne Beſcheid liegen bleiben. Rescr. vom 8ten Nov. 1729. T. Cal. III. pag. 830, 831.

§. 20.

Die würcklichen Geheimten Räthe folgen im Rang unmittelbar auf den Feld-Marchal sub *Nr.* 3 und rouliren mit denen General-Feld-Zeugmeiſtern, Generals von der Cavallerie und von der Infanterie. Das vorhandene Rang-Reglement iſt von Sr. Chur-Fürſtl. Durchl. Ernst August publiciret, vermöge Rescripti an den Geheimte Rath, Cammer-Praesidenten und Ober-Hoff-Marchal Friedrich Wilhelm Freyherrn von Goertz den 15ten August 1697 und nachgehends von Zeit zu Zeit publiciret, wie folget:

1) — — —

2) Feld-Marchall.

3) Nach der Anciennitaet würckliche Geheimte Räthe, General FeldZeugMeiſter, Generals von der Cavallerie, Generals von der Infanterie.

Not. Nach der dritten Classe folget immediate der Director des Cloſters St. Michaelis in Lüneburg und der Celliſchen Landſchaft und darauf der Ober-Appellat. Praesident, wenn er nicht würcklicher Gehbte Rath iſt. vid. Resolut. de 8/19ten Julii 1726.

4) Nach der Anciennitaet General-Lieut., Ober-Hoff-Marchal, wenn er nicht würcklicher Gehbte Rath iſt, Ober-Stallmeiſter, Ober-Cammer-Herr.

5) Nach der Anciennitaet Titulair Gehbte Räthe, General-Majors, Ober-Hoffmeiſter von Unſrer Frau Gemahlin Lbden, Oberjägermeiſter, ordinaire Cammer-Herren, Hoff-Marchal, Oberſtallmeiſter von Unſeres Sohnes des Chur-Prinzen Lbd.

Nota. Hieher gehören auch die Gehbte Cammer-Räthe laut Declarationis de 1ten Mart. 1701, item die würckliche Gehbte Krieges-Räthe laut Declarationis de 31. Mart. 1701, item der Ober-Appellations-Gerichts-Vice-Praesident, und der HoffRichter.

6) Nach der Anciennitaet, Landdroſten und Ober-Hauptleute, Brigadiers, extraordinaire Cammer-Herrn.

Nota. Hieher gehören auch die Adelichen Ober-Appellat.-Räthe laut ihrer Beſtallung.

7) Nach der Anciennitaet, Obriſten, Oberſchencke, Gehbte Krieges-Räthe extraordinarii, Gehbte Legations-Räthe, Gehbte Juſtitz-Räthe, Berghauptmann, Adeliche Räthe aus allen Collegiis, Titulair-Landdroſten und Ober-Hauptleute.

Nota. Hieher gehören die Gelehrte Ober-Appellations-Räthe, laut ihrer Beſtallung.

8) Nach der Anciennitaet, Unſere Cammer-Junker, nächſt denen die von Unſerer Frau Gemahlin Lbden, nächſt denen die von Unſeres Sohnes des Chur-Prinzens Lbden, nächſt denen die von Unſrer Söhne der Herzöge Lbden, Obriſt-Lieutenants, Krieges-Räthe, Hoff- und Canzeley-Räthe, Legations-Räthe.

Nota. In dieſe 8te Classe gehören auch die würckliche Geh. Secretarii, laut Resol. de 27ten Decbr. 1725.

Nota. Vermöge Declarationis vom 24ten May ſollen nach dieſer Classe immediate folgen die würckliche Leib-Medici, und eine abſonderliche Classe constituiren, alſo allen denen folgenden Classen vorgehen.

9) Nach der Anciennitaet, Majors, Unſere Hof-Juncker ꝛc. wie oben bey denen Cammer-Junckern, Consistorial-Räthe, Hoff-Gerichts-Assessores ordinarii.

10) Würckliche Geheimte Secretarii.

Nota. Dieſe 10te Classe iſt nunmehr laut Resol. de 27ten Decbr. 1725 dem Geheimten Rent-Cammer-Secretario assigniret.

11) Nach der Anciennitaet, Titulatur-Räthe, Hof-Gerichts-Assessores extraordinarii.

Nota. Der Canzeley-Director zu Stade hat ſeinen Rang immediate nach dem Praesidenten der Ritterſchaft, und immediate vor den adelichen Land-Räthen der Herzogthümer Bremen und Verden, Canzeley-Director Beſtallung vom $\frac{\text{30ten April}}{\text{11ten May}}$ 1751.

Denen ſämtlichen Professoribus ordinariis deren 4 Facultaeten zu Göttingen, iſt derjenige Rang beigeleget, welcher nach Weyl. Chur-Fürſt Ernst August Durchl. Rang-Reglement denen Räthen zukömt, ſo daß ſie deßen von Zeit ihrer Beeydigung und Introduction in das Collegium Professorum an ſich zu erfreuen haben und mit andern Sr. Königl. Majest. Räthen roulliren. Unter ſich aber in Conventibus und Solennitatibus academicis, da ſie ein Corpus ausmachen, oder collegialiter erſcheinen, als wohin auch die Leichen-Processiones und Verſammlung in denen ordentlichen Kirchen-Ständen gehören, haben dieſelben nach denen 4 Facultaeten, und jeder von ihnen nach dem in ſeiner Facultaet ihm angewieſenen Loco zu rangiren, und ſolches Corpus hat alsdann allenthalben vor dem Corpori des Schultheißen,

Bürgermeiſter und Raths den Vortritt und Vorſitz. Bey Privat-Zuſammenkünften ein oder anderer Professorum unter ſich verſtehet ſich von ſelbſt, daß ein Professor vor dem andern, nach Ordnung und Praerogative jeder Facultaet und ſeinem Loco in der Facultaet ſeinen Rang zu nehmen hat. Wenn aber einzelne Professores oder andere Universitaets-Verwandte mit jemand von dem Stadt-Magistrate oder deßen Zugehörigen privatim oder publice concurriren, ſo folgen, was den Rang anlanget, unmittelbar auf die Professores ordinarios in denen 4 Facultaeten der Gerichts-Schulze, nach dieſem der Universitaets-Syndicus, nach demſelben die beiden Bürgermeiſtere, nach dieſem folgen in einer Classe und ſo, daß ſie mit einander secundum Senium roulliren. Der Stadt-Syndicus, der Stadt-Physicus, der Universitaets-Secretarius, und die Professores extraordinarii, nach Ordnung der Facultaeten, dann die Doctores und Licentiati, welche keine Professores ſeyn, und zuletzt die Raths-Verwandte, und der Stadt-Secretarius, und zwar dieſe letztbenante in der Ordnung des Ranges unter ſich. Denen Professoribus, welchen der Hofrath oder andere Characterisirte Raths-Titul und Rang beygelegt worden, imgleichen denenjenigen, die ſonſt aus den Mitteln der Universitaet, oder des Raths, mit einem personellen Rang und Praedicat begnadiget werden, komt derſelbe allenthalben extra Collegium, und wenn ſie mit andern Bedienten concurriren, zu ſtatten, nicht aber in Consessibus Facultatis, oder andern Collegialiſchen Zuſammenkünften, immaßen ſie in denenſelben, wie oben erwehnet, ihren Sitz nach der Ordnung und in dem Rang zu nehmen haben, welcher ihnen wegen ihres ordentlichen Amts gebühret. Privil. Regl. de 1736. §. 19. Cal. T. I. pag. 728.

§. 21.

Oben iſt geſaget, daß das Geheimte Raths-Collegium bey Regierung des Landes, nebſt denen Regier.-Regl. de Ao. 1680 und 1714 und denen successive eingehenden Special-Befehlen, die vorhandenen Landes-Verordnungen zum Grunde geleget. Mit Colligirung und Publicirung ſothaner Landes-Verordnungen hat es nun folgende Bewandniß: Als Seine Königl. Majeſtät von Großbritannien Georg der Andere nach Antritt der Regierung verſchiedentlich wahrgenommen, daß in Dero Churfürſtenthum und Landen wegen deren Landes-Geſetze und Ordnungen ſich vielerley Irrungen geäußert, und die bisherige Privat-Collectiones derſelben theils unvollkommen, theils unrichtig geweſen, viele Verordnungen auch faſt in Vergeſſenheit gerathen wollen, ſo haben Höchſtgedachte Seine Königl. Majt. alle Landes-Ordnungen und Geſetze in Geiſtlichen-, Juſtitz-, Militair-, Policey-, Cammer-, Bergwerks-, Forſt-, Licent-, Schatz- und allen andern Sachen, wornach Dero Unterthanen in denen Fürſtenthümern, Graf- und Herrſchafften ſowohl Calenbergiſchen als Lüneburgiſchen Theils, in und außer Gericht ſich zu achten haben, in eine Sammlung verfaßen und bringen laßen,

damit mit völliger Zuverläßigkeit versichert seyn könne, nach was für einer Richtschnur sich ein jeder in allerhand Fällen zu achten, und was für Recht derselbe in Sr. Königl. Majt. Gerichten darüber zu erwarten habe.

Mehr höchstgedachte Sr. Königl. Majestät haben darauf alle und jede in solcher auf Dero gnädigsten Special-Befehl geschehenen und in der von HöchstDeroselben privilegirten Universitaets-Buchhandlung zu Göttingen und in der Sternschen Buchdruckerey zu Lüneburg verlegten Sammlung enthaltene Landes-Ordnungen und Gesetze, wie solche in allen Articuln, Worten, Puncten und Clausuln verfaßet und begriffen sind, approbiret, confirmiret und bestätiget, mithin gnädigst und ernstlichst geboten und begehret, daß alle Dero Collegia, wie die Nahmen haben, insonderheit auch die zu Dero Canzeleyen und Hof-Gerichten verordnete oder künftig zu verordnende Directores, Hof-Richtere, Vice-Hof-Richtere, Räthe und Gerichts-Assessores, wie auch sämmtliche Befehlshabere, Beamte, Gerichts-Verwesere, Bürgermeistere und Rathsmänner in denen Städten und Flecken und insgemein alle Dero Unterthanen und Unterſaßen, sowohl Geist- als Weltlichen Standes, nach solchen Landes-Gesetzen und Ordnungen, so viel einen jeden davon angehet, sich gehorsamlich achten und selbige in gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen jedesmahl gebührend beobachten sollen.

St. James den $\frac{\text{23. Novbr.}}{\text{24. Decbr.}}$ 1739. Cal. T. I. gleich nach den Titul-Blatt.

Obige Sammlung ist unter der obersten Aufsicht und Veranstaltung der Königlichen Regierung von einigen dazu geschickten Männern, von nahmentlich dem Consistorial-Directore und Calenbergischen Land-Syndico Johann Peter Tappen, von dem Hofrath und Lüneburgischen Land-Syndico Christ. Laurent. Bilderbeck, und von dem Justiz-Rath und Amts-Advocaten Johann Nicolaus Baring geschehen, und ehe sie zum Druck gekommen, dergestalt in Ueberlegung genommen worden, daß nichts derselben einverleibet geblieben ist, was nicht auctoritatem publicam zum Grunde hätte, oder was nicht die völlige Krafft eines verbindlichen Gesetzes haben solte.

Von der Rent-Cammer.

§. 1.

Daß die Rent-Cammer schon vor Anno 1680 ein besonderes Collegium, obwohl nicht so zahlreich als jetzo, gewesen sey, solches erhellet aus dem 1. §° des Regierungs-Reglements de 1680 und aus älteren Verordnungen, welche im Nahmen der Cammer ergangen, oder worin der Cammer als eines Collegii gedacht wird.

Sothane Cammer hat nun die Oeconomie und Administrirung der Domainen und was dahin einschlägt, bloß allein nach denen von

dem Landes-Herrn approbirten Verordnungen und Principiis zu respiciren. Beſ. Reglem. de 19. Octbr. 1719. Cal. T. IV. pag. 1, 2, 3.

§. 2.

Die Domainen beſtehen in Aeckern, Wieſen, Korn-, Fleiſch- und Flachs-Zehnten, Brau-Werken, Häuſern, Salz-Kothen, Meyer-Gefällen, Dienſten, Fiſchereyen, Mühlen, Hölzungen, Jagden, Bergwerken, Zöllen ꝛc.

Und gleichwie die Erhebung derer Land- und Waßer-Zölle, und die Beobachtung derer Forſten und Jagden durch gewiße beſondere Bediente geſchieht, alſo ſind auch zu Wahrnehmung der obigen Domainen in einem jeden Districte gewiße Beamte beſtellet, und ein ſolcher District heißet ein Amt oder eine Amts-Voigtey.

§. 3.

Solche Beamte haben zugleich die Policey-, Einquartierungs-, Juſtitz-Sachen, in ſofern ſie vor die Unter-Gerichte gehören, imgleichen die Criminalia in gewißer Maaße, Kirchen- und Schul-Sachen zu beobachten, und in Anſehung dererſelben ſtehen ſie in der Dependenz respective des Geheimten Raths-Collegii, der Cammer, der Krieges-Canzeley, derer Juſtitz-Collegiorum, und des Consistorii, daß demnach ein Beamter mit allen Collegiis im Lande etwas zu ſchaffen, und aus denenſelben Verfügungen zu erwarten hat.

Die Pflichten und Obliegenheiten derer Beamten ſind in des Herzogs Johann Friedrich erneuerten Amts-Ordnung vom 18ten Junii 1674 und in der von dem Churfürſten Ernst August unterm 18ten May 1683 hinzugefügten Erläuterung, in der wegen der Amts-Process-Sachen unterm 14/25. Septbr. 1731 emanirten General-Instruction, in der Criminal-Instruction vom $\frac{\text{30. April}}{\text{11. May}}$ 1736, in der Forſt-Ordnung vom 8ten Junii 1678 und in mehrern andern Verordnungen vorgeſchrieben, worauf dann die Beamte bey ihrer Beeydigung gewieſen werden.

Die Beſtellung und Abſetzung dieſer Beamte geſchieht bey der Cammer, ſo daß nach denen Regierungs-Reglem. de 1680 und 1714, wie oben bey dem Geheimten Raths-Collegio angeführet worden, die Cammer die Amtſchreibere und die mit denen Amtſchreibern in gleichem Rang ſtehende Bediente ohne Concurrenz des Geheimten Raths-Collegii, und ohne davon an den Landesherrn zu berichten, beſtellet, auch abſetzet; wenn aber ein Amtmann, Droſt, Ober-Hauptmann oder Landdroſt zu beſtellen, oder abzuſetzen iſt, die Sache in das Geheimte Raths-Collegium bringet, da denn in dieſes Collegii Nahmen der Vorſchlag und Bericht an den Landesherrn abgehet; nachdem aber des Landesherrn Resolution eingelaufen iſt, die Beeydigung und Beſtallung des angenommenen Bedienten von der Cammer verfüget wird.

Processus ſind gegen dergleichen Abſetzungen laut Reglem. vom 19ten Octbr. 1719, Cal. T. IV. pag. 2. bey denen Justitz-Collegiis nicht zu verſtatten, es wäre dann, daß ein Bedienter cum Infamia

abzusetzen, oder noch außerdem zu bestrafen wäre, gestalten sodann der Landes-Herr auf allerunterthänigsten Vortrag jedesmal specialiter resolviren will, ob nach geschehener Erlaßung und Absetzung die Acta in die Justitz-Canzeley zu geben, um wegen der außer der Absetzung verdienten Strafe dasjenige zu verfügen, was die Rechte mit sich bringen.

In denen Pacht-, Abmeyerungs-, Dienst- und Land-Gerichts-Sachen, welche nach obiger Constitution de 1719 und der de 1663 privative vor die Cammer gehören, müßen die Beamten auf sothane Constitution sich expresse beziehen und urgiren, daß dergleichen Sachen zurück und an die Cammer verwiesen werden. Gen.-Instr. vom 14/25. Febr. 1731. Cal. T. IV. pag. 8.

Dieser Passus ist durch ein Ausschreiben vom 29ten Junii 1735, T. Cal. IV. pag. 12. und von neuem dahin eingeschärfet, daß die Beamten sich wol vorzusehen, daß sie alle diejenigen Sachen, welche nach Maaßgebung der bekannten und gedruckten Constitutionen de dato respective Hannover den 17ten Decbr. 1663 und Göhrde den 19ten Octbr. 1719 bloß und allein vor die Cammer gehörten, nicht sofort an die Justitz-Collegia gelangen ließen, noch vielweniger die dahin ergangene Acta einsendeten, sondern daß sie in allen dergleichen, oder in zweifelhaften Fällen, ob es nehmlich vor die Justitz-Canzeley oder Cammer gehörte, zuförderst gleich nach erhaltenem ersterem Canzeley-Rescripto an die Cammer Bericht erstatteten und darüber Befehle gewärtigten. Solte wider Verhoffen diesem künfftig nichts destoweniger entgegen gehandelt werden, so solte wider den oder diejenigen, mit denen in der Instruction de 1731 enthaltenen Strafe (nehmlich allen darob entstehenden Schaden zu ersetzen, oder auch, dem Befinden nach, mit annoch härterer Strafe) ohne Ansehen der Person ohnausbleiblich verfahren werden. Cal. T. IV. pag. 12.

Vermöge Ausschreibens vom 4ten April 1736, Cal. T. IV. pag. 14. seqq. müßen die Beamte bey einer jedweden vorfallenden Handlung der Unterthanen vor allen Dingen mit großem Fleiße untersuchen, ob es Meyer-, Erben-Zins- oder sonst dergleichen Güter betreffe, wovon Flachs-Erndte und andere Dienste, ständiges und ordinaires Dienst-Geld, Land- und Wiesen-Zinß, Körmede in die Amts-Register entrichtet werden müßen, vermöge deren, nach denen Landes-Constitutionen und Gewohnheiten der Cammer, die Guts-Herrschafft über solche in Streit befallenen Güter zustehe.

Sobald sich dieses also befindet, haben die Beamte mit Ertheilung oder Denegirung derer Confirmationen, Ehestifftungen und anderen etwanigen Amts-Verfügungen und Erkenntnißen, denen desfalls respective vorhandenen Verordnungen, absonderlich der vom 4ten April 1620, 25ten May 1649, 8ten Junii 1691 und 1ten Julii 1699 in allen Stücken gemäß zu verfahren, und sich wol in Acht zu nehmen, daß sie nichts verfängliches, noch vielweniger eine Zerreißung oder Verpfändung der-

gleichen Güter, ohne der Cammer Vorbewuſt und Consens confirmiren, ſondern davon zuförderſt jedesmahl an dieſelbe berichten. Cal. T. IV. pag. 14, 17.

§. 4.

Das neueſte Cammer-Reglem. iſt von Seiner Königl. Majestaet Georg dem Andern unterm 24. Julii 1753 vollzogen, und ſelbigem zufolge ſollen die Räthe und subalterne Bediente ſich des Morgens praecise um 10 Uhr, die Sonn- und Feſttage allein ausgenommen, verſammlen, frühzeitigere Zuſammenkünffte aber werden Tage vorher abgeredet, oder der Praesid. oder der vorſitzende Rath läßet ſie anſagen. Wer Krankheiten oder anderer hinreichender Urſachen halber ſich im Collegio nicht einfinden kann, muß es jedesmal anzeigen, und ſich entſchuldigen laßen. So nöthig es ſeyn wird, den übrigen Inhalt dieſes Reglements ſich genau bekannt zu machen, ſo nützlich dürffte es auch ſeyn, in Anſehung der obangezogenen erneuerten Amts-Ordnung de 1674 und deren Erläuterung de Ao. 1683, als worauf die Beamte nicht nur bey ihrer Beſtallung, ſondern auch bey ſonſtigen Gelegenheiten gewieſen werden, ein gleiches zu thun, und dabenebſt zu beobachten, in welchen Stücken ſie etwa durch neue Verordnungen erläutert oder verbeßert worden.

§. 5.

Die Rubriquen derer darin enthaltenen 45 Articul ſind folgende:

Art. 1.

Vom Chriſtlichen Leben und Wandel der Beamte.

Sr. Königl. Majestaet Georg der Andere haben sub dato Hannover den 13ten Junii 1729 verordnet, daß wenn Jemanden von Dero Civil- oder Militair-Bedienten hohen und niederen, es ſey wer es wolle, dem Landesherrn oder ſeinen Regierungs-, Cammer-, Juſtitz- und andern Collegiis von essentiellen Sachen, die in ſeine Special-Amts-Verrichtungen und Pflicht laufen, vorſetzlicher Weiſe, wider beßer Wißen und Gewißen, falſche und verkehrte Berichte zu des Landes-Herrn, oder ſeiner Lande, oder auch eines unſchuldigen tertii Nachtheil abzuſtatten, oder die Wahrheit zu hinterhalten ſich gelüſten laßen, oder auch in denen Dingen, welche in ſeine specielle Amts-Pflicht laufen, das befohlene und verordnete der Gebühr nach nicht auszurichten ſich erkühnen, desgleichen in Regierungs-, Cammer-, Juſtitz- und anderen Sachen Geſchenke zu nehmen, oder durch die Seinigen, unter was praetext es wolle, nehmen zu laßen ſich unterſtehen ſolte, und deßen eines oder mehr überführet würde, derſelbe wegen ſolcher ſeiner vorſetzlich und aus böſer Abſicht begangenen Untreue und verletzten Eides-Pflicht, nicht nur ſofort ohne einige Gnade ſeiner obhabenden Charge und Bedienung verluſtig erkläret, ſondern auch abſonderlich, wenn in mehr als einem Puncte dieſer Ordnung zuwider gelebt wäre, dem Befinden nach an Leib und Leben unausbleiblich beſtrafet werden ſoll. Cal. T. II. pag. 715, 716.

Art. 2.

Von des Amtschreibers Obliegenheit.

Was ein Beamter in Ansehung der Kirchen-Rechnungen und Visitationen zu beobachten hat, findet sich in der Verordnung vom 26ten August 1727, Cal. I. pag. 444 seqq., item in dem Circulari vom 6ten April 1734, Cal. I. pag. 589, vom 30ten Junii 1735, Cal. I. pag. 585, in dem Circulari vom 4ten Octbr. 1736, ib. pag. 587.

Art. 3.

Von denen nachgesetzten Amts-Dienern, als Soh-Gräfen, Voigten ꝛc.

In Conformitaet des Reichs-Schlußes de Ao. 1734 ist unterm 6ten April 1734 declariret, daß die Amts-, Stadt- oder Gerichts-Diener und Schließer, auch Amts- und Feld-Pfänder, Holz-Knechte, Fluhr-Schützen, Todten-Gräber, Bettel-Voigte und dergleichen, wie auch deren Ehefrauen und Kinder von jedermänniglich für ehrlich gehalten und in- und außerhalb derer Gesellschafften und Zusammenkünfften überall davor geachtet, mithin ihnen die Betretung der Kirchen-Stände eben so wenig als andern Einwohnern auf einige Weise verwehret, auch sie zur Miethe und Bewohnung derer Häuser, gleich andern Häuslingen und andern Inquilinis, unweigerlich zugelaßen und nach ihrem Tode Christlichen Gebrauch nach beerdiget, auch von denen, welche sich sonst zu Hintragung der Todten gebrauchen laßen, gleichfalls ohne einige Sperrung gegen die gewöhnliche Gebühr zu Grabe gebracht werden sollen, bey Vermeidung willkührlicher scharfer Geld- oder Leibes-, auch nach Befinden Karren-Schieben-Strafe. Cal. T. III. pag. 73, 74.

Art. 4.

Von Abwesenheit der Beamten und deren Urlaub.

Art. 5.

Von der Amts-Registratur.

Die Land-Drosten, Ober-Hauptleute, Drosten und Beamte sollen in ihren Häusern und Privat-Stuben ohne Noth keine Herrschafftliche oder andere Amts-Acta und Briefschafften haben noch behalten, sondern sofort nach dem Gebrauch und absonderlich alsdenn, da sie an einen andern Ort translociret werden, oder sonsten abgehen solten, solche zusammen auf die Amts-Stuben gehörigen Orts abliefern, allenfalls auch dem andern Beamten oder Successori in officio getreulich ausantworten. Gehet einer oder der andere von Ober- oder Unter-Amts-Bedienten mit Tode ab, so muß der erste, welcher bey dem Amte gegenwärtig ist, oder falls derselbe kranck oder sonst behindert, und noch ein dritter Beamter vorhanden wäre, derselbe sich noch denselben Tag und alsofort ohne den geringsten Zeit-Verlust, selbst in Person in das

Sterb-Haus begeben, alle und jede vorhandene Acten und Briefschafften mit Fleiß durchsehen, und dasjenige, welches die gnädigste Herrschafft, derselben Land und Aemter betrifft, wohin denn auch gehöret, was ein jeder desfalls etwa vorhin gesammlet haben mögte, von denen übrigen Privat-Sachen separiren und zu sich nehmen, mithin demnächst an die gehörige Orte liefern, oder dafern solches nicht sogleich geschehen könnte, wenigstens vorerst die gesammten Briefschafften an einen sichern Ort zusammen bringen und mit dem Amts-Siegel verwahren. Bey jedem Sterbefalle muß nicht allein die würcklich beschehene Versiegelung in dem gewöhnlichen Notifications-Schreiben specialiter mit angeführet, sondern auch demnächst, wenn die Wieder-Entsiegelung und Separirung der sich gefundenen Acten und Briefschafften bewerckstelliget ist, solches durch einen besonderen Bericht und zwar nebst Mit-Einsendung der darüber gemachten Verzeichniß gemeldet werden. Wer sich hierunter säumig erweiset, oder obiges wohl gar überall unterläßet, der soll vor allen daher erwachsenden Schaden und Nachtheil einzustehen schuldig seyn, und ohne Ansehen der Person mit unausbleiblich nachdrücklicher Strafe nach Beschaffenheit der Umstände beleget werden. Cammer-Ausschreiben vom 3ten Novbr. 1736, Cal. T. IV. pag. 63, 64.

Damit dieser Verordnung auch an denenjenigen Orten ein Genügen geschehe, woselbst nur ein Bedienter vorhanden ist, so ist unterm 3ten Novbr. 1736 ein Directorium gedruckt und publiciret, worinnen nicht nur die einzeln besetzte Aemter und Bedienungen, sondern auch diejenige benachbarte Beamte oder Bediente benennet sind, welche die Versiegelung verrichten sollen. Cal. T. IV. pag. 65, 67.

Die Jagd- und Forst-Bedienten anlangend, so hat an denenjenigen Orten, woselbst ein Ober-Förster und Jägermeister ist, dieser bey dem Absterben solcher Bedienten wegen Versiegelung und Ablieferung derer die Forst-, Jagd- und andere Herrschafftl. Angelegenheiten betreffende Briefschafften nach Maaßgebung obigen Ausschreibens die Behörde zu besorgen. Wegen dererjenigen aber, welche entweder bey oder in denen Aemtern wohnhafft sind, haben Land-Drosten, Ober-Hauptleute ꝛc. eines jeden Orts eben also, wie in dem angezogenen Ausschreiben ratione derer Amts-Bedienten verordnet ist, pflichtmäßig jedesmahl zu verfahren, jedoch bey der Wieder-Entsiegelung einen Forst- oder Jagd-Bedienten mit zuzuziehen, und demnächst die bey den Dienst eigentlich gehörige Acten und Nachrichten, deßen Nachfolger, das übrige aber gehöriges Orts abzuliefern. P. Stum vom 3ten Novbr. 1736, Cal. T. IV. pag. 67, 68.

Art. 6.

Von der Amts-Hoheit und deren Beobachtung.

Dieser Articul ist sehr erläutert durch die Gen.-Instruction de 1731 §. 12. seqq. Cal. T. IV. pag. 65 seqq., als welche ertheilet worden, weil man wahrgenommen, daß es denen Beamten an einer

gewißen und uniformen Instruction ermangelt, wornach ſie ſich in Beobachtung derer ihnen anvertraueten Amts-Gerechtſamen und in denen desfalls entſtehenden Proceß-Sachen zu richten.

Zu denen Oneribus Jurisdictionis gehöret die Alimentirung der Fündlinge und Zigeuner-Kinder. Es iſt auch verordnet, daß die, behuef Alimentirung derer in den Fürſtenthümern Calenberg, Göttingen und Grubenhagen ſich findenden exponirten Elterloſen, Armen- und Zigeuner-Kinder benöthigten Koſten ſollen zur Hälffte aus der Rent-Cammer und zur Hälffte aus der Cloſter-Caße hergegeben werden. Rescr. Georgii Ludovici sub dato Hannover den 28ten April 1711, Cal. T. I. pag. 976.

Dieſe Resolution iſt vorerſt in Gnaden beſtätiget unterm 17ten May 1721, Cal. T. I. pag. 985. Divus Georgius Ludov. El. hat unterm 20ten Martii 1711 Krafft habender Landesherrſchafftlichen Macht und Gewalt verordnet, daß die Fündlinge und Zigeuner-Kinder, welchen der Landesherr zu ihrer Erziehung den nöthigen Unterhalt reichen laßen, in die Aemter und Gilden ohnverweigerlich auf- und angenommen werden ſollen. Cal. T. III. pag. 24, 25.

Wenn ein Uebelthäter auf Erkenntniß eines Königl. Juſtitz-Collegii mit Leib- oder Lebens-Strafe beleget wird, ſo erfolget die Bezahlung der Unkoſten aus der Rent-Cammer. Scharfrichter-Ordn. vom 16ten Jan. 1712, Cal. T. II. pag. 690.

Art. 7.

Von denen Amts-Grenzen und deren Beſichtigung.

Wenn die Land- und andere Grenzen bezogen werden, ſollen nicht zugleich Jagden angeſtellet werden, ſondern wann ein oder andern Orts eine Grenzen-Beſichtigung vorzunehmen iſt, die Beamte und Vorgeſetzte dahin ſehen, daß ſie von denen Unterthanen die älteſte und der Grenzen kundige Leute nebſt denen von mittlerm Alter, auch denen jungen jedesmahl aufbieten und zu ſich nehmen, mit ſelbigen auf der Grenze oder Schnede hergehen, bey allen und jeden vorhandenen Grenzmahlen ſtille halten, ſolche denen jungen Leuten anweiſen, und wie ſie in denen Grenz-Beſchreibungen mit Namen genennet ſind, oder von denen alten Leuten benennet werden, auch was bey jedem Orte etwan ſonderlich zu bemerken ſeyn mögte, deutlich anzeigen, damit alſo die Grenzen auch dieſen jungen Leuten bekannt werden mögen. Die Forſt- und Jagd-Bediente jeden Orts müßen billig gleichfalls von denen Grenzen Wißenſchafft haben, und alſo ſind ſie von denen unter ihrer Aufſicht mit begriffenen Orten mit zuzuziehen; es ſoll jedoch bei ſolchen Grenz-Zügen nicht gejaget, noch das aufgetriebene Wild verfolget werden, ſondern ſie ſollen ſich deßen ganz und gar enthalten, und nur allein mit auf die Grenzen Acht geben, und ſelbige fleißig anmerken. Ed. vom 26ten Mart. 1709, Cal. T. III. pag. 1013, 1014.

Art. 8.

Von Aufsicht auf die Amts-Gerichtsbarkeit.

Wenn bey denen Aemtern oder Gerichten jemand zur Hafft gebracht worden, welcher allem Anschein nach zum Festungs-Bau, oder zum Zucht-Hause condemniret werden dürffte, so soll dem von denen Beamten oder Gerichts-Inhabern zu erstattenden Bericht jedesmal derer Inquisiten Vermögen mit wenig Worten annectiret und einverleibet werden. Patent de 12ten Mart. 1732, Cal. T. II. pag. 365, 366.

Sobald jemand, es sey in was vor Fällen es wolle, in Inquisition geräth, ist gründlich zu untersuchen, ob einem adelichen oder andern Gerichte die hohe Gerichtsbarkeit oder Criminal-Jurisdiction über denselben zustehe; allermaaßen solchenfalls die Unterhaltungs-Kosten im Zucht- oder Werck-Hause, falls er damit bestrafet werden solte, nicht auf die Cammer kommen. Ist aber der Inquisit notorie ein würcklicher Amts-Unterthan, und es stehet Seiner Königl. Majt. ratione der Aemter und Voigteyen die hohe Gerichtsbarkeit und Criminal-Jurisdiction über den Inquisiten immediate zu, sodann ist sorgfältig zu examiniren, ob und in wie weit deßen Vermögen zu denen allenfalls nöthigen Unterhaltungs-Kosten im Zucht- oder Werck-Hause hinreichend sey oder nicht, einfolglich ob diese ganz oder zum Theil auf die Cammer kommen werden. Was 3tens bey sothaner Untersuchung sich eräugnet, solches ist in einem absonderlichen Neben-Berichte oder Post-Scripto zu verfaßen und nebst denen Inquisitions-Acten jedesmal denen Justitz-Canzeleyen gebührend einzusenden, damit wegen offtermeldter Unterhaltungs-Kosten die fernere Nothdurfft veranlaßet werden könne. G. Ausschreiben vom 15ten Mart. 1723, Cal. T. III. pag. 61, 62; conferatur die Gen.-Instr. de 1731.

Art. 9.

Von Amts-Streit-Sachen für hohen Gerichten.

Wenn die Nothdurfft erfordert, daß dieses oder jenes Amt eine Klage zur Hand nehmen muß, so müßen alsdenn die Beamte solche neue Klagen, wenn daraus ein ordentlicher Proceß entstehet, und wo kein Periculum in mora ist, nicht propria auctoritate anstellen und rechtshängig machen, sondern die Sache mit allen dabey pro et contra sich äußernden Umständen gebührend an die Cammer berichten, auch zugleich alle zu sothaner Sache dienende Documenta, und nach Beschaffenheit Abrißе mit Beylagen, nicht minder die etwan vorhandene Zeugen, was selbige attestiren, auch wo und unter weßen Jurisdiction sie wohnhafft sind, deutlich melden und namhafft machen, folglich den Bericht so abfaßen und instruiren, daß man auf einmahl gründliche vollkommene Information daraus nehmen könne, und nicht nöthig seyn möge um andere weitere Explication und Nachricht zu schreiben. Gen.-Instr. de 14/25. Febr. 1731 §. 3. Cal. T. IV. pag. 7, 8.

Hingegen wenn der andere Theil die Klage erhebet und darauf, wie gewöhnlich, von denen Justiz-Collegiis an die Beamte um Bericht geschrieben wird, so haben sie sothanen von ihnen erforderten Bericht an besagte Justiz-Collegia gehörig zu erstatten, und dabey die Behutsamkeit zu gebrauchen, daß sie dem Gegentheile nicht praejudicirlich einräumen, noch dem Amte einen unnöthigen Beweis aufladen, sondern die für das Amt wider die gegenseitige Intention in contrarium militirende Possession, Urkunden, Zeugen und andere dienliche Specialia, bewandten Umständen nach, und so viel sich immer schicken will, nur zum Gegenbeweise und nur pro meliori Informatione Judicis mit allegiren.

Wird eine Sache nicht brevi manu auf derer Beamten Bericht abgethan, sondern sie gedeihet zu weiterer Handlung und einem ordentlichen Process, so, daß sie mithin dem Amts-Advocaten aufgetragen werden muß, so sind die Beamte schuldig, ungesäumet, und mit eben der exactitude, wie vorher erwehnet worden, davon an die Cammer zu berichten und integra acta beyzulegen. In denen Amts-Proceßen, welche würklich rechtshängig sind, und wohin auch die Forst- und Jagd-Sachen gehören, haben die Beamte denen verordneten Amts-Advocatis auf ihr jedesmahliges Begehren mit denen verlangten Informationen, Documenten und Extracten aus denen Wrogen-, Dienst- und andern Registern, auch sonstigen etwanigen Nachrichten fleißig und mit aller accuratesse an Hand zu gehen und selbige nebst ihrer Antwort allemahl höchstens innerhalb 14 Tagen, in denen beyden Herzogthümern Bremen und Verden aber, als woselbst die gerichtliche Handlungen selbst nur auf 14 oder noch wohl wenigere Tage öffters gesetzet zu werden pflegen, innerhalb 8 Tagen, da sie ihre Briefe erhalten, an dieselbe einzuschicken, auch zugleich die ihnen communicirten Piecen zu remittiren, wofern aber etwan eine erhebliche Ursache, warum solches binnen gesetzter Frist nicht geschehen könne, vorhanden, solche in einem desfalls abzulaßenden Schreiben besonders anzuführen. ib. §. 6. Cal. T. IV. pag. 910.

Die in Amts-Sachen an die Amts-Advocatos, imgleichen an die Amts-Anwälde und Procuratores ablaßende Briefe haben sie unter Enveloppe an die Cammer zu couvertiren, nicht aber bloß auf die Post zu geben, und dadurch vergeblich Postgeld zu verursachen, es wäre denn, daß die Eilfertigkeit der Sache ein anderes erforderte, als in welchem Falle ihnen die Briefe bloß auf die Post zu geben oder sich eines Expressen zu bedienen, nachgelaßen ist. ib. §. 7. Cal. T. IV. pag. 10.

Art. 10.

Von Handhabung der Gerechtigkeit und Gerichte unter Partheyen im Amte.

Was für Fälle respective zu dem Ober- oder Hals-Gerichte und zu dem Nieder- oder Erb-Gerichte gehören sollen, darüber findet sich

eine ohndatirte Verordnung von dem Herzog Julio, Cal. T. II. pag. 663, 664, 665, wobey zu merken, daß wenn Kinder ihre Eltern schmähen, schelten, fluchen oder gar Hand an sie legen, solche Frevelthaten sec. Const. de 30. Novbr. 1735, Cal. T. II. pag. 790, 791, es mögen selbige so geringe seyn, wie sie wollen, für Criminalia, wovon an die Justiz-Canzeley zu berichten, gehalten, und dem Befinden nach mit Zuchthaus oder Karrenschieben bestrafet werden sollen.

Denen Unter-Gerichten im Fürstenthum Calenberg soll ihre prima Instantia unverrücket bleiben, und davon an den Landesherrn und ordentliche Ober-Richter, entweder für deßelben Canzeley oder Hof-Gerichte, wenn die Sache über 20 Fürsten-Gulden betrifft, appelliret werden können. C. C. O. T. XXXVIII. §. 1. Cal. T. II. pag. 328, 329.

Die Beamte, auch die von Adel, welche Gerichte haben, imgleichen Bürgermeister und Räthe in denen Städten, sollen alle Wochen, ausgenommen in der Erndtezeit, nach jedes Orts Gelegenheit, ein oder zwey Gerichts-Tage halten, und wenn Klage an sie gelanget, mit Zuziehung des Amts- oder Gerichts-Schreibers, in den Städten aber beyder Bürgermeistere sammt etlichen Raths-Personen und dem Stadt-Schreiber, aufs förderlichste die streitige Partheyen für sich bescheiden. ib. §. 2. Cal. T. II. pag. 329.

Als man wahrgenommen, daß sowohl bey denen Landes-Verordnungen, als wenn sonst sowohl von dem Landesherrn, als in deßen Nahmen von denen Ober-Collegiis, eine oder andere Resolution denen Unter-Gerichten zugesandt werden, dieselben in den Gedanken zu stehen geschienen, als ob in ihrem Arbitrio stehe, dieselbe mit Vigueur zum Effect und zur Execution zu bringen, und als ob ihnen zukomme, solches zu beurtheilen, so sind besagte Unter-Gerichte unterm 5ten Junii 1712 erinnert worden, sich dergleichen bey Vermeidung schwerer Ahndung hinkünfftig nicht gelüsten zu laßen, sondern alle und jede dergleichen Verordnungen und Resolutiones mit allem Fleiße zur Execution zu bringen.

Thäten sich aber ein oder andere Umstände hervor, die man zu Hannover nicht wahrnehmen können, jedoch die Execution verhinderten, hat ein jeder solche Umstände gehörigen Orts gründlich und mit geziemender Modestie vorzustellen und fernere Verordnung zu erwarten. Cal. T. III. pag. 952.

Wenn ein oder anderer Beamter durch eine Connivenz über Mißethäter, so an ihn gebracht, ihm durch gemeinen Ruf oder sonst kund gemachet worden, nicht inquiriren, oder mit einem Delinquenten oder deßen Freunden transigiren, die Sache heimlich abthun, oder die Mißethäter im Falle, da es die Nothdurfft und Rechte erfordern, nicht mit behöriger Sorgfalt zur Hafft bringen, oder auch gar wißentlich entkommen laßen, oder sonst seine Handlung darauf richten solte, wie er

ihnen zum beſten den Inquisitions-Proceß verwirren oder verlängern, und alſo Gelegenheit der verdienten Strafe zu entgehen geben mögte, ſo ſoll in dieſen Fällen das Officium Fisci angewieſen werden, dem Befinden nach auf Abſetzung oder andere in denen Geſetzen und Landes-Ordnungen beſtimmte unausbleibliche Strafe zu agiren. Crim.-Instr. C. 1. §. 4. Cal. T. II. pag. 799, 800.

Die Kirchen- und Schul-Bedienten ſollen, wenn ſie in Civil- oder Criminal-Sachen oder auch ſonſten einigen Bericht und Nachrichten von anderen zu geben haben, auf die ergangene Citationes allemahl unweigerlich erſcheinen, mit Ablegung des geforderten Zeugnißes oder Ertheilung des verlangten Berichts ein Genügen leiſten, und ſich unter keinerley Vorwand dieſer ihrer Schuldigkeit entziehen. Rescr. Serenissimi Georg. Ludov. sub dato Hannover den 29. Jul. 1712, Cal. T. I. pag. 846.

Dieſe Verordnung iſt sub dato London den $\frac{31.\ Dec.\ 1717}{11.\ Jan.\ 1718}$ dahin declariret worden, daß ſolche auf alle und jede hohe und niedere Gerichte der Chur-Braunſchw. Lande ohne einige Ausnahme ſich verſtehe, und allerdings billig ſey, daß ratione derer Niedern Gerichte, ein gleichmäßiges observiret werde. Cal. T. I. pag. 848, 849.

Wenn Weiber in das Celliſche Zuchthaus condemniret werden, welche ſäugende Kinder haben, ſind dieſe nicht mit dahin zu ſchicken, ſondern ihnen zuvor abzunehmen, und hat die Obrigkeit jeden Orts, vor Abſendung einer ſolchen Delinquentin, Sorge zu tragen, daß die Kinder bey guten Leuten, gegen Erlegung des gewöhnlichen Koſtgeldes untergebracht werden, welches Koſtgeld dann aus demjenigen Aerario, woher die Sustentations-Gelder der Mutter erfolgen, bezahlet und genommen werden ſoll. Ed. vom 11. Mart. 1727, Cal. T. II. pag. 777, renov. den 20ten Decbr. 1728 mit dem Anhange, daß die contravenirende Beamte und Obrigkeiten zu Erlegung derer dadurch verurſachten unnöthigen Koſten de propriis angehalten werden ſollen. Cal. T. II. pag. 718.

Obiges iſt fernerweit unterm 1ten May 1734 eingeſchärfet, mit dem Zuſatze, daß der erſte, der dieſer Verordnung zuwider handeln werde, außer denen Transport-Koſten, ſo er de propriis zu erlegen, mit 50 rthlr. Strafe ohnabbittlich angeſehen werden ſolle. Cal. T. II. pag. 779; item Cell. Z. H. O. C. 2. §. 1, Cal. T. II. pag. 728.

Die bey denen Oertern vorgehende und in Schrifften verfaßende gerichtliche Handlungen, als Contractus, Amts-Scheine, Pacta, Protocolla, Attestata und dergleichen, ſie haben Nahmen wie ſie wollen, müßen nicht mit der zeitigen Beamten Privat-Pettſchafften, ſondern mit dem dazu verordneten Amts-Siegel unterſiegelt und beſtärket werden.

Die Beamte dürfen aber ſothanes Amts-Siegel zu keinem andern, als dem vorbedeuteten Ende gebrauchen, und müßen daſſelbe jedesmahl

auf der Amts-Stube in guter Verwahrung halten, und darunter weder Mißbrauch noch Mangel, bey Vermeidung Landes-Fürſtl. Ungnade und Ahndung, vorgehen und verſpüren laßen. Herzog Joh. Friedr. Gen. Ausſchr. vom 21. Apr. 1678, Cal. T. IV. pag. 54, 55.

Art. 11.

Von Hegung der Land-Gerichte und der Wrogen.

Daß bey denen Fürſtl. Calenberg. Aemtern alljährlich die Land-Gerichte gehalten, und über die des Jahrs über angeſetzte Wrogen erkannt werden ſolle, findet ſich auch in der C. C. O. T. 38. §. 11. Cal. T. II. pag. 334 beſtätiget, mit dem Anfügen, daß zu Verhütung der Unkoſten, und damit die Land-Gerichte beſtoeher zum Ende gebracht werden, jedes Orts Amtmann vorher auf jegliches Factum, ſo nach Landes-Gewohnheit dahin gehöret und zur Wroge angegeben iſt, mit Fleiß inquiriren, deßen wahrhaffte Bewandtniß einziehen, die Leute umſtändlich darüber hören, und alſo auch keine andere als geſtandene und genugſam erkundigte Sachen auf das Land-Gericht bringen ſoll, worauf denn denen ſchuldig befundenen die Strafe nach Gelegenheit des Vermögens und Verbrechens und altem Herkommen gemäß, nicht aber zu excessiv anzuſetzen, und deswegen die Amts-Bücher und Bruch-Regiſter nachzuſchlagen. C. C. O. Tit. 38. §. 11. Cal. T. II. pag. 334. In wie weit von denen auf Land-Gerichten dictirten Strafen appelliret werden könne, ergiebet divi Georgii Regis Declar. vom 19. Octbr. 1719, Cal. T. II. p. 590 et Cal. T. IV. pag. 3.

Von Sr. Königl. Mayt. Georg dem Andern iſt sub dato St. James den 18/29ten Novbr. 1739 eine umſtändliche Verordnung emaniret, wie es bey denen Juſtitz-Collegiis, Aemtern und denen Stadt-Gerichten mit denen in Rechts-Sachen oder ſonſt deponirten Geldern gehalten werden ſolle. Vermöge ſelbiger müßen das ganze Juſtitz-Collegium, die ſämmtliche Beamte und alle Magiſtrats-Perſonen für die in jedem Gerichte deponirte Gelder einſtehen. Bey denen Aemtern iſt dem jedesmahligen zu Abhaltung derer Land-Gerichte dahin kommenden Commissario das Depoſiten-Buch vorzuzeigen, und von ſelbigem, wenn er ſo viel Zeit übrig hat, daßelbe nachzuſehen, auch allenfalls, inſonderheit wenn er bey einem oder dem andren Unrichtigkeiten vermuthen ſolte, von ihm der Depoſiten-Kaſte, jedoch nur bloß nach denen darin befindlichen Beuteln und denen darauf bezeichneten Summen, nach dem Depoſiten-Buch zu examiniren. Depoſiten-Regl. von 1737. §. 15. Cal. T. II. pag. 614.

Bey allen Land-Gerichten ſoll denenjenigen aus denen Dörfern oder andern Bauerſchafften, denen etwan, dem Herbringen nach, ſonſten eine Mahlzeit oder Trunck gegönnet worden, dafür ein gewißes am Gelde oder Bier gegeben werden, und ordentlich berechnet werden. So viel aber den Aufgang oder die Zehrung der Commissarien

betrifft, soll, so offte jemand von denen Cameralen zum Land-Gerichts-Commissario verordnet wird, die Speisung von jedes Orts Beamten zwar geschehen, bey der Herren-Tafel aber mehr nicht als ein halber Rthlr. auf jede Person, nebst dem Wein, und für einen Diener 3 ßr für Speise und Tranck auf die Mahlzeit, das Futter für die Pferde aber absonderlich gerechnet, und nebst dem einem jeden die Reise-Kosten bezahlet und gut gethan werden, es sey denn, daß einem oder dem andern ein gewißes zu denen ihm anbefohlenen Reisen vermachet, alsdenn dieselben den Aufgang vor ihre Personen, Leute und Pferde selbst bezahlen. Bey denen Aemtern, da es Herkommens, daß die Amts-Unterthanen die Land-Gerichts-Kosten ganz zu stehen und herzugeben schuldig, daselbst soll es dabey sein Verbleiben haben, jedoch die Unkosten gleichfalls berechnet, und diese Ordnung nicht überschritten, der Ueberfluß aber zu derer Unterthanen besten auf speciale Verordnung sonst angewendet werden; dafern aber jemand von denen Geheimten- und Cammer-Räthen den Land-Gerichten persönlich beyzuwohnen nöthig erachten solten, sollen sie sowohl die Reise- als Zehrungs-Kosten à part berechnen und die Zahlung unmittelbar aus der Cammer erwarten. Ern. Aug. El. Renovatio der Amts-Ordn. de 1674 sub dato den 18ten May 1683. §. 5. T. IV. pag. 49, 50. Hiermit wird zu conferiren seyn der 15te Artic. in dem neuen Cammer-Reglem. de 1753.

Nach des Herzogs Julii ohndatirten Verordnung solten die Geld-Bußen, welche von peinlichen Sachen herrühren, (als wenn eine peinliche Sache mit Zulaßung der Gerichte und Verwilligung des verletzten klagenden Theils oder aus andern Ursachen bürgerlich wird, oder aber da sich ein Mord, eine Lähmung oder anders, nicht aus Vorsatz oder arger List, sondern aus Unfleiß oder Verwahrlosung zuträge, daß sie zurechte zu einem bürgerlichen Abtrag gelaßen wird) solche Fälle, ob sie wohl zu Geld-Bußen gereichen, gehören dennoch zu dem Ober- und Hals-Gerichte, derohalben sie durch dieselben gestraft und die Strafen eingenommen werden, hätten aber die Fürstl. Aemter oder deren eins oder mehrere, so die Hals-Gerichte haben, etliche Fälle in die Nieder-Gerichte gehörig, oder hinwieder derjenige, dem die Nieder-Gerichte zuständig, etliche Fälle in die Hals-Gerichte gehörig, über in Rechten verwahrte Zeit ruhelich hergebracht und geübet, bey dem oder denenselben sollen sie ohngeachtet dieser Ordnung gelaßen werden. Cal. T. II. pag. 665, 666.

Wenn ein Ober-Officier wegen eines Excessus in eine Geld-Strafe condemniret wird, ist der Krieges-Canzeley von solcher Erkenntniß eine vidimirte Copey einzusenden, damit solche wegen Abzuges der Gage und Berechnung derselben der Invaliden-Caße das nöthige verfügen könne.

Ein jeder eingewrogter muß über die Beschuldigung zuförderst vernommen, und mit seinen Exceptionibus gehöret, und erst nachdem

dieſe unterſuchet und gewroget worden, dem Befinden nach als ſträſig eingeſchrieben werden. Zu dem Ende müßen die Wrogen von denen Goh-Gräfen, Schulzen, Voigten, Bauermeiſtern, Krügern und Pfändern mit Ausgang jeden Monaths dem Amte richtig und ohne einige Hinterhaltungen gebracht, darauf den folgenden Monath ſofort, und weil alles noch im friſchen Gedächtniß iſt, vom Anfange gebührend unterſuchet, ein förmliches Protocoll, welches beym Land-Gerichte zu informiren jedesmahl bey der Hand ſeyn ſoll, dabey gehalten, und alſo keine Wroge, welche nicht vorher ſolchergeſtalt gebührlich unterſuchet und ausgemachet, ins Land-Gerichts-Bruch-Regiſter getragen, folgends auch das Examen nicht bis auf etliche wenige Tage vor dem Land-Gerichte verſchoben, ſondern berührtermaaßen zu guter Ordnung und Richtigkeit allemonathlich angeſtellet und gehalten, auch alles gegen das Land-Gerichte alſo praepariret werden, daß man keiner begründeten Contradiction und Verneinens ſich zu befahren haben, ſondern nichts weiter als die bloße Anſetzung der Strafe übrig ſeyn möge.

Mit denen Forſt-Brüchen iſt es gleichergeſtalt zu halten, als welche für der Amts-Stube ebenergeſtalt in Beyſeyn der Forſt-Bedienten vorher alle Monath unterſuchet, diejenige Poſten aber, welche vor dem Land-Gerichte ſolchergeſtalt nicht ausgemachet, oder zu ſpäte eingebracht ſind, bis auf das nächſte Jahr ausgeſetzet werden ſollen; geſtalten denn an die Ober-Forſt- und Jägermeiſtere gemeßene Verordnung und Befehl ergangen, daß die Forſt-Bediente die jedes Monaths vorfallende Wrogen denen Aemtern zur Unterſuchung einliefern ſollen.

Die Amts- oder Forſt-Bediente, welche ſich darunter ſäumig und nachläßig erfinden laßen, ſollen die Beamte entweder dem Land-Gerichts-Commissario anzeigen, oder davon der Cammer ſelbſt berichten, welche darauf das nöthig erfindende wider die Uebertreter verfüget. Ed. de 17ten Septbr. 1690. Cal. T. IV. pag. 83, 85.

Wenn bey bruchfälligen Delinquenten, die nicht immediate unter dem Amte geſeßen ſind, eine Subsidial-Citation erforderlich, und kein anderes hergebracht, ſo müßen die Beamten ſothane Delinquenten ordentlich per Subsidiales requiriren, darauf, wenn ſie erſcheinen, super cognitione ein tüchtiges förmliches Protocoll halten, und falls ſie nicht erſchienen, sub expressa Comminatione, daß wiedrigenfalls das eingewrogte Delictum in Contumaciam für geſtanden angenommen werden ſolle, ſie nochmals requiriren und alsdann erſt nach ſolcher legalen Cognition oder nochmaligen förmlichen Requisition zur verdienten Strafe ſetzen. Anbey müßen auch die Beamten die Documenta Insinuationis und Recepisse der abgelaßenen Requisitionen, Subsidial-Citationen und ſo weiter jedesmal fleißig ad Acta bringen, oder wenigſtens die Relation des beeydigten Amts-Dieners, der die Insinuation oder ſonſt einen Actum verrichtet hat, umſtändlich ad Acta registriren,

und niederschreiben. Gen.-Instruct. vom 19/25ten Septbr. 1731. §. 8. Cal. T. IV. pag. 11.

Die Diener derer Geistlichen, imgleichen Schulmeister und Küster, wenn selbige in denen Gehölzungen sich zur Ungebühr betreten laßen, und daher pfandbar, auch bruchfällig gefunden werden, sollen sich ohngeweigert von denen Förstern und Forst-Knechten pfänden laßen. Die Forst-Bediente aber haben das Verbrechen sowohl dem Special-Superintendenten als Amtmann jedes Orts zu notificiren, damit dieselbe vor haltendem Land-Gerichte sich zusammen thun und in Gegenwart der Förster und Bruchfälligen die Strafe erkennen und abhandeln können, worauf denn die erhandelte Strafe willig erleget, oder in Entstehung deßen, auf der Forst-Bedienten Anmelden durch zuträgliche Amts-Hülfe beygetrieben werden sollen. Resol. sub dato Hannover den 10ten Jan. 1676. Cal. T. I. pag. 843, 844.

Gleichwie in dem Durchl. Gesammt-Hause Braunschweig-Lüneburg eine beständige Observanz gewesen ist, daß die Unzuchts-Brüche sowohl von dem Stupratore als von der Stuprata an demjenigen Orte bezahlet werden müßen, alwo das uneheliche Kind gebohren oder zuerst die Welt beschrien, also ist auch dieselbe nach vorgängiger Communication von neuem bestätiget, und solchergestalt festgestellet, daß, wenn aus Sr. Königl. Majt. gesammten Teutschen Landen ungetrauete Personen in die Herzogl. Braunschweig-Lüneb.-Wolfenbüttelsche Lande, oder vice-versa aus denen Wolfenbüttelschen in Sr. Königl. Majestät Teutsche Lande sich begeben und darin niederkommen, alsdann die gewöhnlichen Brüche sowohl von der Stupatra als auch von dem Stupratore, wann dieselben solche Personen sind, die vor die Land-Gerichte gehören, beygetrieben, und der Obrigkeit des Orts, alwo die Niederkunfft geschehen, und also das Kind die Welt zum ersten mahl beschrien hat, verabfolget werden, und die Beamte und Obrigkeiten auf beschehene Requisition dazu behülflich seyn sollen. Ausschr. de 22ten Febr. 1735. Cal. T. II. pag. 779, 780.

Wenn Officiers, Unter-Officiers und Gemeine in Unehren Kinder erzeugen und außer der Gage und Equipage Mittel haben, sollen solche in alle Wege die gewöhnliche Unzuchts-Brüche der Invaliden-Caße zu erlegen schuldig seyn, widrigenfalls aber davor bey dem Regimente bestrafet werden. Mil. Instr. Regl. C. 3. §. 31. Cal. T. III. pag. 57.

In denen Hoyaischen und andern denenselben nahe gelegenen Aemtern ist es mit denen Unzuchts-Brüchen vordem also gehalten worden, daß, wenn die Mensch und der Kerl, so mit einander Unzucht getrieben, nicht in einem Amte gewesen, der völlige Bruch nicht an das Amt, wo die Mensch niedergekommen, erfolget, sondern von der Frauens-Mensch die von ihr zu entrichtende Strafen an das Amt, worin sie

niedergekommen, von dem Kerl aber die Strafe, so er zu bezahlen gehabt, an das Amt, worin er sich aufgehalten, erleget worden.

Es ist aber unterm 26ten Septbr. 1707 eine durchgängige Uniformitaet dahin beliebet und verfüget worden, daß, wenn in dem einen Amte ein Weibs-Mensch ein unehelich Kind zur Welt bringet, der Thäter aber in einem andern Amte sich aufhält, dieses demselben auf vorhergegangene subsidialische Requisition an das Amt, worin das Kind die Welt beschrien, verabfolgen zu laßen, damit alda die Mensch sowohl als der Kerl mit Gelde, oder wenn die Verbrechere Armuth halber keine Geldstrafe erlegen können, mit Gefängniß bestrafet werden können. Cal. T. IV. pag. 85, 86.

Die Strafen, welche entweder in inferioribus Judiciis dictiret und bey dem Ober-Appellations-Gericht zu Celle confirmiret, gemildert, oder exasperiret werden, wie auch die sonsten von diesem Gerichte jemand zuerkannte Strafen, bleiben demjenigen, dem sie ihrer Eigenschaft nach gebühren, diejenigen Strafen aber, welche denen Partheyen, deren Advocaten und Procuratoren deßwegen, daß sie entweder denen Mandatis keine Parition geleistet, oder daß sie sonst gegen die Gerichts-Ordnung gesündiget, oder auch, daß sie temere litigiret, zuerkannt worden, sollen behuef des Cellischen Zuchthaus-Baues angewendet werden, mithin muß ein jeder Secretarius in ein absonderliches Buch alle solche Strafen, welche in denen in seiner Expedition habenden Sachen vorkommen, fleißig verzeichnen und deren Beytreibung besorgen. Das O.-A.-Gericht hat dabey mit Sorge zu tragen, daß die aufkommende Strafen von Jahren zu Jahren an besagtes Zucht-Haus geliefert werden. O.-Appell.-G.-Ordn. P. 1. Tit. 1. Cal. T. III. §. 10. pag. 21, 22.

Wenn bey denen Aemtern und Gilden jemand zu bestrafen ist, so gebühret die Cognition des Orts Obrigkeit.

Dieser werden auch die aufkommende Straf-Gelder geliefert; dafern aber an einem oder andern Orte hergebracht, daß der Amts-Lade ein Theil von solchen Strafen gelaßen wird, so hat es zwar dabey sein Verbleiben, jedoch mit dem Bedinge, daß alsdenn solche Gelder zu Erhaltung der armen und kranken Meister und Gesellen mit angewendet werden sollen. Regl. de 1692 §. 12. Cal. T. III. pag. 7.

Wenn einer außer Land-Gerichts zum Gefängniß condemniret wird, muß von selben dasjenige Schließgeld, so bey jedem Amte üblich ist, vorerst und bis zu anderweitiger Verordnung völlig entrichtet werden. Wird einer beym Land-Gerichte um deswillen, daß er seiner Dürftigkeit halber die verwirckte Strafe nicht erlegen kann, zum Gefängniß condemniret, so soll derselbe nichts mehr als einen guten Groschen an Schließgeld entrichten. Dafern aber jemand bey dem Land-Gerichte nicht wegen seiner Dürftigkeit und daß er deswegen keine Geld-Strafe erlegen könnte, sondern wegen seiner Bosheit und

Frevels zum Gefängniß condemniret wird, so muß derselbe die Hälfte des sonst außer Land-Gerichts gewöhnlichen Schließgeldes dem Unter-Voigt oder demjenigen, so das Schließen verrichtet, erlegen. Cammer-Ausschr. vom 3ten Septbr. 1706. Cal. T. IV. pag. 87, 88.

Da die Krähen und Sperlinge ein unnützliches den Feld-Früchten gar schädliches Gefieder sind, so ist schon in uralten Zeiten auf deren Ausrottung gedacht, und als Ao. 1685 die desfalls ehedem geschehene Verfügungen in Abgang gerathen wollen, unterm 15ten Aug. besagten Jahres von neuem verordnet, daß ein jeder die gebührende Anzahl Krähen-Eyer, oder Krähen- und Sperlings-Köpfe jährlich einliefern, jede Dorfschaft darüber einen Schein nehmen und selbigen beym Land-Gerichte einliefern, diejenigen aber, welche dem keine Folge leisten, zur Wroge gesetzet und der Gebühr nach bestrafet werden. Cal. T. IV. pag. 81, 82.

Einiger Orten ist solche Lieferung entweder kurz vor dem Land-Gerichte oder erst bey demselben geschehen, und sind mehrentheils Köpfe von jungen neulichst ausgebrüteten Sperlingen geliefert. Weil aber dadurch die Intention, dieses schädliche Gevögel so viel möglich auszurotten, nicht allerdings erhalten, sondern zu Erreichung sothanen Zwecks weit diensamer befunden worden, daß die Lieferung der Köpfe, bevor solche Vögel hecken, geschehe, weil alsdann die Jungen, welche sie den Sommer durch in großer Anzahl auszubrüten pflegen, zurück bleiben, so ist unterm 12ten Aug. 1704 verordnet, daß die Unterthanen diejenigen Sperlings-Köpfe, welche sie einen jeden Orts Observanz nach an das Amt zu bringen schuldig sind, alljährlich zwischen Lichtmeßen und Mariae Verkündigung liefern sollen. Cal. T. IV. pag. 82, 83.

Art. 12.

Von Aufsicht in Policey-Sachen, als Maße, Gewicht, Wege und Stege.

Sr. Churfürstl. Durchl. Ernst August haben unterm 2. Mart. 1691 eine Weg-Ordnung publiciren laßen, nach welcher man sich der Wege-Beßerung und Bauung halber richten sollen. Cal. T. III. pag. 939 bis 946. Die Wege sollen im ebenen Felde wenigstens 2 Ruthen breit seyn, in Bergen und Tiefen aber soll nach Gelegenheit ihnen die gebührende Weite gegeben werden. ib. §. 5. Cal. T. III. pag. 941.

Besagte Verordnung soll jährlich auf denen Land-Gerichten verlesen werden, Cal. T. III. pag. 946, und ist dieselbe unterm 26ten Junii 1704 erneuert und geschärfet. Cal. T. III. pag. 947 seqq.

Unterm 5ten Jan. 1712 sind die Obrigkeiten und Beamten abermahls angewiesen worden, denen ergangenen Wege-Verordnungen nachzukommen. Cal. T. III. pag. 951, 952.

Ao. 1702 sind gewiße Weg-Commissarien bestellet. Ao. 1704 aber dieselbe wieder abgeschaffet, und ist hingegen verordnet, daß die Aufsicht

der Wege-Beßerung jeden Orts, welcher ſolches ohnedem obliege, anvertrauet ſeyn ſolle. Cal. T. III. pag. 947. item 950.

Per Monitum der Churfürſtl. Rent-Cammer absque dato iſt feſtgeſtellet, daß die Beamte dahin ſehen ſollen, daß die ausgelaßene Wege-Ordnungen in allen Puncten und Clausuln, nicht allein mit Ausbeßerung, ſondern auch beſtändiger nöthiger Conservirung der Wege und Stege gebührend observiret werden, geſtalten denn, damit man, daß ſolches geſchehe, verſichert ſeyn möge, alljährlich bey Ablegung der Rechnung eine Specification zu übergeben, worin zu melden, an welchen Oertern die Wege, und was eigentlich daran gebeßert, auch wie viel Spann oder Wagen, und wie viel Handlanger oder Leute, ſo mit der Hand geholfen, dazu verbrauchet worden. Cal. T. III. pag. 951. Ao. 1738 haben Sr. Königl. Majeſtät Georg der Andere aus des Churfürſten Ernesti Augusti Weg-Ordnung de 1691 eine Instruction und Erläuterung entwerfen und zuſammen tragen laßen, welchergeſtalt in denen Fürſtenthümern Calenberg, Göttingen und Grubenhagen, auch dazu gehörigen Graf- und Herrſchaften, die Wege nicht allein gemachet, ſondern auch in beſtändiger Beßerung erhalten werden ſollen. Die Publication iſt unterm 17/28ten Martii geſchehen, und beſagte neue Weg-Ordnung Cal. T. III. pag. 963—986 befindlich. Die letzte Weg-Ordnung iſt vom 30ten Novbr. 1751.

Als vielfältig vorgekommen, daß die halb Stübchen- und Quartier-Gläſer in denen Krügen, worinnen denen Gäſten der Broyhan vorgetragen und verkaufet wird, das rechte Maaß von 2 ℔ Waßer nicht gehalten, ſondern die halb Stübchen-Gläſer 8 bis 12, die Quartier-Gläſer aber 4, 6 und mehr Loth Waßer zu klein geweſen, ſo iſt nicht nur an die einheimiſche Glaß-Hütten Ordre geſtellet, daß keine andere, als ein volles halb Stübchen oder ein Quartier haltende Bier-Gläſer verfertiget werden ſollen, ſondern es iſt auch denen Gaſt-Wirthen und Krügern verbothen, bey 10 rthlr. Strafe halb vor den Denuncianten, keiner andern Gläſer, als welche das volle Maaß halten, ſich zu bedienen.

Denen Glas-Krämern iſt gleichfalls bey 10 rthlr. Strafe verboten, daß ſie keine andere als volle Maaß haltende Bier-Gläſer in ihren Boutiquen annehmen und verkaufen ſollen. Edictum vom 20ten April 1718. Cal. T. III. pag. 249, 250. Obige Verordnung iſt unterm 10ten Julii 1721 wiederholet. Cal. T. III. pag. 253, 254.

Unterm 22ten Decbr. 1713 haben Seine Königl. Majeſtät Georg der Erſte in Dero vermahligen geſammten Fürſtenthümern und Landen und dazu gehörigen Grafſchaften, außer dem Fürſtenthum Lauenburg, dem Publico und einem jeden inſonderheit zum Beſten, einerley Maaße und Gewichte und zwar diejenige, welche der Zeit und zwar ſeit Ao. 1692 ſchon im Fürſtenthum Lüneburg mit gutem Nutz und Success gebrauchet worden, verordnet und eingeführet. Cal. T. III. pag. 225, 239.

Zu dem Ende haben in allen Städten und Flecken neue ordnungsmäßige ohntadelhafte Waagen, Balcken und Schalen mit nöthigen Pfunden, auch Ellen und Maaßen, gehörig gezeichnet, auch von denen particulier-Leuten keine andere gebrauchet werden sollen. §. 1. Cal. T. III. pag. 226.

Art. 13.

Von Contributionen, Servicen und dergleichen.

In denen Fürstenthümern Calenberg und Grubenhagen cessiret die Contribution, und ist an deren Statt der Consumtions-Licent eingeführet. Im Cellischen wird auf dem platten Lande noch die Contribution und in denen Städten der Licent entrichtet, behuef deren Hebung eigne Receptores bestellet sind. Immittelst wird dennoch auch im Calenbergischen und Grubenhagenschen der Contributions-Fuß noch in so weit beybehalten, daß darnach die partitiones und subrepartitiones derer Portionen Cavallerie auf dem platten Lande reguliret werden. Die Contributions- und Licent-Sachen gehören indeßen, wie oben schon vorgekommen ist, in das Departement der Krieges-Canzeley.

Auf derer Stände des Fürstenthums Calenberg Ansuchen, haben Sr. Königl. Majestaet Georg der Andere sub dato St. James den 3/14ten Mart. 1738 eine in ermeldeten Fürstenthum allgemeine beständige Landes-Verordnung ergehen laßen, wie es mit denen Feld-Besichtigungen bey sich eräugnenden Mißwachs an denen Guthsherrlichen Praestandis gehalten werden soll. Cal. T. II. pag. 653, 661.

§. 1. ist verordnet, in welchen Fällen, bey wem und zu welcher Zeit die Feld-Besichtigungen zu suchen, §. 2. die Guths-Leute dem Schatz-Einnehmer und ihren Guthsherrn von ihrem Gesuch Nachricht ertheilen sollen, §. 3. was darauf der Schatz-Einnehmer, Beamte und Gerichts-Herr wegen eines zur Besichtigung anzuberahmenden Termini zu beobachten, §. 4. daß die Unterthanen ihren Guthsherrn, und dem Schatz-Einnehmer, die wegen des anberahmten Termini ausgestellete Amts- oder Gerichts-Scheine 8 Tage vor der Besichtigung zustellen müßen. §. 5. Wie es mit Abholung derer Guthsherrn, welche der Besichtigung beywohnen wollen, zu halten. §. 6. und 7. erläutern den vorhergehenden §. wegen Abholung des Guthsherrn. §. 8. Bey Besichtigung soll einer der Beamten, wenigstens der Amtsschreiber und von denen adelichen Gerichten wenigstens ein beeydigter Gerichtshalter seyn. §. 9. Woher die Achtsleute zu nehmen. §. 10. Similiter. §. 11. Die Achtsleute müßen nach geschehener Warnung vor dem Mein-Eid mit dem Eide beleget werden. §. 12. Die Achtsleute müßen nicht trunken seyn, §. 13. nicht allein wo das schlechte Korn stehet, sondern auch das ganze Winter- und Sommer-Feld durchgehen. §. 14. In dem Protocoll soll die ohngefährliche Morgen-Zahl einer jeden Klage

des beſichtigten Winter- und Sommer-Feldes angezeiget werden. §. 15. Wie die Achtsleute ihr Gutachten einbringen und darüber vernommen und befraget werden ſollen. §. 16. Wie es mit Ausfertigung und Ausgebung der Beſichtigungs-Protocollorum zu halten. §. 17. Strafe, wenn an denen vorgeſchriebenen Erforderniſſen Mangel erſcheinet. §. 18. Wie es zu halten, wenn einiger Zweifel vorkäme, ob die Achtsleute ihr Gutachten zum Vortheil des einen oder andern Theils erſtattet. §. 19. Beſtrafung derer wider beſſer Wiſſen und Gewiſſen gehandelt habenden Achtsleute. §. 20. Beſichtigungs-Gebühren ſind in keine Wege zu entrichten. Sowol der, welche dergleichen genommen, als auch der, welcher gegeben hat, ſoll für jeden angeſchlagenen oder gegebenen rthlr. 10 rthlr. Strafe erlegen. Doch bekommen die Beamte und Gerichte bey Ausgebung der Protocollen die ſonſt gewöhnlichen Protocollen-Gebühren und freyen Vorſpann. §. 21. Wie viel nach Proportion des erlittenen Mißwachſes zu erlaßen. §. 22. Die Guthsleute ſollen, ſo bald Martini verſtrichen, das Zins-Korn abliefern, oder auf Anſuchen des Guthsherrn von denen Beamten exequiret werden. Geſchieht ſolches von denen Beamten nicht auf abermahliges Anzeigen in denen erſten 10 Tagen nach Weyhnachten, wenden ſich die Guthsherrn an die höhere Collegia. §. 23. Wie es mit Bezahlung des Scheffel-Schatzes von dem Remisso zu halten. §. 24. Was für Fälle behuef Erhaltung einer Remission nicht in Consideration kommen ſollen. Wenn an denen vor und bey den Beſichtigungen erforderten Stücken einiger Mangel befunden wird, ſoll der Guthsherr nicht ſchuldig ſeyn, etwas zu erlaßen, es hat alsdenn auch keine Erlaßung an denen gemeinen Landes-Anlagen, auch Proviant-Korn und Fourage ſtatt.

Dieſe Verordnung ſoll auf denen Kirchhöfen jährlich am Johannis-Feſt abgeleſen werden. Wenn Pacht-Güther denen gemeinen Landes-Oneribus unterworfen ſind, iſt desfalls denen Pächtern eben die Remission zuzubilligen, welche denen Meyer-Leuten accordiret wird.

Dieſer letzte Passus iſt unterm 16ten Junii 1738 dahin declariret, daß, gleichwie in dieſem Passu die Disposition lediglich auf die Landes-Onera gerichtet ſey, geſtalten ſich denn die Particula desfalls weiter auf nichts als auf die Landes-Onera beziehe; alſo auch die Remission nur allein von denen Landes-Oneribus zu verſtehen, und auf das Locarium mit nichten zu extendiren ſey. Cal. T. II. pag. 662.

Dieſe Verordnung vom 3/14ten Mart. 1738 findet ſich auch Cal. T. IV. pag. 125, 135, nebſt einer Declaration vom 16ten Junii 1738.

In Anſehung derer reſtirenden Cloſter-Meyer-Zinſe iſt denen Beamten, Gerichts-Inhabern, auch Bürgermeiſter und Räthen in denen Städten sub dato Hannover den 7ten Novbr. 1695 anbefohlen, daß ſie auf eines jedweden Cloſter-Verwalters gezziemendes Anhalten und Vorzeigung des eben angezogenen Rescripti, mithin der Specification derjenigen Cloſter-Meyer, welche in Lieferung des Zins-Korns und

ihres Nachstandes saumselig und wiederspenstig sind, demselbigen nicht allein nachdrückliche und schleunige Hülfe wiederfahren laßen, sondern auch, wenn zu der zeitigen Bezahlung sich keine andere Mittel zeigen, und man deßen zur Genüge versichert ist, denselben an würcklicher Ausdreschung des Korns in der Meyer-Leute Scheuren nicht behindern, sondern wenn sie desfalls bey ihnen gebührende Anmeldung thun, solches ungesäumt gestatten, und darin vielmehr assistiren sollen, gestalten denn denen Closter-Verwaltern auf den Fall der verweigerten, oder gar zu lange verzögerten Amts-Hülfe, oder da sonsten zu der Bezahlung nicht zu gelangen, die Erlaubniß damit gegeben und befohlen worden, was von denen schuldigen Meyer-Zinsen nicht remittiret und durch einliefernde Remissions-Scheine erweißlich gemachet, und doch nicht vor Advent eingeliefert wird, oder auch da zu befahren, daß der Meyer vor solcher Zeit das Korn wegbringen würde, noch vor solcher Zeit den Beytrag von denen saumseligen und wiederspenstigen Meyern durch oberwehntes Executions-Mittel pflichtmäßig beyzutreiben, und wenn sie daran von jemand behindert werden wollen, davon sofort zu berichten oder selbst davor zu stehen. Cal. T. I. pag. 651, 652, 653.

Nach der unterm 11ten Septbr. 1734 emanirten Instruction für die Calenberg. Closter-Beamte, haben gedachte Beamte in denen Fällen, wenn die Censiten mit denen Gefällen sich nicht zur gehörigen Zeit einstellen, noch die geschehene Erinnerungen bey ihnen fruchten, die Execution und Hülfe bey der Obrigkeit, darunter die Censiten gelegen sind, gebührend zu suchen, dafern aber auch die Bezahlung nicht erfolget, haben sie zum 2ten und 3ten mahl dieserwegen bey denen Obrigkeiten selbst, und nicht nur bey denen subalternen allein, die Instanz zu thun, und dabey vorzustellen, daß sie, wenn sie noch keine Hülfe erlangten, davon an die Geheimte Raths-Stube berichten müsten, wie sie denn auch, dafern die Bezahlung zurück und ihr gethanes Suchen ohne Nutzen bleibet, davon zu fernerer Verfügung würcklich zu berichten haben. K. Beamten-Instruct. von 1734. §. 1. Cal. T. I. pag. 659.

Vor allen Dingen soll der Anfang von denen beweglichen oder sich bewegenden Stücken, als fahrenden Haabe und Gütern, gemachet, zu deren Angriff und Pfändung geschritten, jedoch dabey diese Bescheidenheit gebrauchet werden, daß die Instrumenta rustica, auch Pferde und Zieh-Ochsen, Schafe, nothwendiges Saat-Korn und was zum Ackerwerck oder Feldbau nöthig ist, weniger nicht diejenigen Sachen, welche ein jeder zu seinem Handwerck und Kunst gebrauchet, imgleichen der Gelehrten Bücher, auch die nothwendigen Kleider und Bett-Gewand, nicht anders als nach Zulaßung der Rechte, wenn nemlich gar keine andere Güter, in welche die Execution verrichtet werden könnte, vorhanden, anzugreifen. ib. §. 14. pag. 157.

Wäre die Execution wider einen Meyer vorzunehmen und deßen Guthsherr hätte in diejenige Schuld, wesfalls die Execution

geſchehen ſoll, nicht consentiret, ſo können die Meyer-Güter, als welche nicht dem Colono, ſondern dem Guthsherrn gehören, an ſich nicht angegriffen werden, ſondern es muß ſolche Execution in des Coloni allodium und eigenthümliche Güther, nach vorgängiger Landüblicher Taxation alſo geſchehen, damit gleichwohl des Landes- und Guthsherrn Jura und ſelbigem gebührende Praestanda conserviret bleiben, und gleichwie in denen Lüneburgiſchen und Hoyaiſchen Landen durch das den 1ten Julii 1699 wegen Redintegrirung derer Meyer-Höfe publicirte Edict Cap. 2. determiniret, was zu des Coloni Allodium gehöret, alſo hat auch das Gericht in denen Sachen, ſo aus den Lüneburgiſchen und Hoyaiſchen vor daſſelbe gelangen, darnach ſich zu achten. ib. §. 30. pag. 163.

Kein Meyer im Calenbergiſchen kann ohne ſeines Guthsherrn Conſens und Vorbewuſt auf das Meyer-Guth einige Schulden bringen. Wenn aber jemand gegen einen Meyer Forderung hat und die Summe nicht gar zu hoch iſt, ſo ſollen die Beamte und andere Gerichtshaltere ſich bemühen, es auf erträgliche Termine zu ſetzen, damit alſo die Bezahlung geſchehe. Wären aber der Creditoren und Schuldner gar zu viel, ſo ſollen alle Creditores mit Vorbewuſt des Guthsherrn gebührend citiret, darauf des Meyers eigenthümliche Güther und Meliorationes, nach Inhalt des Gandersheimiſchen Land-Tages-Abſchiedes de 1601 §. 23. der Gebühr nach aestimiret, und von dem aestimato (ſo weit daſſelbe reichet) die Creditores bezahlet werden. C. C. O. Tit. 36. §. 19. Cal. T. II. pag. 325.

Art. 14.
Von Mann-Zahl-Regiſter, wüſten Höfen, Ausweiſung neuer Stellen.

Wenn ſich Guthsherrn gefunden, die wüſte Höfe gehabt, oder aber andere Erben zu dergleichen vorhanden geweſen, haben dieſelben ſich gebührend bey der Cammer oder denen Beamten anmelden, binnen Jahres-Friſt zu der Bebauung oder Beſetzung ſich anſchicken, oder in Verbleibung deſſen gewärtig ſeyn ſollen, daß von denen Beamten Amtswegen Coloni auf die Höfe geſetzet, und denenſelben auf derer Beamten Bericht von der Cammer ſowohl an denen den Guthsherren ſchuldigen Praestandis als an denen Oneribus auf gewiße Zeit eine ſolche Remission gegeben würde, als zu Wieder-Bebauung und Einrichtung der Höfe für nöthig und dienſam erachtet würde. Const. Divi Electoris Ernesti Aug. vom 8ten Junii 1691. Cal. T. IV. pag. 102.

Die Berichte derer Beamten, worin auf Remissiones für die Unterthanen, behuef Annehmung der wüſten Höfe, oder Reparation ihrer Häuſer angetragen wird, ſollen nicht angenommen, noch Concessiones darauf gegeben werden, es habe denn derjenige, ſo den neuen Bau übernimmt, genugſame Caution vorher geleiſtet, daß ſowohl die

ihm geschehene Remissiones, als das verabfolgete Holz, zu keinem andern Behuef als solchem Baue angewendet werden soll, und wenn die zu solchem Baue destinirte Zeit und die gegebenen Frey-Jahre vorbey, soll jeder Beamter gehalten seyn, solches der Cammer zu dem Ende zu melden, damit eine Commission zur Untersuchung und Besichtigung verordnet, und die etwan befindende Mängel durch die geleistete Caution ersetzet werden können, widrigenfalls die Beamte die remittirte Gelder nebst dem zu dem Bau destinirten Holze ex propriis wieder zu erlegen gehalten seyn sollen. Wenn auch solcher Bau ganz perfectioniret ist, hat der Amtmann oder Gerichtsherr der Krieges-Canzeley anzumelden, was dadurch etwan dem Catastro zu der Casse Monathlich zuwachsen könne. Amts-O. de 1674. Renovation vom 18ten May 1683. §. 3. Cal. T. IV. pag. 48, 49.

Die Beamte sollen in denen ihnen anvertraueten Aemtern keinen Haus-Gesessenen über 6 Wochen lang, nachdem er sich allda niedergelaßen (vermöge Herz. Georg. Wilhelmi Amts-Ordn. de 1650. §. 6.) mit dem Huldigungs-Eyde übersehen, sondern selbigen von denen Leuten nach dem gewöhnlichen Formulare in des Landesherrn Nahmen einnehmen, für Einnehmung solchen Huldigungs-Eydes, und daß solcher Actus in denen Amts-Büchern gebührend aufgezeichnet werde, sollen bis zu anderweiter Verordnung die Beamte von einem jeglichen, welcher sich in einem des Amts Bothmäßigkeit immediate unterworfenen Dorfe niedergelaßen, einen $1/2$ rthlr., von denen aber, so sich in denen Unter-Gerichten etwa besetzen, einen Orts-Thaler fordern und nehmen dürfen, im übrigen aber haben sie das entrichtende gewöhnl. Mann-Geld dem Landesherrn zu berechnen, bey Vermeidung schwerer Ungnade und Bestrafung. Ed. de 14ten Jan. 1660. Cal. T. IV. pag. 177.

Art. 15.

Von denen Erb-Registern und deren Erhaltung.

Gleichwie vermuthlich von denen Ao. 1674 verfertigten verordneten Erb-Registern ein Exemplar bey Königl. Cammer vorhanden seyn wird, also wird es auch die Mühe belohnen, selbige bey müßigen Stunden nach einander einzusehen und sich daraus zu belehren. Solche Erb-Register werden sonst auch Amts-Lager-Bücher genennet.

Art. 16.

Von Einrichtung der Amts-Haupt- und Geld-Register.

In verschiedenen Oehl-Mühlen der Fürstenthümer Calenberg und Grubenhagen war die böse und betriegerische Gewohnheit eingerißen, daß die Müller anstatt der Werckstätte, auf welche der zerstampfte Rübe- und Lein-Saamen in die Schlage-Tücher gepacket wird, sich einer verschloßenen Lade bedienet, welche oben mit einem Loche in Form eines Creutzes versehen, wodurch nach ihrer Redens-Art das Abrechels

und sonsten vorfället, und mittelst eines Feder-Fittiges zusammen gekehret werden, in die Lade fallen und dem Müller zu Theile werden müßen, mithin ein jeder Hauswirth, absonderlich wenn er nachläßige und unachtsame Dienstboten zur Mühle geschicket, schändlich betrogen worden, und öffters an einem Himten Saamen 2 bis 3 ℔ Oehl verlohren. Es ist also unterm 22ten Septbr. 1725 Cal. T. III. pag. 1027 verordnet, daß obgedachte und alle dergleichen zum Betrug der Oehlschlagenden Leute gereichende Machinen, sofort nach Publication des Patents bey 20 rthlr. Strafe, zur Hälfte vor den Denuncianten, überall abgeschafft und nicht mehr gebrauchet, und was an sogenannten Abrechels zwischen denen Falten des Schlagetuchs und sonsten wegfällt, zusammen gekehret werden, und dem Eigenthümer verbleiben, der Müller aber mit dem jedes Orts hergebrachten Schlage-Gelde für jeden Kuchen sich begnügen solle.

Die Licent-Bediente, welche von denen Contraventionen der Obrigkeit Nachricht ertheilen, sollen gleich andern, sich der Denuncianten-Gebühren zu erfreuen haben.

Da sich ergeben, daß wenn ein Hauswirth, es sey aufm Meyer- oder Kothhofe, solchen unter sich gehabten Hof seinem Sohne oder sonst jemand gänzlich abgetreten, und sich auf die Leibzucht begeben, bey deßen Absterben die hinterbliebene Erben von der sonst schuldigen Köhrmede oder Baulebung befreyet blieben, mancher Hauswirth, um seine Erben von solchem Praestando zu befreyen, den inne gehabten Hof auf vorbesagte Weise, ehe er es sonst Alters halber nöthig gehabt hätte, abgetreten und übergeben, so ist unterm 11ten Jan. 1704 verordnet worden, das wenn ein Hauswirth, es sey vom Meyer- oder Kothhofe, seinen unterhabenden Hof seinem Sohne, Schwieger-Sohne, oder sonsten jemand völlig abtreten und sich auf die Leibzucht begeben würde, ehe er es Alters und Unvermögens halber nöthig haben würde, solcher vor der Zeit und ohne Noth seinen Hof abtretende Hauswirth, sogleich zu der Zeit, wenn die völlige Ueberlaßung geschicht, für verstorben zu achten, folglich von deßen Nachfolger in den Hof die gewöhnliche Köhrmede und Baulebung gefordert und beygetrieben werden solle. Cal. T. IV. pag. 80, 81.

Seine Königl. Majestät Georg der Erste haben unterm 19ten Octbr. 1719 auf Ansuchen der Calenbergischen Landschafft bestätiget, daß in Conformität des Recessus und der Constitut. de 1618 und 1646 von allen und jeden außer denen 4 großen Städten befindlichen Brantewein-Blasen in dem Fürstenthum Calenberg der Land-Renterey die davon jährlich gehörige 3 rthlr. ohnweigerlich entrichtet, jedoch dadurch der Blasen-Zins, welcher von denen in den kleinen Städten und Flecken, oder in denen Aemtern vorhandenen Brantewein-Blasen, dem uralten Herkommen nach, als eine Dominial-Intrade an die Cammer und

Aemter zu bezahlen. dadurch nicht aufgehoben, sondern, gleichwie dorhin geschehen, absonderlich abgeführet und berechnet werden solle.

Zwischen der Brantewein- und Distillir-Blase wird, so viel die Einrichtung des Blasen-Zinses betrifft, kein Unterschied statuiret, sondern wenn einer dabey seine Convenienz findet, daß er zwo Blasen, nemlich eine zum Brennen und die andere zum distilliren hält, so muß er sich auch um so mehr gefallen laßen, von allen beyden den gewöhnlichen Blasen-Zins zu geben, da er solchergestalt noch einmahl so viel Brantewein als mit einer Blasen zu brennen im Stande ist.

So lange der Heim an das Amt geliefert worden, und daselbst lieget, wird der Blasen-Zins nicht bezahlet.

Die Einnahme von den Distillir-Blasen ist in denen Amts-Registern specialiter folgendergestalt zu berechnen: noch vor Distillir-Blasen. Cammer-Ausschreiben vom 7ten Novbr. 1733. Cal. T. IV. pag. 76, 77.

Die auf die fremde ausländische Brantewein gesetzte Accise soll von dem Blasen-Zins des einheimischen Brantweins separiret und jene der Rent-Cammer zur absonderlichen Berechnung reserviret bleiben, und muß (im Hannöverschen) von allem hereinführenden und verkaufenden fremden Brantewein von $1/2$ Faß Frucht-Brantewein 2 rthlr. und von dem Ohme Rheinischen und Französischen von denen, die deshalb keine besondere Begnadigung haben, 6 rthlr. der Gebühr entrichtet werden.

Von dem was einkommt, ist alle Quartal ein Extract zur Cammer einzuschicken. Ausschreiben vom 22ten May 1683. Cal. T. IV. pag. 68, 69.

Sothane Cammer-Accise ist von Herzog Johann Friedrich, mittelst Edicts vom 26. Junii 1671 zu Aufhelfung des einländischen Brantweins-Wesens, verfolglich zum Besten der Unterthanen, in denen Fürstenthümern Calenberg, Grubenhagen und dazu gehörigen Landen zuerst eingeführet, und von allem ausländischen Brantewein, welcher in besagten Landen consumiret wird, mithin auch von demjenigen, welcher in denen geschloßenen adelichen Gerichten, denen Clöstern und deren Bezirk, wie auch auf denen Apotheken und Schenken, sie mögen im übrigen privilegiret seyn wie sie wollen, consumiret wird, zu entrichten. Verordnung vom 24ten May 1708. Cal. T. IV. pag. 72, 73.

Anno 1719 haben die Calenbergischen Land-Stände gebeten, daß ihnen diese Cammer-Accise an die Land-Renterey überlaßen werden mögte, worauf Seine Königl. Majestät Georg der Erste unterm 19ten Octbr. 1719 declariret: Sie könnten zwar dem Suchen nicht statt geben, nachdem die Cammer- und Landschafftliche Accise differente Principia hätten und die Accise der Landschafft nur von demjenigen fremden Brantewein entrichtet werden müste, welcher außerhalb denen großen Städten verfellet würde, wie solches die Constitut. vom 20ten Septbr. 1646 deutlich zeigete, dahingegen die als eine Domanial-

Intrade von dem Herzoge Johann Friederich nach reifer Ueberlegung introducirte, von weyl. Churfürſten Ernst August confirmirte Cammer-Accise nicht allein von dem außer den 4 großen Städten verſellenden fremden Brantewein, ſondern auch von allem fremden Brantewein zu entrichten wäre, es möchte derſelbe bey der Herrſchafftlichen Hof-Staat, in denen 4 großen Städten, oder in denen kleinen Städten, Flecken, Aemtern und Gerichten verſellet, oder außer der Verſellung von Freyen oder Unfreyen consumiret werden, wie dann nicht minder die Cammer-Accise zu entrichten wäre von den in denen großen Städten, auf den Clöſtern und in denen geſchloßenen adelichen Gerichten gebraueten außerhalb ihres Districts consumireten Brantewein, und letztens der Cammer-Accise ratione Quanti ein ganz ander Principium als bey der Landſchafftlichen Accise feſtgeſetzet wäre; gleichwie demnach Sr. Königl. Majestaet Intention nicht wäre, daß der Land-Renterey von demjenigen, was ihr gebührete, etwas entzogen würde, alſo declarirten Sie auch, verordneten und wolten, daß außer der der Cammer nach wie vor bleibenden Cammer-Accise von dem außer den 4 großen Städten verſellenden fremden Brantewein an die Calenbergiſche Land-Renterey diejenige 3 rthlr. pr. Ohm entrichtet werden ſollen, welche ihr an Accise in obgedachter Constitut. de Ao. 1646 zugeſtanden worden. Cal. T. IV. pag. 73, 74.

Wenn die Unterthanen im Calenbergiſchen ſich zum erſten mahle verheyrathen, ſind ſie ſchuldig 1 rthlr. in die Amts-Regiſter zu erlegen, und müßen die Beamte ſolche Einnahme durch ein Document von dem Prieſter des Orts alle Jahr beſcheinigen. Ed. vom 2ten May 1693. Cal. T. IV. pag. 79, allwo pag. 80 auch das vorgeſchriebene Formular des Documents befindlich iſt.

Alle und jede durch ihre eigene Schuld zur Hafft gebrachte Gefangene ſind ſchuldig im Gefängniß, wofern ſie es im Vermögen haben, ſich benöthigten Unterhalt zu verſchaffen und die Atzungs-Koſten zu bezahlen, und hat das Gericht ſodann aus deßen Mitteln das benöthigte ihm reichen zu laßen, falls aber dieſelbe für ſich nichts im Vermögen hat, bleibet es bey demjenigen, was darunter üblich geweſen. Crim.-Instruct. C. 3. §. 4. Cal. T. II. pag. 810.

Art. 17.

Von den Summariſchen Regiſter-Extracten und Amts-Ueberſchlägen.

Mit dieſem Articul wird der Vte Articul des neuen Cammer-Regl. de Ao. 1753 zu conferiren ſeyn.

Art. 18.

Von denen Amts-Intraden.

Durch ein General-Ausſchreiben vom 2ten Octbr. 1753 iſt vorgeſchrieben, welchergeſtalt es mit denen bey denen Aemtern vorfallenden

und auf ertheilte Genehmigung anzustellenden Licitationen Herrschafftlicher Pachtungen von Zehnten, Ländereyen, Wiesen und Weiden, Schäfereyen, Mühlen, Zöllen, Fischereyen und dergleichen Pertinentien, auch abgesonderten Vorwerken zu halten, und wie deshalb zu verfahren sey. Durch ein Ausschreiben vom 1ten Octbr. 1753 ist die Verordnung erneuert und geschärfet, daß keinem Pächter Herrschafftlicher Pertinenzien erlaubet seyn soll, ohne Vorwißen und besondere Genehmigung Königl. Cammer die inne habende Pacht-Stücke im ganzen oder Stückweise an andere hinwiederum zu verpachten. Unterm 28ten Decbr. 1753 sind denen Beamten 16 die Verbeßerung derer Aemter und Amts-Intraden betreffende Frage-Puncte intimiret, auf deren gründliche und zuverläßige Beantwortung dieselben bey der vor Königl. Cammer von ihnen zu leistenden Rechnungs-Abnahme sich pflichtmäßig anzuschicken, und das erforderliche mittelst eines gründlich und deutlich auf jeden Punct Pro Memoria zu faßenden Aufsatzes vorzulegen haben.

Art. 19.
Von Eintreibung der Amts-Gefälle und Geld-Lieferung zur Cammer.

Daß wegen derer von der Cammer verfügenden Abmeyerung Herrschafftlicher Guths-Leute keine Processus zu verstatten seyn, ergiebet Divi Georgii Regis Declaration vom 19ten Octbr. 1719. Cal. T. II. pag. 589 seqq. ib. T. IV. pag. 2, ubi:

„Wenn Unterthanen, über welche Unsern Aemtern die Herrschafft „zustehet, abzumeyern, und wegen Besetzung der Uns ratione „der Guths-Herrschafft zustehenden Höfe etwas zu verfügen, soll „solches bey der Rent-Cammer tractiret werden, ohne daß da„gegen einiger Proceß zu verstatten.“

Denen Beamten und einer jeglichen Obrigkeit im Calenbergischen ist befohlen, denen Guths-Leuten überall kund zu thun, daß sie vor Martini zu völliger Abführung ihres Meyer-Zinses sich anzuschicken haben, wofern solches aber nicht geschehen ist, auf Anhalten der Guthsherren, sobald Martini verstrichen, durch gehörige nachdrückliche Zwang-Mittel anzuhalten, und wenn solches von denen Beamten nicht befolget, und der Meyer-Zins auf abermahliges derer Guthsherren schrifftliches Anzeigen in denen ersten 10 Tagen nach Weyhnachten noch nicht abgeführet seyn solte, haben die Guthsherren solches denen höhern Justitz-Collegiis anzuzeigen, die darauf geschärffte Verordnung dem Befinden nach und zwar auf Kosten des säumigen Beamten ergehen laßen solten. Constit. Georgii Secundi Resc. vom 3/14ten Mart. 1738. §. 22. Cal. T. II. pag. 660.

Der Meyer ist schuldig seinem Guthsherrn gereinigtes, gutes, untadelhafftes Zins-Korn, so wie es an seinem Orte gewachsen und gedroschen ist, und wie er es zu Marckte bringet, ohne Vermischung

mit Dreſpen oder Nadel, zu liefern, oder widrigenfalls die Zins-Frucht nach dem Marcktgängigem Preiſe der nächſtbelegenen großen Stadt, wie ſelbiger um Martini geweſen, mit Gelde zu bezahlen. ib. §. 21. Cal. T. II. pag. 659.

Das Pacht- und Zins-Korn ſoll nicht nach dem Ao. 1713 eingeführten neuen, ſondern nach dem vorhin gebräuchlich geweſenen alten Himten geliefert und angenommen werden. Reglem. de 22ten Decbr. 1713. §. 17. Cal. T. III. pag. 232.

Was von denen Erb-Zins-Güthern constituiret, ſoll auch auf die Meyer-Güther verſtanden werden, alſo daß keinem Meyer gebühret, die inne habende Meyer-Güther ohne ſeines Guthsherrn Wißen und Bewilligung andern zu verſetzen, zu verkaufen, ſeinen Söhnen, Töchtern oder Anverwandten zur Ausſteuer, Gegen-Vermächtniß, oder ſonſt mit zu geben, noch in andere Wege zu beſchweren; diejenigen, die dem zuwider mit jemanden auf fremde Meyer-Güther ohne erhaltenen Consens ſich einlaßen, ſollen zu ihrer angemaaßten Praetension nicht verholfen, vielweniger die Meyere bey ihrer Meyer-Statt geſchützet, ſondern vielmehr nach der Verordnung beſtrafet werden. ib. T. IV. pag. 114, 115.

Divus Ernest. August. hat unterm 8ten Jun. 1691 declariret, daß wegen der gänzlichen Verkauf- und Veräußerungen der Meyerhöfe es bey demjenigen verbleiben ſolle, was in denen Rechten und Dero Vorfahren Constitutionen desfalls ſchon verſehen; dabenebſt aber haben Sr. Churfürſtl. Durchl. verordnet:

1) daß wenn jemand vorhanden, der mit ordentlichen und mit genugſamen Consens dergleichen Länderey Pfandweiſe an ſich gebracht, demſelben zwar ſein Recht gelaßen, und die Länderey oder Wieſenwachs, ehe und bevor er ſeines Vorſchußes halber satisfaciret und die Bezahlung erhalten, abzutreten nicht ſchuldig ſeyn, die Beamte aber, inſonderheit wenn die Höfe durch dergleichen Verpfändung in merckliche Abnahme kämen, ſich bemühen ſolten, ob ſie mit denenſelben in Güte auf Termine handeln könnten, und dahin ſehen, daß dieſelbe erhalten, die Creditores befriedigt, und im Gefolg die Höfe redintegriret würden; 2) wenn aber dergleichen im Recht begründeter Consens weder von der Cammer, noch vom Amte vorhanden, ſolte die Länderey denen Inhabern ſogleich verboten und dem Eigenthums-Herrn restituiret, und wieder bey die Höfe geleget werden. Würden jedoch die Umſtände mit ſich bringen, daß dem Eigenthums-Herrn des Hofes oder deßen Vorfahren mit dem auf die Länderey oder andere Pertinentien würcklich gethanen Gelde in äußerſter Noth ausgeholfen und dadurch der Hof in ſo weit im Stande erhalten worden, ſolte die Billigkeit darum gleichfalls observiret und dahin geſehen werden, ob denen Creditoren ohne des Hofes Ruin einige Satisfaction wiederfahren und zu gute kommen könne.

Wenn aber der Hof bereits in die dritte Hand gekommen und die Schulden nicht von den Beſitzern oder deren Vorfahren in Linea descendente oder Erblaßern herrühreten, ſolten die verſetzte Stücke ohne Erſtattung wieder eingezogen werden. 3) Dergleichen Creditores ſolten jedoch von denen inne habenden Pertinentien die Erndte vor das Jahr noch zu genießen haben, ſo bald aber daßelbe geſchehen, die Länderey und was es ſonſt vor Stücke wären, restituiren. 4) Ohne Vorwißen der Cammer und deren erfolgende Bewilligung, ſolte von denen Beamten in keinen Verſatz oder Verkauf der Pertinenzien von denen Höfen consentiret werden, wobenebſt es bey demjenigen ſein Verbleiben hätte, was wegen des Guthsherrn-Consens die Rechte und Landes-Constitutionen erforderten. Cal. T. IV. pag. 100, 102.

Als ſich nach eingezogener Erkundigung gefunden, daß die Austhuung der Pertinenzien auf Arths- und Stellungsweiſe nicht gänzlich abgeſchaffet werden können, indem denen Unterthanen gar viele Casus von Mißwachs, Viehſterben, Kranckheiten und dergleichen zuſtoßen können, welche ſie unvermögend machen, ihre Praestanda abzuführen, wannenhero ſie unumgänglich bey andern Hülfe ſuchen müßen, aber wenig Credit zu finden pflegen, wenn ſie würckliche Verſicherung geben können und wollen, ſo iſt zwar unterm 29ten Jan. 1705 verordnet, daß den Unterthanen in Zeit der Noth bevor bleiben ſolle, ein oder ander Morgen Landes Arth oder Stellungsweiſe auszuthun, jedoch zu Vermeidung ſonſtiger Mißbräuche auf die Maaße, daß die Austhuung mit Vorbewuſt und Consens des Amts, welches ſothanen Consens nach vorgegangener genugſamer Unterſuchung der Sache, und wenn ſich finden würde, daß die Nothwendigkeit der Sache ſolche Austhuung nothwendig erforderte, mit der Cammer Bewilligung ohne einiges Entgeld ſchrifftlich zu ertheilen hätte, geſchähe.

2) Daß der Creditor, welchem einiges Land Stellungsweiſe eingethan würde, währender Zeit er daßelbe unter ſich hätte, die Onera publica ſowohl als die Cammer-Gefälle, wie auch die Praestationes, ſo etwa dem Guthsherrn werden müſten, abſtattete.

3) Daß ein gewißer Preiß, wie viel für das Stellungsweiſe auszuthuende Land zu geben, nach Beſchaffenheit der Länderey vom Amte determiniret würde.

4) Daß die Creditores das Braak-Jahr praecise dabey observireten, und in ſelbigem das Land weder mit Lein noch ſonſten beſäeten.

Mangelte es an obigen Puncten, ſo ſolte die desfalls getroffene Handlung null und unkräfftig ſeyn, und denen Creditoribus keine gerichtliche Hülfe wiederfahren. Cal. T. IV. pag. 103, 104.

Unterm 30ten Julii 1719 haben Seine Königl. Majeſtät Georg der Erſte, inſonderheit auch auf des Schatz-Collegii Fürſtenthums Calenberg Veranlaßung, verordnet, daß alle Stiffter, Clöſter, Beamte,

Gerichtshabere und alle übrige Guthsherren Fürſtenthums Calenberg ohne Unterſcheid, wes Würden und Standes ſie wären,

1) binnen Jahrs Friſt ihren Meyern und Guths-Leuten über alle und jede von ihnen entweder Zins- oder Pachtsweiſe recognoscirende, denen Landes-Ordnungen nach an und für ſich Taxt- und Pflichtmäßige Länderehen, nach deren Guthsherrlichen Qualitaet und Eigenſchafft, richtige Meyer-Briefe ausſtellen, und darin ſowohl all ſolches Land nach Morgen-Zahl und wo ſelbiges belegen accurat specificiren, als auch die Quantitaet des davon zu entrichtenden Canonis oder Pachts an Korn oder Gelde distincte ausdrücken, die Coloni auch ſolche Contracte denen Schatz-Einnehmern auf jedesmaliges Erfordern in originali vorzeigen ſollen.

Würde dagegen gehandelt, oder zu Verkürzung der Land-Renterey etwas verſchwiegen werden, ſolte nach erhaltener Notitz davon derjenige, welcher daran Schuld wäre, er möchte Guthsherr oder Colonus ſeyn, nach Proportion des verſchwiegenen exemplariter beſtrafet, und über das noch über kurz oder lang den verſchwiegenen Scheffel-Schatz in duplo zu erlegen, executive angewieſen werden.

Ob auch gleich über ein oder anderes Guthsherrliche Pertinens zwiſchen dem Guthsherrn und Colono Zweifel oder Streit vorhanden wäre, ſo ſolte dennoch ſolches Stück beßen ohngehindert dem neuen Contracte mit Anführung der Umſtände, bis der Streit unter ihnen entweder in Güte oder zu Recht ausgemachet, zur Nachricht inseriret werden.

2) Was ſeit 40 Jahren von denen Guthsherren neuerlich unternommen, und den Colonis aufgebürdet worden, da nemlich die Guthsleute ihren Meyern und Zins-Leuten den alten gewöhnlichen Canonem dergeſtalt geſteigert, daß hin und wieder ſie das Meyerland in Theil-Land und den alt hergebrachten Zins in Theil-Korn verändert ꝛc., ſolches alles ſolte krafft der Verordnung gänzlich abgeſchaffet, und für null und nichtig erkläret ſeyn, auch daher in denen neuen Contracten kein anderer Canon oder Meyer-Zins, als welcher bey der Meyer-Statt von alters hergebracht, passiret, oder vor gültig angenommen werden.

Die, welche die Contrariones denunciiren, ſolten die Häffte der Strafe zu gewärtigen haben. Cal. T. IV. pag. 115, 118.

Als obige Verordnung dahin mißverſtanden werden wollen, als wenn damit verboten wäre, diejenige Güther, welche ihrer Natur und Eigenſchafft nach, Bona conductitia oder bloße Pachtgüther ſind, um einen höhern Verding, als vorher davor von denen Conductoribus gegeben worden, oder an andere, als welche dergleichen Güther eine geraume Zeit in Pacht gehabt, auszuthun, ſo iſt unterm 30ten Jan. 1720 die Declaration erfolget, daß der Verſtand obgedachter Verordnung eigentlich dahin gehe, daß keine Meyer- oder Zins-Güther in

Theil-Land, noch der alte Canon in Theil-Korn, nemlich auf den 2., 3., 4., 5ten Theil derer auf dem Lande jährlich wachsenden Feldfrüchte verändert werden solten, weil solches in der That eine unerlaubte und zum Ruin derer Meyer gereichende Steigerung wäre.

Dabey aber hätte es gar nicht die Meinung, jemanden den freyen Genuß seines Erb-Eigenthums zu beengen, oder zu hindern, daß er die von ihm entweder selbst. oder von jemand anders administrirte, oder sonst verpachtet gewesene Güther, welchen kein Meyer- oder Zins-Recht anklebete, nach seinem besten Nutzen und Gefallen, sofern dem Landesherrn oder der Landschafft, noch einem tertio an deßen etwan habenden Rechten dabey nichts abginge, an einen andern und für einen höhern Both nicht verpachten könnte oder solte. Rescr. vom 30ten Jan. 1720. Cal. T. IV. pag. 118, 119.

Vor die Unterthanen auf dem Lande ist ordinaire nichts schädlicher, als wenn man mit ihnen wegen Lieferung der Zins-Früchte über die Gebühr stundet, maßen dieselbe daher offt Gelegenheit nehmen, das habende Korn zu verkaufen und zu vergreiffen, wodurch sodann verursacht wird, daß sie daßelbe nachher entweder wieder theurer ankaufen, oder das nächstkünfftige Jahr zu ihrem Schaden doppelt bezahlen müßen.

Die Beamte haben also die Einforderung und Beytreibung der Zins-Früchte zu rechter Zeit zu besorgen und dieselbe nicht bis dahin anstehen zu laßen, daß von denen Censiten und Colonen das schuldige Zins-Korn vergriffen worden.

Würden aber durch derer Beamten Negligenz die Zins-Früchte zurück bleiben, so wird daran zwar nicht remittiret, jedoch auch denen Beamten selbige hernachmals zu derer Unterthanen Ruin zur unrechten Zeit beyzutreiben nicht verstattet, sondern die Cammer läßet dieselbe dem Beamten zur Last.

Ferner müßen die Beamte denen Censiten und Colonen nicht verstatten, von dem eingeerndteten Korn vorher das Beste zum Saat- und Brodt-Korn, oder wohl gar zum Verkauf vorab zu nehmen, und hernach das Schlimmste zum Zins zu liefern, sondern die Beamte haben pflichtmäßig darüber zu halten, daß jene die Zins-Früchte so liefern, wie sie auf ihrem Lande gewachsen sind. Const. de 8ten Novbr. 1714. Cal. T. IV. pag. 120, 121.

Laut Resol. vom 14ten April 1719 haben Seine Königl. Majt. Georg der Erste, wegen der Abmeyerung und in welchen Fällen die Guthsherren im Calenbergischen dazu berechtiget seyn sollen, in einer nächsten zu publicirenden Meyer-Ordnung Versehung thun wollen; immittelst aber, was die Setzung der Meyer und Riegemänner, wie auch die Confirmation der Ehe-Receße unter denen Bauers-Leuten betrifft, verordnet, daß die Beamte und Obrigkeiten, außer in denen Fällen, da dieselbe vermöge der Landes-Constitut. vom 8ten Junii 1691

von Amts- und Obrigkeitswegen verbunden wären, auf die wüsten und mit keinen Familien versehene Höfe Colonos zu setzen, ohne des Guths-herrn expresse Einwilligung, keinen neuen Meyer auf einen Voll-, Halb-, oder Koth-Hof nehmen, noch einige Ehe-Recesse derer Meyer und deren Kinder eher confirmiren sollen, bis der Guthsherr darüber vernommen, und da er dabey nichts erhebliches einzuwenden, seinen Consens dazu gegeben, und die Pacta dotalia eigenhändig unterschrieben.

Wenn ein Hof verschiedenen Guthsherren zugehörete, solten diejenigen, welche die also genannte Köhrmede, oder in andern Aemtern und Gerichten den Weinkauf von dem Hofe zu erheben hätten, in diesem Fall vor Principal-Guthsherrn angesehen und deren Consens und Einwilligung bey Besetzung der Höfe mit Meyern oder Verschreibung des Brautschatzes erfordert werden.

Wie denn die Prediger ohne einen schrifftlich von der Obrigkeit des Orts ertheilten Schein, daß es mit denen Pactis dotalibus seine völlige Richtigkeit hätte, die sich heyrathende Personen bey willkührlicher Strafe nicht copuliren solten.

Dafern aber der Guthsherr ohne erhebliche Ursachen in die Ehe-Recesse nicht consentiren oder dieselbe unterschreiben wolte, wäre der Casus, nach vorhergegangener Untersuchung von den Umständen des Hofes und deßen Vermögen, von denen Beamten und Obrigkeiten an die Justitz-Canzeley oder das Hofgericht zu referiren, welche den Guths-herrlichen Consens allenfalls ex officio zu suppliren und die Ehe-Receße an des Guthsherrn Statt zu unterschreiben hätten. Cal. T. IV. pag. 122, 123.

Die Calenbergische Stände haben Ao. 1719 angesuchet, denen Privat-Guthsherrn das Zwang- oder Pfandungs-Recht über die ihnen von ihren Guths-Leuten zu praestirende bekanntliche Zinse, Dienste, Pächte und dergleichen zu verwilligen.

Sr. Königl. Majestaet Georg der Erste haben aber nach reifer Ueberlegung der Sachen Bedenken getragen, solches in den Ihnen unmittelbar zustehenden Gerichten zu verstatten.

Vielmehr haben Sr. Königl. Majt. unterm 19. Octbr. 1719 declariret, daß es bey demjenigen, was desfalls in dem Gandersheimischen Landtages-Abschiede Art. 28. verordnet, sein Bewenden behalten, und dem zufolge den Privat-Guthsherren zwar das Pfandungs-Recht nicht zugestanden, jedoch die Beamte und übrige Gerichts-Inhabere ernstlich und bey nachdrücklicher Bestrafung angewiesen werden solten, denen Guthsherren auf ihr gebührliches Anhalten wieder ihre säumige Meyer, wofern sie wegen Mißwachses, Heer-Zuges, Hagel-Schlages, Mäuse-Fraßes und dergleichen extraordinairen Zufällen, welche von ihnen zu rechter Zeit anzumelden, und der Augenschein einzunehmen wäre, nichts erhebliches einzuwenden hätten, durch dazu dienliche Mittel

unweigerlich zu dem ihrigen zu verhelfen, denen Guthsherren desfalls keine unnöthige Kosten, Stege und Wege zu veranlaßen, vielweniger die Guthsleute wider ihre Guthsherren zu verhalsstarrigen, oder denen Guthsleuten etwas, außer was zu Bezahlung ihrer andern Abgifften, Schatzungen und gemeinen Kosten, oder Gesinde-Lohns von nöthen wäre, ehe und bevor sie dem Guthsherrn bezahlet hätten, hinweg zu bringen gestatten.

Die Beamte und Gerichts-Inhabere, welche den Guthsherren auf ihr Ansuchen nicht zu demjenigen verhülfen, was ihnen von Rechtswegen zukäme, oder welche denen Guthsherren desfalls unnöthige Kosten, Stege und Wege veranlaßeten, solten dasjenige, so die Guthsherren darunter verlöhren, nebst denen veranlaßeten Kosten, doppelt erstatten. Cal. T. IV. pag. 124, 125.

In verschiedenen Aemtern der Chur-Braunschw. Lande war sonst das sogenannte Hagestolzen-Recht von Alters hergebracht und exerciret; Sr. Königl. Majestaet Georg der Andere haben aber unter der gnädigen Bezeugung, daß HöchstDeroselben jede Gelegenheit Dero getreuen Unterthanen einiges Soulagement wiederfahren zu laßen, lieb wäre, nicht nur selbst sich des Genußes dieses Hagestolzen-Rechts begeben, sondern auch daßelbe durchgehends in Dero gesamten Teutschen Landen aufgehoben und aboliret, derogestalt, daß zu ewigen Zeiten Ihro und Dero Aerariis aus dem Hagestolzen-Rechte weiter nichts berechnet, oder zur Einnahme gebracht, sondern einem jeden Unterthan, von was Standes, Alters und Würden sie seyn, in Städten oder Dörfern, frey und ohnverwehret seyn solle, von ihren Güthern, sie mögen ererbet oder erworben seyn, ungehindert tam inter vivos quam mortis caussa zu disponiren. Es soll auch künfftig die Rubric von Hagestolzen aus den Amts- und Cammer-Rechnungen gänzlich herausgelaßen und ex hoc capite nicht der geringste Anspruch an jemand gemacht werden. Constit. vom 24ten Julii 1732. Cal. T. IV. Sect. 2. pag. 21, 22.

Divus Elector Ernestus Augustus hat sub dato Hannover den 5. Januar. 1685 verordnet, daß, wenn einer derer in Rechnung stehenden Diener, welchem mit Geld-Sachen oder andern Herrschafftlichen oder Landes-Einkünfften umzugehen und solche einzunehmen anvertrauet, seiner geleisteten Pflichte zuwider, die Gelder oder andere gehobene Intraden dem Landesherrn, seiner Cammer, Krieges-Caße, oder wohin der Landesherr es sonsten verordnete und sich gebührete, nicht liefern, oder zu demjenigen Gebrauch, wozu sie gewidmet und verordnet, nicht anwenden, sondern dieselben anderweit entweder zu seinem eigenen Nutzen und Gebrauch oder sonst anderer gestalten, wohin es nicht verordnet, verwenden und also das gehobene nicht gehörig berechnen und sofort liefern könnte, und damit dem Landesherrn oder deßen Unterthanen oder Angehörigen Nachtheil und Schaden

verursachen würde, daß alsdenn (diese Worte sind in der Constit. de 1705 weggelaßen) derselbe deswegen, und weil er wieder Eyd und ihm anvertrauetes Amt gehandelt, da er noch lebete, für infam und unehrlich, wie er ohnedem von Rechtswegen sey, gehalten und mit denen in den gemeinen Rechten verordneten Poenen nicht allein beleget, sondern auch nach Befinden, wenn es klar befunden, daß er mit Betrug das Geld oder die Einkünfte entwendet oder untergeschlagen, und die Summe sich zu Hundert Rthlr. oder höher beliefe, am Leben, wenn die Summe aber geringer, am Leibe, auf vorgegangene rechtliche und ordentliche Cognition und Verurtheilung gestrafet, oder da es erst nach seinem Absterben kund und offenbar werden solte, daß man versichert, da er schon im Leben solches mit keinem Rechtsgrunde ablehnen, sondern die Lebens-Strafe vorermeldtermaßen verwürket haben würde, ad honestam sepulturam nicht verstattet, oder da er schon begraben wäre, wieder aufgegraben und außerhalb des Kirchhofes, wie und wohin der Landesherr es alsdenn verordnen will, eingescharret werden soll. Cal. T. II. pag. 670, 672.

Obige Constitution ist a Divo Electore Georgio Ludovico sub dato Hannover den 15ten April 1705 erneuert und erweitert, wie obenstehende Note ergiebet, mit dem Anhang, daß die in Rechnung stehende Bediente mit denen eingenommenen Herrschafftlichen Geldern oder Intraden für sich keinen Handel und Wandel treiben, oder dieselbe auf einige Weise mit dem ihrigen vermischen oder versetzen, sondern die Herrschafftlichen Gelder derogestalt separat halten sollen, daß sie auf Erfordern jedesmahl augenblicklich zeigen können, wo selbige Gelder verwahret stehen.

Wer dawieder thun wird, der soll, ob er schon etwan sich erbieten und Mittel genug haben möchte, es zu erstatten und wieder zu geben, seiner Bedienung verlustig seyn und noch dazu willkührlich bestrafet werden.

Obiges alles ist auch zu verstehen von denenjenigen, welche die in Gerichten deponirte Gelder in Verwahrung haben, imgleichen auf die Administratores der Städte und anderer Communen Gelder und Intraden.

Die Ao. 1705 schon bestellet gewesene Bediente sind auf solche Verordnung gewiesen worden, und haben deren Beobachtung mittelst eines auszustellenden schrifftlichen Reversus angeloben müßen, Ratione derer künfftig zu bestellenden Bedienten aber ist verordnet, sie ausdrücklich darauf mit zu beeydigen. Cal. T. IV. pag. 676, 677, 678.

Sr. Churfürstl. Durchl. Ernst August haben unterm 11ten Mart. 1686 declariret, daß, so viel die berechnende Berg-Bediente anlangete, die unterm 5ten Januar 1685 publicirte Constitution auch auf die ungetreue Berg-Bediente und Schichtmeistere verstanden, und sie mit denen darin enthaltenen Strafen, nach Beschaffenheit des Verbrechens, unausbleiblich und ohne Ansehen der Person beleget werden sollen.

So viel aber die andern sogenannten Bedienten vom Leder beträfe, alldieweilen deren Betrug wenig zu Tage käme, so solte Berg-Hauptmann und Berg-Amt zu Clausthal, wenn die verübte Untreue auch in wenig Groschen bestünde, diejenigen Steigere, so deßen überführet, vom Dienste setzen, und ohne des Landesherrn Special-Disposition hinwieder nicht befördern.

Bestünde aber die verübte Untreue in mehrern, es fünden sich auch sonsten einige bedenckliche Umstände dabey, oder es würde dergleichen von einer Berg-Amts-Person verübet, so solte von dem Berg-Amte der Verbrecher in gehörige Verstrickung kommen, die Sache genau untersuchet, darauf zur Erkenntniß der Strafe umständlich mit Einsendung derer dabey vorgegangenen Acten referiret werden, da denn der Landesherr gemeinet wäre, solche an Ehre, Guth und nach Befinden gar am Leben, ohngeachtet sonst in der Kayserl. Peinl. Hals-Gerichts-Ordnung eine andere und gelindere Strafe gesetzet seyn möchte, zu strafen. Patent vom 11ten Mart. 1686. T. IV. Sect. 2. pag 143, 144.

Art. 20.

Von Schließung und Einsendung der Amts-Register.

Dieser Articul wird durch dasjenige zu suppliren seyn, was das neue Cammer-Reglem. de 1753 §. VI. besaget.

Art. 21.

Von den Fürstl. Ablagern auf und in denen Aemtern, Unkosten und Diensten bey den Aemtern.

Mit diesem Artic. wird der XIIte Articul des neuen Cammer-Regl. de Ao. 1753 zu conferiren seyn.

Art. 22.

Von der Räthe und Diener Zehrung auf den Aemtern.

Bey denen Durchmärchen haben die Beamte, wenn sie mit denen fremden durchmarchirenden Trouppen weiter nicht beschäfftiget sind, als die Gränzen ihrer anvertraueten Güther sich erstrecken, keine Reise- oder Zehrungs-Kosten zu praetendiren. Wenn sie aber die Annehmung der durchmarchirenden Trouppen außerhalb der Gränzen ihrer anvertraueten Aemter und die Durchführung in fremde Territoria thun, sollen ihnen die gewöhnliche 2 rthlr. für jeden Tag und Nacht aus der Krieges-Caße gut gethan werden. Divi Elect. Ernest. Aug. Reglem. vom 6ten Martii 1695 §. 8. Cal. T. III. pag. 158.

Die sogenannte Schäffer-, Fenster-, Immen- und andere Zehrungen sind unterm 27ten Junii 1699 ernstlich in der Maaße verbothen, daß so wenig die Beamte für ihre Person selbige anstellen, als andern in ihren anvertraueten Aemtern verstatten, die Contravenienten aber bey

der Cammer oder an denen Collegiis, worunter ein solcher Verbrecher stehet, zur Bestrafung anmelden sollen.

Würde ein Beamter oder Unter-Amts-Einnehmer gegen dieses Verbot handeln, soll er dadurch nicht nur seines Dienstes verlustig seyn, sondern auch dazu nach Befinden gestraft, die contravenirende Unterthanen aber, dem Vorfinden und den Umständen nach, mit schwerer Geld- oder Leibes-Strafe beleget werden. Cal. T. IV. pag. 59, 60.

Art. 23.

Von dem Amts-Haushalt.

Mit diesem Articul wird zusammen zu halten seyn der in dem neuen Cammer-Reglement de Ao. 1753 befindliche von denen Pachtungen und Licitationen handelnde VIIIte Articul.

Das Vieh zu verspielen ist sowol denen Beamten und Amts-Unter-Bedienten bey Verlust des Dienstes und Vermeidung anderer Bestrafung, als auch denen Unterthanen bey schwerer Geld- und Leibes-Strafe unterm 27ten Junii 1699. Cal. T. IV. pag. 59, 60. verboten.

Zu Krieges- und Pest-Zeiten in Ermangelung eines Abdeckers, oder sonst bey großen Vieh-Seuchen das gefallene Vieh aus denen Ställen zu schaffen und zu vergraben, deshalb soll niemand von denen Handwerkern oder sonst jemand Streit und Verdruß erreget werden. Kayserl. Reglem. de 1734. §. 13. Cal. T. III. pag. 61.

Art. 24.

Von denen Regiments-Tagen, Diensten und Dienst-Registern.

Hiemit wird zu conferiren seyn, was der XIIIte Articul des neuen Cammer-Reglem. de 1753 wegen des Dienstwesens besaget.

Als man bey der Cammer bemerket, daß es mit Bestellung der Dienste unordentlich zugegangen, so ist die Beobachtung der Regiments-Tage unterm 23ten May 1698 nachdrücklich eingeschärfet und befohlen, daß der Amts-Ordnung de 1674 Art. 24. gemäß, solche Regiments-Tage alle Woche angestellet und gehalten und die dabey gehaltene Protocolla über die Bestellung der Dienste bey Ablegung der Amts-Rechnungen allemahl produciret werden sollen. Cal. T. IV. pag. 99.

In wie fern in denen Dienst-Sachen die Justitz-Collegia cognosciren können, ergiebet Divi Georgii Regis Declaration vom 19ten Octbr. 1719. Cal. T. II. pag. 290. item Cal. T. IV. pag. 2, 3.

Die daselbst angezogene Verordnung Divi Ducis Georgii Wilhelmi vom 17ten Decbr. 1663 statuiret, daß, wenn ein oder ander Amts-Unterthan sich wegen der ihm abgeforderten Dienst-Gelder und anderer an die Aemter schuldigen Praestationen und Gebührnißen unterm Vorwand, daß ihnen darunter zu nahe geschehe, oder daß ihnen bey Ableistung vorangeregter Amts-Dienste ihre alte Gebühr an Speise und Tranck nicht abgefolget, sondern darunter auch sonst allerhand

Neuerungen gemachet werden wolten, über die Beamten, oder in Holz- und Mast-Sachen über die Forst-Bediente sich zu beschwehren vermeinen, und deswegen Klage einführen wollen, dieselbe nicht bey denen Justitz-Collegiis angenommen, sondern sofort davon an die Cammer remittiret und allda, wie von Alters Herkommens, darunter verfahren werden solle.

Würde sonsten aber ein oder ander von Praelaten, denen von Adel, Städten und andern Schrifft-Saßen, oder auch Fremde über die Herrschafftlichen Beamte und Bediente unterm Vorwand, als wenn ihnen von denenselben ihre zustehende Gerechtigkeiten, Jura und Freyheiten gekränket oder sonsten per Consequent. ein sonderbahrer großer Nachtheil zugezogen werden wolte, zu klagen haben; so soll zwar solches zuerst an die zu denen Cammer-Sachen absonderlich verordnete Geheimte und Cammer-Räthe verwiesen, von denenselben der Kläger über das wieder die Beamte eingebrachte Gravamen bey einer deswegen anzustellenden mündlichen Vernehmung nothdürfftig vernommen, und um solch Gebrechen gütlich beyzulegen, Versuch gethan werden. Dafern aber bey dem Kläger bey oder nach angeregtem gütlichem Verhör begehret würde, daß selbige zu weiterer rechtlicher Ausführung an das Fürstl. Hof-Gericht remittiret werden möchte, so soll solches zwar ohnweigerlich geschehen, jedoch dahin zu trachten seyn, daß so viel möglich in die Kürze gegangen, die Sache ohne Weitläufftigkeit abgethan, und dem Rechte und Befinden nach entschieden werden möge. Niemand, welcher dingpflichtige Güther in Besitz und Gebrauch hat, er sey wer er wolle, darf ohne gnädigste speciale Befehligung und Befolgung mit denen würcklichen Diensten verschonet und übersehen werden; sondern die Beamte müßen die Dienste ohne Ansehen der Person durchgehends gleich abstatten laßen. Ausschreiben vom 21ten Jan. 1682. Cal. T. IV. pag. 97, 98.

Als die Erfahrung ergeben, daß derer Unterthanen Ruin größtentheils daher gerühret, daß die Pertinentien von denen Höfen zum Theil verkaufet oder versetzet, dagegen aber der volle Dienst oder das Dienst-Geld und andere Praestanda nach wie vor von den Höfen geleistet und abgeführet werden müßen, und die Inhaber der verkauften oder versetzten Pertinentien frey ausgegangen, wodurch jene, weil sie das völlige Vieh nicht halten und futtern können, und den Genieß nicht gehabt, gar herunter gekommen, ist laut Ausschreiben vom 14ten May 1685 nicht nur festgestellet, daß die Dienste und übrige Praestanda nicht eigentlich von denen Höfen kommen, sondern denen Pertinentien folgen sollen, sondern auch denen Beamten befohlen, die Pertinentien der Höfe und wer dieselben unterm Pfluge oder im Genieß habe, zu untersuchen, und dahin zu sehen, daß die Inhabere derselben nach Proportion die Dienste und übrige Praestanda mit abrichten müßen. Cal. T. IV. pag. 98.

Laut Ausschreiben vom 6ten Novbr. 1660 haben bis zu anderweiter Verordnung diejenigen Köther, so 30 Morgen und darüber unterm Pfluge haben, 3 Pferde, diejenigen aber, so darunter 15 Morgen bis 8 haben, 1 Pferd halten dürfen, und zwar so lange ein jeder so viel Länderey als jetzt gedacht unterm Pfluge hat.

Die Köther, so unter 8 Morgen, oder die, so gar keine Länderehen haben, dürfen keine Pferde halten und auf gemeine Weide bringen. Würde gleichwohl ein oder ander Köther, seiner dermahligen Gelegenheit nach, über vorspecificirte Anzahl auf eine Zeitlang noch ein Pferd zu halten, beym Amte Erlaubniß suchen, so solte auf solchen Fall von sothanen übrig gehaltenen Pferde ein Thaler in die Amts-Register jährlich entrichtet und bezahlet, oder wenn der Köther solches zu thun sich weigerte, ihm solche Pferde zu halten und auf gemeine Weide zu schicken nicht verstattet, sondern er angehalten werden, sie sofort abzuschaffen. Cal. T. IV. pag. 96.

Art. 25.

Von den Amts-Inventariis über Gebäude, item Mobilien und Moventien.

Art. 26.

Von des Amts-Schreibers Obliegenheit beym Haushalt, Korn- und Dröfch-Proba.

Keinem Dröscher soll gestattet werden, gehäuffte Himten anstatt seines Lohns zu nehmen, noch da ihm derselbe nicht gegeben werden möchte, auszutreten und in andere Arbeit zu gehen, sondern die Lohn-Dröscher sollen mit einem gestrichenen Himten, wie derselbe in der Scheure, auf der Dröfch-Deele, dem Hauswirthe, welchem sie dröschen, zugemeßen wird, friedlich seyn, und ein mehreres nicht begehren.

Würde aber jemand, er sey wer er wolle, sich unterstehen, dieser Verordnung zuwieder, entweder einen gehäufften Himten denen Dröschern zu geben, oder auch die Dröscher denselben zu begehren und anzunehmen, oder in Verweigerung deßen aus der Arbeit zu gehen, so soll derjenige, der dröschen läßt und den gehäufften giebt, so offt er wieder diese Verordnung handelt, in 20 rthlr. Strafe jedesmahl verfallen seyn, davon 3 Viertel dem Herrschafftlichen Fisco, der 4te Theil aber dem Ansager bezahlet und gereichet, auch deßen Nahme verschwiegen gehalten und zu seiner Verunglimpfung nicht gemeldet werden soll. Verordnung vom 10ten Aug. 1654. Cal. T. III. pag. 205—208.

An andern Orten, wo die Dröscher um einen gewißen Himten gedroschen, soll damit continuiret, und von denen Dröschern kein Geld noch Brantewein, oder der freye Trunck überher gefordert, oder denenselben gereichet werden, den wie vielsten Himten aber die Dröscher haben sollen, mag der Lohn-Herr so gut als möglich mit ihnen handeln. Verordn. de 17/28ten Mart. 1732. §. 26. Cal. T. III. pag. 221.

Des Nachts oder zur Abend-Zeit bey einem Kreusel oder bei einer offenen Leuchte Früchte zu dröschen, ist bey 5 rthlr. oder härterer Strafe verbothen, und befohlen, dazu jedesmalen zugemachte Leuchten zu gebrauchen, und selbige an einem unschädlichen Orte aufzuhangen. Ed. vom 13/24ten May 1735. Cal. T. III. pag. 291.

Das Korn auf dem Halm zu kaufen, oder das Korn zur Einsaat einzuthun und dagegen von allem, was darauf wächset, die Hälffte, auch wohl mehr, zu sich und hinweg zu nehmen, oder auf andere wucherliche Contracte Korn zur Saat vorzuschießen, hat Herzog Georg sub dato Hildesheim den 5ten Julii 1638 ernstlich verbothen, für null und nichtig erkläret, und die darunter betreten werdende zu gebührlicher unnachläßiger Strafe, der Befindung nach, zu ziehen befohlen.

Der Herzog hat dabenebst declariret, bey seinen Aemtern eine solche Verordnung machen zu wollen, daß so viel möglich denen Leuten die Hand geboten, und ihnen, was sie zu Forttreibung ihrer Nahrung bedürfen, vorgesetzet würde; die Gerichts- und Guthsherrn würden hoffentlich ein gleiches thun. Cal. T. II. pag. 666—670.

Bey annähernder Pest-Gefährlichkeit soll jede Stadt mit Fleiß darauf Bedacht seyn, wie sie eine gewiße Malter-Zahl nach Proportion und Menge der Einwohner an einem oder mehr bequemen Oertern der Stadt auffschütten laße.

Denenjenigen, welche nun dazu etwas vorschießen, oder die Früchte vorschießen, soll demnächst der Wieder-Bezahlung halber schleunige Hülfe und der Vorzug vor allen andern Creditoren, damit sie ohne Schaden bleiben, gegeben werden. Pest-Ordn. de 1712. §. 35. Cal. T. III. pag. 712.

Art. 27.

Vom Aufmeßen in den Scheuren und wieder Ausmeßen, so dem Amtschreiber oblieget; item von der Krimpf-Maaße.

Nach Divi Ernesti Augusti Erläuterung vom 18ten May 1683 §. 7. Cal. T. IV. pag. 51 hat die Krimpf-Maaße nur statt von dem würcklichen Vorrathe, so nach Abzug der Deputaten und Remissionen bleibet.

Gleichwie es Herkommens ist, daß der Käufer, er sey wer er sey, das Meße-Geld bezahlen muß, also darf auch der Cammer von denen Beamten desfalls nichts in Rechnung gebracht werden, als nur für dasjenige Getreide, welches zu behuef der Herrschafft außer den Deputaten und anderer Amts-Nothdurfft auf Befehl verabfolget, und auf den Herrschafftlichen Boden zu Hannover geliefert wird, und zwar die Hälffte des Meß-Geldes, nemlich vom Malter 6 ß. Divi Ernest. Aug. Elect. Renovat. der Amts-Ordn. de 1674 de dato den 8ten May 1683 §. 8. Cal. T. IV. pag. 51.

Art. 28.

Von Verkaufung des Korns auf den Aemtern und Einrichtung der Korn-Regiſter.

Hiemit wird zu conferiren ſeyn der XIIIte Artic. des neuen Cammer-Reglem. de 1753, betreffend die Korn-Gefälle und das Magazin.

Art. 29.

Von Bedüngung des Ackers mit Miſt oder Hörden-Lager.

1200 Schaafe bedüngen einen Morgen in einer Nacht.

Art. 30.

Von Weiden und Hecken.

Sub dato Hannover den 16ten May 1692 iſt durch ein Cammer-Ausſchreiben denen Herrſchafftlichen Pächtern verboten, über ihr eigen Vieh, worauf ihnen die Hude und Weide in dem Pacht-Contracte verſchrieben, und welches beym Amte ausgefuttert und überwintert werden kann, kein fremd Vieh für ein gewißes Weide-Geld auf die Amts-Weide zu nehmen, wobey die Unterthanen zur Weide mit interessiret ſind. Würde bey anſtellender Visitation ein wiedriges befunden, und die Pächter könnten nicht mit einem Eyde erhärten, daß das vorfindende Vieh ihr eigenes ſey, ſo ſollen ſie 200 rthlr. Strafe ohne einziges Bitten erlegen, und das Vieh ſelbſt dem Landesherrn verfallen ſeyn. Cal. T. III. pag. 371, 372. Eben dieſe Verordnung befindet ſich iisdem verbis und sub eodem dato T. IV. pag. 89, 90 mit dem bloßen Unterſchiede, daß das bey der Visitation ſich findende fremde Vieh nicht dem Landesherrn, ſondern den Armen verfallen ſeyn ſoll.

Als die in dem bis 1700 gebrauchten Julianiſchen oder ſogenannten alten Calender zu viel eingeſchaltete 11 Tage ausgelaßen worden, und ſich hin und wieder in denen Chur-Braunſchweigiſchen Landen Zweifel eräugnet, wie es mit denen Wieſen und Feldern, welche zu gewißer Jahrs-Zeit mit Schaafen und anderm Vieh betrieben und gehütet, zu gewißer Zeit aber, als auf Maytag, Pfingſten und dergleichen in Zuſchlag geleget werden, zu halten, ob dieſelbe künfftig auf die bis 1700 gebräuchliche Zeit oder aber, in Anſehung der ausgelaßenen 11 Tage, 11 Tage ſpäter zugeſchlagen; ſo iſt es respective unterm 20ten April 1700 und 21ten Febr. 1701 verordnet, daß alle und jede belegene Felder und Wieſen, welche zu gewißer Jahrszeit mit Schaafen und anderm Vieh betrieben und gehütet, zu gewißer Zeit aber zugeſchlagen werden, auf eben denſelben Tag, an welchem vorhin nach dem ſogenannten alten Calender jedes Orts der Zuſchlag geſchehen, es ſey der erſte Tag des Monaths May, der Pfingſt-Tag oder aber ein anderer Tag, hinkünfftig mit dem ſogenannten verbeßerten Calender zuzuſchlagen, derogeſtalt und alſo, daß wenn der Tag, an welchem vordem nach dem

sogenannten alten Calender jedes Orts der Zuschlag geschehen, z. E. der erste Tag des Monaths Maji, hinkünfftig nach dem sogenannten verbeßerten Calender einfallen wird, sodann an solchem nach dem verbeßerten Calender einfallenden ersten Tage des Monaths Maji allemahl angeleget, und darunter auf den sogenannten alten Calender keinesweges weiter gesehen werden solle. Cal. T. III. pag. 373, 375.

Unterm 20ten Mart. 1714 ist verordnet, daß eine jede Gemeinde gleich Anfangs Frühlings, und zwar vom 1ten May an, einen besondern Gänse-Hirten bestellen soll, bey 5 rthlr. Strafe, so offt dieselbe solche Bestellung unterläßet, oder nicht zu vorermeldter Zeit zu Werke richtet. Vorher aber muß ein jeder selbst dahin sehen, daß seine Gänse nicht auf die besaamte Winter-Felder laufen und Schaden thun, widrigenfalls er den Schaden erstatten und 6 mgr. Strafe geben soll. Niemand aber soll sich unterfangen nach dem 1ten May seine Gänse allein hüten, oder dieselbe frey vom Hofe laufen zu laßen, bey 18 mgr. Strafe, so offte er dawieder handelt.

Die Gänse-Hirten dürfen nirgend anders, als an unschädlichen Orten hüten, zu dem Ende die Gemeinde dazu gewiße Winkel und Plätze, allwo dieselbe keinen sonderlichen Schaden thun können, anzuweisen schuldig seyn sollen.

Geschiehet solches nicht, giebet die Gemeinde 2 rthlr. Strafe, der Hirte aber, welcher an andern und solchen Orten hütet, allwo Schaden geschehen kann, ist davor mit 6 gr. zu bestrafen.

Der Hirte muß die Gänse bis 14 Tage nach Michaelis hüten, bey 1tägiger Gefängniß-Strafe, nachher aber, da keine Hirten mehr gehalten werden, muß ein jeder, der Gänse hat, selbst dahin sehen, daß dieselbe auf der Saat keinen Schaden thun, widrigenfalls er den Schaden bezahlen und 9 mgr. Strafe geben muß. Cal. T. IV. pag. 375, 376.

Art. 31.
Vom Brau-Werck.

Schon unterm 4ten Mart. 1684 ist in die Herzogthümer Calenberg, Göttingen und Grubenhagen die Verordnung ergangen, daß die Eingesetzenen und Unterthanen, welche mit dem Bierbrauen zum feilen Kauf nicht begnadiget, oder sonst dazu berechtiget sind, selbiges bey Vermeidung willkührlicher Strafe gänzlich abstellen und unterlaßen sollen. Cal. T. III. pag. 191.

Als aber das Privat-Bierbrauen dem ohngeachtet nicht eingestellet und dadurch die Brau-Nahrung in denen Städten sehr herunter und in Abgang gebracht worden, so haben Sr. Königl. Majestät Georg der Erste auf Anhalten der Stände des Fürstenthums Calenberg unterm 11ten Octbr. 1713 (Cal. T. III. pag. 193—199) eine abermahlige Verordnung ergehen und publiciren laßen, vermöge welcher niemand in dem Fürstenthum Calenberg und Lande Göttingen sich unterstehen soll,

zum feilen Kauf Bier oder Broyhan zu brauen, wer nicht dazu berechtiget ist. Insonderheit sollen diejenigen sich solcher Brau-Gerechtigkeit enthalten, welche mit einer oder andern Stadt darüber Processe geführet, denen aber durch Urthel und Recht die Brau-Gerechtigkeit abgesprochen, und die Sache in rem judicatam erschossen. bey 100 rthlr. Strafe, so offte jemand dawieder gehandelt zu haben überführet wird, davon die Hälfte dem Landesherrn, oder in denen geschlossenen Gerichten demjenigen, welcher die Gerichtsbarkeit an dem Orte hat, berechnet, der 3te Theil dem Denuncianten zuerkannt und der 4te Theil ad pias causas verwendet werden soll; sofern aber der Gerichtsherr selbst unbefugter Weise brauet, ist die Strafe dem Landesherrn zu entrichten. §. 1. Cal. T. III. pag. 194 et §. 2. Cal. T. III. pag. 194, 195.

Als das in Wülfel in dem sogenannten Freyen angelegte Brau-Werck-Wesen dahin extendiret werden wollen, daß das daselbst gebrauete Getränck Faßweise nach Hannover gebracht worden, die mehreste von denen Herrschafftlichen Bedienten auch, welche sich deßen bedienet, solches aus dem irrigen Fundament berechtiget zu seyn vermeinet, daß in der Brau-Constitution vom 11ten Octbr. 1713 frey gegeben worden, ihr Getränck zu nehmen, woher sie wollen, wenn nur der Ort, woher das Bier geholet werde, unstreitig mit der Brau-Gerechtigkeit zum feilen Kauf versehen sey, so ist unterm 19ten Octbr. 1718 (Cal. T. III. pag. 199—202) die Declaration ergangen, daß außer demjenigen Wülfelschen Broyhan, welchen der Landesherr behuef seiner Hof-Staat und in seinen Hof-Keller zu nehmen gut finden möchte, auch was diejenige, welche anstatt der vorhin bey Hofe gehabten Tafel Kostgeld empfangen (welches jedoch weiter nicht als auf ihre Personen und behuef des nöthigen Tisch-Trunkes zu extendiren, und dero behuef denen Fuhrleuten eine im Thore an den Licent-Bedienten abzugebende Specification von der gebrachten Tonnen-Zahl und an wen dieselbe gesandt werden, zuzustellen), überall kein Wülfelscher Broyhan in die Stadt Hannover gebracht werden, auch niemand befugt seyn solle, deßen bey Vermeidung der Confiscation des Getränckes und einer Geld-Buße von dem Werth deßelben, was einzuziehen, noch einziehen zu laßen, vielweniger zu verfellen, es wäre denn, daß ein oder ander desfalls speciale Concession vorzeigen könte, oder auch dergleichen künftig von dem Landesherrn oder deßen Geheimten Räthen erlangen würde.

Die Ratio obiger Declaration ist darin gesetzet, weil dem Brauwesen zu Wülfel die Ausfuhr des Biers außer dem Bezirk derer drey also genannten Frey-Dörfer, Döhren, Lazen und Wülfel, folglich die unumschränkte Brau-Gerechtigkeit zum feilen Kauf an andere, als in denen dreyen Dörfern, durch mehrmahlige bey der Justitz ausgesprochene und in Rechtskrafft erschossene Urtheile aberkannt, solches auch durch wiederholte Decreta und Verordnungen bestätiget worden.

Aus eben der Urſache iſt auch die Einfuhr des zu Ahlden und Ilten gebraueten Broyhans auf eben die Weiſe wie die Einfuhr des Wülfelſchen Broyhans limitiret mit dem Anfügen, daß vermöge der Verordnungen vom 24ten Januar 1707 und 2ten April 1711 außer denen zu Hannover ſich aufhaltenden Geheimten Räthen, auch vornehmen Hof-, Militair- und Civil-Bedienten, bis auf die General-Majors, und gleichen Rang mit denenſelben habenden inclusive, und denenjenigen, welche etwa beſondere Concessiones produciren können, niemand berechtiget ſeyn ſolle, von dieſem Getränke etwas zu nehmen.

Von der Chur-Braunſchweigiſchen Militz ſoll niemand, es ſey unter was für einem Praetext es wolle, in denen Chur-Braunſchweigiſchen Landen ſich unterſtehen, Bier einzulegen und daſſelbe zu verkaufen und zu verſellen. Es ſollen auch diejenigen von beſagter Militz, bevorab aber die Unter-Officier zu Pferde und Reuter, welche zu ihrer Nothdurfft Bier einlegen wollen, daſſelbe aus keinem andern Amte, als worinnen ſie würcklich quartiret ſind, erhandeln und in ihre Quartiere oder ſonſt in ihr Gewahr bringen.

Wer dawieder handelt, dem ſoll das Bier durch die Amts-Diener ohne einigen Entgeld weggenommen und an das Amt gebracht, und die Uebertreter ſollen dem Befinden nach überdem willkührlich beſtrafet werden. Verordnung Divi Ernesti Aug. Elect. vom 26ten Junii 1682. Cal. T. III. pag. 110, 111.

Art. 32.

Von Amts-Gebäuden und deren Unterhaltung.

Hiebey wird nachzuſehen ſeyn der IXte Artic. des neuen Cammer-Reglem. de Ao. 1753, von denen Bau-Sachen handelnd, imgleichen das Cammer-Ausſchreiben vom 3ten Octbr. 1753, mittelſt deßen wegen der Bau- und Beßerungen 14 Regulativa feſtgeſtellet worden; dann auch die unterm 10ten May 1754 publicirte Instruction vor die Land-Bau-Meiſtere.

Kein Beamter oder berechnender Diener ſoll ſich gelüſten laßen, einige Bau-Koſten über 3 rthlr. in einer Summa zur Ausgabe zu bringen.

Wenn bey denen Aemtern ein Bau oder eine Reparation bewilliget und vorgenommen wird, dürfen die Beamte und Rechnungsführer auch andere Herrſchafftliche Bediente, weder durch Leute noch durch ihr eigen Spann-Werck dabey einigen Verdienſt ſuchen oder nehmen, ſondern diejenige, welche dawieder handeln, werden nach Befinden mit willkührlicher Strafe angeſehen.

Von denen übrig gebliebenen Bau-Materialien muß eine ordentliche Specification verfertiget, was bey jedem Bau dazu oder davon abgekommen, darinn notiret, ſelbige unter aller Beamte Unterſchrifft denen einſchickenden Bau-Rechnungen jedesmahl beygeleget, und zum pflichtmäßigen Gutachten dabey angeführet werden, ob ſothane Bau-

Materialien ferner und zu welchem behuef beyzubehalten oder zu verkaufen seyn, damit dem Befinden nach die Nothdurfft darunter verfüget werden könne. Ausschreiben vom 17ten Novbr. 1729. Cal. T. IV. pag. 88, 89.

An die Aemter Scharzfels, Herzberg, Catlenburg und Osterode ist unterm 24ten Novembris 1734 die Verfügung ergangen, daß in daſigen Aemtern bey willkührlicher Strafe niemand die äußern Wände des Hauſes weiter von Holz, ſondern Massiv von Bruchſteinen und Leder-Kalck, oder von Kieſel-Steinen und Gibs-Kalck aufbauen, dahingegen aber vor ſolche mehr anzuwendende Koſten zu gewarten haben ſolle, daß vorerſt und bis zu weiterer Verordnung ihm von demjenigen Quanto, was ein ſteinernes Haus mehr als ein hölzernes koſtet, der 4te Theil aus dem Grubenhagenſchen Licent-Ueberſchuß, auf die Maaße wie es mit denen Bau-Begnadigungs-Geldern zu Einbeck gehalten wird, gut gethan, und das andere Viertheil von der Guths-Herrſchafft erſtattet werde, oder wenn es Herrſchafftliche Guthsleute ſind, ihnen eine Vermehrung der ſonſt üblichen Remissions-Verwilligung der Cammer-Praestandorum wiederfahre, die andere Hälffte der Koſten aber muß von dem Eigenthümer in Anſehung des von der Dauerhafftigkeit und ſonſt habenden Vortheils ſelbſt geſtanden werden.

Würde jemand ſo unvermögend ſeyn, daß er dasjenige, was ein ſteinernes Haus mehr als ein hölzernes koſtet, nicht aufbringen könnte, ſo haben die Beamte, ob ſich ſolche Unvermögenheit in der That finde, zu unterſuchen und davon zu weiterer Verordnung zu berichten. Cal. T. III. pag. 139, 140.

Einem jeden Gerichte lieget ob, daran zu ſeyn, daß die Gefangene bis nach ausgeführter Sache wohl verwahret werden. Die Gefängniße aber müßen ſo viel möglich leidlich und ſo beſchaffen ſeyn, daß die Inquisiten mit Ungeziefer, Geſtanck, Finſterniß, Feuchtigkeit, Kälte und andern der Geſundheit ſchädlichen Beſchwerungen nicht gepeiniget, noch auch in ſolche Löcher geſteckt werden, die ſo niedrig, daß der Inquisit ſich nicht darinn aufrichten kann, ſondern beſtändig gekrümmet und gebücket liegen muß, welche Quaal öffters ſchwerer als der Tod ſelbſt ankomt.

Zu ſolchem Ende ſollen die Gerichte, wo thunlich, zwey Gefängniße haben, eines zur Strafe und eines zur bloßen Behältniß, und dieſes letztere müßen ſie ſo zurichten laßen, daß der Inquisit, wenn der Inquisitions-Process nicht ſobald zum Ende befördert werden kann, das volle Tages-Licht haben, herumgehen, beten, leſen, oder ſingen könne, und indeßen nicht in Kranckheit fallen, oder ſonſt verderben, und alſo keine Urſache erlangen möge, die Härte des Gefängnißes abzuziehen, und daher um Erlaßung oder Milderung der ſonſt verdienten Strafe anzuſuchen. Crim.-Instr. Cap. 3. §. 1. Cal. T. II. pag. 808, 809.

Wenn die gefangene Person krank ist, oder ein Weibes-Bild schwanger wäre und die Zeit ihrer Niederkunfft herannahete, müßen die Gerichte Sorge tragen, daß die Gefängniße erträglicher gemachet und dergleichen Personen in einer Stube oder Cammer bey dem Gefangen-Wärter, oder an einem sonstigen leidlichen Orte, wozu das Gericht Anstalten zu machen hat, verwahret und die Zeit der Genesung abgewartet werde.

Die Gefängniße müßen so beschaffen seyn, daß niemand von außen zu mit dem Gefangenen Unterredung halten, demselben Briefe zustecken, oder mit ihnen, wie sie der Hafft entgehen, oder wie die Compl. und Zeugen unterrichtet, subordiniret, oder die Wahrheit verfehlet werden möge, Anschlag und sonst andere Practica des Entkommens machen könne. ibid. Cap. 3. §. 6. Cal. T. II. pag. 891.

Art. 33.

Von der Aufsicht auf die Forsten und Holzungen.

Hiemit werden zu conferiren seyn die Forst-Ordnung vom 8ten Junii 1678. Cal. T. IV. pag. 190 seqq., die vom 14ten April 1686. Cal. T. IV. pag. 231 seqq., die vom 27ten August 1694. Cal. T. IV. pag. 246 seqq., sonderlich auch der XIVte Artic. des neuen Cammer-Reglem. de 1753 von Forst- und Jagd-Sachen.

Art. 34.

Von Verbeßerung der Amts-Intraden.

Wegen der Art und Weise, die Amts-Intraden zu verbeßern, sind unterm 28ten Decbr. 1753 denen Beamten 16 Frage-Puncte vorgeschrieben, auf deren gründliche und zuverläßige Beantwortung dieselben bey der vor Kön:gl. Cammer von ihnen zu leistenden Rechnungs-Abnahme sich pflichtmäßig anzuschicken, und das erforderliche mittelst eines gründlich und deutlich auf jeden Punct pro Memoria zu faßenden Auffatzes vorzulegen haben.

Art. 35.

Von Verpachtung des Haushalts.

Hiemit wird abermahls zu conferiren seyn der VIII. Artic. des Cammer-Reglem. de 1753 von Pachtungen handelnd.

Art. 36.

Von verpachteten Diensten, wie sie zu gebrauchen.

Conf. Artic. XII. des neuen Cammer-Reglem. de 1753.

Art. 37.

Von reservirten Diensten bey der Pacht.

Conf. Art. XII. des neuen Cammer-Reglem.

Art. 38.

Von dem Gebrauch und Mißbrauch der Herren-Dienſte.

Art. 39.

Von denen Krieger-Fuhren, Krieges-Dienſt-Regiſter und Jäger-Fuhren.

Art. 40. 41.

Von der Dienſt-Abrechnung.

Art. 42.

Von dem Verbot, daß kein Beamter in dem ihm anvertraueten Amte eigene Güther beſitzen ſoll.

Art. 43.

Das eigene Vieh derer Beamten betr.

Art. 44.

Von denen Amts-Brüchen.

Art. 45.

Von Beobachtung abgeſtatteter allgemeiner Pflicht.

§. 23.

Unterm 15ten Septbr. 1732 haben Sr. Königl. Majeſtät Georg der Andere verordnet, daß die Cammer-Ueberſchuß-Gelder, in ſoweit dieſelbe zu denen bey Dero Rent-Cammer vorfallenden Ausgaben nicht erfordert werden, in ein beſonderes dazu aptirtes Gewölbe, welches nachgehends das neue Cammer-Gewölbe genennet worden, gebracht, und daſelbſt unter der Direction und Aufſicht des Geheimten Raths-Collegii in guter Verwahrung gehalten, und die deshalb beſonders zu führende Gewölbe-Rechnungen vor ermeldtem Collegio abgeleget werden ſollen.

Damit aber nicht nöthig ſey, öfters auf beſagtes Gewölbe und den darin befindlichen Vorrath zu recurriren, ſo iſt zugleich beliebet, daß zwar der Cammer-Schreiber, welcher bey der Cammer Caſſiers-Dienſte thut, pro ordinario nur 5000 rthlr. in Händen haben, der Cämmerer aber und der ihm nachgeſetzte erſte Caße-Bediente unter zweyen separaten Schlößern in einer Neben-Caße 30000 rthlr. und drittens überdem in dem ordinairen Cammer-Gewölbe, das Thurm-Gewölbe genannt, annoch eine Summe von Einhundert, bis Einhundert und Funfzig Tauſend Reichs-Thalern in beſonderen feſten mit dreyen differenten Schlößern verſehenen Kaſten beſtändig zum Vorrath beybehalten, einer von denen Schlüßeln bey dem Cammer-Praesidenten, oder bey deßen Abweſenheit bey dem auf ihn folgenden in der Cammer ſitzenden Geheimten Rath, und ſo fortan bey dem in der Ordnung bey der Cammer folgenden Rath, der 2te Schlüßel bey dem Cämmerer, und der dritte

bey dem dem Cämmerer nachgesetzten ersten Bedienten in Verwahrung, und wenn die Cassen eröfnet werden müßen, um Gelder herauszunehmen oder hinein zu setzen, obige drey jedesmahl zugegen seyn sollen.

Begiebet es sich, daß außer obigen in dem ordinairen Cammer-Gewölbe beyzubehaltenden Geldern einige mehrere erfordert werden, so muß der Cämmerer solches, wie auch die Umstände, welche dergleichen erfordern, schrifftlich bey der Cammer anmelden, worauf das Cammer-Collegium solches an die Geheimten Räthe gelangen läßet, damit diese darunter das nöthige verordnen, und sind die solchergestalt aus dem neuen Gewölbe an die Cammer wieder verabfolgende Gelder in denen Cammer-Registern, unter der Rubrick: Einnahme aus dem neuen Gewölbe, wieder in Einnahme zu bringen.

Das neue Cammer-Gewölbe ist mit dreyen differenten Schlößern verwahret, und hat den einen Schlüßel der Cammer-Praesident, und wenn derselbe abwesend ist, der auf ihn folgende Geheimte Rath, den andern der Cämmerer, und den 3ten der auf diesen folgende erste Casse-Bediente.

Alle 3 müßen bey Eröff- und Schließung des Gewölbes gegenwärtig seyn.

Anlagen.

1.

Verfügung Königs Georg I. vom 30. August 1714, die Ausfertigung der Lehnbriefe betreffend.

G. L. König und Chur-Fürst.

Demnach Wir in Kurzem nach Unsern Großbrittannischen Königreichen abreisen werden und Unsern heimlaßenden Geheimenräthen an Unsere Statt die Regierung Unseres Chur-Fürstenthums und Lande aufgetragen, als ertheilen Wir denenselben hiemit und Kraft zugleich Special-Commission, daß sie bey denen in Unserem jetzigen und künftigen Abwesen vorfallenden Belehnungsfällen, solche Belehnungen in Unserm Nahmen verrichten, die Lehnbriefe an Unsrer Statt unterschreiben und dieselbe durch Unsern Lehns-Secretarium contrasigniren laßen sollen und mögen, welche also ertheilende und ausstellende Lehnbriefe Wir als von Uns selbst gegeben und eigenhändig unterzeichnet zu jeder Zeit achten und gültig und kräftig seyn laßen wollen, und Unsre Erben und Nachkommen verbinden sollen. Wir authorisiren auch hiemit vorermeldete Unsre heimlaßende Geheimeräthe, daß sie denen

zu belehnenden Vasallen zu Ihro deſto mehrerer Verſicherung auf Begehren Copiam dieſes Unſeres Commissarii unter Unſerm Geheimen Canzeley-Siegel und Unſers Lehns-Secretarii Unterſchrift zuſtellen laßen mögen, welche Copeyen von gleicher Kraft als das Original ſein ſollen.

Hannover den 30ten August 1714.

G. L.

2.

Verfügung Königs Georg I. vom $\frac{\text{26. Octbr.}}{\text{6. Novbr.}}$ 1720, die Behandlung der Geſchäfte im Geheimen-Raths-Collegio betreffend.

Georg von Gottes Gnaden ꝛc.

Demnach Wir in Begrif ſtehen Uns wiederum nach Unſern Königreichen zu begeben, ſo finden Wir nötig zu Beobachtung Unſerer Geheimtenräthe zuvor folgendes zu verordnen:

1) Wie in allen wohl beſtellten Collegiis üblich und zu guter Richtigkeit dienlich iſt, daß in Sachen von einiger Wichtigkeit ein jedes Membrum ſelbigen Collegii ſein Votum ad Protocollum ordentlich nach einander ablege, alſo wollen Wir, daß ſolches hinführo auch in Unſerm Geheimtenraths-Collegio geſchehen ſolle, dergeſtalt, daß, wenn eine Sache, welche eine Deliberation erfordert, alda vorkömt, der jüngſte von Unſern alsdann alda gegenwärtigen Geheimtenräthen zuerſt und ſo weiter auf der Reihe hinauf die übrigen Geheimtenräthe ihre Vota, der vorſitzende Geheimterath aber das ſeinige zuletzt ablege und secundum Majora in der Sache concludire.

2) Wegen des Vortrages oder der Proposition der in Unſer Geheimtenraths-Collegium gehörigen Sachen, hat es dabey ſein Verbleiben, daß die Proposition der aus einem andern Collegio in Unſern Geheimtenrath kommenden Sachen von dem vorſitzenden, pro Tempore alhie gegenwärtigen (Geh.-R.) ſelbigen Collegii geſchehe, die vermöge der Regierungs-Verfaßung de Anno 1680 vor Unſer Geheimtenraths-Collegium allein und immediate gehören, ohne daß ſie aus einem andern Collegio dahin gebracht werden, es mögen Publica oder andere angelegene Sachen ſeyn, verrichtet jedesmahl der vorſitzende pro Tempore gegenwärtige Geheimte Rath.

3) Gleich wie bey Unſerm Geheimtenraths-Collegio ſchon vor einiger Zeit eingeführet iſt, daß zu Vernehmung einer jeden dahin gehörigen Sache ein gewißer Tag in der Woche ausgeſetzet iſt, alſo iſt dem auch ferner nachzugehen, es möchte denn ſeyn, daß je zuweilen propter periculum in mora, oder aus anderer guten Urſache in ein

oder andern Special-Casu man eben so genau sich nicht daran binden könte.

Hannover den $\frac{26. \text{ Octbr.}}{6. \text{ Novbr.}}$ 1720.

(L. S.) Georg R.

Hattorff.

3.

Protocoll über die Beeidigung des Geheimen-Raths v. Erffa vom 20. Mai 1738.

Dem aller Durchlauchtigsten, Großmächtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Georg dem Andern, Könige von Großbrittannien, Franckreich und Irrland, Beschützer des Glaubens, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, des Heiligen Römischen Reichs Ertzschatzmeister und Chur-Fürsten, Unserm allergnädigsten Herrn, sollet Ihr geloben und schweren einen Aid zu Gott, daß Ihr eure Rathschläge, Vota und Verrichtungen zu Erhaltung Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl. und Dero Hauses Etats, wie auch Dero Landes-Fürstl. Hoheit und Jurium, allemahl dirigiren und richten, bey denen Geheimte-Rathschlägen als Geheimter Rath Euch einstellen, eure Gedancken dabey, wie auch sonsten in allen andern Sachen, darinnen Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl. es allergnädigst begehren werden, so gut Ihr es verstehet, und nach Eurem besten wißen ohne allen Reben-Respect schriftlich oder mündlich, getreu und redlich eröfnen, auch in Commissionibus und Legationibus, wann und so ofte Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl., Dero Gutfinden nach, Euch selbige auftragen, Euch willig und gehorsamlich gebrauchen laßen, bey denen Euch anzuvertrauenden Functionen und Verrichtungen Euch treu, fleißig und sorgfältig in allen erweisen, was ihr Zeit eurer Bedienung von Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl. geheimen und andern Angelegenheiten, auch Land und Leute betreffenden Sachen erfahren werdet, Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl. zu Nachtheil Niemand offenbahren, sondern es bey Euch, ihr bleibet in Sr. Königl. Majest. Diensten oder nicht, bis in Eure Sterbe-Grube verschwiegen behalten, auch ohne Sr. Königl. Majest. allergnädigste Erlaubniß in keine fremde Dienste Euch begeben und zeitwährender dieser Bestallung von keinen andern Potentaten, Fürsten und Herren einige Reben-Bestallung, Pension oder dergleichen Verwandniß annehmen, sondern Euch deren gänzlich äußern und enthalten, es wäre denn, daß Sr. Königl. Majest. und Chur-Fürstl. Durchl. darin allergnädigst consentiren, auch alles andre thun und verrichten sollet und wollet, was einem getreuen Geheimtenrath und Diener wohl anstehet, eignet und

gebühret; treulich und ohne Gefährde. So wahr euch Gott helffe und sein heiliges Wort ꝛc.

Den 20ten Maji 1738 ist in Gegenwarth der Herrn Geheimten-Räthe von Münchhausen, von Steinberg und von Haus Excell. Excell. Excell. des Herrn Geheimten-Raths Baron von Erffa Excell. nach vorstehender Eides-Formul als Ministre in Pflicht genommen.

In fidem Protocolli

J. E. Meyer.

VII.

Unterſuchung eines Leichenhügels im Catlenburger Forſtreviere.

Mitgetheilt von **C. Einfeld.**

In dem zum Amte Lindau gehörigen Catlenburger Forſtreviere, an den Vorbergen des Harzes, finden ſich kegelförmige künſtliche Hügel, nämlich 5 auf dem ſ. g. Wolfsplatze und 15 im ſ. g. Heege. Da man dieſe Hügel für heidniſche Gräber (Hünengräber) hielt, ſo ſind mehrere derſelben ſchon vor längerer Zeit geöffnet worden. „Wächter's Statiſtik der im Königreiche Hannover vorhandenen heidniſchen Denkmäler“ S. 170 ff. theilt über die Unterſuchung zweier dieſer Grabhügel von etwa 8′ Höhe und 15 bis 30′ Durchmeſſer aus amtlichen Berichten Folgendes mit:

„Der eine am ſ. g. Wolfsplatze belegene Hügel war mit einer ſchmalen, 2′ hohen Mauer von Kalkſteinen, ſo wie ſie ſich in der Nähe finden, umgeben und wurde in Gegenwart des weil. Profeſſors Bunſen aus Göttingen geöffnet. Man fand in ihm weiter nichts als ein Stück gebrannten Thons, das dem Fuße einer Urne ähnlich ſah; ein Stück verroſtetes Eiſen, etwa $1\frac{1}{2}$“ lang, einen Feuerſtein, einem gewöhnlichen Flintenſtein ähnlich, mehrere Fetzen von rother und blauer Seide (?) und endlich eine Art Stauberde.

In dem zweiten geöffneten, am ſ. g. Heege belegenen Grabhügel fand man nur jene Staub- oder Aſchenerde, auch war er nicht, wie der erſte, mit einer Mauer umgeben.

(Nach der Zeit habe ich die Oeffnung von noch ein Paar dieſer Grabhügel veranlaßt. Es ward dabei ſehr vorſichtig zu Werke gegangen; allein es iſt dabei weder eine Urne, noch ſonſt irgend etwas, was ganz unbezweifelt auf eine Todtenbeſtattung hingewieſen hätte, entdeckt worden. Man kann daher über die Beſtimmung dieſer Hügel nicht ganz gewiß ſein.)"

Wenn Wächter die vorbezeichneten 20 Hügel die Römerberge nennt, ſo beruht dieſes nach neuern Mittheilungen auf einem Irrthume, indem nur ein nahe bei dem Wolfsplatze belegener Forſtort der Römerberg heißt, welcher aber ſolche Hügel nicht enthält und vom Orthals- oder Ordalsplatze begrenzt wird, der richtiger Nordthalsplatz (ſeiner Lage nach Norden wegen) heißen muß. Die Entſtehung des Namens Römerberg iſt unbekannt und Sagen darüber ſollen in der Gegend nicht exiſtiren.

Ein antiquariſch bei weitem intereſſanteres Reſultat, als das mitgetheilte, ergab die Aufgrabung eines der Hügel auf dem Wolfsplatze im Jahre 1856, worüber hieſige Zeitungen nur ungenügende, theilweiſe irrige Nachrichten gegeben haben.

Die ſämmtlichen Hügel auf dem Wolfsplatze und im Heege ſind rund und rein kegelförmig aufgeworfen, mit Raſen bewachſen und verſchiedene mit gepflanzten Eichen von 100- bis 300jährigem Alter beſetzt.

Vier der Hügel auf dem Wolfsplatze haben eine Höhe von 6 bis 10′ und an ihrer Baſis einen Durchmeſſer von 24 bis 40′; der fünfte, hier in Frage kommende Hügel hatte bei einer Höhe von 12′ eine Baſis von 48′ Durchmeſſer.

Die Hügel im Heege ſind theils von größerem, theils von kleinerem Durchmeſſer als die 4 vorbezeichneten Hügel, alle aber platter und nicht ſo hoch, dem Anſcheine nach älter als jene. Sie liegen unter ſich etwa 200 Schritte und von den Hügeln auf dem Wolfsplatze etwa 1200 Schritte entfernt. Verſchiedene dieſer Hügel zeigen durchaus keine Spur einer frühern Aufgrabung und wir wollen hoffen, daß die Mittel des hiſtoriſchen Vereins es geſtatten werden, ſolche demnächſt unterſuchen zu können.

Im Frühjahr 1856 mußte der größte Hügel auf dem Wolfsplatze, behuf Benutzung beim dortigen Wegbau, zum größten Theile abgetragen werden und wurde diese Arbeit vorgenommen unter der umsichtigen Leitung des Herrn Revierförsters Müller in Catlenburg, mit Zuziehung des sachkundigen Herrn Amtmanns Meyer in Lindau (früher in Salzhausen), eines in dieser Zeitschrift bereits mehrfach erwähnten Gönners des Vereins. Wir verdanken den ausführlichen Mittheilungen des erstgenannten Herrn die vorstehende Beschreibung des Locals und die folgenden Nachrichten über die Untersuchung jenes Hügels.

Der Hügel bestand aus lehmigen Sand und war in seinem obern Theile mehr trocken, unten aber sehr feucht.

In dem Fuße des Hügels, etwa 2 bis 3' tief, fand sich ein ringförmiger Steinkranz, über welchen der ganze untere Rand des Hügels ungefähr 3 bis 4' hervortrat. Der Kranz war bald aus plattliegenden, bald aus aufrecht stehenden Steinen gebildet, die theils einzeln vor einander, theils, wie einige, auf einander gelegt waren, aber nirgend eine mauerartige Schichtung zeigten. Die Steine von sehr ungleicher Größe waren Kalksteine, größtentheils plattenförmig, welche sich in unmittelbarer Nähe überall finden.

Im obern Theile des Hügels fand man nur Asche und Holzkohlen, aber weder Knochenreste, noch Thongefäße oder Metallgegenstände, und erst in einer Tiefe von etwa 3' unter der Oberfläche lag das erste menschliche Skelett. „So wie man tiefer grub fanden sich in allen Theilen des Hügels schichtweise noch 14 solcher Skelette in erkennbaren Ueberresten, mit den Schädeln entweder nach Osten oder nach Westen gerichtet, welche neben oder über einander, stets aber einzeln und in verschiedenen Entfernungen von einander ausgestreckt lagen.“ Mehrere derselben, besonders im obern Theile des Hügels, waren auf neben einander gebrachte plattenförmige Kalksteine gelegt, andere auf die bloße Erde; letzteres kam in der untern Hälfte des Hügels ohne Ausnahme vor.

Das letzte Skelett fand sich ungefähr 2′ über der Sohle, dem festen Boden des Hügels, darunter, in dessen Grunde, entdeckte man an verschiedenen Stellen 2 Thongefäße, ein größeres, welches in kleine Stücke zertrümmerte, und ein kleines, nebst einem Löffel von Thon, aber keine Asche, während im westlichen Rande des Hügels ein bedeutender Aschenhaufen mit Holzkohlen gemischt sich zeigte. Auf und neben den Skeletten fanden sich Ringe verschiedener Art, Drahtgewinde, große Nadeln, Knöpfe und anderer Schmuck von Bronze und dazwischen starke Thierzähne.

Der genannte Forstbeamte lieferte vorschriftsmäßig die erwähnten Gegenstände, nebst den geretteten Fragmenten der Skelette, der Königlichen Domainen-Cammer ein und hat diese hohe Behörde solche dem historischen Vereine verehrt, in dessen Sammlung sie zusammengestellt sind.

Aus dem zugleich abschriftlich mitgetheilten Berichte über die Untersuchung des fraglichen Hügels, so wie aus spätern, von dem Vereine erbetenen Erläuterungen des Herrn Revierförsters Müller ging nun hervor, daß der Hügel zwar bis auf den Grund — den festen Boden — abgetragen war, daß aber ein Theil seines Umfanges in einer Breite von 6′ und einer Höhe von etwa 5′ undurchsucht stehen geblieben sei, weil dort eine starke Buche die Arbeit erschwerte und man das Material zum Wegbau nicht mehr bedurfte.

Da die Abtragung des Hügelrestes nothwendig zur Vervollständigung der Untersuchung dieser interessanten Grabstätte gehörte und der genannte Herr sich dazu freundlichst bereit erklärte, so wurde auf Veranlassung des Vereins diese Arbeit mit Zuziehung des Herrn Amtmanns Meyer im verflossenen Herbste vorgenommen. Dort fanden sich an verschiedenen Stellen Kohlen, ferner ein Messer von Feuerstein, welches zur Vereinssammlung gekommen ist, aber keine Gebeine. Die auf den Wunsch des Vereins angestellte Sondirung des Grundes — festen Bodens — des Hügels ergab, daß darin Steine, insbesondere Steinpflasterungen, nicht vorhanden sind.

Wir wenden uns nun zu der Beschreibung der Lage und

Beschaffenheit der einzelnen, in dieser Grabstätte gefundenen Skelette und ihrer Beigaben.

A. Skelette. Die erwähnte Beschaffenheit des Hügels erklärt die Angabe des Herrn Müller: „daß die darin mehr oben gefundenen menschlichen Knochen sich besser erhalten hatten, als die tiefer und feucht liegenden, welche bei der geringsten Berührung in Erde zerfielen.“

Derselbe hat mit Bestimmtheit 15 darin bestattete menschliche Körper erkannt, aber leider so wenig ein vollständiges Skelett, als einen Schädel, sondern nur die nachbezeichneten Knochenfragmente retten können, welche verschiedenen Leichen angehört haben. Etwa 4′ tief unter der Oberfläche lag ein Skelett von auffallend langem und starkem Knochengebäude, weshalb Herr Müller solches für das eines Mannes hielt. Nach der von ihm vorgenommenen Messung „war dieses Skelett vom Schädel bis zu den letzten starken Knochen — wahrscheinlich Beinknochen —, welche der Länge nach vor einander lagen, 6′ lang, jedoch fand sich von der Fußsohle nichts mehr vor.“ Diesemnach mag der Körper im Leben vielleicht 6′ 6″ bis 6′ 8″ gemessen haben, eine auch heutigen Tages bei Männern, wenn gleich nicht häufig vorkommende Größe. Das Skelett zerfiel aber, wie die meisten übrigen, bei der Berührung in kleine Fragmente und Staub und ist davon nur ein Stück des Schädels, so wie der Unterkinnlade mit einigen Zähnen, nebst etlichen Knochenresten aufbewahrt worden.

Unter den erhaltenen Knochen sind einige von grünlicher Farbe, die offenbar von dem Oxyd der Bronzegegenstände erzeugt ist. Diese Färbung zeigt sich am deutlichsten an einem unvollständigen Stirnbeine. Sämmtliche eingesandte Knochen beweisen, daß sie mit Feuer nicht in Berührung gekommen sind, und bestätigen die Angabe des Herrn Müller, daß an allen 15 Leichen Spuren von Verbrennung nicht gefunden seien.

Der Herr Medicinalrath Dr. Hahn hieselbst, welcher die Freundlichkeit gehabt, die sämmtlichen Knochen zu untersuchen, hat in solchen folgende erkannt:

1. 2. Stirnbeine (Ossa frontalia).
3. Theil vom rechten Scheitelbein (Os bregmatis) und Stirnbein.
4. Theil eines Stirnbeins.
5. 6. Scheitelbeine von verſchiedenen Schädeln.
7. Theile von Scheitelbeinen.
8. 9. Theile vom Hinterhauptsbeine (Os occipitis) von verſchiedenen Schädeln.
10. 11. Theile vom Keilbein (Os sphaenoideum).
12. Schläfenbein (Os temporale) rechter Seite.
13. Zitzenfortſatz (Processus mastoideus), ein Theil des Schläfenbeins.
14. Theile der obern Kinnlade (Maxilla superior).
15. Die untere Kinnlade (M. inferior).
16. Theil eines Halswirbels (Vertebra colli).
17. Theil eines Lendenwirbels (V. lumbalis).
18. Theil des Kreuzbeins (Os sacrum).
19. Theil des Darmbeins (Os ileum).
20. Theil vom Schulterblatte?
21. Der Schaft eines Oberarmknochens (Os humeri).
22. Theil des Beinknochens Fibula; außerdem mehrere nicht ſicher zu beſtimmende Knochenfragmente.
23. Schneidezähne und Eckzähne.

Die meiſten Knochen ſind nach dem Gutachten des genannten Arztes verhältnißmäßig klein und zierlich, und ſtammen alſo von Frauenzimmern oder jungen Perſonen ab, wogegen einzelne Kopfknochen von größern Männern zu ſein ſcheinen.

B. Die 3 Thierzähne ſeien von einem jungen Rinde, urtheilen hieſige Naturforſcher.

C. Ringe von Bronze. „Dieſe fanden ſich auf und zwiſchen den verſchiedenen Skeletten, „ohne alle Ordnung“ liegend; ſie ſind, eben ſo wie die übrigen nachfolgenden Bronzegegenſtände, gegoſſen und mit Grünſpan bedeckt, theilweiſe ſehr mürbe und leicht zerbrechlich geworden, aber an keinem Stücke iſt die geringſte Spur von Feuer zu bemerken.

a. Massiver ovaler Handring (Unterarmring) ohne Verzierungen, mit Oeffnung, $2^1/_2$ und 2" im Durchmesser haltend, von über $^1/_8$" starkem Metall.

b. Ovaler, etwas verbogener massiver cordonirter Ring mit schräglaufender Oeffnung, von $1^1/_4$ und 1" Durchmesser und etwa $^1/_8$" starkem Metall (Ohrring?).

c. Viele Bruchstücke von dünnen Drahtringen.

D. Armband, bestehend aus einem Gewinde von Draht, der von Außen gerundet, im Innern abgeplattet und über $^1/_8$" breit ist. Es hat eine Länge von $3^1/_2$", einen Durchmesser von $2^3/_4$" und besteht aus 11 Windungen, von welchen die zweite an einem Ende verbogen ist. Das Armband läuft an dem einen Ende in ein kleines ovales Oehr aus, welches aus dem zurückgebogenen Drahte gebildet ist; das andere Ende ist anscheinend dicht vor dem Oehr abgebrochen. Trotz des Grünspans hat sich das Metall so gut erhalten, daß das Gewinde vollkommen elastisch geblieben ist. Das Armband wurde bei einem Skelette an einem wohl 4" langen Knochen gefunden und zwischen den übrigen Gebeinen lag die unvollständige Scheibe einer starken Nadel (F. b.).

Zahlreiche Bruchstücke von ähnlichen Drahtgewinden fanden sich auf und zwischen verschiedenen Leichen.

Drahtgewinde, wie das hier beschriebene, kommen in allen Gegenden Deutschlands, auch in Scandinavien vor und die Vereinssammlung besitzt deren mehrere, nur nicht so vollständige, aus verschiedenen Theilen des Königreichs und aus Holstein.

Die Griechen und Römer kannten diesen Schmuck und sie trugen ihn am Ober- und Unterarme, auch über den Knöcheln am Fuße, wie wir auf antiken Denkmalen, namentlich auf Vasenbildern sehen [1]).

Da solche Drahtgewinde in deutschen Gräbern der heidnischen Vorzeit nicht ganz selten an einem Armknochen

---

[1]) z. B. Millin, Monumens antiques inédits. T. I. pl. 29. 30. II. 20. 26. 49.

gefunden sind[1]), so darf man die gewöhnliche Meinung wohl annehmen, daß sie als Schmuck des Arms gedient haben. Uebrigens konnten sie, nach ihrer Beschaffenheit, auch als Fußringe über den Knöcheln getragen werden, indeß hat man sie bis jetzt an Fußknochen nicht gefunden. Die Ansicht des Dr. Emele[2]), daß man das lange Haar durch das Gewinde gezogen und dann mit einer Haarnadel festgesteckt habe, weil solche Nadeln häufig bei den Gewinden gefunden würden, hat, wie wir glauben, nicht so viele Wahrscheinlichkeit für sich, als obige Meinung.

E. Theile eines Schmucks, bestehend aus 5, anscheinend abgebrochenen, 1/4 bis 1/2" langen, etwas über 1/3" im Durchmesser haltenden Stücken rund zusammen gewundenen feinen Drahts, die durch Oxydirung sehr mürbe geworden sind.

F. Nadeln:

a. Vollständige starke Nadel mit oben flach convexer, unten abgeplatteter, runder durchbrochener Scheibe von fast 2" Durchmesser, über welcher ein ovaler Ring von 1/2" Höhe emporsteht. Länge der Nadel 7 1/2"; der Stiel, in der Mitte gebrochen, ist fast von der Dicke eines Federkiels. Die Scheibe der Nadel ist nicht ungeschmackvoll mit einem gleichseitigen Kreuze durchbrochen, in dessen 4 Winkeln Dreiecke am Rande angebracht sind.

Nadeln von ähnlicher Form und Verzierung (Haarnadeln, auch Haarpfeile genannt) kommen sehr häufig vor und die Vereinssammlung besitzt deren mehrere aus verschiedenen Provinzen des Königreichs, vorzugsweise aus dem Lüneburgischen.

Obige Nadel, deren Metall vom Oxyd wenig angegriffen ist, fand sich mit den Knöpfen (G.) und dem bronzenen Röhrenschmuck (H.) neben einem Skelette, etwa 8' tief im Hügel.

---

[1]) Klemm, Handb. der germ. Alterthumsk. S. 69. Die Abbildung des Gewindes Taf. IV. *№* 5. zeigt, daß dieses, eben so wie das oben beschriebene, aus 11 Windungen besteht.

[2]) Alterthümer von Rheinhessen, S. 62.

b. Unvollständige durchbrochene runde Scheibe einer ähnlichen Nadel mit anderer Verzierung als a., gefunden zwischen den Knochen des Skeletts, bei welchem das Drahtgewinde (D.) lag.

c. Unvollständige ähnliche Nadel mit Rest der Scheibe, gefunden bei einem andern Skelette, neben einigen zerbrochenen Drahtringen.

G. 11 vollständige und 4 unvollständige, runde und hohle Knöpfe von Bronzeblech (nebst Bruchstücken von solchen), die den Schildchen der bekannten und häufig in heidnischen Gräbern Deutschlands vorkommenden s. g. Schildohrringen sehr ähnlich sind. Die Knöpfe, von mehr konischer Gestalt, als jene Schilde, sind etwa $^1/_2$" hoch, unten etwa $^3/_4$" im Durchmesser weit und statt des Oehrs mit 2, einander gegenüberstehenden feinen, anscheinend gebohrten Löchern versehen, welche einen gewöhnlichen Zwirnsfaden durchlassen. Hieraus geht also hervor, daß die Knöpfe bestimmt waren auf Zeug oder Band als ein bloßer Schmuck aufgenähet zu werden. Sie lagen zu beiden Enden des der Länge nach gelegten Röhrenschmucks (H.) und bei der Nadel (F. a.), wie bereits angegeben ist.

So häufig in norddeutschen und scandinavischen Grabhügeln bronzene Knöpfe von verschiedener Form und Größe, den jetzigen durchaus ähnlich, gefunden werden — zuweilen sogar Doppelknöpfe und Hängeknöpfe —, wie die Vereinssammlung genügend nachweist, so selten müssen Knöpfe von der beschriebenen Beschaffenheit vorkommen, da wir sie in den uns vorliegenden Werken und Aufsätzen, welche sich mit der Kleidung und dem Bronzeschmuck unserer Vorfahren beschäftigen, nicht erwähnt finden [1]).

Die hiesige Sammlung besitzt unter 40 und einigen Bronzeknöpfen keine andere von derselben Beschaffenheit, wie die obigen.

---

[1]) z. B. von: v. Estorff, Keferstein, Klemm, v. Ledebur, Lisch, Weinhold, Worsaae u. A. m.

H. Neun mehr oder weniger vollständige Röhren von dünnem Bronzeblech (nebst zahlreichen Bruchstücken von solchen), die meisten an den Enden etwas beschädigt, jede ursprünglich 2" lang und von 1/4" im Durchmesser. Die Röhren bestehen aus schmalen Streifen Blech, welche rund zusammengebogen sind; das Blech ist nur so dick wie starkes Papier und durch Oxydirung so mürbe geworden, daß von anscheinend 30 bis 40 Röhren nur die obigen 9 übrig geblieben sind.

Nach den Mittheilungen des Herrn Revierförsters Müller lagen „auf einem 8' tief in dem Hügel gefundenen Skelette die Bronzeröhren in gleicher Länge, zu einem Ganzen zusammengefugt, dicht neben einander, löseten sich aber bei der leisesten Berührung von einander ab und viele zerbrachen beim Aufsammeln."

Zu beiden Enden derselben lagen die Knöpfe (G.) und neben dem Skelette lag die Nadel (F. a.).

Eine genaue Untersuchung ergab, daß die Röhren, als man sie auf die Leiche legte, auf einen Faden gezogen waren, dessen Reste, freilich meistens als Staub und Faserchen, darin steckten. Indeß zeigen noch jetzt einige besser erhaltene Stückchen unverkennbar, daß sie Reste eines aus 2 Strängen zusammen gedrehten rauhen, anscheinend wollenen Fadens sind.

Der Schmuck kann nach seiner Länge und Beschaffenheit zur Verzierung des Kopfs, Halses oder Gürtels gedient haben, und Geschmeide, aus Röhrchen von bronzenem Blech oder kleinen Drahtgewinden bestehend, kommen in Gräbern nicht selten vor. Die Vereinssammlung besitzt verschiedene Reste von solchem Schmuck (siehe u. a. oben E.).

I. Thongefäße, gefunden im Grunde des Hügels:

a. ein fast 2" hohes, oben 3", im Boden 1 3/4" im Durchmesser haltendes, rohgeknetetes und unverziertes Gefäß aus grauem Thon, der von Außen und Innen mit einer dünnen Lage gelblichen Lehms überstrichen ist; in dem grauen Thon finden sich hin und wieder starke Sandkörner und sehr kleine Steinchen;

b. kleine Bruchstücke eines größern Gefäßes von derselben Thonmischung und Arbeit, worauf Verzierungen sich nicht finden.

K. Ovaler Löffel von Thon mit 2" langem Stiele, 5" lang, 2" breit, vollständig. Der Löffel besteht aus demselben grauen Thone wie die Gefäße und ist ebenfalls mit gelblichem Lehm überstrichen.

Die Vereinssammlung besitzt außer diesem Löffel noch 2 fast gleiche, die in verschiedenen Grabhügeln im Amte Oldenstadt (Lüneburg) und zwar in Thongefäßen mit Knochen gefunden sind.

Uebrigens kommen Thonlöffel nicht häufig vor und Klemm [1]) rechnet sie zu den sehr seltenen deutschen Alterthümern.

L. Das zuletzt gefundene Messer von weißgrauem Feuerstein und bekannter Form, an den Schneiden und an der Spitze etwas beschädigt, ist $3\frac{3}{4}$" lang und $\frac{7}{8}$ bis $1\frac{1}{4}$" breit.

„Das ganze Brennalter hindurch scheint neben dem Brennen zugleich ein Begraben mehr oder minder Sitte geblieben zu sein", sagt J. Grimm [2]). In welchen Fällen und aus welchen Ursachen aber neben dem Verbrennen begraben wurde, ist bis jetzt unaufgeklärt, und über diesen interessanten Punkt geben uns die Quellen eine befriedigende Auskunft nicht. Das Begraben unverbrannter Leichen mag mit irgend welchen socialen oder sonstigen Verhältnissen im Zusammenhange gestanden haben, die uns unbekannt geblieben sind. Es mochte eine Sitte aus früherer Zeit oder von einzelnen Familien beibehalten sein — wie z. B. bei den Römern bis gegen das Ende der Republik der Fall war —, es mochte in Folge gewisser religiöser Begriffe oder besonderer Zufälle ꝛc. stattfinden. Hypothesen darüber, wie die von Eccard [3]): „die begrabenen

---

[1]) Handb. S. 184.

[2]) Ueber das Verbrennen der Leichen.

[3]) De Orig. Germanor. p. 65. 76.

Gerippe seien Geopferte gewesen", bedürfen einer Widerlegung nicht.

In allen Theilen Deutschlands, mochten sie von Kelten, Germanen oder Slaven bewohnt werden, sind in heidnischen Grabstätten unverbrannte Leichen und nicht selten neben verbrannten vorgekommen. In den meisten Provinzen des Königreichs Hannover haben sich Gräber aus der s. g. Bronzeperiode und Eisenperiode gefunden, welche unverbrannte Menschengerippe, auch vom Feuer nicht berührte Gegenstände enthielten [1]). Da diese Fälle aber, wie im nördlichen Deutschland überhaupt, nicht sehr häufig sind, so glauben wir annehmen zu dürfen, daß hier Verbrennen die Regel und Begraben die Ausnahme war.

Daß eine größere Anzahl von Menschen in einem Hügel und einer über dem andern beerdigt worden, hat sich in ganz Deutschland, namentlich in dessen südlichen Gegenden, in mehreren bekannten Fällen gezeigt [2]). Der oben mitgetheilte Fall ist aber der erste dieser Art im Königreiche Hannover, welcher zu unserer Kenntniß gekommen. Hier sind in einem, von einem Steinkranze umhegten Hügel erweislich 15 Personen, Frauen, Kinder und anscheinend auch Männer, schichtweise übereinander und auf die bloße Erde oder auf platte Steine, getrennt von einander gelegt, begraben. Hieraus, so wie aus der ganzen Beschaffenheit des Hügels, scheint hervorzugehen, daß alle diese Todten zu derselben Zeit bestattet wurden, und so liegt die Vermuthung nicht fern, daß es eine Familie war, welche in sehr kurzer Zeit ausstarb, etwa in Folge einer Epidemie.

Der Gebrauch, die Todten schichtweise und ohne Sarg in die Erde gelegt zu begraben, muß bei unsern heidnischen Vorfahren sehr verbreitet und eingewurzelt gewesen sein, da

---

[1]) Ueber ein interessantes Grab dieser Art ist von weil. Forstrath Wächter im Hannov. Magazine Jahrg. 1840 № 76 ff. berichtet. Man fand in einem Kegelgrabe bei Boitzum, Amt Calenberg, 2 Gerippe, nebst kleinem Gefäße und Wirtel von Thon, die dem Brande nicht ausgesetzt waren. Davon ist ein vollständiger starker Schädel mit Zähnen, der caucasischen Race angehörend, erhalten, der in der Vereinssammlung aufbewahrt wird.

[2]) So im Eichstädtischen, bei Landshut, Amberg, Sinsheim u. a. m.

dieſe Beſtattungsweiſe noch in der erſten Hälfte des 8. Jahrhunderts den Chriſten bei Vermeidung von Kirchenſtrafen verboten werden mußte. Fideles — — — mortuum super mortuum non ponant, nec ossa defunctorum super terram dimittant. Quod si fecerint, canonicae sententiae subjacebunt [1]).

Da die in dem Catlenburger Hügel gefundenen menſchlichen Ueberreſte ſammt ihren Beigaben unverſehrt von Feuer ſind, ſo werden die darin angetroffenen Aſchenhaufen und Kohlen, wenn ſie nicht etwa von einer gottesdienſtlichen Ceremonie herſtammen, dem Feuer des Leichenmahls angehören, und auf letzteres möchten die dort gefundenen Rindszähne hindeuten.

Aus dem ganzen Befunde glauben wir nun annehmen zu dürfen, daß dieſer Begräbnißhügel in der ſ. g. Bronzeperiode errichtet wurde. Wir ſchließen dieſes hauptſächlich aus der oben mitgetheilten Beſchaffenheit der darin angetroffenen bronzenen Schmuckſachen und Thongeräthſchaften, bei welchen nicht der kleinſte Ueberreſt von Eiſenarbeiten ſich gefunden hat.

Die ſämmtlichen Bronzen ſind gegoſſen und nicht künſtlich bearbeitet, wie an bronzenem Schmuck und kleinen Werkzeugen ſo häufig zu bemerken iſt, die mit eiſernen Waffen und Geräthſchaften zuſammen gefunden werden. Ferner ſind ſämmtliche ähnliche ſtarke Nadeln mit durchbrochener Scheibe aus verſchiedenen Provinzen des Königreichs Hannover, welche in der Vereinsſammlung aufbewahrt werden, nicht mit Eiſen zuſammen gefunden. Die aus gewöhnlichem grauem Thon beſtehenden Gefäße, nebſt dem Löffel, ſind mit gelblichem Lehm dünn überſtrichen oder bemalt und nicht aus 3 Schichten verſchiedenen Thons — deren mittlere gleichſam den Kern bildet — geknetet, wie bei Gefäßen aus der ſ. g. Eiſenperiode oft vorkommt. Die erſtere Weiſe haben wir nur an Thongefäßen wahrgenommen, welche der Bronzeperiode angehören.

---

[1]) Capitulare incerti anni, datum in Synodo, cui interfuit Bonifacius Apost. Sed. Legatus, circa annum 744. Hartzheim Concilia Germaniae. T. I. p. 55.

Das in dem untern Rande des Hügels gefundene kleine Feuerſteinmeſſer ſcheint uns zur Beurtheilung der Entſtehungszeit des erſtern nicht von Bedeutung zu ſein. Es mag zufällig dorthin verloren ſein, und das iſt um ſo wahrſcheinlicher, weil es das einzige Steininſtrument iſt, welches in der großen Begräbnißſtätte entdeckt wurde. Sollte es aber auch einem der Todten beigegeben ſein, ſo wird das unſerer Meinung nicht widerſprechen, da bekanntlich nicht wenige Kegelgräber, ſowohl mit verbrannten, als mit unverbrannten Leichen, gefunden ſind, in welchen neben Schmuck und Waffen von Bronze Inſtrumente und Waffen von Stein lagen. Solche Gräber, die auch im nördlichen Deutſchland und namentlich im Königreiche Hannover vorkommen [1]), zeigen deutlich den Uebergang von der Steinperiode zur Bronzeperiode.

---

[1]) Bei Bargley in Oldenburg fand man in einem Hügel 2 Reihen Urnen mit Aſche gefüllt, darunter einen Granitblock und unter dieſem ein vollſtändiges Gerippe, auf deſſen Bruſtgegend Pfeilſpitzen von Feuerſtein, neben Lanzenſpitze, Nadel und großer Drathſpirale von Bronze lagen. Weſtphalia, Bd. I. H. I. S. 89. — In einem Kegelgrabe bei Nienburg an der Weſer fanden ſich 3 große Thongefäße, theilweiſe mit Aſche und verbrannten Knochenreſten gefüllt, und 6 kleinere; zwiſchen dieſen lag eine bronzene Schwertklinge, an der Spitze umgeben von 8 kleinen Pfeilſpitzen von Feuerſtein, daneben ein Fingerring von Golddrath, eine Nadel nebſt kleinem Ringe und 2 Knöpfchen von Bronze, anſcheinend Niete des Schwertgriffs. Der Bericht des Finders, Herrn General-Lieutenants Grafen v. Münſter, ſteht in der Zeitſchrift des Vereins, Jahrg. 1852, S. 185, 186 in Kemble's Aufſatze: „Ausgrabungen im Amte Oldenſtadt“. Dieſer intereſſante Fund iſt in der Vereinsſammlung aufgeſtellt.

VIII.

Die Güter Heinrichs von Bodwede bei Ebstorf.

Vom Staatsminister a. D. Freiherrn von Hammerstein.

In dem Aufsatze über Heinrichs von Badewide ursprüngliche Sitze im Jahrg. 1853 dieser Zeitschrift ist S. 235 angenommen, daß das Baven cum silva, wo Heinrich von Bodwede an das Stift Ratzeburg Güter gegeben, welche dieses an das Kloster Ebstorf überlassen hat, das Baven sei, welches noch jetzt in der ehemaligen Amtsvogtei Hermannsburg zu finden ist. Eine weitere Forschung hat diese Annahme widerlegt. Es ist jetzt nicht mehr zu bezweifeln, daß dieses Baven nahe bei Ebstorf lag und ein Dorf war, das schon früh niedergelegt ist und dessen Grundstücke in den Haushalt der Probstei zu Ebstorf übergegangen sind, gerade so wie das auch mit der Curia Bodwede der Fall gewesen ist, von welcher Heinrich von Bodwede den Namen angenommen hatte. In der „Sammlung ungedruckter Urkunden", welche Billerbeck 1749 herausgegeben hat, findet sich nämlich Stück 2. Urk. XV. S. 39 eine Urkunde von 1344, durch welche Gevehard und Gerhard von Odem den Gebrüdern Heinrich und Gerhard von Soltau zu Händen des Klosters Ebstorf das „Egendum" über einen Mansus in campo Bavene apud Ebbekestorpe verkaufen. Es mußte danach ein Campus Bavene nahe bei Ebbekestorp liegen, und eine nähere Forschung im Ebstorfer Amtsarchiv ergab auch, daß sowohl dieser Campus als die von Heinrich von Bodwede besessene silva apud Baven, welche ohnehin bei Baven in der Amtsvogtei

Hermannsburg überall nicht aufzufinden war, im 16. und 17. Jahrhundert als Eigenthum der Probstei des Klosters Ebstorf deutlich erscheinen. In einem vor dem Uebergange der Probstei auf den Landesherrn, also im 16. Jahrhundert, angefertigten Verzeichniß der Güter des Klosters Ebstorf wird unter den „Freyen Sundern und Holtzern des Klosters Ebstorf“ auch aufgeführt: „Der Bauenwaldt, Ein groß Buchenholtz sambt dem großen Becken bey dem Schapkoven“. Auch giebt es laut Erbregister des Amts Ebstorf de 1668 unter den Ebstorfer Probsteiländereien eine „newe sonst Bauenwiese genannt“; desgleichen einen Acker: „von der Bauenwisch nach dem kohlen baumb zu, welches itzo brack, 40 Wichhimpten Einfall“, und neben dem Bauenwald „nechst dem Schapkoven nach dem Ampte werts die Bauenwiese und Hasenwinkel, ein kleines Holz aus Eichen und Büchen bestehend“.

Der Bauenwoldt, jetzt gewöhnlich Bobenwald genannt, ist noch heute eine bekannte bedeutende herrschaftliche Forst bei Ebstorf und die denselben begrenzenden Ackerkoppeln, welche einst den Campus Bavene bildeten, sind ebenfalls noch Theil der Domaine Ebstorf.

Eine weitere Verfolgung der Urkunden hat nun auch Näheres über die Güterverhältnisse des Dorfs Baven im 13. und 14. Jahrhundert ergeben. Die Urkunde des Probstes Heinrich von Ratzeburg, welche in dem obenerwähnten Aufsatze mitgetheilt ist, sagt nur, daß überhaupt die bona, welche die Kirche von Ratzeburg in Baven hatte, cum silva adjacente an das Kloster Ebstorf verkauft wurde. Es zeigt sich, daß damit zwar wohl die gesammte silva, aber nicht alle bona, die es in Baven gab, an das Kloster gekommen waren. Denn laut Urkunde № IV. des 1. Stücks der „Ungedruckten Urkunden“ übertrug 1264 Bischof Gerhard von Verden, als Probst Johann in Ebstorf a domino Alverico Cluvingo et fratribus suis, qui eam a nobis tenuerant in pheodo, proprietatem decime in Bavene gekauft hatte, solche proprietas auf das Kloster Ebstorf. 1296 aber cedirt Johannes Lindhede curiam in villa Bavene pro alia curia in Wich-

tenbeck an das Kloſter. 1297 cediren ferner Gevehard und Gherhard von Odem bona quae in villa Bevene s. Bavene dem Kloſter, und 1299 giebt Graf Otto von Wölpe dem Kloſter Ebſtorf das Eigenthum gewiſſer Güter in Baven, welche Gerhard von Odem, Ritter, demſelben verkauft hatte, und nimmt diejenigen aus, welche die Kirche in Honſtede (Hanſtedt bei Ebſtorf, Hauptſitz der Ritter von Odem) und der Knappe Soltow daſelbſt beſaß (Regeſte aus einem Ebſtorfer Copialbuche hierüber ſiehe in Spilcker's Geſchichte der Grafen von Wölpe S. 264). Es folgt dann die oben bereits angedeutete Urkunde von 1344, wodurch das Kloſter noch einen Mansus in Campo Bavene erwirbt; die Bezeichnung Campus Bavene ſcheint anzudeuten, daß derzeit ſchon das Dorf untergegangen war und es ſich nur noch um ein Feld Baven und die in demſelben liegenden Grundſtücke der früheren Höfe handelte. Daß die Grafen von Wölpe auch Lehnleute in Baven und zwar in dem Baven bei Ebſtorf hatten (Spilcker nimmt das in der Amtsvogtei Hermannsburg an, weil er das bei Ebſtorf noch nicht kannte), wird aus dem von Spilcker mitgetheilten Wölpeſchen Lehnregiſter, wenn man daſſelbe mit der Urkunde von 1299 zuſammenhält, ſehr wahrſcheinlich. Es kommt da ein Lehnmann Konrad von Baven in Baven, Verlingborſtel, Billeten und Hagen vor, ferner Werner von Hülſing in Baven und Otwerdiſſen (Oterſen, Amts Verden) und Konrad von Hemwide in Baven und Otwerdiſſen.

Hiernach unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß im 13. Jahrhundert die Grafen von Wölpe Lehnsherren verſchiedener Höfe in Baven waren. Es bleibt danach einigermaßen unklar, in welchem Verhältniß Heinrich von Bodwede Güter in Baven hatte. Da er nach der jetzt als echt erwieſenen Urkunde König Konrads von 1145 (Lappenberg's Hamb. Urkundenb. S. 166) unter den Edlen erſcheint, da er ferner Eigenthümer der Silva bei Baven, des bedeutenden Bawenwohlds war, ſo darf man wohl annehmen, daß ſein Beſitz kein ſolcher war, der unter dem Grafen von Wölpe oder ſeinen Vorgängern geſtanden hätte, und ſo wird entweder in Baven ein zwiefaches dynaſtiſches Verhältniß beſtanden haben, das

des Heinrich von Bodwede und das der Grafen von Wölpe, oder was wahrscheinlicher ist, das des erstern umfaßte das ganze Dorf nebst dem Walde (daher der Preis auch so bedeutend, 40 Mark Silber), und es ging auf die Grafen von Wölpe, die ja auch erst im 12. Jahrhundert auftauchen, durch Kauf oder Tausch oder, was bei der Dunkelheit des Ursprungs der Grafen von Wölpe nicht unmöglich ist, durch Angehörigkeit der letztern an dasselbe Geschlecht, welchem Heinrich von Bodwede angehörte, über. Die Besitzungen der Grafen von Wölpe in der Nähe von Ebstorf sind übrigens nicht zahlreich, und nur das ist zu beachten, daß 1267 die Höfe zu Othendorp (jetzt Teendorf) und Todendorp (jetzt Tatendorf), welche ebenfalls ganz nahe bei Ebstorf, nur eine Viertelstunde davon entfernt, liegen, in der Oberlehnsherrschaft des Grafen Burchard von Wölpe standen, und derselbe bewilligte, als Gerric von Berscamp sie ans Kloster Ebstorf verpfändete (s. Spilcker's Grafen von Wölpe S. 234). Auch in diesen beiden Dörfern scheint der Graf von Wölpe den Besitz noch mit dem Stifte Verden getheilt zu haben; wenigstens enthält das Klosterarchiv von Ebstorf eine Urkunde von 1242, wonach Bischof Lüder genehmigt, daß Hermannus dictus Cluvinghus et Alheid uxor et Hermannus de Haghene, predicti Hermanni frater, dem Kloster Ebstorf verkaufen bona in Othendorpe, videlicet praedium in illa villa et decimam in Tadendorp et advocatiam ubicunque ad Hermannum Cluvinghum pertinentem in bonis monasterii in Ebbekestorpe unter Consens des Hildemar Schukke, Hermanni Cluvinghi fratris, a quo idem Cluvinghus in pheodo tenet omnia predicta. Dabei verspricht Hildemar mit seinen Söhnen Hermann und Alverich und mit seiner Gemahlin Hildeburg vor dem Bischof und Capitel, „utpote que de manibus nostris vel que pro tempore fuerit Episcopus in pheodo tenere debent", die Verpflichtung gegen das Kloster zu halten.

(Eine ähnliche Urkunde von Bischof Gerhard 1259 für die Söhne der Cluvings und Schukken, welche in der Urkunde von 1242 vorkommen, ausgestellt, hat Billerbeck in den „Ungedruckten Urkunden" St. 1. S. 10 geliefert.)

Will man übrigens noch weiter über das Geschlecht, welchem Heinrich von Bodwede angehörte, conjecturiren, wozu wohl Anlaß ist, da ein zweiter des Namens Bodwede nicht vorkommt und er offenbar erst von seinem Sitze oder seiner Veste Bodwede den Namen angenommen hat, so mag gerade die oben erwähnte Urkunde von 1242 vielleicht am ersten auf eine richtige Spur leiten. Es ist nach dieser Urkunde gewiß, daß Hildemar Schukke, und von ihm zu Lehn sein Bruder Hermannus Cluvinghus, die Advocatie über die Güter des Klosters Ebstorf im Jahre 1242 inne hatte. Die Cluvings waren auch noch 1264 nach der weiter oben erwähnten Urkunde Eigenthümer des Zehntens zu Baven, wo Heinrich von Bodwede Güter an das Stift Ratzeburg verschenkt hatte. Nimmt man an, daß die Advocatien der Klöster schon im 12. und 13. Jahrhundert erblich zu sein pflegten, so werden die Vorfahren Hildemars Schukke dieselbe schon eben so gut wie Güter zu Baven im Anfange und in der Mitte des 12. Jahrhunderts, als Heinrich von Bodwede von dort ausging, besessen haben; finden wir doch in einer Urkunde Heinrichs des Löwen über den Lübecker Zoll von 1162 schon unter den Zeugen einen Hildemar de Othendorp als Ministerialen; Personen- und Ortsnamen zeigen hier gleich deutlich den Zusammenhang mit dem späteren Hildemar Schukke auf dem praedio Othendorp (Tatendorf) bei Ebstorf. Aber auch Heinrich von Bodwede selbst wird, als dem Geschlechte der Schukke angehörig, mit Gütern zu Baven auch die Advocatie des Klosters Ebstorf inne gehabt haben. Damit klärt sich denn auch auf, daß er, ehe er sich comes de Bodwede und comes de Raceburg schreibt, namentlich in der bekannten schedula Stabulensis monasterii wegen der von der Aebtissin Judith verschleuderten Kemnadischen Güter anscheinend als Heinricus advocatus vorkommt, ohne daß man bis jetzt eine Vermuthung aufzustellen wußte, für welches Stift oder Kloster er advocatus gewesen sein könne. Kemnadische Güter gab es ohnehin erwiesenermaßen in nächster Nähe von Ebstorf, in Suderburg, Bahnsen und vielleicht gar in Ebstorf selbst. Auch ist es möglich, daß Heinrich von Bodwede in der Urkunde von 1145,

ohne selbst nobilis zu sein, unter den Edlen nur deshalb mit erscheint, weil er advocatus war, wie wir denn mehrfach finden, daß angesehene advocati in jener Zeit, obwohl sie notorisch nicht nobiles waren, z. B. die advocati von Borch und von Brobergen, vermöge der Bedeutung ihres Amts in einer Linie mit den nobilibus aufgeführt werden.

Würde Heinrich von Bodwede so dem Geschlechte der Schukken oder Schocken (nicht der Schacken, die urkundlich ein ganz anderes Geschlecht waren) zugerechnet werden müssen, so würde er damit einem Geschlechte angehören, das nicht bloß wegen der Advocatie über die Güter des Klosters Ebstorf, sondern noch mehr wegen seines sonstigen sehr bedeutenden Güterbesitzes in den Stiftern Verden und Bremen beim ersten Erscheinen der Familiennamen fast den bedeutendsten Platz einnimmt, und mit dem reichen Güterbesitz und der persönlichen Bedeutung der nach obiger Urkunde von 1242 aus ihnen hervorgegangenen Familien Cluvingh (später Clüver) und Hagen, so wie der nach dem Registrum Ecclesiae Verdensis ebenfalls daraus hervorgegangenen Slepegrellen seinen mächtigen Einfluß noch, freilich zuletzt nur in schwachen Ausläufern, bis auf die neueste Zeit herunter getragen hat und nicht bloß durch das Wappen der Bärenklaue, sondern auch durch sonstige Verbindungen eine nahe Verwandtschaft mit den ältesten Grafen von Hoya und Bruchhausen bekundete. Noch unbekannte Urkunden im Stader Regierungsarchive und im Königlichen Archive zu Hannover, welche die Bedeutung dieses Geschlechts in früher Zeit bestätigen, verdienen noch einst ans Licht gezogen zu werden, damit die Entwickelung des Besitzes, wie sie in jener Zeit in den Stiftern Verden und Bremen sich gestaltete, noch besser erhelle.

Wir lassen hierneben die oben angezogene Ebstorfische Urkunde von 1242 folgen, wie sie uns von Gebhardi in den auf der Königlichen Bibliothek zu Hannover aufbewahrten Manuscripten Bd. I. S. 189 aufbewahrt ist:

Luderus Dei Gratia Verdensis Ecclesiae Episcopus omnibus in perpetuum salutem. Notum sit omnibus presentes litteras inspecturis quod Dominus Hermannus dictus Cluvinghus et Alheidis uxor sua et filii ipsorum et Dominus Hermannus de Haghene predicti Hermanni frater impignoraverunt Helmerico preposito de Ebbekestorpe pro C marcis argenti nomine ejusdem Ecclesiae bona sita in villa Othendorpe videlicet Predium in illa villa cum omnibus pertinentiis et omni jure simul et decimam ipsius ville et decimam Todendorp et advocatiam ubicunque ad ipsum Hermannum Cluvinghum pertinent in bonis monasterii in Ebbekestorpe et omni jure et ut hec obligatio absque omni scrupulo possit esse pro fructu quem idem Hermannus Cluvinghus de omnibus predictis annuatim recipere consuerit Prepositus qui idem Monasterium Ebbekestorpe pro tempore fuerit recturus dabit predicto Herm. Cluvingho singulis annis quatuor marcas denariorum Luneburgensis monetae donec idem Hermannus predicto Monasterio refuderit quantitatem pecunie predicte centum videlicet marcas. Et ut talis obligatio ipsi monasterio a nemine valeat infringi in ipsa suum prestitit consensum Hildemarus Schukke predicti Cluvinghi frater a quo idem Cluvinghus in pheodo tenet omnia predicta. Consensit etiam Hildeburgis uxor predicti Hildemari et duo filii ipsius Hermannus miles et Alvericus Canonicus ecclesie Verdensis et quoniam predicto monasterio ubicunque possumus volumus providere pro majore munimento idem Hildemarus et filii sui cum predicta uxore sua Hildeburgi promiserunt coram nobis utpote que de manibus nostris vel que pro tempore fuerit Episcopus in pheodo tenere debent predicta coram nobis et coram capitulo nostro quod etiam suum exhibuit consensum sepedictam obligationem ratam habere et inviolabiliter observare. Et quoniam ea quae geruntur in tempore cum tempore pariter dilabantur in hujus rei memoriam ipsi monasterio presens scriptum inde confectum Nostri et Capituli nostri sigillorum appensione fecimus communiri. Datum Verde Anno

1242[1] [a]). Testes vero hujus obligationis sunt Helmericus de Holtebütle. Bertoldus de Otterstädt [b]). Henricus et Olricus frater suus Haverbere. Henricus de Lintlo. Albertus [c]) Dapifer. Gerlacus de Botelo. Ermenoldus de Mandelsle. Henricus de Etsen. Rotcherus de Etsen. Georgius de Thendorpf [d]). Olricus de Saltowe [e]) mediantibus discretis viris Gerhardo Scholari [f]) Verdensibus. Militibus Wernero de Medinghe. Ottone de Boyzeneborch. Henrico de Etsen. Johanne de Moule. Hermanno Schukken. Ottone et Wernero filiis Domini Ottonis Magni.

---

1) Nach Sammlung 2. pag. 46 verbessert: *a*) 1244. *b*) Ottenstede. *c*) Albero. *d*) Otenthorpe. *e*) Baltowe. *f*) Scholastico.

IX.

Miscellen.

1. Ein germaniſches Haus.

(Mit 2 Abbildungen.)

Vom Amtsaſſeſſor C. Einfeld.

In den letztern Jahren haben die intereſſanten Hausurnen verſchiedenen Gelehrten, wie namentlich Müllenhoff[1]), Kemble[2]) und Liſch[3]), die Veranlaſſung gegeben, ſich mit der Form und Beſchaffenheit der altgermaniſchen Häuſer oder Hütten zu beſchäftigen. Die Schwierigkeit dieſer Arbeiten iſt um ſo weniger zu verkennen, als die in den Werken der römiſchen Schriftſteller enthaltenen Schilderungen der Tugurien unſerer Vorfahren höchſt dürftig ſind und Abbildungen derſelben auf antiken Bildwerken ſehr ſelten vorkommen. Deshalb würde es mich freuen, wenn ich durch Mittheilung einer bis jetzt nicht berückſichtigten antiken Darſtellung eines germaniſchen Hauſes einen kleinen, hoffentlich willkommenen Beitrag zu den Unterſuchungen über deſſen Form und Conſtruction liefern ſollte.

In dem ſchätzbaren Werke: Musée de Sculpture antique et moderne. Planches. Bas-reliefs antiques et modernes, Autels, Cippes funeraires, Vases, Candélabres etc. du Musée Royal du Louvre. Par le Comte de Clarac. 2 Voll. fol. Paris 1828—1830, findet ſich die Abbildung eines Basreliefs: Tom. II. Pl. 144. № 349. Barbare combattant (Höhe: 2′ 7″ 4‴, Breite: 2′ 8″ 10‴ pariſer Maaß), welche hierbei (Taf. 1.) getreu wiedergegeben iſt.

---

[1]) Vierzehnter Bericht der ſchlesw.-holſt.-lauenb. Geſellſch. für die Samml. u. Erhalt. vaterl. Alterth. 1849. S. 2.

[2]) Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereins für Niederſachſen. Jahrg. 1851. S. 391.

[3]) Meklenburgſche Jahrbücher. Bd. XXI. 1856. Ueber die Hausurnen ꝛc.

Darüber sagt: Description du Musée Royal des Antiques du Louvre. Par le Comte de Clarac. Paris 1830. 8. pag. 146. № 349: Dace combattant, bas-relief, marbre de Paros. Ce fragment d'un beau caractère semble avoir appartenu à un arc de triomphe elevé en l'honneur de Trajan. Le barbare qui se bat est entiérement dans le costume des Daces, sculptés sur les bas-reliefs de la colonne Trajane. Mon. du Mus. T. IV. Pl. 77.

Les détails du casque sont très-beaux et très-soignés; on y distingue bien les charnières des gardes-joues et les plumes courtes du cimier. On sait que les deux tuniques à manches longues et manches courtes caractérisaient les barbares et les huttes côniques couvertes en roseaux servaient d'habitation aux Germains et à d'autres peuples peu civilisés.

Zuvörderst kann ich mit Clarac's Behauptung durchaus nicht übereinstimmen, daß der hier abgebildete Barbar „die Tracht der Dacier habe, wie sie auf der Trajanssäule dargestellt sei," und muß vielmehr der Meinung sein, daß die Sculpturen dieses Monuments ihm durchaus widersprechen. Man sehe eins der Werke über die Trajanssäule ein, z. B. das von Ciacono[1]), und man wird finden, daß die Tracht der dacischen Männer ohne Ausnahme folgende ist: Tunica mit langen Aermeln, darüber Mantel mit oder ohne Verbrämung von Pelzwerk oder zottigen Franzen, der auf der rechten Schulter mit einem runden Knopf gehalten wird, und faltige Hose, die in Schnürschuhe reicht. Alle haben langes fliegendes Haar und vollen starken Bart, manche tragen Mützen, die den phrygischen ähnlich sind. Ihre Bewaffnung besteht aus kurzem breiten Schwerte mit kleiner Parirstange, dem römischen ähnlich, auch kurzem Säbel oder sichelförmigem Messer und ovalem verzierten Schilde. Dann kommen dort noch langhaarige, vollbärtige Barbaren vor, mit nacktem Oberkörper und nur mit Faltenhosen und Schnürschuhen bekleidet, von welchen die meisten mit Keulen bewaffnet sind.

Will man sich genauer von der Tracht der Dacier überzeugen, so sehe man in der capitolinischen Sammlung zu Rom die beiden ganz gleichen Statuen gefangener Barbarenfürsten, welche, verglichen mit den Abbildungen auf der Trajanssäule, unläugbar Dacier darstellen und deshalb Re Daco betitelt sind[2]). Diese, so wie die am Triumphbogen des Constantin in Rom angebrachten 7 verstümmelten Statuen gefan-

---

[1]) Historia utriusque belli Dacici a Trajano Caesare gesti, ex simulachris quae in columna ejusdem Romae visuntur. Auct. F. Alfonso Ciacono Hispano. Romae, 1616. fol. (mit 130 Kupfertafeln.)

[2]) Descrizione del Campidoglio di P. Righetti. Roma, 1835. fol. Tav. 155 u. 184. Vol. II.

gener Barbaren in derſelben Tracht, werden dem zerſtörten Triumphbogen des Trajan angehört haben.

Die Tracht und Bewaffnung der Germanen auf den Sculpturen der Antoninsſäule iſt durchgängig der daciſchen faſt gleich, jedoch tragen mehrere einen kurzen Mantel (sagum) über dem nackten Oberkörper, nebſt Faltenhoſen und Schuhen. Alle ſind langhaarig und vollbärtig und führen außer dem kurzen Schwerte oder Säbel, nebſt ovalem oder oblongem Schilde, auch Speer oder Schleuder [1]).

Dagegen hat der Germane auf dem pariſer Basrelief zwar langes fliegendes Haar, aber, obgleich er ein kräftiger Mann iſt, nur einen ſchwachen Backenbart und weder Kinnbart, noch Schnurbart. Er iſt mit einer Tunica bekleidet, die aber nicht um den Hals ſchließt, wie bei den Daciern, ſondern die Bruſt frei läßt. Sein Schwert ſcheint länger als die daciſchen Schwerter, auch nicht von der Form der Bronzeſchwerter zu ſein, und die Parirſtange iſt von anderer Geſtalt, mehr abgerundet, als die der erſtern [2]).

Wäre derſelbe ein Dacier, ſo müßte ſein Haus von der Form und Beſchaffenheit der daciſchen Häuſer ſein, die mehrfach auf der Trajans-

---

[1]) Columna Cochlis M. Aurel. Antonino dicata etc., ac imaginibus anaglyphice insculpta, notis J. P. Bellori illustrata et a P. J. Bartolo juxta delineationes etc. incisa. Romae, 1704. fol.

[2]) Hinſichtlich der Tracht und Waffen der Germanen ſei es mir hier vergönnt, auf einen in der capitoliniſchen Sammlung befindlichen antiken Marmorſarcophag von faſt 7′ Länge, 4′ Breite und mit dem Deckel $3\frac{3}{4}$′ Höhe aufmerkſam zu machen (Tav. 374—377 Descriz. del Campid.), der an den Ecken mit Köpfen langhaariger Barbaren verziert iſt, von welchen 2 keinen andern Bart, als Schnurbart tragen. Auf 3 Seiten des Sarcophags ſind Basreliefs angebracht, welche ſiegreiche Kämpfe der Römer mit Barbaren (Germanen oder Gallier?) im Stile der Zeit Trajans darſtellen. Letztere ſind langhaarig und vollbärtig, die meiſten nackt, einige nur mit Mantel bekleidet, der auf der rechten Schulter mit rundem Knopf befeſtigt iſt, einer in Tunica, die um den Leib gegürtet, einige haben Mantel, Faltenhoſe und Schnürſchuhe, ein nackter Gefangener trägt nur Schuhe; drei Gefangene haben denſelben eigenthümlichen Halsſchmuck (torques), wie die Statue des ſ. g. „ſterbenden Fechters“ in der capitoliniſchen Sammlung, und ein vierter hat einen ähnlichen Schmuck, der anſcheinend aus einem, vorn einfach zuſammengeſchlungenen breiten Riemen beſteht. Ihre Waffen ſind: Schwert und Schild, den daciſchen gleich, Pfeile (im Köcher) und ſchwere Steine. — Die Frauen, mit Tunica und über den Kopf gehängtem Mantel bekleidet, haben nackte Beine und Füße; die Knaben tragen Tunica, nebſt Hoſe und Schuhen, wie die Männer.

säule abgebildet sind [1]). Die Häuser der Dacier, anscheinend aus Brettern gebaut, sind aber viereckig oder oblong, mit Giebeldache von Brettern und einer bis zum Erdboden reichenden viereckigen Thür versehen, über welcher gewöhnlich 1 oder 2 Fensteröffnungen sich befinden. Hin und wieder kommen thurmähnliche runde Gebäude vor, mit spitz zulaufendem Dache, das anscheinend aus Balken besteht, und einer bis zum Erdboden reichenden Thür [2]). Diese letztern Gebäude scheinen mir eher Thürme oder Warten, als eigentliche Wohnhäuser zu sein.

Gänzlich verschieden davon ist aber das im Mittelgrunde des pariser Fragments stehende Haus. Rund und anscheinend aus Brettern, Zweigen oder Balken erbaut, hat dasselbe ein conisches Dach, welches mit Zweigen oder Schilf gedeckt zu sein scheint, und am Rande des Daches halbrunde Verzierungen, die an den dacischen Häusern fehlen. Oben ist ein viereckiges Fenster, welches mit einer Bretterthür verschlossen werden kann, aber leider ist die Hausthür nicht sichtbar.

Dieses Haus kommt in seiner Form und Beschaffenheit am nächsten den Häusern der Germanen auf der Antoninssäule, welche deren mehr als 20 darstellt [3]), die durchgängig rund sind. Sie scheinen gleichfalls aus Brettern oder Pfählen gebaut zu sein und haben conische Dächer aus Stroh oder Schilf bestehend. Ihre hohen, runden, seltener viereckigen [4]), bis zum Erdboden reichenden Thüröffnungen sind mit Thüren (einige anscheinend Doppelthüren) von Brettern verwahrt, aber an keinem Hause finden sich Fensteröffnungen. Ferner sind alle Häuser in der Mitte ein oder zwei Mal, auch unterm Dache oder dicht über dem Erdboden, mit einer runden gereiften Verstärkung oder Verzierung, einem Stricke ähnlich, umgeben, welche an dem Hause des pariser Basreliefs sich nicht vorfindet.

Von allen bis jetzt bekannt gewordenen Hausurnen ist die in der Sammlung unsers Vereins aufbewahrte, bei Klus in der Nähe von Halberstadt gefundene, in der Form dem hier in Rede stehenden Hause am ähnlichsten. Eine Abbildung dieser Hausurne ist zwar bereits den

---

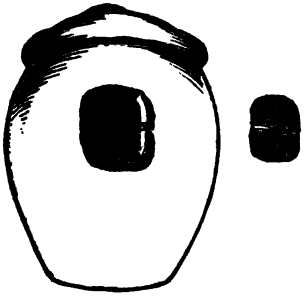
1) Historia utriusque belli Dacici etc. besonders auf Taf. 68, 97, 105, 126.

2) Ibid. Taf. 105.

3) Columna Cochlis etc. Taf. 9, 10, 17, 18, 29, 30, 31, 47, 58, 64, 65, 67, 70. Ein einziges kleines viereckiges Bretterhaus mit Giebeldach, dessen Thür und Fenster nicht sichtbar sind, findet sich auf Taf. 17.

4) Ibid. Taf. 17.

obenerwähnten Abhandlungen von Kemble und Lisch beigegeben worden, aber der Vergleichung wegen folgt solche nochmals hier.



Das Basrelief ist unglücklicherweise so fragmentarisch, daß die Begebenheit, die Schlacht, welche auf der ganzen Sculptur dargestellt werden sollte, ebensowenig zu enträthseln ist, als etwas Sicheres über die Zeit, in welcher das Kunstwerk verfertigt worden, daraus hervorgeht. Da die Köpfe auf dem Fragmente etwa 1' hoch sind, so ist daraus zu schließen, daß die Figuren lebensgroße waren und mithin das ganze Basrelief sehr groß gewesen sein muß. Der Germane vertheidigt muthig sein von Eichen umgebenes Haus und haut kräftig auf einen ihn angreifenden Feind ein. Der hinter ihm stehende Römer im Schuppenpanzer und einem mit Lorbeerkranze und den Blitzen verzierten Helme von eleganter, der griechischen ähnlicher Form, scheint den Barbaren ebensowenig zu beachten, als dieser ihn. Helm und Rüstung zeigen, daß hier ein Feldherr oder Fürst aus einer Zeit dargestellt ist, in welcher Vornehme in der Schlacht prunkvolle Helme und Schuppenpanzer trugen, und das kommt erst nach dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung vor, so viel mir bekannt ist. Büsten und Statuen späterer Kaiser in solchen Panzern [1]) und, wenn auch seltener, mit Prunkhelmen, sind uns erhalten.

So viel ferner aus der vorliegenden Zeichnung des Basreliefs zu schließen ist, so dürfte solches aus der Zeit des Trajan oder der Antonine stammen. Wenn Clarac meint, „daß es dem Triumphbogen des Trajan angehört haben möge", so bedarf diese bloße Hypothese wohl keiner Widerlegung.

Wenn das edle und charakteristische Profil des Römers leicht auf die Vermuthung führt, daß es ein Portrait ist, so würde es von großem Interesse sein, wenn Archäologen oder Numismatiker die Persön-

---

[1]) z. B. die Büste des Trajan in der capitolin. Samml. Tav. 218. Descriz. del Campid.

lichkeit nachweisen könnten, welche hier dargestellt werden sollte. Denn dadurch würde ausgemittelt werden können, in welcher Gegend der Germane zu Hause war.

---

2. Das Steindenkmal in Steinbeck, Amts Moisburg.

Der Herr Landbau-Inspector Witting in Goslar hat vor Kurzem unserm Vereine handschriftliche „Nachrichten über das s. g. Steinhaus im Dorfe Steinbeck an der Straße zwischen Harburg und Tostedt“ verehrt, die von seinem Vater, dem weil. Hof-Baurath Witting hieselbst, im Jahre 1813 verfaßt und von 3 Zeichnungen begleitet sind, welche Ansichten, Grundriß und Profile dieses großen Denkmals der heidnischen Vorzeit darstellen. Schon in jener Zeit war das Monument nicht mehr vollständig und hatte hauptsächlich dadurch gelitten, daß die Chaussee quer durch dasselbe geführt war. Später ist solches von dem Besitzer gänzlich weggeräumt und Wächter in seiner 1841 herausgegebenen „Statistik der im Königreiche Hannover vorhandenen heidnischen Denkmäler“ erwähnt es nicht. Außer den obigen Nachrichten haben wir etwas über jenes Denkmal nicht finden können, als einige unbedeutende Notizen aus dem Jahre 1809, die in dem von dem Vereine angekauften handschriftlichen Nachlasse des weil. Geheimenraths v. Spilcker Bd. 39. enthalten sind. Diese erzählen, aber nur vom Hörensagen, daß das Monument, auf dem Hofe eines Hauswirths in Steinbeck stehend, das größte der ganzen Gegend sei und, weil es vermuthlich früher viel tiefer in der Erde gelegen, einstmals 30 Schafe darunter Platz gefunden hätten.

Nach den Witting'schen Nachrichten und Zeichnungen erscheint dieses leider längst untergegangene großartige Bauwerk unserer Urahnen interessant genug, um die Erinnerung daran hier mit wenigen Worten aufbewahren zu dürfen.

Wie die Ansichten zeigen, so stand das Denkmal auf einem niedrigen Hügel neben einigen Bäumen, auf dem Hofe einer ländlichen Besitzung und zwar nicht fern von dem Scheunenthore eines mit Stroh gedeckten großen Hauses.

„Das Monument“, sagt Witting, „bildete nach beiliegenden Zeichnungen einen 70 Meter [1]) langen und 5 Meter 40 breiten Raum, welcher mit ausgesuchten großen Feldsteinen dergestalt eingefaßt war, daß diese aufrecht, mit der ebensten Seite einwärts gesetzt und jetzt noch 0 M. 80 über dem Erdboden erhaben standen; indessen sind schon viele von diesen Steinen zu benachbarten Bauen, so wie jetzt wieder zum Chausseebau benutzt worden.“

---

[1]) 1 franz. Meter ist = $3^{11}/_{26}$ hannoversche Fuß.

1
2
3
4
5
6

7

8

Innerhalb dieses, vielleicht zum Vorhofe gedienten Platzes befand sich ein besonderes Behältniß, welches im gegenwärtigen Zustande noch 10 M. 50 lang und 2 M. 40 breit, auch von gleichförmigen Feldsteinen aufgesetzt und mit dergleichen platten Stücken bedeckt war.

Man findet an diesen Steinen keine Spur künstlicher Bearbeitung, sie sind von der Natur gebildet, aber wegen ihrer Größe und Formen sorgfältig zusammengesucht. Die mühsame Herbeischaffung und Zusammenstellung beweiset, daß ihren Werkmeistern wenigstens der Gebrauch des Hebels, Keiles und der Walze nicht unbekannt gewesen sein muß.

In dem oben beschriebenen Behältnisse fand sich ein Fußbodenpflaster von Kieselsteinen, 1 M. 75 tief unter der Deckplatte gelegt, welches jetzt schon 0 M. 93 hoch, in einer Ebene mit dem äußern Erdboden mit Erde bedeckt war. Auf diesem Pflaster fanden sich zwei in der Form von Messern und ein die Gestalt eines Dolches darstellende und von Feuerstein bereitete Instrumente, außerdem verschiedene, schon verfallene Aschentöpfe, welche mit Knochen, Kohlen und Asche angefüllt waren."

Diesem kurzen Berichte wollen wir folgende Erläuterungen und Bemerkungen hinzufügen, die meistens aus den Zeichnungen entnommen sind:

1) Das Denkmal war unverkennbar ein von oblonger einfacher Einfassung umgebenes s. g. Steinhaus (Grabkammer), gewöhnlich Hünenbett genannt, wie ähnliche im Königreiche Hannover früher nicht selten sich fanden und deren mehrere noch jetzt vorhanden sind. (S. Wächter's „Statistik" ꝛc.)

2) Die „großen Feldsteine", woraus das Denkmal erbaut war, werden erratische Granitblöcke gewesen sein, da größere Stücke von andern Steinarten in der Umgegend sich nicht finden.

3) Nach dem Grundrisse waren damals nur noch 34 größere Steine der Einfassung vorhanden, gewiß nicht ein Viertel von den ursprünglich dazu verwendeten; zwischen je zwei größern, dicht an einander stehenden Steinen waren 1 oder 2 kleinere, anscheinend etwa faustgroße Steine unten eingedrückt, offenbar in der Absicht, der Mauer größere Haltbarkeit zu verleihen.

4) Etwa 11 Meter von dem einen Ende der Einfassung entfernt, war die aus einem einzigen großen Steine gebildete Rückwand des oblongen Steinhauses, welches nach dem Grundrisse 15 Tragsteine und 4 Deckplatten hatte. Von den Tragsteinen fehlte damals einer und zwischen je 2 derselben war unten am Fuße ein kleinerer Stein eingedrückt. Die starken Deckplatten waren anscheinend von fast gleicher Größe, etwa 2 M. lang und eben so breit. Nach der Abbildung zu schließen, muß das Steinhaus eine Höhe von 2 M. 50 gehabt haben;

das Steinpflaster im Innern desselben scheint am Eingange sich schwellenähnlich über dem Erdboden zu erheben.

C. Einfeld.

---

3. Nachträgliche Bemerkungen zu dem Aufsatze über die Ministerialen des Mittelalters.

Von Eduard Freiherrn von Schele.

Wenn ich auf den im diesjährigen Bande dieser Zeitschrift S. 1 erörterten Gegenstand noch einmal zurückzukommen mir erlaube, so geschieht dies nur deshalb, weil ich den schon angeführten Gründen für freie und edle Ministerialen einen, meines Erachtens, erheblichen hinzufügen kann. Wir sehen nämlich im zwölften Jahrhundert die Mitglieder verschiedener Geschlechter Edler und Freier als Ministerialen in Urkunden nachgesetzt, im dreizehnten dagegen diese Ministerialität ohne besondern äußern Anlaß, anscheinend nur in Folge eingetretener Umwandlung der öffentlichen Zustände und damit herbeigeführter veränderter Rechtsverhältnisse, verschwinden. Diese Erscheinung tritt am deutlichsten bei den edlen Herren von Volmestein hervor, sie ist jedoch auch bei den Rheingrafen und den Dynasten von Bolanden nicht zu verkennen. Wäre nun in Folge der Ministerialität der Herrenstand bei jenen Geschlechtern untergegangen, so würden sie auch nur in diejenige Classe haben eintreten können, welche dem Dienstmann beim Wegfall seines Dienstverhältnisses regelmäßig angewiesen war; hierüber geben die Rechtsbücher jener Periode klaren Aufschluß.

Nach dem SSp. Art. 79. Buch 3. soll der freigelassene Dienstmann freier Landsassen Recht behalten, wogegen der Schwabenspiegel Art. 56. demselben Mittelfreier Recht zuspricht, wenn er von ritterlicher Art geboren war. Wie konnten nun bei Anwendung dieser Rechtsregeln die edlen Herren von Volmestein vom Jahre 1218 an nur als nobiles in Urkunden erscheinen mit den wesentlichsten sonstigen Kennzeichen des hohen Adels — Territorialherrschaft, zahlreiche Lehn- und Dienstmannschaft — ausgerüstet?

Wie läßt sich dies erklären, da nach Kindlinger's Zeugniß angenommen werden muß, daß der erste, welcher — so viel bekannt geworden — den Namen dieses edlen Geschlechts geführt hat — Heinrich von Volmestein — kölnischer Ministerial gewesen, Standeserhöhungen durch Diplome bekanntlich aber im dreizehnten Jahrhunderte noch nicht üblich waren?

Es scheint hierfür nur einen genügenden Aufschluß in der Annahme einer mit Freiheit und Adel verträglichen Ministerialität zu geben. Die durch das Dienstverhältniß — meistens durch ein Oberhofamt oder den Besitz eines Hoflehns — erzeugte Beschränkung der Freiheit war nur eine theilweise, wobei der Adel in einer Richtung, nämlich dem Dienstherrn gegenüber, gewissermaßen als ruhend erscheinen konnte. Diese

Beschränkung äußerte sich indeß nur so weit, als das Dienstverhältniß reichte, nicht auch allgemein da, wo letzteres nicht in Betracht kam, mithin nicht in den Fällen, wo es sich um die Vertretung „des ächten Eigen“ handelte.

Auf diese Weise werden die Widersprüche am besten gehoben, welche anscheinend darin liegen, daß dasselbe Individuum, wie z. B. Witteklnd von Oesede, als Ministerial, als Freier und Edler vorkommt. Dem Dienstherrn gegenüber, namentlich in den Fällen, in welchen das Dienstverhältniß wirksam wurde, mußten solche Edle als Ministerialen erscheinen, während sie in allen übrigen Beziehungen die Rechte ihres Geburtsstandes ungeschmälert behielten.

Die Annahme, daß edle und freie Ministerialen in den von ihrem Dienstherrn ausgestellten Urkunden immer nur nach ihrem Dienstverhältnisse berücksichtigt worden seien, kann ich für begründet nicht halten, da z. B. aus Schaten's Annalen Thl. I. pag. 881, 892 und 911 erhellet, daß der Dienstherr des Witteklnd von Oesede, Bischof Bernhard II. von Paderborn, die drei Urkunden von 1187, 1191 und 1197 ausgestellt hat [1]), worin jener als Ministerial, als Freier und Edler bezeichnet wird.

Es entschied vielmehr die Eigenschaft, in welcher Jemand bei einem Rechtsgeschäfte mitwirkte, über dessen Bezeichnung und Stellung in den Urkunden des Mittelalters.

---

4. Zum Nekrolog des Klosters Wienhausen.

Zu dem oben S. 183 fg. durch den Hrn. Dr. H. Böttger zum Abdruck gebrachten Nekrolog des Nonnenklosters Wienhausen mag es mir gestattet sein, einige Bemerkungen hinzuzufügen.

S. 204. zum 19. April.

Barbara Anthonii erscheint als Aebtissin des Klosters Isenhagen (ord. Cisterc., dioec. Hildes.) in einer Urkunde vom 18. Januar 1488 (Pfeffinger I, 111.) und starb 1510 (das. 113).

Tilemann v. Badenstedt wurde, nach der Resignation des Johann Mahler, im Jahre 1467 (Octbr.—Decbr.) zum Probst des Klosters Medingen (S. Mariae, ord. Bened., dioec. Verd.) erwählt, und verschied am 19. April 1494 (Lyßmann Nachricht von dem Closter Meding. 65—79, 123).

---

[1]) In Ansehung der Urkunden von 1187 und 1197 ist dies gewiß, hinsichtlich der Urkunde von 1191 wahrscheinlich. Seite 892 der Annalen wird auch einer Curie Lare gedacht, welche der Bischof, wie hinzugefügt wird, a nobili et ministeriali suo gekauft habe.

S. 205. zum 28. April.
Auch das Nekrologium des Klosters Wöltingerode verzeichnet den Tod des Herzogs Heinrich an diesem Tage (vergl. Jahrg. 1851 dieser Zeitschrift. S. 57).

„ 205. zum 29. April.
Henning Morgenstern wurde 1463, nach dem 3. Juni, zum Abt des Klosters Marienrode (Novalis S. Mariae, ord. Cist., dioec. Hild.) erwählt, und segnete das Zeitliche im Jahre 1473 (Heineccius Antiq. Goslar. 281) oder, wohl richtiger, am 27. April 1478 (Leibnitz Scr. II, 465. vergl. 899).

„ 206. zum 4. Mai.
Wenn die an diesem Tage vermerkte Sophie eine Gräfin (v. Dassel) war, dann kann sie nur die gleichnamige Tochter des Grafen Adolfs II. v. Dassel (1210—1257) gewesen sein, welche urkundlich von 1240—1244 vorkommt (vergl. Erhard und Rosenkranz Zeitschr. VIII, 114), doch scheint mir eine solche Annahme bedenklich.

„ 213. zum 12. Juli.
Margarethe Puffen soll anfänglich Priorin gewesen und am 26. April 1494 zur Aebtissin des Klosters Medingen erhoben worden, dort aber am 13. Juli 1513 in die Ewigkeit gegangen sein (Lyßmann 123—128, Pfeffinger I, 236).

„ 215. zum 2. August.
Sollte unter dem hier eingezeichneten Bischof Otto nicht etwa Otto II., Graf v. Wohldenberg, zu verstehen sein, welcher 1318 (nach dem 31. Juli) zum Bischof von Hildesheim erwählt wurde und am 22. August 1331 mit Tode abging? Mir ist wenigstens ein Bischof Otto nicht bekannt, dessen Ableben am 2. August erfolgt wäre. Da nun auch das Nekrologium des Hildesheim. St. Michaeliskloſters den Tod des Bischofs Otto II. auf den 3. August verlegt (vergl. Vaterl. Archiv des histor. Vereins für Niedersachsen. Jahrg. 1843. S. 20), so möchte am Ende dieser Tag den Vorzug vor dem 22. August verdienen.

„ 218. zum 1. September.
Die erwähnte Sophie soll 1450 Aebtissin des Klosters Derneburg (S. Mariae & S. Andreae, ord. Cist., dioec. Hild.) geworden und bis 1468 geblieben sein, worauf eine Beate von der Schulenburg, die 1484 gestorben wäre, ihre Stelle eingenommen hätte. Dieser soll eine andere, dem Namen nach unbekannte, Aebtissin von 1484 bis 1487 gefolgt, und dann 1487 Sophie von der Schulenburg erwählt worden sein. Dies kann indessen nicht richtig sein, denn in einer Urkunde vom Jahre 1471 heißt es, obige Sophie habe

1469 das Kloster Wienhausen reformirt (Scheidt's Anm. zu v. Moser's Staatsrecht. Cod. 889), und 1480 stellt sie selbst eine Urkunde aus (Lyßmann 121).

S. 222. zum 11. October.
Vielleicht möchte Magnus statt Mangnus zu lesen sein. Man könnte fast vermuthen, es habe der hildesheimische Bischof Magnus, Herzog von Sachsen-Lauenburg, eingezeichnet werden sollen, da dieser von 1410—1424 Bischof von Cammin, und von da ab in Hildesheim war († 21. Septbr. 1452), dessen Tod von Einigen auf den 11. October (wohl irrthümlich statt XI. kal. Oct.) gesetzt wird (vergl. Vaterl. Archiv. Jahrg. 1843. S. 46).

„ 222. zum 12. October.
Bertram wurde nach dem Jahre 1423 Probst des Klosters Ebstorf (S. Maur., ord. Bened., dioec. Verd.), erscheint urkundlich im Jahre 1429 (Rehtmeier Braunschw. Chron. 1856) und zuletzt am 27. März 1441 (Schlöpke Chron. von Bardewick 331), war aber 1452 nicht mehr am Leben.

„ 245. In Betreff des Todes des Heinrich Bertkau, Abts des hildesheimschen St. Michaeliskloster, weichen die Nachrichten von einander ab. Einige (z. B. Meibaum II, 524) lassen ihn erst 1483 sterben, doch ist dies irrig, da seines Nachfolgers Hermann Potemann schon 1474 gedacht wird (Leibnitz II, 109). Das richtige Todesjahr ist 1473 (vergl. Vaterl. Archiv. Jahrg. 1843. S. 53).

„ 248. Z. 2. von oben dürfte 27. August verdruckt sein, statt 7. August, vergl. S. 222.
10) Albert erscheint als Probst urkundlich im Jahre 1295 (Lappenberg, Hamburg. Urkundenbuch. I, 741).

„ 252. 1) Der Todestag der Aebtissin Ebeza findet sich übereinstimmend im Nekrologe des Klosters Wöltingerode (vergl. Jahrg. 1851 dieser Zeitschr. S. 61).
4) Elisabeth, mit dem Probste Werner, wird in einer undatirten, aber in das Jahr 1240 gesetzten, Urkunde erwähnt (Origg. Guelf. III, 717).

„ 253. 6) Gerburg war noch 1295 Aebtissin (Lappenberg I, 741).
9) Margarethe; 1331 ist verdruckt, vielleicht statt 1317.

„ 254. 18) Katharine I.; die allegirte Urkunde vom 3. Februar 1422 ist gedruckt in Gercken Diplomat. I, 472.

Die im Nekrologe vermerkten Bischöfe Heinrich († 24. August), Konrad († 7. November) und Konrad († 18. November), vermag ich nicht nachzuweisen. Heinrich könnte vielleicht Heinrich II., Graf von der Hoya, Bischof von Verden, sein, der am 21. Februar 1407 erwählt wurde, aber 1426 am 14. August abdankte. Konrad könnte Konrad II.

v. Riesemberg, Bischof von Hildesheim, sein, welcher im Jahre 1247 abdankte und am 18. December (XV. kal. Jan.) 1248 oder 1249 starb, wobei freilich die Verwechselung des Monats December mit November anzunehmen wäre (vergl. Vaterl. Archiv. Jahrg. 1840. S. 114).

Minden, den 28. Juli 1857. C. F. Mooyer.

---

5. Die marca argenti usualis.

Vor dem Gandersheimer Münzfunde (Mai 1848) war es kaum bekannt, daß man im Mittelalter Stücke, die eine Mark Silbers repräsentirten, gegossen und mit einem Münzzeichen versehen habe. Die einzelnen Stücke, welche hier und da zur Kenntniß kamen, hielt man mehr für eine Art Barren, die sich zufällig erhalten hätten, als für wirklich im Handel und Wandel vorkommende Geldstücke *), und dennoch scheinen Münzfunde, wie der Gandersheimer, der eine ziemliche Anzahl verschiedener Markstücke zu Tage förderte **), und der hier namentlich zur Sprache kommende, welcher 10 ganze Markstücke enthielt, darauf hinzudeuten, daß sie bei Zahlung von größeren Summen eben so gut angewandt wurden, wie unser grobes Courant. Und gewiß war neben den dünnen, leicht zerbrechlichen, schwer zu handhabenden Bracteaten ein solch größeres Geldstück bei größeren Zahlungen besonders wünschenswerth.

Das Königliche Münz-Cabinet zu Hannover besaß, als es im Jahre 1853 meiner Aufsicht anvertraut wurde, zwei Stücke, das eine mit dem Löwen und dem Sterne (Taf. I., Fig. 4.), das andere mit dem gothischen G zwischen 4 Punkten (Taf. I., Fig. 8.); mit der Morgenstern'schen Sammlung hatte ich 1853 das Markstück mit dem Löwenkopf und dem gothischen G (Taf. I., Fig. 6.) erkauft und 1856

---

*) S. die Abbildungen bei Rehtmeier, Chronik S. 344. Bode, das ältere Münzwesen Niedersachsens, Braunschw. 1847, Taf. X., Fig. 1. und 2.

**) Die 36 in Gandersheim gefundenen größeren Stücke Gußsilbers bestanden nach Schönemann, Zur vaterländischen Münzkunde vom 12. bis 15. Jahrh. S. 76, aus ganzen Markstücken der Stadt Braunschweig mit Löwen und Stern (s. Tafel I., Fig. 4.), dem auf Tafel I., Fig. 7. abgebildeten halben Markstücke, mehreren ganzen Markstücken mit Löwenkopf und gothischem G (Tafel I., Fig. 6.), einigen Stücken mit dem Goslarischen Adler und einem mit W; außerdem mit verschiedenen ungestempelten, also hier nicht mit zählenden, kleineren Bruchtheilen der Mark.

geruhte Se. Majestät der König das Münz-Cabinet mit einem ganzen Markstücke (Löwen und Adlerkopf; Taf. I., Fig. 5.) und mit einem halben Markstücke (Löwen und Heim mit Adlerkopf; Taf. I., Fig. 7.) zu bereichern. Durch die Liberalität des Reichsfreiherrn Julius Grote zu Schauen erhielt das Cabinet in diesem Jahre eine wesentliche Vermehrung in diesem Genre durch drei neue Exemplare, deren Zeichen ich unter Fig. 1., 2. und 3. auf der anliegenden Tafel I. habe abbilden lassen. Der Reichsfreiherr Grote schrieb mir unter dem 9. Januar 1857 über die Auffindung dieser Stücke:

„Bei dem Umbaue eines Stalles in Darbesheim (Kreis Halberstadt) sind im Herbste 1856 zehn alte braunschweigische Markstücke (marca usualis argenti) in einem in der Erde vergrabenen alterthümlichen Topfe aufgefunden worden. Auf jedem derselben sind zwei Stempel eingeschlagen, und zwar auf 8 derselben der Löwe von der rechten Seite und ein Kopf von der linken Seite; die beiden anderen Stücke haben einen Löwen von der linken Seite und daneben das eine eine der Länge nach getheilte Lilie, das andere ein gothisches E, wie es auf den Münzen der Stadt Eimbeck erscheint. Die Löwen sind ebenso geformt, wie dieselben auf den Bracteaten mit Beimarken der Stadt Braunschweig geprägt sind. Mit Ausnahme des Kopfes finden sich diese Nebenstempel als Beimarken auf den Braunschweigischen Bracteaten bei Schönemann, Zur vaterländischen Münzkunde vom 12. bis 15. Jahrh. Wolfenbüttel 1852, abgebildet; die halbe Lilie auf Tafel VII., Fig. 16, das E auf Tafel IX, Fig. 20. Auf derselben Tafel unter №. 28. befindet sich als Beimarke ein Stern, welcher auf dem bei Bode, das ältere Münzwesen Niedersachsens, Tafel X., Fig. 1, abgebildeten Markstücke sich wieder findet *).

„Das Gewicht der einzelnen Stücke ist verschieden und wiegen dieselben:

1. (Fig. 2.) $15^{7}/_{8}$ Loth.	6. (Fig. 2.) $14^{1}/_{4}$ Loth,
2. (Fig. 2.) $15^{5}/_{8}$ „	7. (Fig. 2.) $14^{1}/_{8}$ „
3. (Fig. 2.) $15^{3}/_{8}$ „	8. (Fig. 2.) $13^{1}/_{8}$ „
4. (Fig. 3.) $15^{1}/_{4}$ „	9. (Fig. 2.) 13 „
5. (Fig. 1.) $14^{15}/_{16}$ „	10. (Fig. 2.) $12^{7}/_{8}$ Loth.“

Von diesem wichtigen Funde erhielt nicht nur das Königliche Münz-Cabinet ein Exemplar der drei verschiedenen Sorten, nämlich №. 1, 4 und 5; sondern der Eigenthümer gestattete auch, daß von drei Stücken

*) Hierzu bemerke ich nur, daß auch der Adlerkopf (auf unserer Tafel, Fig. 5.) sich bei Schönemann Taf. IX., Fig. 24. nachweisen läßt, so wie der Heim (auf unserer Tafel, Fig. 7.), freilich ohne Adlerkopf Taf. IX., Fig. 15. und Taf. X., Fig. 62. sich findet. Jedoch muß man von der Erwartung eines genauen Uebereinstimmens der Typen in Richtung und Haltung abstrahiren. C. L. Grotefend.

der mehrfach vertretenen Sorte Proben gemacht würden, für welche wir Herrn Geheimen-Finanzrath Brüel dankbar sind. Es wurden dazu die drei Stücke ausgewählt, auf denen der Stempel, obwohl vollkommen kenntlich, doch am wenigsten gut ausgeprägt war und welche zugleich im Gewichte ziemlich weit von einander standen, № 3, 6 und 9. Das Resultat der Probe war:

№ 3. $15\frac{3}{8}$ Loth schwer, à 11 Loth 17 Grän, enthält also 11 Loth 9 Grän feines Silber und ist werth 10 ℔ 1 ßr 6 ₰.

№ 6. $14\frac{1}{4}$ Loth schwer, à 12 Loth 3 Grän, enthält also 10 Loth 15 Grän feines Silber und ist werth 9 ℔ 11 ßr 6 ₰.

№ 9. 13 Loth schwer, à 12 Loth $15\frac{1}{2}$ Grän, enthält also 10 Loth 8 Grän feines Silber und ist werth 9 ℔ 3 ßr 4 ₰.

Wenn wir nun den Metallwerth dieser drei Stücke vergleichen und dabei in Betracht ziehen, daß von № 9. durch einen Schlag mit einem Schmiedehammer einige Splittern abgesprengt waren, also der Metallwerth dieses Stückes ursprünglich etwas höher war, so zeigt sich, daß die freilich an Gewicht sehr differirenden Stücke mit gleicher Marke, d. h. desselben Jahrganges, doch einen ziemlich gleichen Münzwerth ($9\frac{1}{2}$—10 ℔ Courant) gehabt haben.

Vergleichen wir aber mit diesen Markstücken das Gewicht der übrigen im Königlichen Münz-Cabinette befindlichen Markstücke, so ergiebt sich, daß die drei mit dem Braunschweigischen Löwen bezeichneten dem Gewichte der obigen Braunschweigischen Markstücke zwar völlig nahe kommen, dagegen die beiden mit dem gothischen G bezeichneten, also vermuthlich der Stadt Göttingen, vielleicht auch einer früheren Periode angehörigen, bedeutend davon abweichen. Es wiegen nämlich:

das Markstück mit dem Stern (Fig. 4.) $13\frac{5}{8}$ Loth,
das Markstück mit dem Adlerkopf (Fig. 5.) $13\frac{1}{2}$ Loth,
die halbe Mark mit dem Helm (Fig. 7.) $7\frac{1}{16}$ Loth,

und dabei ist noch zu bemerken, daß die beiden ersteren behuf einer früher damit vorgenommenen Metallprobe, deren Resultat mir jedoch leider nicht bekannt geworden ist, angehauen sind, ursprünglich also etwa $\frac{1}{8}$ Loth mehr gewogen haben werden. Dagegen wiegen

das Markstück mit Löwenkopf und G (Fig. 6.) $16\frac{5}{8}$ Loth
und das Markstück mit dem G allein (Fig. 8.) $20\frac{1}{8}$ Loth.

Ob man hiernach dem Rehtmeier'schen Berichte (Chronik S. 343) trauen dürfe, welchem zufolge 1717 ein Braunschweigisches Markstück mit dem achteckigen Sterne „zu 20 Loht schwer" bei Lehedorf gefunden sein soll, wage ich nicht zu entscheiden.

Schließlich erlaube ich mir noch, darauf aufmerksam zu machen, daß bei dem halben Markstücke aus dem Platze, auf welchem die Marke eingeschlagen ist, der Schluß gezogen werden darf, daß dieselbe erst nach der Theilung angebracht worden ist, daß also dies halbirte Markstück von Anfang an als ein halbes Markstück gelten sollte und nicht

etwa ein schon gezeichnetes Marktstück in zwei halbe Marktstücke zerlegt ist. Es ist dies der Grund, weshalb unter Fig. 7. das Stück in seiner ganzen Gestalt abgebildet worden ist.

Hannover, den 18. November 1857. C. L. Grotefend.

---

6. Verordnung des Erzbischofs Christoph von Bremen in Betreff des Stifts Bardowiek, vom 1. Juli 1533.

Mitgetheilt vom Reichsfreiherrn Grote zu Schauen.

Von gots gnaden Christoffer Ertzbischove zu Brehmen, Administrator deß Stiefftes Verden, Hertzog zu Braunschweig und Lunaburg ꝛc.

Unsern gunstigen willen zuvorn, Wirdiger lieber andechtiger. Wir kommen in gewisse erfarung, wie der auch wirdige unser lieber Andechtige Er Bartoldus Turitz, unsers stiefts Bardewigk Dechant ꝛc. etlicher seiner geschefte halben, viel aufraiset und abwesens sein mueß, Dardurch ethwa benanther unserer kirchen und stieft nachteil und versaumnuß entstehen soll, Dieweil wir aber als der rechte ordinarius geburliche usachtung, des und anderß halben zuthun schuldig, Demnach begeren wir gnedig, Ihr wollet in gedachts decani abwesen, vice sui in allen den jhenigen, so er daran aufzurichten pflichtig, thun, aufrichten und vorwesen, Ob ir aber dasselb personlichen auch verhindert, einen andern dartzu tuglichen, verordenen, Damit solich sein des decani ambt, seins abwesens, also moge bestelt und aufgericht werden, dermassen das hinfüro derhalb kein mangel gespurt oder darauß einiche verclehnerung entstunde. Daran thut Jr, und beschicht also unser recht zuverlessige meynunge und bethell. In gnaden und guthem zuerkennen geneigt. Datum uf unserm schloß Rodenburg dienstag nach Petri und Pauli Ao. XXXIIII.

Dem wirdigen unserm lieben Andechtigen ern Conrado Schneverding Seniori unser Collegiaten Kirchen zu Bardewigk.

(Vom Original, welches keine Unterschrift des Erzbischofs hat, aber noch die Spuren des auf das Schreiben gedrückten Wachssiegels zeigt.)

---

7. Auszüge aus einem Protocollbuche des Stifts Bardowiek,

geführt von Christian Herbers und von Bartold Laffert in den Jahren 1569 bis 1608.

Mittheilung des Reichsfreiherrn Grote zu Schauen.

In Schlöpken's Chronik von Bardowiek ist in dem Verzeichnisse der Canonicorum S. 433 bei Jodokus Lemke bemerkt: „1570 seiner

Präbende entſetzt.“ Die folgenden Schriftſtücke, einem alten bis 1606 hinaufreichenden Protocollbuche des Stifts Bardowiek entlehnt, ergeben über die Gründe ſeiner Entſetzung Folgendes:

Abſcheidt zu Zelle wider Joſt Lempken. 1. Decemb. Ao. 1569.

In Sachen zwiſchen Joſten Lempken clegers und dem Capittell deß Stiffts Bardewick beclagten anderteils, belangende daß ſie Jhme die nutzung ſeiner Prebenden auffgezogen haben, Und dan zwiſchen Hardewick Groten und Hanſen Ditmers zu Bardewick underſchiedtlichen Clegern, und Joſten Lempken beclagten Anderteils betreffendt, daß ehr Hardewick Groten auf freier ſtraſſen geſchlagen, verwundet und gejaget, Und Hanſen Detmerß, Alſe ſie mit einander in einer Zeche geſeſſen mit einer barten ihn daß angeſicht gehawen — Wie ſolchs in fürgebrachten Clagen gemeldet worden, Gibt der Durchleuchtig Hochgeborn Fürſt und Herr, Herr Wilhelm der Jünger Hertzogk zu Braunſchweig und Lüneburg, nach allem bißher geſchehen fürbringen dieſen beſcheidt, daß die vorenthaltung der Prebenden nutzung billich geſchehen, Doch fürſtlicher hoch und Oberkeit und Lempken Straffe jegen dieſelbige verwirket unabbrüchlich, Unnd ſo dan daß Capittell daßjennige, waß ſie ſunſt wider Joſt Lempken ſeines ungebürlichen lebendes halber haben fürgebracht, Auch Hartwich Grote und Hanß Detmerß, daß ſie Joſt Lempke alſo geſchlagen, gejagt und verwundet habe, wie daß underſchiedtlich iſt geclaget worden, beweiſen wollen, daß ſoll gehoret werden, Und als dan ferner ergehen, waß Recht iſt. Und ſoll ſich Joſt Lempke jegen gemelt Capittell und Clegern auch menniglich friedtlich halten, bey verweiſung nicht allein auß dem Stiffte ſondern auch auß dem Landt. von Rechts wegenn.

Pronunciatum Zell Am 1. Decemb.

Wilhelm d. Jung. H. Z. B. u. L.

Endturtheill Jodoci Lemken.

In Sachen Dechandt und Capittels des Stiffts Bardewick und Hartwich Groten Vicarien darſelbſt, Auch Hanſen Dithmers underſchietlichen Clegern Eins, und Joſt Lemken Beclagten anderteils betreffendt des Beclagten ergerlich leben, erzeigte ungehorſame, gewaltſame geübte thaten und an andern begangen leibsbeſchedigungen, alles In Actis underſcheitlich angezogen, Erkennen von Gottes gnaden Wir Wilhelm der Jünger Hertzogk zu Braunſchw. und Lüneb. uf alles fürpringen gefürthe kundtſchaften und ergangen handlung vor recht, Das der Beclagte Joſt Lemke ſeines begangen und erwieſen offentlichen ergerlichen lebens, erzeigten ungehorſams und geübten gewaltſamen thaten und leibs beſchedigung halber, die ehr zum theill vor und zum theill nach gegeben abſcheden und friedes und anderer Gebotten begangen hatt, ſeines Canonicats in unſerm Stifft Bardewick verluſtig und uns hin-

furder in unſerm Fürſtenthumb nicht zu leiden iſt, Auch ſchuldig ſey, den beſchedigten Hartwich Groten und Hanſen Ditmers Ihren von Ime empfangenen ſchaden zu erſtaten, Wie Wir Inen auch hiemit des Canonicats vorluſtig erkennen und Ihme auffliegen ſich hinfurder unſers Fürſtenthumbs zu enthalten, und den gemelten Hartwich Groten und Hanſen Dithmers Ihren ſchaden zuerſtaten von Rechts wegen. Pronunciatum Cellae am 29. Augusti Ao. 70.

Wilhelm d. Jünger Hertzog
zu B. u. L.

Anno etc. 77. 20. Maij Jochimus a Luneburg filius illegitimus Principis Illustriss. Ducis Francisci Ottonis Luneburg. per liberam resignationem Hinrici Brunss ab Illustriss. Principe nostro Duce Wilhelmo iterum praesentatus ac eodem die Capitulariter institutus.

Joachimus von Lüneburg resignavit Vicariam Viti Friderico Nieczen ac institutus a Capitulo Vigilia Matthiae Ao. etc. 94.

Anno etc. 93. den 30. Martii hatt ſich des Hern Biſchoffs zu Verden Philippi Sigismundi Hertzog zu Braunſchw. und Lüneb. Praesentatus uf die vacirte Praebenda ſeliger Hern Johan Kulemans, mit verſiegelter Praesentation bey dem Capitell alhie angegeben, deß nahmen Henricus Weingartener Biſchoflicher Rath und geweſener Praeceptor. Es hatt aber die gebetene Investitura vom Capitell alsbald nicht erfolgen können *).

Anno 603 den 17. Novemb. morgens umb 4 Uhr ungefehr iſt Her Chriſtianus Herberus Senior uf einem ſtuel ſitzende von dieſer werldt vorſchieden. Godt wolde ſeiner ſehelen gnedig ſein. Und hatt ſeine begrebuus uf dem Cohre versus Septentrionem für dem uftrit benedden, unter Jurgen Stoterroggen fenſterlucht. Seine leichpreddigt hatt der Sacellanus Melchior Hillebrandt gethaen, und iſt denſelbigen Tag ein groſſer ungeſteumer windt und boeß wetter geweſen.

Anno 1607 den Oſtern tag Vesperi circiter 8 oblit Luneburgi Venerabilis Dominus Hinricus Borcholdt in aedibus matris suae und

---

*) Der Name fehlt in dem Verzeichniſſe von Schlöpken im Chron. von Bardowiek, und ſcheint es daher, als ob die Inveſtitur nie erfolgt ſei.

ist daselbst uf gutachtent der Freundtschaft aus bewogenen Ursachen auch bestetiget worden. Den folgenden montag ist von Frantz Borcholdt und dem Notario Anthonio Meyer ihn seiner Curia versiegelt worden ihn segenwardt Hinrici Nack und Luca Lossio, wie sie aber ihm werk gewesen, hatt der Hertzogin Secretarius nebenst dem Voigt alhie auch dahin verfügt, und uf bevehl der gnedigen Frawen auch daneben versiegelt, ist aber als baldt von den anwesenden abgeordenten von dieser ungewoentlich newrung und tedtlichen eingriff uf des Capittels freien guetern protestiret worden.

Anno 1608 den 29. Januarij hatt sich gezenckt zwischen Hern Hinrico Elers Pastori et Hern Hinrico Wiedtfeldt uf dem Choro sub Corona in praesentia omnium, Decani et Canonicorum, erhoben und zugetragen, Als das der Pastor Wietfelden beschuldigte, das ehr zu Lüneburg uf des Pastorn Sale den ehr Wiedtfeldt Ihme de facto vorenthalten und occupiret, fenster und etzliche ruthen solte ausgeschlagen haben, und mit ungestumicheit herauserfahren und Hinricum Wiedtfeldt offentlich in presentia Decani et Capituli für einen Bachanten und Achabsgesellen geschulden, und folgendts ein schreiben, so Ihme müglich von Sprengern *) mag zugeschickt worden sein, fürgehalten, dar Wiedtfeldt etzlicher massen iniurijrt worden, welches der Pastor ihm hernach für die füssen geworffen, für einen Schelmen und Dieb ausgeruffen und vom Chor gelauffen. Darüber Dechant und Capitul verursacht, vormuge unser Statuten articulo Et quia **) beiden theilen per notharium ankündigen zu lassen, das sie sich a consortio Capituli enthalten wollen, bis sie dieser Iniurien halber beiderseitz gebürlich verandtwortet und abgefunden hetten.

---

*) Von Sprenger, welcher sich in diesen Streit gemischt hat, steht im Protocollbuche: 16. Julii (1602) Wilhelmus Sprenger Zellensis tonsoris filius ab Illustrissimo iterum ad vacantem praebendam (sc. per mortem Joachimi a Mola) praesentatus ac investitus a Capitulo.

**) Die hier allegirte Stelle aus den Statuten, welche erst 1612 landesherrlich bestätigt wurden, beweiset, daß dieselben schon einige Zeit vor der Bestätigung durch Herzog Christian in dem Stifte Gültigkeit hatten.

---

8. Beſchreibung eines alten Käſtchens mit bildlichen Darſtellungen und Inſchriften.

(Im Beſitze des Herrn Profeſſors Oeſterley in Hannover.)

Mittheilung des Cammer-Baumeiſters Mithoff.

Das Käſtchen beſteht aus Holz, iſt etwa 11 Zoll lang, 7 Zoll breit und $3\frac{1}{2}$ Zoll hoch. Der Deckel und die Seiten desſelben enthalten eine Moſaik aus gefärbtem Stroh mit folgenden Darſtellungen:

Auf dem Deckel ſieht man einen Kloſterhof mit einer Kirche und anderen Gebäuden, im Hintergrunde einen Wallfahrtsberg, worauf ein Kreuz mit den Paſſions-Werkzeugen ſich erhebt. Eine Nonne in braunem Gewande und weißlicher Kopfbedeckung geht den Berg hinan. Neben ihr ſteht geſchrieben: „So sehen Wier den Hüespergh“ und darunter: „naen flen enje (?) mitter Ziet Wart Sie Wiet greues die ..je“ *).

Eine herabſteigende Nonne ſagt: „Meine Wallfahrt ich vollendet hab“. Vor den Gebäuden erſcheinen einige Nonnen und ein Mönch.

Die vordere Seite zeigt eine an einem Berge gelegene Stadt, in der Mitte ſteht eine Windmühle. Die hintere Seite hat zwei Darſtellungen. Links ein Betender, anſcheinend eine fürſtliche Perſon, in einſamer, von Bergen umſchloſſener Gegend, mit der Umſchrift: „Uht der kuhle herr bölke eck tau deck herr hore mien Bölken ✠ Das ist Aus der dieffe“. Rechts Adam und Eva bei dem Apfelbaume, um welchen ſich die Schlange windet. Eva iſt im Begriff einen Apfel zu pflücken. Umſchrift: „Adam und Eva hats trudeln erdacht ✠ Das trudeln hat Adam und Eva erdacht“.

Auf der einen ſchmalen Seite des Käſtchens iſt das Innere einer Kirche mit Säulen und Spitzbögen dargeſtellt, in welcher ein Geiſtlicher in biſchöflichem Ornate einen Fürſten ſalbt. Die Umſchrift lautet: „Du smärst mien dössel mitt fett: Dass ist: Du salbest mein haubt mit Oel“ ✠

Die andere ſchmale Seite zeigt ebenfalls das Innere einer Kirche, worin ein Paar von einem Prieſter getrauet wird, und hat folgende Umſchrift: „Hey schall dien Herr sien. dat is hey wil deke tau knirficken tau pantzerfegen und tau Chore drieffen“.

Auf der inneren Seite des Deckels erſcheint das Wappen des Churfürſten Georg Ludwig, ebenfalls in farbiger Stroh-Moſaik. Das Käſtchen, vermuthlich in einem Kloſter gearbeitet, ſcheint demnach für eine fürſtliche Perſon beſtimmt geweſen zu ſein. Künſtleriſchen Werth hat daſſelbe nicht; jedoch dürfte die Art ſeiner Ausſchmückung nicht ganz ohne Intereſſe in Bezug auf die Sitten der Vorzeit ſein.

*) Dieſe Inſchrift iſt nicht deutlich zu erkennen.

9. Preisaufgaben der Wedekind'schen Preisstiftung für deutsche Geschichte.

Der Verwaltungsrath der Wedekind'schen Preisstiftung für deutsche Geschichte macht hiermit die Aufgaben bekannt, welche für den zweiten Verwaltungszeitraum, d. h. für die Zeit vom 14. März 1856 bis zum 14. März 1866, von ihm ingemäß der Ordnungen der Stiftung gestellt worden sind.

Für den ersten Preis.

Der Verwaltungsrath verlangt

eine Ausgabe der verschiedenen Texte und Bearbeitungen der Chronik des Hermann Korner.

Indem derselbe wegen des Näheren, was diese betrifft, auf die Abhandlung des Mitgliedes des Verwaltungsrathes, Professor Waitz: „Ueber Hermann Korner und die Lübecker Chroniken“ (Abhandlungen der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen Bd. V., und einzeln Göttingen 1851. 4.) verweist, bemerkt derselbe nur, daß es bei der hier verlangten Ausgabe darauf ankommt, zu geben:

1) den bisher ungedruckten in der Wolfenbütteler Handschrift Helmstad. *M.* 408 enthaltenen Text einer wahrscheinlich dem Korner angehörigen Chronik;

2) von dem größeren bei Eccard (Corp. hist. medii aevi) gedruckten Werke, der Chronica novella, alles das was nicht aus Heinrich von Herford entlehnt und in der demnächst im Druck erscheinenden Ausgabe desselben von Herrn Dr. Potthast als solches bezeichnet ist, unter Benutzung der vorhandenen Handschriften, namentlich der Lübecker und Lüneburger;

3) aus den 3 bekannten deutschen Bearbeitungen, der sogenannten Chronik des Rufus, der Fortsetzung des Detmar und der in einer Hannoverschen Handschrift enthaltenen Chronik bis 1438, alles das was sie von Korner Abweichendes und Eigenthümliches haben.

Es kann sich vielleicht aus sprachlichen Gründen empfehlen, von diesen deutschen Bearbeitungen, namentlich so weit sie nicht schon durch den Druck veröffentlicht sind, einzelne längere Stücke oder einen ganzen Text vollständig mitzutheilen, und jedenfalls wird es darauf ankommen, aus den nicht abzudruckenden Theilen hervorzuheben und in der Einleitung oder dem Glossar zusammenzustellen, was für die Sprache von Interesse ist.

Allen Theilen sind die nöthigen erläuternden Bemerkungen, so wie der Nachweis benutzter Quellen oder auch von Parallelstellen hinzuzufügen, wobei natürlich vorzugsweise auf die verschiedenen Lübecker Chroniken Rücksicht zu nehmen ist.

Eine Einleitung hat sich näher über die Person des Korner, seine Leistungen als Historiker, seine eigenthümliche Art der Benutzung und

Aufführung älterer Quellen, den Werth der ihm selbständig angehörigen Nachrichten, sodann über die verschiedenen vorliegenden Bearbeitungen und ihre Verfasser, ebenso über die benutzten Handschriften und die bei der Herausgabe befolgten Grundsätze zu verbreiten.

Ein doppeltes, ein lateinisches und ein deutsches Glossar wird den Sprachgebrauch des Autors und seiner verschiedenen Uebersetzer im Einzelnen darlegen.

Für den zweiten Preis.

Eine der wichtigsten Perioden deutscher Geschichte ist ohne Zweifel die erste Hälfte des 13. Jahrhunderts: sie war entscheidend für den Verfall der kaiserlichen, für die Befestigung der fürstlichen Macht, zugleich für die Ausbildung der städtischen Verfassung und vieler anderer bedeutender Verhältnisse. Theils die großen Ereignisse der Geschichte, die Beziehungen namentlich der Kaiser zu den Päbsten, theils die eigenthümliche Entwickelung in den einzelnen Provinzen und Territorien Deutschlands, dann die Ausbreitung der Deutschen über die alten Grenzen, die Regsamkeit auf verschiedenen Gebieten des Lebens, die Blüthe der Literatur und Kunst, verleihen dieser Zeit das größte Interesse; manches, das sich in der vorhergehenden Zeit vorbereitet hat, gelangt zu einem gewissen Abschluß, zu anderem, was die folgenden Jahrhunderte erfüllt, wird hier der Grund gelegt, eine Fülle verschiedenartiger, zum Theil in schroffem Contrast mit einander stehender Strebungen tritt entgegen. In neuerer Zeit hat auch die Forschung dieser Zeit vielfach ihre Aufmerksamkeit zugewandt; es sind in und außer Deutschland Quellen gesammelt, neue entdeckt und publicirt; es sind über einzelne Theile genauere Untersuchungen angestellt und manche neue Aufklärungen gewonnen worden. Zugleich hat sich aber nicht am wenigsten auf diesem Gebiete eine große Verschiedenheit der Auffassung und Beurtheilung der Thatsachen und der handelnden Personen gezeigt, vorzugsweise des Staufers Friedrich II., der während des größern Theils dieser Periode die deutsche Königs- und römische Kaiserkrone trug. Und während die Zeit seiner nächsten Vorgänger neuerdings auch eine im ganzen befriedigende Bearbeitung erfahren hat, fehlt es an einer zusammenfassenden, vollständigen, kritischen, wahrhaft objectiven Geschichte jenes Kaisers und der unter ihm stehenden Lande noch durchaus. Indem daher der Verwaltungsrath

eine kritische Geschichte Kaiser Friedrich II. und Deutschlands in seiner Zeit

als Aufgabe wählt, verlangt derselbe eine Darstellung seiner Regierung und Thätigkeit in vollem Umfang, der Beziehungen zu den Päbsten, zu dem Sicilischen Erbreich und zum Morgenlande, sodann aber auch eine Geschichte Deutschlands in der Zeit seiner Herrschaft, und zwar eine in das Detail eingehende, die äußeren und inneren Verhältnisse der ver-

schiedenen deutschen Gebiete vollständig und genau darlegende Arbeit, bei der auch Rücksicht zu nehmen ist auf die Beziehungen zu den Nachbarlanden und die Erweiterungen, welche die deutsche Herrschaft und der deutsche Einfluß im Osten gewonnen, und welche außerdem das geistige Leben der deutschen Nation nicht weniger als das politische und sociale zu schildern hat. Eine erschöpfende Benutzung aller durch den Druck veröffentlichten Quellen und der neuern auch specialhistorischen Literatur wird vorausgesetzt; dagegen wäre eine Herbeiziehung weiterer handschriftlicher Hülfsmittel, wie solche allerdings noch vorhanden sind, wohl erwünscht, soll aber nicht als erforderlich angesehen werden.

In Beziehung auf die Bewerbung um diese Preise, die Ertheilung des dritten Preises und die Rechte der Preisgewinnenden ist zugleich Folgendes aus den Ordnungen hier zu wiederholen.

1) Ueber die zwei ersten Preise. Die Arbeiten können in deutscher oder lateinischer Sprache abgefaßt sein.

Jeder dieser Preise beträgt 1000 Thaler in Golde, und muß jedesmal ganz, oder kann gar nicht zuerkannt werden.

2) Ueber den dritten Preis. Für den dritten Preis wird keine bestimmte Aufgabe ausgeschrieben, sondern die Wahl des Stoffs bleibt den Bewerbern nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen überlassen.

Vorzugsweise verlangt der Stifter für denselben ein deutsch geschriebenes Geschichtsbuch, für welches sorgfältige und geprüfte Zusammenstellung der Thatsachen zur ersten, und Kunst der Darstellung zur zweiten Hauptbedingung gemacht wird. Es ist aber damit nicht blos eine gut geschriebene historische Abhandlung, sondern ein umfassendes historisches Werk gemeint. Speciallandesgeschichten sind nicht ausgeschlossen, doch werden vorzugsweise nur diejenigen der größern (15) deutschen Staaten berücksichtigt.

Zur Erlangung dieses Preises sind die zu diesem Zwecke handschriftlich eingeschickten Arbeiten, und die von dem Einsendungstage des vorigen Verwaltungszeitraums bis zu demselben Tage des laufenden Zeitraums (dem 14. März des zehnten Jahres) gedruckt erschienenen Werke dieser Art gleichmäßig berechtigt. Dabei findet indessen der Unterschied statt, daß die ersteren, sofern sie in das Eigenthum der Stiftung übergehen, den vollen Preis von 1000 Thalern in Golde, die bereits gedruckten aber, welche Eigenthum des Verfassers bleiben, oder über welche als sein Eigenthum er bereits verfügt hat, die Hälfte des Preises mit 500 Thalern Gold empfangen.

Wenn keine preiswürdige Schriften der bezeichneten Art vorhanden sind, so darf der dritte Preis angewendet werden, um die Verfasser

solcher Schriften zu belohnen, welche durch Entdeckung und zweckmäßige Bearbeitung unbekannter oder unbenutzter historischer Quellen, Denkmäler und Urkundensammlungen sich um die deutsche Geschichte verdient gemacht haben. Solchen Schriften darf aber nur die Hälfte des Preises zuerkannt werden.

Es steht Jedem frei, für diesen zweiten Fall Werke der bezeichneten Art auch handschriftlich einzusenden. Mit denselben sind aber ebenfalls alle gleichartige Werke, welche vor dem Einsendungstage des laufenden Zeitraums gedruckt erschienen sind, für diesen Preis gleich berechtigt. Wird ein handschriftliches Werk gekrönt, so erhält dasselbe einen Preis von 500 Thalern in Golde; gedruckt erschienenen Schriften können nach dem Grade ihrer Bedeutung Preise von 250 Thaler oder 500 Thaler Gold zuerkannt werden.

Aus dem Vorstehenden ergiebt sich von selbst, daß der dritte Preis auch Mehreren zugleich zu Theil werden kann.

3) Rechte der Erben der gekrönten Schriftsteller. Sämmtliche Preise fallen, wenn die Verfasser der Preisschriften bereits gestorben sein sollten, deren Erben zu. Der dritte Preis kann auch gedruckten Schriften zuerkannt werden, deren Verfasser schon gestorben sind, und fällt alsdann den Erben derselben zu.

4) Form der Preisschriften und ihrer Einsendung. Bei den handschriftlichen Werken, welche sich um die beiden ersten Preise bewerben, müssen alle äußere Zeichen vermieden werden, an welchen die Verfasser erkannt werden können. Wird ein Verfasser durch eigene Schuld erkannt, so ist seine Schrift zur Preisbewerbung nicht mehr zulässig. Daher wird ein Jeder, der nicht gewiß sein kann, daß seine Handschrift den Preisrichtern unbekannt ist, wohl thun, sein Werk von fremder Hand abschreiben zu lassen. Jede Schrift ist mit einem Sinnspruche zu versehen, und es ist derselben ein versiegelter Zettel beizulegen, auf dessen Außenseite derselbe Sinnspruch sich findet, während inwendig Name, Stand und Wohnort des Verfassers angegeben sind.

Die handschriftlichen Werke, welche sich um den dritten Preis bewerben, können mit dem Namen des Verfassers versehen, oder ohne denselben eingesandt werden.

Alle diese Schriften müssen im Laufe des neunten Jahres vor dem 14. März, mit welchem das zehnte beginnt (also diesmal bis zum 14. März 1865), dem Director zugesendet sein, welcher auf Verlangen an die Vermittler der Uebersendung Empfangsbescheinigungen auszustellen hat.

5) Ueber Zulässigkeit zur Preisbewerbung. Die Mitglieder der Königlichen Societät, welche nicht zum Preisgerichte gehören, dürfen sich, wie jeder Andere, um alle Preise bewerben. Dagegen leisten die Mitglieder des Preisgerichts auf jede Preisbewerbung Verzicht.

6) Verkündigung der Preise. An dem 14. März, mit welchem der neue Verwaltungszeitraum beginnt, werden in einer Sitzung

der Societät die Berichte über die Preisarbeiten vorgetragen, die Zettel, welche zu den gekrönten Schriften gehören, eröffnet, und die Namen der Sieger verkündet, die übrigen Zettel aber verbrannt. Jene Berichte werden in den Nachrichten über die Königliche Societät, dem Beiblatte der Göttingenschen gelehrten Anzeigen, abgedruckt. Die Verfasser der gekrönten Schriften oder deren Erben werden noch besonders durch den Director von den ihnen zugefallenen Preisen benachrichtigt, und können dieselben bei dem letztern gegen Quittung sogleich in Empfang nehmen.

7) Zurückforderung der nicht gekrönten Schriften. Die Verfasser der nicht gekrönten Schriften können dieselben unter Angabe ihres Sinnspruches und Einsendung des etwa erhaltenen Empfangsscheines innerhalb eines halben Jahres zurückfordern oder zurückfordern lassen. Sofern sich innerhalb dieses halben Jahres kein Anstand ergiebt, werden dieselben am 14. October von dem Director den zur Empfangnahme bezeichneten Personen portofrei zugesendet. Nach Ablauf dieser Frist ist das Recht zur Zurückforderung erloschen.

8) Druck der Preisschriften. Die handschriftlichen Werke, welche den Preis erhalten haben, gehen in das Eigenthum der Stiftung für diejenige Zeit über, in welcher dasselbe den Verfassern und deren Erben gesetzlich zustehen würde. Der Verwaltungsrath wird dieselben einem Verleger gegen einen Ehrenfold überlassen, oder wenn sich ein solcher nicht findet, auf Kosten der Stiftung drucken lassen, und in diesem letzteren Falle den Vertrieb einer zuverlässigen und thätigen Buchhandlung übertragen. Die Aufsicht über Verlag und Verkauf führt der Director.

Der Ertrag der ersten Auflage, welche ausschließlich der Freiexemplare höchstens 1000 Exemplare stark sein darf, fällt dem verfügbaren Capitale zu, da der Verfasser den erhaltenen Preis als sein Honorar zu betrachten hat. Wenn indessen jener Ertrag ungewöhnlich groß ist, d. h. wenn derselbe die Druckkosten um das Doppelte übersteigt, so wird die Königliche Societät auf den Vortrag des Verwaltungsrathes erwägen, ob dem Verfasser nicht eine außerordentliche Vergeltung zuzubilligen sei.

Findet die Königliche Societät fernere Auflagen erforderlich, so wird sie den Verfasser, oder, falls derselbe nicht mehr leben sollte, einen andern dazu geeigneten Gelehrten zur Bearbeitung derselben veranlassen. Der reine Ertrag der neuen Auflagen soll sodann zu außerordentlichen Bewilligungen für den Verfasser, oder falls derselbe verstorben ist, für dessen Erben, und den neuen Bearbeiter nach einem von der Königlichen Societät festzustellenden Verhältnisse bestimmt werden.

9) Bemerkung auf dem Titel derselben. Jede von der Stiftung gekrönte und herausgegebene Schrift wird auf dem Titel die Bemerkung haben:

von der Königlich Hannoverischen Societät der Wissenschaften in Göttingen mit einem Wedekindschen Preise gekrönt und herausgegeben.

10) Freiexemplare. Von den Preisschriften, welche die Stiftung herausgiebt, erhalten die Verfasser je zehn Freiexemplare.

Göttingen, den 14. März 1857.

---

10. Aufforderung.

Nach den an höchster Stelle gehegten Absichten sollen die Bestrebungen tüchtiger Kräfte darauf gerichtet werden, eine auf authentische Quellen gestützte möglichst ausführliche Geschichte des Hannoverschen Heeres, seit dem Entstehen desselben, zu bearbeiten.

Es findet sich nun zwar in den Königlichen und Landesarchiven ein für diesen Zweck höchst werthvolles reichhaltiges Material, welches dabei zuerst vollständig zur Benutzung kommen dürfte; indessen würde eine allein auf diese Quellen angewiesene Forschung vielfach nur Daten für die allgemeinern Verhältnisse liefern können, während für eine Geschichte der damaligen Regimenter gerade einzelne im Detail wiederzugebende charakteristische Züge und Specialitäten besondern Werth haben würden.

Da nun, wie an mehreren Orten dem Unterzeichneten bereits bekannt geworden ist, sich ein grade in dieser Beziehung sehr reichhaltiges Material in den Archiven unserer adlichen Geschlechter, so wie in denjenigen einzelner Städte und in dem Besitze mancher Privatpersonen vorfindet, so richtet der Unterzeichnete an alle Freunde vaterländischer Geschichte die dringende Bitte, eine recht sorgfältige Nachforschung in den ihnen irgend bekannten und zu Gebote stehenden Quellen anzustellen und über das irgend von Bedeutung Erscheinende eine kurze sachliche Anzeige an die Königliche General-Adjudantur einzusenden. Eine solche gefällige Anzeige, wodurch der Forscher erst die Kenntniß von der Existenz des vielleicht werthvollen Materials erhielte, würde dann die Veranlassung werden, geeigneten Falles die Bitte um zeitweise Ueberlassung oder um abschriftliche Mittheilung der betreffenden Schriftstücke, wie auch vielleicht nur um die Gestattung einer Einsehung derselben an Ort und Stelle auszusprechen.

Hannover, im November 1857.

v. Tschirschnitz,
General-Major und General-Adjudant.

II. Berichtigungen.

Jahrgang 1853.

S. 200. Z. 20. statt das Brunnenwasser lies das Krumme Wasser.

Ebenso S. 202 und 203.

S. 205. Z. 4. v. u. statt Barfeld lies Bargfeld.

S. 208. Z. 4. v. o. statt Haarmann lies Havemann.

„ „ Z. 11. v. u. nach Princip fehlt weder.

Jahrgang 1855.

S. 8. Z. 8. statt am Leibe lies an Leib.

S. 49. Z. 11. statt S. 174 lies S. 194.

S. 51. Z. 7 f. statt erhebliche Dienstpflicht lies erbliche Dienstpflicht.

S. 58. Z. 11. v. u. statt veredelte lies verwandelte.

S. 83. Z. 16. statt Hussi lies Huosi.

S. 270. Z. 6. v. u. muß die auf die Handschrift des Herrn v. Hodenberg sich beziehende Seitenzahl 283 nach unserm Abdrucke in pag. 333 verwandelt werden.

S. 305. Z. 25. statt Stupatra lies Stuprata.

Hofbuchdruckerei der Gebr. Jänecke in Hannover.

Zeitschrift

des

historischen Vereins

für

Niedersachsen.

Herausgegeben unter Leitung des Vereins-Ausschusses.

Jahrgang 1856.

(Mit Abbildungen.)

Hannover 1859.

In der Hahn'schen Hofbuchhandlung.

Redactionscommission:

Archivar Dr. **Schaumann** und
Archivsecretair Dr. **Grotefend.**

Inhalt.

Erstes Doppelheft.

Seite

Darstellung der in dem Herzogthume Bremen bestehenden besondern und abweichenden Jurisdictionen 1

Die Wehrpflicht des Erzstifts Bremen im Jahre 1551. Mitgetheilt vom Landessecretair v. d. Decken in Gauenstieck 106

Das Verhalten der Stadt Hannover im Jahre 1625, beim Beginne des dänischen Krieges. Vom Dr. Onno Klopp 113

Miscellen.

1) Hünengräber in der Umgegend von Münden 121

2) Kirchliche Utensilien des Marienstifts zu Eimbeck im XIV. Jahrhunderte. Mitgetheilt vom Archivsecretair Dr. Grotefend.. 122

3) Verzeichnus der buecher so zur Oldenstadt geweſen vnd gehn Vlzen gethan worden. 1535. Mitgetheilt vom Archivsecretair Dr. Grotefend 122

4) Hochzeits- und Kindtaufsgebräuche in den Aemtern Dannenberg und Hitzacker im Jahre 1562. Mitgetheilt vom Staatsminister a. D. Freiherrn v. Hammerstein zu Verden 131

5) Beitrag zu Havemann's Geschichte der Herzogin Elisabeth. Mitgetheilt vom Reichsfreiherrn J. Grote zu Schauen 135

6) Notifications-Schreiben Königs Williams in England wegen seiner Gemahlinnen an Hannover 136

7) Feststellung des Diensteinkommens eines hannoverschen Beamten (Amtmanns) zu Ende des vorigen Jahrhunderts 137

Zweites Doppelheft.

Die Freien im hannoverschen Amte Ilten. Nach den Quellen vom Amtmann Heise zu Hameln 1

Das Dorf Idensen und dessen Pfarrkirche. Vom Amtsrichter Fiedeler 88

Actenmäßige Darstellung meines Verfahrens in der Zeit wie unser Land mit der nachher würklich erfolgten französischen Invasion bedrohet wurde. Von dem weil. Staats- und Cabinets-Minister Ernst Ludwig Julius von Lenthe..... 145

Seite

Miscellen.

1) Ablaßbrief des Pabstes Honorius III. für die Halberstädter Kirche vom 17. April 1223. Mittheilung des Herrn Rathsbibliothekars Dr. A. Tobias zu Zittau 194

2) Bemerkung zur Zeitschrift ꝛc. 1855. S. 361 f. Vom Reichsfreiherrn Julius Grote zu Schauen 194

3) Zur Geschlechtsgeschichte der von Behr. Vom Archivsecretair Dr. C. L. Grotefend 195

4) Beitrag zu den Preisen der Lebensmittel um die Mitte des 16. Jahrhunderts. Aus einem alten Kirchenbuche der Stephans-Kirche zu Osterwieck mitgetheilt vom Reichsfreiherrn Grote zu Schauen 197

5) Instrumentum über des Herrn ThumProbsts Arnnoldt von Bucholtz zu Hildesheimb Huldigung undt was dabey vorgegangen unter Notarij Joannis Holthausen Handt de Anno 1609 21ten Februarij 198

Chronologisches Verzeichniß der in dem Archiv des historischen Vereins für Niedersachsen Jahrg. 1845—1849 und der Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen Jahrg. 1850—1856 abgedruckten Urkunden und Documente 203

Alphabetisches Register über die 12 Jahrgänge von 1845—1856 ... 238

Darſtellung

der

in dem Herzogthume Bremen

beſtehenden beſondern und abweichenden

Jurisdictionen.

Vorwort.

Die Wiederherstellung der einheimischen Gerichtsverfassung nach Vertreibung der Fremdherrschaft gab den Anlaß zu der Darstellung der eigenthümlichen Jurisdictionen im Herzogthume Bremen, die wir im Folgenden bringen.

Als die Patrimonial-Gerichtsbarkeit durch die französische und westphälische Gesetzgebung aufgehoben ward, ließ die Rechtswidrigkeit des damaligen Unterganges den Keim zu deren Wiedererstehung zurück. Jedoch geschah dieselbe nicht ohne vorgängigen Kampf der neuen gegen die alten Staatstheorien. Die erstere erblickte in der landesherrlichen Gewalt als der Quelle aller Gerichtsbarkeit ausreichenden Grund, um aller und jeder Patrimonial-Gerichtsbarkeit durchweg ein Ende zu machen, deren Unvereinbarkeit mit den Anforderungen an eine vollkommene Rechtspflege schon derzeit genügend erkannt war.

Es fehlte nicht an ernstlichen Bestrebungen demgemäß vorzugehen. Gelangen diese damals zwar nicht, so kam doch auch die Auffassung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, als eines wohlerworbenen, zum Besten des Gemeinwohls nur gegen Entschädigung aufzugebenden Rechts, nicht völlig zur Geltung. Weder in den ältern, von der Fremdherrschaft

nur usurpirten Provinzen, noch in den neu erworbenen Landestheilen traten die vormaligen Patrimonial-Gerichte unbeschränkt wieder ein. Rücksichtlich der erstern verblieb es zwar nicht bei der provisorischen Wiederherstellung nur der geschlossenen Gerichte, 9. November 1813. Auf Grund der landesherrlichen Proposition vom 15. December 1814 beantragte die allgemeine Stände-Versammlung am 8. April 1816 eine erschöpfende gesetzliche Reorganisation der vormaligen Patrimonial-Gerichte. Ward gleich hiebei die Nothwendigkeit, das wohlerworbene Recht aufrecht zu halten, an die Spitze gestellt, so geschah dies doch nur mit der aus freiem Antriebe erklärten Beschränkung, daß von Unverletzbarkeit desselben insoweit nicht die Rede sein könne, als die Anforderungen an eine gute Justizpflege erheischten, ein Opfer zu bringen.

Die Regierung ergriff gern den hiedurch gebotenen Anlaß zu thunlichster Beschränkung der früheren Mißstände. Allein sie faßte Pläne, die, wie berechtigt dieselben auch vom Gesichtspunkte der Justizverwaltung aus erschienen, doch gegen das Uebergewicht der politischen Auffassungen an entscheidender Stelle nicht durchzusetzen waren.

Die Stände von 1819, erstarkt durch die gegen Neuerungen ankämpfende Richtung der Zeit, zogen die Zugeständnisse von 1816 nicht allein in wesentlichen Punkten zurück, sondern verlangten selbst die Einräumung von Befugnissen an die früheren Gerichtsherren, die diese niemals gehabt. Die Regierung wich dem Kampfe durch die Aufstellung des Grundsatzes aus, daß den Ständen, vorausgesetzt auch, es bedürfe ihrer Zustimmung zur Aufhebung oder Beschränkung wohlerworbener Rechte der Unterthanen schon nach damaliger Verfassung, nicht zustehe, von einmal abgegebenen Erklärungen einseitig zurück zu treten. So geschah es, daß mit halber

Nachgiebigkeit gegen die neueren Anträge der Stände in der Sache selbst, das Gesetz vom 13. März 1821 über die verbesserte Einrichtung der Patrimonial-Gerichte ins Leben trat, durch welches zwar verschiedene wesentliche Mißstände abgestellt wurden, wie namentlich alle gemischte und zerstreuete Gerichtsbarkeit, das aber doch weit entfernt war, allen Uebelständen gründliche Abhülfe zu schaffen.

An diese Regelung der Verhältnisse in den alten Provinzen schloß die in den neu erworbenen sich möglichst eng an. Hier war die Rechtslage insofern nicht gleich, als in diesen, durch Friedensschlüsse oder sonst staatsvertragsmäßig früherhin abgetretenen Gebieten keine Unterbrechung der rechtmäßigen Regierung anzunehmen war.

Hannover hatte danach den vorgefundenen, durch die unmittelbar vorhergehende Regierung begründeten oder beibehaltenen Zustand für den rechtmäßigen anzusehen. Es wäre danach keine Frage des Rechtes gewesen, die Patrimonial-Gerichtsbarkeit im Fürstenthume Hildesheim, im Eichsfelde, in den Hessischen Landestheilen, im Meppenschen, Lingenschen und Emsbüren abgeschafft zu lassen, wie sie durch die früheren rechtmäßigen Landesherren es war. Allein nach dem auf gleichmäßige Behandlung des ganzen Königreichs gerichteten Wunsche der Stände ward auch in jenen Provinzen die Patrimonial-Gerichtsbarkeit in gleichem Umfange wiederhergestellt wie in den ältern.

Nur für Ostfriesland erschien die Regierung hiezu auf Grund der Königlich Preußischen Zusage vom 9. September 1814 verpflichtet, deren Erfüllung sie als überkommene Obliegenheit anzusehen hatte.

Gegenwärtig gehört im ganzen Königreiche, sofern von den Standesherrlichen Gerichten des Herzogs von Arenberg

abgesehen wird, die Patrimonial-Gerichtsbarkeit der Vergangenheit an. Ihr Untergang ist durch die neueste Revision der Gerichtsverfassung vom 1. October 1852 für die Dauer besiegelt. Sie hat keine Hoffnung auf Wiedererstehung. Gab zwar die Bewegung des Jahrs 1848 den Anlaß zu ihrer Aufhebung, und wäre sie ohne jene auch schwerlich erfolgt, so hat sich die Ueberzeugung von völliger Unvereinbarkeit einer Einrichtung wie die der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, die die Ausübung eines wesentlichen Hoheitsrechtes als Privatrecht in Anspruch nimmt, mit den unerläßlichen Anforderungen an eine gute Justizpflege doch selbst bei den früher Berechtigten in der Weise Geltung verschafft, daß an deren Wiederherstellung in keiner Weise zu denken ist.

Man kann bei dieser Bewandniß die Frage aufwerfen, welches wesentliche Interesse noch jetzt die Darstellung einzelner Gattungen des überhaupt erloschenen Rechtsinstituts habe. Ein Blick in die Arbeit, der wir diese Worte voranschicken, genügt für die Antwort.

Wir erfahren aus ihr, daß in einem Theile unsers engern Vaterlandes annoch im 19. Jahrhunderte urgermanische Einrichtungen unverkümmert in Wirksamkeit waren, deren Entstehung in eine Zeit fällt, die jenseit der festen Merksteine der Geschichte liegt. Es sind dieselben Einrichtungen, die von den Ufern der Elbe und Weser mit Hengist und Horsa nach Britannien zogen und noch jetzt die Grundlage bilden für das Gerichts- und Verfassungsleben eines großen Theiles der alten und neuen Welt. Hervorgegangen aus dem innersten geistigen Leben des Volkes, gepflegt von ihm mit voller Hingebung und Liebe, haben sie niemals aus seiner Mitte Anfechtungen zu bestehen gehabt. Gegen äußere schädliche Einwirkung sicherte die Entlegenheit des Landstrichs

an den äußersten Grenzen des Reichs, der Schutz den gegen Wasser und Land diese Lage gewährte, die Kraft und die Zähigkeit der Bewohner. So hat es geschehen können, daß durch Jahrhunderte hindurch das Gerichts- und Gemeindewesen jener Gegenden sich gegen alle Wechselfälle der Zeit in seiner ursprünglichen Reinheit erhielt, bis endlich das Jahr 1848 mit seiner allem Besonderen feindlichen Richtung auch hier nivellirte. Aber auch die Stürme dieses Jahrs haben nur jene besonderen Gestaltungen jener germanischen Grundideen beseitigt, nicht diese selbst zu vernichten vermocht. Der Geist derselben fuhr fort auch in unserm Lande im Schwurgerichte, Schöffengerichte und in der Amtsversammlung zu leben.

Die Mittheilung unserer Darstellung mag zur Beseitigung des verbreiteten Irrthums beitragen, als seien jene Bildungen nichts Anderes als Nachahmungen fremder Institutionen, die dem germanischen Geiste an sich entgegen diesem aufgedrängt werden. Er ist in der That ihre Heimath.

Es bleibt übrig des Verfassers der nach Inhalt und Form gediegenen Arbeit zu gedenken.

Ernst Julius von Langwerth gehörte der inländischen Familie dieses Namens an, deren Söhne schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts dem Landesherrn im Kriegsdienste folgten und sich ehrenvoll auszeichneten.

Von hohen Geistesanlagen, ausgerüstet mit umfassenden Kenntnissen und von unermüdlicher Thätigkeit war er längere Jahre hindurch ein wirksames Mitglied der Landdrostei zu Stade, eine Stellung, die ihm zu der Abfassung der fraglichen Arbeit die Gelegenheit gab. Er ging später als Regierungsrath an das Königliche Ministerium des Innern über, woselbst seiner Thätigkeit 1850 durch einen allzufrühen Tod

ein Ziel gesetzt ward. Wer sich des Umgangs mit dem hochherzigen, vielseitig gebildeten Manne erfreuen durfte, wer Gelegenheit hatte kennen zu lernen, was er in den verschiedensten Gebieten des Wissens geleistet, und in zu großer Bescheidenheit dem Publicum vorenthielt, wird sein Andenken im Herzen bewahren.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1
I. Gerichtsverfassung im Altenlande 2
1) Eintheilungen 2
I. Meilen 2
II. Kirchspiele 2
III. Contributions-Districte 3
IV. Jurisdictionen 3
A. Civil-Jurisdiction 3
B. Polizei-Jurisdiction, siedeste Voigteien 4
C. Peinliche Gerichtsbarkeit 8
2) Repräsentanten 9
3) Verschiedene Gerichte 11
a. Gräfengericht Jork 12
Personen 12
Competenz 13
Unterbediente 14
Einkünfte 14
Verfahren 14
b. Landgräfding 16
Personen 16
Competenz 18
als Appellations-Instanz 18
als Schöffenstuhl 19
als Polizeigericht 20
c. Borsteler Gräfding 20
d. Fünfdörfergericht 20
e. Siedeste Gerichte 20
Verzeichniß derselben 21
Competenz 22
a. Schlägereien 23
b. Verfahren wider Beeinträchtigungen 26
c. Vormundschaften 27
d. Wege 28
e. Deichschau 29
f. Retracte 29
g. Nothgericht 30
Verfahren 31
in Strafsachen 32
in Vormundschaftssachen 33

Seite

in Deich- und Wegesachen ... 33
in Beispruchssachen ... 33
beim Nothgerichte ... 34
Einkünfte ... 34
D. Patrimonialgerichte ... 38
E. Criminalgerichtsbarkeit ... 39
F. Deichgerichte ... 41
4) Allgemeine Bemerkungen ... 43
II. **Gerichtsverfassung im Kehdingschen** ... 46
A. Civilgerichtsbarkeit ... 46
Personal ... 46
Gräfe ... 46
Landessecretair ... 48
Hauptleute ... 49
Unterbediente ... 54
Rechtspflege ... 56
Gericht Freiburg ... 57
Gericht Bützfleth ... 58
B. Polizei ... 60
C. Criminal-Jurisdiction ... 60
Gericht Freiburg ... 60
Gericht Bützfleth ... 61
Bemerkungen ... 63
D. Patrimonialgerichte ... 65
Adliche Gerichte ... 65
Juratengerichte ... 66
Depenbeck ... 67
E. Deichgerichte ... 67
Competenz ... 69
Besetzung ... 71
Verfahren und Einkünfte ... 74
III. **Besondere Deichgerichte** ... 78
A. Land Wursten ... 78
B. übrige Deichgerichte ... 81
IV. **Holzgerichte** ... 84
A. im Gohgerichte Achim ... 84
Verzeichniß ... 84
Competenz ... 85
Verfahren ... 89
Einkünfte ... 91
B. übrige Holzgerichte ... 92
Anlagen ... 97

Darstellung

der

in dem Herzogthume Bremen bestehenden besondern und abweichenden Jurisdictionen.

Einleitung.

Die nachstehende Darstellung begreift die besondere Gerichtsverfassung des Altenlandes und des Kehdingschen und die in andern Theilen der Provinz befindlichen Deich- und Holzgerichte.

Die Materialien dieser Darstellung sind aus den Resultaten der von dem Rath Stakemann geführten Untersuchung und aus den Regierungs-Acten zusammengetragen. Von den letzteren sind zuvörderst die über die Verfassung der Marschländer, über die Bestellung der dortigen Beamten, Unterbedienten und Repräsentanten und über die in solchen Fällen eingelaufenen Beschwerden verhandelten Acten und abgegebenen Entscheidungen zu Rathe gezogen. Desgleichen haben die Acten über die zwischen verschiedenen Behörden, namentlich den Obrigkeiten und den Repräsentanten, entstandenen Conflicte mehrere Notizen geliefert. Ueber einige specielle Zweige, namentlich die siedesten Gerichte im Altenlande, haben specielle Verhandlungen noch besondere Data an die Hand gegeben. Außerdem ist aus den, die einzelnen Patrimonialgerichte und deren Wiederherstellung betreffenden Acten, so wie aus den allgemeinen Acten über die Gerichtsverfassung der hiesigen Provinz, wie solche auf Erfordern der preußischen Organisations-Commission im Jahre 1806 untersucht und dargestellt ist, und über deren Restauration im Jahre 1814 Alles herausgehoben, was jene besondern Jurisdictionen erläutert. Endlich sind in zweifelhaften Fällen mündliche Erkundigungen bei glaubwürdigen Geschäftsmännern

zum Grunde gelegt. Die Darstellung in Oesterley's Handbuche des hannoverschen Processes ist in mehren Stücken unrichtig, unvollständig und mangelhaft.

I.

§. 1. Von der Gerichtsverfassung im Altenlande.

Eintheilung des Landes im Allgemeinen und nach den verschiedenen Jurisdictionen.

I. Das Alteland wird in 3 Meilen eingetheilt; der Strich, welcher die erste Meile bildet, liegt zwischen der Schwinge und Lühe; die zweite Meile zwischen der Lühe und Este; die dritte Meile zwischen der Este und dem Amte Alt- und Neukloster.

II. Die Kirchspiele sind folgende:

a. In der ersten Meile.

1) Ein Theil des Kirchensprengels der St. Wilhadi-Kirche in Stade, enthaltend Melau und Brunshausen, soweit es am rechten Schwingeufer liegt.

2) Das Kirchspiel Grünendeich mit den Dorfschaften Grünendeich und einem Theile von Hutfleth.

3) Das Kirchspiel Twielenfleth mit Twielenfleth, Quarrenfleth, Wördenfleth und einem Theile von Bassenfleth.

4) Das Kirchspiel Hollern mit Hollern, Siebenhöfen, dem Gute Bramstedt und einem Theile von Bachenbruch und Bassenfleth.

5) Das Kirchspiel Steinkirchen mit einem Theile von Hutfleth und Bachenbruch, Steinkirchen, Guderhandviertel und dem Gute und adelichen Gerichte Bergfried.

b. In der zweiten Meile.

1) Das Kirchspiel Neuenkirchen mit dem adelichen Wischgerichte, von welchem jedoch einige Häuser am linken Lüheufer in Guderhandviertel, mithin in der ersten Meile liegen.

2) Das Kirchspiel Mittelnkirchen.

3) Das Kirchspiel Jork mit Ladecop.

4) Das Kirchspiel Borstel.

5) Das Kirchspiel Estebrügge, enthaltend Cranz, das adeliche Gericht Leeswig, Königreich, das Patrimonialgericht Altkloster mit Finkenreich und Hove, einen Theil von Estebrügge in der zweiten Meile, und

c. in der dritten Meile

Moorende sammt den Patrimonialgerichten Rübke und der übrigen Hälfte von Estebrügge, ferner

das Kirchspiel Neuenfelde mit Hasselwerder und den Gerichten Francop und Nincop.

III. Das Alteland ist ferner in 18 Contributionsdistricte abgetheilt, welche 12 Hauptleuten und 6 Contributionsvoigteien untergeben sind.

Diese Districte sind:

a. in der ersten Meile die 4 Hauptmannschaften Twielenfleth, Hollern, Steinkirchen und Guderhandviertel, enthaltend bzw. die Kirchspiele Twielenfleth und Grünendeich, Hollern mit Melau und Brunshausen, und Steinkirchen;

b. in der zweiten Meile 6 Hauptmannschaften und 3 Voigteien, nämlich die Hauptmannschaften Neuenkirchen, Mittelnkirchen (die Kirchspiele gleichen Namens enthaltend), Jork, Ladecop (welche beide das Kirchspiel Jork bilden), Borstel (das Kirchspiel gleichen Namens) und Königreich (ein Theil des Kirchspiels Estebrügge), und die Voigteien Cranz, Leeswig und Altklostergericht (zum Kirchspiel Estebrügge gehörig);

c. in der dritten Meile 2 Hauptmannschaften und 3 Voigteien, nämlich die Hauptmannschaften Moorende (im Kirchspiel Estebrügge) und Hasselwerder (im Kirchspiel Neuenfelde), so wie die Voigteien Francop und Nincop im Kirchspiel Neuenfelde und Rübke im Kirchspiel Estebrügge.

IV. Abtheilung nach den Jurisdictionen.

A. Civiljurisdiction.

Die Civiljurisdiction erster Instanz im Allgemeinen steht

der nämlichen Behörde durch das ganze Alteland, mit alleiniger Ausnahme der Patrimonialgerichte, zu.

Diese Patrimonialgerichte sind:

1) Bergfried im Kirchspiel Steinkirchen,
2) Wischgericht im Kirchspiel Neuenkirchen,
3) Hove-Leeswig im Kirchspiel Estebrügge,
4) das herrschaftliche Patrimonialgericht Altkloster daselbst,
5) das Gericht Rübke daselbst,
6) das Gericht Francop im Kirchspiel Neuenfelde,
7) das Gericht Nincop daselbst.

Mit Ausnahme dieser Districte erstreckt sich der Wirkungskreis des ordentlichen Gerichts (Gräfengerichts) überall; und da die Vorsteher der oben unter III. genannten Districte, die Hauptleute und Contributionsvoigte, zugleich Unterbediente des Gräfengerichts sind, so bezieht sich die Eintheilung in 18 Districte, wenn man von den eximirten Districten oder deren Theilen absieht, auch auf die Ausübung der ordentlichen Civiljurisdiction.

B. Die Polizei- und Wegejurisdiction, die Bestellung der Vormünder und (wenngleich dieses Letztere in neueren Zeiten nicht mehr stattfindet, wovon unten) die Verhandlung der Retractklagen

ist von der gewöhnlichen Civilrechtspflege im Altenlande so sehr getrennt, daß für sie eine ganz eigene, von den vorigen ganz verschiedene und nur in wenigen Fällen mit ihr zusammenfallende Districtseintheilung stattfindet, welche sich über das ganze Alteland erstreckt.

Diese Districte sind folgende:

1) Die sächsische Voigtei Twielenfleth, die Kirchspiele Twielenfleth und Grünendeich begreifend, fällt mit der Hauptmannschaft Twielenfleth zusammen.

2) Die sächsische Voigtei Borstel, das Kirchspiel gleichen Namens begreifend und mit der Hauptmannschaft gleichen Namens zusammenfallend.

3) Die sächsische Voigtei Cranz fällt zusammen mit der Contributionsvoigtei gleichen Namens.

4) Die sächsische Voigtei Hasselwerder, einerlei mit der Hauptmannschaft Hasselwerder.

5) Die ſiedeſte Voigtei Hollern, enthaltend Melau, Brunshauſen und das Kirchſpiel Hollern mit Ausnahme einiger Häuſer in Hollern und Bachenbruch.

6) Die ſiedeſte Voigtei Hutfleth, enthaltend die übrigen Häuſer zu Hollern und Bachenbruch, mit den Ortſchaften Siebenhöfen und Hutfleth.

In einem ältern Verzeichniſſe iſt folgende Häuſerzahl, als dieſem Gerichte unterworfen, angegeben:

zu Hutfleth	18
„ Bachenbrock	13
„ Neue Wetterung	5
„ Hollern	15
„ Speersort	11
Summa..	62 Häuſer.

7) Die ſiedeſte Voigtei Steinkirchen, enthaltend Steinkirchen, excl. des adelichen Guts Bergfried, Guderhandviertel, Mittelnkirchen und Neuenkirchen, mit Ausſchluß des Wiſchgerichts und der zu Nr. 8. gehörigen Häuſer.

8) Die ſiedeſte Voigtei Neuhof oder Mittelnkirchen, enthaltend einen nicht näher anzugebenden Theil von Mittel- und Neuenkirchen.

9) Die ſiedeſte Voigtei Jork und Ladecop, die Hauptmannſchaften gleichen Namens enthaltend.

10) Die ſiedeſte Voigtei an der Eſte, die auch den Ort Eſtebrügge mit befaſſenden Hauptmannſchaften Königreich und Moorende enthaltend.

11) Die ſiedeſte Voigtei Nincop, einerlei mit dem Patrimonialgerichte Nincop.

Endlich an adelichen Gerichten außer Nr. 11. noch

12) das Gericht Wiſch,

13) das Gericht Bergfried,

14) das Gericht Leeswig,

15) das Gericht Rübke,

16) das Gericht Altkloſter oder die Voigtei Finkenreich und Hove,

17) das Gericht Francop.

Nr. 1 — 4 haben zusammen vor Alters den Namen „das sächsische Gericht“ geführt; ein jeder dieser 4 Districte wird in einem Gräfenbericht von 1730 auch herrschaftliches fiedestes Gericht genannt.

Diese 4 Districte stehen allein unter den Gräfen. Nr. 5 bis 11 heißen fiedeste Gerichte und haben verschiedene Eigenthümer; Nr. 5 gehört dem Gute Melau und dem dismembrirten Gute Bramstedt,

Nr. 6 dem Gute Bergfried,

Nr. 7 demselben,

Nr. 8 dem königlichen Amte Agathenburg,

Nr. 9 den Burgmännern oder Erbrichtern zu Horneburg,

Nr. 10 dem Gute Esteburg,

Nr. 11 dem adelichen Gerichte Nincop.

Die Gerichte Rübke und Leeswig führen auch den Namen eines fiedesten Gerichts, und werden auch die Competenzgegenstände derselben separat behandelt. Allein die Voigte dieser beiden Gerichte haben nicht Antheil an der Repräsentation und an der Rechtspflege im Landgräfding, wovon unten die Rede sein wird; vielmehr werden dort nur die fiedesten Voigte aus Nr. 5 — 11 zugezogen und heißen vorzugsweise allein fiedeste Voigte. Der Voigt zu Nincop hat dagegen, wie oben bemerkt, obgleich auch hier die fiedeste Gerichtsbarkeit mit einem Patrimonialgerichte verbunden ist, dennoch die Functionen eines fiedesten Voigts.

In den übrigen Patrimonialgerichten, wo die fiedeste Gerichtsbarkeit mit der gewöhnlichen Civilgerichtsbarkeit zusammenfällt, ist von einer besondern und eigenthümlichen Behandlung der Gegenstände der fiedesten Gerichtsbarkeit, wie sie unten beschrieben werden wird, Nichts vorgekommen. Es wird dieselbe hier, wie in den sächsischen Voigteien, wo eine gleiche Vereinigung der fiedesten und ordentlichen Gerichtsbarkeit in der nämlichen Behörde stattfindet, außer Gebrauch gekommen sein; jedoch ist in Ansehung der Vormundschaften in den sächsischen Voigteien ein gleiches Verfahren wie bei den fiedesten Gerichten hergebracht. (§. 8.)

Der unten zu erwähnende Umstand, daß in den siedesten Gerichten Nr. 5 — 10 nicht alle Bruchstrafen den Gerichtsherren, sondern ein großer Theil dem Gräfen und der königlichen Cammer, und sämmtliche in einem gewissen Zeitraume vorfallende Wrogen der letztern allein zufallen, hat auf die beschriebene Districtseintheilung keinen Einfluß; denn die Register über die den siedesten Herren nicht zustehenden Brüche werden nach eben diesen Districten aufgestellt. Uebrigens ist diese Vereinigung der siedesten mit der allgemeinen Jurisdiction wohl die Ursache, weshalb die Gerichte Rübke und Leeswig nicht mehr unter die siedesten Gerichte begriffen und nur noch die so genannt werden, bei denen eine andere, insofern höhere, Behörde concurrirende Gerechtsame ausübt; was freilich bei Rincop, welches gleichwohl noch als siedestes Gericht aufgeführt wird, nicht stattfindet.

Wo übrigens die Districte der ordentlichen und die der siedesten Gerichtsbarkeit zusammenfallen, respicirt gerichtlich ein Voigt beide Zweige, wie dies namentlich in Rincop, Rübke, Leeswig der Fall ist, wo der siedeste Voigt auch Gerichtsvoigt ist; in den übrigen Patrimonialgerichten sind beide Zweige, wie oben bemerkt, gar nicht mehr separirt. In den 3 sächsischen Voigteien Borstel, Twielenfleth und Hasselwerder sind indessen außer den Hauptleuten besondere sächsische Voigte, in Cranz aber ist der sächsische Voigt eine Person mit dem Contributionsvoigt. In den Districten 5 — 10 sind die siedesten Voigte auch zugleich auf die Gräfen- und herrschaftlichen Brüche zu achten verpflichtet. In sämmtlichen adelichen Gerichten, außer Wisch und Bergfried, sind die Gerichtsvoigte zugleich auch Contributionsvoigte.

Hiernach zählt das Gräfengericht 10 Gräfenbruchsvoigte, 6 in den Districten Nr. 5 — 10 und 4 in den sächsischen Voigteien.

Die eigenthümliche Jurisdiction, welche in contentiösen Polizeisachen, die in Ansehung der Bestrafung vor die eigentlichen siedesten Gerichte gehören, vom Landgräfding ausgeübt wird (wovon unten), hat den nämlichen Sprengel, welchen die siedesten Gerichte selbst haben.

Die Sphäre des Landgräfdings als Oberinſtanz erſtreckt ſich über das ganze Alteland, mit Ausnahme einiger adelichen Gerichte, der Hauptmannſchaft Twielenfleth, worin das Finkhöfer Gericht, und der Hauptmannſchaft Borſtel, worin das Börſteler Gräfding Appellationsinſtanz iſt; von den adelichen Gerichten ſind Rincop und Leeswig dem Landgräfding unterworfen.

C. Die peinliche Gerichtsbarkeit

erſtreckt ſich mit Ausnahme der adelichen Gerichte Francop und Rübke über das ganze Alteland. Selbſt die herrſchaftlichen Bezirke Altkloſtergericht und das ſiedeſte Gericht Neuhof ſind davon nicht ausgenommen. Uebrigens findet in Anſehung der Criminalgerichtsbarkeit eine ähnliche Abtheilung ſtatt, wie für die die Gräfen angehende Polizeijurisdiction. Es iſt oben bemerkt, daß in Anſehung der letztern die ſiedeſten Voigte in den Bezirken Nr. 5 — 10 und die ſächſiſchen Voigte in den Bezirken Nr. 1 bis 4 als Gräfenbruchvoigte verpflichtet ſind, während die Bezirke 11 — 17 als Patrimonialgerichte ausfallen. Für die Criminaljurisdiction findet in den Bezirken Nr. 1 — 11 incl. dieſelbe Einrichtung ſtatt wie bei der Polizei, und die betreffenden Voigte ſind inſofern Criminalgerichtsvoigte; die Diſtricte Nr. 15 und 17 fallen, da ſie eigene Criminalgerichtsbarkeit bisher beſeſſen haben, aus. Von den übrigen Diſtricten, Nr. 12, 13, 14 und 16, iſt Nr. 12 (Wiſchgericht) dem ſiedeſten und Criminalgerichtsvoigt zu Steinkirchen (Nr. 7), Nr. 13 (Bergfried) eben dieſen Unterbedienten, Nr. 14 und 16 (Leeswig und Altkloſter) dem ſächſiſchen Voigte zu Cranz (Nr. 3) untergeben.

Die genaue Kenntniß der verſchiedenen ſo eben beſchriebenen Landesabtheilungen iſt unentbehrlich, wenn man ſich von der gerichtlichen Verfaſſung des Altenlandes einen irgend deutlichen Begriff machen will; ohne dieſen Faden iſt es unmöglich, ſich durch das Labyrinth der mannigfaltigen, höchſt complicirten Jurisdictionsverhältniſſe hindurchzufinden und die verſteckte Ordnung zu entdecken, welche bei ſcheinbarer Regelloſigkeit dies Gewirre von Formen durchdringt und die ganze eben ſo ſeltſame als intereſſante Verfaſſung zuſammenhält.

Um die Ueberſicht der verſchiedenen Abtheilungen zu er-

leichtern, sind dieselben in der am Schlusse dieser Darstellung befindlichen Beilage A. unter einen Ueberblick gebracht.

§. 2. Von der Repräsentation des Altenlandes.

Die Repräsentation gründet sich auf die Abtheilung in 18 Contributionsdistricte und hängt mit der Gerichtsverfassung darin zusammen, daß die Localrepräsentanten zugleich Gerichtsunterbediente sind.

Die Hauptleute und Contributionsvoigte sind die eigentlichen Vertreter ihrer Districte und haben außerdem die Contributions-Einhebung zu besorgen.

Aus diesen Districten werden zur Bildung der Landesrepräsentation 4 Landesdeputirte genommen. Die Hauptmannschaften Hollern, Twielenfleth, Steinkirchen und Guderhandviertel stellen einen Deputirten; Mittelnkirchen, Neuenkirchen, Jork und Ladecop den zweiten; Borstel, Königreich, Moorende und Hasselwerder den dritten; die 6 Voigteien Cranz, Francop, Nincop, Rübke, Altkloster und Leeswig den vierten. Bei der Wahl concurriren Alle, die 4 Morgen Land besitzen; das Gräfengericht Jork leitet die Wahl; der District, dessen Deputirter gewählt wird, hat dabei keine Stimme, und jeder Deputirte wird auf Lebenszeit gewählt.

Außer diesen 4 Deputirten bildet sich die Landesrepräsentation (die Landesstube) aus dem Ober-Bürgermeister und 4 Bürgermeistern. Die 4 Bürgermeister wählt das Gräfengericht aus den Hauptleuten alljährlich; diese wählen dann aus den übrigen Hauptleuten 4 Rechnungsmänner, und diese Rechnungsmänner wählen aus den 4 Bürgermeistern den Ober-Bürgermeister, welcher die Landesrechnung als Ober-Rechnungsführer unter Händen hat und dem in dieser Hinsicht die Rechnungsmänner untergeordnet sind.

Die allgemeine Repräsentation des Landes gegen andere Behörden, namentlich gegen das Gräfengericht und die königliche Regierung, beruht auf der ganzen Landesstube: dem Ober-Bürgermeister (welcher allein befugt ist, die Repräsentanten zusammenzuberufen), den Bürgermeistern und den Landesdepu-

tirten; die besondere Repräsentation im marschländischen Convente auf dem Ober-Bürgermeister und den 4 Landesdeputirten.

Die in neuern Zeiten über die Wahlen zum Provinzial-Landtage getroffenen Bestimmungen gehören nicht hieher, schließen sich aber möglichst genau an die bisherige Verfassung.

Die Voigte werden von den Gräfen auf Lebenszeit ernannt. Auch die Ernennung der Hauptleute geht von den Gräfen aus. Sie sind in dieser Wahl aber — außer in den Hauptmannschaften Hollern und Twielenfleth — beschränkt. Jede der übrigen Hauptmannschaften besitzt nämlich s. g. Hövenbriefe, d. h. alte in der Vorzeit getroffene Verabredungen, wie es mit der Reihenfolge zum Hauptmannsdienst gehalten werden soll. Sämmtliche Ländereien der betreffenden Hauptmannschaft sind zu dem Ende in Höven (Hufen) abgetheilt, deren jede eine gewisse Zahl von Morgen oder Stücken unter verschiedenen Besitzern enthält. Die Größe der Hufen ist in den Hauptmannschaften sehr verschieden. Unter diesen Hufen steht nun eine Reihenfolge fest und jeder abgehende Hauptmann muß, nach den ihm von seinem Vorgänger überlieferten Nachrichten, bei Gericht die Besitzer der Ländereien angeben, welche zu der an der Reihe stehenden Hufe gehören. Unter diesen Besitzern und deren Söhnen haben die Gräfen die Auswahl.

In Hollern und Twielenfleth haben die Gräfen freie Wahl; will sich aber Keiner zur Uebernahme des Dienstes verstehen, so müssen die Einwohner selbst zur Wahl schreiten, welche von dem Gewählten alsdann nicht abgelehnt werden darf. Die Hauptleute werden nur auf ein Jahr gewählt, und jede neue Wahl hat auch eine neue Wahl der Bürgermeister zur Folge. Die Gräfen können aber taugliche Hauptleute mit ihrer Einwilligung noch einige Jahre beibehalten. Wünschen sie den Ober-Bürgermeister zu behalten, so wählen sie an seine Stelle keinen neuen Hauptmann, und haben alsdann für dasmal die Rechnungsmänner keine Wahl. Es hat indessen die mehrjährige Beibehaltung des nämlichen Ober-Bürgermeisters häufig Querelen der Unterthanen veranlaßt.

Die königliche Regierungs-Commission hat den 19. De-

cember 1815 den Gräfen aufgegeben, die Errichtung von Höfebriefen auch für Hollern und Twielenfleth zu veranstalten.

§. 3. Von den verschiedenen Gerichten.

Die Gerichte im Altenlande sind folgende:

1) Für alle Civilsachen, streitige und unstreitige, mit Ausnahme der Vormundschafts-, Bestallungs- und zum Theil der Retractssachen, in erster Instanz:

a. das Gräfengericht oder Gräfding zu Jork,

b. die Patrimonialgerichte Wisch, Bergfried, Altkloster, Francop, Nincop, Leeswig und Rübke.

2) In Vormundschaftssachen (jedoch nur in Ansehung der Bestellung der Vormünder und Curatoren, nicht der desfallsigen Streitigkeiten, und der Obervormundschaft) die siedesten Gerichte Hollern, Hutfleth, Steinkirchen, Mittelnkirchen, Jork und Ladecop, an der Este und Nincop; die ebengedachten Patrimonialgerichte; und in den übrigen Theilen des Altenlandes das Gräfengericht.

3) In Retractssachen die siedesten Gerichte, das Gräfengericht und die Patrimonialgerichte. In einigen siedesten Gerichten ist indeß die Cognition über Retracte abgekommen und an das Gräfengericht übergegangen.

4) In Polizeisachen die adelichen Gerichte überhaupt; das Gräfengericht in den sächsischen Voigteien, gleichfalls ohne Einschränkung; in den siedesten Voigteien in gewissen Fällen der siedeste Gerichtsherr, in anderen der Gräfe; namentlich gebührt die Wegepolizei allein dem siedesten Herrn, von Bruchfällen aber nur die Bestrafung der Schläge und Wunden an solchen Theilen des Leibes, welche mit den Kleidern bedeckt werden, und auch dies nur in einer gewissen Zeit des Jahres.

Ferner ist in streitigen Fällen, namentlich bei Klagen über Realinjurien, das Landgräfding competent.

5) In Deichsachen ein besonderes Deichgericht in jeder Meile.

Hierzu kommen folgende Gerichte zweiter Instanz, welche sich über das ganze Alteland, mit Einschluß der Patrimonialgerichte Nincop und Leeswig, erstrecken:

1) das Landgräfding,
2) das Borſteler Gräfding,
3) das Fünfdörfergericht,

von denen jedes ſeinen eigenen, auf der Anlage A. bezeichneten Bezirk hat.

In Criminalſachen iſt das Criminalgericht die competente Behörde und beſteht aus dem Gräfengerichte und Dreigeſchwornenrath; es erſtreckt ſich über das ganze Land, mit Ausnahme der Gerichte Rübke und Francop.

Dieſemnach ſind nunmehro folgende Gerichte beſonders zu betrachten:

1) das Gräfengericht oder Gräfding zu Jork,
2) das Landgräfding,
3) das Gräfding zu Borſtel,
4) das Fünfdörfergericht,
5) die ſiedeſten Gerichte,
6) die Patrimonialgerichte,
7) das Criminalgericht,
8) die Deichgerichte.

§. 4. Das Gräfengericht Jork.

Es beſteht aus 2 Gräfen oder Richtern und einem Secretair. Einer der Gräfen, welcher nach einer ſchwediſchen Reſolution von 1680 nothwendig vom bremenſchen Adel ſein muß, wird von des Königs Majeſtät auf Vorſchlag der königlichen Regierung beſtellt. Der zweite wird vom Altenlande in der Maße erwählt, daß zu dieſer Stelle von den Einwohnern 4 Subjecte in Vorſchlag gebracht werden, von welchen ſodann einer dem königlichen Miniſterio zur Beſtätigung vorgeſchlagen wird. Die Wahl geſchieht unter Direction eines Commiſſarii, wozu der adeliche Gräfe bisher genommen iſt, von den 12 Hauptleuten und 6 Contributionsvoigten, den 4 Landesdeputirten und einigen von den Hauptleuten und Voigten beliebig zugezogenen Gevollmächtigten. Dieſe Perſonen ſind aber an die ſpeciellen Inſtructionen aller Eingeſeſſenen gebunden, welche

4 Morgen besitzen und daher die eigentlichen Wähler sind, und mit denen daher der Vorsteher vor der Wahl sich über die zu präsentirenden Personen vereinbaren, auch sich durch Vollmacht derselben am Wahltage legitimiren muß. Gewöhnlich wird der Ober-Bürgermeister mit präsentirt, die königliche Regierung bestellt aber nur studirte Personen. — Die siedesten Voigte kommen in den Wahlprotocollen nirgends vor. (In Oesterley's Handbuch der Proceßordnung wird ihnen eine Theilnahme an der Wahl irrig zugeschrieben.)

Auf ähnliche Weise werden zu der Stelle des Landessecretairs vom Lande zwei Candidaten der königlichen Regierung präsentirt, welche einen davon bestellt.

Das Gräfengericht übt die Civilgerichtsbarkeit und Polizei mit Ausschluß der Sachen, die zur Competenz der siedesten Gerichte gehören, im ganzen Altenlande mit Ausschluß der Patrimonialgerichte; in den sächsischen Voigteien Twielenfleth, Borstel, Cranz und Hasselwerder und im Bezirk des herrschaftlichen siedesten Gerichts Neuhof respicirt es auch die Gegenstände der siedesten Gerichtsbarkeit. In allgemeinen Hoheits- und Landespolizeisachen erstreckt sich seine Competenz auch über die Patrimonialgerichte Bergfried und Wischgericht. Die übrigen Patrimonialgerichte sind geschlossen. Die ordentlichen Unterbedienten, welche die Executionen ꝛc. besorgen, sind in Civilsachen die Hauptleute und Contributionsvoigte; diese werden zwar auch in Polizeisachen gebraucht, jedoch sind in dieser Hinsicht die eigentlichen Unterbedienten, namentlich in Ansehung der Wrogen, die Gräfenbruchsvoigte, wozu die siedesten Voigte (mit Ausschluß des zu Nincop) und die 4 sächsischen Voigte bestellt und verpflichtet werden. Diese 4 sächsischen Voigte, von denen der zu Cranz zugleich Contributionsvoigt ist, werden von den Gräfen auf gleiche Weise wie die Contributionsvoigte auf Lebenszeit ernannt. Die siedesten Voigte bestellt der siedeste Herr (wovon unten); die Gräfen ertheilen übrigens in Civilsachen den Gräfenbruchsvoigten häufig Aufträge, weil sie, da sie nicht jährlich wechseln, die Geschäfte besser kennen als die Hauptleute. Die letztern läßt das Gräfengericht zu Zeiten durch den Ober-Bürgermeister zu ihrer Schuldigkeit anhalten,

besonders wenn sie in Verrichtung der ihnen aufgetragenen Executionen saumselig sind.

Die Insinuationen werden durch zwei Gerichtsdiener besorgt.

Die Gerichtspersonen haben, außer einem geringen stehenden Gehalt, den Genuß der Sporteln, so wie sie im Jahre 1788 von königlicher Regierung festgesetzt sind. Außerdem haben sie einige Emolumente: eine gewisse von den Hauptleuten bei ihrer Wahl zu entrichtende Abgabe; von den Voigten und Schöffen beim Sommer-Landgräfding $2\frac{1}{2}$ Thlr.; ferner ein s. g. Gerichtsgeld aus Cranz, Twielenfleth und Hasselwerder, und aus Twielenfleth einen Gräfenschatz; sodann den Genuß verschiedener Strafen, hauptsächlich der Deichstrafen, der bei Schlägereien, nächtlichem Schwärmen, unerlaubtem Spielen, Neujahrschießen, ordnungswidrigem Betragen gegen das Gericht und die Unterbedienten angesetzten Strafen und gewisser, in Polizei- und Criminalfällen vorfallender Sporteln, über welche bei allgemeiner Regulirung des Sportelwesens im Jahre 1788 eine Bestimmung vorbehalten, aber nicht erfolgt ist. In neuerer Zeit ist mit der Landesstube über die Verwandlung der Deichstrafen und Administrativ- und Criminalsporteln in ein Fixum, gegen Ueberweisung dieser Intraden an die Landesrechnung, conferirt. Die Einnahme für Copialien und sonstige Arbeiten in Official- und Inquisitionssachen ist von dem Landessecretair 1806 zu 356 Thlr. angeschlagen, von den Gräfen die Einnahme in Criminalsachen zu 169 Thlr.

Für die Unterbedienten besteht eine gewisse Taxe. Außerdem genießen die Hauptleute und Contributionsvoigte eine partielle Einquartierungsfreiheit, ein Gewisses (20 — 40 Thlr.) für Einhebung der Contribution; sämmtliche Gräfenbruchsvoigte beziehen einen Theil der Strafen, und die siedesten und Patrimonialgerichtsvoigte gewisse Emolumente aus den Mitteln der siedesten Herren und Erbrichter.

Was das Verfahren betrifft, so weicht solches von dem übrigen Gerichte nicht ab, und sind die Gräfen an die Untergerichts-Ordnung gebunden; auch muß das besondere Gewohnheitsrecht des Altenlandes in Ansehung der Gütergemeinschaft unter Ehegatten und der Geschlechtscuratel beobachtet werden. Bei

Executionen findet das ſ. g. beneficium taxationis et adjudicationis ſtatt, nach welchem die Gläubiger die Grundſtücke des Schuldners nach deren taxirtem Werthe übernehmen müſſen. In Verbindung damit ſteht die Wohlthat der Immiſſion, wobei die Immiſſion nicht wirklich vollzogen, aber der Gläubiger, ſofern er nicht durch vorbehaltenes Eigenthum dagegen geſchützt iſt, vom Gerichte genöthigt wird, dem Schuldner Jahr und Tag (1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tage) Friſt zu geben.

Unterm 1. October 1778 hat die königliche Regierung von dem Gräfengerichte ein Gutachten erfordert, wie dieſe creditverderbliche Einrichtung abzuſtellen ſei; es iſt aber dies Gutachten nicht eingegangen und die Sache damit liegen geblieben.

Bei der Handhabung der Polizei bedienen die Gräfen ſich der Gräfenbruchsvoigte, welche die Wrogenfälle ihres Diſtricts in ein Regiſter tragen und ſolches den Gräfen einliefern. Dieſe ſetzen die Strafen ſelbſt an, oder laſſen ſolche von königlicher Cammer anſetzen, je nachdem ſie ſelbſt auf die Strafen angewieſen ſind, oder ſolche der Herrſchaft gebühren. Die Verbalinjurien werden jährlich im November an dem ſ. g. Jötten-Tage abgethan und gehören die Strafen der Herrſchaft.

Den ſiedeſten Richtern gehören keine andere Strafen als die, welche bei Vormundſchaftsbeſtellungen vorkommen, ferner wegen Ausbleibens, ungebührlichen Betragens bei Gericht (Unbeſcheid), wegen vernachläſſigter Wegebeſſerung, verſäumter Bezahlung der Gerichtsgefälle, überhaupt aller, dieſe Gefälle ſchmälernder Contraventionen und wegen ſolcher Wunden und Schläge, die auf bedeckte Theile des Leibes fallen, ſofern nämlich der Wrogenfall nicht im Bâden-Botting ſich ereignet hat. So heißt nämlich der Zeitraum vom 24. Auguſt (Bartholomäi) bis 9. October (Dionyſii), in welchem vormals der Botting oder das gemeinſchaftliche biſchöfliche Obergericht der Marſchländer von den Kanzeln abgekündigt (baden) wurde, welches am Tage Dionyſii ſeinen Anfang nahm.

Alle in dieſem Zeitraume (welcher genau 6 Wochen und 3 Tage, mithin einen ſächſiſchen Tag oder Friſt enthält) vorfallende Schlägereien und Wunden wurden von der Herrſchaft,

welcher allein die Strafgelder berechnet werden, bestraft, und setzten ehedem die Landgerichts-Commissarien die Strafen an.

Den Patrimonialgerichten fallen alle Strafen ohne Unterschied zu. Namentlich genießen die Gerichtsherren zu Rübke und Leeswig, während sie als siedeste Richter dieser Districte die eximirten Strafgelder beziehen, als Patrimonialrichter auch alle übrigen Strafen.

Von den erkannten Unzuchtsbrüchen und Injurienstrafen erhalten die Hauptleute 1/3, von den übrigen Polizeistrafen erhält der Gräfenbruchvoigt die Hälfte als Aufschlag, d. h. wer in 1 Thlr. Strafe condemnirt ist, muß noch einen halben Thaler überher an den Voigt erlegen.

Uebrigens erkennen die Gräfen Deichstrafen, wie auch in Streitsachen, die sich auf Deiche, Schleusen ꝛc. beziehen, indem solche in den beiden ersten Meilen nicht zur Competenz der Deichgerichte gehören (wovon unten); die Deichstrafen fallen den Gräfen als pars salarii zu.

Die Beerdigung der unbekannten Leichen und die Alimentation der hülflosen unehelichen Kinder besorgen in den, den siedesten und Patrimonialgerichten nicht unterworfenen Districten die Gräfen auf Kosten der Herrschaft, welche dagegen den Nachlaß unverheiratheter unehelicher Kinder erbt und davon dem Voigt einen Theil zufließen läßt. (Gräfenbericht vom 24. Juli 1817, bei den Acten die Regulirung des Sportelwesens betreffend Anlage A.)

§. 5. Das Landgräfding.

Das Landgräfding besteht aus den Gräfen und Secretairen (jedoch ohne Votum) und dem Dreigeschwornen-Rathe, einem aus den Repräsentanten und den Deichbedienten und siedesten Voigten gebildeten Schöffengerichte unter dem Vorsitze der Gräfen.

Die Beisitzer des Landgräfdings sind:

a. die 12 Hauptleute,

b. die 7 siedesten Voigte zu Hollern, Hutfleth, Steinkirchen, Mittelnkirchen, Jork, Estebrügge, Nincop, ein jeder

mit 3 Schöffen, die er auf dem Landgräfding ernannt, zuſammen 28 Perſonen,

c. die Deichrichter aus den 7 Deichrichterſchaften Hollern, Hutfleth, Steinkirchen, Guderhandviertel, Mittelnkirchen, Jork und Königreich mit ihren Geſchworenen, zuſammen 31 Perſonen, da in jeder Deichrichterſchaft 3 — 4 Geſchworene ſind. Aus den übrigen Deichrichterſchaften, Wöhrden, Twielenfleth, Borſtel, Cranz, Leeswig, Oſtmoorende, Hove, Nincop, Liedenkummer, Neuenfelde und Francop, erſcheinen die Deichrichter und Geſchworenen nicht im Landgräfding.

Zuſammen außer den Gräfen 71 Perſonen.

Es ſind daher die adelichen Gerichtsunterſaſſen zu Bergfried, im Wiſchgerichte, Leeswig, Rübke, Nincop und Francop, ferner die Einwohner der Voigtei Cranz und des Altkloſtergerichts im Landgräfding nicht repräſentirt; was Nincop betrifft, ſo vertritt der Voigt gleich den übrigen ſiedeſten Voigten nicht die Stelle der Unterthanen, ſondern die des ſiedeſten Herrn, in deſſen Namen er urſprünglich dem Gerichte beiwohnte, wenngleich in ſpäterer Zeit dieſes Vicariat als ſolches verſchwunden iſt und der ſiedeſte Voigt als völlig ſelbſtändiger Schöffe ohne Mitwirkung und Inſtruction des ſiedeſten Herrn votirt. Die Ausſchließung der Gerichtsſaſſen von Altkloſter, Bergfried, Wiſch, Rübke und Francop von der Repräſentation erklärt ſich daraus, daß dieſe Patrimonialgerichte dem Hofgerichte und nicht dem Landgräfding in zweiter Inſtanz untergeben ſind. Die zu Leeswig finden nach ihrer in den älteren Verhandlungen vorkommenden Aeußerung eine Art von Repräſentation darin, daß ſie der Hauptmannſchaft Königreich alle 3 Jahre einen Hauptmann ſtellen müſſen, welcher von den Königreichern in gewiſſen öffentlichen Laſten frei gehalten und für außerordentliche Bemühungen honorirt werden muß (vergl. die Verhandlungen über dieſen Gegenſtand bei den Acten die adelichen Gerichte im Altenlande betr.), und ein ähnliches Verhältniß ſoll zwiſchen Nincop und Haſſelwerder ſtattfinden. Vordem ſollen die Hauptleute in Twielenfleth und Borſtel vom Landgräfding in Appellationsſachen ausgeſchloſſen geweſen ſein, weil für ihre

Districte bzw. in dem Fünfdörfergerichte und Borsteler Gräfding eine besondere Mittelinstanz besteht, und dies wird von Oesterley l. c. als noch bestehende Einrichtung angeführt. In den neuen Verhandlungen werden indessen alle Hauptleute als Glieder des Gräfdings aufgeführt. Hat übrigens eine solche Ausschließung vordem bestanden, so erklärt sich auch, warum Cranz nicht repräsentirt ist; denn auch hier soll ehedem ein besonderes Gräfding bestanden haben, woher es denn auch rührt, daß gegenwärtig das Landgräfding zwar auch aus Cranz Appellationen annimmt, aber den Appellanten dem Vernehmen nach jedesmal mit 5 Thlr. Strafe belegt.

Das Landgräfding ist diesemnach zweite Instanz für die adelichen Gerichte Rincop und Leeswig und das übrige Alteland, mit Ausschluß der übrigen Patrimonialgerichte, auch wenn von dem Spruch der siedesten Gerichte in Retractssachen appellirt wird.

Den Namen Dreigeschworenenrath führen die Beisitzer des Landgräfdings vermuthlich daher, weil sie als Hauptleute, siedeste Voigte und Deichbediente auf drei verschiedene Geschäftszweige, die Vertretung, die Rechtspflege und die Deichaufsicht, beeidigt sind.

Das Landgräfding wird jährlich zweimal, im Januar und um Pfingsten, zu Jork gehalten und von den Gräfen und einigen siedesten Voigten nach einer gewissen Formel von ähnlicher Fassung, wie sie bei andern alterthümlichen Gerichten mit Frage und Antwort herkömmlich ist, ein- und ausgehegt. Welcher Beisitzer nicht erscheint, der wird in eine Strafe genommen, wovon der Wirth, welcher für das Gräfding anrichtet, eine Hälfte bekommt und die andere Hälfte gleich den übrigen vom Landgräfding dictirten Strafen verzehrt wird.

Das Landgräfding hat eine dreifache Wirksamkeit:

a. als Appellationsinstanz,
b. als Schöffenstuhl,
c. als Polizeigericht.

Ad a.

Alle Sachen, deren Werth 50 Mk. (nicht, wie Oesterley l. c. unrichtig angiebt, 33 Thlr. 16 Schill.) beträgt, können durch Appel-

lation an das Landgräfding gebracht werden; es ist aber gestattet, diese Instanz zu überspringen und gleich an das Hofgericht zu gehen, sofern die allgemeine Appellationssumme sämmtlicher bremischen Untergerichte, nämlich 100 Mk., vorhanden ist.

Um die Schöffen von der Lage der Sache gehörig in Kenntniß zu setzen, geht vor dem Landgräfding der Appellant zu jedem Einzelnen, theilt ihm den Appellationslibell abschriftlich mit und empfiehlt ihm seine Sache. Im Landgräfding werden alsdann den Beisitzern sämmtliche Acten vorgelesen, worauf die Gräfen unter den Anwesenden zwei Urtheilsmänner ernennen, einen für den Appellanten und den zweiten für den Appellaten. Sodann treten die Beisitzer ab und finden das Urtheil, welches alsdann von dem Urtheilsmanne der obsiegenden Partei eingebracht und von dem Secretair zu Protocoll genommen wird.

Wer die eingewandte Appellation nicht fortsetzt, den nimmt das Landgräfding in Geldstrafe. Weil es aber an peremtorischen Fristen fehlt, so klagen die Gräfen über die Verschleppung der Sache, welche chicanirende Parteien hauptsächlich durch Appellationen an das Landgräfding zu erreichen suchen.

Ad b.

Das Landgräfding giebt als Schöffenstuhl Belehrungen über Rechtsfragen, welche ihm vorgelegt werden, sofern sie nämlich in das dasige Gewohnheitsrecht einschlagen. Ein solcher Schöffenspruch heißt ein Fluchturtheil, wie solche vordem auch das bischöfliche Botting abgab. So wurde z. B. im Jahre 1749 die Frage aufgeworfen, ob die von einer Jungfrau oder Wittwe ohne Curator gemachte Schenkung rechtsbeständig sei, und vom Landgräfding, der sich darüber mit dem Gräfen entzweiete, verneinend entschieden.

Königliche Regierung hat bei dieser Gelegenheit bestimmt, daß sowenig solche Fluchturtheile als andere Verfügungen von dem Landgräfding für sich gültigerweise erlassen werden könnten, sondern in Gegenwart der Gräfen, wenn auch ohne deren Zustimmung, gefaßt werden müßten.

Ad c.

Alle Klagen über Realinjurien gehörten ehedem vor das Landgräfding, wenn ſich der Kläger mit der höchſten Entſchädigung, welche ihm der ſiedeſte Voigt, bei dem die Sache zuerſt angebracht und die etwaige Wunde beſichtigt werden muß, zubilligen durfte und welche nur 10 Schillinge beträgt, nicht begnügen wollte und an Schmerzengeld und ſonſtiger Satisfaction ein Mehreres in Anſpruch nahm. Es iſt aber das Landgräfding noch jetzt Appellationsinſtanz für die, welche von den ſiedeſten Gerichten eingewrogt ſind.

Ein von dem gewöhnlichen verſchiedenes Verfahren findet dabei nicht ſtatt.

§. 6. Das Borſteler-Gräfding.

Das Borſteler-Gräfding iſt eine Appellationsinſtanz für alle Sachen aus der Hauptmannſchaft Borſtel. Es wird nur gehalten, wenn Appellationsfälle vorkommen. Es präſidiren darin beide Gräfen, und erhalten dafür jeder 8 Schillinge und eine freie Mahlzeit. Der Ort iſt das Wirthshaus zu Borſtel; der Gerichtstag wird vorher bekannt gemacht.

Beiſitzer des Gerichts ſind ſämmtliche Eingeſeſſene zu Borſtel. Der ſächſiſche Voigt zu Borſtel hegt mit ſeinen 3 Schöffen das Gericht ein.

§. 7. Das Fünfdörfergericht.

Vor das Fünfdörfergericht gehören alle Appellationsfälle aus der Hauptmannſchaft Twielenfleth, namentlich aus den Dörfern Twielenfleth, Grünendeich, Quarrenfleth, Wördenfleth und Baſſenfleth.

Es iſt dies Gericht aber nicht, wie das Borſteler, in Bruchſachen competent.

Sämmtliche Einwohner des Bezirks ſind Beiſitzer.

Beide in den §§. 6 und 7 erwähnte Gerichte verfahren übrigens auf ähnliche Weiſe wie das Landgräfding.

§. 8. Die ſiedeſten Gerichte.

Die ſiedeſten Gerichte erſtrecken ſich über die §. 1 unter IV. benannten Diſtricte Nr. 5 — 11 und ſind folgende:

1) das siedeste Gericht Hollern,
2) " " " Hutfleth,
3) " " " Steinkirchen,
4) " " " Mittelnkirchen oder Neuhof (herrschaftlich),
5) " " " Jork und Ladecop,
6) " " " an der Este,
7) " " " Rincop.

Eine genaue Angabe der einem jeden dieser Districte, da wo mehrere an demselben Orte zusammentreffen, unterworfenen Häuser hat nicht beigebracht werden können. Die Voigte sind darüber zum Theil selbst in Ungewißheit, die neuern Angaben des Drosten Zesterfleth schwankend, und was insonderheit den zum Gute Bramstedt gehörigen Theil der siedesten Voigtei Hollern betrifft, so soll seit der Zerstückelung dieses Guts nach einem Gräfenberichte von 1815 sich Niemand um die siedeste Gerichtsbarkeit weiter bekümmert haben. Zum Gerichte an der Este werden 363 Feuerstellen, zu Jork und Ladecop 1400 Seelen gezählt.

Die Voigte aus diesen 7 Gerichten haben allein das Assessorat beim Landgräfding. Außerdem sind noch mit den Gerichten

8) Rübke und
9) Leeswig

siedeste Gerichtsbarkeiten verbunden, ohne daß die Voigte als siedeste Voigte Zutritt zum Gräfding haben.

Auch ist schon im §. 1 bemerkt, daß die 4 sächsischen Voigte zu Twielenfleth, Borstel, Cranz und Hasselwerder ursprünglich siedeste Voigte gewesen. Es ist aber von einer besondern siedesten Gerichtsbarkeit in diesen Districten nicht mehr die Rede, da hier die siedeste mit der ordentlichen Jurisdiction consolidirt ist, wogegen in Rübke, Rincop und Leeswig, ungeachtet einer ähnlichen Consolidation, dennoch die siedeste Gerichtsbarkeit sich von der ordentlichen in der Ausübung abgesondert erhalten hat.

Uebrigens ist das Gericht Rincop in einem Gräfenberichte von 1730 unter den siedesten Gerichten nicht mit aufgeführt;

es ergeben aber ältere Acten von 1716 und 1717 (bei den Regiminal-Acten die Patrimonialgerichte im Altenlande betreffend), daß es derzeit als siebestes Gericht wirklich bestanden hat.

Einen geographisch geschlossenen Bezirk umfassen nur die siedesten Gerichte Jork und Ladecop, an der Este und die mit den adelichen Gerichten Nincop, Rübke und Leeswig verbundenen siedesten Gerichte, wenngleich bei der mangelnden genauen Angabe der Unterfassen es immer möglich ist, daß auch hier Unterbrechungen stattfinden; selbst bei einer genauen Angabe der Gerichts-Unterthanen würde ohne eine besondere Zeichnung über den Zusammenhang der Wohnungen nicht geurtheilt werden können. Das Gericht Neuhof oder Mittelnkirchen geht zwar nach einem Gräfenberichte vom Mühlenwege in Steinkirchen bis zum Pachthofe in Neuhof, es ist aber von einigen zum Gerichte Hutfleth gehörigen Häusern unterbrochen und besitzt auch einige Unterfassen auf dem Hinterbrack im Kirchspiele Borstel.

Als Competenzgegenstände der siedesten Gerichte sind in den Acten und namentlich in den Beschreibungen der siedesten Herren, welche auf die Wiederherstellung ihrer Gerichtsbarkeit angetragen haben, folgende aufgeführt:

a. Brüche wegen Schläge und Wunden an bedeckten Theilen des Körpers, außer der Bottingszeit (vergl. oben §. 4), ferner
b. wegen Ungehorsams und Verletzung der Rechte der siedesten Herren,
c. Bestellung von Vormündern und Bestrafung derer, welche die ihnen deshalb obliegenden Anträge und sonstige Verpflichtungen verabsäumen,
d. Schauung der Wege und Bestrafung derer, welche den desfallsigen Anordnungen keine Folge leisten,
e. Schauung gewisser Deiche,
f. Retractssachen,
g. Haltung des Nothgerichts.

Die Gegenstände a. b. c. g. finden sich bei allen siedesten Gerichten und gehören zu deren wesentlichen Merkmalen; die

Schauung von Wagen competirt den meisten; die Competenz in Retractssachen hat sich, wie es scheint, nur noch bei einem oder wenigen Gerichten erhalten, wiewohl sie in beschränkter Form ehedem ein wesentliches Stück der siedesten Gerichtsbarkeit ausgemacht zu haben scheint; dagegen ist die Schauung gewisser Deiche eine unbestrittene Ausnahme von der Regel.

Ueber die angegebenen verschiedenen Competenzgegenstände ist noch Folgendes besonders zu bemerken:

Ad a.

Die Untersuchung und Bestrafung solcher Schlägereien, wobei Schläge und Wunden bedeckte Theile des Körpers getroffen haben, bedarf einer besondern vorgängigen Auseinandersetzung der verschiedenen Fälle, welche von den siedesten Voigten vorgenommen wird. Diese Voigte haben daher ein doppeltes Bruchregister zu führen, eines, welches dem siedesten Herrn vorgelegt wird, und eines, welches die Gräfen erhalten, aber wieder in zwei Abtheilungen zerfällt, je nachdem die Brüche entweder der Herrschaft oder den Gräfen zufallen. Es trägt sich dabei häufig zu, daß bei einem Wrogenfalle mehrere Brüche erhoben werden; ein Schlag ins Gesicht, ein zweiter auf den Arm, mit einem Scheltworte begleitet, haben 3 Strafansätze zur Folge, von denen der erste den Gräfen, der zweite dem siedesten Herrn und der dritte der königlichen Cammer berechnet wird; statt daß in der Bottingszeit von Bartholomäi bis Dionysii der Fall nur als eine einfache Wroge betrachtet und von königlicher Cammer allein die Strafe angesetzt wird. In Nincop, Rübke, Leeswig und Neuhof, wo die Brüche aller Art in die nämliche Hand fallen, ist wegen dieser Unterscheidung keine weitere Untersuchung und daher nur ein einfaches, von dem betreffenden siedesten Voigte zu führendes Register nöthig; in den herrschaftlichen siedesten Gerichten der sächsischen Voigteien ist die Unterscheidung nur insofern nöthig, als die Gräfen- und die herrschaftlichen Brüche zu separiren sind. In den übrigen siedesten Gerichten, namentlich Hollern, Hutfleth, Steinkirchen, Jork und an der Este, hat der Voigt das Geschäft, die verschiedenen Brüche mit Zuziehung seiner Schöffen auseinander zu setzen.

Dieſe Auseinanderſetzung und die vorläufige Vernehmung der Bruchfälligen geſchieht in einem beſondern, vom Voigt und den Schöffen abgehaltenen Gerichte, „Göding“ genannt (nach Pufendorf IV. 1 gleichbedeutend mit Gohgericht, nach der Erklärung der Gräfen von 1730 von dem dabei ſtattfindenden Güteverſuch ſo genannt).

Nach den neuern Angaben aus den ſiedeſten Gerichten beſchränkt ſich die ganze Thätigkeit des Göding's auf die eben berührte Auseinanderſetzung und Liquidation der Brüche. Aus einem Gräfenberichte von 1601 (bei Pufendorf Abth. IV.) geht hervor, daß urſprünglich das ſiedeſte Gericht vom Voigt allein gehalten iſt, unter Zuziehung ſeiner Schöffen, von welchem letztern Umſtand es auch den Namen Litgericht führte (litones, Unterſaſſen, wovon Leet-court noch jetzt die Benennung der in England beſtehenden, den Holzgerichten ähnlichen Patrimonialgerichte iſt). Dies war natürlich, da die Strafen nur 10 Schill. betrugen, dieſen Satz nicht überſteigen durften und von einer Abhandlung zwiſchen den Bruchfälligen und dem Gerichtsherrn, wie ſie ſonſt in jener Zeit bei den Wrogengerichten ſtatt fand, nicht die Rede ſein konnte. Auch die Klageſachen wurden im Litgerichte abgethan, welches ohne Zweifel auch den Namen Göding damals führte (denn das Landgräfding, die Oberinſtanz wird oberſtes Göding genannt, und in den alten vom ſiedeſten Gericht Jork eingelieferten Urtheilsfragen iſt die Strafe des Ausbleibens, wenn der Voigt Göding hält, auf 10 Schill. beſtimmt, eine Strafe, die jetzt nur vom ſiedeſten Gerichtsherrn erkannt wird). Dabei galt ein Maximum von 10 Schill. auch für die Schadloshaltung eines Geſchlagenen, jedoch mit Vorbehalt der Appellation, welche ſowohl in ſtreitigen als in bloßen Strafſachen an das Landgräfding zuläſſig war.

Späterhin haben die Strafanſätze ſich an jenes Maximum der 10 Schill. nicht mehr gebunden. Die Gerichtsherren konnten daher auch dem Voigte den Anſatz nicht mehr überlaſſen, vielmehr hielten ſie in eigener Perſon Gericht und überließen dem Voigte nur die erforderliche vorläufige Unterſuchung und die Entſcheidung über den Entſchädigungs-Anſpruch des Benachtheiligten, welcher nicht bis dahin warten konnte und wollte.

daß die fiedeſten Herren das Gericht ſelbſt abhielten; der Strafanſatz wurde ihm aber nicht gelaſſen. Ungeachtet nun die eigentliche Entſcheidung in den Hauptſachen nur an den von den fiedeſten Herren angeſetzten Gerichtstagen ſtattfand und nur hier das Gericht feierlich gehegt wurde, ward der Name Göding, welcher eigentlich dem Hauptgerichte gebührt, dem Vorgerichte des Voigts gelaſſen, welches ihn nur geführt hatte, ſofern er das Hauptgericht und das einzige war. Weil aber der Voigt nach alter Weiſe nicht ungeſpeiſet bleiben konnte, ſo verwandelten ſich die 10 Schill. Strafe in einen ebenſo hohen Beitrag zu den Zehrungskoſten des Voigts und ſeiner Schöffen. Uebrigens iſt in ältern Zeiten auch im Kehdingſchen ein ſolches Göding von den Landgeſchwornen gehalten. (cf. unten II.)

Von dieſer Lage der Dinge kann der Gräfenbericht von 1730 (bei Pufendorf IV. unrichtig 1736) nur verſtanden werden, und iſt, wie bei Oeſterley und in dem Stakemann'ſchen Gutachten geſchehen, nicht auf die jetzige Verfaſſung zu ziehen, welche, ſo wie ſie in den Angaben der Voigte vorliegt, von einem Spruche des Gödings in Klageſachen über Realinjurien und von einem Maximum der Strafen Nichts mehr weiß.

Auch die bei Pufendorf l. c. vorkommende Beſtimmung, wonach die während des Gräfdings vorfallenden Brüche in gleichem Maße, wie die während der Bottingszeit, den fiedeſten Herren entzogen waren, findet jetzt nicht mehr ſtatt, weil das Gräfding nicht mehr zu gewiſſen Zeiten des Jahres gehalten wird, ſondern regelmäßige Gerichtstage durch die Untergerichts-Ordnung eingeführt ſind.

Die fiedeſten Gerichte nehmen in ihren neuern Angaben die Beſtrafung aller Schlägereien in Anſpruch. Nach dem übereinſtimmenden Inhalte der ältern und neuern Gräfenberichte gebührt ihnen aber nur die Beſtrafung der Schläge, welche auf von den Kleidern bedeckte Theile des Leibes fallen. In den ältern Berichten (Pufendorf IV. 1) und in der Reformatio des Altländer Landrechts von 1517 (Pufendorf IV. app. pag. 46) werden ihnen ohne Unterſchied alle Brüche für Schläge und Wunden unter den Kleidern beigelegt. Das Gericht Jork behauptet aber in ſeinem Berichte vom 11. Februar 1815

(Acta die Verhältnisse und den Umfang der Patrimonialgerichte betreffend von 1815), daß die blutrünstigen Schläge den Gräfen gehören. Nach Pufendorf IV. 1. 6. hat das Gericht an der Este in Ansehung der Messerstiche rem judicatam für sich. Gewiß ist, daß die tödtlichen oder Gefahrwunden nicht zur Cognition der siedesten Gerichte gehören, und auf diese an sich nicht ganz unzweideutige Bestimmung mögen sich die Ansprüche des Gräfengerichts gründen. Ein Bericht des Gerichtsverwalters Schaumburg vom 10. Februar 1815 (bei den Acten die Verhältnisse und den Umfang der Patrimonialgerichte betreffend von 1815) beschränkt die Ansprüche des siedesten Gerichts an der Este — welches von dem Berichterstatter vordem administrirt ist — auf Bestrafung von Schlägereien, die mit den Kleidern bedeckt werden können.

Ad b.

Die Bestrafung der Beeinträchtigung der siedesten Gerechtsame betrifft solche Fälle, wo entweder dem siedesten Herrn seine stehenden Einkünfte an Bedehafer, Gefahrscharf ꝛc. nicht zu rechter Zeit entrichtet werden (wovon unten), oder wenn indirect eine Schmälerung der Gerechtsame verursacht wird. Die in den Acten vorkommenden Fälle sind namentlich versäumte Anmeldung gefundener Sachen (wegen der unten zu erwähnenden Ansprüche der siedesten Herren an herrenloses Gut) und heimliche Taufe eines unehelichen Kindes (weil der siedeste Herr auf den Nachlaß desselben Anspruch macht und daher von seinem Dasein unterrichtet sein muß). Hieher gehören auch die Strafen wegen Ausbleibens von den Gerichtstagen, ungebührlichen Betragens im Gerichte u. s. w.

Diese Strafen kommen bei allen siedesten Gerichten vor; die wegen Ausbleibens ꝛc. aber nur in denen, wo die siedeste Gerichtsbarkeit von der gewöhnlichen getrennt ist, mithin nicht in Nincop, Leeswig und Rübke, wo jedoch besondere öffentliche Gerichte an die Stelle der siedesten Gerichtstage treten, wie unten näher beschrieben wird. Was das Gericht Neuhof betrifft, so hat dasselbe im Jahre 1807 zuletzt noch ein besonderes siedestes Gericht gehalten (wovon unten), seitdem aber nicht wieder.

Ad c.

Die Bestellung der Vormünder ist allen siedesten Gerichten gemein und wird auch bei den siedesten Gerichten, wo zugleich dem siedesten Herrn auch die ordentliche Gerichtsbarkeit zusteht, von den Voigten besorgt, mithin auch in den herrschaftlichen siedesten Gerichten oder sächsischen Voigteien Borstel, Twielenfleth, Cranz und Hasselwerder, wie solches aus der Sportelntaxe der Voigte, welche vom Gerichte Jork im Jahre 1817 eingeliefert ist, sich ergiebt.

Was die Obervormundschaft betrifft, so sind darüber die Angaben widersprechend. Nach der Angabe des siedesten Voigtes zu Jork muß dem siedesten Gerichte Rechnung abgelegt werden, wenn sie gefordert wird; dagegen schreibt das siedeste Gericht an der Este dem Gräfengerichte Jork die Obervormundschaft zu. Nach einem Berichte der Regierungs-Commission an das königliche Cabinets-Ministerium vom 2. März 1815 (welcher von dem weiland Drosten von Lütcken zu Jork concipirt ist) hat das Gräfengericht die Rechnungsablage jedoch nicht ex officio, sondern auf Anrufen der Betheiligten zu veranlassen, und die verschiedenen Angaben stimmen darin überein, daß Streitigkeiten über die Verpflichtungen zur Uebernahme der Vormundschaft vor dem Gräfengerichte verhandelt werden.

Die Gerechtsame der siedesten Gerichte sind am natürlichsten aus einem bloß privatrechtlichen Gesichtspunkte abzuleiten, welcher sichtlich allen zum Grunde liegt. Selbst die Strafgerichtsbarkeit ist nach dem Geiste des alten Rechts kein Merkmal einer Art von Hoheit, sondern eine rein privatrechtliche Intrade, für welche die Strafprincipien keine weitere Bedeutung haben, als daß durch sie der Tarif für die Geldhebung genau festgesetzt ist. Aus diesem Gesichtspunkte, wobei von allen jetzt geltenden Rücksichten, des Vergeltungsrechts, der öffentlichen Sicherheit, des Gemeinwohls, der Abschreckung ꝛc., abstrahirt werden muß, scheint das Recht, Vormünder zu bestellen, in enger Verbindung mit dem unten zu erwähnenden Rechte der siedesten Gerichte auf den Nachlaß unbeerbter Personen zu stehen; denn es ist dem siedesten Herrn daran gelegen, daß

Jemand sich des Guts annimmt, wenn der Besitzer verstorben ist, weil er selbst sonst in dem Falle Schaden leiden würde, wenn nach Ableben der Kinder, in Ermangelung anderer Angehörigen, ihm selbst das Gut zufiele.

Dies als richtig angenommen, dürfte nach der Natur der Sache die Obervormundschaft nicht dem Gräfengerichte, sondern dem siedesten Gerichtsherrn zuzuschreiben sein.

Ein Besitzstand hat sich darüber nicht gebildet; vielmehr ist gewiß, daß sich bisher im Altenlande um die Geschäftsführung der Vormünder so wenig der siedeste Herr, als das Gräfengericht, bekümmert hat.

Uebrigens steht auch die im Altenlande bestehende Geschlechts-Curatel unter den siedesten Gerichten.

Ad d.

Die Schauung der Wege steht nicht allen siedesten Gerichten zu, und da, wo sie stattfindet, erstreckt sie sich nicht über die Wege am Binnendeich, welche vielmehr unter der Aufsicht der Gräfen stehen.

Eine Wegeschauung wird geübt:

1) von dem siedesten Gericht an der Este über alle Wege innerhalb des Bezirks;

2) von dem Gerichte Rübke desgleichen;

3) von dem Gerichte Jork und Ladecop über die in der Anlage 6 des neuesten Stakemann'schen Gutachtens näher bezeichnete Straße;

4) von dem Gerichte Hutfleth über die Hutflether, Bachenbrucher und Hollerner Straße.

Nach der Anzeige des Drosten v. Zesterfleth (Anlage 4 des neuesten Stakemann'schen Gutachtens) gehört zwar die Aufsicht über die Wege zur Competenz aller siedesten Gerichte; die hiesigen Acten enthalten aber darüber Nichts, und der allegirte Gräfenbericht von 1730 erwähnt die Wegeschau nur als ein Attribut einzelner siedesten Gerichte.

Die Schauung des siedesten Gerichts Jork ist im Jahre 1799 durch ein Erkenntniß des königlichen Ober-Appellationsgerichts bestätigt. Ein fester Besitzstand hat sich nicht bilden können.

weil die ſiedeſten Voigte zugleich Untergebene des Gräfengerichts ſind, und es oft ungewiß bleibt, in weſſen Namen ſie ſchauen: übrigens hat das Gräfengericht noch im Jahre 1799 behauptet, daß die Wegeaufſicht der ſiedeſten Gerichte nur als Ausnahme ſtattfinde.

Ad e.

Eine Deichſchauung haben nur die Gerichte Rübke und Jork-Ladecop, und zwar nur über die Hinterdeiche, Siele, Schleuſen und Wettern; dieſe Schauung über die Gewäſſer findet übrigens auch da ſtatt, wo dem Gerichte die Wegeſchauung zuſteht. Die Schauung des Hinterdeiches zu Jork erſtreckt ſich nicht ganz über denſelben, ſondern nur über einen Theil, welcher in der Anlage 6 des neueſten Stakemann'ſchen Gutachtens näher beſchrieben iſt. Solche Deichcontraventionen, welche, wie z. E. das Durchſtechen der Deiche, criminell zu behandeln ſind und mit Leibes- und Lebensſtrafen geſetzlich geahndet werden, gehören nach einer Entſcheidung der königlichen Regierung ausſchließlich zur Competenz des Gräfengerichts.

Ad f.

Von den Retractsklagen.

Die Retractsſachen werden in dem Gräfenberichte von 1730 als zur Competenz der ſiedeſten Gerichte gehörig aufgeführt; auch ergiebt das Alteländer Landrecht (Pufendorf IV. app. pag. 43), daß nach älterm Rechte dieſe Competenz ungezweifelt geweſen. Wenn man annehmen kann, daß die Unterſaſſen des ſiedeſten Gerichts die Rechte einer Volksgemeinde ausübten, wie ſie derſelben nach uraltem deutſchem Rechte zuſtanden, ſo iſt dieſe Competenz urſprünglich gewiß begründet, denn die Volksgemeinde hatte nicht nur über Wrogen, ſondern auch über echtes Eigenthum zu erkennen. Der Name Göding — welcher immer nur von unabhängigen Gemeinden gebraucht wird — und der Umſtand, daß das bürgerliche Gericht in Ueberlaſſungsſachen, welches noch jetzt zu Buxtehude gehalten wird, urſprünglich Göding heißt und auch peinliche Fälle reſpicirte, beſtätigen dieſe Anſicht. Das Ober-Appellationsgericht hat aber in einem Proceſſe zwiſchen den Gräfen und dem ſiedeſten

Gerichte an der Este (Pufendorf Obs. IV. 3) diese Argumente nicht für genügend gehalten, dem Gerichte an der Este die Befugniß, in Retractsfällen zu erkennen, abgesprochen und ihm nur das Recht, den Retract anzuschreiben, lassen wollen. Dies Erkenntniß ist aber durch den in der Restitutionsinstanz geführten Beweis der Observanz wieder aufgehoben.

Der Drost von Zesterfleth giebt noch jetzt die Retractsfälle als einen Gegenstand der Competenz aller siedesten Gerichte an. Der Voigt zu Jork zählt sie nicht mit auf.

Da die Fälle selten sind, so kann sich ein Besitzstand nicht leicht bilden, und diese Competenz muß daher in Ansehung der übrigen siedesten Gerichte außer dem Gerichte an der Este und denen, wo die ordentliche Gerichtsbarkeit mit der siedesten zusammenfällt, als streitig angesehen werden. In den sächsischen Voigteien und den mit ordentlicher Gerichtsbarkeit versehenen siedesten und Patrimonialgerichten werden die Retractsklagen in keiner besondern Form behandelt.

Ad g.

Das Nothgericht wird von den siedesten Voigten mit den Schöffen, ohne Mitwirkung der siedesten Herren, im Namen des Königs gehalten, wenn in ihren Districten ein Erschlagener gefunden wird, dessen Mörder nicht bekannt ist. Bei diesem Gerichte wird dem Ermordeten auf Antrag des Hauptmanns von dem Voigte ein Vormund bestellt, um sein Blut zu rächen.

Es wird in allen siedesten Gerichtsbezirken, auch in den sächsischen Voigteien gehalten, mit Ausnahme des Gerichts Francop, welches zwar eigene Criminalgerichtsbarkeit, aber keinen siedesten Voigt hat.

Dies sind die sämmtlichen Competenzgegenstände der siedesten Gerichte. Von einer Befugniß derselben, Arreste zu verhängen, welche hernach vor dem ordentlichen Gerichte justificirt werden (Pufendorf Obs. IV. 1), ist keine Spur mehr vorhanden, und dergleichen selbst von dem Gerichte an der Este, welches sonst die ausgedehntesten Befugnisse hat, nicht in Anspruch genommen.

Von dem Verfahren bei den ſiedeſten Gerichten.

Die ſiedeſten Gerichte werden nicht jährlich, ſondern erſt dann gehalten, wenn ſich eine bedeutende Menge von Brüchen geſammelt hat, mithin in Zwiſchenräumen von 3 bis 4, auch wohl 7 Jahren. In Rübke, Hove, Leedwig und Rincop jedoch wird jährlich ein ſ. g. öffentliches Gericht gehalten, woſelbſt neben den Bruchſachen auch ordentliche Klageſachen — da dieſe Gerichte auch Patrimonialgerichte ſind — verhandelt werden, und zwar an dieſem Tage ohne Erlegung von Gerichtsgebühren, wogegen die Einwohner ein gewiſſes ſtändiges Geld (wovon unten) erlegen müſſen.

Das Gericht Neuhof iſt zuletzt 1807 gehalten.

Von den ſiedeſten Gerichten geht die Appellation an das Landgräfding.

Die Schauungen der Wege und Wettern werden da, wo ſie hergebracht ſind, von einem Wetternrichter mit 5 Wetterngeſchwornen beſorgt, unter Aufſicht des Gerichtsverwalters, welcher in den beiden großen Gerichten Jork-Ladecop und an der Eſte angeſtellt iſt.

Der ſiedeſte Voigt wird von dem Gerichtsherrn auf Lebenszeit beſtellt und beeidigt; hierauf wird er dem Gräfengericht präſentirt, welches ihn auch als Gräfenbruchvoigt verpflichtet.

Der Gerichtsverwalter zu Jork hat keinen feſten Gehalt, erhält aber für die Führung des Protocolls an den Gerichtstagen Diäten; imgleichen für die Unterſuchung der Sachen, welche auf dem Göding nicht aufs Reine gekommen ſind, und für ſonſtige Unterſuchungen die gewöhnlichen Sporteln.

Im Gericht an der Eſte erhält er jährlich 8 Thlr. mit freier Fuhr und Defrayirung mit den gewöhnlichen Sporteln.

Der Voigt erhält überall von den Strafen die Hälfte überher oder den Aufſchlag, für die Eintragung der Vormundſchaft in ein Buch 2 Schill. und für die Beeidigung 10 Schill., für die Aſſiſtenz beim Landgräfding 32 Schill. und verſchiedene andere bei den einzelnen Gegenſtänden unten benannte Accidenzien, welche für den Voigt an der Eſte zu 500 — 600 Mark angeſchlagen ſind.

Auch die Schöffen erhalten freie Defrayirung, und an der Este einen Theil der Schauungsstrafen.

Die Gerichtstage werden mit der Mannzahl eröffnet. Alsdann werden aus den Eingesessenen Rechtsmänner ernannt, welche in Streitfällen, z. E. bei Klagen über Realinjurien, mit dem Voigt und den Schöffen in die Findung gehen und ein Urtheil einbringen.

Was insonderheit die verschiedenen Competenzgegenstände betrifft, so ist

ad a. b.,

was die Strafen in Polizeisachen und sonst betrifft, schon oben bemerkt, daß solche ursprünglich 10 Schill. nicht haben übersteigen dürfen. An dieses Maximum haben sich die Gerichtsherren aber schon lange nicht mehr gebunden und weit höher gestraft, wobei jedoch, nach der Angabe des siedesten Gerichts an der Este, die bekannten Kammerprincipien zum Grunde gelegt sein sollen.

Es sind aus den Gerichten Jork und Este folgende Strafsätze angegeben:

1) für das Ausbleiben beim Gerichte 10 Schillinge,
2) Verschweigen gefundener Sachen 16 Schillinge,
3) versäumte Nachsuchung von Vormündern $^1/_2$ — 2 Thlr.,
4) verspätete Bezahlung der Geldgefälle 1 — 6 Thlr.,
5) verschwiegene Taufe eines unehelichen Kindes 1 — 3 Thlr.,
6) schlechte Wegbesserung 2 Thlr.,
7) Pfandweigerung 1 Thlr.,
8) Bruch des Einlagers 1 — 2 Thlr.

Die Strafen werden namentlich auch in der Maße beigetrieben, daß der Voigt dem Bruchfälligen verbietet, die Gerichtsstelle eher zu verlassen, als die Strafe bezahlt ist.

Nach den alten Urtheilsfragen, Anlage 6 des neuesten Stakemann'schen Gutachtens, finden folgende veraltete Strafsätze statt:

Ausbleiben vom Gericht auf die dritte Ladung 20 Gulden.

Versäumte zeitige Ablieferung der Gefälle, das Triplum.

Der Gefahrscharf soll, insonderheit von dem Säumigen, so vielfältig bezahlt werden, als während des Verzugs die

Sonne auf- und niedergeht, der Hahn kräht, und Fluth und Ebbe auf- und niedergeht. Diese exorbitante Strafe ist aber von hiesiger Regierung auf ein Maximum von 10 Thlr. herabgesetzt.

Die Gefängnißstrafen werden, da bei wenigen siedesten Gerichten ein Gefängniß sich befindet, durch Schließung in die Eisen im Hause des Voigts vollzogen.

Ad c.

Die Bestellung der Vormünder besorgt der Voigt allein, ohne dabei weder den siedesten Herrn noch eine richterliche Person zuzuziehen. Es soll dagegen in neuern Zeiten die Frau von Brandt zu Bramstedt die Vormünder für ihre siedesten Unterfassen zu Hollern selbst ohne Voigt beeidigt haben, wie von dem Gerichte Jork in einem Berichte vom 11. Februar 1815 angeführt ist.

Ad d. und e.

In Deich- und Wegepolizeisachen stehen die siedesten Herren, denen solche beigelegt sind, unmittelbar unter der hiesigen Regierung. Das Verfahren bei den Wegeschauungen ist übrigens dem bei Deichschauungen gleich, und fallen dabei keine rechtliche Erörterungen vor.

Ad f.

Die Beispruchsklagen werden unter freiem Himmel verhandelt. Das Gericht wird auf dem beigesprochenen Grundstück gehalten, vom Voigt und Schöffen eingehegt und darauf mit Exception, Replik und Duplik verfahren, wobei der Gerichtsverwalter das Protocoll führt; das Urtheil wird aber nicht von diesem, sondern von dem Voigte und den Schöffen gefunden und gesprochen. Nach gesprochenem Urtheile hebt der Voigt das Gericht wieder auf; die Appellation geht an das Hofgericht oder das Landgräfding. Gewöhnlich ist die Sache in drei Tagfahrten beendigt.

Dieser Proceß ist aber sehr kostspielig. Es bekommt nämlich

1) der Gerichtsherr an Diäten für jeden Termin 4 Thlr., mithin für drei ..... 12 Thlr.,
2) der Gerichtsverwalter 2 Thlr., macht ..... 6 „ (außer freier Fuhr)
3) der Voigt überhaupt ..... 4 „
4) jeder Schöffe 2 Thlr., macht ..... 6 „

Summa 28 Thlr.

Ad g.

Die Form des Nothgerichts findet sich bei Oesterley (III. pag. 104). Sie besteht darin, daß in Frage und Antwort zwischen dem Voigt, dem Hauptmann als Ankläger, und den Schöffen verfahren, einer von den letzteren zum Bluträcher bestellt und das ganze Verfahren mit einem Weheruf über den Thäter beschlossen wird.

Von den Einkünften der siedesten Herren.

Als allgemeine Auftünfte der siedesten Gerichte kommen vor:

1) Bruchstrafen,
2) Gefahrscharf,
3) Gräfenschatz,
4) Rauchhühner,
5) herrenloses Gut;

als besondere Einkünfte:

6) Bedehafer im Gerichte Jork-Ladecop,
7) gewisse Gefälle in den Gerichten Nincop, Leeswig und Rübke.

Ad 1.

Der Belauf der Bruchstrafen, so wie er von einigen siedesten Herren angegeben ist, ist sehr bedeutend und für sie weit lucrativer als für andere Gerichtsherren, da sie wenige und unbedeutende Lasten der Gerichtsbarkeit zu tragen haben.

Die Strafen sind im Gerichte an der Este zu 40 Thlr. und im Gerichte Jork-Ladecop auf 150 Thlr. bis 200 Thlr. jährlich angeschlagen.

Ad 2.

Der Gefahrscharf ist im Gerichte Nincop eine Abgabe von 270 alten Pfennigen, welche mit 6 Pf., auch wohl 1 Sgr. das Stück reluirt werden.

Der Belauf des Gefahrscharfs ist für das Gericht Jork nicht angegeben. Auch das Gericht Hutfleth nimmt ihn in Anspruch, die versäumte Entrichtung dieser Abgabe giebt dem siedesten Herrn das Recht, von dem Restanten 10 Thlr. Strafe einzufordern. Es ist aber in Jork gewöhnlich nur 1 bis 6 Thlr. genommen.

Unter den Einkünften der Gerichte Rübke, Leeswig und an der Este ist der Gefahrscharf nicht mit aufgezählt. Ueber die Art der Repartition fehlt es an weitern Nachrichten, es ist nur bemerkt, daß es eine auf gewissen Ländereien haftende Grundrente sei, und es ist ungewiß, ob und in welchem Maße diese Abgabe auch in den übrigen oben nicht genannten Districten stattfindet.

Ad 3.

Der Gräfenschatz (welchen auch die Gräfen aus Twielenfleth zu heben haben) ist eine höfeweise zu entrichtende Abgabe, welche in Rincop auf jeden Hof 2 Ggr. etwa beträgt. Unter den Einkünften des Gerichts Rübke ist sie nicht aufgezählt; sie findet aber in den Gerichten Jork, Ladecop und Hollern, so wie in dem Gerichte an der Este statt; aus den übrigen Gerichten ist desfalls nichts angemeldet. Im Gerichte an der Este und vermuthlich auch da, wo sonst der Gräfenschatz hergebracht ist, theilt ihn der Gerichtsherr mit der Herrschaft. Er ist in Jork auf heil. 3 Könige, und an der Este auf Nicolai-Abend von Sonnenuntergang fällig, und wer ihn nicht zu rechter Zeit entrichtet, wird von dem Voigt auf das Dreifache gepfändet. Der Voigt bekommt sowohl von der herrschaftlichen Quote, als von dem Antheile des siedesten Herrn, und muß dafür über die Mutationen Register halten und die Ländereien, welche mit dieser Abgabe belastet sind, umschreiben.

Uebrigens ergiebt schon der Name dieser Abgabe, daß sie eine gerichtsherrliche ist.

Ad 4.

Die Rauchhühner sind noch in allen siedesten Gerichten hergebracht. In Rübke erlegt jeder Hauswirth jährlich 2 Rauch-

hühner und noch außerdem, jedoch mit Exemtion einiger Stellen, 2 Gerichtshühner. Im Gerichte an der Este fallen die Hühner, welche Bottingshühner heißen, nicht von den Hauswirthen, sondern von gewissen Ländereien.

Ad 5.

Ein Recht auf herrenloses Gut wird in gewissem Maße von allen Gerichten in Anspruch genommen. Nach den Urtheilsfragen, Anl. 6 des neuesten Stakemann'schen Gutachtens, gehört den Gerichtsherren:

a. das geschüttete Vieh, welches der Eigenthümer länger als in den dritten Tag nach Sonnenuntergang stehen läßt,
b. das Elenden-Gut (Fremden-Gut),
c. das unmündige Gode (die Erbschaft der in der Unmündigkeit Verstorbenen, eine Einnahme, worauf sich das Bestellungsrecht der Vormünder gründen mag),
d. Keweskinder Gode (der Nachlaß unehelicher Kinder),
e. verworfenes, gefundenes und verlaufenes Gut.

Der Gräfenbericht von 1730 bei Pufendorf, IV. 1 führt an:

verlaufenes Gut und unbeerbter Hurkinder Nachlaß,

Das Gericht Hutfleth fordert insonderheit:

was von der Hutflether Straße oder der halben Sachsenfrede an bis an die alte neue Wetterung an den Elbdeich antreibt,

also auch das gestrandete Gut.

Alle diese Einkünfte werden den siedesten Herren jedoch nur außer dem Bäden-Botting (von Bartholomäi bis Dionysii) zugeschrieben; was in dieser Zeit vorfällt, wird der Herrschaft zugestanden.

Der Voigt erhält $^1/_3$ des Ertrages, und die siedesten Herren haben die Verpflichtung, hülflose uneheliche Kinder zu alimentiren, und unbekannte gestrandete Leichen auf ihre Kosten beerdigen zu lassen, eine Verpflichtung, welche die Herrschaft wenigstens in den ihr untergebenen Districten noch jetzt in vorbenannten Fällen erfüllt (Gräfenbericht vom 24. Juli 1817

Anl. A. bei den Regiminalacten die Regulirung der Aufkünfte ꝛc. der Gerichtsperſonen im Altenlande betreffend).

In den neueſten Angaben der ſiedeſten Gerichte iſt aber dieſe Intrade nicht mit profitirt, vermuthlich weil das damit verknüpfte Onus die Einkünfte bei weitem überſteigt, und die Gerichtsherren werden vermuthlich Nichts dagegen haben, wenn königliche Cammer in ſolchen Fällen ſich die Einkünfte allein zueignet.

Dem Gerichte an der Eſte iſt nach Pufendorf IV. 2 dies Recht bereits aberkannt, und auf den Grund dieſes Erkenntniſſes hat auch königliche Regierung im Jahre 1760 an das Amt Agathenburg reſcribirt, daß es ſich in die Regulirung der Erbſchaftsangelegenheiten verſtorbener unehelicher Kinder im ſiedeſten Gerichte Neuhof nicht zu miſchen, ſondern ſolche dem ordentlichen Gerichte zu überlaſſen habe.

Im Gerichte Jork (Anlage 7 des zweiten Stakemann'ſchen Gutachtens), muß derjenige, der einen Bienenſchwarm findet, dem Voigte einen Sechsling entrichten, was auch in dem Gräfenberichte von 1730 gemeldet wird. Hiemit ſcheint das Fluchtgeld, welches im Gerichte an der Eſte von fremden Imkern bezahlt wird, die ihre Bienen dorthin bringen, in Verbindung zu ſtehen.

Ad 6.

Der Bedehafer findet nur im ſiedeſten Gerichte Jork ſtatt, und iſt eine bedeutende Abgabe, indem das Gut Eſteburg für ſeinen Theil allein 168 Himten alter horneburger Maße zu erheben hat. Die verſäumte Ablieferung zu rechter Zeit hat eine Execution auf das Dreifache zur Folge.

Ad 7.

Beſondere, bloß in den Gerichten, wo die ſiedeſte mit der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit zuſammenfällt, übliche Gefälle ſind folgende:

Das Gericht Rübke erhebt von jedem Morgen Landes im Gerichte eine ſ. g. Burgmanns-Rente von 8 Schill.; außerdem wird alljährlich ein öffentliches Gericht gehalten, bei dem ohne Sporteln verfahren wird, dafür muß aber jeder verheirathete Eingeſeſſene dem Gerichtsherrn 24 Schillinge erlegen.

In den Gerichten Nincop und Leeswig ist die Haltung eines jährlichen öffentlichen Gerichts gleichfalls hergebracht; es wird auch dort für die unentgeltliche Rechtspflege am Tage des öffentlichen Gerichts eine gewisse ständige Abgabe entrichtet. In Nincop indessen soll das Gericht auch nach zwei- bis dreijähriger Zwischenzeit gehalten werden.

Vordem hatten die Unterſassen die Verpflichtung, den Gerichtsherrn, wenn er zur Haltung des öffentlichen Gerichts zu ihnen kam, zu speisen, und zwar nach Vorschrift des Küchenzettels, den er ihnen vorher zusandte. Dies ist nachher in eine ständige Abgabe verwandelt. Aus einer diesen Gegenstand im Gerichte Nincop betreffenden Beschwerde ergiebt sich, daß der Gerichtsherr alle Händel, die außer der Zeit an ihn gebracht wurden, auf seinem Gute schlichtete und dabei keine Sporteln hob; jetzt aber erstreckt sich die Sportelfreiheit nur auf die am Tage des öffentlichen Gerichts vorkommenden Sachen.

Da übrigens in den Gerichten Nincop, Leeswig und Rübke die siedeste und gewöhnliche Gerichtsbarkeit vereinigt sind, so läßt sich nicht bestimmen, ob die besondern Einkünfte dieser Gerichte — wozu auch noch gewisse Dienste beim Torfgraben u. s. w. kommen — ein Annexum der siedesten oder der Patrimonialgerichtsbarkeit sind.

Ein Gerichtsgeld heben auch die Gräfen in den Districten Hasselwerder und Cranz.

§. 9. Von den Patrimonialgerichten.

Die Patrimonialgerichte haben an sich Nichts, was sie von dem Gräfengerichte oder andern Untergerichten unterscheidet, sie stehen jedoch nicht gleich jenen unter dem Landgräfding, und ausnahmsweise sind in der Appellationsinstanz Leeswig und Nincop dem Landgräfding unterworfen. Die Verfügungen, welche von dem Patrimonialgerichte Rübke als siedestem Gerichte ausgehen, so wie die allersiedesten Gerichte stehen unter dem Landgräfding, und kann dahin z. E. von den Strafansätzen recurrirt werden. Außerdem ist das königliche Hofgericht ausschließlich zweite Instanz für die Gerichte Bergfried, Wischgericht, Altklostergericht, Rübke und Francop.

Das Wischgericht liegt im Außendeich des Kirchspiels Neuenkirchen an beiden Seiten der Lühe und gehört halb zu der Hauptmannschaft Neuenkirchen. Es hat Jurisdiction über den geographisch begränzten Theil des Außendeichs, ist aber in Ansehung der Hoheits- und allgemeinen Polizeisachen immer nur für ein ungeschlossenes Gericht gehalten. Den Namen Wischgericht führt es schon in einem alten Gräfenberichte von 1730, und insofern und da ein besonderer Voigt darin gehalten wird, kann es als ein besonderes Dorf betrachtet werden. Es besteht übrigens aus etwa 20 Häusern.

Nach der Angabe des Gerichtsherrn sind die Unterfassen ihm zu gewissen Laufreisen und Hofdiensten verpflichtet; auch zur Erlegung eines Weinkaufs bei jeder Besitzveränderung. Die Juraten aus Steinkirchen, Neuenkirchen und Mittelnkirchen, welche bei diesem Gerichte vormals als Schöffen fungirt haben, sollen deshalb vom Gute Daudiek, welchem das Wischgericht gehört, gewisse Wiesen zu Lehen erhalten haben.

Uebrigens haben sämmtliche Patrimonialgerichte bei königlichem Cabinets-Ministerio ihre Fortdauer in Anspruch genommen, und größtentheils eine günstige Entscheidung ausgewirkt.

§. 10. Von der Criminalgerichtsbarkeit.

Die Criminalgerichtsbarkeit im Altenlande wird von dem Criminalgerichte ausgeübt und erstreckt sich über sämmtliche Patrimonialgerichte, mit Ausschluß von Rübke und Francop.

Das Criminalgericht ist zusammengesetzt aus dem Gräfengerichte und dem Dreigeschworenen-Rathe (§. 5), in deren Namen die peinlichen Erkenntnisse abgegeben werden.

Die 7 fiedesten Voigte, welche zum Dreigeschworenen-Rathe gehören, sind zugleich als Criminalgerichtsvoigte Untergebene des Criminalgerichts, und ihr Wirkungskreis erstreckt sich sodann auch über die den fiedesten Gerichten nicht untergebenen Bezirke; so respicirt der Voigt zu Steinkirchen auch das Gericht Bergfried, der Voigt zu Mittelnkirchen auch das Gericht Wisch. Die sächsischen Voigte zu Twielenfleth, Borstel, Cranz und Hasselwerder verrichten in ihren Bezirken die Geschäfte der Criminalgerichtsvoigte.

Die Untersuchung führt das Gräfengericht allein, ohne Zuziehung des Dreigeschworenen-Raths. Es muß aber

1) ein Ausschuß des Dreigeschworenen-Raths zugezogen werden bei allen wichtigen Auftritten des peinlichen Processes, namentlich bei Inrotulation der Acten, Publication der Erkenntnisse, Territion, Tortur, Execution, Ertheilung von sicherm Geleit ꝛc.

Dieser Ausschuß besteht aus dem Ober-Bürgermeister, einem der siedesten Voigte oder ihrer Schöffen, und einem der Deichrichter oder Geschworenen.

2) Der ganze Dreigeschworenen-Rath votirt über peinliche Erkenntnisse, welche das Criminalgericht ohne Verschickung der Acten abgiebt. Indessen pflegt dies nur zu geschehen, wenn zu der Zeit, wo gesprochen werden soll, gerade eine der gewöhnlichen Sitzungen des Landgräfdings einfällt; außer dieser Zeit kann auch der Ausschuß mit den Gräfen die Strafen erkennen.

Das Criminalgericht ist in allen Sachen, welche keine höhere als Gefängniß- oder Pfahlstrafe mit sich bringen, selbst zu erkennen befugt; in schwereren Fällen müssen die Acten verschickt werden. Die alsdann einlaufenden Urtheile müssen vom Landesherrn bestätigt werden.

Die Criminalkosten tragen die Unterthanen (wogegen sie im Gerichte Rübke nur $^2/_3$ und im Gerichte Francop gar nichts dazu beitragen). Jedoch soll in dem der Criminalgerichtsbarkeit mit unterworfenen Altkloster-Bezirke — wo das Amt Altkloster die Civiljurisdiction hat — die Herrschaft diese Kosten tragen. Jeder Gräfe erhält für die ganze Untersuchung, wenn die Acten verschickt werden, 10 Thlr. und der Secretair 5 Thlr., in geringeren Sachen nur die Hälfte. Der Oberbürgermeister bekommt für Beidruckung des Landessiegels bei Inrotulation der Acten 2 Mark, und jedes Mitglied des Ausschusses für jede Sitzung eben so viel. Dem Criminalgerichtsvoigte gebührt für Abhaltung eines Nothgerichts 1 Thlr.

Was die eben erwähnte Freiheit der Gerichtssachen zu Francop von den Criminalkosten betrifft, so ergiebt sich solche klar aus den Reginimal-Acten von 1796 — 1798 in Sachen der Gerichtssassen J. Rüter und Consorten wider die Erb-

richter in pcto. onerum jurisdictionalium, bei den Acten die adelichen Gerichte Altenlandes insgemein betreffend; die Erbrichter machten nämlich im Jahre 1796 den Versuch, die Kosten den Unterthanen aufzubürden, und erschlichen sogar ein Permissiv bei königlicher Regierung. Als aber die Interessenten dawider einkamen und durch rechtskräftige Erkenntnisse des Hofgerichts vom 23. April 1725 und 13. November 1728, so wie des Ober-Appellationsgerichts vom 8. Juni 1737 nachwiesen, daß sie von den Kosten im Wege Rechtens freigesprochen seien, so wurden die Erbrichter unter Aufhebung des Permissives abgewiesen und zur Bezahlung der Kosten angehalten.

Wenn nun dessenungeachtet das Gericht Francop in seinem über die Criminalkosten im Allgemeinen im Jahre 1818 erstatteten Bericht gleichwohl die Behauptung hat aufstellen mögen:

> daß die Unterthanen die Kosten tragen müßten, sich zwar vor geraumen Jahren dagegen aufgelehnt hätten, die Sache aber, weil Nichts entschieden worden, auf sich beruhen geblieben sei,

und diese Angabe sich in den Regierungs-Bericht vom 30. März 1818, welcher dem königlichen Ministerio über die Criminalkosten in den Patrimonialgerichten erstattet worden, eingeschlichen hat, weil jene ältern Acten nicht zur Hand gewesen, so können dadurch die Rechte der Unterthanen doch nicht alterirt werden.

Die in Criminalfällen erkannten Geldstrafen werden der königlichen Cammer berechnet.

§. 11. Von den Deichgerichten.

Deichsachen, sofern sie zur richterlichen Cognition sich eignen, gehören vor das Gräfengericht zu Jork; Exemtionen finden nicht statt.

Der Elbdeich des Altenlandes steht unter der Aufsicht von 17 Deichrichtern mit ihren Geschworenen; es bestehen daher 17 Deichrichterschaften, je 6 in der ersten und dritten und 5 in der zweiten Meile. Jeder Deichrichter in der ersten Meile hat 3 Geschworene, in der zweiten Meile 4 und in

der dritten Meile 3 Geschworene, mit Ausschluß von Neuenfelde, wo dem Deichrichter gleichfalls 4 Geschworene zur Seite stehen.

Dreimal im Jahre werden in jeder Meile besonders zu bestimmten Zeiten sollenne Schauungen gehalten. In der ersten Meile hält solche ein jeder Deichrichter in seinem Districte mit den Geschworenen für sich, in der zweiten und dritten Meile schauen sämmtliche Deichbeamten jeder Meile zusammen; für eine versäumte Schauung muß der Schauungsdistrict den Gräfen eine Strafe erlegen; und da gewöhnlich nur zweimal geschaut wird, so haben die Gräfen bei Angabe ihrer Einkünfte im Jahre 1806 diese Strafen mit 20 Thlr. als einen Theil ihrer regelmäßigen Einkünfte aufgeführt. In der dritten Meile bilden die Deichbeamten ein förmliches Deichgericht, Seeburg genannt, von welchem die nachlässigen Deicher bestraft werden, auch streitige Deichsachen abgethan werden. Die Seeburg wird jährlich am Dinstag nach Galli zu Neuenfelde unter Vorsitz des Gräfen und mit Zuziehung des Secretariats gehalten. Die Deichbeamten werden über Observanz und Herkommen befragt, von den Gräfen aber die Urtheile abgefaßt.

Die Deichbedienten der zwei ersten Meilen haben außer der Bestrafung der Deichwrogen keine weitere Competenz in streitigen Fällen, welche vielmehr an das Gräfengericht verwiesen werden müssen. Die im Jahre 1793 von den Schauungsbeamten aufgestellte Behauptung, daß sie auch solche Verrichtungen an den Deichen, welche vom Gerichte angeordnet seien, bei der öffentlichen Schauung zu verbieten oder wegschauen dürften, ist von königlicher Regierung verworfen.

Die bei den Hauptschauungen dictirten Strafen fallen den Deichbedienten zu. Solche Strafen werden nicht nur gegen nachlässige Deicher erkannt, sondern auch gegen solche, welche es an einer ganz besondern äußern Hochachtung gegen die Schauungsbeamten ermangeln lassen, ihnen nicht weit genug aus dem Wege gehen ꝛc. Diese Strafen werden in continenti durch Pfändung vollzogen, und dies hat früherhin zu Schlägereien, besonders mit dem mit der Einrichtung nicht bekannten Militair, Anlaß gegeben. Bei einer solchen Veranlassung ist von

den Deichbedienten die Behauptung aufgestellt, daß ein Jeder, der ihnen begegne, einen Beitrag zu den Zehrungskosten erlegen müsse, und obgleich dieser Anspruch der königlichen Regierung derzeit zur Kenntniß gekommen, so ist doch derselbe, wenn nicht ausdrücklich gebilligt, doch auch nicht zurückgewiesen.

Jede Meile steht unter einem Ober-Deichrichter; dieser ist für die erste Meile das Gräfengericht zu Jork; in der zweiten und dritten Meile wählen die Deichrichter selbst ihren Ober-Deichrichter, und zwar folgender Gestalt: Jeder Deichrichter wählt aus seinen Geschworenen einen Vorschauer, und diese Vorschauer wählen aus den Deichrichtern einen Ober-Deichrichter, worauf der Ober-Deichrichter aus den Vorschauern einen Ober-Vorschauer erwählt oder kieset.

Die Deichrichter und Deichgeschworenen werden von den Gräfen auf ein Jahr ernannt, wobei jedoch, wie bei den Hauptleuten, der Turnus durch Höbebriefe bestimmt ist. Die Gräfen dürfen aber aus erheblichen, jedoch bei königlicher Regierung zu verantwortenden Gründen von den Höbebriefen abgehen.

Außer den Schauungen der Deichbedienten, halten noch die Gräfen besondere jährliche Schauungen, bei denen sie Strafen dictiren, welche sonst in ihre Casse flossen, jetzt aber bis zur definitiven Festsetzung einer desfallsigen Entschädigung ad depositum genommen werden. Im Jahre 1787 haben die Gräfen Strafprincipien der königlichen Regierung vorgelegt; auch war derzeit im Werke (vergl. Acta die bei der Hauptschauung von 1784 angesetzten Wrogen betr.) von Regierungs wegen darüber ein Regulativ zu erlassen, um den häufigen Beschwerden der Interessenten über zu hohe Strafansätze ein Ende zu machen; man hat aber darüber, wie es scheint, zu keinem Entschlusse kommen können.

§. 12. Allgemeine Bemerkungen über die Verfassung des Altenlandes.

Es ist fast überflüssig, die einzelnen Gebrechen einer Gerichtsverfassung aufzuzählen und zu erörtern, von der es auf den ersten Blick klar ist, daß sie einer ganz andern Zeit

als der gegenwärtigen angehört. Fast alle diese Formen beruhen auf dem Grundsatze der Souverainetät der Volksgemeinde, und daß alles Gesetz und Recht nur von ihr ausgehen kann, ein Grundsatz der nicht erst seit gestern veraltet ist. Wenn daher diese Institutionen, obgleich ihre wesentliche Grundlage schon seit Jahrhunderten zerfallen ist, dennoch aus der Tiefe der germanischen Urzeit bis auf uns heraufgekommen sind, und sich unter dem Wechsel aller Zeiten und Verhältnisse mit beispielloser Beharrlichkeit erhalten haben, nachdem Geist und Leben längst aus ihnen entwichen ist, so können sie zwar für den Geschichtsforscher als wohlconservirtes Exemplar einer sonst überall untergegangenen Form anziehend und lehrreich sein, für den praktischen Gebrauch eignen sie sich nicht mehr, und können die Ansprüche, welche jetzt an Einrichtungen dieser Art gemacht werden, nicht mehr erfüllen.

Die Theilnahme der Unterthanen an der Justizverwaltung äußert sich theils durch das Wahl- und Präsentationsrecht der Gerichtspersonen, theils durch die unmittelbare Mitwirkung bei der Rechtspflege. In beider Hinsicht hat sie zwar einige Aehnlichkeit mit der Patrimonialgerichtsbarkeit, es findet aber der wesentliche Unterschied statt, daß die letztere sich auf die Unfreiheit der Gerichtssassen gründet, und als verkäufliches Privateigenthum aus einer Hand in die andere vererbt und veräußert werden kann, während die erstere freie Eigenthümer voraussetzt, welche ihre Gerechtsame als Corporation auf solche Weise ausüben, daß eine Vermengung und Gleichstellung derselben mit andern Gegenständen des Privateigenthums nicht leicht eintreten kann.

Auf der andern Seite steht aber die directe Theilnahme der Unterthanen an der Justizpflege im grellsten Contrast mit allen bestehenden Einrichtungen. Die aus dem geselligen Verkehr entspringenden Rechtsverhältnisse sind schon ohnehin so verwickelt, daß die Kunst, die Streitigkeiten zu schlichten, schon um deswillen nicht bei jedem vorausgesetzt werden darf; und wenn gleich bei einer gewissen Classe von Streitigkeiten die Principien der Entscheidung den Landleuten geläufiger sind als den gelehrten Richtern, so darf darum doch nicht die ganze Rechtspflege in

ihre Hände gegeben werden; am verkehrtesten ist es, wenn sie gar nur die obere Instanz bilden, mithin die einfachsten Fälle, welche sich für ihre Cognition vorzüglich eignen würden, derselben ganz entzogen werden. Nimmt man noch hiezu, daß in den meisten irgend schwierigen Fällen die Principien eines fremden Rechts in Anwendung kommen, welches die Landleute nicht einmal dem Namen nach kennen, so kann über die Nothwendigkeit neuer zeitgemäßer Einrichtungen kein Zweifel übrig bleiben.

Die siedesten Gerichte, welche nach dem, was unten bei dem siedesten Dösegerichte im Freiburgschen bemerkt ist, vermuthlich die ersten und ältesten Gerichte waren und bestanden, ehe sich die verschiedenen Gemeinden des Altenlandes zu einer Volksgemeinde mit einem gemeinsamen Gerichte vereinigt hatten, stehen mit allen übrigen Einrichtungen in dem innigsten Zusammenhang, und wenn wider die etwaigen verkehrten Urtheile des Landgräfdings, wiewohl mit Kosten, bei den höhern Gerichten Remedur gefunden werden kann, so ist damit freilich der Verschleppung der Justiz und den Machinationen der Chicane noch kein Ziel gesetzt; dies Gebrechen ist aber bei weitem nicht so unverträglich mit aller guten Ordnung als diejenigen, welche die siedeste Gerichtsbarkeit mit sich führt. Es ist actenkundig, und von den siedesten Herren selbst bezeugt, daß das Vormundschaftswesen im Altenlande im äußersten Verfall ist, daß Niemand sich um die Geschäftsführung der Vormünder bekümmert, und die Pupillen oft um das Ihrige betrogen sind. Fast noch gehässiger ist die rein finanzielle Seite, welche die Polizeistrafen durch die Trennung der verschiedenen Arten von Schlägereien erhalten haben. Nach jetzigen Begriffen soll nicht gestraft werden, damit dem Gerichtsherrn sein Geld werde, sondern zur Beförderung der guten Ordnung und des Gemeinwohls. Dieser letzte Zweck, welcher allein dem Strafrechte seine Würde erhält, geht ganz verloren und setzt die Gerichtsbarkeit in die gehässigste Stellung, wenn, wie es so oft und leicht vorkommen kann, derselbe Fall doppelt gestraft wird. Mit einmaliger Bestrafung ist der öffentliche Zweck erreicht; wenn aber ein Unterthan, der, weil er seinen Gegner ins Gesicht

geschlagen, zur Strafe gezogen ist, nun außerdem noch für die gleichzeitig auf dessen Rücken gefallenen Schläge büßen soll, so kann er in dem Gerichtsherrn, der seine Brüche einfordert, keinen Diener und Beförderer der guten Ordnung, sondern nur einen Privatmann erkennen, der seine Gebühr, und gewiß eine sehr gehässige, einfordert.

II.

§. 13. Von der Gerichtsverfassung im Lande Kehdingen.

Die Gerichtsverfassung im Lande Kehdingen ist ungleich einfacher, als die des Altenlandes.

A. Civilgerichtsbarkeit.

Das Land Kehdingen theilt sich in 2 Districte:

Kehdingen-Bützfleth und

Kehdingen-Freiburg,

in welchen im Allgemeinen die nämlichen Einrichtungen statt finden, nur daß sich das Bützflethsche durch die ambulatorischen Gerichte auszeichnet.

In beiden Theilen wird die Justiz von einem königlichen Beamten (dem Gräfen), einem Landessecretair und den Hauptleuten verwaltet.

1) Der Gräfe wird im Freiburgschen abwechselnd von dem Hausmannsstande und vom Adel, von letzterm aus seiner Mitte gewählt, so daß, wenn ein wissenschaftlich gebildeter Mann unter dem freiburgschen Adel sich nicht findet, auch ein unstudirter gewählt werden kann, der sich dann einen der königlichen Regierung präsentirten und von derselben beeidigten rechtskundigen Assistenten hält, welcher die gerichtlichen Handlungen in eigenem Namen besorgt, die Urtheile und Protocolle unterschreibt u. s. w.: eine Begünstigung, welche nur dem Adel zu Theil wird, da die Wahl eines unstudirten Hausmanns die Bestätigung auch alsdann nicht würde erhalten können, wenn der Gewählte einen Assistenten zu halten bereit wäre. Der Gewählte muß vom Könige bestätigt werden. Bei den Wahlen

des Hausmannsstandes concurrirt jeder Eingesessene mit einer Stimme, wenn er 3 reducirte Morgen Land besitzt.

Im Kehding-Bützflethschen wird der Gräfe vom königlichen Ministerio ernannt. Seit etwa 70 Jahren ist die Bedienung des Gräfen beständig dem von königlicher Cammer zu Wischhafen angestellten Amtmann zugleich mit übertragen, weil die Einkünfte des Gräfendienstes damals als zu gering angesehen wurden; die Einwohner haben aber diese Einrichtung von jeher mit Widerwillen angesehen, und verschiedentlich bei eingetretener Vacanz deren Aufhebung aus nicht unerheblichen Gründen nachgesucht. Vorhin residirte der Gräfe in der Mitte des Landes zu Drochtersen.

In neueren Zeiten haben sich die Einkünfte des Gräfendienstes so vermehrt, daß, wenn nicht auf die Reduction oder Abstellung mancher drückenden und unangemessenen Sportelsätze Bedacht genommen werden müßte, in der Unzulänglichkeit des Auskommens kein Grund für die fernere Vereinigung beider Stellen weiter liegen dürfte. Diese Einkünfte sind im Jahre 1804 (vergl. Acta Regim., die Besetzung des Gräfendienstes nach dem Ableben des Gräfen Balk betreffend) von dem Landessecretair Büttner folgendergestalt veranschlagt:

1)	An Gehalt von königlicher Cammer	50	Thlr.	
2)	Hafer- und Friggeld, Rauchhühner und Diäten wegen Deichschauungen	42	"	
3)	Diäten als Quartals-Verschlags-Commissair	16	"	
4)	Revision der Kirchspiels-Rechnungen	10	"	32 Schill.
5)	Sporteln in Civil- und Deichsachen	420	"	— "
6)	desgleichen in criminalibus	40	"	— "
7)	sonstige unbestimmte Einnahme, als: Hebung der Brandcassengelder ꝛc.	30	"	— "
	Summa Cassen-Münze..	608	Thlr.	32 Schill.

Der Gräfe von Zengen hat im Jahre 1806 seine Diensteinkünfte sogar auf 781 Thlr. und seine Einnahme als Amtmann auf 980 Thlr. angeschlagen.

Die Einkünfte des freiburgschen Gräfen betragen nach dessen Angabe vom Jahre 1806:

an Gehalt	113	Thlr.	36 Schill.
nämlich 50 Thlr. von königlicher Cammer und 63 Thlr. 36 Schill., welche bei der Contribution aufgebracht werden.			
Accidenz und Emolumente	444	"	— "
(worunter eine Abgabe von Rauchhühnern aus dem Kirchspiel Oederquart)			
Summa Cassen-Münze ..	557	Thlr.	36 Schill.

und es würde, diese Angabe als richtig vorausgesetzt, an der Möglichkeit der Subsistenz eines freiburgischen Gräfen eher als an der des bützflethschen zu zweifeln sein.

2) Der Landessecretair wird in beiden Landestheilen von den Interessenten beider Stände gewählt und von königlicher Regierung in Stade confirmirt, und zwar in ältern Zeiten nach vorgängigem Tentamen.

Im Freiburgischen wird nach einem Regulative vom 11. Mai 1763 und dessen im Jahre 1783 von königlicher Regierung genehmigten Zusätzen bei der Wahl, welche der Gräfe ausschreibt und leitet, Jeder mit einer Stimme zugelassen, welcher wenigstens 3 reducirte Morgen Landes besitzt, es mag das Land mit einem Hause besetzt sein oder nicht; Frauenzimmer und solche, die durch Krankheit am persönlichen Erscheinen bei der Wahl behindert sind, können durch Bevollmächtigte ihre Stimmen abgeben; Vormünder votiren für ihre Pupillen; ein aus den Heuerlingen der Adelichen gewählter Hauptmann hat ein Votum Amts halber, auch wenn er keine 3 Morgen besitzt. Die von Adel votiren Jeder gleich den übrigen Interessenten.

Der Wahlort ist zu Krummendeich.

Im Bützflethschen wird die Wahl nach ähnlichen Grundsätzen vorgenommen, und ist dabei noch bei Gelegenheit der Wahl des Landessecretairs Büttner im Jahre 1813 mit Genehmigung der Regierungs-Commission verabredet, daß, wer

mehrere alte Höfe, deren jeder wenigstens 3 reducirte Morgen enthält, besitzt, auch mehrere Stimmen führt, sofern diese verschiedenen Höfe bebauet sind.

Der Wahlort ist unter der Ritscher Mühle.

Die Einkünfte des bützflethschen Secretairs sind im Jahre 1806 zu 100 Thlr. Fixum und 688 Thlr. Accidenzien, die des freiburgschen zu 70 Thlr. Fixum und 357 Thlr. Accidenzien angeschlagen. Bei der ersten Angabe ist jedoch zu bemerken, daß der stehende Gehalt nur 50 Thlr. beträgt und die übrigen angegebenen 50 Thlr. dem Secretair Büttner nur ad dies officii beigelegt waren. — Unter den Accidenzien sind auch gewisse Sporteln in Administrativsachen begriffen: für Beeidigung der Hauptleute (welche die Hauptleute aus eigenen Mitteln erlegen müssen), ferner in Inquisitionssachen ꝛc.

Die Secretarien des Kehdingschen unterscheiden sich von denen des Altenlandes durch ihre Eigenschaft als Consulenten des Landes und seiner Vorsteher, deren Organ sie sind. Sie führen nicht nur gegen eine besondere Vergütung die Protocolle in den Landesversammlungen, sondern entwerfen auch die Anträge derselben an die höheren Behörden. Auch haben sie die ihren District betreffende Landes-Registratur in Verwahrung.

3) Die Hauptleute sind theils vom Adel, theils vom Hausmannsstande. Zu Hauptleuten können im Kehdingschen (mit Ausnahme des Fleckens Freiburg) nur solche Personen genommen werden, welche wenigstens 3 reducirte Morgen eigenthümlich oder pachtweise besitzen, dies letztere gilt jedoch nur von den Hauptleuten im Freiburgschen; im Bützflethschen ist eigenthümlicher Landbesitz erforderlich. Ob das Land adelich, frei oder contribuabel ist, darauf kommt es im Freiburgschen nicht an; im Bützflethschen aber kann ein Besitzer adelichen Landes nicht als Hauptmann für den Hausmannsstand gewählt werden: ein Grundsatz, der aber, als der Natur der Sache und den Grundlagen der Verfassung gemäß, auch im Freiburgschen angewandt werden muß.

Ein Hauptmann im Flecken Freiburg braucht nicht Eigenthümer oder Pächter von 3 Morgen zu sein; jeder Flecken-Einwohner ist wahlfähig, sowohl activ als passiv.

Nach den vorhandenen Nachrichten ruhet die adeliche Hauptmannschaft nicht absolut auf den Gütern, vielmehr ist die Hauptmannschaft im Allgemeinen eine Reallast, welche den Grundbesitzern als solchen überhaupt obliegt. Dabei ist nur soviel herkömmlich gewesen, daß immer auch einige vom Adel Hauptleute sein müssen. Ob es daher gleich früherhin gebräuchlich gewesen sein mag, daß statt eines adelichen Hauptmanns immer ein Adelicher und statt eines Hausmanns ein Hausmann gewählt ist, so ist doch, soweit die Nachrichten reichen, hiervon sehr häufig abgewichen, und statt eines abgehenden Hauptmanns vom Adel einer vom Hausmannsstande und umgekehrt erwählt; daher denn eine gewisse Zahl adelicher Hauptleute nie vorhanden gewesen ist, und durch Beefassung und Observanz über ein etwaiges Minimum dieser Anzahl Nichts hat festgestellt werden können.

In ältern Zeiten, wo das adelich freie Grundeigenthum sich ausschließlich in den Händen des Adels befand, waren die adelichen Hauptleute es auch immer dem Stande nach. Es ist dies im Freiburgschen, wo sich eine große Menge adelicher Familien erhalten hat, noch jetzt gewöhnlich. Als durch das Aussterben der Familien, durch Concurse und Veräußerungen viele Güter zersplittert wurden und in andere Hände geriethen, entstanden, da die Hauptmannschaft eine Reallast ist, welche durch den veränderten Stand der Besitzer nicht wegfallen und auf die contribuablen gewälzt werden durfte, adeliche Hauptleute vom Hausmannsstande, welche wegen ihres adelich freien Grundeigenthums zur Uebernahme des Amts verpflichtet sind. Da im Bützflethschen die adelichen Güter bis auf wenige gänzlich zersplittert sind, so ist daselbst der Unterschied zwischen den adelichen und übrigen Hauptmannschaften fast ganz erloschen.

Uebrigens ist es denen vom Adel auch gestattet, für sich einen Substituten zu stellen, wenn die Wahl auf sie fällt.

Jeder Hauptmann ist verpflichtet, seinem Dienste wenigstens 3 Jahre vorzustehen; die vom Adel dürfen erst nach vierjähriger Dienstzeit abdiciren. Ein Hauptmann kann aber, wenn er will, länger als die gesetzte Zeit dienen, und ist dies bei denen vom Adel unbestritten. Unter den Hausleuten ist bestritten, ob ein Hauptmann genöthigt werden könne, seine Dimission zu nehmen; eine

Frage, die von königlicher Regierung, der sie in älteren Zeiten vorgelegt worden, unentschieden gelassen, die aber wohl zu bejahen ist, sofern die Interessenten nämlich, und nicht Einzelne auf die Abdication dringen.

Im Freiburgschen, welches 4 Kirchspiele, Krummendeich, Freiburg, Oederquart und Balje, enthält, werden die Hauptleute bauerschaftsweise angestellt — es sind ihrer 13, für jede Bauerschaft einer —, im Kehding-Bützflethschen für jedes Kirchspiel; es sind deren in den Kirchspielen Bützfleth und Drochtersen für jedes drei, in Assel und Hamelwörden für jedes zwei.

Die Wahl der neuen Hauptleute wird jährlich auf einem auf der Grenze zwischen dem freiburgschen und bützflethschen Districte belegenen Platze, der Schinkel genannt, unter freiem Himmel am Sonntage nach Pfingsten (dem Schinkeltage) vorgenommen, und zwar für das gesammte Land Kehdingen. Es versammeln sich alsdann daselbst Deputirte vom Adel und Hausmannsstande aus beiden Districten, die abgehenden Hauptleute, und aus jedem District der denselben im marschländischen Convente repräsentirende s. g. Landesdeputirte, außerdem so viele Interessenten, als gegenwärtig sein wollen. Jeder abgehende Hauptmann schlägt 3 Personen — vom Adel oder Hausmannsstande, nur müssen sie qualificirt sein — vor, und aus diesen drei Personen wählt der andere District den Hauptmann durch Stimmenmehrheit. Es bestellen daher die bützflethschen Deputirten die neuen Hauptleute im Freiburgschen, und die freiburgschen Deputirten die neuen Hauptleute für den bützflethschen District.

Ist der Gewählte unfähig, so muß der Hauptmann, der ihn vorgeschlagen hat, bis zum nächsten Schinkeltage seinen Dienst fortsetzen. Bei der Wahl führt abwechselnd der freiburgsche und bützflethsche Secretair das Protocoll, und es dürfen auch andere gemeinschaftliche Angelegenheiten beider Districte dabei vorgenommen werden.

Vor dem Schinkeltage hält übrigens der abgehende Hauptmann in seiner Hauptmannschaft eine vorbereitende Versammlung, zu welcher im Freiburgschen alle Interessenten, im Bützflethschen aber nur diejenigen, welche früherhin Hauptleute

gewesen sind, berufen werden. In dieser Versammlung werden die Deputirten zum Schinkeltage ernannt, und über die zu präsentirenden neuen Hauptleute und deren Qualification Berathungen angestellt. Der abgehende Hauptmann darf keine andere Präsentation als die im Einverständniß mit dieser Versammlung beschlossene vornehmen. In dem einzigen Kirchspiele Hamelwörden im Bützflethschen findet eine solche Vorberathung nicht statt.

Die Hauptleute sind Vorsteher, Repräsentanten und Administratoren ihres Districts; sie schreiben Versammlungen der Interessenten aus, veranlagen die Contribution (wobei jedoch die adelichen Hauptleute in Ansehung der s. g. adelichen Rollen über das zu den Gütern gehörige schatzpflichtige Land durch ihren besonders dazu bestellten Einnehmer vertreten werden), nehmen den Einnehmern die Rechnung ab, pfänden die Restanten ꝛc. Landesversammlungen über Angelegenheiten des ganzen Districts, welche für das Freiburgsche zu Krummendeich, für das Bützflethsche abwechselnd zu Assel und Drochtersen gehalten werden, und worin Jeder, der 3 reducirte Morgen eigenthümlich besitzt oder im Freiburgschen in Pacht hat, und im letztern Falle als Hauptmann fungirt (nach niedergelegtem Dienste erlischt das Stimmrecht), zu stimmen berechtigt ist, werden von zwei oder drei Hauptleuten durch den Secretair ausgeschrieben und zusammenberufen. Die Hauptleute können in diesen Versammlungen, wenn sie sich vorher von den Interessenten haben instruiren lassen, auch allein abstimmen, und führt darin der Secretair gegen besondere Remuneration das Protocoll.

Sie haben die Aufsicht über die Polizei, denunciiren Contraventionen, fordern die Strafen ein und müssen dem Gerichte die Fälle zur Kenntniß bringen, wo die Bestellung von Vormündern erforderlich ist; auch werden die Citationen von ihnen besorgt.

An den Gerichtstagen müssen sie Theil nehmen und die Sporteln einheben; im Gerichte haben in allen Sachen ohne Ausnahme verfassungsmäßig die beisitzenden Hauptleute zusammen ein votum curiatum, welches sie in Sachen, bei denen es auf das Herkommen des Landes ankommt, aus eigener Ueberzeugung

abgeben, während sie in andern Sachen sich mit ihrem Consulenten, dem Landessecretair, besprechen können. Der in früherer Zeit von einigen Hauptleuten gemachte Antrag, daß ihnen von dem Gräfen die Acten zur Fassung eines Beschlusses vor dem Gerichtstage mitgetheilt werden möchten, ist von königlicher Regierung verworfen. Auch ist ihnen die in älteren Zeiten ausgeübte Befugniß, für sich Arreste zu verfügen (mit Vorbehalt der Justification vor versammeltem Gerichte) und Versiegelungen vorzunehmen, späterhin von königlicher Regierung aberkannt.

Sie erhalten die Hälfte der Polizeistrafen, welche zur anderen Hälfte der Herrschaft gehören und wovon zuvor die Zehrung am Bruchgerichtstage gestanden werden muß, haben an den Gerichtstagen freie Mahlzeit, und wenn nach Bezahlung der Zeche von den Gerichtssporteln, nachdem die übrigen Gerichtspersonen ihren Theil erhalten haben, noch etwas übrig bleibt, theilen die Hauptleute es unter sich. Auch steht ihnen in beschränkter Maße die Freiheit von gewissen Anlagen — der Landeszehrung, Einquartierung, so wie von Kriegerfuhren — zu; sie genießen die Abzugsgelder; erhalten für Officialreisen außerhalb des Kirchspiels Vergütung, und für die Assistenz bei einem Distractionstermine im Concurse, desgleichen bei Eröffnung eines Testaments jeder 1 Thlr. Die Theilnahme an den Gerichtsgebühren findet indessen nur im Bützflethschen statt, im Freiburgschen wird von den gewöhnlichen Terminsgebühren die Zehrung der Hauptleute bestritten; bleibt etwas übrig, so fließt es dem Gräfen und Secretair zu, welche es unter sich theilen (Gräfenbericht vom 26. Februar 1759, ap. acta die Wahl des Gräfen Eberhardi betreffend).

Uebrigens haben die Hauptleute im Kehdingschen so wenig wie im Altenlande einen ausgedehnteren repräsentativen Charakter, als in Beziehung auf ihre Hauptmannschaft, deren Interessenten sie in allen irgend wichtigen Fällen nicht einmal eigentlich repräsentiren, sondern nur als deren Bevollmächtigte die Anträge und Erklärungen derselben gehörigen Orts vorbringen. Die Wahl eines Deputirten zum marschländischen Convente wird für jeden der beiden Districte in einer Landesversammlung von allen denen, welche 3 reducirte Morgen Landes

eigenthümlich besitzen, vorgenommen. Dabei ist indessen das Verfahren durch ein festes Herkommen so wenig geregelt, daß sogar in neuerer Zeit die Wahl des Landesdeputirten Peter Köser zu einem Processe Veranlassung gegeben hat, weil man nicht wußte, ob er oder sein Mitbewerber, der Einwohner Nagel, gewählt sei.

Die Unterbedienten der kehdingschen Gerichte — wozu in gewisser Hinsicht auch die Hauptleute wegen gewisser obenbemerkter Dienstverrichtungen gehören — sind:

1) die Landgeschworenen. Diese Landgeschworenen sind eigentlich Assessoren der unten zu erwähnenden Deichgerichte. Jede Bauerschaft im Freiburgschen und Bützflethschen stellt zu der Schauung (Deichgerichtsbezirk), wozu sie gehört, eine gewisse Anzahl von Geschworenen, welche von den Interessenten gewählt werden, so daß dem Gräfen oder demjenigen, welcher Präses des Deichgerichts ist, die Auswahl aus zwei Präsentirten, oder im Freiburgschen die Bestätigung des Gewählten zusteht. Das Officium dauert nicht länger als das eines Hauptmanns; es wird aber die Abdankung des Landgeschworenen gewöhnlich erwartet. Eigentlich sollten die Landgeschworenen in Absicht des Landbesitzes gleich den Hauptleuten qualificirt sein. Allein die angesehenen Eingesessenen haben sich der persönlichen Verwaltung des Dienstes in den verschiedenen Districten mit mehrerem oder minderem Glücke zu entziehen gesucht; und es hat sich der Mißbrauch eingeschlichen, daß die eigentlich Pflichtigen das Amt durch geringe Beisassen verwalten lassen; so daß in Drochtersen und Hamelwörden die größeren Hausleute, welche die Reihe trifft, sich jetzt regelmäßig durch Köthner, welche dafür von ihnen gelohnt werden, vertreten lassen.

Die gleichzeitige Verwaltung des Hauptmanns- und Landgeschworenendienstes ist als unverträglich von königlicher Regierung angesehen worden.

Außer ihren Functionen bei den Deichgerichten — wo sie neben der Abgebung der Erkenntnisse alle gewöhnlichen Verrichtungen der Unterbedienten wahrnehmen — haben sie die Urtheile der beiden Gräfengerichte zu vollziehen und namentlich Pfandbefehle zu vollstrecken, wobei sie sich der Hülfe der Gerichtsdiener und Kirchspielsboten bedienen.

Ueber ihr Benehmen bei den Executionen, namentlich wegen rückständiger Contribution, sind bittere Beschwerden geführt worden, wie denn eine im Jahre 1815 erhobene Beschwerde über die hohen Executanten-Gebühren — 16 Schill. für jeden Restanten — eine Berichtserstattung veranlaßte. Es ist aber dieser Bericht vom Gräfengerichte Büßfleth nicht erstattet, jedoch im Januar 1822 darauf angetragen worden, das Geschäft den Landgeschworenen abzunehmen, und anderen umsomehr zu übertragen, da die Verantwortlichkeit des Gerichts compromittirt würde, wenn die Execution auf große Summen von geringen nicht zahlfähigen Personen verrichtet werde. Uebrigens hatten in alten Zeiten die Landgeschworenen in ihrer Bauerschaft ein Göding zu halten, wie es noch jetzt dem siedesten Voigt im Altenlande zusteht. Auf diesem Göding wurden die angemeldeten Wunden untersucht, die Sache zur Entscheidung des Bottings vorbereitet, die Brüche, welche von dem Erzbischof auf dem Botting anzusetzen und zu heben waren, dahin ausgesetzt, andere aber (vermuthlich die nämlichen, welche im Altenlande dem siedesten Herrn gehören), die dem Lande zukamen, sogleich angesetzt und abgehandelt. Auf dem erzbischöflichen Botting waren sie die Findungsleute, welche die Urtheile einbrachten; innerhalb ihrer Bauerschaft werden sie gleich den siedesten Voigten auch über echtes Eigenthum erkannt haben.

Diese Functionen der Landgeschworenen sind, seitdem alle Brüche zwischen der Herrschaft und dem Lande getheilt werden und die Gerichtsverfassung eine andere Gestalt erhalten hat, bis auf die ihnen noch jetzt zustehende Vollziehung der Pfändungen antiquirt. Das Assessorat der Hauptleute bei den Gräfengerichten und der denselben beigelegte Genuß der Hälfte der Bruchstrafen beweisen, daß die richterlichen Functionen der Landgeschworenen, außer in Deichsachen, später mit dem Hauptmannsamte vereinigt sind; sowie im Altenlande (vgl. Pufendorf IV. App. pag. 49 und pag. 54 §. 29.) nach 1517 den vorhandenen Hauptleuten nicht nur die Geschäfte, sondern auch der Name von Landgeschworenen beigelegt worden, was sich indeß insofern nicht erhalten hat, als die Benennung der Hauptleute geblieben und die Bruchsachen und das Erkenntniß über echtes Eigenthum

den fiedesten Voigten gelassen sind, und von diesen und ihren Schöffen durch das Assessorat beim Botting ausgeübt worden ist.

2) Ein Gerichtsdiener und Schließer ist für das Gericht Freiburg und für den bützflethschen District zu Assel angestellt. Beide haben eine eigene Dienstwohnung; der Gehalt des ersteren beträgt 30, der des letzteren 40 Thlr. und wird aus der Landes-Zehrungscasse bezahlt. Sie werden von den Landesversammlungen auf Lebenszeit gewählt, und verrichten, mit Ausnahme der Pfändungen, wobei sie den Geschworenen nur assistiren, die gewöhnlichen Geschäfte der Unterbedienten. Einen ähnlichen Geschäftskreis haben

3) die Kirchspielsboten, welche ein Fixum von 12 Thlr. genießen und gleichfalls von den Interessenten auf Lebenszeit angenommen werden, und insonderheit im bützflethschen Theile die Citationen insinuiren müssen.

Auch die Unterbedienten erhalten an den Gerichtstagen freie Beköstigung.

§. 14. Die Rechtspflege.

Die Justiz wird nach gemeinem Rechte verwaltet, indessen existiren besondere Gewohnheitsrechte, welche jedoch nicht in authentischer Form gesammelt und publicirt sind. Die Untergerichts-Ordnung ist auch für die kehdingschen Gerichte verbindlich, wird aber in Ansehung der Gerichtstage und der sonstigen mit der ambulirenden Justiz nicht verträglichen Bestimmungen im bützflethschen Theile nicht befolgt.

Vordem, und noch im Jahre 1662 (Pufendorf I. App. pag. 143), gab es für das ganze Land Kehdingen nur ein Gericht, wenn gleich jeder District seinen eigenen Gräfen und Secretair hatte, sowie auch im Altenlande früherhin (Pufendorf IV. App. pag. 49) der eine Gräfe für den District diesseit und der andere jenseit der Lühe bestellt war, ohne daß dort darum 2 Gerichte entstanden wären. Gerichtstage wurden, nach einer damals bei allen Gerichten im Lande geltenden Regel, höchstens jährlich einmal gehalten, und zwar in dem Kirchthurme zu Hamelwörden. Diesen Gerichtstag setzten die Gräfen an und hielten mit den Hauptleuten auf demselben Landgericht, bei welchem auch die Wrogen angesetzt,

Bediente beeidigt wurden ꝛc. (vgl. die Acten betr. die Bestallung des Secret. Vagts im freiburgschen Theile).

Es ist daher sehr unrichtig, wenn der bützflethsche District die Anträge auf Reform und Vereinigung der Kirchspielsgerichte späterhin unter dem Vorwande hat zurückweisen wollen, daß dadurch die althergebrachte Verfassung verändert werde.

Uebrigens wird in allen Verhandlungen die Ansicht aufgestellt und anerkannt, daß die Gerichte halb dem Könige, halb dem Lande gehören, und daß Ersterer seinen Antheil am Gerichte durch den Gräfen, letzteres durch die Hauptleute ausübt. Es wird auch wohl dem Adel $^1/_4$ der Gerichtsbarkeit zugeschrieben, insofern — was jedoch nicht genau zutrifft — angenommen ist, daß die Hälfte der Hauptleute vom Adelstande sei. Wenn man alle Gerichte, die nicht von der Herrschaft allein besetzt werden, Patrimonialgerichte nennen will, so paßt der Ausdruck auch auf die kehdingschen Gerichte, wenigstens auf den Antheil der Hauptleute, und so ist auch nach dem vor etwa 40 Jahren gemachten Versuche, eine Vereinigung der 4 bützflethschen Kirchspielsgerichte, mit Einwilligung der Interessenten, zu Stande zu bringen, jedes dieser 4 Gerichte ein besonderes Patrimonialgericht genannt; nach dem bisherigen juristischen Sprachgebrauche aber ist die Gerichtsbarkeit eine Gemeinde-Jurisdiction, welche sich dadurch von der Patrimonialgerichtsbarkeit wesentlich unterscheidet, daß sie nicht Zubehör eines Grundstücks, sondern Eigenthum einer moralischen Person ist, und nicht auf der Hörigkeit, sondern auf der persönlichen Freiheit der Gemeindeglieder beruht.

Die Gerichtsverfassung im Kehding-Freiburgschen und Bützflethschen ist verschieden und daher jede besonders zu erwähnen.

§. 15. a. Das Gräfengericht Kehdingen-Freiburg.

Die Verfassung dieses Gerichts ist ganz einfach und der der übrigen Untergerichte ähnlich. Das Gericht wird an ordentlichen Gerichtstagen im Flecken Freiburg, und zwar in einem besonderen dazu erbauten Gerichtshause, woselbst auch die Registratur und die Depositа aufbewahrt werden, gehalten.

Die Hauptleute aus den entfernteren Bauerschaften müssen im Sommer, die aus den näheren im Winter bei den Gerichtssitzungen gegenwärtig sein, es mögen dieselben Handlungen der streitigen oder nichtstreitigen Gerichtsbarkeit zum Gegenstande haben; namentlich ist ein ohne ihre Zuziehung aufgenommenes Testament nicht gültig.

Von den Terminsgebühren, welche für jeden Theil 32 Schill. betragen, werden an den Gerichtstagen die Zehrungskosten bestritten; was übrig bleibt, theilen Gräfe und Secretair unter sich. Diesen fallen auch alle übrigen Gerichtsgebühren zu, unter denen sich folgende auffallende Sätze befinden:

1) pro termino in Vormundschaftssachen
   dem Gräfen..... 3 Thlr.,
   dem Secretair..... 2 Thlr.
2) für eine Auspfändung eben so viel,
3) für jeden Concurstermin desgleichen.

Alle sonstigen Sporteln werden unter beiden Gerichtspersonen so getheilt, daß der Gräfe $^2/_3$ und der Secretair $^1/_3$ erhält.

Die Mandatsgebühren, welche 8 Schill. betragen, werden gleich getheilt.

Die oben benannten Terminsgebühren von bzw. 3 und 2 Thlr. sind das Drei- und Vierfache von dem, was die Polizei-Ordnung (pag. 1074) zubilligt.

§. 16. b. Das Gräfengericht Kehdingen-Bützfleth.

Dies Gericht erstreckte sich ehedem über den ganzen bützflethschen District incl. des Amts Wischhafen; als aber der Landestheil, welchen dies Amt einnimmt, und der vorhin aus 3 Bauerschaften bestand, im Jahre 1717 von den Fluthen verschlungen wurde und den Einwohnern die Kräfte zur Wiederherstellung der Deiche fehlten, wurde dieselbe von königlicher Kammer, gegen Abtretung des Landes, unternommen, worauf aus dem wieder eingedeichten Districte, den Elbinseln und der vorhin der Herrschaft ausschließlich untergebenen Bauerschaft Schölisch ein eigenes Domaine-Amt gebildet

wurde, welches mit dem Lande Kehdingen in keiner weitern Verbindung steht.

Die Gerichtsbarkeit wird in jedem der 4 Kirchspiele

Drochtersen,
Assel,
Bützfleth und
Hamelwörden

besonders verwaltet. Wenn ein Gerichtstag angesetzt ist — was nicht regelmäßig geschieht, sondern nur wenn so viele Termine bevorstehen, daß die Zehrungskosten gedeckt werden können — so begeben sich die Gerichtspersonen nach der Landesherberge des betreffenden Kirchspiels, in welcher sich die Registratur und der Depositenkasten befinden. Der Besitzer der Landesherberge genießt für den Gebrauch des Locals die Freiheit von den Gefangenenwachen und andere Vergünstigungen.

In jedem Gerichte müssen die Hauptleute des Kirchspiels, wo es gehalten wird, gegenwärtig sein, erhalten aber freie Zehrung, wozu eine gewisse Quote von jedem Sportelsatz bestimmt ist; schießt davon, nach bestrittener Zeche, etwas über, so theilen es die Hauptleute unter sich.

So werden z. B. pro termino von jedem Theile 44 Schill. bezahlt; hiervon erhält der Gräfe 36 Schill., der Secretair 16 Schill., der Kirchspielsbote 4 Schill. und zur Zehrung werden 32 Schill. verwandt.

Bei Distractionen in Concursen und Eröffnungen von Testamenten bekommt jeder Hauptmann 1 Thlr.. Es ist schon in älteren Zeiten häufig darüber geklagt, daß, wenn ein Concurs ausbreche, die ganze Masse zur Bestreitung der Gerichtskosten gewöhnlich verwandt werde.

Für ein Urtheil muß jede Partei die exorbitante Gebühr von 4 Mark bezahlen.

In Kirchspielen, wo selten viele Processe auf einmal vorkommen, wird nicht häufig Gericht gehalten; in eiligen Sachen muß die Partei, welche einen außerordentlichen Termin veranlaßt, für das ganze Gerichtspersonal die Zeche bezahlen.

In älteren Zeiten, wo gar keine Sporteln bezahlt wurden, weil man keine Lohnrichter kannte, sondern die Gemeinde sich

durch ihre unbezahlten Schöffen selbst Recht sprach, wo statt nach unbekannten, fremden Rechts- und Proceßnormen die einfachen Rechtshändel nach einfachen in dem Gedächtnisse jedes Gemeindegliedes gegenwärtigen Gewohnheitsrechten, dem gesunden Verstande und der Billigkeit an einem Tage geschlichtet wurden, wo der Processe so wenig waren, daß ein Gerichtstag im Jahre hinreichte, um alle Processe im ganzen Lande Kehdingen abzuthun — da war die Speisung der Gerichtspersonen eine eben so unbedeutende Last, als sie jetzt unter ganz anderen Verhältnissen drückend ist, und eine Steigerung der Sporteln über alle billige Verhältnisse hinaus mit veranlaßt hat. Die Gerichtsmahlzeiten beruhen daher gegenwärtig zwar allerdings auf einem althergebrachten Gebrauche, der aber jetzt weder löblich noch auch wohlhergebracht, vielmehr von dem Augenblick an als ein Mißbrauch anzusehen ist, wo man ihn hätte abschaffen müssen, weil er zu der veränderten Form der Rechtspflege sich nicht mehr schickte und die factischen Umstände, welche seine Zweckmäßigkeit bedingten, nicht mehr vorhanden waren.

§. 16. B. **Polizeijurisdiction.**

Es wird in jedem Districte des Kehdingschen höchstens jährlich einmal Bruchgericht von Gräfen und Hauptleuten gehalten, wo die von letzteren angemeldeten Wrogen untersucht und entschieden werden. Von den Strafen erhält die Herrschaft die Hälfte, die andere Hälfte theilen die Hauptleute nach Abzug der Zehrungskosten unter sich.

§. 18. C. **Criminalrechtspflege.**

Auch die peinliche Rechtspflege wird von den Gräfen und Hauptleuten verwaltet. Die Gerichtsbarkeit erstreckt sich auch über die adelichen Höfe, und finden dabei die Formen des accusatorischen Processes statt, so daß einem Advocaten das Fiscalamt übertragen wird. Die Kosten bezahlt das Land.

1) Gericht Freiburg.

In dem zu Freiburg befindlichen Gerichtshause werden in den vorhandenen Gefängnissen die Inquisiten aufbewahrt und die Verhöre gehalten. Ueber die Wachen, welche vom

Districte gestellt werden und wovon die adelichen Güter frei sind, hat der Gerichtsdiener zu Freiburg die Aufsicht. Bei den Verhören muß außer dem Gräfen und Secretair ein Hauptmann zugegen sein, welcher auf Kosten des Landes freie Zeche hat. In leichteren Fällen kann das Gericht selbst erkennen, in irgend erheblichen aber muß es nach der Criminalinstruction die Acten an eine Juristenfacultät verschicken; von den Urtheilen findet Appellation an das königliche Hofgericht und von diesem an das Tribunal statt; eine landesherrliche Bestätigung der Erkenntnisse ist nicht erforderlich.

Die Criminalkosten, deren mittlerer Betrag in der Anlage eines Regierungsberichts vom 29. Januar 1817 an das königliche Ministerium über die Criminalkosten der Provinz Bremen auf etwa 500 Thlr. jährlich angeschlagen ist, werden nach dem Landeszehrungsfuße aufgebracht.

Nach diesem Fuße, welcher theils auf dem Grundbesitze, theils auf einer Vermögensabschätzung oder Satung beruht, tragen sowohl Exemte als Pflichtige bei.

Die Inquisitionskosten bestehen, außer den gewöhnlichen Ausgaben an Atzungskosten ꝛc., theils in den Zehrungskosten der Hauptleute, theils in den Gebühren der Gerichtspersonen. Für eine Inquisition erhält der Gräfe 6 — 10 Thlr., der Secretair 4 — 8 Thlr., eine Einnahme, welche von dem bützflethschen Secretair 1806 zu 90 Thlr. angeschlagen ist. Außerdem erhalten die Hauptleute beim Transport der Inquisiten und sonst bei Geschäften außerhalb des Districts Diäten.

§. 19.

2) Gräfengericht Kehdingen-Bützfleth.

Auch hier findet, wie in Civilsachen, eine ambulatorische Rechtspflege statt, und in jedem Kirchspiele wird ein besonderes Criminalgericht gehalten, und zwar in dem Kirchspiele, wo die That verübt ist. Die Gerichtsstelle ist die Landesherberge des Kirchspiels, wo der Inquisit in einem besondern Zimmer bewacht wird. Die Wachen werden von den Köthnern zu Drochtersen unentgeltlich geleistet. Die Bewachung steht unter Aufsicht der Hauptleute und Kirchspielsboten.

Als im Jahre 1794 bei dem Wirthe Jahncke die Landesherberge genommen wurde, verpflichtete sich dieser darüber, ordentliche, feste und heizbare Gefängnisse zu bauen. Indessen sind die Beschwerden über die schlechten Sicherungsmittel der Gefangenen allgemein. Der Schließer, welcher zu Assel wohnt, erscheint, wenn in einem andern Kirchspiele sich ein Inquisit befindet, nur bei den Verhören.

Bei summarischen Verhören ist die Gegenwart eines Hauptmanns aus dem betreffenden Kirchspiele hinreichend; bei Verhören in der Special-Inquisition und bei anderen wichtigen Handlungen des peinlichen Processes muß ein Hauptmann aus jedem Kirchspiele gegenwärtig sein.

Der worthaltende Landgeschworene aus der zweiten Schauung (vgl. unten bei den Deichgerichten) muß als Schöffe bei der Hegung des peinlichen Halsgerichts gebraucht werden. Uebrigens ist die Competenz die nämliche wie in Freiburg, und bedürfen die in erheblichen Fällen von einer Facultät eingeholten Erkenntnisse keiner landesherrlichen Bestätigung; es findet auch, wie dort, eine Appellation statt.

Die Hauptleute erhalten bei ihrer Anwesenheit im Gerichte freie Zehrung und Diäten für die Officialreisen außerhalb ihres Kirchspiels; für jede Sitzung erhält der Gräfe 5 Mark und der Secretair 3 Mark nebst Defrayirung für sich und Pferde.

Außerdem werden Copialien; aber keine Sporteln gutgethan.

Die Kosten werden über den ganzen District repartirt, die Hälfte tragen die Exemten und die andere Hälfte die contribuablen Eingesessenen. Die Concurrenz der Kirchspiele ist so regulirt, daß Hamelwörden davon $^3/_{24}$ und jedes der 3 übrigen Kirchspiele $^7/_{24}$ trägt.

In dem oben (bei Freiburg) erwähnten Regierungsberichte vom 29. Januar 1817 ist nach dem Anschlage des Gerichts Kehdingen-Bützfleth der mittlere Belauf der jährlichen Criminalkosten zu etwa 500 Thlr., wie in Freiburg, angenommen. Die Zehrungskosten mögen nach einem ungefähren, bei der Ungenauigkeit der vorliegenden Rechnungen nicht mit Zuverlässigkeit zu machenden Ueberschlage zu $^1/_9$ aller Kosten anzusetzen sein. Es wird für die Person gewöhnlich 1 Thlr. an Zehrungs-

kosten gerechnet, wozu noch das Pferdefutter kommt. Nach den Rechnungen von 1791, 1795, 1798 hat jeder Termin an Zehrungskosten 6, 7 bis 9 Thlr. gekostet. Es ist aber weit mehr als $^1/_9$ der sämmtlichen Kosten der ambulirenden Justiz zur Last zu rechnen, da durch dieselbe ein rascher Gang der Untersuchung so gut wie unmöglich gemacht, und der Aufwand für die Verpflegung der Inquisiten ꝛc. zu einer ungebührlichen Höhe getrieben wird.

§. 20. Bemerkung über die Justizverfassung im kehdingen-bützflethschen Distrikt.

Als im Jahre 1783 der Mangel eines Gefängnisses im Amte Wischhafen zur Sprache kam, wurde der Versuch gemacht, die Eingesessenen im Kehdingen-Bützflethschen zu einem Beitrage zu den Kosten eines solchen Gefängnißhauses zu bewegen. Dagegen sollten auch die Arrestanten aus dem Bützflethschen darin aufgenommen und die Inquisitionen zu Wischhafen vom Gräfen und den dahin zu berufenden Hauptleuten geführt werden. Die Interessenten lehnten indessen dies Ansinnen ab, und königliche Kammer fand es nicht räthlich, für das kleine Amt Wischhafen allein ein besonderes Gefangenhaus zu errichten.

Bei diesen Verhandlungen wurde den Interessenten der Vorschlag gemacht, die ambulatorische Justiz ganz einzustellen und ein eigenes Gerichtshaus zu Drochtersen zu miethen oder zu bauen, in welchem für alle 4 Kirchspiele Gericht gehalten werden könne. Schon im Jahre 1738 war von königlicher Regierung ein Versuch gemacht, das Land zur Abschaffung dieser drückenden Einrichtung in Güte zu bewegen, derselbe aber durch den Widerstand der Repräsentanten vereitelt. Die Interessenten lehnten es auch jetzt ab, und zwar weil die Neuerung ihren Gerechtsamen zuwider sei, zu viele Kosten verursache und den Entfernteren den Zugang zum Gerichte erschwere. Das königliche Ministerium hielt es hiernach bedenklich, eine bessere Einrichtung der Justiz wider den Willen der Interessenten und auf die Gefahr, mit ihnen in Proceß zu gerathen, von Regierungswegen einzuführen, wie es die Absicht der hiesigen Regierung

war, welche des Erachtens war, daß, wenn die neue Einrichtung einige Jahre bestanden hätte, das Publicum damit sehr zufrieden sein würde, und daß, wenn vorläufig ein Gerichtshaus gemiethet werde, binnen kurzem die Interessenten den Bau nicht nur eines Gerichtshauses, sondern auch eines Gefängnisses zu Drochtersen genehmigen würden. Uebrigens entschloß sich königliche Kammer auf die Vorstellung königlicher Regierung, zufolge Schreibens vom 7. Januar 1793, zu Wischhafen ein Gefangenhaus aus eigenen Mitteln bauen zu lassen, welches aber nicht zur Ausführung gekommen ist.

Die Sache blieb solchergestalt liegen und ist in neuerer Zeit zuerst bei der provisorischen Ständeversammlung wieder in Anregung gekommen. Die ständische Justiz-Commission hat sich auf eine ausführliche Widerlegung der von den Interessenten gemachten Einwendungen eingelassen. Es ist nicht wohl denkbar, daß die Interessenten selbst jene Einwendungen je sollten für erheblich gehalten haben, und in ihnen liegt gewiß nicht der Grund, weshalb die neue Einrichtung abgelehnt wurde. Dieser Grund dürfte vielmehr in dem natürlichen Widerwillen zu suchen sein, welcher sich da, wo sich die Idee eines höheren, durch die geselligen Einrichtungen zu erreichenden Zweckes verloren hat, gegen jede neue Einrichtung auflehnt, welche auf dem Grundsatze beruht, daß eine Verhandlung der Geschäfte in wohlhergebrachten Formen und nach löblichen Gewohnheiten sehr wenig werth sei, wenn nicht zugleich etwas Löbliches gethan und ein löblicher Zweck wirklich erreicht wird. Und da dieser Widerwille bei denen gerade am stärksten sein muß, welche sich bisher in den alten Formen bewegt haben, unbekümmert, ob der Zweck, um dessentwillen sie ursprünglich eingeführt waren, auch erreicht werde, und denen es unbequem ist, daß die neuen Einrichtungen, welche sich nur durch ihre Zweckmäßigkeit, nicht durch ihr Alterthum und ihre bloße Existenz geltend machen wollen, eine geistvolle und lebendige Wirksamkeit von ihnen verlangen und voraussetzen — so konnte nichts Anderes erwartet werden, als daß die Vorsteher ihren ganzen Einfluß aufbieten würden, um jede günstige Aeußerung für die Reform zu unterdrücken.

§. 21. D. Patrimonialgerichte.

Der kehdingsche Distrikt enthält eine große Menge von adelichen Gütern, von denen aber, besonders im bützflethschen Theile, gegenwärtig die meisten zerstückelt oder in die Hände des Hausmannsstandes und anderer nicht zum Adel gehöriger Personen übergegangen sind.

Jedes dieser Güter hat die Gerichtsbarkeit und das Recht der Polizeistrafen über die auf seinen Gründen wohnenden Pächter und Meierleute hergebracht. Keines dieser Gutsgerichte befaßt daher ein Dorf oder einen gewissen Bezirk, sondern es beschränkt sich auf die demselben unterworfenen zerstreut liegenden Pächter und Einwohner.

Hieraus ist denn eine große Menge von besonderen Gerichtsbarkeiten und eine noch größere Menge canzleisässiger Hausleute entstanden, welche Pertinenzien von distrahirten Gütern an sich gebracht und mit besonderen Häusern besetzt haben. Das Gericht Freiburg zählt in einem Berichte vom 17. Febr. 1815 über 80 verschiedene Gerichtsbarkeiten auf, von denen mehr als 30 zu unbebauten Plätzen gehören. Die bedeutenderen und noch in den Händen des Adels befindlichen Güter — welche auch auf die Wiederherstellung ihrer Jurisdiction angetragen haben — sind im freiburgschen Distrikt: Rutenstein, Neuensteden, Stellenfleth, Esch, Laak, Camp, Oerichsheil, Eggerkamp, Ritterhof, Wechtern, Ovelgönne, Balje, Rittershausen, Rosenkranz, Faulenhof, Altenwisch, Hörne, Kückenbüttel, Ziegelhof, Döse, Bruchhof, Seeburg, Gehren, Sietwende.

Von den übrigen, welche sich sämmtlich in bürgerlichen Händen befinden, führen die wenigsten noch besondere Namen.

Das Gericht Kehdingen-Bützfleth zählt an Patrimonialgerichten dieser Art

1) im Kirchspiel Hamelwörden 12, von denen dem Adel außer Hollenwisch (v. Lütcken) keines mehr gehört;
2) in Drochtersen 32, wovon dem Adel Nindorf, Drochtersen und Aschhorn zusteht;
3) in Assel 6, wovon Deichhörne in den Händen des Adels ist;
4) in Bützfleth 14, wovon dem Adel noch Groverort und Schöliſch zustehen.

Es ſind daher in Allem 64 Gerichtsbarkeiten; die wenigſten haben beſondere Namen, wie Hollenwiſch, Altendorf, Bruchhauſen und Wolfsbruch in Hamelwörden; Dornbuſch, Rindorf, Theisbrügge, Aſchhorn, Camphof, Gauenſiek, Hohenblöcken in Drochterſen; Deichhörne, Ritſch, Weethe, Depenbeck in Aſſel; Groverort, Götzdorf, Schöliſch, Hörne, Brockloſenboſtel in Bützfleth.

Ueber die Sporteln bei den Patrimonialgerichten findet ſich keine Nachricht; es iſt wohl nicht zu zweifeln, daß die Gräfen und Secretaire, welche ſie gewöhnlich verwaltet haben, die Sporteltaxe des ordentlichen Gerichts beobachtet haben.

§. 22. Die Juratengerichte,

welche im ganzen Kehdingſchen ſtattfinden, werden von dem Prediger und den Juraten gehalten. Ihre Competenz erſtreckt ſich über alle auf Kirchengründen anſäſſige Meier und alle auf ſolchen Gründen vorkommende Wrogenfälle, auch über Streitigkeiten in Betreff der Kirchenſtühle, Begräbniſſe ꝛc. Ein ſolches Gericht hat die Kirche zu Hamelwörden, Drochterſen, Aſſel und Bützfleth; im freiburgſchen Diſtrict die Kirche zu Freiburg über 1 Stelle zu Allwörden, 55 zu Freiburg, 5 zu Stellenfleth, 5 zu Oſterwechtern und 4 zu Oederquart; Krummendeich über 3 Stellen zu Oſterwechtern, wo die Patrone das Gericht ausüben; Balje über 9 Stellen in der Bauerſchaft Eggerkamp, 5 in Rittershauſen, 15 in Faulenhofe, 6 in Balje; Oederquart über 31 Stellen in Klinten.

Die Kirche zu Krautſand hat gleichfalls Jurisdiction über einige Hinterſaſſen im Kirchſpiel Drochterſen.

Von dieſen Juratengerichten hat ſich nur das zu Freiburg vorſchriftsmäßig gemeldet.

Die in deſſen Vorſtellung enthaltene Angabe, daß die Aufhebung des Gerichts für das Kirchſpiel den Verluſt der Sporteln nach ſich ziehen werde, widerſtreitet den über die Verwaltung der Juratengerichte vorhandenen ſonſtigen Nachrichten. Nach ſelbigen ſind die Sporteln den Gerichtsperſonen ſelbſt zu gefloſſen und in den meiſten Fällen zur Bezahlung eines der Rechte kundigen Conſulenten verwandt, daher jene Angabe nicht von den

Sporteln, ſondern von den den Kirchen zufließenden Strafen wird verſtanden werden müſſen. In Anſehung der Sporteln gilt, was oben bei den Patrimonialgerichten bemerkt iſt.

Das Gericht Depenbeck,

im Kirchſpiele Aſſel, gehört dem Gewerbe der Wandſchneider in Stade, wird von dem daſigen Magiſtrat nach der ſtädtiſchen Proceßordnung und Statuten verwaltet und begreift das Dorf Depenbeck und einen Diſtrict im brunshauſer Außendeich.

Die Fortdauer dieſes Gerichts iſt der Gegenſtand einer beſonderen in der ſtadiſchen Organiſationsſache geführten Verhandlung.

Außer den erwähnten ſind keine Patrimonialgerichte im Kehdingſchen vorhanden.

§. 23. E. Deichgerichte.

Die Deichgerichtsbarkeit iſt mit der Deichaufſicht in der Regel verbunden, und wird beides zuſammen unter dem Namen Schauung begriffen, welcher übrigens auch den dem Deichgerichte unterworfenen Bezirk bezeichnet.

Die Schauungen ſind folgende:

a. im bützflethſchen Diſtricte:

1) Die erſte oder herrſchaftliche Schauung enthält die Bauerſchaften Ritſch (im Kirchſpiel Aſſel), Gauenſiek, Mühlenhafen, Theisbrügge, Nindorf oder Domfleth und Dornbuſch (Kirchſpiel Drochterſen) und das Kirchſpiel Hamelwörden. Zu letzterem gehörten auch die jetzt für ſich beſtehenden und ausſchließlich von königlicher Cammer reſſortirenden Bauerſchaften des Amts Wiſchhafen nämlich Wiſchhafen, Galgenhafen und ein Theil von Wolfsbruch.

2) Die zweite Schauung, — welche jetzt auch eine herrſchaftliche iſt, die aber vordem von denen von Brümmer zu Lehn getragen wurde, denen ſie königliche Cammer 1766 abkaufte — enthält die Bauerſchaften Aſſel und Wenthe, Barnkrug, Abbenfleth, Fleth, Bützfleth, Götzdorf, Hörne und Schölifch. Letztgedachte Bauerſchaft ſteht, wie oben bemerkt worden, ſonſt in Civilſachen unter dem Amte Wiſchhafen und nicht unter dem Kirchſpielsgerichte.

Diese Schauung erstreckt sich auch über den Steindamm vor dem Schifferthore zu Stade bis an den Siechenhof.

b. Im freiburgschen Districte:

1) Die sächsische Schauung oder das sächsische Deichgericht in den Kirchspielen Freiburg (mit Ausschluß des Fleckens) und Krummendeich, womit der Drost v. d. Decken zu Neuhaus wegen des Guts Stellenfleth belehnt ist. Das Gericht erstreckt sich über die genannten Kirchspiele.

2) Die Schauung des herrschaftlichen Dösegerichts. Die derselben untergebenen Elbdeiche liegen vermischt unter denen der sächsischen Schauung. Beide werden dadurch kenntlich gemacht, daß die der einen untergebenen Deichtheile die Nummerpfähle binnendeichs, die der anderen, selbige außendeichs stehen haben. Die Deichpflichtigen wohnen in Hollerdeich und Döse. Die Competenz des Deichgerichts erstreckt sich über das Kirchspiel Oederquart, mit Ausnahme des Bruchdistricts und der bentwischer Bauerschaft.

3) Die herrschaftliche Schauung des Fleckens Freiburg. Letzterer ist der s. g. hohe maljer Deich oder die hörner Sielwende untergeben, soweit sie von den krummendeicher Einwohnern unterhalten werden muß; desgleichen ein Theil des s. g. Süderdeichs im Kirchspiel Krummendeich.

4) Das Deichgericht im Kirchspiel Balje, womit die v. d. Decken (jetzt — 1822 — der Drost v. d. Decken zu Balje) belehnt sind. Die Schauung geht bis an den hohen maljer Kajedeich, das Gericht erstreckt sich über das ganze Kirchspiel Balje.

Außerdem giebt es noch einige s. g. Interessentenschauungen, welche unter keinem Gräfen stehen, namentlich die Schauung über den der Schauung № 3 nicht untergebenen Theil der hörner Sielwende, welche durch 4 Geschworene, die von den Interessenten gewählt werden, besorgt wird.

Diese Interessentenschauungen haben aber keine Cognition in streitigen Fällen.

Die Grenzen dieser verschiedenen Deichgerichte lassen sich nicht genau angeben, sind auch nicht allenthalben unbestritten, namentlich in solchen Streitsachen, die nicht auf eine gewisse Deichstrecke unmittelbar sich beziehen, und wobei es darauf an-

kommt, zu welchem Districte oder Deichacht gewisse Grundstücke zu rechnen seien. Auch hat insonderheit das Gut Bruchhof noch im Jahre 1807 über eine angebliche Exemtion vor dem Dösegerichte Streit erhoben, welcher derzeit zu keiner Entscheidung gekommen ist. Gegenwärtig (1822) ist wieder die Jurisdiction über den Defensionsdeich, welcher die Grenze des Amts Wischhafen bildet und den Kirchspielen Bützfleth, Assel und Drochtersen gehört, als eine bisher herrenlose, von dem Landessecretair Flügge Namens dieser Kirchspiele bei hiesiger Regierung in Anspruch genommen. Es ist daher, wenn diese Deichgerichte beibehalten werden, nothwendig, daß die Grenzen an Ort und Stelle aufgenommen, von Regierungswegen durch eine durchgreifende Bestimmung, allenfalls mit Vorbehalt der rechtlichen Erörterung für den, welcher eine andere Grenze prätendirt, festgelegt und in eine Zeichnung gebracht werden. Ohnedem ist eine deutliche Uebersicht der geographischen Competenzgrenzen und eine gründliche Beseitigung aller künftigen Jurisdictionszwistigkeiten nicht zu erhalten.

§. 24. Die Competenz der Deichgerichte.

Was nun die Competenz der Deichgerichte betrifft, so ist dieselbe nach dem Herkommen und den ausdrücklichen Bestimmungen der Deichordnung vom 29. Juli 1743 durch keinerlei Exemtion beschränkt, erstreckt sich über Adel und Geistlichkeit, Corporationen und Individuen ohne alle Rücksicht auf Stand und Würde. Ja es ist nicht einmal eine Requisition derer, welche außerhalb des Districts wohnen, von ihrer ordentlichen Obrigkeit erforderlich, wenn nur das Gericht an sich competent ist. Nur gegen einzelne Personen, nicht gegen das ganze Gericht, findet eine Recusation statt und seine Erkenntnisse sollen, wo irgend Gefahr beim Verzuge ist, ohne die Appellation zu berücksichtigen, ohne Aufschub vollstreckt werden.

Außer der polizeilichen Aufsicht über Deiche, Siele und Schleusen, Wettern und Wege und dem damit verbundenen Strafrechte haben die Deichgerichte nach Cap. X. §. 4 der Deichordnung eine Cognition über alle von Deichen, Schleusen, Wagen ꝛc. herrührende Streitsachen, außerdem aber auch über

1) streitige Grenzen unter Nachbaren.

2) Servituten, novi operis nuntiatio,
3) Zehnten,
4) Viehſchaden und Pfandung,
5) Pacht und Miethe,
6) Grundheuer (Grundzins),
7) Dienſtbotenlohn und Arbeitslohn,
8) verzehrtes Koſt- und Biergeld in Wirthshäuſern und
9) die Polizei-Aufſicht über Maß und Gewicht.

Die Streitigkeiten über Dienſt- und Arbeitslohn ſtehen in genauer Verbindung mit den meiſten Streitigkeiten zwiſchen Herrſchaft und Geſinde, welche auch nicht direct aus den Lohnforderungen entſpringen; daher werden auch wohl alle ſolche Streitigkeiten im Allgemeinen zur Competenz der Deichgerichte gerechnet.

Ueberhaupt ſind die bei dieſen Gegenſtänden vorkommenden Rechtsverhältniſſe durch locales Gewohnheitsrecht genau beſtimmt, was beſonders bei den Verhältniſſen der Dienſtboten der Fall iſt. Dies iſt wo es über die vielen im gemeinen Recht nicht berückſichtigten Fälle, Abgangs- und Zugangszeit, Dienſtkündigung, Miethgeld und deſſen Zurückgabe, Lohn und Koſtgeld der unzeitig abgehenden Dienſtboten, Art und Umfang der von den verſchiedenen männlichen Dienſtboten — Großknecht ꝛc. — und von den verſchiedenen Mägden zu verrichtenden Arbeiten, Dauer der Arbeit, Zahl der von einem Mäher täglich zu mähenden Diemen, auch darüber beſondere Vorſchriften giebt, wie viel Spaten tief und breit ein Kleigräber, der in Tagelohn arbeitet, täglich im Sommer oder Winter graben muß. Nach dem Zeugniſſe des Secretairs Büttner normirt die Obſervanz ſogar die Dicke des Bandes, womit die Garben gebunden werden.

Dieſe eigenthümliche Ausdehnung der Competenz der Deichgerichte hat den ſehr großen Nutzen, daß Sachen, welche ihrer Natur nach keinen großen Zeit- und Koſtenaufwand vertragen, vor einem Untergerichte auch dann verhandelt werden, wenn der Beklagte canzleiſäſſig iſt, indem vor dem Deichrichter kein privilegirtes Forum gilt. Bei der großen Menge der canzleiſäſſigen Grundbeſitzer würde namentlich den geringen Tagelöhnern und Dienſtleuten die Juſtiz äußerſt erſchwert werden, wenn ſie

ihre Herrschaften bei der königlichen Justiz-Canzlei in Anspruch nehmen müßten, und daher genöthigt wären, auch die einfachsten, mündlich und persönlich leicht zu erledigenden Sachen durch die Hände der Procuratoren und Advocaten gehen zu lassen. Die Einrichtung würde aber noch ungleich wohlthätiger sein, wenn das Verfahren der Deichgerichte sich in seiner alten Einfachheit, Schnelligkeit und Wohlfeilheit erhalten hätte.

Uebrigens gilt in Ansehung dieser Competenz, sowie der polizeilichen Aufsicht über Maß und Gewicht die Regel, daß da, wo ein Deichgericht seine Competenz nicht nachweiset, das ordentliche Gräfengericht dieselbe in Anspruch nehmen kann. Dabei ist noch zu bemerken, daß im Kirchspiele Oederquart der dem Dösegerichte nicht unterworfene Bruchdistrict seine Maße und Gewichte von dem Gute Bruchhof kempen lassen mußte, welchem eine solche Aufsicht als Patrimonialgericht zugestanden war. Noch aus dem Jahre 1805 findet sich das Beispiel, daß die Obristin von Dachenhausen auf Bruchhof in einem von der Kanzel publicirten Erlasse die Einwohner unter Androhung ernstlicher Strafe aufforderte, ihre Himten auf ihrem Hofe nachsehen und brennen zu lassen. Der übrige Theil des Kirchspiels Oederquart, außer dem Döse- und Bruchdistricte, bildet die bentwischer Bauerschaft und steht in allen Polizei- und Civilsachen unter dem Gräfengerichte.

§. 25. Besetzung der Deichgerichte.

Jedes Deichgericht wird von einem Deichgräfen mit einem Protocollführer und den Geschworenen verwaltet; diese zusammen bilden die Seeburg und die Urtheile heißen Seeburgs-Findungen.

Der Deichgräfe wird im Bützflethschen von königlicher Regierung ernannt, sowohl für die erste als zweite Schauung, und wird dies Officium gewöhnlich, aber nicht nothwendig den zeitigen Gräfen übertragen. Ebenso wird es bei dem königlichen Deichgerichte im Flecken Freiburg gehalten. Der Döserichter wird von königlicher Regierung nach freier Wahl bald aus dem Adel, bald aus dem Hausmannsstande bestellt, und ist dies Amt gewöhnlich nicht von dem Gräfen verwaltet. In dem sächsischen Deichgerichte und dem Deichgerichte zu Balje führt der jedesmalige Belehnte die Deichgräfenschaft.

Der Deichgräfe hat bisher unbestritten das Recht geübt, sich Jemanden zu substituiren. Besondets ist dies von den der Rechte nicht kundigen Gräfen in solchen Sachen geschehen, welche eine richterliche Behandlung erfordern, und die königliche Regierung hat sich mit einer desfallsigen einfachen Anzeige, wem die Verwaltung übertragen sei, begnügt, wovon sich bei dem sächsischen und baljer Deichgerichte mehrere Beispiele finden. Wenn indessen die von königlicher Regierung bestellten Gräfen solche Substitutionen vorgenommen haben, so ist davon keine Notiz genommen und die Sache als eine zulässige Privatverabredung angesehen, wobei der Official für seinen Substituten haftet. Auch pflegen die königlichen Gräfen die von ihren Substituten verfaßten amtlichen Schriften selbst zu unterschreiben; mit Ausnahme der Protocolle und Urtheile, welche von dem Substituten, der bisher immer auch zugleich Actuar gewesen, unterschrieben werden.

Zur Protocollführung haben sich die Deichgräfen in der Regel des Landessecretairs oder des Gräfen bedient. Es findet sich kein Beispiel, daß der Gräfe im Bützflethschen und Freiburgschen und der Döserichter sich einen anderen, als einen von diesen, substituirt hätte.

Als die Herrschaft das Brümmersche Deichgericht im Bützflethschen acquirirt hatte, nahm der Landessecretair die Protocollführung als ein Recht in Anspruch, wurde aber damit zurückgewiesen, weil es vorhin in der Willkür des Belehnten gestanden habe, welchen Protocollführer er zuziehen wolle. Es wurde dagegen vorgestellt, daß die Deichgerichte ordentliche Landesgerichte seien, indem sowohl den Belehnten, als den herrschaftlichen Deichgräfen nur die Direction und das Präsidium sammt den Strafen, den Unterthanen aber durch die Landgeschworenen (s. unten) die Findung der Urtheile zustehe, und daß daher der Secretair als Landessecretair zugezogen werden müsse. Diese Vorstellung fand keinen Eingang, und die königliche Regierung hat den in der Recursinstanz vom königlichen Ministerio erforderten Bericht nicht erstattet. Die Sache ist daher auf sich beruhen geblieben und von den Secretarien nicht weiter getrieben, weil der Deichgräfe ihnen factisch die Protocollführung

ließ und in Ermangelung eines anderen auf das Protocoll beeidigten Beamten zu lassen genöthigt war, wenn gleich ihre Zuziehung nur als Folge einer Privatverabredung angesehen wurde.

Die schon oben als Unterbediente der Kirchspielsgerichte genannten Landgeschworenen, sind die Assessoren der Deichgerichte. Sie hatten ursprünglich allein den Spruch oder die Urtheilsfindung, wogegen der Deichgräfe nur das Präsidium im Gerichte führte und das Urtheil, welches die Landgeschworenen durch ihren vom Gräfen aus ihrer Mitte gewählten Vorsteher oder Worthalter einbrachten, publicirte. Nominell haben sie dies Recht noch jetzt gleich den Hauptleuten, und die Urtheilsformel im Bützflethschen ist daher diese:

„wird auf Anhalten des Wortführers zu Recht befunden ꝛc.“, wogegen sie in Sachen, die eine gelehrte Rechtskenntniß voraussetzen, bei dem Ausspruche des Deichgräfen sich beruhigen und ihn, als auf ihr Anhalten erfolgt, sich gefallen lassen. Die Anlage B. im Protocolle des Deichgerichts der ersten Schauung im Bützflethschen vom 22. Juli 1672 giebt einen anschaulichen Begriff, wie in älteren Zeiten ohne Advocaten, Procuratoren, Schriften, Fristen und Termine die Sachen in der Kürze abgethan wurden.

Jede Bauerschaft muß einen Landgeschworenen halten, in den meisten wechselt der Dienst alljährlich; die Bauerschaft präsentirt ihn dem Gräfen zur Bestätigung. In einigen Bauerschaften ruht die Last (wie im Altenlande die Hauptmannschaft) auf einer gewissen Anzahl Morgen, deren Besitzer vom Adel- oder Hausmannsstande, wenn sie die Reihe trifft, einen Landgeschworenen stellen oder den Dienst selbst verwalten müssen. In anderen Bauerschaften bringen die Besitzer der pflichtigen Morgen unter sich eine Summe Geldes auf, womit ein Geschworener salarirt wird und dann auf eine unbestimmte Zeit den Dienst verrichtet.

Der älteste Geschworene wird gewöhnlich vom Deichgräfen zum Worthalter ernannt.

Im Deichgerichte des Fleckens Freiburg sind die Hauptleute die Beisitzer.

Im sächsischen und baljer Deichgerichte soll nach der neuen Angabe der Belehnten die Gegenwart eines Geschworenen hinreichen.

Die Geschworenen verrichten die Citationen vor das Deichgericht und richten, als dessen ordentliche Unterbediente, Aufträge in Parteisachen, namentlich Taxationen, Pfandungen ꝛc. aus.

Im Kirchspiel Assel hat noch ein besonderer Unterbediente, der Deichvoigt, eine Unteraufsicht über das Deichwesen; er wird von königlicher Regierung angestellt.

§. 26. Verfahren bei den Deichgerichten, Sporteln und andere Gerichts-Einkünfte.

Jedes Deichgericht hält zweimal jährlich, im Frühjahr und Herbst, eine Schauung der Deiche, wobei die säumigen Deicher zu Strafen gesetzt werden.

Auch hier giebt es, wie im Altenlande, s. g. Respectswrogen, wenn die Begegnenden den deichschauenden Geschworenen nicht eine ganz besondere Ehrfurcht beweisen. Es ist im Jahre 1801 in der zweiten herrschaftlichen Schauung der Mißbrauch zur Sprache gekommen, daß die Landgeschworenen von Allen, die sie auf ihrem Wege antreffen, Geld zum Vertrinken eingefordert haben. Königliche Regierung hat damals verfügt, daß die Respectswrogen nicht auf der Stelle durch Pfandung eingetrieben, sondern dem Gräfen zur Untersuchung und Bestrafung angezeigt werden sollten.

Für die Strafen sind keine festen Principien vorhanden. Die vom baljer und sächsischen Deichgerichte dictirten Gefängnißstrafen werden in Freiburg vollzogen. Im Allgemeinen sind die Ordnungsstrafen (Wetten) für gewöhnliche Fälle und leichte Vernachlässigungen von den eigentlichen Deichstrafen (ehedem Abhandlungswrogen) zu unterscheiden. Erstere werden sofort auf der Schauung von den Landgeschworenen erkannt und sind nur gering, z. B. im sächsischen Deichgerichte 7 und 11 Schill. bzw. bei der Vor- und Nachschauung. Letztere werden auf dem Deichgerichte, wohin die Contravenienten citirt werden, von dem Deichgräfen angesetzt, mit welchem in älterer Zeit über den Belauf der Strafe von den Bruchfälligen unterhandelt

wurde. Das baljer, döſer, und ſächſiſche Deichgericht wird an einem von dem Deichgräfen beſtimmten Orte innerhalb des Diſtricts (jetzt zu Freiburg), das freiburger Deichgericht an dieſem Orte gehalten. Das Gericht der erſten Schauung im Bützflethſchen wird zu Drochterſen, das der zweiten zu Bützfleth gehalten.

Die Nachſicht und Kempung von Maß und Gewicht geſchieht alle 7 Jahre zu der Zeit, wo die allgemeine Höhung der Deiche vorgenommen wird. Der Termin wird vorher von den Kanzeln publicirt.

Außer den halbjährigen ordentlichen Deichgerichten werden im Bützflethſchen auch außerordentliche gehalten; ſie heißen Nebengerichte. Solche außerordentliche Gerichtstage verurſachten vordem den Parteien größere Koſten, ebenſo wie die außerordentlichen Termine bei den Kirchſpielsgerichten. Der Gräfe hielt, wenn die Parteien ein Nebengericht verlangten, ſolches in ſeiner Wohnung zu Wiſchhafen. Solche Nebengerichte ſind jedoch immer Ausnahmen geweſen; in der Regel iſt auch in neueren Zeiten (noch 1810) eine Sache in halbjährigen Terminen verhandelt. Es würden hiedurch bei der jetzt bei allen Untergerichten, als Folge des allgemein eingeführten ſchriftlichen Verfahrens, eingeriſſenen Sitte, in jedem Termine nur einen Parteiſatz zu verhandeln oder ihn gar nur mit einem Friſtgeſuche und Decret auszufüllen, die Sachen ſehr in die Länge gezogen. Der gegenwärtige Gräfe hält ein ſolches Nebengericht wöchentlich.

Im freiburgſchen Diſtricte werden die Deichgerichtsſitzungen ſo oft vorgenommen, als Sachen vorkommen, die dahin gehören.

Die Appellation geht von allen Deichgerichten an das königliche Hofgericht.

Das Döſegericht war vordem von der Döſedeichgräfenſchaft verſchieden, hieß ſiedeſtes Gericht zu Döſe. Es war nach einander mehreren Familien zu Lehn aufgetragen, bis es nach Ausſterben der letzten ſammt der Deichgräfenſchaft vom Landesherrn eingezogen wurde. Dies ſiedeſte Gericht hatte, gleich denen im Altenlande, Rauchhühner und gewiſſe Gefahrgelder — Gefahrpfennig und Gerichtsgeld — zu erheben.

Der Gefahrpfennig, wozu jeder Eingeſeſſene 6 Pfennige

bezahlte, betrug jährlich 32 Schill. Das Gerichtsgeld ruhte als Grundzins auf 128 Stücken Land (den Döseländereien), deren jedes 2 Schill. bezahlen mußte; daher die ganze Einnahme 16 Mark betrug. Der Gefahrpfennig mußte am Martinitage vor Sonnenuntergang bezahlt werden und ward nur bei Sonnenschein angenommen. Jede Stunde nach Sonnenuntergang bis zur Zahlung mußten die Säumigen mit 14 Mark büßen, und durften vor Erlegung der Strafe und der Gefälle kein Feuer in ihren Häusern anmachen. Diese lästige Abgabe ist, sowie das Gerichtsgeld, im Jahre 1789 auf Betrieb des Döserichters, Landraths von der Decken, mit Genehmigung königlicher Regierung mit 700 Mark ausgekauft und dabei bestimmt, daß dafür zum Besten des Döserichterdienstes Land angekauft werden solle; es ist indessen, weil sich keine Gelegenheit gefunden, das Geld auf Zinsen gethan, welche der zeitige Döserichter erhebt. Uebrigens nahm 1753 der Döserichter eine Tonne Bier, einen Schinken und für 4 Schill. Weißbrod, oder statt dessen eine Abgabe von 10 Thlr. von jeder Erbschaftstheilung in Anspruch, welche ihm aber, da die Registratur deshalb Nichts enthielt, nicht zuerkannt wurde. Eine ähnliche Intrade hatte vordem auch das freiburger Juratengericht (Pufendorf Obs. II. pag. 21).

Das siedeste Gericht in der Döse (welches in einem, darüber 1474 geschlossenen Kaufbriefe schlechtweg Gericht heißt, vermuthlich weil ein anderes allgemeines und höheres Gericht für das ganze Kehdingsche noch nicht existirte) wurde jährlich einmal gehalten und war in allen Sachen competent, mit Ausnahme der Streitigkeiten über Capitalien und Gefängniß. In der diesem Gerichte 1692 ertheilten Sporteltaxe (pag. 347 der Polizei-Ordnung № 15) wird auch eine Gebühr in Concursfällen erwähnt, die eine ordentliche Gerichtsbarkeit voraussetzt; nur die Criminalsachen waren demselben entnommen.

Alle Personen, welche das Gerichtsgeld gaben, waren ihm unterworfen.

Von dieser siedesten Gerichtsbarkeit ist jetzt aber keine Spur mehr übrig; sie hat sich in ein Deichgericht verwandelt und die übrigen Competenzzweige sind an das ordentliche Gericht übergegangen.

Die Einkünfte der Deichgräfschaft bestehen theils in gewissen Abgaben, theils in Strafen, theils in Sporteln.

Gewisse Einkünfte kommen, außer in dem Dösegerichte — wo sie eben erwähnt sind — nur noch im Bützflethschen vor, wo der Gräfe wegen der zweiten Schauung von einigen Einwohnern ein Freggeld oder Friggeld und Rauchhühner erhebt, ferner im Freiburgschen, wo gleiche Abgaben stattfinden.

Die Deichstrafen und sonstigen beim Deichgerichte erkannten Geldstrafen fallen in die Casse des Deichgräfen. Es ist davon nur die zweite herrschaftliche Schauung im bützflethschen Districte ausgenommen, wo die Strafen der königlichen Cammer berechnet werden. Bei den Lehngerichten werden sie in einzelnen Fällen den Armen zugewandt. Ihr Ertrag ist bei dem Dösegerichte auf 25 Thlr. angeschlagen.

Die Sporteln bei den Deichgerichten sind im Ganzen eben so hoch und drückend wie bei den Civilgerichten.

Im baljer und sächsischen Gerichte hat jeder Theil an Terminsgebühren 40 Schill. zu bezahlen, wovon der Landgeschworne 8 Schill. erhält; an Urtheilsgebühren 1 Thlr. 8 Schill., wovon dem Geschworenen 12 Schill. zufallen. Ein Eid kostet 1 Thlr., von einer Abschrift der erste Bogen 12 Schill., jeder der folgenden 4 Schill. Im Bützflethschen sind die Gebühren noch höher; ein Nebengericht kostet 8 Mark und für jeden Eid (auch den Eid eines Geschworenen) werden 3 Thlr. bezahlt, wovon der Secretair 1 Thlr. erhält.

Die Sporteln sind im baljer Deichgerichte jährlich zu 100 Mark, die im sächsischen und Dösegerichte zu etwa 100 Thlr. angeschlagen.

Das Kempen der Gemäße, welches im obigen Anschlage mit begriffen, kostet für einen alten Himpten 8 Schill., für einen neuen 16 Schill.

Von den Gerichtseinkünften muß der Gräfe den Protocollführer salariren und den Geschworenen freie Mahlzeit reichen.

III.

§. 27. Von den besonderen Deichgerichten in den Districten des Herzogthums Bremen, welche nicht zum Altenlande und zum Kehdingschen gehören.

Die noch übrigen Deichgerichte sind mit den Schauungen über die Weser-, Oste-, Este- und Wümmedeiche verbunden. Das wichtigste ist:

A.

Das Deichgericht im Lande Wursten.

Die Deichgerichtsbarkeit hat sich im Lande Wursten nicht so wie in den Elbmarschen gebildet, wozu die überhaupt abweichende Gerichtsverfassung und der Umstand Veranlassung gegeben hat, daß die wurster Weserdeiche nicht unter einzelne Deichhalter getheilt, sondern Communiondeiche sind, deren Unterhaltungskosten aus einer allgemeinen Deichcasse bestritten werden, zu welcher jeder deichpflichtige Interessent seine Beiträge liefern muß. Eine Ausnahme macht nur der gegen das Seewasser angelegte Hinterdeich, der graue Wall genannt, welcher von den Anliegern gemacht wird.

In jedem der 9 Kirchspiele sind 2—3 Deichjuraten, welche die Aufsicht über die Deiche führen, die Arbeiten leiten, die Anlagen erheben ꝛc. Die Geschworenen sämmtlicher Kirchspiele bilden die allgemeine Deichacht, welche nach Abgang eines Geschworenen aus den ansässigen Einwohnern seinen Nachfolger erwählt; der Dienst dauert 3 Jahre.

Diesen Geschworenen sind zwei Deichvorsteher vorgesetzt; einer für die südlichen und ein anderer für die nördlichen Kirchspiele. Ein Deichvorsteher kann nach 6jähriger Dienstzeit sein Amt niederlegen, muß aber alsdann mehrere Candidaten vorschlagen, aus welchen einer nach Stimmenmehrheit von den beiden Voigten (den Beamten zu Dorum), dem zweiten Deichvorsteher und den ihm untergebenen Geschworenen gewählt wird. Gewöhnlich trifft die Wahl einen der Deichgeschworenen.

Der von königlicher Regierung bestellte Oberdeichgräfe im Weserdistricte ist den Deichbedienten des Landes Wursten vorgesetzt. Letztere werden vom Voigteigerichte beeidigt.

Die Deichgerichtsbarkeit wird in vier Instanzen ausgeübt.

Die Geschwornen jedes Kirchspiels bilden unter dem Vorsitz ihres Aeltesten, welcher, so oft es nöthig ist, Gerichtstage hält,

1) die erste Instanz.

Von ihnen geht

2) die Appellation an das Landgeschworenengericht, welches jährlich einmal von sämmtlichen Geschworenen gehalten wird, und wo die beiden Deichvorsteher den Vorsitz führen. Hiervon wird weiter

3) an das Deich- und Seegericht zu Dorum appellirt, welches alle zwei Jahre gehalten wird.

Dieses Gericht besteht nach einem Regierungs-Regulativ vom 12. Januar 1787 aus dem Oberdeichgräfen, welcher Präses, Protocollführer, Expedient und Referent ist, aus einem, und zwar dem ältesten Geschworenen aus jedem Kirchspiele, den beiden Voigten und den beiden Deichvorstehern. Der Oberdeichgräfe und die Voigte haben jeder eine Stimme, sämmtliche Deichbediente üben ein votum curiatum. Die Stimmen werden von unten auf gesammelt, und bei Stimmengleichheit ist die des Oberdeichgräfen entscheidend.

Eine vierte Instanz bildet

4) die königliche Regierung in Stade, und da von dieser der Recurs an das königliche Cabinets-Ministerium zulässig ist, so findet sich das Land Wursten in der That im Besitze von 5 Deichgerichtsinstanzen.

Nach dem angeführten Regulativ von 1787 gehören vor die Deichgerichte alle Streitsachen wegen der Deiche und Dämme, Schleusen, Wasserläufe, Außendeichsland ꝛc., sofern sie nicht nämlich ein bloßes Privateigenthums-, Pfand- und Erbschaftsrecht, einen Contract oder was dem sonst anhängig, betreffen, ohne daß dabei ein von Polizei wegen zu observirendes Interesse publicum in Frage kommt; ferner die Differenzen wegen der den Deichgeschworenen zustehenden Dienstemolumente, über Wege und Stege, Ellen, Maß und Gewicht, und Injurien, welche bei Deichzügen (Schauungen) oder bei Deicharbeiten vorfallen, sofern sie nicht criminell sind. Alle übrigen Sachen, namentlich Streitigkeiten über Privatvermögen, Wasserläufe, Wege und Stege und Scheidungsgräben, die nicht zu den Deichen oder

Hauptwasserläufen gehören, gehen an das Civilgericht. Wenn bei Verhandlung einer Sache, die nach dem Obigen wegen des dabei wahrzunehmenden Interesse publici an die Deichgerichte gebracht ist, die Regierung wahrnimmt, daß das dabei vorkommende Interesse privatum einer weiteren Verhandlung im ordentlichen Wege Rechtens bedarf, so verweist sie die Sache dahin.

Nach dem durch das Regulativ im Allgemeinen bestätigten Herkommen gehören insonderheit vor die Deichgerichte zweiter und dritter Instanz die Klagen über Pfandungen und Strafen, welche von den Geschworenen erkannt sind, sowie die Bestrafung derer, welche sich der Pfandung widersetzt haben. Diese Gegenstände füllen fast allein die hieselbst vorhandenen Seegerichts-Protocolle aus.

Die Geschworenengerichte der Kirchspiele beschäftigen sich zunächst mit Ansetzung der Strafen: ein Recht, welches aber nicht nur von jeder der oberen Instanzen, sondern auch von dem Oberdeichgräfen bei den Hauptschauungen ausgeübt wird. Die Strafen werden nach Tonnen und Fahnen Bier dictirt, welche von den Bruchfälligen aber nicht in natura bezahlt werden, sondern es bedeuten jene Ausdrücke eine Geldstrafe von bzw. 2 Thlr. und 6 Grt. Für die Strafen sind gewisse Principien von königlicher Regierung im Jahre 1787 festgestellt. Die Strafen, welche die Geschworenen dictiren, fallen ihnen selbst zu; die Strafen des Oberdeichgräfen und des Seegerichts fließen in die Deichcasse. Den Deichgeschworenen steht das Recht zu, die Strafen selbst beizutreiben; eine Appellation findet nur statt, wenn die Strafe schon bezahlt ist; in Ansehung der Exemtionen des den Appellationen auch in anderen Fällen versagten Suspensiveffects und sonst gelten die allgemeinen Vorschriften der Deichordnung in gleichem Maße wie bei den Elbdeichgerichten.

Die besondere Competenz dieser letzteren Deichgerichte bei streitigem Dienstlohn u. s. w. findet im Lande Wursten nicht statt. Dagegen besteht hier die singuläre Einrichtung, daß die Deichgeschworenen außer der Aufsicht über Maß und Gewicht auch noch eine besondere Aufsicht über die Preise des Brodes und des Getreides führen sollen; in älterer Zeit ist ihnen auch eine Aufsicht über die Sabbathsfeier beigelegt gewesen.

Die hiesige Regierung traf im Jahre 1783 die Einrichtung, daß den Deichgeschworenen statt des Genusses der Deichstrafen gewisse Diäten — jedem 32 Schill. — beigelegt wurden. Diese Einrichtung wurde aber im Jahre 1793 wieder aufgehoben, weil die Kosten zu hoch anliefen und die Geschworenen häufiger als sonst Convente ansetzten, um desto mehr Diäten zu erhalten. Dagegen ist die in älterer Zeit gewöhnlich gewesene Zehrung auf dem Seegerichte abgeschafft, und jeder Vorsteher und Geschworene erhält für Abwartung eines Seegerichts 32 Schill., sowie jeder der übrigen Beisitzer 2 Thlr. Diäten, wobei es bis jetzt geblieben ist.

Das Verfahren bei den Deichgerichten ist nicht weitläufig und pflegt in einem Termine abgethan zu werden; Erkenntnisse der Geschworenengerichte werden dabei von einem der Geschworenen oder einem anderen des Schreibens Kundigen, so gut es gehen will, zu Papier gebracht. Bei dem Seegerichte wird, nach verlesenem Appellationslibell und erforderter Vernehmlassung des Appellaten, sogleich erkannt. Sporteln werden nicht anders erlegt, als wenn in Appellationsfällen die Acten ausgelöst werden müssen. Diese betragen beim Seegerichte für ein Protocoll von einem Bogen, mit Einschluß des Stempels und der Copialien, 16 Schill., und für jeden Bogen darüber 6 Schill. Für einen Bericht, incl. Stempels und Copialien, 32 Schill. — 1 Thlr. — 1 Thlr. 24 Schill. Für die Appellation werden 4 Schill. in die Armenbüchse erlegt.

Wenn Zeugen abzuhören sind, so muß dazu das Voigteigericht requirirt werden.

§. 28. B. Die übrigen Deichgerichte.

Diese zeichnen sich durch keine besondere Verfassung aus. Es sind sämmtlich — etwa mit Ausnahme des Deichgerichts zu Buxtehude — Patrimonialgerichte, wo der Gerichtsherr die Deichbediente auf Vorschlag der abgehenden oder aus freier Wahl bestellt und beeidigt, und die erkannten Strafen genießt. Von diesen fallen jedoch die geringeren Strafen den Deichbedienten, welche sie aus eigener Macht erkennen und beitreiben, zur Zehrung an den Schauungstagen zu. Sonst erkennen diese Deichgerichte, welche, wenn sie von einiger Bedeutung

sind, wie z. B. Basbeck, von besonderen Gerichtsverwaltern administrirt werden, über Pfandweigerungen, Dienstvergehungen der Deichbediente und andere mit dem Deichwesen zusammenhängende, nach der Deichordnung diesen Gerichten beigelegte Sachen. Hiebei ist jedoch zu bemerken, daß Sachen der letzteren Art, wie z. E. Streitigkeiten über den Concurrenzfuß zu Deichanlagen ꝛc., häufig von der Beschaffenheit sind, daß sie ohne gerichtliches Verfahren von Regierungswegen abgethan werden. Deshalb haben die bei den Deichgerichten vorkommenden Processe mehrentheils nur Klagen über Pfändungen, Vergehen gegen die Deichbediente, Zehrung bei den Schauungen u. dergl. zum Gegenstande und sind daher in gleicher Maße wie die wurster Deichgerichte fast als reine Polizeigerichte zu betrachten.

Das Verfahren von diesen Deichgerichten weicht übrigens von dem der übrigen Untergerichte nicht ab, und die Appellationen müssen nach allgemeinen Grundsätzen gegen ordentliche, über jura privatorum in contradictorio abgegebene Erkenntnisse, welche keine bloße Strafverfügungen enthalten, an das Hofgericht gehen. Die in der Deichordnung den Deichgerichten überhaupt beigelegten Prärogativen werden auch von diesen kleineren Deichgerichten ausgeübt.

Diese kleineren Deichgerichte sind nun folgende:

1) das zu Buxtehude, welches von einem Mitgliede des Magistrats mit drei Geschworenen verwaltet wird. Es erstreckt sich über die Este und die Hinterdeiche von der Stadt an bis zu Ende des neuen Landes.

2) Das basbecker Deich- und Schleusenbandesgericht ist ein zum Gute Basbeck gehöriges Patrimonialgericht, welches mit einem besonderen Gerichtsverwalter besetzt ist; es erstreckt sich über den basbecker Ostedeich und den dasigen Schleusenband, über die dortigen Wege, Brücken und Wasserläufe. Die Deichaufsicht und eine untergeordnete Strafbefugniß wird von dem, den Namen eines substituirten Deichgräfen führenden ersten Deichbedienten mit mehreren Deich- und Moorgeschworenen ausgeübt, worüber er sich jedoch erforderlichen Falls beim Deichgerichte verantworten muß. Es sind verschiedentlich über die ungebührlichen Strafansätze dieses Deichgerichts Beschwerden

geführt, welchen, wie bei den übrigen Deichgerichten, dadurch vorzubeugen sein dürfte, daß die Grenzen und Principien der Strafen, wie im Lande Wursten, allgemein und übereinstimmend von Regierungswegen festgesetzt und durchgreifend normirt werden.

3) Das Deichgericht zu Hechthausen, gleichfalls ein Patrimonialgericht, erstreckt sich über die Deiche, Wasserläufe ꝛc. des Kirchspiels Hechthausen; die Erbdeichrichter sind zugleich Inhaber der Civilgerichtsbarkeit, und der dortige Gerichtsverwalter administrirt beide Jurisdictionszweige, weshalb dort das Deichgericht als ein besonderes Gericht wohl nur um deswillen besteht, weil es sich die gesetzlichen Prärogativen in Ansehung des Fori ꝛc. erhalten will.

4) Das Gut Marßel im Gerichte Lesum hat die Schauung und ein Deichgericht über die dasigen Sommerdeiche an der Wümme, die dazu gehörigen Siele, Gräben u. s. w.

5) Das Patrimonialgericht Meienburg ist mit einem Deichgericht verbunden, welches sich über den s. g. heiner Damm erstreckt.

Endlich hat

6) der Dr. von Gröning zu Ritterhude wegen des Dammguts daselbst eine Schauung und Deichgericht über eine Strecke der Wümmedeiche.

Eine genaue amtliche Ausmittelung der Grenzen aller dieser kleinen Gerichte scheint mit ihrer etwaigen Bestätigung um so nothwendiger verbunden werden zu müssen, als bei der Eigenthümlichkeit der Deichgerichtsbarkeit und ihrer Ausdehnung über auswärtige Interessenten Jurisdictionsconflicte und desfallsige Beschwerden der Untergebenen sehr leicht entstehen, und jede Ungewißheit und Unbestimmtheit für die Untergebenen, auf welche die Strenge der Deichgesetze angewandt werden soll, große Nachtheile verursacht.

Uebrigens ist noch

7) zu bemerken, daß den Deichgeschworenen im Flecken Lehe, woselbst eine ordentliche Deichgerichtsbarkeit nicht existirt, auch eine Polizei-Aufsicht über die dasige Feldmark, sowie über Maße und Gewichte, mit gleicher Ausdehnung auf die Bäcker, Brauer und Schenkwirthe, wie im Lande Wursten, zusteht.

In den Districten, wo eine besondere Deichpolizei und

darauf verpflichtete Unterbediente vorhanden sind, ohne daß eine besondere Deichgerichtsbarkeit vorkommt, was namentlich in den herrschaftlichen Aemtern an der Oste und Weser der Fall ist, haben die Deichbediente gleichfalls das Recht, geringe Strafen zu dictiren und für sich einzuziehen und zu verzeihen.

IV.

§. 29. Von den Holzgerichten.

Das Gohgericht Achim ist der eigentliche Sitz der Forestaljurisdiction; sie hat sich in diesem Districte am reinsten ausgebildet und erhalten. Die übrigen Holzgerichte sind theils nur Ueberreste einer ehemaligen vollen Holzgerichtsbarkeit, theils bloße Polizei-Instanzen ohne Cognitionsrecht in streitigen Fällen.

A. Die Holzgerichte im Gohgericht Achim.

Diese Holzgerichte sind theils in den Händen der Herrschaft, theils gehören sie Privatgutsherren.

Es sind unbezweifelt Patrimonialgerichte; ihr Besitzer führt den Namen Holzgräfe, und die Gerichtsbarkeit heißt auch die Holzgräfschaft.

Die herrschaftlichen Holzgerichte sind:

1) Bollen-Uphusen,
2) Oyten,
3) Uesen und Werder (in Thedinghausen),
4) Wiemark (an der Wümme).

In diesen vier Gerichten repräsentirt das Gohgericht Achim die Herrschaft als großen Holzgräfen.

5) Daverden, welches, obgleich die Civilgerichtsbarkeit nach Achim gehört, vom Amte Verden verwaltet wird.

Gutsherrliche Holzgerichte sind:

6) Mahndorf (Dr. von Gröning zu Bremen),
7) Embsen und Bierden (das Gut Embsen),
8) Achim (das Gut Mandelsenborstel),
9) Baden (das Gut Baden),
10) Hagen und Grinden (das Gut Coppel),
11) Etelsen (das Gut Coppel).

Die beiden letztgedachten Holzgerichte, welche der Ober-Appellationsrath von der Wisch wegen seines Gutes Coppel

in Anſpruch nimmt, werden in einem Berichte des Gohgerichts Achim vom 20. October 1819 dem von Quiter'ſchen Gute Etelſen beigelegt.

Die Holzgerichtsbarkeit, welche in dem auf ihre Wiederherſtellung gerichteten Antrage der Beſitzer als eine mit dem Gute verbundene Patrimonialgerichtsbarkeit bezeichnet iſt, wird ausgeübt von dem großen Holzgräfen (dem Beſitzer des mit der Holzgräfſchaft verliehenen Guts), den Exen, den ſämmtlichen im Diſtrict angeſeſſenen Gutsbeſitzern, dem kleinen Holzgräfen, den Geſchworenen und den Holzungsleuten oder Unterſaſſen. Der große Holzgräfe ernennt und beeidigt ſowohl den kleinen Holzgräfen als die Geſchworenen; letztere wechſeln jährlich. Im Gerichte Daverden wird der kleine Holzgräfe von den Einwohnern alle drei Jahre geſetzt.

Der große Holzgräfe, deſſen Officium vordem verkäuflich und von dem Gute trennbar geweſen ſein ſoll, bildet mit den übrigen Gutsherrſchaften das große Holtding, eine Verſammlung, in welcher der große Holzgräfe präſidirt.

Das kleine Holtding beſteht aus dem großen und kleinen Holzgräfen, welchem letzteren die Holzgeſchworenen zur Seite ſtehen, und ſämmtlichen Bauleuten und Köthnern der Holzgräfſchaft.

Die Competenz der Holzgerichte erſtreckt ſich theils auf Handhabung der Polizei, theils auf Unterſuchung und Entſcheidung von Rechtshändeln; in der letzteren Hinſicht iſt ſie nicht ganz unſtreitig. Unbeſtritten wird der Holzgräfſchaft aber die Verwaltung der inneren Angelegenheiten der Holzgenoſſenſchaft und die polizeiliche Aufſicht und Strafbefugniß zugeſtanden.

In den verſchiedenen Jurisdictionsproceſſen, welche zwiſchen den Holzgerichten und dem Gohgerichte Achim verhandelt und worüber die Acten vom königlichen Hofgerichte mitgetheilt ſind, haben erſtere eine Menge Protocolle beigebracht, aus welchen ſowohl der Umfang ihrer Befugniſſe, als die ganze Art des Verfahrens deutlich hervorgeht. Dieſen Protocollen iſt zwar hin und wieder eine juriſtiſche Glaubwürdigkeit nicht eingeräumt; indeſſen kann für den vorliegenden Zweck nur ihre hiſtoriſche Glaubwürdigkeit in Frage kommen, da nicht die Rede davon

ist, welche Gerechtsame von den Holzgerichten durch solennen Beweis docirt werden können und welche ihnen, in dessen Ermangelung, etwa im Wege Rechtens aberkannt werden müßten. Bei Erforschung der Natur dieser Gerichtsbarkeiten werden daher jene Urkunden um so mehr zum Grunde gelegt werden dürfen, da nicht der geringste vernünftige Grund zu der Vermuthung vorhanden ist, daß sie von den Holzgräfen erdichtet oder verfälscht worden wären.

Von den Differenzen, welche zwischen dem Gohgerichte Achim und den Holzgerichten über den Umfang der letzteren stattgefunden haben, ist, soviel die hier communicirten Acten ergeben, nur eine zur definitiven Entscheidung gediehen; diese Differenz liegt aber in der Hauptsache allen sonstigen nur in possessorio verhandelten oder abgebrochenen Streitigkeiten zum Grunde. Es kam nämlich im Jahre 1777 zwischen dem von Malaspina, als Administrator des achimschen Holzgerichts, und dem Gohgericht Achim die Frage zur gerichtlichen Erörterung, ob die Streitigkeiten unter Nachbarn über erlittenen Viehschaden vor das Holzgericht gehörten, oder ob, wie von dem Gegner behauptet wurde, nur solche Sachen dahin gebracht werden dürften, welche die Gemeinheit beträfen und sich nicht in dominio privatorum befänden. Das Hofgericht erkannte 1779 für den Kläger und gegen das Gohgericht Achim; das königliche Ober-Appellationsgericht aber reformirte das Erkenntniß und erkannte unterm 15. Septbr. 1792, daß nach der natürlichen Beschaffenheit und dem allgemeinen Begriffe eines Holzgerichts solche Rechtsstreite dahin nicht gehörten, welche gar keine Beziehung auf die Holzung hätten, und daß daher Civilklagen, welche das interesse pure privatum, die in dominio privatorum befindlichen Grundstücke und bloße satisfactionem privatam beträfen, vor die Civilgerichte gehörten.

Wahrscheinlich (die Acten sind nicht vollständig vorhanden) hatte der Kläger in diesem Processe seine Gerechtsame bloß aus allgemeinen Grundsätzen vertheidigen zu können gemeint und das Herkommen nicht nachgewiesen; dadurch wurde das höchste Gericht auf allgemeine Begriffe als einzige Entscheidungsquelle beschränkt. Jene allgemeinen Begriffe können

aber nur aus den wirklich vorhandenen Rechtsverhältnissen hergeleitet werden, und da diese im vorliegenden Falle nicht nachgewiesen waren, so mußte die Entscheidung auf die Definitionen der Rechtslehrer gegründet werden, welche ihre Begriffe von ganz anderen, als den ihnen unbekannten achimer Holzgerichten abstrahirt hatten. Daher kommt es, daß das fragliche Erkenntniß, zwar für das Holzgericht zu Achim als Norm gelten muß, über die Competenz der Holzgerichte Grundsätze indessen ausspricht, welche mit dem Herkommen bei allen übrigen Holzgerichten des Gohgerichts Achim im Widerspruche stehen und daher in der gegenwärtigen Darstellung nicht berücksichtigt werden können.

Nach jenem Herkommen haben nun die Holzgerichte im Allgemeinen nicht bloß die Forstpolizei, sondern eine allgemeine Holz- und Feldpolizei; sie tragen den Namen Holzgerichte, ursprünglich nur a potiori. Es ist auch diese Feldpolizei keine mißbräuchliche Ausdehnung der Gerichtsbarkeit; sondern das Holzgericht ist von Anfang an nichts Anderes als ein ordentliches Märkergericht gewesen, welches alle und jede inneren streitigen und unstreitigen Angelegenheiten der Markgenossenschaft und ihrer Mitglieder als solcher geordnet und entschieden hat. Die Verfassung und der Wirkungskreis dieser Holzgerichte, sowie sie aus den alten Protocollen und den Berichten des Gohgerichts Achim hervorgeht, stimmt fast ganz genau mit der der noch bestehenden englischen Patrimonial-Feldgerichte (Court-Baron, Leet-court; vgl. des königl. preuß. Oberpräsidenten von Vincke, Darstellung der innern Verwaltung Großbritanniens, pag. 116.) überein. Hiedurch wird, da beide unstreitig auf demselben Boden entstanden sind, der ursprüngliche Charakter dieser Gerichtsbarkeit und deren Ausdehnung auf alle Gegenstände der Rural-Polizei in Feld und Wald über allen Zweifel erhoben.

Hiernach gehört also zu den Attributen des Holzgerichts:

1) die allgemeine Polizei-Aufsicht (mit der Befugniß, allgemeine polizeiliche Verfügungen zu erlassen) und die Uebertreter zu strafen. Diese Aufsicht erstreckt sich, wenn in dem Bezirke Deiche vorhanden sind, auch über diese.

2) richterliche Cognition und Entscheidung über alle privatrechtlichen Ansprüche, welche aus jener allgemeinen Polizei-Verordnung und aus der Uebertretung derselben oder sonstigen Vergehungen gegen die gute Ordnung hergeleitet werden. Hiehin gehören die Klagen über Viehschaden, Bauten auf Holzgrund, Abpflügen, Pfändung ꝛc. (vgl. Pufendorf Obs. III, 105 §. 2. tr. de Jur. Germ. III, 1. 2. §. 17.)

Es ist natürlich, daß der Polizeirichter auch über die aus einem Polizeivergehen herrührenden Ansprüche auf Privatsatisfaction und sonstige connexe Streitfragen erkennt. Ein Ausfluß der eigenthümlichen Communal-Jurisdiction ist aber

3) die Cognition und der Spruch in solchen Streitsachen, wobei es auf directe Modification oder Beschränkung in der Benutzung des Landes und in dem Betriebe des landwirthschaftlichen Gewerbes überhaupt ankommt; mithin gehören dahin namentlich alle Streitigkeiten unter den Markgenossen über Wege, Grenzen, Servituten und Gemeinheiten, nicht aber über Eigenthum.

In den unter 2 erwähnten Fällen kann nur darüber gestritten werden, ob und mit welchem Erfolge eine Störung oder Beeinträchtigung des landwirthschaftlichen Betriebes wirklich stattgefunden habe; in den Fällen unter 3 auch darüber, ob diese Beeinträchtigung nicht etwa erlaubt gewesen sei.

Vermöge dieser Eigenthümlichkeiten ist die Holzgerichtsbarkeit den städtischen Morgensprachgerichten ganz analog, indem letztere diejenigen Streitigkeiten unter den Gewerkgenossen zum Vorwurf haben, welche mit der innern Verfassung und Ordnung, mit der städtischen Corporation und der Ausübung desjenigen Gewerbes, dessen gemeinsamer Betrieb die Vereinigung der Individuen in eine Genossenschaft veranlaßt hat, in Zusammenhang stehen.

Der eben allgemein angegebene Umfang der Competenz der Holzgerichte bestätigt sich durch die einzelnen nach den Acten zur Entscheidung der Holzgerichte gekommenen Fälle. Namentlich hat das große Holtding allgemeine Verfügungen erlassen wider das Hüten der Schafe auf der grünen Saat; es sind Streitigkeiten entschieden über Wasserzüge, über vom Moor entwandten Torf, über abgepflügtes Land, über einen

in der Gemeinheit herausgerückten Zaun, über Hut und Weide, und dergleichen mehr. Dabei ist zu bemerken, daß kein Markgenosse wegen seines Landes exemt, daher jeder adeliche Gutsherr dem Holzgerichte unterworfen ist. (vgl. Acta Emsen contra v. Düring pto. Haidehiebs von 1794.)

In Polizeisachen gehen allgemeine Anordnungen, z. B. über Holzcultur, Holzanweisungen, gemeine Deiche und Dämme, Gräben, Wege, Weiden und Befriedigungen nur von dem großen Holtdinge aus. Die Ausführung der Beschlüsse und die Handhabung der Polizei liegt, unter Aufsicht des großen Holzgräfen, dem kleinen Holzgräfen und dem Geschworenen ob; letzterer hat daher auch namentlich die Ausführung und Leitung der angeordneten Deicharbeiten zu besorgen. Der große Holzgräfe hat in dem Holze die Behauungen, Anpflanzungen und Zuschläge zu bestimmen, der kleine Holzgräfe führt die specielle Aufsicht über die Ausführung. In eiligen Sachen kann, auch in wichtigeren Fällen, der große Holzgräfe allein, ohne das große Holtding zu versammeln, verfügen.

Der kleine Holzgräfe und die Geschworenen sind verpflichtet, dem großen Holzgräfen die Wrogenfälle anzuzeigen. Dieser untersucht das Factum und beruft das kleine Holtding, dem der Fall — wenn der Thäter überführt ist — zur Ansetzung der Strafe vorgelegt wird. Sämmtliche Bauleute und Köthner treten alsdann in die Findung und bestimmen die zu erlegende Strafe, welche der große Holzgräfe zwar mildern, aber nicht erhöhen darf. Uebrigens können nach der Natur dieser Gerichtsbarkeit streitige Fälle nur zwischen Holzungsgenossen vorfallen; auswärtige können vor die Holzgerichte daher nur zugezogen werden, wenn sie sich Polizeivergehungen schuldig gemacht haben, und in diesem Falle müssen sie bei ihrer ordentlichen Obrigkeit requirirt werden. (Pufendorf Obs. III, 105. §. 1. 2.)

Die Strafen sind in älteren Zeiten nach Tonnen Bier, Pfunden Flachs ꝛc. gesetzt, nachher sind Geldstrafen an deren Stelle getreten; gewisse Strafprincipien sind nicht vorhanden; wenigstens haben dergleichen von den Holzgräfen zu Hagen nicht angegeben werden können.

Eigentliche Rechtshändel, wobei die Appellationen an das königliche Hofgericht gehen, sind vordem öffentlich vor dem großen Holtdinge verhandelt; später haben die großen Holzgräfen die Processe allein instruirt und bei der Entscheidung die Vota der Gutsherren eingeholt. Nach der älteren Verfassung ging die Urtheilsfindung von den Holzungsleuten aus, und der große Holzgräfe hatte nur die Urtheile zu publiciren und zu vollstrecken. Die ganze Art des Verfahrens, sowohl in Streit- als in Strafsachen, ist aus den Holtdingsprotocollen (Anl. C, D, E, F) deutlich zu ersehen; die Anlage C ergiebt, wie kurz und summarisch ein verwickelter Fall, über den nach jetziger Verfassung Jahre lang durch mehrere Instanzen litigirt werden würde, damals ohne Advocaten und Schriften in einem Tage abgethan ist, ohne daß die Sache eben oberflächlich behandelt oder wesentliche Formen verletzt wären.

Diese lobenswerthe Verfahrungsweise hat sich aber nicht erhalten. Vielmehr ist den Holzungsleuten die Theilnahme an den Erkenntnissen entzogen und die Urtheilsfassung an die Gutsherren übergegangen, welche die Instruction der Processe in neueren Zeiten einem Advocaten als Gerichtsverwalter übertragen haben. Dabei hat sich für alle bei Holzgerichten verhandelte Processe eine gleiche Form, wie sie bei den Untergerichten stattfindet, eingeschlichen, und in ihrem Gefolge hat sich, nebst dem Procuratorenwesen, das schriftliche Verfahren, die Fristgestattungen, Restitutionen und was dem anhängig, einzubringen gewußt. Es ist daher in den neuesten Proceßacten keine Spur der eigenthümlichen Verfassung des Holzgerichts weiter zu entdecken, als der höchst zweckwidrige, Zeit verzehrende und unangemessene Gebrauch, nach welchem der Gerichtsverwalter oder die großen Holzgräfen, wenn diese den Proceß selbst instruiren, die instruirten Acten bei allen Gutsherrschaften zum Spruch circuliren lassen müssen. Es werden dabei denn nicht nur über die wichtigsten Rechtsfragen von Personen Urtheile gefällt, denen alle Rechtskenntniß völlig fremd ist, sondern auch von solchen, welche, wie z. E. Frauenzimmer, Gutsverwalter ꝛc., zu richterlichen Functionen durchaus nicht zugelassen werden sollten.

Auch bei Ansetzung der Strafen ist in neueren Zeiten die Zuziehung des kleinen Holtdings seltener geworden, und die großen Holzgräfen haben diese, wie andere Geschäfte, ausschließlich vor sich gezogen.

Mit den Holzgerichten sind verschiedene Einkünfte für den großen und kleinen Holzgräfen und die Holzungsleute verknüpft, welche, soweit sie der ganzen Genossenschaft zufallen, von dem kleinen Holzgräfen eingehoben und verwaltet werden.

Die Revision und Abnahme der Rechnung des letztern wird von dem großen Holzgräfen vorgenommen.

Die Einkünfte des großen Holzgräfen bestehen in dem Duplo des erkannten Schadenersatzes, in zwei Drittheilen jeder erkannten Strafe (ein Drittheil fällt der Genossenschaft zu, und wird derselben von dem kleinen Holzgräfen berechnet), in der Mast, dem Windfall und — jedoch nicht in allen Gerichten — der Nutzung gewisser Ländereien. In der achimer Holzgräfschaft benutzt der Gutsbesitzer zu Borstel als großer Holzgräfe zwei Stücke Landes, welche des großen Holzgräfen Land genannt werden.

Eine gleiche Nutzung von 2 Stücken Land hat der kleine Holzgräfe daselbst.

In der wiemarker Holzgräfschaft befinden sich 6 Tagewerk Heuland, welche halb von dem großen und halb von dem kleinen Holzgräfen genutzt werden.

Nach der Behauptung des Ober-Appellationsraths von der Wisch sollen die Holzungsleute verpflichtet sein, alle Kosten eines feierlichen Holzgerichts zu tragen. Es ist jedoch nicht bemerkt, worin diese Kosten bestehen, auch findet sich von einer solchen Verpflichtung in den Berichten des Gohgerichts Achim und den übrigen Acten keine Spur. Nach einer glaubhaften Nachricht werden die Kosten aus den Strafgeldrn bestritten.

Sporteln werden bei dem Holzgerichte zu Daverden in Bruchsachen nicht genommen. Ueber die Sporteln bei den übrigen Gerichten hat nichts Näheres angegeben werden können; vermuthlich stimmen die Taxen mit der des Gohgerichts Achim im Wesentlichen überein.

Seit der Usurpationszeit sind die Holzgerichte von den

Beamten zu Achim verwaltet; dieſen ſind neben den judiciellen auch die adminiſtrativen Geſchäfte, mit Ausnahme der dem Ober-Deichgräfen Callenius beigelegten Deichaufſicht, übertragen. Dabei iſt vom königlichen Cabinetsminiſterio unterm 19. März 1819 beſtimmt, daß der committirte Beamte die Sporteln genießen, der große Holzgräfe aber, ſo lange die Suspenſion dauert, die übrigen Emolumente behalten ſoll.

Bei etwaiger Wiederherſtellung würde eine genaue Ausmittelung der geographiſchen Grenzen und dabei eine Unterſuchung ſehr nützlich ſein, in welchen Holzgerichten noch Forſten und nicht aufgehobene Gemeinheiten vorhanden ſind. Die Zahl der letzten kann bei der Menge der in neuerer Zeit getheilten Gemeinheiten nicht beträchtlich ſein, und da von den älteren Forſten nur wenige noch vorhanden ſind, ſo wird die Wirkſamkeit der Holzgerichte künftig immer ſehr beſchränkt ſein.

§. 30. B. Die übrigen Holzgerichte.

Dieſe Holzgerichte enthalten größtentheils nur ein von den adelichen Gütern, welche Forſten beſitzen, ausgeübtes Recht, die Forſtfrevel ſelbſt zu beſtrafen und die Strafgelder für ſich einzuziehen. Keines dieſer Gerichte iſt mit einem beſonderen Gerichtsverwalter beſetzt.

Die Holzgerichte ſind folgende:

1) Die Güter Alfſtedt, Elmlohe und Fickmühlen im Amte Bederkeſa, ſo wie der Herr Geheime Rath von Beſt, wegen einiger Holzungen daſelbſt, haben eine Holzgerichtsbarkeit hergebracht.

2) Das Amt Blumenthal und Gericht Schönebeck haben ein gemeinſchaftliches Holzgericht zu Hohnhorſt. Es gehört dahin ein großer, vormals mit Holz beſtandener Diſtrict, die lange Haide oder die Holzmark genannt; darin befinden ſich die Ortſchaften Leſum, St. Magnus, Aumund, Lobbendorf, Beckedorf, Löhnhorſt, Eggeſtedt, Brundorf, Holthorſt, Stubben, Wollahe, Stendorf, Marßel, Vorburgdamm, Schönebeck, Leuchtenburg, Platjenwerbe, Horſten.

Die Aufſicht erſtreckt ſich auch über Hut und Weide, und das Gericht beſtellt Holz- und Weidegeſchworene. Es entſcheidet

Streitigkeiten über die Gemeinheiten, namentlich wegen des langen Holzes. Die Holzgräfen, das Gericht Schönebeck und Amt Blumenthal theilen das Grasgeld des langen Holzes unter sich. Von dem Antheile des Amtes erhält der Voigt zu Blumenthal 1 Thlr. Das Uebrige der Beamte. Die Strafgelder fallen den Geschworenen zu.

Alle zwei Jahre im Herbst wird auf dem einstelligen Hofe Hohnhorst im Gerichte Lesum Gericht gehalten, welches mit einer Mannzahl über die Holzmarks-Interessenten anfängt und sodann Streitigkeiten über Viehtriften, Schollenstich, unbefugte Pfändungen u. s. w. abthut. Hiernächst werden die 25 Holzgeschworenen der letzten 2 Jahre entlassen und andere bestellt, und zwar vom Gerichte Schönebeck aus dessen Dörfern 2, aus 10 Dörfern im Gerichte Leesum 16 und vom Amte Blumenthal 7 aus 4 in diesem Amte liegenden Dörfern. Die Strafen werden von den Geschworenen dictirt, und nur wenn darüber Streit entsteht, hat das Holzgericht darüber zu entscheiden.

3) Die von Marschalk'schen Güter Hutloh, Geesthof und Laumühlen haben ein Holzgericht über Forstfrevel in ihren in der Börde Lamstedt belegenen Holzungen Röthof, Hove, Bullenberg, Frankenholz, Bult und Werse. Sie bestellten einen Holzvoigt an Ort und Stelle; das Gericht wurde zu Lamstedt gehalten; das Amt Bremervörde, dem der Gerichtstag angezeigt werden mußte, konnte dabei durch einen Unterbedienten assistiren und wurde zur Sistirung seiner Unterthanen und Vollstreckung der Strafen requirirt.

4) Das Gut Basbeck hat ein Holzgericht über den Westerberg in der Börde Lamstedt, cognoscirt über Forstfrevel und über entwandte Feldsteine.

5) Das Gut Cassebruch im Amte Hagen hat Holzgericht über die im Amte Hagen belegenen Forstgründe, die Wäke, Lintel und Buschberg, desgleichen über das Holz zu Garlstedt. In Bokel hat es auch den ordnungswidrigen Sodenhieb zu bestrafen. Das Holz zu Lintel ist abgetrieben.

6) Das Gut Sandbeck hat Holzgericht in Wrogensachen über den Schrum, wozu auch Ohlenstedt gehört.

7) Das Gut Kuhmühlen desgleichen über die Holzungen zu Groß- und Klein-Meckelsen.

Nach einem mit königlicher Cammer geschlossenen Vergleiche vom 18. Juli 1796 können alle Contravenienten, die zu Klein-Meckelsen wohnen, unmittelbar citirt werden; zur Vollstreckung der Execution aber muß das Amt Zeven requirirt werden, und es dürfen den Unterthanen für das Requisitionsschreiben keine Sporteln angerechnet werden.

Nach dem angezogenen Vergleiche cognoscirt das Gericht über alle Facta, welche in den Holzordnungen verboten und der Holzcultur nachtheilig sind.

8) Das Gut Burg Sittensen hat Holzgericht über den Thörenwald und die übrigen Holzungen in der Börde Sittensen, worin das Gut oder die Meier desselben interessirt sind.

Die Untersuchung und Bestrafung geschieht ohne jährliches Bruchgericht auf frischer That. Ladung und Execution darf ohne Requisition der ordentlichen Obrigkeit vor sich gehen in den Dörfern Calbe, Tiste und Hamersen gegen alle Einwohner, in Groß-Sittensen, Helvesiek und Stemmen nur gegen die Gutsmeier; außerdem muß das Amt requirirt werden, namentlich gegen Einwohner zu Lengenbostel, Klein-Sittensen, Bierden, Ippensen, Wohnste, Nindorf und bei den herrschaftlichen Meiern und Erbezen zu Groß-Sittensen, Helvesiek und Stemmen.

9) Die Güter Altluneberg und Freschluneberg haben gemeinschaftliches Holzgericht über die Holzungen zu Wollingst, Frelsdorf und Havekesch. Diese Holzungen bestehen aus dem Luneberger und dem Birkentheile. Ueber den letzteren Theil, welchen Altluneberg ausschließlich in Anspruch nimmt, wird ein Rechtsstreit geführt.

10) Das Gut Freschluneberg hat Holzgericht über den Barchel bei Westerbeverstedt, desgleichen

11) das Gut Frelstorfermühlen über Appel.

Außer den vorstehenden Patrimonial-Holzgerichten kommen noch einige herrschaftliche Holzgerichte vor, welche auch insofern merkwürdig sind, als die bei denselben beachteten Principien den Gesichtspunkt an die Hand geben, wonach andere Holz-

gerichte desselben Districts im Zweifel zu beurtheilen sind. Dies ist insonderheit der Fall mit

12) den herrschaftlichen Holzgerichten in der Börde Beverstedt. Ueber diese Holzgerichte ist unterm 22. April 1752 mit den Erbrichtern zu Beverstedt ein Vergleich geschlossen, dessen Pufendorf Obs. III, 106 erwähnt. Nach diesem Vergleiche erkennt das Holzgericht über unerlaubten Holz- und Buschhieb, Viehhüten in den Zuschlägen, Feueranlegen und Haidbrennen innerhalb der Holzgrenzen, Abpflügen, Zubrechen und Ausroden auf Holzgrund, Haid- und Plaggenhieb im Holze, Sand-, Lehm- und Steingraben auf Forstgrund, das zu nahe an die Bäume Pflügen, Veränderung der Forstgrenzen, verbotene Holzwege, Schnaateln, Pöllen und Ringeln (Abschälen der Borken), Laubstreifen oder Harken, Eicheln lesen, Mast und überhaupt über Alles, was in den Holzordnungen verboten und der Erziehung, Erhaltung und Fortpflanzung des Holzes entgegen ist und zur Deterioration der Forsten gereicht.

Wenn Unterthanen über Holzhieb und Mastung unter sich in Streit gerathen und die Befugniß und das Recht selbst in Contestation gezogen wird, so gehört die Cognition vor das Civilgericht; streiten sie aber über die Art der Ausübung, und wird über eine desfallsige Uebertretung Beschwerde geführt, so gebührt königlicher Cammer die Bestrafung. Die Forstbedienten stehen in persönlichen und Officialsachen nicht unter dem Civilgerichte. In allen Fällen müssen die Personen, welche sich vor der Forstpolizei stellen sollen, requirirt werden; doch findet eine Citation des Unterbedienten ohne Requisition statt. Den auf frischer That betroffenen Frevler kann der Forstbediente pfänden, oder, wenn er unbekannt ist, arretiren. Die Pfänder und der Arrestant müssen aber dem nächsten Dorfvorsteher übergeben und das Civilgericht zu deren Auslieferung requirirt werden. Hausſuchungen finden in fremder Jurisdiction, jedoch unter Zuziehung des Dorfvorstehers, statt.

13) Eine besondere Gerichtsbarkeit steht dem Amte Osterholz zu Ohlenstedt und Lübberstedt zu. Exen sind das Amt Hagen sammt den Gütern Sandbeck, Meyenburg und Cassebruch; Markgenossen die Einwohner zu Lübberstedt und Ohlen-

stedt. Die Competenz ist wie im Gerichte Beverstedt bestimmt; die halbe Mast gehört den Holzungsleuten, die andere Hälfte dem Holzgräfen und den Exen. Jeder Geschworene hat eine Schweinemast. Streitigkeiten über Hut und Weide sind vor diesem Gerichte verhandelt. (vgl. Pufendorf Obs. II, 60.)

Endlich hat

14) das Amt Neukloster eine Patrimonial-Holzgerichtsbarkeit über die herrschaftlichen Forsten im Patrimonial-Gerichte Delm.

Gbrügge, Moorende.
Rübke.
Neuenfelde, Hasselwerder.
Nincop.
Francop.
Das adeliche Gericht.
Gräfen- und Dreigeschworenen-Rath.
Das adeliche Gericht.
Hofgericht.
Landgräfding.
Haupt-mannschaft Moorende.
Adeliches Gericht Rübke.
Haupt-mannschaft Hassel-werder.
Adeliches Gericht Nincop.
Adeliches Gericht Francop.
Haupt-mannschaft Moorende. XIV.
Contribut. Voigtei. Rübke. XV.
Hptmschft. Hassel-werder. XVI.
Contribut. Voigtei Nincop. XVII.
Contribut. Voigtei Francop. XVIII.
Adeliches und siedestes Gericht Rübke.
Sächsische Voigtei Hassel-werder.
Adeliches und siedestes Gericht und Voigtei Nincop.
Adeliches Gericht Francop.
Gräfenbr. Voigtei. X.
IX.
Crim. Ger. Voigtei. X.
Crim. Ger. Voigtei. XI.
IX.
Neuenfelde.
Dritte Meile.

Anlage B.

Protocollum

Drochterſen, beim Deichgerichte den 22. July 1672.

In Sachen

Claus Eylmann,

ctr.

Marx von der Lieth.

Actor: Er hätte mit Marx von der Lieth Streit wegen Scheidung im Außendeich, da nicht herauszukommen ſein würde, es würde dann nachgegraben, wohin der alte Friedegraben gegangen; damit auch auf Erlaubniß des Teichgräfen der Anfang gemacht, hernach aber wieder inhibirt worden; bat zu erlauben, daß damit weiter verfahren werden möchte.

Reus: Er wäre nicht geſtändig, daß ſein eigener Außendeich durchgegraben und darin der Beweis geſucht würde; es ſollte Kläger durch Zeugen wie Rechtens Beweis führen. Es lebeten noch Leute, als Diederich von Borſtel, Jürgen von Broke und Claus Freſe, welche vor 30 Jahren ſchon Wiſſenſchaft gehabt, wie es mit der Scheidung bewandt; daß es ihme alſo, wann er befugt, an ordentlichem Beweis nicht ermangelte. Es wäre der Butendeich, da der alte Friedegrabe hergegangen, bei Umlegung der Schleuſe 5—6 Spieß (Spaden tief) weggekoyert (horizontal weggegraben und erniedrigt), wie Diedrich von Borſtel ausgeſagt hätte, wäre alſo durch ferneres Graben keine Nachricht zu erhalten.

Erkannt:

durch Carſten Vieth (den Worthalter) eingebracht, daß Kläger den Beweisthum durch fernere Grabung in Beklagten Außendeich zu führen nicht befugt, bevorab weilen Kundſchaft vorhanden, daß daſelbſt bei Umlegung der Schleuſe die Erde 5—6 Spieß hinweggekoyert, und dahero Kläger, dafern er von Beklagtens Außendeich annoch etwas mit Recht zu prätendiren zu haben vermeinet, ſeinen Beweis durch vorhandene Zeugen förmlich zu führen ſchuldig ſei.

In fidem subscr.
Fr. Wolff
Secr. Keding.

Anlage C.

Uphuſer Holzungsprotocoll vom 30. April 1673.

Anno 1673, den 30. April, Morgens um 8 Uhr, der Hochedelgeb. geſtrenge ꝛc. Herr Franz Julius von der Lieth zu Baden Erbgeſeſſen, noie des ꝛc. Chriſtian Ulrich Schützen zum Wöhrde Erbgeſeſſen, als gr. Holzgräfen der Uphuſer Holz- und Feldmark, in des kleinen Holzgräfen Seekamp zu Uphuſen Behauſung erſchienen und daſelbſten die Uphuſer Holzungsleute als zu einem Holzungsgericht bereit vor ſich gefunden, da denn der ſubſtituirte Herr große Holzgräfe dem kleinen Holzgräfen ein Holzungsgericht zu hegen und was dem anhängig zu halten anbefohlen, welches auch ſolenniter geſchehen.

Der kleine Holzgräfe wieder eingebracht, daß die Mannzahl richtig befunden, und die Geſchworenen nichts Strafbares einzubringen gehabt.

Dieſemnach hätte der Köthner daſelbſten Urban Mehlhop, gleich mit gegenwärtig, vor einiger Zeit ſich beklaget über Rübcke Meinecke daſelbſten, daß derſelbe eine bei ſeinem Hauſe ſich befundene Waſſerlöſe wider alles Herkommen ohne der Holzungsgenoſſen Wiſſen und Willen zugedeichet, welchem eigenthätigen Beginnen die Holzungsleute widerſprochen, da er ſich denn ſchuldig erkannt und davor auf $1\frac{1}{2}$ Thlr. abgehandelt, nachgehends aber die Abhandlung revocirt und ſolche nicht abſtatten wollen.

Bekl. Rübcke Meinecke wendet dagegen ein, daß er gute Fug und Macht gehabt, ſolche Waſſerlöſe öfters zuzudeichen, weilen es ſeines Gutsherrn Land wäre; hätte zwar einsmals vor der Hölzung auf $1\frac{1}{2}$ Thlr. und zwei Viertel Biers abgehandelt, wäre aber damals dazu geängſtigt.

Der Herr große Holzgräfe vor nöthig befunden den locum quaestionis ſofort in Augenſchein zu nehmen, wohin ſie ſämmtlich ſofort ſich verfüget, und zugleich mit erſchienen des Rübcke Meinecke Gutsherrn Herrn Baumeiſter Sarnighauſen Gevollmächtigter Structurvoigt aus Bremen, Hinrich Magorus, um des Meyers Nothdurft beobachten zu helfen.

Ist demnach im Regenkamp die s. g. Wasserlöse als eine niedrige angrige Grund unter den Zaun entlang befunden, so an dreyen Orten neulich zugedeichet gewesen.

Rüpcke Meinecke gestehet abermals solche Zudeichung, die er deshalben gethan, damit nicht Urban Mehlhop eine Gerechtigkeit mit dem Aufgraben in seinem Kamp machte, weil einmalen eine Wasserlöse darin gegraben gewesen; ohne daß Urban Mehlhop vor drei Jahren die Wasserlöse beneben seinem Hof in seiner Gegenwart aufgeräumt, welches er zwar demselben damals nicht widersprochen, hätte es aber zu Zeiten wieder zugedeichet.

Urban Mehlhop dagegen eingewandt, daß, wenn Rüpcke Meinecke Koppelpferde oder Ochsen zu weiden in den Kamp genommen und dadurch die Grüppen zutreten lassen, auch wohl ihr Zaun, welcher ihnen schwer zu halten, viel davon vernichtet worden, er solche allemal ungehindert wieder aufgeräumt, damit ihme kein Schade an seinem Zaun widerfahren möchte.

Der kleine Holzgräfe meldet an, daß Jürgen Mehlhop gute Wissenschaft um diese Wasserlöse habe, welcher denn vorgefordert, und nach treuer Ermahnung von dem Herrn großen Holzgräfen befraget.

Jürgen Mehlhop saget aus:

daß er ungefähr bei 80 Jahren schon auf der Welt gewesen, 40 Jahrelang aber, und noch wohl darüber nur auf selbiger Kothstelle nahe bei dem Kamp gewohnt, hätte allemal nicht anders gedacht (die Sache angesehen) als einen niedrigen Ort und Sittnuß (Sietniß, Niederung), da das Wasser hingelaufen; hätte auch wohl zu Zeiten aus der Grüppe an seinen Zaun etwas geworfen, Rüpcke Meinecke hätte es aber wieder abgerissen.

Der kleine Holzgräfe bringt weiters vor, daß, wie vor 14 Tagen die Holzung diesen Ort in Augenschein genommen, Carsten Meinecke daselbst gegen seinen Bruder Rüpcke Meinecke die Worte gesprochen: „Rüpcke, wenn es dieser Ort ist, so hättest du nicht nöthig gehabt, solchen zuzudeichen, da hast du große Schuld mit“.

Carsten Meinecke gestehet solcher Worte gedacht zu haben, könnte aber nicht sagen, daß es vor eine Wasserlöse wäre gehalten worden.

Rüpcke Meinecke bezieht sich auf Johann Reimers den Alten, welcher die Wahrheit sagen möchte, weil aber derselbe wegen Alters nicht ausgehen können, der kleine Holzgräfe nebst Harm Reimers und Diederich Brünigs zu demselben gesandt, um ihn darauf zu befragen.

Die drei Abgeordnete referiren hinwiederum, daß Johann Reimers geantwortet, wie er vormals auf Gerd Arend jetziger Stelle, so auch an dem Regenkamp belegen, gewohnt, wäre das Wasser, so in seinen Hof gekommen, aus seinem Hof, der damals niedrig gewesen, in Regenkamp durch die Sietniß herdurch gegangen.

Der Herr große Holzgräfe befehlet dem kleinen Holzgräfen, die Holzungsgenossen zu befragen, was sie diesfalls über Rüpcke Meinecke erkennen können, ob er recht oder unrecht gethan, daß er den Graben eigenthätigerweise zugedeichet.

Der kleine Holzgräfe bringt wieder ein, daß die Holzungsgenossen vor Recht erkennen:

daß Rüpcke Meinecke wegen eigenthätiger Zudeichung der Wasserlöse in seinem Kamp schuldig sei, vor dem Herrn großen Holzgräfen und der ganzen Holzung abzuhandeln.

Der Herr große Holzgräfe darauf erkannt:

daß Rüpcke Meinecke den durch Eintreibung einigen Viehes hiernächst verursachenden Schaden an des Urban Mehlhops Befriedigung abzuwenden oder davor Erstattung zu thun (wogegen aber Urban Mehlhop hinfürders sich des Grabens im Regenkamp zu enthalten auferlegt wird), den Graben oder niedrigen Grund in solchen Stand, wie solches vor langer Zeit, auch noch vor 14 Tagen gewesen, zu lassen, und dasselbe, so er an drei Orten zugedeichet, inner drei Tagen, bei Strafe 5 Mark, wieder auszuräumen, imgleichen wegen eigenthätiger Zudeichung vor dem Herrn großen Holzgräfen und den Holzungsgenossen abzuhandeln schuldig und gehalten sei.

Albert Seekamp klaget, daß über seine Wurth, bei Hinrich Seekamp belegen, ein Fußsteig gemacht würde,

bittet, daß solcher eingestellt werden möge, weilen niemalen solcher darüber gegangen.

Der Herr große Holzgräfe läſſet die Holzungsleute darüber befragen, die dann darauf geantwortet, daß zwar kein Fußſteig über die Wurth gehe, es müßte aber Carſten Meinecke ſeine Steegel niedriger machen, damit die Korbträger darüber kommen könnten.

Worauf der Herr große Holzgräfe den Holzungsleuten anbefohlen, ſich des Weges über der Wurth zu enthalten, hergegen Carſten Meinecke anbefohlen, bei 5 Mark Holzungsſtrafe, den Steegel dergeſtalt zu machen, daß Albert Seekamp nicht weiter beſchwert und Jedermann über die Steegel kommen kann.

In fidem prot.
Andreas Groskopf
Not. Caes. Publ.

Anlage D.

Extract Oyter Holzgerichts-Protocolli, de 24. April 1738.
wobei erſchienen:

der Herr Hauptmann von Cramm, als großer Holzgräfe,
" " Landrath von Schölle,
" " Capitain von Zabeltitz,
" " Hohgräfe von Weißenfels,
" " von Heimbruch,
" " Syndicus von Köhner,
" " Intendant Meyer,
" " von Münchhauſen,
" " von Düring,
" " Paſtor Willmer,
" " Poſtverwalter Wichmann, wegen der Frau Generallieutenantin von Klinkowſtröm und für ſich ſelbſt.

Albert Blade von Baſſen beſchwert ſich, daß Johann Detjen, welcher ſeine und andere benachbarten Schweine im Korn gefunden, jene geſchüttet, die andern aber nur gewroget, und wäre der ganze Schaden auf 1 Scheffel Rocken von den Geſchworenen äſtimiret.

Auf eingeholte Nachfrage, daß bei der Dorfschaft Bassen nicht zu schütten, sondern zu wrogen hergebracht sei, so wird dem Johann Detjen dies Verfahren ernstlich verwiesen und er angewiesen hinkünftig nicht zu schütten, sondern nur allein zu wrogen, Albert Blade aber zu dem ästimirten Rocken seinen Antheil mit zu erlegen schuldig. Actum ut supra.

Jacob Gercken
Not. Caes. Publ.

Anlage E.

Extract Ehmser und Bierder Holzgerichts-Protocolli, gehalten Achim, den 10. Juli 1716.

Praes.

der Herr Verwalter Knabbe, nomine des Herrn von Heimbruch, als großen Holzgräfen,
Item, derselbe in Vollmacht S. E. des Herrn Generallieutenant von Klinkowstroem,
dann auch wegen des Guts Emsen,
der Herr Landrath von Düring,
" " Franz Julius von der Lieth zu Baden,
" " Einnehmer Beckmann wegen der Kgl. Meyer,
" " Magister Willmer.

Ratje Meyer in Bierden beschwerte sich, daß, ungeachtet nach des kleinen Holzgräfen Frerich Kothen Gezeugniß, Albert Meyern anbefohlen worden, daß er seinen ausgesetzten Zaun soweit einziehen solle, damit Ratje Meyer seinen vorigen Platz zur Bauung einer Scheune wieder erhalten könnte, er dennoch solchem nicht nachgelebet, sondern den Zaun auf der alten Stelle stehen lassen, bat, daß gedachter Albert Meyer zu Einziehung des Zauns angehalten werden und er zu dem Seinigen gelangen möge.

Bescheid:

Gutsherren finden billig, daß Ratje Meyern seine Scheunstelle vollkommen wieder zugestellt werde, weilen aber der Gegentheil nach Holland verreiset, bleibt demselben reservirt, ob er etwas dagegen einzuwenden habe.

Actum ut supra.
Jacob Gercken
Not. Caes. Publ.

Extract Prot. den 7. Juni 1724.

Ratje Meyer erwähnte abermals wegen seiner beregten Scheunstätte, bat, daß die Schnede solchergestalt verbleiben möchte, wie sie in praesentia des Herrn Intendanten Renner und Herrn Verwalter Knabben befunden, er prätendirte des andern Schaden gar nicht, weil er aber mit einer Scheunstelle berechtigt, selbige auch in drei graden Linien sich befinde, so wäre wohl nicht anders zu schließen, als daß es an der vierten Seite eben so sein müsse.

Conclusum:

daß nach denen vor 2 Jahren geschlagenen Pfählen die Linien gezogen und also Ratje Meyern sein Scheunplatz, wie er ihn jederzeit gehabt, verbleiben solle.

Actum ut supra.
Jacob Gercken
Not. Caes. Publ.

Anlage F.

Uphuser Holzungsprotocoll vom 25. Februar 1706.

Johann Meinecken hat in Johann Meyers seinem Hofe, wie er an seinem Zaun gearbeitet, den Busch geworfen, und ihm sein besaamtes Land verdorben.

Ist ihm gelassen zu ein Vorspann nach der Stadt oder zu 2 Pfund Flachs.

Poena dictata: 24 Grote.

Die Wehrpflicht des Erzstifts Bremen im Jahre 1551.

Mitgetheilt vom Landessecretair v. d. Decken in Gauenstedt.

Im Jahrgange 1837 des Vaterl. Archivs finden sich S. 228 ff. „Ritterrollen der Bremischen Ritterschaft“ abgedruckt. Die erste derselben, de 17. April 1557 — eigentlich keine bloße Ritterrolle, sondern die ganze Landschaft berührend — ist, schon weil die älteste, auch die interessanteste. Um so mehr ist zu bedauern, daß die darin vorkommenden Namen zum Theile bis zur Unkenntlichkeit entstellt, zum Theile ganz unrichtig angegeben sind*). Ein sehr undeutliches Manuscript muß zum Grunde gelegen haben.

*) Z. B. steht da: „alle de Becker mit Jürgen Bider vann der Nagetgede“ statt „die Bicker sämmtlich, worunter auch Jürgen Bicket von der Nagel Gut“ (die Familie v. Nagel war damals ausgestorben); „van Arem“ statt „v. Apen“; „Claus Horneburg“ statt „Claus Hermeling“; „Zehlichting“ statt „Schlichting“; „Ochraffam Frese van denn Osterstader güdern“ statt „Ottrave (ein damals häufiger Vorname) Frese von den Otterstedter Gütern“; „Diedrich von Mandelsloh von den Hanborger güder“ statt „von den Heimbrucher Gütern“; „Diehmer Kras“ statt „Dittmer Plate“; „Dokvorneß“ statt „die Warner“; „Johann Svengo“ statt „Sempf“; „Karte“ statt „Katte“; „Pole“ statt „Pahl“; „Woldekam“ statt „Wolderich“; „Gordeß“ statt „Gerdes“; „Ewen“ statt „Eitzen“; „Wignes“ statt „Vigen“ (Fiegen); „von Werder“ statt „von Würden“; „Friedrich und Altade Rennekam“ statt „Friedrich und alle die Rönnecken“; „Abbot de Possle“ statt „Albert de Rese“; „Grube“ statt „Göbe“. Die auf die Ueberschrift „Ostinger“ folgende Ueberschrift „Tegenhuser“ (Thedinghäuser?) muß ganz wegfallen, oder doch „Regenhuser“ (Reuhäuser) heißen, da die darunter stehenden Personen noch Oestinger waren, oder im Amte Reuhaus wohnten. — Die übrigen loc. cit. beigebrachten Ritterrollen bedürften ähnlicher Berichtigungen.

Ich beſitze nun ein handſchriftliches Volumen — ſcheinbar aus der Mitte des 17. Jahrhunderts —, worin allerlei Bremiſche Landſchaftsbeſchlüſſe, erzbiſchöfliche Capitulationen u. dgl. aus dem 16. Jahrhunderte zuſammengetragen ſind*).

Darin iſt auch enthalten:

„Sad-Zettel der Bremiſchen Ritter- und Landſchaft. Im Jahre 1551 den 17. April zu Scharmbke (Scharmbeck) gemachet, doch eines Jedwedern Ehehaftige Inſage vorbehaltlich.“

Dieſer Satezettel, welcher beſagt, was die Stände an Reutern und Fußvolk zu präſtiren haben, ſtimmt im Weſentlichen mit der Eingangs gedachten Rolle de 1557 überein und ſollte man, da beide überdem vom 17. April datiren, beide auch in Scharmbeck — kein gewöhnlicher Zuſammenkunftsort der Stände — aufgeſtellt ſind, deshalb anfänglich faſt glauben, daß es ſich hier um ein und dasſelbe Document handle (wovon nur in einem Exemplar die Jahrszahl verſchrieben wäre). Indeſſen ſpricht doch Vieles dafür, anzunehmen, daß ſie verſchieden ſind, daß der „Zettel“ de 1551 nur einen, vielleicht von Commiſſarien abgefaßten, Entwurf (daher auch in rubro: „Einreden vorbehältlich“), die Rolle de 1557 aber den definitiven Beſchluß der Landſchaft enthalte. Denn es weicht in der letzteren die Zahl der zu ſtellenden Pferde und Mannen nicht nur vielfältig von der in dem erſteren feſtgeſetzten ab, ſondern es finden ſich auch in dieſem verſchiedene Perſonen als noch lebend aufgeführt, wovon 1557 ſchon die Wittwen oder Erben erſcheinen, und umgekehrt, dort nur im Allgemeinen Familien oder Miterben, hier aber bereits ein beſtimmter Gutsinhaber.

Jedenfalls wird durch den Satezettel de 1551 die Rolle de 1557 erſt hinlänglich verdeutlicht und verſtändlich. Auch iſt er im Ganzen reichhaltiger und giebt viel mehr einzelne Perſönlichkeiten.

---

*) Angehängt iſt u. A. eine Abſchrift des vom Herrn v. Hodenberg hinter dem „Börder-Regiſter“ beſprochenen „Johannis Rhode archiepisc. Chronicon vel Registrum bonorum et jurium ecclesiae Bremensis.“

Ich halte es daher um so mehr für gerechtfertigt, ihn — sollte er auch nur zur Erläuterung jener Rolle dienen — nachstehend folgen zu lassen, als uns hier die erste bekannte Bremische Matrikel in dieser Art und Specialität entgegentritt und die darin enthaltenen Nachweisungen über die alten Bremischen Geschlechter, so wie die Bedeutung ihres Grundbesitzes, für Manche von nicht geringem Interesse sein dürften. (Mein Scribent hat übrigens das ursprüngliche Plattdeutsch meist — auf seine Weise — in Hochdeutsch umgesetzt.)

Sate-Zettel

der Bremischen Ritter- und Landschaft de 1551 (vid. oben).

Die von Zesterflieth	8	Pferde
Die von Düring	6	„
Melchior und Caspar Schulte	8	„
Garleff und Detleff Schulte	4	„
Frantz und Cort von der Liehte	8	„
Joist, Otto, Dieterich und Bartold von der Lieht, In der Böhrde Ringstede	4	„
Segebade, Jürgen und Frantz wittiben, wie dan auch Johan und Frantz Marschalck	8	„
Die von Brobergen mit Hermann von Brobergen von Gronings gudt Samptlich	4	„
Die von der Kuhla	4	„
Die Bicker Sämptlich worunter auch Jurgen Bicker, von der Nagel gued	10	„
Die von Lunenbarge von Petersfeld (Beverstedt?)	4	„
Die von Issendorpff	4	„
Berent von Wersabhe	5	„
Arent von Wersabeh	2	„
Carsten von Wersabhe	2	„
Die von Schwanewedel	2	„
Die von Schönebeck	3	„
Herbert von Apen	2	„
Die von Sandtbecke	2	„
Aeberhart, Seba, Marten, Arendt und Alverich von der Hude	7	„

Otto, Jürgen und Otto der Junger von der Hude	7	Pferde
Die Cluver zum Cluvenhagen	8	„
Hinrich, Alverich und Hinrich Cluver von der Cluver gut	4	„
Hinrich Cluver der Alte von wegen der guter geheiſen von der Helle und Sehebecken	4	„
Hinrich Cluver der Junger von Carelhaken wegen	1	„
Claus Hermeling, von Carlhaken wegen, und Ahmendorpffes gued	3	„
Benedix Klenke	2	„
Everd Klenke	1	„
Johan Quiter von der weichel (Wechold)	3	„
Die Spadiſche	1	„
Die von Horne Semptlich	6	„
Jurgen von Barſſen	1	„
Hinrich von Mandelſchlo	3	„
Herbert und Johan von Mandelſchlo	2	„
Die von Staffhorſt von wegen des landes in der Marſch Thedinghauſen	1	„
Ludolpf Klenke zur Schlüſſelburch und ſeine Vettern	1	„
Die Schlichting	1	„
Heyn Spaden Kinder	1	„
Othrawe Frieſe von Otterſteter güder	2	„
Dirck von Mandelſchlo von wegen der Heinbrucher güter	3	„
Die von der Deken	8	„
Claus Kule	5	„
Hinrich Korff Jurgens Sohn	3	„
Melchior, Jochim und Jacob Korff	3	„
Moritz und Marquart von Rindorff	4	„
Die Drewes leute	4	„
Erich und Otto von Hadelen	2	„
Marx Lutke und ſein bruder	2	„
Bartold von Reimershauſen	2	„
Bartold und Peter Göben	1	„
Claus und Paridom Korff	2	„
Die von der Wiſch	2	„
Marquart von Reimershauſen	1	„
Auſtin, Bartholt und Jacob von Reimershauſen	1	„

Otto und Jurgen Grube	1	Pferde
Die Schwarten	3	„
Willhatt Offe	1	„
Johann Plate	1	„
Chriſtoffer Bremer	2	„
Claus, Jacob und Bartold Brummer	2	„
Die Brummer auffm Kampffe (Kamp bei Drochterſen)	2	„
Arent Quiter	2	„
Peter Blancke	1	„
Ditmar Platen Kinder	2	„
Wilhelm Kuhle	1	„
Jürgen Bremer zu Wechtern	1	„
Friedrich und Margarete Bremers (!)	6	„
Johan von der Mehden	1	„
Johann Offen	1	„
Die Warners	3	„

Bey der Oſten.

Johan und Gert Aleſes	2	„
Claus und Gert vom Ronne	2	„
Bartholt vom Rönne	1	„
Johan Wolderich	1	„
Erich vom Broke	2	„
Johan Sempff	1	„
Bartholt Katt	1	„
Emeke Schärmer	1	„
Heyn und Otto Schütte	2	„
Marx Eitzen	1	„
Hinrich und Otto Pahl	1	„
Johan Gert (Gerdes)	1/2	„

Oſter Städe.

Die Bärnflieht (Bardenfleth)	2	„
Die Viegen	2	„
Die von Kampffe	2	„
Friedrich und alle die Rönnicken	2	„
Die gebrüdere von whurden	2	„

Die Wittmers	2	Pferde
Johan. Hinsch (soll wohl Hinrichs heißen) mit seinen brüdern	1	„
Cort Martens mit seinem bruder*)	1	„
Claus Lauwenstein mit seinem bruder*)	1	„
Luder Francke von Westoltze*)	1	„
Fedde Halber*)	1	„
Die Hoyyen*)	1	„
Albert de Reße (Rese)	1	„
Die Stadt Bremen	30	„
Die von Stade	10	„
Die von Buxtehude mit der Möhlen (?)	10	„
Die festung Hagen	5	„
Stotell	3	„
Tetinghausen	4	„
Langewedel	6	„
Ottersberg	4	„
Summa aller Reisigen pferde	328½	pferde.

Satung der Haußleute Anno 1551 den 17. Aprilis zu Scharmbecke gemachet.

Die Wörstfriesen	800	Fußgänger
Die Oesterstäder	200	„
Die Stöteler	50	„
Die Byländer	100	„
Die von Lede (Lehe)	40	„
Die börde zu Dibberstäde (Depstedt)	40	„
Die börde zu Ringstede	40	„
Das Ampt zum Neuenhause	300	„
Bey der Osten	40	„
Zur Wettern im Neuenlande	30	„
Die Kedinger	600	„
Die Oldenländer	400	„

*) Alle diese Familien finde ich sonst nirgend unter den Osterstader Junker-Familien mit aufgeführt, selbst bei Kobbe — der selbst dazu gehörte — in seiner Abhandlung über dieselben (Vaterl. Archiv, Jahrg. 1821, S. 295) nicht. Dagegen fehlt auffallender Weise oben die Familie Kobbe ganz.

Die Börde zu Lamstede	50	Fußgänger
Die Börde zu Oerell	40	„
Die Börde zu Bevestede	200	„
Die Börde zu Bramstede	80	„
Die Börde zu Scharmbecke	40	„
Die Börde zu Leeßmen	40	„
Neyen Karken	20	„
Jurgens land	15	„
Ampt Thedinghausen	40	„
Zwischen Langwedel und Bremen	80	„
Das Ampt Ottersberg	80	„
Kirchspiel Rade	20	„
Die Börde Seltzen (Selsingen)	40	„
Die Börde zu Mulsen	30	„
Die Börde zu Oldendorff	30	„
Barelstete (Bargstedt)	30	„
Auß dem Dahlm (Delm)	30	„
Die Börde zu Sitzen (Sittensen)	30	„
Summa aller Haußleute	3483	zu Fueß.

Das Verhalten der Stadt Hannover im Jahre 1625, beim Beginne des dänischen Krieges.

Vom Dr. Onno Klopp.

Es ist eine häufige Annahme, daß der niedersächsische Kreis sich gern an dem Kriege Christians IV. von Dänemark gegen den Kaiser betheiligt habe. Diese Annahme ist lediglich traditionell. Weder die Mehrheit der Fürsten des niedersächsischen Kreises, noch viel weniger die Städte und übrige Bevölkerung wünschte den Krieg. Die Mehrheit war vielmehr kaiserlich gesinnt. Ueber das Verhältniß der Stadt Hannover giebt folgender Bericht aus dem Archive derselben Auskunft. Derselbe liegt im Archive der Stadt nur handschriftlich, jedoch mit der Aufschrift versehen: „im Jahre 1625 ergangen". Da er an keine Person gerichtet ist, so muß ihn der Rath der Stadt für den Druck bestimmt haben, wie es damals mit dergleichen Erklärungen und Berichten allgemeine Sitte war.

„Bericht was sich bei der Kön. Dennemarkischen Einquartierung alhie alß domals Kreißobristen in Anno 1625 im Monat October begeben und zugetragen.

Nachdem höchstgedachte Kön. Majestät in Dennemark als des löbl. Niedersächs. Kreises Obersten zu vielmalen begehret eine Besatzung in dieser Stadt zu haben, damit dieselbige für des Herrn Generals Grafen Johann von Tilly Armee desto besser gesichert sein möge:

zu sollichen Behuf auch von Ill. Friedrich Ulrich Herzogen zu Br. und L. F. G. und Herrn unterschiedliche auch Pönal-

Mandate die Königlichen Garnisonen einzunehmen, einem Ehrb. Rath insinuiren lassen:

So hat doch ein ehrb. Rath sich lang ufgehalten und verweigert solliche Königliche Garnisonen einzunehmen und besorgt, daß sie die Römische K. Majestät unseren allergnädigsten Herrn damit offendiren und ihnen hier nächst sollichs unverantwortlich fallen möchte.

Nichtsdestoweniger haben die Kön. Offiziere je länger je stärker angehalten, die Garnisonen uf Befehlig der Königl. Majestät und hochgedachts u. F. G. und Herrn einzunehmen, mit allerhand vielfältigen Bedrohungen.

Und weil zu diesem wichtigen Werke der Ausschuß von der Gemeinde müssen gezogen werden, hat sich befunden, daß etliche aus der Kaufmanns-Innung, wie auch aus der Gemeine von den Königl. Offizieren auf ihre Seite gebracht, und uf die Kön. Garnison gestimmt und gerathen.

Darauf ferner gefolgt, daß E. Ehrb. Rath auch die Doctores, so in dieser Stadt zu befinden, convociren lassen und in diesen wichtigen Sachen consulirt und also alle mittel und wege versucht zu verhindern, daß die Kön. Dennem. Garnison nicht eingenohmen werden möchte.

Als aber auf den 17. October Anno 1625 abermalig der Ausschuß von der Kaufmannsinnung, der Gemein und sambtlichen Ehrlichen Aemtern zu Rathhause gefurdert und von diesem wichtigen Punkt tractiret und in E. Ehrb. Rath fast hart gedrungen worden, ist inmittelst der Obriste Wachtmeister, der von Schlambsdorff, ungefurdert in die Rathstuben komen, sich unter die Gemeinde gestellet, ufs beste er gekonnt die Gemeinde persuadiret die Königliche Garnison oder Besatzung einzunehmen, die Motiven unter anderen angezogen, das Ihre Königl. Majestät als Nieders. Kreysoberster die christliche wahre reine Religion zu erhalten und zu beschützen gemeinet, und die Gemeine so weit überredet, daß ein gemein Geschrei worden: man sollte Ihr K. M. und deren Garnison uf- und einnehmen.

Bey diesem Wesen wird nicht geleugnet, daß Dirichs Solge als ein Glidmaß des Rathes für den Bürgermeister-

Disch getretten und die Einnehmung der Garnison getreulich und wohlmeinendlich widerrathen.“

Wir schalten hier die Erklärung Solge's ein. Derselbe hat nach einer notariell beglaubigten Erklärung, die sich ebenfalls im Archive findet, mit gebührlichem Ernste und eifriger Treu öffentlich so laut und frei herausgesprochen, daß es der ganze Rath und die Geschworenen allesammt wohl könnten hören: man sollte allewohl und recht bedrachten, wie der allmächtige Gott je und allewege über seiner Ordnung mit gewaltiger Hand gehalten. Er wolle nicht sprechen von alten Geschichten, von Datam und Abiram, sondern von denen, die in frischem Gedächtnisse seien, wie der vermeinte König aus Böheimb durch Gottes Kraft am weißen Berge gestürzt, der sich selbst um Land und Leute, ja um kurfürstliche Ehre und Reputation gebracht. — „Und wofern wir uns nun von unserer von Gott vorgesetzten höchsten Obrigkeit, dem römischen Kaiser deutscher Nation, wollten ablenken, und an einen fremden König hängen, dem wir weder angeboren, noch verschworen: solches würde man besorglich noch hiernächst mit Zahnkirren und Haarraufen beseufzen müssen.

Denn es kann der verführte König von Dänemark in seinem unbefugten Krieg, wider Gott und sein Wort, kein Glück, keinen Sieg, keinen Segen oder Wohlfahrt haben. Will man mir solches nicht glauben, so thut mich in ein Gemach mit nothdürftiger Speise und Trank und verwahrt mich. Wenn dann der König siegt: so mögt ihr mich strafen an Leib und Leben.“

Also Solge. Der Bericht fährt fort: „All dieweil es aber bereits den Bürgermeistern und Rath übers Haupt genohmen worden und sich nicht langer ufhalten können:

So hat der domalig regierende Bürgermeister Hermann Barteldes öffentlich gesagt: „Liebe Herren, diese Sachen sein großer Importanz, und ist wohl nöthig daß man all wohl betrachte was man thut, dieweil nun wir allhie (als in der ordentlichen Rathsstube) nicht Raum und Platz haben können: so wollen mir die Rathsherren in das nächste Gemach (der Geschworenen Stube genannt) nachfolgen.“

Ist damit ufgestanden, auß der Rathsstuben in itztgemelte Stuben gangen, darauf ihm auch die Rathsherren gefolgt.

Ehe sich nun gedachter Bürgermeister Hermann Bartelbes niedergesetzt und für der Taffel gestanden, hat er überlaut folgende Worte gesprochen:

„Ich bezeuge für Gott und der Welt, daß ich in diese Rathschlege nicht gehelet oder gewilligt habe, sondern daß mir dieses übers Haupt genohmen, und ich hiernächst für Gott, der Welt und der Posteritet dieserwegen entschuldigt sein will."

Darauf hat der Bürgermeister Dr. Jacobus Bünting eben dieselbigen Worte auch geredet und ausgesprochen. Danächst der Syndikus Georgius Rafeke sehliger ebenmäßig solliche Wort geredet, folgends die übrigen Rathsherren, so dem Bürgermeister in obgedachte Stuben gefolgt, sich gleichmäßig erkläret und vernehmen lassen.

Wie dieses also ergangen, ist der Wachtmeister, der von Schlammersdorf, mit denen bei sich habenden aus dem Ausschuß und Gemeinde zu den Bürgermeistern und Rathsherren in die Stuben gedrungen, mit Anzeige, es wäre uf die Garnison beschlossen. Die Königl. Majestät zu Dänemark wollte die Besatzung für sich selbst außer der Stadt Unkosten zahlen und unterhalten, hat darauf einen Beutel mit 125 Rosenobeln (so 500 ℔ austragen sollten) uf den Disch ausgeschüttet, und gesagt: man solle anfangs selbige an Proviant für die Soldaten verwenden und einkaufen, und demnächst davon gegangen.

Diese Rosenobel hat anfangs niemandes zu sich nehmen wollen, biß danechst dem Camerarius Johansen Baßmer befohlen (als Jedermann davon gangen) solliche zu sich zu nehmen, der sie ferner Alert Richter, einem Bürger, Brod dafür einzukaufen, zugestellet.

Und als darauf beede Armeen sowol der Herr General Graf Johann von Tilly uf Rickling und den Linderberg über dem Wasser die Leine der Stadt Hannover zugezogen, ist zugleich am 27. Octbr. a. 1625 das Königliche Dennemarkische Kriegsvolk für dem Steinthore und über die Neu-

ſtadt uf den Brand 13 Fendlein in Batallii ſich legen das Kaiſerlich Volk geſtellet, auch bei dem Rothen Turme 16 Schanzen gemacht, darin 4 Stück Geſchütz gebracht und uf die Kaiſerlichen, ſo am Linderberge gehalten, geſpielet, aber keinen Schaden gethan.

Bei dieſem Verlaufe ſein 2 Fendlein Soldaten unter dem Oberſten Philipp Lippen in die Veſtung eingezogen, und weil ſie nicht loſirt geweſen, die Nacht ufm Walle verblieben, biß ſie folgende Tage bei die Bürgeren mit großer Mühe und Widerwillen in die Quartier unterbracht worden.“

Aus anderen Actenſtücken geht nun Folgendes hervor.

Der Rathsherr Solge war mit dieſem Ausgange der Sache keineswegs zufrieden. Auf die Rede des Bürgermeiſters Barteldes rief er aus: „An ſolchem Haupte, dem leider die Unterglieder übergewachſen ſind, kann ich fortan kein Glied bleiben.“ Er enthielt ſich ein Jahr lang aller amtlichen Functionen als Rathsherr. Die Folge war, daß der Magiſtrat ihm das Bürgerrecht der Stadt entzog. Solge dagegen erhob nun laut den Vorwurf, daß der Rath in dieſer Beſatzungsſache ſchlaffe Nachgiebigkeit gegen die Dänen bewieſen habe. Der Rath vertheidigte ſich Decbr. 1627. Er habe auch da noch nach der allgemeinen Erklärung aller Mitglieder nicht eingewilligt, auch dem Herzoge Friedrich Ulrich ſelbſt noch wieder geantwortet, daß die Einnahme der Beſatzung den Kaiſer, unſern allergnädigſten Herrn, nicht wenig offendiren werde.

„Und ſind wir noch einen Weg als den andern bei unſerer Weigerung verblieben, bis endlich zwo Däniſche Compagnien, wie der Herzenskündiger weiß, wie durch Waffengewalt uns gleichſam aufgezwungen worden. Wogegen wir aber uns reſervirt haben, daß wir vor Gottes Angeſicht, für alle höchſtgedachter Röm. Kaiſerlichen Majeſtät und der ganzen ehrbaren Welt entſchuldigt ſein wollen.“ — Er habe denn ferner mit ziemlicher, jedoch ungerühmter Sorgfalt mit Vorwiſſen des allergnädigſten Kaiſers und des Kaiſerlichen Generals Tilly, mit Vorwiſſen ferner des gnädigen Landesfürſten Friedrich Ulrich, und des Herzogs Chriſtian von Celle, die

Dänische Garnison ungeachtet der Drohungen der Königlichen Armee ausgeschafft.

Der Rath beharrte dabei, dem ehemaligen Rathsherrn Solge das Bürgerrecht nicht wieder geben zu wollen. Solge lebte fortan in Hildesheim. Von dort bat er den General Tilly um Verwendung. Im Jahre 1629 fragte Tilly um nähere Auskunft. Wir müssen ausdrücklich bemerken, daß dies nach dem Lübecker Frieden geschah, wo für einige Zeit Waffenruhe in Deutschland herrschte. Der Rath von Hannover erwiedert am 3. Januar 1630. Nach dem Briefe des Supplikanten, sagt der Rath, könnte es scheinen, als habe er, Dirich Solge, damals allein die Einnahme der Dänischen Garnison widerrathen. Dem ist nicht so. „Sondern solch Werk uns, als wir mit Gott wol bezeugen können, für unseren Augen kein geringerer Greuel gewesen, zumal auch ohne Solge's Erinnerung wir des röm. Kaisers widerwärtige in diese Stadt zu nehmen unser Lebenlang nicht in Gedanken genohmen haben, und auch ohne einigen üppigen Ruhms zu melden, gar wohl bekannt gewesen, daß uns allein gebühren wollen, auf das höchste Haupt der Christenheit als den allergnädigsten Kaiser allein unser Absehen zu haben und der Pflichten, mit welchen Ihr Röm. K. M. vermittelst unserer gnädigen Landesfürsten und Herrn wir aller unterthänigst zugethan und verwandt, gar nicht zu vergessen, inmaßen wir dann dieselbe als redliche Patrioten (Gott lob) in Aufacht genommen, und von demselben niemals abgesetzt haben, sondern in standhafter Treue bei unserem allergnädigsten Kaiser sind verblieben, und uns davon die angedreuete Leibs- und Lebensgefahr, und höchste Ungnad und Strafe nicht abwenden oder abschrecken lassen wollen. Denn als der König von Dänemark ao. 1625 zu unterschiedenen Malen uns hat persuadiren wollen, etzliche Compagnien Dänischen Kriegsvolkes einzunehmen und damit der König solch postulatum so viel ehr behaupten möchte, Ill. Herrn Friedrich Ulrich Herzog zu Br. und L. u. gnädigsten Fürst und H. dahin bewogen, zu unterschiedlichen malen, bei Vermeidung S. F. G. höchsten Ungenade und sub comminatione poenae berührtes Volk in diese Stadt unauf-

haltlich zu verstatten, ernstlich zu befehlen, haben wir nicht so viel auf die Dänische Ungenade und hochermeldetes unseres gnädigen F. und Herrn schwere Commination, als Allerhöchstgedachte Röm. Kaiserl. Majestät unseren Respekt gesetzt, und seind einen Weg als den anderen, wie wir dessen ein gutes Gewissen haben, in schuldigster Kaiserlicher Devotion beharrlichst verblieben, und sind wir Gottlob dessen eigentlich versichert, daß Diricus Solge, er bemühe sich auch so hoch er wolle, in ewige Ewigkeit uns nicht überführen werde, daß wir auf ein Härlein davon abgewichen, und weiß es der Herzenskündiger, daß wir einmal gemachtes conclusum unseres Theiles nicht haben gebrochen, sondern was wir einmal beliebet, auch standhaftig tuirt, und des Königs zu Dänemark prätendirtes Nieders. Creisobristen Amt uns zu dem allergeringsten nicht bewegen lassen wollen. Als nun die Königlich Dänische Offiziere zu sollicitiren nicht abgelassen, wir aber ihre Postulate beharrlich haben abgeschlagen, ist uns endlich das Werk, als wir mit Gott bezeugen, übers Haupt genommen u. s. w. Wir haben nicht nöthig dies auszuführen, insonderheit da Ew. Excellenz auf genädige Interposition der Herren Herzogen von Lüneburg darauf acquiescirt haben."

Sie erzählen dann den weiteren Verlauf und fahren fort: „Inmaßen es dann auch die höchste Majestät Gottes also gefügt hat, daß auf emsiges zu seiner göttl. Allmacht eingelegtes Gebet solch Dänisch Volk ao. 1626 den 7. Septbr. nicht mit geringer unserer Gefahr und ziemlich gebrauchter, jedoch ungerühmter Vorsichtigkeit wir durch unsern Hauptmann Barthold Knaust mit E. Hochgräfl. Excellenz gnädigem Vorwissen und Beliebung haben austreiben lassen."

Sie werfen dann die Frage auf, ob es ihnen gebührt hätte, während die Dänische Garnison in der Stadt war, sich des Regimentes derselben abzuthun. „Dies aber hat Dirich Solge Jahr und Tag gethan, und deshalb ist er nach Kaiserlichen und städtischen Rechten nicht bloß des Amtes, sondern auch des Bürgerrechtes verlustig." Also am 3. Januar 1630.

Tilly hatte lediglich zu wiſſen verlangt, wie dieſe Sache ſtehe. Auf dieſe Eröffnung des Rathes that er allerdings noch fernere Verwendung, ſo noch am 11. Januar 1631 aus Halberſtadt, mit dem Hinzufügen, „daß er des ferneren Behelligens in dieſer Sache geübriget ſein möge.“ Sie mochte ihm läſtig fallen. Der Rath von Hannover lehnte aber auch dieſe letzte Fürbitte am 28. Januar 1631 ab.

Miscellen.

1. Hünengräber in der Umgebung von Münden.

In Wächter's Statistik der im Königreiche Hannover vorhandenen heidnischen Denkmäler S. 165 finden sich nur einzelne leise Andeutungen über heidnische Denkmäler im Amte Münden, weshalb die folgenden von Herrn Bürgervorsteher Wilhelm Lotze zu Münden dem Vereine eingesandten Nachrichten nicht ohne einiges Interesse sein dürften; jedenfalls fordern dieselben zu einer genaueren Nachforschung in jener Gegend auf.

Nördlich über dem eine Stunde von Münden entfernten Dorfe Wiershausen findet sich auf einer mäßigen Anhöhe am Waldrande eine Gruppe von Hügeln, die noch bis jetzt den Namen „die Bühle" führen. Sie sind ansehnlicher als die sonst in der Gegend vorkommenden heidnischen Grabhügel. Im Walde selbst sind ihrer acht, etwa 6 Fuß hoch, 12 bis 30 Schritt im Durchmesser. Sie sind nicht völlig rund, sondern länglich. Mindestens fußdicke Steine ragen aus ihnen hervor. Auf einem der größten Hügel hat sich in der Mitte eine Vertiefung gebildet, entweder in Folge von früherer Nachgrabung, oder in Folge von Einsenkung. Vor dem Walde am Feldrande bemerkt man noch die Reste einiger Hügel, die ursprünglich den beschriebenen gleich gewesen, jetzt aber abgearbeitet sein mögen. Ueber einen derselben führt jetzt ein Fahrweg, und einer dadurch bloßgelegten Stelle nach scheint es, als wäre dieser Hügel mit einem Steinkranze eingefaßt gewesen.

Westlich davon trug ein vom Walde ins Feld reichender Dreischfleck, der den Namen „Ziegenstall" hatte, ehedem drei schöne Hügel; aber er ist im Jahre 1842 von den Wiershäusern umgerodet und urbar gemacht. Dabei fanden sich, wie einer der dabei thätig gewesenen Einwohner des benannten Dorfes kürzlich erzählte, „eine so große Menge Topfscherben, daß sie auf die Meinung gekommen seien, es wäre daselbst wohl in uralten Zeiten eine Töpferei gewesen." Von andern Funden war dem Manne nichts bekannt.

2. Kirchliche Utenſilien des Marienſtifts zu Eimbeck im XIV. Jahrhunderte.

Mitgetheilt vom Archivſecretair Dr. Grotefend.

In einem Copialbuche des Marienſtifts zu Eimbeck findet ſich, auf dem unteren Rande der erſten Seite, folgendes Verzeichniß der kirchlichen Utenſilien des Stifts von einer Hand des XIV. Jahrhunderts: „Ecclesia habet duas legendas de tempore, et duas antiquas de tempore, et unum passionale, duos antiphonarum, unum collectarum, quatuor psalteria, duo gradualia, quatuor missalia, et duo de antiquo tempore, duo plenaria, sex quaternas cum novis histor., undecim preparatoria, et tres albas simplices, quatuor mappas, et quatuor p.....cia, preter cottidiana, tres cappas, subtile, dalmaticam, unum tapetum, unum sagum, tres ....., quatuor calices, quatuor paria ampullarum, duo cancra, unam vlascam, octo candelabra, et quedam manuteria, et duo mancipia, et duo turibula, et caldarium, quatuor vexilla, et velum, et coopertorium, et velamina ymaginum in quadragesima.“

3. Verzeichnus der buecher ſo zur Oldenſtadt geweſen vnd gehn Vlzen gethun worden. 1535.

Mitgetheilt vom Archivſecretair Dr. Grotefend.

Ick Hinricus Wemmaring Prawest tho Vltzen bekenne yn dusser myner Handtscrifft, dat ick hebbe enthfangen van wegen vnd beuel des durchlitigen hochgebarnn Fursten vnd Hernn Hernn Ernste Hertogenn tho Brunswick vnd Lüneborch Mynes gnedigen Hernn de Libria von dem kloster Oldenstadt de S. F. G. hebben bevalen, dat sse bynnen Vltzen syner G. Stadt scholle gelecht vnnd bewarth werdenn, tho behoff vnd nutthe syner Gnade Fürstendomens vnd Lande, dar Inne synt befunden vnd my auerantworth dusse nachgeschreuen boke:

Anno 1536.

Prima pars Pantheologiae.
Secunda pars Pantheologiae.
Prima et secunda pars Anthonini.
Tertia pars Summae Anthonini.
Quarta pars Summae Anthonini.
Prima pars Summae Predicantium.
Secunda pars Summae Predicantium.
Summa Augustini de Ancona.
Summa Astaxani.
Summa Pisanella, quae dicitur Supplementum.
Summa Baptistae.

Summa Angelica.
Prima pars dictionarij.
Secunda pars dictionarij.
Tertia pars Dictionarij.
Tabula super omnes partes Dni. Anthonini Archiep.
Vita Jesu.
Simon de Cassia.
Questiones Euangeliorum de sanctis.
Vocabularius Theologiae.
Summa vitiorum.
Holkolt super librum Sapientiae.
Sermones Gotschalci Heremitae.
Speculum Ecclesiae.
Quadragesimale Leonardi.
Quadragesimale Roberti S. Johannis Chrisostomi.
Quadragesimale S. Bernardini.
Quadragesimale Ambrosij de Spyra.
Quadragesimale Gritz.
Sermones Nider.
Summa Magistri Hinrici de Barbeli.
Sermones Meffret hyemales Et Hortulus Reginae de Sanctis.
Sermones Meffret Estiuales.
Prima pars Bernardini de Busti.
Sermones Sanxii de tempore.
Sermones Sanxii hyemales.
Sermones Peregrini.
Prima pars Sermonum Pomerij.
Secunda pars Sermonum Pomerij.
Sermones Bonauenturae de tempore et sanctis.
Sermones Estiuales Vincentij.
Sermones hyemales Vincentij.
Sermones Magistri Nicolai de Bloni.
Sermones Hugoni de Prato Florido.
Sermones Pomerij fratris Pelberti de tempore.
Sermones Gabrielis Bryl de Sanctis.
Sermones Gabrielis Bryl de tempore.
Sermones Vade mecum.
Compendium Theologicae Veritatis.
Opera Jacobi Carthusiensis, octo libri scripti.
Tota Biblia.
Prima pars Glosae ordinariae in Bibliam.
Secunda pars Glosae.
Tertia pars Glosae.
Quarta pars Glosae.

Richardus super Quartum Sententiarum.
Robertus Holkoth.
Compendium Gwiliarmi quatuor librorum Sententiarum.
Expositio super Penthatheucum.
Vetus translatio operum Dionisij.
Noua translatio.
Opera complura Hylarij.
Opera Cyrilli.
Prima pars Originis.
Secunda pars Originis.
Epistolae beati Hyeronimi.
Primus tomus operum Hyeronymi.
Secundus, Tertius, Quartus, Quintus tom. op. Hyer.
Registrum super omnia opera Hyeronymi.
Prima, Secunda, Tertia, Quarta, Quinta, Sexta, Septima, Octaua, Nona, Decima, Vndecima partes librorum Augustini.
Registrum super omnia opera Augustini.
Augustinus super psalterium.
Petrus de Eliaco.
Franciscus Maronis super Sententias.
Thomas de Argentino super Sententias.
Compendium Theologicae Veritatis.
Moralia beati Gregorij.
Prima pars beati Ambrosij.
Secunda, Tertia p. b. Ambr.
Summa Magistri Wilhemmi super Sententias.
Scriptum Tertium beati Thomae de Argentino.
Anthonius de Rosella.
Paulus de dote super Sententias.
Secundus liber Pauli.
Liber florum beati Bernardi.
Scotus super Sententias.
Bonauentura super Sententias.
Secunda pars Bonauenturae.
Questiones Thomae de Veritate.
Thomas super Quartum Sententiae.
Prima pars beati Thomae.
Secunda Secundae.
Tertia pars beati Thomae
Collectiones beati Thomae super Euangelia.
Decretum Pontificum.
Decretales.
Liber Sextus decretalium.
Clementina.

Nouem libri Codicum.
Liber Collationum.
Liber super Secundum decretalium.
Rubrica decretalium.
Prima pars Repertorij Briccij.
Secunda pars Repertorij Briccij.
Prima pars Repertorij vtriusque Juris.
Secunda pars Repertorij Johannis Bartochini.
Tertia pars Repertorij Johannis Bartochini.
Prima lecturae Dominici de sancto Geminiano.
Secunda lecturae Dominici de sancto Geminiano.
Formulare Instrumentorum.
Apparatus Innocentij.
Secundus liber Apparatus Innocentij.
Tertius liber Apparatus Innocentij.
Opuscula vtriusque iuris Petri Rauennatis.
Consilia Friderici de Petrusis.
Tractatus Juris Patronatus.
Expositiones titulorum vtriusque Juris.
Lectura super Titulos de Regulis Juris.
Liber Institutionum.
Processus Judiciarius Panormitani.
Prima pars speculi Durandi.
Secunda pars speculi Durandi.
Casus Johannis Tornouth super totum Corpus Juris.
Paulus Aretinus super Clementinas.
Margarita Decretalium.
Vocabularius Juris.
Casus Decretalium.
Liber Constitutionum.
Compilatio Gregoriana.
Modus legendi abbreuiaturas Juris.
De Jure Emphytiatico.
De Constitutionibus Oldradi.
Prattica Firrariensis.
Summa Asonis.
Inforciatum.
Ordo Judiciarius Tancredi.
Casus Longi super Instituta.
Super Secundum decretalium.
Jacobus de Saxis super Quartum decretalium.
Prima pars Panormitani super decretales.
Secunda, Tercia, Quarta, Quinta partes Panormitani.
Disputationes Panormitani.

Nouum Passionale.
Vetus Passionale.
Vetus Passionale.
Vetus Passionale.
Liber legendarius.
De potestate Papae et Imperatoris.
Gregorius super Ezechielem.
Pastorale Gregorij.
Gregorius super nouum Testamentum.
Summa Godtfridi.
Glosa super primum Decretalium.
Opera Tertulliani.
Sermones beati Maximi Episcopi.
Sophologium.
Liber de Consolatione sanctae Theologiae.
Gregorius in dialogis.
Decisiones Rotae nouae et antiquae.
Hortus delitiarum, de Ecclesiastico interdicto.
Opera Richardi.
Richardus de Sancta Trinitate.
Hugo de Sacramentis.
Octo libri Hugonis.
Libri de Claustro animae.
De Tormentis et questionibus Domini Bartoli.
Cautelae consistoriales.
Sermones Tritemii.
Tractatus beati Anselmi.
Petrus de Eliaco.
Cardinalis de Cusa.
Opera fratris Thomae de Kempis.
Speculum Vitae humanae.
Opusculum Brigittae.
De triplici obseruantia de Cibo et Potu.
Jacobus Januensis.
Speculum Rosariorum Jesu et Mariae.
Casus Totius Juris.
Athanasius de varijs questionibus.
Historia Troiana.
Hortulus Rosarum de Valle lachrymarum.
Liber Medicinalis.
De Consolatione Theologiae et liber Theodoli.
Rubricae de virtutibus Medicinarum.
Johannes Gerson de Rebus Saxoniae.
Isagoge Johannitij.

Liber de Sacramentis.
Petrus de Crescentijs.
Expositio Vnberti super Regula beati Augustini.
Corona beatae Virginis.
Pelbertus super libros Sermonum.
Gregorius Nazianzenus de purgatorio.
Antidotarius Nicolai.
Gregorius super septem ps.
Aureum opus de veritate Contritionis.
Laudes beatae Virginis.
Rationale diuinorum.
Trilogium animae.
Arator Poeta.
Defensorium S. Thomae.
Summarium summae.
Opera Hinrici Boger.
De autoritate Generalium Consiliorum.
Manipulus Curatorum.
Obitus beati Hyeronymi.
Libellus de arte loquendi et tacendi.
Expositio super Salue Regina.
Thomas de Kempis.
Colloquium peccatoris et Crucifixi Christi.
Speculum Artis bene moriendi.
Rappertus super lamentationes Hieremiae.
Sermones aurei Alberti.
Formula Honestae Vitae.
Historia de translatione trium Regum.
Contenta Policratij.
Celifodina.
Excerpta librorum de consolatione Theologiae.
Gemma animae.
Diadema Monachorum.
Innocentius de Sacramentis.
Vita Jesu Rodolphi Carthusiensis.
Doctrinale Clericorum.
Speculare Vincentij.
Secunda pars Vincentij.
Commentarius Honerati in Virgilium.
Margarita poeta (*sic*).
Expositio hymnorum et sequentiarum.
Stephanus Phliscus.
Collectura in Priscianum.
Epitomata naturalis philosophia Alberti.

Historia destructionis Troiae.
Liber Ethimologicus Isidori.
Compendiosa lectura super artem inveniendi veritatem.
Grammatica Sulpitij.
Aristoteles de Animalibus.
Questiones Magistri Joannis Versoris super libros Ethicae.
Versor super Methaphicam (*sic*).
Centilogium Ptolomej.
Vocabularius Sulpitij Verulani.
Grammatica Alberti Krantzij.
De ritu et moribus Indorum.
Seneca de quatuor virtutibus Cardinalibus.
Armandus de declaratione difficilium terminorum.
Poeniteas cito.
Liber Calculandi.
Aue preclara.
Liber officiorum Ciceronis.
Metamorphesis Ouidij.
Tullius de finibus malorum et bonorum.
Commentarius Badij in Satyras Persij.
Horae compassionis beatae Virginis.
Aurora Magistri Petri de Riga.
Somnium Scipionis Marci Tullij.
De Partu beati Bartholomaei Apostoli.
Praeceptorium Johannis Nyder.
Discipulus de Eruditione fidelium.
Gemma predicantium Nicolai de Nyse.
Epistola Seueri Sulpitij de Vita S. Martini.
Liber Almansoris.
Aurusoe (Averroes?).
Prologus Hyeronymi in librum Genesios.
Rabanus de laude Crucis.
Epistolare S. Augustini.
Cronica Magna Mundi.
Concordantia Bibliae.
Catholicon.
Bartholomeus de proprietate rerum.
Opera Lyre in duobus voluminibus.
Haymo super Epistolas Pauli.
Casus decretorum.
Petrus de Crescentijs.
Herbarius bubeſch.
Hortus Sanitatis bubeſch.
Opera Athanasij.

Anno 1545. In octaua S. Martini hefft my de Durchluchtige hochgeborne Fürste vnd Her Her Ernst Hertog tho Brunswick vnd Lüneborch nagegeuen vnd gnedigen vorgunth, dat de Böcker, szo noch tho der Oldenstadt by dem Erwerdigen Heren dem Abte, vnd denn anderen Fratribus beholden, sampt myt den Chorbockeren, dat ick de mochte ock bynnen Vlasen bringenn, dat de böke scholden In de libryen werden gelecht, de dar hen horen, Item de anderen In dem Chore würden gebruecket, de dar tho denen etc.

Bartholomeus Anglicus de proprietate rerum.
Petrus de Crescentijs.
Speculum Exemplorum.
Decretum.
Herbarius.
Josephus de bello Judaico.
Concordantia Bibliae.
Octaua pars operum S. Augustini.
Sermones Ruperti de laudibus Sanctorum.
Sermones Meffret.
Summa Asonis.
Magister sententiarum.
Pastorale Diui Gregorij.
Dialogus D. Gregorij.
Moralia D. Gregorij.
Speculum Saxonicum.
Euclides.
Speculum Naturale Wilhelmi de Conchijs.
Prima pars Speculi Naturalis Vincentij.
Catholicon.
Compendium Theologicae Veritatis.
Sermones Thauleri.
Tractatus b. Augustini.
Richardus de Arca Mystica.
Johannes Clymacus.
Rubertus Holcot.
Hugo de Sacramentis.
Bonauentura.
Chronica Slauica.
Rosella casuum.
Johannes Cassianus.
Quadriga.
Nouum Testamentum.
Tractatulus Bernardi.
De occasione Styli.

Tullius de Oratore.
Summa Theologiae Holcot.
Rhetorica Diuina.
Cornucopiae Nicolai Perotti.
Auidenus.
Theologia Naturalis siue liber Creaturarum.
Liber de similitudinibus.
Margarita philosophica.
Cathalogus Sanctorum.
Epistola Diui Pauli.
Epistola Leonis Papae.
Aurea Grammatica.
Homiliae totius Anni.
Excerpta Moralium D. Gregorij.
Liber Sextus Decretalium.
Marcus Marolus.
Vita b. Martini.
Super tertiam quinquagesimam b. Augustini.

Sequentes libros venerabilis dominus abbas D. Heyno apud sese in suum vsum conseruauerat. Is autem obdormiuit in Domino, vir simplex et pius imo fautor et patronus omnium piorum, pridie ante festum D. Martini Anno 1541. Is juxta Exemplum Diui Martini pauper hinc discessit, adeo vt vix 24 ß post se relinqueret. Ita omnia in vsum pauperum et pauperculorum puellarum distribuerat. Neque sinebat vt aliquis inops et pauper absque eleemosina ab eo discederet. Non enim curabat aut colebat diuitias, pecunias siue honores, licet illustrissimus pientissimusque princeps D. Ernestus satis competentem et magnam prouisionem annuam ipsi daret. Hosce sequentes libros in Arca concluserant atque conservaverant sub sigillo.

Vita et gesta Caroli Magni.
De optimo Reip. statu deque noua insula.
Schriffte vnnd widderstreitige Handel der Brunswigeschen fürsten.
Plutarchus de vita.
Commentarij Caesaris per Philip. Beroaldum.
Orationes Ulrici Hutteni.
Commentarij Philippicarum Ciceronis.
Diodorus Siculus.
Epistolae Politiani.
Legatio in conuentu Nurembergensi.
Compendium Roberti de Francorum gestis.
Dialogus Ciceronis de Amicitia.
Gellius.
Herodiani Historia.

Otto Phrisingensis.
Opera Salustiana.
Catilinarium Salustij. Item Valerius Maximus.
Item Alter Valerius Maximus.
Tranquillus Suetonius de Vitis Caesarum.
Lucanus.
Platina de Vitis pontificum.
De bello Rhodio.
Utraque Ciceronis Rhetorica. Item Terentij Comediae.
Chronica Eusebij et Sigisberti.
Imperatorum Romanorum Chronica.
Suetonius recognitus ab Erasmo.
De laudibus Sueuorum.
Germania Aeneae Syluij.
Omnia opera Joannis Pici Mirandolae.
Tractatus de ritu et moribus Turcorum.
Joannes Tritemius de Scriptoribus Ecclesiasticis.
Historia Hebreorum ex Enneadibus Sabellici.
Arnobius in Psalterium.
Farrago Epigrammatum.
Exempla Copiae. Epitaphia Mosellani et Gwilhelmi Neseni.
Bonifacij Simonitae Cornu.
Chronica Magna Mundi.
Opera Johannis Gersonis, duo Volumina.

---

4. Hochzeits- und Kindtaufsgebräuche in den Aemtern Dannenberg und Hitzacker im Jahre 1562.

Mitgetheilt vom Staatsminister a. D. Freiherrn v. Hammerstein zu Verden.

Das Amtslagerbuch des Amts Dannenberg № I. S. 303—329 enthält verschiedene im Jahre 1562, ausgestellte Bezeugungen der Tuchten (eigenthümlich Wendische Volksabtheilungen) in den Aemtern Dannenberg und Hitzacker, so wie des Raths zu Dannenberg und des Raths zu Hitzacker, über die damals bestehenden Gebräuche in Ansehung des Brautschatzes, Sprekelbehrs, Hochzeit, Kindelbehrs ꝛc. Diese Bezeugungen, welche auf Verlangen der damals zu Hitzacker residirenden Herzöge ertheilt zu sein und die Grundlage für eine später von Herzog Heinrich erlassene Hochzeits-Ordnung geliefert zu haben scheinen, sind, abgesehen von ihrer Wichtigkeit für die ursprüngliche Eintheilung des Volks, auch in culturgeschichtlicher Hinsicht von Interesse.

Einzelne dieser Bezeugungen mögen hier einen Platz finden:

Der Ghorde Tucht olde Gerechticheit Int Ampt Dannenberge gehorich hebbenn keine veranderinge effte Nierunge gehat.

Mitgaue effte Bruthschat.

vj Schepel Roggenn.
vj „ haveren.
iij Hovede Qwekes [1]).
v Schape Junck vand olt.
j Stock Immen effte darvor enen guldenn.

Spreckelbehr [2]).

j Tunnen Behers gifft der Brudt Vader.

Geschencke.

De Brudt gifft dem Brudegam vnnd synem vader ein Iderem ein Hemmet.

Dre Doeke denn Frouwenn in des Brudegammes huse, kostenn twolff Schillinck.

Hochtidt.

Ein Ider deyt de hochtidt na synem bestenn vormögen. Wenn de brudt wechgeholet wert, so komen veer Zwatenn' den gifft men thosamende achte schillinck; ock twe vörlüde [3]), dem Jungen gifft man söss penninck, dem rechten vormanne gifft men einen schillinck, dem Spelmanne [4]) einen Schillinck.

Kleeder.

De bruth moech hebben einen ruegen gefarweden rock, einen blawen hoickenn, und ein bedde mach se den brudegamme bringenn.

Kindelbehr.

Dat erste Kindelbehr und de ganze soss weken moech der brut vader na synem vermoege in sinem eignen huse uthrichtenn; gastebodt holdenn se des Jaeres dre mael und waret dre jaer by der brut vader.

Wenn de brudt in erer tucht blifft, so gifft se nehn Bekennt-

---

[1]) 3 Häupter Vieh.

[2]) Sprechelbier. Nach wendiſchem Gebrauch geht der Löffte (Verlobung, bei welcher das Löwelbier, Verlobungsbier, getrunken wird) die Beſprechung voraus, wobei das Sprechelbier getrunken wird.

[3]) Fuhrleute für den Brautwagen.

[4]) Der Muſicus mit der Clarinette auf dem Brautwagen, der auch heute nicht fehlt.

nisse-Behr[1]), wo se aber in eine frombde Tucht begeven wert, do moech ere vader na dersulven tucht gerechticheit sick holden.

Bekennen de beyden Olderlude alse Simon Schulte van Raddin, Hans Klawess van Glinitze in biwesende der gantzen tucht. Geschen tho Hitzacker Mandages na Invocavit Anno 1562.

Es folgt dann: Der Puderep- und Bellanschen Tucht olde Gerechticheit. — Die Ordnung ist eine ähnliche wie bei der Göhrder Tucht. Auf das Sprekelbehr kommt der Bräutigam sulff drudde effte vehrde, wen de eine tunne behrs utbe is, so ghane se wech. Der Bräutigam bekommt von der Braut ein Hemd und ein Paar Hantschenn. Die Schillinge an Zwatenn und Vohrlüde werden „vor de Brut-hanschenn“ gegeben.

In der Elveschen Tucht im Ampte Hitzacker werden zum Sprekelbehr twe Menne in de Frie gesendet, de krigen eine Maeltidt und eine halve tunne behr. Das „Brut-tuech“ besteht aus:

einem hegenschen Bruthrock,
einem hoicken Broggisch wandt,
eine brut-lade von acht schillinck.
Ere Kleder dricht se im Sacke wech.

Hier giebt der bruth vader noch eine besondere tunne behr truwelbehr[2]) in der Stadt. — Das Bekenntnißbier wird im Pingsten gegeben. — Zum Gastebodt, das Braut und Bräutigam bei der Braut Vater drei Jahr lang des Jahrs drei Mal halten, kommen sie „alleine ane geselschop“. Die Oldesten beklagen sich über die Neuerungen; nach solchen giebt der Braut Vater vier Thaler, ehr dat Loffte[3]) geschüth; dann drei Tonnen Biers zum Sprekelbehr; als Mitgift einen fetten Ochsen für 10 Mark thor koste[4]), ein fettes Schwein von den besten, sechs Scheffel Malz, zwei Tonnen Bier „nha der truwe“; Brudtrock und hoiken mach Engelsch wand sin; eine grote Brutkiste van twen guldenn, XX marck dem brudegam thor kerkemisse. An Geschenken wird nun gegeben: So mannich broder im huse is, so vele hemtden mach de brudt geven, ein ider hemmet nicht geringer alse ein mark lübsch; den frowen alle einer ideren einen doek, kosten achte schillinck; de Zwatenn willen nu alletide dre schillinck hebben, wenn se de brudt wech halenn. Das Gastebodt hat sich auch gesteigert: wenn brudt und brudegam dat gastebodt by der brudt vader holdenn, so kamen mit ohme mher alse achte

---

1) Bekenntniß-Bier zur Anerkennung der Angehörigkeit an die neue Tucht, in welche die Braut einheirathet.

2) Trauungsbier.

3) Verlobung, bei welcher damals wie jetzt sponsalia de praesenti regelmäßig schon gefeiert werden.

4) koste, Hochzeit.

personenn, daraver de theringe undrechlich wert. Die Tucht bittet um Abschaffung solcher Neuerungen.

Aehnlich klagen die Oldesten der drei Kirchspiele Quickborn, Langendorf und Damnatz im Amte Dannenberg über Verlassen des alten Gebrauchs, Steigerung des Aufwandes und aevermoed. Als alter Gebrauch wird hier bezeichnet: eine halbe Tonne Bier als Sprekelbehr und eine Tonne Bier als „Lavelbehr“ [1]).

Hier zeigt sich noch eine besondere Sitte, denn auch „dem jennen de se (de Brudt) des Morgens van dem Bedde upnimmet,“ werden ein Paar Handschuhe gegeben, und einen Schilling erhält, „de dat hantwater umme drecht“. Zum Aevermoed gehört es, daß statt 20 Mark nun 50 Mark mitgegeben werden, und daß eine Wedderkoste (nachmaliger Hochzeitsschmauß) gegeben wird, welcher thovoren nicht geschenn. Wenn de Vader, oder de so in des Vaders Stede, eine persona uthgeven und de persönn in de weken kummet mit dem ersten kinde, schal und wil geven eine tunne bers, einen Schepel roggen, ein Schwin oder ein klein Rindeken.

Die Hitzkersche Tucht kommt zusammen (die Oldesten und Vorwandtene der Tucht mit ihren Dorpluden samptlick) auf Befehl des Fürsten vor dem Hitzkerschen Damme by denn Schenen (Scheunen). Sie bittet auch: by dessen olden gerechticheit wolden wy armen lüde gerne blieven. Hinsichtlich der Brutlacht (Hochzeit) bezeugt diese Tucht: Thor hochtidt effte koste scholen van beyden Partenn ein Ider nicht mher alse veher tunnen bers hebben, moken achte tunnen thosamende, dar se wol eine ehrlicke hochtidt van dhon konnen, doch schall der brudt Vader noch eine tunne truw-behrs [2]) tho Hitzacker geven, wo vhan olders geschehen. Es wird geklagt, daß ungebedene Inlöpers bei Hochzeiten und Kindelbehren kommen, worüber den geladenen Gästen wenig Ehre und Freundschaft geschehen kann, und welche Hader und auch wohl Todschlag anrichten; der Fürst wird gebeten, zu sorgen, daß die Inlöpers wegbleiben. Zum Gastgebot, das im ersten Jahre drei Mal gehalten wird, und zwar auf Weihnachten, Fastelabend und im ersten Markt zu Hitzacker, wird auch hier bestimmt, daß Braut und Bräutigam dazu nur allein kommen sollen. Auch hier wird geklagt, daß Viele der alten Gerechtigkeit gegenüber eine undrechliche Vornigeringe gemacht haben, alse dat de Armen ere kinder nergenn begeven konnen. Das Streben geht daher nach Beibehaltung der gleichmäßigen geringen Sätze für die ganze Tucht, damit der Arme so leicht als der Reiche seine Kinder verheirathen kann. Es wird besonders geklagt, daß, wenn die Braut abgeholt wird, der Bräutigam mit 40 Personen und

---

[1]) Lavelbehr, Verlobungsbier.

[2]) truw-behre, Trauungsbier.

wohl darüber kommt, welche bei der Braut Vater einen ganzen Tag und eine ganze Nacht zehren.

Nach dem Zeugniß der Lossiener Tucht wird die Tonne Bier beim Sprekelbehr „tho Dogedinge“, d. i. um die Braut zu bedingen, gegeben.

Der Rath zu Dannenberg klagt ebenfalls über gestiegenen Luxus; sonst habe man bei Hochzeiten nicht über 16 Tonnen Biers geschenkt, jetzt müsse man 3 Last haben, die Hochzeit währe vom Sonntag bis an den Donnerstag; man habe zur Kleidung gebraucht Hardewiker, Hagensch und Leidisch Gewand, jetzt aber best Engelisch Wandt und Saien. Wenn ein Kind zur Welt geboren, sei es Gebrauch gewesen, „den frowen so in den notten sein butter und kesen und ein halb stubecken bier vorzutragen; nun aber werde bei der Geburt wohl für ein oder zwei Gulden Wein getrunken! —

Der Rath von Hitzacker klagt weniger über Neuerungen; die Gebräuche daselbst gehen nicht über die der Tuchten hinaus.

5. Beitrag zu Havemann's Geschichte der Herzogin Elisabeth.

Mitgetheilt vom Reichsfreiherrn **J. Grote** zu Schauen.

Vonn gots gnaden Elisabet geborne Marggrauin zu Brandenburg ꝛc. grauin vnnd fraw zu Hennennberg ꝛc.

Vnnsernn gunstigenn gnedigen zuvornn, Ersamenn, Weisenn, vnnd fursichtigenn liebenn besundernn, Wir habenn ewr schreibenn, denn 16. Januarij datirt empfangenn, vnnd daraus, Das Jr denn 18 dieses laufenden Monats, gein Wulffenbüttell die ewernn statlich geschickt, auch was sie daselbst vonn Hertzog Heinrichenn Jun anntwort bekommen, allenthalbenn gnediglich verstandenn. Vnnd ist solche antwartt fast derenn, so, vnns vnnser freuntlicher lieber Sohn gegeben, gleich. Das aber Hertzog Heinrich angetzogenn, der restitution halbenn ann die Nö. kö. May. vnd die frenckischenn Bunt Stende gelangenn zu lassenn, konnen wir seiner liebd nit wehrenn. Was wir aber vnnsernn Sohnn derhalbenn unter andernn zur antwort geben, werdet Jr Inliggendt zu sehenn habenn, Vnd müssen sollichs dem liebenn gott, als dem gerechtenn richter heymbstellen, vnnd seins gottlichen willenns darjnnen erwartenn. Bedanckenn vnns aber nichtesminiger ewers gutwilligen willenns, vnnd gehabter mühe. Da wir sollichs hinwiderr vmb euch vnnd die ewernn mit aller gnedigenn befurderung zu beschulden pflegen, seint wir geneigt.

Soviell aber die Copei, davon Jr meldet, anlangt, habenn wir dieselbigenn vonn unsern freuntlichen liebenn hernn vnnd Bruderrn noch nit bekomen. Begernn derwegenn gantz gnediglichenn, Da dieselbig vnnd etwas weiter, ann euch gelanngt, wollet vnns aufs furderlichst mitteilenn.

Damit Jr aber dannoch zusehenn, das sich hochgemelte vnnsere hernn

und Brudere mit Hertzog Heinrich weiter einzulaſſenn nicht bedacht, So ſchickenn wir euch hienebenn etzliche newe Zeitung Im vertrawenn zu, Daraus Jr allenthalbenn, worauf dieſelbigenn entlich beruhenn, zu ſehenn, Wellichs wir euch, denen wir mit allenn gnaden gewogen, hinwider nicht haben verhalten mügen. Datum Hannober am Sonntage nach Fabianj et Sebastiani, Anno etc. 54.

Elisabet etc. mit
eigener Hant ꝛc.

Denn Erſamenn Weiſenn unnd fürſichtigenn, unnſernn lieben beſundern Burgermeiſteren unnd Rathe der Stadt
Braunſchweig.

Quer geſchrieben von anderer Hand: 1554
den 23. Januarij.

H. E. fraw mutter
fordert copiam.

Das aufgedrückte Wachsſiegel enthält ein quadrirtes Wappen mit zwei Helmen: 1) der Brandenburgiſche Adler, 2) geſchacht, 3) Hohenzollern, 4) Henneberg.

6. Notifications-Schreiben Königs Williams in England wegen ſeiner Gemahlinnen an Hannover.

(Nach einer anſcheinend gleichzeitigen Abſchrift.)

Guilielmus 3tius Dei gratia M. Britanniae, Franciae et Hyberniae Rex.

In medio moerore, quo de Serenissimae Principis, Dominae Mariae Magnae Britanniae, Franciae et Hiberniae Reginae, Fidei defensoris, et charissimae conjugis nostrae, praepropera et inopina morte pene obruimur, à gravissimis luctibus vacationem tantisper petimus, dum ad Celsitudinem vestram, utpote malis nostris non immotam, tristissimum nuncium perferamus, ipsumque ex amicitiae officio doceamus, quod pulcherrimum omnium, quae Principem foeminam ornant, virtutum exemplar, adeoque productissima vita dignissimum in florente aetate variolarum morbo, earumque insidiosissimo genere correptum (humana ope contra irrevocabilia supremi Numinis decreta nihil valitura) intra octiduum, vicesimo octavo scilicet die currentis, purissimam animam coelo reddiderit, nobisque tantum moestissimam quidem suae, sed ex animo nostro nunquam delendam imaginem reliquerit. Divinae voluntati nostrae in omnibus accommodare par est, eique etiam caducae mortalium conditionis memores nos nostraque venerabundi submittimus, Deum optimum maximum enixissime obtestantes, ut, quoniam nos, quod minime optabamus, superstites esse voluit, tanto casu perculsos, sustinere et sublevare dignetur, tum ut ab amicis nostris nobisque bene volentibus, praesertim vero à Celsitudine vestra,

cui felicia omnia ac prospera ex animo vovemus, eadem et minora quaeque infortunia pro sua summa clementia avertat, et longissime amoveat. Dabantur in palatio nostro de Kensington 30. die mensis Decembris anno Domini 1694, regnique nostro sexto.

Celsitudinis vestrae
consanguineus et amicus
Guilielmus Rex.

---

7. Feststellung des Diensteinkommens eines hannoverschen Beamten (Amtmanns) zu Ende des vorigen Jahrhunderts.

I. Besoldung.

a. baar aus dem Amtsgeldregister		176 ℔ — *mgr*
b. in natura aus dem Amtskornregister 72 Mltr. Haber, à Mltr. 1 ℔		72 „ — „
		= 248 ℔ — *mgr*

II. Emolumente.

a. 74 Klftr.	Buchenholz à 6 Cub. Fuß, angeschlagen zu	18 ℔ 18 *mgr*	
b. 12 „	heiliges Abendholz, zu	3 „ — „	
		= 21 ℔ 18 *mgr*	
86 Klftr.	Hiervon müssen die Amts-Unterthanen 77 Klftr. frei anfahren. Das Prövengeld, welches die Fuhrleute erhalten, beträgt 4 ℔ 28 *mgr*. Die übrigen 9 Klftr. muß der Beamte auf eigene Kosten anfahren lassen. Abzurechnen obige	4 „ 28 „	
	Bleiben		16 „ 26 „
c.	Freie Mastung 2er Schweine in der Mühle zu B...		12 „ — „
d.	20 Fest-Hasen. Die Förster liefern solche nicht immer, wie geschehen sollte. Preis		5 „ — „
e.	Fische von dem Weser-Klopfen		— „ 24 „
f.	10 Stück Mastschweine aus dem Amte		3 „ 12 „
g.	Weidegeld von der Mast		5 „ 12 „
h.	1 Rieß Papier aus der Papiermühle		2 „ — „
i.	Ein Officialgarten. Pachtwerth		5 „ — „
k.	Für die Erhebung des Licents, monatlich 8 ℔, jährlich		96 „ — „
			= 146 ℔ 2 *mgr*

III. Accidentien.

a.	In Cammersachen	58 ℔	21 mgr
b.	„ Justizsachen	200 „	— „
c.	„ Regierungs- und Kirchensachen	10 „	— „
d.	Copialien	30 „	— „
		= 298 ℔	21 mgr

Recapitulatio.

I.	Besoldung	248 ℔	— mgr
II.	Emolumente	146 „	2 „
III.	Accidentien	298 „	21 „
		= 692 ℔	23 mgr Cassengeld.

Hofbuchdruckerei der Gebr. Jänecke in Hannover.

Die Freien

im

hannoverſchen Amte Ilten.

Das Wappen der Freien.

— „Dies Recht hab' ich nicht erdacht.
Es habens von Alters auf uns bracht
Unſere guten Vorfahren."
Sachſenſpiegel.

Nach den Quellen vom Amtmann **Otto Heiſe.**

Vorwort.

In dem bekannten ausgezeichneten Quellenwerke des verstorbenen Justizraths Lünzel zu Hildesheim: „Die Diöcese Hildesheim“ findet sich die Frage: „was ist Freigrafschaft?“ Bei der versuchten, aber vom Verfasser selbst als unbefriedigend erachteten längern Beantwortung ist die Freigrafschaft zu Stemmwede bei Lemförde in der Grafschaft Diepholz und die der Freien vor dem Walde im jetzigen Amte Ilten verglichen.

Der Schreiber gegenwärtiger Abhandlung war sowohl Beamter zu Lemförde als auch zu Ilten und konnte daher die Verhältnisse der Stemmweder und Iltener Freien aus der Anschauung und den Urkunden leichter ermitteln, als der fernstehende Alterthumsforscher.

Das Ergebniß dieser Untersuchung hinsichtlich der Iltener Freien, welche allerdings mit den Stemmweder Freien aus einem Urelemente stammen, scheint für die Landesgeschichte und die allgemeine deutsche Geschichte von so erheblichem Interesse, daß es damit der Oeffentlichkeit übergeben wird.

Uebrigens muß erwähnt werden, daß die Ermittelungen theilweise aus dem vom verstorbenen Amtsassessor

von Gadenstedt mit großem Fleiße zusammengetragenen Iltener Amtslagerbuche geschöpft sind, in so weit sie mit den Nachrichten der Amtsregistratur übereinstimmen. Mehrere officielle Mittheilungen verdanke ich dem vormaligen Herrn Minister des Innern Wedemeyer, der ehemals Beamter zu Ilten und stets von lebhaftem Interesse für die Freien beseelt war. Schließlich kann ich auch die Förderung durch meinen verstorbenen Stiefvater, den General Sir Julius Hartmann, nicht unerwähnt lassen, welcher, selbst früher Gutsbesitzer zu Döhren im kleinen Freien, mit seinem bekannten warmen Interesse für alles ächt Vaterländische und seinen geschichtlichen wie militairischen seltenen Kenntnissen manchen Aufschluß über die Freien gab.

Aerzen im Januar 1857.

O. Heise,
Amtmann.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

Erster Abschnitt.
Allgemeines über die Freien 2

Zweiter Abschnitt.
Aeußere historische Verhältnisse der Iltener Freien 8

Dritter Abschnitt.
Rechte der Iltener Freien 13

Erste Abtheilung.
Freigericht (Freiding) 15

Zweite Abtheilung.
Freiheit von öffentlichen Abgaben 22

Dritte Abtheilung.
Freiheit vom Zoll 24

Vierte Abtheilung.
Freiheit von Herrendiensten, Kriegerfuhren, Landfolgen, Jagdfolgediensten und Gefangenwachen für Andere als Freie 24

Fünfte Abtheilung.
Freiheit, Handel, Gewerbe und Krugnahrung zu betreiben. Eigene Lichmeister 25

Sechste Abtheilung.
Recht, Bier und Branntewein zu brauen 26

Siebente Abtheilung.
Freiheit, die Hofespertinentien zu veräußern, ... 27

Achte Abtheilung.
Freiheit, Scheibenschießen zu halten 29

Neunte Abtheilung.
Jagdfreiheit 30

Zehnte Abtheilung.
Recht, zur Conservation ihrer Freiheiten, Deputirte und Bauherren anzustellen 32

Vierter Abschnitt. Seite
Pflichten der Freien 33
Erste Abtheilung.
Kriegsdienst 33
Zweite Abtheilung.
1) Landgerichtskosten 45
2) Amtsbaukosten 45
3) Liquidationskosten 45
Dritte Abtheilung.
1) Kosten des landesherrlichen Ablagers zu Ilten 46
2) Burgdestdienste 46
Fünfter Abschnitt.
Forsten 48
Sechster Abschnitt.
Meierverhältnisse 54
Siebenter Abschnitt.
Exemte Güter und Gerichte 59
Schluß 63

Auf den besondern Wunsch des Herrn Verfassers geben wir auf der nebenstehenden Tafel nach einer Zeichnung des Herrn Malers C. Bergmann die Abbildung eines Iltener Freien, vermuthlich eines Fähndrichs, wie er sich auf einem Grabsteine auf dem alten Kirchhofe zu Lehrte findet. Die Grabschrift lautet:

A°. 1680 IST BARTHELD MOLSEN ZU
LEHRTE AUFF DIESE WELT GEBOHREN
SEIN VATER IST OSWALD MOLSEN DIE
MUTTER ANNA EILERS UND A°. 1709 DEN
15 SEPTEMBER IM HERRN SELIG ENT
SCHLAFEN SEINES ALTERS 29 JAHR
DESSEN SEEL RUHET IN GOTT.

Die Redaction.

Tafel I.

Einleitung.

Das hannoversche Amt Ilten liegt in der südlichsten Spitze der Landdrostei oder Provinz Lüneburg, etwa anderthalb Stunden von der Stadt Hannover, keilförmig zwischen die Landdrosteien letztern Namens und Hildesheim eingeschoben. Es ist diese Gegend jetzt auch in weitern Kreisen bekannt und zwar durch die Braunschweig-Hildesheimer Eisenbahnen, welche das Amt Ilten durchschneiden und dort den Lehrter Stationsort bilden.

Der Boden ist im Norden mit Ausnahme des Kronsberges flach, südlich aber, nach dem Hildesheimschen hin, von mittleren Höhen durchzogen. Bei Lehrte, wo die alten Gaue Astfala und Flotwide zusammenstoßen, geht der lüneburgsche Sand allmählich in calenberg-hildesheimischen Kleiboden über. Von den früheren großen Waldungen, welche dieser Gegend und deren Einwohnern einen besonderen Charakter und Namen, nämlich den der Freien vor dem Walde gaben, blieben nur geringe Ueberreste, indem sie zum Theil in Ackerland verwandelt wurden, meist aber als haidige Weideflächen liegen blieben, von denen namentlich die Dolger Haide bekannt ist.

Vieler Orten finden sich darin Hünengräber und Befestigungsringe der Vorzeit, welche die eisernen Arme der neuzeitlichen Eisenbahnen vielfach öffneten, um werthvolle Antiquitäten an den Tag zu fördern.

Die eingebornen Bewohner nähren sich gleich der sonstigen ländlichen Bevölkerung Niedersachsens fast nur von Ackerbau, Viehzucht und den nöthigsten Gewerben. Wie in der Urzeit und dem Mittelalter bestimmt auch hier der Charakter des

Grundstücks fast noch immer die staatliche und gemeindliche Stellung der Bewohner. Wir finden mit Ausnahme der Beamten, Geistlichen ꝛc., so wie der Häuslinge:

1) vier Besitzer von Rittergütern und freien Sattelhöfen,
2) 565 Freie,
3) 33 Junkerleute.

Die Freien stellen demnach die bäuerlichen Landwirthe anderer Aemter vor. Sie heißen, wie schon bemerkt, im Mittelalter „Freie vor dem Walde“, und die Gegend wird noch jetzt im gemeinen Leben „das große Freie“ genannt. Sie sind ein Ueberbleibsel der gemeinen Freien der Urzeit und haben deren wesentlichste Merkmale trotz der Ungunst der Zeiten bis auf den heutigen Tag erhalten. Eine historische Beleuchtung ihrer Verhältnisse ist daher für die deutsche und die Landesgeschichte von besonderem Interesse, zumal sie gegenwärtig vielleicht einzig in ihrer Art sein möchten.

Erster Abschnitt.

Allgemeines über die Freien.

Zur Gewinnung eines allgemeinern Standpunktes ist ein zuvoriger kurzer Ueberblick der urzeitlichen und mittelalterlichen Ständeverhältnisse erforderlich. Trotz allem Wirrsale der Völkerwanderung findet man, daß die einzelnen germanischen Stämme sich in den von ihnen besetzten Ländern nach gewissen ähnlichen Grundsätzen des abgestuften Ständeverhältnisses, des Mark- und Feldmarkgutsbesitzes niedergelassen haben, wie die alten Rechtsbücher bekräftigen[1]). Indessen interessiren uns hier nur die Verhältnisse des sächsischen Volksstammes näher, welcher sich etwa im 4. Jahrhundert zwischen Elbe, Weser und Rhein niedergelassen haben soll und in die Länder Ostphalen, Engern und Westphalen zerfiel. Zur Zeit Karls des Großen finden

---

[1]) Eine nähere wissenschaftliche Begründung findet sich in Wirth's Deutscher Geschichte, 1. Band.

wir bei den Sachsen die drei freien Stände der Adalinge[1]), der Frilinge (adelich Freien) und der gemeinen Freien (Frilazen), so wie die unfreien Stände der Hörigen (Liten) und Leibeigenen (Schalke). Die Sachsen bildeten eine freie Stammesverfassung, wobei die Adalinge als Stammhäupter und Stammpriester vorherrschten. Hauptsächliches Kennzeichen des Ständeunterschiedes war das verschiedene Wehrgeld bei Bestrafungen. Abgeordnete der drei freien Stände traten aus den drei Ländern wegen gemeinsamer Angelegenheiten an der Weser zusammen und ein Stammesherzog führte den Heerbann, bei dem nach dem natürlichen Verhältnisse die Adalinge und Frilinge zu Pferde, die gemeinen Freien zu Fuße dienten. In den Markbezirken der drei Länder (später Gaue) traten die freien Stände zu Genossenschaftsdingen zusammen, wo Opfer und Gericht gehalten, auch die öffentlichen Angelegenheiten geschlichtet wurden. Die Gemeinfreien waren die eigentlichen uralten freien Landbauer[2]). (Bargildi, Bauergilden.)

Als Karl der Große die Sachsen nach dreißigjährigem Kampfe besiegt, richtete er unter Berücksichtigung der drei Hauptstämme, der Ostphalen, Engern und Westphalen, so wie der Grenze der Markgenossenschaften, in hierarchischer Hinsicht bischöfliche Sprengel nebst Archidiaconaten, in weltlicher Hinsicht Gaue ein. Letzteren ward ein Gaugraf als königlicher Beamter vorgesetzt, welcher unter Königsbann die Hauptverbrechen richtete und den Heerbann führte. Sonst blieben die Genossenschaften formell bei den alten Rechtsgewohnheiten und Verwaltungssitten, wenngleich die neue Königsgewalt und der neue Glaube das ganze Volksleben wesentlich berühren mußten.

---

1) Davon Adel, welches vornehmes Geschlecht und großen Grundbesitz bedeutet. Grimm's Rechtsalterthümer S. 265.

2) Grimm's Rechtsalt. S. 316: „Mit dem Ausdrucke Bauer, Baumann (colonus, agricola) ist erst allmählich ein Abhängigkeitsbegriff verbunden. Ursprünglich war der lantpûwo, der gipûr, gipûro ein Freier. Als sich aber Städte und Burgen mehrten, Unfreie enger auf das Land und den Feldbau beschränkt wurden, galt der Bauer für einen Gegensatz des Herrn und des Ritters und für abhängig."

Der fränkisch-römische König und Imperator stützte seine Macht hauptsächlich auf die Adalinge, welche er zu Gaugrafen machte, und auf die christlichen Priester, denen der Zehnte gezahlt werden mußte. Sonst legte er den gemeinen Freien nur geringe Abgaben (den Königszins) auf [1]). Dennoch konnten die untern freien Stände die Abhängigkeit nicht ertragen und erregten den blutigen Aufruhr der Stellinga, welcher die Blüthe des Volks wegraffte und den ersten Grund zum Verfalle des bei den Sachsen so zahlreichen Standes der Gemeinfreien legte. Nur durch das frühere Uebergewicht der letztern in Norddeutschland kann man es erklären, daß es fast nie oder so schwer von fremden Eroberern ganz genommen wurde, während solches leichter in Süddeutschland geschah, wo Königthum und Adel vorherrschten [2]). Unter den schwachen Nachfolgern Karls des Großen wich die Allodialverfassung allmählich der Feudalverfassung. Lehn- und Meierverhältnisse verdrängten das alte echte Eigenthum. Vasallen und Meier traten an die Stelle der alten edlen und gemeinen Freien. Die Adalinge machten die Reichs- und Gaugrafenthümer, so wie das betreffende Reichsgut, wie ihr Familiengut, erblich, woraus die Dynasten entstanden. Die Frilinge, deren Güter wie Standlager (castra und freie Sattelhöfe) über die Länder gestreut waren, bildeten sich zu einem erblichen Ritterstande (milites) aus. Dagegen verschwanden bei zunehmendem Faustrechte und abnehmender Königsgewalt die gemeinen Freien immer mehr, indem der Reiterdienst ihrem Fußgängerdienste vorgezogen wurde und ihre Genossenschaften (comitia) sogar Gegenstand der Verleihung wurden [3]). Auch die christliche Kirche, welche zuerst ihrem ursprünglichen werkthätigen Charakter gemäß und durch die Weihe

1) Die Gerichtsbarkeit heißt Königsbann, die Abgabe Königsgeld, weil das deutsche Königthum Einigungspunkt der deutschen Stämme werden, während das römisch-deutsche Kaiserthum Mittelpunkt des ganzen Abendlandes sein sollte.

2) Ueber den deutschen Menschenschlag, von Peetz, Deutsches Museum № 16 vom 17. April 1856.

3) Diese comitia liberorum hat man Freigrafschaften genannt, während Grafschaft eigentlich comitatus heißt. Havemann, Hannov. Geschichte.

Niedriggeborner zu Prieſtern die Emancipirung der Leibeigenen beförderte, trug, als das alte Herrenthum darin als regierendes Element überwucherte, ſpäter zur Unfreiheit der niedern Stände bei.

Mehr und mehr zog ſich die gemeine Freiheit vom Lande in die Stadtgemeinden zurück, welche theils durch die königliche, theils durch die biſchöfliche Gewalt zuerſt entſtanden und wo der geharniſchte Roland das alte freie Gericht bezeichnete. Auch in den Städten war, jedoch abgeſehen von der Leibeigenſchaft, die Abſtufung der Patrizier (Vollbürger), Gilden und Schützlinge (Pfalbürger)[1]). Wenn aber die Städte im deutſchen Hanſabunde eine ſo herrliche Kraft entwickelten und in den Territorien neben Geiſtlichkeit, Herren und Rittern auf den Landtagen erſchienen, ſo kann man ſie wohl als die große Genoſſenſchaft der Gemeinfreien des Mittelalters betrachten, während die Gemeinfreien auf dem Lande nur ſpärlich fortvegetirten und ihre Abgeordneten auf den Landtagen nicht mehr erſchienen. Als mit der Reformation die Territorialhoheit und damit die römiſchen Juriſten emporkamen, verſchwanden die alten Frei- und Gohgerichte noch mehr, ſo wie denſelben nach und nach auch die Hanſen unterlagen.

Dagegen brachte die Reformation mit ihrem Rufe nach chriſtlicher Freiheit, welcher auch auf das Weltliche angewendet wurde, in den Städten die Gilden mehr ans Regiment. Auch entſtand unter der Territorialhoheit auf dem Lande das erbliche Meierverhältniß, und die Leibeigenſchaft wurde milder.

In den welfiſchen Ländern war wohl die Genoſſenſchaft der Iltener Gemeinfreien die einzige, welche bis jetzt fortdauerte, wenngleich andere Genoſſenſchaften, wie z. B. die der Freien auf dem Stemmwede in der Grafſchaft Diepholz, ſich auch bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts erhielten[2]). Ueberhaupt läßt ſich in der Grafſchaft Diepholz wie auch in der

1) Pfalbürger ſind Unfreie, die das Bürgerrecht erlangten, aber auf den Dörfern blieben. Die goldne Bulle von 1356 Art. 16. verbietet dieſes.

2) Mittheilungen über das Amt Lemförde in der Zeitſchrift des hiſtor. Vereins für Niederſachſen vom Jahre 1851.

Grafschaft Hoya bis zur Ablösungs-Ordnung im Jahre 1833 das Ständeverhältniß der Urzeit deutlich erkennen.

Dort gab es nämlich mit Ausnahme des geistlichen und bürgerlichen Grundbesitzes folgende Klassen:

1) Herrschaftlichen Grundbesitz: Domaine. Früher Eigenthum des liber, nobilis dominus, sodann Grafen von Diepholz.

2) Adelich-freien Grundbesitz. Besitzungen der Burgmannsfreien, der durchschlächtig Freien (castellani, milites). Dahin gehören auch die in der Rittermatrikel stehenden Freien.

3) Gemeinfreien Grundbesitz der Stemmweder Freiengenossenschaft.

4) Leibfreien Grundbesitz (Meierbauern).

5) Leibeigenen Grundbesitz.

Mit diesen Klassen stimmt auch das englische Ständeverhältniß des Mittelalters und theilweise noch das jetzige überein, nämlich:

1) Nobility, d. h. die Reichspairs, welche den Titel einer Baronie (liber, nobilis dominus) haben müssen.

2) Gentry (Ritter und höherer Bürgerstand).

3) Freeholder (Freisassen).

4) Yeoman (Pächter, Farmer).

(5) Früher noch die ceorl, Leibeigene.)

Wie sehr der Gemeinfreie auf dem Lande und in der Stadt zusammenhängt, sieht man dort auch.

Das Bürgerthum der city von London heißt nämlich noch jetzt Freithum (freedom), der Bürger Freimann (freeman). Wähler in den Grafschaften ist noch jetzt nur der Besitzer eines Ritter- oder eines Freigutes (squire oder freeholder), welcher 21 Jahr alt ist und einen bestimmten Ertrag daraus hat. Die Nobility bildet das Oberhaus; die squires, Städte und freeholders das Unterhaus (commoners).

Nach Hume (Geschichte von England, Anhang I.) sagen die Gesetze Eduards des Bekenners §. 35 noch, daß die Herzöge und die Scheriffs von den Freisassen (freeholders) in der Folkmote gewählt wurden, einem Gerichte der Grafschaft, das sich einmal im Jahre versammelte.

Bei den Norwegern erscheinen die Gemeinfreien als Adalsbauern und die freien schwedischen Bauern kamen stets auf die Reichstage.

So traten in der Völkerfamilie, welcher Deutschland, England und Scandinavien angehören, die gleichen Grundverhältnisse hervor.

Schiller, welcher in seinem Tell das germanische Ständeverhältniß mit historischer Kenntniß und dichterischer Intuition behandelt, legt dem Gemeinfreien Stauffacher folgende höchst charakteristische Worte in den Mund:

„— Herrenlos ist auch der Freiste nicht.
Ein Oberhaupt muß sein, ein höchster Richter,
Wo man das Recht mag schöpfen in dem Streit.
Drum haben unsre Väter für den Boden,
Den sie der alten Wildniß abgewonnen,
Die Ehr' gegönnt dem Kaiser, der den Herrn
Sich nennt der deutschen und der welschen Erde,
Und, wie die andern Freien seines Reichs,
Sich ihm zu edelm Waffendienst gelobt;
Denn dieses ist der Freien einz'ge Pflicht
Das Reich zu schirmen, das sie selbst beschirmt.

— — —

Sie folgten, wenn der Heribann ergieng,
Dem Reichspanier und schlugen seine Schlachten.
Nach Welschland zogen sie gewappnet mit,
Die Römerkron' ihm auf das Haupt zu setzen.
Daheim regierten sie sich fröhlich selbst
Nach altem Brauch und eigenem Gesetz;
Der höchste Blutbann war allein des Kaisers.
Und dazu ward bestellt ein großer Graf,
Der hatte seinen Sitz nicht in dem Lande.
Wenn Blutschuld kam, so rief man ihn herein,
Und unter offnem Himmel, schlicht und klar,
Sprach er das Recht und ohne Furcht der Menschen.
Wo sind hier Spuren, daß wir Knechte sind?
Ist Einer, der es anders weiß, der rede!"

Zweiter Abschnitt.

Aeußere historische Verhältnisse der Iltener Freien[1]).

Schon früh erscheint in den Urkunden die größere und kleinere Genossenschaft der Freien vor dem Nordwalde; ferner daneben im jetzigen Amte Burgdorf ein ähnlicher Verband, die freie Mark genannt, so wie gemeinfreie Genossenschaften in den benachbarten hildesheimischen Aemtern. Zu den großen Freien rechnet man die jetzigen Iltenschen Amtsdörfer: Ilten, Bilm, Ahlten, Anderten, Höver, Lehrte, Sehnde, Rethmar, Dolgen, Evern, Haimar, Klein-Lopke, Harber, Gretenberg.

Zu den kleinen Freien: die jetzigen hannoverschen Amtsdörfer Döhren, Lazen, Wülfel.

Wahrscheinlich gehörten diese Freien vor dem Nordwalde dem Gaue Astfala an, welcher bei Aligse und Lehrte an den Gau Flotwide grenzte. Zwar findet man in den ältesten Gaubeschreibungen kein Dorf des großen Freien mit Angabe des Gaues, allein man kann es aus folgenden Umständen schließen. Der Nordwald umfaßte den noch jetzt bestehenden Hämeler Wald nebst der Dolger Haide, den Ahlter Wald und die vertilgten Köthen- und Steinwedler Wälder. In dem Köthenwalde waren die benachbarten Dörfer Wehmingen (Wingon), Wirringen (Wiringi), Hotteln (Hottenem) Holzerben bis zur neuesten Zeit. Ferner waren die Orte Gödringen und Heisede bis 1679 Forstinteressenten des Ahlter Waldes, wie Groß-Lopke, Wätzum, Ummeln, Bründelen, Clauen, Algermissen Holzerben des Steinwedler Waldes. Alle diese Orte gehörten dem Gaue Astfala an. Da nun die Iltener Freien ebenfalls Holzerben im Ahlter, Steinwedler und Köthenwalde waren, so bildeten sie mit diesen Orten eine Markgenossenschaft und konnten als solche verschiedenen Gauen nicht wohl angehören, indem sich letztere nach den Markverbänden richteten. Auch gehörten gedachte Dörfer, so wie die des nachherigen Amtes Ilten, sämmtlich vor das Frei- und Gohgericht auf dem Hassel bei Lühnde,

---

[1]) Quellen: v. Werfebe, Gaubeschreibung. Lüntzel, Diöcese Hildesheim. Leibnitz, Scriptores rerum Brunsvicensium I. 752, 754 ꝛc.

imgleichen zusammen in geistlicher Beziehung zum Archidiaconat Lühnde, wo die Kirche noch Spuren des höchsten Alters zeigt. Diese Vermuthung wird dadurch bestätigt, daß noch in späterer Zeit, bei Ausbildung der Territorialhoheit, die Grenze des Amtes Ilten von braunschweig-lüneburgischer Seite in das Hildesheimische hinein bis zum Bruchgraben prätendirt ward, daß noch kürzlich die Freien bis dahin Jagdgerechtigkeit beanspruchten und daß Torniti (Döhren), welches im Gaue Astfala lag, früher einen Theil des spätern Amtes Ilten bildete.

Die ersten urkundlichen Nachrichten über den Gau Astfala melden, daß die Freien den Königszins zu zahlen hatten, ferner daß diesem Gaue Grafen, welche mit den hildesheimischen Bischöfen Beziehungen hatten, vorstanden, bald einer, bald mehrere. So erscheint im Jahre 1022 der District (praefectura) des Bernhard und der des Tammo. In dem letztern lagen Linnite (Lühnde), Wingon (Wehmingen) und Torniti (Döhren), also wahrscheinlich auch die mit denselben verbundenen Freien vor dem Walde.

Als die Gaugrafen und die Bischöfe die Reichslehen erblich machten, betrachteten sie auch die Genossenschaften der Freien als Lehngut, und werden die Bedrängnisse der letztern erwähnt. Gedachter Graf Tammo war nämlich ein Bruder des Bischofs Bernward von Hildesheim, beide aber Tochtersöhne des Grafen Adalbero. Dieser Adalbero, welcher im Jahre 965 als Graf im Gaue Nordthüringen genannt wird und wahrscheinlich auch Gaugraf in Ostfalen war, hatte seinen Sohn Dietrich zum Nachfolger. Da letzterer und sein Sohn Sibert ohne Erben starben, so ward vielleicht die Gaugrafschaft auf des Adalbero Tochtersohn Tammo, der bei dem Kaiser Otto III. in hohem Ansehen stand, übertragen.

Auch Tammo starb ohne Erben, und da dessen Bruder Bernward Bischof von Hildesheim war, so hat wahrscheinlich sich das Hochstift dessen Grafschaften aneignen wollen.

Kurz darauf übertrugen Kaiser Heinrich III. und IV. diesem Hochstifte (nämlich 1051, 1057, 1068, 1069) verschiedene Comitate, vielleicht auch in dieser Gegend. Wenngleich später (1160) theils Heinrichs des Löwen immer wachsende Macht,

theils mächtige benachbarte Große, als die reichsfreien Edeln von Diepenau, die Grafen von Peine, die von Lauenrode und die Vicedome von Wassel [1]), dagegen kämpften, so dehnten die Bischöfe ihre Herrschaft doch immer mehr aus, zumal nach der Exemtion von den Gaugerichten und der Sprengung der herzoglichen Gewalt in Sachsen beim Sturze Heinrichs des Löwen. So verkaufte im Jahre 1229 Dietrich von Tossem seinen Zehnten vor Klein-Lopke an das Kloster Wienhausen, worüber der Bischof Konrad zu Hildesheim den Erlassungsbrief ertheilte. Ferner löfete derselbe in Erwägung der Lasten und Bedrückungen der kleinen Freien solche für 380 Pfund von den Grafen von Lauenrode ein. Dagegen verlieh er die großen Freien der Frau und den Brüdern des Grafen von Lauenrode. Auch andere Dispositionen der hildesheimischen Bischöfe über diese Gegend sind bekannt. Im Jahre 1310 empfing der Herzog Otto Hannover und die Burg Lauenrode vom Bischofe von Hildesheim. Ferner löseten die Herzöge Heinrich und Bernhard von Braunschweig-Lüneburg das Schloß Wilkenburg und die Freien vor dem Walde vom Bischofe von Hildesheim ein und stellten die v. Schwichelt als Amtleute an. Am Ende des 14. Jahrhunderts erweiterte sich die Herrschaft der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg in dieser Gegend immer mehr und vorgedachte Urkunde ist die erste Spur ihrer Territorialhoheit daselbst. Indessen behielten die Bischöfe mehrere politische Rechte in diesem Bezirke, welche so wie die Grenzen zu vielhundertjährigem Streite Anlaß gaben.

Die Freien vor dem Walde werden in den meisten Erbverträgen des nächsten Jahrhunderts erwähnt, namentlich in dem, welcher 1491 zwischen Herzog Heinrich dem Aeltern und Herzog Heinrich, Otto's Sohne, wegen des Landes zu Göttingen auf 12 Jahre gemacht wurde. Es heißt darin: „und uns darby beredet, dat wy edder unse erven de armen Lüde und inwohner in den Friggen de tyttlanck wy de vorgeschreven inhebben, boven olde wohnheit an Schatte deynste und unwöntlicken umpflich-

[1]) Zu Wassel im Amte Hannover findet sich noch der Platz einer alten Burg.

ten nich beſweren, ſundern ſe by oler wonheit laten und alze andere unſe underſaten to rechte vorbidden beſnderen und vordegedingen.“

Aus jener Zeit (1501) iſt auch der erſte erhaltene Verlaſſungsbrief des Freigerichtes zu Lühnde, welches damals ſchon nach Ilten verlegt war, weil Lühnde hildesheimiſch blieb [1]). Der Dinkgreve hält Gericht von wegen des Herzogs und der Erben in Gegenwart des Barthold Schemergen, Voigts in den Freien. Man kann alſo von jener Zeit an die Entſtehung der Amtsvoigtei Ilten datiren, die aber nachher noch lange officiell „die Freien“ genannt wird, wie der Beamte „Voigt in den Freien.“ Im Jahre 1512 traten die Herzöge Erich von Calenberg und Heinrich der Aeltere die Freien an Herzog Heinrich von Lüneburg ab. Jetzt fing man auch an, die Freien zu den allgemeinen Landesabgaben heranzuziehen, obgleich ſie zu den deshalb berufenen Landſtänden nicht mit berufen wurden. Doch erklärten letztere noch 1536: „mit denen, ſo ſich anderer Freiheiten berumen, ſie ſein von Adell oder andere, ſoll gehandelt werden, und was alſo von obgemeldeten und anderen gefreiheten, den Freyen vor dem Walde ꝛc. erlangt wird ꝛc.,“ und auch ſpäter noch, daß ſie eigentlich nicht zu zahlen brauchen.

Mit dem Eintritte der Verwicklungen mit Hildesheim und ſpäter des dreißigjährigen Krieges erhielten die Freien, wegen der Verpflichtung, Mann für Mann auf eigene Koſten dienen zu müſſen, eine beſondere Wichtigkeit. Von da an können wir ihre Einrichtungen genauer kennen lernen und ſehen, daß ſie wegen Erfüllung dieſer drückenden Pflicht im Stande waren, ihre Freiheit größtentheils zu conſerviren, obgleich ſie in immer größere Abhängigkeit von der Landſchaft geriethen, welche ihre Rechte zwar formell vorbehielt, aber factiſch vielfach kränkte [2]). So werden ſie durch die Landtagsabſchiede von Oldenſtadt, 2. Juli 1624, und von Zelle vom 8. Juli 1637 zu gewiſſen Abgaben herangezogen, was ſich ſpäter wiederholt. Doch ver-

---

1) Anlage I.

2) Anlagen II. und III.

ſprach der Großvoigt der lüneburgiſchen Fürſten bei Abſtattung des Huldigungseides noch nach dem dreißigjährigen Kriege: „Seiner Fürſtl. Gnaden werde die Freien bei ihren uralten Frey- und Gerechtigkeiten ſchützen laſſen, beſonders viel mehren und dieſelben verbeſſern.“ Indeſſen auch das Freiengericht verſchwand nach und nach bis auf gewiſſe Formen vor dem römiſchen Rechte und den Landesgerichten.

1672 wurde das kleine Freie an Calenberg abgegeben unter Vorbehalt der Freiheiten, wogegen das große Freie bei dem Fürſtenthume Lüneburg verblieb. Anlaß war die Eroberung der Stadt Braunſchweig, welche bis dahin der unmittelbaren Territorialherrſchaft der welfiſchen Fürſten widerſtanden hatte und ihr Geſammteigenthum war. Sie wurde an die wolfenbüttelſche Linie abgetreten, wogegen unter andern Johann Friedrich von Hannover obige drei Dörfer (die Braunſchweiger Gohe) erhielt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ſollte ſogar die Jagdfreiheit beeinträchtigt werden und der Urſprung der freien Berechtigungen kam allmählich ſo in Vergeſſenheit, daß ſogar ein Archivbericht denſelben von einem römiſchen Privilegium ableitet [1]). Der ſiebenjährige Krieg erſchöpfte die Freicompagnien derart, daß ihre Formation mit Vorbehalt ihrer Rechte geändert werden mußte. Auch wurden ſie zur Contribution herangezogen. 1819 wurde ihnen eine Vertretung in der Ständeverſammlung eingeräumt. Im vorigen und dieſem Jahrhundert beſchwerten ſie ſich vielfach darüber, daß man ihnen nach und nach die wichtigſten Freiheiten genommen, die ſchwerſten Verpflichtungen aber belaſſen. So erreichten ſie denn auch im Jahre 1853, daß ihnen der freie Wirthſchaftsbetrieb gelaſſen wurde; ferner bereits früher, daß die freilich nur auf dem Papiere vorhandenen, aber niemals eingeführten Jagdbeſchränkungen wegfielen. Theils den militairiſchen Verpflichtungen, theils ihrer Lage, theils dem zähen norddeutſchen Bauerncharakter haben ſie die Conſervation ſo mancher Rechte bis auf den heutigen Tag zu danken. Jedenfalls ſind ſich die Freien ſtets ihres Urſprungs wohl bewußt geblieben, und noch jetzt ſind ſie ein kräftiges kriegeriſches Geſchlecht.

[1]) Anlage II.

Dritter Abschnitt.

Rechte der Iltener Freien.

Es bedarf der Vorbemerkung, daß der Ausdruck: „das große Freie“ eine neuere Bezeichnung ist. Früher sagte man nur: „die Genossenschaft der großen Freien,“ denn es wohnten zwischen ihnen, wie auch noch, Meier- und Junkerleute. Wie aber anderswo die hörigen Verhältnisse die freien überwucherten, so sind hier ganze Dorfschaften, z. B. Klein-Lopke des Freiencharakters theilhaftig geworden, ohne indessen ihre sämmtlichen Rechte zu genießen.

Seit geraumer Zeit finden sich:

in Ilten	39	Freie,
„ Bilm	45	„
„ Höver	21	„
„ Anderten	50	„
„ Ahlten	61	„
„ Lehrte	64	„
„ Sehnde	51	„
„ Gretenberg . . .	12	„
„ Klein-Lopke . .	23	„
„ Harber	57	„
„ Haimar	55	„
„ Dolgen	43	„
„ Evern	36	„
„ Rethmar	8	„
	565	Mann.

Die allgemeinen Rechte der Freien stammen, wie oben ausgeführt, aus der Urzeit und sind nach dem Herkommen, dem Sachsenspiegel und den Kaiserrechten zu beurtheilen. Der Kern derselben besteht in der Freiheit der Person und des Eigenthums innerhalb der Grenzen des Herkommens [1]). Nach Grimm [2]) besaßen sie hauptsächlich folgende einzelne Rechte:

---

[1]) Anlage III.

[2]) Grimm's Deutsche Rechtsalterthümer, 1. Ausgabe, S. 283 ff., woraus Obiges wörtlich.

1) Aeußeres Kennzeichen: Das lange Haar. In einem Weisthume des Amtes Peine heißt es: „Die Gerechtigkeit der Freien besteht darin, daß sie von der Baulebung, Bedemund, dritten Pfennig und Hemdlaken frei sind; ihre Töchter, wann sie heirathen und zur Kirche gehen, die Haare auf den Rücken hängen und fliegen lassen dürfen, welches (sonst) keiner Bauerstochter erlaubet wird.“

2) Jeder Freie hat das Recht, unbehindert zu gehen, wohin er will, d. h. es folgt ihm kein Herr nach, der ihn zurückverlangen darf. Er ist nicht an die Scholle gebunden.

3) Jeder freie Mann trägt Waffen. Die freien Bauern in Sachsen und Westphalen brachten ihre Messer (Sahs) bis auf die neueste Zeit in die Gerichte mit und steckten sie in die Erde. Sie sind schildbürtig und haben den siebenten Heerschild.

4) In ältester Zeit hatte jeder freie Mann die Macht, für ihm angethanen Schaden an Leib, Ehre und Gut sich selbst und mit Hülfe der Seinigen zu rächen, wenn er nicht die im Gesetz verordnete Composition nehmen wollte.

5) Auf das Leben jedes Freien war ein Wergeld als Composition gesetzt, das die Verwandten des Getödteten von dem Thäter forderten, wenn sie nicht vorzogen, gegen ihn Fehde zu erheben. Für den Knecht galt kein Wergeld; der Herr ließ sich seinen Werth wie den einer Sache ersetzen.

6) Der Freie ist des echten Eigenthums fähig, was der Hörige und Knecht nicht war. Es heißt darum terra salica bei den Franken, arimannia bei den Longobarden, Folcland (Echtwort) bei den Sachsen [1]). Von diesem Eigenthume hängt dann weiter die Theilnahme an Gericht und Volksversammlung ab, welche dem Unfreien versagt ist. Jeder freie Landeigenthümer hat seinen Theil an der öffentlichen Gewalt und ist zu allem Recht befähigt.

7) Unter sich standen die Freien außer dem Familienband in einer festen Gemeindeverbindung, in Gesammtbürgschaft

---

1) Die englischen freeholders kamen in der Folkmote zusammen; s. den ersten Abschnitt.

und Rechtsgenossenschaft. Nur in der Gemeinde hatte der Freie Recht und Frieden, zu welcher er als Genosse gehörte.

8) Das Aufgebot der Freien ist der Heerbann (arimannia) gegen den Feind oder zu Volksversammlung, Gericht ꝛc.

9) Der Freie ist ursprünglich vieler Lasten, die den hörigen Mann drücken, ledig (frei Mann, frei Gut), nicht aber aller Beiträge und Abgaben überhoben gewesen. Sie entrichteten Geschenke an den deutschen König, beherbergten und bewirtheten ihn nebst Gefolge und steuerten zu den Kosten der Heerzüge. Nach der ältesten Sitte wurde freiwillig dargeboten, allmählich bittweise verlangt (beta, bete, rogatio), endlich herrisch befohlen (Nothbitte, Gewaltbitte).

10) Endlich fand ein wesentlicher Unterschied zwischen Freien und Knechten im peinlichen Rechte Statt. Gewisse Strafen und Ordale konnten nur auf Unfreie angewandt werden. —

Diese Rechte finden wir auch bei den Iltener Freien wieder, wie die nachfolgenden Abtheilungen beweisen.

Erste Abtheilung.

Freigericht.

In der Zeit der altsächsischen Stammverfassung hatten die einzelnen Lande und Genossenschaften außer den Centralpunkten der Hauptstämme und den Einzelgemeinden gewisse Orte, wo sie aus den kleinern Bezirken ihre Opfer brachten, die öffentlichen Angelegenheiten ordneten, Gerichte und Märkte hielten. Karl der Große verlegte dahin die Mittelpunkte der von ihm geschaffenen Gaue und Grafengewalt, so wie die Mutterkirchen, um die zähen Sachsen allmählich an den gewohnten Orten der neuen Form weltlicher und geistlicher Gewalt zuzuwenden, beließ die Ueberwundenen aber sonst bei den alten Gewohnheiten und Gerichten. So war für das Land zwischen Hannover, Sarstedt, Algermissen und Burgdorf Hauptmittelpunkt das Grafen-, Frei- und Gohgericht auf dem Hassel bei Lühnde, im jetzigen Amte Ruthe, so wie

Mutterkirche das Lühnder Gotteshaus, dessen alte romanische Bauart mit den schweren Kreuzgewölben noch jetzt sein hohes Alter bekundet. Sie erscheint schon 1117 als mater ecclesia in villa Lulende, und es wurden die meisten Tochterkirchen des Diaconats Lühnde, z. B. in Ilten, Wirringen, Evern, Sehnde ꝛc., von dort gegründet. Der Hassel [1]) ist eine benachbarte mäßige Anhöhe, von welcher man das Land weit umher überschaut, und noch jetzt findet sich darauf die Gerichtsstelle, der Königsstuhl geheißen, wie man überhaupt derartige Gerichtsstellen nach der fränkischen Eroberung nannte. Das Grafengericht richtete über gewisse Hauptverbrechen, das Freigericht über mindere peinliche und polizeiliche Fälle und über sonstige Streitigkeiten der Gemeinfreien, auch wurden dort die Verlassungen der freien Güter vorgenommen. Das Gohgericht nahm die Angelegenheiten der übrigen Bewohner wahr, sofern sie nicht von andern Genossengerichten, welche namentlich für Meier-, Laten-, Holzgenossen ꝛc. erscheinen, entschieden werden. Die Grafengerichte hörten allmählich auf und die Frei- und Gohgerichte vermischten sich häufig im Laufe der Zeit. Noch häufiger kamen die Gohgerichte ganz in Abhängigkeit von den Territorialherren.

In älterer Zeit verhandelte man unter freiem Himmel. Die Vorsitzer: Grafen, Freigreven, Gohgreven, saßen auf erhöhetem Sitze; Vorsprachen und Urtheilsträger auf Bänken daneben; die Genossen standen umher und fanden ursprünglich selbst das Urtheil (Umstand). Später wurden aus den Freien zur Findung des Urtheils gewisse Schöffen gewählt, weshalb die freien Stände, namentlich aber die gemeinen Freien, bei denen es besonders ehrenvoll war, schöffenbar frei heißen. Gewisse Formalitäten erhöhten die Feierlichkeit. So mochte sich auch hier ein öffentliches Leben entfalten, wie es ein altes Gedicht beschreibt:

---

1) So heißen viele alte Gerichtsstellen, was von der Befriedigung kommt. Grimm, Rechtsalterth. S. 809: „Es wurden dünne Haselstäbe im Kreis gesteckt und Schnüre darum gezogen. Diese einfache Schutzwehr würde der Ungestüm des heutigen Volks bald zerbrechen. Damals gab ihr der allgemeine Glaube an die Heiligkeit des Bandes festern Halt als Schranken von Balken oder Eisen.“

Heute ist Gericht, man lies't Gesetze;
Herbei kommt das Volk, Dürftige pflegt man,
Urtheile künden sie, Streit schlichtet man,
Buße wird bestimmt, Eide werden geleistet,
Zudrang wächst, die Freunde sammeln sich,
Es finden sich Frohe, Jahrrechnungen ordnen wir,
Zölle wachsen, Frühlingsschuld wird getilgt,
Obrigkeit preis't man, Alles wird gegolten.

Das Gericht auf dem Hassel wird bereits 1325 erwähnt, und eine Haßler Kornmaße gab es bis zur Neuzeit. Im vierzehnten Jahrhundert wurden dort urkundlich Streitigkeiten aus Lazen, Sarstedt, Evern, Wülferode, Anecamp bei Hannover ꝛc. entschieden, auch Verlassungen vorgenommen. Allnachgerade macht sich das Aufkommen der Territorialherrschaft bemerklich. Schon im Jahre 1419 schreibt der Lühnder Gohgreve: „Eck Jordan Gogreve tho deme Haßle des Stichtes to Hildensem und unsen gnedychen Heren van Lüneborg.“ Mit dem Verschwinden der hildesheimischen Territorialhoheit aus dieser Gegend ward, wie schon bemerkt, das Freigericht nach Ilten verlegt. Ueber diese Verlegung selbst findet sich nichts, doch geht sie aus einem Verlassungsbriefe von 1501 hervor [1]), wo der Dinggreve das Lühnder Freigericht zu Ilten bloß im Namen des Herzogs von Lüneburg hegt. Die Formen des Freigerichts erhalten sich dann etwa noch 150 Jahre, und dort wird selbst über Streitigkeiten des öffentlichen Rechtes entschieden. So heißt es im Isernhägener Vertrage zwischen den Herzögen Erich dem Aeltern und Ernst vom Jahre 1538: „Daß Geleyde aber und Straße durch den Billmer Schlag und fürter durch Wyringen betreffend ist beredet, daß mit den Ersten ein gewöhnlich Freyending in den Freyen an gebührlicher Statt und Ende angesetzet und gehalten werden und daß zu Nothdurfft dieses Artickels Unsers G. Hrn. Herzogen Erichen Ambte und Voigte zu Coldingen durch den Voigt in den Freyen gefordert und die Männer, so das Freyending setzen und zu halten pflegen, bei Eyden und Pflichten ermahnet werden, die Wahrheit zu

[1]) Anlage I.

sagen undt darauf über die gemeldte Straßen und Straßengerichte auch Stettegeld gefraget werden ꝛc.“ Zweimal, im Frühlinge und im Herbste, wurde das Freigericht als ungebotenes Gericht gehalten, worin alle Freie erscheinen mußten.

Allmählich gieng das Freigericht später in das Landgericht über, welches, wie die alten Freigerichte, zu gewissen Zeiten, im Frühjahre und Herbste, jedoch unter Vorsitz des fürstlichen Großvoigts in Gegenwart der Freien gehalten wurde. Auch die sonstigen Amtsangelegenheiten kamen dort vor, und schließlich wurde jeder Freie gespeiset, was große Kosten verursachte, worüber später. Im Jahre 1657 heißt es noch: „Das freie Landgericht“, etwas darauf bloß das Landgericht.

Allmählich wurde der Dinggreve Unterbediente „des Voigts in den Freien,“ des fürstlichen Beamten, welcher nun Amtsvoigt hieß. Schon im Jahre 1672 ward der Dinggreve vom Landesherrn bestellt und wurde ihm damals zur Pflicht gemacht, das Landgericht zu hegen, die Parteien zu citiren und die Verlassungsbriefe mit dem Freiensiegel zu versehen. Das Verfahren in jener Zeit läßt aber überall die alten Freigerichte durchblicken. Eine Hauptsache blieben die Verlassungen, denn nur vor einem Echteding konnte das Echtwort (Echtwaare, freies Grundstück) übertragen werden. So heißt es in einer Verlassung von 1646: „Hanß Lechtenberg in volmacht Hanßen Roßen zu Haimar verleſt Ehren Conrad Steuerwolt pastorn zu Heimar eine Jylische echtwort Graßland sambt einem Hofe zu Jylien der Roßenhoff genanndt sambt aller Zubehörunge alß nemblich auff dem Jylier lae in dem Jylier beke ꝛc. allerwegen soviell alß zu einem vollen Jylischen Echtworde gehöret erb und eigenthumblich für 100 fl.“

Die Verlassungen erkennt ein großvoigteiliches Reſcript noch vom Jahre 1710 als ein essentiale bei den Contracten und soll ex post gerichtliche Confirmation hinzukommen. Man befolgte dieses Princip bis 1730, wo die Verlassungen aufhören, wahrscheinlich weil die Landgerichte seltener gehalten wurden.

Auch civilrechtliche Streitigkeiten und einfache Schuldklagen waren Gegenstand dieser spätern Landgerichte. Es stand dem

Kläger frei, entweder seine Klage bei dem Beamten (Amtsvoigte), oder unmittelbar auf dem Landgerichte vorzubringen, und ebenso hatte der Beklagte im ersteren Falle das Recht, die Einlassung zu verweigern, oder wenn er mit dem Erkenntnisse nicht zufrieden war, auf das Landgericht zu provociren. Es gab zwar Appellationen, es konnte aber dieselbe Sache auch vor dem Landgerichte mehrere Male zum Urtheile verstellt werden. Auf dem Landgerichte, auch Untergericht genannt, ward vor Land und Leuten erkannt, das gefundene Urtheil publicirte der Großvoigt, stellte darüber einen Gerichtsschein aus und versah denselben mit seinem Privatsiegel. Das bei Verlassungen zu adhibirende und auf dem Titelblatt mitgetheilte Freiensiegel ward dabei nicht gebraucht. Ein Amtssiegel war noch nicht gebräuchlich. Auf den Landgerichten waren namentlich in früheren Zeiten wie bei den Freigerichten Vorspraken und Urtheilsträger (scabini), welche das Urtheil fanden. Später wurden dazu die Voigte (Amtsunterbediente) zu Sehnde, Lehrte und Dolgen gebraucht, welche mit dem Dinggrefen und Amtsvoigte (Beamten) die Gebühren für Verlassungen theilten.

Ein Landgerichtsprotokoll vom 16. Sept. 1770 lautete: „Gegenwärtig Landdrost v. Behr, Namens des Großvoigts und Oberhauptmanns v. d. Busche.“

„Die heutige Abhaltung des hiesigen Landgerichts wurde mit der gewöhnlichen Mannzahl auch Ablesung der Policei- und anderer dahin gehörigen Verordnungen angefangen. Hierauf versammleten sich sämtliche Unterthanen in der großen Amtsstube, woselbst dann das Landgericht vom Herrn Landdrosten von Behr eröffnet und die Wrogen zur Strafbestimmung gebracht wurden. Nachdem solches geendiget und der Herr Oberhauptmann sammt actuario und Voigten abgetreten, bezeugten die Amtsvorsprachen unter Einstimmung der gegenwärtigen Unterthanen, daß sie über den Herrn Oberhauptmann in keinem Stücke die mindeste Beschwerde vorzubringen noch sonst über die Justizverwaltung und das Betragen der Amtsbediente zu klagen vielmehr des Herrn Oberhauptmann Sorgfalt für Ihre Wohlfahrt zu rühmen Ursache hätten.“

Einige Klagen über Einrichtungen werden in Gegenwart des Beamten contradictorisch untersucht und bei einigen Abstellung Namens des Großvoigts versprochen. Der Großvoigt theilt dann dem Amte das Protokoll unter Entscheidung der streitigen Punkte mit.

In wie fern das Freigericht auch über Criminalsachen sich erstreckt hat, läßt sich aus der Registratur nicht mit Gewißheit ersehen. Die ältesten Criminalacten aus der Mitte des 17. Jahrhunderts zeigen, daß der Amtsvoigt (Beamte) ohne Zuziehung der Freien die Inquisitionssachen, gewöhnlich im Zeitraume einiger Tage instruirt, die Acten der Canzlei eingesandt und diese sodann die Strafe erkannt hat. Indeß finden wir im Jahre 1713 bei Hegung eines peinlichen Halsgerichtes, als einem Inquisiten das Canzleierkenntniß eröffnet ward, daß der Dinggrefe zum ersten, andern und dritten Male gefragt hat, ob es sofern am Tag, daß ein öffentlich peinliches Halsgerichte geheget und gehalten werden möge, und daß damals vom Voigte zu Sehnde geantwortet: Quod sic, worauf der Beamte erklärte: „So halte ich denn im Namen des Herzogs Herrn Georg Ludewig ꝛc. ein öffentliches peinliches Halsgericht, wozu keiner herzutreten soll als der dazu gefordert und berufen wird.“

Da ein jedes Echteding in uralter Zeit, gewisse vor das Grafending gehörige Hauptverbrechen ausgenommen, in Criminalverbrechen erkannte, so läßt sich solches nach Vorstehendem auch von dem Lühnder Freigerichte schließen, zumal die Freien bis auf den heutigen Tag die s. g. Criminalkosten tragen müssen: Verpflichtung die Gefängnisse zu erhalten, Gefangenwachen zu thun, das Schließgeschirr zu erhalten ꝛc. Ferner stand das Freigericht in Westfalen und Engern in directem Zusammenhange mit der Vehme, wovon in Ostfalen freilich keine Spuren sind. Der bekannte Charakter des Hofschulzen in Immermann's Münchhausen, welcher das angebliche Schwert Karls des Großen als heiliges Palladium bewahrt, stellt dem niedersächsischen Gemeinfreien vor, welcher des ihm zustehenden Freigerichts mit Ausübung des Blutbannes sich wohl bewußt ist.

Eine allgemeine, den Iltener Freien noch jetzt wegen des früher eigenen Gerichtes obliegende Pflicht ist, die Amtsgebäude zu bauen und zu erhalten.

Außer dem Lühnder gab es noch ein Harbersches Freigericht[1]). Es ist darüber zu bemerken, daß der Bischof Konrad von Hildesheim ums Jahr 1242 die Advocatie Hohenhameln kaufte. Hohenhameln liegt eine Viertelstunde von Harber[2]). Dies gehörte also wahrscheinlich zur Voigtei Hohenhameln, und als die Grenzen der Territorialhoheit sich ausbildeten, trennte sich das lüneburgsche Harber vom dortigen Gerichte, hörte dann später aber wieder auf, weil das Lühnder Freigericht für die umliegenden lüneburgschen Lande bestand.

Indessen haben 89 Eingesessene zu Harber, Hohenhameln, Ohlum, Groß-Lopke und Klein-Lopke bis jetzt Freidingsgerstefuhrgeld ins Iltener Register zahlen müssen, so wie Freidingsgerste. Auch mußte Stiefelhafer aus dem Dorfe Clauen dahin bezahlt werden, weil 3 Hufen von dort bis zuletzt vor das Iltener Freiding gehörten.

Die letzten Spuren der Freigerichte hörten während der französischen Occupation auf[3]).

Ueber andere Gerichte, als das zu Rethmar, Evern, die Holzgerichte ꝛc., wird später die Rede sein.

Auch die Bauerköhren bestanden hier, und noch 1830 wurde die Bestimmung getroffen, daß der Vorsteher in gewissen Fällen Strafen, welche die Mehrheit der Gemeindeglieder erkennt, einzuziehen habe.

Die aus der eigenen Gerichtsbarkeit den Freien obliegenden Lasten dauern noch fort.

---

1) Anlage IV.

2) Dort war Freiding, Goding, Burgericht, Holtding (Lüntzel, Diöcese Hild. S. 115).

3) Im Fürstenthume Lippe-Detmold findet das Gohgericht noch jetzt statt, wobei der Beamte Gogreve ist.

Zweite Abtheilung.

Freiheit von öffentlichen Abgaben.

Seit Karl dem Großen müssen die Freien den Freien- oder Königszins zahlen [1]). In den ältesten Urkunden wird er schon als census regalis, quem liberi solvunt, aufgeführt. Daher stammt der Grundsatz: „Der Freie freiet sich allein mit dem Freienzinse.“

Das Ilstener Amtsregister weiß über seinen Ursprung nichts anzugeben, was schon auf sein hohes Alter weiset. Es zahlen denselben noch jetzt Eingesessene aus Ahlten, Bilm, Dolgen, Evern, Gretenberg, Haimar, Höver, Ilten, Lehrte, Klein-Lopke, Rethmar, Sehnde (Amts Ilten), Groß-Lopke, Lühnde, Wätzum, Wehmingen. Er beträgt drei Pfennig bis vier Gutegroschen und muß den Tag nach Michaelis aufkommen, sonst steigt er alle vierundzwanzig Stunden ums Doppelte. Dieselbe Abgabe findet sich an manchen anderen hannoverschen Orten und hat überall letztere Eigenschaft. So heißt es in einem Vergleiche des Erzbischofs Hildebold und der Stadt Bremen vom Jahre 1259: „It schall de Vogt van wegen des Konings Gerechtigkeit alle Jahr up St. Mertens Dag by Sunnenschine den König Tins entfangen und de den nicht uthgifft by deme Sunnenschine, dem schall de Tins dubbelt upslahn so vaken de Kloke sleyt, de Hane kreyt, de Wind weyt, Sunne und Mande, Ebbe und Floth up und dael geyt.“

Uebrigens war seine Natur früher so unbekannt, daß man 1816 beim Amte Ilten aus dessen Vorkommen die Meierqualität des betreffenden Hofes herleiten wollte! —

Andere regelmäßige Steuern werden in der ersten Hälfte des Mittelalters nicht erwähnt. Im 16. Jahrhundert fing man indessen an, die Freien dazu heranzuziehen, ohne sie auf den Landtag zu berufen, wie bereits im zweiten Abschnitte erwähnt worden. Nach 1536 wird indeß wenigstens erklärt, es solle mit ihnen deßhalb gehandelt werden. Dagegen wurden sie im siebenzehnten Jahrhundert immermehr besteuert, bis sie

---

1) Pufend. Observ. Tom. II. p. 233.

am Ende des achtzehnten Jahrhunderts sogar die regelmäßige Contribution zahlen mußten. Im Jahre 1620 kauften sie die auf dem Landtage für 8 Jahre bewilligte Schatzung mit der Aversionalsumme von 8000 Thlr. ab, wie aus dem desfallsigen fürstlichen Reverse vom 3. Mai 1620 hervorgeht [1]). Späterhin, bei Einführung der neuen Accise, weigern sie sich zu bezahlen, indem sie wegen Zahlung der 8000 Thlr. frei bleiben zu müssen glauben. Allein im Regierungsrescript vom 21. September 1648 wird bemerkt, solches sei nicht der Fall, worauf sie diese Steuern, so wie die Abgabe des funfzigsten Pfennigs von den Erbschaften ad collaterales, für 1500 Thlr. abkaufen [2]).

Wegen des Viehschatzes wurden sie auf dem Oldenstedter Landtage 1624 besonders für 10 Jahre mit 300 Thlr. jährlich angesetzt.

Von der alten Branntweinsaccise und anderen Abgaben blieben sie frei. Tabacksgeld und Contribution mußten sie Ende des 18. Jahrhunderts zahlen. Sie erhoben deshalb viele Beschwerden und zwar zuletzt wegen der neuen Landessteuern 1817, worauf resolvirt wurde:

„Den Freien in der Amtsvoigtei Ilten wird auf ihre unter dem 7. v. M. übergebene Vorstellung unverhalten, daß die ihnen im 17. Jahrhundert zugesicherte Befreiung von damaligen lüneburgschen Steuern nicht auf die gegenwärtigen den Bedürfnissen und Umständen der jetzigen Zeit angemessenen, mit Rath und Einwilligung gesammter Stände des Königreichs einzuführenden Steuern angewendet werden kann, als welchen sie sich gleich andern Freien und unfreien Landeseingesessenen in der von der Landesherrschaft bestimmten Maße um so mehr zu unterwerfen haben, als dieselben mit möglichster Schonung aller Insassen des Königreichs angelegt sind, von denen keiner verlangen kann, sich den nothwendigsten Lasten des Königreichs entziehen zu dürfen.“

Schließlich wird bemerkt, daß die Abgabe des Königs-

---

[1]) Anlage V.

[2]) Anlage VI.

hafers ꝛc. aus dem Freien an die Landesherrſchaft denſelben Urſprung wie das Königsgeld hat.

Dritte Abtheilung.

Freiheit vom Zoll.

Die Freien nahmen unter Beziehung auf den zwiſchen Heinrich dem Aeltern und Heinrich dem Jüngern im Jahre 1512 zu Münden geſchloſſenen Vergleich eine Freiheit vom kleinen Zoll vor Hannover in Anſpruch. Es fanden deshalb zwiſchen der celliſchen und hannoverſchen Regierung mehrjährige Verhandlungen ſtatt. Die hannoverſche Regierung reſcribirte am 20. Januar 1698, daß die Freien zwar vom großen Zoll oder Viehtriftgeld, welches von allem ins Ausland gehende Vieh bezahlt werde, frei bleiben, dagegen den kleinen Zoll als eine Cammerintrade zahlen ſollten, was die celliſche Regierung 1699 beſtätigte.

Die Freiheit vom Weggelde auf dem Borſumer Paſſe ward ihnen 1699 von der hildesheimiſchen Regierung zugeſtanden.

Zur Müggenburg vor Celle und bei Burgdorf brauchten ſie auch keinen Zoll zu zahlen, an letzterm Orte aber nur, wenn ſie ein Atteſt brachten, daß ſie eigenes Korn fuhren.

Die Zollfreiheit iſt durch die Königliche Verordnung vom 9. September 1825 verſchwunden.

Vierte Abtheilung.

Freiheit von Herrendienſten, Kriegerfuhren, Landfolgen, Jagdfolgedienſten und Gefangenwachen für Andere als Freie.

In den ältern Acten findet ſich keine Spur, daß die Iltener Freien der Landesherrſchaft Herrendienſte geleiſtet. Solches wird durch das Princip des Amtsgeldregiſters beſtätigt, worin die Bemerkung, daß ſo wenig Spann- als Handdienſte außer Burgveſtendienſten hergebracht wären. Ein in den Regiſtern berechnetes Dienſtgeld rührt daher, daß die Dorfſchaften zuerſt dem Amtsvoigte Schlüter und deſſen Sohne bittweiſe 1566 gedient und ſolche Präſtation nachher zu Regiſter gezogen iſt. Die fürſtlichen Reiſefuhren nach Pyrmont u. ſ. w. ſind immer bezahlt.

Hinsichtlich der Kriegerfuhren ist vom Königl. Cabinets-Ministerio unterm 12. September 1831 entschieden, daß die völlige Exemtion der Ilteners Freien von der Leistung der Dienst-, Musterungs- und Mondirungsfuhren begründet sei, was die Marsch- und Bagagefuhren betreffe, behalte es beim Atteste des Amtsvoigts vom 5. September 1672 sein Bewenden. Es lautet: „Kriegerfuhren — damit hat es solche Beschaffenheit, wenn einige Durchzüge oder Einquartierung geschehen, müssen die Dörfer, allwo Officiers oder Compagnien gelegen, dieselben bis ins erste Quartier fahren, solches wird in den ganzen Freien liquidirt und bezahlt. Andere Fuhren, auch Boten, werden von Ihrer Durchlaucht um gewissen Preis bezahlt.“

Freiheit von Landfolgen und Jagdfolgediensten ergiebt sich aus einem Fürstlichen Rescripte vom 8. September 1617.

Wachen für Gefangene, die aus andern Aemtern nach Ilten transportirt wurden, mußten von der Landesherrschaft bezahlt werden.

Fünfte Abtheilung.

Freiheit, Handel, Gewerbe und Krugnahrung zu treiben. Recht, Maßen und Gewichte durch einen eigenen Eichmeister eichen zu lassen.

Es sind diese Freiheiten ebenfalls verschiedentlich bestritten, jedoch im Wesentlichen aufrecht erhalten.

Das Königl. Cabinets-Ministerium hat nämlich wegen Handel und Gewerben 1831 bestimmt:

1) daß es den Freien gestattet bleiben sollte, Handwerker bei sich aufzunehmen und Handel zu treiben ohne Concession und ohne Bezahlung von Concessions- oder Recognitionsgeldern;

2) doch muß jeder, der ein Gewerbe anfängt oder niederlegt, davon bei 5 Thlr. Strafe dem Amte Anzeige machen.

3) Die Ausübung obiger Befugniß ist auf die Amtsvoigtei Ilten ausdrücklich beschränkt, so daß die Ilteners Gewerbetreibenden außerhalb der Jahrmärkte an andere zu den

großen Freien nicht gehörige Landeseinwohner nichts ohne Regiminalconcession verkaufen dürfen.

Hinsichtlich des Rechts zur Krugnahrung behaupten die Freien dasselbe hergebracht zu haben. Im Jahre 1730 bestritt ihnen solches der Anwalt Königl. Amtsvoigtei Ilten; sie wurden aber im Besitze geschützt und brauchten seitdem nur Anzeige von Eröffnung einer Krugwirthschaft bei der Amtsvoigtei zu machen, damit solche die polizeiliche Aufsicht führe.

Auch nach Erlassung der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1847 ist ihnen dieses Recht verblieben, doch müssen sie eine Concession nehmen, welche nicht des Bedürfnisses wegen, wohl aber wegen Bescholtenheit des zeitigen Besitzers einer freien Stelle versagt werden kann.

Früher hatten die Freien noch das Recht, Maße und Gewichte durch einen eigenen Ahmherrn in Ilten eichen zu lassen. Seit 1828 ist solches bestritten.

Sechste Abtheilung.

Recht, Bier und Branntewein zu brauen.

Jedem Freien stand immer das Recht zu, Bier zum feilen Verkaufe zu brauen.

Kurze Zeit nach Erfindung des Broihans zu Hannover im Jahre 1526 ist im Amte Ilten Bier zu feilem Verkaufe gebrauet, und wenngleich die Brauerämtsgenossen in den benachbarten Städten seit 1645 wiederholte Beschwerden geführt und Strafbefehle gegen die Iltenschen Brauer extrahirt haben, so schützten sie sich doch im Besitze dieser Gerechtigkeit, welche in folgenden landesherrlichen Verordnungen anerkannt wurde, vom 2. April 1711, 20. April 1716, 19. October 1718, 7. Juli 1738 (Corp. Const. Luneb.)

Ferner befinden sich die Freien im Besitze des Rechtes, ohne Concession Branntewein zum feilen Verkaufe zu brauen, mußten aber zufolge Sentenz vom 9. April 1740 Blasenzins zahlen.

Siebente Abtheilung.

Freiheit, die Hofespertinentien zu veräußern.

Die Freien durften von jeher ihre Höfe ohne Consens eines Obereigenthümers oder der Regiminalbehörde vereinzeln, nur zur Veräußerung des in neuerer Zeit ausgewiesenen Erbenzinslandes ist um Genehmigung nachgesucht.

Gewisse, früher aus der Gemeinheit ausgewiesene Reihegrundstücke dürfen von der Hofesstelle, selbst mit Genehmigung, nicht veräußert werden. Sie sind meist von geringer Bedeutung. Dennoch kommen Parcellirungen der Höfe wenig vor.

Zu verschiedenen Zeiten glaubte man Seitens der Regierung dieser Freiheit entgegentreten und einen Consens verlangen zu müssen. So sagt ein nicht zur Ausführung gekommenes großvoigteiliches Rescript vom 26. October 1730. „P. s. Auch Wohlgeb. Herr Amtsvogt! Hat man aus deßen in Sachen Harm Harken zu Ahlten wider Johann Cord Brandes das. vorhin erforderten und erstatteten Bericht ersehen, wasmassen derselbe nichts hinlängliches vorzuschlagen weiß, wie denen von den Unterthanen dasiger Amtsvoigtei bisher vielfältig unternommenen Versatz- und Veräußerungen derer Erbgüter füglich vorzukommen. Alß jedoch die conservation derer Höffe erfordern will, darunter eine Aenderung zu machen und zu dem Ende das caput 44 der Polizeyordnung hinwieder ad observantiam zu bringen dergestalt, daß dergleichen alienationes oder oppignorationes ohne Ambtsconsens ferner nicht verstattet werden, das Ambt aber in die Alienation alter Erbgüter gar nicht, hingegen ratione der neu zugekaufften anderergestalt nicht consentire, es sey dann, daß zuvor an Königliche Großvoigtey davon Bericht erstattet und klahr gemacht sey, daß ohne Pertinentien der Hof in vollem Stande bleiben und die praestanda davon erfolgen können. So wird der Herr Ambtsvoigt sich darnach achten, auch auf denen Vorgerichten denen Unterthanen jedes Mal eröffnen und dabey ihnen bedeuten, daß daferne sie solchen entgegen handeln würden, der gemachte Vergleich nicht allein vor null und nichtig gehalten, sondern auch beiderseits con-

trahenten zur Straffe über deme gesetzet werden sollen.“ — Als die Cammer später Aehnliches beabsichtigte, berichtete der Oberhauptmann von Uslar 1791:

„meiner meynung nach liesse man dieses in den ehrwürdigen dunkell in den es seit jahrhunderten geruhet zu haben scheint, da es übrigens eine ausgemachte Wahrheit, dass Eigenthumsrechte den Unterthanen glücklicher machen, mithin die landesherrschaft selbst beglücken, die Meyerrechte selben aber schädlich“ etc.

Bei einer noch spätern Verhandlung über diese Angelegenheit berichtete der Beamte 1825:

„Während meiner Dienstführung beim Amte Ilten sind immer Veräußerungen von Grundstücken ohne Consens Königlicher Cammer geschehen, und diese Veräußerungen sind auch seit den ältesten Zeiten, soweit nur die Nachrichten des Amts reichen, schon immer auf gleiche Weise vorgenommen und ist niemals zur Confirmation eine vorgängige höhere Genehmigung erfordert oder die Gültigkeit ohne solche gefährdet gehalten. Auch wird kein Meierbrief (wegen der Meiergrundstücke) gelöset außer von den Hildesheimer Meiern. Auf diese leicht zu bewerkstelligende Veräußerung ist vorzüglich der Wohlstand der Amtsunterthanen befördert, indem dadurch einem sonst vielleicht unvermeidlichen Concurse vorgebeugt wird. Ich bin von dieser Meinung überzeugt und halte die Freiheit der Veräußerung von Grundstücken grade für die Ursache, warum in den drei Jahren 1819 bis 1822 gar kein Concurs im Amte Ilten anhängig gewesen“ u. s. w.

Bekanntlich erweiset sich diese Freiheit im alten Amte Hildesheim, im Bremischen ꝛc. ebenfalls als zweckmäßig, während man im Göttingschen und sonst manche Uebelstände daraus ableitet [1]).

---

1) Löher, Land und Leute in der alten und neuen Welt, II. S. 25 giebt über die amerikanischen Freesoiler an: „Die amerikanischen Freesoiler verlangen eine unzertrennliche Heimstätte für jeden Grundbesitzer: „Freier Boden, freie Rede, freie Arbeit, freie Menschen.“

Achte Abtheilung.

Freiheit, Scheibenschießen zu halten.

Eine Notiz des Landraths von Bülow vom Jahre 1697 bemerkt:

„Als in alten Kriegszeiten wahrgenommen, daß die Unterthanen im Gewehr sehr ungeschickt, ist ausgesonnen von gnedigster Herrschaft, den Unterthanen Land oder Wiesen anzuweisen und contributionsfrei zu lassen, auch eine Geldprämie zu reichen, damit die Unterthanen zum Schießen animirt würden. Die Dörfer, welche nicht schießen, deren Gras ist für das Jahr dem Amtsvoigte verfallen. Es hat der zeitige Amtsvoigt zu Ilten vor der Scheibe zu Ilten 6 Schuß, als 3 Schuß für die Herrschaft und 3 für sich ꝛc. Die Dörfer sind schuldig dem Amtsvoigte das Schießen anzuzeigen und zu fragen, wann es ihm gelegen überzukommen. Sie müssen ihn mit Wagen und Pferden abholen und zurückbringen ꝛc. Der Junker zu Rethmar hat das. 8 Schuß und sendet 2 Kerls nach Belieben“ ꝛc.

Durch die Verordnung vom 7. Juli 1710 wurde das Scheibenschießen im Fürstenthume Lüneburg abgeschafft. Das großvoigteiliche Rescript vom 4. März 1711 bestimmt indessen, daß, wenngleich das Scheibenschießen im Allgemeinen verboten, doch den Freien im Amte Ilten, da sie mit besondern Privilegien begnadigt und sie sich im Nothfalle zur Defension des Landes gebrauchen lassen müßten, dasjenige nicht entzogen werden dürfe, was sie dazu geschickt mache. Jede Ortschaft könne daher ihr Schießen ohne Gesöff und Unordnung halten und sollten die Preise zum Besten der Ortschaften bleiben. In den Jahren 1732 und 1740 ward es wieder verboten und auf die Vorstellung der Freien erwiedert, daß bei ihnen eine Ausnahme hinsichtlich der Verordnung vom 7. Juli 1710 nicht mehr Statt finden könne. Nach der Verordnung vom 17. August 1746 ward das Scheibenschießen unter gewissen Bedingungen gestattet, namentlich ward verboten, daß der Beamte nicht mitschieße, wo es nicht erweislich hergebracht sei. Allein auch diese Verordnung ward wieder aufgehoben und zuletzt am 21. Juli 1751 das Freischießen wieder gestattet.

Neunte Abtheilung.

Jagdfreiheit.

Von Alters her waren die Freien berechtigt, hohe und niedere Jagd über das große und kleine Freie, welches letztere vormals zur Amtsvoigtei Ilten gehörte, auszuüben. Ja ihre Jagdgrenze erstreckte sich bis in die benachbarten Aemter Burgdorf, Coldingen und Ruthe, wahrscheinlich soweit die alten Markgerechtigkeiten gehen. Noch seit Menschengedenken haben sie die Grenze bei Gr. Lopke bezogen und wollten im Pastorenhause eine Wand einschlagen, die darüber gebaut war, was der Pastor durch Darreichung eines Trunkes gehindert.

Wohl mit Gewißheit rührt dieses ganz besonders merkwürdige Recht aus der Urzeit her und ist im Mittelalter erhalten und erweitert, weil die Freien den Landesherren wichtige Kriegsdienste leisteten. So berichtet die Sage, sie hätten einen Fürsten beim Ahlter Walde aus den Händen der Spanier befreit und in der Sievershäuser Schlacht besonders geholfen. Die Stelle, an welcher Ersteres sich zugetragen haben soll, heißt noch jetzt der spanische Kirchhof.

In neuerer Zeit wurde ihnen dieses Recht bestritten, allein ohne Erfolg. Kurz nach dem dreißigjährigen Kriege beschwerten sie sich schon, daß sie die Hunde nicht knüppellos gehen lassen sollten. Ein Fürstl. Rescript vom 2. März 1650 erklärte aber, es sollte ihnen dadurch an ihren hergebrachten Rechten nicht präjudicirt werden.

Noch am 29. Januar 1700 attestirte die Amtsvoigtei Ilten, daß die Freien von undenklichen Jahren befugt gewesen, auf ihren Feldmarken und woselbst sie Vieh zu hüten und Holz zu fällen berechtigt, allerhand Wild zu schießen.

Dagegen ward durch eine besondere Königl. Verordnung vom 29. August 1719 bestimmt:

1) daß Niemand in der Amtsvoigtei Ilten oder dem sog. Freien erlaubt sein solle zu schießen, als den angesessenen Hauswirthen;

2) doch solle die Setzzeit gebührend beachtet werden.

3) Keiner solle weiter kommen, als die Feldmark des Dorfes, worin er angesessen.

4) Zugleich sind Strafen für Contraventionen angesetzt.

Hiergegen reservirten sich die Deputirten der Freien jegliche Competenz, und ein Amtsprotokoll vom Jahre 1791 bezeugt, daß sie auch nie zur Anwendung gekommen. Erst im Jahre 1793 ist ein Jagdpatent mit Königl. Regierung vereinbart, worin es unter Anderm heißt:

1) Zur Jagd sind nur die wirklichen Besitzer der im Freien belegenen Reihehöfe und deren Söhne, so lange sie im väterlichen Hause sind, berechtigt.

2) Die Hegezeit ist vom 1. März bis 1. September.

Das Rittergut Rethmar, welches gleiche Jagdrechte wie die Freien hat, beschwerte sich darüber, ward aber 1799 abgewiesen.

Im Jahre 1824 wollte die Landdrostei zu Lüneburg die Verordnung vom 1719 wieder durchführen, wurde aber durch das Jahr 1830 gehindert.

Trotz des neuesten Jagdgesetzes jagen die Freien durch das ganze Amt und brauchen keine Jagdscheine.

Ueber die Jagdgerechtigkeit der Beamten ist 1696 Folgendes bemerkt:

Dem Amtsvoigte steht frei im ganzen Freien zu jagen, hohes und niederes Wild zu schießen, auch Vögel fangen und stellen zu lassen, wo es ihm beliebt.

Wenn die Freien (Hoch) Wild schießen, müssen sie es anzeigen, ob es der Amtsvoigt ganz haben will oder nicht, und wird gegeben für einen Hirsch 3, 4 und 5 Thlr., für ein Schwein 2 bis 3 Thlr., für ein Reh 2 Thlr., Hasen, wenn man sie begehrt, müssen auch gegeben werden für 15 Mariengroschen.

Diese Gerechtigkeit ist noch heute in Kraft, mit Ausnahme des Hasenablieferns.

Zehnte Abtheilung.

Recht, zur Conservation ihrer Freiheiten einen Deputirten und Bauherren zu halten.

Von jeher waren im Amte Ilten mehrere Deputirten und Bauherren der Freien angestellt, um auf die Erhaltung ihrer Rechte zu achten, Rechnung über die Landesabgaben, die Freienabgaben wegen der militärischen Verpflichtung, der Kosten der Amtsgebäude u. s. w. zu führen. Die Rechnung wurde ihnen ursprünglich von den Bauermeistern der Dörfer ohne Concurrenz des Amtes abgenommen.

Seit 1818 ist nur ein Freien-Deputirter vorhanden, welcher zugleich die Geschäfte der Bauherren mit versieht. Er wird von den Freien gewählt und vom Amte bestätigt. Er muß dem Amte jährlich die s. g. Bau- und Liquidationsrechnung ablegen.

Ueber die frühern Verhältnisse findet sich noch:

Nach dem Fürstl. Regierungsrescripte vom 19. Juli 1660 wird anerkannt, daß die Freien zwar das Recht hätten aus ihrer Mitte Deputirte und Bauherren zu wählen; dieselben sollten aber künftig ohne Vorwissen der Amtsvoigte weder an- noch abgesetzt werden.

Durch Cammerrescript vom 17. September 1793 wird ihr Dienst näher bestimmt, wie folgt:

1) In Zukunft sollen 4 Deputirte und 2 Bauherren bestellt, durch Mehrheit der Stimmen von zu wählenden Dorfs-Deputirten erwählt, dem Amte vorgeschlagen und beeidigt werden.

2) Ihr Dienst soll vierjährig sein; sie können aber durch Mehrheit der Stimmen wieder gewählt werden.

3) Der Dienst der Deputirten und Bauherren soll niemals in einer Person vereinigt sein.

4) Sodann folgen Bestimmungen über Rechnungsführung, wovon nur der Gegenstand der Liquidationsrechnung bemerkenswerth:

Caput I. Ständige Ausgaben, nämlich: Salar der Deputirten, Liquidate für Deputirte und Amt. Salar des Amtsboten, Hirtenlohn für das Amtsvieh, Kosten des Land-

commissairs, Fuhrkosten für den Fürstl. Contributionseinnehmer, Besoldung der Ahmherren ꝛc.

Caput II. Kosten der Freiencompagnie, der Fuhren bei Exercicen und Musterungen, Inquisitionskosten des Amtes ꝛc.

Die Bauherren mußten die Baurechnung wegen der den Freien obliegenden Unterhaltung der ihnen auch eigenthümlich gehörigen Amtsgebäude führen.

Wegen Ablegung der Rechnung sagt obiges Rescript 11 und 12: „Zur Abnahme der Rechnung wird Termin vor Ablauf des Monats October anberaumt, wozu außer den Deputirten, Bauherrn, Voigten, auch die Bevollmächtigten der Freien aus den einzelnen Gemeinden zu citiren. Die Rechnung nebst monitis der früheren ist zu verlesen und was sonst die Gemeinden vorbringen zu Protokoll zu nehmen und nachmals zu weiterer Erörterung zu bringen."

Vierter Abschnitt.

Pflichten der Freien.

Erste Abtheilung.

Kriegsdienst.

Der Waffendienst war die Hauptpflicht der Freien. Ein Amtsbericht vom 26. Februar 1666 giebt darüber Folgendes an:

„Die Freien wären von jeher schuldig gewesen die Mannschaft auf ihr eigenen Kosten in den Festungen des Landes zu unterhalten; ein Jeder sei dienstpflichtig gewesen und wären bald 20, 50, 150 oder 200 Mann aufgeboten, ja im Jahre 1654 wären 250 Mann nach Celle und Gifhorn gesandt. Ursprünglich wären die Soldaten alle 8 Tage von den Ihrigen abgelöset und sei es ein Reihedienst gewesen, wobei sie einen Fähndrich gehalten, so der Freien Fähndrich genannt und eine roth und gelbe Fahne[1]) führe, welche in Friedenszeiten auf dem Amte aufbewahrt worden. Später

[1]) Die Farben des Freienwappens sind gelb und roth.

wären zwei Compagnien jede von 180 Mann ohne die Officiere errichtet, die sich mit Hüten, Röcken und gutem Gewehr hätten versehen müssen und wären ihnen zwei Lieutenants, aber keine Fähndriche vorgesetzt bis in das Jahr 1666, wo noch zwei Fähndriche angestellt worden. Die Officiere wären aus der Kriegscasse bezahlt. Wenn sie aber im Freien entweder beim Fürstlichen Ablager oder bei den hannoverschen Märkten vor dem Aegidienthore aufwarten mußten, so würden sie von den Freien belohnt, und erhalte dann jeder Lieutenant 23 Gr. 6 Pf., die Fähndriche eben so viel, die Sergeanten aber, Corporale und capitains d'armes 10 Mgr. 3 Pf., die gemeinen Knechte incl. Gefreiten und Tambour 6 Mgr. 3 Pf. Letztere incl. der Sergeanten würden von jeder Dorfschaft bezahlt und müsse der Dienende dazu mit concurriren, die Häuslinge aber den dritten Theil bezahlen. Kraut und Loth hätten sich die Soldaten selbst anzuschaffen. Es sei ihnen jedoch in den Festungen davon mehrentheils gereicht, auch wohl etwas zur Austheilung hierher geschickt, wie ihnen auch wohl 1, 2, 3 Monat Sold den geworbenen Soldaten gleich gegeben; das sei aber alles eine Gnadensache."

Die ersten Nachrichten in den Amtsacten finden sich vom Jahre 1615. Die weiteren Nachrichten aus den Zeiten des folgenden dreißigjährigen Krieges und den spätern Jahren liefern interessante Details über die Umbildung des Kriegswesens.

Bis zum Jahre 1615 bestanden in den Welfischen Ländern die mittelalterlichen militärischen Einrichtungen [1]). Das Heer wurde gebildet durch die prävalirende berittene Lehnsmiliz der Ritter und fürstlichen Beamte, so wie durch den im Mittelalter zurückstehenden, zu Fuße fechtenden Heerbann der gemeinen Freien und der pflichtigen Hintersassen. Seit Erfindung des Feuergewehrs war die Wichtigkeit des Fußvolks gestiegen und eine neue Kriegskunst eingeführt. Deshalb traten Lehnsmiliz und Heerbann immer mehr gegen die geworbenen gehörig

---

1) Das Nähere findet sich in Herzog Georg von Braunschw. Lüneb. von v. d. Decken, Band I. Cap. VII.

exercirten Berittenen und Fußknechte zurück. Churfürst August von Sachsen und Moritz von Hessen meinten um die Zeit von 1625: „600 gewisse ordentliche Reiter wären ihnen lieber als eine große Anzahl adelicher Ritter.“ — Solches meinte man auch in den Welfischen Landen. So entstand nach und nach das stehende Heer und folgeweise wurde die Steuerverfassung, wie die ganze Landesverfassung, modificirt.

Im Jahre 1615 wurden, wie die übrigen Bestandtheile des Heeres, auch die Freien und zwar am 3. Juni durch den Amtsvoigt Schlüter „gemustert“ und „zyder zwei Fähnlein gebracht.“ Die noch vorhandene „Musterrulle“ weiset nach, daß das erste Fähnlein aus dem Fähndrich Balzer von Lüpke [1], 4 Trommelschlägern und 62 Gliedern „Musquettierern“ und 32 Gliedern „Piekenierern“, das Glied zu 3 Mann, bestand; dagegen das zweite Fähnlein aus dem Fähndrich Ernst, 4 Trommelschlägern und eben so viel Mann. Im ersten Fähnlein standen die Freien aus Lehrte, Volgen, Haimar, Ilten, Harber, Sehnde; im zweiten die von Gretenberg, Wilm, Höver, Ahlten, Anderten, Döhren, Wülfel, Lazen: im Ganzen 564 Mann, mit Ausnahme der Fähndriche und Trommelschläger. Laut der noch vorhandenen Fürstl. Befehle mußten am 26. Juli 1615. 30 Mann nach Gifhorn und am 10. September 1615. 58 Mann nach Lüneburg. Auch die pflichtigen Bauern des Fürsten mußten als Soldaten sich gebrauchen lassen (mit dem Halse dienen). Von ihnen wurden aber nur wenige und zwar Söhne oder Knechte, die entbehrt werden konnten, ausgehoben und mit Kleidung, Gewehr, Kraut und Loth vom Fürsten versehen, wogegen die Freien Mann für Mann dienen und sich selbst mit Armatur, Speise und Gage versehen mußten. Diese Last war nachbargleich, Stellvertretung aber zugelassen. Die Freiencompagnien standen für sich in Schlachtordnung und wurden ihnen nie pflichtige Ausschösser zugegeben. Die nachbargleiche Verpflichtung gab zu vielen Beschwerden Anlaß. Die älteste vom 9. September 1615 giebt an:

[1] Die Familie von Lüpke ist noch im Freien ansässig.

„— ist es doch an deme, das in Samblung solcher Kriegsunkosten gantz unbillig gehandelt wird, in deme der Arme deren aus der Massen viel sein, die theils nicht eine Kuh im Stall oder so viel Lands im Feld nicht haben, darein man eyn Viertefatt Korn einsetzen kunnte, ja deren vilen zum offtermahlen die liebe Sonne manchen Tag eher als das Brod ins Hauß kommen, auch manch arm Mensch dasjenige, so es des Tags essen will, erst von den Wocken erspinnen oder mit der Hand verdienen muß, damit es ein Stück Brots kann bekummen ꝛc. und dennoch solche gantz arme Leuthe dem Reichen, die an Vieh und lenderey nicht allein ihre volle Nottdurfft sundern vilen Ueberfluß haben, gleich mußen geben und über das ligt auch der armuth das auf dem Halse, das der arme in selbst eigener Persohn wol fort und Leib und Leben einsetzen muß, dagegen der Reiche bei seinem Fewer ganz still sein und sein Gelt dafür schicket, worinnen sich dann die Armuth zum Höchsten beschweret findet.“ — (Bitte) „Verordnung zu thun, daß sodane Kriegsschatzung nach dem Stock, als nach dem der Viehschatz gefordert, gesammlet werde und also der Reiche vil und der Arme wenig, jeder nach seinem Vermuegen geben möge, angesehen, das auch solches vor 9 Jahren zu halten angefangen und uns ein brieff darauf gegeben, selbiger aber von den Reichen mit Listen von uns wieder erpracticiret und unterschlagen worden ist.“

Ein Fürstl. Rescript vom 10. September 1615 schreibt darauf vor: „begeren eine solche Anlage, zu deren (der freien Soldaten) Unterhalt zu machen, daß es entweder auf iedes Vermögen oder ie uff den Viehschatz gesetzet und deswegen die Reichsten die Armen unbenehmen mögen, wie denn auch der Unterhalt monatlich etwa auf 5 oder zur Höchsten 6 Reichsthaler könnte gestellt werden und hoffen die Freien also hinführo mit mehrerer Volkseinschickung zu verschonen.“ Solches ist bis 1620 wiederholt eingeschärft und scheint befolgt zu sein, weil sich darauf die Großen beschweren.

Ein Bericht des Amtsvoigts vom 23. Juni 1620 sagt darauf: „gebe hierin noch dienstlich zu wißen, daß, obwoll

ſonſt alle contributiones, ſo allhie in dem Freyen fürfallen, nach dem Schatzſtock von den Leuten geſahmlet, doch in Kriegsweſen auf die riege contribuirt worden, wie das die Kothſaßen auch nicht leugnen können. Dero behueff auch die Theilung in Holtz und Felde zu gleich zugewieſen haben. Weilln aber bei menſchengedenken, wie alle Leuthe berichten, niemahls fürfallen, daß ein ausſchuß ſo lange hat müßen unterhalten werden, und weiln ſowohl Ackerleute als Köthner ſolche Unterhaltung ſchwer, fället ſolche Klage für und wird Illustrissimus ꝛc. dero nicht eher abkommen, bis dieſelben entweder durch ein mandatum gnedig und ſchließlich erklären, ob es bei dem Herkommen bleibe, oder ſonſt eine gewiſſe Maße oder Weiſe anhero publiciren laſſen.“

Schließlich wird anheimgegeben jeder Ortſchaft die Aufbringung des Geldes zu überlaſſen.

Es ſcheint beim Alten geblieben, jedoch immer mehr Geld vom Fürſten zugeſchoſſen zu ſein, weil der Dienſt immer drückender wurde.

1620, als der Handel mit Hamburg Statt fand, mußten die Freien zur Muſterung nach Winſen und ſodann 200 Mann ſtark an die Elbe.

Der Fürſt wünſchte, ſie möchten ſich „einigerley liberey, ein Röcklein und Huetlein“ anſchaffen, was ihnen zur Zierde bei den Benachbarten gereichen würde. Sie lehnten es der ſchlechten Zeiten wegen ab [1]). Der Capitain Johann Voß hatte ſie in Bleckede unter Commando und muſterte „verſchiedene kantz unerfarne und kriegsundüchtige“ Soldaten aus, und beſetzte ihre Stellen mit „andern düchtigen geworbenen“ Soldaten, was die Freien trotz Proteſtes bezahlen mußten.

1636. 10. October mußten 100 Freie nach Celle und 400 Mann parat gehalten werden.

1637. 26. Sept. Ordre: „Wir begehren, du wolleſt 5 oder 6 Kerl von den Freien, welche im Kriegsweſen geübt

---

[1]) Anlage VII. und VIII.

und zu officieren gebraucht werden können, innerhalb 8 Tagen hierher [Celle] schicken."

1638, 28. März:
200 Mann nach Celle,
50 " " Gifhorn,
50 " zur Ablösung nach Gifhorn.

1639. 13. Januar 100 Mann nach Gifhorn. „Da Wir anitzo in eill zu den geworbenen Völkern nicht gerathen können."

1639. 14. Jan. 200 Mann nach Celle,
100 Mann nach Uelzen.

1639. 10. Febr. 60 Mann nach Celle,

1639, 18. Octob. „300 Mann sollen gefaßt sein jeden Augenblick nach Zelle."

1640. 2. Sept. 50 Mann nach Gifhorn.

1641. 14. Mai. 50 Mann ebendahin.

Die Beamte von Gifhorn beschwerten sich, daß die Freien, „anwesende und weggelaufene", bei den Gifhorner Bürgern an Victualien über sechshundert Thaler Schulden gemacht und diese nun nichts mehr für die Soldaten liefern wollten. Es ergieng darauf folgendes Rescript an den Voigt in den Freien:

„V. G. G. Friedrich ꝛc. Lieber Getrewer, was wir zu verschiedenen mahlen wegen unterhaltung der auff unsrer Vestung Giffhorn liegenden Freien an dich gelangen laßen, das hast du dich zu erinnern und ob dem beischluß zu ersehen, was an uns unsere Beampte das. abermals deshalber supplicirn. Weilln nun gleich woll die Freien schuldig und gehalten zu versicherung unser Vestung sich gebrauchen zu laßen und derp behueff so viel Mann als es die noth und gelegenheit erfordert zu unterhalten, auch dagegen ihrer privilegien und Freiheiten für andern unsern unterthanen, welche hingegen mit Diensten und andern teglich fürfallenden Beschwerungen belegt und gebraucht werden, zu genießen: So begehren wir nochmals in Gnaden zuverleßig, Du wolleſt bei gedachten Freyen die unfeilbare anstalt machen, daß bei verlust

erwehnter Privilegien ſoviel gelt aufgepracht, davon das fras, von den Soldaten verzehrt und erborget, zuvorderſt bezahlt ꝛc. Geben Zell ꝛc. Friedr. m. p.“

Auch in den Jahren 1643 bis 1648 mußten 50 bis 200 Freie marſchiren.

1648 wurden für das ganze Land die ſ. g. Ausſchöſſer verordnet, d. h. es mußte der neunte Mann der pflichtigen Landeseinwohner als ein beſtändiger Ausſchuß zu den Landcompagnien geſtellt werden, woraus die Landregimenter entſtanden [1]).

Dagegen blieb es nach längeren Verhandlungen im Freien bei dem Herkommen, daß die Freien Mann für Mann auf ihre Koſten dienen mußten. Indeſſen hatte es doch die Folge, daß der Herzog die beiden Freiencompagnien mit „livrée“, Ober- und Untergewehr verſehen ließ und bei jeder Compagnie eigene Landhauptleute angeſtellt wurden, die im Mai und October jeden Jahres im Beiſein einer dazu verordneten Commiſſion die Compagnien zuſammenzogen und exercirten, und daß die deshalb nöthigen Verpflegungskoſten aus der Militaircaſſe gut gethan wurden. Die Uniform war roth mit violetten Aufſchlägen. Es erſchien im Jahre 1648 zum erſten Male als Muſterherr der Voigt (Beamte) und Landhauptmann Heinrich von Eltze aus Burgwedel und muſterte die Freien, nachdem befohlen war: „ein jeder Hauswirth ſolle ſich mit einer guten „musquete“ oder „Fewerrohr zuſambt einer guten notturfft an Pulver, Kugeln und Lunten“ verſehen.

15. Jan. 1649 rückten 100 Freie „zum Fürſtl. Leichenbegengnuß“ nach Celle.

1651 waren im großen und kleinen Freien nach der Muſterrolle 700 Mann, wovon 200 Mann geſtellt wurden. In der Rolle finden ſich hinter verſchiedenen Perſonen Bemerkungen, wie: „— iſt lahmb. — abest. — ſteht Gevatter. — huetet die Schweine ꝛc.“, womit das Verfahren abgemacht iſt. Das vom Großvoigt Thomas Grote unterzeichnete Fürſtliche Reſcript vom 17. September 1653 verordnet, daß, ſo wie

---

[1]) v. Wiſſel, Geſchichte der Chur-Braunſchw. Truppen, S. 777.

die Musterungsrolle aufgestellt sei, niemand der darin Aufgenommenen in ein andres Amt oder in einen andern Ort im Freien gehen dürfe, ohne besondere Erlaubniß des Landhauptmanns, wobei ein Stellvertreter nachzuweisen wäre, auch sollten die Gewehre nachgesehen und für untaugliche Gewehre bessere aus dem Fürstl. Magazine erfolgen, die gestempelt werden sollten, um Vertausch zu hindern. Ein ferneres darauf bezügliches Rescript lautet:

„Unsern freundl. Gruß zuvor ꝛc. Weiln die Freyen bei bevorstehendem Fürstlichen Beilager mit ihrem Gewehr alhie aufwarten müssen, als begehren anstatt und im Nahmen Sermi. Illmi. unsers gnädigen Fürsten und Herrn Wir hiemit zuverlässig, daß Ihr ihnen also baldt anzeiget, sich mit einträchtigem Gewehr und Bandolieren, wie auch guter Kleidung derogestalt unterlängst erfast zu machen, daß sie auf erfordern zum wenigsten mit einer starcken Compagnie guter Mannschafft also aufziehen können, daß Sr. Fürstl. Gnaden damit keinen schimpff einlegen mögen."

„Dieweill aber bekandt, daß es ihnen noch zur zeit an ehisterwehntem eintrechtigem gutem Gewehr ermangelt undt aber solches von ihnen in so kurtzer frist schwerlich wirt zur handt gebracht werden, So können Sie solches aus dem Fürstl. Zeughause allhie bemächtiget sein, jedoch daß Sie es in dem wehrt, wie es eingekaufft, bezahlen. Daran geschieht ꝛc. Datum Zelle 2. Septembris Ao. 1653. Fürstl. Br. L. Stadthalter ꝛc. Thomas Grote m. p."

Am 5. Januar 1660 befahl Georg Wilhelm, daß außer dem 1648 eingerichteten Ausschusse noch mal der neunte Mann zu einem weitern Ausschusse genommen werde. Auch dieses fand auf die Freien keine Anwendung.

1673 ergieng wieder ein Befehl wegen einer gleichmäßigen Uniform. Weil die Freien aber die Contribution aufzubringen hatten, wurde es vertagt. 1674 schafften sie solche an; es kostete 560 Thlr. Die Elle rothes Tuch 24 Groschen, 1 Paar Strümpfe 9 Groschen ꝛc.

1683 fand sich bei den Gewehren noch verschiedene Schäftung und calibre. Auf 300 Mann fehlten noch 163 gute

Musketen, welche die Freien unter Vorbehalt ihrer Freiheiten vom Herzoge annahmen.

Eine Liquidation vom 8. April 1693 ergiebt, daß die Freien nach Celle, Lüneburg und Mölln gewesen. Sie wären den 14. December 1692 mit 294 Mann ausgezogen und den 1. April 1693 wieder zu Hause gekommen, was ihnen 3419 Thlr. 19 Gr. 4 Pf. gekostet. (!).

Am 2. October 1696 betrugen die Kosten wieder 1596 Thaler 6 Gr. 5 Pfennig, wozu ohne die Freimänner 529 Freie concurrirten. Es mußte also jeder 3 Thlr. 5 Gr. bezahlen. Die Accidenz des Beamten war 39 Thlr. 5 Gr. 5 Pf. Der Freimann war von Marsch und Wache frei, mußte aber, wenn die Kosten liquidirt wurden, seinen Antheil als Accidenz dem Beamten geben.

1700 rückten die sächsisch-dänischen Truppen gegen Lüneburg-Celle. Befehl: „Da bei itzo besorgendem Einbruche der Sächsisch Troupen zu Abkehrung gemeiner Gefahr denen Freyen oblieget Mann vor Mann aufzusitzen, so habt Ihr ihnen solches kund zu thun ꝛc.“

Auch mußten die Landwehren und Schlagbäume in Ordnung gebracht und besetzt werden.

Der siebenjährige Krieg ruinirte die Freien. Ein Amtsbericht von 1768 sagt darüber: „In Kriegszeiten, wo die Hälfte der Hauswirthe abgeht, ist die Last fast unerschwinglich, denn die Ausnahme der Recruten wird nach Proportion der Feuerstellen ausgehoben und sind im vorigen Kriege (dem 7jährigen) über 900 Mann im Amte, welches 565 Feuerstellen hat, zu Kriegsdiensten gestellt worden. So muß der schwer zu cultivirende Boden dreisch liegen. In diesen Umständen habe ich das hiesige Amt nach erfolgtem Frieden am Ende des 1763. Jahres erhalten. Viele und die mehrsten Höfe waren nicht durch den Krieg selbst, sondern durch den großen Mangel an Arbeitern dergestalt ruinirt, daß sie nur mit der größten Sorgfalt haben in Stand gebracht werden können. Indessen drückt dennoch den mehrsten Einwohner bis jetzt der Krieg. In andern Gegenden haben die Unterthanen ihre

Producte theuer verkaufen können. Hier haben sie kaum ihr Auskommen gehabt" ꝛc.

1769 und 1783 wurde daher die Organisation wie folgt abgeändert, nachdem ein Geheimerathsdecret vom 15. December 1769 erklärte, daß den Freien solches in Absicht anderer Dinge nicht zum Nachtheil gereichen solle.

Die Freien mußten künftig 122 Mann und unter Hinzufügung von Klein-Lopke, welches nicht zum Freien gehörte, 124 Mann zu den hannoverschen Landregimentern liefern.

1783 wurden deshalb folgende nähere Principien aufgestellt:

1) Laut Königl. Rescripts vom 27. Juni 1769 ist festgesetzt, daß die ehemaligen 2 Freiencompagnien eingehen, dagegen aber die Freien sich zu dem hannoverschen Landregimente gleich den übrigen Landesunterthanen verfügen sollten. Dabei ist ferner festgesetzt, daß auch das alte Princip, wonach die Freien zu dienen schuldig, aufhören und nicht mehr der zweite Mann, sondern der fünfte Mann zum Landsoldatendienst auf 6 Jahre nach Maßgabe der desfallsigen Landesverordnungen, denen sich die Freien per protocollum vom 17. October 1769 unterworfen, verpflichtet sein sollen. Es sind daher die 610 freien Höfe zur Stellung von 122 Mann Landsoldaten schuldig, und wie daher von 5 Höfen 1 Mann zu liefern, so sind die Rotten folgendermaßen vertheilt:

1)	aus Anderten	von 62	Höfen	—	$12\frac{2}{5}$	Mann.
2)	„ Höver	„ 28	„	—	$5\frac{3}{5}$	„
3)	„ Bilm	„ 52	„	—	$10\frac{2}{5}$	„
4)	„ Ilten	„ 40	„	—	8	„
5)	„ Ahlten	„ 62	„	—	$12\frac{2}{5}$	„
6)	„ Sehnde	„ 55	„	—	11	„
7)	„ Gretenberg	„ 12	„	—	$2\frac{2}{5}$	„
8)	„ Rethmar	„ 8	„	—	$1\frac{3}{5}$	„
9)	„ Evern	„ 51	„	—	$10\frac{1}{5}$	„
10)	„ Lehrte	„ 72	„	—	$14\frac{2}{5}$	„
11)	„ Dolgen	„ 48	„	—	$9\frac{3}{4}$	„
12)	„ Haimar	„ 60	„	—	12	„
13)	„ Harber	„ 60	„	—	12	„
		von 610	Höfen	—	122	Mann.

Es sind auch die Freien nicht weiter zur Unterhaltung dieser Leute in Garnison oder zu deren Verpflegung auf ihre Kosten verbunden, sondern dieser Verbindlichkeit sind selbe durch die neuere Einrichtung entledigt, nur daß sie den andern Landeseinwohnern gleich während der 6 Musterungstage der Landregimenter jedes Jahr die vorgeschriebenen 6 Mgr. Taggelder für die Landsoldaten aufbringen müssen. Die Dorfschaft Klein-Lopke, die ehemals zu den freien Landcompaguien 2 Mann zu stellen schuldig gewesen, ist durch Rescript Königlicher Kriegscanzlei bei diesen Rechten geschützt und giebt von 23 Höfen nur 2 Mann, mithin sind deren beide Rotten in 11½ Mann vertheilt, so wie denn solches auch für 2 Mann die Taggelder bezahlt.

Die Junkerleute zu Rethmar sind, weil solche nicht zum Freien gehörig, zur Stellung der Landsoldaten nicht verpflichtet.

2) Die sämmtlichen neuen Anbauer außer in Ilten (welche, weil der Bothmarsche Hof von Königlicher Kriegscanzlei freigesprochen, die 3 neuen Anbauer statt dieser 1 Mann stellen und also jeder 2 Jahr dienen) sind nicht in das Rotteverzeichniß eingetragen, obgleich alle von anno 1769 gebaute Feuerstellen angeführt sind. Es müssen aber solche denen Gemeinden, bei welchen sie angebaut, in Abgabe aller onerum zu Hülfe kommen, und wie sie dieserhalb den dritten Theil zu contribuiren haben, so müssen selbe auch hierin den Dörfern, wo sie wohnen, zur Erleichterung dienen, jedoch solchergestalt, daß 3 Anbauer auf einen Riegemann gerechnet werden und also in 30 Jahren nur 2 Jahre, wenn die andern 6 Jahre dienen, und soll diese Erleichterung allen Rotten des Dorfes successive zu Statten kommen, weshalb sie auch hinter dem Rotteverzeichnisse angezeigt sind.

3) Weil ein jeder Einwohner in 30 Jahren 6 Jahre zu dienen schuldig, so ist dieses Rottverzeichniß auf 30 Jahre eingerichtet worden, weshalb die jährliche Eintragung der Landsoldaten nothwendig.

4) Wenn in einem Rotte kein dienstpflichtiger Mann zu

finden, so ist der Hof, an welchem die Reihe zu dienen ist, auf seine Kosten einen Landsoldaten zu stellen schuldig; ist aber in dem Rotte noch ein Dienstpflichtiger übrig, so ist dieser zum Dienste schuldig, jedoch solchergestalt, daß ihm dieser Dienst gut gethan und kein Hof länger als 6 Jahre in 30 Jahren mit dem Landsoldatendienste onerirt werde.

5) ist keiner für eine andere Rotte zu dienen schuldig, sondern jedes Rott muß nöthigenfalls einen Recruten stellen.

6) Falls Jemand gegründeter Ursach halber vor Ablauf der 6 Dienstjahre dimittirt werden und das Rott einen Recruten stellen muß, so ist dessen Hof schuldig die an den 6 Jahren fehlende Zeit während der 30 Jahre, die der Turnus dauert, nachzudienen oder in dem zweiten Turnus des Rotts, worin er steht, diesen Dienst zu bonificiren.

7) Da jeder 6 Musterungen thun muß, auch nach der Musterung die abgehenden Landsoldaten durch neue, die im Herbste exerciren, zu ersetzen sind, so ist jedes Mal im Julius die Beeidigung der Landsoldaten anzusetzen und hat daher jeder Landsoldat bei seinem Abgange zu beweisen, daß er 6 Jahre gedient, widrigenfalls der Hof dafür einzustehen hat.

Diese Einrichtung blieb bis zur französischen Occupation.

Bemerkenswerth ist noch schließlich, daß die Freien im Anfange der Freiheitskriege einen „Zuruf an ihre Mitbürger“ erließen, worin sie vorschlugen, nach dem Muster ihrer früheren Einrichtungen eine Landesbewaffnung zu organisiren. Sie berechneten ihre militairischen Kräfte auf 490 Mann, was denn allerdings für das ganze Land ein Bedeutendes geliefert hätte.

Durch das Decret vom 26. November 1816 wurde für das hannoversche Land eine aus Feldbataillons und Landwehr bestehende Armee bestimmt, in welcher letzteren die Idee der alten Landregimenter wieder hervortrat. Später ward die Landwehr aufgehoben.

Der besondere kriegerische Geist der Freien hat sich bis jetzt erhalten, weshalb man gern Freiwillige von dort beim Militair annimmt.

Zweite Abtheilung.

1) Landgerichtskosten.

Da das Landgericht aus dem alten Freiendinge entsprungen war, mußten die Freien auch dessen Kosten bezahlen, welche namentlich früher sehr bedeutend waren, weil nach altdeutscher Sitte außer dem Großvoigte, den Beamten ꝛc. auch alle sich einfindenden Freien gespeiset wurden. Sie betrugen meist 3 bis 400 Thlr. und es figuriren darin feine Weine und Leckerbissen z. B. in der von 1701: macronen, marcepanen, Knackmandeln ꝛc. Durch Rescript vom Jahre 1734 [1]) wurde ein Reglement festgesetzt, wonach künftig die Kosten bei den celliſchen Amtsvoigteien zu berechnen wären.

Der Amtsvoigt remonstrirte dagegen, weil die Freien gewohnt wären zu bezahlen, was gebraucht würde, und er sonst zu viel Schaden bei der Ausrichtung habe. Es blieb daher beim Alten.

2) Amtsbaukosten.

Aus demselben Grunde mußten und müssen die Freien die Amtsgebäude, welche ihnen gehören und mit ihrem Wappen versehen sind, in Bau und Besserung halten.

Die Baukosten werden auf die Freien nach Vergleich repartirt. Es concurriren dazu 506 Mann, weil Evern und Klein-Lopke, wo früher eigene Gerichte waren, nicht mit bezahlen. Die jetzige Beamtenwohnung ist 1738 gebaut.

3) Liquidationskosten.

Sie sind bereits oben (S. 32 f.) berührt und enthalten ebenfalls Kosten, die aus den eigenthümlichen Rechten und Pflichten der Freien entsprangen, z. B. Kosten der Freiencompagnie, Inquisitionskosten des Amtes ꝛc.

Der ganze Betrag dieser Posten wurde auf 565 Mann nachbargleich vertheilt. Früher concurrirten die von Evern zu einigen Kosten nicht. Die Junkerleute von Rethmar trugen gar nicht bei. Seit Aufhebung des Patrimonialgerichts Rethmar 1826 concurriren letztere zu den Criminalkosten.

---

[1]) Die Aufschrift lautet: A Mons. Mons. de Reden Ambtsvoigt de sa Majesté Britannique à Ilten. (!)

Dritte Abtheilung.

1) Kosten des landesherrlichen Ablagers.

Wenn die Herzöge von Celle oder deren höhere Beamtete auf der Durchreise in Ilten Ablager hielten, mußten die Freien Ehrenwachen halten, und die Kosten des Ablagers bezahlen. Die Fuhren wurden vergütet.

Als am 3. Februar 1619 Herzog Georg auf der Reise von Celle in Ilten übernachtete, wurden die Kosten erlassen.

Zur Reise des Herzogs Georg Christian von Celle nach Pyrmont am 12. Juli 1679, wurden 210 Pferde gestellt, wofür 264 Thlr. gezahlt wurden.

Im Jahre 1680 fand eine gleiche Reise statt, wozu 33 Wagen und 96 Pferde requirirt wurden.

Als Gefolge figuriren: Musicanten, Hofprediger, 2 Wagen mit „Frauenzimmern", Tapezier, Altmägde, Küchenschreiber, Sahlherren, Secretarien, Pagen, Laquaien, Kellerknechte, Mundkoch, Tischlermeister, Schmerlenfänger, Vogelfänger, Tafelschneider und mehrere Wagen mit Küche, Weinkeller, Betten, Prinzessensachen ꝛc.

2) Burgfestendienste.

Diese mußten von allen Dorfschaften, Klein-Lopke ausgenommen, beim Schlosse in Celle geleistet werden.

Fünfter Abschnitt.

Forsten.

Die Forsten, welche in älterer Zeit wegen der, neben dem Holzbedürfnisse, vorherrschenden Jagd und Viehzucht ein so wichtiges Moment und die Grundlage der Markverbindung bildeten, waren auch im großen und kleinen Freien besonders hervortretend. Man nannte daher, wie oben bemerkt, die Freien: Freie „vor dem Walde", und die Sage berichtet über die Ausdehnung des letztern, es habe von Ahlten bis Peine ein Eichhörnchen von Baum zu Baum springen können.

Das Land zerfiel in älterer Zeit bekanntlich in Gaue, der Gau in Marken, welche gemeinschaftlich von Genossen besessen wurden, die wieder die einzelnen Feldmarken cultivirten.

In den Antheilsverhältnissen der gemeinschaftlichen Mark spiegelten sich die alten Ständeverhältnisse. Ein Adaling war meist erblicher oberster Markrichter, doch fand man auch gewählte Markrichter. Die edeln und gemeinen Freien concurrirten bei der Nutzung und den Markgerichten (Holtdingen) in herkömmlicher Weise[1]).

Die einzelnen Wälder des Amtes Ilten waren:

1) Der Steinwedler Wald und mit demselben die Sehnder, Rethmarer, Lehrter und Immenser Forsten.

2) Der Köthen Wald nebst dem neuen Gehäge, den Höver, Bilmer und Iltener Knicken.

3) Der Ahlter Wald und Harst.

4) Die Anderter und Höver Forsten.

I. Der Steinwedler Wald.

Er erstreckte sich etwa über die östliche Hälfte des Amts, war aber 1573 bereits verwüstet. Die ältesten Nachrichten enthält eine Urkunde von 1341, derzufolge die von Esscherde denen von Gadenstedt das Dorf Immensen und den dritten Baum auf dem Steinwedler Walde verkaufen. Später finden sich vielerlei Nachrichten in den alten Höltingsprotocollen, welche folgendes Resultat ergeben:

1) Das Haus Lüneburg-Celle hatte auf dem Steinwedler Walde:

a. Hohe Obrigkeit und höchste Gewalt (oberste Wahlt).

b. Gebot und Verbot, Heißen und Verbieten, außerhalb was das Holz belangen thut; Blutrunn und Küm-

---

[1]) Grimm's Deutsche Rechtsalterthümer I. Ausg. Seite 504: „Ich habe schon Seite 233 eine Aehnlichkeit zwischen der Markverfassung und der des Volks überhaupt geltend gemacht. Die Mark hatte gekorne oder geborne Voigte, wie das ganze Reich gekorne und geborne Könige und die Unmündigen gekorne oder geborene Vormünder; es gab Marken ohne Voigt, wie altdeutsche Volksstämme ohne König. In diesen Grundeinrichtungen scheint mir die Markeinrichtung uralt und durchaus nicht der öffentlichen nachgebildet; umgekehrt, was die freien Märker in ihrem engen Bezirk, das thaten eben darum die freien Männer des Volks im Lande nach. Auch der König in ältester Zeit war nicht Eigner des Landes, bloßer Pfleger, Richter, Anführer; erst im Verfolg warf er sich, wie der oberste Märker in den Wäldern, zum strengen Gebieter auf" ꝛc.

mern oder omnimodam jurisdictionem, ausgenommen jurisdictio forestalis. Bei Immenzäunen, wenn die Erde geſwiget ward, mußte der Voigt in den Freien, ſonſt der Steinbrückſche Holzvoigt, beſprochen werden.

c. Den Rottzehnten.

2) Das Haus Braunſchweig-Wolfenbüttel hatte die oberſte Holzgräfſchaft über den Wald und in dieſer Eigenſchaft wurden von demſelben die Holtdinge (Holzbank) ausgeſchrieben.

3) Das Haus Steinbrück war Holzgräfe und ließ durch den Holzvoigt die Holtdinge den Holzerben anſagen und hielt ſie mit zwei Beiſitzern.

4) Das Haus Ruthe war Forſtberechtigter aber nicht Erbe.

5) Das Haus Rethmar iſt für den höchſten Erben erkannt und hatte volle Jagd, wobei es aber dem Hauſe Steinbrück weichen mußte. Seine Holz- und Maſtgerechtigkeit war beſtimmt.

6) Die von Gadenſtedt waren mit halber Jagd, Maſt und Hölzung für ihren Meyer in Immenſen berechtigt [1]).

7) Der Voigt in dem Freien erhielt von jedem lüneburgſchen Intereſſenten (im Gegenſatze der calenbergſchen und hildesheimiſchen) ein Fuder Holz.

8) Die Holzerben d. h. die intereſſirten Dorfgemeinden, hatten den Holzhieb zu Feuerholz unbeſchränkt. Nutz- und Bauholz mußte ihnen erſt vom Holzvoigte angewieſen werden.

Die Holzerben mußten in der Mark gewert ſein, d. h. Haus und Hof beſitzen. Ware hieß auch ihr Holzantheil von Grund-, Ständer-, Sparrenholz, Thorſäulen ꝛc. Radware, das zu einem Wagen erforderliche Holz ꝛc. Holtwaren hießen die Holzwächter.

Nach Verwüſtung des Holzes blieb den Holzerben nur die Weide übrig und die Jagd.

9) Der Zinsvoigt in Haimar ward vom Hauſe Steinbrück zur Erhebung des Wieſenzinſes angeſtellt.

10) Der Holzvoigt, bei den regierenden Häuſern eidlich

---

[1]) Alſo auch hier war urſprünglich nur echtes Eigenthum (Echtwort) berechtigt.

verpflichtet, ward vom Hause Steinbrück angestellt, hatte die polizeiliche Aufsicht zu führen und wußte seine Befugnisse sehr auszudehnen. Er erhielt einen Theil der Strafgelder und hatte Mastgerechtigkeit. Unter ihm standen Holzknechte, die das Fallholz als Accidenz genossen.

11) Die Forststrafgelder erhielten:
1/3 das Haus Steinbrück,
1/3 der Holzvoigt,
1/3 die Holzerben.

12) Die Holzbank [1]).

Das genossenschaftliche Holzgericht — Holzbank von der Form der Sitze genannt — ward zu Klein-Lopke gehalten. Von Braunschweig-Wolfenbüttelscher Seite ausgeschrieben, wurden dazu die Herzöge von Celle als Territorialherren, die Herzöge zu Calenberg wegen des interessirten Hauses Ruthe, die von Gadenstedt und von Rutenberg als oberste Erben und die interessirten Dörfer als gemeine Erben durch den Holzvoigt vorgeladen. Es wurde sodann vom Steinbrückschen Holzgräfen und zwei Beisitzern gehäget; ursprünglich mußten alle Erben (Männer) erscheinen, außer bei nachweislicher Behinderung.

Zuvörderst wurden dann die Gerechtsame des Waldes durch bestimmte Fragen gefunden; sodann Wrogen beurtheilt und Bestimmung wegen forstpolizeilicher Cultur und Aufsicht getroffen.

Bei der Holzbank von 1560, veranlaßt durch die eingetretene Verwüstung des Waldes, entwarf man nach geschehener Umfrage und Findung eine Holzordnung. Hauptbestimmungen

---

1) Ueber dergleichen genossenschaftliche Gerichte sagt Möser in den patriotischen Phantasien: „Die ganze Weisheit unserer Vorfahren ging auf den großen Grundsatz, daß man das Recht niemals mit der Schnur ausmessen könne, sondern vieles dem Ermessen ehrlicher Männer überlassen müsse. Nach diesem Grundsatze ging ihre einzige Vorsorge auf die Ausfindung ehrlicher Leute, welchen das Ermessen anvertraut werden konnte, und in deren Ermangelung lieber auf ein Paar Würfel oder auf ein anderes Gottesurtheil als alles, was Menschenköpfe von Rechts wegen aussprechen wollen und was niemals einen ehrlichen Kerl so gut beruhigen wird als ein unglücklicher Wurf.“

derſelben waren, daß jährlich zweimal Holtdinge gehalten werden ſollten. Nothdürftige Feuerung und Radware ſolle jeder Holzungsgenoſſe wie vor Alters haben; Bauholz- ſolle der Holzvoigt anweiſen; niemand ſolle Ausholzer (nemoris expertes) zulaſſen.

Seit 1565, wo die Forſt verwüſtet wurde, hörte die Holzbank auf.

Nur das Sehnder, Lehrter und Immenſer Holz blieb, ſowie bei erſteren in den Bauerköhren eine Art des alten Genoſſengerichts. Uebrigens iſt der devaſtirte Forſtgrund, etwa 10,000 Morgen, unter den intereſſirten Dorfſchaften ſpäter generell getheilt. Weder die Herrſchaft noch die andern Holzerben, welche nicht zugleich Weideberechtigte waren, haben dabei etwas bekommen. Als Theilungsprincip galt, daß das von den Mitgliedern einer jeden betheiligten Gemeinde wirklich auf die Weide getriebene Vieh (nicht die Zahl der Reihehöfe) den Antheil dieſer Gemeinde gegenüber den andern Gemeinden beſtimme.

II. Der Köthenwald.

In älterer Zeit begriff man unter dem Namen Köthenwald die Gegend um die Dörfer Ilten, Lehrte, Aligſe, Bilm, Wehmingen, Wirringen, Gödringen, Bolzum, Lühnde, Bledlum, Hotteln und Waſſel, als gemeine Holzerben dabei zu $^2/_3$ intereſſirt, während das Haus Coldingen oder Lauenburg als höchſter Erbe zu $^1/_3$ betheiligt war. Nachdem der Köthenwald durch die mittelalterlichen Fehden zumeiſt verwüſtet und eine Erweiterung des Ackerlandes bei der zunehmenden Bevölkerung nothwendig geworden, nahm wahrſcheinlich jedes Dorf das ihm benachbarte Revier in Sonderbeſitz und Cultur. Je beſſer der Boden, deſto mehr Urbarung, weshalb im Hildesheimiſchen faſt Alles angebaut wurde und nur an der Grenze des Amts Burgdorf noch ungetheilte Gemeinheit als Hut und Weide ohne Forſtbeſtand liegen blieb.

Einzelne beſtandene Flächen nahm man gleichfalls aus der Gemeinſchaft, wodurch die Iltener und Bilmer Knicke ꝛc. entſtanden.

Ehemals gehörte das ſpäter hildesheimiſche Amt Ruthe,

wovon die obgedachten sieben hildesheimischen Dörfer und Lauenburg einen Theil ausmachten, zum Calenbergschen. Unter den Herzögen Heinrich Julius zu Braunschweig und Ernst zu Lüneburg gehörten letzterem die Amtsvoigtei Ilten, ersterem aber jene Rutheschen Dörfer und das Haus Lauenburg, welchem damals $^2/_3$ der Nutzungen des Köthenwaldes, doch ohne Hoheit und Jurisdiction über den Iltenschen Theil, abgetreten wurde. Im Recesse vom 28. Juni 1597 setzte man fest:

1) Da der Wald fast zu Anger geworden, so sollten davon jährlich 200 Morgen in Zuschlag gelegt werden. Jeder Meier sollte 10 Eichen und 10 Büchen, jeder Köthner 6 Eichen und 6 Büchen pflanzen. Folge dieser Anschonung ist das neue Gehäge am Müllinger Holze.

2) Die Interessenten sollten die bereits angehauenen unfruchtbaren Bäume und das Unterholz zu ihrer Feuerung und sonstiger Nothdurft mittelst pfleglicher Austheilung gebrauchen.

3) Was 1538 (in dem Jahre des Isernhagener Recesses) bereits auf dem Köthenwalde ausgewiesen, solle bleiben, aber wegen hoher Obrigkeit des Herzogs Heinrich Julius an dessen Haus Lauenburg von jedem Morgen Acker ein guter Groschen bezahlt und übrigens alles Ausroden, das nicht aus erheblichen Ursachen und mit Bewilligung der gemeinen Erben gestattet würde, bei Vermeidung höchster Ungnade unterlassen werden.

4) Die Iltener und Bülmer Knicke sollten hinsichtlich des Holzhiebes den Dorfschaften privatlich überlassen, aber nicht erweitert werden, und die Mast gemeinschaftlich bleiben.

5) Wegen der am 21. Mai 1597 zwischen Ilten und Wassel vorgefallenen Thätlichkeiten, wo die Dorfschaften bewaffnet gegen einander gezogen und mehrere Menschen getödtet waren, ward verfügt, daß statt peinlicher Strafe die Urheber 40 Thlr. Strafe an das Haus Lauenburg zu bezahlen und dem Herzoge Heinrich Julius einen unterthänigen, demüthigen, reuigen Fußfall zu thun hätten.

Im Jahre 1643 fiel das Amt Ruthe nebst den sieben obengedachten Dörfern an das Hildesheimische.

Das ehemalige Haus Lauenburg, spätere Amt Coldingen, wurde aber an das Calenbergsche zurückgegeben und $^1/_3$ der

Nutzung des Köthenwaldes mit dahin gelegt. 1636 wurden die drei Dörfer Wülferode, Kirchrode und Misburg, 1673 Döhren, Wülfel und Lazen an das Amt Coldingen gelegt. Es fanden daher viele Grenzirrungen statt, welche erst im Jahre 1720 regulirt sind.

Der Köthenwald, so weit er nicht mit Holz bestanden ist, enthält etwa 4879 Morgen, wovon die Hälfte im Amte Hannover (seit Aufhebung des Amts Coldingen), die andere Hälfte im Amte Ilten belegen ist.

Seit 1836 ist der Köthenwald unter die ehemaligen Interessenten generell getheilt nach dem Principe, daß das von den Mitgliedern einer jeden betheiligten Gemeinde wirklich auf die Weide getriebene Vieh den Antheil dieser Gemeinde gegenüber den andern Gemeinden bestimme.

Das Holzgericht wurde in älterer Zeit zu Wassel gehalten [1]) und zwar vom Hause Lauenburg mit Zuziehung des Holzvoigts als Richter, zweier Beisitzer, eines Vorspraken und zweier Achtsleute.

Das in der Anlage enthaltene Protokoll enthält die Findung über die dem Hause Lauenburg zustehende höchste Obrigkeit, die Rechte der Erben ꝛc. Die Findung über die Jagdrechte ist namentlich von großem Interesse.

Das Wasseler Holzgericht wurde zwar mittelst Königlich-Churfürstlicher Resolution vom 14. April 1725 bestätigt, jedoch derart modificirt, daß es zusammen von den Beamten zu Ilten und Coldingen ohne Achtsleute, Beisitzer und Richter aus der Mitte der Holzerben solle gehalten, auch $1/3$ der Strafe nach Coldingen und $2/3$ an die Erben bezahlt werden.

Durch Cammerrescript vom 29. Februar 1768 ward auch dies gemeinschaftliche Holzgericht aufgehoben und sollte jedes Amt in seiner Hoheit richten, auch die Strafgelder in seinem Register berechnen.

III. Der Ahlter Wald.

Den ältesten Nachrichten nach war die Landesherrschaft zu $1/3$ und die Gemeinde Ahlten zu $2/3$ beim Ahlter Walde

---

1) Anlage IX. enthält ein Protokoll vom Jahre 1538.

intereſſirt. Die Hoheit über denſelben war zwiſchen den fürſtlichen Häuſern Celle und Hannover lange ſtreitig.

1652 ward von der Regierung zu Hannover reſcribirt, daß das Amt Coldingen zu $^1/_3$ und die Erben zu $^2/_3$ auf dem Walde an Holz und Wrogen intereſſirt ſeien. Dieſes ward ſchon in einem Höltinge vom Jahre 1551 gefunden, das bei Puffendorff, Tom. II. Obs. 60, abgedruckt iſt. Die Formen dieſes Holzgerichts ſind denen der Holzgerichte über den Steinwedler und Köthenwald gleich. Noch 1674 ward es unter freiem Himmel abgehalten an einem Orte im Walde, der noch jetzt „Grobe“ (Wroge) heißt.

Im Anfange des 18. Jahrhunderts hörten die Beiſitzer, Vorſpraken ꝛc. aus den Erben auf. 1781 ward die alte Form wieder eingeführt, welche bis 1806 dauerte.

IV. Die Anderter und Höver Forſten.

Auch dieſer Forſten und ihrer Holzgerichte wird im Iſernhagener Receſſe vom Jahre 1538 gedacht, mit dem Bemerken, daß die Brüche unter diejenigen, welche vor das Hölting gehören, zu eines jeden gebührendem Antheil ſollten vertheilt werden. Die Hoheit ſtand in älterer Zeit dem Hauſe Lauenburg oder Coldingen zu. Auf den Holzgerichten wurden die Forſtaufſeher aus Anderten und Höver von den Gemeinden gewählt, die Straftaxen durch Gemeindebeſchlüſſe erhöht oder vermindert, Wrogen beſtraft und Forſtculturen angeordnet.

Am 8. März 1699 ward beſtimmt, daß die Strafgelder im Dorfe bleiben ſollten. In den Jahren 1722 und 1736 ſind Wrogen nicht vorgekommen. Die Holzgeſchworenen ſtraften ſelbſt und verſicherten, die Strafgelder wären gut verwendet. Im Jahre 1754 wurde verabredet, daß man die Strafgelder zu Culturverbeſſerungen verwenden wolle, jedoch wurde 1769 anderweit beſchloſſen, daß über den Verbrauch der Strafgelder zum Beſten der Gemeinden Rechnung geführt und beim Amte Rechnung abgelegt werden ſolle.

Schließlich iſt zu bemerken, daß, nachdem die alten Holzgerichte im Anfange dieſes Jahrhunderts eingegangen ſind, inſofern die alten freien Verhältniſſe noch jetzt im Amte Ilten

eine nachhaltige Wirkung bewähren, als die Gemeinden ohne Einwirkung des Staats ihre Forsten bewirthschaften und das Amt nur von abzuhaltenden Verkäufen benachrichtigen.

Sechster Abschnitt.

Meierverhältnisse.

In allen Dörfern des Amtes Ilten kommen Meierverhältnisse vor. Theils betreffen sie Reiheleute, welche gar nicht zu den Freien gehören, wie die sogenannten Junkerleute zu Rethmar, als eigentliche Hintersassen des dasigen Rittergutes, theils betreffen sie die Freien selbst. Das Verhältniß der Reihestücke [1]), der herrschaftlichen, privatgutsherrlichen und der Erbgrundstücke in Beziehung auf das Ackerland ist folgendes:

1) Reihegrundstücke:
   1554 Morgen 71 Q.-R.
2) Herrschaftliche Lehn-, Meier- oder Erbenzinsgrundstücke:
   1788 Morgen 46 Q.-R.
3) Privatgutsherrliche Meier- oder Erbenzinsgrundstücke:
   5714 Morgen 46 Q.-R. Sie gehören 137 Gutsherren als Klöstern, Kirchen, Rittern, Patriziern, Bürgern ꝛc.
4) Eigentliche Erbgrundstücke: 8576 Morgen 16 Q.-R.

Es folgt daraus, daß die Meiergrundstücke bedeutender sind, als man bei der überwiegenden Zahl der Freien glauben sollte. Allein bereits im zweiten Abschnitte ist erwähnt, daß die Freien von den Bedrückungen der Feudalzeit nicht frei geblieben sind. Nicht jeder Voigt mag seiner Bestimmung gefolgt sein, wie die Weisthümer sie vorschreiben: „Um die Lehn, die er hat, ist der Vogt schuldig zu schützen und zu schirmen mit Schilde und mit Kolben Dechant und Kapitel, ihr Leib und ihr Gut und ihr Dorf und ihre armen Leute wider alle ihre und des Stifts Feinde und Schädiger. Er soll gegen sie stehen zum Schutze des Dorfes, bis er gestochen und geschlagen wird, daß er in die Knie sinket.“ Auch während der Zeit der Territorialhoheit hat nicht jeder Beamte Eingriffe abgehalten, wie mancher der

[1]) Vergleiche oben.

in den Vorabſchnitten erwähnten Schützer der Freien. Außerdem ſind manche Meierleute ſpäter den Freien zugerechnet und es findet ſich, daß in den Meierbriefen »die Freiheiten« mit verliehen ſind, was den alten freien Verhältniſſen durchaus zuwiderlief, welche nicht duldeten, daß ein Genoſſe des Echtedinges unfreies Beſitzthum hatte.

Es ſollen nun die an das Domanium zu präſtirenden Gefälle aufgeführt werden, welche im Vergleiche mit andern Aemtern nur gering ſind und öfter auf die Freienverhältniſſe hinweiſen. Eine eigentliche Domaine iſt im ganzen Freien nicht.

Erſte Abtheilung.

Weinkaufs-, Thedingsgeld, Meier- und Erbenzinsbriefe.

1. Weinkauf. Der Betrag der beim Antritte der Colonen zu zahlenden Weinkäufe iſt verſchieden. Er ward nur von wenigen Colonen, dagegen im Allgemeinen von Brinkſitzern, Anbauern und Beibauern gezahlt. Ebenſo verhält es ſich mit dem Thedingsgelde. Die zu dieſen Leiſtungen pflichtigen Reiheeinwohner haben immer die letzten Nummern in den Ortſchaften, was ſchon auf die ſpätere Entſtehung hinweiſet.

2. Meier- und Erbenzinsbriefe. Sie werden an Cenſiten des Amtes überall nicht ausgegeben. Auch iſt dafür gehalten, daß der Heimfall nicht abgelöſet zu werden brauche.

An mehrere Meier von Kirchen, Pfarren und Privatgutsherren werden Meierbriefe ausgegeben.

Zweite Abtheilung.

Ständige Geldgefälle.

Erſte Unterabtheilung.

Ständige Geldgefälle von hoheitlicher Qualität.

1) Schatzgeld. Daſſelbe wird von den Klein-Lopkern und den Rethmarer Junkerleuten, die beziehlich vom Kloſter Wienhauſen und vom Rittergute Rethmar relevirten, nicht bezahlt; ſonſt von allen Orten im Freien meiſt nach dem Contributionsfuße, theilweiſe auch nach dem Viehbeſtande. Es beträgt 275 Thlr. 9 Ggr.

2) Verthädigungsgeld. Es muß von Klein-Lopke

bezahlt werden. Dieser Ort gehörte eigentlich nicht zum Freien, sondern nach dem Vertrage von 1643 zu den hildesheimischen Eximenden. Es war feindlichen Ueberfällen sehr ausgesetzt und mußte daher besonderes Vertheidigungsgeld zahlen = 4 Thlr. 15 Ggr. 8 Pf.

3) Waasenhauergeld wird nur von Klein-Lopke, den Rethmarer Junkerleuten und Evern nicht gezahlt. Es rührt daher, daß, als Wülfel, Lazen und Döhren (die sog. Braunschweiger Gohe) noch zum Freien gehörte, die Freien Waasen behuf Uferbaues an der Leine bei Döhren liefern mußten.

4) Königsgeld. Der Charakter dieses urältesten Freienzinses ist bereits im dritten Abschnitt, zweite Abtheilung, dargethan. Es muß auch von mehreren auswärtigen Orten, welche früher vor das Freiending auf dem Hassel gehörten, bezahlt werden. 106 Zahlungspflichtige haben nur 8 Thlr. 23 Ggr. 7 Pf. zu zahlen. Schon die Geringfügigkeit dieser Summe zeigt das hohe Alter an.

5) Zinsen für Ausweisungen aus altem Forstgrunde, z. B. Landzins, Gartenzins, Wiesenzins, Moorzins ꝛc. Von dem Wiesenzins heißt es im Coldinger Erbregister von 1593, wohin er früher zu zahlen war:

„Aus demselben Walde (Ahltener) seien an die 900 Morgen zu ackerigem Lande und Wiesen gerodet worden, davon der Voigt in den Freien den Rottzehnten bis dahero genommen, unser gnädiger Fürst und Herr aber von etzlichen Wiesen geringen Pfenningzins, welcher sich auf 36 fl. 10 Mgr. 2 Pf. erstrecken thut.“

Diese Abgaben wurden wahrscheinlich kraft der „hohen Obrigkeit“ gefordert, wie es in den Höltingsprotokollen heißt.

6) Herrendienstgeld

a. der Ackerleute und Köthner. Im dritten Abschnitte, vierte Abtheilung, ist bereits erwähnt, daß Ackerleute und Köthner davon frei sind und daß das geringe Herrendienstgeld für Fuhren durch den Voigt Schlüter bittweise erlangt ist.

b. der Brinksitzer, Anbauer, Beibauer und Häuslinge. Im Jahre 1660 beschweren sich die Brinksitzer

über das zu bezahlende Schutzgeld und geben an, daß sie zahlen müßten:

a. vom Hause den dritten Pfennig,
b. Contribution nachbargleich,
c. Weidegeld von einer Kuh $^1/_2$ Gulden, 5 Mgr. von einem Schweine,
d. zum Soldatengelde den dritten Pfennig;
e. sie müßten als Ausschösser dienen,
f. zum Amtshaugelde den dritten Pfennig zahlen;
g. so ihre Hochfürstl. Durchlaucht Fuhren nöthig, müßten sie solche mitlohnen und dazu den dritten Pfennig zahlen.

Der darüber am 13. April 1661 erstattete Amtsbericht giebt an, über den Ursprung des Schutzgeldes fänden sich in der Registratur keine Nachrichten; alte Leute bezeugten aber, es sei erst zur Zeit des Großvoigts v. d. Wense aufgekommen. Nach dem Amtsberichte vom 10. December 1665 haben die Brinksitzer und Häuslinge, auf dem Grunde der Polizeiordnung von 1640 §. 17, 12 Tage jährlich gedient und sei mit deren Einwilligung dafür jährlich 1 Thlr. bezahlt. Der Dienst sei zur Bestellung des Amtsgartens, zur Bereitung des Amtsheues und anderer Amtsnothwendigkeiten verwendet, auch der Cammer nicht berechnet, was von Alters so hergebracht. Nach mehrfachen Verhandlungen bestimmt das Fürstliche Edict vom 25. Juli 1667:

a. Die Brinksitzer hätten den Schutzthaler zu zahlen, da sie es schon vor langen Jahren gethan, und solle er der Herrschaft berechnet werden.
b. Daß die Häuslinge den Schutzthaler zu bezahlen und dem Voigte 12 Tage Handdienst, wie vor Alters, zu leisten.
c. Daß die Brinksitzer gleichfalls den 12tägigen Handdienst zu leisten schuldig wären.

Außerdem ist bemerkenswerth, daß durch Fürstl. Rescript vom 29. März 1651 den Leuten in der Gartengemeinde vor Hannover befohlen wurde, den Schutzthaler nach Ilten und nicht nach Coldingen zu zahlen. Auch wurden sie in den Jahren 1655 und 1656 von Ilten aus ausgepfändet. Der Amtsbericht von 1666 führt auch an, daß die Officiere der

Freien, wenn sie bei dem hannoverschen Markte vor dem Egidienthore in den Freien aufwarten müßten, von den Freien belohnt würden.

Nach Inhalt des Fürstl. Rescripts vom 6. Sept. 1698 ward den Leuten in der Gartengemeinde auch bei 10 Thlr. untersagt, dem Befehle des Amts Coldingen zur Huldigung nachzukommen; damals scheint also jene Gegend, mindestens temporär, zu dem Freien gerechnet zu sein.

7) Freidingsgerstefuhrgeld. 89 Eingesessene zu Harber, Clauen, Hohenhameln, Ohlum ꝛc., welche die Freidingsgerste zu liefern haben, müssen sie auch anfahren. Diese Prästation ist eine gerichtliche Abgabe und hängt mit dem alten Freidinge in Harber zusammen.

Zweite Unterabtheilung.

Zinsvieh.

1) Rauchhühner müssen von allen Orten mit Ausnahme von Klein-Lopke, Evern und der Junkerleute zu Rethmar, an welchen drei Orten eigene Gerichte waren, geliefert werden, jährlich 630 Stück oder 61 Thlr. 13 Ggr.

2) Herbst- und Fasteneier müssen mit denselben Ausnahmen geliefert werden.

Beide Abgaben sind Recognitionen des gerichtsherrlichen Verhältnisses.

Dritte Unterabtheilung.

Korntraden.

Es waren die nachfolgenden:

1) Erbenzinsweißhafer oder Königshafer.
2) Erbenzins- oder Königshafer.
3) Königsgerste.
4) Stiefelhafer ꝛc.

Auch diese Abgaben waren gerichtsherrlicher Natur und, wie der Name besagt, gleich dem Königsgelde uralt. Wegen einer Prästation des Königshafers findet sich bei einer Verlassung von 1584, wie Behrend Timmermann sich beschwert, daß er wegen seines rechten freien Eigenthums außer dem Erbenzinshafer auch noch Scheffelschatz nach Ruthe zahlen solle,

obgleich solcher nach einem Vergleiche mit Hildesheim von hiesigen Erbenzinsleuten nicht genommen werden solle. —

Weitere Gefälle sind an das Domanium nicht zu zahlen.

Uebrigens hat sich für die eigentlichen Freien und diejenigen Freien, welche jetzt von Gutsherren releviren, ein besonderes Güterrecht nicht erhalten. Nach der Observanz findet bei beiden Anerbenrecht, Abfindung der jüngeren Geschwister, Leibzucht u. s. w., wie bei den Bauergütern im Amte Burgdorf, und nach gewissen praktischen Taxationsgrundsätzen Statt. Daß auch hier, wie im übrigen Lande, bestimmtere Vorschriften über das bäuerliche Güterrecht wünschenswerth sind, braucht kaum erwähnt zu werden.

Schließlich mag hier bemerkt werden, daß in den Gemeinden, wo nur Freie, oder Freie und Junkerleute waren, es sich auch bei der gemischten Bevölkerung um specielle Freienrechte nicht handelte; nachbargleiches Stimmrecht galt, wie in allen umliegenden Aemtern, nach altdeutscher Sitte.

Siebenter Abschnitt.

Exemte Güter und Gerichte.

Zwischen den Höfen der gemeinen Freien (Männer) lagen einzelne Güter und Höfe mit adelichen Freiheiten, welche man seit Aufkommen der Landessteuern und Landesgerichte auch exemte oder Güter der freien Landsassen (Mannschaft, Mannen) nannte [1]). Solches waren:

1) das Rittergut Rethmar. Dasselbe liegt in dem Dorfe Rethmar und war landtagsfähig, exemt von Steuern und besaß ein eigenes Patrimonialgericht über das Gut und die zu Rethmar wohnenden Junkerleute, während die dasigen Freien vor das Freiending auf dem Hassel und später vor das Amt Ilten gehörten. Es war in alter Zeit Besitzthum der Ritter (milites) von Rutenberg, später der v. d. Bussche.

---

[1]) Anlage X. Manche Dörfer, z. B. Harsum, prätendiren noch Männer genannt zu werden.

Unter der Rubrik der Forsten ist erwähnt, daß das Haus Rethmar oberster Erbe im Steinwedler Walde war. Es hatte die Jagd mit den Freien zusammen durch das ganze Freie. Schon diese Verhältnisse beweisen, daß dasselbe uralt war.

2) Das Rittergut zu Ahlten. Dieses freie Landsassengut ist neueren Ursprungs. 1580 war Hans Schlüter Voigt in den Freien zu Ilten. Sein Sohn Stats kaufte von Jost von Roden 6 Höfe zu Ahlten, nämlich 2 Vollmeier- und 4 Kothhöfe mit Ländereien und aller Gerechtigkeit „rechtsfreien“ Gutes zu einem Erbkaufe erblich zu besitzen. Die Verlassung geschah auf dem Freiendinge von Lühnde in Ilten.

Außer Wiesen und Land kaufte er 1582 noch einen Kothhof von den Gebrüdern von Lüpke. Diesem Complexe von Höfen ertheilte sodann Herzog Ernst alle adliche Freiheit und Gerechtigkeit.

Später wurden noch einige Höfe dazu acquirirt und vom Herzoge Christian 10. Juni 1620 die adliche Freiheit bestätigt.

Das Gut ist seit jener Zeit landtagsfähig und behauptete auch eine Art Zaun- oder Pfahlgerichtsbarkeit, welche ihm vom Amte Ilten und den Freien jedoch vielfach bestritten wurde. Weitläuftige Verhandlungen darüber finden sich bei Puffendorf, Tom. II. Obs. LVII. (p. 219) de jurisdictione civili vulgari, welche sehr interessant sind.

3) Zwei sattelfreie Höfe zu Ilten.

Die sattelfreien Höfe werden im Gegensatze zu den gemeinen Freien so genannt, welche letztere in den Urkunden zum Gegensatze auch „dingpflichtige oder zum Thie gehörige“ genannt werden.

Sie waren canzleisässig, exemt von Steuern wie von Gemeindelasten, und es mußte davon früher „mit einem Harnisch gedient“, später „ein Reiter mondirt“ werden. Dagegen waren sie nicht landtagsfähig, was wahrscheinlich nur eine Willkürlichkeit der spätern Zeit ist.

Der jetzt Dörriesche Sattelhof ist uralt und man glaubt, er habe früher der Familie von Ilten gehört.

Zweifelhaft ist das Alter des Goltermannschen Sattel-

hofes. Im älteſten noch vorhandenen, vor dem Freidinge 1550 aufgenommenen Kaufbriefe wird er ſchon „sattelfreyer Hof“ genannt. Auch in der Landesmatrikel vom 2. Auguſt 1639 ſteht er als „ſattelfreier Hof Nro. 1. in den Freien“ mit 4 Thlr. angeſetzt.

Später wurden von der Gemeinde Ilten Zweifel darüber erhoben, ob er urſprünglich frei geweſen, und ein Proceß angeſtellt. Durch ein Decret des Geheimen Rathes vom Jahre 1711 wurde er aber bei der Freiheit geſchützt, bis die Dingpflichtigkeit nachgewieſen ſei. Dabei iſt es geblieben.

4) Gerichte zu Klein-Lopke, Evern und Dolgen.

a. Gericht zu Klein-Lopke. Die Eingeſeſſenen zu Klein-Lopke waren Meierleute des Kloſters Wienhauſen und die hildesheimiſchen Biſchöfe behaupteten bis zur Aufhebung des Stiftes die Hoheit darüber zu haben, während dieſelbe factiſch von den Lüneburger Herzögen exercirt wurde. Die noch vorhandenen Urkunden ergeben darüber Folgendes: „1229 verkaufte Dietrich von Toſſum ſeinen vom hildesheimiſchen Biſchofe Konrad herrührenden Zehnten vor Lopke an das Kloſter Wienhauſen. Der Biſchof gab darüber ſeinen Erlaſſungsbrief und übertrug den Zehnten zum Heile ſeiner Seele dem gedachten Kloſter.

Anno 1277 verkaufte Bodo von Saldern quatuor mansos, sitos in parvo Lopke, dem Kloſter. Der Oberlehnsherr, Graf Konrad von Wernigerode, ertheilte den Erlaſſungsbrief.

Anno 1296 übergab Baſilius von Rutenberg dem Kloſter quinque mansos in parvo Lopke. Biſchof Siegfried von Hildesheim beſtätigte es zum Heile ſeiner Seele.

Anno 1297 geſchah dasſelbe mit 4 mansis ſeitens des Ritters Konrad, was 1326 von den Oberlehnsherren, Friederich und Konrad Grafen von Wernigerode, genehmigt wird. Bis zur Stiftsfehde werden die Braunſchweig-Lüneburgſchen Fürſten nicht erwähnt. Im Jahre 1523 jedoch, am Tage Matthias, gaben die Herzöge Heinrich der Jüngere zu Wolfenbüttel und Erich zu Calenberg, welche die Aemter Ruthe und Lauenburg (Coldingen) inne hatten, dem Kloſter Wienhauſen die Erlaubniß eine verwüſtete Dorfſtätte Lüttjen-

Lopke genannt, „in Unserem Gerichte“ Ruthe gelegen, welche das Kloster nebst 22 Hufen Landes und dem Zehnten eigenthümlich ererbt, jetzo aber einige Zeit wüste und unbebaut gelegen, wieder herzustellen „mit richte, rechte, deenste un aller overicheit, uthgesloten uns mit deme landschate und lantfolge gliek andern usen gewärtig und volgig to syn.“ [1]).

In diesem Jahre wurde auch der Quedlinburger Vergleich abgeschlossen, wobei Ruthe und Lauenburg (Coldingen) bei Calenberg blieben.

Die Fürsten von Celle und Calenberg kamen dann wieder über Groß- und Klein-Lopke in Streit, welcher durch den Isernhägener Vertrag 1538 beigelegt ist.

Es wurde bestimmt, daß das Kloster die Binnen- und Feldgerichte über eigene Leute haben sollte. Von andern, die auf der Feldmark etwas verbrechen, soll nach dem Hause zu Ruthe gestraft werden. 1643 wurde das große Stift den Bischöfen zurückgegeben, wozu auch Ruthe gehörte. Klein-Lopke ward zurückbehalten und daher von Hildesheim fortwährend beansprucht (Eximende). Seit jener Zeit gehörte es zur Amtsvoigtei Ilten und wurden die Eingesessenen der Freienverhältnisse in einigen Punkten theilhaft, mußten aber Vertheidigungsgeld bezahlen.

Ein Registerextract des Hauses Lauenburg vom 19. Januar 1636 präcisirt das Verhältniß zwischen Kloster und Fürsten folgendermaßen:

„Daß die Bruche, so durch die Einwohner der Dorfschaften verübt, der einhaber oder Voigt daselbst zu bestraffen befueget. Waß aber sonsten von andern Dörffern her verübt, anß Hauß Lawenburgk zu bestraffen. Sonsten ist die Dorffschafft dem Hause Braunschweigk zur Huldigung verbunden, wie dan auf die Landtfolge mit zweyen Mennern zum Außschuß verpflichtet, wen die gantze Landtschafft gefordert wirdt. Letzlich haben sie dem Hause Lawenburgk jehrlich 7 Mfl. 10 Gr. 6 Pf. Landtschatz erlegen mußen.“

---

[1]) Anlage XI., hochdeutsch.

b. Gericht zu Evern. Der Domprobst von Hildesheim besaß einen freien Hof zu Evern und prätendirte dort die Hoheit nebst den Gerichten. Es fanden darüber mit den lüneburgischen Fürsten viele Streitigkeiten Statt, welche durch den Vergleich vom 16. October 1621 geschlichtet sind [1]). Derselbe setzt das Verhältniß ziemlich genau fest. Die Einwohner mußten wegen der landesfürstlichen Hoheit den Lüneburger Fürsten und dem Domprobst als unmittelbarer Obrigkeit und Gerichtsherrn huldigen. Die Freidings- und Meierdingsgüter sind aber dem „merum imperium und der bassans simplex jurisdictio“ des Domprobstes nicht unterworfen, sondern sind bei gehörigem altem Herkommen geschützt.

Die jedesmalige Huldigung des Domprobstes in Evern fand mit großer Feierlichkeit Statt, worüber Beschreibungen noch vorhanden sind [2]).

c. Gericht zu Dolgen. Das Gericht zu Dolgen war zwischen den lüneburgischen Fürsten und denen von Rutenberg auf Rethmar getheilt, wie das Gerichtsprotokoll vom 14. October 1631 in der Anlage XIV. beweiset.

Später wurde der Antheil der v. Rutenberg an den Geheimen Cammerrath von Bülow in Hannover verliehen, welcher solches 1650 für ein Fuder Korn an Celle wieder abtrat (Anl. XII.). Erstgedachtes Protokoll ergiebt, daß das Gericht wie die Freidings-, Meierdings- und Holtdingsgerichte mit Beisitzern, Achtsleuten und Vorspraken abgehalten, wie auch Verlassungen daselbst vorgenommen wurden.

Schluß.

Im Verlaufe der vorstehenden einzelnen Abschnitte dürfte sich die anfängliche Behauptung bestätigt haben, daß die angebliche Freigrafschaft der Freien vor dem Walde in der Genossenschaft (comitia) derselben besteht, welche einzelnen

[1]) Anlage XIII.

[2]) Der jedesmalige Domprobst war auch Landesherr in der Domprobstei (dem alten Amte Hildesheim) und auf der Neustadt Hildesheim.

Dynasten zu Lehn gegeben ist, während der letztern eigentliche Grafschaften comitatus heißen, weil diese sich auch auf das lehnbare Eigenthum des Bezirks und nicht bloß auf den Begriff einer Personengenossenschaft bezieht.

Ferner dürfte bewiesen sein, daß die Gemeinfreien seit der Urzeit einen dritten freien Stand neben den Adalingen und Frilingen bildeten.

Man hat dagegen eingeworfen, die Gemeinfreien wären der eigentliche niedere Adel der Sachsen gewesen, und der aus dem Mittelalter überkommene Ritterstand wurzele in fränkischen Familien, welche die ersteren unterdrückt. Diese Ansicht scheint mir ebenso unbegründet, als die Prätension, letztern Stand zu sächsischen Häuptlingen stempeln zu wollen, welches bekanntlich die Adalinge und ihre Nachfolger die Grafen und Fürsten waren.

Ich fasse die Gründe für das Dasein dreier freier sächsischer Stände nochmals zusammen:

1) Nithart nennt außer den Leibeignen die drei Stände (triformia genera) der Edlinge, Frilinge, Lazzen. Daß unter letzteren die freien Bauern zu verstehen, geht aus einem Zusatze Hucbalds hervor: „So lebt denn ein jeder Sachse nur nach eigenem Belieben und Gutdünken, doch jedem Gau steht ein Adaling (princeps) vor. Zu einer bestimmten Zeit des Jahres werden aus den einzelnen Gauen und aus jenen drei Ständen zwölf erwählt, welche zusammentreten an einem Orte mitten in Sachsen an der Weser, Markloh, den allgemeien Rath (generale concilium) bilden, tractantes, sancientes et propalantes communis commoda utilitatis, juxta placitum a se statutae legis.“ Unfreien wäre der Zutritt zu diesen Landtagen nicht gestattet.

2) Karl der Große räumte allerdings gewaltig unter der sächsischen wehrbaren Mannschaft auf und verpflanzte Sachsen nach dem Frankenreich und umgekehrt, allein er ließ den Sachsen ihre alten Rechtsgewohnheiten und Verwaltungssitten. Damit stände die Unterdrückung eines ganzen Standes im Widerspruche.

3) Bald nach Karl dem Großen bildete sich der Ritterstand scharf getrennt von den andern Ständen aus. Er besaß überall größere Güter (castra) als die zahlreichen bäuerlichen Freien, welche ihre kleinen Güter selbst bauten. Schon Kaiser Friederich I. bestimmt im Gesetze über den Landfrieden von 1187: „de filiis quoque sacerdotum, diaconorum, rusticorum statuimus, ne cingulum militare assumant et qui jam assumserunt per judicem provinciae a militia (dem Ritterstande) pellantur.“

Die Ritter mußten also ihre Wurzel in einem alten besondern Stande (Frilinge) haben, wenn rustici nicht Ritter werden sollten.

4) Die Ritter erscheinen bei den Marktverhältnissen in den frühesten Zeiten neben den „gemeinen Erben“ als „oberste Erben“, während die Dynasten die hohe Obrigkeit haben.

5) Dieses bestätigen auch die 7 Heerschilde, welche die mittelalterlichen Ständeformen repräsentiren, nämlich:

		A.
I.	Heerschild. Kaiser und König (besaßen Personen im mystischen Sinne als Lehn [Abhängigkeit des Eigenthums] und Dienst [Abhängigkeit der Person]).	Höchstfreie. (Semperfreie[1].) Herrenstand (liberi nobiles domini sive barones).
II.	Geistliche Fürsten.	
III.	Weltliche Fürsten.	
IV.	Reichsunmittelbare	
		B.
V.	Landadel	Mittelfreie. Ritterstand (milites).
VI.	Dienstmannschaft	
		C.
VII.	Gemeinfreie	Schöffenbarfreie. Freisassen (liberi).

[1]) Die Grafen von Leiningen und Westerburg nennen sich noch heute: des heil. Röm. Reichs Semperfreie.

Alle diese drei Arten von Freien werden auch so, ohne Beisatz, genannt, so daß man unter »Freien« bald den Herren-, bald den Ritter-, oder den Stand der Freisassen verstehen muß, wie es die Umstände mit sich bringen [1]).

6) Nur unter der Annahme dieser Abstufung gelangt man zum Verständnisse aller betreffenden Verhältnisse. Läßt man eine Stufe fort, so würde es einen jähen Sprung abgeben, der nicht natürlich ist. Auch in der Heimath der germanischen Völker am Kaukasus finden wir Ständeverhältnisse von überraschender Aehnlichkeit mit den eben dargestellten, wie die Schriften von Didier de Montpereux, Bell, Wagner und von Haxthausen beweisen. Sie mögen also in ihren Wurzeln von dort und Indien mitgebracht sein, dem Urquelle der europäischen Völkerströme.

Anlagen.

I.

Ek Tile Hepken in der tijd dinkgreve des frigendings to Lunde von wegen des hoghegebornen unde erluchtigen forsten unde heren hern Hinrike zeligen Hertogen Otten sone to Brunswik unde Luneborgk Hertogen mynes gnedigen leven Heren, Hans Flor Tilemeyer bisitter dessulven gerichtes bekennen unde betugen openbar in unde myt düssen openen breve vor unss unse nakomen unde vor alss weme dat my hüte dages na dato underscreven von

---

[1]) Dieses verwechselt z. B. Lünzel in seinem trefflichen Buche: »Bäuerliche Lasten von Hildesheim« wo er Seite 33 und 48 die Freien und freien Landsassen (milites) als Bauern classificirt. Wenn der Graf von Wohldenberg 1227 einige Leute vertauscht und verspricht: se concessurum, ut utantur ea libertate, quae dicitur scepenbar, so kann das wohl nur als Zugeständniß des Standes der Gemeinfreien gelten, die im Freidinge Schöffen sein könnten.

unses gnedigen Herrn wegen ergenompt unde der erven hebben geseten up oppenbarliken steden to Ilten yn eynem gehegeden richte to rechte richtetyd dages to eynem echten unde rechten frigendingk. Vor dat sulve gerichte sin komen Henecke unde Lüdeke Meyger brodere unde hebbet verwillet vor sek unde oren erven dat ör vedder Henrike Meyger mag versetten sodane nabescrevene gut Hans Floren unde synen erven unde heft verlaten unde verkoft up eynen wedderkop Hansse Floren unde synen rechten erven twe unde drittich morgen landes up deme Seyner velde belegen unde eynen hoff bynnen deme dorpe rechtes frigenendes belegen in deme Pagenhagen genompt vor twe unde twyntig rinsche gülden dar went elven gulden mede in golde unde de andere elven gülden in matthies kroschen nemptliken sess unde drittig groschen vor eynen gülden, unde düsse vërsettung schal stahn twelf jahr lang, wanne düsse tid verlopen is so hebben Henecke Meygèr unde syn broder Lüder odder ore erven de macht beholden in düssem sülven breve, dat se alletid mögen wedderlosen sodane vorgescreven land unde hof vor sodane vorbenomde summe goldes unde geldes unde de obgenannt Hans Floren unde syne erven mogen unde schollen sodane vorgescreven gutes bruken in aller wyse mathe unde macht unde allen rechtichheyden nichtes daründer bescheiden, so de obgenombte Henecken Meyger in vortyden hefft gedan, des over so eyn frede gemakt iss mit seynen vorkommenden vorspraken Henrike Gusst unde heft fredes recht unde der frigen willen gedan. Hir sind achtelude to gesyn Henecke Stoffel unde Henecke Stullen, von unde umme der Herschup wegen iss hierbi over unde anne gewest Bartold Schemergen in ter tyd voget in den frigen. Diess to merer wissenheyt hebben wy richter unde dinglude unser frigen ingesiegel witliken don hengen an düssen bref na Christi gebort unses herren veftenhundert jar darna in deme ersten jar des donnerstags na des hilgen lichnamen tage.

(Die Verfaſſungsformel vom Jahre 1730 lautet ganz gleich.)

II.

An Königliches Cabinets-Ministerium.

Bericht des Archivs.

Hannover, 16. September 1767.

Ew. Excellences haben, unterm 20. Juli a. c., uns aufgegeben, die von denen Eingesessenen zu Döhren, Wülffel und Latzen in dem hierbei zurückgehenden Memorial angezogene Erb-Verträge de Anno 1428, 1442, 1491, 1512, nachzusehen; was darin von denen Freyheiten derselben enthalten, zu extrahiren; und was sich sonsten etwa von denen Bewandnisse im Cellischen Archive findet, anzuzeigen.

Diesem Befehle zur gehorsamsten Folge, haben wir nicht nur alle allhie vorhandene Erb-Verträge von denen angeführten und mehrern Jahren, sondern auch aller Orten, wo man nur irgend etwas davon vermuthen können, mit Fleiße nachgesehen, und berichten darauf nachfolgendes:

1) Ist in denen, im Cellischen Archive originaliter vorhandenen Erb-Verträgen de Annis 1428, 1442, 1512, von denen Freiheiten dieser Oerter, nicht ein einziges Wort enthalten.

2) In dem, in Anno 1491, auf 12 Jahre errichteten, allhie in originali befindlichen Erb-Vertrage, worauf vorgedachte Einwohner zu Döhren, Wülffel und Latzen in ihrem Memorial sich hauptsächlich beziehen, ist davon nichts weiter enthalten, als was in der Anlage A extrahiret ist, und leget sich daraus nur so viel zu Tage, daß denen damahls auf einige Zeit abgetretenen Freien vor dem Walde versprochen worden, sie indessen über alte Gewohnheit an Schatze, Diensten und ohngewöhnlichen Unpflichten nicht zu beschweren, sondern sie bey alter Gewohnheit zu lassen.

3) Findet sich, daß diese 3 Dörffer bis Anno 1671 zu dem Amte Ilten gehöret; und nachhero die Braunschweigische Gohe, imgleichen die drei Dörffer, aus dem Freien genennet worden.

4) Bei der, den 22. Juni 1671, von Hertzogs Georg Wilhelm zu Br. u. L. Bevollmächtigten an Hertzogs Johann Friederichs zu Br. u. L. Bevollmächtigten geschehenen Ueberwei-

ſung dieſer drei Dörffer iſt nahmens des Hertzogs Georg Wilhelm denen verſammeleten Unterthanen declariret:

„daß ſie von Hertzoge Johann Friederich allen Fürſtl. Landesväterlichen Schutz, Hulde und Gnade, auch, daß ſie von Deroſelben bey ihren bis hiehin exercirlich wohl hergebrachten Gerechtigkeiten und Immunitaten gelaſſen werden, ſich zu getröſten.“

Darauf nahmens des Hertzogs Johann Friederich ihnen die Verſicherung geſchehen:

„daß ſie, bey gleich und Recht, auf ihren wohl hergebrachten Gerechtigkeiten, ſofern ſie ſich, als gehorſahmen Unterthanen wohl anſtehet, bezeigen würden, gelaſſen werden ſollten.“

5) Iſt bey dieſer Uebergabe von des Hertzogs Johann Friederich Abgeordneten zu communiciren gebeten:

1) eine designation der Mannſchafft, und aller gemeinſchafftlichen, auch propern Güter, ſo in der Dörffer districte gelegen;
2) eine designation der Cammer-Gefälle, wie auch anderer praestandorum, ſo die Unterthanen zu leiſten ſchuldig; ſie haben nahmen, wie ſie wollen;
3) eine specification ihrer etwa habenden privilegien und onerum;
4) die Acta, ſo bey Fürſtl. Amts-Voigtey zu Ilten, in der Registratur, vorhanden; ſo viel deren dieſe 3 Dörffer, deren Grentzen und Hoheit ꝛc. concerniren;
5) das Catastrum, und Anlage der hebenden Contribution.

Worauf des Hertzogs Georg Wilhelm Commissarius ſich entſchuldiget,

daß er auf dieſe 5 postulata nicht instruiret ſey.

Worin aber die Freiheiten dieſer Dörffer eigentlich beſtehen, und dem Urſprunge derſelben, davon finden ſich allhie nicht die allergeringſten Spuhren.

Wir beſtehen mit ohnendlicher Veneration

Ew. Excellences

unterthänig gehorſame Diener.

III.

An hohes Königliches Cabinets-Ministerium.

Finanz-Departement.

Archiv-Bericht.

Hannover, den 9. October 1826.

betreffend

die Freien in der Amtsvoigtei Ilten.

In dem hochverehrlichen Rescripte vom 29. vorigen Monats ist uns aufgegeben, dasjenige baldmöglichst zu bezeichnen, was wir über die Freien in der Amtsvoigtei Ilten, abweichend von dem Archiv-Berichte vom 16. September 1767 in Erfahrung gebracht haben; in dieser Hinsicht haben wir die Ehre Folgendes ganz gehorsamst vorzutragen:

1) Die Rechte der Freien in der Amtsvoigtei Ilten können nicht, wie es in dem angezogenen Archiv-Berichte geschehen ist, nach dem Römischen Begriff eines Privilegii beurtheilt werden, da sie unbezweifelt viel älter sind als die Einführung des Römischen Rechts; vielmehr muß dabei von den Grundsätzen der einheimischen Rechte ausgegangen werden, wie sie in den Kaisergesetzen, dem Sachsenspiegel, den Lüneburgischen Landtags-Abschieden und anderen Urkunden zu Tage liegen.

2) Aus diesen geht mit Bestimmtheit hervor, daß jene Freiheit niemals durch ein Privilegium oder sonst als Ausnahme erworben, sondern die angeborne und durch mehr als ein Jahrtausend zurück erweisliche, auch durch kein Gesetz aufgehobene Eigenschaft eines zahlreichen Standes der »Freien« ist, welcher in dem Westfälischen Kreise und in Niedersachsen, namentlich in den Fürstenthümern Bremen, Lüneburg, Braunschweig, Hildesheim und Calenberg, angetroffen wird.

3) Die wesentliche Eigenschaft der Freien ist völlige Freiheit der Person und des Eigenthums innerhalb derjenigen Schranken, welche durch uraltes Herkommen und allgemein verbindliche Gesetze gegeben sind.

4) Diese Freiheit zeigte sich in dem Range der Freien, indem sie nach Sachsenrecht den fünften Heerschild führten, unmittelbar auf die Freiherren folgten, und selbst der Reichsdienstmannschaft vorausgingen, und in den Urkunden der Herzöge von Braunschweig-

Lüneburg bis ins 15. Jahrhundert vor der herzoglichen Dienstmannschaft (den Rittern und Knappen) genannt werden [1]).

Aus diesem Verhältniß rührt das Wappen der Freien in der Amtsvoigtei Ilten her, ein gekrönter Helm über einem schrägstehenden Schilde mit dem Lüneburgischen Löwen, wovon sich Abdrücke aus den Jahren 1574, 1589, 1592 im Königl. Archive finden [2]).

5) Auf demselben Grunde beruhte die eigene Gerichtsbarkeit, welche die Freien noch in den ebengenannten Jahren ausübten. Das Gericht ward, nach Ausweis der bei uns aufbewahrten Urkunden, in Gegenwart des herzoglichen Voigts, aber im Namen des Fürsten und der Freien, durch den von diesen erwählten Ding-Grafen, und in den Formen der Freiengerichte, gehalten, und war ohne Zweifel sowohl Criminal- als Civil-Gericht. Die obigen drei Urkunden betreffen den Verkauf von Grundstücken.

6) Die Holzgrafschaft im Nordwalde gehörte den Freien der Amtsvoigtei Ilten und den angrenzenden Freien im Hildesheimschen gemeinschaftlich, und ward im 14. Jahrhundert nach Uebereinkunft der Herzoge Wilhelm von Lüneburg und Magnus von Braunschweig mit Bischof Gherd von Hildesheim, von der Ansprache derer von Rutenberge käuflich befreit. Die Urkunde darüber findet sich im Königlichen Archiv.

7) Die volle Jagdgerechtigkeit haben die Iltenschen Freien noch im Jahre 1671 bei Abtretung der Dörfer Döhren, Wülfel und Lazen besessen; die Jagd war nach Sächsischem Recht nur in drei Bannforsten, deren einer der Harz, ein Regal; und im Calenbergischen ist die hohe Jagd erst in neueren Zeiten zum Regal gemacht, im Lüneburgischen, so viel wir wissen, noch jetzt nicht.

---

1) Unter diesen „Freyen“ dürften die alten zum hohen Adel gehörigen Freiherren zu verstehen sein! Die goldene Bulle von 1356 sagt stets: Comites, barones, milites, cives, communitates. (Struben, Nebenstunden IV. XXVIII. 6.). Die jetzt sogenannten Freiherrn gehören meist dem alten Ritterstande an. O. Heise.

2) Dieses Wappen kam der ganzen Genossenschaft zu, weshalb es für den Rang der Freien im Einzelnen nichts beweisen dürfte, so wenig als die Kronen mancher Städtewappen. Auch die bekannten hoyaschen Siebenmeyer führen ein ähnliches gemeinschaftliches Wappen, worin statt des Löwen aber jagende Hunde und Fische sind. O. Heise.

8) Ein ähnlicher Ausfluß der Eigenthumsfreiheit ist das Recht des Bierbrauens, Branntweinbrennens u. s. w., sofern nicht bestimmte kaiserliche oder landesherrliche Privilegia anderer Corporationen von den Wirkungen jener Rechte ausgenommen haben.

9) Zu Diensten und Abgaben waren die Freien ursprünglich gar nicht verpflichtet; kaiserliche Gesetze haben zuerst allgemeine Zehntpflichtigkeit zu Gunsten der Geistlichkeit, und den Heerbann in Reichskriegen eingeführt; auch sind kaiserliche Briefe vom Ende des 15. Jahrhunderts vorhanden, in denen die Freien zur Theilnahme an solchen Leistungen aufgefordert werden, welche der Landesherr zum Besten des Reichs verwenden werde, woraus auch ihre Verpflichtung zu verhältnißmäßigen Beiträgen an den Kreissteuern folgt.

Letztern haben sie sich nicht entzogen; Kriegsdienst auf eigene Kosten zu leisten sind sie noch in der Bittschrift der Dörfer Döhren, Wülfel und Lazen vom 29. Junius 1671 geständig; aber über deren Maß und über die wirkliche Zehntpflichtigkeit wird sich bei den großen Veränderungen, welche sich im Laufe der Zeit hiemit ereignet haben können, nur aus unvordenklicher Gewohnheit und bestimmten Urkunden urtheilen lassen.

Eine andere Bewandniß hat es mit ihrer Theilnahme an den Landesabgaben; sie erfolgte sowohl vor als nach Errichtung des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg lange nur bittweise und nach eigener Bewilligung, indem die Freien selbst nicht einmal in solchen Fällen dazu verbunden waren, denen sich die fürstlichen Vasallen nach Lehenrecht nicht entziehen konnten. Indessen führte die regelmäßig wiederholte Bitte zu einer kaum mehr abzuweisenden Gewohnheit, und bereits am Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts werden in den Urkunden Abgaben solcher Art angeführt. Am unglücklichsten erging es den Freien seit der regelmäßigern Berufung der Lüneburgischen Landstände. Noch im Jahre 1536 erklärten die Stände:

> „mit denen so sich anderer Freiheiten berumen, sie seyn von Adell oder andere, soll gehandelt werden . . . Und was also von abgemelten und anderen gefreyheten, den Freyen vor dem Walde ꝛc. erlangt wird“ u. s. w.

auch ward später noch oft genug erklärt, daß die Freien nicht schuldig seien zu den Landesabgaben beizutragen, und diese Freiheit fast

jedesmal ausdrücklich verwahrt; aber der That nach geriethen sie, besonders im 17. Jahrhundert, in völlige Abhängigkeit von der Landschaft, deren Beschlüsse eigentlich keine verbindliche Kraft für diejenigen haben konnten, welche daran nicht Theil nahmen und in unmittelbarem Verhältniß zu der Landesherrschaft standen. Für die Iltenschen Freien war es noch einigermaßen glücklich, daß sie erst im Jahre 1512 vom Fürstenthume Calenberg auf immer an Lüneburg abgetreten waren, und daher in den Landtagsverhandlungen mehrmals noch besonders neben den übrigen Lüneburgischen Freien erwähnt, und ihre Beiträge auf ein Fixum gesetzt wurden; sonst möchten auch sie von der Wirkung des Befehls vom 18. December 1673 zu leiden gehabt haben, worin, nachdem nun die Römischen Rechtsbegriffe völlig die Oberhand gewonnen hatten, erklärt ward, daß bei den Freiheiten der Güter von der Contribution die unvordenkliche Verjährung wegfallen, und »bestimmte Privilegia« angeführt werden sollen. Da wir die Lüneburgischen Landtagsverhandlungen des vorigen Jahrhunderts nicht kennen, so vermögen wir nicht zu beurtheilen, ob sich der Unterschied der freien und pflichtigen Güter in dem bei den erstern doch noch etwas geringer angesetzten Quanto des Viehschatzes bis auf unsere Zeit erhalten habe.

10) Das ehemalige Recht der Freien, an der Berathung über allgemeine Landesangelegenheiten Theil zu nehmen, ist durch die Königliche Verordnung über die Errichtung der allgemeinen Stände-Versammlung vom 7. December 1819 wieder ins Leben getreten; und wir halten es nach der obigen Darstellung für unzweifelhaft, daß im Sinne der angezogenen Königlichen Verordnung, die Freien in der Amtsvoigtei Ilten zu der Wahl des von den Lüneburgischen Freien zu sendenden Deputirten in die zweite Cammer der allgemeinen Stände-Versammlung zu concurriren haben, wie die Freien der Dörfer Döhren, Wülfel und Lazen zu der Wahl des Abgeordneten von den Calenberg-Grubenhagenschen Freien.

11) Ob die Freien noch ein besonderes auf uralten Gewohnheiten beruhendes Privatrecht, ungefähr wie das im Sachsenspiegel aufgezeichnete, erhalten haben, vermögen wir nicht anzugeben, und wird durch einen Bericht des Amts Ilten sehr leicht aufgeklärt werden können. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß das auf

natürlichen Verhältniſſen des Landes beruhende Herkommen ſich gegen den Einfluß des Römiſchen Rechts wenigſtens zum Theil erhalten haben werde [1]).

(gez.) v. Hinüber. G. Keſtner. Pertz.

IV.

Ick Henricus von Hartber bekenne openbahr in düssem openen Breiffe vor allewehme, dat ick heffe verkofft undt verköpe in krafft düsses Breiffes Hrn. Alberte Hoppenstehde Vormunden Hillen priorinnen undt der ganzen Samlunge des Klosters Sünte Marien Magdalenen vor Hildesheimb miene drei Howe Landes belegen uppe dem Felde to Hartbere, de nu to thiede buhet undt früchtet Herrmann Dittmers, undt ver Kothhöffe in deme Dörpe daselbst mit allen Schlachten nut u. tawbehorung buten und binnen Dörpe vor eine nothhaffte Summa Geldes de in mine undt miner Erben nut gekomen is undt düt vorged. guht hebbe ick om verlaten in gerichte vor dem friendinge to Hartbere mit handt und mit munde vor meck und minen Erven so dat eck undt miene Erven undt ock nimandt van usser wegen dar mehr op sacken schöllt oder willt taw ewigen Thieden, dut love eck Henricus von Hartber vorben. vor mi undt miene Erven den fragl. Hrn. Alberte Vormünden, Priorinn Hille undt der ganzen Samlunge des Klosters Sünte Marie Magdalenen undt oren nakomblingen in gnaden trouwen stehde undt fast to hollende ohne alle list. To thuge heffe eck dussen Breif witlicken beseghelt mit minen Ingesegel na Christi bort vehrtenhundert Jare darna in deme negen undt vertigsten Jare des middewekens negst na Sancte Michaels dage. (L. S.) —

Eck Henecke Middessborg de older Frigrew to Harbern bekenne dorch düssen openen Breif vor alle weme datt eck hebbe von gnaden wegen des Provestes undt

---

[1]) Es hat ſich ein dem Meiergüterrechte analoges Güterrecht bei den Freienſtellen ausgebildet. O. Heiſe.

der compnige des Closters to Wienhusen im vrighrichte seten to Hartber up der strate to rechter richte undt daghess wende Johannes Meigenels schriever des Provestes to Wienhusen unde Heinecke Middessborg dinglüde dato weren unde bisitters dar vele vrome Lüde an undt ower weren besonderen der Frygen kam Henrikess von Hartber wohnhafftig to Peine mit Tielen Worgel von Bekem sinem verspreken undt mit sienen Broder Berende — Weddensen von Peine Tile oder von Beken unde bekannde, dat he vor drittehalfhundert rinsche gulden guden vullwichtigen goldes hedde verkofft sine drei Howe Landes undt ver Kothave to Hartber mit aller tobehörige binnen undt buten deme Dorpe Herrn Alberte Proveste Hillen priorinnen undt der ganzen compnig des Klosters to sante Marie Magdalenen belegen by der stadtmuren to Hildesheimb menliken by dem Kloster to blivende undt Henerikuss ock vorlat darsulves deme vorbenomde dre Höffe undt — vor seck undt siene fruen wollborde, Alheide siener Süster undt Kurdt Vogedes — de alle gegenwärtig weren — — mit ordelen vermiddelst Hinrike Rotermunde von Groten-Lopke sienen vorspraken — ewiklichen in des Klosters nutt to brukende. To tuege hebbe ick Henneke Middessburg vrigrewe vorb. min inghesegel witliken gehenget an düssen breif, geben na goddes bort vertenhundert jar darna in deme negen und vertigsten jare des dingsdages negst na sante Michels dage.

V.

Von Gottes Gnaden Wir Christian uhrkundlich bekennen hiermit vor Unß, Unsern Erben und Nachkommen gegen Jeder Menniglichen, als Wir mit Unsern lieben getreuen den semptlichen Freyen verhandelt, daß sie eins vor alles vor die in den 8 Jahren auff jüngstem Landtage bewilligte Schatzung achttausend Thaler gegeben und entrichtet und gebeten Ihnen deßen daß sie solche achte Jahr über mit fernerer Contribution verschonet bleiben sollten, einen Schein oder Revers zu geben. Daß wir uns darnach verpflichtet

haben, thuen es auch hiermit in Kraft dieſes Briefes, daß von Ihnen in ermelten acht Jahren nichts mehr zur Abſtattung der Schulden gefordert oder eingebracht werden ſoll. Wann aber mit Vorwiſſen und Bewilligung Unſerer getreuen Rehte, Prälaten, Ritter und Stätte ferner oder ſonſtens auf Reichs oder Krayßtagen etwas bewilliget wirdt, ſo geben ſie daß Ihrige billige dazu, Alles ohne Gefährde und Argliſt. Urkundl. ꝛc. Geben Zell 3. Mai 1620.

Das Schreiben an den Amtsvoigt lautet:

Von Gottes Gnaden Chriſtian ꝛc. Lieber getreuer. Uns iſt Dein Schreiben der Gebühr vorgebracht und haben darauß dein verricht und wolmeinung gerne vernommen. Soviel nun den von unſern Unterthanen in den Freyen geſuchten Receß betrifft thun wir denſelben ihnen einzuantworten hiebei verwahrt zufertigen. (Der Schluß betrifft Militairſachen).

VI.

Chriſtian Ludwig ꝛc. urkunden und bekennen hiemit für Unß Unſere Erben ꝛc. Als Wir mit unſern lieben getreuen den ſembtlichen Freien dahin **gehandelt,** daß ſie wegen der ihnen abgefoderten Acciſe und des funfzigſten Pfennigs eins für alle Eintauſent und fünfhundert Thaler zu behuef des Schatzes in zween Terminen und zwarſten die Halbſcheid deßen auff nechſtkünfftigen Martini, die andere auf trium regum folgenden 1657. Jahrs ohnfehlbarlich zu geben und entrichten, nichts deſtoweniger aber itzt und hinführo, was ihnen wegen des Viehſchatzes zu entrichten gebühret, jährlich abzuſtatten ſich anheiſchig gemachet und verpflichtet und wie ihnen dagegen gnedig verſprochen, ihnen einen Schein zu geben, daß es ihnen auf deßen würklichen Erfolg dabei gelaßen und ſie wegen derjenigen Schulden ſo Ao. 1624 von der Landſchaft übernommen, weiter nicht beſchweret werden ſollen.

Daß Wir Uns demnach dazu gnedig erkläret haben, und thun ſolches damit in Kraft dieſes Briefes, daß von ihnen wegen erwehnter Acciſe und des funfzigſten Pfennigs zu Abſtattung berührter in Ao. 1624 übernommenen Schulden weiter nichts gefordert werden ſoll. Urkundl. ꝛc. Geben auf Unſerer Reſidenz Zelle den 26. September Ao. 1656.

Chriſtian Ludw.

VII.

Von Gottes Gn. Christian ꝛc. Lieber getrewer. Uff unser sembtlichen Eingesessenen in den Freyen unterthänige supplication wegen der Triepelhülfe ist unser meinung gahr nicht, daß die haußgesessene itziger Zeit da sie vort und sich gebrauchen laßen müßen, damit, söndern nur die heußlinge vermüge hiebeuor dir zugekommenen befelchs zu belegen, derentwegen du dich darnach zu achten.

Damit auch der Außschuß etwa von 200 Mann etwas besser staffieret und einigerley liberey haben müge so kannstu mit ihnen dahin reden, das ein Jeder ein Röcklein und einen huett bezahle und sich damit gefast halte und dero behueff mit unserm Hoffschneider oder sunsten Jemandt anderes einen Ueberschlag machen, wie viel und hoch einem Jeden sölches kommen werde, zuversichtig, weill es einem Jeden gar ein wenig tragen und ihnen selber eine zierde bei den benachbarten sein wirdt, sie werden sich darzu guetwillig bequemen, über ihre guete gelegenheit aber wollen wir Sie darzu nicht zwingen.

Daran geschicht ꝛc. Datum uff unser Vestung Zell am 3. April Ao. 1620. Christian mpr.

VIII.

Schluß des Rescriptes vom 3. Mai 1620:

Die 200 Soldaten, welche sie ausmachen, können noch zur Zeit nicht dimittiret werden, sobald wir aber deren nicht bedürftig und die Sachen nur in etwas zur Güte sich anlassen, so wollen wir sie für allen andern entlaßen.

Was die Häusling betrifft, weil die Triepelhülffe zur Unterhaltung der Soldaten gereicht wirdt, kann dieselbe darzu auch auf und angenommen werden, und weilen sie sich beschweren, daß sie den Vollhöffnern und Bauerleuten gleich geben sollten, alß kannstu hierin dich guter discretion gebrauchen und dem vorigen Befehle nachsteigen.

Wän auch über die 200 Soldaten Officier und Gewalthaber gesetzet, mußen dieselben von unser Underthanen, wofern sie kein düchtige Personen haben so dazu zu gebrauchen, mit gebührenden Soldt versehen werden.

Was die Röcklein betrifft, so können sie damit vor dießmal, bis

etwan der libe Gott ein beßer Jahr giebt, wohl verſchonet werden und alsdann etwan auf ein oder zweihundert Perſonen dieſelbe machen laßen, gereichet uns zu Ehren und Ihnen als Unſern Freien zum Ruhmb und guter Nachfolge und Wir bleiben dir mit Gnaden geneigt. Datum Zell am 3. Mai 1620. Chriſtian mpr.

IX.

Anno 1538 Friedags nah Panthaleonis is ein Hölting to Wassele geholden in bywesende der Verordneten unde nedergesetteten Räde unde darbeneben beider Fürsten Anwolde, gefunden, wo folget:

Düt Hölting is geheget worden dorch den Holtvogt Hinrich Warnecken, de Bisitter sint gewesen Heineke Germanns unde Hermann Barteldes.

Thom ersten, so ein gemeine Ordell gefraget, wäme de Menner to finden de Högestewalt und Obrechheit im Katenwolde. Det Ordel hefft Tileke Schrader to . . . ingebracht unde gesagt, de Högestewalt nimmt man dem Huse to Ruthe to.

Noch gefragt: wat de höchste Walt iss? Düt Ordel hefft weder ingebrocht und geseggt Heinrich Wollberges . . . . . .

Düsse beeden Ordell hebben de Menner sämptlich gefunden und ingebracht.

Noch gefragt: wat se m. gn. Hrn. von Lüneborg im Katenwolden tofinden oder tostahn? Düt Ordell het Tilken Warnecke ingebrocht und geseggt: wan sine Gnaden dadorch ridt, mag siene Gnaden einen Kranz breken, und hefft he Hunde, fangt se ein Wild, mag he an Sadel hengen unde deme Wolde danken.

Noch gefragt, womit m. g. Hrn. von Lüneborg den Broeke dar eichen schäde iss, gehören scholle unde sunderlich offe der artikell scholle im ganzen Katenwolde oder an einem sunderliken Orde oder an der Grentze oder an anderen Orden verstanden werden. Hirup dorch Hanss Meier und Hinrik Volkmers ingebracht, dat sick de gantzen Menner vor deme Hölting nich vereinigen können des

Ordels. Se hebben to de neder gesetteten Verordneten Scheides Richtern mit Bewilligung beeder Fürsten Anwolde to sick genomen.

Noch gefragt: Weme die Jagt up dem Katenwolde to komet? Ingebrocht dorch Reinecke Bittern und Jacob Bussen: Deme Huse to Ruthe de Rehe Jagt.

Noch gefragt: Wat de Erben vor Jagt hebben am Katenwolde? Ingebracht dorch Konr. Martens und Jürgen Berent Heyken: Alle Jagt dem Erben, aberst de Rehjagt dem Huse to Ruthe, unde wenn ein Swin uthe dem Holte löpe, dar it in richte kummt het dat Jagerecht mide ock gefunden: können de Inwohner des Huses to Ruthe im Wolde was fangen mögen se dooh.

Noch gefragt: wer de Holtvogte u. Holtwaren seten schölde? Ingebracht dorch Hinrick Wulfes und Hinrik Schrader: De dat Hus to Ruthe inne hefft, schal einen Holtvogt seten, und de Erben schollen seten twe waren.

Noch gefunden: De Holtvögde schollen de ersten Wrogen und Pfanden innebringen, darna de Waren.

Noch gefragt: Weme de Holtbrocke to komet? Ingebracht durch Heynecke Beckfettes und Tilke Krusen: Twe Dele den Erben und dat drütte Dehl deme Huse to Ruthe.

Noch gefragt: De dicken Böme, Bökenbom, Appelbom, wat der Bröke is? Ingebracht durch Tyle Heynen unda Hermann Papen: Dat Eikenholt X ß, de Appelbom X ß, de Hester V ß, de Eikenbom hefft ehemals VII ß hannoversch gegeben und ist nu up ein put gedrungen.

Noch gefragt: We dar ein Eikenholt hauet und klövet, wat de bröcke? Ingebracht durch Hermann Papen und Tylke Heynen: Dar ein Mann bedervet einen Thunstakenbom und wert ehme geweigert, so mag he einen hauen up ein Pant, wert he denne betreten und gewroget, so bröket he V ß hannoversch. Hefft he aberst den Wagen to gebunden, so bröket he ok X ß. Wann he aber Underholt hauet, so schall man eme den Diessennagel uthe then unde de Perde midé nömen.

Noch gefragt: Wat deme bröket im Utholt, de im

Holte nich bearbet? Wan he wort betreten, so schal man eme den Diessennagel uthe ten und nehmen de Perde midde na Ruthe.

Noch gefragt: Wenn einen nöthig is Buholt, wo he dat kregen oder söken schall? Ingebracht durch baben gemeldete Menner: He schall dat födern von dat Hölting: wöre da aberst dat Hölting in Kort nich geholden, so schall he söken deme Holtvogt, kann he deme nich bekomen, so schall he anspreken deme Waren, de se eme an den Holtvogt bringen und gebe danne deme Holtvogede enen Schepel Habern vome Husse to bauen und vor ene Scheune to bauen 1 Himpten Hafern unde dem Waren ok stemmegeld alse einen Mattier.

Noch gefragt: Wen Mast ist, we de hebben oder bruken schall etc.

X.

In der Grafschaft Diepholz wurde der Unterschied zwischen adelichen (Burgmanns) Freien und gemeinen Freien sehr genau gemacht, wie nachstehender Bericht (im Königl. Archive) zeigt:

Edle ꝛc. Eurer ꝛc. bevelch zu gehorsamer Folge haben wir uns der gefreieten gelegenheitt erkundet undt befinden, soviel erstlich Hanß Ledeburn undt Curtten von Drebbern betrifft, das ihre Wohnungen undt Heuser von altershero adeliche Sitze undt Güter gewesen, auch von adelichen Personen als von Kißleben undt Otten von Rahden bewohnet, auch niemals mit Landschatzungen beschwert worden. Was aber die anderen gemeinen Freyen belangt, haben dieselben ihre Notturfft schrifftlich übergeben —. Wann sie nun gleichwoll ihre Freiheitt (d. h. von Steuern) von dem wolsehligen Herrn Graffen zu Diepholz für geraumen Jahren erlanget und von angezogenen Beschwerungen, wie man deßen aus den alten Schatzrechnungen nachweisung hatt, auch der Schatzschreiber selbst Inhalt einliegender seiner eigenen Handt dasselbe bekennt, jderzeit befreit geblieben, so will es unsers einfältigen bedenkens bei der gnedigen Herrschafft stehen, was dieselbe ihnen hierin ferner für

begnadunge wiederfahren laſſen wolle ꝛc. Datum Diepholz Am 4. Februarii Anno etc. 1604. etc.

Wenn dagegen der nachſtehende oldenburgſche Revers der drei Söhne Dietrich des Beglückten d. d. Oldenburg Himmelfahrt 1447 bei v. Halem Oldenburgſche Geſchichte S. 488 von Ritterſchaft und freigeborne Manne ſpricht, ſo ſind letzteres Freie wie die Hoyaſchen die in der Rittermatrikel, welche eigentlich nur einen Stand ausmachen:

„Wir Karſten, Mauricius und Gerd, Brüder, Grafen zu Oldenburg, bekennen ꝛc. als ꝛc. Unſere Lieben Getreuen Ritterſchaft und freigeborne Manne ꝛc. einer gemeinen Landbede über ihre Meier und Unterſaſſen arm und reich dies Jahr zu geben bewilligt haben, zum Behuf unſerer Schulden ꝛc. und als dieſe vorbenannten Bede von ihnen begütlich geſchehen und zugeſchlagen iſt, ſo bekennen Wir ꝛc. daß das nicht geſchehen iſt von Recht aber von Gewohnheit ꝛc. und Wir ſollen und wollen die vorbenannte Mannſchaft oder ihre Erben um ſothane Bede in zukommenden Zeiten nicht mehr bitten oder bitten laſſen.“

Es iſt wohl klar, daß von Unterſaſſen der Gemeinfreien nicht die Rede ſein kann.

XI.

Von Gottes Gnaden wir Erich und Heinrich der Jüngere Gevettere, Herzöge zu Braunſchweig und Lüneburg, bekennen und bezeugen hiemit offenbar für Uns, Unſere Erben, Erbnehmer und allermänniglicher, daß Wir aus ſonderlicher Zuneigung und Gnaden den würdigen Unſerm lieben andechtigen Probſten, Abbatiſſin, Priorin und gantzen Stiffte des Kloſters Wienhauſen eine verwüſtete Dorfſtete genannt Lütgen Lopke in Unſerm Gerichte Rute gelegen die dem gedachten Kloſter Eigenthumbs halber ererbet, da das Kloſter hiebevor und noch 22 Huffen Landes und den Zehenden gehabt und noch in gebreuchlicher Beſitzung haben ſollen, doch eine zeitlang und etliche Jahre hero unbeſetzt und unbebauet wüſte geſtanden und nun dieſelbigen zu ihren beſten nach Notturfft zu beſetzen geneigt, ſo haben Wir ſolche verwüſtete Dorfſtete Ihnen mit Richte, Rechte, Dienſte und aller Obrigkeit ausgeſchloßen uns mit dem Landſchatz und Landfolge gleich andern den Unſrigen gewärtig und volgig

zu sein gnädig nachgelaßen und vergeben haben u. s. w. gegeben nach Christi unsers Herrn Geburt im fünfzehnhunderte und drei und zwanzigsten Jahr am Freitage negst nach Matthiae Apostoli.

XII.

B. Gott. G. Christ. Ludew. Herz. zu Braunsch. u. L. Lieber Getreuer, Wir laßen dir hiermit unverhalten seyn, waßgestaldt wir dem Vesten, unserm Lehn Mann und lieben getreuen, Paull Joachim von Bülow Fürstl. Braunschw. Lüneb. geheimten Cammer Rath zu Hannover und seinen dahlsteigenden Männlichen Leibes Lehns Erben anstat des denselben dabevor verliehenen halben Gerichts zu Dolgen und der dazu gehörigen Wiesen, ein Fuder Korn partim alß vier Malter Rocken, vier Malter Gersten und vier Malter Habern Braunschweigscher Maaß jährlich auß dem Lehrter Rottzehenden hinwiederumb gnädig verschrieben, begehren demnach hiemit gnädig und zuverläßig, Du wollest besagtem Cammer Rathe dem von Bülow und seinen Lehnssuccessoren angeregtes Korn also anweisen und abfolgen laßen. Dieweil dan dagegen mit dem Gerichte zu Dolgen und waß dazugehöret, solche Anstalt zu machen, damit Uns aufs wenigste solcher Abgang an dem Lehrter Zehendkorn wieder ersetzet werden möge, so ist unser gnädiger Will und Meinung, daß Du bei dem Landgerichte allemahl beobachtest und erinnerst damit, waß von solchen Fällen, so vorhin an besagtes Gericht zu Dolgen gehört, an straffen einkommen thut, absonderlich gesetzet und Unß nebenst den aufkünften von den Wiesen berechnet werde. Demnach aber den Leuten zu Dolgen hiedurch, wenn sie an einem Orte zu Gerichte gehen, kein geringer Vortheil geschaffet würde, alß wirst Du dahin Fleiß anwenden, daß von denjenigen, welche sonst vor zweien Gerichten erscheinen müßen, järliches ein gewißes welches Du aufs beste als möglich mit Ihnen bis zu Unsrer ratification behandeln kannst, dahingegen abgestattet, sodan nicht weniger die Wiesen von denselben ebenmeßig zu rechter Zeit gemeyet, gekehret, getrocknet, gewunden und zu unserm Nutzen angewendet werden möge. Daran ꝛc. Datum auf unser Residentz Zelle den 18. Jenner 1650.

Christ. Ludewig.

XIII.

Zu wissen, daß zwischen den hochwürdigen, Durchl. hochgebornen Fürsten und Herrn, Herrn Christian erwehlten Bischhowen des Stiffts Minden, herzogen zu Braunschweig und Lüneburg an einen, dann den woll Ehrwürdigen Herrn Arnoldus, Thumprobsten zu Hildesheim und Lüttich, Herren zu Buchholtz und Bertensheim, Churfürstl. Cölnischen geheimden Rath am andern Theil, wegen des in der Amtsvoigtei Ilten belegenen Dorfes Evern Spenungen entstanden, auch darüber sowol hiebevor als anjetzo gütliche Communication gepflogen, daß demnach solche Gebrechen mit Vorwissen und Belieben eines wohlehrwürdigen Thumbcapituls zu Hildesheim heute dato in der Güte nachfolgender Gestalt componiret und beigelegt worden. Nämlich vor erste, daß S. F. G. und deroselben Nachkommen in der Regierung über ermeltes mit S. F. G. situirtes Dorf Evern die hohe Landesfürstliche Obrigkeit ruhiglich behalten, folgendes deroselben und Ihren Nachkommen als Ihren Landesfürsten mit Vorbehaltes beides derselbige den jetzigen Herrn Domprobsten zu Hildesheim und dessen Vorfahren als unmittelbaren Gerichtsherrn und Obrigkeiten allezeit geleistet (die Einwohner zu Evern den Landesfürstl. Huldigungs Eyd nebenst andern der Voigtey Ilten Unterthanen abstatten) vorbehältlich der Folge so die Domprobste außerhalb was der hohen fürstl. Obrigkeit anhängig, davon hergebracht und die Leute zu Evern ins Künftige ohnweigerlich zu thuen schuldig sein sollen, Burgvesten-Dienste auch den Schatz, gleich andern Fürstl. Braunschw. Lüneb. in der Voigtey Ilten sistiren und reichen, hiervon aber des Hrn. Domprobsten freien Hof, dazu gehörige Zehntgüter, eigene Länderey und eigene Schäferey gänzlich befreiet und damit nicht beleget noch beschweret werden sollen. Danebenst und zum Andern ist beliebet und eingewilliget, daß die Domprobsteischen auch der Gemeine zu Evern Schäferei wiederum zu redintegriren ꝛc.

Sonsten zum Dritten das merum imperium und bassantem simplicem Jurisdictionem in und über angeregtes Dorf, Gebot, Verbot und schuldigen Gehorsamb betreffend, soll der Domprobstei successores, wie von Alters hergebracht, allso sofort ins Künftige dabey ruhiglich und unbeirret belassen, auch von

S. F. G. als Landesfürſten gegen alle Turbationen und Eintrachten geſchützet, verthedigt und gehandhabt werden. Hierunter aber zum vierten dies zugleich abgehandelt und vertragen worden, daß den Leuten zu offtgedachten Evern frei und bevorſtehen ſolle von den Urtheilen, ſo daſelbſt gefellet werden, an S. F. G. und Deroſelben Nachkommen unbehindert zu provociren und zu appelliren, jedoch die Geldbuße und Strafen ausgeſchloſſen, welche ins künftige da ab excesse ſollte provociret werden pendente appellationis einzubringen, dem Herren Domprobſten eingeräumet und derſelbe und deſſen Nachfolgern an der Domprobſtei gehalten ſein ſollen und wollen in casum succumbentiae ſolche Strafen vermöge dero in der Appellations-Inſtantz ergebenden Urtheil zu refundiren und zu erſtatten, dabei gleichwohl dieſes ausdrücklich bedinget und vorbehalten, daß die Domprobſteilichen oder Kirchenmeier und Freidings-Güter in der Feldmarke ihrer Länderei für Evern belegen und ſolcher Freyding anhängende Sachen hierunter nicht mitbegriffen oder gemeinet ſei, ſondern dieſelben als ander Kirchen hohen Meierding gehörig bei alten Herkommen gelaſſen und per viam appellationis an S. F. G. nicht gebracht werden ſolle.

Für das fünfte und ſchließlich bleiben den Herren Domprobſten bevor und frei ſtehen ſolle entweder die Mißtäter zu Evern nach geſtellter Verbrechung daſelbſten hinrichten oder dieſelben auf beiderſeits für der Ab- und Durchführung beliebenden revers durch ihr Land in dem Stifft Hildesheimb führen zu laſſen, damit denn dieſe Gebrechen gänzlich aufgehoben und wolle S. F. G. insgemein den Herrn Domprobſten an deme was der Gerichtsbarkeit höchſt und -anhängig und davon dependiret und an Intraden hergebracht, auch wozu die Eingeſeſſenen zu Evern befugt ſein, keinen Eintragt thun, ſondern ſie ſampt und ſonders dabei conserviren und ruhiglich verbleiben laſſen. Urkundlich ꝛc.

So geſchehn den ſechszehnden Xbris A. 1621.

(L. S.) Chriſtian.

(L. S.) Capituli. Arnoldus Dumbprobſt.

XIV.

Actum Dolgen den 14. 8bris 1631. Heut obengenannt iſt noie Rev. Smi. Illustr. Christiani und S. Geſtr. Barthold von Rautenbergs das Gericht zu Dolgen, wie gewöhnlich geheget und gehalten durch Eberhardt Paxmann Fürſtl. und Braunſchw. Lüneb. Ambts Voigt in den Freyen und Johanſen Schrader Rautenbergiſchen Diener.

Richter:

Tile Warmbold Rautenbergiſch Untervoigt.

Beiſitzere:

Hans Bartholdt, Hans Borchers.

Achtsleute:

Hennig Kohli, Moritz Schmidt.

Procurator:

Chriſtoff Langen.

Post solemnia.

1) Gefraget, wehme die Einwohner daſelbſt zu Dolgen binnen und außerhalb Dorffs das Gericht, Recht, Gebot und Verbot, Kummer einlagen und in alle Bottmäßigkeit zuerkennete.

Eingebracht durch die Achtsleute:

Den hochwürdigen, durchlauchtigen, hochgebornen Fürſten und Herrn, Herrn Chriſtian erwählten Biſchoff des Stiffts Minden, Hertz. zu Braunſchw. u. Lüneb. und dem woledl. veſt. Barthold von Rautenberg uff Rethmar Erbgeſeſſen.

2) Gefraget, wie weit ſich denn ſolch Samptgericht erſtrecke?

Eingebracht:

So weit ſich die Veltmarckt erſtreckt in und außerhalb des Dorffs u. ſ. w.

3) Wann ſich an ſolchen Orten ſtrafbahre Handel oder dergleichen zutragen, wehme die zu Straffen gebühren?

Eingebracht:

Müßen ſowohl von J. F. G. alß auch den von Rautenberg geſtraffet werden.

4) Wann in ſolchen Samptgericht wegen Lendereien oder ſonſten Streit fürfeldt, ob nicht dieſelbe ſowoll mit Zuziehung vorhergedacht J. F. G. alß auch S. Geſtr. des von Rautenbergs zu entſcheiden?

Eingebracht:

Müßen sowoll bei J. F. G. alß dem v. Rautenberg gesuchet werden.

5) Wann in diesem Samptgericht etwa der Sachen Beschaffenheit nach Lendereien in arrest oder sequestor zu legen, ob nicht ebenmeßig beide Theile, sowoll von denselben verhänget, als wieder relaxiret werden soll, derobehuff zu suchen?

Eingebracht:

Müßen sowohl J. F. G. alß den van Rautenberg deßwegen ersuchet werden.

6) Wann solches nicht geschieht, ob denn nicht alles, was disfalls etwa verhenget sein möchte, für Nul und nichtig zu halten und bis dahin es beiden Theilen fürgetragen, wieder uffzuheben?

Eingebracht:

Müßen von beiden Theilen geschehen, sonst es vor nichtig gehalten wirdt.

7) Ob nicht dieses Samptgericht Unterthanen, so oft es die Nothdurfft erfordert, sowoll für den Fürstl. Ambt zu Ilten, alß auch vor des von Rautenbergs Hausen zu Rethmar uff jedes erfordern zu erscheinen schuldig sein?

Eingebracht:

Müßen uff jedes erfordern, sowoll vor dem Fürstl. Ambt zu Ilten, alß auch vor des von Rautenbergs Hausen zu Rethmar erscheinen.

8) Ob nicht die Gerichtsleute obgesetzte von diesen Fragen jedesmahl in ihren Kräfften halten wollen?

Eingebracht:

Ja, sollen in Kräften gehalten werden.

Die Brüche.

(Folgen 15 Wrogen, unter andern:)

2) Hanß Ahrens hat Hansen Flocken Jungen mit der Peitsche geblutwundet . . . . . 14 Mgr.
gr. 3. Dinggeld.

3) Herrmann Buhman uff dem Meyerhoffe hat der Herren Gebot verachtet . . . . . 18 Mgr.
2 gr. Dinggeld.

(Es sind nur Geldstrafen erkannt.)

Die Clagen.

Meister Karsten Dieterichs Kläger
contra Heinr. Möller

Lasset durch seinen Gevollmächtigten Michel Möller Anzeige und berichten, daß er in Hansen Haus und Güter ausgeliehen und solch Hauß und Gut verrückte Zeit verkaufft, auch solch Kaufgelt bishero nicht erleget, so ist er des erbietens, das Er solch Kaufgelt erlegen wolle.

Beklagter: Es sei ihm das Gericht nicht angekundet, bittet dilation biß zum negsten.

Daruff gefraget: Weil Beklagten das Gericht nicht angekundet und vom Gerichte nicht citiret worden, ob er mit der dilation biß zum negsten Gericht zu hören?

Eingebracht:

Weil Beklagter nicht citiret sei, wäre billig mit dem eingewandt dilation bis zum negsten Gericht zu hören.

Verlassungen.

Barthold Voigts erscheinet in der Person mit Bewilligung seiner Hausfrau Kathrine Roepke, verkauft Hansen Warmbold Hauß und Hof zu Dolgen zwischen Heinr. Meyer und Hanß Borchers belegen, sambt dazu gehörige Aecker und Wiesen mit allen derselben Gerechtigkeit, allermaßen er dasselbe mit gedachter seiner Ehefrau erfreiet und innen gehabt, umb 750 fl.

Erbenzins de anno 1630 und 1631.

(Folgt ein Register.)

Summa 2 Thlr. 10 Gr. 4 Pf.

Davon dem procuratori 1 Tht.

Das Dorf Idenſen und deſſen Pfarrkirche.

Vom Amtsrichter Fiedeler.

Das im Bezirke des königlich Hannoverſchen Amts Blumenau an der Aue belegene, im Süden und Weſten von der Kurheſſiſchen Grafſchaft Schauenburg und im Norden von dem fürſtl. Schauenburg-Lippiſchen Amte Hagenburg begrenzte Dorf Idenſen befindet ſich im Beſitze einer ſehr alten, durch architektoniſche Schönheit ausgezeichneten Pfarrkirche.

Ich habe die in Druckſchriften zerſtreuten fragmentariſchen Nachrichten über Dorf und Kirche geſammelt und durch Benutzung neuer Hülfsquellen Unbekanntes zu ermitteln mich bemüht. Das in dieſem Aufſatze enthaltene Ergebniß iſt freilich nur gering, doch, wie ich glaube, von der Art, daß die Mittheilung desſelben nicht ohne Intereſſe ſein wird.

1. Das Dorf Idenſen.

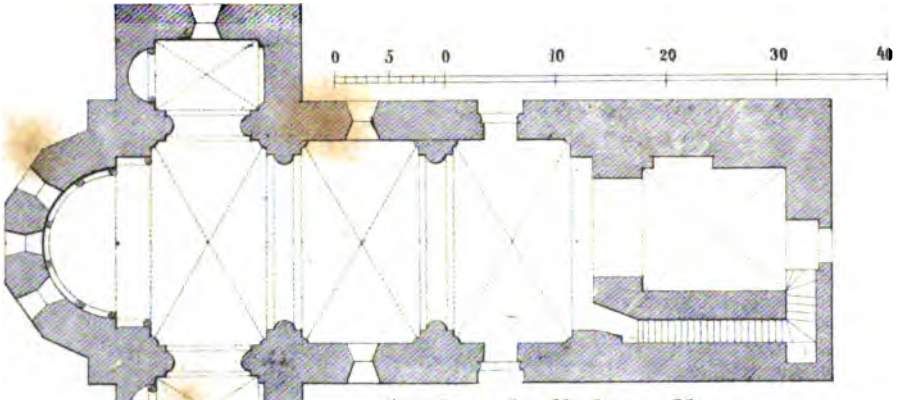
Dasſelbe hieß in früheren Zeiten Idenhuſen (Ydenhusen, Idanhusen) und gehörte in kirchlicher Hinſicht zum Archidiaconate Apelern, Diöceſe Minden [1]).

In Betreff der nicht unwichtigen Frage, welchem Gau dieſer, in dem Regiſter des Abts Saracho bei Falke Cod.

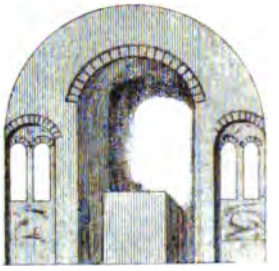
[1]) In dem Catalogus praelatorum, collegiorum, monasteriorum et parochiarum dioecesis Mindensis de 1632 (Acta synod. Osnabr. eccl. p. 255) heißt es: „De banno in Appeldorn:

Appeldorn,
Hutsede,
Bedeber,
Reber,
Idensen
} Comitatus Schawenburgici.

Vergl. auch v. Spilcker, Geſch. der Grafen v. Wölpe, S. 289. Wippermann, Regesta Schaumb. S. 262.

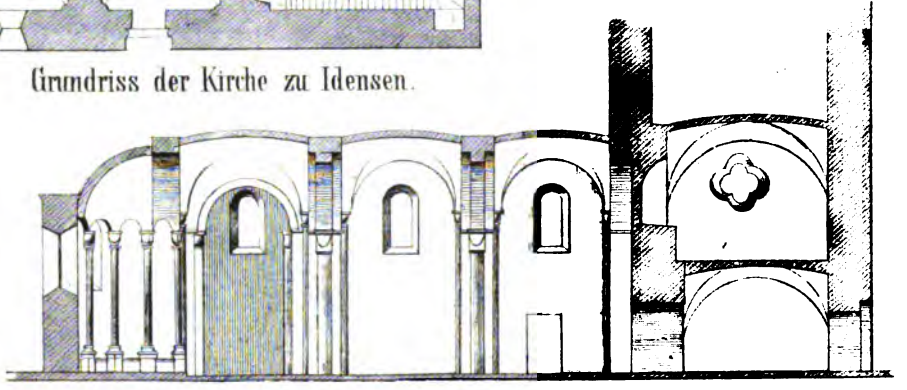


Grundriss der Kirche zu Idensen.



Ostwand der Thurmkapelle.

Thurmkapelle.



Längendurchschnitt der Kirche zu Idensen.

trad. Corbej. überall nicht erwähnte Ort in älteſter Zeit angehört habe, erlaube ich mir der Kürze wegen auf die Erörterungen von v. Ledebur[1]) Bezug zu nehmen, aus denen hervorgeht, daß Idenſen, gleichwie alle übrigen Oerter, welche zum Archidiaconate Apelern gehörten, in dem ſchon im Jahre 775 genannten Bucki-Gau (pagus Bucki) gelegen haben müſſe[2]).

Ausdrückliche Erwähnung unſeres Dorfes geſchieht zum erſten Male in einer undatirten Urkunde des Mindenſchen Biſchofs Siegward (Siegbert, Siwardus), deren Ausſtellung, da der darin als lebend bezeichnete Graf Adolf v. Schauenburg im Jahre 1129 verſtorben und Biſchof Siegward am 12. März 1120 gewählt iſt[3]), in den Zeitraum von 1120 bis 1129 fallen dürfte; zufolge derſelben ſchenkt nämlich der genannte Biſchof ſeine an der weſtlichen Seite der Leine belegenen Erbgüter, unter denen auch das Vorwerk zu Idenſen namhaft gemacht wird, dem Bisthume Minden[4]).

---

1) Kritiſche Beleuchtung einiger Punkte in den Feldzügen Karls des Großen gegen die Sachſen und Slaven, S. 47 u. f.

2) v. Werſebe, Beſchreibung der Gaue zwiſchen Elbe u. ſ. w., übergeht dieſen Punkt gänzlich mit Stillſchweigen.

3) Wippermann, Urkundenbuch des Stifts Obernkirchen, S. 146. Mooyer, Verzeichniſſe der deutſchen Biſchöfe, S. 70.

4) Die betreffenden Stellen dieſer intereſſanten, bei Würdtwein, Subsid. dipl. VI. S. 321 u. f., und bei Erhard, Regesta hist. Westf. I. S. 148 u. f. abgedruckten Urkunde lauten ſo: „Siwardus, Mindensis episcopus, — hec hereditatis nostre predia in occidentali parte fluminis, quod Leina dicitur, sita: unum vorewerc in Sutrem, unum in Bedebure, unum in Idanhusen, unum in Westrem, unum in Wechertheren, unum in Elmenhurst, — cum consensu et collaudatione cognate et legitime heredis mee Berte, laudante etiam domino Brunone, ejusdem Berte marito et mundiburdo, consentiente etiam — amico et cognato eodemque mundiburdo meo domino Adolfo, comite sene de Scoamburg, — ecclesie Mindensi — in pago Mersteme, in mallo Gerberti comitis, fratris comitis Erponis, juxta villam Runeberchen, in orientali parte, perpetuo jure possidenda tradidi.“

Auch in den im Königl. Archive zu Hannover aufbewahrten Mindenſchen Todtenbüchern iſt die Nachricht von einer Schenkung des

Das fragliche Dorf wird ferner genannt in einer vom Mindener Bischofe Johann [1]) ausgestellten Urkunde vom 4. Februar 1244, betreffend einen Vergleich zwischen dem erwähnten Bischofe und dem Stifte Minden einerseits, und den Grafen Gerhard und Johann v. Schauenburg andererseits, über streitige Besitzungen und Gerechtsame [2]).

Nach Inhalt dieses Vergleiches macht nämlich der Bischof den Vorbehalt: „Insuper si indaginem vel novalia prope Idenhusen fecerimus, illam nos et ecclesia nostra solam habebit.“ Diese novalia bildeten wohl einen Theil des jetzigen hessisch-Schauenburger Forstreviers Haste, wovon noch jetzt der nordwestliche Theil Idenser Moor heißt [3]).

Auch eine villicatio in Idensen wird in mehreren älteren Urkunden erwähnt. Eine solche Villication (Ammecht, Amt, officium) war wohl gewöhnlich ein großes Gut (Meierei), in welchem der villicus (Meier) dem Hauptherrn Abgaben (servitia) an Naturalien und Geld zu entrichten hatte, dagegen aber von anderen kleineren Gütern wieder Lieferungen empfing [4]).

Die adliche Familie v. Mandelsloh besaß in dem Amte Mandelsloh das Amt eines Villicus erblich. Als nun der Ritter Florenz, Wichgraf [5]) in Minden, gestorben war, nahm

---

genannten Bischofs enthalten, indem es dort heißt: „Insuper dedit (episcopus) ad episcopatum Idenhusen et centum alios mansos.“ Vgl. v. Spilcker a. a. O. S. 10.

1) Bischof Johann, Edelherr v. Diepholz, gewählt 1242, gest. 1253.

2) abgedruckt bei v. Aspern, Cod. dipl. hist. com. Schauenb. B. II. S. 112 u. f.; Würdtwein VI. S. 414 f.; Michelsen, Schleswig-Holstein-Lauenb. Urk.-Samml. B. I. S. 47. Vergl. Wippermann, Oberns., S. 146.

3) v. Aspern a. a. O. S. 114. Anm. 6. — Das Wort Indago (Hagen) kommt bekanntlich auch in mehreren anderen Urkunden als synonym mit Novale (Novalia) d. i. Rottland vor. Urkundenbuch des hist. Vereins für Niedersachsen. Heft I. S. 47 und 77.

4) Vergl. v. Spilcker a. a. O. S. 62.

5) Wichgrafen in Minden waren diejenigen richterlichen Beamten, welche, vom Bischofe eingesetzt, in weltlichen Streitigkeiten Urtheil sprachen. Sie waren für das Stadtgebiet (Weichbild), was der Gau-

Harbert v. Mandelsloh der Aeltere, Ritter, als ein Blutsverwandter des verstorbenen Wichgrafen dieses Amt in Anspruch. Zufolge einer von ihm ausgestellten Urkunde vom 4. August 1280 [1]) verglich er sich dieserhalb mit dem Mindener Bischofe Volquin und entsagte diesem Amte, wogegen der Bischof ihm insbesondere die Villicationen in Mandelsloh und Idensen unter Vorbehalt der Einlösung zu Lehn auftrug. Wie aus der Urkunde, Anlage 5, hervorgeht, verpfändeten Cord und Harbert v. Mandelsloh das Amt (Ammecht) zu Idensen am 27. März 1384 dem Grafen Ludolf v. Wunstorf wegen 3 Fuder Roggen, und in Gemäßheit einer Urkunde vom 12. März 1393 [2]) verkauften sie dasselbe dem Stifte Minden für 100 löthige Mark.

---

graf für den Bon war. In späteren Zeiten nahmen sie immer mehr eine untergeordnete Stellung ein, wurden auch bei der größeren, inneren Entwickelung des Bürgerthums zurückgedrängt, namentlich seit der Zeit, als die Bürgerschaft sich eigene Bürgermeister (proconsules) wählte (also um die zweite Hälfte des 13. Jahrh.), und verloren endlich ihr Ansehen, als von der Stadt ein eigener Stadtrichter ernannt wurde. In anderen Orten hießen sie Burggrafen, in Minden anfänglich Stadtgrafen (comites civitatis), seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrh., seit dem Jahre 1180 Wichgrafen; doch kommt auch 1183 ein solcher als rector de Minda vor. Das Amt eines Wichgrafen (wohl in veränderter Gestalt) bestand noch im Anfange des vorigen Jahrhunderts. Mittheilung des Herrn Bibliothekars Mooyer in Minden.

[1]) abgedr. bei Würdtwein a. a. O. XI. S. 96. Darin sagt der Aussteller: „Item (episcopus) villicationes in Mandeslo et Idenhusen mihi — in pheodum contulit, hoc adjecto, quod sibi vel suis imposterum successoribus easdem villicationes reemere liceat pro trecentis et quadraginta marcis Bremensis argenti, qua persoluta villicatio in Idenhusen — libere ad mensam redibit episcopi.“ Vgl. v. Spilcker, a. a. O. S. 64 f.

[2]) Die betreffenden Stellen dieser bei Treuer, Gesch.-Hist. der v. Münchhausen, Anhang, S. 424 abgedruckten Urkunde lauten so: „Ick, Cord van Mandeslo, heren Harbertes sonne, knape, bekenne — dat eck unde de selge Harbert van Mandeslo — vorkofft hebbet — heren Heyneken van Monichusen tho hand unde behoff des bysschopes van Minden unde dem ganzen stichte to Minden dat ammeth to Idenson, beyde lude und guet myt richte unde

Die Angabe Brasens [1]), daß auch das Stift Wunstorf im Jahre (1377 oder) 1387 in Idensen 5 Höfe besessen und solche den Grafen v. Wunstorf überlassen habe, beruhet übrigens in so fern auf einem Irrthume, als zufolge der betreffenden Original-Urkunde vom 24. Juni 1387 (nicht 1377), (abgedruckt im Vaterl. Archiv de 1841, S. 248 und in v. Hodenberg, Calenb. Urk.-Buch, Stift Wunstorf № 201) jene Höfe nicht in Idensen, sondern in Adensen (Amts Calenberg) lagen.

Das Dorf Idensen gehörte früher zu dem Amte Bokeloh, dem alten Erbgute der Grafen v. Schauenburg. Laut Vertrages vom 6 März 1565, welcher durch die Vergleichsurkunde vom 16. April 1573 bestätigt ist, offerirte Graf Otto V. v. Schauenburg besagtes Amt nebst seinem Erbhause und Amte Mesmerode dem Herzoge Erich dem Jüngeren v. Braunschweig und Lüneburg zu Lehn, wobei festgesetzt wurde, daß Bokeloh und Mesmerode nach dem Ausgange des gräfl. Schauenburgischen Mannsstammes dem fürstl. Hause Braunschweig und Lüneburg, Calenbergischen Theils, anheimfallen sollten. Als nun Graf Otto VI. v. Schauenburg am 15. November 1640 ohne männliche Leibeserben mit Tode abging, nahm Herzog Georg v. Braunschweig-Lüneburg die Aemter Bokeloh und Mesmerode in Gemäßheit des obigen Vertrages als Lehnsherr in Besitz, und in dem Lauenauer Vertrage vom $^1/_{11}$ October 1647 wurde von Seiten der Häuser Hessen-Cassel und Schauenburg-Lippe auf alle Ansprüche an diese dem Hause Calenberg anheim gefallenen Lehnämter ausdrücklich Verzicht geleistet [2]).

In Folge der landesherrlichen Verordnung vom 17. Mai

---

myt rechte unde myt aller tobehorynge, alze de in dat ampt hort; — unde ik wyl on des gudes rechte warende wesen, alse de breff uthwyset, den ick heren Heineken vorscr. uppe dat ampt gegheven hebbe, dar ick unde Harbert vorscr. eme dat gud ynne vorkofft hebbet, dar he us hundert lodege marck vor gaff."

1) Geschichte des Stifts Wunstorf, S. 79.

2) Dolle, Beiträge zur Gesch. der Grafschaft Schaumburg, St. 2, № 2; Dolle, Gesch. der Grafschaft Schaumburg, S. 235. Vgl. auch Braun in dieser Zeitschr. Jahrg. 1853, S. 387.

1819 wurde das Amt Bokeloh mit dem Amte Blumenau vereinigt, zu welchem, wie schon erwähnt, das Dorf Idensen noch jetzt gehört. Im Jahre 1853 hatte letzteres 66 Wohnhäuser und 431 Einwohner [1]).

2. Die Kirche zu Idensen.

a. Das Gebäude der Kirche.

Die Urkunden über die Stiftung und die Einweihung dieser Kirche sind leider nicht mehr vorhanden. Erwähnt wird die Kirche zuerst in der schon oben Seite 89 angezogenen, aus der Zeit von 1120 bis 1129 herrührenden Urkunde des Mindenschen Bischofs Siegward, worin derselbe sagt: „Ecclesiam etiam in Idanhusen ab episcopo nulli concedendam nisi sacerdoti, qui ibidem stabiliter habitare Deoque fideliter servire studuerit, constitui.“

Bestimmtere Nachrichten aus späterer Zeit über die Fundation derselben u. s. w. erhalten wir zuerst in den folgenden Worten des Chronisten Hermann von Lerbeck [2]): „Hic (sc. Sigewardus episcopus) pro spe retributionis aeternae — ecclesiam in Ydenhusen plumbo cooperto ex quadris lapidibus studiose muratam cum quatuor altaribus ex propriis sumtibus ad honorem XI milium virginum fundavit, intus picturis decoravit; et ibidem ostenditur sedes sua de straminibus artificialiter facta, quae ultra CCC annos duravit, quod impossibile, nisi ex speciali dono Dei est. Haec, inquam, ecclesia villana, quam habet Mindensis sedes [3]). Unde statuit, ut haec ecclesia nulli, nisi sacerdoti, qui stabiliter ibidem habitaret Deoque

---

1) Ringklib, Statistische Uebersicht der Eintheil. des Königreichs Hannover, S. 7.

2) Chronicon episcopor. Mind. bei Leibnitz, Script. rer. Brunsv. Tom. II. p. 175. Diese Chronik hat bekanntlich den Dominicaner-Mönch Herm. von Lerbeck nur bis zum J. 1398 zum Verfasser; die Nachträge bis 1473 rühren theils von H. Tribbe, theils von E. Hevelke her.

3) Hier scheint etwas zu fehlen.

ibidem fideliter serviret, conferatur. In introitu hujus ecclesiae hos versus in lapide insculptos vidi:

Sum, quod eram, nec eram, quod sum, modo dicar utrumque.

Tene, praebe juste, prudenter, honeste.

— Sygewardus, venerandus antistes, postquam annis XX, mensem unum, dies XVI gloriose rexerat, ipso die Vitalis [1]), in [2]) die ante Philippi et Jacobi, anno Domini M.C.XL, indictione III, obiit. Sepultus est in medio ecclesiae Ydenhusen, de qua superius est dictum."

Auch an einem anderen Orte [3]) erwähnt derselbe Chronist unserer Kirche, indem er sagt: „Hic (sc. Sigewardus episc.) ecclesiam villanam in Idenhusen, Mindensis dioecesis, de bonis paternis sumtuose, ut videtur, ubi anno M.C.XL quievit et sepultus est, in honorem XI milium virginum fundavit [4])."

Zufolge der obigen Nachrichten ist also die Kirche zu

---

1) Auch die im Königl. Archive zu Hannover befindlichen Mindenschen Todtenbücher *M.* 133 und 134 enthalten bei dem Tage Vitalis martiris (28. April) die Nachricht: „Anno M°CXL obiit Sigewardus Mindensis episcopus, in ordine XXII (sic), sedit annos XX, mensem unum, dies XVI. Vgl. auch v. Spilcker, a. a. O., S. 10. Es ist daher auch unrichtig, wenn in dem Chronicon Mindense bei Meibom Script. rer. Germ. Tom. I. p. 561, in dem Chronicon Mindense des Busso Watenstedt in Paullini Syntagma rer. et antiq. Germ. p. 18 und in dem Chronicon Mind. bei Pistorius Script. rer. Germ. Tom. III. p. 727. dies Victoris als Todestag des Bischofs angegeben wird.

2) Statt „in" wird „III" (tertio) zu lesen sein, weil dies ante Phil. et Jac. nicht der 28., sondern der 30. April war.

3) Chronicon comitum Schaumb. bei Meibom a. a. O. Tom. I. p. 499.

4) Eine ähnliche Angabe findet sich auch bei den späteren Chronisten, nämlich bei dem schon erwähnten B. Watenstedt a. a. O., S. 18, und Spangenberg, Schaumb. Chronik, Buch I. Cap. 6. S. 18, ingleichen bei Tutemann, Mind. Geschichte, Abth. I, S. 32, und bei Schlichthaber, Mind. Kirchengesch. Th. III. Stück 2, S. 111; Tutemann bemerkt zugleich, es sei nicht zu erforschen, ob unter Idenhusen das Dorf Hiddenhausen im Ravensbergischen, oder Eidinghausen in der Nähe von Minden oder welcher sonstige Ort zu verstehen sei.

Idenſen in dem Zeitraume von 1120 bis 1129 vom mehrgedachten Biſchofe Siegward, der darin auch begraben iſt, aus deſſen eigenen Mitteln, und zwar — was durch die vorliegenden Urkunden, Anlagen 3, 6, 9, 11, 18 beſtätigt wird — zur Ehre der Elftauſend Jungfrauen erbauet worden[1]).

Von den 4 Altären, deren der Chroniſt gedenkt, iſt nur einer bekannt, nämlich der Altar St. Michaelis, deſſen Commende im 16. Jahrhunderte die Geiſtlichen Johann Krepe und bzw. Bernhard Biſterfeld der Jüngere beſaßen[2]).

Von einer Inſchrift an dem Eingange[3]) der Kirche oder von einem Monumente des Biſchofs Siegward iſt jetzt überall keine Spur ſichtbar, wenigſtens habe ich bei einer von mir vorgenommenen Beſichtigung der Kirche davon nichts wahrgenommen.

Allerdings befindet ſich links neben dem jetzigen Altare[4]) in der Mauer des Chors ein Stein, auf welchen ſich ohne Zweifel die in der v. Spilcker'ſchen Manuſcriptenſammlung[5]) enthaltene Notiz von v. Spilcker's Hand bezieht, dahin lautend: »Im Amte Bockelsh in Idenſen, olim Iddenhusen, befindet ſich (1751) in der Kirche ein altes Monument de 1141, wahrſcheinlich das Begräbniß des Mindenſchen Biſchofs Siwardi.«

Dieſer Stein hat die Form eines zugeſpitzten Daches und iſt mit einer Einfaſſung verſehen, auf welcher Figuren befindlich. In der Mitte erblickt man das heilige Lamm mit der Siegesfahne und darunter einige unleſerliche Ziffern. Unter

---

1) Die heilige Urſula wird dabei nicht beſonders genannt, dagegen wird in der Anlage 6 außerdem die heilige Anna, die Mutter der h. Jungfrau, als Schutzpatronin der Kirche aufgeführt.

2) Anlage 16.

3) Jetzt iſt die Hauptthür gegen Süden, die gegenüber befindliche iſt zugemauert, um Platz für Kirchenſtühle zu gewinnen.

4) In dem Altare hat ſich zufolge einer Notiz des verſtorbenen Paſtors Conerus zu Idenſen im J. 1737 eine (noch jetzt vorhandene) kleine Urne, angefüllt mit Aſche, Knochen und Stücken von angebranntem Zeuge, (wahrſcheinlich Reliquien von Heiligen) vorgefunden.

5) Monumenta sepulchralia duc. de Br. Luneb. in aes incisa (in der Bibl. des hiſt. Vereins aufbewahrt). S. 3.

dieſem mit eiſernen Klammern befeſtigten Stein hat ſich laut einer Notiz des vorgenannten Paſtors Conerus früher eine (nicht mehr vorhandene) größere Steinplatte, einen Leichenſtein darſtellend, befunden, die jedoch nur mit einem Kreuze, ohne irgend eine Inſchrift, bezeichnet geweſen iſt. Daß dieſes Steindenkmal ein Monument für den Biſchof Siegward geweſen ſei, iſt um ſo weniger anzunehmen, als H. von Lerbeck von einem ſolchen gar nichts erwähnt, obgleich er nicht unterlaſſen hat zu berichten, daß noch zu ſeiner Zeit (um 1400) der künſtlich aus Rohr geflochtene Stuhl des Biſchofs in der Kirche gezeigt worden ſei. — Bezüglich der Worte des H. von Lerbeck „intus picturis decoravit“ würde es gewiß von Intereſſe ſein, wenn durch Sachverſtändige nach alten Wandmalereien in der Kirche geforſcht würde. Bekanntlich waren die Kirchen romaniſchen Stils — und zu dieſen gehört (ſ. unten) auch die Kirche zu Idenſen — in der Regel innerlich mit Malereien geſchmückt.

Mit den Worten „plumbo cooperto“ hat der Chroniſt ohne Zweifel ſagen wollen, die Kirche ſei mit Blei bedeckt geweſen; nur hat er — was, da die ganze Chronik in ſchlechtem Mönchslatein geſchrieben iſt, nicht auffallen kann — ſtatt „coopertam“ unrichtig „cooperto“ geſchrieben. Auch dürfte nicht zu bezweifeln ſein, daß die Idenſer Kirche in der That, wie viele andere mittelalterliche Kirchen [1]), urſprünglich mit einer Bedachung von Blei verſehen geweſen iſt, wie denn auch im Jahre 1670 bei dem damals vorgenommenen Abbruche des Idenſer Kirchendaches auf letzterem noch eine beträchtliche Quantität Blei, nämlich 231 Centner 11 Pfund, vorgefunden iſt [2]). —

---

1) So z. B. die Stiftskirche zu Gandersheim, die Godehardikirche und die Michaeliskirche zu Hildesheim, theilweiſe auch der Dom daſelbſt.

2) In der bei den Idenſer Kirchenrechnungen befindlichen, vom Paſtor Schürmann am 11. Mai 1671 aufgeſtellten Specification heißt es wörtlich: „Anno 1670 d. 9. Maji iſt an den Fürſtl. Braunſchw.-Lüneb. Oberbergfactoren Herrn Johann Duven [zu Hannover] das auf dem Kirchdache zu Idenſen geweſene abgenutzte Blei mit Conſens der Herren Inſpectoren dergeſtalt verkauft worden, das Käufer jedes

Durchaus zutreffend ſind die Worte unſeres Chroniſten „ecclesiam ex quadris lapidibus studiose muratam;“ denn ſowohl die Kirche ſelbſt, als auch der einen Theil derſelben bildende Thurm, iſt außerordentlich dauerhaft von nicht gar großen, ſehr ſorgfältig behauenen länglichen Quaderſteinen erbauet und ſo vortrefflich erhalten, daß es den Anſchein hat, als ſei das Gemäuer erſt wenige Decennien alt. Wenn auch die Kirche etwas höher liegt als die umherliegenden Gehöfte, Wieſen und Gärten, ſo iſt es doch im hohen Grade zu verwundern, daß das ſchwere Gemäuer mit ſeinen ſteinernen Gewölben und ſeinen ſchweren Pfeilern nicht im Geringſten geſunken iſt, oder irgend einen Riß bekommen hat.

Im Jahre 1823 wurde der Kirchthurm ſowohl in ſeinem Aeußern als auch in ſeinen inneren Verbindungen reparirt und in Folge dieſes Reparaturbaues ungefähr auf die Hälfte ſeiner jetzigen Höhe erniedrigt [1]).

Ueber dem oberen Thurmgewölbe hängen 2 Glocken von ziemlich gleicher Größe; auf einer derſelben befindet ſich folgende Inſchrift:

CONRAD CASPAR VON SCHULTZEN
DROSTEN ZU BOCKELOHE.
M: THOMAS RIDEWEG [2]).
GOSS. MICH IN HANNOVER ANNO 1724.
PHILIP LUDOWIG BÖHMER.
GENERAL SUPERINT: ZU WUNSTORFF [3]).
H: WEHRKAMP PASTOR ZU IDENSEN.

Bergcentner als 114 Pfund mit 2 Thaler zu bezahlen verſprochen hat. Solches verkaufte Blei hat auf der Rathswage zu Hannover, wie das Wagezettel ausweiſet, gewogen 231 Centner 11 Pfund. Solche machen nun 222 Bergcentner, 113 Pfund. Von ſolchen gehen nun ab, weil das Blei ſehr unrein geweſen, 56 Pfund, bleiben 222½ Centner nach dem Berggewichte. Solche bringen von dem Verkauf noch 445 Thaler.“

[1]) Vgl. die in der Conſiſtorial-Regiſtratur zu Hannover befindlichen Acten, die Idenſer Pfarre betreffend.

[2]) Derſelbe hat auch im J. 1733 die 1765 umgegoſſene größte Glocke im Dome zu Hildesheim gegoſſen.

[3]) Philipp Ludwig Böhmer wurde 1701 General-Superintendent in Göttingen. Von da kam er als Superintendent nach Wunſtorf,

Die andere Glocke hat keine Inschrift. —

W. Lübke führt unsere Kirche in seinem vortrefflichen Werke „Die mittelalterliche Kunst in Westfalen, Leipzig 1853“ Seite 222 u. f. unter den einschiffigen Kirchen romanischen Stils mit Kreuzanlagen auf, und bemerkt unter Hinweisung auf die dem Buche beigefügte Tafel XIII. Fig. 5—7, (nachgebildet auf der anliegenden Tafel II.), zunächst, daß dieselbe von sämmtlichen Bauwerken dieser Gruppe den zierlichsten, durchgebildetsten Organismus zeige, auch, weil sie von Bischof Siegbert von Minden in dem Zeitraume von 1120 bis 1141 gestiftet worden, als ein interessanter Beleg zur Baugeschichte des 12. Jahrhunderts zu betrachten sei.

„Daß der Rundbogen durchweg herrscht“ — heißt es weiter bei Lübke — „braucht kaum bemerkt zu werden. Eigenthümlich dagegen erscheint, daß die Hauptapsis nach außen als fünfseitiges Polygon hervortritt, während die seitlichen Apsiden in der Mauer versteckt liegen. Noch größere Originalität — den anderen Kirchen dieser Gruppe gegenüber — beweist diese kleine Kirche in der Auffassung des Grundrisses, da die Apsis ohne quadratische Vorlage, einzig auf der Basis eines breiten Gurtbogens sich an die Vierung schließt; da die Querarme nur gering im Verhältniß zur Breite des Mittelschiffes heraustreten; da endlich auch der Längenabstand der Gewölbefelder beträchtlich geringer ist als die Breitenspannung. Hierdurch erscheint der architektonische Körper sowohl der Breiten- als auch der Längenrichtung nach dicht zusammengedrängt, das Leben der Glieder ist ein rascher auf einander folgendes, inniger verbundenes, der ganze Eindruck der eines kräftig pulsirenden Organismus. Verstärkt wird diese Wirkung durch die reiche Gliederung der Stützen, die aus Pilastern mit Eckſäulchen für die Gräten der Kreuzgewölbe und mit Halbsäulen für die halb-

---

ward General-Superintendent des Fürstenthums Calenberg und 1708 wirklicher Consistorialrath. Er ging 1726 als General-Superintendent des Fürstenthums Lüneburg Celli'schen Theils nach Celle und starb 1735. Vgl. J. C. Salfeld, Samml. zur Gesch. des Königl. Consistorii zu Hannover ꝛc., S. 135. Brasen, Gesch. des Stifts Wunstorf, S. 258 f.

runden Vorlagen der Gurten beſtehen; verſtärkt ferner durch eine ſehr graciöſe Detaillirung der Hauptniſche, welche durch Wandarkaden, die auf Säulchen ruhen, belebt wird, und der Seitenapſiden, die eine ähnliche Einfaſſung haben. Die Kapitäle, ohne Ausnahme in gut gebildetet, ſchlanker Würfelform, haben feingegliederte Deckplatten. Die attiſchen Baſen ſind von eleganter Profilirung mit einfachen Eckblättern. — Hier haben wir noch einer eigenthümlichen Anordnung zu erwähnen. Die unteren Räume des viereckigen Thurmes bilden im Weſten der Kirche eine Vorhalle und darüber eine kleine Kapelle, zu der ein Aufgang aus dem Langhauſe, ein anderer von außen durch eine an der Nordſeite angebrachte Thür führte. In der öſtlichen Wand der Kapelle iſt eine Apſis ausgetieft, welche noch jetzt einen Altarſtein einſchließt. Zu beiden Seiten iſt die Verbindung mit der Kirche durch zwei ſchmale, durch Säulchen getheilte Oeffnungen bewerkſtelligt; ſein Licht erhält der Raum durch ein Vierblattfenſter an der Südſeite. Wahrſcheinlich diente die Kapelle zum Privatgebrauche für ihren biſchöflichen Erbauer, der dort in der Nähe ein Schloß beſaß. Das Aeußere iſt ſchmucklos.“

Schon im Jahre 1710 ſcheint es laut Acten der Superintendentur zu Wunſtorf höheren Orts die Abſicht geweſen zu ſein, das Kirchengebäude, weil daſſelbe für die ziemlich volkreiche Gemeinde zu klein ſei, abzubrechen und eine neue Kirche zu erbauen; die Sache blieb jedoch auf ſich beruhen, weil die Einwohner des Kirchſpiels der höheren Behörde vortrugen, daß weder ſie noch die Kirche die Mittel beſäßen, um die Koſten eines Neubaues zu beſtreiten. Man bemühete ſich dann durch Veränderungen im Innern der Kirche mehr Platz für Kirchenſtühle zu gewinnen und namentlich wurde aus dieſem Grunde auch laut Conſiſtorialacten im Jahre 1845 der jetzige kleine Anbau an der Oſtſeite der Kirche behuf der Sacriſtei errichtet. Sehr zu wünſchen iſt es jedenfalls, daß dieſe ehrwürdige Kirche, auch wenn dieſelbe behuf des Gottesdienſtes nicht mehr wird benutzt werden können, als ein ausgezeichnetes Denkmal mittelalterlicher Baukunſt ſo lange als irgend möglich vor dem Untergange geſchützt werde.

b. Die kirchlichen Verhältnisse.

Das Patronatrecht über die Kirche zu Idensen, welches in älterer Zeit die Bischöfe von Minden besaßen, ging nach der im Westfälischen Frieden im Jahre 1648 erfolgten Secularisation des Bisthums Minden auf das Kurfürstenthum Brandenburg und im Jahre 1715 auf das kurfürstliche Haus Braunschweig-Lüneburg über. Es errichtete nämlich König Friedrich Wilhelm I. von Preußen nach Inhalt einer von ihm eigenhändig unterschriebenen Urkunde d. d. im Feldlager bei Stettin, den 30. Mai 1715 für gewisse Eventualitäten ein Bündniß mit dem Könige Georg I. von Großbritannien gegen Schweden. Der Artikel V. dieses im Königl. Archive zu Hannover aufbewahrten Vertrages enthält folgende Bestimmungen: Sobald Stralsund und die Insel Rügen erobert und den Schweden abgenommen sein werden, will der König v. Preußen — unter Anderm — ingleichen „alle Kirchen und Pfarr-Patronate, die Uns von wegen einiger Unserer Lande und Provinzen in denen Chur- und Fürstl. Br.-Lüneb. und zugehörigen Landen bisher zugestanden“ ꝛc. ꝛc. — dem Könige von Großbritannien erb- und eigenthümlich cedirt und überlassen haben.

In Folge dessen übertrug nun der König von Preußen am 15. Juni 1715 insbesondere das Patronatrecht der Pfarre zu Idensen dem Könige von Großbritannien ꝛc., wogegen dieser das bis dahin von ihm ausgeübte Patronatrecht über die Pfarre zu Weserlingen, Fürstenthums Halberstadt, der Krone Preußen übertrug [1]). Die darüber ausgefertigten Contracte wurden am 3. October 1715 zu Hageuburg ausgewechselt [2]).

Die jetzt zur Inspection Wunstorf gehörige Parochie Idensen umfaßt nicht nur das Dorf Idensen, sondern auch die im Amte Blumenau belegenen Dörfer Bokeloh und Mesmerode und die im kurfürstlich Hessischen Justizamte Rodenberg belegenen Dörfer Riengraben und Idensermoor.

Von Idensen liegt Bokeloh eine halbe Stunde, die übri-

---

[1]) Anlage 19.

[2]) Anlage 20.

gen 3 Dörfer ungefähr 1/4 Stunde entfernt. Im Jahre 1853 hatte Bokeloh 85 Wohnhäuser und 696 Einwohner, Mesmerode 45 Wohnhäuser und 339 Einwohner, im Jahre 1854 hatten Niengraben und Idenſermoor zuſammen 20 Wohnhäuſer und 130 Einwohner [1]).

Die Hauptſchule befindet ſich zu Idenſen, zu welcher auch die Kinder aus Mesmerode und Idenſermoor gehören; Bokeloh beſitzt eine beſondere Nebenſchule.

Mit den kirchlichen Verhältniſſen des Dorfs Mesmerode hat es eine eigenthümliche Bewandtniß. Dieſer Ort beſaß in früheren Zeiten eine eigene Kapelle, mit deren Patronatrechte bereits im Jahre 1475, laut Urkunde Anlage 7, die adliche Familie v. Landesberg vom Herzoge Wilhelm von Braunſchweig belehnt worden iſt. Im Jahre 1519 erſcheint als Rector dieſer Kapelle, welche den Namen capella s. Crucis führte, ein Geiſtlicher Namens Johann Steyn, der damals auf das Rectorat zu Gunſten des Geiſtlichen Chriſtoph Smedt verzichtete [2]). Zu welcher Zeit die Kapelle eingegangen iſt, habe ich nicht zu ermitteln vermocht, indeſſen wird ſolches jedenfalls ſchon vor dem Jahre 1641 geſchehen ſein, weil actenmäßig feſtſteht, daß Mesmerode ſchon im genannten Jahre nach Idenſen eingepfarrt geweſen iſt.

Trotz deſſen iſt die Familie v. Landesberg, merkwürdig genug, noch bis auf die neueſte Zeit von der allergnädigſten Landesherrſchaft belehnt „mit der Lehnwahr an der Capellen zu Meßmerode — alſo, wann und wie offte dieſelbe Capelle in zukommenden Zeiten erledigt, daß ſie eine dazu qualificirte Perſon belehnen und dazu präſentiren mögen.“

Im 14. und 15. Jahrhunderte wurden zu Gunſten der Idenſer Kirche folgende Ablaßbriefe ausgefertigt, nämlich

1) im Jahre 1354 von verſchiedenen Erzbiſchöfen und Biſchöfen [3]),

---

1) Ringklib a. a. O. S. 7. Kurfürſtl. Heſſiſches Hof- und Staats-Handbuch auf das Jahr 1854, S. 128.

2) Anlage 14.

3) Anlage 3.

2) im Jahre 1358 von dem bischöflich Mindenschen General-Vicar [1]),

3) im Jahre 1451 von dem Cardinal-Legaten Nicolaus von Cusa [2]).

Einmal war jedoch auch, man weiß nicht, aus welchem Grunde, der Kirchenbann über dieselbe verhängt worden. Bischof Heinrich von Minden hob denselben im Jahre 1497 wieder auf und bestätigte zugleich unter Verkündung eines Ablasses die damals errichtete Liebfrauen-Brüderschaft (fraternitas b. Mariae virginis) [3]). In diese geistliche Verbrüderung, welche mit der Kirche in Verbindung stand und an welcher sowohl Männer als Frauen Theil nahmen, ließ sich auch im Jahre 1514 Graf Anton von Holstein und Schauenburg aufnehmen, wobei er derselben behuf einer für ihn zu haltenden Memorie 6 Morgen Landes auf der Graffhorst nebst einer bei dem Ryscamp belegenen Wiese schenkte [4]).

Im Jahre 1506 wurde eine in der Kirche zu Idensen aufgestellte, hauptsächlich die Kreuzigung Christi darstellende Tafel, worin Reliquien der Zehntausend Märtirer (Ritter) verschlossen waren, durch den Weihbischof Ludwig, General-Vicar des Bischofs von Hildesheim, eingeweihet [5]). —

In Ansehung der früheren Vermögens-Verhältnisse der Kirche ist Folgendes zu bemerken:

1) Im Jahre 1325 schenkte Graf Johann v. Roden und Wunstorf der Kirche zu Idensen seinen Hof zu Mesmerode, nämlich den s. g. Eichhof nebst der dazu gehörigen Wassermühle [6]).

2) Im Jahre 1339 entstand zwischen der Idenser Pfarre und den Gevettern von Bardeleben ein Rechtsstreit wegen zweier zu Achum, Parochie Vehlen, belegener Hufen Landes, welcher im Auftrage des Bischofs Ludwig von Minden durch den Domprobst Brüning von Engelbostel zu Minden, und Justaz von

---

1) Anlage 4.
2) Anlage 6.
3) Anlage 8.
4) Anlage 12.
5) Anlage 10.
6) Anlage 1.

dem Schlohn, Canonicus daſelbſt und Archidiaconus in Lohe, vergleichsweiſe geſchlichtet wurde. In Gemäßheit dieſes Vergleiches hatten die v. Bardeleben der Pfarre Idenſen aus den gedachten Höfen jährlich zwiſchen Michaelis und Martini ein halbes Fuder Korn in Stadthagen zu liefern, außerdem die Hälfte der den beiden Grundſtücken gebührenden Zinſe; dagegen ſollte der jeweilige Pfarrer zu Idenſen jährlich am 26. April für die verſtorbenen Mitglieder der Familie v. Bardeleben Seelenmeſſen leſen [1]).

Als im Jahre 1348 der Knappe Rocher (Rotger) v. Bardeleben ſeinen Hof zu Achum, zu welchem die gedachten beiden Hufen gehörten, dem Kloſter Oberntirchen verkaufte, wurden der Idenſer Pfarre die fraglichen Zinſe ausdrücklich vorbehalten [2]).

3) Im Jahre 1514 verkaufte Graf Anton v. Hylſtein und Schauenburg der Kirche zu Idenſen für 50 rheiniſche Goldgulden ſeine Rottländerei auf dem »Teiche« bei Idenſen unter Vorbehalt des Wiederkaufes [3]).

4) Im Jahre 1518 ſtifteten der Knappe Othrave v. Landesberg und deſſen Ehegattin Anna geb. von dem Werder in der Idenſer Kirche eine Memorie, indem ſie dazu anwieſen die Dienſte und Gefälle aus ihrem Hofe zu Munzel [4]).

5) Hillebrand v. Lenthe beſtätigte im Jahre 1520 in Hinblick auf das ſeiner Familie in der Idenſer Kirche eingeräumte Begräbniß die von ſeinen Ahnen vorgenommene Schenkung von 2 Stücken Landes im Mesmeroder Felde an die Küſterei zu Idenſen [5]).

6) Im Jahre 1546 liehen Ernſt Bloke und deſſen Ehe-

---

1) Anlage 2.

2) Anmerk. 5 zur Anlage 2.

3) Anlage 11, worin auch als Kirchenvorſteher Hans Oldendorp und Lüdke Tatick namhaft gemacht werden. In den Jahren 1546 und 1553 erſcheinen laut Anlage 17 und 18 als Aelterleute oder Kirchenvorſteher Cord Freſe und Heinrich Baßmer.

4) Anlage 13.

5) Anlage 15.

frau von der Idenſer Kirche 16 Goldgulden, unter Verpfändung ihres Hofes zu Cronsboſtel [1]).

7) Die Gebrüder Chriſtoph, Dietrich und Jobſt v. Landesberg verpflichteten ſich im Jahre 1553 der Idenſer Kirche 90 Goldgulden zu bezahlen [2]).

8) Der noch jetzt in der Idenſer Kirche befindliche Taufſtein mit der Inſchrift: „CHRISTOPHORVS LVDOVICVS FRICKE. S. S. E. T. P. B. 1675.“ iſt ohne Zweifel eine Schenkung oder ein Vermächtniß desjenigen Chriſtoph Ludwig Fricke, welcher in Gemeinſchaft mit dem General-Superintendenten Roleff (Rolfs) und bzw. mit dem General-Superintendenten Ammon zu Wunſtorf die Idenſer Kirchen-Rechnungen von $16^{69}/_{72}$, wie dieſe ergeben, abgenommen hat und alſo wohl ein Beamter des vormaligen Amts Bokeloh geweſen iſt.

Was ſodann die Pfarrer der Kirche anbetrifft, ſo ſind mir aus der Zeit vor Einführung der Kirchen-Reformation, welche in der Grafſchaft Schauenburg wohl nicht vor dem Jahre 1558 Statt fand [3]), nur folgende bekannt geworden:

1) Friedrich (ohne Zunamen). Der Name desſelben befindet ſich auf einem der drei Siegel, welche an einer Urkunde des Mindener Officials vom 6. März 1317, betreffend den Nachlaß eines Eigenbehörigen des Kloſters Wennigſen, (abgedruckt in v. Hodenberg's Calenberger Urkundenbuche, Wennigſen Nr. 108) hängen. Dieſes Siegel zeigt einen Adler (?) und die Umſchrift: S. FREDERICI PLEB. IN IDEHV .. E.

2) Johannes de alta platea s. de Honstrate aus Minden. Derſelbe erſcheint als clericus Mindensis in einer bei Würdtwein (Nova subs. dipl. XI. S. 162 ff.) abgedruckten Urkunde vom 20. Februar 1334, zufolge deren er zu ſeiner und ſeiner Eltern Memorie dem Mindener Dom-

---

[1]) Anlage 17.

[2]) Anlage 18.

[3]) Dolle, Bibl. hist. Schauenb. Theil I, S. 56 u. f., vgl. auch Wippermann, Obernk. Vorrede S. VI. — Nach Inhalt der betreffenden Kirchenrechnung wurden von den Idenſer Kirchenvorſtehern erſt im J. 1591 einnahmlich berechnet „XXVIII daler vor oldt sulvergesmide, so dei hilligen bi sick hebben gehadt.“

capitel den Zehnten zu Graven bei Minden schenkt, mit der Bestimmung: „in anniversario Reynoldi, patris Johannis predicti, scilicet ipso die Luciani martiris, detur unum talentum, et similiter in anniversario Alheydis, uxoris Reynoldi antedicti, matris Johannis supradicti, videlicet ipso die Felicis confessoris, et consequenter in anniversario Johannis sepedicti, postquam decesserit, tempore suo“ etc.

Das schon oben erwähnte Mindener Todtenbuch Nr. 134 enthält sodann bei dem Tage Luciani martiris die Nachricht: „Obiit Reynoldus de alta platea, pater Johannis, plebani in Ydenhusen.“

3) Im Jahre 1420 gab die Wiederbesetzung der damals erledigten Pfarre zu Idensen Veranlassung zu großen Mißhelligkeiten, die nach dem Zeugnisse der Chronisten sogar einen Mord zur Folge hatten.

Es war nämlich von Seiten des Mindener Bischofs Wulbrand [1]) ein Schreiber desselben Namens Ribald, von Seiten des Pabstes Martin V. dagegen ein gewisser Johann Brese aus Nienburg, der bei dem päbstlichen Hofe in Rom fungirte, zum Pfarrer in Idensen ernannt worden. Letzterer begab sich, um den Besitz der Pfarre zu erlangen, nach Minden und producirte daselbst ein päbstliches Schreiben, welches indeß vom Bischofe überall nicht berücksichtigt wurde.

Bald nachher wurde Brese gefangen genommen und in der Weser ersäuft [2]).

---

[1]) Bischof Wulbrand (v. Hallermund) von 1406—1436.

[2]) Interessant ist die desfallsige Erzählung in dem Lerbeckschen Chron. episcopor. Mind. bei Leibnitz a. a. O., S. 209. Sie lautet so: „Anno M.CCCC.XX circa mensem Julium factum est enorme crimen in dioecesi Mindensi, quod ultra decem millia florenorum ad dampna venerunt in praesenti territorio.

Nam veniebat unus de Romana curia nomine Johan Vrese cum literis apostolicis, et acceptavit ecclesiam in Ydenhusen, ad quam jus (hier fehlt etwas); et Wilbrandus (sc. Mindensis episcopus) conferebat eandem ecclesiam uno Ribaldo, qui fuit scriptor suus, et iste Vrese fuit oriundus de opido Nigenborch et habuit hic

4) In ſpäterer Zeit erſcheint ein Pfarrer Namens Engelbert Sidinghuſen, welcher im Jahre 1503 mit Tode abging [1].

5) In dem Zeitraume von 1503 bis 1553 bekleidete das Pfarramt Bernhard Biſterfeld [2].

Nach Einführung der Reformation ſind die nachbenannten Geiſtlichen als Pfarrer zu Idenſen angeſtellt geweſen:

1) Johann Herſtell (Herstelius), ohne Zweifel der-

---

consanguineos in civitate, videlicet Meynen, et sic tradabat in civitate exspectans adventum plebani in Nigenborch, qui fuit tunc temporis pro indulgentiis Aquisgrani; qui plebanus debuit concordare Wilbrando et Vresen.

Sic praedictus Vrese morabatur hic in civitate, non habens timorem, et sic de die solebat ire ad avunculum suum Meynen ad monasterium in Insula, unde ille scriptor habuit custodiam suam in domo Steyneken. Qui, videntes, eum ire per pontem, exeunte eo de porta, statim captus est et violenter ductus ad castrum Montis, ibique carceribus emancipatus et fractis cruribus enormiter laesus, et tandem procurato per eundem scriptorem directa litera, quod debeat suffocari in aqua, per Ottonem, filium Wilbrandi, missus est per saccum ad Wiseram, et laboravit in aqua, sic quod veniebat ad littus; quo aperto percutiebant eum cum lignis, quod emisit spiritum suum sine culpa sua.

Quo facto miserunt eum denuo ad Wyseram et sic inventus per piscatores de aqua districtus ad ecclesiam majorem bajulatus; et saccus suspensus est in ecclesia, ubi per aliquot dies pendebat. Et funus solempniter est sepultum up den Closterhoff, et dicebatur, quod fuisset factum ignorante Wilbrando.

Et sic stantibus rumor facti ad curiam Romanam perveniebat, et ille dominus suus, qui fuit unus abbreviator apud papam, sollicitavit, quod episcopus deberet privari.

Tunc papa indicebat Wilbrando purgationem canonicam, et hoc negotium fuit commissum domino Ottoni de Hoya, episcopo Monasteriensi.

Sic Wilbrandus, metu coactus, non potuit se expurgare cum sex episcopis" etc. etc. Aehnlich, aber kürzer iſt die Erzählung im Chron. Mind. bei Meibom a. a. O. p. 570 und im Chron. episcop. Osnabr. des Erdwin Erdmann bei Meibom a. a. O. p. 245. Vgl. auch Tulemann, Mind. Geſch. Abth. III. S. 18 u. f.

[1] Anlage 9.

[2] Anlage 9, 11, 13, 16, 17, 18.

ſelbe, welcher zuerſt in der Idenſer Kirchenrechnung von 1582[1]) namhaft gemacht wird. Der Name ſeines Vorgängers iſt mir nicht bekannt.

2) Johann Herſtell, der Sohn des Vorigen. Ihm war bereits bei Lebzeiten ſeines Vaters die Pfarre vom Mindener Biſchofe Chriſtian übertragen[2]). Im Jahre 1625 unterſchrieb er nebſt vielen anderen Schauenburgiſchen Landpfarrern eine bei Dolle (Bibl. hist. Schaumb. S. 405 ff.) abgedruckte Eingabe an den Grafen Jobſt Hermann zu Holſtein-Schauenburg, worin unter Hinweiſung auf die Schauenburgiſche Kirchenordnung, auf Genes. 47, 22. 26, Buch Eſra Cap. 7, V. 21, 22, 23, auf das Zeugniß des heiligen Auguſtinus u. ſ. w. gebeten wurde, daß die Kirchen und deren Diener in den damaligen Kriegsbeſchwerungen (Graf Tilly hatte mit ſeiner Armee die Grafſchaft durchzogen) von allen Reichsſteuern und Schatzungen befreit werden möchten.

Herſtell ſtarb am 8. Juni 1646 in Folge eines Falles vom Boden.

3) Johann Pingeling, früher Rector der Schule zu Oldendorf. Er erhielt die Collation am 19. Auguſt 1646 und wurde im Jahre 1667 wegen ſeines unſittlichen Lebenswandels und grober Vernachläſſigung ſeiner Amtspflichten von der Pfarre removirt.

4) Statius Caspar Schürmann, welcher vorher Hauslehrer bei dem Amtmann Block zu Bokeloh geweſen war. Er wurde bereits am 13. Auguſt 1666 dem genannten Paſtor Pingeling adjungirt und nach deſſen Remotion im Juli 1667 als wirklicher Paſtor eingeführt.

Unter ſeiner Amtsführung wurde im Jahr 1668 in Iden-

---

[1]) Die in der Idenſer Kirchen-Regiſtratur vorhandenen Kirchen-Rechnungen ſind ſehr unvollſtändig und gehen nur bis zum Jahre 1582 zurück.

[2]) In der Idenſer Kirchenrechnung von 1604 werden ausdrücklich berechnet 2 ß 8 gr. für „her Johan, den jungen pastor, do hei ordineret wardt“, und in der K. R. von 1605 2 ß für „her Johan, den jungen pastor, van der Kercken wegen, in de brudttaffeln.“

sen eine Kirchenvisitation gehalten, wobei zufolge der Kirchen-Rechnung von $16^{68}/_{69}$ verausgabt wurden:

1)	für 6 ℔ Butter	— ß	18 ₰
2)	für Essig	— „	2 „
3)	für Baumöl	— „	3 „
4)	für allerlei Gewürz	1 „	2 „
5)	für Weißbrot	— „	2 „
6)	für 1 Paar Tauben	— „	3 „
7)	für Hühner	— „	8 „
8)	für Fische	— „	12 „
9)	für 9 ℔ Schweinefleisch	— „	18 „
10)	für 1 Kalb	— „	22 „
11)	für 20 ℔ Rindfleisch	— „	30 „
12)	für 1 Tonne Broyhan	2 „	1 „

Die Herren scheinen also einen guten Appetit gehabt zu haben.

Nach dem im Juli 1678 erfolgten Tode des Pastors Schürmann wurde am 17. (18.) October 1678 Friedrich Wilhelm Maders präsentirt, welcher jedoch kurze Zeit nachher, ohne eingeführt zu werden, mit Tode abging.

5) Justus Münchking, vorher Conrector der Stadtschule zu Minden, eingeführt am 23. December 1678. Er starb im Februar 1699.

6) Jobst Adam Wehrkamp, Sohn des Pastors Adam Wehrkamp zu Hausberge. Im Jahre 1695 [1]) war er Pastor zu Ovenstädt, einem Dorfe in der Nähe von Minden. Im September 1699 wurde er in Idensen introducirt, nachdem das Consistorium zu Hannover dem zu Minden anheimgegeben hatte, die Präsentation nach Anleitung des Gändersheimischen Landtags-Abschiedes vom 10. October 1601 vorzunehmen [2]).

---

1) Schlichthaber, Mind. Kirchengesch. Th. III. St. 4, S. 335.

2) Danach soll die Präsentation in 6 Monaten nach eingetretener Vacanz geschehen. — Bemerkenswerth sind die in dem desfallsigen Schreiben des Consistoriums vorkommenden Worte: „Weil aber in unsere evangelische Kirche der sogenannte Pietismus und Chiliasmus leider fast sehr einzudringen beginnt, unsere Churfürstl. Durchlaucht aber dergleichen Lehren an Dero Geistlichen zu dulden nicht gemeint,

Wehrkamp starb im Jahre 1727 in seinem 59. Lebensjahre.

7) Ernst Conrad Christoph Conerus, introducirt am 18. März 1728, starb am 14. August 1766. Als er 67 Jahre alt war, wurde ihm Johann Otto Ebbeke, der seit dem 8. August 1752 Stiftscantor in Wunstorf[1]) gewesen war, und nach dessen im October 1764 erfolgten Ableben

8) am 19. Mai 1765 der Candidat der Theologie Heinrich Christoph Spangenberg cum spe succedendi adjungirt. Derselbe starb am 24. Februar 1773. Sein Nachfolger wurde im September 1773

9) Theodor August Lüdemann, der zuletzt 11¾ Jahre lang das Pfarramt zu Eime, Amts Lauenstein, bekleidet hatte. Er starb am 5. April 1805 im seinem 77. Lebensjahre. Er soll ein warmer Verehrer der Religion und ein aufmerksamer Befolger seiner Amtspflichten gewesen und von der Gemeinde sehr in Ehren gehalten sein. Bereits im Jahre 1803 war ihm auf sein Ansuchen

10) der Cand. minist. Johann Heinrich Tobias Reich als Collaborator in pastoratu zugeordnet. Dieser wurde am 6. November 1803 in das Pfarramt eingeführt und verwaltete dasselbe bis zu seiner am 22. Mai 1806 erfolgten Versetzung nach Diste. Ihm folgte am 29. Juni 1806

11) Johann Christian Heinrich Krause, bisher Rector am Lyceum zu Hannover.

Ueber diesen gelehrten Geistlichen sagt der verstorbene Schulrath Dr. Grotefend in seiner „Geschichte des Lyceums zu Hannover während des Zeitraums von 1733 bis 1833“ S. 49 u. f. Folgendes:

„Joh. Christian Heinrich Krause, Rector des Lyceums von

---

so ersuchen wir die Herren, bei der Wahl eines künftigen Priesters zu Idensen, der Kirche zum Besten, auch hierauf unmaßgeblich zu reflectiren.“

Daß ein Hang zum Mysticismus, zur Schwärmerei und zum Pietismus im Fürstenthum Calenberg sich etwa mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts bemerkbarer geäußert habe, sagt Schlegel, Kirchen- und Reformationsgeschichte von Norddeutschland, Bd. III. S. 367.

[1]) Brasen a. a. O. S. 273.

1792 bis 1806, hielt seine Antrittsrede am 18. Mai 1792, in deren lateinischer Ankündigung von Seiten des Directors Rühlmann auch sein Leben enthalten ist. Zu Quedlinburg am 29. April 1757 geboren, wo sein Vater, Johann Heinrich Noah, Prediger an der St. Johanniskirche war, erhielt er daselbst den ersten Unterricht von seinem Vater, der selbst Lehrer bei der St. Nicolaikirche war, und von andern Verwandten, deren einer, der Rector Meineke, ihn auch unter seine Schüler am Gymnasium zählte. Da der Professor Erxleben in Göttingen seiner Mutter Bruder war, bezog er zu Ostern 1775 diese Universität, um Theologie und Philosophie zugleich zu studiren; zu Michaelis 1776 wurde er Mitglied des philologischen Seminariums unter Heyne, und zu Ostern 1779 Repetent der theologischen Facultät, und blieb es durch besondere Huld der Königlichen Regierung, wider die Gewohnheit, bis 1783, worauf er noch bis zu Michaelis 1783 fortfuhr, in hebräischer, griechischer und lateinischer Sprache Privatunterricht den Studirenden zu geben; besonders schickte ihm auch Walch in Jena mehre Jünglinge zu. Durch Empfehlung mehrer theologischer Zuhörer aus Jever erhielt er dann den Ruf als Professor und Rector an der Provinzialschule zu Jever, welcher er fast neuntehalb Jahre vorstand; zu Ende des Jahrs 1791 aber den Ruf als Rector unsers Lyceums. Rühlmann giebt von ihm sechs Nummern seiner bis dahin herausgegebenen Schriften an: andere findet man theils in Pütter's Versuch einer akademischen Gelehrten-Geschichte, Th. 2, §. 93, S. 96, theils in dessen Fortsetzung von Saalfeld, §. 103, S. 216 verzeichnet. Außer dem schon erwähnten sechsten Bande zu Köppen's erklärenden Anmerkungen zum Homer, dessen beide Register der in allen sechs Theilen erklärten Wörter und erläuterten Sachen dem ganzen Werke eine größere Brauchbarkeit geben, ist das wichtigste darunter die neue Ueberarbeitung der von Jani verfaßten Ausgabe: C. Velleji Paterculi quae supersunt, wovon die größere Ausgabe zu Leipzig 1800, die kleinere 1803 erschien, recensirt in der N. Allg. D. Bibl. Anhang zum 29—68. Bd. S. 420 und 88. Bd. S. 155. Im Jahre 1806 verließ er in der drückenden Zeit Hannover als Pastor zu Idensen, Amts Bokeloh,

ward dann 1814 Pastor zu Lohe bei Nienburg, 1817 Superintendent und Prediger an der Albanikirche zu Göttingen, wo ich ihn noch, seit meiner Anstellung hieselbst, persönlich kennen und schätzen zu lernen das Glück hatte, nachdem ich schon lange vor der französischen Invasion seinen für die Verbesserung des Lyceums angeknüpften Briefwechsel mit Heyne kannte, unter dessen Leitung ich damals an der neueingerichteten Stadtschule in Göttingen arbeitete.«

Krause's Sohn ist der Ober-Medicinalrath und Professor Dr. Carl Friedrich Theodor Krause zu Hannover.

12) Daniel Alexander Eichhorn, welcher am 11. December 1814 introducirt wurde, nachdem er 8 Jahre als Feldprediger in Ostindien und sodann 22 Jahre als Pastor zu Landringhausen, Inspection Ronnenberg, fungirt hatte. Er wird als ein in jeder Hinsicht vortrefflicher Geistlicher geschildert. Er schied aus dieser Welt in dem Alter von 75 Jahren am 21. December 1833. Ihm folgte im Juni 1834

13) Ernst Friedrich Grote. Dieser diensttreue, würdige Pfarrer hatte seit dem Jahre 1812 das Pfarramt zu Hassel, Amts Hoya, ferner zu Helstorf, Amts Neustadt a. R., und sodann zu Colenfeld, Amts Blumenau, bekleidet. Nachdem er am 7. November 1843 in seinem 60. Lebensjahre gestorben war, wurde

14) Johann Heinrich Christian Fricke, welcher noch jetzt das Pfarramt zu Idensen mit seltener Kraft und Berufstreue verwaltet, am 4. August 1844 daselbst eingeführt. Er vollendete Ostern 1808 seine Studien auf der Universität Helmstedt, wurde 1810 Lehrer an einem Knaben-Institute des Pastors Beneken zu Nienhagen bei Celle und 1813 Schulrector und Pfarr-Collaborator in Burgdorf. Im Jahre 1818 wurde er als Prediger nach Hagen, damaliger Inspection Neustadt a. R., befördert, 1822 nach Hardegsen, 1834 nach Colenfeld und von da, wie schon erwähnt, 1844 nach Idensen versetzt. Geboren ist er zu Drütte unweit Wolfenbüttel am 16. Januar 1784 [1]). —

---

[1]) Die vorstehenden Nachrichten über die Idenser Pfarrer nach

Es bleibt mir noch übrig, einige allgemeine Bemerkungen hinsichtlich der anliegenden, jetzt zuerst zum Druck beförderten 20 Urkunden hinzuzufügen.

Die Anlagen 1 und 5 sind entnommen aus dem Königl. Archive zu Hannover, 11 und 14 aus dem Fürstl. Schauenburg-Lippischen und Kurfürstl. Hessischen Gesammt-Archive der Grafschaft Schauenburg zu Bückeburg, die Anlage 7 aus der Registratur der Königl. Lehncammer zu Hannover, die Anlagen 19 und 20 aus der Registratur des Königl. Consistoriums zu Hannover, alle übrigen Anlagen aus der Idenser Pfarr-Registratur [1]), deren Benutzung mir, was ich dankbar anerkenne, von dem Herrn Pastor Fricke auf das Bereitwilligste gestattet wurde. Die Abschriften, auf welche diese Urkunden sich stützen, habe ich sämmtlich — mit Ausnahme der Anlagen 11 und 14, welche Herr Amts-Assessor Weis sich zu Bückeburg abzuschreiben und beziehungsweise zu extrahiren die Gefälligkeit gehabt hat, — selbst angefertigt.

---

der Reformation gründen sich, soweit andere Quellen nicht bezeichnet sind, hauptsächlich auf die mehrerwähnten Consistorial- und Superintendentur-Acten.

[1]) In dieser Registratur befinden sich auch zwei Original-Urkunden bezüglich der Kirche zu Oldenhagen (Altenhagen, Schauenb.-Lippischen Amts Hagenburg), nämlich eine vom 18. April 1461, betreffend die Ernennung des Geistlichen Theodor Sartoris zum Pfarrer der gedachten Kirche von Seiten des Grafen Otto v. Schauenburg, und eine zweite vom 18. October 1470, wonach Hermann Gogreve, Schatzmeister des Stifts Minden, dem Geistlichen Johann Alberti die gedachte Pfarre überträgt.

Anlagen.

1.

Graf Johann v. Roden und Wunſtorf ſchenkt der Kirche zu Idenſen den ſogenannten Eichhof zu Meßmerode nebſt der dortigen Mühle.

Burg Ricklingen 1325, Juni 29.

Dei gratia nos Johannes, comes de Roden et in Wunstorppe [1]), omnibus Christifidelibus, ad quos presens scriptum pervenerit, cupimus fore notum, quod nos cum consensu omnium heredum nostrorum, quorum interest et interesse potuit, ecclesie in Idensen proprietatem seu libertatem cujusdam curie in Messedingerode [2]), que Echoff dicitur, cum molendino [3]) ibidem et suo aquaductu et universis suis juribus tam in villa, quam extra villam, agris, pratis, pascuis, aquis, piscaturis atque silvis, cultis pariter colendis, et omnibus aliis suis attinenciis et utilitatibus, prescripte ecclesie donavimus et protulimus, presentibusque in honorem divini nominis et pro salute anime nostre ac omnium parentum et heredum nostrorum animarum proferimus, quiete, libere ac perpetuo possidendum; volentes eandem ecclesiam et suum provisorem presentem et futurum jugiter warandare bonorum et earum *(sic)* proprietatem prescriptorum.

In cujus donationis evidens testimonium presens scriptum nostro sigillo duximus roborandum.

---

[1]) Vermuthlich Johann I., der am 4. April 1334 geſtorben iſt. Der Vater desſelben, Graf Ludolf, ſtarb am 10. Febr. 1282. Vergl. v. Hodenberg, Wunſt. Urk.-Buch, S. 24.

[2]) Meßmerode, ſchon im Jahre 1055 oder 1056 unter dem Namen Mestemerothe urkundlich vorkommend, gehörte in älteſter Zeit ohne Zweifel zum Buckigau. Würdtwein VI. S. 312; Webekind, Noten, Bd. II. S. 94; v. Lebebur, S. 52; Erhard, Regesta Westf. I. S. 183.

[3]) Von dieſem Hofe iſt jetzt nichts mehr bekannt; eine Waſſermühle iſt jetzt in oder bei Meßmerode ebenfalls nicht mehr vorhanden.

Datum in castro nostro Richling[1]), anno Domini M°.CCC.XXV., in festo beatorum apostolorum Petri et Pauli.

Auf der Rückseite steht von anderer Hand: Copia donationis comitis Johannis de Raden et Wunstorff curiae in Mesmerode dictae der aichof ecclesiae in Idensenn.

(Aus einer Abschrift des 16. Jahrh.)

2.

Bischof Ludwig von Minden bezeugt, daß Brüning von Engelbostel, Domprobst zu Minden, und Justaz von dem Schlohn, Canonicus daselbst und Archidiaconus in Lohe, einen zwischen der Pfarre zu Idensen und den Gevettern v. Bardeleben wegen zweier Hufen Landes zu Achum, Parochie Vehlen, entstandenen Rechtsstreit auf eine in der Urkunde näher angegebene Weise geschlichtet haben; zugleich wird dieser Vergleich vom Bischofe bestätigt.

1339, Juni 3.

Lodewicus, Dei gratia Mindensis ecclesie episcopus[2]), universis et singulis, presentia visuris seu audituris, cupimus fore notum, quod honorabilis vir Brunningus, prepositus ecclesie nostre[3]), et Justacius de Slon[4]), ejusdem ecclesie canonicus et archidyaconus in Lo[5]), ex concensu et jussu nostro tamquam arbitratores seu amicabiles compositores materiam discencionis, exortam inter plebanum

---

1) Die Burg Ricklingen ist wahrscheinlich im Anfange des 13. Jahrhunderts erbauet worden. Im Jahre 1303 trug Graf Johann I. von Wunstorf das castrum Ricklingen dem Mindener Bischofe Ludolf zu Lehn auf. v. Hodenberg, Calenb. Urk.-Buch VI. Marienwerder, S. 5; Würdtwein, Nova subs. dipl. IX. S. 111.

2) Bischof Ludwig (Herzog von Braunschweig-Lüneb.) von 1324 bis 1346.

3) Domprobst Brüning gehörte zu der Familie v. Engelbostel (Engelborstel). Er starb am 11. Juni 1345. S. Mooyer in den Westf. Provinzial-Blättern Bd. III. Heft 1, S. 175; Vaterl. Archiv. Jahrg. 1836, S. 473 u. f.

4) Justaz von dem Schlohn erscheint als Archidiaconus in Lohe unter anderm auch im Jahre 1342 bei v. Hodenberg, Calenb. Urk.-Buch I. Barsinghausen, S. 123.

5) Lohe, Kirchdorf im Amte Nienburg.

ecclesie in Ydenhusen, nostre dyocesis, nomine ejusdem ecclesie parte ex una, et Conradum, Rotgherum, Fredericum, patruelles dictos de Bardelaghe [1]), parte ex altera, super duobus mansis, sitis in Achem [2]), in parrochia Velden [3]), discutierunt et terminaverunt in hunc modum: videlicet quod predicti Conradus, Rotgherus, Fredericus vel eorundem veri sucessores annuatim dimidium plaustrum annone, sex siliginis, sex ordei, sex avene predicto plebano, qui pro tempore fuerit in Ydenhusen, infra festa sancti Michaelis et Martini in opido Grevenalveshaghen [4]) sine aliqua exceptione doli mali persolvant expedite; quam solutionem faciendam predicto plebano ad duos dies ante preintimare tenebuntur. Quidquid vero de porcis, pullis, ovis, ad eosdem mansos pertinentes sustulerint, eidem plebano in Ydenhusen partem dimidiam prestent expedite. Si vero predicti in persolutione predicta remissi vel negligentes fuerint, eo ipso quod fide data promiserunt, mansi

---

1) Die noch jetzt mit Lehnen in der Grafschaft Schauenburg ansässige Familie v. Barbeleben nannte sich früher de Bardele, Bardeleve, Bardelage.

2) Achum, Lippe-Schauenburgschen Amts Bückeburg. Des fraglichen Zinses wird auch noch erwähnt in einer bei Wippermann, Urk.-Buch des Stifts Obernkirchen S. 145 abgedruckten Urkunde vom 6. Jan. 1348, welcher zufolge der Knappe Rocher van Bardele seinen hof, dar twe hove landes to horet to Achchem dem Stifte Obernkirchen verkauft mit sodame underschede, dat desulve provest unde dat convent to Overenkerken schal dar af bereden alle jare deme kercheren to Udensen eyn molt rockghen, eyn molt ghersten unde eyn molt haveren, eyn swin unde eyn hon, so alse id unse olde vore deghedinghet hadden. — Noch jetzt hat ein Hof zu Achum statt eines sonst gelieferten Kornzinses jährlich 1 ℛ 9 Mgr. Cassen-Münze an die Idenser Pfarre zu zahlen.

3) Vehlen, Kirchdorf im Amte Bückeburg, wird schon im Jahre 1055 oder 1056 genannt. 1167 schenkte Herzog Heinrich der Löwe sein „predium in Velde, in pago Bucki situm" dem Stifte Obernkirchen. v. Spilcker, S. 172; Wedekind I. S. 282; Würdtwein VI. 312; Erhard I. S. 183. Es gehörte zu dem Archidiaconate Obernkirchen. Acta synod. eccl. Osn. S. 254; v. Ledebur, S. 54.

4) Stadthagen.

supradicti ad ecclesiam in Ydenhusen cum omnibus suis pertinentiis libere revertentur; idem vero plebanus in Ydenhusen, qui pro tempore fuerit, in crastino Marci [1]) vigilias et missas pro defunctis ob salutem amimarum illorum de Bardelage peragere non obmittat.

Hanc ergo diffinitionem, sic rationabiliter factam, presentibus approbamus, ratificamus et in nomine Domini confirmamus. In quorum omnium testimonium sigillum nostrum una cum sigillis arbitratorum ac partium supradictorum, quorum interest, presentem paginam duximus roborandam.

Datum anno Domini M⁰.CCC⁰.XXX⁰ nono, tercio nonas Junii [2]).

(Original auf Pergament. Das erste an der Urkunde hangende Siegel ist sehr beschädigt, die übrigen 6 Siegel sind abgefallen.)

3.

Ablaßbrief verschiedener Erzbischöfe und Bischöfe für die Kirche zu Idensen.

Avignon 1354, November 4.

Universis sancte matris ecclesie filiis, ad quos presentes littere pervenerint, nos miseracione divina Galfridus Damascenensis et Jacobus Neopatrensis [3]) archiepiscopi,

---

1) 26. April.

2) Eine Urkunde gleichen Inhalts findet sich auch abgedruckt bei Wippermann, Urkundenb. des Stifts Oberntirchen, S. 130 u. f., und zwar nach einem Originale des Stifts. Der Wippermannsche Abdruck hat folgende Varianten:

1) die Worte „de Slon" in Zeile 4 unserer Urkunde fehlen bei W.
2) Statt „ex concensu et jussu" in Zeile 5 hat W. „ex consensu et jusso".
3) Statt „eorundem" in Zeile 14 hat W. „eorum".
4) Die Worte „ante preintimare" in Zeile 19 giebt W. abbreviirt mit einem Fragezeichen.
5) Statt „sigillum nostrum" in Zeile 32 u. 33 hat W. (richtiger) „sigillo nostro".

3) Neopatra in Thessalien.

Petrus Botrentonensis [1]), Waltherus Nicopolensis [2]), Petrus Valonensis [3]), Johannes Imelacensis [4]), Gregorius Dunensis [5]), Adam Perpenensis, Johannes Tribuniensis [6]), Theodoricus Cephalonensis [7]), Augustinus Distillariensis [8]), et Johannes Draconarianus [9]) episcopi, salutem in Domino sempiternam.

Splendor paterni luminis, qui sua mundum ineffabili claritate illuminat, pia vota fidelium de clemencia majestatis

---

1) in Albanien. Derselbe erscheint auch in einem Ablaßbriefe für die Kirche zu Fetschow in Mecklenburg vom Jahre 1355. S. Schröder's papist. Mecklenb. p. 1344. — Ein Bischof Jacobus Botrentonensis wird genannt in einem, im Stadtarchive zu Hannover befindlichen ungedruckten Ablaßbriefe vom 14. Juni 1355 für die Capelle S. Nicolai vor Hannover.

2) Es gab 4 Nicopolis, welche Bischofssitze waren, in Armenien, Palästina, Pisidien und Mösien.

3) in Albanien. Ein Bischof Jacobus Valonensis erscheint auch in einem im Stadtarchive zu Hannover vorhandenen ungedruckten Ablaßbriefe vom 26. October 1337 für die Kreuzkirche zu Hannover.

4) Johannes Imelacensis, Bischof von Imlech im Erzbisthume Cashel in Irland, Provinz Munster, Grafschaft Tipperary. S. Warael Hibernia sacra (Dublin, 1717), S. 179. — Derselbe erscheint auch in den vorerwähnten beiden Ablaßbriefen vom J. 1355.

5) in Hibernia, Down, unter dem Erzbischof von Armach.

6) von Trebigno in Dalmatien, stand unter dem Erzbischofe von Ragusa. — Derselbe erscheint auch in einem, im Stadtarchive zu Hannover befindlichen ungedruckten Ablaßbriefe vom 21. Juni 1351 für die Kreuzkirche zu Hannover; ferner in einem bei Rehtmeyer, Braunschw. Kirchengesch. II. Beil. S. 210 № 24 abgedruckten Ablaßbriefe de 1351 für die Kirche S. Egidii zu Braunschweig.

7) in Cephalonia, unter dem Erzbischof von Corfu.

8) Derselbe kommt auch vor im J. 1351 in den in Anmerk. 4 erwähnten beiden Ablaßbriefen, ingleichen in einem Ablaßbriefe de 1350 für Kirche und Hospital S. Nicolai und S. Georgii zu Gnojen in Mecklenburg. S. Schröder, S. 1311.

9) Johannes de Troja war zu Draconaria (im Königreich Neapel), das später mit dem Sprengel San Severo vereinigt wurde, im Jahre 1349 erwählt und starb 1363. S. Ughelli, Italia sacra VIII. 281. Er erscheint auch im J. 1351 in den in Anmerk. 4 bezeichneten beiden Ablaßbriefen.

sue sperancium tunc precipue favore benigno prosequitur, cum devota ipsorum humilitas sanctorum meritis et precibus adjuvatur.

Cupientes igitur, ut ecclesia parrochialis, fundata ob reverenciam undecim milium virginum in Ydenhusin, Mindensis dyocesis, congruis honoribus frequentetur et a Christifidelibus jugiter veneretur, omnibus vere penitentibus et confessis, qui ad dictam ecclesiam in singulis sui patroni festivitatibus et in omnibus aliis infra scriptis, videlicet natalis Domini, circumcisionis, epiphanie, parasceves, pasche, ascensionis, penthecostes, Trinitatis, corporis Christi, invencionis et exaltacionis sancte crucis, sancti Michaelis archangeli, in omnibus festis beate Marie virginis, beatorum Petri et Pauli apostolorum et omnium aliorum apostolorum et evangelistarum, ac quatuor ecclesie doctorum, in festo omnium sanctorum et in commemoracione animarum ac in dicte ecclesie dedicacione, sanctorumque Stephani, Laurencii, Vincencii, Martini, Blasii, Nicholai et Sebastiani sanctarumque Marie Magdalene, Margarete, Katerine, Anne, Lucie, Agnetis et Agathe, et per octavas omnium festivitatum predictarum, octavas habencium, singulisque diebus dominicis et sabbatis tocius anni causa devocionis, oracionis aut peregrinacionis accesserint, seu qui missis, predicacionibus, matutinis, vesperis aut aliis divinis officiis, exequiis et mortuorum sepulturis ibidem interfuerint, aut qui ibidem celebraverint seu fecerint vel procuraverint celebrari, seu qui cimiterium dicte ecclesie circuierint exorando pro defunctis, aut qui corpus Christi vel oleum sacrum, cum infirmis portentur, secuti fuerint, vel qui in serotina pulsacione campane flexis genibus ter „Ave Maria“ dixerint, nec non qui ad fabricam ipsius ecclesie luminaria, libros, calices, vestimenta seu quevis alia ornamenta, dicte ecclesie necessaria, manus porrexerint, aut qui eidem ecclesie aurum, argentum vel aliquid suarum facultatum donaverint, legaverint seu donari vel legari procuraverint, quocienscumque, quandocumque et ubicumque premissa vel aliquid premissorum devote fecerint, de omnipotentis

Dei misericordia et beatorum Petri et Pauli, apostolorum ejus, auctoritate confisi, singuli nostrum quadraginta dies indulgenciarum de injunctis eis penitenciis misericorditer in Domino relaxamus, dummodo dyocesani voluntas ad id accesserit et consensus.

In cujus rei testimonium presentibus litteris sigilla nostra sunt appensa.

Datum Avinione, die quarta mensis Novembris, anno Domini millesimo CCC°LIIII° et pontificatus domini Innocencii pape sexti [1]) anno secundo.

(Original auf Pergament. Die Siegel sind gänzlich und beziehungsweise zum größten Theile abgefallen.)

4.

Ablaßbrief des bischöflich Mindenschen General-Vicars, Weihbischofs Ludwig für die Kirche zu Ydensen.

1358, August 17.

Nos frater Ludewicus, Dei et apostolice sedis gracia episcopus Fogiensis [2]), reverendi in Christo patris ac domini, domini Thyderici, episcopi Mindensis, per civitatem et dyocesin Mindensem in pontificalibus vicarius generalis, omnibus presencia visuris seu audituris salutem in Domino.

Ut ecclesia vestra Ydensen a cunctis Christifidelibus ferventius visitetur, omnibus et singulis vere penitentibus, confessis et contritis, qui predictam ecclesiam causa devocionis visitaverint et cimiterium circumierint, aut qui manus suas porrexerint adjutrices tociens quociens, auctoritate nostra XL dierum indulgencias de omnipotentis Dei misericordia et beatorum apostolorum Petri et Pauli auctoritate confisi misericorditer in Domino relaxamus, et nichilominus presentes indulgencias, quibus presens litera est transfixa, indulgemus.

---

1) Papst Innocenz VI. wurde erwählt am 18ten, gekrönt am 30. December 1352; ist gest. 12. September 1362.

2) Fochia i. e. Phocaea in Kleinasien.

Datum anno Domini M°CCC°LVIII°, feria sexta proxima post assumpcionis Marie virginis.

(Dieſe auf Pergament geſchriebene Urkunde iſt mit der obigen Urkunde vom 4. November 1354 mittelſt eines Pergamentſtreifens verbunden.)

5.

Cord und Harbert von Mandelsloh verpfänden ihr Amt zu Idenſen dem Grafen Ludolf von Wunſtorf wegen drei Fuder Rocken.

1384, März 27.

We Cord van Mandesle, hern Harbertes sone van Mandesle ridders, unde Harberd van Mandesle, ... sone, nu to tiden wonhaftich to der Reborch, bekennet unde betuget openbare in dessem breve, de vorsegelt is myd usen ingesegelen, dat we schuldich sind deme edelen juncheren Ludolve, greven to Wunstorpe unde sinen erven unde we dessen bref heft sunder ore wedersprake, dre voder roggen, de we on weder gheven scolet unde bereden to desseme negesten tokomenden sunte Michelis dage sunder hinder eder vortoch; dar we on vor gesad hebbet unde vorpendet use ammecht[1]) to Idensen, beyde gud unde lude, mid aller tobehoringe unde nůd, unde hebbet on to demesulven gude sad twe borgen, de hirna screven stad.

Vortmer we her Brand vamme Hus, riddere, unde Stacies van Mandesle, Stacies [sone, be]kennet in dessem sulven breve, dat we hebbet gelovet to desseme vorscreven gu..... dat deme edelen junchere Ludolve unde sinen erven desse rogge nicht betalet..... market gheven korne up desse vorbenomden tid: so scon we unde willet..... esten verteynachten na der manynge to Wunstorpe inkomen unde dar nenerleyewys ut, desset korn en sy on betalet eder wy en don dat mid oreme guden willen.

---

[1]) In einer von Herrn Bibliothekar Mooyer in Minden angefertigten Abſchrift eines Lehnregiſters des Stifts Minden aus dem 14. Jahrh. heißt es: „Dominus Herbordus de Mandeslo — officium in Ydenhusen. — Relicta quondam Hartberti de Mandeslo habet — 1 domum in Ydenhusen.“

Desse vorscrevenen stucke de love we sakwolden vorbenompt unde wy nascrevenen borghen myd samder hand entruwen desseme edelen juncheren Ludolve, greven to Wunstorpe, unde sinen erven unde we dessen bref heft sunder ore wedersprake stede vast unde unvorbreken to holdende ane alle arghelist, unde hebbet des to tughe unse ingesegele ghehenget laten an dessen sulven bref.

Unde is ghescheen na Goddes gebord drutteynhundert jar in deme verden unde achtentighesten jare, des sondages vor palmen.

(Orig. auf Perg. mit den 4 Siegeln, von denen jedoch die ersten drei beschädigt sind.)

6.

Ablaßbief des Cardinal-Legaten Nicolaus v. Cusa für die Kirche zu Idensen.

Deventer (Diöcese Utrecht), 1451, August 17.

Nicolaus [1]), miseracione divina tituli sancti Petri ad vincula sacrosancte Romane ecclesie presbyter cardinalis, apostolice sedis per Alamaniam legatus, universis et singulis Christifidelibus salutem in Domino sempiternam.

Splendor paterne glorie, qui sua mundum illuminat ineffabili claritate, pia vota fidelium de ipsius clementissima majestate et misericordia sperancium tunc precipue benigno favore prosequitur, cum devota ipsorum humilitas sanctorum precibus et meritis adjuvatur.

Cupientes igitur, ut ecclesia parrochialis in Idensen, Mindensis diocesis, que in honore undecim milium virginum et sancte Anne fundata existit, congruis honoribus

---

[1]) Dieser durch seine Gelehrsamkeit und Mildthätigkeit, sowie durch seine politische Wirksamkeit ausgezeichnete Kirchenprälat, von seinem Geburtsorte Cues (an der Mosel) von Cusa (Cusanus) genannt, ward geboren im Jahre 1401. In Deventer machte er seine ersten Studien. Im J. 1448 wurde er Cardinal unter dem Titel ad vincula s. Petri und im J. 1450 Bischof von Brixen. Er bewirkte viel zur Verbesserung des Kirchenwesens; sein Tod erfolgte im J. 1464. S. des Jesuiten Hartzheim Vita Nicolai de Cusa. Treviris, 1730; Ersch und Gruber, Allg. Encycl. Sect. I. Theil 20, S. 382.

frequentetur, fidelesque ipsi eo libencius devocionis causa confluant ad eandem, quo inibi dono celestis gracie uberius conspexerint se refectos, de omnipotentis Dei misericordia ac beatorum Petri et Pauli, apostolorum ejus, meritis et auctoritate confisi, omnibus vere penitentibus et confessis, qui in nativitatis, circumcisionis, epiphanie, resurrectionis, ascensionis et corporis domini nostri Jesu Christi, penthecostes, necnon nativitatis, purificacionis, annunciacionis assumpcionisque beate Marie virginis, et nativitatis beati Johannis baptiste dictorumque Petri et Pauli apostolorum ac ipsius ecclesie dedicacionis et patronarum festivitatibus, celebritate quoque omnium sanctorum eandem ecclesiam devote visitaverint et divinis interfuerint ibidem, atque de bonis, sibi a Deo collatis, pro ejusdem ecclesie structura et ipsius ornamentorum augmento et reparacione manus porrexerint adjutrices, centum dies de injunctis eis penitenciis misericorditer in Domino relaxamus presentibus, perpetuo duraturis.

Datum Davantrie, Trajectensis diocesis, sub nostro sigillo, die Martis, decima septima mensis Augusti, anno a nativitate Domini millesimo quadringentesimo quinquagesimo primo, pontificatus sanctissimi in Christo patris et domini nostri, domini Nicolai, divina providencia pape quinti, anno quinto.

(Original auf Pergament. Siegel abgefallen.)

7.

Herzog Wilhelm von Braunschweig belehnt den Ulrich v. Landesberg mit dem Patronate der Kapelle zu Mesmerode.

1473, August 15.

Van Gottes gnaden wy Wilhelm de elder [1]) to Brunschwigk, ock des Brunschwickesschen landes Overwolt, bi der Leyne unde to Luneborch hertoghe, to Eversteyn, to Hallermunt, to Wunstorppe, tor Wolpe grave, und here to Homborch, bekennen openbar vor uns, unse erven und

1) Herzog Wilhelm der Aeltere, geb. 1400, gest. 25. Juli 1482.

alsweme mit dessem breve, dat wy dorch leve und truwe unsen maen, raedt unde leven getruwen Olricke van Landesberge und sine menliken erven begnadet unde beleneth hebben und belenen one jegenwardigen in macht dusses breves myt der capellen to Mestmerode, so dat he unde sine erven de vordt lenen mogen na orer bequemicheit; unde wi schullen unde willen ome und sinen erven des lenes bekennige hern und warende sin.

Hire an unde over is gewesen juncher Borchardt van Werbergen, ern Othaven van Bervelde, comptur to Sublinborch, unde Alverick van Badendicke.

To furder bekentnisse hebben wi unse inges. an dussen breff gehangen heten, de gegheven is na Christi unsers hern geborth veerteynhunderth jaer darna in dem viff unde seventigesten, am dage Arnolffi confessoris.

(Notariell beglaubigte Abschrift aus dem 16. Jahrh.)

8.

Bischof Heinrich von Minden bestätigt die Liebfrauen-Brüderschaft zu Idensen unter Verkündigung eines Ablasses und beseitigt das über die Kirche zu Idensen verhängte Interdict.

Minden, 1497, November 14.

Hinricus [1]), Dei et apostolice sedis gracia episcopus Mindensis, universis et singulis, nostras literas hujusmodi visuris, lecturis seu legi audituris salutem in Domino sempiternam.

Sua peticione nobis in Christo dilecti fratres et sorores communes fraternitatis aut convocationis beate Marie virginis in Ydensen, nostre Mindensis dioc., monstrarunt, ut eorum fraternitatem aut convocationem, quam ipsi ob Dei omnipotentis ac singulariter Marie virginis venerationem et honorem ac animarum omnium vivorum veniam et gratiam defunctorum fratrum et sororum predictorum requiem sempiternam consequendam in vigiliis et missis defunctorum aliisque divinis officiis rite et legitime semel in anno secunda feria post corporis Christi peragendam in eorum ecclesia parrochiali

[1]) Bischof Heinrich III. (Graf von Schauenburg) von 1473 bis 1508.

Ydensen celebrandam instituissent ac ordinassent, approbare et confirmare, necnon cessationem et interdictum, ad ecclesiam aut parrochiam Ydensen predictam positum et fulminatum, ad finem et effectum, divina supradicta, ut premittitur, celebrandi et peragendi, tollere et suspendere, indulgentiam quoque divinis ipsis interessendi, elargiri et relaxare dignaremur.

Nos vero Hinricus episcopus antedictus justis ac piis supplicationibus libenter, ut tenemur, annuere volentes, fraternitatem aut convocationem memoratam, ut premittitur, celebrandam et peragendam auctoritate nostra ordinaria approbavimus et confirmavimus, prout approbamus et confirmamus in Domino per presentes; cessationemque vero et interdictum, in et ad parrochiam Ydensen premissam per nos aut in jurisdictione nostra subjectos positum et fulminatum, ad finem et effectum, vigilias, missas ac alia divina officia predicta, ut premittitur, peragendi et celebrandi, duntaxat excummunicatis tamen et interdictis exclusis et ejectis, auctoritate nostra predicta tollimus et suspendimus, omnibusque et singulis fratribus et sororibus predictis, qui vigiliis et missis ceterisque divinis officiis, ut premittitur, peragendis et celebrandis totiens quotiens annuatim interfuerint vere contritis et confessis, de omnipotentis Dei misericordia ac beatorum Petri apostoli et Gorgonii martiris patronorum meritis et auctoritate confisi, aut manus adjutrices porrexerint, quadraginta dies indulgentiarum de injunctis eis penitentiis misericorditer in Domino elargimur et relaxamus per presentes perpetuis duraturas temporibus.

In cujus rei testimonium has nostras literas fieri nostrique sigilli vicariatus jussimus et fecimus appensione communiri.

Datum Minde, anno a nativitate Domini millesimo quadringentesimo nonagesimo septimo, ipso die Clementini martiris.

(Original auf Pergament. Siegel abgefallen.)

9.

Bischof Heinrich von Minden ernennt den Geistlichen Bernhard Bisterfeld zum Pfarrer der Idenser Kirche.

Burg und Haus Berge, 1503, October 27.

Hinricus, Dei et apostolice sedis gratia episcopus Mindensis, dilecto sibi in Christo domino Bernerdo Bistervelde, clerico nostre diocesis, salutem caritatemque sinceram in Domino.

Exigunt probitatis tue merita, ac grata per te nobis impensa servicia nos inducunt, ut te beneficiis et dono gratie, quibus possumus, attencius prosequamur. Hinc est, quod parrochialem ecclesiam undecim millium virginum in Idensen, dicte nostre dioc., per mortem domini Engelbarti Sidinghehusen, extra Romanam curiam defuncti, ultimi et immediati possessoris, vacantem, ad nostram collationem, provisionem, dispositionem seu quovis alio modo vacantem, ad nos pleno jure dinoscitur pertinere, tibi tamquam bene merito et idoneo cum omnibus juribus et pertinenciis suis conferimus et de eadem providemus, investigentes te presentem de eadem per capucii nostri capitis tui impositionem ceterisque solempnitatibus, ad id merito requisitis. Mandamus igitur in virtute sancte obedientie et sub pena excommunicationis omnibus et singulis presbiteris, clericis, notariis et publicis tabellionibus, per civitatem et diocesin nostram Mindensem ac alias ubilibet constitutis, presentibus requisitis, quatenus accedatis, qua propterea fuerit accedendum, et prefatum dominum Bernerdum aut ejus procuratorem, ad id legitime constitutum, in et ad dicte ecclesie Idensen realem et actualem possessionem inducatis aut induci faciatis et admittatis, sibique vel ejus procuratori legitimo de fructibus, redditibus, proventibus ac obventionibus predicte ecclesie Idensen integre respondeatis et respondere faciatis, in quantum in vobis fuerit, ipsique curam animarum, administrationem sacramentorum et curam reliquiarum committentes, adhibitis circa premissa solempnitatibus solitis et consuetis.

In cujus rei testimonium has nostras literas exinde fieri et per notarium publicum infrascriptum jussimus et fecimus appensione communiri.

Datum et actum in castro nostro Castro Montis [1]), sub anno a nativitate Domini millesimo quingentesimo tercio, indictione sexta, die vero vicesima septima mensis Octobris, hora primarum vel quasi, pontificatus sanctissimi in Christo patris et domini nostri, domini Pii [2]), divina providentia pape tercii, anno ejus primo, presentibus ibidem venerabili viro domino Ernesto de Schomborch et valido Jaspero de Querenhen, vasallo Mindensi et Paderbornensis dioc., testibus ad premissa vocatis specialiter et rogatis.

(Signum notarii Joh. Mensenhaghen.)

Et quia discretus vir magister Florinus Durkopp, clericus Mindensis, publicus imperiali auctoritate notarius, premissis omnibus et singulis, dum sic, ut premittitur, fierent et agerentur, una cum prenominatis testibus presens interfuit eaque sic fieri vidit et audivit, ac prout de hiis omnibus et singulis premissis fidem magister Florinus notarius michi Johanni Mensenhaghen, clerico Mindensis dioc., eadem imperiali auctoritate notario, relationem plenariam fecit, quapropter ego Johannes Mensenhaghen presens publicum instrumentum, manu mea scriptum, confeci, subscripsi, publicavi et in hanc publicam formam redegi signoque, nomine et cognomine meis solitis et consuetis una cum appensione reverendi in Christo patris, episcopi Mindensis, sigilli signavi, in fidem et testimonium premissorum rogatus et requisitus.

(Original auf Pergament. Siegel abgefallen.)

---

1) Das castrum Montis, d. h. die Burg und das Haus Berge, früher Schaffsburg, lag in dem s. g. Hügelgarten des alten Schlosses Hausbergen am rechten (östlichen) Weserufer oberhalb Minden. Vgl. v. Hodenberg, Calenb. Urk.-Buch VII. Wennigsen, S. 11.

2) Pabst Pius III. wurde erwählt am 22. September 1503, gekrönt am folgenden 8. October, gest. 18. October 1503. S. Brinck-

10.

Der Weihbiſchof Ludwig, Generalvicar des Biſchofs von Hildesheim, weihet eine, hauptſächlich die Kreuzigung Chriſti darſtellende Tafel, in welcher die Reliquien der zehntauſend Märtirer verſchloſſen ſind, und ertheilt einen Ablaß.

Hildesheim, 1506, März 20.

Ludovicus, Dei et apostolice sedis gracia episcopus ecclesie Missinensis [1]), sacre pagine professor, ordinis Minorum, reverendique in Christo patris ac domini, domini Johannis [2]), illustrissimi principis, Saxonie etc. ducis, eadem gracia episcopi ecclesie Hild., in pontificalibus vicarius generalis, recognoscimus ad presencium certitudinem atque ad futuram atque perpetuam rei memoriam notum facimus, quod tabulam hanc cum ymaginibus ad laudem Dei rite benediximus et consecravimus, et ut Christifidelium devocio amplius crescat et ferveat, concessimus indulgenciam, que sequitur: Primo omnibus et singulis Christifidelibus, dicentibus ad honorem crucifixi Christi, cujus ymago precipuum aspectum atque medium in hac tabula tenet, in qua eciam reliquie incluse habentur de X milia martiribus, ad memoriam amarissime passionis et mortis ipsius et quinque volnerum quinquies oracionem dominicam, de quolibet stigmate XL dies indulgenciarum; deinde dicentibus ob veneracionem gloriose virginis Marie atque ipsius compassionis trinies salutacionem angelicam XL dies; ceterum virginibus, ymaginibus sancti Johannis apostoli et evangeliste, sancte Anne, matris Marie, sanctissime Marie Magdalene, atque Ursule virginis et martiris, de quolibet sancto semel oracionem dominicam similiter de quolibet XL dies, de aliis vero omnibus ymaginibus apostolorum, martirum et confessorum et virginum Christi, dicentibus ad honorem omnium simul semel oracionem dominicam, de quolibet sancto, in tabula

---

meier, Handb. der hiſt. Chronologie, S. 300. Die vorliegende Urkunde iſt alſo nach dem Tode des Pabſtes ausgeſtellt.

1) Misina in Macedonien.

2) Biſchof Johann IV. (Herzog von Sachſen-Lauenb.) von 1504 bis 1527.

effigiato, XX dies de vera indulgencia in forma, ecclesie dari consueta. In fidem quoque premissorum presentes literas sigillo officii nostri fecimus communiri.

Datum et actum Hildensem, anno Domini millesimo quingentesimo sexto, die vicesima mensis Marcii.

(Original auf Papier, mit einigen Bruchstücken des aufgedruckten Siegels).

11.

Graf Anton von Holstein und Schauenburg verkauft der Kirche zu Idenſen ſeine Rottländereien auf dem Teiche bei Idenſen für 50 Goldgulden, unter Vorbehalt des Wiederkaufs.

1514, October 2.

Wy Anthonius, von Godes gnaden grave tho Holstenn und Schomborch, bekennen und betugen openbar an dussem breve vor uns, unse erven und alswen, dat wy hebben witliken upgeborth und entfangen in redem getalden golde vifftich gude vulwichtige Rinsche gulden [1]) van dem ersamen hern Bernde Bistervelde, Hanse Oldendorppe, Lüdcken Taticke, nhu tor tyd kercher und vorstender deer elven dusenth megede und kercken to Idessen.

Darvor wy und unse erven dussen vorbenant patronen und vorstendernn effte holder dusses breves myt orem guden willen hebben verkofft und verkopen jegenwordig to eynem ewigen, steden, vasten, unvorbrokenn kope itlike unse raede, beleghen in dem dicke [2]) by Idessen, wellicke raede itzund ardiget und buwet Hinrick Meyger, Hinrick Hartmann, Hinrick Michel, Ludcke Tatick, Hennecke Vricke, darvan se de upbenant vorstendern schullen alle unverjart geven dre Rinsche gulden to tynsse; wellik des vorbleve sinen antaell nicht uthgeve, schullen se de raede nehmen und doen der kerken beste mede.

---

1) Zufolge einer in dorso des Originals befindlichen Notiz iſt das Kaufgeld im Jahre 1520 zurückgezahlt.

2) Zwiſchen Idenſen und Meſmerode befindet ſich in ziemlich niedriger Gegend ein Areal von beinahe 30 Morgen, welches, durch Abzugsgräben trocken gelegt, in Gärten, Ackerland und Wieſen umgewandelt iſt. Dieſes Areal wird noch jetzt „der Teich (dik)“ genannt.

Wy, unse erven doen verticht und vorlaten sodan vorgescreven raede alles egendoms, setten se jegenwordig in krafft dusses breves in der vorbenant patrone vorstender hande bruckende hebbende were, de macht darover tho hebbende, up und aff to settende, (wo) onne dat beqweme ys, sunder unser edder jemandes van unser weygenn insage noch bisprake geystlik efte wertlikes rechte, so lange dar nen wedderkoepp umb geschen iss.

Werth ock ssake, den vorbenant vorstendern dar jenich insperrunge in gescheige, dat qweme to wu idt qweme, dess gudes nicht kunden warden, so vorplichte wy uns den vorgenante patronen und vorstendern sodaen golt, wu vorgescreven, sunder oren schaden wedder to gevende.

Wy, unse erven willen..... und schullen den upgemelten des gudes alle tydt hern und warende wesen, truweliken helpen, hanthaven und vorbidden, wor one dess nogh und behoeff mochte syn, dat van uns eschen effte eschen laten, gelick efft idt unse eghen frige gudt wehr; idoch hebbe wy, unse erven de gnade und macht in dussem sulven breve beholden, dat wy sodaen summen goldes, wo bavengescreven, moegen wedder affkopen, wan uns dat gelustet und evenkumpt, den wy unse erven dat doen wyllenn, schullen wy den erbescreven vorstandern edder oren nakomelingen eyne rechte losskundige doen in den vehr hilligen dagen to wynnachten, und den nogestvolgende vehr hilligen dage to paschenn vyfftich Rinsche gulden wedder geven und affkopen de vorgescreven patrone myt gheleden schaden.

Alle dusse vorgescreven puncte und articule sampt und bisundere rede und lave wy Anthonius, grave tho Holsten und Schomborch, vor uns, unse erven, den eerbenant kerchern, vorstendern, oren nakomelingen in guden truwen, stede, vast, unvorbroken, sunder jenigerleige insage effte nigefunde woll to holdende. Dusses to mehr wissenheyt und bekentnisse der warheyt hebbe wy unse

rechte ingessegel witliken beneden an dussen breff doen hangen.

Gegheven na Godes borth viftheynhundert darnha in dem veyrteynden, mandags na Michaelis.

(Original auf Pergament. Siegel abgefallen.)

12.

Graf Anton von Holstein und Schauenburg schenkt der Liebfrauen-Brüderschaft zu Idenſen 6 Morgen Landes auf der Graffhorst nebſt einer bei dem Ryskampe belegenen Wieſe.

1514, November 22.

Wy Anthonius, van Gots gnaden grave to Holsten und Schomborch, doin kundt und bekennen hir avermitz dussem breve voir uns, unsse erven, ervenhemenn und alsweme, dat wy Gode almechtich, Marienn, syner hillich benediggen moder, to love und erhenn, unss, ock unssen leven oldernn und ervenn tor szelenn ssalicheidt, darmeden de denst des ewigenn Godes gemereth unde voirhogeth werde, to eyner ewigenn, stedenn, vastenn und unwedderrofflikenn, unvorbrokenenn ervegyffte hebbenn geghevenn, upgelatenn und vorantwerdeth, gheven, uplaten und averantwordenn jegenwordigen in krafft dusses breves, sso dat tom rechtenn best macht and bünde mach hebbenn, den voirstendernn offte olderluden unsser levenn Ffrowen brodersschupp in der kercken to Idenssenn, we jo tor tydt, alle to behoff dersulvigen ghemenen brodersschupp ssodane unsse sees morgenn landes uppe der Graffhorst myt eyner klenenn wisch by dem Ryskamppe belegenn, myt alle orher rechticheidt, sso her Johann Meistwarth dat itzunt undir handen hefft, und de tyt lank synes levendes umb gewontliken tyns, den he nhu forthmer alleweghe den vorben. olderluden, we de tor tydt synt, to behoff der benomptenn brodersschupp vornogen und betalen scall.

Hirmede beholdenn wy uns und unssenn medebescrevenn, deelafftlich to synde aller guden wercke, de in der benomeden brodersschup to ewygen tyden geschein scollen, unsser und unsser medebescrevenen glick andern geleth-

mathen der brodersschupp in godtliken ämpten und beden mede gedencken.

Werth ok, dat unssen nakomelingen offte ervenn jo wolde gelustenn, ssodane ssees morgen landes und wisch myt gewolt wedder van der brodersschupp to nemende, des wy doch nicht hopen geschein scolle, so scollen sse des nene macht hebben, sse en hedden den der gedachten brodersschup achtiggen gude fulwichtige Rinssche goltgulden vorhen und erst vornocht unde betalt.

Unde dat dyt van uns, unssen erven unde medebescrevenn sso vestliken scal geholden werden, des hebbe wy to geloven vor uns und unsse erven unsse ingessegell an dussen breff heten hangen.

Datum anno post nativitatem Cristi M^{0}CCCCC^{0}. decimo quarto, die Cecilie virginis.

(Original auf Pergament. Siegel abgefallen.)

13.

Der Knappe Othrave v. Landesberg und deſſen Ehefrau ſtiften eine Memorie in der Idenſer Kirche, unter Anweiſung der Dienſte und Gefälle ihres Hofes zu Munzel.

1518, Juni 6.

In dem namen unses heren Ihesu Christi amen. To ener ewyghen bedechtnisse und jegenwardyge warheyt wy Ffranciscus [1]), van Goddes gnaden bysschuppe tho Mynden, doin witlick an dusser jegenwardygen scryfft, dat de erbare, ghestrenge knape Othravenn van Landesberge, Didericke szalyger sonne, unse ghetruwe Anna van dem Werder, syne eilyche husfruwe, Jostes van dem Werder dochter, hebben vryges vorramendes modes vorwylt vor syck ore tydt des levendes unde nha orme dode umb szalycheyt wyllen orer szeyle, orer eldern unde alle, de uth orem slechte vorstorven syn unde noch to ewygen tyden mogen vorsterven, an de ere des almechtigen Ga-

[1]) Biſchof Franz I. (Herz. v. Braunſchw. u. Lüneb.) von 1508 bis 1529.

des, unses leven hern Ihesu Christi, syner werden, hillygen, benedigeden moder, in byssunderenheyt synem hilligen benedigeden lychame tho love unde werdycheyt alle Gades hilligen hebbenn gheplantet, ghemaket in unser kerspeltkercken tho Idensen myt orleve, vulborde hern Berndes Bisterveldes, kerckheren darsulves, eyne ewyghe misse unde statien [1]) alle donderdaghe tho lové dem werdygen hilligen lycham tho syngende.

Dar Othraven syn elyche husfruwe ergescreven hebben to ghemaket jarlycke gulde unde renthe, alsse eynen oren bisunderlycken frygen hoff, beleigen tho Munsell [2]), welcken itzundt buwet Werneke Kruse, de suslange onne gegeven hefft eyn voder korens, achte molder roggen unde vehr molder havern, eyn Lubeckes pundt geldes myt dem dennste, allem rechte unde tobehoringhe bynnen unde buten dem ergescreven dorppe, an holte unde velde, water, weyde.

Des schal syck de kerckhern to Idensen sodans hoves, de tor tydt ys undermaten, darvan hebben dree molder roggen, twe molder havern, de vicarius dree molder roggen, twe molder havern, dem koster twe molder roggen.

De sulveste kerckhere schall gheneiten des denstes, so vele syck horet, van dem hove unde borenn dat Lubeckessche pundt; darvor he schall bestellen twe wunden wasskarssen [3]) to ewygen tiiden, so dat anghehoven ys vor dem hilligen lycham.

Dut schall de kerckhere mit hulpe der olderluden besturen, dat de vicarius unde de koster mogen oren antal van dem koren, wen dat bedaget, wu boven ghescreven ys, sunder jemandes hinder esschenn unde manen van dem buwer des hoves. Darvor schullen holden de kerck-

---

1) die Station. Frohnleichnams-Proceſſion.

2) Klein-Munzel, Amts Blumenau. Das ſchon oben erwähnte Lehnregiſter des Stifts Minden beſagt: „Item recepit Henrik van Landesberghe II mansos cum I curia in Ostermunslo. — Item Hinrich van Landesberghe twe huve to Ostermunsle.“

3) gewundene Wachskerzen.

here unde vicarius to Idensen, de eyne na dem andir, myt dem koster alle donderdaghe eyne missen van dem billigen lycham unde Discubuit [1]), de statien vlytlyken unsen Hern Godt bydden vor Othraven van Landesberghe, vor Diderick van Landesberghe, Othravens vader, vor vrouwen Metten Russchepolen, syne modir, vor vrouwen Annen van dem Werder, vor ore modir unde vor alle de uth oren schlechten vorstorven syn unde ewychlyken vorsterven mogen van beyden linien.

Were averst jo sake, dat van unser beyder erven unde frunden ghelustede, sodanen hoff und renthe tho syck tho kopende, dat wy uns vorhopen nicht scheyn schal, szo schullen see dar ersten vorboreden uthgeven achtentych Rinsche gude vulwychtige Rinsche (*sic*) gulden, dat schall de kerckhere myt dem vicariesse unde olderluden samptlyken wedder beleggen an eyne ander wysse steide, dat idt jo blyfflick sy.

De macht schall noch de kerckhere edder vicarius offte olderlude alleyne hebben, sunder dat samptbosem [2]) wol besteidigen.

Wert ock sake, de kerckhere und vicarius tor tidt vorsatlick sumich und nicht flytich in dessem gadesdennste verhn, schollen de olderlude der kercken vullenkomen macht hebben, ssodan gudt und renthe tho borende tom besten der kercken unde patronen; dat setten wy samptlicken upp ore eigen samytticheyt hyr anne tho vorwarende, alze dencken myt Gade to besittende syn ewyge levent.

Ock en schall desse ergescreven vicarius syck des hoves noch renthe mher undermaten, alze ome in desser fundatien ys toghelaten, sunder flytich tho synde in dem gadesdennste, tho helpende dem kerckhern, wen de kerckhere und vicarius dat wallen laten, dat nicht myt eynem

---

1) Ev. Lucä XXII. 14, 15: „Et cum facta esset hora, discubuit, et duodecim apostoli cum eo. Et ait illis: Desiderio desideravi, hoc pascha manducare vobiscum, antequam patiar.“

2) Dieſes Wort iſt mir unbekannt.

andiren prestere ore stede besturden, schall eyn islick tho allen tyden enbernn eyn hympten korens van der renthe, dat schall tho voren gaen in vormeringe der gantzen renthe.

Unde wy Ffranciscus, bysschupp tho Mynden vorghemelt, willet, vulbordet und besteidyget dusse misse unde statien des hilligen lychammes myt allen dussen vorg. stucken, articulen, renthenn, gulden unde gude alze vorg. yss, unde mortificerenn de wartlyken guder in gheistlike wandel de setten de renthe, gulde unde gode vorben. unde alle de gude, de dartho horet unde gheven werdet, in beschermynge gheistlycker vryheydt, alzo dat dusset to ewygen tyden schall wyss, vast, steide, unvorseret blyven unde weysen.

Des wy tho furder bekantnisse unde tho eyner ewygen dechtnisse unsse inghesegel hebben ghehangen doin beneden an dusse fundatien.

Tho merer gheloven unde vestnisse der rechten warheyt hebbe ick Othravenn vann Landesbergenn vor my, myne erven unde alzweme myn rechte ingheseigell beneven myns gnedigen hern ing. heiten hangen.

Ghegheven nach der borth Gades unsses hern Ihesu Christi dusent viffhundert in dem achteynden jare, des sondaghes in der octaven corporis Christi.

Ad mandatum domini Francisci confirmati administratoris prefati Hinricus Cleve notarius subscripsit.

(Original auf Pergament. — Die beiden Siegel abgefallen.)

14.

Braunschweig 1519, August 17.

Johannes Steyn, rector capelle sancte Crucis in Messemerode, Myndensis dioec., ermächtigt Conradum Gossel [1]), pa-

---

1) Conr. Goſſel war der letzte Pfarrer zu S. Martini in Braunſchweig unter dem Pabſtthume. S. Rehtmeyer, Stadt-Braunſchw. Kirchen-Hiſt. Th V. Supplem. S. 43.

rochialis ecclesie sancti Martini, oppidi Brunswicens., Hild. dioec., plebanum, und Joh. Smeth, collegiate ecclesie in Wunstorp, Mynd. dioec., canonicum, zur Resignation auf sein Rectorat (zu Gunsten des Christoph. Smedt, clerici) ad manus validorum virorum, conditorum de Landesberge, vasallorum, patronorum sive collatorum, aut alterius cujuscunque, ad hoc proprietatem habentis, pure, libere et simpliciter in vim et effectum, ut eadem capella cuidam Christophoro Smedt, clerico, iterum conferatur.

Acta sunt hec Brunswigh, in dote sive habitatione domini plebani parochialis ecclesie St. Martini prefati 1519, die Mercurii, 17. Aug., pres. testib. Henric. Thomas, Henric. Fulhoen, cleric. Mogunt. dioec.

Vegl. durch Henric. Spangen, cleric. Hildes. dioec., publ. imp. auctor. notar. (Perg.)

15.

Hildebrand v. Lenthe bestätigt die von seinen Ahnen vorgenommene Schenkung zweier Stücke Landes, im Messmeroder Felde belegen, an die Küsterei zu Idensen.

1520, September 21.

Ick Hillebrandt van Lenthe [1]) bekenne witlicken unde apembare vormidelst dusem breve vor my, mynen rechten erven unde vor alsweme, dat ick hebbe vorghundt unde vorwilt, vorghunne unde vorwille jegenwardige in macht dusses breves de twe stucke landes, beleigen uppe deme Messemrader velde, eyn in deme Westervelde by dem weidemlande beleigen, dat ander by Harstvestes lande

---

[1]) Die Familie v. Lenthe besaß vom Stifte Minden mehrere Lehngüter in Idensen. Das Lehn-Register des gedachten Stifts besagt namentlich: Bertold van Lente — enen hof unde enen coten to Ydenhusen. — Dominus Hillebrandus de Lenten — III mansos in Ydenhusen titulo feodali. — Bertoldus de Lenthe habet VII mansos in Ydenesen. — Ernestus de Lenthe habet dimidiam decimam in Idenhusen. — Herbordus de Lenthe curiam in Ydenhusen.

beleigen vor dem Tidenbarghe [1]), welick landt myne vorelderen unde erven aver de hundert jare by de kosterige to Idensen in Gades ere qwidt, leidich, frig tynss unde teigeden, hebben gegeven dat gadest umme der szeilen salicheit umme der frygen grafft willenn, de myne vorher unde nha darsulves hebben gehadt; dat ick nha, wu de myne to vor my, dar by to ewigen tijden to blivende vorghundt hebbenn, vorwille unde vorghune jegenwardigen sunder entgeltnisse to blivende; unde hebbe dusses to mehrer wissenheidt, kantnisse der warheidt myn rechte erfflick ingheszeigel an dusse vorwillinge unde gyffte witlicken heiten hangen.

Gegeven nha der borth Cristi viffteinhundert am twintigesten jare, am dage Mathei, des hilligen appostels.

(Original auf Pergament. — Siegel abgefallen.)

16.

Johann Reſchen, Dechant der Kirche S. Johannis zu Minden, und General-Vicar des Biſchofs Franz von Minden, überträgt dem Geiſtlichen Bernh. Biſterfeld dem Jüngern die Commende am Altare St. Michaelis in der Idenſer Kirche.

1532, Mai 23.

Johannes Resschenn, decanus ecclesie sancti Johannis necnon reverendi in Christo patris et domini, domini Ffrancisci [2]), Dei et apostolice sedis gratia electi et confirmati ecclesie Mindensis, in spiritualibus vicarius et officialis generalis, universis et singulis divinorum et ecclesiarum recto-

---

[1]) Des Tidenberges (Tienberges) geſchieht bereits Erwähnung in einer bei Würdtwein, Subs. dipl. X, S. 66 u. f. abgedruckten Urkunde vom 2. November 1317, worin es heißt: „Nos comites (sc. Johannes senior ac Ludolphus junior de Wunstorpe) consentimus, ut idem episcopus (sc. Godefridus ecclesie Mindensis) et ipsius successores pro edificiis sibi necessariis lapides in monte, qui Tidenberch dicitur, scindi vel cedi faciant et deduci, quantum et quotiens eis fuerit oportunum.“ Vergl. auch Zeitſchr. des Vereins für Heſſiſche Geſch. und Landesk. Bd. VI, Heft 3 u. 4, S. 262 f. — Dieſer nordweſtlich von Bokeloh und nördlich von Meßmerode belegene Berg wird noch jetzt zu Steinbrüchen benutzt.

[2]) Biſchof Franz II. (Graf von Waldeck) von 1530 bis 1553.

ribus ceterisque presbiteris, clericis, notariis et tabellionibus publicis quibuscunque, per civitatem et diocesin Mindensem, ubilibet constitutis, salutem in Domino.

Honorabilem virum, dominum Bernhardum Bistervelt juniorem, clericum dicte Mindensis dioc. ad perpetuam ecclesiasticam elimosinam sive commendam ad altare sancti Michaelis in parrochiali ecclesia ville Idenssen, ejusdem Mindensis dioc., fundatam et erectam, per obitum domini Johannis Krepen, istius ultimi possessoris, vacantem, nobis per honorabilem virum, dominum Bernhardum Bistervelt seniorem, plebanum et rectorem, necnon oldermannos sive provisores prefate ecclesie in Idenssen, ad quos jus presentandi predicte elimosine sive commende, quotiens vacaverit, pleno jure spectare dinoscitur, legittime presentatum, instituendum et investiendum duximus ac instituimus et investivimus, prout investimus eundem dominum Bernhardum ad eandem presentem per tenorem; mandantes vobis omnibus et singulis supradictis, quatenus prefatum dominum Bernhardum Bistervelt juniorem vel ejus procuratorem suo nomine in et ad corporalem, realem et actualem possessionem dicte elimosine sive commende juriumque et pertinentiarum omnium ejusdem ponatis et inducatis, eidemque domino Bernhardo aut ejus procuratori de ipsius commende sive elimosine fructibus, redditibus, proventibus, juribus et obventionibus universis respondeatis et faciatis, quantum in vobis fuerit, plenarie et integre responderi, adhibitis circa premissa solempnitatibus solitis et consuetis.

In cujus rei testimonium sigillum nostri officialatus presentibus est appensum.

Datum anno millesimo quingentesimo trigesimo secundo, die vigesima tertia mensis Maji.

Georgius Wischman notarius subscripsit.

(Original auf Pergament. — Siegel abgefallen.)

17.

Ernſt Blome und deſſen Ehefrau verkaufen der Kirche zu Idenſen unter Vorbehalt des Wiederkaufs für 16 Goldgulden eine Jahresrente von 1 Malter Roggen aus ihrem Hofe zu Cronsboſtel.

1546, April 28.

Ick Ernst Bloeme[1]), Margarete[2]) van Vressenhusen, myne eelyke husfrouwe, bekennen unde betugen apenbare in dussem breve vor uns, unse rechten erven, erffnemen und alssweme, dat wy tho guder genoege upgeboeret und entfangen hebben van dena erhafftigen und bescheden hern Bernde Bysterveldt, kerckheren, Cort Frese und Hinrick Vassmer, olderlude der kercken tho Idenssen, szesteyn gude fulwichtige Rynssche goltgulden, guet van gewichte undt golde, de wy vorth in unse unde unser erven kentlike nuth und beste gekaerdt.

Darvor hebben wy den gemelten kerckheren unde olderluden vorkofft unnd vorkoepen oene jegenwardigen eines ewygen, steden, vasten und unvorbraken kopes in krafft und macht dusses breves eyn molder roggen jaerliker renthe uthe unssem fryenn gude und have thom Kroenssborstell[3]), dene nu thor tidt aerdiget unde buwet Bartolt Poell; welcker molder roggen marcketgeve kornrenthe schullen unde moegen de vorgeschreven kerckhere unde olderlude tho Idenssen alle jaer unvoryeret twysschenn Michaelis und der elven dussent megede dage nu erst komende na dato dusses breves unbehindert und unbekummerth upboeren van my und mynen erven edder je-

---

[1]) aus der holſteiniſchen Familie **Blome**, war unter Erich dem Aeltern ins Land gekommen und mit Munzel belehnt. Im J. 1573 machten, nach dem Tode des Ernſt Blome, ſeine Vettern Hans, Dieterich und Heinrich Blome, den Beſitz dieſes Lehns dem vom Herzoge Erich II. ferner damit belehenen Carl von Mandelsloh ſtreitig, wiewohl ſcheinbar ohne Erfolg. C. L. Grotefend.

[2]) Im Originale ſteht hier und weiter unten „Anna“ van V.; der Name Anna iſt jedoch durchſtrichen und „Margarete“ darüber geſchrieben.

[3]) Cronsboſtel, Dorf, Amts Blumenau.

mandes insperinge noch geystlikes offte wertlikes gerichtes edder rechtes, de dussem breve in jennigen articulen moechten entegen syn, nichtes darvan uthbescheden.

Idoch hebben wij beiden unde semptliken parte vor uns, unse erven und nakomen de gnade und macht in dussem sulven breve vorbeholden, dat wij alle jaer, welckerem deile dat ersten gelustet und belevet, schall und mach sodanen koep mit gelyker hovetsummen unde jaerliken renthe, wo vorgeschreven, uthe unsem erve und guede wedder affkoepenn.

Wen wy denne des gesynnet und geneget synth, schullen unnd willen wy unser eyn parth dem anderen eyne rechte vulstendige loessekundinge doen in denn veer hilligen dagen tho wynachten unnd den vorth inn den veer hilligen dagen tho paesschen, der loessekundinge noegest und erst volgende, solcke vorbenoempten ssestein Rynssche goltgulden mit allen hinderstendigen effte upgeslagen tynssen, sso der welcke torugge gebleven weren, deger und alle in eynem hope sunder allen vortoch unde upholt guetliken unnd woll to dancke wedder geven und betalen.

Wenn deme also geschein, alssedenne und nicht eer, is uns, unsen erven dat vorbenemede guedt van velgedachten kerckheren unde olderluden tho Idenssen wedder fryg, quydt, leddich unde loess.

Alle dusse vorgescreven puncta unde artickell dusses breves rede und lave ick Ernst Bloeme, Margarete van Vressenhusen, myn eylike husfrouwe, vor uns unde unse erven medebescreven stede, vaste, unvorbraken unde in eedestaedt woll to holdende sunder alle exceptiones, older offte nyen funde, so vor oegen edder tokumpstigen geschein unde werden moechten; vertygen ock hirinne unde mede vor uns und unse medebescreven jegenwardigen und in krafft dusses breves alle pavestlike unde keysserliken indulta, statuta, privilegia, gnade, frygheit unde gerechticheit, wo men de unde dergeliken in tokomenden tiden edder vor oegen jummer erdencken konde und mochte.

In orkunde der warheit und furder bekentenisse hebbe ick oergedachte Ernst Bloeme myn rechte erfflike unde angebaren ingesegell vor my unde myne rechten erven bavengeschreven ahn dussen breff doin witliken hangen, de gegeven unde geschreven is na Cristi, unses heren und salichmakers geboerth veffteynhundert darna in deme sess und veertigesten jaere, des midtwekens in dem hilligen oesteren.

(Original auf Pergament. — Siegel abgefallen.)

18.

Schuldverschreibung der Gebrüder v. Landesberg über 90 Goldgulden zu Gunsten der Idenser Kirche.

Stadthagen, 1553, September 9.

Wy Christoffer, Dyrick unnd Joesth van Landesberge gebrodere, zeligenn Oithravenn van Landesberge ssoness, bekennen unnd dhon kunth in dussem unsenn openem vorssegeldhen breve vor unss, unse rechten erven und alsweme, dath wy den erafftigen, ersamen unnd wolbescheidenn heren Berende Bisterfeldhe, kerckherenn, Corde Fressenn unnd Henrick Vassmer, alse sempthliche patronen und vorstenderss der elven dusenth megede tho Idenssenn ahn unss in unse behusynge thom Grevenalveshagen geforderth, darsulvest myth ohene eynen guitlichen und frunthlichen handell und vordracht geslathen und vullentagenn der schulde halven, sso unse zelige vader by ohene hindergelathenn nha uithwisunge der breff unnd zegell, daraver upgericht, nempthlich negentich vulwichtige golth Rinsche gulden, de wy ohene schuldich gewordenn; szo unnd naichteme unse vader zeliger unss nha synem doithlichem affgange in eyner marckliken summen schuldt hindergelathen, der wy unser gelege nha nicht vorthokomende wusten; bessunderen de creditorenn sick uith ssunderlicher gunst mith unss ingelaten unnd unss de uperwossen tynsse und schaden ock thom dele wes in der hovethsummen fallen lathen und nhagegeven, hebben wy unss lickmeitich mith upgemelten pastore unnd olderluiden ingelathenn, tho

welcher behoiff sse unss alle nhastendigen tynsse, schaden unnd anderst fallen lathen unnd dusse folgenden contract, idoich den vorigen breff und zegelen unscheithlich, upgerichteth. Welcke negentich golthgulden wy unnd unsse rechten erven scholenn und willenn den upgedaichten heren Berende Bisterfelde unde vorstenderenn vorgesechter kercken alle jar unvorjarth myth vher golthgulden unde derteyndenhalven marrynkrossen, ideren golthgulden vor viff unde twyntich marrynkrossen tho betalende, vortynssenn ssunder jennigerleyge hinder offte kummer noich geisthliches offte warthliches gerichtes und rechtes twisken nhu dato ersthkomende Michaelis unnde wynnachten hilligen dagen, unnd ohene de bedagethen tynse in ohr egen und ssulvesth gewarsam ahene alle ohren bowislichenn schadenn und unkoft thoschickenn und enthrichten lathenn.

Wy hebbenn unss aver vor unss, unse rechten erven in dussem sulven breve de gnade und macht vorbeholden, wen unss edder unsen erven vorgescr. dath ahngelick offte beqweme iss, alsedenne mogen wy ssodanen tynss myth gelichenn negentich golthgulden wedder tho unss loisenn und koepenn, wo enssodaness de rechten hovethbreve mythbryngenn, wanner wy unnd unse ervenn ohene darup eyne rechte bestendige losekundunge dhon in den vher hilligen dagenn tho wynnachtenn unnd geven ohene denne up folgendhenn paschenn de negentich golthgulden hovethsummen sampth allen bedagedenn und nhastendigen tynsenn, sso der welck van huite dato dusses breves uperwossen weren hinderstellich geblevenn, guithlichen unnd woll tho dancke in eynem hoepe wedder.

Wen solches gescheynn, den unnd nicht eher, synth wy und unse erven der upgemelten tynse enthledigeth.

Alle vorgescrevenenn puncte und brevess inholte redenn und laven wy Cristoffer, Dirick unnd Joest van Landesberge, gebrodere upgedaicht, vor unss und unse rechtenn ervenn vasth, unvorbrakenn by unsen waren wordenn wol tho holdende, unscheidthlich der anderenn vorscryvunge, welker unse zeligenn elderenn den upgedaichten kerckhe-

renn und vorstenderen tho Idenssenn sunderlich vorscrevenn und vorsegelth hebbenn, ssunder alle unnd jennigerleige nigefunde, behelp unnd argelist.

Inn orkunde der warheidt hebbe ick Cristoffer van Landesberge alse de oldeste van unss broderen myn ahngebaren ingesegell ader pitzer, dess wy sempthlichen hirtho gebruken, withlichenn ahn dussenn breff hethen dhon hangenn, nha Cristi geborth veffteynn hunderth unnd im dre unnd vefftigesten jare, des sunnavendes nha nativitatis Marie virginis.

(Original auf Pergament. — Siegel abgefallen.)

19.

König Friedrich Wilhelm I. von Preußen vertauscht dem Könige Georg I. von Großbritannien das Patronatrecht über die Pfarre zu Idenſen gegen das Patronatrecht über die Pfarre zu Weſerlingen.

Im Lager bei Stettin, 1715, Juni 15.

Nachdem Seine Königliche Majeſtät von Groß-Britannien undt Churfürſtl. Durchl. zu Braunſchweig-Lüneburg [1]) bey Seiner Königlichen Majeſtät in Preußen [2]) ꝛc. Unſern allergnädigſten Herrn, in freundt-Vetterlichen Vorſchlag bringen laſſen, wie daß Selbe wohl geneigt wehren, das Jus Patronatus, welches Deroſelben bey dem primariat undt Pfarre zu Weſerlingen im Fürſtenthumb Halberſtadt competiret, mit dem Jure Patronatus bey der Pfarre zu Idenſen im Ambt Bockeloh, Fürſtenthumbs Calenberg, ſo da Seine Königliche Majeſtät in Preußen, Unſer allergnädigſter Herr, alß Fürſt zu Minden bishero exerciret haben, zu permutiren; Undt dann mehrhöchſtgedachte Seine Königliche Majeſtät in Preußen Ihnen dieſen Vetterlichen Vorſchlag, wie Sie ohnedem geneigt ſeyndt, Seiner Königlichen Majeſtät von Groß-Britannien zu willfahren, gefallen laſſen; Alß cediren Dieſelbe vor Sich undt Ihre Nachkommen, Könige in Preußen, Churfürſten zu Brandenburg, undt Fürſten zu Minden hiemit undt in Krafft dieſes, wie es zu Recht

---

1) Georg I. regierte von 1698 bis 1727, beſtieg den engliſchen Thron 1714.

2) Friedrich Wilhelm I. regierte von 1713 bis 1740.

geſchehen mag, an Seine Königliche Majeſtät in Groß-Britannien undt Churfürſten zu Braunſchweig-Lüneburg, Dero Erben undt Nachkommen gegen obige Condition, daß hingegen Ihnen auch das Jus Patronatus zu Weſerlingen völlig hinwiederumb abgetretten undt eine gleichmäßige renuntiation undt Cession darüber ertheilet werden ſolle, das Jus Patronatus bey ermeldeter Pfarre zu Idenſen ſo, wie ſelbige Ihro Gottſehlige Vorfahren, auch die Biſchöffe zu Minden vorhin hergebracht, undt wollen Demſelben en faveur Seiner Königlichen Majeſtät in Groß-Britannien undt Dero Erben undt Nachkommen an dem Chur-Hauſe Braunſchweig-Lüneburg beſtändigſt renunciiret haben.

Signatum im Lager bey Stettin den 15ten Juny 1715.

(unterz.) Wilhelm.

Seine Königliche Majeſtät in Preußen ꝛc. cediren das Ihro zuſtehende Jus Patronatus bey der Pfarre zu Idenſen an des Königs von Groß-Britannien Maytt. gegen gleichmäßige Abtrettung des Juris Patronatus an der Pfarre zu Weſerlingen.

(Original auf Papier mit dem aufgedruckten Königlichen Siegel.)

20.

Bevollmächtigung des Conſiſtoriums zu Hannover behuf Empfangnahme der vorſtehenden Urkunde u. ſ. w.

Hannover, 1715, September 30.

Demnach Ihro Königl. Maytt. von Groß-Brittannien Unſer allergnädigſterr Herr, das über die im Brandenburgiſchen belegene Pfarre zu Weſerlingen habende Jus Patronatus mit Ihro Königl. Maytt. von Preußen Unſers gleichfalls allergnädigſten Herrn, gegen das über die Pfarre zu Idenſen in hieſigen Churfürſtl. Landen belegene Pfarre habende Jus Patronatus permutiret und cediret, auch darüber von Beyden ſeiten die Cessions-Scheine ausgefertiget worden: Und dan dieſelbe am 3. Octobris zu Hagenburg gegen einander auszuwechſeln Beliebet worden; Alß haben wir Vorzeigern dieſes hiemit Bevollmächtiget, den von Ihro Königl. Maytt. in Preußen ausgeſtelleten original-Cession-Schein anzunehmen, und den von Ihro Königl. Maytt. von Groß-Brittannien ertheilten

Schein dagegen zu extradiren; Uhrkundlich des hierunter gedruckten Consistorial-Secrets geben Hannover den 30. Septembr. Anno 1715.

Königl. Groß-Brittanniſche zum Churfürſtl. Braunſchw.-Lüneb. Consistorio verordnete Conſiſtorial- und Kirchen-Räthe.

(unterz.) Gerhard Abt zu Lockum [1]) mpr.

(Original auf Papier mit aufgedrucktem Siegel.)

---

[1]) Dr. Gerhard Wolter Molanus, einer der ausgezeichnetſten Männer ſeiner Zeit, wurde im J. 1674 als Kirchenrath und Director der Kirchen des Fürſtenthums Calenberg nach Hannover berufen. 1677 wurde er wirklicher Abt zu Loccum, Primas der Calenbergiſchen Landſtände, erſter Kirchenrath und Präſident des Hannoverſchen Conſiſtoriums. Er war 1633 zu Hameln geboren und ſtarb unverheirathet am 7. September 1722. Vergl. Schlegel a. a. O. S. 258 u. f. und 376; Salfeld, Sammlung ꝛc. S. 125 u. f.

Actenmäßige Darstellung meines Verfahrens in der Zeit wie unser Land mit der nachher würklich erfolgten französischen Invasion bedrohet wurde.

Von dem

Staats- und Cabinets-Minister **Ernst Ludwig Julius von Lenthe**[1]).

Mein Verfahren in diesem unglücklichen Zeitpunkte hat sich natürlicher Weise nach der Lage, worin wir damals waren,

---

[1]) Das hier mitgetheilte, für die Geschichte der betreffenden Zeit äußerst wichtige Mémoire des Staats- und Cabinets-Ministers von Lenthe, welches mir auf wiederholtes Bitten von dessen Großsohne, dem Justizrath a. D. Ernst von Lenthe zu Lenthe, zum Abdruck mitgetheilt ist, ward im December 1804 zu dem Zwecke geschrieben, das Verfahren des Verfassers während der vorhergegangenen Jahre in Betreff der politischen Angelegenheiten des hannoverschen Landes zu rechtfertigen. Derselbe schreibt darüber in seinen von ihm selbst im Jahre 1813 aufgesetzten Lebensnachrichten: „Von meinem Benehmen in Ansehung der politischen Verhältnisse unseres Landes habe ich, wie ich England verließ (Mitte Juni 1805), einen schriftlichen Bericht in der dortigen Registratur niedergelegt, dessen Concept meine Kinder unter meinen Papieren finden werden, und welcher, wie ich glaube, mein Verfahren hinlänglich rechtfertiget. Er enthält keine Geheimnisse, weil keine Ursache mehr vorhanden ist das zu verschweigen, was ich darin gesagt habe, und wenn ich nicht umhingekonnt, auf Andre einige Schuld zu wälzen, so bleibt doch so viel gewiß, daß der letzte Ausgang wenig anders gewesen wäre, wenn sie sich auch mit mehr Energie benommen hätten. Er hätte ehrenvoller für die Truppen sein, dem Lande aber leicht noch größeres Unglück zuziehen können, und der Uebermacht hätten wir doch in jedem Falle weichen müssen."

Gelegentlich darf hier erwähnt werden, daß das Benehmen des Feldmarschalls Grafen Wallmoden in jener Zeit eine vortreffliche, auf die eigenen Rechtfertigungsschriften des Feldmarschalls begründete

den Verhältniſſen, worin wir zu den benachbarten Mächten ſtanden, und den Hülfsmitteln, die wir hatten, richten müſſen. Nach dem Urtheile, was ich hiervon fällete, habe ich auch die Art und die Größe der Gefahr geſchätzt, worin wir ſchwebten, und die Schritte beſtimmt, die von hieraus geſchehen oder vorgeſchrieben werden konnten, und eine Unterſuchung über mein Verfahren kann nur die Fragen zum Gegenſtande haben:

Ob mein Urtheil über dieſe unſre Lage und Verhältniſſe vernünftig und in den Umſtänden gegründet geweſen? und ob ich nach dieſem Urtheil andre Schritte hätte thun, und andre Maßregeln angeben ſollen und können?

Die erſte dieſer beiden Fragen macht es nothwendig in ältere Zeiten zurückzugehen, um das politiſche Verhältniß des Churfürſtenthums in dem Augenblicke auseinander zu ſetzen.

Daß ein Staat wie dieſer nicht innere Kraft genug haben könne, um allein eine auch nur defenſive Rolle zu ſpielen,

---

Beleuchtung in der in Berlin erſcheinenden Zeitſchrift für Kunſt, Wiſſenſchaft und Geſchichte des Krieges. Jahrgang 1854. Siebentes und achtes Heft, in einem Aufſatze erfahren hat, welcher, wie die Redaction der Zeitſchrift dazu bemerkt, „von hoher, wohlerfahrener Hand herrührt, und ein lebendiges Bild der moraliſchen und Verwaltungs-Zuſtände abgiebt, welche die Kataſtrophe von 1806 hervorgerufen haben.“ „Was kann — heißt es in dieſer Bemerkung weiter — ein tüchtiges Werkzeug nützen, wenn der Künſtler, der es handhaben ſoll, unfähig iſt? Die Befehle des Feldmarſchalls v. Wallmoden ſind aus derſelben Quelle hervorgegangen, aus welcher des Miniſters v. Schulenburg unvergeßlicher Anſchlag floß: „Ruhe iſt die erſte Bürgerpflicht. Der König hat eine große Schlacht verloren. Der König und ſein Bruder leben!“ Es iſt derſelbe Geiſt, der die ſchon eingeſchifften Gewehre vor dem Zeughauſe wieder ausladen ließ, weil man um 6 Pfennige für das Hundert an Transportkoſten von Berlin nach Küſtrin nicht einig werden konnte, während der Feind vor den Thoren ſtand; dieſelbe Nachläſſigkeit, die den Commandanten von Küſtrin im Einverſtändniß mit ſeinem Kriegsrathe veranlaßte, der vorbeimarſchirenden franzöſiſchen Cavallerie die Capitulation anzubieten. War es Verrath? Nein, gewiß nicht! Es war, wie wir hier recht augenſcheinlich ſehen, Unfähigkeit, hervorgerufen durch moraliſche Schwäche, und zur zweiten Natur gewordenes Formenweſen.“

Celle, im December 1857.

E. v. Lenthe.

bedarf keines Beweiſes. Nur in ſeinen Verbindungen mit andern größeren kann er ſeinen Schutz und ſeine Sicherheit finden. Er muß aber, um dergleichen Verbindungen zu erhalten, ſich dieſen größeren Staaten intereſſant machen können, und muß folglich die Kräfte, die er hat, in der Maße zu ſeiner Dispoſition haben, daß ſie zu ſeiner und ſeiner Nachbaren Deckung und Sicherheit gebraucht werden können und einen verhältnißmäßig nicht unbedeutenden Zuwachs zu den vereinigten Defenſionsmitteln abgeben. So hat auch Chur-Braunſchweig bis Ende des Jahrs 1794 geſtanden. Das ſchöne mit allem wohl verſehene Truppen-Corps, was in Friedenszeiten aus 16,000 bis 18,000 Mann beſtand und in Kriegszeiten mit Hülfe von Subſidien leicht auf 20,000 bis 24,000 gebracht werden konnte, war für jede Armee, mit welcher es vereinigt wurde, ein ſehr bedeutender Zuwachs.

Großbritannien, welches ſeit der Gelangung des Hauſes Hannover zum Thron faſt immer auf dieſes Corps rechnen konnte, ſobald es ein Heer in Deutſchland aufzuſtellen für nöthig fand, erhielt dadurch ein entſchiedenes großes Intereſſe bei der Erhaltung des Churfürſtenthums, und mußte daher ſeines eigenen Vortheiles willen das Gewicht dieſes Staates in Deutſchland vermehren; Preußen, ſo lange es mit Großbritannien in gutem Vernehmen ſtand, hatte dasſelbe Intereſſe; und die kleineren Provinzen des nördlichen Deutſchlands ſahen in Hannover einen Staat, der ihnen nie gefährlich wurde, wohl aber in manchen Fällen höchſt nützlich ſein konnte. Aber dieſes ganze Verhältniß hatte ſich ſeit dem Ende des Jahres 1794 geändert. Großbritannien hatte nach dem unglücklichen Ausgange des auf dem feſten Lande geführten Krieges, der die feindliche Armee bis auf die Grenzen Hannovers gebracht hatte, nicht nur alle ſeine eigenen Truppen zurückgezogen, ſondern auch alle in Sold genommenen entlaſſen, und man war in England unbillig genug, gegen Hannover, das man doch nicht ſchützen wollte, eine Art von Widerwillen zu faſſen, weil es in dem hülfsloſen Zuſtande, worin es verſetzt war, auf ſeine eigene Sicherheit gedacht hatte und ſich ohne alle Hoffnung des Erfolgs für England nicht aufopfern und dem ihm ange-

botenen Vortheile einer auf den Baseler Frieden gegründeten Neutralität nicht entsagen wollte. Preußen, welches immer nur das Haus Oesterreich allein für seinen Feind ansieht und seinen Standpunkt auf Frankreichs Seite zu finden glaubte, weil dieses mit Oesterreich im Kriege war, hatte die Coalition verlassen, hatte sich dabei Vortheile ausbedungen, die es nur durch Frankreich erhalten konnte, die ihm aber dieses auch sehr gerne versprach, um es von dieser Coalition zu trennen, und war dadurch mit England in äußerst gespannten Verhältnissen. Sein Interesse für Hannover hatte daher nicht nur aufgehört, sondern man war vielmehr französischer Seits längst bemühet gewesen, es durch die Aussicht zu reizen, daß es dieses Land ganz für sich adquiriren könnte, und wenngleich die darauf gerichteten wiederholten französischen Vorschläge in Berlin noch allezeit abgelehnt waren, so wurde es doch immer klarer, daß dieser Hof durch Frankreich nicht bloß Entschädigungen, sondern Vergrößerungen zu erhalten hoffe. Die mit Frankreich verabredete Demarcationslinie war geständiger Maßen zur Sicherheit beider Theile errichtet. Denen hinter derselben liegenden nördlichen Provinzen Deutschlands wurde sie als eine Grenze vorgestellet, die die Franzosen nicht zu überschreiten versprochen hätten, die man aber doch um mehrerer Sicherheit willen durch eine zusammengebrachte Observations-Armee gegen etwaige französische Angriffe decken müsse; und unter dem Vorwande, daß dergleichen Angriffe am ehesten durch Hannovers Vereinigung mit England herbeigeführt werden könnten, das Churfürstenthum also von allen das größte Interesse dabei hätte, wälzte man auch auf dasselbe den größten Theil der Kosten; die preußischen Provinzen in Westphalen hingegen befreiete man von allem Beitrage zum Unterhalte dieser Armee. Bei Frankreich selbst aber galt diese Linie für eine solche, die von keiner andern Macht zum Angriffe gegen dasselbe überschritten werden sollte, und es hielt jene Observations-Armee für ein zu seiner Decke dorten stehendes Heer, welches der preußische General, unter dessen Befehlen es stand, gegen Oesterreich oder England würde anführen müssen, sobald eine dieser Mächte von der Seite gegen Frankreich sollte vordringen wollen. Es

fällt in die Augen, in welche ängstliche und würklich hülflose Lage Hannover durch diese Verhältnisse gesetzt war. Von allen seinen Nachbarn wurde es als der Grund der ihnen drohenden Gefahr angesehen, es war mehr bewacht als geschützt, und mußte mit sehr ansehnlichen, die gewöhnlichen Einkünfte der Cassen weit übersteigenden, folglich eine große Schuldenlast herbeiführenden Kosten eine Armee unterhalten, über welche es keine Disposition hatte, die eben sowohl zu seinem Untergange als zu seiner Deckung gebraucht werden konnte, und in welche man die hannöverischen Truppen eben so sehr um sie entwaffnen zu können gezogen zu haben schien, als um mit ihnen zur allgemeinen Vertheidigung zu fechten. Wir hatten keinen eigentlichen Feind, aber auch durchaus keinen Freund auf den wir rechnen konnten, und unsere ganze Politik konnte nur die sein, uns an die eine Macht, in deren Händen wir sowohl wegen ihrer überwiegenden Stärke, als wegen unsrer Lage ohnedem waren, so gut wie möglich anzuschließen und es nun darauf ankommen zu lassen, ob deren Politik für oder wider uns entscheiden würde. Nach den Worten der Verträge mußten wir so lange nichts zu fürchten haben, als nicht von unsrer Seite her ein Angriff gegen Frankreich geschahe, und da hierzu nicht der entfernteste Anschein war, so glaubten die Einwohner unseres Landes, ja selbst zum Theil unsre Stände, an eine Sicherheit, von welcher diejenigen, die die Umstände kannten, nur zu sehr wußten, wie ungewiß sie war. Wir mußten sie wählen, weil wir nichts besseres schaffen konnten, und schmeichelten uns freilich, daß Preußens wahres Interesse immer zu unserm Vortheil entscheiden müsse, weil die Gefahr, worin ein französisches Heer, das ins nördliche Deutschland vordränge, es setzen würde, uns jeden Gewinn weit zu überwiegen schien, den es auf andere Weise zu erhalten hoffen konnte. Vielleicht hätte der Erfolg diese Vermuthung bestätiget, und wir wären in der Ruhe, deren wir bis zum Anfang des Jahres 1801 genossen und während welcher unser Land so sehr aufblühete, geblieben, wenn nicht auf einmal die Macht, mit welcher England am engsten verbunden zu sein schien, sein heftigster Feind geworden, wenn nicht ein Krieg

Großbritanniens gegen Rußland, Dänemark und Schweden entſtanden wäre, bei welchem Preußen, wenn es gleich nicht ſelbſt kriegführende Macht war, doch entſchieden auf ihrer Seite ſtand und ſich eben daher auch noch enger an Frankreich ſchloß.

Es war am Ende des Jahres 1800, wie der heftige Charakter Kaiſer Pauls, gereizt ſowohl durch die von ſeinen beiden Alliirten, Oeſterreich und Großbritannien, ſeiner Meinung nach erlittene ſchlechte Behandlung, als durch die Inſinuation Frankreichs, welches dieſe Stimmung zu benutzen wußte, ihn zu dem Entſchluß brachte, mit England zu brechen und zugleich mit den nordiſchen Seemächten ein Bündniß zur Deckung der neutralen Schifffahrt zu ſchließen, in welchem die engliſcher Seits immer ſo ſehr beſtrittenen Grundſätze der bewaffneten Neutralität von 1781 aufgeſtellt waren und nach welchem deren Anwendung wieder mit den Waffen geſchützt werden ſollte. Kaum hatte man hier den würklichen Abſchluß dieſes Traktates zwiſchen Rußland und Schweden und deſſen ſofortige Abſendung von Petersburg nach Copenhagen, um Dänemarks Beitritt zu erhalten, erfahren, wie man im Januar 1801 ein Embargo auf alle Schiffe dieſer drei Nationen, die in den brittiſchen Häfen waren, legte und den Befehl gab, daß auch die, ſo in See angetroffen würden, eingebracht und vorläufig zurückgehalten werden ſollten. Preußen wurde in dieſe Maßregel nicht mit einbegriffen, weil das engliſche Miniſterium, ſo mißtrauiſch es auch gegen dasſelbe war, doch von deſſen würklichem Beitritt zu dem Traktat noch keine Nachricht hatte, auch vielleicht hoffte, daß es, da es keine Seemacht iſt und durch den freien Handel mit England beträchtlichen Gewinnſt zu erwarten hatte, den entſcheidenden Schritt nicht thun würde, und ihm gar ſehr daran gelegen war es davon abzuhalten. Unterſucht man das wahre Intereſſe des Berliner Hofes, ſo ergiebt ſich ohnſtreitig, daß ihm nichts vortheilhafter hätte ſein können, als wenn er bei dieſem neuen Streite ſeine Neutralität völlig beibehalten und durchaus nur den Zuſchauer abgegeben hätte. Er hatte freilich auch Klagen über Schiffe, die engliſcher Seits angehalten oder weggenommen waren, und

vielleicht zum Theil mit Grunde zu führen, aber alle dieſe Schiffe waren das Eigenthum von Privatperſonen, die ſich durch Aſſecuranzen großentheils ſchadlos geſetzt hatten, und der Verluſt ſtand mit dem großen Gewinnſte in keiner Vergleichung, den die vermehrte preußiſche Schifffahrt gewährt hatte, und noch weit weniger mit dem, den ſie gewähren mußte, wenn auch der Handel zwiſchen England und den nordiſchen Mächten unter fremder neutraler Flagge geführet wurde; es war alſo um deſto weniger ein Grund vorhanden, jene Klagen durch die Waffen auszufechten, da der Berliner Hof eigentlichen Beleidigungen, dergleichen Dänemark und Schweden erfahren hatten, nicht ausgeſetzt ſein konnte, weil er kein Kriegsſchiff in See ſchickt, ihm aber äußerſt daran gelegen ſein mußte, den Norden von Deutſchland in Ruhe und den Handel auf deſſen Strömen ungeſtört zu erhalten. So wie demnach es engliſcher Seits gewiß eine weiſe Politik war, den Bruch mit Preußen nicht zu beſchleunigen, ſondern vielmehr dieſer Macht jede Schonung zu beweiſen, die ſie in den Stand ſetzen konnte ihn zu vermeiden, ſo mochte auch wohl mit Recht hannöveriſcher Seits verſucht werden, ob nicht auf dieſes preußiſche Intereſſe einige Maßregeln zur eigenen Sicherheit gegründet werden könnten. Wir geriethen durch den ausbrechenden Krieg in die größeſte Gefahr, und wenn unſre Nachbaren ſich nicht unter ſich und mit uns vereinigen wollten, um zu verhindern, daß derſelbe ſich in unſre Gegenden verbreite, ſo war für uns kein Mittel möglich, um dieſe Gefahr abzuwenden. Ein Verſuch, ſie zu einer ſolchen Vereinigung zu bringen, hätte alſo gemacht werden müſſen, wenn man auch gewiß zum voraus hätte wiſſen können, daß er mißlingen würde, und durfte um deſto weniger unterlaſſen werden, da er durch das wahre preußiſche Intereſſe unterſtützt werden konnte, da es auch dem Copenhagener Hofe äußerſt erwünſcht hätte ſein müſſen, wenn er ſeine deutſchen Staaten gegen einen feindlichen Angriff hätte ſicher ſetzen und deren Handel decken können, da der Vortheil aller übrigen Provinzen des nördlichen Deutſchlands unverkennbar war, und da das engliſche Miniſterium ſich dahin erklärte, daß es die Neutralität Deutſchlands gerne

reſpectiren würde, wenn es von der Seite nur nicht ſelbſt angegriffen würde. Gleich unter dem 27. Januar ging daher ein Königl. Befehl nach Hannover, um einen ſolchen Antrag in Berlin zu thun, und ich ſchrieb einen Handbrief an den Staatsſecretär Grafen Bernſtorf nach Copenhagen, um den Gedanken dort in Ueberlegung zu bringen. Er wurde aber von ihm, vornehmlich wohl aus Furcht vor Rußland, gleich in einem Briefe vom 14. Februar abgelehnt, und von Berlin aus iſt auf die eingereichte Note nie eine Antwort erfolgt, da dieſer Hof bald zu ganz andern Maßregeln ſchritt.

Schon den 12. Februar declarirte nämlich der preußiſche Miniſter Graf Haugwitz in einer Antwortsnote, die er dem engliſchen Geſandten Lord Carysfort gab: die beſondern Streitigkeiten zwiſchen England und Rußland beträfen die Erfüllung von Verträgen, von welchen Preußen keine directe Kenntniß erhalten habe, und wären ihm folglich fremd, aber der Convention maritime ſei es förmlich beigetreten, werde die Bedingungen derſelben genau erfüllen, und dieſe Convention aufrecht erhalten par telles mesures efficaces que l'urgence du cas pourra exiger. Le respect pour les engagemens dirigera la démarche du Roi. — Il doit à des stipulations qui n'eurent rien de hostile, que la sureté de ses sujets lui dicte, tous les moyens que la providence a mis en son pouvoir. Il n'y a que la revocation et la levée pleniere de l'Embargo qui puisse remettre les choses à leur place — Ces mesures tant qu'elles subsistent et prises en haine d'un principe commun et d'un engagement qui ne peut plus s'ébranler, la rélation hostile qui en est la suite, amènent nécessairement le cas du traité, et le soussigné a ordre de péclarer au Ministre de S. M. B. que le Roi en donnant ses regrets à des évenements qu'il n'eut jamais provoqués remplira saintement les obligations que les traités lui préscrivent.

Dieſes waren die Ausdrücke einer Note, welche über die feindlichen Abſichten Preußens gegen Großbritannien eben ſo wenig als über die Art, wie es ſie ausführen wollte, Zweifel laſſen konnte, denn Preußen hat keinen Weg die moyens

que la providence à mis en son pouvoir, gegen England anzuwenden, als den, den englischen Handel mit dem nördlichen Deutschlande zu sperren, — wodurch es sich selbst den größten Schaden thut; und den zweiten, welchen England gar nicht als gegen dasselbe gerichtet ansieht — das mit demselben unter einem Herrn stehende Churfürstenthum Braunschweig-Lüneburg anzugreifen. Hätte aber noch irgend eine Hoffnung Statt finden können, daß diese Macht, welche in eben erwähnter Note einen solchen Werth auf die Erfüllung traktatenmäßiger Verbindlichkeiten legte, sich auch durch diejenigen, die es gegen Hannover übernommen hatte, von Feindseligkeiten gegen dasselbe würde abhalten lassen, so hätten die Aeußerungen sie vernichten müssen, welche Graf Haugwitz an demselben 12. Februar, von welchem jene Note datirt ist, gegen den Herrn v. Reden, den hannöverischen Gesandten, that, dem er auf die Frage: ob wohl der russische Kaiser Hannover angreifen würde? zur Antwort gab: Das hätten wir wohl so sehr nicht zu besorgen, zumahl da Preußen selbst nie leiden würde, daß russische Truppen sich da festsetzten, aber wir hätten an Frankreich einen weit gefährlicheren Feind, denn dieses habe in dieser letzten Zeit schon drei Mal bei dem Könige wieder angetragen das Hannöverische zu besetzen, puisqu'il falloit chercher son ennemi partout où on pourroit l'atteindre. Sollte Frankreich ohnerachtet der Demarcationslinie, die es nicht zu überschreiten sich gegen Preußen selbst verbindlich gemacht hatte, und ohnerachtet der aus preußischen und hannöverischen Truppen zusammengesetzten Observations-Armee unser gefährlichster Feind sein, auf welchen das nicht leiden, was gegen Rußland eintreten sollte, nicht angewendet wurde, so war es wohl völlig klar, was preußischer Seits für Absichten gehegt wurden. Auch erkannte das Ministerium in Hannover in einem Collegialschreiben vom 19. Februar an mich, daß an seiner Seite nunmehr nichts weiter geschehen könne, sondern alle Hülfe von dem brittischen Ministerium erwartet und folglich durch mich sollicitirt werden müßte.

Aber diese Hülfe uns durch die Waffen angedeihen zu lassen, war man hier eben so abgeneigt, als außer Stande,

und ſobald die Schonung, die man gegen die preußiſchen Schiffe eintreten zu laſſen geneigt war, nicht hinreichte um den Berliner Hof zu beruhigen, ſondern dieſer auf den Grundſätzen der Convention maritime und auf Aufhebung des Embargo als auf einer conditione sine qua non beſtand, ſo konnte ich auch hier nichts ausrichten, weil ich kein anderes Mittel vorzuſchlagen hatte: denn das eben eingetretene neue engliſche Miniſterium blieb ganz auf dem Wege, den ſeine Vorgänger betreten hatten, die Rüſtungen wurden mit gedoppeltem Eifer getrieben und es wurde mir beſtimmt geſagt, daß derjenige engliſche Miniſter den Kopf verlieren würde, der die in der Behandlung der neutralen Seemächte von Großbritannien allezeit behaupteten Grundſätze aufgeben wollte. Auch hatte der König ſelbſt von jeher eben ſo gegen mich geſprochen und würde mich alſo nicht unterſtützt haben, wenn er auch wohl geweſen wäre. Er war aber krank und ich konnte keine Befehle von ihm einholen. So wenig in dieſer verzweiflungsvollen Lage alſo von mir etwas ausgerichtet werden konnte, ſo wenig waren die in Hannover angewandten Bemühungen und ſelbſt die von dem Herzoge von Cambridge ſchon den 25. Februar nach Berlin vorgenommene Reiſe von einigem Erfolg. Dem König von Preußen waren perſönlich gewaltſame Maßregeln gegen Hannover allerdings unangenehm. Dennoch aber geſtand er den 1. März in einer Unterredung mit dem Ober-Adjudanten des Herzogs, dem damaligen Hauptmann v. d. Decken, „daß er ſeinen eingegangenen Verbindungen nach das Land durch ſeine Truppen werde beſetzen laſſen müſſen, wenn England ſich nicht nachgiebiger bezeige; und zwar käme es jetzt dabei auch nicht mehr bloß auf Zurücknehmung des auf däniſche und ſchwediſche Schiffe gelegten Embargo und auf die Grundſätze der Convention maritime an, ſondern es müſſe auch wegen Malta nachgeben. Er habe anfangs ſeine Sache der nordiſchen Neutralität von der ruſſiſchen und engliſchen Streitigkeit wegen Malta trennen wollen; jetzt ſei er aber engere Verbindungen mit Rußland eingegangen, die es ihm ohnmöglich machten, ſich mit England auszuſöhnen, wenn es nicht in beiden Punkten nachgäbe.“

(Es ist wichtig, auf diese Aeußerung des Königs zu achten, um die preußischen Gesinnungen recht zu beurtheilen, denn wenn sie, wie nicht zu zweifeln, gegründet war, so mußte das, was sein Minister den 12. Februar in der oben angeführten Note gesagt hatte, nothwendig falsch sein. Jene engeren Verbindungen mußten, wenn sie auch den 12. Februar noch nicht existirten, doch gewiß schon in Unterhandlung, und der Entschluß sie einzugehen völlig gefaßt gewesen sein.)

Preußen war also in einer wirklichen Offensiv-Allianz gegen England mit Rußland und Frankreich, und die Besetzung des Churfürstenthums, welches alle diese Mächte vorhin so gut von Großbritannien zu trennen gewußt hatten, war eine Bedingung dieser Allianz. Es ist in Berlin vornehmlich vom Könige selbst behauptet worden, man habe diese Bedingung zur eigenen sowohl als zur Sicherheit Hannovers eingehen müssen, um zu verhindern, daß die Besetzung nicht von Rußland oder Frankreich selbst geschähe, und ich habe keinen Zweifel, daß dem Könige die Sache so vorgestellet und auch von ihm so angenommen worden; auch ist es unstreitig klar, daß Preußens eigenes Interesse ihm nicht gestatten konnte, die Heere jener beiden Mächte sich so nahe auf seine Grenzen kommen zu lassen; und es läßt sich begreifen, daß die Furcht vor ihnen ihm den Entschluß abgedrungen haben kann sich mit ihnen zu verbinden, so unpolitisch und gefährlich er an und für sich war: aber daß man sich nicht etwas dafür ausbedungen haben, daß man Willens gewesen sein sollte, nach Beendigung dieses, Großbritannien den gänzlichen Untergang drohenden Streites das hannöverische Land so ganz geruhig seinem rechtmäßigen Herrn wieder zuzustellen, daß man auf den Sturz dieses Staates bloß um die anderen zu vergrößern und ohne alle Rücksicht auf eigene Verstärkung und Erweiterung sollte haben arbeiten wollen, das ließ sich gewiß von der preußischen Politik weder erwarten noch glauben und es hätte ein beispielloses und durch keine ältere Vorgänge gerechtfertigtes Zutrauen dazu gehöret, wenn man den Berliner Versicherungen hätte Glauben beimessen wollen, daß man zwar durch Kaiser Paul und Bonaparte zu einer feindlichen Behandlung Hannovers

gezwungen werde, es damit aber im Grunde gar nicht so böse gemeint sei. Es ist fast nicht zweifelhaft, daß Bonaparte in der Zeit gegen Preußen erklärt hat, er werde, wenn der König das Hannöverische nicht besetze, französische Truppen in dasselbe rücken lassen, sobald die Ratificationen des den 9. Februar abgeschlossenen Lüneviller Friedens ausgewechselt sein würden; es hat sich in der Folge gezeigt, daß Kaiser Paul mit der größten Heftigkeit auf jene preußische Besetzung gedrungen hat, kurz vor seinem Tode sogar eine Armee gegen Preußen hat anrücken lassen wollen, um es dazu zu zwingen; aber nicht in der Würkung dieser Drohungen, sondern in denen vorhin freiwillig eingegangenen Verbindlichkeiten muß man den Schlüssel zu dem Verfahren des Berliner Cabinets suchen, und das Zweideutige, was darin liegt, erklärt sich theils aus einem Unterschiede zwischen den Gesinnungen des Königs und denen seines Cabinets, theils aus der seltsamen Absicht, welche dieses gefasset und dem Könige als thunlich vorgestellet hatte, es mit keinem Theile ganz verderben, vielmehr den Russen und Franzosen zwar glauben machen zu wollen, daß man in ihre Absichten hineingehe, solche aber auf eine Art zu erfüllen, für welche unsers gnädigsten Königs Majestät noch dankbar zu sein Ursache haben und woraus Sie erkennen sollten, daß der König von Preußen im Herzen sein Freund sei und nur einer dringenden Nothwendigkeit nachgebe.

Dem Ministerio in Hannover blieb nichts anderes übrig, als diese Absicht möglichst zu benutzen, um dadurch Schonung für das Land und ein minder nachtheiliges Verfahren in der Besetzung selbst zu bewirken. Schon den 1. März berichtete dasselbe:

> „Daferne das Vorhaben selbst nicht abgewendet werden könnte, so würden Ihro Majestät (wie die Minister submissest glaubten) die Absicht nicht hegen, daß eine Gegenwehr und Vertheidigung mit den Waffen dagegen vorgenommen werden sollte, als welches weder thunlich, noch würksam, noch nützlich wäre, und vielmehr die Sache und das Schicksal des Landes und Unterthanen nur schlimmer machen würde".

Wie die Gefahr dringender wurde, begehrte das Ministerium des Herrn Feldmarschalls Meinung über einen etwa zu leistenden Widerstand, und selbiger erklärte den 18. März dem zu ihm geschickten Geheimen Cabinetsrath Rudloff:

„ein würksamer Widerstand sei ganz unthunlich, indem bekanntlich die Truppen zu einem augenblicklichen Gebrauch die Einrichtung nicht hätten“,

und den 2. April traf schon der preußische Minister General Graf v. d. Schulenburg in Hannover ein. Sein Verfahren war jenem Plane angemessen. Eine ihm mitgegebene und zur öffentlichen Bekanntmachung bestimmte von Graf Haugwitz unterschriebene Erklärung war in harten und drohenden Ausdrücken abgefaßt, ein besonderes vom Könige selbst unterschriebenes Rescript an das hannöversche Ministerium hingegen lautete gelinder und war offenbar bestimmt um Zutrauen zu erregen. In keinem von beiden wurde das Land als ein feindliches Land betrachtet, sondern es wurde nur gedrohet es feindlich zu behandeln, wenn man sich widersetzen würde. In jener Erklärung hieß es nur: der Administrations-Nexus zwischen den Churfürstlichen Landes-Collegien und des Königs Majestät würde für jetzt aufgehoben, und in dem Revers, den die Minister ausstellen mußten, verpflichteten sich dieselben nur, die Einrückung der preußischen Truppen ohne Widerstand geschehen zu lassen und allen daraus entstehenden Königl. preußischen Anordnungen und Verfügungen, welche sowohl auf die einrückenden Königl. preußischen Truppen als auf die Churfürstlichen Lande selbst Bezug haben dürften, willig nachzukommen; das Militair sollte zwar demobilisirt werden und beurlauben, übrigens aber in seiner Verfassung und Verbindung bleiben, und es wurden ihm besondere Districte im Lande zum Quartier angewiesen, auch kein weiteres Versprechen von ihnen gefordert, als gegen den König von Preußen und die preußischen Truppen nichts Feindseliges zu unternehmen; für die preußischen Truppen wurde die Natural-Verpflegung für Mann und Pferd gefordert, dieses auch sogar auf Regimenter ausgedehnt, die nicht mit in das Land einrückten, aber weitere Contributionen wurden nicht begehrt; die Hauptstadt wurde nicht besetzt;

kurz, es wurde das Ansehen einer Eroberung und der Namen einer würklichen Feindseligkeit möglichst vermieden, wenn gleich die diplomatische Sprache keine eigentliche Benennung für die Sache lieferte. Wären die Umstände, die zu dem Schritt die Veranlassung gegeben hatten, geblieben, wie sie waren, und der preußische Hof hätte dann den Gang beibehalten, so hätte man urtheilen müssen, daß er sich würklich nur durch den Drang der Umstände zu den Maßregeln habe nöthigen lassen, im Grunde aber das hannöverische Land möglichst schonen und durch das Einrücken seiner Truppen gegen eine weit nachtheiligere Besetzung von Rußland oder Frankreich schützen wollen. Aber die Umstände änderten sich völlig. Schon im Anfang April kam die Nachricht von dem dem dänischen Hofe abgedrungenen Waffenstillstande und von dem Tode Kaiser Pauls, von dessen Gesinnungen gegen England der neue Kaiser Alexander so gänzlich abwich, daß es vielmehr sein aller erstes Geschäfte war, die Irrungen mit dieser Macht auf gütlichem Wege beizulegen und die alten freundschaftlichen Verhältnisse wieder herzustellen. Das Embargo wurde sofort sowohl in Rußland als hier aufgehoben und bereits im Julius hatte man hier die Nachricht von einer in Petersburg abgeschlossenen und den Höfen zu Copenhagen und Stockholm zum Beitritt vorgelegten Convention über die Grundsätze der Behandlung neutraler Seemächte, wodurch der ganze Streit, mithin auch der ganze ostensible Bewegungsgrund des preußischen Verfahrens wegfiel. Wenn unter diesen Umständen das Hannöverische mit Schonung behandelt wurde, so konnte man den Grund davon nun nicht mehr in einer Zuneigung für den König und seine hannöverischen Lande setzen, sondern mußte vielmehr den verlängerten Aufenthalt der preußischen Truppen in demselben für einen Beweis ganz entgegengesetzter Gesinnungen annehmen. Schon im April erklärte Baron Jacobi, der hiesige preußische Gesandte, mir officiell, daß sein Hof bei den ganz veränderten Umständen seine Streitigkeiten mit der Krone England gütlich beizulegen wünsche, und daher auch alle Maßregeln um den englischen Handel mit dem nördlichen Deutschlande zu stören suspendiren, aber die Besetzung

des Hannöverischen noch fortdauern lassen werde. Also alles was England selbst nachtheilig sein, alles was gerade deswegen Frankreich wünschen und in Berlin betreiben mochte, unterblieb, und nur das wurde ausgeführt und fortgesetzt, was weder jenem schadete noch diesem half, sondern bloß das Churfürstenthum selbst traf, und hierbei beharrte man aller Vorstellungen, ja selbst der russischen Verwendungen ohnerachtet so hartnäckig, daß die preußischen Truppen das Land würklich erst mit Ende October 1801 verlassen haben, wie schon den 1sten desselben Monats die Friedens-Präliminarien zwischen Frankreich und England abgeschlossen waren; und daß die sehr kostbare Verpflegung derselben, die dem Lande täglich über 6000 Thlr. kostete, bis dahin hat fortgesetzt werden müssen. Auch hat das nachherige Betragen des preußischen Hofes bis zu dem unglücklichen Zeitpunkte des Wiederausbruchs des Krieges zwischen Großbritannien und Frankreich nicht dazu dienen können, den vorherigen Eindruck zu verlöschen oder ein mehreres Zutrauen zu erwecken.

Während der ganzen Verhandlungen in Regensburg über das Entschädigungswesen schloß derselbe sich immer näher an Frankreich, weil er dadurch allein zu den ansehnlichen adquisitionen gelangen konnte, die er gemacht hat, und es wurde allein durch seine Negotiationen in Paris verhindert, daß Ihro Maj. dem Könige nicht das Bisthum Hildesheim, worauf er gerechte Ansprüche hatte und woran ihm so sehr gelegen sein mußte, sondern nur das Bisthum Osnabrück zu Theil wurde. Selbst der Eifer, womit dieses von Berlin aus betrieben wurde, mußte Verdacht erwecken. Hildesheim arrondirte die preußischen Staaten gar nicht. Osnabrück war ganz von preußischen Provinzen umgeben, auch war die Volksmenge von Osnabrück größer, und die angegebene Absicht durch die adquisition von Hildesheim eine Verbindung zwischen den westfälischen und den übrigen preußischen Provinzen zu erhalten, konnte nur erreicht werden, wenn man ein Stück von dem Hannöverischen erhielt, welches denn auch Graf Schulenburg gar bald als das einzige annehmliche aequivalent gegen einen Strich des Fürstenthums Hildesheim angab. Was war unter solchen Um-

ſtänden natürlicher, als auf den Verdacht zu gerathen, Preußen lege ſo großen Werth auf Hildesheim, weil es dadurch mehr Gelegenheit bekomme, ſich weiter im Hannöveriſchen auszubreiten und jede Bewegung in dieſem Lande nach Befinden zu leiten oder zu hindern; und mache ſich weniger aus Osnabrück, weil es daſſelbe ohnedem bei jeder hervorgeſuchten Veranlaſſung beſetzen konnte? Die mancherlei kleineren Umſtände, die dieſen Verdacht vermehren mußten, übergehe ich billig, aber gewiß war das preußiſche Verhalten nach der Beſitznehmung von Hildesheim und dem Eichsfeld, und beſonders das in Anſehung der Einwohner dieſer Provinzen, welche in den hannöveriſchen Truppen dienten, nicht geeignet, um Zutrauen zu erwecken und jenen Verdacht zu ſchwächen.

Von unſern Verhältniſſen gegen unſre übrigen Nachbaren brauche ich wenig zu ſagen. Jeder von ihnen ſah die anſcheinende Verbindung Hannovers mit England als die Urſache aller ihm drohenden Gefahr an, und hielt es für ein Glück, wenn ſie aufgehoben wurde; jeder von ihnen würde die Gelegenheit gern benutzt haben, um einen Theil der Churlande für ſich zu bekommen, und Dänemark hatte ſogar anno 1801 einen Verſuch gemacht, das Herzogthum Lauenburg zu beſetzen, ſo wie der Herzog von Mecklenburg-Schwerin auf hannöveriſche Koſten geſucht hatte ſich zum Churfürſten zu qualificiren; keiner endlich konnte es wagen, ſich gegen Frankreich aufzulehnen, wenn ſich der König von Preußen nicht an die Spitze ſetzte, und da dieſes nicht zu erwarten ſtand, nöthigte die Selbſterhaltung einen jeden, alles ängſtlich zu vermeiden, was das übermächtige Frankreich gegen ſie reizen konnte.

So ganz verlaſſen, ſo nur von verdächtigen, unzuverläſſigen, oder ohnmächtigen Freunden umgeben, ſtand das unglückliche Hannover mit der einzigen Ausnahme des Petersburger Hofes. Dahin hatten ſich Ihro Majeſtät der König gleich nach dem Regierungsantritt des Kaiſers Alexander durch Abſchickung eines beſondern Geſandten gewandt, und Ihro Anträge hatten eine den übrigen freundſchaftlichen Verbindungen mit dieſem Monarchen angemeſſene Aufnahme inſofern gefunden, daß er ſich gegen den preußiſchen Hof des hannöveriſchen Intereſſe

angenommen, und einen Austausch wenigstens eines Theils von Hildesheim zu befördern gesucht hatte. Aber die Lage, worin Kaiser Paul ihm das Reich und besonders die Finanzen hinterlassen hatte, nöthigten ihn, fürerst alles zu vermeiden, was ihn in einen Krieg verwickeln konnte. Er war daher abgeneigt, schon jetzt Verbindungen zur Sicherstellung des nördlichen Deutschlands und des Handels desselben einzugehen, welche Frankreich als gegen sich gerichtet hätte ansehen können; er entschloß sich vielmehr, bei dem Indemnisations-Geschäfte eine seinem Ansehen und Macht gewiß nicht angemessene Rolle zu spielen, um nur nicht ganz davon ausgeschlossen zu sein, und wo er irgend zu besorgen hatte, daß seine Verwendungen keine gute Aufnahme finden würden, war er damit lieber zurückgeblieben. Nur das war vom Anfang an aus allen in Petersburg selbst oder durch den Gesandten am hiesigen Hofe, den Graf Woronzow, geschehenen Aeußerungen klar, daß der Kaiser eine Verbindung mit England seinem und seiner Lande Interesse angemessen hielt, daß er die ungeheure Vergrößerung Frankreichs für sehr gefährlich ansahe, daß ihm die Lage des nördlichen Deutschlands keineswegs gleichgültig war, und daß er gegen die Politik Preußens ein großes Mißtrauen hegte und überwiegende Vergrößerungssucht bei diesem Hofe argwohnte. Graf Woronzow ging allerdings in allen diesen Stücken weiter wie das Petersburger Ministerium selbst, welches durch die Furcht, in einen Krieg zu frühe verwickelt zu werden, mehr zurückgehalten wurde, und der Erfolg hat gezeigt, daß Graf Woronzow oft nach erhaltenen Depeschen die vorhin geführte Sprache mehrmals herabgestimmt hat; aber die Hauptrichtung ist stets dieselbe geblieben, und immerhin mußten die Reden eines Mannes von solchem Gewichte und von solcher Erfahrung Eindruck machen, wenn auch sein heftiger Charakter dagegen einiges Mißtrauen erweckte. Er wünscht immer bestimmte und der Größe und Macht seines Herrn, die er, wie jeder vornehme Russe, mit ihm zu theilen glaubt, angemessene Antworten zu geben, er geht daher oft zu weit, aber die Hauptlinie verfehlt er nicht, und man muß nur immer auf seine Vorliebe zu heftigen Maßregeln etwas abrechnen.

Zur völligen Schilderung der politischen Verhältnisse unsers Vaterlandes gehört vielleicht noch eine Darstellung der Gesinnungen der englischen Nation, in deren Streitigkeiten wir so unschuldiger und so unglücklicher Weise verwickelt worden, und des brittischen Ministeriums gegen uns, und wenn dieser Aufsatz bestimmt wäre, mich vor dem hannöverischen Publikum zu rechtfertigen, würde sie sehr wesentlich sein, da wohl wenige bei uns begreifen mögen, wie ein hier anwesender hannöverischer Minister, ohnerachtet der väterlichen Gesinnungen unsers Landesherrn, doch so gar nichts auszurichten vermag. Für denjenigen, der den hiesigen Gang kennt, ist darüber wenig zu sagen nöthig. Seit dem Ministerium des Lord Bute bis auf den heutigen Tag, ist bei den Ministern, bei dem Parlament, ja bei der ganzen Nation gleich wenig Zuneigung gegen Hannover gewesen, ja ich getraue mir zu sagen, daß die Stimmung von jeher dieselbe gewesen und sie nur vorhin mehr niedergedrückt und unwürksamer gemacht worden. Es hat jederzeit Eifersucht gegen hannöverischen Einfluß beim Könige stattgefunden, und die Minister sind immer bemüht gewesen, diesem Einfluß entgegen zu arbeiten; und ist ja hin und wieder unter den beiden vorigen Regierungen etwas zum Besten unsers Landes durch ein englisches Ministerium bewirkt worden, so hat die Oppositionspartei es sofort benutzt, und hat über fremde Influenz und Aufopferung des wahren englischen Interesse gegen das eines unbeträchtlichen Ländchens in Deutschland geschrieen. So ist die Meinung der Nation von beiden Theilen gegen uns gelenkt worden, und ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß ein Friedenstraktat, durch welchen der König alle seine deutschen Staaten aufgäbe, von vielen für vortheilhaft angesehen werden, und allgemein weit weniger Tadel finden würde, als die Abtretung irgend einer unbedeutenden Insel. Die Falklandsinseln hätten beinahe einen Krieg veranlaßt, aber um Hannover bekümmert man sich so wenig, daß bei den Friedensunterhandlungen zu Amiens es nicht einmal genannt werden durfte. Man giebt Entschädigungen, verwilligt Geldsummen mit der größten Freigebigkeit, und oft in Fällen, wo es schwer sein möchte, das Nationalinteresse zu be-

weisen, wodurch sie gerechtfertigt würden; wie aber im siebenjährigen Kriege des Königs deutsche Staaten bloß um Englands Willen ruinirt und in eine ungeheure Schuldenlast gestürzt waren, wurde beim Frieden, und zwar bei einem Frieden, dessen Bedingungen Großbritannien vorschreiben konnte, so wenige Rücksicht darauf genommen, daß man nicht einmal die beträchtlichen Geldforderungen der hannöverischen Cassen und Unterthanen berichtigte, und nach eben den Grundsätzen hörte man anno 1795 auf zu zahlen, sobald man die hannöverischen Truppen nicht mehr brauchte, ohne sich darum zu bekümmern, was vorhin versprochen war. Man hatte die französische Armee bis nahe an die hannöverischen Grenzen gebracht, denn die Niederlande und Holland zu vertheidigen war National-Angelegenheit, aber so wie sie dahin kamen, zog man die Armee weg und gab den Streit auf, denn der Schutz Hannovers wurde für etwas Fremdes gehalten, wobei England kein Interesse und wozu es keine Verbindlichkeit habe; und so wie dorten nun das einzige noch übrige Rettungsmittel der Neutralität ergriffen wurde, hielt man sich vollends von allen Verbindlichkeiten losgesprochen und bezahlte nicht einmal, was man schuldig war. So sind wir hier von jeher behandelt worden, und ich fürchte, daß es auch so bleiben werde, so lange unsre Landesherren auf dem brittischen Throne sitzen, denn man glaubt ihnen zeigen zu müssen, daß um ihres und ihrer keinen Theil der brittischen Monarchie ausmachenden Lande willen nichts geschehe. Ein englischer Minister, der anders dächte, würde nicht einmal wagen, es zu gestehen [1]).

---

[1]) Zur Bestätigung dessen, was ich vorhin über die Gesinnungen Englands gegen uns gesagt habe, verdient hier angemerkt zu werden, daß, wie Lord Cornwallis nach Amiens abgeschickt wurde, der König Anfangs einen Hannoveraner in seinem Gefolge mitreisen lassen wollte, der unsere Angelegenheiten betreiben sollte, die hiesigen Minister solches aber verhinderten; daß er sie darauf Lord Cornwallis in einem eigenhändigen Schreiben empfahl, welchem auch ich nachher noch darüber schrieb, daß dieser sich ihrer aber dennoch in keinerlei Art annahm, weil er vom Ministerio angewiesen war, nicht zu gestatten, daß deutsche Angelegenheiten in die Unterhandlungen gemischt würden. Er hat mir dieses selbst gesagt.

Dieſes mag genug ſein, um zu beweiſen, daß, wenn ich vorhin geſagt habe, Hannover ſei nur von verdächtigen, unzuverläſſigen oder ohnmächtigen Freunden umgeben geweſen, ich wegen Englands keine Ausnahme zu machen habe.

So waren unſre Verhältniſſe, wie den 1. October 1801 die Friedenspräliminarien zwiſchen England und Frankreich abgeſchloſſen wurden und ihnen den 27. März 1802 der Frieden zu Amiens folgte. Daß ich die Mißlichkeit derſelben und die Gefahr, worin wir ſtanden, bei dem erſten Ausbruche eines neuen Krieges zwiſchen Frankreich und England wieder in Feindes Hände zu gerathen, gekannt und eingeſehen, kann ich aus einer Inſtruction beweiſen, die ich den 16. März, alſo noch vor der Unterzeichnung des Friedens, dem Geſandten Grafen v. Münſter nach Petersburg ſchickte, und worin ich mit dürren Worten ſchrieb:

„Sollte unglücklicher Weiſe der Krieg zwiſchen England und Frankreich wieder ausbrechen, ſo wird uns die kräftige Unterſtützung Rußlands um ſo viel nothwendiger, denn gewiß werden ſodann die alten Projecte, die Flüſſe des nördlichen Deutſchlands gegen England zu ſchließen, und folglich auch das Hannöveriſche zu beſetzen, wieder zur Hand genommen und vielleicht noch weiter getrieben wie vorhin, wenn ſich ihnen Rußland nicht ſehr nachdrücklich widerſetzt.“

Um aber dieſer Gefahr zu begegnen, zeigte ſich mir nur ein Mittel, nämlich das einer Vereinigung der nordiſchen Mächte zur Aufrechthaltung der Neutralität des nördlichen Deutſchlands und der Freiheit ſeines Handels; und ich weiß auch noch nicht, welches andre hätte ergriffen werden können. Die eben erwähnte Inſtruction an den Grafen v. Münſter hatte daher dieſes Object zum Vorwurfe, ſo wie ich mich auch gegen die hieſigen Miniſter in dem Sinne geäußert, und geſucht habe ſie auf den Weg zu leiten. Aber der Einfluß Hannovers konnte ohnmöglich ſtark genug ſein, um die größeren Mächte zu einem ſolchen Schritt zu bewegen, wenn ſie nicht von ſelbſt geneigt dazu waren. Rußland wollte ſich, wie ſchon oben angeführt, damals noch nicht darauf einlaſſen, aus Furcht früher, als es ſich dazu

vorbereitet glaubte, in einen Krieg verwickelt zu werden; Preußen vermied in einem Augenblick, wo es zu seinen sogenannten Entschädigungen zu gelangen arbeitete, mehr wie jemals alles, was Frankreich mißfallen konnte; ob englischer Seits je ein Antrag darauf geschehen, weiß ich nicht, glaube es aber nicht, denn die Minister waren mit den inneren Landes-Angelegenheiten zu sehr beschäftigt. Alle mochten vielleicht hoffen, daß der Frieden doch etwas länger halten würde, so wenig auch das Betragen Bonaparte's, selbst während der Friedensunterhandlungen in Amiens, eine solche Hoffnung begründete.

Ob irgend jemand behaupten werde, daß man in dieser Lage, wo die Gefahr so groß und so augenscheinlich, und durchaus auf gar keine auswärtige Hülfe zu rechnen war, um desto mehr dahin hätte arbeiten sollen, sich in wehrbaren Stand zu setzen, um Gewalt mit Gewalt vertreiben zu können, weiß ich nicht. Wer sich Hannover gegen Frankreich oder gegen Preußen denkt, sollte wohl billig so nicht urtheilen. Inzwischen glaube ich doch einige Ursachen anzeigen zu müssen, wodurch, ohne daß ich es hätte hindern können, gerade das Gegentheil veranlaßt ist und wir vielmehr wehrloser geworden sind, wie wir vor der preußischen Besetzung waren.

Die Haupturſache war diese Besetzung selbst. Vor derselben hatten wir 15000 Mann bei der Observationsarmee stehen, die in den besten Umständen auf dem Feldfuße und mit allem versehen waren, aber es war von dem Könige von Preußen, wie schon oben bemerkt, begehrt worden, daß sie demobilisirt, das heißt auf den Friedensfuß gesetzt werden und beurlauben sollten, und das mußte in der Geschwindigkeit geschehen; mithin wurden auf einmal alle Trainpferde abgeschafft, alles, was von Knechten beim Fuhrwesen vorhanden war, entlassen, die Officiers verkauften ihre Pferde, auf welche sie keine Rations mehr bekamen ꝛc. Hätte man in Ansehung der Mannschaft wenigstens die Zahl beibehalten können, die der ordonnanzmäßige Friedensetat vorschrieb, so wäre das Corps doch noch 16800 Mann stark gewesen, aber alle Leute, die während der Campagnen von 1793, 1794 und 1795 aus dem Lande ausgehoben oder aus den Landregimentern genommen waren, mußten,

wenn ſie nicht freiwillig bleiben wollten, entlaſſen werden, weil es ihnen verſprochen war, und dadurch kamen wir der Mannzahl nach unter den Friedensfuß.

Die fehlende Zahl durch Werbung zu erſetzen, war ſchon an und für ſich ſehr ſchwer, weil bei dem geringen Solde des Soldaten, und dem zunehmenden Verkehr, welches dem Tagelöhner oder anderen Leuten von der Claſſe ſo manche Gelegenheit zu weit größerem Verdienſte gab, die Abneigung gegen den Soldatenſtand immer größer wurde; allein es wurde noch doppelt ſchwerer, weil alle Werbung im Hildesheimiſchen, dem Eichsfelde, und überhaupt in den ſäculariſirten benachbarten Provinzen völlig wegfiel. Bedenkt man daher, daß bis 1. November 1801, als ſo lange die preußiſche Beſetzung dauerte, gar nichts geſchehen durfte, ſo läßt es ſich ziemlich erklären, warum in denen darauf folgenden Monaten nicht alle jene Schwierigkeiten überwunden werden konnten, um das Corps vollzählig zu machen, ſondern demſelben im März 1803 nach den herübergeſchickten Exacte-Liſten ungefähr 750 Mann an dem completen Stande fehlten. Ein Plan, um beſtändig eine Zahl von 3000 Rekruten im Lande in Bereitſchaft zu haben, war nach langen Unterhandlungen mit den Landſchaften ſo weit fertig geworden, daß gerade vor der preußiſchen Invaſion die letzte Hand daran gelegt werden ſollte. Während derſelben blieb er natürlicher Weiſe liegen, und nachher währte es ſehr lange, bis er auf wiederholte Anforderungen von hier aus wieder in Arbeit genommen und endlich ſo weit gebracht wurde, daß die Verordnung Ihro Majeſtät zur Unterſchrift vorgelegt und von Höchſtdenenſelben vollzogen zurückgeſchickt wurde. Sie kam zu ſpät und konnte nicht einmal mehr publicirt werden.

Mehrere andere Urſachen können mitgewirkt haben, um zu verhindern, daß das, was von Truppen vorhanden war, nicht völlig ſich in der gehörigen Verfaſſung befand, allein ſie ſind hier nicht zur Anzeige gekommen, und es hat daher nie in meiner Macht geſtanden, zu deren Hinwegräumung etwas beizutragen. Selbſt die oben bemerkten Schwierigkeiten in der Werbung ſind mir nur vom Hörſagen bekannt worden, und es iſt nie, weder bei Einſchickung der monatlichen Exacte-Liſten

noch sonst, eine Bemerkung, daß und warum so viel am Etat fehlte, beigefügt, und noch weit weniger ein Vorschlag geschehen, wie dem Uebel abgeholfen werden könne. Auf mich kann daher dieserhalb so wenig eine Verantwortlichkeit fallen, daß ich vielmehr die Grenzen meiner Geschäftsführung sehr überschreiten würde, wenn ich jede Vernachlässigung im Lande auszuforschen suchen und dann zum Vorwurfe eines Vortrages an des Königs Majestät machen wollte. Ich habe nach den hier befindlichen Nachrichten geglaubt und glauben müssen, daß das Corps etwa 16000 effectiv stark und sowohl wie der Artilleriepark, die Zeughäuser, das Fuhrwerk ꝛc. mit allem demjenigen vollkommen versehen sei, was es nach Ihro Majestät Befehlen in Friedenszeiten haben soll; und wenn das nicht der Fall gewesen sein sollte, so ist mir keine Schuld beizumessen. Auf neue Befehle zu Vermehrung des Corps und Erweiterung unsrer Vertheidigungsmittel habe ich nicht angetragen, weil ich bei der vollkommenen Ueberzeugung, daß sie doch immer unzulänglich bleiben müßten, um die Gefahr wirklich abzuwenden, sie nicht für heilsam ansehen können. Die Finanzen waren gewiß nicht in schlechten Umständen, aber es waren doch durch die großen Lasten, welche des Königs und des Landes Cassen mehrere Jahre hindurch tragen müssen, und besonders durch die Observationsarmee und die preußische Besetzung die Schulden vornehmlich bei letzteren vermehrt worden, und so wenig wie man sich dadurch hätte abhalten lassen dürfen, auf die wirkliche Vertheidigung des Landes das Erforderliche zu verwenden, so wenig wäre es verantwortlich gewesen, Anstalten mit großen Kosten zu treffen, wodurch selbige doch nicht hätte beschafft werden können.

Nach dieser Darstellung unsrer Lage und Verhältnisse glaube ich nun das Urtheil, welches ich im März 1803, wie die Botschaft des Königs an das Parlament zuerst die Gefahr des wiederausbrechenden Krieges zeigte, gefällt, und worauf ich meine Anträge an des Königs Majestät und meine sonstigen Maßregeln gegründet habe, einer unparteiischen Prüfung ziemlich dreist aussetzen zu können.

Bis zum 8ten des gedachten Monats März, da diese Bot-

schaft an das Parlament erging, war das ganze Publikum, und auch ich mit demselben, in der größten Sicherheit. Man wußte freilich, daß die Insel Malta noch nicht an Frankreich zurückgegeben war, und hatte hinlänglich bemerkt, wie französischer Seits immer ein Schritt nach dem andern geschahe, der Bonaparte's Absichten mehr und mehr verrieth und die Gefahr zeigte, welcher Großbritannien sich aussetzen würde, wenn es ihm Zeit ließe, zu deren Ausführung alles vorzubereiten; man berechnete also allerdings, daß der Frieden nicht lange mehr dauern könnte, aber ich glaube dreist versichern zu können, daß niemand ahnete, daß dessen Ende so nahe sei. Kein Schritt war geschehen, der es verrieth, keine darauf abzielende Unterhandlung mit anderen Mächten und namentlich mit Rußland, worauf es so sehr ankam, war bekannt worden (und hatte auch, wie es sich nachher ergeben hat, nicht stattgefunden). Die Reductionen in der Flotte und in der Armee waren, so viel man sehen konnte, nicht unterbrochen worden, ja ich irre vielleicht nicht, wenn ich vermuthe, daß das Ministerium selbst wenige Tage vorher noch nicht glaubte, sich zu einem so entscheidenden Schritte entschließen zu müssen. Um desto größer mußte also der Eindruck sein, den jene Botschaft und die zugleich angeordneten Zurüstungen auf das Publikum machten, und die Fragen: ob es mit allem diesem ein Ernst sei? ob der Schreckschuß hinreichen und den vielleicht noch nicht genug vorbereiteten Bonaparte zum Nachgeben bringen werde? ob, wenn das nicht der Fall sein sollte, das hiesige Ministerium Energie genug haben werde, um seinen Satz im eigentlichen Verstande durchzufechten? und ob es nicht vielmehr sodann Mittelwege suchen, den Vorstellungen anderer Mächte nachgeben, und sich begnügen werde, den Frieden noch auf einige Zeit hinzuhalten? Kurz, ob Krieg oder Frieden sein werde? waren der Vorwurf aller Gespräche, sowohl unter unterrichteten als nicht unterrichteten Personen, und jedermann entschied sie nur nach seinen Vermuthungen und nicht nach datis, denn die hatte keiner. Auf meine Entschließungen durfte diese Ungewißheit nicht wirken. Sie mußten gefaßt werden, als wenn der Krieg gewiß wäre, und es würde unverantwortlich gewesen

ſein, irgend eine nützliche Maßregel in der Hoffnung, daß es nicht dazu kommen werde, auszulaſſen; auch war niemand, der dieſe Hoffnung weniger hegte, wie der König ſelbſt, der von Bonaparte's Charakter vom Anfange an nicht die geringſte Nachgiebigkeit erwartete. Nun wurde es von niemand bezweifelt, daß man franzöſiſcher Seits gleich beim erſten Ausbruch des Krieges den ſchon anno 1801 gemachten Verſuch erneuern würde, die Flüſſe des nördlichen Deutſchlands gegen England zu ſchließen, und es überhaupt ſo viel möglich vom feſten Lande ganz abzuſchneiden, und dieſe Maßregel ſetzte die Beſetzung des Churfürſtenthums voraus; die Gefahr war alſo klar und ein Schreiben vom 11. März an das Miniſterium zu Hannover, wodurch ich zuerſt von der Königlichen Botſchaft Nachricht gab, zeigt ſchon, daß ſie von mir nicht überſehen wurde; allein es war mir im mindeſten nicht wahrſcheinlich, daß der König von Preußen zugeben würde, daß eine franzöſiſche Armee zu Ausführung des Planes in das nördliche Deutſchland und ſo nahe an ſeine Grenzen vordringe. Das Berliner Cabinet mußte meiner Meinung nach einſehen, wie höchſt gefährlich dieſes für Preußen in jeder Rückſicht ſein würde, und hatte ſchon vorhin zu erkennen gegeben, daß es ſo darüber dachte. Wie ſehr es ſich vor einem Kriege mit Frankreich fürchtete, war bekannt, aber daß es in dieſer Furcht ſo weit gehen würde, einen Schritt wie jenen zu geſtatten, konnte man ſich faſt nicht als möglich denken. Das wahrſcheinlichſte war mir alſo, daß es ſich wieder erbieten würde, das Hannöveriſche und den Ausgang der Flüſſe mit eigenen Truppen zu beſetzen. Rückſichten auf künftige Vergrößerungen ließen ſich dabei eben ſowohl vorausſetzen wie Sorgfalt für eigene Sicherheit, und Frankreich ſchien entweder dieſes Anerbieten annehmen oder erwarten zu müſſen, daß Preußen ſich ſeinem Vordringen mit Gewalt entgegenſetzte. Letzteres hätte dasſelbe gleich beim erſten Ausbruch eines Seekrieges auch in einen Continental-Krieg verwickelt, in welchem es höchſt wahrſcheinlich gar bald die geſammten noch ungeſchwächten Kräfte des nördlichen Deutſchlands nicht nur, ſondern des ganzen Nordens gegen ſich gehabt hätte. Gegen eine ſolche Gefahr war jenes preußiſche Anerbieten gewiß großer

Gewinn, wenn auch die Absicht dadurch nicht ganz erreicht wurde; und diese Absicht konnte ja ohnedem in der ganzen Ausdehnung, daß es England völlig vom festen Lande abgeschnitten hätte, nicht ausgeführt werden; sie konnte den englischen Handel nicht ganz aufheben, sondern nur erschweren, welches eine preußische Besetzung auch, und nur etwa in geringerm Grade gethan haben würde. Je gewisser ich unter diesen Ansichten glauben mußte, daß eine preußische Occupation angeboten und von Frankreich angenommen werden würde, je weniger konnte ich doch die Meinung hegen, die hinterher von einigen geäußert worden, als sei es am gerathensten, sich gleich ganz in preußische Arme zu werfen und jene Occupation zu sollicitiren. Sie wäre immer eine schwere Last für das Land gewesen, wenn man die Preußen auch dabei ganz als Freunde hätte ansehen dürfen; da das aber nicht der Fall war, vielmehr man uns die Art und Weise, wie man sich benehmen würde, schon anno 1801 gezeigt hatte, und es außerdem unmöglich war, die Furcht vor künftigen Vergrößerungsabsichten ganz zu unterdrücken, so hätte würklich ein hoher Grad von Verzweiflung dazu gehört, um gleich beim ersten Anfange zu einem solchen Mittel seine Zuflucht zu nehmen, und wenn ich so kleinmüthig gewesen wäre, dazu zu rathen, würden des Königs Majestät diesen Rath gewiß mit größtem Unwillen verworfen haben. Hingegen schien nichts natürlicher als sich sofort an Rußland als an diejenige Macht zu wenden, mit der man schon in freundschaftlichen Verbindungen stand, deren eigenes Interesse durch die Hemmung des Handels in Deutschland und durch jede Störung der Ruhe im Norden desselben litt, die sich immer als Garant der deutschen Verfassung aufgestellt, und letztlich bei dem Indemnisations-Geschäfte mit Frankreich den Vermittler abgegeben, und die endlich die Kraft hatte, mit Nachdruck zu reden und Frankreichs Schwert in der Scheide zu halten. Es ließ sich vielleicht nicht erwarten, daß der russische Kaiser damals gleich als kriegführender Theil auftreten, aber daß er damit drohen würde, wenn seine Vorstellungen kein Gehör fänden, und daß Bonaparte die Besetzung der hannöverischen Lande nicht für einen hinlänglichen Gewinn halten

würde, um ſich der Ausführung jener Drohung auszuſetzen, das ließ ſich erwarten, und gab alſo eine nicht ungegründete Hoffnung, auf dieſem Wege noch Hülfe gegen Frankreich zu erhalten und dem ſo zweideutigen und koſtbaren preußiſchen Beiſtande auszuweichen. Freilich war die Entfernung ein großes Hinderniß, und es konnte manches ſchon geſchehen ſein, ehe nur von Petersburg eine erſte Inſtruction an die Geſandten einlief; aber wer konnte damals ſich den Gang der Sache ſo ſchnell denken, wie er nachher geweſen iſt? Alles, was ich oben über Preußens Intereſſe und das, was von dieſer Macht zu erwarten war, geſagt habe, ſtand einer ſolchen Vermuthung entgegen. Das erſte, was ich daher that und zu thun für Pflicht hielt, war, mit dem hieſigen ruſſiſchen Botſchafter zu ſprechen, und der Inhalt unſerer Unterredung, von welcher ich gleich in jenem Schreiben vom 11. März nach Hannover Nachricht gab, mußte gewiß meine Hoffnungen beleben, denn er ließ mich eine ihm eben mitgetheilte Depeſche ſeines Bruders des Kanzlers Grafen Woronzow an den ruſſiſchen Geſandten in Paris Graf Markoff leſen, welche dieſer ausdrücklichen Befehl hatte dem erſten Conſul und Talleyrand mitzutheilen. Sie war durch eine in Petersburg geſchehene Aeußerung Bonaparte's, daß es ſchiene, als habe der Kaiſer ſein Syſtem verändert und durch franzöſiſche an mehreren Höfen hingeworfene Anträge auf eine Theilung des türkiſchen Reichs veranlaßt, und enthielt in einer ſtarken, obgleich freundſchaftlichen Sprache die merkwürdigen Aeußerungen:

„Des Kaiſers Syſtem ſei noch dasſelbe wie ehedem, nämlich das, die Ruhe von Europa möglichſt herzuſtellen und zu erhalten; er ehre die Rechte der Souverainität auch in den kleineren Staaten, und glaube nicht, daß die Macht das Recht gebe, den Schwächeren Geſetze vorzuſchreiben. Seine Staaten wären durch ihre Lage geſichert und bedürften keiner Vergrößerung, dennoch aber könne er bei dem, was in dem übrigen Europa vorginge, nicht gleichgültig ſein, und würde ſich vielmehr genöthigt ſehen, daran Theil zu nehmen, ſobald ſeine Ehre es erfordere, oder Dinge vorgenommen wür-

den, die das Interesse seiner Staaten auch nur par contrecoup in Gefahr setzten. Was die Türkei beträfe, könne er keinen besseren Nachbar wie die Pforte haben, und wünsche ihn mit keinem andern zu vertauschen.“

Wenn der Botschafter Graf Woronzow aus solchen Aeußerungen und aus dem Verhältnisse, worin der Kaiser durch seine Verbindungen und besonders durch den, neuerlich an dem Luneviller Frieden und dem Indemnisations-Geschäfte in Deutschland genommenen Antheil stehe, so wie aus dem natürlichen Interesse Rußlands an dem Handel im Norden, das System seines Herrn zeigte und daraus mit Wärme behauptete: wir hätten nichts zu besorgen, der Kaiser werde nie zugeben, daß die Ruhe des Theiles von Deutschland weder durch Frankreich noch durch Preußen gestört werde; so waren das zwar freilich keine bündige Versprechungen, wohl aber auf Thatsachen und richtige politische Ansichten gegründete Urtheile, die gewiß die größte Aufmerksamkeit verdienten.

Gleich darauf, den 16. März, ließ mich der König zu sich fordern und befahl mir aus eigenem Antriebe, in seinem Namen mit Graf Woronzow zu reden und von ihm zu begehren, daß er die Ruhe in Deutschland dem Kaiser besonders empfehlen und sagen möge, der König erwarte von seiner Freundschaft, daß er gegen Frankreich und auch sonst eine solche Sprache führe, die dienen möge, um sie zu erhalten und den etwa intendirten Angriffen auf des Königs hannöverische Staaten vorzubeugen. Graf Woronzow nahm den Antrag aufs beste auf, und setzte zwar eine umständliche von ihm zu thuende Vorstellung bis zum Abgange eines Couriers aus, den er nach Befinden der Umstände abschicken würde, und welcher nachher erst den 21. April würklich abging, schrieb aber gleich vorläufig mit der nächsten Post vom 18ten, mit welcher auch ich dem Graf Münster eine angemessene Instruction schickte. Wenige Tage darauf zeigte der Gesandte v. Ompteda aus Berlin in einem den 8. März, (also früher wie von der Botschaft des Königs an das Parlament dort etwas bekannt sein konnte,) abgestatteten Berichte, eine Unterredung mit dem Grafen Haugwitz an,

worin dieser mit Heftigkeit und Empfindlichkeit die unerörterten preußischen Forderungen an Großbritannien wegen weggenommener Schiffe, durch Marschkosten und dergleichen, als Ursachen angegeben hatte, warum man sich auf die Anträge von Austauschungen im Hildesheimischen, unerachtet der russischen Verwendungen, und preußischer Seits während der Anwesenheit des Königs in Memel, so wie auch sonst gegebenen Hoffnungen, nicht einlassen könne. Gewiß mußte eine solche Sprache (deren Sinn sich kurz darauf noch näher zeigte) das Mißtrauen gegen Preußen vermehren, und es war natürlich, daß ich dem Grafen Münster sogleich unterm 29. März von der Sache Nachricht gab, so wie ich sie denn auch dem Grafen Woronzow anzeigte; jedoch geschahe beides nur erzählungsweise, ohne einen Antrag darauf zu gründen.

Unterdessen hatte Bonaparte gleich, so wie er von den hiesigen Maßregeln Nachricht erhielt, besondere Abgeordnete nach Petersburg und Berlin mit eigenhändigen Schreiben an die beiderseitigen Monarchen geschickt. In dem an den König von Preußen war das Verfahren Großbritanniens als völlig friedensbrüchig geschildert, die Mediation Preußens mit dem Antrage, die Garantie wegen Malta zu übernehmen, reclamirt, aber hinzugesetzt: daß wenn der König von Großbritannien nicht gleiche friedliebende Gesinnungen hegen und den Vorstellungen kein Gehör geben sollte, man ihn auf allen Punkten angreifen würde, wo man ihn erreichen könnte; und der Ueberbringer dieses Briefes, Oberst Duroc, hatte mündlich hinzugesetzt: daß Frankreich nicht säumen werde, das Churfürstenthum Hannover zu besetzen. Es ist wohl nicht zu zweifeln, daß der preußische Hof versucht haben werde, dieses letzte abzuwenden, und in einem Briefe vom 28. März des russischen Gesandten von Alopeus in Berlin an den Graf Woronzow, den mir dieser mittheilte, heißt es, das dortige Cabinet sei durch die Absicht des ersten Consuls, Hannover zu besetzen, sehr erschreckt worden, es sähe die traurigen Folgen voraus, die solches für den preußischen Handel und den des ganzen Nordens haben werde, und der König habe daher Alles angewendet, um Bonaparte davon abzubringen; allein die Art, wie sich dabei benommen wurde,

war wenig geeignet, um der Mediation in England Eingang zu verschaffen, und noch weit weniger, um bei uns Zutrauen zu diesem Hofe zu erwecken. Er ließ gleich bei dem Petersburger den Vorschlag thun, daß er das Churfürstenthum und die Städte Hamburg und Bremen besetzen wolle, und hier mußte der Baron Jacobi die Mediation anbieten, und that solches auch wirklich den 9. April in einem mündlichen Vortrage an Lord Hawkesbury; das Anerbieten, die Garantie wegen Malta zu übernehmen, war aber an Bedingungen gebunden, die vorhin russischer Seits vorgeschlagen, von England aber abgelehnt waren, und nach einem Precis der Unterredung, welches Lord Hawkesbury aufsetzen ließ, und dem Herrn von Jacobi zur Anerkennung vorlegte, muß bei dem Vortrage die Schuld der Irrungen ziemlich entschieden auf Großbritannien geworfen und viele Parteilichkeit für Frankreich gezeigt worden sein; wenigstens sind die Beschwerden, die man hier hatte und die den Grund der Maßregeln und der Weigerung, Malta auszuliefern, abgaben, mit keiner Silbe erwähnt. Von Hannover soll in dieser ersten Unterredung gar nichts vorgekommen sein. Baron Jacobi that den Vorschlag, daß Preußen die Sicherheit unsers Landes garantiren wollte, wenn man ihm hiesiger Seits diejenigen Grundsätze der Gerechtsame neutraler Seemächte einräumen wollte, welche bei der bewaffneten Neutralitätsverbindung von 1781 von der Kaiserin Katherine und Friedrich dem Zweiten von Preußen angenommen waren, besonders, und wenn ich nicht irre, einige Tage später. Zu mir kam er den 12. April, absichtlich um mich aufzufordern, diesen Antrag zu unterstützen und eröffnete mir nach einer lebhaften Schilderung der Gefahr, worin unser Land schwebe, die Absicht, dasselbe mit preußischen Truppen zu besetzen, gestand aber dabei ganz unverhohlen, daß diese Besetzung ein Mittel sein sollte, sich wegen des Verlustes zu erholen, den Preußens Seehandel von Seiten Englands erleiden könnte, und daß der Schritt, Hannover wegen der Forderungen, die man an England habe, anzugreifen, zwar sehr gewaltsam scheinen würde, daß aber in jetzigen Zeiten auf Recht nicht so sehr gesehen werden könne.

Was man in Berlin bei diesem dem angekündigten Zwecke

ſo ganz widerſprechenden Verfahren für eine Abſicht gehabt? warum man ſeine Vermittelung auf eine Art angeboten hat, die ganz das Anſehen hatte, als wenn man ſie ausgeſchlagen zu ſehen wünſche? und warum man das Anerbieten, Hannover zu garantiren, an eine Bedingung band, von welcher man gewiß war, daß ſie nie zugeſtanden werden würde noch könnte? iſt mir noch dieſe Stunde ein Räthſel. In der Zeit konnte ich unmöglich etwas anderes daraus ſchließen, als daß der Wunſch das Hannöveriſche zu adquiriren bei dem Berliner Miniſterium noch immer ſehr lebhaft ſei, daß daſſelbe in vollkommenem Einverſtändniſſe mit Frankreich ſtehe, und daß es jenen Wunſch auf dieſem Wege zu erreichen hoffe und, wenn es erſt ſo weit wäre, dem Könige ſchon als eine nothwendige durch die Umſtände abgedrungene Maßregel vorzuſtellen und dadurch ſeine Gerechtigkeitsliebe zu beſänftigen wiſſen werde. Um deſto größer mußte mir aber auch das preußiſche Intereſſe erſcheinen, die Beſetzung des Hannöveriſchen nicht durch franzöſiſche Truppen geſchehen zu laſſen, ſondern ſelbſt zu übernehmen. Ich konnte dieſes letzte für ein Uebel halten, wobei das Land im Anfange weniger gedrückt werden würde, aber es blieb nichts deſto weniger ein großes Uebel, und eine gewiß feindſelige Maßregel, und für unſern gnädigſten Herrn und das ganze Chur-Braunſchweigiſche Haus ſelbſt, mußte ich es für noch gefährlicher als eine franzöſiſche Occupation ſelbſt anſehen, bei welcher ſich die Abſicht das Land zu behalten doch immer nicht denken ließ.

Rußland wurde unter den Umſtänden immer mehr der einzige Zufluchtsort, den wir hatten, die Aeußerungen des Grafen Woronzow, der noch mit keiner Anweiſung von ſeinem Hofe verſehen war, noch der Zeit nach ſein konnte, machten die Hoffnung, da würkſamen und ſchnellen Beiſtand zu finden, immer lebhafter; und es war eine natürliche Folge dieſer Verhältniſſe und der Schritte, die ſchon geſchehen waren, daß Graf Münſter Befehl erhielt, den Beiſtand des Kaiſers in einer eigenen Note zu reclamiren, deren Inhalt mit dem Grafen Woronzow verabredet wurde, ſo wie er an ſeiner Seite mich den umſtändlichen und mit den ſtärkſten Gründen unterſtützten

Vortrag leſen ließ, den er nun würklich abſchickte. Daß der Petersburger Hof, unerachtet er allen dieſen Vorſtellungen ein ſehr geneigtes Gehör gab, doch weder zum Beſten des Churfürſtenthums ſo ſchnelle und ſtarke Schritte that, wie zur Rettung desſelben erforderlich geweſen wären, noch ſich überhaupt ſo entſchieden für die engliſche Sache erklärte, wie das hieſige Miniſterium gewünſcht haben mag; daß er vielmehr erſt Mediation anbot und den großen Streit lieber beilegen als daran Theil nehmen wollte, war wenigſtens gewiß keine Folge verſäumter oder irriger hannöveriſcher Maßregeln, ſo wie es preußiſcher Seits unſtreitig ein bloßes Vorgeben geweſen iſt, wenn in Berlin behauptet worden, die durch unſere Klagen veranlaßten nachdrücklichen Aeußerungen des ruſſiſchen Kaiſers, um den König von Preußen von der Beſetzung Hannovers abzuhalten, wären die Urſache geweſen, warum er den Gedanken ganz aufgegeben habe. Nicht jene Klagen, ſondern die Art, wie Preußen es beſetzen wollte, und die mit dem Antrage in Petersburg verbundenen Aeußerungen waren es, welche den Kanzler Graf Woronzow veranlaßten, in einer Depeſche, die ſein Bruder mich den 15. Mai leſen ließ, dem Geſandten Alopeus zu ſagen:

„Die Anträge, die preußiſcher Seits in London geſchehen ſollen, wären eher zu Vermehrung als zu Beilegung der Unruhen dienlich, indem man von England etwas fordere, wovon man wiſſe, daß es nicht zugeſtanden werden würde, und die Beſetzung Hannovers würde gerade gegen den erſt eben hergeſtellten Frieden laufen und alles, was geſchehen ſei, über den Haufen werfen, und würde daher vom Kaiſer ungerne geſehen werden.“

Schon dieſer Ausdruck beweiſt, von welcher Art von Beſetzung die Rede geweſen ſein muß. Wie nachher das eigenhändige Abmahnungsſchreiben des Kaiſers an den König von Preußen, wovon ſo viel geredet worden, ankam, waren die franzöſiſchen Truppen längſt im Marſch und bereits in Weſtphalen. Da konnte von einer eigentlich würkſamen Hülfe nicht mehr die Rede ſein; und was der Berliner Hof wahrſcheinlich einleiten wollen, nämlich daß Hannover von Frankreich zwar

unbesetzt bleiben, demselben aber dagegen 4 Millionen Livres jährlich bezahlen und dieses Geld durch Preußen und durch in das Land zu legende preußische Truppen beigetrieben werden sollte, möchte wohl schwerlich eine Hülfe genannt zu werden verdient haben.

Nach dieser Darstellung desjenigen, was auf dem Wege der Negociationen geschehen ist und geschehen können (denn ich zweifle, daß irgend jemand im Stande sein werde, zu beweisen, daß mit einiger Hoffnung des Erfolgs mehr geschehen können), gehe ich nun zu dem über, was in Ansehung derer zur eigenen Vertheidigung oder sonst zu nehmenden Maßregeln von hier aus verfügt worden ist. Zwei Fragen mußten hierbei vorzüglich in Betrachtung kommen.

Die erste und hauptsächlichste war die, ob und wie es möglich sei, den Feind abzuhalten und so das Land selbst zu decken? und die zweite, was zu thun sei, wenn diese Deckung, entweder ihrer offenbaren Unmöglichkeit wegen gar nicht unternommen würde, oder aber nun nicht weiter mehr fortgesetzt werden könne? Daß die eigenen Kräfte allein nie hinreichen konnten, um eine Macht wie Frankreich oder wie Preußen ganz abzuhalten, bedurfte keines Beweises, und daß auf einen auswärtigen Beistand, wenigstens in der ersten Zeit, gar nicht gerechnet werden durfte, erhellet aus allem, was oben gesagt worden ist; aber auch um den Feind eine kurze Zeit von vier oder sechs Wochen abzuhalten, hinter welcher auf irgend eine Art etwas zu unserm Nutzen hätte geschehen können, war das hannöverische Truppencorps in der Stärke und Verfassung, worin es war, und bei den übrigen zusammentreffenden Umständen bei weitem nicht hinreichend. Waren es preußische Truppen, die das Land besetzen wollten, so mußte man erwarten, daß diese von allen Seiten zugleich eindringen würden. Was bei Tangermünde und Magdeburg die Elbe passirte, konnte in zwei oder drei Märschen im Lande sein, die hildesheimische Garnison, etwa von Halberstadt aus verstärkt, war in einem Vormittage vor Hannover, und schnitt die Communication mit dem Göttingischen ab, wenn sie wollte, — vom Eichsfeld und Erfurt aus konnten ein Paar Tausend Mann gleich nach Münden und

Göttingen vordringen, von der westphälischen Seite war das Fürstenthum Osnabrück und die Grafschaften Hoya und Diepholz gleich verloren, und was von preußischen Truppen bei Minden die Weser passirte, war sofort in der Mitte des Landes. Wie stark die Armee hätte sein müssen, die allen diesen Angriffen widerstanden hätte, weiß ich nicht, denn wenn sie irgend etwas ausrichten sollte, mußten sie über die Grenze in die preußischen Staaten selbst vordringen können, und auch ein Corps von der doppelten Stärke wie das unsrige hätte dazu nicht hingereicht.

Geschahe der Angriff von den Franzosen, so war er freilich nur von Holland aus zu erwarten, zumal wenn sie die zwischen dem Rhein und dem Hannöverischen liegenden Länder einigermaßen schonen wollten; aber es ist ein von den Militairen längst anerkannter, und von dem Herrn Feldmarschall Grafen Wallmoden selbst in einem bei den Akten liegenden Aufsatze ausgeführter Satz, daß das Land von der Seite nur an der Ems, und nicht an der Weser gedeckt werden kann, und die Ufer der Ems liegen ganz außer unserer Grenze, größtentheils im Preußischen, durften also nicht berühret werden, ohne sich der Gefahr preußischer Feindseligkeiten auszusetzen. Wollte man sich am linken Weserufer setzen, so mußte Osnabrück und ein Theil der Grafschaft Hoya gleich aufgegeben werden, und der Zugang zu der Weser oberhalb Stolzenau und unterhalb Dreye war dem Feinde dennoch ganz offen, denn nur was zwischen diesen beiden Punkten liegt, ist hannöverisch. Die Franzosen würden ohne Zweifel den Durchmarsch durch die benachbarten Provinzen auf irgend eine Weise erhalten haben, ohne daß man gewagt hätte, sich ihnen zu widersetzen, den sich hingegen die Hannoveraner zu verschaffen außer Stande gewesen wären, und diese hätten daher gleich über die Weser zurückgehen müssen, um nicht von dem Feinde umgangen zu werden. Setzte man sich endlich gleich am rechten Weserufer, so war der größte Theil des Landes vom Anfange an preisgegeben, so daß also auch die Armee daraus weder Verstärkung noch andere Hülfsmittel ziehen konnte, und kam es zur Schlacht, so durfte, wann sie gewonnen wurde, der Feind nicht über die Weser verfolgt werden, weil man

die Neutralität der Nachbaren schonen mußte, und wenn sie unglücklich ausfiel, mußte man gleich nach der Elbe oder über dieselbe, mithin das ganze Land verlassen. So wenig Hoffnung zu einem einigermaßen würksamen Widerstande auch in diesem Falle war, so erforderte solcher doch ansehnliche Zurüstungen. Menschen, Pferde, Fuhrwerk, Magazine ꝛc. mußten herbeigeschafft werden, denn das Corps war weder stark genug, noch mit den gehörigen Bedürfnissen versehen. Alles dieses konnte nicht ohne den größten Druck für die Einwohner in kurzer Zeit herbeigeschafft werden, und sie ohne alle Hoffnung des Erfolges diesem Drucke zu unterwerfen, der nichts weiter wie eine Vermehrung ihres Unglücks geworden wäre und dem Lande, wenn es auch nur auf kurze Zeit zum Schauplatze eines Krieges geworden wäre, den gänzlichen Ruin drohete, war äußerst verantwortlich. Besondere Umstände und vornehmlich eine günstige Stimmung der Gemüther, sowohl in den Truppen als unter den Einwohnern, hätten es dennoch rathsam machen können, aber davon war nur an Ort und Stelle zu urtheilen. Hier war dergleichen nicht bekannt, vielmehr war ein geschickter Offizier, der gerade damals herübergekommen war — der schon oben genannte jetzige Oberste von der Decken, der Meinung, daß zu einer Levée en masse (denn auch davon war die Rede) die Stimmung nicht günstig sei.

Außer der Hauptrücksicht der Deckung des Landes mußte aber das Schicksal der Truppen selbst, die Ehre eines so ausgezeichneten Corps und die Rettung desselben in Erwägung gezogen, und dieses Objekt mit jenem andern in Verhältniß gesetzt werden. Dieses erforderte, daß die Truppen in eine Lage gebracht würden, die sie nicht nöthigte, sich einem überlegenen Feinde ohne Schwertstreich in die Hände zu geben; vielmehr mußte man darauf bedacht sein, sie, wenn sie auch jetzt nicht im Stande waren, die Rettung des Vaterlandes zu beschaffen, doch so zu erhalten, daß sie unter günstigeren Umständen zu dessen Befreiung würksam sein konnten. Wie aber dieser Zweck, wenn er unglücklicher Weise der einzige bleiben mußte, keine Verstärkung, noch überhaupt große Zurüstungen zu erfordern schien, ja dergleichen vielmehr um des Landes

willen möglichſt vermieden werden mußten, ſo würde es auch höchſt bedenklich geweſen ſein, ihn gleich Anfangs und überhaupt zu frühe bloß zu geben. Jede darauf abzielende Bewegung hätte dem Feinde gleich angekündigt, daß an gar keine Gegenwehr gedacht werde, hätte den Truppen allen Muth genommen, und hätte die Unterthanen zu einer Art von Verzweiflung gebracht und zu jeder Hülfsleiſtung für die Truppen gänzlich abgeneigt gemacht.

Nimmt man nun außer allen dieſen Erwägungen noch darauf Bedacht, daß Preußen, was auch der Gang war, den es ergriff, immer den Ausbruch eines würklichen Krieges auf ſeiner Grenze auf alle Art zu verhindern ſuchen mußte, und daß alſo kaum anders zu erwarten war, als daß jede Kriegsrüſtung im Hannöveriſchen dasſelbe aufmerkſam machen und zu Schritten bewegen würde, die uns ſehr unangenehm und nachtheilig wären, ſo muß es meines Ermeſſens nicht nur natürlich, ſondern auch angemeſſen erſcheinen, daß in den erſten drei Wochen nach der Königlichen Botſchaft an das Parlament, gar keine Befehle zu Anſtalten oder Rüſtungen im Lande von hier aus abgelaſſen wurden. Wie aber am Anfange des Monats April die Negociationen zwiſchen England und Frankreich noch immer unentſchieden waren, und ehe ein ungünſtigeres Anſehen gewannen, wie Bonaparte die Abſicht, im Falle des Krieges Hannover zu beſetzen, würklich in Berlin zu erkennen gab, und Nachrichten einliefen, nach welchen in Holland Truppen zuſammengezogen würden, wie Preußens Geſinnungen durch die Art ſeines Mediations-Antrages und ſeine ganzen Aeußerungen immer verdächtiger wurde, da war nicht mehr Zeit ganz ſtill zu ſitzen. Ich trug daher den 4. April bei Ihro Königlichen Majeſtät darauf an, daß ein Befehl nach Hannover gehe, die Beurlaubten bei den Regimentern einzufordern und die Truppen unter dem Anſchein des im Frühjahre gewöhnlichen Exercirens in Uebungsläger zuſammenzuziehen. Dieſen auf alle vorhin angeführte Rückſichten gegründeten Antrag genehmigte der König, und die Befehle an den Herrn Feldmarſchall, das Miniſterium und die Kriegscanzlei gingen nicht nur den 8. April würklich ab, ſondern ich gab auch, um gar keine Zeit

zu versäumen, bereits den 5ten dem Herrn Feldmarschall umständlich und in den nämlichen Ausdrücken, die nachher in den Königlichen Rescripten gebraucht wurden, Nachricht davon, und schickte dem Geh. Cabinetsrath Rudloff eine Abschrift dieses Briefes mit dem Begehren, sie dem Ministerio vorzulegen.

Das bei dieser Untersuchung so wichtige Rescript an den Feldmarschall vom 8. April drückt sich, nachdem vorher angeführt worden, daß die Gefahr für das Land durch das Einrücken mehrerer französischer Truppen in Holland einen größeren Grad der Wahrscheinlichkeit erhalte, so aus:

> »In dieser Hinsicht scheint es Uns angemessen, daß die jetzige Exercierzeit benutzt werde, um die Beurlaubten bei den Truppen herbeizuziehen, und ist es Unserer Absicht gemäß, daß die Veranstaltungen zu einem Uebungslager getroffen werden, wodurch ohne Aufsehen zu erregen die Zusammenziehung der Regimenter zu bewürken und wenigstens so viel zu vermeiden stehen wird, daß die zerstreuten Garnisons nicht unerwartet abgeschnitten würden. Ihr werdet also dieserhalb Eurer Seits das nöthige verfügen und müssen Wir Uns vorerst lediglich auf diese Vorsichtsmaßregel beschränken, da jeder weitere Plan von den Umständen abhängig ist, die nicht vorherzusehen sind, und worunter eine Veränderung oft schleunig eintreten kann. Immerhin vertrauen Wir gnädigst, daß Eurem Augenmerk die Lage der Sache nicht entgehen wird, und daß Ihr, unter fortgesetzter Communication mit Unserm Ministerio, auf dasjenige jederzeit forderſamsten Bedacht nehmen werdet, was dieser Lage am angemessensten ist.«

Das Rescript an das Ministerium lautete eben so, der Kriegs-Canzlei wurde aber bloß ohne Anführung der Gründe gesagt, daß ein Uebungslager gehalten werden solle. In meinem Briefe an den Herrn Feldmarschall hatte ich noch ausdrücklich bevorwortet: »daß er niemals auf bestimmte Vorschriften von hier rechnen dürfe, da die Entfernung dergleichen nicht zulasse, und es vielmehr bedenklich sein würde, ihm da-

durch die Entschließungen zu erschweren, wozu hier unbekannte oder nicht erwartete Umstände ihn nöthigen könnten.“

Die Maßregel schien mir nothwendig, weil die Truppen sich in jedem Falle versammeln mußten, sie mochten rück- oder vorwärts marschiren sollen, sie schien mir durchaus keiner andern hinderlich zu sein, zumal da die Auswahl der Plätze, wo sie campiren sollten, dem Feldmarschall überlassen blieb, ich hielt sie für eilig, weil ich besorgte, daß es den Preußen einfallen könnte, unsern im Göttingischen liegenden Regimentern und vielleicht auch der osnabrückischen Garnison den Durchmarsch zu vermehren, und ich konnte nicht anders glauben, als daß sie sehr leicht und schnell auszuführen stehe. Nach allen älteren nicht widerrufenen Befehlen sollten die Regimenter, und besonders auch die Officiere, auch in Friedenszeiten mit der ganzen Feld-Equipage, Pferde und Knechte ausgenommen, versehen, imgleichen alles zur Artillerie, Bäckerei, ja zum Theil zum Hospital erforderliche Fuhrwerk in brauchbarem Stande sein; so war es auch vor dem letzten brabandischen Kriege gewesen, und ich konnte nicht erwarten und weiß auch noch nicht, daß es nicht mehr so sei. Lebensmittel und Fourage für ein Corps von so geringer Stärke zusammenzubringen, war eine Kleinigkeit. Ich konnte mir also keine erhebliche Schwierigkeit denken, und sagte mir, daß ein Corps von 14000 bis 15000 Mann braver Truppen sich immer wehren könne, wenn auch hin und wieder etwas zu einer fortgesetzten Campagne an seiner Equipirung oder andern inneren Einrichtungen fehlen sollte; daß vielleicht nicht jeder Officier gleich beritten, oder überhaupt nicht mit allem gehörig versehen sein würde, war leicht vorauszusehen, dem würde aber nach und nach abgeholfen sein, und bis dahin würde sich doch wohl keiner geweigert haben, auch allenfalls zu Fuße zu dienen. So sahe ich die Sache an, wie ich sie in Vorschlag brachte. Ihro Majestät gaben meinen Gründen Gehör, und erließen die Befehle. Daß sie nicht befolgt worden, müssen diejenigen verantworten, an welche sie gegangen sind; aber das ist gewiß, daß, wenn in Gefolg derselben verfahren wäre, wir auch bei dem Außenbleiben der Beurlaubten aus den preußischen Provinzen, doch in der Mitte

des Monats Mai gegen 12000 Mann alter Truppen an der Weser versammelt gehabt hätten, welche nun alle aus dem Lande erfolgenden Rekruten an sich gezogen haben würden. Die Franzosen, die erst den 16. Mai bei Nimwegen aufbrechen, wären dann vermuthlich nicht mit einem Corps von 16000 Mann vorgerückt, sondern hätten erst Verstärkung an sich gezogen, wodurch einige Tage Zeit gewonnen worden wäre; hätten sie es gethan, so wäre gewiß alle Hoffnung gewesen sie zu schlagen; und hätte endlich unser Corps der Uebermacht weichen und das Land am linken Elbufer Preis geben müssen, so wäre es noch immer nicht in der Nothwendigkeit gewesen, an der Convention, die etwa geschlossen worden wäre, Theil zu nehmen. Es hätte vermuthlich die Retraite nach England frei gehabt, oder im äußersten Falle seine Bedingungen für sich machen und vielleicht diese Retraite selbst als eine derselben aufstellen können.

Ich erlaube mir nicht, mehr über diesen Punkt zu sagen, da die Absicht des gegenwärtigen Aufsatzes bloß meine eigene Rechtfertigung ist, und gehe also wieder zur Erzählung dessen, was würklich geschehen, zurück.

Meine Briefe vom 5. April waren schon den 13. und die Rescripte vom 8. bereits den 19. in Hannover angekommen, aber gleich die ersten Antworten, die hier darauf einliefen, zeigten, daß die Sache dorten anders angesehen werde wie hier. Geheime Cabinetsrath Rudloff schrieb den 14., die Beurlaubten wären, wie gewöhnlich, auf den 10. Mai einberufen, welches vielleicht auch keine Abänderung erfordern werde, wofern nicht außerordentliche Umstände sich ereigneten, und sprach übrigens von der Nothwendigkeit, die Truppen in respectabler Verfassung zu erhalten, aber gar nicht in dem Ton einer augenblicklichen großen Gefahr. Ich antwortete gleich nach dem Empfange dieses Briefes den 29. April sehr umständlich, und was ich sagte und zu den Akten gelegt habe, zeigt die Art, wie ich die Sachen ansah, vollständig und beweiset wenigstens, daß ich für meine damaligen Handlungen nicht erst jetzt aus dem Erfolge Gründe suche.

Das Ministerium zeigte den 21. April bloß den Empfang

des obigen Rescripts vom 8. an, und versicherte seiner Seits alles zu dessen Befolgung beitragen zu wollen; mit der folgenden Post vom 24. aber theilte es mir ein Schreiben, womit der Feldmarschall den 20. die Communication mit demselben angefangen hatte und die den 22. darauf gegebene Antwort mit.

Nach jenem hielt der Herr Feldmarschall die bloße Zusammenziehung der Truppen, sobald für die Subsistenz gesorgt wäre, für leicht, machte aber manche andre Dinge bemerklich, worauf zum voraus Bedacht genommen werden müsse, weil es sonst nicht möglich sein werde, sie geschwind auszuführen, und begehrte darüber des Ministerii Entscheidung; und dieses hatte bloß geantwortet, es würde bedenklich sein, Aufsehen zu erregen, und es würde nähere Nachricht geben, wenn es sich dazu im Stande befände. (Auf diese Schreiben kommt es in Rücksicht auf mich nicht an, zu Beurtheilung des Verfahrens jener beiden Behörden aber sind sie wichtig.) Von mir nun verlangte das Ministerium, daß ich Ihro Majestät höchste Befehle über die Frage einholen möge: ob gegen eine Invasion oder Occupation der dortigen Lande ein thätlicher militairischer Widerstand geschehen, und wie weit solcher geleistet werden solle? indem dasselbe nicht auf sich nehmen könne diesen Punkt, worauf alles ankomme, dorten zu entscheiden.

Eine solche Anfrage zu einer Zeit zu bekommen, wie wir hier fast stündlich die Nachricht erwarteten, daß Lord Witworth Paris verlassen habe und alle Unterhandlungen abgebrochen seien, war für mich schrecklich, weil es mir klar zeigte, daß noch nichts geschehen sei und alles, was nun noch von hier befohlen werden könnte, zu späte kommen müsse. Ich schrieb den 10. Mai zurück:

„Da der König wiederholt geäußert habe, daß er solche Befehle, wie gefordert würden, in der Entfernung nicht geben könne, so möge ich sie ihm auch nicht abfordern, weil er es ungnädig nehmen würde, daß noch nichts geschehen sei. Ihro Majestät würden meiner Meinung nach einen militairischen Widerstand nicht erwarten, wenn er ohne alle Hoffnung des Erfolges nur un-

nöthiges Blutvergießen veranlaßte und den Feind vielleicht zu desto härterem Verfahren gegen die Unterthanen reizte. Aber wenn auch durch einen Widerstand die Invasion selbst nicht abgehalten werden könnte, so wäre doch vielleicht die Rettung der Gelder und Effecten dadurch zu erleichtern und das Corps Truppen selbst in eine Stellung zurück zu bringen, worin es entweder eine Verstärkung erhalten, oder aus welcher es eingeschifft werden, oder endlich im äußersten Falle mit mehr Anstand capituliren könne. Alles dieses hänge von Umständen ab, deren Ungewißheit Ihro Majestät hätte abhalten müssen von hier aus Befehle zu geben, und Sie hätten sich daher begnügt, nur die in jedem Falle nöthige Zusammenziehung der Truppen vorzuschreiben. Alles übrige hätten Sie dem Ermessen der Minister und des Feldmarschalls überlassen, und so sehr ich die dabei auf ihnen ruhende Verantwortlichkeit erkenne, so sehr müßten sie ihre Beruhigung in der Ueberzeugung finden, daß wir einem gnädigen und billigen Herrn zu dienen das Glück hätten."

Gerade wie dieser Brief abging, traf eine an den König selbst gerichtete Vorstellung des Herrn Feldmarschalls vom 27. April ein, worin nach einer kurzen Versicherung, daß er die Befehle wegen der auf ein Uebungslager nöthigen Veranstaltungen möglichst zu erfüllen suchen werde, und schon einige Vorräthe zusammengebracht wären, eine sehr lebhafte Schilderung der gänzlichen Wehrlosigkeit und des den Truppen bevorstehenden höchst traurigen Schicksals folgte, und nun mit den Worten geschlossen wurde:

„Ew. Königl. Maj. versagen gewiß einigen Maßregeln Allerhöchst Dero Zustimmung nicht, wodurch noch etwas Energie gezeigt, und ein übler Ausgang, wenn er unvermeidlich, doch nicht schimpflich wäre. Eine nur irgend paßliche Instandsetzung von Hameln, einige Bespannung der Artillerie, die Besetzung einiger Garnisonen durch Invaliden, und die Einberufung der übrigen und so vieler eben verabschiedeter in dem Augenblicke,

wo es um Rettung des Vaterlandes zu thun ist, wären mit vielen andern kleinen Hülfen gewiß nicht unbedeutende Mittel, und Ew. Königl. Majestät werden gewiß dem ganzen Corps einige theilnehmende Gnade in so kritischen Umständen nicht versagen."

Hierauf mußte nun freilich von Ihro Majestät selbst eine Antwort ertheilt werden, und sie war um desto schwerer abzufassen, je mehr es auffiel, daß man des Königs Befehle nicht verstanden hatte oder nicht verstehen wollte, je seltsamer die in dem Berichte enthaltenen Aeußerungen waren, „als sei die ganz unbedeutende Zahl Truppen lange nicht das, was sie auf dem Papiere erscheine" — und diese Papiere waren doch von dem Herrn Feldmarschall selbst eingeschickt und unterschrieben — „alles, was an Infanterie zu versammeln wäre, würde etwa 10018 Mann betragen" — also mit Cavallerie und Artillerie doch gegen 14000 Mann — „und doch sollte, so wie die Sachen jetzt eingerichtet, nicht einmal auf eine noch so drückende Capitulation zu denken sein, sondern nichts möglich bleiben als eine in wenigen Tagen gewiß erfolgende Ergebung auf Discretion, und zu dieser gehöre gewiß nicht einmal eine feindliche Macht; es gehöre nur ein noch so mittelmäßiges und unbedeutendes Corps dazu," und dergleichen, und je weniger am Ende zu errathen stand, was man denn nun eigentlich begehrte, da auf nichts bestimmt angetragen war.

Waren die Umstände so, wie sie nach diesem Berichte erschienen, war der Feldherr selbst so muthlos, wie konnte da noch ein Befehl abgelassen werden, sich dem feindlichen Angriffe zu widersetzen? wie konnten in dem Augenblicke noch große Zurüstungen angeordnet werden, da es nicht mehr zum Rüsten, sondern nur zum Fechten Zeit war? und wie wenig war zu erwarten, daß dergleichen nur befolgt werden würde, da auf den vorigen Befehl so gar nicht geachtet war?

Das Rescript, was Ihro Königliche Majestät den 13. Mai darauf abließen, war Ihren huldreichen Gesinnungen und Ihrer gewohnten Milde angemessen. Es enthielt keine ausdrückliche Vorschriften über das, was geschehen solle, sondern vielmehr die

Aeußerung, daß dergleichen bei der Ungewißheit der Umstände, die eintreten könnten, und bei der Entfernung nicht zu geben stünden; es bestimmte aber als Grundsatz, wornach Feldmarschall und Ministerium ihre Maßregeln zu wählen haben würden,

„daß auch die äußersten Kräfte nicht geschont werden dürften, wenn auf Zurücktreibung des Feindes und nachherige Deckung des Landes eine Aussicht sei; könne aber nur auf Sicherung der Gelder und Effecten, und darauf gedacht werden, das Corps in eine Stellung zurückzuführen, in welcher es entweder, wenn dazu irgend eine Aussicht sein sollte, Verstärkung erhalten, oder eingeschifft werden, oder im äußersten Falle mit mehr Anstand capituliren könne, so müßten die anzuwendenden Mittel auch nur diesen Zwecken angemessen sein, und ein solches Verhältniß würde bei Maßregeln nicht vorhanden sein, deren Druck das nun einmal nicht abzuwendende Unglück nur ohne allgemeinen Nutzen noch vergrößerte."

Dieses Rescript ist von mir nicht nur angegeben, sondern aufgesetzt worden, und ich bekenne mich also dafür vollkommen verantwortlich, ohnerachtet es von Ihro Königlichen Majestät erst, nachdem ich es würklich vorgelesen hatte, im Concept signirt und nachher vollzogen worden. Ich weiß, daß es getadelt ist, kann mich aber gegen den Tadel nicht eher rechtfertigen, bis mir Jemand sagt, was an dessen Stelle Besseres zu antworten gewesen wäre. Daß auf den Bericht des Herrn Feldmarschalls eine andere kräftigere Entschließung möglich war, weiß ich, aber sie konnte in dem Augenblick nicht mehr von Nutzen sein, und nur der offenbarste Nutzen hätte mich rechtfertigen können, wenn ich dazu gerathen hätte.

Kaum war dieses Rescript abgegangen, wie die Nachricht, daß alle Friedensunterhandlungen abgebrochen wären, einlief und bereits den 17. Mai, also mit der unmittelbar darauf folgenden Post von hier nach Hannover mitgetheilt wurde. Bonaparte hatte dem General Mortier sofort den Befehl

zum Marſch nach Hannover zugeſchickt, und ſein Truppencorps, welches, wie oben bemerkt, bei Nimwegen ſtand, ſetzte ſich ſchon den 16. in Bewegung.

Unterdeſſen hatten nun auch die nach Hannover gekommenen Nachrichten die Größe und Nähe der Gefahr immer deutlicher gezeigt, beſonders aber wurde man dort durch einen ohne mein Vorwiſſen von des Königs Majeſtät ſelbſt an den Herzog von Cambridge geſchriebenen Handbrief vom 29. April aufgeſchreckt, welcher alle Hoffnung, die Streitigkeiten mit Frankreich gütlich beigelegt zu ſehen, völlig nahm. Nun that der Herr Feldmarſchall bei dem Könige die Anfrage: wem er, im Fall ſeine Geſundheit ihm nicht geſtatten ſollte, das Commando der Truppen zu führen, ſolches zu übergeben habe? worauf Ihro Majeſtät nachher den 17. Mai antworteten, daß es in einem ſolchen Falle der Herzog von Cambridge führen ſolle, indem ſolcher angewieſen ſei, nur dann von der zu ſeiner Herüberkunft geſchickten Fregatte Gebrauch zu machen, wenn ſeine Gegenwart nicht mehr von Nutzen ſein könne und ihn in die augenſcheinliche Gefahr bringen würde, in feindliche Gefangenſchaft zu gerathen. Nun wurde der jetzige Oberſte v. d. Decken nach Berlin geſchickt, um zu verſuchen, was dorten noch auszurichten ſei; nun gab das Miniſterium dem Herrn Feldmarſchall den 5. Mai zu erkennen, daß es Zeit ſei, den Königlichen Befehl wegen Zuſammenziehung der Regimenter in Erfüllung zu bringen; nun forderte er das Miniſterium in einem ſich mit jenem kreuzenden Schreiben zu würkſameren Maßregeln, zu Verſammlung und Bewaffnung der Invaliden, zu Anſchaffung von Pferden und Knechten und dergleichen auf, und nun ward endlich beſchloſſen, das Corps durch eine Aushebung von Mannſchaft auf 25000 bis 30000 Mann zu vermehren, und den 16. Mai gingen die Ausſchreiben deshalb in das Land ab. Der Erfolg dieſer Schritte iſt bekannt und gehört nicht hierher, da zu denſelben von hier aus nicht mitgewürkt war, noch gewürkt werden können, und ich habe nur das anzuführen, daß in demſelben Colleg.-Schreiben vom 15. Mai, durch welches zur Information Ihro Königlichen Majeſtät mir dieſe Entſchließungen angezeigt wurden, man mir

auch schon den ungewöhnlich schnellen Empfang meines oben angeführten Antwortschreibens vom 10. Mai meldete, so wie auch der Herr Feldmarschall den 23. auf das oben angeführte Rescript vom 13. eine völlig in dem Sinn wie sein vorheriger Vortrag vom 27. April abgefaßte Antwort schickte, in welcher die Königlichen Befehle vom 8. April völlig entstellt sind, worin wieder versichert wird, daß das Corps, wenn es so, wie es auf dem Friedensfuß stehe, zusammengebracht würde, sich gleich auf Gnade oder Ungnade werde ergeben müssen, aber gewiß im Stande sein werde, auf einige Zeit glücklich zu widerstehen, wenn es durch Aufbietung der Kräfte des Landes verstärkt und mobil gemacht wird; und nach welcher der Unterschied der Zeit zur Zusammenziehung auf dem Friedensfuß, und zur Aufstellung in einer respectablen Feldverfassung nur 14 Tage sein werde.

Nach allem diesem wird wohl als gewiß angenommen werden können, daß weder mein Schreiben an das Ministerium, noch das damit übereinstimmende Königliche Rescript irgend eine Aenderung in den Entschließungen bewürkt haben, so wie auch der Beifall, der jenen kräftigeren Maßregeln von hieraus gegeben worden, eben wenig von einigem Einfluß gewesen ist. Ich selbst habe mir fast keine Hoffnung gemacht, daß durch die Rüstungen noch etwas werde auszurichten sein, habe aber in dem Augenblick Bedenken tragen müssen, mich darüber zu äußern, vielmehr in einem Briefe vom 24. Mai an den Herrn Feldmarschall mich folgendermaßen ausgedrückt:

„Von den dorten gefaßten kräftigen Entschließungen zur Vertheidigung unsers bedrängten Vaterlandes, die hauptsächlich Ew. Exc. Festigkeit und Betriebsamkeit zu verdanken sind, werde ich noch heute Abend des Königs Majestät Vortrag zu thun im Stande sein, und bin zum voraus versichert, daß sie den größten Beifall finden werden. Sie stimmen mit dem Sinn des Königl. Rescripts vom 13. vollkommen überein, denn sie können zu würklicher Verminderung des Uebels führen,

aber von hier aus konnten sie unmöglich befohlen werden, da man selbst die Stimmung nicht beurtheilen konnte, die unter den Einwohnern stattfinden würde.«

Das Einzige, was in dem traurigen Zeitpunkte noch von hier aus geschehen konnte, war, die Anstalten zu treffen, um allenfalls das Corps hannöverischer Truppen hierher zu transportiren, und ich erhielt von des Königs Majestät Befehl, darüber mit den hiesigen Ministern das nöthige zu verabreden, sobald die Unterhandlungen abgebrochen waren.

Hiervon gab ich dem Herrn Feldmarschall bereits den 17. Mai, also an demselben Posttage, an welchem das Ende jener Unterhandlungen nach Hannover zuerst angezeigt werden konnte, Nachricht, und begehrte von ihm die forderſamſte Anzeige von dem Punkte, wo die Einschiffung am ersten möglich werde, mit der Anführung »daß man sich hier zwar natürlicher Weise zuerst die Elbe gedenke, wenn aber durch einen Rückzug der Truppen in das Lauenburgische mehr Zeit gewonnen werden könnte, so wäre vielleicht auch auf Travemünde Rücksicht zu nehmen, obwohl mir dabei große Schwierigkeiten zu sein schienen.« Von dem Fortgange der Sache, welche hier die willigſte Aufnahme fand und eifrig betrieben wurde, unterrichtete ich den Herrn Feldmarschall postäglich durch bei den Akten befindliche Briefe vom 20., 24., 27. und 31. Mai, und an diesem letzten Tage ging ein Seeofficier, Capitain Younge, nach der Elbe, um das Locale in Rücksicht auf die Landung zu untersuchen und mit dem Herrn Feldmarschall Abrede zu nehmen, dem ich Empfehlungsbriefe an des Herzogs von Cambridge Königliche Hoheit, und wegen der Hülfe, die ich ihm durch den Capitain unsrer Zollfregatte, den Oberstlieutenant Müller, zu verschaffen hoffte, auch an diesen und den Minister Hake mitgab. Bis dahin hatte ich wegen des bei der Sache erforderlichen strengen Geheimnisses durchaus an niemand darüber geschrieben und auch das, was an den Herrn Feldmarschall ging, nicht durch die Hände irgend eines Abschreibers gehen lassen. Das Ministerium ist gar nicht davon unterrichtet worden, denn

da es nicht eher, als bis die Transportschiffe segelten, zu concurriren brauchte, so hielt ich auch für besser, ihm erst dann darüber etwas zugehen zu lassen.

Sehr unangenehm und allerdings auch bei Betreibung des Geschäfts nachtheilig mußte es mir nun natürlicherweise sein, daß ich von dem Herrn Feldmarschall auf alle meine Briefe, die diese Sache betrafen, gar keine Antwort, mithin auch über den zum Embarquement sich etwa am besten schickenden Ort keine Nachricht erhielt. Erst in einem Briefe vom 1. Juni, in welchem er den Empfang des meinigen vom 27. Mai anerkennt, nennt er die Angelegenheit und schreibt: „Er würde suchen so weit zu kommen, wie er könne, aber nie im Stande sein, sich weiter herunter an der Elbe zu ziehen wie Harburg, da der Feind vermuthlich an demselben Tage schon in Bremen sei“; und in einem den 13. Juni aus Lauenburg abgeschickten Aufsatze setzt er die Gründe auseinander, warum die Einschiffung überhaupt, besonders aber von der Insel Wilhelmsburg aus nicht möglich sei. Inzwischen waren die Transportschiffe etwa den 7. Juni, also nicht viel über drei Wochen, nachdem der erste Entschluß dazu gefaßt worden, in Bereitschaft. Des Königs Majestät hielten den Befehl zum Absegeln noch ein paar Tage auf, weil Sie mit der gerade damals zurückbleibenden Post um so mehr Nachrichten erwarteten, als wir schon wußten, daß es die Absicht gewesen, dem französischen General-Deputirten entgegen zu schicken, um den Versuch zu einer Capitulation zu machen; wie jedoch diese Post länger ausblieb, mußte ich den 12. dem Minister Lord Hobart jenen Befehl bringen, und als ich, um weitere Verabredungen mit Lord St. Vincent zu nehmen, mit ihm auf die Admiralität kam, fanden wir dort die eben eingelaufenen traurigen Nachrichten von dem Abschluß der Convention zu Suhlingen, und den zugleich von Paris dem englischen Ministerio zugekommenen Antrag, daß der König solche in seiner Eigenschaft als König genehmigen möge. Ihro Majestät schlugen dieses zwar ab, versprachen jedoch als Churfürst fürerst und bis nach genommener Rücksprache mit Ihro Alliirten und dem Reiche über die Erfüllung der eingegangenen

Bedingungen zu halten; wenn also nun auch noch eine Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, die Truppen herüber zu bringen, so hätte sie nicht benutzt werden dürfen, weil die Convention im Wege stand. Es sind den hiesigen Ministern Vorwürfe darüber gemacht worden, daß sie nicht selbst früher auf die Rettung derselben Bedacht genommen; wenn man aber erwägt, wie viel erforderlich war, um die Flotte, auf welche es hauptsächlich ankam, zu bewaffnen und zu bemannen, welche den 8. März gar nicht gerüstet war, so fällt es in die Augen, daß solches nicht gut thunlich gewesen; und auch von mir konnte kein Antrag darauf zu einer Zeit geschehen, wie es noch ungewiß war, ob wir würden angegriffen werden oder nicht. Des Königs Majestät selbst hätten ihn gewiß nicht gnädig aufgenommen, sondern als einen Beweis angesehen, daß ich an aller Gegenwehr verzweifelte, und das geringste, was im Lande davon bekannt geworden wäre, hätte die nachtheiligsten Folgen haben können.

So war denn nun das Loos unsers Vaterlandes entschieden, und mir bleibt nur der traurige Trost übrig, den mir aber auch hoffentlich niemand, der diesen Aufsatz unparteiisch liest, versagen wird, daß es nicht von mir abgehangen hat, sein Schicksal auch nur aufzuhalten. Noch nachher, nachdem das Land schon vom Feinde besetzt war, habe ich versuchen wollen, ob noch etwas zu thun möglich sei, und habe daher bei des Königs Majestät darauf angetragen, mich mit dem Befehl, daß das Corps, in so weit es nur immer noch möglich, bei einander gehalten werden solle, selbst nach Deutschland zu schicken. Der Antrag wurde sowohl wie die Instruction, die ich zu dem Ende vorlegte, höchsten Orts genehmigt. Sobald ich erwürkt hatte, daß der Minister durch Auszahlung einer noch rückständigen Forderung für den Sold unserer Truppen, unsere Cassenvorräthe einigermaßen vermehrte, reiste ich den 10. Juli ab; aber das erste, was ich, wie ich in Tönningen an das Land stieg, erfuhr, war: daß am 5. Juli eine neue Capitulation geschlossen worden, nach welcher die Truppen das Gewehr gestreckt hatten und aus einander gegangen waren. Also war auch diese schwache

Aussicht verschwunden. Der Fall war als möglich vorausgesehen und selbst in meiner Instruction erwähnt, und bei der Stimmung unserer Nachbarn in Holstein, Mecklenburg ꝛc. würde ich wohl nicht im Stande gewesen sein, guten Rath zu geben, wenn ich auch noch zeitig genug angekommen wäre.

Was nachher in Ansehung dieser Capitulation von hieraus geschehen, daran habe ich, da ich abwesend gewesen, keinen Antheil. Meine Geschäfte im Lande mußten sich nun darauf beschränken, meiner Instruction zufolge einen Plan zu Stande zu bringen, um zu sehen, wie weit mit den Geldvorräthen zu reichen stehe.

Im December 1804.

E. v. Lenthe.

Miscellen.

1. Ablaßbrief des Pabſtes Honorius III. für die Halberſtädter Kirche vom 17. April 1223.

Mittheilung des Herrn Rathsbibliothekars Dr. A. Tobias zu Zittau.

Honorius episcopus servus servorum Dei, universis Christi fidelibus presentem paginam inspecturis salutem et apostolicam benedictionem. Omnis benignitatis immensitas virtutes largiens, ut premia largiatur, letatur in suorum devotione fidelium, non quia quicquam conferat humana devotio laudis, nec decedit aliquid, nec accedit, sed ut ab eo propere premia mereatur. Ad ea igitur, que ad nostram salutem pertinent, nos libenter juxta officii nostri debitum inducentes, omnibus vere penitentibus et confessis, qui ad ecclesiam Halberstadiensem cum devotione accesserint in die dedicationis ipsius, quadraginta dies de iniunctis sibi penitentiis, de omnipotentis Dei misericordia et beatorum Petri et Pauli, apostolorum ejus, auctoritate confisi, misericorditer relaxamus. Dat. Lateran. XV. Cal. May. pontificatus nostri anno septimo. (1223.)

Das Original iſt im Beſitz der Rathsbibliothek zu Zittau. — Die Bleibulle an demſelben, in gewöhnlicher Form, hängt an gelb- und rothſeidenen Faden und zeigt auf der einen Seite die beiden Köpfe, auf der anderen Seite ſteht Honorius P. P. III.

2. Bemerkung zur Zeitſchrift ꝛc. 1855. S. 361 f.

Vom Reichsfreiherrn Julius Grote zu Schauen.

In dem im Jahrgange 1855 dieſer Zeitſchrift Seite 355 ff. abgedruckten Aufſatze über Heinrich von Badewide hat der Herr Miniſter v. Hammerſtein eine Urkunde vom Jahre 1242 bekannt gemacht, aus welcher bewieſen werden ſoll, daß die Familien Cluding (Clüver) und von Hagen einen und denſelben Urſprung haben, indem darin Hermannus de Hagene frater predicti Hermanni (Cluvingi) genannt wird. Ich beſitze eine von Pfeffinger im Jahre 1730 gemachte Abſchrift derſelben Urkunde, welche indeß von 1244 datirt iſt, worin

Hermann v. Hagen als frater predicte Alheidis, der Frau des Hermann Cluving, aufgeführt ist. Danach ist er also nicht Bruder, sondern Schwager des Hermann Cluving, und somit nicht desselben Ursprunges.

Ich bemerke noch, daß die Urkunde mit dem Namen des Zeugen Olricus de Saltowe oder Baltowe schließt, die folgenden Worte: Mediantibus discretis viris etc. aber zu einer Urkunde des Bischofes Gerhard von Verden vom Jahr 1256 gehören, in welche jene Urkunde seines Vorgängers Lüder eingerückt ist. Es war nämlich über die Verpfändung der in der Urkunde genannten Güter ein Streit zwischen dem Kloster Ebstorf und den Söhnen des Hermann Cluving, Alverich und Johann, ausgebrochen, welcher durch Vermittelung (mediantibus) des Verdenschen Scholasters Gerhard, Werners von Meding, und der übrigen am Schlusse der Seite 362 abgedruckten Urkunde benannten Ritter beigelegt, und darüber eine Urkunde aufgenommen wurde. Dieselbe ist wegen ihres Schlusses interessant, da daraus hervorzugehen scheint, daß ein gegebenes Versprechen nur dann bindend war, wenn es in die Hände eines Standesgenossen abgelegt wurde. Er lautet:

„Hec, que prefata sunt, idem Alvericus et frater suus Johannes fide data in manus nostras (scilicet Gerhardi episcopi) promiserunt et in manus militum Henrici de Brokhusen, Werneri de Medinge, Hermanni Scukken, Henrici de Etsen, Ottonis de Boycenborch, Arnoldi Kurlehake, Ottonis et Werneri Magni, Johannis de Moule. Nichilominus predictus Johannes Cluvingus, cum adhuc non fuerit miles, fide data hoc idem in manus servorum Henrici Kurlehaken et Wilkini Frisonis repromisit ..... Datum Luneborch in cena Domini M.CC.LVI. pontificatus nostri anno quarto. —

Vielleicht ist diese Urkunde noch im Archiv des Klosters Ebstorf aufbewahrt, und könnte danach die richtige Lesart unter den beiden verschiedenen Abschriften bestimmt werden.

---

3. Zur Geschlechtsgeschichte der von Behr.

Der Zufall führte mir neulich eine Urkunde in die Hände, welche die Stiftung einer Memorie für die Familie von Haus und deren Verwandte in dem Kloster Wennigsen betrifft, die aber auch für die Geschlechtsgeschichte der von Behr und Anderer nicht ohne Interesse ist. Sie ist gegeben: Na Godes bord dusent veerhundert jar darna in deme seven unde twintighesten jare des sondaghes vor pinxsten (1. Juni), und am Schlusse derselben heißt es: Dit sint de namen, der we begherende sint to screvende in juwe bogh der dechtnisse unde in juwe bed to nemende: Ortghise Beren, Metteken sine husvruwen, her Olrike Beren, Metteken sine husvruwen, elderen

Ortghise Beren, her Pawel Beren ridder, Ortgises Beren broder, Reymet, de dar suster to was, her Werner Beren ridder unde Hinrik Bere, broder hern Olrikes Beren, unde Metten ore sustere, unde alle, de uthe deme sclechte vorstorven synt; Gherde Spaden, her Danneyl Spaden unde Ortghise Spaden, unde alle, de ute deme sclechte vorstorven synt; Lodewighe van deme Hus, Heylewighe sine husvruwen, Brande van deme Hus, Ilsen van Cramme, Heylewighe van Swichelte, de de kyndere weren Lodewighes van deme Hus, Arnde Knygghen, Gheseken sine husvruwen, unde Hinrike unde Herwighe, de ore kindere weren, unde alle, de ute deme sclechte vorstorven synt. Aber auch noch einige Stellen der Urkunde selbst geben Anhaltspunkte zur Geschlechtsgeschichte der Behr. So heißt es daselbst: Desse betalinghe vor desen tegheden (zu Bente) hed my Berte, myn sustere, wedewe Ortghys Beren saligher dechtnisse, van sines hetendes unde bevelinghe weghen ghedan etc. Ferner: Dyt is ghedeghedinghet in desser wyse, dat de pryorent unde dat ghanse cappittel des closters to Wennighessen vorbenomt dessen benompden tegheden bynnen sek upnemen unde bruken schullen in sulker wise, dat se van dessem vorscreven tegheden alle jar drye schullen beghan Ortghys Beren unde sine husvruwen unde alle, de de uthe sinem sclechte vorstorven synt, unde Lodewighe van deme Hus unde Heylewighe, sine husvruwen, unde alle, de de ute oren sclechten vorstorven synt, etc. etc. — — — De dridden memorien de schullen se denen na plechsede ores closters an deme hilghen daghe sunte Vitalis (28. April). Ortghys jartyd, myt vigilien etc.

Darnach stellt sich der Stammbaum der Behr, vollständiger als bei Vogell (Geschlechtsgeschichte der Herren Behr), folgendermaßen heraus:

N. N.

Ulrich Ritter. Gem. Metteken.	Werner Ritter.	Heinrich.	Mette.

Ortghis † 28. Apr. Gem. 1. Metteken 2. Bertha von dem Haus.	Paul Ritter.	Reymet.

Daß der urkundlich feststehende Heinrich, Bruder von Ortghis und Paul, hier nicht mit genannt ist, zeigt, daß er 1427 noch am Leben war. Bertha von dem Haus wird von Vogell irrig für eine geb. von Klenke gehalten. Auch die Hedwig von Schwiechelt, geb. von dem Haus, ist Vogell unbekannt geblieben.

C. L. Grotefend.

4. Beitrag zu den Preisen der Lebensmittel um die Mitte des 16. Jahrhunderts.

Aus einem alten Kirchenbuche der Stephans-Kirche zu Osterwieck mitgetheilt vom Reichsfreiherrn Grote zu Schauen.

„Die Zerung in den Whnachten Anno etc. 65. wie die rechenung gehalten worden.

3½ Fl.	5	gr	— ₰	vor 1 Faß Bier
— „	24	„	— „	vor ein Kalb
— „	2	„	— „	den Boden so daß kalb außrichte und darnach eß halede
— „	11½	„	— „	vor 11½ ℔ rindfleisch
— „	4	„	— „	vor 2 Höner
— „	5	„	— „	vor 2 Enten
— „	3	„	— „	vor Hasenkroß
— „	12½	„	4 „	vor 5½ ℔ bottern daß Punt 28 ₰
— „	6	„	8 „	vor 4 ℔ Söte melckes kesen
— „	4	„	— „	vor 4 Bradtworste uff den koell
— „	7½	„	— „	vor 3 ℔ specks uffs kalbfleisch zum gebradens, uff de bische und zum gefüllens in die Höner
— „	6	„	— „	vor 3 ℔ bettes damit die bische gebraden, die braden bebrupt und uff den koell
— „	—	„	15 „	vor Solt
— „	15	„	— „	vor brodt Semeln und kocken
— „	4	„	— „	vor 4 stübecken melck zum riß und zum Backen
— „	1	„	— „	vor Sippoln
— „	17½	„	— „	Hans wirten vor krube, rosstn, riß, giese und waß sust van Ihme gehalet worden
— „	5	„	— „	vor Eppell und nüsse
— „	3	„	— „	vor 2 Karpen
— „	2½	„	— „	vor eier
— „	7½	„	2 „	vor achte ℔ stockvisch daß ℔ 10 ₰
— „	2	„	— „	vor 2 stübecken essig zur gallerin, hasenkroß und den bischen mit speck
— „	—	„	20 „	vor 5 Bradtharing
— „	—	„	8 „	vor ½ stübeken goßlars Bier
— „	—	„	6 „	vor ½ stübeken bitterbier
— „	10½	„	— „	vor 3 ℔ lichte daß ℔ 3½ gr
— „	1	„	— „	zu Backen weill Henni Holschemeker den Oben in Sanct Steffensdage hitten müssen

Summa Summarum vortzeret 11½ Fl. 4½ gr 3 ₰.“

Die Kirchen-Rechnung wurde alljährlich zu Ende des alten oder Anfang des neuen Jahres von den Aelterleuten oder Vorstehern im Beisein der Pfarrer vor versammeltem Rathe abgelegt und zugleich

den für das folgende Jahr bestellten Kirchenvorstehern ihr neues Amt übertragen. Daß man es sich dabei wohl schmecken ließ, beweiset der Küchenzettel, der sich aus der Rechnung ziehen läßt. Das Essen bestand aus Kohl mit Bratwurst, Reiß mit Milch, Stockfisch, Karpfen, Brathäringen, Rindfleisch, einem Kalbe, Hasenpfeffer, Enten und gefüllten Hühnern, so wie zum Schlusse aus Aepfeln, Nüssen, Kuchen und süßem Milchkäse. Für den Durst war durch ein Faß Bier und zum Wohlgeschmack durch Goslarsches und Bitterbier gesorgt. Aus der Summe ergiebt sich, daß der Gulden zu 20 Groschen, der Groschen zu 12 Pfennigen gerechnet ist.

---

5. Instrumentum
über
des Herrn ThumProbsts Arnoldt von Bucholz zu Hildesheimb Huldigung undt was dabey vorgegangen unter Notarij Joannis Holthausen Handt de Anno 1609 21ten Februarij[1]).

In Nahmen der heyligen unzertheilten Dreyfaltigkeit. Amen!

Kundt und zu wißen sey hiemit allen undt jeden, den dieses offen Instrument zu lesen oder hören lesen vorkompt, daß nach Christi unsers lieben Herrn undt Seligmachers Geburth im Sechszehen Hundert und Neunten Jahre in der Siebenden Indiction Römer Zinßzahl genannt bei Herrschung des Aller-Durchlauchtigsten Großmächtigsten und unüberwindlichsten Fürsten und Herrn Rudolphi des Andern, erwählten Römischen Kayserß, Mehrerern des Reichs, in Ungarn, Böhmen, Dalmatien, Croatien und Schlavonien Königs ꝛc.; ErtzHertzogen zu Österreich, Hertzogen zu Burgund, Steyer, Kärndten, Krain undt Würtemberg, Graven zu Tyroll, unsers allergnädigsten Herrn, Ihr Kayserl. und Königl. Mayestt. Regierung des Römischen und Boheimbschen im Vier und Dreißigsten undt des Hungarischen im acht und dreyßigsten, Dingstages den Ein und zwantzigsten Monaths Tag Februarij umb Sieben Schläge Vormittags ungefehr zu Hildesheimb in des Hoch und Wohlehrwürdigen auch Edlen Herrn, Herrn Arnoldten Thumprobsten zu Hildesheimb, daselbsten auch zu Lüttig Thumbherrn, Churfürstl. Durchl. zu Cölln geheimen Raths, Herrn zu Bucholtz und Cortensheimb, meines gnädigen Herrn, wohnhaft in der Heyligen Kreutzstraßen bei der Vicarien Sct. Barbarae Behausung gelegen, uff der Hoffstuben Gartenwerts zu, Hoch und wolgemelter mein gnädiger Herr vor mir untenbenanndten offenbahren Notario und darzu sonderlich Erbettenen Zeugen persöhnlich erschienen undt haben J. Gn. sich gegen mir vernehmen laßen, was gestalt sie entschloßen von Ihren Unterthanen der Newstadt Hildesheimb

---

[1]) Aus einem Copialbuche im Besitze des Herrn Dr. Krätz zu Hildesheim. — Ueber das Verhältniß des Dorfes Evern im großen Freien zur Domprobstei s. oben S. 63.

uf heuth die zuerkandte Huldigung zu nehmen, undt nachdem von der noth daß solcher Actus protocolliret undt verinstrumentiret würde, aiß wollten J. Gn. mich darzu requiriret haben denselben und was also continue vorlaufen mögte mit gehörigem Fleiß in Acht zu nehmen, zu notiren und J. Gn. Ein oder mehr Instrumentum seu Instrumenta darüber mitzutheilen, welches ich zu thuen tragenden Ambts halber mich schuldig erkandt, bin demnach mit Hoch- und Wohlgemelten meinem gnädigen Herrn und Ihro Gnaden Geistlichen Beistandt Eines Ehrwürdigen Thumb Capituls Personen undt dessen Syndico Doctor Conrad Wippermann (weilen Ihro Gnaden anzeig nach Lehenleuth und andern, obwohl dieselbe Erfordert undt erbetten dabey zu haben, allerhandt Erwiesenes undt esen nicht wohl leiden können) uff bemeldete Newstadt gezogen und daselbst sobaldt gesehen und gehöret, daß Ihr Gnaden und angemelter Beystandt von gemeiner Bürgerschaft in feiner Ordnung mit Trometten Blaßen und Ehren Schußen uffn Marckt und unten am Rathhause durch zween Rathsfreunde undt daroben von Burgermeister und Rath unterthänig undt gebührlich vor der Rathstuben empfangen, fürter in itzt Ermelte Stuben geführet. Darnach haben Ihro Gnaden Bürgermeister, Rath und zwölf Mann, so jetzo in der Regierunge neben Ihrem Secretario Jobst Vetten hereinfodern undt durch obgedachten Syndicum Doctorem Wippermann negst Vermeldung J. G. gnädigen Grußes undt geneigten Willens vorhalten lassen. J. G. erachteten unnöthig anhero zu repetiren, daß Sie vorlängst vermüg Päbstl. Heyl. Concession von Wohledlen Thumbcapittel zum Thumbprobst eligiret, immaßen leyder die darüber am Kayserl. Hoff geführte Acta genuchsam auswiesen, dieweylen nun durch die Römisch. Kayserl. Mayestett unsern allergnädigsten Herrn, dem jenem, was bishero diese Huldigung removiret, vermittelst Deroselben Kayserl. Urtheil allergnädigster außschlag geben; So währen J. G. erbiethig dasjenige zu praestiren, worzu jetzt gemelte Urtheil verbindet und sonsten albereits nach lauth jetz bemelten Urthell abgeredet, zweiffelten dabey nicht, der Rath das Ihrige thuen auch die Burgerschafft anhalten würden, sie ihre gebühr gleicher gestaldt thuen müsten, darauff Rath undt zwölff Mann der Newstadt durch ihren Secretarium Jobst Vetten vorbringen lassen, Sie sich bedankten J. G. zur Huldigung daselbsten erschienen, woltens umb dieselben in unthertänigkeit verschulden und verdienen, der tröstlichen Zuversicht, daß dardurch guter friedt undt Ruhe zwischen Herrn undt unterthanen sollte geschaffet werden, Hoffen, Gott würde dazu sein Glück undt Seegen geben, wüsten sich zu Erinnern, was durch die Röm. Kaiserl. Mayht. erkannt undt in Güte erhandelt, währen erbiethig demselben würklich nachzusetzen undt was ihnen gebührete zu leisten. Der Herr Thumbprobst durch vorgedachten syndicum das erbiethen gnädig angenommen undt Seine Erklärung erwiedert, derer J. G. wolten nachsetzen, demnach syndicus die formb mündlicher Caution oder Ver-

ſtreichnuß, immaßen man ſich deren vermög obangeregter Kayſerl. Urthell vereinbahret, J. G. Beyſeins Rath und zwölf Manns Meiner und anderer darzu gebrauchten Notarien verleſen, Dieſes wörtlichen Inhalts: „J. G. verſprechen, daß Sie Bürgermeiſter Rath und Bürger Ihrer Newſtadt Hildesheimb bei inhabenden Privilegien, alten Recht und Gerechtigkeiten laßen und rechtmäßigen Sachen ihres äußerſten Vermögens ſchützen und Handthaben wollten, wie einem Thumbprobſte zu Hildesheimb gebührete und zuſtünde ohne Gefehrde. Darauff Ihr Gnaden das Verſprechen gethan, undt alß Syndicus ferner J. G. Erklährung wie die in puncto religionis albereit von J. G. ſoviel deren dießfalß gebühren wollte, ſchrifftlich erfolget, repetiret, ſo dieſes lauts J. G. es bei vorigen Erbiethen bleiben ließen, wann nur des Raths erbiethen undt ausgekundter Inhibition wirklicher Nachdruck gegeben undt die Prediger bei den Doctrinalibus blieben und ſich der Personalien mündlich enthielten, J. G. auch verſprechen wollten vor Ihre Perſon Rath und Gemeinheit bei dem Exercitio ihrer Religion unbeirret zu laſſen, hat Er der Syndicus dem Rath undt zwölff Mann den auß der urthell begriffenen aydt nemblich daß ſie wollen J. G. alß Thumbprobſten zu Hildesheimb getrew undt holdt ſeyn, derſelben beſtes Wiſſen undt argſtes warnen, wie getrewen unterthanen von rechtswegen gebühret undt zuſtehet vorgeleſen, die daruff mit dargeſtreckten Fingern geleiſtet, nach ſolchen allen haben J. G. der Herr Thumbprobſt durch offt gedachten Syndicum, Rath und zwölff Mann Ermahnet bey der Bürgerſchaft gleichmäßige Verſehung zu thuen, daß dieſelbe auch ſchuldiger Gebühr nach den aydt ablegten, zu ſolcher behueff ſeindt jetzt erwehnte Rath und zwölff Mann aus der Raths Stuben gangen umb was der Gemeinde zu angeregtem ayde zu reden, dieſelben auch in ſolcher ordnung zu bringen, damit ſie darauſſen uffm Marckt vor der Raths Stuben J. G. im Fenſter ſtehend ſehen kondten; folgends ſind J. G. der Herr Thumbprobſt mit dem Beyſtandt auß der Raths Stuben zur linken Handt im mittelſten Fenſter nachem Markte, das darzu mit ſeidne Küßen und anderer Notdurft praeparirt geweſen, gangen, an der Rechten in anderm Fenſter vielgemelter Syndicus, zur Linken aber der regierende Herr Bürgermeiſter Hanß Hagemann undt unter ihm obgedachter Secretarius Jobſt Betten geſtalt und den gegenüber uffm Marckt ſtehenden Burgern vorgehalten, Ihr Gnaden der Herr Thumbprobſt dasjenige, was deroſelbe durch Ihro Kayſerl. Mayeſtätt urthell uferlegt und ſonſten oblauts vereinbahret würklich geleiſtet undt noch daneben erkläret vor ihre Perſon denſelben das exercitium religionis zu laſſen, wie ſich Rath und zwölff Mann darauf verwandt gemacht und Sie ermahneten ſich ſchuldiger Gebühr zu demjenigen, was ihnen nun obliegen thäte, zu bequemen. Darnegſt oftgemelter syndicus kürtzlich repetirt, daß ſowohl J. G. alß Rath und zwölff Mann dasjenige vollenzogen, was Allerhöchſt gedachte Ihre Kayſerl. Maytt. Urtheyl vermögte undt vorhin verabredet, wäre

nur übrig, daß sie gleicher gestaldt den aydt leisteten, wie Er Syndicus denselben auß Zettel vorgeleßen und gantz gemeinde-gleich Rath und zwölff Mann mit dargestreckten Fingern undt heller Stimme wörtlich geschwohren, nach solchen hat sich ermeldeter Syndicus wegen Rath und zwölff Mann bedanket wegen J. G. und jetz gemelter Syndicus dabey angehenget, Ein jeder würde demselben, was geschwohren undt also sein gewißen in Acht zu nehmen wißen, daruff sobald von der Bürgerschafft viel Freudenschuß geschehen undt mit Trommeten hierunter geblasen. Alß nun der Actus vollbracht, haben sich J. G. neben Deroselben Beistandt wieder in die Rathsstube verfüget, aber gegen denselben mächtig beschwehret, der secretarius des Raths wieder den Abschied und Abrede von exercitio Religionis daß dasselbe ohne einigen Anhang möge freigelassen, gemeine Bürgerschaft darin bei vorgewesener Handlung zu dem mit keinem Worthe gedacht, viel weniger das geringste zu versprechen eingeräumet, hierunter geruffen und ohne daß ihme gebühret hätte, wann Er deß gesinnt auch welcher gestalt deswegen J. G. Erklährung erfolget vollenkommentlich oblauts zu gedenken und nachdem solches verblieben, hätte es S. G. nicht unbillig verdroffen, wie noch woltens zu ihrer Dispatientz und daß es deroselben nachkommen kein Praejudicium gebehren sollte, damit bestermaßen geahndet haben.

Schließlich und kurtz darnach wird J. G. in der Raths Stuben durch Rath, zwölff Mann undt Ihren Secretarium oft gemelt ein überguldeter Becher sambt demselben, was darein, mit zierlicher Gratulation praesentiret, undt gebetten mehr ihr güete undt güeten Willen alß die geringe Gabe anzusehen auch ihr gnädiger Herr zu seyn und bleiben, welchen Becher und was darin J. G. gnädig angenommen, sich bedanket und erkläret. Desgleichen gratulirte J. G. auch der umb- und beystandt. Geschehen seyndt diese Dinge im Jahr, Monat, Tag undt Stunde wie obengemelt, wie obengemeldet beiseyns der Wohlehrwürdigen Edl. und Ehrenvesten Herrn Adrian von Brabeck Thumb Cantorn und Herrn Walter von Lethmathe, Dechanten zu St. Andreas in Hildesheimb, beyden Thumbherrn allhie zu Hildesheimb, alß glaubwürdigen Zeugen hierzu erbetten und erfordert.

Undt dieweil ich Johann Holthußen von Münster in Westphalen, auß Pabst- und Kayserl. Macht offenbahrer Notarius undt Eines Hoch- und Ehrwürdigen Thumbcapittuls zu Hildesheimb Secretarius, nebenst vorbenandten Herrn Zeugen bei dem Huldigungs Actu immediate wie derselbe continue celebriret undt was darnach vorgelauffen und auch daruff ergangen persöhnlich gesehen und gehöret, alß hab ich's in notam genommen und gegenwärtiges Instrumentum darüber uffgerichtet, mundiret undt unterschrieben auch mein gewöhnlich Notariatzeichen hinzugesetzet, der Wahrheit zur Steuer und zu gezeugnuß insonderheit requiriret und gefordert. Johan Holthusen mppr.

Formula cautionis et homagii ex sententia desumpta.

J. G. versprechen, daß Sie Bürgermeister und Rath undt Bürger ihrer Newstadt Hildesheimb bei allen innehabenden Privilegien, Recht und Gerechtigkeiten laßen und rechtmäßigen Sachen ihres äußersten Vermögens schützen und handthaben wollen, wie einem Thumbprobste zu Hildesheimb gebühret und zustehet ohne gefehrde.

Dagegen

Wir Bürgermeister Rath und zwölff Mann der Newstadt Hildesheimb schweren einen leiblichen aydt, daß wir dem Hochwürdig. und Edlen Herrn Arnoldus von Buchholz alß Thumbprobsten zu Hildesheimb wollen getrew und holdt seyn, derselben bestes wißen und ergstes warnen, wie getrewen unterthanen von Rechtswegen gebühret und zustehet, So wahr uns Gott helff und sein heiliges Evangelium. Hernacher denselben aydt auch gemeine Bürgerschafft leistet.

Folget sub manu Secretarii Holthusen handt:

Meines gnädigen Herrn weitere und Kurtze gegen Erklährung.

Punctum homagii laßen J. G. bei gegebener Expedition undt wegen der Religion bleiben bei vorigem Erbiethen, wann nur des Raths Erbiethen und außgekündeter Inhibition würklich Nachtruck gegeben undt die Prediger bei den doctrinalibus bleiben und sich der personalien Mündlich enthalten, J. G. auch versprechen wollen, vor ihre Persohn Rath und gemeinheit bei dem exercitio ihrer Religion unbeirret zu laßen, gnädiger Zuversicht, daß darumme sich auch die gemeine Burgerschafft billig zu contentiren ꝛc.

Hofbuchdruckerei der Gebr. Jänecke in Hannover.

Chronologisches Verzeichniß

der

in dem Archiv des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrgang 1845—1849, und der Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Jahrgang 1850—1856, abgedruckten Urkunden und Documente.

---

985. **Novbr. 30. Soest.** König Otto III. bewilligt dem Bischof Erpo zu Verden das Markt- und Münzrecht, so wie Bann und Zoll zu Verden. 1854. S. 147.

1006. **März 2. Merseburg.** König Heinrich II. bestätigt das Kloster Ullishusen (Oldenstadt) im Bardengau und seine Güter. 1852. S. 25.

(1120—1129.) **Nonneberg.** Bischof Siegward zu Minden schenkt seine an der westlichen Seite der Leine gelegenen Güter in Idensen, Kirchwehren, Almhorst ꝛc. dem Stifte Minden. 1856. II, S. 89. Anm. 4.

(1133—1137.) Bischof Ditmar zu Verden verwandelt das Nonnenkloster Ulleshusen (Oldenstadt) in ein Mönchskloster und bestätigt ihm den Besitz seiner Güter. 1852. S. 27.

1142. **Bardowick.** Bischof Ditmar zu Verden bestätigt dem aus einem Nonnenkloster in ein Mönchskloster verwandelten Kloster Ullessen im Bardengau (Oldenstadt) seine Rechte und Güter. (Untergeschoben.) 1852. S. 29.

(c. 1200.*) Probst Heinrich zu Ratzeburg verkauft Güter seiner Kirche in Baven mit allem Rechte, wie sie der selige Heinrich von Bodwede und seine Nachfolger besessen haben, an das Kloster Ebstorf. 1853. S. 235.

1201. **Febr. 22.** Notiz des Pfarrers Heinrich in Groß-Twülpstedt über die Güter, womit der verstorbene Pfalzgraf Albrecht die Kirche zu Groß-Twülpstedt begabt habe. 1849. S. 54.

---

*) Nicht 1250, wie in der Zeitschrift a. a. O. steht. Ein Domprobst Heinrich zu Ratzeburg findet sich nur am Anfange und am Ende des XIII. Jahrhunderts. C. L. Grotefend.

(c. 1220.) Bischof Konrad zu Minden schenkt die Voigtei eines Hauses in „Jutessen“, welche die Gebrüder von Herlethe dem Edelherrn Dieterich vom See resignirt haben und dieser ihm resignirt hat, dem Stifte S. Mauritii in Minden. 1851. S. 256.

(zw. 1220 und 1230.) Das Domcapitel zu Minden genehmigt die Uebertragung des Zehnten von Nienburg an das Stift S. Martini in Minden. 1851. S. 258.

(zw. 1222 und 1230.) Bischof Konrad zu Minden bekundet, daß der Edelherr Hermann von Arnheim dem Stifte Obernkirchen, in welchem seine beiden Töchter aufgenommen sind, Güter in Kreyenhagen mit dem Zehnten übertragen habe. 1851. S. 259.

1223. Januar 18. Rom. Pabst Honorius III. erlaubt dem Bischof und Capitel zu Verden die durch den Tod des Voigts Konrad (von Wanebergе) erledigte Stiftsvoigtei nicht wieder zu verleihen. 1854. S. 148.

1223. April 17. Rom. Ablaßbrief des Pabstes Honorius III. für die Halberstädter Kirche. 1856. II, S. 194.

1224. Novbr. 18. Heinrich, Herzog von Sachsen und Pfalzgraf bei Rhein, überträgt auf Bitten des Drosten Gebhard von Lüneburg und mit Genehmigung seines Lehnsherrn, des Bischofs Iso zu Verden, den Zehnten zu Holthusen dem Kloster zu Ebstorf. 1853. S. 210.

1230. Juni 5. Rotenburg. Bischof Iso zu Verden vergleicht sich mit den Söhnen des Verdener Voigts Konrad von Wanebergen über das Lehen ihres Vaters, namentlich die Verdensche Voigtei. 1854. S. 151.

1231. Juli 27. Rotenburg. Bischof Iso zu Verden macht dem Stifte Verden bedeutende Schenkungen, namentlich auch mit den Gütern der Edeln von Westen. 1854. S. 148.

1239. Minden. Bischof Wilhelm zu Minden überträgt den Zehnten von Stemmer an das Stift Obernkirchen. 1851. S. 260.

1240. Juli 20. Uelzen. Graf Gunzelin von Schwerin überläßt den Zehnten zu Molzen, den er von dem Bischofe zu Verden zu Lehen hat, dem Kloster zu Uelzen (Oldenstadt), das denselben von Dieterich Behr gekauft hatte. 1852. S. 45.

1242. April 13. Ritter Rudolf von Gesmold und sein Bruder B. verzichten auf alle Rechte an namhaft gemachte Eigenbehörige zu Gunsten des Klosters S. Mauritii in Minden. 1853. S. 94.

1242. Das Capitel [des Alexanderstifts] zu Einbeck verkauft das Dorf Brunestorp (Wüstung im Marienthalschen Walde*) an das Kloster Marienthal. 1851. S. 327.

1242 (rectius 1244.) Verden. Bischof Lüder zu Verden genehmigt, daß Hermann Cluving und seine Verwandten dem Kloster Ebstorf Güter in Teendorf und Tatendorf verkaufen. 1855. S. 361. Vergl. 1856. II, S. 194.

*) Nicht Barnstorf, Amts Fallersleben, wie Zeitschr. 1851. S. 328. Anm. 2. vermuthet wird. C. L. Grotefend.

1244. März 1. **Halberstadt.** Bischof Volrad zu Halberstadt bestätigt die Abtrennung der Filialkirche zu Hattorf von der Mutterkirche in Heiligendorf. 1849. S. 25.

1244. April. Bischof Johann zu Minden übereignet 4 Aecker in Dielingen, die ihm Ritter Wulfhard von Wede resignirt hat, dem Kloster in Levern. 1851. S. 262.

1244. Juli 25. Bischof Johann zu Minden ertheilt das Eigenthum des von Konrad Sachse und den Edelherren Hermann und Ludolf von Arnheim resignirten Zehnten zu Hibben dem Martinsstifte in Minden. 1853. S. 94.

1244. Decbr. 22. Bischof Johann zu Minden verlegt das Kloster Levern seiner ungesunden Lage wegen an den Levernschen Teich und vertauscht die dortige Mühle, ein Haus in Mehnen ꝛc. gegen einen Hof in Harlinghausen, ein Haus in Isenstedt und ein Haus in Hille. 1851. S. 263.

1250. Octbr. 6. **Minden.** Ludolf, Edelherr von Arnheim, überweist das Eigenthum zweier Häuser in Echthorpe (Eschdorf ?), welche Gerhard Sachse von ihm zu Lehen trug, dem Stifte Oberukirchen. 1853. S. 95.

1253. März 20. (**Minden.**) Ludolf, Edelherr von Arnheim, überweist auf Bitten des Grafen von Wunstorf dem h. Geist-Hospitale zu Minden das Eigenthum eines halben Hofes zu Nesen. 1853. S. 96.

1254. Septbr. 1. **Obernkirchen.** Probst Konrad, Priorin Kunigunde und Convent des Stifts in Obernkirchen erklären, daß sie das Eigenthum zweier Häuser in Echthorp (Eschdorf ?) an den Abt Gerlach und den Convent des Moritzklosters zu Minden verkauft haben. 1853. S. 97.

1255. Mai 25. **Minden.** Ludolf, Edelherr von Arnheim, und seine Gemahlin Mechtild begeben sich alles Rechts an dem Eigenthum eines an den Vorsteher des h. Geist-Hospitals zu Minden verkauften Hofes zu Nesen. 1853. S. 98.

1255. Juli 18. **Arnheim.** Ludolf, Edelherr von Arnheim, genehmigt den Verkauf zweier Häuser in Echthorpe (Eschdorf ?) an den Abt Gerlach vom Moritzkloster in Minden. 1853. S. 98.

1256. Febr. 6. **Minden.** Bischof Wedekind zu Minden thut kund, daß die Söhne des verstorbenen Ritters Hartmann Globen auf ihr Lehen, einen Hof und eine Mühle in Sutherem (Bückeburg), dessen Eigenthum an das Kloster S. Mauritii in Minden gehört, verzichtet haben. 1853. S. 99.

1256. Febr. 6. **Minden.** Bischof Wedekind zu Minden thut kund, daß der Edelherr Ludolf von Arnheim den ihm von den Söhnen des Ritters Hartmann Globen resignirten Zehnten zu Sutherem (Bückeburg) ihm resignirt habe, und daß er das Eigenthum desselben dem Moritzkloster in Minden überwiesen habe. 1853. S. 100.

1256. **März** 24. **(Minden.)** Der Rath der Stadt Minden thut kund, daß der Edelherr Ludolf von Arnheim vor dem städtischen Gerichte Güter in Röcke an den mindenschen Bürger Wessel von Rabber verkauft habe. 1853. S. 101.

1258. **Febr.** 3. Bischof Wedekind zu Minden thut kund, daß der Edelherr Ludolf von Arnheim den Zehnten in „Eidenthorpe“ ihm aufgelassen habe, und überträgt ihn an das Moritzkloster in Minden. 1853. S. 102.

1259. **März** 12. **Verden.** Bischof Gerhard zu Verden ordnet die Gerichtsbarkeitsverhältnisse der Stadt Verden. 1854. S. 153.

1261. **April** 14. **Höxter.** Ritter Werner von Brakel verzichtet auf Güter in „Gundenshem“, welche die Gebrüder von Marephe dem Kloster Marienmünster verkauft haben. 1853. S. 146.

(1266. **Mai.**) **Uelzen.** Abt Heinrich von Oldenstadt überträgt auf Bitte des Grafen Gunzelin von Schwerin dem Rathe der Stadt Uelzen eine Fleischbank auf dem Markte in Uelzen. 1852. S. 34.

1268. **März** 22. **Minden.** Ludolf, Edelherr von Arnheim, überträgt das Eigenthum eines Hauses in Sutherem (Bückeburg) an das Moritzkloster auf dem Werder vor Minden. 1853. S. 103.

1268. **März** 22. **Minden.** Bischof Otto zu Minden und Voigt Hilmar von Schauenburg bezeugen, daß Werner Glode und sein Bruder Konrad ein Haus in Sutherem (Bückeburg) an das Kloster S. Mauritii auf dem Werder zu Minden verkauft, und Ludolf von Arnheim das Eigenthum desselben an das Kloster übertragen haben. 1850. S. 323.

1270. **März** 25. **Nieheim.** Bischof Simon zu Paderborn bezeugt, daß Helmbert Ritter von Holthusen eine Hufe (Krummenfick) in Abtshagen, die er von dem Abt Gerlach zu St. Moritz auf dem Werder bei Minden zu Lehn hatte, diesem resignirt habe. 1850. S. 323.

1279. **August** 18. **Minden.** Bischof Volquin zu Minden und das ganze Domcapitel daselbst erlassen ein Statut über zwei Gnadenjahre für jeden Domherrn. 1853. S. 104.

1280. **März** 11. **Langenstein.** Bischof Volrad zu Halberstadt übereignet der Kirche zu Heiligendorf gewisse Gefälle aus Schliestedt, welche die Gemeinde Hattorf ihm für die Abtrennung ihrer Kirche von der Kirche zu Heiligendorf angewiesen hatte. 1849. S. 26.

1280. **Novbr.** Gräfin Adelheid von Schauenburg, verwittwete Herzogin zu Braunschweig, beschwert sich bei König Eduard I. von England über ihren Vormund, den Bischof (Konrad) zu Verden. 1851. S. 393.

1281. **März** 2. Herzog Heinrich zu Braunschweig bestätigt den Ankauf von $2\frac{1}{2}$ Hufen zu Schliestedt für die Kirche zu Heiligendorf, wozu die Gemeinde von Hattorf dem Dechanten Bertram von Warle 26 Mark Silbers behuf Abtrennung ihrer Kirche von der Mutterkirche zu Heiligendorf gegeben habe. 1849. S. 27.

1283. **Octbr. 22. Lüneburg.** Herzog Albrecht von Sachsen, Engern und Westfalen überträgt seinem Oheim, dem Bischof Konrad zu Verden, den Freibann in Neuenkirchen und Hellwege. 1854. S. 155.

1283. **Wollbeck.** Bischof Eberhard zu Münster überträgt den von Hermann von Arnheim ihm resignirten Zehnten zu Dakmar in dem Kirchspiele Warendorf an das Kloster Marienfeld. 1853. S. 106.

1284. **März 14. Braunschweig.** Herzog Heinrich zu Braunschweig übereignet dem Stifte Obernkirchen 2 Hufen in Warber, die Herr Richard Voß von ihm zu Lehn hatte. 1850. S. 324.

1284. **Mai 2. Ravensberg.** Graf Otto von Ravensberg schenkt das Eigenthum einer Hufe zu Dakmar dem Kloster Marienfeld. 1853. S. 107.

1284. **Juni 3.** Hermann von Arnheim bestätigt als Lehnsherr den Verkauf eines Hauses zu Dakmar, Kirchspiels Warendorf, an das Kloster Marienfeld. 1853. S. 107.

1284. **Juni 5. Münster.** Bischof Eberhard zu Münster verkauft den Johannitern zu Steinfurt die Güter Holtgaste und Witzum in Friesland, um sie zu den Johanniter-Häusern in Jemgum und Warpen zu legen. 1850. S. 317.

1285. **März 12. Minden.** Bischof Volquin zu Minden genehmigt den Ankauf des Zehnten von Wimmer von Seiten des Klosters Levern. 1853. S. 108.

1285. **Mai 19. Münster.** Das Domcapitel zu Münster genehmigt den von Bischof Eberhard vorgenommenen Verkauf von Gütern in Friesland an die Johanniter zu Steinfurt. 1850. S. 318.

1288. **Mai 31. Uelzen.** Bischof Konrad zu Verden bestätigt den Kauf des Zehnten von Oitzen durch das Kloster S. Johannis bapt. in Uelzen (Oldenstadt) von dem bisher damit belehnt gewesenen Johann von Grabow. 1852. S. 45.

1288. **Octbr. 22. Lüneburg.** Herzog Albrecht von Sachsen, Engern und Westfalen überläßt seinem Oheim, Bischof Konrad zu Verden, die Gohgrafschaft in Verden und Dörverden. 1854. S. 154.

1289. **Febr. 10. Uelzen.** Das Kloster S. Johannis bapt. in Uelzen (Oldenstadt) verkauft dem Herzog Otto zu Braunschweig namhaft gemachte slavische Güter (bona slavicalia), und erhält dafür Antheil an der Sülte zu Lüneburg. 1852. S. 43.

1291. **Januar 1. Uelzen.** Der Rath der Stadt Lewenwolde oder Uelzen thut kund, daß das Kloster in Uelzen (Oldenstadt) mehrere Hausplätze bei der alten Stadt und in und bei der neuen Stadt gekauft habe, und der Vogt in Uelzen, Sigfried von Soltau, bestätigt diese Käufe. 1852. S. 38.

1292. **Septbr. 1. Verden.** Bischof Konrad zu Verden vergleicht die Neustadt Uelzen und das Kloster Oldenstadt, und erhebt die Kirche in der Neustadt zur Pfarrkirche. 1852. S. 36.

1293. **Septbr.** 23. Arnold, Abt des Moritzklosters vor Minden, überweist der Frau Bertrad ꝛc. einen Bauerhof in Barkfen auf Lebenszeit. 1853. S. 110.

1293. **Octbr.** 27. **Incolorius episcopus Buduensis**, Weihbischof des Bischofs Volrad zu Halberstadt, ertheilt der Kirche zu Heiligendorf einen 40tägigen Ablaß für die reuigen Besucher derselben an gewissen Festen. 1849. S. 28.

1296. **Januar** 11. **Lewenwolde.** Der Rath der Stadt Lewenwolde oder Neu-Uelzen überträgt dem Kloster Oldenstadt ein Haus frei von Abgaben und Diensten. 1852. S. 40.

1298. **Juni** 24. Konrad Edelherr von Arnheim übereignet der Georgskirche in Messenkamp einen Hof und 4 Morgen Landes, welche Eilhard von Messenkamp ihm resignirt hatte. 1853. S. 111.

1299. **Juli** 26. **Hannover.** Die Gebrüder von Almhorst verzichten auf alles Recht an Gütern in Oldendorf zu Gunsten des Stifts Obernkirchen. 1850. S. 324.

1302. **Juni** 17. **Wolfsburg.** Die Gebrüder von Bartensleben überweisen der Kirche zu Heiligendorf gewisse Entschädigungen für die Trennung der Dörfer Groß- und Klein-Hehlingen von der Parochie Heiligendorf und für Erhebung der Kirche zu Groß-Hehlingen zu einer Pfarrkirche. 1849. S. 28.

1305. **Septbr.** 8. **(Minden.)** Des Raths der Stadt Minden Bauordnung. 1853. S. 111.

1307. **März** 21. Gottschalk Edelherr zu Plesse verkauft an das Kloster Weende alle seine Güter in Deppoldshausen zum Seelgeräthe des Konrad von Wolbrechtshausen in Göttingen und der Frau von Schnehen, der Witwe Engelhard Kegels. 1853. S. 169.

1308. **Septbr.** 27. **Uelzen.** Herzog Otto von Braunschweig und Lüneburg thut kund, daß Johann von Oberg, Bruder des Ritters Eilard von Oberg, auf alles Recht an die Güter bei der alten Stadt Uelzen verzichtet hat, welche sein Bruder Eilard an das Kloster S. Johannis in Oldenstadt verkauft hat. 1852. S. 38.

1309. Der Edelherr Bodo von Homburg verzichtet auf die Voigtei mehrer Güter in Kemnade und Grohnde zu Gunsten des Klosters Kemnade. 1853. S. 147.

1310. **Juli** 26. Berthold Kegel giebt dem Kloster Katelnburg eine Hufe in dem Dorfe Söse zur Verstärkung der Pfründe seiner in jenem Kloster aufgenommenen Tochter Woldrade. 1853. S. 169.

1312. Auszug aus einer Urkunde des Bischofs Nicolaus zu Verden, vermöge deren derselbe dem Kloster Oldenstadt Güter in Oldenstadt, Pieperhöfen, „Barchhove“, ꝛc. verkauft. 1852. S. 46.

1312. **Juni** 29. **Stadthagen.** Sophie von Haus entsagt mit ihren Söhnen allen Ansprüchen an 2 Hufen in Welsede, welche dem Moritzkloster vor Minden gehören. 1853. S. 112.

1318. **August** 10. Ritter Burchard von Mahrenholz schenkt der Kirche zu Steimke verschiedene Güter zu seinem Seelgeräthe. 1849. S. 50.

1318. **Septbr.** 8. Dieterich Kegel verzichtet auf eine Hufe in Söse und andere Güter, die sein Vater Berthold und sein Oheim Ritter Heinrich Kegel dem Kloster Katelnburg verkauft oder geschenkt haben. 1853. S. 170.

c. 1315. **(Stade.)** Verordnung des Rathes zu Stade, Hochzeiten und Kindtaufen betr. 1853. S. 211.

1320. **März** 12. **(Uelzen.)** Der Rath der Neustadt Uelzen thut kund, daß Johann Stöterogge seine Länderei innerhalb des Grabens des Klosters Uelzen (Oldenstadt) an den Thesaurarius dieses Klosters für die Küsterei desselben verkauft habe. 1852. S. 39.

1320. **Juli** 25. **Uelzen.** Der Rath der Neustadt Uelzen thut kund, daß Mechtild, die Witwe des Bürgers Hermann Reigebauer, einen Hof in Hansen mit einem Holzrechte in Alt-Uelzen an die Küsterei des Klosters S. Johannis in Oldenstadt verkauft hat. 1852. S. 39.

1321. **Januar** 23. Berthold und Dieterich Kegel von der Söse verkaufen ihren Antheil an dem Wasser Söse an das Kloster Katelnburg. 1853. S. 170.

(**etwa** 1321.) Der Klosterleute von Walsrode Recht in Betreff freier und unfreier Leute. 1854. S. 391.

1322. **Juni** 10. **Halberstadt.** Bischof Albrecht zu Halberstadt vergleicht den Pfarrer zu Heiligendorf und die Gemeinde zu Honstedt (Wüstung bei Heiligendorf) hinsichtlich gewisser Jahrgehalte, welche die Geistlichkeit zu Heiligendorf von der Gemeinde zu Honstedt als Entschädigung für die Abtrennung der ehemaligen Filialkirche zu Honstedt von der Parochie Heiligendorf erhielt. 1849. S. 32.

1324. **Febr.** 1. Konrad von der Söse giebt dem Kloster Katelnburg, das seine Tochter Kunigunde aufgenommen, 2 Hufen in Rodershusen (Wüstung bei Katelnburg); Konrad und Berthold von der Söse verzichten auf ein Viertel des Zehnten in Söse und Berka ꝛc. 1853. S. 171.

1325. **Mai** 2. **Osnabrück.** Lubert Bunstorf und dessen Mutter Christine, Witwe des verstorbenen Ritters Hermann von Bunstorf, bekennen, daß ihnen vom osnabrückschen Domcapitel ein Hausplatz in Osnabrück verpachtet sei, der nach ihrem Tode wieder an das Domcapitel fallen solle. 1853. S. 113.

1325. **Juni** 29. **Burg Ricklingen.** Graf Johann von Roden und Wunstorf schenkt der Kirche zu Idensen den s. g. Eichhof zu Mesmerode nebst der dortigen Mühle. 1856. II, S. 113.

1325. **Juli** 20. **(Stadthagen.)** Der Rath zu Stadthagen thut kund, daß die Vorsteher der Kirche zu Stadthagen (decani eccl. Indaginensis) 9 Ruthen Landes an Herrn Dethard von Mirabilisbruch und Johann Greif den Jüngeren verkauft haben. 1853. S. 114.

1327. **Januar 24.** Hugo von Hom, Domherr zu Osnabrück, Archidiaconus in Dissen, entscheidet in einem Processe zwischen der Aebtissin von Herford und dem Ritter Reiner Gogreven. 1853. S. 116 ff.

1328. **Herford.** Schöffen und Rath der Altstadt Herford berichten über einen Schiedsspruch in dem Processe zwischen der Aebtissin von Herford und Ritter Reiner Gogreve über Einkünfte an Holz und Korn de officio Hartham. 1853. S. 118.

1330. **Juli 26.** (**Stadthagen.**) Der Rath zu Stadthagen bekundet, daß Gertrud Goye, die Müllerin außerhalb des Oberen Thores, der Kirche S. Martini zu Stadthagen die Hälfte eines Gartens geschenkt hat. 1853. S. 120.

1330. **Novbr. 25.** Der Knappe Berthold von Hattorf genehmigt eine von seinem Vater, dem Ritter Burchard, für sein Seelenheil gemachte Schenkung des Eigenthums eines Hofes in Klein-Heiligendorf an die Pfarre zu Groß-Heiligendorf. 1849. S. 33.

1331. **März 24.** Graf Hermann von Spiegelberg entsagt allem Rechte an das Dorf Holtensen, welches sein Oheim, Graf Johann von Spiegelberg, an das Kloster Wennigsen verkauft hat. 1850. S. 281.

1333. **März 14.** Die Gebrüder von Bodenrode verkaufen dem Pfarrer zu Heiligendorf einen jährlichen Geldzins aus einem Hofe zu Bernsdorf, auf 4 Jahre wiederkäuflich. 1849. S. 34.

1334. **Juni 1.** Volkmar von Borsfelde bezeugt, daß die Gemeinde zu Volkmarsdorf ihrer Kirche ein Feld geschenkt hat. 1849. S. 47.

1334. **Decbr. 6.** Der Knappe Johann von Wrestedt verkauft die Hälfte des Zehnten von Klein-Heiligendorf, deren Nießbrauch seiner Frau Adelheid zukam, an Gottfried von Bodenrode. 1849. S. 35.

1336. **Juni 5.** Volkmar von Borsfelde schenkt der Kirche zu Grafhorst zu seinem und seiner Eltern Seelenheil Korngefälle aus dem Zehnten von Lockstedt. 1849. S. 62.

1337. **Januar 6.** Die Gebrüder von Borsfelde schenken zum Seelenheile ihrer Eltern und aller ihres Geschlechts gewisse Gefälle aus Lockstedt und Itzewole (Wüstung bei Lockstedt) der Kirche zu Grafhorst. 1849. S. 63.

1337. **Septbr. 29. Avignon.** Schreiben des Ritters Wilhelm von Boldensele an den Abt Peter von Königssaal. 1852. S. 236.

1338. **Januar 1. Oebisfelde.** Die von Bartensleben berechtigen ihren Lehnsmann Hermann von Grabow, von seinen Lehngütern zu Grabow eine Wiese und den Zehnten von 3 Morgen dem Pfarrer zu Grafhorst zu übereignen zu seinem und seiner Eltern Seelenheil. 1849. S. 64.

1339. **Juni 3.** Bischof Ludwig zu Minden bezeugt, daß Brüning von Engelbostel, Domprobst zu Minden, und Justaz von dem Schlohn, Domherr daselbst und Archidiaconus in Lohe, einen zwischen der Pfarre zu Idensen und den Gevettern von Bardeleben wegen zweier

Hufen Landes zu Achum, Parochie Vehlen, entstandenen Rechtsstreit auf eine näher angegebene Weise geschlichtet haben; zugleich bestätigt der Bischof diesen Vergleich. 1856. II, S. 114.

1340. **Febr.** 10. Heinrich von Honstedt bekennt, daß sein Oheim Konrad von der Söse vordem eine Hufe zu Rodershusen mit seiner Tochter Kunigunde dem Kloster Katelnburg gegeben habe. 1853. S. 172.

1349. **Mai** 17. Schuldverschreibung des Edelherrn Wedekind d. Aelteren zum Berge, Voigts des Stiftes zu Minden, den Brautschatz seiner Tochter, der Gemahlin des Grafen Nicolaus zu Schwerin, betr. 1853. S. 148.

1350. **Mai** 25. Der Knappe Bertram von Esbeck überläßt der Kirche zu Heiligendorf seine Gerechtsame an einem Hofe in Goswinkel (Wüstung bei Heiligendorf). 1849. S. 36.

1350. **Juni** 24. Der Knappe Berthold von Heiligendorf, wohnhaft zu Campe, verkauft der Kirche zu Heiligendorf einen Hof zu Goswinkel. 1849. S. 37.

1352. **Novbr.** 4. Die Gebrüder von Oberg zu Odisfelde vertauschen die s. g. Gausemühle zu Meienkoth an den Pfarrer Johann zu Grafhorst gegen den ganzen Zehnten zu Etzewole (Wüstung bei Grafhorst). 1849. S. 66.

1354. **Novbr.** 4. **Avignon.** Ablaßbrief verschiedener Erzbischöfe und Bischöfe für die Kirche zu Idensen. 1856. II, S. 116.

1358. **August** 17. Ablaßbrief des bischöflich Mindenschen General-Vicars, Weihbischofs Ludwig, für die Kirche zu Idensen. 1856. II, S. 119.

1366. **April** 1. (**Osnabrück.**) Rath und Schöffen zu Osnabrück bekunden, daß vor ihnen Konrad von Arnheim, der ehemalige Glöckner von St. Marien, und seine Ehefrau Elisabeth dem Hermann Geteshorn Haus und Hof in der Campstraße verkauft haben. 1853. S. 120.

1367. **Mai** 2. Das Kloster Marienberg bei Helmstedt tauscht von dem Bischofe zu Halberstadt die Kirche in Ochsendorf gegen die Kirche zu Anderbeck ein. 1849. S. 41.

1367. **Novbr.** 12. (**Norden.**) Ayso, Subprior des Dominicanerklosters in Norden, meldet dem Lector Johann von Ovenstedt zu Minden die am 11. Octbr. 1367 vorgenommene Wahl eines Priors zu Norden. 1854. S. 392.

1369. **März** 15. **Lübeck.** Herzog Albrecht von Mecklenburg, Graf von Schwerin ꝛc., giebt dem Kloster Ebstorf einen Hof in Bode (Bodwede) im Herzogthum Lüneburg. 1853. S. 236.

1371. **Novbr.** 11. (**Marienberg.**) Probst Heinrich, Priorin Mechthild und Convent des Klosters Marienberg bei Helmstedt bezeugen, daß der Bischof Albrecht (zu Halberstadt) die Pfarrkirche zu Ochsendorf ihrem Kloster incorporirt habe. 1849. S. 42.

1377. **August** 14. Hermann von der Söse, Pfarrer in Sievershausen, und Engelhard von der Söse, Knappe, schenken dem Marienstifte vor

Gandersheim das Patronat der Moritzcapelle in dem Dorfe Söse. 1853. S. 173.

1379. **Novbr.** 22. Vertrag des Küsters zu Werden, Johann von Spiegelberg, und des Ritters Amelung von Barendorf über einige Eigenbehörige. 1853. S. 151.

1381. **Mai** 15. **Petershagen.** Notariatsurkunde, worin Bischof Wedekind zu Minden verspricht, den Befehl Kaiser Karls IV. (Würdtwein Nova subs. dipl. XI, 256 ff.) auszuführen. 1853. S. 153.

1384. **März** 27. Kord und Harbert von Mandelsloh verpfänden ihr Amt zu Idensen dem Grafen Ludolf von Wunstorf für 3 Fuder Roggen. 1856. II, S. 120.

1386. **April** 25. **Braunschweig.** Vertrag des Rathes zu Braunschweig mit Hilmar von Strobeck wegen des Gebrauches der Münzschmiede. 1851. S. 324.

1386. **Novbr.** 12. **Minden.** Bischof Otto zu Minden bestätigt die Schenkung der Pfarrkirche zu Adensen im Archidiaconate Pattensen an das Kloster Wülfinghausen durch die Grafen von Hallermund. 1853. S. 154.

1390. **Novbr.** 29. Hermann von der Söse, Pfarrer in Sievershausen und Domherr von St. Blasien zu Braunschweig, schenkt seiner Schwester Bertrade von der Söse, Klosterjungfrau zu Osterode, und nach deren Tode dem Kloster zu Osterode $3\frac{1}{2}$ Hufen in den Feldmarken zu Söse und Rodershusen. 1853. S. 174.

1391. **Octbr.** 9. Die Edelherren Heinrich und Gebhard zu Homburg schenken dem Kloster Kemnade Einkünfte vom Salzwerke in Salzhemmendorf für die Aufnahme ihrer Verwandten, Agnes von Spiegelberg, in das Kloster. 1853. S. 157.

1392. **Decbr.** 9. Volmer von Geseke, Freigraf des Stuhles zu Herstelle, setzt den auf Klage des Herzogs Otto zu Braunschweig vor das genannte Freigericht geladenen Johann von Münster wieder in sein Recht ein. 1854. S. 264.

1393. **März** 12. Die von Mandelsloh verkaufen das Amt zu Idensen an das Stift Minden. 1856. II, S. 91. Anm. 2.

1393. **Juni** 19. **Auf dem Salzberge bei Heuersum.** Graf Moritz von Spiegelberg, Siegfried Bock, Drost, Lippold von dem Steinberg, Domkellner zu Hildesheim, und Hans Kissenbrügge, Bürgermeister zu Goslar, bezeugen die wegen einer durch den Rath zu Hildesheim vorgenommenen Enthauptung stattgehabte gerichtliche Verhandlung. 1850. S. 284.

1393. **Novbr.** 11. Die Gebrüder von Bartensleben bezeugen, daß Adelheid Wyrdemans ihr freies Gut, einen Hof bei der Linde zu Heiligendorf, der Pfarrkirche daselbst zu Vigilien und Seelmessen für sich und ihre Eltern gegeben hat. 1849. S. 38.

1395. **Mai** 5. Burchard von Medem, Knappe, verspricht seinem Oheim, Herrn Hermann von der Söse, für alles Erbgut derer von der Söse die Hälfte aller Lehnseinkünfte zu geben. 1853. S. 176.

1399. **Mai** 28. **Northeim.** Vergleich zwischen dem Canonicus Hermann von der Söse und denen von Medem über die weltlichen Güter des Ersteren. 1853. S. 176.

1402. **um Ostern.** Schreiben des Herzogs Otto zu Braunschweig an den König Ruprecht wegen seiner Fehde mit dem Erzbischof von Mainz. 1847. S. 368. Anm.

1403. **Juli** 19. **Calenberg.** Schreiben der Herzöge Bernhard und Heinrich zu Braunschweig und Lüneburg an den Erzbischof Johann von Mainz. 1847. S. 371. Anm.

1404. **Mai** 2. **Hannover.** Protokoll über eine gerichtliche Verhandlung vor dem Rathe über Herausgabe des Nachlasses einer Hannoverschen Bürgerin, die als Leibeigene des Klosters Wennigsen beansprucht wird. 1854. S. 394.

1407. **Febr.** 26. Heinrich Edelherr zu Homburg verkauft dem Stifte U. L. F. vor Eimbeck einen Sedelhof zu Eime (Eynim), und Moritz d. J., Graf zu Spiegelberg, bestätigt diesen Verkauf. 1850. S. 286.

1409. **Juli** 24. **Heidelberg.** Inhibitorium des Königs Ruprecht an alle Freigrafen der Freistühle im Stifte Cöln zu Gunsten der Herzöge Heinrich und Bernhard von Braunschweig und Lüneburg. 1854. S. 191.

1410. **Januar** 5. **Braunschweig.** Verschiedene Schreiben der Herzöge Heinrich und Bernhard von Braunschweig und Lüneburg behuf Wiederaufhebung der von dem Freigrafen Hermann Nolle gegen sie und ihre Vasallen erlassene Ladung vor den Freistuhl zur Weselsburg. 1854. S. 194. ff.

1411. **Octbr.** 11. Die Gebrüder von Medem verzichten in Folge des Vergleiches vom 28. Mai 1399 auf die Kapelle zu Söse und die Güter, welche Bertheyd von der Söse zeitlebens inne hatte und die nun dem Kloster zu Osterode zugefallen sind. 1853. S. 177.

1412. **Septbr** 14. Ablösungsbrief über eine Summe von 15 **Mark**, die Herzog Friedrich zu Braunschweig dem Hermann von Bechelde schuldet. 1851. S. 273. Anm.

1417. **Octbr.** 14. Graf Julius zu Wunstorf und Graf Heinrich zu Spiegelberg erklären sich bereit, sich der Klage des Raths zu Minden zu stellen. 1853. S. 158.

1418. **Septbr.** 26. **Donauwörth.** Kaiser Sigismund ertheilt der Stadt Hildesheim ein privilegium de non evocando. 1855. S. 180.

1420. **Juli** 22. Die von Kißleben verkaufen dem Hans Kalen einen Theil des Zehnten zu Rennau. 1849. S. 44.

1420. **Septbr.** 21. Die von Kißleben verkaufen dem Hans Kalen eine Wiese auf dem Felde zu Rhode im Hasenwinkel, die nach dem Tode

von Hans Kalen und seiner Frau der Kirche zu Rhode gehören soll. 1849. S. 45.

1420. **Octbr.** 4. Dieterich Vinken, Pfarrer zu Rhode, und die Gemeinde daselbst verkaufen dem Hans Kalen einen Zins an einem Hause am Neumarkte vor Helmstedt. 1849. S. 45.

1422. **Febr.** 13. **Hildesheim.** Protokoll über die Verhandlungen zwischen Albrecht von Mollem und dem Hildesheimer Stadtrathe. 1855. S. 140. 143.

(1423.) Auszug aus einem Schreiben des Albrecht von Mollem an die sämmtlichen Gilden zu Hildesheim. 1855. S. 144.

1423. **August.** 13. **Hildesheim.** Verfestung des Albrecht von Mollem durch das bischöfliche Gericht unter der Laube zu Hildesheim. 1855. S. 146.

1423. **August.** 13. **Hildesheim.** Verfestung des Albr. von Mollem durch die bischöfliche Tresekammer zu Hildesheim. 1855. S. 148.

1424. **März** 17. **(Braunschweig.)** Schreiben des Stadtraths zu Braunschweig an den Stadtrath zu Hildesheim, die Zeugnisse des Raths zu Braunschweig in Civil- und Criminalsachen betr. 1855. S. 143.

1424. **April** 12. Zeugniß der Schöffen, betreffend die Verfestung des Albr. von Mollem. 1855. S. 150.

1424. **April** 29. Schreiben des Alb. von Mollem an den Vogt Tileke von Hoyersem. 1855. S. 152.

1424. **Mai** 29. **Königsdorf.** Schreiben des Erzbischofs Dietrich von Cöln an den Stadtrath zu Hildesheim wegen des Alb. von Mollem. 1855. S. 154.

1424. **Juni** 26. **(Hildesheim.)** Gerichtsschein des Vogts Tileke v. Hoyersem. 1855. S. 153.

1424. **Juli** 26. Schreiben des Alb. v. Mollem an den Bischof Magnus zu Hildesheim. 1855. S. 156.

1424. **August** 10. Gütliche Ermahnung des Raths zu Hildesheim von Seiten des lippischen Freigrafen Johann von Millinchtorpe. 1855. S. 155. 157.

1424. **Novbr.** 2. Gerichtliche Verhandlungen zu Steuerwald und Hildesheim in der Streitsache zwischen Alb. von Mollem und dem Stadtrathe zu Hildesheim. 1855. S. 158.

1425. **Januar** 16. Everd Korff und die Freigrafen Kord Snappe, Johann Kraft, Johann v. Essen und Peter Limburg erklären dem Freigrafen Johann von Millinchtorpe, daß sie des Stadtrathes von Hildesheim zu Rechte mächtig sein wollen. 1855. S. 161.

(1425.) Bericht des Frohnboten über die Insinuation einer Ladung des Freigrafen Kord Snappe an Alb. v. Mollem. 1855. S. 162.

1425. **Januar** 21. **Steuerwald.** Schreiben des Bischofs Magnus zu Hildesheim an den Bischof Johann zu Osnabrück über die Gefangen-

nahme des Heinrich von Wenden durch die Burgmannen der Hunteburg. 1855. S. 163.

1425. **April** 12. Schreiben des Heinr. von Wenden und des Heinr. Galle an den Freigrafen Peter Limburg zu Münſter, die Streitſache des Raths zu Hildesheim gegen den Alb. v. Mollem betr. 1855. S. 166.

1425. **Mai** 3. Der Freigraf Heinr. Kerſtens zu Wünnenberg ermahnt die Gilden und Gemeinde zu Hildesheim in Betreff des Proceſſes des Raths gegen Alb. v. Mollem gütlich. 1855. S. 164.

1425. **Juni** 19. Kord Snappe, Freigraf zu Warendorf, verhehmt und verurtheilt den Alb. v. Mollem, in Folge der wider denſelben von Henning Artus (Namens der Stadt Hildesheim) erhobenen Klage. 1854. S. 200.

1426. **März. Wien.** Commiſſorium des Kaiſers Sigismund für die Reichskammer in Dortmund in der Appellation des Alb. v. Mollem gegen ein Urtheil des Freigrafen Kord Snappe. 1855. S. 167.

1426. **Mai** 15. **Nürnberg.** Schreiben des Biſchofs Magnus zu Hildesheim an den Rath zu Hildesheim. 1855. S. 168.

1426. **Auguſt** 14. Der von Kaiſer Sigismund, an welchen Alb. v. Mollem gegen die Verurtheilung des Freigrafen Kord Snappe appellirt hatte, mit anderweiter Entſcheidung beauftragte Stadtrath zu Dortmund erklärt ſich für incompetent und verweiſt die Sache vor den Dortmunder Freiſtuhl auf dem Königshofe, welcher ſodann das Snappeſche Erkenntniß beſtätigt. 1854. S. 201.

1427. **Mai** 23. Arend Langeludeke, Freigraf zu Byſt, ſetzt den Herzog Otto von Braunſchweig und Lüneburg und die Knappen Kord von Mahrenholz, Ordemar Bock und Ernſt Hake, welche bei Lambert Nedenwyck, Freigrafen in der Freigrafſchaft Limburg, von Friedrich de Went verklagt worden waren, und ſich ſpäter mit dem Kläger verglichen hatten, wieder in den Reichsfrieden ein. 1854. S. 265.

1427. **Juni** 1. Stiftung einer Memorie für die Familie von Haus und deren Verwandte in dem Kloſter Wennigſen. 1856. II, S. 195.

1428. **Juli** 9. **Eimbeck.** Werner, Dechant des Stiftes S. **Alexandri** zu Eimbeck, befiehlt als vom Pabſte beſtellter Richter allen Geiſtlichen in Steinlah, Guſtedt, Haverlah und Othfreſen gewiſſe benannte Einwohner dieſer Dörfer zur Zahlung von Abgaben an das Kloſter S. **Blasii** zu Northeim anzuhalten. 1851. S. 335.

(1429.) Der Freigraf Heinrich Fekeler zu Dringenberg ladet den Rath zu Hildesheim auf Klage des Bernd von Mollem vor ſeinen Freiſtuhl. 1855. S. 170.

1430. **Juli 5. und 7. Hannover.** Protokolle des Raths zu Hannover, die Ermordung Heinrichs von Windheim durch Dieterich von dem Steinhaus betr. 1853. S. 270 ff.

1430. **Juli** 28. Moritz von Spiegelberg, Abt zu Corvey, thut kund, daß die Grafen Heinrich und Moritz zu Pyrmont ihre Rechte an den halben Zehnten zu Edesheim, den sie von dem Stifte Corvey zu Lehn trugen, an das Stift U. L. F. vor Eimbeck übertragen haben, und bestätigt diese Uebertragung. 1850. S. 287.

1430. **August** 6. Probst Dietrich Rehbock und das Capitel zu Corvey genehmigen die Ueberlassung des halben Zehnten zu Edesheim an das Stift U. L. Fr. vor Eimbeck. 1850. S. 288.

1430. **August** 31. (**Lüneburg.**) Schreiben des Raths zu Lüneburg an Kaiser Sigismund und Bischof Johann von Lübeck, die Ermordung des Heinrich von Windheim durch den Dieterich von dem Steinhaus zu Hannover betr. 1853. S. 276.

1431. **Juni** 31. **Nürnberg.** Urtheil des Reichshofgerichts in Sachen des Reinbert von Windheim gegen den Rath zu Hannover. 1853. S. 280.

1434. **April** 12. **Basel.** Johann von Lupfen, Vorsitzer des kaiserlichen Hofgerichts, an welches Alb. v. Mollem in seinem Prozesse mit der Stadt Hildesheim appellirt hat, erklärt sich und sein Gericht für unzuständig und weist die Sache an den Kaiser, welcher sodann verfügt, daß das Hofgericht mit Freischöffen besetzt werde; auch von diesen wird der Beschwerdeführer zurückgewiesen. 1854. S. 209.

1436. **Januar** 27. Joh. Bernekotte, Freigraf des Stuhles zu Rekeswycke, attestirt, daß Hermann Wulving als Procurator der Juden Meier aus Goslar und Meier aus Göttingen gegen ein Urtheil des Freigerichts Bodelschwing Appellation an den Kaiser eingelegt habe. 1854. S. 267.

1436. **August** 13. **Basel.** Das Concil zu Basel bestätigt das der Stadt Hildesheim vom Kaiser Sigismund am 26. Septbr. 1418 ertheilte privilegium de non evocando. 1855. S. 178.

(1436.) Gütliche Ermahnung des Raths zu Hildesheim von Seiten des Joh. Spiegel zum Diesenberge, Amtmanns zum Dringenberge, in der Sache des Alb. v. Mollem. 1855. S. 172.

1436. **Septbr.** 10. **Erwitte.** Dieterich Levekinck, Freigraf der Freiengrafschaft zu Erwitte, bekundet, daß die Procuratoren des Raths zu Hildesheim vor ihm gegen eine Verfügung des Heinr. Fekeler, Freigrafen zum Dringenberge, in dem Prozesse mit Alb. v. Mollem an den Kaiser appellirt haben. 1855. S. 171.

1436. **Decbr.** 1. **Prag.** Kaiser Sigismund bestätigt die Erkenntnisse des Freigrafen Snappe in der Sache des Raths zu Hildesheim gegen Alb. v. Mollem und thut den Letzteren in die vollständige Acht. 1854. S. 214.

(1436.) Schreiben des Alb. v. Mollem an den Bischof Magnus zu Hildesheim. 1855. S. 172.

1437. **Juli** 7. **Sottrum.** Ottersberger Gerechtigkeit. 1854. S. 174.

1437. **Septbr.** 4. Heinrich Weidemann, Freigraf zu Volkmarſen auf dem Ried und zu Kanſtein, ſetzt die auf Veranlaſſung der von Bortfeld vor den Freiſtuhl zu Kanſtein geladenen Einwohner der Stadt Hannover wieder in den Reichsfrieden ein. 1854. S. 270.

1438. **Januar** 21. **Wunnenberg.** Hermann Loſeken, Freigraf zum Wunnenberge, ladet den Rath und die Bürgerſchaft der Stadt Hildesheim wegen der Sache des Alb. v. Mollem vor ſeinen Freiſtuhl. 1855. S. 176.

1442. **Novbr.** 12. **Aſcheberg.** Der Freigraf Wilhelm Zelter vervehmt die zum Freidinge Eilenſen in der Hunnesrücker Börde gehörenden Freien einſchließlich ihres Freigrafen Stephan Fiſcher, mit Ausnahme jedoch der zu beſagtem Gerichte gleichfalls gehörenden Freien zu Eimbeck, in Folge einer von Kord Roſenhagen erhobenen Klage. 1855. S. 263.

1443. **Novbr.** 1. Irmgard von Spiegelberg, Aebtiſſin zu Heerſe, quitirt dem Bernhard Brokeland, Prieſter zu Heerſe, über die Adminiſtration ihrer Einkünfte vom Jahre 1442. 1853. S. 160.

1444. **Septbr.** 5. **Nürnberg.** Inhibitorium und Caſſatorium des kaiſerl. Hofgerichts gegen eine Ladung des Stadtraths zu Lüneburg vor den Freiſtuhl zu Rheda. 1854. S. 218. 221.

1444. **Octbr.** 2. **Nürnberg.** Kaiſerliches Commiſſorium für die Biſchöfe Magnus zu Hildesheim und Johann zu Verden in Sachen der Stadt Lüneburg gegen den Grafen zu Oldenburg. 1854. S. 223.

1444. **Octbr.** 12. **Rheda.** Freigraf Dieterich Ploigher ladet eine große Anzahl Lüneburger auf Klage des Grafen Chriſtian von Oldenburg vor ſeinen Freiſtuhl. 1854. S. 234.

1445. **Januar** 10. (**Lüneburg.**) Abforderungsſchreiben des Lüneburger Raths an den Freigrafen Ploigher. 1854. S. 237.

1445. **Januar** 10. (**Lüneburg.**) Vollmacht des Raths zu Lüneburg für Johann von Embere und Heinrich v. d. Hoenboken in Sachen des Grafen Chriſtian von Oldenburg gegen mehre Lüneburger Bürger. 1854. S. 241.

1445. **Januar** 13. (**Lüneburg.**) Der Rath zu Lüneburg bittet die Knappen, Gebrüder Sweder und Hermann v. d. Buſſche, ihre Bevollmächtigten Johann von Embere und Heinrich v. d. Hoenboken mit Rath und That zu unterſtützen. 1854. S. 242.

1445. (s. d.) Inſtruction der beiden Bevollmächtigten von Seiten des Raths zu Lüneburg. 1854. S. 249.

1445. **Januar** 15. Abforderungsſchreiben der Herzöge Otto und Friedrich von Braunſchweig und Lüneburg an den Freigrafen Dieterich Ploigher. 1854. S. 243.

1445. **Januar** 15. Prozeß-Vollmacht der Herzöge Otto und Friedrich von Braunſchweig und Lüneburg für Joh. v. Embere nnd Heinrich v. d. Hoenboken. 1854. S. 245.

1445. **Januar** 15. **Lauenburg.** Abforderungsſchreiben des Herzogs Bernhard von Sachſen an den Freigrafen Ploigher. 1854. S. 246.

1445. **Januar.** 22. **Lemgo.** Joh. v. Embeck und Heinr. v. d. Hoenboken ernennen vor Gericht den Lippiſchen Freigrafen Hermann Werneking, Sivert Bode und Hermann Drogut zu ihren Stellvertretern, als Bevollmächtigten der Stadt Lüneburg und der Herzöge Otto, Friedrich und Bernhard. 1854. S. 250.

1445. **Januar** 25. Antwortſchreiben des Amtmanns Joh. Schulte zu Rheda an den Freigrafen Hermann Werneking, die Klage des Grafen Chriſtian von Oldenburg gegen die Lüneburger betr. 1854. S. 252.

1445. **Januar** 25. Erklärung der ſubſtituirten Bevollmächtigten der Lüneburger, Werneking, Bode und Drogut, vor dem Rathe zu Wiedenbrück wegen ihres Ausbleibens im Termine vor dem Freiſtuhle zu Rheda. 1854. S. 253.

1446. **Mai** 17. Der Freigraf Diet. Ploigher entbindet die betreffenden Einwohner der Stadt Hannover von der ſeitens des Bürgers Andr. Zudermann zu Dortmund bei dem Freiſtuhle zu Waltorf wider ſie erhobenen Klage. 1854. S. 272.

1446. **Juni** 7. Günther von Bartensleben bezeugt, daß Henneke und Ludeke Bevenrod vor ihm ihren Hof zu Groß-Heiligendorf an die Kirche daſelbſt zum ewigen Seelengedächtniß ihrer ſelbſt und ihrer Eltern geſchenkt haben. 1849. S. 38.

1447. **Juni** 12. Urtheilsbrief des Freigrafen Aspelaen Hornpennig zu Muddendorpe, wodurch die Lüneburger unter Siſtirung des vehmgerichtlichen Verfahrens wieder in ihr Recht eingeſetzt werden. 1854. S. 225.

1448. **Juli** 26. **Lager vor dem Grubenhagen.** Die Herzöge von Braunſchweig und Landgraf Ludwig von Heſſen ſichern den Göttingern freies Geleit zu, wenn ſie Victualien und andere Waaren ihren Truppen zuführen wollen. 1846. S. 78.

1448. **Juli** 31. Hermann Walthuiß, Freigraf zu Arnsberg, benachrichtigt den Herzog Wilhelm von Braunſchweig und Lüneburg von der Lage der gegen Hannoverſche Bürger bei den Freigrafen Konr. v. Lindenhorſt zu Dortmund und Dietr. Ploigher zu Brüninghauſen anhängig gemachten Rechtsſache, und räth demſelben, eine gehörige Abforderungsurkunde einſenden zu laſſen. 1854. S. 274.

1449. **Septbr.** 30. **und Octbr.** 1. Heinrich von Harber verkauft ſeine Güter zu Harber an das Kloſter S. **Mariae Magdalenae** in Hildesheim. 1856. II, S. 74.

1450. **Novbr.** 3. **Wieneriſch-Neuſtadt.** Kaiſer Friedrich III. citirt den Heinr. Wullenweber in ſeiner Streitſache gegen die Stadt Hannover vor das kaiſerliche Hofgericht, behuf ſeiner Vernehmlaſſung auf die Berufung, welche von Seiten der genannten Stadt gegen ein vom

Freigerichte zu Limburg erlassenes Urtheil erhoben worden war. 1854. S. 276.

1451. **August** 17. **Deventer.** Ablaßbrief des Cardinal-Legaten Nicolaus v. Cusa für die Kirche zu Idensen. 1856. II, S. 121.

1456. **Febr.** 2. Hermann und Amelung v. Recklinghausen verkaufen den Stiftern Heerse und Gerden ihr Dorf „Vrodenhusen". 1853. S. 161.

1457. **Febr.** 2. Die Herzöge Heinrich, Ernst und Albrecht zu Braunschweig und Lüneburg öffnen dem Landgrafen Ludwig von Hessen ihr Schloß Grubenhagen gegen Jedermann, nur nicht gegen die Stadt Eimbeck. 1846. S. 79.

1459. **Mai** 21. Die Herzöge Heinrich, Ernst und Albrecht von Braunschweig erneuern ihre Versprechungen wegen des Schlosses Grubenhagen gegen die Söhne des Landgrafen Ludwig von Hessen. 1846. S. 79.

1459. **August** 13. **Vor dem Osterthore zu Berden.** Holtdings-Gerechtigkeit über den Heinße. 1854. S. 389 f.

1461. **März** 12. Agnes von Hessen, Herzogin von Braunschweig, übersendet dem Rathe zu Göttingen ein Schreiben ihres Vetters, des Landgrafen von Hessen, den Streit mit Herzog Heinrich von Grubenhagen betr. 1846. S. 83.

1461. **April** 19. Eckebrecht von Schachten, Knappe, bekennt, von Haseken von Spiegelberg, Aebtissin zu Heerse, fünf Hufen Landes zu Schachten als Pachtgut erhalten zu haben. 1853. S. 162.

1461. **Juni** 13. Die Herzöge Wilhelm, Heinrich und Bernhard von Braunschweig verwenden sich für den Frieden bei Landgraf Ludwig von Hessen. 1846. S. 84.

1461. **Juni** 25. **Cassel.** Landgraf Ludwig von Hessen erbietet sich, in seinem Streit mit Herzog Heinrich von Grubenhagen den Rechtsspruch der Herzöge Friedrich und Wilhelm von Sachsen anzunehmen. 1846. S. 85.

1461. **Juni** 29. **Cassel.** Landgraf Ludwig von Hessen verwahrt sich gegen Agnes, Herzogin von Braunschweig, wegen etwaiger Beschädigung ihres Eigenthums in der Fehde mit den Herzögen Heinrich, Ernst und Albrecht von Braunschweig. 1846. S. 86.

1461. **Juli** 27. **Heidelberg.** Pfalzgraf Friedrich bei Rhein befragt die Stadt Göttingen, welche Partei sie in der Fehde zwischen dem Landgrafen von Hessen und dem Herzog Heinrich von Braunschweig und den Eimbeckern ergreifen werde. 1846. S. 87.

1461. **August** 17. Landgraf Ludwig von Hessen zählt die Unbilden auf, welche er von den Herzögen von Grubenhagen erlitten habe und die ihn zu der Fehde genöthigt haben. 1846. S. 87.

1461. **Decbr.** 27. Herzog Heinrich von Grubenhagen erklärt sich bereit, sich wegen seines Streites mit dem Landgrafen Ludwig von Hessen einem Schiedsspruche zu unterziehen. 1846. S. 89.

1462. **April** 19. (**Münden.**) Bürgermeister und Rath der Stadt Münden bezeugen, daß der Cantor S. Alexandri zu Eimbeck, Johann Brüggemann, in ihrer Stadt ehrlich und frei geboren sei. 1851. S. 336.

1464. **August** 29. Hasecke von Spiegelberg und Godecke von Pyrmont [Aebtissinnen von Heerse] verzichten auf alle Ansprüche an das Stift Heerse. 1853. S. 163.

1464. **Septbr.** 1. Graf Moritz von Pyrmont verzichtet auf alle Ansprüche an das Stift Heerse. 1853. S. 164.

1469. **Juli** 14. Claus Brandes, Gohgräfe zu Stöcken, bezeugt, daß vor ihm im Gerichte Balduin Bassemann auf Grund eines Gerichtsbriefes des Freigrafen Heinrich v. d. Busesche zu Schildesche Ansprüche wegen verschiedener Güter zu Stöcken gemacht habe. 1854. S. 255.

1469. **Juli** 18. **Nonnenberg.** Herzog Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg eröffnet dem Rathe zu Hannover, daß, nachdem er, der Herzog, die von Balduin Bassemann gegen Heinrich von Lemmede bei dem heimlichen Gerichte anhängig gemachte Streitsache abgefordert und deren Entscheidung durch ein auf der Neustadt vor Hannover unter Zuziehung der fürstlichen Räthe zu hegendes Gericht angeordnet habe, das in diesem Gerichte Statt gehabte Verfahren, wegen der Nichtzuziehung der fürstlichen Räthe, nicht rechtsbeständig sei. 1854. S. 256.

1469. **August** 12. Schreiben des Balduin Bassemann an den Herzog Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg, worin er sich über das bezüglich seiner Streitsache mit Heinrich von Lemmede im Gerichte auf der Neustadt Statt gehabte rechtswidrige Verfahren beklagt und den Herzog um Schutz bittet. 1854. S. 259.

1469. **August** 12. Herzog Wilhelm antwortet dem Rathe zu Hannover auf ein Schreiben wegen der Bassemannschen Sache, übersendet demselben das vorstehende Schreiben des Balduin Bassemann und setzt zur weiteren Verhandlung einen Termin an. 1854. S. 263.

1472. **Mai** 3. Graf Johann zu Spiegelberg und Graf Heinrich zu Holstein und Schauenburg, Probst zu S. Mauritii vor Hildesheim, stellen der Hildesheimer Bürgerin Hotop wegen einer von derselben dem Capitel S. Mauritii übergebenen Verschreibung in Betreff der Hälfte des Zehnten zu Einum einen Revers aus. 1850. S. 289.

1475. **August** 15. Herzog Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg belehnt den Ulrich von Landesberg mit dem Patronate der Kapelle zu Mesmerode. 1856. II, S. 122.

1477. **Mai** 10. Godecke von Pyrmont, Aebtissin zu Heerse, cedirt dem Stifte Heerse ein Capital von 50 rhein. Gulden. 1853. S. 165.

1477. **Juni** 8. **Verden.** Statut über Hergewedde und Frauengerade in dem Go der Voigtei Verden. 1854. S. 155. Anl. 8.

1478. **Decbr.** 18. (**Minteln.**) Des Probsts, der Aebtissin und des Con-

vents des Benedictiner-Stifts in Rinteln Schadlosbrief für den Rath zu Rinteln. 1853. S. 121.

1479. **Juni** 7. (**Eimbeck.**) Der Rath zu Eimbeck bittet den Rath zu Göttingen um Verwendung für die in Eschwege gefangen gehaltenen Eimbecker Bürger. 1846. S. 91.

1479. **Juni** 18. (**Eimbeck.**) Der Rath zu Eimbeck verspricht fünf Göttingische Bürger, welche sich für die Eimbecker Gefangenen in Eschwege bei Wilhelm von Dörnberg verbürgt hatten, schadlos zu halten. 1846. S. 91.

1479. **Juni** 30. (**Eimbeck.**) Der Rath zu Eimbeck bittet den Rath zu Göttingen um Beistand in ihrem Kampfe mit den feindlichen Fürsten. 1846. S. 92.

1479. **August** 18. Bischof Henning zu Hildesheim meldet dem Rathe zu Göttingen, daß er, nachdem er vergeblich versucht habe, den Herzog Wilhelm den Jüngeren mit den Herzögen von Grubenhagen und den Einbeckern zu versöhnen, dem Ersteren abgesagt habe. 1846. S. 94.

1479. **August** 22. (**Göttingen.**) Des Raths zu Göttingen Absagebrief an den Bischof Henning zu Hildesheim, die Herzöge von Grubenhagen und die Stadt Eimbeck. 1846. S. 95.

1479. (**Octbr.** 2.) **Markoldendorf.** Bericht zweier Göttinger Bürger an den Rath zu Göttingen über die Erstürmung von Markoldendorf. 1846. S. 95.

1479. **Decbr.** 11. (**Eimbeck.**) Der Rath zu Eimbeck ermächtigt den Rath zu Göttingen, die dort deponirten 3000 ℔ sammt den Bürgschaften von Goslar und Osterode wegen des Restes des Lösegeldes an den Landgrafen von Hessen abzuliefern. 1846. S. 96.

1481. **März** 8. (**Northeim.**) Abt Bernhard und das Kloster S. Blasii zu Northeim verkaufen dem Meister Heinr. Raphon und seinen Kindern eine halbe Hufe vor Northeim und erhalten von demselben Meister Raphon dessen Rechte an die Ruhme oberhalb nach Hammenstedt zu. 1851. S. 347.

1481. **März** 11. Herzog Wilhelm d. J. zu Braunschweig und Lüneburg bestätigt den Vergleich, vermöge dessen Meister Heinr. Raphon zu Northeim dem Kloster S. Blasii zu Northeim seine Rechte an die Ruhme nach Hammenstedt zu abgetreten hat. 1851. S. 349.

1485. **Febr.** 28. (**Braunschweig.**) Münzgesetz der Stadt Braunschweig. 1851. S. 308.

1488. **Mai** 28. **Braunschweig.** Bündniß der Städte Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Hannover, Eimbeck und Northeim. 1845. S. 277. Anm. 1.

1490. (**Novbr.** 24.) **Hannover.** Protokoll über den Ueberfall der Stadt Hannover durch Herzog Heinrich den Aelteren von Braunschweig. 1845. S. 279. Anm. 2.

1491. **Juli** 21. Vertrag zwischen Herzog Heinrich dem Aelteren von Braunschweig und Lüneburg und der Stadt Hannover. 1845. S. 288. Anm. 1.

1491. **Juli** 22. Herzog Heinrich der Mittlere von Braunschweig und Lüneburg vergleicht die Stadt Hannover und den Herzog Heinrich den Aelteren von Braunschweig und Lüneburg mit einander. 1845. S. 287. Anm. 1.

1492. **Januar** 25. Herzog Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg bewilligt der Stadt Northeim die Erhebung eines tarifirten Weggeldes von Fuhrwerken auf dem Wege nach der Landwehr zu Hammenstedt für die Dauer von 20 Jahren. 1851. S. 144. Anm.

1493. **Novbr.** 18. Ablaßbrief des Bischofs Heinrich zu Minden für die Kirchen der Stadt Hannover. (Excerpt.) 1845. S. 293. Anm.

1497. **Novbr.** 14. **Minden.** Bischof Heinrich zu Minden bestätigt die Liebfrauen-Brüderschaft zu Idensen unter Verkündigung eines Ablasses und beseitigt das über die Kirche zu Idensen verhängte Interdict. 1856. II, S. 123.

1501. **Febr.** 2. Bernhard, Abt des Stifts S. Blasii zu Northeim, bekennt, daß Meister Heinrich Raphon, Bürger zu Northeim, einen Garten vor dem Höckelheimer Thore an den Bürger Bartold Moringen verkauft hat. 1851. S. 351.

1501. **Juni** 10. **Ilten.** Heinrich Meyer verkauft mit Bewilligung seiner Vettern Hencke und Ludecke Meyer vor dem Freiending zu Lühade an Hans Flor 32 Morgen Landes in dem Sehnder Felde. 1856. II, S. 66.

1503. **Octbr.** 27. **Hausberge.** Bischof Heinrich zu Minden ernennt den Geistlichen Bernhard Bisterfeld zum Pfarrer der Kirche zu Idensen. 1856. II, S. 125.

1504. **Juli** 15. Testament der Herzogin Margarethe von Braunschweig-Lüneburg, verwitweten Herzogin von Mecklenburg. 1855. S. 235.

1505. **Septbr.** 3. Heinrich von Rode, Bürger zu Braunschweig, bekennt, 7 Mark und $4^1/_2$ Loth feines Silber zur Anfertigung eines Marienbildes von dem Probste zu Wienhausen erhalten zu haben. 1854. S. 397.

1506. **März** 20. **Hildesheim.** Der Weihbischof Ludwig, Generalvicar des Bischofs von Hildesheim, weihet eine, hauptsächlich die Kreuzigung Christi darstellende Tafel, in welcher die Reliquien der 10000 Märtirer verschlossen sind, und ertheilt einen Ablaß. 1856. II, S. 127.

1506. **April** 14. **Eimbeck.** Excerpt aus einem Notariats-Documente, die Wahl des Scholasters Giso Uslar zum Dechanten des St. Alexander-Stiftes zu Eimbeck betr. 1851. S. 337.

1506. **Octbr.** 3. **Eimbeck.** Bartold Crabberodt, Senior des Stifts S. Alexandri in Eimbeck, verkauft eine Rente an Andreas Topp,

Dechanten des Stiftes S. Alexandri und des Stiftes b. Mariae virginis zu und vor Eimbeck. 1851. S. 339.

1507. **Januar** 5. **Eimbeck.** Excerpt aus einem Notariats-Documente, das Stift S. Alexandri zu Eimbeck betr. 1851. S. 338.

1512. **Febr.** 13. Konrad Abt von Clus und Heinemann Abt von Oldenstadt übertragen, als bestellte Visitatoren des Moritzklosters zu Minden, eine tägliche Messe, die ursprünglich in der Kirche zu Afferde durch den Hamelschen Canonicus Jordan Hodt (1356) gestiftet, mit Genehmigung des Pabstes Pius II. aber (1458) in die Sacristei des genannten Klosters verlegt war, an den Altar aller Apostel in derselben Kirche, wozu der Mindensche Official Dieterich von Windheim seine Zustimmung giebt. 1853. S. 255.

1512. **Novbr.** 27. **Eimbeck.** Notariats-Document über die Verlassenschaft des Meisters Heinrich Raphon und seiner Ehefrau Grete in und außerhalb der Stadt Northeim. 1851. S. 355.

1514. **Octbr.** 2. Graf Anton von Holstein und Schauenburg verkauft der Kirche zu Idensen seine Rottländereien auf dem Teiche bei Idensen, unter Vorbehalt des Wiederkaufs. 1856. II, S. 128.

1514. **Novbr.** 22. Graf Anton von Holstein und Schauenburg schenkt der Liebfrauen-Brüderschaft zu Idensen 6 Morgen Landes auf der Grafthorst nebst einer bei dem Ryskampe belegenen Wiese. 1856. II, S. 130.

1515. **Febr.** 19. Anton von Spiegelberg verkauft seine Mühlenstätte in Horsten an den Grafen Anton und Frau Anna geb. von Schönburg, Gräfin zu Holstein und Schauenburg. 1853. S. 166.

1518. **Juni** 6. Der Knappe Othrave v. Landesberg und dessen Ehefrau stiften eine Memorie in der Idenser Kirche, unter Anweisung der Dienste und Gefälle ihres Hofes zu Munzel. 1856. II, S. 131.

1519. **August** 17. **Braunschweig.** Johann Stein, Rector der heiligen Kreuz-Kapelle zu Mesmerode, ermächtigt den Pfarrer der Martinikirche zu Braunschweig, Konrad Gossel, und den Canonicus zu Wunstorf Johann Schmidt zur Resignation auf sein Rectorat zu Gunsten des Christoph Schmidt. 1856. II, S. 134.

1520. **Septbr.** 21. Hildebrand von Lenthe bestätigt die von seinen Ahnen vorgenommene Schenkung zweier Stücke Landes, im Mesmeroder Felde belegen, an die Küsterei zu Idensen. 1856. II, S. 135.

1523. **Febr.** 27. Die Herzöge Erich und Heinrich der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg geben dem Kloster Wienhausen die Wüstung Klein-Lopke im Amte Ruthe. 1856. II, S. 81.

1525. **Juli** 17. Verantwortung des Christoph von Steinberg wegen der Gefangennehmung des Hildesheimischen Domdechanten Heino von dem Werder. 1848. S. 65.

1526. **Juli** 27. Lösebrief des Domdechanten Heino von dem Werder. 1848. S. 67.

1528. **Febr. 3. Burgos.** Pönalbefehl des Kaisers Karl V. in Sachen des Dombechanten Heino von dem Werder gegen Christoph von Steinberg. 1848. S. 70.

1528. **März 25. Lehnin.** Churfürst Joachim von Brandenburg und Herzog Erich der Aeltere zu Braunschweig und Lüneburg schreiben an die Stadt Goslar wegen des Predigers Amsdorf. 1849. S. 348.

1528. **April 16. (Goslar.)** Antwort des Raths zu Goslar auf dieses Schreiben. 1849. S. 348 f.

1528. **Octbr. 22. (Goslar.)** Antwort des Raths zu Goslar auf die von den Evangelischen am 16. Octbr. vorgelegten Artikel. 1849. S. 352.

1529. **Mai 31. Wittenberg.** Schreiben des Dr. Martin Luther an die Evangelischen in Goslar. 1849. S. 361.

1529. **Juli 10.** Heino, Abt zu Oldenstadt, legt sein Amt nieder und stellt es seinem Fürsten und Herrn (Herzog Ernst dem Bekenner) anheim. 1852. S. 52.

1529. **August 28. (Goslar.)** Verordnung des Raths zu Goslar, den Besuch des evangelischen Gottesdienstes und der Schule betr. 1849. S. 355.

1532. **Mai 23.** Johann Reschen, Dechant der Kirche St. Johannis zu Minden und Generalvicar des Bischofs Franz von Minden, überträgt dem Geistlichen Bernhard Bisterfeld dem Jüngeren die Commende am Altare St. Michaelis in der Kirche zu Idensen. 1856. II, S. 136.

1533. **Juli 1. Rotenburg.** Verordnung des Erzbischofs Christoph zu Bremen in Betreff des Stiftes Bardowiek. 1855. S. 377.

1538. **August 2.** Holtings-Protokoll zu Wassel. 1856. II, S. 78.

1538. **Novbr. 29.** Graf Johann von Diepholz fundirt bei dem Kloster Burlage eine Predigerstelle. 1849. S. 129.

1539. **Januar 3.** Graf Johann von Diepholz bestimmt gegen eine Geldsumme, daß forthin die Mühle zu Diepholz im Sommer stille stehen solle, um der Umgegend das Wasser nicht zu stauen. 1849. S. 143.

1543. **Novbr. 10.** Graf Johann von Diepholz verspricht seinen Burgmannen und Gemeinen zu Lemförde, daß sie nur bei dringender Noth mit Steuern belegt werden sollen. 1849. S. 132.

1545. **Braunschweig.** Schützenordnung der Stadt Braunschweig. 1845. S. 197.

1546. **April 28.** Ernst Blome und dessen Ehefrau verkaufen der Kirche zu Idensen unter Vorbehalt des Wiederkaufs für 16 Goldgulden eine Jahresrente von 1 Malter Roggen aus ihrem Hofe zu Kronsbostel. 1856. II, S. 138.

1547. **Septbr. Gandersheim.** Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig und Lüneburg setzt dem Heinrich Theuerdank von Kirchberg

12000 Goldgulden zum Unterhalte aus, und so lange dieſes Capital nicht gezahlt iſt, verpflichtet er ſich, dasſelbe mit 5 Procent vom Jahre 1550 an zu verzinſen, weiſt auch die Zinſen auf die Gefälle des Amts Staufenburg an; zugleich ernennt er den Heinrich Theuerdank von Kirchberg auf 20 Jahre zum Hauptmann des gedachten Amts und ganzen Gerichtes und ſalarirt ihn dafür jährlich mit 100 Gulden, ſo wie er auch ſeiner künftigen Frau und nöthigen Dienerſchaft ein beſtimmtes Jahrgehalt auswirft unter Verpfändung des Schloſſes, Amtes und ganzen Gerichts Staufenburg. 1854. S. 304.

1549. **Mai** 2. Vergleich der Edelherren von Pleſſe und der Dorfſchaften Bernshauſen und Wolbrandshauſen über einige ſtreitige Gehölze. 1851. S. 396.

1551. **April** 17. **Scharmbeck.** Sate-Zettel der Bremiſchen Ritter- und Landſchaft. 1856. I, S. 107.

1551. **Septbr.** 26. **Wolfenbüttel.** Carl Victor und Philipp Magnus, Söhne des Herzogs Heinrich d. J. von Braunſchweig und Lüneburg, verpflichten ſich, die Verſchreibungen, welche ihr Vater dem Heinrich Theuerdank von Kirchberg, ſeiner Mutter und ſeinen Geſchwiſtern bereits gemacht habe oder noch machen werde, treulich zu halten, auch dieſelben niemals zu kränken, ſondern ſtets zu ſchützen und zu beſchirmen. 1854. S. 308.

1553. **Juni** 14. **Lager vor Schweinfurt.** Schreiben des Herzogs Philipp Magnus zu Braunſchweig und Lüneburg, die Plünderungen ſeiner Truppen betr. 1850. S. 328.

1553. **Juli** 17. **Wolfenbüttel.** Herzog Julius, Sohn Heinrichs d. J., Herzogs zu Braunſchweig und Lüneburg, erklärt ſeinem Vater, daß er die Vergünſtigungen, welche er dem Heinrich Theuerdank von Kirchberg, deſſen Mutter und Geſchwiſtern zugewendet habe, unter andern die 12000 Goldgulden und noch 4000 Joachimsthaler für die Jungfrauen Sidonia und Eva von Kirchberg, beide Schuldverſchreibungen auf das Amt Staufenberg ausgeſtellt, anerkennen und treulich beſtehen laſſen wolle; verſpricht auch dem Heinrich Theuerdank von Kirchberg und ſeinen Geſchwiſtern ſeinen Schutz. 1854. S. 310.

1553. **Septbr.** 9. **Stadthagen.** Schuldverſchreibung der Gebrüder von Landesberg über 90 Goldgulden zu Gunſten der Kirche zu Idenſen. 1856. II, S. 140.

1554. **Januar** 21. **Hannover.** Schreiben der Herzogin Eliſabeth zu Braunſchweig u. Lün. an den Rath zu Braunſchweig. 1856. I, S. 135.

1555. **Juni** 25. Herzog Franz Otto zu Braunſchweig und Lüneburg beſtellt den Chriſtoph von Obbernshauſen zum Hauptmann zu Lüchow. 1849. S. 161.

1556. **Juni** 17. **Zelle.** Herzog Franz Otto zu Braunſchweig und Lüneburg überträgt dem Voigt und Amtſchreiber zu Dannenberg auch das Amt Hitzacker. 1849. S. 163.

1557. **Januar 25. Elbagsen.** Der Elbagser Gohe Gerechtigkeit. 1853. S. 260.

1558. **Januar 5. Rom.** Pabst Paul IV. beauftragt den Official zu Hildesheim und 2 Bischöfe (in partibus) den nach der Resignation des früheren Probstes Vitus Chrummer zum Probste des heil. Kreuzstiftes zu Hildesheim und des St. Moritzstiftes auf dem Berge vor Hildesheim ernannten Heinrich Karl von Kirchberg zu beeidigen, einzuführen und zu beschützen. 1854. S. 400.

1558. **März 24. Wolfenbüttel.** Herzog Heinrich der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg bittet seinen Bruder Georg, Bischof zu Minden, Domprobst zu Köln und Bremen, auch Probst des heil. Kreuzstifts zu Hildesheim, zu gestatten, daß die Mutter des Heinrich Theuerdank von Kirchberg in dem zur Probstei in Hildesheim gehörigen Hofe, welchen er auf seine Kosten in wohnbaren Stand wolle setzen lassen, zeitlebens wohne. 1854. S. 312.

1559. **Juni 9. (Hildesheim.)** Georg Spiegelberg, Canonicus des St. Moritzstiftes vor Hildesheim, beschwört als Procurator des Heinrich Karl von Kirchberg, Probstes des heil. Kreuzstiftes zu Hildesheim, die Capitulation der Probstei. 1854. S. 314.

1562. **Mai 10. Braunschweig.** Beschränkung der bei den Schützenfesten zu Braunschweig eingerissenen Mißbräuche. 1845. S. 200.

1562. Nachricht über Hochzeits- und Kindtaufsgebräuche in den Aemtern Dannenberg und Hitzacker. 1856. I, S. 131.

1563. **März 16.** Protokoll des Holzungsgerichts zu Otersen (A. Verden). 1854. S. 159.

1563. **März 20.** Protestation der Lüneburgischen Räthe gegen das Holzungsgerichts-Protokoll vom 16. März. 1854. S. 163.

1564—1567. Briefwechsel zwischen Margaretha von Parma, Philipp II. von Spanien und dem Herzog von Alba, die Dienste der Herzöge Ernst, Wolfgang und Philipp von Grubenhagen in den Niederlanden betr. 1849. S. 378 ff.

1565. **Juli 3.** Gräfin Margarethe von Diepholz, geb. Gräfin zu Hoya und Bruchhausen, und die Regierung der Grafschaft Diepholz treffen Bestimmungen über die Löhne aus dem Dümmersee und ihre Eindeichungen. 1849. S. 144.

1565. **Juli 16. (Ebstorf.)** Schreiben des Convents zu Ebstorf an den Prior zu Lüneburg, Heinrich von Hademstorf, wegen des am Tage vorher erfolgten Todes der Aebtissin. 1851. S. 403.

1565. **Septbr. 10. Wolfenbüttel.** Herzog Heinrich der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg bestätigt, daß Sidonia von Kirchberg, Gemahlin des Christoph von Weferling, den Hof in Watzem, welchen er bisher besessen, nach dem erfolgten Ableben ihres Mannes als Leibzucht besitzen solle. 1854. S. 316.

1566. **Mai** 23. **Wolfenbüttel.** Herzog Heinrich der Jüngere zu Braunschweig und Lüneburg überläßt der Sidonia von Kirchberg, Witwe des Christoph von Weferling, denjenigen Acker zu Watzem, welchen ihr verstorbener Gemahl von ihm zu Lehen gehabt hat. 1854. S. 318. *Nr.* 7.

1567. **Febr.** 10. **Celle.** Mandat der fürstl. Braunschw. Regierung über die Feier des Fastelabends und das Mummenschanzen. 1853. S. 419.

1567. **Celle.** Mandat der fürstl. Braunschw. Regierung über das Verhalten der Kinder auf Martini, Neujahr und heil. 3 Könige. 1853. S. 420.

1569. **Decbr.** 1. **Celle.** Urtheil des Herzogs Wilhelm des Jüngeren zu Braunschweig und Lüneburg gegen den Canonicus von Bardowiek Jost Lembken. 1855. S. 378.

1570. **August** 29. **Celle.** Endurtheil desselben gegen denselben. 1855. S. 378 f.

1571. **Mai** 2. Vergleich zwischen den Seeherren des Seeburger Sees und den Fischergilden von Seeburg und Bernshausen über die Fischerei auf dem Seeburger See. 1851. S. 401.

1571. **Septbr.** 19. **Hildesheim.** Heinrich Karl von Kirchberg beschwört als Probst vom heil. Kreuzstifte in Hildesheim in eigener Person die Capitulation. 1854. S. 318. *Nr.* 8.

1575. **Novbr.** 29. **Wrisbergholzen.** Notariats-Document, vermöge dessen der Probst Heinrich Karl von Kirchberg den Canonicus des St. Moritz-Stifts Barthold Barla bevollmächtigt, seine beiden Probsteien zu Gunsten des Domherrn Ernst von Wrisberg zu resigniren und die deshalb nöthigen Schritte zu thun. 1854. S. 401.

1576. **Januar.** Ernst von Wrisberg, Probst des St. Moritzstifts vor Hildesheim, wünscht, daß ihm das Capitel zum heil. Kreuze in Hildesheim den Besitz seiner von Heinrich Karl von Kirchberg erhaltenen Probstei einräume, und stellt selbigem, da ihm die nöthigen Confirmationsbriefe noch nicht zugekommen, einige Bürgen zur Sicherheit. 1854. S. 320.

1576. **Octbr.** 8. **Regensburg.** Der Cardinal-Legat Johann Moronus befiehlt dem hildesheimischen General-Official, den Domherrn Ernst von Wrisberg, der die ihm von Heinrich Karl von Kirchberg resignirten Probsteien ohne päbstliche Erlaubniß angetreten, jetzt aber wieder aufgegeben habe, von den hierdurch etwa verwirkten geistlichen Strafen der Excommunication, Suspension ꝛc. frei zu sprechen. 1854. S. 403.

1577. **Mai** 30. **Salzhausen.** Protokoll des Gohgerichts zu Salzhausen. 1854. S. 178.

1577. **August** 16. Auszug aus einer Prozeßschrift des Rudolf Klencke: **Brevis informatio causae Henrici Caroli de Kirchberg ad reverendissimum episcopum Hildesheimensem.** 1854. S. 404.

1581. **Decbr.** 18. Graf Friedrich zu Diepholz hebt für die Freien der Grafschaft Diepholz das Hergewette und Gerade auf. 1849. S. 138.

1582. **Septbr.** 24. Graf Friedrich zu Diepholz gestattet dem Johann von Oldenburg und seiner Ehefrau Margarete von Gladebeck, der Witwe des sel. Gercken Drakenborgh, ein von Letzterem auf dem alten Graben in Lemförde erbautes Haus für sich und ihre Erben frei und von allen bürgerlichen Abgaben und Lasten unbeschwert zu besitzen. 1849. S. 135.

1583. **Braunschweig.** Ordnung des Vogelschießens zu Braunschweig. 1845. S. 202.

1587. **März** 3. **Hildesheim.** Vergleich des Kreuzstifts in Hildesheim mit Heinrich Karl von Kirchberg wegen der von ihm eingezogenen Probsteigefälle an selbigem Stifte. 1854. S. 322.

1588. **Juli** 25. **Calenberg.** Der Großvogt zu Calenberg, Konrad Wedemeyer, berichtet dem Herzoge Julius zu Braunschweig und Lüneburg über die gewaltsame Besetzung des Probsteihofes auf dem Moritzberge durch Aschen von Holle zu Gunsten des Hermann von Horneburg, und über die seinerseits dagegen eingelegte Protestation. 1854. S. 406.

1589. **Januar** 7. **Steierberg.** Tagsatzung der sieben freien Flecken der oberen Grafschaft Hoya. 1851. S. 127.

1589. **Mai** 29. (**Lemförde.**) Protokoll des freien Richters Ordtgieß Brenemann über das Herwede und Frauengerade und der Freien Gebühr als Zeugen. 1849. S. 140.

1596. **April** 3. Nachricht, die Prätension der Gerichtsbarkeit bis vor die Brücke von Rotenburg von Seiten des Erzbischofs zu Bremen betr. 1854. S. 124.

1600. **Januar** 14. **Celle.** Herzog Ernst zu Braunschweig und Lüneburg fordert Rudolf Bardewisch auf, nebst Ernst von Rohden und Hartwig von Stemshorn eine Bürgschaft von 1500 ℛ für ihn zu übernehmen. 1849. S. 138.

1604. **Febr.** 4. **Diepholz.** Bericht des Amts daselbst über die Freien. 1856. II, S. 80.

1604. **März** 7. **Verden.** Protokoll über ein auf dem Logenstein gehaltenes Halsgericht. 1854. S. 157.

1605. **Juli** 6. **Wolfenbüttel.** Rescript der herzogl. Regierung an den Magistrat zu Hannover über die daselbst eingeleiteten Hexenprozesse. 1848. S. 324. Anm.

1605. **Novbr.** 27. **Wolfenbüttel.** Rescript der herzogl. Regierung an den Magistrat zu Hannover über die daselbst eingeleiteten Hexenprozesse. 1848. S. 325. Anm.

1609. **Febr.** 21. **Hildesheim.** Notariats-Document über die dem Domprobste Arnold von Buchholz von Seiten der Neustadt Hildesheim geleistete Huldigung. 1856. II, S. 198.

1609. **Juni 12. Braunschweig.** Ordnung der ehelichen Schützenbrüder zu Braunschweig. 1845. S. 206.

1611. Privilegia des Fleckens Lemförde. 1851. S. 130.

1614. Herzog Friedrich Ulrich zu Braunschweig und Lüneburg belehnt Julius von Mahrenholz mit dem Dorfe Nordsteimke, der Kirche daselbst und einigen andern Gütern. 1849. S. 51.

1615. **Septbr. 9.** Beschwerde der Freien (in der Amtsv. Ilten) über die nachbargleiche Verpflichtung bei der Stellung der Freicompagnien. 1856. II, S. 36.

1615. **Septbr. 10. (Celle.)** Fürstliches Rescript auf diese Beschwerde. 1856. II, S. 36.

1617. **April 14. Braunschweig.** Privilegium über die Freiheit des Schützenkönigs zu Braunschweig. 1845. S. 212.

1619. **Mai 14. Braunschweig.** Edict des Raths zu Braunschweig, die Feier des Pfingstfestes betr. 1845. S. 227.

1620. **März 15. Celle.** Des Herzogs Christian des Aelteren zu Braunschweig und Lüneburg, Bischofs zu Minden, Befehl an Rudolf Bardewisch, wegen der Händel mit der Stadt Hamburg sich zur Musterung ehestens bereit zu halten. 1849. S. 135.

1620. **Mai 3. Celle.** Revers des Herzogs Christian des Aelteren zu Braunschweig, daß die Freien (in der Amtsv. Ilten) 8 Jahre lang mit fernerer Contribution verschont bleiben sollen. 1856. II, S. 75.

1620. **Mai 3. Celle.** Rescript des Herzogs Christian des Aelteren zu Braunschweig an den Amtsvoigt zu Ilten, Militairsachen betr. 1856. II, S. 76. 77.

1621. **Octbr. 14. Moringen.** Schreiben der fürstl. Braunschweigischen Obristen von Rheden und von Helversen an die Stadt Göttingen, die Abwehr und Verfolgung der Truppen des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig betr. 1848. S. 74. Anm. 1.

1621. **Octbr. 30. Brake.** Schreiben des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig, Bischofs zu Halberstadt, an den Oberstlieutenant Philipp von Wrede wegen freien Durchzuges. 1845. S. 8. Anm. 2.

1621. **Novbr. 4. Aertzen.** Herzog Christian d. J. zu Braunschweig und Lüneburg und Graf Hermann zu Limburg-Styrum versprechen, mit ihren Truppen den niedersächsischen Kreis räumen zu wollen, um durch Hessen nach der Unterpfalz zu ziehen. 1845. S. 8. Anm. 3.

1621. **Novbr. 24. Marborf.** Herzog Christian d. J. zu Braunschweig fordert von dem Landgrafen Ludwig von Hessen freien Durchmarsch. 1845. S. 11. Anm. 2.

1621. **Decbr. 16.** Vertrag des Herzogs Christian des Aelteren zu Braunschweig und Lüneburg, mit dem Domprobste Arnold von Buchholtz zu Hildesheim, das in der Amtsvoigtei Ilten belegene Dorf Evern betr. 1856. II, S. 83.

1621. **Decbr. 19. Großen-Everde.** Herzog Christians d. J. zu Braunschweig Drohbrief an den Rath zu Paderborn. 1845. S. 17. Anm. 2.

1621. **Decbr. 23. Horn.** Herzog Christians des Jüngeren zu Braunschweig Drohbrief an Capitel und Rath zu Paderborn. 1854. S. 17. Anm. 4.

1622. **März 18. Paderborn.** Herzog Christians des Jüngeren zu Braunschweig Schreiben an den halberstädtischen Cammerrath Werneke, die Errichtung eines Regiments von 2000 Mann unter dem Obristen Carpezo betr. 1845. S. 22. Anm. 1.

1622. **Mai 16. Catlenburg.** Herzog Christian der Jüngere befiehlt dem neuen Regimente zu Halberstadt, unverzüglich aufzubrechen und bei Niedergandern zu ihm zu stoßen. 1845. S. 27. Anm. 1.

1622. **Novbr. 30. Germersheim.** Graf Ernst von Mansfeld bittet Herzog Christian den Aelteren zu Braunschweig, im Fürstenthum Celle Werbungen anstellen zu dürfen. 1845. S. 58. Anm. 1.

1623. **Febr. 8. Rintelu.** Schreiben des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig an die Stände des niedersächsischen Kreises zu Braunschweig, die Lage des Kreises betr. 1845. S. 60. Anm. 3.

1623. **Febr. 14. Calenberg.** Vergleich zwischen den Brüdern Herzögen Friedrich Ulrich und Christian d. J. zu Braunschweig, wonach dieser in die Dienste jenes tritt. 1845. S. 64. Anm. 1. 1846. S. 310.

1623. **März 6. Hadersleben.** König Christian IV. von Dänemark bittet Kaiser Ferdinand II., er möge dem Herzoge Christian d. J. zu Braunschweig die kaiserliche Gnade wieder zuwenden. 1845. S. 68.

1623. **März 30. Aalen.** Schreiben des Grafen von Anholt an den Herzog Christian d. J. zu Braunschweig, die Schließung eines Waffenstillstandes betr. 1845. S. 72. Anm. 2.

1623. **März 31. Regensburg.** Schreiben des Kaisers Ferdinand II. an den Herzog Christian den Aelteren zu Braunschweig und Lüneburg. 1846. S. 314.

1623. **April 2. — Mai 18.** Verschiedene Schreiben des Kaisers, des Königs Christian IV. von Dänemark, des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig und anderer Fürsten, auch der obersächsischen und niedersächsischen Kreisstände, die Lage des niedersächsischen Kreises betr. 1846. S. 312. 318 ff.

1623. **April 29. Prag.** Antwort des Kaisers Ferdinand II. auf das Ansuchen des Königs Christian IV. von Dänemark um Begnadigung des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig. 1845. S. 69.

1623. **Juni 6. Kopenhagen.** Schreiben des Königs Christian IV. von Dänemark an den Herzog Friedr. Ulrich zu Braunschweig. 1847. S. 32.

1623. **Juni 9. Wolfenbüttel.** Schreiben des Herzogs Christian d. J. zu Braunschweig an den Herzog Christian den Aelteren zu Celle. 1845. S. 79. Anm. 1.

1623. **Juni** 9. **Wolfenbüttel.** Schreiben desselben an die Stände des niedersächsischen Kreises. 1845. S. 79. Anm. 2. 1847. S. 34.

1623. **Juni** 9. **Dresden.** Schreiben des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen an den niedersächsischen Kreis. 1847. S. 33.

1623. **Juni** 19. **Eschwege.** Schreiben des Grafen Tilly an den Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig wegen Durchzugs. 1845. S. 81. Anm. 2.

1623. **Juni** 23. **Eschwege.** Schreiben des Grafen Tilly an den niedersächsischen Kreis. 1847. S. 35.

1623. **Juni** 27. **Steine.** Herzog Christian d. J. von Braunschweig fordert von der Stadt Göttingen 100 Faß Bier. 1848. S. 78.

1623. **Juni** 27. **Northeim.** Herzog Johann Friedrich von Sachsen fordert von der Stadt Göttingen Proviant für seine Truppen. 1848. S. 77.

1623. **Juli** 18. **Lemgo.** Herzog Christian d. J. von Braunschweig resignirt das Bisthum Halberstadt zu Gunsten des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein. 1845. S. 85. Anm. 2.

1625. **August** 22. **Wienerisch-Neustadt.** Schreiben des Kaisers Ferdinand II. an den Herzog Fried. Ulrich zu Braunschweig und Lüneburg. 1848. S. 85. Anm. 1.

1625. **Septbr.** 20. **Eschwege.** Schreiben des Herzogs Albrecht zu Friedland an die Stadt Göttingen wegen der Besetzung des Schlosses Friedland. 1848. S. 90. Anm. 1.

1625. **Septbr.** 28. **Allendorf.** Schreiben des Herzogs Albrecht zu Friedland an die Stadt Göttingen wegen Proviant. 1848. S. 90. Anm. 2.

1625. **Octbr.** **Hannover.** Bericht über die Dänische Besatzung in der Stadt Hannover. 1856. I, S. 113.

1625. **Novbr.** 15. **Röfsing.** Schreiben des Grafen von Tilly an die Stadt Münden wegen Einnahme einer ligistischen Besatzung. 1848. S. 95. Anm. 1.

1625. **Decbr.** 16. Drohbrief des Waldsteinschen Obersten, Grafen von Merode, an die Stadt Göttingen. 1848. S. 97. Anm. 1.

1626. **März** 2. **Wolfenbüttel.** Königs Christian IV. von Dänemark Patent wegen der Werbungen des Herzogs Georg zu Braunschweig und Lüneburg. 1848. S. 100. Anm. 1.

1626. **März** 26. **Wolfenbüttel.** Schreiben des Herzogs Christian d. J. von Braunschweig-Lüneburg an die Stadt Göttingen wegen Einnahme von Besatzung. 1848. S. 101. Anm. 2.

1626. **Juni** 11. **Münden.** Schreiben des Grafen von Tilly an den Rath zu Göttingen wegen Einnahme von Besatzung. 1848. S. 107. Anm. 1.

1626. **Juni** 23. **Münden.** Wiederholte Aufforderung des Grafen von Tilly an den Rath zu Göttingen wegen Einnahme von Besatzung. 1848. S. 109. Anm. 1.

1626. **Juni 30. Wolfenbüttel.** König Christian IV. von Dänemark verspricht der von dem Grafen Tilly belagerten Stadt Göttingen Succurs. 1848. S. 111. Anm. 1.

1626. **Juli 4. Wolfenbüttel.** König Christian IV. von Dänemark verspricht der belagerten Stadt Göttingen nochmals Succurs. 1848. S. 111. Anm. 2.

1626. **Juli 15. Vor Moringen.** Graf Tilly ermahnt die Stadt Göttingen, die dänische Besatzung abziehen zu lassen und kaiserliche Garnison einzunehmen. 1848. S. 112. Anm. 1.

1626. **Juli 15. Göttingen.** Die Hauptleute der dänischen Besatzung in Göttingen beschweren sich bei dem Rathe über den schlechten Beistand, den sie bei den Bürgern finden. 1848. S. 112.

1626. **August 1/10.** Schreiben Tilly's an den Rath zu Göttingen wegen Uebergabe der Stadt. 1848. S. 115. Anm. 1.

1626. **August 31.** Tilly verspricht der Stadt Göttingen Erleichterung ihrer Lasten. 1848. S. 117. Anm. 1.

1628. **Juni 17. Wolfenbüttel.** Schreiben des Herzogs Friedrich Ulrich an den Landcommissarius Pape wegen Erhebung von Schatzung. 1848. S. 127. Anm. 1.

1629. **Mai 1. Wolfenbüttel.** Schreiben desselben an denselben wegen der traurigen Lage des Landes. 1848. S. 131. Anm. 3.

1630. **Januar 3. Hannover.** Schreiben des Raths an den Grafen Tilly wegen des vertriebenen Rathsherrn Solge. 1856. I, S. 118.

1631. **Octbr. 14. Dolgen.** Protokoll des Gerichts daselbst. 1856. II, S. 85.

1632. **März 4. Cassel.** Schreiben des Landgrafen Wilhelm von Hessen an den Rath der Stadt Göttingen, die Beschwerden über das ungebührliche Benehmen der Besatzung betr. 1848. S. 150. Anm. 1.

1632. **August 2. Hauptquartier zu Westerrode.** Des Herzogs Georg zu Braunschweig und Lüneburg Schreiben an den Rath zu Göttingen wegen der Verpflegung seiner Garnison. 1848. S. 157. Anm. 1.

1632. **August 24. Braunschweig.** Herzog Friedrich Ulrich verwendet sich bei Herzog Georg zu Braunschweig und Lüneburg um Schonung der Stadt Göttingen. 1848. S. 160. Anm. 1.

1634. **März 28. Hameln.** Herzog Georg ermahnt die Stadt Göttingen, den etwa anrückenden kaiserlichen Generalen Widerstand zu leisten. 1848. S. 165. Anm. 1.

1634. **Juni 12. Braunschweig.** Bestätigung und Erweiterung des Privilegiums über die Freiheit des Schützenkönigs zu Braunschweig. 1845. S. 213.

1634. **Juli 12. Lager vor Hildesheim.** Der Generalmajor von Uslar sendet dem Rathe zu Göttingen eine Anzahl von gefangenen Kaiserlichen zur Bewahrung. 1848. S. 166. Anm. 2.

1634. **Octbr. 22. Lager vor Minden.** Schreiben des Herzogs Georg zu Braunschweig und Lüneburg an die Stadt Göttingen wegen der gefangenen Kaiserlichen. 1848. S. 167. Anm. 2.

1634. **Decbr. 18. Celle.** Schreiben des Herzogs August des Aelteren zu Braunschweig und Lüneburg an den Landdrosten Heinrich von Dannenberg über die Bedrückungen des Calenbergischen und der Stadt Göttingen. 1848. S. 169. Anm. 1.

(1641.) Rescript des Herzogs Friedrich zu Braunschweig und Lüneburg, die Unterhaltung der auf der Festung Gifhorn liegenden Freien betr. 1856. II, S. 38.

1642. **Octbr. 11. Halberstadt.** Schreiben des erzherzoglichen halberstädtischen Kanzlers Jordan an Busso von der Asseburg wegen Besetzung der Burg Falkenstein. 1845. S. 301.

1642. **Octbr. 13. Sangerhausen.** Schreiben des schwedischen Generals Hans Christoph von Königsmark an den Commandanten des Schlosses Mansfeld, die Besetzung der Burg Falkenstein betr. 1845. S. 302.

1643. **Januar 13/25. Halberstadt.** Caution von 10000 Thalern, dem General von Königsmark von Busso von der Asseburg und dem Domcapitel zu Halberstadt ausgestellt für Räumung der Burg Falkenstein. 1845. S. 312.

1643. **Januar 26. Halberstadt.** Wilhelm Leopold Graf zu Tättenbach verspricht, die Occupation des Schlosses Falkenstein durch kaiserliche Truppen zu verhüten. 1845. S. 313.

1647. **Octbr. 1. Lauenau.** Auszug aus dem Vertrage zwischen Braunschweig-Lüneburg, Hessen-Cassel und Schauenburg-Lippe, die Schauenburgische Erbschaft betr. 1853. S. 395.

1648. **Mai 10. Braunschweig.** Schützenordnung der Stadt Braunschweig. 1845. S. 214.

1650. **Januar 18. Celle.** Herzog Christian Ludwig zu Braunschweig und Lüneburg verleiht dem Cammerrath Paul Joachim von Bülow Korngefälle aus dem Lehrter Rottzehnten statt des halben Gerichts zu Dolgen und der dazu gehörigen Wiesen. 1856. II, S. 82.

1653. **Septbr. 2. Celle.** Rescript wegen Stellung einer Compagnie aus den Freien zur Feier des fürstlichen Beilagers. 1856. II, S. 40.

1656. **Septbr. 26. Celle.** Revers des Herzogs Christian Ludwig zu Braunschweig und Lüneburg, daß die Freien (in der Amtsv. Ilten) wegen der Schulden von 1624 nicht weiter beschwert werden sollen. 1856. II, S. 76.

1657. **Novbr. 24. Celle.** Des Herzogs Christian Ludwig zu Braunschweig und Lüneburg Befehl an den von Bardewisch, sich zur Musterung zu stellen. 1849. S. 137.

1661. **Januar 21. Rom.** Schreiben Spanheims an die Herzogin Sophie von Braunschweig-Lüneburg wegen Erlangung des Episcopats von Osnabrück. 1846. S. 183.

1666. **Febr.** 26. **Ilten.** Amtsbericht über den Waffendienst der Freien. 1856. II, S. 33.

1668. **Septbr.** 24. **Stolzenau.** Polizeirecht des Fleckens Stolzenau betr. 1851. S. 129.

1671. **Mai** 20. **Wolfenbüttel.** Schreiben des Herzogs Rudolf August zu Braunschweig an seinen Bruder Ferdinand Albrecht I. in Bevern. 1848. S. 307. Anm. 1.

1671. **Juni** 27. **Braunschweig.** Schreiben des Herzogs Rudolf August zu Braunschweig an Herzog Ferdinand Albrecht in Bevern, nach der Einnahme der Stadt Braunschweig. 1848. S. 308. Anm.

1672. **Mai** 21. **Braunschweig.** Verordnung des Raths zu Braunschweig, das Scheibenschießen betr. 1845. S. 228.

1672. **Juli** 22. **Drochtersen.** Protokoll des Deichgerichts daselbst. 1856. I, S. 99.

1672. **Septbr.** 5. **Ilten.** Attest des Amtsvoigts daselbst über die Kriegerfuhren in den Freien. 1856. II, S. 25.

1673. **April** 30. **Uphusen.** Protokoll des Holzungsgerichts daselbst. 1856. I, S. 100.

1675. **August** 17.—**Septbr.** 13. Briefe des Sr. Genebat an die Herzogin Sophie von Braunschweig und Lüneburg, die Kriegsereignisse betr. 1850. S. 347 ff.

1681. **Januar** 10. **London.** Schreiben des Prinzen Georg Ludwig von Braunschweig an seine Mutter, die Herzogin Sophie. 1846. S. 365.

1681. **Decbr.** 10. **Whitehall.** Schreiben des Prinzen Rupert von der Pfalz an seine Schwester, die Herzogin Sophie zu Braunschweig. 1846. S. 366.

1682. **Octbr.** 21. **Celle.** Schreiben der Prinzessin Sophie Dorothee von Braunschweig-Lüneburg an die Herzogin Sophie, ihre zukünftige Schwiegermutter. 1846. S. 366.

1682. **Decbr.** 5. **Siedenburg.** Polizeirecht des Fleckens Siedenburg betr. 1851. S. 130.

1683. **Mai** 31. **Braunschweig.** Einladung zum Freischießen daselbst. 1845. S. 230.

1686. **Juli** 29. **Venedig.** Die Herzogin Sophie von Braunschweig läßt eine bei Coron gefangene Sclavin frei. 1852. S. 200.

1687. **August** 15. **Korinth.** Schreiben des Generals von Königsmark an den Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg. 1847. S. 373.

1692. **Decbr.** 21. **Hamburg.** Gräfin Aurora von Königsmark beglückwünscht die Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg wegen der erlangten Kurwürde. 1847. S. 374.

1694. **Decbr.** 30. **Kensington.** König Wilhelm III. von England meldet dem Kurfürsten Ernst August den Tod seiner Gemahlin. 1856. I, S. 136.

1698. **Juli 2.—Decbr. 23.** Correspondenz der Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg mit Madem. Marie de Brinon, Nonne zu Maubuisson. 1845. S. 368.

(1698.) Schreiben Leibnitzens an die Kurfürstin Sophie von Braunschweig-Lüneburg über die Fortführung des osnabrückischen Wappens nach dem Tode des Kurfürsten Ernst August. 1846. S. 185.

1701. **März 23. Hermannsburg.** Bericht des Amtsvoigts Albrecht Pingeling an die fürstl. Regierung zu Celle, die Freiheit des Lehnhofes zu Lutterloh betr. 1853. S. 216.

1705. **Januar 24. Hermannsburg.** Bericht des Amtsvoigts Albrecht Pingeling an die fürstl. Regierung zu Celle, die Freiheit des Lehnhofes zu Lutterloh betr. 1853. S. 218.

1705. **Novbr. 3. Hannover.** Schreiben der Kurfürstin Sophie an den Erzbischof von Canterbury. 1846. S. 369.

1706. **Januar 12. Hannover.** Schreiben von R. Gwynne an den Earl von Stamford, die Succession des Hauses Hannover in England betr. 1846. S. 370.

1706. **Febr. 25. Uphusen.** Holzungsprotokoll. 1856. I, S. 105. Anl. F.

1707. **Septbr. 24. u. 26. Münden.** Protokolle des Raths zu Münden in Betreff des Papinschen, die Fulda herabgekommenen (Dampf-)Schiffes. 1850. S. 294.

1707. **Septbr. 27. Münden.** Protokolle des Amts Münden, dasselbe Schiff betr. 1850. S. 298.

1707. **Octbr. 5. Münden.** Protest des Amts Münden gegen die eigenmächtige Arrestirung des dem französischen Medicus Papin gehörigen (Dampf-)Schiffes. 1850. S. 297.

1712—1714. Briefe zur Geschichte der Succession des Hauses Hannover in England. 1852. S. 73—144.

1714. **August 30. Hannover.** Verfügung Königs Georg I. von Großbritannien, die Ausfertigung der (hannoverschen) Lehnbriefe betr. 1855. S. 337.

1715. **April 15. Aurich.** Rescript des Fürsten Georg Albrecht von Ostfriesland, die Kosten der Besichtigung der Insel Juist durch einen Beamten betr. 1852. S. 414.

1715. **Juni 15. Lager bei Stettin.** König Friedrich Wilhelm I. von Preußen vertauscht dem Könige Georg I. von Großbritannien das Patronatrecht über die Pfarre zu Idensen gegen das Patronatrecht über die Pfarre zu Weferlingen. 1856. II, S. 142.

1715. **Septbr. 30. Hannover.** Bevollmächtigung des Consistoriums zu Hannover behuf Empfangnahme der vorstehenden Tauschurkunde. 1856. II, S. 143.

1716. Juli 10. Extract des Ehmser Holzgerichts-Protokolls. 1856. I, S. 104.

1717. **August** 28. **Bülkau.** Die Interessenten des Mittelantheils Kirchspiels Bülkau beschließen, den Schöffenstuhl im Mittelantheil des Kirchspiels aufhören zu lassen. 1849. S. 177.

1720. **Novbr.** 6. **Hannover.** Verfügung Königs Georg I., die Behandlung der Geschäfte im Geheimen-Raths-Collegio betr. 1855. S. 338.

1724. **Juni** 7. Extract des Bierder Holzgerichts-Protokolls. 1856. I, S. 105.

1730. **Octobr.** 26. **Celle.** Rescript des Großvoigts an den Amtsvoigt zu Ilten über Veräußerung und Verpfändung von Erbgütern in den Freien. 1856. II, S. 27.

1735. **Septbr.** 20. **Hannover.** Königl. Regiement wegen Eintheilung der Geschäfte bei der Geheimerathsstube. 1853. S. 427.

1738. **April** 24. Extract des Dyter Holzgerichts-Protokolls. 1856. I, S. 103.

1738. **Mai** 20. (**Hannover.**) Protokoll über die Beeidigung des Geheimen-Raths von Erffa. 1855. S. 339.

1741. **März** 18. **Hannover.** Rescript des Geheimeraths-Collegiums an den Bürgermeister der Stadt Münden, die Arrestirung von Cölner Bürgern betr. 1850. S. 304.

1741. **Septbr.** 1. **Hannover.** Rescript des Geheimeraths-Collegiums an den Bürgermeister der Stadt Münden, Aufhebung des obigen Arrestationsbefehls betr. 1850. S. 308.

1745. **Januar** 14. **Hannover.** Ausschreiben des Consistoriums an alle Superintendenten, das Verbot des Beitritts der Prediger zur Freimaurer-Gesellschaft betr. 1851. S. 368.

1751. **Juli** 27. **Berlin.** Rescript des Königs Friedrich II. von Preußen, worin der ostfriesischen Regierung ihr Verfahren in Brüchtesachen ernstlich verwiesen und der geringe Reinertrag derselben getadelt wird. 1852. S. 414.

1753. **Juli** 24. Auszug aus dem Kammer-Reglement Georgs II. 1855. S. 294.

1756. **März** 10. **Hannover.** Rescript der Königl. Kammer an das Amt Lemförde, die doppelte Bezahlung der Weinkaufsgelder betr. 1849. S. 124.

1758. **August** 9. **Ober-Elten.** Schreiben des Herzogs Ferdinand von Braunschweig an den Kurfürsten von Köln. 1845. S. 329.

1759. **August** 2. **Südhemmern.** Tagesbefehl des Herzogs Ferdinand von Braunschweig nach der Schlacht bei Minden. 1847. S. 333.

1760. **Febr.** 3. **Paderborn.** Bericht des Herzogs Ferdinand von Braunschweig über die Schlacht bei Minden, namentlich über das Verhalten des Lord Sackville in derselben. 1847. S. 336.

1767. **Septbr.** 16. **Hannover.** Bericht des Königl. Archivs an das Königl. Cabinets-Ministerium über die Freien zu Döhren, Wülfel, und Latzen. 1856. II, S. 68.

1770. **Septbr.** 16. Protokoll des Landgerichts im großen Freien. 1856. II, S. 19.

1785. **März** 8. — **August** 6. Verschiedene Königl. Rescripte, sowie Berichte und Schreiben, den Fürstenbund betr. 1847. S. 90. ff.

1786. **März** 13. **Potsdam.** Rescript des Königs Friedrich des Großen, ausführlich motivirten Tadel der ostfriesischen Regierung wegen ihres zu leichten Verfahrens in Criminal-Prozessen enthaltend. 1852. S. 415.

1792. **August.** Verhandlungen wegen beabsichtigter Verpfändung der Grafschaft Pyrmont an Hannover. 1845. S. 374.

1795. **März** 4. **Bentheim.** Befehl des Generals von Riedesel an den commandirenden Officier auf dem Schlosse zu Bentheim, die Vertheidigung desselben betr. 1845. S. 144.

1795. **März** 13. Verhandlungen zwischen dem Lieutenant du Plat, Commandanten von Bentheim, und dem General Vandamme wegen Capitulation des Schlosses zu Bentheim. 1845. S. 145.

1804. **Decbr.** Des Cabinetsministers von Lenthe actenmäßige Darstellung seines Verfahrens vor der französischen Occupation des Kurfürstenthums Hannover. 1856. II, S. 145.

1815. **Juni** 20. **Hauptquartier Nivelles.** General-Ordre des Feldmarschalls Herzogs von Wellington an die Armee der Verbündeten. 1848. S. 237.

1815. **Juni** 21. **Brüssel.** General-Ordre des Generals von Alten an die hannoversche Armee. 1848. S. 242.

1815. **Juli** 4. **Hauptquartier Gonesse.** General-Ordre des Feldmarschalls Herzogs von Wellington an die Armee der Verbündeten. 1848. S. 241.

1815. (**Juli** 6. **Brüssel.**) Schreiben des Herzogs Adolf Friedrich von Cambridge an den General von Alten. 1848. S. 243.

1815. **Juli** 7. **Carltonhouse.** Rescript des Prinz-Regenten Georg an den General von Alten. 1848. S. 244.

1815. **Juli** 13. **Brüssel.** General-Ordre des Generals von Alten an die hannoversche Armee. 1848. S. 244.

1815. **Octbr.** 21. **Hannover.** Schreiben der Landstände des Königreichs Hannover an den Herzog von Cambridge. 1848. S. 246.

1816. **Febr.** 1. General-Ordre des Herzogs von Cambridge an die hannoversche Armee. 1848. S. 266.

1820. **Septbr.** 2. **Diepholz.** Schreiben des Amts das. über die Abfindung eigenbehöriger Kinder. 1849. S. 145.

1826. **Octbr.** 9. **Hannover.** Bericht des Königl. Archivs an das Königl. Cabinets-Ministerium, die Freien in der Amtsvoigtei Ilten betr. 1856. II, S. 70.

1852. **März** 19. **Hannover.** König Georg V. von Hannover übernimmt das Protectorat über die Großloge zu Hannover und über die damit verbundenen Freimaurer-Logen. 1851. S. 387.

Alphabetisches Register

über die 12 Jahrgänge von 1845—1856.

Aberglauben in Diepenau. 1851. S. 123.
Achim, Holzgerichte im Gohgerichte. 1856. I, S. 84.
Alteland, Gerichtsverfassung. 1856. I, S. 1.
Arensburg. 1853. S. 84.
v. **Arnheim**, Dynasten. 1853. S. 1.
Arrestverfahren des XVIII. Jahrh. 1850. S. 303.
Aschentöpfe in den Gräbern. 1851. S. 235. 1853. S. 225.
Asseburg. 1848. S. 8. Busso von der Asseburg. 1845. S. 294.
Ausgrabungen bei Catlenburg. 1855. S. 341. bei Moringen. 1854. S. 383. im A. Oldenstadt. 1850. S. 165. im A. Soltau. 1851. S. 183.
v. **Badewide**, Bodwede, Heinrich. 1853. S. 233. 1855. S. 355.
Balksee im A. Neuhaus an der Oste. 1851. S. 177.
Bardowiek, Stift. 1855. S. 377.
Baring, Eberhard. 1848. S. 178.
Bauerhaus, westfälisches. 1850. S. 117.
Baven, Wüstung bei Ebstorf. 1855. S. 355.
Begraben und Verbrennen der Leichen. 1855. S. 351.
v. **Behr**. 1856. II, S. 195.
Bentheim, Grafschaft. 1855. S. 277. Schloß das. 1845. S. 139.
Bernhard und Heinrich, Herzöge von Braunschw. und Lüneb. 1854. S. 190.
Bibliothek des Klosters Oldenstadt. 1856. I, S. 122.
Bisson, französ. Divisions-General, General-Gouverneur in Braunschweig. 1845. S. 377.
Bode, Burg (Bodwede). 1850. S. 164. 1853. S. 234.
v. **Boldensele**, Boldensen, Edelherren. 1852. S. 209. Wilhelm v. B. 1852. S. 226. Dessen Reise in das gelobte Land. 1852. S. 237.
Braunschweig, Gründung der Stadt und ihrer Weichbilder. 1847. S. 215. Befestigung 1847. S. 213. 1848. S. 1. 282. Stadtvoigtei. 1847. S. 171. Schützenwesen. 1845. S. 179. die Masch mit ihren Anlagen. 1845. S. 249. Münze. 1851. S. 267. Schreiben der Herzogin Elisabeth an den Rath daselbst. 1856. I, S. 136.

Brauthaus. 1849. S. 166.
Bremen, Herzogthum. 1855. S. 273. besondere Gerichte in demselben. 1856. I, 1. Wehrpflicht des Erzstifts im J. 1551. 1856. I, S. 106.
de **Brinon, Mademois.**, Nonne zu Maubuisson. 1845. S. 368.
Bronzearbeiten, römische, im Königreiche Hannover gefunden. 1854. S. 1.
v. **Bückeburg**, Dynasten. 1853. S. 1.
Bülkau, Schöffenstuhl das. 1849. S. 173.
Bullenkuhle, A. Isenhagen. 1847. S. 375.
Calbenhusen, grangia des Klosters Walkenried. 1855. S. 93.
Calenberg, Fürstenthum. 1855. S. 270.
Cammer-Reglement. 1855. S. 294.
Campen, Schloß. 1848. S. 15.
Canzlei zu Celle. 1849. S. 147.
Catlenburg, Ausgrabungen im dortigen Forstreviere. 1855. S. 341.
Cella, Kloster auf dem Oberharze. 1846. S. 332.
Celle, Canzlei das. 1849. S. 147.
Celte. 1852. S. 12. 410.
Christian d. J., Herzog zu Braunschw. u. Lüneb., Bischof zu Halberstadt. 1845. S. 1.
Communion-Harz. 1846. S. 130.
Dampfschiff, erstes. 1850. S. 291.
Dänen, Einfall in das Lüneburgische. 1850. S. 355.
Dannenberg, Amt. 1856. I, S. 131.
Deichgerichte im Bremischen. 1856. I, S. 41. 67. 99.
Denkmäler, heidnische und spätere. 1845. S. 154.
Depenbeck, Gericht. 1856. I, S. 67.
Derneburg, Kloster. 1845. S. 354.
Dienstein kommen eines hannoverschen Beamten im 18. Jahrh. 1856. I, S. 137.
Diepenau, Amt. 1851. S. 81.
Diepholz, Grafschaft. 1855. S. 274. eigenbehörige Kinder das. 1849. S. 145.
Dorstadt, Kloster. 1845. S. 377. 1849. S. 395. 1850. S. 368. 1851. S. 68.
Dörverden, Gohgericht das. 1854. S. 111.
Drakenburg, Treffen bei D. 1853. S. 361.
Dreißigjähriger Krieg. 1845. S. 1. 294. 1846. S. 275. 1847. S. 1. 1848. S. 73. 1849. S. 75. 1856. I, S. 113.
Druckerei, erste, in Münden. 1849. S. 407.
Duplat, Lieutenant, Commandant von Bentheim. 1845. S. 140.
Ebstorf, Kloster. 1851. S. 403. 1853. S. 210. 1855. S. 355. 1856. II, S. 194.
Eilensen, Freiding das. 1855. S. 260.
Einbeck, Stadt. 1853. S. 199. im Kampf mit welfischen und hessischen

Fürsten. 1846. S. 60. St. Alexander-Stift daſ. 1851. S. 225. kirchliche Utenſilien des Marienſtifts. 1856. I, 122.
Elbagſen, Gohgericht daſ. 1853. S. 258.
Eliſabeth, Herzogin zu Braunſchweig und Lüneburg. 1856. I, S. 135.
Erich der Aeltere, Herzog zu Braunſchw. und Lüneb. 1850. S. 327.
Erich d. J., Herzog zu Braunſchw. und Lüneb. 1849. S. 286.
Ernſt von Grubenhagen, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1846. S. 198. 1849. S. 378. 1851. S. 330.
Ernſt Auguſt, Kurfürſt von Braunſchw. u. Lüneb. 1847. S. 38.
Fährmühle. 1848. S. 12.
Falkenſtein, Burg. 1845. S. 294.
Fallersleben, Amt. 1849. S. 21.
Famars, Treffen bei F. 1845. S. 123.
Faſtnacht. 1851. S. 119. 1853. S. 419.
Frauengerade. 1849. S. 142. 1854. S. 155.
Freibannsbezirke im Stifte Verden. 1854. S. 78.
Freibank. 1849. S. 282.
Freiding zu Eilenſen. 1855. S. 260.
Freie und unfreie Leute. 1854. S. 390. 394. Freien im A. Ilten. 1856. II, S. 1.
Freimaurer-Logen im Königr. Hannover. 1851. S. 361.
v. **Freytag**, Feldmarſchall. 1845. S. 133.
Friedrich, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1847. S. 348.
Friedrich Ulrich, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1845. S. 2. 1846. S. 276. 1847. S. 5. 1848. S. 76. deſſen Erbſchaft. 1851. S. 4.
Frieſen, Kreuzzug 1217. 1853. S. 414.
Fürſtenbund. 1847. S. 65.
Gardelegen, Kreistag daſ. 1622. 1846. S. 276.
Garderobe eines hohen Staatsbeamten in der Mitte des XVIII. Jahrh. 1852. S. 200.
Geheimeraths-Collegium. 1853. S. 427. 1855. S. 279.
Genebat. Briefe desſelben an die Herzogin Sophie von Braunſchw. und Lüneb. 1850. S. 347.
Georg, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1845. S. 56. 1846. S. 277. 1848. S. 155. deſſen Stammbuch. 1846. S. 98 ff.
Georg Ludwig, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1846. S. 365. 367. 1847. S. 52.
Gerichte, die älteſten, im Stifte Verden. 1854. S. 60. die beſonderen, in dem Herzogthume Bremen. 1856 I, S. 1.
Geveckenſtein. 1853. S. 412.
Gießereien der Alten. 1852. S. 7. 410.
Göhrde, Hochzeits- und Kindtaufsgebräuche daſ. 1856. I, S. 132.
Goslar, Kaiſerpalaſt daſ. 1846. S. 1. Reformation daſ. 1849. S. 334.
Göttingen, Stadt. 1848. S. 73.

Gräber, germaniſche. 1851. S. 229. 1852. S. 1. ſ. auch Ausgrabungen.
Gräfhorſt. 1849. S. 61.
Gröningen, Schloß. 1854. S. 328.
Groß-Twülpſtedt. 1849. S. 52.
Grote, Otto, Kammerpräſident. 1849. S. 375. J. F., Großvoigt zu Celle. 1849. S. 377. Geh. R. u. Kammerpräſident. 1852. S. 200.
Grubenhagen, Schloß. 1846. S. 60. Fürſtenthum. 1855. S. 272.
Gwynne (Sir Rowland G.), deſſen Schreiben an den Earl of Stamford. 1846. S. 370. 1847. S. 212.
v. Hagen, Edle. 1851. S. 151.
Hägergerichte in der Herrſchaft Homburg. 1846. S. 261.
Halberſtadt. 1856. II, S. 194.
v. Hammerſtein, Hans Adam. 1850. S. 135.
Hannover, Stadt. 1854. S. 394. Vögte daſ. im XIII. Jahrh. 1849. S. 465. 1850. S. 318. Ueberfall durch Herzog Heinrich den Aelteren 1845. S. 260. Verhalten der Stadt im J. 1625. 1856. I, S. 113. die Wappen im Gurtgeſimſe des dortigen Rathhauſes. 1852. S. 411. Hexenprozeſſe daſ. 1848. S. 322. Criminalrechtsfall daſ. 1853. S. 267. Vehmprozeß der Bürger. 1854. S. 270. — Land. 1853. S. 288. 1855. S. 269. deſſen Occupation durch die Franzoſen 1803. 1846. S. 28. 1856. II, S. 145. ſtatiſtiſche Nachrichten. 1848. S. 348.
Harz. 1846. S. 130.
Haſenwinkel, A. Fallersleben. 1849. S. 23.
Haſſel, Gericht daſ. 1856. II, S. 15.
Haus, germaniſches. 1855. S. 263. weſtfäliſches. 1850. S. 117.
v. Haus. 1856. II, S. 195.
Hausrichten. 1851. S. 109.
Heerſtraße, alte, von Minden nach Stade. 1846. S. 261.
Heiligendorf. 1849. S. 23.
Heinrich der Aeltere, Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1845. S. 260.
Heinrich d. J., Herzog zu Braunſchw. u. Lüneb. 1850. S. 1. 1852. S. 154. 1854. S. 279. 390.
Heinrich Julius, Herzog zu Braunſchw. und Lüneb. 1854. S. 328.
Helmſtädt, Ludgeri-Kloſter daſ. 1851. S. 393.
Hergewedde. 1849. S. 140. 1854. S. 155.
Herzberg. 1851. S. 392.
Heſſen, Burg. 1848. S. 9.
Hexenprozeſſe in Hannover. 1848. S. 322.
Hildesheim, Stadt. Vehmprozeß derſ. 1854. S. 198. 1855. S. 120. deren privilegium de non evocando 1855. S. 178. Godehardi-Kirche. 1853. S. 421. der Neuſtadt Huldigung. 1856. II, S. 198. — Bisthum. Gränzen gegen die Diöceſe Verden. 1852. S. 287. biſchöfliche Münzſtätten und Münzbeamte. 1851. S. 72. Tafel mit Bildniſſen der Fürſt-Biſchöfe. 1845. S. 165. Stiftsfehde. 1846. S. 154.

Hitzacker, Amt. 1856. I, S. 131.
Hochzeiten. 1849. S. 166. 1851. S. 102. 1853. S. 211. 1856. I, S. 131.
Hofhaltung zu Celle. 1849. S. 148.
Hofstaat und Beilager Herzogs Erich d. J. 1849. S. 286. H. einer verwitweten Fürstin im XIV. Jahrh. 1849. S. 1.
Hohnstein, Grafschaft. 1855. S. 275.
Holzgerichte über das Salzhäuser Bruch, den Igendorfer Wald, den Truwald. 1854. S. 127. über den Heins. 1854. S. 386. 389. im Bremischen. 1856. I, S. 84. 100.
Homburg, Herrschaft. 1846. S. 261.
Hornburg. 1848. S. 13.
Hoya, Grafschaft. 1855. S. 274. Grabsteine der Grafen v. H. in Nienburg. 1853. S. 212.
Hoye von Klauenberg. 1853. S. 180.
Hünenbetten. 1851. S. 205. H. mit Löchern. 1852. S. 20. Hünengräber bei Münden. 1856. I, S. 121.
Idensen, Dorf und Kirche. 1856. II, S. 88.
Ilten, Amt. 1856. II, S. 1.
Instruction in Beziehung auf Erhaltung der Denkmäler aus heidnischer und späterer Zeit. 1845. S. 154.
Johann, Bischof zu Hildesheim. 1848. S. 56.
Johannitergüter in Ostfriesland. 1850. S. 316.
Jork, Gräfengericht das. 1856. I, S. 12.
Kaiserpalast zu Goslar. 1846. S. 1.
Kämme der Alten. 1852. S. 18.
Kegel von der Söse. 1853. S. 166.
Kehdingen, Land. Gerichtsverfassung. 1856. I, S. 46.
Kelte. 1852. S. 12. 410.
Kindelbier. 1849. S. 168. 1856. I, S. 131.
Kipper und Wipper. 1850. S. 130.
v. Kirchberg. 1854. S. 279. 399.
Kirchenrechnung zu Osterwiek. 1856. II, S. 197.
Klafespiele. 1851. S. 111.
v. Königsmarck, Philipp Christoph Graf v. K. 1853. S. 218. — Aurora. 1847. S. 374. — General Graf v. K. 1847. S. 373.
v. Königstreu, Mehmet. 1845. S. 344.
Kreistage, niedersächsische, zu Gardelegen und Lüneburg im Jahre 1623. 1846. S. 275. 1847. S. 1.
Kreuzzug der Friesen im J. 1217. 1853. S. 414.
Krüge, bei Westerlinde ausgegraben. 1845. S. 385.
Krumme Grafschaft. 1854. S. 82.
Kurwürde, Erlangung ders. durch das Haus Braunschweig. 1847. S. 374. 1853. S. 426.
Landestheilung, braunschweigische, im J. 1635. 1851. S. 1.

Landgräfding im Altenlande. 1856. I, S. 16.
Landwehrbataillon Münden. 1848. S. 185.
v. **Langwerth**, Ernst Julius. 1856. I, S. XI.
Lauenau, Vertrag zu L. 1853. S. 387.
Lauenburg, Fürstenthum. 1855. S. 273.
Leibeigene. 1849. S. 124.
Leibniz. 1846. S. 185. 1852. S. 70. 1854. S. 360.
Leichenbestattung im Wendlande. 1850. S. 362.
Lemförde, Amt. 1849. S. 68. Privilegien des Fleckens. 1851. S. 130.
v. **Lemmede**, Heinrich; dessen Vehmprozeß. 1854. S. 254.
v. **Lenthe**, Ernst Ludwig Julius, Staatsminister. 1856. II, S. 145.
Lichtenberg, Schloß u. Amt. 1852. S. 145.
Lieder, geschichtliche. 1850. S. 1. 1852. S. 154. 1853. S. 360.
Literatur, vaterländische. 1845, S. 166. 1847. S. 377.
Lüneburg, Vehmprozesse der Stadt L. 1854. S. 218. Kreistag das. im J. 1623. 1847. S. 1. aus dem Tagebuche eines Lüneburgers. 1850. S. 357. — Fürstenthum. 1855. S. 272. Steuerverfassung dess. während des 30jähr. Krieges. 1851. S. 159. Sagen aus der Lüneburger Haide. 1850. S. 163. 1851. S. 201.
Luther, Dr. Martin; dessen Dienstmagd. 1849. S. 372. — Sebastian, dessen Gedicht über das Vogelschießen bei Gröningen. 1854. S. 328.
Lutterloh, Geburtsort des Kaisers Lothar. 1851. S. 201. 1853. S. 216.
Marca argenti usualis. 1855. S. 374.
Margarethe, Herzogin zu Braunschw. und Lüneb., Witwe des Herzogs Otto des Quaden. 1849. S. 2.
Mariaspring, Urnen das. gefunden. 1853. S. 225.
Mehmet von Königstreu. 1845. S. 344.
Meierverhältnisse in den Freien. 1856. II, S. 54.
Mesmerode. 1856. II, S. 101.
Messer, altgermanische. 1852. S. 15.
Minden, Schlacht bei M. 1847. S. 313.
Ministerialen. 1855. S. 1. 370.
Mittendorff, Dr. Christoph Gustav. 1847. S. 206.
v. **Mollem**, Albert; dessen Vehmprozeß. 1854. S. 198. 1855. S. 120.
Moringen. 1854. S. 383.
Mückenpfennige. 1853. S. 214.
v. **Münchhausen**, Gerlach Adolf. 1855. S. 269.
Münden. 1850. S. 303. erste Druckerei das. 1849. S. 407. Zerstörung des Papin'schen Dampfschiffs das. 1850. S. 291. Landwehrbataillon Münden. 1848. S. 185. Hünengräber in der Umgegend. 1856. I, S. 121.
Münze zu Braunschweig. 1851. S. 267.
Münzsorten, gangbare, zu Braunschweig. 1851. S. 309.
Münzstätten und Münzbeamte im Fürstenth. Hildesheim. 1851. S. 72.

Münzthätigkeit für und in Walkenried im XVII. Jahrh. 1855. S. 183.
Münzwesen in Deutschland. 1854. S. 375. dessen Verbesserung. 1854. S. 360.
Namen, niedersächsische und westfälische in Stralsund. 1852. S. 199.
Neindorf. 1849. S. 40.
Nekrolog von Dorstadt. 1849. S. 395. 1850. S. 368. 1851. S. 68. von Wienhausen. 1855. S. 183. 371. von Wöltingerode. 1851. S. 48.
Neubrück (Nienbrügge). 1848. S. 14.
Neuenkirchen, Landgericht das. 1854. S. 119.
Norden, Dominicanerkloster das. 1854. S. 392.
Nordsteimke. 1849. S. 48.
Nordheim, Stadt. 1851. S. 136.
Ochsendorf. 1849. S. 40.
Occupation, französische. 1846. S. 28. 1856. II, S. 145.
Oldenstadt, Kloster und Amt. 1852. S. 24. 1853. S. 149. Bibliothek des Klosters. 1856. I, S. 122. Ausgrabungen im das. Amte. 1852. S. 165.
Osnabrück. 1855. S. 278.
Osterwiek. 1854. S. 384. 1856. II, S. 197.
Ostfriesland. 1850. S. 316. 1852. S. 414.
Otersen, Gericht das. 1854. S. 109. 159.
Ottersberg, Gericht das. 1854. S. 176.
Papin, Erfinder des Dampfschiffes. 1850. S. 291.
Pattensen, herzogl. Burg das. 1850. S. 325.
Philipp II. von Grubenhagen, Herzog zu Braunschw. u. Lüneb. 1846. S. 196. 218. 1849. S. 378. 1851. S. 330.
Philipp II. König von Spanien. 1846. S. 198 ff.
Philipp, Herzog zu Stettin-Pommern ꝛc.; dessen Stammbuch. 1846. S. 358.
Philipp Magnus, Herzog zu Braunschw. u. Lüneb. 1850. S. 328.
v. **Poppenburg**, Grafen. 1850. S. 174.
Preisaufgaben. 1845. S. 151. 1846. S. 188. 1847. S. 198. 210 1855. S. 382.
Preise von Lebensmitteln im XVI. Jahrh. 1856. II, S. 197.
Quatrebras, Schlacht bei Q. 1848. S. 216.
Raphon, Hans, Maler in Northeim und seine Familie. 1851. S. 344.
Reformation im Braunschweigschen 1848. S. 336. in Einbeck 1851. S. 330. in Goslar 1849. S. 334.
Reinfrit von Braunschweig. 1849. S. 179. 388.
Rent-Cammer. 1855. S. 291.
Revolutionskrieg. 1845. S. 121.
Rexpoede, Treffen bei R. 1845. S. 131.
Rhenen in der Prov. Utrecht. 1855. S. 278.
Rhode im Hasenwinkel. 1849. S. 42.

Rimmerveste. 1849. S. 56.
Ripdorf, Ausgrabungen in der dortigen Feldmark. 1852. S. 165.
Ritterrolle des Erzstifts Bremen. 1856. I, S. 106.
Römische Bronzearbeiten im Königr. Hannover. 1854. S. 1.
Römold, Johannes. 1852. S. 293.
Rupert, Prinz v. d. Pfalz. 1846. S. 366.
Sagen aus der Lüneburger Haide. 1850. S. 163. 1851. S. 201. vom Balksee. 1851. S. 177. aus der Gegend von Seelze. 1854. S. 398.
Salzhausen, Gohgericht und Holzgeding das. 1854. S. 127. Wehrrecht in der Voigtei das. 1854. S. 129.
Scharnebeck, Inschrift der Glocke das. 1852. S. 414.
Schaumburg, Grafschaft s. Vertrag von Lauenau.
Schauspiele in den braunschweigischen Landen im XVI. Jahrh. 1852. S. 369.
Schauteufellaufen. 1846. S. 357. 1849. S. 395.
Scheeßel. 1854. S. 386. Landgericht das. 1854. S. 114.
Schildbaum, Tafelrunde in Hildesheim. 1849. S. 310.
Schneverdingen, Landgericht das. 1854. S. 116.
Schöffenstuhl zu Bülkau. 1849. S. 173.
Schützenfeste zu Braunschweig. 1845. S. 179.
Seeburg, und die Dynasten vom See. 1851. S. 243.
Seeburger See. 1851. S. 400.
Seligenstadt (Osterwiek). 1854. S. 384.
Siebenjähriger Krieg. 1845. S. 318.
Soltau, Ausgrabungen im Amte S. 1851. S. 183.
Sophie, Herzogin zu Braunschw. und Lüneb. 1847. S. 38. 1852. S. 200. 1850. S. 347. ihre Correspondenz mit **Mademoiselle de Brinon**, Nonne zu Maubuisson. 1845. S. 368. ihr Schreiben an den Erzbischof von Canterbury. 1846. S. 369. 1847. S. 212. — Brief von Spanheim an sie. 1846. S. 182. desgl. von Leibniz. 1846. S. 185.
Sophie Dorothee, Prinzessin zu Braunschw. u. Lüneb. 1846. S. 366. 1847. S. 50.
Söse, Wüstung bei Catlenburg. 1853. S. 166. 224.
Sottrum, Goh- und Landgericht das. 1854. S. 123.
Spiegelberg, Grafschaft. 1855. S. 275. Grafen von Sp. 1850. S. 168. 1853. S. 128.
Spottgedicht auf die Dänen. 1850. S. 355.
Sprichwörter. 1850. S. 309. 1854. S. 397.
Staatsdiener, herzogl. braunschweigische, v. 1640—1656. 1850. S. 329.
Staatsrecht, braunschweig-lüneburgisches. 1853. S. 283.
Stade. Hochzeiten daselbst. 1853. S. 211.
v. Steinberg, Christoph. 1848. S. 56.
Steindenkmal in Stembeck, A. Moisburg. 1855. S. 368.

v. Steinhaus, Dieterich. 1853. S. 267.
Steinhäuser oder Steinkammern. 1851. S. 205.
Steinhorst, Amt. 1855. S. 275.
Steininstrumente. 1851. S. 224.
Steinlager beim Geveckensteine. 1853. S. 412.
Steinwaffen-Fabrik. 1850. S. 315.
Sternberg, Grafschaft. 1855. S. 275.
Steuerverfassung von Lüneburg. 1851. S. 159.
Stiftsfehde, hildesheimische. 1846. S. 154.
v. Stolberg, Grafen. 1855. S. 107.
Stumpenhusen, Burg. 1853. S. 417.
Succession des Hauses Hannover in England. 1846. S. 369. 1847. S. 212. 1852. S. 64.
de Susa, van der Sose, von der Söse. 1853. S. 166.
Tafelrunde in Hildesheim. 1849. S. 310.
Tilly. 1845. S. 29. 1846. S. 281. 1847. S. 1. 1848. S. 82.
Treuer's braunschweig-lüneburgisches Staatsrecht. 1853. S. 283.
v. Trott, Eva, und ihre Kinder. 1854. S. 279.
Türkin, von der Herzogin Sophie zu Braunschw. u. Lüneb. freigelassen. 1852. S. 200.
Uelzen, Stadt. 1852. S. 33. 1856. I, S. 114.
Unfreie Leute. 1854. S. 390. 394.
Urkunden des histor. Vereins für Niedersachsen. 1850. S. 369.
Urnen. 1851. S. 235. 1853. S. 225. bei Ripdorf gefunden. 1852. S. 173. mit eingesetzten Glasstücken. 1845. S. 381. hausähnliche. 1851. S. 389. 1855. S. 366.
Vandamme vor Bentheim. 1845. S. 139.
Vechelde. 1848. S. 14.
v. Vechelde, Friedr. Karl. 1846. S. 362.
Vehmgerichte in Beziehung auf die braunschweig-lüneburgischen Lande. 1854. S. 184. 1855. S. 120. 260.
Verbrennen und Begraben der Leichen. 1855. S. 351.
Verden, Fürstenthum 1855. S. 274. Gränze gegen die Diöcese Hildesheim. 1852. S. 287. die ältesten Gerichte im Stifte. 1854. S. 60. das alte Recht im Gohgerichte das. 1854. S. 138.
Verein der deutschen Geschichtsforscher. 1847. S. 202.
Verein, historischer, für Niedersachsen. 1845. S. 149. 1846. S. 187. 1847. S. 208. 1850. S. 364. 1852. S. 206. 1853. S. 222. 402.
Vermöhle. 1848. S. 12.
Vertrag von Lauenau. 1853. S. 387.
Vicedomini von Hildesheim. 1853. S. 240.
Visselhövede, Landgericht das. 1854. S. 119.
Vogelschießen zu Gröningen. 1854. S. 328.
Vögte zu Hannover im XIII. Jahrh. 1849. S. 405. 1850. S. 318.

Voigtei der Stadt Braunschweig. 1847. S. 171.
Voigts-Dalum. 1848. S. 12.
Volkmarsdorf. 1849. S. 46.
Völpke. 1849. S. 57.
Waffen der Stadt Braunschweig. 1848. S. 286.
Walkenried, Kloster; dessen grangia Caldenhusen. 1855. S. 93. Münzthätigkeit das. im XVII. Jahrh. 1858. S. 183.
Walsrode. Kloster. 1854. S. 391.
v. Wassel, Grafen. 1853. S. 240.
Waterloo, Schlacht bei W. 1848. S. 220.
Weggeld der Stadt Northeim. 1851. S. 136.
Wehrpflicht des Erzstifts Bremen. 1856. I, S. 106.
Wehrrecht in der Voigtei zu Salzhausen. 1854. S. 129.
Wendland und Wenden. 1850. S. 357.
von dem Werder, Heino, Domdechant zu Hildesheim und Probst zu Ebstorf. 1848. S. 56.
Wienhausen, Kloster. 1854. S. 397. dessen Nekrolog. 1855. S. 183. 371. Verzeichniß der Pröbste 1855. S. 247. und Aebtissinnen 1855. S. 255.
Wilhelm III., König von Großbritannien. 1856. I, S. 136.
v. Windheim, Heinrich und Reymer. 1853. S. 267.
Wolfenbüttel, Münzthätigkeit das. im XVII. Jahrh. 1853. S. 197.
Wolfgang von Grubenhagen, Herzog zu Braunschw. u. Lüneb. 1846. S. 243.
Wolfsjagden in Lemförde. 1849. S. 102.
Wölpe, Inschrift daselbst. 1850. S. 357.
Wöltingerode, Kloster. 1851. S. 48.
Wursten, Land, Deichgericht. 1856. I, S. 78.
v. Zarenhusen, der letzte. 1850. S. 166.

Beiträge zu den 12 Jahrgängen von 1845—1856 haben geliefert:

Arendt, Dr. 1850. S. 117.
Baring, Berghandlungs-Commissair. 1848. S. 178.
Behrends, P. W., Pfarrer. 1849. S. 21.
v. Berckefeld, Oberst. 1848. S. 185.
Blumenbach, Geh. Reg. Rath. 1846. S. 1. 1847. S. 194. 1848. S. 56. 1849. S. 1. 286. 372. 1851. S. 265. 1852. S. 1. 412. 1853. S. 214.
Böttger, Dr. H., Bibliothekssecretair. 1855. S. 183.
Braun, Th., Ministerialvorstand. 1853. S. 387.
Cruſius, F. Ed., Pastor. 1845. S. 354. 1846. S. 332.
v. d. Decken, Landessecretair. 1856. I, S. 106.
Dürre, Dr. Herm. 1847. S. 171.
Einfeld, C., Amtsassessor. 1850. S. 291. 303. 1852. S. 410. 1853. S. 218. 222. 1854. S. 1. 383. 409. 411. 1855. S. 341. 363. 368.
Falckmann, Dr., Archivar. 1850. S. 130.
Fiedeler, Amtsrichter. 1850. S. 369. 1853. S. 267. 1854. S. 184. 394. 1855. S. 120. 260. 1856. II, S. 88.
Frieſe, Senator. 1851. S. 136. 395.
Göbecke, Karl. 1845. S. 373. 1847. S. 65. 1848. S. 336. 1849. S. 179. 282. 388. 1850. S. 1. 1852. S. 154. 293. 1853. S. 360.
Grote, Jul., Reichsfreiherr. 1849. S. 375. 377. 1850. S. 315. 328. 329. 355. 1851. S. 159. 392. 393. 1852. S. 199. 200. 1853. S. 240. 426. 427. 1854. S. 384. 1855. S. 377. 1856. I, S. 135. II, S. 194. 197.
Grotefend, Dr. C. L., Archivsecretair. 1845. S. 166. 1847. S. 377. 1849. S. 405. 407. 1850. S. 278. 1851. S. 325. 1852. S. 209. 1853. S. 166. 224. 414. 419. 1854. S. 328. 360. 397. 399. 1855. S. 374. 1856. I, S. 122. II, S. 195. 203.
Grünewald, Cantor. 1850. S. 359. 362. 1854. S. 398.
v. Hammerſtein, Frhr. Wilh., Staatsminister. 1850. S. 163. 1851. S. 201. 1852. S. 287. 1853. S. 233. 1854. S. 60. 385. 1855. S. 355. 1856. I, S. 131.
Harſeim, Oberrevisor. 1853. S. 402.
Havemann, W., Prof. 1846. S. 60. 98. 275. 1847. S. 1. 348. 1848. S. 73.

Heiland, K., Cantor. 1847. S. 375.
Heise, O., Amtmann. 1849. S. 68. 1851. S. 81. 1856. II, S. 1. 198.
Hettling, Obergerichtspräsident. 1846. S. 130. 1851. S. 1.
Hintze, Amtsassessor. 1849. S. 173. 1851. S. 177. 1852. S. 414. 1853. S. 210. 258.
v. Hodenberg, W., Landschaftsdirector. 1853. S. 417.
v. Hodenberg, B., Amtsassessor. 1852. S. 24.
Holzhausen, Dr. Fr. A. 1849. S. 334.
Hübner, Cammerrath. 1855. S. 93.
Kemble, J. M. 1851. S. 183. 389. 1852. S. 64. 165.
Klopp, Dr. Onno. 1856. I, S. 113.
v. d. Knesebeck, E., Obristlieutenant und Minister. 1845. S. 121. 318. 368. 1846. S. 182. 365. 369. 1847. S. 38. 313. 373. 1850. S. 347.
Krätz, Dr. J. M. 1854. S. 279.
(v. Langwerth, weil. Regierungsrath. 1856. I, S. 1.)
(v. Leibniz, G. W., weil. Geh. Justizr. 1854. S. 360. 375.)
(v. Lenthe, E. L. J., weil. Staats- und Cabinets-Minister. 1856. II, S. 145.)
Lunecke, Pastor. 1853. S. 211.
Meese, Registrator. 1851. S. 72.
(Mertens, weil. Stadtsecretair. 1848. S. 322.)
Mithoff, Cammer-Baumeister. 1852. S. 411. 414. 1853. S. 421. 1855. S. 381.
Mittendorff, Dr. Gust. 1845. S. 1. 260. 1846. S. 193. 357. 358. 1849. S. 378.
Mooyer, E. F. 1846. S. 346. 1849. S. 395. 1850. S. 318. 368. 1853. S. 1. 123. 249. 1854. S. 392. 1855. S. 371.
(v. Münchhausen, Gerlach Adolf, weil. Premier-Minister. 1855. S. 269.)
Niemeyer, Chr., Pastor. 1845. S. 294.
(v. Rambohr, A., weil. Capitain. 1846. S. 28.)
Roloff, J. F. 1851. S. 151.
Sack, Kreisgerichts-Registrator. 1845. S. 179. 1847. S. 213. 1848. S. 1. 282. 1851. S. 267.
Schade, G. B. 1850. S. 168. 1852. S. 145.
Schaumann, Archivar. 1850. S. 316.
v. Schele, Frhr. Ed., Staatsminister. 1855. S. 1. 370.
Schlotthauber, A. Fr. 1853. S. 225.
Schmidt, Archivrath. 1853. S. 183.
Scholz III., Procurator. 1845. S. 385.
Schramm, K., Pastor. 1846. S. 154. 1849. S. 310. 1853. S. 199.
Schuch, M. J., Consistorial-Director. 1845. S. 165. 377.

v. Strombeck, Fr. L., Geheimer Rath. 1846. S. 362.
Thiemig, Hauptmann. 1845. S. 381.
Tobias, Dr. A. 1856. II, S. 194.
(Treuer, G. S., weil. Professor. 1853. S. 283.)
Uffinger, R. 1853. S. 212. 412.
Vogell, Landsyndicus. 1846. S. 261.
Voigts, Friedr., Steuerrevisor. 1845. S. 344. 1851. S. 361.
Volger, E. 1854. S. 390.
Wächter, Forstrath. 1845. S. 154. 382.
Wächter, Regierungsrath. 1856. I, S. VII.
Wellenkamp, Landbauinspector. 1850. S. 325. 357.
v. Werlhof, A., Oberappellationsrath. 1849. S. 147.

Hofbuchdruckerei der Gebr. Jänecke in Hannover.

3 2044 011 253 044

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE JUN 1

CHARGE

JUN 5 1996